Bundesrat **Drucksache 832/93**

15. 11. 93

Wi - AS - Fz

440 Seiten

Unterrichtung

durch die Bundesregierung

Jahresgutachten 1993/94 des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

Bundesrepublik Deutschland
Der Bundeskanzler
021 (421) — 600 06 — Gu 23/93

Bonn, den 15. November 1993

An den
Präsidenten des Bundesrates

Hiermit übersende ich das

Jahresgutachten 1993/94 des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung.

Das Gutachten wird vom Sachverständigenrat gemäß § 6 Abs. 1 des Gesetzes über die Bildung eines Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung vom 14. August 1963 (BGBl. I S. 685) in der zur Zeit geltenden Fassung veröffentlicht.

Das Gutachten wird gleichzeitig der Präsidentin des Deutschen Bundestages zugeleitet.

Kohl

Druck: Bonner Universitäts-Buchdruckerei, 53113 Bonn
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon: 02 28/3 82 08 40, Telefax: 02 28/3 82 08 44
ISSN 0720-2946

Bundesrat **Drucksache 832/93**

Jahresgutachten 1993/94 des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

Vorwort

1. Gemäß § 6 Abs. 1 des Gesetzes über die Bildung eines Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung vom 14. August 1963 in der Fassung vom 8. November 1966 und vom 8. Juni 1967 [1]) legt der Sachverständigenrat sein 30. Jahresgutachten vor [2]).

2. 1993 war für die deutsche Wirtschaft kein gutes Jahr. Die sich schon im Vorjahr abzeichnende Konjunkturschwäche hat sich zu einem unerwartet tiefen Einbruch verschärft. Besorgnisse, daß deutsche Unternehmen auf den Weltmärkten an Wettbewerbsfähigkeit einbüßen, haben sich verstärkt. Die Arbeitslosigkeit in Deutschland ist drastisch angestiegen. Ein Lichtblick ist, daß in den neuen Bundesländern trotz der Rezession in Westdeutschland die wirtschaftliche Erholung langsam, aber stetig vorankommt. Auf dem Arbeitsmarkt hat dies bisher freilich nur bewirkt, daß die Arbeitslosigkeit nicht mehr ansteigt; die Anzahl der Menschen, die ohne Arbeit sind, ist nach wie vor erschreckend hoch.

Es wäre falsch, die Lage zu beschönigen. Der Sachverständigenrat sieht auch für das kommende Jahr noch keine Anzeichen für einen deutlichen Aufschwung. Doch besteht kein Anlaß zu Resignation,

---

[1]) Das Gesetz mit Änderungen durch das Änderungsgesetz vom 8. November 1966 und durch die den Sachverständigenrat betreffenden Bestimmungen des „Gesetzes zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft" vom 8. Juni 1967 sowie der §§ 1 bis 3 dieses Gesetzes sind als Anhang I und II angefügt. Wichtige Bestimmungen des Sachverständigenratsgesetzes sind im Vorwort der Jahresgutachten 1964/67 erläutert.

[2]) Eine Liste der bisher erschienenen Jahresgutachten und Sondergutachten ist als Anhang III abgedruckt.

und schon gar nicht darf sich die Wirtschaftspolitik zu unbedachtem und nur an den Symptomen kurierendem Aktionismus verleiten lassen. Worauf es ankommt, ist die Kräfte zu stärken, die der Wirtschaft wieder Auftrieb geben und beide Teile des Landes auf einen gemeinsamen Pfad stetigen Wachstums führen können. Was zu geschehen hat, um der Wirtschaft nachhaltig wirksame Impulse zu vermitteln, hat der Sachverständigenrat in seinen Gutachten wiederholt dargelegt, ohne daß dem von Seiten der Bundesregierung in wesentlichen Punkten widersprochen wurde. Was schwer fällt, ist die politische Umsetzung, die aber heute, wo es darum geht, den Ausweg aus einer schweren Krise zu finden, keinen Aufschub duldet.

Um dies zu verdeutlichen, hat der Sachverständigenrat für sein Gutachten den Titel:

„ZEIT ZUM HANDELN — ANTRIEBSKRÄFTE STÄRKEN"

gewählt.

Die Voraussetzungen für Wachstum zu verbessern, das ist das Gebot der Stunde. Mit punktuellen und nur gerade auf die Erfordernisse des Tages abgestellten Interventionen ist es nicht getan. Gefordert ist zukunftsorientiertes Denken; aktueller Problemdruck darf den Blick für die langfristigen Folgen des Handelns nicht verstellen. Eine auf Wachstum gerichtete Wirtschaftspolitik kann keine schnellen Erfolge erzielen; ihre Wirkungen stellen sich erst auf mittlere Sicht ein. Aber die Weichen müssen rechtzeitig gestellt werden, gehandelt werden muß jetzt.

Wachstum bedeutet nicht nur, daß das Potential zur Erzeugung von Gütern, die auf den Märkten im Inland und im Ausland Käufer finden, größer wird, es bedeutet auch, daß für viele Menschen neue Dimensionen von Lebensqualität erschlossen werden können, daß dringende Zukunftsaufgaben besser gemeistert werden können, und es bedeutet vor allem, daß wieder mehr Menschen Beschäftigung finden. Um die Antriebskräfte für wirtschaftliches Wachstum zu stärken, müssen die Rahmenbedingungen für unternehmerische Betätigung verbessert werden, für Aktivitäten also, die darauf zielen, die Ressourcen des Landes zur Herstellung von Produkten zu nutzen, die sich mit Gewinn verkaufen lassen. Einfacher gesagt: Es muß sich lohnen, in Deutschland zu investieren und damit Arbeitsplätze zu schaffen.

Zeit zum Handeln ist für die staatliche Wirtschaftspolitik: Sie muß konsequent durch Deregulierung und Privatisierung mehr Raum für Privatinitiative und Wettbewerb schaffen, sie muß sich auf einen finanzpolitischen Konsolidierungskurs festlegen, der glaubhaft Aussichten auf ein Sinken der Steuerlast eröffnet, sie muß für eine effiziente Gestaltung des Systems der sozialen Sicherung sorgen und vermeiden, daß Ausgaben und Abgabenlast außer Kontrolle geraten. Zeit zum Handeln ist auch für die Tarifpolitik: Sie muß dafür sorgen, daß Löhne und Arbeitsbedingungen im Einklang mit den Möglichkeiten der Märkte bleiben, damit Wachstum nicht behindert wird und neue Beschäftigung zustande kommen kann. Zeit zum Handeln ist schließlich auch für die Unternehmen: Ihre Aufgabe ist es, Marktpositionen zu sichern und neue Märkte zu

erschließen, die Entwicklung und Anwendung von Produkt- und Verfahrensinnovationen voranzubringen, heute für die Märkte von morgen zu investieren. Die Wirtschaftspolitik kann und muß die geeigneten Rahmenbedingungen für die Bewältigung unternehmerischer Aufgaben schaffen; die Aufgaben selbst zu übernehmen, dazu ist sie nicht in der Lage. Alle Akteure sind zum Handeln aufgerufen. Zeit zu verlieren, das können wir uns nicht leisten.

3. Die Amtsperiode von Professor Dr. Horst Siebert, Kiel, war am 28. Februar 1993 abgelaufen. Der Bundespräsident berief ihn für eine weitere Amtsperiode zum Mitglied des Sachverständigenrates.

4. Der Sachverständigenrat hatte Gelegenheit, mit dem Bundeskanzler, mit dem Bundesminister der Finanzen, mit dem Bundesminister für Wirtschaft und mit Vertretern des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung sowie mit dem Präsidenten und Mitgliedern des Direktoriums der Deutschen Bundesbank aktuelle wirtschaftspolitische Fragen zu erörtern.

Mit dem Präsidenten und leitenden Mitarbeitern der Bundesanstalt für Arbeit führte der Sachverständigenrat ein ausführliches Gespräch über die aktuellen Probleme des Arbeitsmarktes in Deutschland und über konzeptionelle Fragen der Arbeitsmarktpolitik.

Wie in den vergangenen Jahren hat der Rat auch in diesem Jahr zur Vorbereitung des Jahresgutachtens Vertreter des Deutschen Gewerkschaftsbundes, der Deutschen Angestelltengewerkschaft, der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, des Deutschen Industrie- und Handelstages und des Bundesverbandes der Deutschen Industrie zu anstehenden Problemen gehört.

Aktuelle Fragen zur Privatisierungspraxis der Treuhandanstalt und zu den damit zusammenhängenden Problemen des Strukturwandels in den neuen Bundesländern konnte der Sachverständigenrat in einem Gespräch mit der Präsidentin der Treuhandanstalt, Frau Birgit Breuel, und mit Dr. Norman van Scherpenberg erörtern.

Mit Mitarbeitern der Kommission der Europäischen Gemeinschaft diskutierte der Sachverständigenrat die wirtschaftliche Lage und die Aussichten für 1994 in den Ländern der Gemeinschaft sowie Fragen in Zusammenhang mit der Vollendung des EG-Binnenmarktes und der Realisierung der Wirtschafts- und Währungsunion nach dem Maastricht-Vertrag.

Mit Vertretern der wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute hat der Sachverständigenrat Gespräche führen können, die ihm für seine Arbeit wertvolle Anregungen vermittelt haben.

5. Der Sachverständigenrat hat auch in diesem Jahr die weiteren Fortschritte in den neuen Bundesländern auf dem beschwerlichen Transformationsprozeß intensiv verfolgt und sich durch eine Informationsreise nach Sachsen-Anhalt ein Bild über die aktuelle Situation, die Stimmungslage und die Aussichten verschafft. Auf dieser Reise führte der Sachverständigenrat Gespräche mit den Landesministern Dr. Wolfgang Böhmer und Dr. Horst Rehberger

sowie mit Vertretern des Ministeriums für Arbeit und Soziales. Kommunalpolitische Fragen standen in einer Diskussion mit Mitgliedern der Stadtverwaltung der Landeshauptstadt Magdeburg im Mittelpunkt. Gespräche mit Mitgliedern der Industrie- und Handelskammer Magdeburg und Besuche in Industriebetrieben des Landes haben dem Sachverständigenrat wichtige Hinweise auf die positiven Aussichten, aber auch über die noch zu lösenden Probleme vermittelt.

6. Mit Professor Dr. Karl-Heinrich Hansmeyer und Dr. Dieter Ewringmann, Köln, konnten wir Fragen und Probleme des Dualen Entsorgungsystems und der Abwasserabgabe im Hinblick auf ihre Tauglichkeit als marktwirtschaftliche Lösungen in der Umweltpolitik diskutieren. Darüber hinaus hat eine Expertise zu diesen Fragen uns weitergehende Einsichten ermöglicht.

Dr. Martin Junkernheinrich, Halle/Saale, hat den Sachverständigenrat durch eine Stellungnahme über den räumlichen Strukturwandel in den neuen Bundesländern unterstützt.

Dr. Karl-Heinz Neumann, Bad Honnef, stand dem Sachverständigenrat zu Fragen der Deregulierung und Privatisierung im Telekommunikationsbereich zur Verfügung. Er hat uns außerdem in einer Expertise wichtige Informationen vermittelt.

Professor Dr. Walter Schulz und Dipl.-Ing. Dipl.-Kfm. Thomas Klopfer, Köln, haben in einer Expertise zu den Möglichkeiten wettbewerblicher Reformen in der Elektrizitätswirtschaft Stellung genommen. Außerdem waren sie unsere Gesprächspartner zu Fragen der Marktöffnung in der Stromwirtschaft im Hinblick auf die Verbesserung der Qualität des Investitionsstandorts Deutschland.

7. Mit Dr. Berthold Leibinger und Diplom-Volkswirt Ulrich P. Hermani, Ditzingen, konnte der Sachverständigenrat die Lage und Perspektiven des deutschen Maschinenbaus insbesondere im Hinblick auf seine internationale Wettbewerbsfähigkeit diskutieren.

8. Der Deutsche Industrie- und Handelstag hat uns auch in diesem Jahr die Ergebnisse der Herbstumfrage bei seinen Kammern in Westdeutschland und Ostdeutschland zur Verfügung gestellt und dadurch unsere Urteilsbildung über die wirtschaftliche Situation der Unternehmen, insbesondere auch der in den neuen Bundesländern erheblich erleichtert.

9. Bei den Abschlußarbeiten an dem vorliegenden Gutachten fanden wir wiederum wertvolle Unterstützung durch Diplom-Volkswirt Klaus-Dieter Schmidt, Kiel. Ihm gilt ein ganz besonderer Dank des Sachverständigenrates.

10. Die Bundesanstalt für Arbeit mit ihrem Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, die Treuhandanstalt, die Deutsche Bundesbank und die wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute haben den Sachverständigenrat wie schon in den Vorjahren bei seinen Arbeiten in vielfältiger Weise unterstützt und empirisches Material zur Verfügung gestellt.

Wertvolle Hilfe erhielt der Sachverständigenrat für seine Analysen der internationalen Wirtschaftslage durch die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) und die Kommission der Europäischen Gemeinschaften.

11. Die Zusammenarbeit mit dem Statistischen Bundesamt war auch in diesem Jahr sehr gut. Nicht selbstverständlich ist, daß Jahr für Jahr viele Mitarbeiter des Amtes sich in weit über das Normale hinausgehendem Maße für die Aufgaben des Rates einsetzen. Dies gilt besonders für die Angehörigen der Verbindungsstelle zwischen dem Statistischen Bundesamt und dem Sachverständigenrat. Ihr Leiter, Herr Leitender Regierungsdirektor Ulrich Maurer, und sein Stellvertreter, Herr Regierungsdirektor Wolfgang Glöckler, sowie die ständigen Mitarbeiter Frau Maria Carillo, Frau Kerstin Scheuerer, Herr Klaus-Peter Klein, Herr Uwe Krüger, Herr Peter Leonhardt und Herr Hans-Jürgen Schwab haben den Rat mit Tatkraft und Anregungen hervorragend unterstützt. Allen Beteiligten zu danken, ist dem Sachverständigenrat ein ganz besonderes Anliegen.

12. Auch dieses Jahresgutachten hätte der Sachverständigenrat ohne die unermüdliche Arbeit seiner wissenschaftlichen Mitarbeiter nicht erstellen können. Dem Stab des Rates gehörten während der Arbeiten an diesem Gutachten an:

Diplom-Volkswirt Burkhard Allgeier, Diplom-Volkswirt Gerd Helmut Diestler, Dr. Michael Hüther, Diplom-Volkswirtin Gabriele Kabelac, Diplom-Volkswirt Martin Müller, Dr. Joachim Ragnitz und Diplom-Volkswirt Joachim Wolff.

Ein besonderes Maß an Verantwortung für die wissenschaftliche Arbeit des Stabes hatte der Generalsekretär des Sachverständigenrates, Dr. Michael Heise, zu tragen.

Alle Fehler und Mängel, die das Gutachten enthält, gehen allein zu Lasten der Unterzeichner.

Wiesbaden, 11. November 1993

Juergen B. Donges **Herbert Hax** **Rolf Peffekoven** **Rüdiger Pohl** **Horst Siebert**

Inhalt

Seite

Eine kürzere Fassung 1

Erstes Kapitel: Die wirtschaftliche Lage 31

Teil A: Der internationale Rahmen 31

I. Überblick 31

II. Weltwirtschaft im Zeichen konjunktureller Schwäche in Europa 36

Dominanz der Abschwungskräfte in Westeuropa 36

Verhaltener Aufschwung in den USA, fortgesetzte Nachfrageschwäche in Japan 42

Wirtschaftliche Dynamik in Schwellenländern und in China ungebrochen 43

III. Bedrückende Arbeitsmarktprobleme in den Industrieländern 44

IV. Veränderte Schwerpunkte in der Wirtschaftspolitik 46

V. Unbefriedigender Fortgang der GATT-Verhandlungen 47

VI. Mittel- und Osteuropa: Erste Erfolge bei entschlossenem Reformkurs 49

Teil B: Die wirtschaftliche Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland 63

I. Die deutsche Wirtschaft im Jahre 1993 63

II. Westdeutschland: Scharfe Rezession klingt ab 68

Abschwung stärker als erwartet 68

Warenexport: Allmähliche Besserung nach scharfem Rückgang . 74

Rückläufige Realeinkommen verursachen Absinken des Privaten Verbrauchs 75

Preisentwicklung: gespalten 76

III. Ostdeutschland: Aufwärtsentwicklung setzt sich fort 79

Unternehmenssektor: Aufbau einer Exportbasis kommt nur langsam voran 79

Privatisierung weit vorangeschritten 86

Hoher Anstieg der Verbraucherpreise 93

Räumliche Entwicklungstrends 93

IV. Rückläufige Investitionen und abgeschwächtes Kapazitätswachstum 94

Investitionsrückgang im Westen — weiterer Anstieg im Osten ... 95

Rückgang der Gewinn-Erlös-Relation in Westdeutschland 98

Vermindertes Wachstum, freie Produktionskapazitäten 102

Seite

V. Arbeitsmarkt: Probleme nehmen zu ... 103

Beschäftigungsrückgang in der Rezession ... 104

Scharfer Anstieg von Kurzarbeit und registrierter Arbeitslosigkeit 106

Intensive Arbeitsmarktpolitik trotz Sparbemühungen ... 111

Rege Diskussion um die Arbeitsförderung ... 116

Niedrigere Tarifabschlüsse ... 119

VI. Geldpolitik im Konflikt ... 129

Weiterhin starke monetäre Expansion trotz schwacher Konjunktur ... 129

Flexiblere Liquiditätssteuerung am Geldmarkt ... 134

Normalisierung der Zinsstruktur am Kapitalmarkt ... 136

Das Europäische Währungssystem in der Krise ... 138

Vor dem Übergang zur zweiten Stufe der Währungsunion ... 140

VII. Finanzpolitik: Umstrittener Konsolidierungskurs ... 144

Unbefriedigende Ansätze einer Haushaltskonsolidierung ... 144

Zur Ausgabenentwicklung: Unbewältigte Strukturprobleme, konjunkturbedingte Belastungen ... 145

Neuregelung der föderalen Finanzbeziehungen ... 151

Zur Einnahmenentwicklung: Konjunkturell bedingte Steuerausfälle ... 154

Hohe öffentliche Defizite — Schwache konjunkturelle Wirkung . 156

Differenzierte Entwicklung bei den Sozialversicherungen ... 159

VIII. Verschlechterung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Exportwirtschaft? ... 163

Zur Entwicklung der Marktanteile im Außenhandel ... 164

Realer Außenwert der D-Mark und Außenhandelsdynamik ... 166

Exportstruktur und Außenhandelsdynamik ... 168

Passivsalden im Dienstleistungsverkehr ... 176

Wettbewerbsfähigkeit der Exportwirtschaft: Warnzeichen beachten ... 176

Zweites Kapitel: Zur voraussichtlichen Entwicklung im Jahre 1994 ... 178

I. Ausgangslage und Annahmen der Prognose ... 178

II. Das weltwirtschaftliche Umfeld ... 179

III. Die wirtschaftlichen Aussichten in Deutschland ... 181

Seite

Drittes Kapitel: Wirtschaftspolitik für 1994 und danach 193

Teil A: Aufgaben und Möglichkeiten 193

I. Grundlagen für Wachstum und Wohlstand festigen 193

II. Ziele und Wirklichkeit: Im Zeichen von Rezession und Strukturanforderungen 197

III. Grundlinien der Wirtschaftspolitik: Gute Angebotsbedingungen schaffen 199

IV. Junge Bundesländer: Keine Alternative zur wachstumsorientierten Politik 202

Fortschritte in einem beschwerlichen Transformationsprozeß 202

Privatisierung der Unternehmen vor dem Abschluß 203

Ausgleich von Standortnachteilen für Unternehmen 204

Wirtschaftsförderung mit regionaler Differenzierung 206

Belastung durch die Lohnpolitik 207

Teil B: Zu den Politikbereichen im einzelnen 208

I. Finanzpolitik: Verläßlich konsolidieren — Wachstumsbedingungen verbessern 208

Quantitative Konsolidierung noch nicht gesichert 208

Verzicht auf Konsolidierung? 211

Alle Gebietskörperschaften einbeziehen 213

Weiterhin: Ausgabenkürzungen erforderlich 215

Änderungen in der Abgabenstruktur 216

Abbau von Steuervergünstigungen voranbringen 219

Verknüpfung des Transfersystems mit der Einkommensteuer? ... 220

II. Geldpolitik: Die monetären Bedingungen für Geldwertstabilität sichern 224

Geldpolitik 1993: Gratwanderung bei scharfer Rezession 224

Geldpolitik 1994: Eine potentialgerechte Geldmengenausweitung anstreben 226

III. Währungspolitik: Auf dem Weg der Integration bleiben 230

Eine andere Meinung 233

IV. Lohnpolitik: Vorrang für die Sicherung der Arbeitsplätze 235

Ostdeutschland: Orientierung an der Leistungskraft der Betriebe nach wie vor dringlich 235

Westdeutschland: Produktivitätsregel nicht anwenden 236

Seite

V. Ansätze am Arbeitsmarkt: Wege aus der Arbeitslosigkeit 238
Verfestigung der Arbeitslosigkeit 238
Förderung der Wachstumskräfte 240
Lohnniveau und Lohnstruktur 241
Institutionelle Regelungen verbessern, Fehlanreize abbauen 243
Für eine flexible Gestaltung der Arbeitszeit 244
Arbeitsmarktpolitik: Konzentration auf Problemgruppen 246
Eine andere Meinung 247

VI. Wachstumspolitik: Auf Marktöffnung und dynamischen Wettbewerb setzen 249
Zur gegenwärtigen Standortdebatte 249
Für einen weiteren Abbau marktwidriger Regulierungen 252
Privatisierungspotentiale entschlossener nutzen 256
Mehr Effizienz in der Strukturpolitik 259
Umweltpolitik in der Bewährung 263

Anhang

I. Gesetz über die Bildung eines Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung 268

II. Auszug aus dem Gesetz zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft 270

III. Verzeichnis der Gutachten des Sachverständigenrates 271

IV. Methodische Erläuterungen 272

V. Statistischer Anhang 287

Erläuterung von Begriffen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für die Bundesrepublik Deutschland 290

A. Internationale Tabellen 294

B. Tabellen für die Bundesrepublik Deutschland 318

Sachregister 419

Verzeichnis der Schaubilder im Text

		Seite
1	Wirtschaftliche Entwicklung in ausgewählten Ländern	32
2	Zur Zinsentwicklung in ausgewählten Ländern	39
3	Rentabilität des Kapitalstocks in der Europäischen Gemeinschaft und in ausgewählten Ländern	41
4	Beschäftigungsentwicklung und Arbeitslosigkeit in ausgewählten Ländern	45
5	Bruttoinlandsprodukt im früheren Bundesgebiet	68
6	Auftragseingang aus dem Ausland	69
7	Indikatoren der wirtschaftlichen Einschätzung	70
8	Zur Entwicklung der Bauinvestitionen im früheren Bundesgebiet	73
9	Verfügbares Einkommen und Privater Verbrauch	75
10	Zur Entwicklung der Verbraucherpreise	77
11	Zur Entwicklung staatlich administrierter Verbraucherpreise	78
12	Investitionsmotive westdeutscher Unternehmen	96
13	Ausrüstungsinvestitionen der Unternehmen	96
14	Ausrüstungsinvestitionen/Gewinn-Erlös-Relation	99
15	Marge der Gewinn- und Vermögenseinkommen im Verarbeitenden Gewerbe	100
16	Gesamtwirtschaftliches Produktionspotential	102
17	Zur Entwicklung der Arbeitslosigkeit	106
18	Bewegungen am Arbeitsmarkt	108
19	Offene und verdeckte Arbeitslosigkeit	116
20	Löhne und Produktivität im früheren Bundesgebiet	124
21	Lohnstückkosten und Preisentwicklung	125
22	Geldpolitische Zielvorstellungen der Deutschen Bundesbank	130
23	Bereinigte Zentralbankgeldmenge	132
24	Zur Entwicklung der Umlaufsgeschwindigkeit der bereinigten Zentralbankgeldmenge	133
25	Entwicklung ausgewählter Zinsen	135
26	Zinsstruktur am Rentenmarkt	136
27	Außenwert der D-Mark gegenüber ausgewählten Währungen	139
28	Wirtschaftsdaten ausgewählter EWS-Länder	141
29	Der öffentliche Gesamthaushalt 1993	157
30	Warenexport der Welt und Westdeutschlands	164
31	Anteil Westdeutschlands am Welthandel	165
32	Realer Außenwert der D-Mark	167
33	Arbeitslosenquoten	239

Verzeichnis der Tabellen im Text

		Seite
1	Wirtschaftsdaten ausgewählter Länder	34
2	Europäische Gemeinschaft: Regionalstruktur der Ausfuhr	37
3	Wirtschaftsdaten für ausgewählte Länder Mittel- und Osteuropas	50
4	Außenhandel Deutschlands mit den wichtigsten mittel- und osteuropäischen Ländern	51
5	Zur Struktur der Einfuhr der Europäischen Gemeinschaft aus ausgewählten mittel- und osteuropäischen Ländern	52
6	Deutsche Direktinvestitionen in ausgewählten Ländern Mittel- und Osteuropas	53
7	Wirtschaftspolitisch wichtige Ereignisse im Ausland	54
8	Wirtschaftliche Eckdaten für das frühere Bundesgebiet	64
9	Wirtschaftliche Eckdaten für die neuen Bundesländer und Berlin-Ost	67
10	Kapazitätsauslastung im Verarbeitenden Gewerbe	72
11	Zur Nettoproduktion im Produzierenden Gewerbe in den neuen Bundesländern und Berlin-Ost	80
12	Zur sektoralen Entwicklung des Sozialprodukts in den neuen Bundesländern und Berlin-Ost	81
13	Umsatz je Beschäftigten im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe	82
14	Auslandsumsatz im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe in den neuen Bundesländern und Berlin-Ost	83
15	Auftragseingang im Bauhauptgewerbe in den neuen Bundesländern und Berlin-Ost	84
16	Gewerbeanzeigen in den neuen Bundesländern und Berlin-Ost	86
17	Stand der Privatisierung bei Treuhandunternehmen	87
18	Treuhandunternehmen nach Beschäftigtengrößenklassen und Branchen	88
19	Unternehmen mit mehr als 1 000 Beschäftigten im Nettobestand der Treuhandanstalt	89
20	Umsatzrenditen in Treuhandunternehmen	90
21	Zur Entwicklung der Verbraucherpreise in den neuen Bundesländern und Berlin-Ost	92
22	Eckdaten zur wirtschaftlichen Situation in den neuen Bundesländern und Berlin-Ost	94
23	Anlageinvestitionen in Deutschland	95
24	Investitionstätigkeit westdeutscher Unternehmen in den neuen Bundesländern und Berlin-Ost	97
25	Mittelbereitstellung in ausgewählten Förderprogrammen für die neuen Bundesländer und Berlin-Ost	98
26	Die Entwicklung am deutschen Arbeitsmarkt	104
27	Zur Entwicklung am deutschen Arbeitsmarkt im Verlauf der Jahre 1992 und 1993	105
28	Arbeitslosenquoten in den Bundesländern	109
29	Wichtige Neuregelungen durch die 10. AFG-Novelle	112
30	Offene und verdeckte Arbeitslosigkeit in Deutschland	113
31	Wichtige Regelungen und Finanzierungsvereinbarungen zur „Produktiven Arbeitsförderung Ost" nach § 249h AFG	114
32	Für den Arbeitsmarkt wichtige rechtliche Regelungen	117
33	Ausgaben für Arbeitsmarktpolitik	120
34	Wichtige Tarifabschlüsse in den alten Bundesländern	122
35	Wichtige Tarifabschlüsse in den jungen Bundesländern	126
36	Verteilung der Erwerbs- und Vermögenseinkommen	128
37	Nominale und reale Konvergenz in der Europäischen Gemeinschaft	142
38	Geldpolitisch wichtige Ereignisse	143

		Seite
39	Finanzpolitische Eckdaten für das Jahr 1993	145
40	Konsolidierungsmaßnahmen	146
41	Ausgaben und Einnahmen des Bundes sowie der Länder und Gemeinden	147
42	Die Haushaltspläne der neuen Bundesländer 1993	150
43	Öffentliche Leistungen für das Beitrittsgebiet im Jahre 1993	151
44	Fonds „Deutsche Einheit"	152
45	Bundesstaatliche Finanzbeziehungen im Föderalen Konsolidierungsprogramm	153
46	Aufkommen aus wichtigen Steuerarten	154
47	Finanzpolitisch wichtige Ereignisse	160
48	Zur Entwicklung der deutschen Ausfuhr nach Bestimmungsländern	169
49	Warenstruktur der deutschen Ausfuhr von Industriegütern im Jahre 1991	171
50	Ausfuhr und Einfuhr ausgewählter Industriewaren	173
51	Regionalfaktor, Strukturfaktor, Restfaktor für die Exporte Westdeutschlands	175
52	Export und Import von Dienstleistungen im Jahre 1991	176
53	Dienstleistungsverkehr mit dem Ausland	177
54	Die voraussichtliche Entwicklung in den Industrieländern	180
55	Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für das frühere Bundesgebiet	182
56	Zur voraussichtlichen Entwicklung in den neuen Bundesländern	184
57	Einnahmen und Ausgaben der öffentlichen Haushalte in den Jahren 1993 und 1994	187
58	Die voraussichtliche Entwicklung am deutschen Arbeitsmarkt	189
59	Zur Entwicklung der öffentlichen Haushalte 1993 bis 1997: Konsolidierungsmodell I	209
60	Vergleich der Konsolidierungsrechnungen für die öffentlichen Haushalte	210
61	Zur Entwicklung der öffentlichen Haushalte 1993 bis 1997: Konsolidierungsmodell II	212
62	Das Existenzminimum eines Alleinstehenden für 1993 gemäß Bundesfinanzministerium	221
63	Gesetzliche Regelung zur Ermittlung der Erwerbsbezüge im Jahre 1993	222
64	Zur Entwicklung von Nominallöhnen, Produktivität und Lohnstückkosten im früheren Bundesgebiet	237
65	Entwicklung und Struktur der Arbeitslosigkeit im früheren Bundesgebiet	240
66	Bruttostundenverdienste und Arbeitslosigkeit in Westdeutschland nach Bundesländern	247
67	Durchschnittliche Bruttostundenverdienste und Beschäftigungsanteile der Arbeiter nach Qualifikationsgruppen	248

Verzeichnis der Tabellen im statistischen Anhang

		Seite
1*	Bevölkerung und Erwerbstätige in wichtigen Industrieländern	295
2*	Beschäftigte Arbeitnehmer und Arbeitslose in wichtigen Industrieländern	296
3*	Bruttoinlandsprodukt in wichtigen Industrieländern	297
4*	Volkseinkommen und Einkommen aus unselbständiger Arbeit in wichtigen Industrieländern	298
5*	Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen und Einkommen aus unselbständiger Arbeit je beschäftigten Arbeitnehmer in wichtigen Industrieländern	299
6*	Zinsen in wichtigen Industrieländern	300
7*	Privater Verbrauch in wichtigen Industrieländern	301
8*	Staatsverbrauch in wichtigen Industrieländern	302
9*	Anlageinvestitionen in wichtigen Industrieländern	303
10*	Ausfuhr und Einfuhr von Waren und Dienstleistungen in wichtigen Industrieländern	304
11*	Salden der Handelsbilanz und der Leistungsbilanz in wichtigen Industrieländern	306
12*	Werte der Europäischen Währungseinheit (ECU)	307
13*	Amtliche Devisenkurse an der Frankfurter Börse	308
14*	Außenwert der D-Mark	310
15*	Industrieproduktion in wichtigen Industrieländern	311
16*	Zur Preis- und Lohnentwicklung in wichtigen Industrieländern	312
17*	Indikatoren für die Welt und für ausgewählte Ländergruppen	314
18*	Weltausfuhr nach Warengruppen und Ländergruppen	315
19*	Internationale Energiepreise	316
20*	Energieverbrauch im internationalen Vergleich	317
21*	Bevölkerung, Erwerbstätigkeit und Arbeitslosigkeit	319
22*	Wirtschaftliche Eckdaten für die neuen Bundesländer und Berlin-Ost	320
23*	Sozialproduktsberechnung für Deutschland, das frühere Bundesgebiet und die neuen Bundesländer	322
24*	Erwerbstätige und beschäftigte Arbeitnehmer nach Wirtschaftsbereichen	325
25*	Ausländer im Bundesgebiet nach der Staatsangehörigkeit	326
26*	Bruttowertschöpfung nach Wirtschaftsbereichen	328
27*	Bruttowertschöpfung, Bruttoinlandsprodukt, Sozialprodukt	330
28*	Vierteljahresergebnisse der Sozialproduktsberechnung — Entstehung des Inlandsprodukts	332
29*	Verteilung des Volkseinkommens	333
30*	Verwendung des Volkseinkommens	334
31*	Einkommen, Produktivität und Lohnstückkosten	335
32*	Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit nach Wirtschaftsbereichen	336
33*	Produktivität und Lohnstückkosten nach Wirtschaftsbereichen	337
34*	Einkommen und Einkommensverwendung der privaten Haushalte	338
35*	Verwendung des Inlandsprodukts	340
36*	Bruttoinvestitionen	342
37*	Anlageinvestitionen nach Wirtschaftsbereichen	344
38*	Einnahmen und Ausgaben des Staates	346
39*	Subventionen des Staates	350
40*	Privater Verbrauch nach Verwendungszwecken	351
41*	Vierteljahresergebnisse der Sozialproduktsberechnung — Verwendung des Inlandsprodukts	352
42*	Ausgaben und Einnahmen der öffentlichen Haushalte	354
43*	Ausgaben und Einnahmen der staatlichen und kommunalen Haushalte nach Ländern	356
44*	Kassenmäßige Steuereinnahmen	358
45*	Verschuldung der öffentlichen Haushalte	359
46*	Vermögensbildung und ihre Finanzierung	360

		Seite
47*	Entwicklung der Geldbestände im Bilanzzusammenhang	362
48*	Geldbestände, Euromarkteinlagen und bereinigte Zentralbankgeldmenge	364
49*	Absatz und Erwerb von Wertpapieren	365
50*	Index der Aktienkurse nach Wirtschaftsbereichen	366
51*	Auftragseingang im Verarbeitenden Gewerbe	367
52*	Umsatz im Bergbau und im Verarbeitenden Gewerbe	370
53*	Index der Produktion im Produzierenden Gewerbe	373
54*	Indizes des Auftragseingangs und des Umsatzes für das Verarbeitende Gewerbe in den neuen Bundesländern und Berlin-Ost	374
55*	Index der Nettoproduktion für das Produzierende Gewerbe in den neuen Bundesländern und Berlin-Ost	375
56*	Beschäftigte im Bergbau und im Verarbeitenden Gewerbe	376
57*	Geleistete Arbeiterstunden im Bergbau und im Verarbeitenden Gewerbe	378
58*	Produktionsergebnis je Beschäftigtenstunde im Bergbau und im Verarbeitenden Gewerbe	379
59*	Der Bergbau und das Verarbeitende Gewerbe in den neuen Bundesländern	380
60*	Baugenehmigungen	382
61*	Auftragseingang im Bauhauptgewerbe	383
62*	Auftragsbestand im Bauhauptgewerbe	385
63*	Umsatz, Beschäftigte und Produktion im Bauhauptgewerbe	386
64*	Das Baugewerbe in den neuen Bundesländern und Berlin-Ost	387
65*	Zahlungsbilanz	388
66*	Kapitalverkehr mit dem Ausland	390
67*	Außenhandel (Spezialhandel)	392
68*	Ausfuhr und Einfuhr nach Gütergruppen der Produktionsstatistik	393
69*	Ausfuhr nach Warengruppen der Außenhandelsstatistik	394
70*	Einfuhr nach Warengruppen der Außenhandelsstatistik	395
71*	Ausfuhr und Einfuhr der neuen Bundesländer und Berlin-Ost nach Warengruppen	396
72*	Warenausfuhr nach Ländergruppen	397
73*	Wareneinfuhr nach Ländergruppen	398
74*	Ausfuhr und Einfuhr der neuen Bundesländer und Berlin-Ost nach Ländergruppen und ausgewählten Ländern	399
75*	Einzelhandelsumsatz	400
76*	Preisindex für den Wareneingang des Produzierenden Gewerbes	401
77*	Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte	402
78*	Index der Ausfuhrpreise	403
79*	Index der Einfuhrpreise	404
80*	Preisindizes für Neubau und Instandhaltung, Baulandpreise	405
81*	Preisindex für die Lebenshaltung von 4-Personen-Haushalten (1970 = 100)	406
82*	Preisindex für die Lebenshaltung von 4-Personen-Haushalten (1985 = 100)	407
83*	Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte (1985 = 100)	408
84*	Preisindex für die Lebenshaltung (nach Haushaltstypen und nach Waren, Leistungen, Wohnungsnutzung)	409
85*	Preisindex für die Lebenshaltung für die neuen Bundesländer und Berlin-Ost	410
86*	Preisentwicklung nach den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen	411
87*	Löhne und Gehälter	412
88*	Primärenergieverbrauch im Inland nach Energieträgern	413
89*	Endenergieverbrauch im Inland nach Energieträgern	414
90*	Energieverbrauch nach Bereichen	415
91*	Entwicklung im Mineralölbereich	416
92*	Ausgewählte Umweltindikatoren für die Bundesrepublik Deutschland	417

Statistische Materialquellen — Abkürzungen

Angaben aus der amtlichen Statistik für die Bundesrepublik stammen, soweit nicht anders vermerkt, vom Statistischen Bundesamt. Diese Angaben beziehen sich auf Deutschland; andere Gebietsstände sind ausdrücklich angemerkt.

Material über das Ausland wurde in der Regel internationalen Veröffentlichungen entnommen. Darüber hinaus sind in einzelnen Fällen auch nationale Veröffentlichungen herangezogen worden.

AFG	=	Arbeitsförderungsgesetz
BA	=	Bundesanstalt für Arbeit
BMA	=	Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung
BMF	=	Bundesministerium der Finanzen
BMWi	=	Bundesministerium für Wirtschaft
BSHG	=	Bundessozialhilfegesetz
DIW	=	Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin
EFTA	=	Europäische Freihandelszone, Genf
EG	=	Europäische Gemeinschaften, Brüssel/Luxemburg
ERP	=	Europäisches Wiederaufbauprogramm (Marshallplan)
EUV	=	Vertrag über die Europäische Union vom 7. Februar 1992; eingearbeitet in den Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft (Fassung vom 7. Februar 1992)
EWGV	=	Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft
EWS	=	Europäisches Währungssystem
EZB	=	Europäische Zentralbank
FAG	=	Gesetz über den Finanzausgleich zwischen Bund und Ländern
GATT	=	Allgemeines Zoll- und Handelsabkommen, Genf
HWWA	=	HWWA-Institut für Wirtschaftsforschung, Hamburg
IAB	=	Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit
Ifo	=	Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung, München
IFW	=	Institut für Weltwirtschaft, Kiel
IAO/ILO	=	Internationale Arbeitsorganisation, Genf
IWF/IMF	=	Internationaler Währungsfonds, Washington
JG	=	Jahresgutachten des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung
JWB	=	Jahreswirtschaftsbericht der Bundesregierung
OECD	=	Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Paris
Öffa	=	Deutsche Gesellschaft für öffentliche Arbeiten AG
OPEC	=	Organisation erdölexportierender Länder, Wien
RGW	=	Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (COMECON)[1], Moskau
RWI	=	Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung, Essen
SAEG	=	Statistisches Amt der Europäischen Gemeinschaften, Luxemburg/Brüssel
SG	=	Sondergutachten des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung
SZR	=	Sondererziehungsrechte
UN	=	Vereinte Nationen, New York
WSI	=	Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut des Deutschen Gewerkschaftsbundes GmbH, Düsseldorf

[1]) Mit Wirkung vom 14. Dezember 1991 aufgelöst.

Zeichenerklärung

-	=	nichts vorhanden
0	=	weniger als die Hälfte der kleinsten dargestellten Einheit
.	=	kein Nachweis
...	=	Angaben fallen später an
— oder |	=	der Vergleich ist durch grundsätzliche Änderungen beeinträchtigt
X	=	Nachweis ist nicht sinnvoll beziehungsweise Fragestellung trifft nicht zu
( )	=	Aussagewert eingeschränkt, da der Zahlenwert statistisch relativ unsicher ist

Kursiv gedruckte Textabschnitte enthalten Erläuterungen zur Statistik oder methodische Erläuterungen zu den Konzeptionen des Rates.

In **Textkästen gedruckte Textabschnitte** enthalten analytische oder theoretische Ausführungen unter anderem im Zusammenhang mit längerfristigen Vergleichen.

EINE KÜRZERE FASSUNG
Die wirtschaftliche Lage

Der internationale Rahmen
(Ziffern 1 ff.)

1*. Die wirtschaftliche Entwicklung in den Industrieländern blieb im Jahre 1993 deutlich hinter dem zurück, was im vergangenen Herbst allgemein erwartet worden war. Das reale Bruttoinlandsprodukt der OECD-Staaten nahm lediglich um ½ vH zu, allerdings bei deutlichen regionalen Unterschieden. So setzte sich in den Vereinigten Staaten die verhaltene Aufwärtsentwicklung fort. Auch in Großbritannien stiegen Nachfrage und Produktion weiter leicht an. In den übrigen Industrieländern Europas blieb der erhoffte Aufschwung hingegen aus. Nach einem Einbruch der Produktion zur Jahreswende lag die gesamtwirtschaftliche Erzeugung hier im Herbst in etwa auf dem Vorjahresniveau. Die meisten Länder dürften den Tiefpunkt der konjunkturellen Abwärtsentwicklung inzwischen aber erreicht haben. In Japan schließlich hielt die Konjunkturschwäche trotz fortgesetzter Bemühungen der Wirtschaftspolitik um Stimulierung der Nachfrage bis zuletzt an.

Differenziert stellt sich auch die Lage in der übrigen Welt dar. In einigen mittel- und osteuropäischen Ländern beginnen nunmehr die Früchte der marktwirtschaftlichen Reformen der letzten Jahre zu reifen, insbesondere in Polen, in Ungarn und in Tschechien. In Polen war nun schon im zweiten aufeinanderfolgenden Jahr ein leichter Produktionszuwachs zu verzeichnen. Hingegen ist in den Nachfolgestaaten der Sowjetunion ein Ende der Transformationskrise noch immer nicht in Sicht. Weiterhin steil aufwärtsgerichtet war die wirtschaftliche Entwicklung in den ost- und südostasiatischen Schwellenländern und in der Volksrepublik China. Nicht nur als Produktionsstandort, sondern auch als Absatzmarkt für Produkte aus den Industrieländern gewinnt diese Region ständig an Bedeutung. In vielen lateinamerikanischen Staaten schließlich setzte sich der mit der Einleitung von marktwirtschaftlich orientierten Reformmaßnahmen in Gang gesetzte Aufschwungsprozeß weiter fort.

2*. Enttäuschend blieb vor allem die konjunkturelle Entwicklung in den kontinentaleuropäischen Ländern. Die Ursachen sind vor allem binnenwirtschaftlich bedingt. Hervorzuheben sind dabei insbesondere dämpfende wirtschaftspolitische Einflüsse. So stieß die für eine konjunkturelle Belebung wohl notwendige und angesichts der erreichten Fortschritte bei der Inflationsbekämpfung von vielen Ländern auch angestrebte Lockerung der Geldpolitik schnell an die Grenzen, die bei in Deutschland hohen Zinsen durch die Zwänge im Europäischen Währungssystem gezogen waren. Nur Großbritannien und Italien, die seit September 1992 nicht mehr am Interventionsmechanismus des Europäischen Währungssystems teilnehmen, nutzten den dadurch gegebenen Spielraum für Senkungen der kurzfristigen Zinsen; im Vergleich zum letzten Jahr haben sich die Zinsdifferenzen zu Deutschland deutlich vermindert. Die meisten anderen Notenbanken orientierten sich in ihrer Zinspolitik hingegen eng an dem von der Deutschen Bundesbank vorgegebenen Kurs und senkten dementsprechend die kurzfristigen Zinsen nur schrittweise. Doch wegen der üblichen Wirkungsverzögerung waren diese Zinssenkungen kaum geeignet, der lahmenden Nachfrage auch rasch stärkere Impulse zu geben. Mit der Anfang August vorgenommenen Ausweitung der für Wechselkursschwankungen innerhalb des Europäischen Währungssystems zulässigen Bandbreiten auf ±15 vH haben sich die Spielräume für eine stärker an binnenwirtschaftlichen Zielen orientierte Geldpolitik in den europäischen Ländern zwar vergrößert, doch blieben unkoordinierte Zinssenkungen aus Furcht vor einer stärkeren Abwertung der eigenen Währung bislang aus. Auch die langfristigen Zinsen gingen europaweit zurück; die Zinsstruktur blieb allerdings in vielen europäischen Ländern bis weit in das Jahr hinein invers.

Die Finanzpolitik hatte in den meisten Ländern nur wenig Spielraum für expansive Maßnahmen. Die öffentlichen Defizite haben — nicht zuletzt auch konjunkturbedingt — inzwischen ein solches Ausmaß erreicht, daß größere kreditfinanzierte Ausgabenprogramme nicht mehr durchführbar erschienen; die in den meisten Ländern überaus hohe Zinsbelastung der öffentlichen Haushalte hat der Finanzpolitik kaum noch Handlungsspielraum belassen. Lediglich Großbritannien und — in freilich geringerem Maße — Frankreich haben durch eine deutlich über die zyklischen Einflüsse hinausgehende Ausweitung des Budgetdefizits die Nachfrage zu stützen versucht. Andere Länder hingegen — vornehmlich solche mit bereits außerordentlich hohen Schuldenständen, wie Italien und Belgien — haben trotz konjunktureller Schwäche ihre Konsolidierungsbemühungen sogar noch verstärkt.

Belastet wurde die konjunkturelle Entwicklung in Europa auch durch die pessimistischen Einschätzungen über die weitere wirtschaftliche Entwicklung und die künftige Wirtschaftspolitik. Insbesondere die Verunsicherung über Art und Abfolge der als notwendig erkannten Konsolidierungsschritte in den öffentlichen Haushalten erwies sich als Hemmnis für ein Wiederaufleben der wirtschaftlichen Dynamik. Einer stärkeren Erholung stand auch das ungewisse Schicksal der GATT-Verhandlungen im Rahmen der Uruguay-Runde entgegen, zumal in einigen Ländern — auch in Europa — die Neigung zu protektionistischen Eingriffen in den Handel und in den Kapitalverkehr wieder auflebte.

Zur gegenwärtigen Konjunkturschwäche in Europa trägt bei, daß die in den einzelnen Ländern auftretenden kontraktiven Entwicklungen sich in andere Länder übertragen und sich möglicherweise noch verstär-

ken. Die Erfahrungen des Jahres 1993 zeigten einmal mehr, daß eine vornehmlich an binnenwirtschaftlichen Zielen orientierte Wirtschaftspolitik bei dem in Europa erreichten Integrationsgrad auf Schwierigkeiten stoßen kann.

3*. Am deutlichsten zu spüren sind die Folgen der gegenwärtigen Nachfrageschwäche am Arbeitsmarkt; mit dem Nachlassen der konjunkturellen Dynamik ist die Beschäftigung kräftig zurückgegangen. Mittlerweile zählt die OECD in den Industrieländern mehr als 35 Millionen Personen als arbeitslos, das sind 8¼ vH aller Erwerbspersonen. Vor allem in Europa ist die Arbeitslosigkeit ein drückendes Problem, nicht zuletzt deswegen, weil damit gerechnet werden muß, daß ein großer Teil der jetzt arbeitslos gewordenen Menschen auch bei einer konjunkturellen Belebung wohl keine neue Beschäftigung wird finden können. Bereits heute sind in einigen Ländern der Europäischen Gemeinschaft beinahe zwei Drittel aller Arbeitslosen länger als ein Jahr ohne Beschäftigung, und vieles deutet darauf hin, daß die Langzeitarbeitslosigkeit weiter zunehmen wird. Angesichts dieser Perspektiven haben die Regierungen der Industrieländer angekündigt, der Arbeitsmarktpolitik wirtschaftspolitische Priorität einzuräumen.

4*. Die im ganzen recht schwache Nachfragebelebung in den Industrieländern spiegelt sich auch in der Entwicklung des Welthandels wider. Im ganzen expandierte der Welthandel zwar in diesem Jahr, doch mit 3 vH war das Tempo deutlich niedriger als im Jahre 1992 (5,1 vH). Eine weiterhin kräftige Importnachfrage entfalteten die Vereinigten Staaten, die Einfuhr der europäischen Länder verharrte jedoch im großen und ganzen auf dem Niveau des Vorjahres. Expansive Impulse für den Welthandel rührten vor allem von der weiterhin zunehmenden Beteiligung

Tabelle A

Wirtschaftliche Eckdaten für

	Einheit	1980	1981	1982	1983	1984	1985
Bruttoinlandsprodukt	vH[3])	*1,0*	*0,1*	*–0,9*	*1,8*	*2,8*	*2,0*
Inlandsnachfrage[4])	vH[3])	*0,6*	*–2,3*	*–2,2*	*2,4*	*1,9*	*1,0*
Ausrüstungsinvestitionen	vH[3])	*2,3*	*–4,9*	*–7,7*	*5,6*	*–1,4*	*8,6*
Bauinvestitionen	vH[3])	*2,2*	*–5,0*	*–4,1*	*1,7*	*1,1*	*–5,9*
Privater Verbrauch ..	vH[3])	*1,2*	*–0,6*	*–1,3*	*1,5*	*1,8*	*1,7*
Staatsverbrauch	vH[3])	*2,6*	*1,8*	*–0,9*	*0,2*	*2,5*	*2,1*
Ausfuhr[5])	vH[3])	*5,2*	*7,2*	*3,9*	*–0,8*	*8,2*	*7,6*
Einfuhr[5])	vH[3])	*3,6*	*–3,1*	*–1,1*	*1,4*	*5,2*	*4,5*
Außenbeitrag[6])	Mrd DM	23,05	71,37	95,98	85,80	106,17	128,41
Nachrichtlich: Außenbeitrag[6]) (nominal)	Mrd DM	–6,85	12,32	38,14	33,51	43,26	63,87
Erwerbstätige (Inland) ...	Tausend[7])	412	–29	–321	–379	42	196
Arbeitslosenquote[8])	vH	*3,6*	*5,1*	*7,2*	*8,8*	*8,8*	*8,9*
Lohnstückkosten[9])	vH[10])	*7,4*	*4,6*	*4,0*	*0,4*	*0,7*	*1,6*
Terms of Trade[11])	vH[10])	*–7,7*	*–6,9*	*1,9*	*2,1*	*–2,3*	*1,2*
Verbraucherpreise[12])	vH[10])	*5,5*	*6,3*	*5,2*	*3,3*	*2,4*	*2,0*
Umlaufsrendite festverzinslicher Wertpapiere[13])	Prozent	*8,6*	*10,6*	*9,1*	*8,0*	*7,8*	*6,9*
Gewinn-Erlös-Relation[14])	vH[15])	*–2,3*	*–1,4*	*–0,6*	*1,9*	*0,5*	*0,6*
Realer Wechselkurs[16]) ...	vH[10])	*–5,6*	*–9,6*	*1,5*	*0,4*	*–4,8*	*–2,8*

[1]) 1993 eigene Schätzung.
[2]) 1994 Prognose.
[3]) In Preisen von 1991; Veränderung gegenüber dem Vorjahr.
[4]) Letzte inländische Verwendung (Privater Verbrauch, Staatsverbrauch, Anlageinvestitionen und Vorratsveränderung).
[5]) Waren und Dienstleistungen (ohne Erwerbs- und Vermögenseinkommen). Ausfuhr und Einfuhr enthalten den Güterverkehr mit den neuen Bundesländern und Berlin-Ost.
[6]) Ausfuhr abzüglich Einfuhr.
[7]) Veränderung in Tausend.
[8]) Anteil der Arbeitslosen an den abhängigen Erwerbspersonen (beschäftigte Arbeitnehmer nach dem Inländerkonzept plus Arbeitslose).

der Entwicklungs- und Schwellenländer am internationalen Warenaustausch her. Insbesondere die Schwellenländer in Ost- und Südostasien und mehrere lateinamerikanische Reformländer haben im Zuge nachhaltiger Einkommenssteigerungen ihre Nachfrage nach ausländischen Produkten stark ausgeweitet; dies kam allerdings vornehmlich Anbietern aus Japan und den Vereinigten Staaten zugute, nur in geringem Maße den Exportunternehmen Westeuropas.

Die deutsche Wirtschaft im Jahre 1993

(Ziffern 42ff.)

5*. Wie in den meisten europäischen Industrieländern ist die wirtschaftliche Entwicklung im Jahre 1993 auch in Deutschland enttäuschend verlaufen. Die westdeutsche Wirtschaft stand im Zeichen einer tiefen Rezession, in die sie Ende 1992 hineingerutscht war. Der Abwärtstrend kam zwar im zweiten Quartal zum Stillstand, aber die Wirtschaft konnte 1993 nicht wieder auf einen Expansionskurs einschwenken. So fällt die wirtschaftliche Bilanz dieses Jahres in den alten Bundesländern insgesamt ernüchternd aus. Das Produktionsvolumen lag um mehr als 2 vH unter dem Stand des Vorjahres, die realen Ausrüstungs- und Bauinvestitionen der Unternehmen (ohne Wohnungsbau) gingen um 12 vH zurück, und die Anzahl der Erwerbstätigen sank um etwa eine halbe Million Personen (Tabelle A). Enttäuschend ist vor allem, daß auch am Ende des Jahres 1993 noch keine gefestigte Zuversicht in die weitere Entwicklung festzustellen ist.

Die Rezession in Westdeutschland und in anderen Industrieländern hatte auch für die wirtschaftliche

Tabelle A

das frühere Bundesgebiet

1986	1987	1988	1989	1990	1991	1992	1993[1]	1994[2]
2,3	*1,5*	*3,7*	*3,6*	*5,7*	*4,5*	*1,6*	*– 2*	*–0*
3,3	*2,4*	*3,6*	*2,9*	*5,2*	*3,6*	*1,5*	*– 2 1/2*	*–1*
3,7	*4,5*	*6,3*	*8,8*	*13,2*	*9,1*	*–3,9*	*–15 1/2*	*–2*
3,1	*0,0*	*3,1*	*4,4*	*4,9*	*3,6*	*5,5*	*– 1/2*	*1*
3,5	*3,4*	*2,7*	*2,8*	*5,2*	*4,5*	*1,7*	*– 1*	*–1 1/2*
2,5	*1,5*	*2,1*	*–1,6*	*2,2*	*0,3*	*3,2*	*– 1*	*–1*
–0,6	*0,4*	*5,5*	*10,2*	*10,4*	*13,7*	*3,7*	*– 8 1/2*	*2 1/2*
2,7	*4,2*	*5,1*	*8,3*	*9,4*	*12,1*	*3,9*	*–10 1/2*	*1/2*
111,72	93,45	100,43	120,63	138,88	168,66	173,04	174	190
99,91	99,96	109,71	120,14	142,88	168,66	194,59	205 1/2	220
367	194	211	397	821	748	260	–517	–550
8,5	*8,5*	*8,4*	*7,6*	*6,9*	*6,1*	*6,5*	*8*	*10*
2,7	*2,4*	*0,1*	*0,7*	*2,0*	*3,9*	*4,7*	*3 1/2*	*1*
16,5	*4,7*	*0,8*	*–1,6*	*2,4*	*0,9*	*4,4*	*2 1/2*	...
–0,1	*0,2*	*1,3*	*2,8*	*2,7*	*3,5*	*4,0*	*4*	*3*
6,0	*5,8*	*6,0*	*7,1*	*8,9*	*8,7*	*8,1*	*6 1/2*	...
1,5	*0,2*	*1,0*	*0,0*	*0,8*	*–0,6*	*–0,9*	*–1 1/2*	...
6,1	*3,6*	*–2,8*	*–2,5*	*3,0*	*–2,4*	*3,6*	*4 1/2*	...

[9]) Berechnet als: Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit je beschäftigten Arbeitnehmer in Relation zum Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1991 je Erwerbstätigen (Produktivität).
[10]) Veränderung gegenüber dem Vorjahr.
[11]) Index der Ausfuhrpreise in Relation zum Index der Einfuhrpreise.
[12]) Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte (1985 = 100).
[13]) Inhaberschuldverschreibungen mit einer längsten Laufzeit gemäß Emissionsbedingungen von über 4 Jahren, soweit ihre mittlere Restlaufzeit mehr als 3 Jahre beträgt; Quelle: Deutsche Bundesbank.
[14]) Unternehmen ohne die Wirtschaftsbereiche Landwirtschaft, Forstwirtschaft, Fischerei, Kreditinstitute, Versicherungsunternehmen und Wohnungsvermietung. Zur Berechnung siehe Anhang IV, Abschnitt B.
[15]) Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozentpunkten.
[16]) Außenwert der D-Mark auf Basis der Verbraucherpreise; Quelle: Deutsche Bundesbank.

Entwicklung in den neuen Bundesländern nachteilige Folgen. Der Anstieg der Investitionen flachte sich ab; unter anderem deshalb, weil westdeutsche Unternehmen ihre Investitionsausgaben in den neuen Bundesländern nicht mehr so stark ausweiteten wie in den vergangenen Jahren. Für viele neugegründete und privatisierte Unternehmen wurde es infolge der allgemeinen Konjunkturschwäche und der Verschärfung des internationalen Wettbewerbs noch schwieriger, die Marktanteile ihrer Produkte zu verteidigen oder gar neue Absatzmärkte zu erschließen. Trotz dieser schwierigen Bedingungen stieg die Produktion in den neuen Bundesländern weiter an, langsamer zwar als 1992, aber mit 6½ vH gleichwohl noch beträchtlich. Zu dem Produktionsanstieg trug außer einer weiterhin lebhaften Baukonjunktur bei, daß in wichtigen Zweigen des Verarbeitenden Gewerbes, auch solchen, die nicht direkt von der Baukonjunktur profitieren, die Investitionsprojekte der vergangenen Jahre offenbar ausreiften und Produktionsanlagen in Betrieb genommen wurden. Die Beschäftigungsentwicklung stabilisierte sich im Verlauf des Jahres, gleichwohl nahm die Anzahl der Erwerbstätigen im Jahresdurchschnitt um 200 000 ab.

Der Beschäftigungsrückgang, der sich in Ost- und Westdeutschland zusammen auf rund 720 000 Personen belief, hat das Ungleichgewicht am deutschen Arbeitsmarkt weiter vergrößert. Obwohl auch das Arbeitskräfteangebot im Jahre 1993 etwas zurückging, stieg die Unterbeschäftigung rapide an. Am Jahresende dürften in Deutschland rund 3,6 Millionen Personen als arbeitslos registriert sein; hinzu kommen weitere 2,1 Millionen Personen, deren Arbeitsplätze mit Hilfe von Kurzarbeitergeld und Lohnkostenzuschüssen subventioniert sind oder die durch Maßnahmen der Arbeitsmarktpolitik abgesichert werden.

6*. Die Stärke des konjunkturellen Abschwungs in den **alten Bundesländern,** der die gesamtwirtschaftliche Produktion vom vierten Quartal des Jahres 1992 bis zum ersten Quartal des Jahres 1993 um rund 3 vH sinken ließ, war in nahezu allen Prognosen, so auch der des Sachverständigenrates, unterschätzt worden. An den vorlaufenden Indikatoren war ein derart starker Abschwung vor einem Jahr nicht zu erkennen gewesen. Auch erschien die einjährige Stagnationsphase, die dem Produktionseinbruch vorausgegangen war, nicht als Vorbote einer tiefen Rezession, sondern eher als Korrektur der konjunkturellen Übersteigerungen in den Jahren 1990 und 1991, die die Wirtschaft in eine Situation starker Überauslastung geführt hatten. Tatsächlich blieb es aber nicht bei einer Korrektur; der Grad der Kapazitätsauslastung fiel deutlich unter das Normalniveau, den langfristigen Durchschnittswert, zurück, und die Wirtschaft geriet in eine Rezession, vergleichbar in der Stärke der der Jahre 1981/82. Trotz freiwerdender Produktionskapazitäten und rückläufiger Nachfrage blieb der Preisniveauanstieg hartnäckig hoch. Das war nicht auf eine Verteuerung industrieller Güter zurückzuführen, deren Preise nahezu stabil blieben, sondern in erster Linie dem anhaltenden Anstieg der Preise für Wohnungsnutzung, Bauleistungen und für viele Dienstleistungen sowie einer kräftigen Erhöhung der staatlich administrierten Preise und nicht zuletzt auch der Mehrwertsteueranhebung zu Beginn des Jahres 1993 zuzuschreiben.

7*. Daß es nicht bei einer Normalisierung der Konjunktur blieb, der Abschwung sich vielmehr verstärkte, hatte nicht allein mit einer Schwäche der Binnennachfrage, sondern auch mit einem Rückgang des deutschen Exports zu tun. Nachdem das Ausfuhrvolumen bereits in dem Zeitraum von 1990 bis 1992 nicht mehr angestiegen war, dürfte es im Jahre 1993 um über 12 vH zurückgegangen sein. Die Hoffnungen, die man in eine Wiederbelebung der Weltkonjunktur in der zweiten Hälfte des Jahres 1992 gesetzt hatte, wurden nicht erfüllt, vielmehr verstärkten sich die rezessiven Tendenzen gerade in der europäischen Wirtschaft aufs Neue. Nachteilig wirkte es sich für deutsche Exporteure aus, daß die Nachfrageschwäche im Ausland insbesondere die Investitionsgütermärkte erfaßte, die einen Großteil des deutschen Exports aufnehmen. Dies sowie eine Verteuerung deutscher Exportprodukte durch eine Höherbewertung der D-Mark gegenüber den meisten europäischen Währungen erschwerten das Exportgeschäft. Nicht zu übersehen sind allerdings auch Anzeichen dafür, daß die bisherige Wettbewerbsstärke deutscher Unternehmen nachgelassen haben könnte. So haben deutsche Anbieter in den letzten Jahren nicht in dem Maße wie ihre Konkurrenten aus anderen Ländern an dem Wachstum besonders dynamischer Märkte teilgehabt. Das gilt zum Beispiel im Hinblick auf die Wachstumsregionen in Ost- und Südostasien, aber auch im Hinblick auf dynamisch wachsende Produktmärkte etwa im Bereich der Elektrotechnik, der Telekommunikation und der Informationstechnologie.

Die binnenwirtschaftliche Entwicklung in Deutschland, der größten Volkswirtschaft Europas, hat entscheidenden Einfluß auf die Lage in anderen Ländern dieses Wirtschaftsraums. Nachlassende Auftriebskräfte in Deutschland schmälern die Expansionsmöglichkeiten anderer Länder und vermindern damit indirekt auch die Absatzchancen deutscher Exporteure. Dieser wechselseitige Zusammenhang war auch im Jahre 1993 zu beobachten. Aufgrund der ausgeprägten Nachfrageschwäche in Deutschland ist das Einfuhrvolumen aus dem Ausland im Jahre 1993 schätzungsweise um 10½ vH unter den Vorjahresstand gesunken, und davon waren vor allem europäische Länder betroffen.

8*. Die Gründe für die starke Kontraktion der Nachfrage im Jahre 1993 waren bereits in der starken konjunkturellen Überhitzung und den sich ausweitenden Verteilungskonflikten der vorangegangenen Jahre angelegt. Der Aufschwung nach der deutschen Vereinigung, der zu einem erheblichen Teil staatlichen Nachfrageimpulsen zu verdanken war, ließ die Auslastung der Produktionskapazitäten im Jahre 1991 auf den bislang höchsten Wert seit 1970 ansteigen. Die Geldentwertung beschleunigte sich, verstärkt durch Lohnabschlüsse, die seit 1990 weit über der Produktivitätszunahme gelegen hatten. Das veranlaßte die Notenbank, ihre Zinssätze schrittweise anzuheben, was den Satz für Tagesgeld bis Mitte 1992 auf fast zehn Prozent hochtrieb. Es war absehbar, daß diese Konfliktlage in der Wirtschaftspolitik die Wachstumskräfte schwächen würde (JG 92 Ziffern 62f., Zif-

fern 278ff.). Der Zinsanstieg dämpfte die Expansion der Nachfrage, die Ertragsmargen der Produktionsunternehmen gerieten unter Druck, und die hohe Kapazitätsauslastung der Unternehmen ging — auch aufgrund einer nachlassenden Auslandsnachfrage — schnell zurück. Damit wurden wie schon in früheren Zyklen in der Hochkonjunktur die Gründe für einen zyklischen Abwärtsprozeß angelegt. Spezifisch für die Rezession des Jahres 1993 war es allerdings, daß die mehrere Monate anhaltende öffentliche Auseinandersetzung über die Konsolidierung der Staatsfinanzen und einen gesellschaftlichen Solidarpakt bei Investoren und Konsumenten zu großer Unsicherheit darüber führte, ob die Wirtschaftspolitik noch in der Lage ist, zugleich die Herausforderung der wirtschaftlichen Integration Deutschlands und die Konsolidierung der Staatsfinanzen ohne nachhaltigen Schaden für die Wachstumsdynamik der Wirtschaft zu bewältigen.

Die kontraktiven Effekte im Inland haben sich, wie in vergleichbaren früheren Konjunkturphasen, wechselseitig verstärkt. Der massive Rückgang der Investitionsgüternachfrage führte zu entsprechenden Auftragseinbußen und zunehmender Unterauslastung im Investitionsgüter produzierenden Gewerbe; der Personalabbau in den Unternehmen schmälerte den Anstieg des verfügbaren Einkommens und trug so dazu bei, daß der Private Verbrauch dem Volumen nach um knapp 1 vH zurückging. Das minderte den Auftragseingang im Konsumgüterbereich und führte dort zu Anpassungen in der Kapazitäts- und Personalplanung. Der Rückgang der Beschäftigung, der der Produktions- und Absatzentwicklung wie in anderen Rezessionsphasen mit leichter Verzögerung folgte, fiel auffallend stark aus. Vieles spricht dafür, daß die Wirtschaft in den Jahren, in denen sie dank der deutschen Einheit eine Sonderkonjunktur hatte, Kostensenkungspotentiale nicht in vollem Umfang genutzt hat. Die Rezession hat deutlich gemacht, daß Versäumtes um so dringlicher angegangen werden muß, was nun mehr und mehr auch geschieht.

9*. Wann das Ende von konjunkturellen Abwärtsprozessen erreicht ist, läßt sich allgemein nur schwer vorhersagen. So herrscht auch diesmal Unsicherheit darüber, ob die Stabilisierung der Produktion, die im zweiten und im dritten Quartal zu beobachten war, das Ende der Rezession darstellt. Nach unserer Einschätzung gibt es mehrere Gründe für die Annahme, daß die konjunkturelle Grundtendenz in der nächsten Zeit nicht weiter nach unten gerichtet sein wird, auch wenn die zum Jahresbeginn bevorstehende Anhebung der Mineralölsteuer und der Sozialversicherungsbeiträge im ersten Quartal 1994 zu einem weiteren Produktions- und Nachfragerückgang führen dürfte. Wichtig erscheint insbesondere, daß sich die Nachfrage aus dem Ausland seit Jahresbeginn wieder leicht belebt hat, was bislang noch nicht zu steigenden Exportzahlen führte, aber die Geschäftserwartungen der Unternehmen positiv beeinflußt hat. Auf der Angebotsseite wirkte es sich günstig aus, daß der durchschnittliche Tariflohnanstieg mit knapp 4 vH deutlich niedriger lag als im Jahre 1992 (5,9 vH). Da überdies stabile Importpreise den Unternehmen günstige Vorleistungsbezüge aus dem Ausland ermöglichten, fiel die Gewinn-Erlös-Relation in der Gesamtwirtschaft nicht so stark zurück, wie es in früheren Zyklen der Fall gewesen war. Im Verarbeitenden Gewerbe ist es allerdings auch im Jahre 1993 zu einem äußerst starken Ertragseinbruch gekommen.

10*. Die schlechte Konjunkturlage bei anhaltend hoher Geldentwertung und rascher monetärer Expansion stellte die Deutsche Bundesbank vor ein schwieriges Abwägungsproblem. Sie entschied sich dafür, die Notenbankzinsen in mehreren Schritten zu senken und so das Niveau der Zinssätze am Geldmarkt, das im August 1992 noch bei 9,7 Prozent gelegen hatte, auf inzwischen knapp 6,5 Prozent zurückzuführen. Neben konjunkturellen Erwägungen dürfte dabei auch das Bestreben eine Rolle gespielt haben, den europäischen Partnerländern die Stabilisierung ihrer Währungen im Rahmen der engen Bandbreiten des Europäischen Währungssystems zu erleichtern, die dann im August 1993 letztlich doch aufgegeben wurden. Das Geldmengenziel wurde allerdings nach einer gravierenden Verfehlung im Vorjahr auch im Jahre 1993 nicht erreicht.

Wichtiger als der Rückgang der Geldmarktzinsen war es aus konjunktureller Sicht, daß die Kapitalmarktzinsen trotz einer hohen und hartnäckigen Inflation und trotz einer immens hohen Nettoneuverschuldung des öffentlichen Sektors stark zurückgingen. Die Umlaufsrendite festverzinslicher Wertpapiere fiel im Laufe des Jahres auf knapp 6 Prozent, vor allem weil aus dem Ausland in beträchtlichem Umfang anlagebereite Mittel auf den deutschen Kapitalmarkt flossen. Offenbar setzten die internationalen Kapitalanleger weiterhin Vertrauen darauf, daß die Probleme der hohen Inflation und der steigenden Staatsverschuldung in mittlerer Sicht bewältigt werden können, jedenfalls schätzten sie das Risiko einer Abwertung der D-Mark gering ein.

11*. Schwierig einzuschätzen ist es, wie die Finanzpolitik die konjunkturelle Entwicklung des Jahres 1993 beeinflußt hat. Auf der einen Seite haben hohe Finanzierungsdefizite im öffentlichen Gesamthaushalt der Nachfrageentwicklung weitere Impulse gegeben, auch wenn ein größerer Teil des Defizits von 160 Mrd DM auf konjunkturbedingte Einnahmenausfälle und Mehrausgaben zurückging und insoweit nicht als aktiver expansiver Impuls zu werten ist. Auf der anderen Seite, und das erscheint noch wichtiger, hat das Anschwellen der Finanzierungsdefizite zu der allgemeinen Verunsicherung über die wirtschaftlichen Perspektiven und die mittelfristige Entwicklung der öffentlichen Haushalte beigetragen, die die Zurückhaltung von Investoren und Konsumenten und damit die Rezession noch verstärkte. Der Beschluß über das Föderale Konsolidierungsprogramm im März des Jahres und ein weiteres Sparpaket im Juli haben dann zwar wieder mehr Klarheit geschaffen; angesichts der Tatsache, daß dabei die überfällige Neuausrichtung der öffentlichen Ausgaben zu wenig Gewicht bekam und ein Konsolidierungsbeitrag durch massive Steuererhöhungen vorgesehen wurde, dürfte diese Entscheidung aber keinen positiven Einfluß auf die mittelfristigen Einkommenserwartungen der privaten Haushalte und die Wachstumseinschätzung der Unternehmen gehabt haben.

12*. Die Wirtschaftslage in den **neuen Bundesländern** hat sich auch unter den erschwerten Bedingun-

Tabelle B

Wirtschaftliche Eckdaten für die

	Einheit	1990	1991	
		2. Hj.	1. Hj.	2. Hj.
Bruttoinlandsprodukt (real)[3]	Mrd DM	105,15	84,97	95,90
	vH[4]	.	.	*-8,8*
Letzte inländische Verwendung (real)[3]	Mrd DM	156,23	162,27	189,98
	vH[4]	.	.	*21,6*
Erwerbstätige (Inländer)	Tausend	8 459	7 806	7 212
	vH[4]	.	.	*-14,7*
Kurzarbeiter[5]	Tausend	1 515	1 944	1 288
Registrierte Arbeitslose[5][6]	Tausend	433	796	1 030
Preisindex für die Lebenshaltung[7]	Index[8]	95,6	104,4	112,3
	vH[4]	.	.	*17,5*
Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte[10]	Index[9]	62,9	63,2	63,2
	vH[4]	.	.	*0,5*

[1]) Eigene Schätzung.
[2]) 1994 Prognose.
[3]) In Preisen von 1991.
[4]) Veränderung gegenüber dem Vorjahreszeitraum.
[5]) Quelle bis 1. Halbjahr 1993: BA.

gen einer Rezession in Westdeutschland weiter verbessert. Die Produktion stieg zwar etwas langsamer an als im Jahre 1992, in dem nach neuestem Datenstand ein Zuwachs von 9,7 vH erreicht wurde, aber der Produktionsanstieg blieb gleichwohl auch im Jahre 1993 mit rund 6½ vH beträchtlich (Tabelle B). Hauptträger des Wachstums waren die Bauwirtschaft und das Verarbeitende Gewerbe. Ein deutlich schwächerer Wachstumsbeitrag als im vorangegangenen Jahr kam dagegen von den Dienstleistungsunternehmen.

Obwohl die Produktionsentwicklung in der Industrie insgesamt aufwärtsgerichtet war, blieb die Lage schwierig und nach Branchen stark differenziert. Gerade die Industrieunternehmen bekamen die weitere Verschärfung des Wettbewerbs durch die Rezession in Westdeutschland und anderen westlichen Industrieländern zu spüren. Die zunehmenden Überkapazitäten der westlichen Unternehmen machen es immer schwieriger, in neue Märkte vorzudringen und Anteile im heimischen Markt zu verteidigen oder auszuweiten. In manchen Bereichen, wie der Chemischen Industrie und dem Maschinenbau, ist die Produktion trotz einer leichten Zunahme im zweiten Halbjahr im Jahresdurchschnitt weiter gesunken. In anderen Industriezweigen dagegen, in denen die Investitionen der vergangenen Jahre ausreifen, gibt es Anzeichen für das Entstehen eines wettbewerbsfähigen Angebots. So konnte innerhalb des Investitionsgüter produzierenden Gewerbes und des Verbrauchsgüter produzierenden Gewerbes eine Reihe von Branchen deutliche Zuwächse verzeichnen, darunter waren auch solche, denen die lebhafte Baukonjunktur nicht direkt zugute kam. Überdies gibt es Anzeichen dafür, daß zunehmend auch größere Industriebetriebe ihre Produktion erhöhten, während der Aufwärtstrend der kleineren Betriebe des industriellen Handwerks, der die Expansion im Vorjahr getragen hatte, etwas nachließ.

Zu dem Produktionsanstieg im Jahre 1993 hat die ostdeutsche Bauwirtschaft wesentlich beigetragen. Ihr Expansionstempo verminderte sich nur leicht. Stärkere Impulse als im vergangenen Jahr kamen vom Wohnungsbau, den mehrere Faktoren begünstigten: Es wurden weitere Mietpreissteigerungen ermöglicht, und die Hypothekenzinsen sanken, eine Regelung der Altschuldenfrage ermöglicht es den Wohnungsbaugesellschaften, in Zukunft einen Teil der auf Immobilien ruhenden Altschuldenlast zu verringern, und durch die allmähliche Abarbeitung der gewaltigen Anzahl von Restitutionsansprüchen auf Immobilien wurde dieses nach wie vor schwerwiegende Hemmnis für Bauinvestitionen etwas vermindert.

13*. Nicht nur für Wohnbauten, sondern auch für Infrastrukturprojekte und gewerbliche Bauten und Ausrüstungen wurde im Jahre 1993 deutlich mehr als im vergangenen Jahr ausgegeben. Zwar haben die westlichen Industrieunternehmen ihre Investitionen in den neuen Bundesländern nicht mehr so stark ausgeweitet wie im Jahre 1992, dafür stiegen aber die Investitionen der Elektrizitätswirtschaft, unter anderem aufgrund der Einigung im Rechtsstreit mit den Kommunen, kräftig an. Schließlich trugen auch die neugegründeten Unternehmen und die Treuhandunternehmen dazu bei, daß die gewerblichen Investitionsausgaben insgesamt mit rund 18 vH kaum langsamer als im Vorjahr stiegen. Deutlich schwächer erhöhten sich die Ausgaben der Gebietskörperschaften, der Deutschen Bundespost Telekom und der

Tabelle B

neuen Bundesländer und Berlin-Ost

1992		1993		1991	1992	1993[1])	1994[2])
1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.	2. Hj.[1])	Jahr			
92,84	105,57	98,64	112	180,87	198,41	211	226½
9,3	*10,1*	*6,2*	*6½*	.	*9,7*	*6½*	*7½*
187,56	204,22	196,92	215½	352,25	391,78	412½	433½
15,6	*7,5*	*5,0*	*5½*	.	*11,2*	*5½*	*5*
6 755	6 663	6 518	6 490	7 509	6 709	6 505	6 370
–13,5	*–7,6*	*–3,5*	*–2½*	.	*–10,7*	*–3*	*–2*
476	264	224	180	1 616	370	200	210
1 213	1 127	1 138	1 180	913	1 170	1 160	1 270
119,9	120,9	130,5	131½	108,3	120,4	131	...
14,8	*7,7*	*8,8*	*9*	.	*11,2*	*9*	...
63,7	64,0	64,3	64½	63,2	63,8	64½	...
0,8	*1,3*	*0,9*	*1*	.	*0,9*	*1*	...

[6]) Durchschnitt aus Monatsendständen (Halbjahresende jeweils zur Hälfte angerechnet).
[7]) Alle Arbeitnehmerhaushalte.
[8]) 2. Halbjahr 1990/1. Halbjahr 1991 = 100.
[9]) 1989 = 100.
[10]) Inlandsabsatz.

Deutschen Reichsbahn zur Verbesserung der Infrastruktur. In Relation zur Einwohnerzahl liegen die Unternehmensinvestitionen in den neuen Bundesländern noch etwas unter, die Infrastrukturinvestitionen dagegen um die Hälfte über den entsprechenden Niveaus in den alten Bundesländern.

Die hohen Investitionen in die Infrastruktur haben diese leistungsfähiger gemacht und damit die Bedingungen für private Investitionen verbessert. Zudem erhielten die gewerblichen und kommunalen Investoren nach wie vor eine hohe Förderung. Allein für die Regionalförderung und die ERP-Kredite stand ein Rahmen von rund 24,5 Mrd DM 1993 zur Verfügung; im Jahre 1992 waren es 21,6 Mrd DM gewesen.

14*. Trotz der Investitionen in die Erneuerung und Modernisierung des Produktionsapparates und der Infrastruktur reichte die Wettbewerbskraft der Wirtschaft noch nicht aus, um das Ungleichgewicht zwischen dem Nachfragevolumen und dem lokalen Produktionsvolumen in Ostdeutschland wesentlich zu verringern. Die letzte inländische Verwendung von Waren und Diensten ist nach wie vor fast fünfmal so hoch wie das erzeugte Gütervolumen; diese Relation hat sich gegenüber 1992 nur wenig vermindert. Spiegelbild dessen ist, daß im Jahre 1993 mit rund 253 Mrd DM wiederum ein fast fünfmal höheres Gütervolumen aus Westdeutschland und dem Ausland bezogen wurde, als an Lieferungen dorthin verbucht werden konnte (51 Mrd DM). Vielfach fehlt es den Unternehmen noch an wettbewerbsfähigen Produkten, um einen größeren Teil der Nachfrage auf sich zu lenken. Erschwerend kommt hinzu, daß die Lohnkostenbelastung, die im Jahre 1993, gemessen an der Bruttolohn- und -gehaltssumme je beschäftigten Arbeitnehmer, mit 14 vH nochmals sehr stark zugenommen haben dürfte, die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Unternehmen vielfach übersteigt und ihnen somit auch kaum Spielraum läßt, im Preiswettbewerb Vorteile zu erzielen. Allerdings ist die Relation von Lohnkosten und Produktivität von Branche zu Branche unterschiedlich, und einiges deutet darauf hin, daß sie sich im industriellen Bereich im Jahre 1993 verbessert haben könnte.

15*. Zu einem vollständigen Bild der deutschen Wirtschaft im Jahre 1993 gehören auch ungelöste Strukturprobleme. In Ostdeutschland wurden bei der Erneuerung der Wirtschaftsstruktur im Jahre 1993 zwar weitere Fortschritte gemacht, gleichwohl wird immer deutlicher, wie groß der Zeitbedarf für das Entstehen wettbewerbsfähiger Industriezweige und einer genügend großen Anzahl an wettbewerbsfähigen Arbeitsplätzen tatsächlich ist. In Westdeutschland hat die tiefe Rezession nicht nur alte Strukturprobleme der Wirtschaft wieder in aller Schärfe ins Blickfeld gerückt, sondern auch das Bewußtsein für neue Erfordernisse des strukturellen Wandels geschärft. Zu den alten Problemen, die mit der deutschen Vereinigung freilich eine größere Dimension gewannen, gehören die durch Subventionen aufrechterhaltenen Produktionskapazitäten im Steinkohlenbergbau, in der Stahlindustrie, bei den Werften sowie in der Landwirtschaft.

Zu diesen alten Strukturschwächen treten aber immer deutlicher neue hinzu. Sie äußern sich darin, daß manche früher wettbewerbsstarke Industriezweige Marktanteile im internationalen Handel einbüßen, daß der Vorsprung im Wettbewerb mit Hochtechnologieprodukten in vielen Bereichen geringer wird und

daß die im Wettbewerb stehenden Unternehmen versuchen, sich durch interne Reorganisationen, durch Auslagerung von Wertschöpfungsanteilen und durch das Rückführen des Personalbestandes im weltwirtschaftlichen Strukturwandel zu behaupten. Teilweise sind diese strukturellen Anpassungen in den Unternehmen — wie in früheren Konjunkturzyklen — Folge von Versäumnissen in der vorangegangenen Hochkonjunktur, in der Anstrengungen zur Rationalisierung und Innovation nicht so wichtig erschienen. Teilweise sind sie der Kombination von hohem Lohnkostenanstieg und der Aufwertung der D-Mark zuzuschreiben, die die preisliche Wettbewerbsfähigkeit vieler Industrieunternehmen beeinträchtigte und auch von daher entsprechende Rationalisierungsanstrengungen auslöste. Teilweise sind sie aber auch Folge veränderter Wettbewerbsbedingungen in der Weltwirtschaft, die in den letzten Jahren durch das Vordringen neuer wettbewerbsstarker Anbieter von Hochtechnologieprodukten, aber auch von einfacheren standardisierten Industrieprodukten, jüngst auch aus Osteuropa, gekennzeichnet waren. In diesen strukturellen Veränderungen, die zu Unrecht vielfach nur als eine Bedrohung des wirtschaftlich Erreichten angesehen werden, liegen gewichtige Chancen der deutschen Wirtschaft für ein kräftiges Wachstum der nächsten Jahre, wenn die Wirtschaftspolitik die Weichen richtig stellt.

Zur voraussichtlichen Entwicklung

(Ziffern 208ff.)

Ausgangslage und Annahmen der Prognose

16*. Die konjunkturelle Lage in Deutschland stellt sich am Jahresausgang 1993 deutlich anders dar als am Jahresanfang. Der rutschartige Rückgang von Nachfrage und Produktion ist zum Stillstand gekommen. Die Gefahr, daß sich das Rezessionstal vertieft, ist damit erst einmal abgewendet, wenn auch noch nicht vollends gebannt.

Die Prognose kann sich somit auf die Frage konzentrieren, ob es im nächsten Jahr zu einer konjunkturellen Erholung kommen wird — ohne das Risiko eines nochmaligen Rückschlags aus dem Auge zu verlieren. Um die Antwort vorwegzunehmen: Wir können die Frage zum gegenwärtigen Zeitpunkt mit hinreichender Sicherheit weder bejahen noch verneinen. Wir sehen zwar Chancen, die Wende herbeizuführen, ob sie in nächster Zeit realisiert werden, ist höchst ungewiß. Eindeutige Anzeichen für eine Wende gibt es bisher nicht.

17*. Damit eine Wirtschaft aus einer tiefen Rezession herausfinden kann, muß ein Umschwung bei den Erwartungen eintreten. Es muß verlorengegangenes Zukunftsvertrauen zurückkehren. Die Unternehmen brauchen Ermutigung, wenn sie bei geleerten Auftragsbüchern und schlecht ausgelasteten Kapazitäten wieder die Produktion hochfahren sollen, um die Läger aufzufüllen oder gar die Erweiterung ihrer Anlagen in Angriff zu nehmen. Kommt der Erwartungsumschwung nicht zustande, werden sie sich aufs Abwarten verlegen. Sie werden die Vergabe von Aufträgen solange hinauszögern, bis sich ihre Auftragsbücher füllen, obwohl ein solches Verhalten die Überwindung der Rezession erschwert.

Bisher hat sich allem Anschein nach noch kein neues Vertrauenskapital ansammeln können. Nach den Ergebnissen von Konjunkturumfragen zu urteilen, steckt die deutsche Wirtschaft ungeachtet mancher positiver Veränderungen im Umfeld derzeit in einem Stimmungstief. Der Schock über den jähen Absturz sowie das wenig überzeugende Handeln der Wirtschafts- und Finanzpolitik wirken offensichtlich nachhaltiger, als es zunächst schien.

18*. Zunächst gilt es die Annahmen zu beschreiben, die wir der Prognose zugrunde legen. Bei der Geldpolitik und teilweise auch bei der Finanzpolitik sind bei dem inzwischen erreichten hohen Stand der Verflechtung der internationalen Märkte auch die Entscheidungen in anderen Ländern mit ins Bild zu nehmen.

— Die Geldpolitik setzt ihren Kurs einer schrittweisen Lockerung fort. Sie wird weiterhin versuchen, die konjunkturelle Erholung zu unterstützen, ohne die Gefahr eines Wiederaufflackerns der Inflation aus dem Auge zu verlieren. Allerdings ist dafür der Spielraum nicht mehr überall vorhanden, oder er ist nur noch sehr klein; in den Vereinigten Staaten könnten die Zinsen im nächsten Jahr sogar wieder etwas anziehen. In Westeuropa werden die Notenbanken weiterhin auf eine Senkung der kurzfristigen Zinsen hinwirken. Da die langfristigen Zinsen sich dem Tiefpunkt nähern oder ihn vielleicht schon erreicht haben, wird sich die Zinsstruktur normalisieren. Die Bundesbank wird erneut eine Zielgröße für die Ausweitung der Geldmenge nennen; wir nehmen an, daß diese Zielgröße einer Expansion der bereinigten Zentralbankgeldmenge um 6 vH im Verlauf des nächsten Jahres entspricht. Dabei wird sich das Zinsgefälle zu den Vereinigten Staaten nochmals etwas verringern. Der Wechselkurs der D-Mark gegenüber dem US-Dollar dürfte sich folglich etwas abwerten; wir setzen ihn mit 1,75 DM für den Durchschnitt des Jahres an. Gegenüber den meisten Währungen im EWS wird sich die D-Mark dagegen leicht aufwerten. Nach der Erweiterung der Bandbreiten sollte es dabei nicht zu neuerlichen Verspannungen kommen. Eine formelle Rückkehr zu engeren Bandbreiten wird es indessen so bald nicht geben; vielmehr dürfte fürs erste die seit August dieses Jahres praktizierte informelle Wechselkursstabilisierung beibehalten werden.

— Die Finanzpolitik wird sich weiterhin um Haushaltskonsolidierung bemühen. Wegen der hohen Defizite hat sie fast nirgendwo Spielraum, um die Konjunktur anzukurbeln; eine Ausnahme macht

Japan, wo die Regierung bereits umfangreiche Stimulierungsprogramme auf den Weg gebracht hat. Das schließt allerdings nicht aus, daß einzelne Länder, etwa Frankreich, wegen innenpolitischer Schwierigkeiten vom eingeschlagenen Konsolidierungspfad abweichen. Eine Konsolidierung mag kurzfristig nachfragedämpfend wirken, doch mit der Aussicht auf eine wieder solidere Finanzpolitik werden mittelfristig die Wachstumskräfte gestärkt.

19*. Für die konjunkturelle Erholung in der Welt ist es wichtig, daß der Welthandel nicht durch neue Handelsschranken gestört wird. Die Gefahr, daß die sich dahinschleppenden GATT-Verhandlungen trotz des Blair House-Abkommens scheitern, ist noch nicht gebannt. In der Prognose wird unterstellt, daß Widerstände gegen einzelne Teile des Vertragswerkes überwunden werden und die Uruguay-Runde zum Abschluß kommt.

Unter dieser Voraussetzung erwarten wir, daß der Welthandel im nächsten Jahr deutlich expandiert — nach den Schätzungen internationaler Organisationen, an denen wir uns in der Regel orientieren, um 4 vH bis 5 vH. Für die deutsche Wirtschaft ist allerdings der Welthandel mit Industriegütern die Orientierungsgröße. Wegen der nur langsamen konjunkturellen Erholung in den meisten Industrieländern ist diese Rate etwas niedriger anzusetzen; wir veranschlagen sie auf 3½ vH.

Das weltwirtschaftliche Umfeld

20*. Bislang ist in den meisten westlichen Industrieländern die seit längerem erhoffte wirtschaftliche Erholung ausgeblieben. Insbesondere in den kontinentaleuropäischen Ländern war die Entwicklung um einiges schlechter als angenommen. Zwar sieht es so aus, als hätten nun die meisten dieser Länder den Pfad aus der Rezession gefunden, doch deutet vieles auf ein nur verhaltenes Aufstiegstempo hin. Die Auftriebskräfte sind noch schwach, sie werden sich voraussichtlich erst in der zweiten Jahreshälfte voll durchsetzen können.

Alles in allem rechnen wir damit, daß die Zuwachsraten des Bruttoinlandsprodukts der OECD-Länder im Durchschnitt etwa 2 vH betragen werden, nach etwa ½ vH in diesem Jahr. In der Vorläuferrolle werden weiterhin die Vereinigten Staaten, Kanada und Großbritannien sein; dort werden die Zuwachsraten mit durchschnittlich etwa 3 vH noch etwas höher ausfallen als in diesem Jahr. In Japan und in den westeuropäischen Ländern sind dagegen fürs erste nur bescheidene Zuwächse zu erwarten; in manchen westeuropäischen Ländern werden sie nicht einmal 1 vH betragen.

21*. Fragt man danach, was in den Industrieländern im nächsten Jahr die Konjunktur voranbringen wird, dann fällt die Antwort unterschiedlich aus. Die Vereinigten Staaten, Kanada und Großbritannien, die als erste wieder auf einen Wachstumspfad eingeschwenkt sind, können vor allem auf eine anhaltende Expansion der Inlandsnachfrage bauen. Die wirtschaftliche Erholung scheint dort inzwischen so weit gefestigt, daß nun die Investitionen kräftig ausgeweitet werden. Auch in Japan dürfte die Konjunktur von innen heraus angestoßen werden. Die Investitionen der Unternehmen werden zwar nochmals zurückgehen, doch wird das überkompensiert, da die Investitionen des Staates und der Private Verbrauch kräftig zunehmen. Vom Export werden dagegen freilich noch keine Impulse kommen.

In Westeuropa (außer Großbritannien) ist die Lage dagegen anders. Dort ist kein Land für einen kräftigen Aufschwung schon hinreichend vorbereitet, geschweige denn, um die Schrittmacherrolle für andere Länder zu übernehmen.

22*. Die Arbeitslosigkeit wird in den meisten Ländern — trotz einsetzender wirtschaftlicher Erholung — weiter steigen. Besonders in den kontinentaleuropäischen Ländern geht die Beschäftigung noch zurück, wenngleich nicht mehr so stark wie in den beiden Vorjahren. Im nächsten Jahr werden in den westeuropäischen Ländern im Durchschnitt 11 vH bis 12 vH aller Erwerbspersonen arbeitslos sein.

Die wirtschaftlichen Aussichten in Deutschland

23*. Die deutsche Wirtschaft geht mit recht ungewissen Aussichten ins nächste Jahr. Sie ist zwar allem Anschein nach auf der konjunkturellen Talsohle angelangt, aber zum Aufstieg fehlt ihr noch die Kraft. Die Lasten, die ihr in den letzten Jahren aufgebürdet wurden, wiegen schwer.

Vieles deutet darauf hin, daß die konjunkturelle Lage in der nächsten Zeit recht labil bleiben wird — gekennzeichnet durch den Wechsel von kurzfristigem Auf und Ab bei Nachfrage und Produktion um einen flachen Trend. Eine solche Phase kann durchaus einige Zeit andauern, wie sich das Anfang der achtziger Jahre zeigte, als die Konjunktur fast drei Jahre lang stockte. Sie kann aber auch kurz sein, immer vorausgesetzt, daß von der Wirtschafts- und Finanzpolitik sowie von der Lohnpolitik weitere vertrauensschaffende Signale kommen.

In unserer Prognose kommen wir zu dem Ergebnis, daß

- in den alten Bundesländern die Produktion vorerst noch gedrückt bleibt und der Abbau von Arbeitsplätzen fortschreitet (Tabelle C),
- in den neuen Bundesländern die Produktion weiter zunimmt und der Rückgang der Beschäftigung zum Stillstand kommt (Tabelle D).

24*. Hoffnungen auf eine konjunkturelle Erholung werden vielerorts daran geknüpft, daß im nächsten Jahr im Ausland die Konjunktur an Fahrt gewinnt. Solche Erwartungen sind seit mehr als zwei Jahren der Dreh- und Angelpunkt aller Prognosen. Sie haben bisher getrogen. Gewiß, inzwischen haben sich fast überall die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen verbessert — die Vereinigten Staaten, Kanada und Großbritannien haben die größten Hürden, die einem Aufschwung entgegenstanden, schon genommen. Aber andere Länder, vor allem die Nachbarländer in Westeuropa, die Deutschlands Haupthandelspartner

Tabelle C

Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für das frühere Bundesgebiet

Schätzung für das 2. Halbjahr 1993 und Vorausschau auf das Jahr 1994

Veränderung gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum in vH

	1992	1993	1994	1993		1994	
				1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.	2. Hj.
Verwendung des Inlandsprodukts							
In jeweiligen Preisen:							
Privater Verbrauch	+ 5,7	+ 3	+1½	+ 3,1	+ 2½	+2	+1
Staatsverbrauch	+ 7,3	+ 2	+1½	+ 2,3	+ 1½	+2	+1½
Anlageinvestitionen	+ 5,1	− 4½	+2	− 4,6	− 4	+1½	+2
Ausrüstungen	− 2,1	−14½	−1	−15,7	−13½	−2	+0
Bauten	+11,3	+ 3½	+3½	+ 4,0	+ 3	+4	+3½
Ausfuhr	+ 4,7	− 7½	+3	− 8,0	− 7	+2	+4
Einfuhr	+ 2,3	−11	+1½	−12,0	−10	+1	+2½
Bruttoinlandsprodukt	+ 6,0	+ 1½	+2½	+ 0,9	+ 1½	+2½	+2
In Preisen von 1991:							
Privater Verbrauch	+ 1,7	− 1	−1½	− 0,5	− 1	−1	−1½
Staatsverbrauch	+ 3,2	− 1	−1	− 1,3	− 1	− ½	−1½
Anlageinvestitionen	+ 1,1	− 7	−0	− 7,5	− 6½	− ½	+0
Ausrüstungen	− 3,9	−15½	−2	−16,5	−14	−3	−1
Bauten	+ 5,5	− ½	+1	− 0,2	− ½	+1	+1
Ausfuhr	+ 3,7	− 8½	+2½	− 8,7	− 8	+1½	+3
Einfuhr	+ 3,9	−10½	+ ½	−10,7	−10	−0	+1
Bruttoinlandsprodukt	+ 1,6	− 2	−0	− 2,6	− 1½	−0	−0
Realwert des Bruttosozialprodukts [1]	+ 1,5	− 2	− ½	− 2,6	− 2	− ½	− ½
Preisentwicklung (Deflator)							
Privater Verbrauch	+ 4,0	+ 3½	+3	+ 3,6	+ 3½	+3	+3
Bruttoinlandsprodukt	+ 4,4	+ 3½	+2½	+ 3,6	+ 3	+2½	+2½
Letzte inländische Verwendung	+ 3,9	+ 3½	+3	+ 3,3	+ 3½	+3	+2½
Entstehung des Inlandsprodukts							
Erwerbstätige (Inland)	+ 0,9	− 2	−2	− 1,3	− 2	−2	−1½
Arbeitszeit [2]	+ 0,2	− 1	− ½	− 1,1	− ½	−0	−1
Arbeitsvolumen	+ 1,0	− 2½	−2½	− 2,4	− 2½	−2½	−2½
Produktivität	+ 0,5	+ ½	+2½	− 0,2	+ 1	+2	+2½
Verteilung des Volkseinkommens							
Bruttoeinkommen							
aus unselbständiger Arbeit	+ 6,0	+ 1	+ ½	+ 2,5	+ 0	+0	+ ½
aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	+ 1,2	− 3½	+4½	− 7,5	+ 1	+5½	+3½
Volkseinkommen	+ 4,6	− 0	+1½	− 0,7	+ ½	+1½	+1½
Reales Volkseinkommen [1]	+ 0,7	− 3½	−1½	− 3,9	− 3	−1	−1½
Nettoeinkommen							
aus unselbständiger Arbeit [3]	+ 4,7	+ 0	−2	+ 2,3	− 2	−2½	−2
aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	+ 1,0	− 3½	+5½	− 8,0	+ 1½	+6½	+4
Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte [4]	+ 5,0	+ 2	+1	+ 2,2	+ 1½	+1	+1

[1] Bruttosozialprodukt und Volkseinkommen in jeweiligen Preisen, deflationiert mit dem Deflator der letzten inländischen Verwendung (1991 = 100).
[2] Einschließlich Veränderung der Arbeitstage.
[3] Nettolohn- und -gehaltssumme.
[4] Ohne nichtentnommene Gewinne der Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit.

Zur voraussichtlichen Entwicklung in den neuen Bundesländern[1])

Schätzung für 1993 und Vorausschau auf das Jahr 1994

	1992	1993	1994	1993	1994
	Absolute Werte			Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH	
In Preisen von 1991 (Mrd DM)					
Bruttoinlandsprodukt	198,41	211,0	226,5	6½	7½
davon:					
Außenbeitrag[2])	−193,37	−201,5	−207,5	X	X
letzte inländische Verwendung	391,78	412,5	433,5	5½	5
darunter:					
Privater Verbrauch	192,54	195,5	201,0	1½	2½
Anlageinvestitionen	108,09	122,0	136,0	12½	12
Bruttosozialprodukt	209,67	223,0	239,0	6½	7½
Preisentwicklung (Deflator) 1991 = 100					
Bruttoinlandsprodukt	117,6	133,5	142,5	13½	7
darunter:					
letzte inländische Verwendung	110,0	118,5	124,0	7½	4½

[1]) Einschließlich Berlin-Ost.
[2]) Ausfuhr abzüglich Einfuhr.

sind, tun sich noch schwer. Sie warten ihrerseits auf Unterstützung, insbesondere von Seiten der Bundesrepublik. Daß diese Länder zum Zugpferd für die deutsche Konjunktur insgesamt werden, ist nach Lage der Dinge nicht zu erwarten. Die deutsche Wirtschaft muß sich schon selbst helfen, nur dann kann sie auf die Mithilfe von anderer Seite hoffen.

25*. Der jähe Absturz in die Rezession ist vor allem durch einen ungemein starken Rückgang der Unternehmensinvestitionen ausgelöst worden. Der Anstieg bei den Lohnkosten, Steuern und Sozialabgaben, die Flaute beim Exportgeschäft, aber auch die Unzufriedenheit mit der Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik, die, statt gradlinig ihre Ziele anzusteuern, einen Schlingerkurs fährt — das alles hat zu großen Enttäuschungen geführt, die möglicherweise längere Zeit nachwirken. Dennoch führt kein Weg daran vorbei: Eine konjunkturelle Erholung muß von den Investitionen ihren Ausgang nehmen. Es ist daher zu fragen, was dort den Umschwung herbeiführen kann.

Bei objektiver Betrachtung wird man nicht nur die früheren und künftigen Belastungen sehen. Es hat in letzter Zeit auch beträchtliche Entlastungen gegeben, und mit weiteren kann gerechnet werden: Die Zinsen sind spürbar gesunken, und der Lohnanstieg ist merklich flacher geworden. Durch das Standortsicherungsgesetz werden den Unternehmen ab Anfang nächsten Jahres erhebliche steuerliche Vergünstigungen eingeräumt. Die Beschlüsse zur Umsetzung des Spar-, Konsolidierungs- und Wachstumsprogramms zeigen, daß die Bundesregierung die Haushaltskonsolidierung angeht. Andere Entlastungen haben sich die Unternehmen selbst verschaffen können, freilich oftmals auf schmerzhafte Weise. Sie rationalisieren die betrieblichen Abläufe wie nie zuvor, schließen unrentable Betriebe und Betriebsteile und entlassen viele Mitarbeiter. Alles zusammen bewirkt das einen Produktivitätssprung, der sich im nächsten Jahr voll zeigen wird, auch wenn die Produktion weiter stagnieren, aber erst recht, wenn sie wieder anziehen sollte. Jedenfalls können nach unserer Prognoserechnung die Unternehmen mit einer spürbaren Verbesserung der Erträge rechnen. Eine Rezession ist, wie es der Sachverständigenrat in einem seiner ersten Gutachten formulierte, auch eine „Reinigungskrise", aus der eine Volkswirtschaft letztlich gestärkt hervorgeht.

26*. Zu fragen ist freilich, was in den Augen der Investoren im Augenblick größeres Gewicht besitzt: die Entlastungen oder die Belastungen. Hielte man sich nur an die Ergebnisse der letzten Konjunkturumfragen, wäre die Antwort eindeutig: Das Investitionsklima ist in den alten Bundesländern so frostig wie selten zuvor, und das wirkt sich auch auf die neuen Bundesländer aus, wo das Investitionspotential nach wie vor unzureichend ausgeschöpft wird.

Die geplanten Investitionskürzungen werden meistens mit zwei Argumenten begründet — mit schlechten Rahmenbedingungen und hohen Kapazitätsreserven. Daß die Rahmendaten weiter verbessert werden müssen, ist unstrittig. Der Staat und die Tarifpartner können da noch viel tun. Wir meinen aber, daß die bisherigen Verbesserungen von den Investoren nicht immer richtig gewichtet werden, ja daß manches augenblicklich auf der Sollseite verbucht wird, was eigentlich auf die Habenseite gehört. Auch das zweite

Argument muß etwas zurechtgerückt werden. Es ist einzuräumen, daß in den letzten Jahren die Kapazitäten kräftig aufgestockt wurden, wie übrigens in jedem früheren Investitionsboom auch. Dennoch: Unternehmen, die ihre Kapazitäten erweitern, tun dies immer auch im Vorgriff auf künftige Nachfrage. Anderenfalls fände eine Wirtschaft nie aus der Rezession heraus.

Im übrigen dürfte schon die schiere Menge der Neuerungs- und Rationalisierungsmaßnahmen die Investitionskonjunktur vor einem weiteren Abgleiten bewahren. Solche Investitionen haben gerade in der Rezession einen hohen Stellenwert. Sie können auch nicht lange hinausgeschoben werden. Sie stärken die Wettbewerbskraft und tragen dazu bei, daß sich die Auftragsbücher wieder füllen können. Wenn es richtig ist, daß die Rezession auch eine Strukturkrise ist, besitzt dieses Argument besonderes Gewicht.

27*. Wohlgemerkt, auch wir erwarten nicht, daß sich die in den letzten beiden Jahren abwärts gerichtete Entwicklung bei den Unternehmensinvestitionen im nächsten Jahr wieder nach oben kehrt. Aber wir meinen, daß sie sich fangen wird oder inzwischen schon gefangen hat. Aus heutiger Sicht halten wir lediglich einen leichten, keinesfalls aber einen kräftigen Rückgang für wahrscheinlich.

28*. Der Rückgang bei den gewerblichen Investitionen wird aber auch der Bauwirtschaft zu schaffen machen, jedenfalls den Bauunternehmen, die in den alten Bundesländern ihren Schwerpunkt haben. Die Auftragsdecke ist in diesem Jahr schon recht kurz geworden, und sie wird im kommenden Jahr noch kürzer werden, zumal Ersatz- und Modernisierungsinvestitionen im Vordergrund stehen, die weniger bauwirksam sind als Erweiterungsinvestitionen. Zudem ist damit zu rechnen, daß die Gebietskörperschaften die Investitionen weiter einschränken werden. Es ist eine alte Erfahrung, daß sie bei leeren Kassen vor allem dort den Rotstift ansetzen. Der einzige Lichtblick für das Baugewerbe ist derzeit in den alten Bundesländern der Wohnungsbau. Die Rahmenbedingungen für die Wohnungswirtschaft sind so gut wie seit längerem nicht mehr. Dazu zählen vor allem sinkende Hypothekenzinsen, eine massive staatliche Förderung und nicht zuletzt steigende Mieten, was zusammengenommen die Rentabilität von Investitionen in Wohneigentum beträchtlich verbessert.

Allerdings sind in letzter Zeit auch die Kosten für den Kauf von Grundstücken und der Erstellung von Bauten der Entwicklung bei den Einkommen und Einkommenserwartungen weit davongeeilt. Die meisten Bauwilligen sind zwar bereit, für den Erwerb von Wohnungseigentum hohe Belastungen auf sich zu nehmen, aber es gibt dafür auch Grenzen. Dämpfend auf die Baubereitschaft wirkt sich dabei vor allem die Unsicherheit über die weitere wirtschaftliche Entwicklung aus. Nicht alle Pläne werden sich deshalb verwirklichen lassen. In Ostdeutschland wird sich der Wohnungsbau, nachdem die Wohnungswirtschaft neue Rahmendaten erhalten hat — erwähnt seien nur die zweite Mietpreisreform und die Regelung des Altschulden-Problems — weiter erholen. Das gilt nicht nur für den Neubau, sondern vor allem auch für die Sanierung und Modernisierung von Wohnungen. Die Wohnungsbaugenossenschaften verfügen jetzt über die Mittel, den riesigen Investitionsstau aufzulösen, und wir erwarten, daß sie damit zügig beginnen werden.

29*. Unsere Einschätzung, daß die Investitionen aller Voraussicht nach im kommenden Jahr nicht höher, sondern eher noch etwas niedriger als in diesem Jahr sein werden, sollte in der augenblicklichen Situation nicht Anlaß zu übertriebenem Pessimismus sein. Für eine bessere Entwicklung sind die Weichen nicht verstellt, aber es gibt Bedingungen dafür, die sich erst noch erfüllen müssen. Zwei davon sollen noch einmal mit aller Deutlichkeit ins Bewußtsein gerückt werden; die Annahme einer auf Konsolidierung gerichteten Finanzpolitik und die einer beschäftigungssichernden Lohnpolitik. Das eine wie das andere ist die Voraussetzung dafür, daß bei den Investoren verlorengegangenes Vertrauen zurückkehrt.

Die Finanzpolitik muß jetzt die beschlossenen Sparmaßnahmen verläßlich umsetzen und durch weitere Schritte glaubwürdig ergänzen, also auf eine mittelfristige Konsolidierungsstrategie einschwenken. Die Voraussetzungen dafür sind allerdings alles andere als gut. Der Fehlbetrag in den Haushalten der Gebietskörperschaften und der Nebenhaushalte (Fonds „Deutsche Einheit", Kreditabwicklungsfonds, Lastenausgleichsfonds, ERP-Sondervermögen sowie erstmals Bundeseisenbahn-Vermögen) wird mit 180 Mrd DM im Jahre 1994 noch einmal deutlich ansteigen.

30*. Im kommenden Jahr werden die konsolidierten Ausgaben im Gesamthaushalt mit knapp 5 vH schwächer steigen, als es in diesem Jahr der Fall war. Bereits im Laufe des Haushaltsjahres 1993 war bei den westdeutschen Bundesländern das Bemühen unverkennbar, die für 1994 absehbaren Einnahmenausfälle durch entsprechende Anpassungen auf der Ausgabenseite der Haushaltspläne aufzufangen; ähnliches konnte bei den westdeutschen Gemeinden beobachtet werden. Auch für die ostdeutschen Länder und Gemeinden steht zu erwarten, daß der eingeschlagene Pfad zu mehr Ausgabendisziplin im kommenden Jahr weiter verfolgt wird. Dies dürfte wesentlich dadurch erzwungen werden, daß die vom Bund, den westdeutschen Ländern sowie vom Fonds „Deutsche Einheit" zu erwartenden Zahlungen nicht mehr nennenswert erhöht werden. Für den Bund unterstellen wir, daß es ihm ebenfalls gelingen wird, die vorgegebenen Haushaltsansätze überwiegend einzuhalten. Der Fehlbetrag im Bundeshaushalt wird gleichwohl noch einmal zunehmen, und zwar um 8 Mrd DM auf reichlich 80 Mrd DM.

Berücksichtigt man in einer weiteren Abgrenzung des öffentlichen Bereichs auch die Defizite der Treuhandanstalt, der Deutschen Bundespost sowie der Sozialversicherung (im wesentlichen Rentenversicherung und Krankenversicherung), dann ergibt sich ein Gesamtdefizit von über 227 Mrd DM, das um rund 7 Mrd DM über dem Wert dieses Jahres liegt.

31*. Die Lohnpolitik muß eine Korrektur des überhöhten Kostenniveaus zustande bringen, wenn die Investitionsbereitschaft gestärkt werden soll. Nachdem

bei der diesjährigen Lohnrunde ein erster Schritt dazu gemacht wurde, ist nun ein weiterer, größerer Schritt gefordert. Wir sind nicht sicher, ob er gelingen wird.

Die Schwierigkeit bei der Lohnsetzung besteht darin, daß von den Tarifvertragsparteien Tariflöhne vereinbart werden. Welche Effektivlöhne sich daraus ergeben, bestimmt letztlich der Markt. In vielen Unternehmen stehen gegenwärtig übertarifliche Zahlungen wie Lohnzuschläge, Weihnachts- und Urlaubsgeld, Fahrtkostenersatz oder Essenzuschüsse zur Disposition. Zum Teil werden die Kürzungen noch in diesem Jahr wirksam, zum Teil aber erst im Laufe des nächsten Jahres. Bei der Durchrechnung der Prognose haben wir die Annahmen zugrundegelegt, daß in den alten Bundesländern die Effektivverdienste, je Stunde gerechnet, im Durchschnitt aller Bereiche um 2 vH steigen werden. In den neuen Bundesländern werden die Bruttolöhne und -gehälter je vollbeschäftigten Arbeitnehmer um etwa 10 vH steigen. Das Tempo der Lohnangleichung bleibt also weiterhin hoch, ist aber nicht mehr so hoch wie in den letzten Jahren.

Bei diesen Annahmen dürften die Lohnstückkosten in den alten wie in den neuen Bundesländern zwar nicht oder nicht mehr nennenswert steigen, zu einer Korrektur des sprunghaften Anstiegs in den Vorjahren kommt es aber nicht einmal ansatzweise. Über eine Anhebung der Preise können sich die Unternehmen nicht entlasten; das gibt der Markt nicht her. Die Unternehmen werden also weiterhin darauf bedacht sein müssen, die Produktivität zu steigern, auf mittlere Sicht läßt sich das über Investitionen erreichen, kurzfristig geht das vielerorts aber nur durch den weiteren Abbau von Personal.

32*. Wie schwierig die Situation für viele Unternehmen ist, wird derzeit allenthalben vorgeführt. Es wird wie selten zuvor durchrationalisiert, und es werden vor allem „schlankere" Personalstrukturen geschaffen. In den alten Bundesländern sind binnen Jahresfrist mehr als eine halbe Million Arbeitsplätze verlorengegangen, und für das nächste Jahr muß man sich auf einen ähnlich starken Beschäftigungsrückgang gefaßt machen. Ein Teil der eingeleiteten Rationalisierungsmaßnahmen, sie reichen bis zur Schließung ganzer Betriebe, wird erst dann wirksam. Die meisten Arbeitsplätze werden erneut in der Industrie verlorengehen, also in Wirtschaftsbereichen, die mehr als andere Bereiche im internationalen Wettbewerb stehen. Doch auch im Handel sowie im Verkehrsgewerbe wird es zu Entlassungen und in den übrigen Dienstleistungsbranchen zu keinen nennenswerten Einstellungen mehr kommen.

In den neuen Bundesländern muß in einzelnen Bereichen ebenfalls noch mit einem Personalabbau gerechnet werden, so vor allem im Braunkohlenbergbau, in Teilen der Industrie sowie im öffentlichen Dienst. Dafür wird es in anderen Bereichen, insbesondere in der Bauwirtschaft, im Handwerk, im Handel sowie in den übrigen Dienstleistungsbranchen Personalaufstockungen geben. Insgesamt balancieren sich im nächsten Jahr die gegenläufigen Entwicklungen erstmals aus, so daß sich die Lage auf dem ostdeutschen Arbeitsmarkt nicht weiter verschärfen, aber auch noch nicht entspannen wird.

33*. Die Folge ist, daß die Anzahl der Arbeitslosen — in ganz Deutschland — im Verlauf des nächsten Jahres (Ende 1994 gegenüber Ende 1993 gerechnet) um etwa 450 000 Personen und im Durchschnitt des Jahres um 600 000 Personen steigen wird (Tabelle E). Ende 1994 wird es danach etwas mehr als 4 Millionen Arbeitslose geben — 2,8 Millionen in den alten und 1,3 Millionen in den neuen Bundesländern. Aus den unterschiedlichen Zahlen für den Jahresdurchschnitt und Jahresverlauf läßt sich ersehen, daß wir mit einer allmählichen Verlangsamung beim Anstieg rechnen. Das kann allerdings nur ein schwacher Trost sein.

34*. Der starke Rückgang bei der Beschäftigung dämpft im kommenden Jahr den Anstieg der Einkommen in der Summe. Die Zahlungen der Bundesanstalt für Arbeit gleichen das nur unvollständig aus, zumal die Leistungen auf Grund der Sparbeschlüsse der Bundesregierung gekürzt werden. In den alten Bundesländern erhöht sich nach unseren Annahmen die Bruttolohn- und -gehaltssumme im kommenden Jahr nicht mehr, und die Nettolohn- und -gehaltssumme nimmt wegen der steigenden Abgabenbelastung sogar deutlich ab. Es bleibt abzuwarten, wie die privaten Haushalte darauf reagieren werden — wenn ihnen zwar höhere Preise abverlangt, aber keine höheren Einkommen zufließen werden. Wir nehmen an, daß sie, wie bereits in diesem Jahr, einen Teil ihrer Verbrauchsausgaben zulasten des Sparens finanzieren werden. Aber sicher ist das nicht, weil in Zeiten hoher und steigender Arbeitslosigkeit die Neigung zum Vorsorgesparen zunimmt und die zur Verschuldung abnimmt. Der Einzelhandel und andere konsumabhängige Wirtschaftszweige werden sich erneut auf schwache Umsätze gefaßt machen müssen. Nach unserer Prognose wird der Private Verbrauch, in jeweiligen Preisen, in den alten Bundesländern nur um etwa 1½ vH expandieren, preisbereinigt wird er ebenso stark schrumpfen. Zu Beginn des nächsten Jahres kann es sogar zu einem kräftigen Rückgang kommen, weil dann schlagartig die fiskalischen Entzugswirkungen spürbar werden, während sich die Anhebung der Nominallöhne ziemlich über das ganze Jahr erstreckt.

In den neuen Bundesländern werden dagegen die verfügbaren Einkommen weiterhin deutlich steigen, nach einer überschlägigen Schätzung um 6 vH bis 7 vH. Die Steigerungsrate ist damit zwar geringer als in diesem Jahr (9 vH), aber der Kaufkraftgewinn wird höher ausfallen, denn der Anstieg der Verbraucherpreise, der vor allem durch den Mietensprung zum Jahresbeginn verursacht wurde, wird im nächsten Jahr deutlich schwächer sein.

35*. Wir schätzen, daß die Verbraucherpreise in Westdeutschland, gemessen am Preisindex für die Lebenshaltung, im Verlauf des nächsten Jahres um 2½ vH bis 3 vH steigen werden, nach 3½ vH bis 4 vH in diesem Jahr. Wegen der Vorbelastungen — Ende 1993 wird der Index schon um 1½ vH höher sein als im Jahresdurchschnitt (Überhang) — wird die Rate für das ganze Jahr etwa 3 vH betragen. Dabei schlägt der Effekt der Mineralölsteuererhöhung rechnerisch stark zu Buche. Auch in den neuen Bundesländern wird die Grundtendenz ganz ähnlich sein. Allerdings sind dort

Tabelle E

Die voraussichtliche Entwicklung am deutschen Arbeitsmarkt[1])

In Tausend

	Deutschland			Früheres Bundesgebiet[2])			Neue Bundesländer[3])		
	1992	1993	1994	1992	1993	1994	1992	1993	1994
Erwerbspersonen (Inländer)	38 828	38 547	38 430	30 949	30 882	30 790	7 879	7 665	7 640
davon:									
Registrierte Arbeitslose[4])	2 978	3 436	4 020	1 808	2 276	2 750	1 170	1 160	1 270
Pendlersaldo[5])	−19	4	40	346	364	380	−365	−360	−340
Erwerbstätige (im Inland)	35 831	35 115	34 450	29 487	28 970	28 420	6 344	6 145	6 030
Selbständige	3 466	3 505	3 510	3 055	3 060	3 040	411	445	470
Beschäftigte Arbeitnehmer	32 365	31 610	30 940	26 432	25 910	25 380	5 933	5 700	5 560
Arbeitslosenquote (vH)									
bezogen auf									
alle Erwerbspersonen[6])	*7,7*	*9*	*10½*	*5,8*	*7½*	*9*	*14,8*	*15*	*16½*
die abhängigen Erwerbspersonen[7])	*8,4*	*10*	*11½*	*6,5*	*8*	*10*	*15,7*	*16*	*17½*
Kurzarbeiter[4])	653	1 039	910	283	838	700	370	201	210
Beschäftigte in Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen[4])	466	307	370	78	50	60	388	257	310
Teilnehmer an Vollzeitmaßnahmen zur beruflichen Weiterbildung[8])	798	699	670	372	351	360	426	348	310
Personen im vorzeitigen Ruhestand[4])[9])	850	874	625	39	20	5	811	854	620

[1]) Jahresdurchschnitte; in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen; 1993 eigene Schätzung; 1994 Prognose.
[2]) Einschließlich Berlin-West.
[3]) Einschließlich Berlin-Ost.
[4]) Quelle: Für 1992 BA.
[5]) Negatives Vorzeichen bedeutet, daß mehr beschäftigte Arbeitnehmer auspendeln als einpendeln. Für das frühere Bundesgebiet: Pendlersaldo mit den neuen Bundesländern und mit dem Ausland. Für die neuen Bundesländer: Pendlersaldo mit dem früheren Bundesgebiet und dem Ausland.
[6]) Arbeitslose in vH aller Erwerbspersonen (Inländer).
[7]) Arbeitslose in vH der abhängigen Erwerbspersonen (Inländer).
[8]) Teilnehmer in Vollzeitmaßnahmen: Berufliche Fortbildung, Umschulung und Einarbeitung. Eigene Schätzung.
[9]) Bezieher von Vorruhestandsgeld und von Altersübergangsgeld.

einige staatlich administrierte Preise wie Verkehrstarife und Gebühren noch nicht voll angepaßt worden. Das wird vermutlich im nächsten Jahr nachgeholt. Folglich wird dort der Preisanstieg mit reichlich 4 vH etwas stärker ausfallen als in den alten Bundesländern.

36*. Bei der Rückführung der Inflationsrate wird die Wirtschaftspolitik einen Erfolg verbuchen können. Auch das sollte dazu beitragen, neues Vertrauen zu schaffen. Die in- und ausländischen Anleger von Geldkapital werden unter diesen Umständen weiter bereit sein, sich längerfristig zu binden. Dies drückt für sich genommen den Kapitalmarktzins und begünstigt Investitionen in Sachanlagen.

Im Innern ist somit manches an Verbesserungen angelegt, wenngleich für eine konjunkturelle Erholung noch einiges getan werden muß. Es müssen aber auch Anstöße von außen kommen — als Ergänzung, nicht als die Hauptsache. Die deutsche Wirtschaft ist, was ihre Angebotsstruktur anlangt, nun einmal auf einen wachsenden Weltmarkt ausgerichtet. Zum herkömmlichen Konjunkturmuster würde passen, daß sich Exporte und Investitionen wechselseitig nach oben ziehen.

37*. Wir haben an anderen Stellen schon dargelegt, daß wir durchaus gute Chancen für eine fortschreitende konjunkturelle Erholung in der Welt sehen. Wenn der deutsche Export in Schwung kommen soll, müssen vor allem die Investitionen in der Welt wieder kraftvoll zunehmen, denn Exportgüter sind zum größeren Teil Investitionsgüter. Das Muster der Aufwärtsentwicklung bei den wichtigen Partnerländern rechtfertigt solche Erwartungen vorerst kaum. In den westeuropäischen Ländern wird sich das Investitionsklima nur leicht erwärmen, doch gerade dort haben die deutschen Unternehmen ihre Hauptabsatzmärkte. Es bleiben also vor allem die Märkte in Nordamerika, in Ost- und Südostasien und teilweise auch in Lateinamerika, doch ist deren Bedeutung für den deutschen Export von Investitionsgütern eher gering.

38*. Alles in allem wird dennoch die Exportentwicklung in der Grundtendenz wieder nach oben gerichtet sein. Hält man sich an die Statistik über den Auftragseingang bei der Industrie, die zur Zeit ein zuverlässi-

gerer Indikator ist als die durch Umstellungsschwierigkeiten gestörte Statistik über die Warenausfuhr, dann ist inzwischen der Tiefpunkt erreicht, vielleicht sogar schon überschritten.

In unserer Prognose, in der entsprechend den Konventionen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen auch die Lieferungen zwischen den alten und neuen Bundesländern als Export beziehungsweise Import verbucht werden, schlägt sich das wie folgt nieder. Bei den alten Bundesländern veranschlagen wir die Zuwachsrate für den gesamten Export von Waren und Diensten auf knapp 2½ vH für den Durchschnitt des Jahres 1994. Die Raten für den Warenexport setzen wir geringfügig höher an. Wir gehen also davon aus, daß die deutschen Unternehmen ihre Position auf den internationalen Märkten verteidigen können. Daß sie diese ausbauen können, scheint uns dagegen wenig wahrscheinlich. Bei den neuen Bundesländern ist unsere Annahme, daß der Export nach einem leichten Rückgang in diesem Jahr erstmals wieder zunehmen werde. Ein großer Teil dieses Zuwachses beruht freilich auf Lieferungen nach Westdeutschland. Darin drückt sich die enger werdende wirtschaftliche Verflechtung zwischen beiden Teilen Deutschlands aus, aber auch die wachsende Wettbewerbsfähigkeit ostdeutscher Unternehmen.

39*. Bei dieser Konstellation wird sich die gesamtwirtschaftliche Produktion im kommenden Jahr nicht recht von der Talsohle lösen können. Die Kräfte, die die Produktion anheben könnten, sehen wir derzeit jedenfalls nicht. In der Prognose haben wir angenommen, daß in den alten Bundesländern das Bruttoinlandsprodukt am Jahresende 1994 nicht höher sein wird als am Jahresende 1993; für den Durchschnitt des Jahres weist unser Tableau ebenfalls keine Veränderung gegenüber 1993 aus. Wir betonen aber noch einmal, daß wir uns mit der Prognose nicht auf der sicheren Seite wähnen. Es kann durchaus sein, daß die Produktion früher wieder anzieht, als wir es erwarten, aber es kann auch sein, daß sie zwischenzeitlich noch einmal zurückfällt.

In den neuen Bundesländern wird dagegen die gesamtwirtschaftliche Produktion das ganze Jahr über steigen; die Zuwachsrate veranschlagen wir auf 7½ vH, nach 6½ vH in diesem Jahr. Damit wächst die ostdeutsche Wirtschaft im dritten Jahr hintereinander ziemlich stetig. Das zeigt, daß der Aufbau einer neuen Wirtschaftsbasis Fortschritte macht.

40*. Man mag es drehen und wenden wie man will: Die deutsche Wirtschaft wird es im nächsten Jahr noch schwer haben, aus dem Rezessionstal wieder herauszufinden. Mancherlei Hindernisse sind noch aus dem Weg zu räumen. Wenn diese Aufgabe zügig und kraftvoll angepackt wird, dann, und nur dann, eröffnen sich Chancen für einen neuen Aufschwung im Jahre 1995.

Wirtschaftspolitik für 1994 und danach

Grundlagen für Wachstum und Wohlstand festigen

(Ziffern 253 ff.)

41*. Zum Ende des Jahres 1993 mehren sich die Anzeichen dafür, daß der in seinem Ausmaß unerwartete konjunkturelle Abschwung zum Stillstand kommt. Für die Befürchtung, die rezessiven Kräfte könnten sich weiterhin kumulativ verstärken, gibt es heute weniger Anlaß als noch in der ersten Jahreshälfte. Grund zur Besorgnis über die künftige wirtschaftliche Entwicklung in beiden Teilen Deutschlands besteht aber nach wie vor. Wie in jeder Rezession stellt sich die Frage, inwieweit strukturelle Schwächen die Krise verschärfen und den Anschluß an einen weltweiten Aufschwung erschweren. Bei guter Konjunktur werden strukturelle Schwächen überlagert und verdeckt, bei einer Abschwächung verstärken sie die retardierenden Kräfte, dies um so mehr, je länger eine durchgreifende Sanierung verschleppt worden ist. Vieles deutet darauf hin, daß die Rezession des Jahres 1993 in besonderem Maße durch strukturelle Komponenten geprägt ist, daß es erheblicher Anstrengungen bedarf, um notwendige Bereinigungen und Anpassungen durchzusetzen. Nicht nur werden die seit Jahren und Jahrzehnten durch Subventionen unzulänglich kurierten Gebrechen wettbewerbsschwacher Industriezweige wie in jeder Krise wieder virulent; auch in Branchen, deren Spitzenstellung im internationalen Wettbewerb bislang unangreifbar schien, so etwa in der Automobilindustrie und im Maschinenbau, erregen Absatzeinbrüche die ernste Besorgnis, daß dies nicht nur konjunkturelle Gründe hat.

42*. Strukturwandel ist dadurch bedingt, daß sich internationale und interregionale Muster der Arbeitsteilung verändern. In Deutschland muß eine neue Arbeitsteilung zwischen den durch die Wiedervereinigung zusammengefügten Landesteilen zustande kommen. Mit Recht hat sich die Wirtschaftspolitik darauf konzentriert, den Aufbau neuer und wettbewerbskräftiger Strukturen in den jungen Bundesländern voranzubringen. Dabei ist in den Hintergrund getreten, daß die wirtschaftliche Erneuerung dort zum Teil tiefgreifende Rückwirkungen im Westen haben muß. Daß Ressourcen in erheblichem Umfang umgelenkt werden, ist am offenkundigsten im Bereich der Staatstätigkeit. Die finanzpolitische Bewältigung dieser Umlenkung steht aber noch aus; die infolge kreditfinanzierter Ausgaben bedrohlich angewachsene öffentliche Verschuldung erzwingt heute harte und einschneidende Konsolidierungsmaßnahmen. Aber nicht nur beim Staat, auch im Bereich der Unternehmen werden Schwerpunkte verlagert. Investitionen in den neuen Bundesländern erfordern Kapital und intensiven unternehmerischen Einsatz. Hier können Engpässe wirksam werden, ebenso bei der Erschließung neuer Märkte. Man kann deswegen

nicht davon ausgehen, daß alle Investitionen im Osten zusätzlich zu denen im Westen vorgenommen werden und letztere unberührt lassen.

43*. Tiefgreifende Veränderungen im internationalen Umfeld, teils schon seit längerem angelegt, teils erst in jüngster Zeit in Gang gekommen, verschärfen die Herausforderung an die deutsche Wirtschaft, sich neuen Bedingungen anzupassen und dadurch ihre Stärke zu erweisen.

— Auf dem Weg zur Vollendung des europäischen Binnenmarktes haben deutsche Unternehmen erfolgreiche Anstrengungen unternommen, um ihre Chancen auf den nun noch besser zugänglichen Märkten wahrzunehmen. Zugleich hat sich der Standortwettbewerb zwischen den Mitgliedstaaten verschärft; er bildet eine ständige Herausforderung. In der Krise stehen die Unternehmen unter verstärktem Druck, durch Produktionsverlagerungen oder Wechsel der Bezugsquellen ihre Wettbewerbsfähigkeit zu erhalten. Hochlohnländer müssen sich auf die Abwanderung arbeitsintensiver Produktionen einstellen; einen Ausgleich dafür können sie in neuen Produktionen suchen, die dem komparativen Vorteil entsprechen.

— Während die meisten Industrieländer sich nur mühsam von einer Schwächephase erholen, erleben neue Wachstumsregionen, vor allem in Ost- und Südostasien, aber auch in Teilen Lateinamerikas, einen ungebrochenen Aufschwung. Aus einigen dieser Schwellenländer kommt schon heute ein Angebot technisch hochwertiger Produkte, das dem der entwickelten Industrieländer ebenbürtig ist. Diese Entwicklung, auch der damit entstandene Standortwettbewerb, sind seit langem abzusehen. Zu wenig sind aber bisher die Chancen wahrgenommen worden, die in der Erschließung neuer und wachsender Märkte liegen.

— Neue Formen der Arbeitsteilung müssen auch im Verhältnis zu den teils wirtschaftlich noch notleidenden, teils sich langsam erholenden Ländern Mittel- und Osteuropas zustande kommen. Die Standortkonkurrenz der im Reformprozeß fortgeschrittenen Länder zeichnet sich ab; sie haben qualifizierte Arbeitskräfte zu bieten, zu Arbeitskosten, die sehr niedrig liegen, nicht zuletzt auch wegen der Wechselkurse, die den schwachen außenwirtschaftlichen Positionen der Länder entsprechen. Andererseits gibt es auch hier Märkte, die wachsende Absatzchancen eröffnen. Es ist widersprüchlich, einerseits den „weggebrochenen" Absatzmärkten in Mittel- und Osteuropa nachzutrauern, andererseits aber auch die neue Standortkonkurrenz zu beklagen. Kaufkräftige Märkte können in diesen Ländern nicht entstehen, wenn nicht zugleich ein wettbewerbsfähiges Angebot zustande kommt.

44*. Von der Bewältigung des Strukturwandels in beiden Teilen des Landes hängt ab, welche Position die deutsche Wirtschaft in Zukunft im internationalen Vergleich einnehmen kann. Ziel der Wirtschaftspolitik für das kommende und die weiteren Jahre muß sein, aus der Rezession herauszufinden, strukturelle Hindernisse für den Wachstumsprozeß aus dem Wege zu räumen, Bedingungen dafür zu schaffen, daß die Unternehmen aus beiden Teilen des Landes ihre Wettbewerbskraft entfalten können, dies alles mit der Maßgabe, das hohe Wohlstandsniveau im westlichen Landesteil zu wahren, den östlichen Landesteil an dieses Niveau heranzuführen und zugleich im ganzen Land dem Ziel eines hohen Beschäftigungsgrades näherzukommen.

45*. Die Einsicht, daß die Qualität der Investitionsbedingungen in Deutschland von entscheidender Bedeutung nicht nur für die Überwindung der Konjunkturkrise, sondern auch für die erfolgreiche Anpassung an veränderte internationale Wettbewerbsverhältnisse ist, setzt sich mehr und mehr durch, nicht nur im politischen Raum, sondern auch in breiten Bevölkerungskreisen. Die Umsetzung dieser Erkenntnis in praktische Politik stößt jedoch auf Schwierigkeiten. Daß politischer Widerstand dagegen aufkommt, hat Gründe, für die man durchaus Verständnis aufbringen kann, die aber, bedenkt man die Folgen, nicht ausschlaggebend sein dürfen.

— Struktureller Wandel bringt für die betroffenen Menschen Anpassungslasten, oft mit erheblichen Härten verbunden. Vertraute Arbeitsplätze gehen verloren, Qualifikationen werden entwertet, und vielen fällt es schwer, im Arbeitsleben wieder Fuß zu fassen, dies um so mehr, wenn hohe Arbeitslosigkeit herrscht. Die wirtschaftliche Grundlage ganzer Regionen kann bedroht sein. Dennoch muß mit Nachdruck betont werden: Erhaltung von Bestehendem, soweit es nicht die Chance hat, sich aus eigener Kraft am Markt zu behaupten, ist nicht der geeignete Weg, die Leistungskraft der Wirtschaft zu festigen und damit die Voraussetzungen für sichere und hochbezahlte Arbeitsplätze zu schaffen. Im Gegenteil: Die Hoffnungen, die man in eine erhaltungsorientierte Strategie setzt, müssen enttäuscht werden. Diese Politik führt zu Dauerbelastungen des Staatshaushalts; sie beeinträchtigt die Chancen auf den Markterfolg angewiesener Unternehmen, indem sie ihnen Ressourcen entzieht, aber auch dadurch, daß sie der internationalen Arbeitsteilung entgegenwirkt. Aller Erfahrung nach entfalten Wirtschaftsbereiche, die durch staatliche Hilfe erhalten werden, keinerlei Wachstumsdynamik. Die Produktion schrumpft kontinuierlich, ebenso die Beschäftigung; nur die Subventionen pflegen zu wachsen.

— In Jahrzehnten steigenden Wohlstands ist in Westdeutschland ein großzügiges System sozialer Leistungen entstanden. Mit der Vereinigung ist dieses System auch auf die neuen Bundesländer übertragen worden. Hinzu kommen arbeitsrechtliche und tarifvertragliche Regelungen, nicht zuletzt auch hinsichtlich der Arbeitszeit, die die Arbeitnehmer weit über das in anderen Ländern übliche Maß begünstigen, zugleich aber die Arbeitskosten nach oben treiben. Überlegungen, die auf Korrekturen an diesem System hinauslaufen, stoßen auf Widerstand, der sich gegen „Sozialabbau" und das Aufgeben hart erkämpfter Errungenschaften richtet. Darum geht es aber gar nicht. Korrekturen sind angebracht, wo gravierende Fehlanreize entstehen und wo die Kosten in keinem vertretbaren

Verhältnis zum Nutzen stehen. Dabei handelt es sich letztlich auch nicht um einseitige Korrekturen zu Lasten der Arbeitnehmer. Dem Verzicht auf bestimmte Sozialleistungen oder andere Vorteile steht gegenüber, daß eine Senkung von Lohnnebenkosten den Arbeitnehmern auch nützt, weil sie den Spielraum erweitert, innerhalb dessen Lohnerhöhungen ohne die Gefährdung von Arbeitsplätzen möglich sind.

— Verteilungspolitische Argumente spielen in der Auseinandersetzung darüber, wie die Wirtschaftspolitik den aktuellen Herausforderungen begegnen kann, nach wie vor eine dominierende Rolle. Die Bemühungen um Konsolidierung der öffentlichen Haushalte stoßen überall dort auf Widerstand, wo Transferleistungen und damit das eingefahrene System der Umverteilung berührt werden. In der Lohnpolitik hat das in verteilungsorientiertem Denken wurzelnde Ziel der Anpassung des Lohnniveaus in den neuen Bundesländern an das im Westen zu einer Überforderung der Leistungskraft vieler Unternehmen geführt und zugleich wesentlich dazu beigetragen, daß die Transfers immer noch zum überwiegenden Teil nicht in investive, sondern in konsumtive Verwendungen fließen. Daß Verteilungskämpfe vielen schaden und niemandem nützen, wenn sie dazu führen, daß insgesamt weniger verteilt werden kann, ist eine einfache Wahrheit; doch fällt es in der Politik sehr schwer, daraus die richtigen Konsequenzen zu ziehen.

Ziele und Wirklichkeit
(Ziffern 260 ff.)

46*. Gemessen an den Zielen, die der Sachverständigenrat seiner Urteilsfindung zugrundezulegen hat — Stabilität des Preisniveaus, hoher Beschäftigungsstand und außenwirtschaftliches Gleichgewicht bei stetigem und angemessenem Wachstum — bietet das Jahr 1993 ein höchst unerfreuliches Bild. Die einschneidend schlechte Auslastung des Produktionspotentials wirkt auf die Investitionen zurück und hemmt damit den Wachstumsprozeß. Nimmt man als Ziel, die deutsche Wirtschaft unter Einschluß der neuen Bundesländer auf einen kräftigen und stabilen Wachstumspfad zu bringen, so bleibt noch vieles zu tun. Der Anstieg der Verbraucherpreise hat sich trotz der Rezession bisher nur wenig abgeschwächt. Besonders schwerwiegend ist der Rückschlag bei der Beschäftigung. Im Ostteil des Landes hat sich der Beschäftigungsabbau bei hohem Stand der Arbeitslosigkeit deutlich verlangsamt. Im Westen haben Rezession und Strukturwandel zum Verlust vieler Arbeitsplätze und zu einem dramatischen Anstieg der Arbeitslosigkeit geführt. Es zeichnet sich ab, daß die Bewältigung der Beschäftigungsprobleme in beiden Teilen des Landes die Wirtschaftspolitik noch auf Jahre und weit über die Bewältigung des konjunkturellen Einbruchs hinaus in Anspruch nehmen wird. Die außenwirtschaftliche Lage ist durch eine passive Leistungsbilanz und Kapitalimporte charakterisiert, dank eines hohen Vertrauenskapitals noch mit sinkenden Zinsen und tendenzieller Aufwertung der D-Mark; auf die Erhaltung dieser Vertrauensbasis ist die deutsche Wirtschaft heute in besonderem Maße angewiesen.

Grundlinien der Wirtschaftspolitik: Gute Angebotsbedingungen schaffen
(Ziffern 265 ff.)

47*. Die unerwartete Verschärfung der Rezession im Jahre 1993 war dem Ausbleiben der erhofften Exportnachfrage, dem teilweise dadurch bedingten Rückgang der Investitionen, schließlich einer gegenseitigen Verstärkung der rezessiven Tendenzen zuzuschreiben. Es läge zunächst nahe, dem Konjunktureinbruch durch Maßnahmen zur Belebung der Nachfrage zu begegnen. Doch lehrt die Erfahrung aus früheren Konjunkturzyklen, daß damit nur unter bestimmten Bedingungen nachhaltige Wirkungen zu erzielen sind.

Die Voraussetzungen dafür, über die Finanzpolitik oder die Geldpolitik Nachfrageimpulse zu vermitteln, die die Initialzündung für einen nachhaltigen Aufschwung geben, sind zur Zeit äußerst ungünstig. Die bedrohlich angewachsene Staatsverschuldung ist Anlaß zu allgemeiner Besorgnis. Die Teuerung hat auch in der Rezession nur wenig nachgelassen; eine Geldpolitik, die den Eindruck erweckte, stärker an Konjunkturanregung als am Stabilitätsziel orientiert zu sein, würde Inflationserwartungen erzeugen. Noch viel weniger könnte eine expansive Lohnpolitik den Weg für einen Aufschwung eröffnen. Sie würde zwar Kaufkraft schaffen, zugleich aber die rezessionsbedingte Gewinnkompression verschärfen, dies zusätzlich zu den ohnehin schon hinzunehmenden Belastungen durch Steuern und Sozialabgaben, die der Investitionsbereitschaft wenig förderlich sind. Die Möglichkeiten herkömmlicher Nachfragepolitik sind ausgeschöpft, in der Finanzpolitik angesichts des hohen Defizits vielleicht schon überzogen. Der Versuch, dieses Instrumentarium noch intensiver einzusetzen, wäre kontraproduktiv.

Die Wirtschaftspolitik muß anders ansetzen. Es muß ihr gelingen, die Bedingungen dafür zu verbessern, daß Unternehmen bereit sind, im Hinblick auf zukünftige Nachfrage und damit erzielbare Gewinne zu investieren. Dies ist der Grundgedanke der vom Sachverständigenrat seit vielen Jahren vertretenen angebotsorientierten Politik. Zentrale Bedeutung hat dabei die Stabilisierung günstiger Erwartungen. Auf die heutige Situation bezogen bedeutet dies,

— daß die Finanzpolitik einen verläßlichen Konsolidierungspfad einhalten muß, der Befürchtungen über weitere Steuererhöhungen zerstreut, darüber hinaus Perspektiven für eine Minderung der Steuerlast eröffnet,

— daß die Sozialpolitik das System der sozialen Sicherung effizient gestaltet, insbesondere Gestaltungsformen vermeidet, in denen von vornherein eine kaum kontrollierbare Ausgabendynamik und eine entsprechende Entwicklung der Abgabenlast angelegt und,

— daß die Geldpolitik Inflationserwartungen dämpft oder gar nicht aufkommen läßt und damit sichere

Grundlagen für in die Zukunft gerichtete Investitionskalküle, zugleich auch günstigere Erwartungen für die Realeinkommen der privaten Haushalte schafft,

— daß die Lohnpolitik Raum für rentable Investitionen läßt, zugleich Vertrauen erzeugt, daß dies auch in Zukunft nicht durch Verteilungskämpfe in Frage gestellt wird.

Darüber hinaus sind unnötige Hemmnisse für zukunftsgerichtete wirtschaftliche Betätigung zu beseitigen, die Bildung und Erhaltung von Humankapital zu fördern, Marktzugangsschranken und Subventionen, die den Wettbewerb behindern oder verzerren, abzubauen, Infrastrukturleistungen effizient und in angemessenem Umfang anzubieten.

Die angebotsorientierte Politik zielt darauf, Investitionen anzuregen. Gelingt dies, so wird sie auch nachfragewirksam, über die Investitionen und weil über mehr Beschäftigung mehr Kaufkraft für den Konsum geschaffen wird. Wenn sich Zuversicht festigt und in breitem Umfang in der Hoffnung auf zukünftige Nachfrage investiert wird, dann kommt auch die Nachfragebelebung in Gang und stärkt die Auftriebskräfte.

48*. Der Weg zu einem angemessenen Wachstum führt über unternehmerische Investitionen. Entscheidend ist, daß Produkt- und Verfahrensinnovationen in Gang kommen und Marktpositionen behauptet werden, die es auch in Zukunft ermöglichen, eine Spitzenposition in der internationalen Einkommenshierarchie zu halten. Dies ist eine Aufgabe der Unternehmen, nicht des Staates. Damit aber ausreichend viele Unternehmen bereit sind, Innovations- und Investitionsrisiken auf sich zu nehmen, müssen die Angebotsbedingungen gut und verläßlich sein, vor allem auch im Vergleich zu denen, die in anderen Ländern herrschen. Es kommt darauf an, eine ordnungspolitisch klare Orientierung für die Zukunft zu geben, Anreize für Leistung und Investitionen nicht zu verschütten, Verteilungsspielräume realistisch einzuschätzen und Grenzen der Belastbarkeit von Unternehmen und privaten Haushalten zu beachten.

Junge Bundesländer: Keine Alternative zur wachstumsorientierten Politik

(Ziffern 274 ff.)

49*. Im dritten Jahr nach der Vereinigung bietet die wirtschaftliche Entwicklung in den jungen Bundesländern ein zwiespältiges Bild. Ermutigende Erfolge sind bei der Verbesserung der Infrastruktur und bei der Entstehung marktorientierter Unternehmen durch Privatisierung oder Neugründung zu verzeichnen. Der Rückgang der Beschäftigung ist fast zum Stillstand gekommen; der immer noch weitergehende Abbau von Arbeitsplätzen wird inzwischen zum größten Teil durch die Entstehung von neuen ausgeglichen. Doch verharrt die Arbeitslosigkeit auf hohem Niveau, und mit einer baldigen durchgreifenden Besserung kann nicht gerechnet werden; die Sorge um den Arbeitsplatz überschattet für viele Menschen das, was bisher an Positivem erreicht wurde.

Von maßgeblicher Bedeutung für die wirtschaftliche Entwicklung in den neuen Bundesländern ist, daß dort eigenständige Unternehmen entstehen, darunter in genügender Anzahl auch solche, die im überregionalen Wettbewerb Nachfrage auf sich ziehen. Die Wirtschaftspolitik fördert die Erneuerung der Wirtschaftsstruktur durch Privatisierung der früher staatseigenen Unternehmen, durch Ausbau der Infrastruktur, durch Beseitigung von Investitionshemmnissen, durch direkte finanzielle Förderung unternehmerischer Aktivitäten, vor allem in Form der Investitionsförderung; der Arbeitsmarktpolitik kommt dabei die wichtige Funktion zu, soziale Härten abzumildern, zugleich aber auch Qualifikationen zu erhalten und neuen Erfordernissen anzupassen. Diese Grundlinie der Wirtschaftspolitik ist richtig, sie muß geduldig und konsequent weiterverfolgt werden. Maßstab für den Erfolg darf nicht sein, ob die hochgespannten Hoffnungen des Vereinigungsjahres sich bald erfüllen. Das wirtschaftliche Gefälle zwischen alten und neuen Bundesländern ist nach wie vor groß, und es wird sich nicht in wenigen Jahren ausgleichen lassen. Aber die Unterschiede werden geringer, nicht nur hinsichtlich der Einkommen, sondern auch in der Leistungskraft, mit der diese Einkommen auf die Dauer gesichert werden müssen.

50*. Die Fortschritte der Treuhandanstalt bei der Privatisierung der ihr anvertrauten Unternehmen übertreffen alle Erwartungen. Es zeichnet sich ab, daß die Privatisierung der Unternehmen im vierten Jahr nach der Vereinigung weitgehend zum Abschluß gebracht werden kann. Für die Unternehmen sind durch die Privatisierung Chancen auf eine erfolgreiche Sanierung eröffnet worden. Ob die Sanierungsbemühungen bei der großen Mehrzahl von ihnen erfolgreich sein werden, in wie vielen Fällen sie trotz der Privatisierung scheitern werden, ist zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht absehbar. Einzelne Fehlschläge, die in der Öffentlichkeit besondere Aufmerksamkeit finden, sollten den positiven Eindruck des Gesamtbildes nicht trüben. Die Übernahme der Unternehmen durch private Investoren, die Sanierungschancen sehen und sie mit eigenem Risiko wahrnehmen, ist der notwendige erste Schritt, der den Erfolg nicht gewährleistet, aber ihn doch ein gutes Stück näher bringt.

Die Bundesregierung hat die Absicht bekundet, Unternehmen, die sanierungsfähig sind, zur Zeit aber nicht privatisiert werden können, weiter zu erhalten und in ihren Sanierungsbemühungen zu unterstützen. In Verbindung damit wird das Ziel propagiert, „industrielle Kerne" in den jungen Bundesländern zu erhalten. Diese Formulierung ist unglücklich, weil sie den Eindruck erweckt, es handele sich um Unternehmen, die zu Zentren neuer und leistungsfähiger industrieller Strukturen werden könnten. Dies ist wenig wahrscheinlich; schon die Bezeichnung der Unternehmen als sanierungsfähig erweckt irrige Vorstellungen; es bedeutet nur, daß die Sanierung nicht von vornherein aussichtslos erscheint. Es kann bei der Erhaltung dieser Unternehmen somit nur darum gehen, Sanierungsbemühungen auch bei geringen Erfolgsaussichten noch für eine Weile fortzusetzen, oder auch nur aus regionalpolitischen Erwägungen unvermeidliche Anpassungsprozesse zu verzögern und dadurch soziale Härten abzumildern. Es muß vermieden werden, daß

falsche Hoffnungen entstehen, die später mit großer Wahrscheinlichkeit enttäuscht werden, eine Erfahrung, die man mit Erhaltungssubventionen in Westdeutschland häufig genug gemacht hat, und die erklärt, warum es so schwer ist, derartige Subventionen jemals wieder abzubauen.

51*. Für Unternehmen, deren Privatisierung der Treuhandanstalt nicht mehr gelingt, muß, soweit sie nicht stillgelegt werden, eine neue Form der Trägerschaft gefunden werden. Eine schon früher vom Sachverständigenrat befürwortete Lösung wäre, diese Unternehmen den Ländern zu übertragen. Die Entscheidung, ob Unternehmen weiter erhalten werden, ist in erster Linie unter regionalpolitischen Gesichtspunkten zu treffen; sie gehört damit in die Kompetenz der Länder, die als maßgebliche Träger der Regionalpolitik darüber befinden müssen, wofür sie ihre knappen Mittel einsetzen, für die Erhaltung von Unternehmen oder für andere Formen der Regionalförderung wie Infrastrukturinvestitionen oder Investitionszuschüsse an private Unternehmen.

52*. In den neuen Ländern war von Anfang an die Investitionsförderung das vorrangig eingesetzte Instrument, um die in der Übergangsphase bestehenden Standortnachteile für Unternehmen auszugleichen. Die Investitionsförderung ist degressiv angelegt; zwei wesentliche Bestandteile, die Investitionszulage und die Sonderabschreibungen, sollen 1996 auslaufen. Grundsätzlich läßt sich eine Investitionsförderung in dem Umfang, wie sie in den neuen Bundesländern praktiziert wird, nur für begrenzte Zeit rechtfertigen. Vorrangig muß das Ziel verfolgt werden, die Standortqualität so zu verbessern, daß Investitionen sich auch ohne direkte finanzielle Förderung lohnen. Die anfangs gravierenden Standortnachteile der neuen Bundesländer sind durch die Verbesserung der Infrastruktur und den Abbau von administrativen Investitionshemmnissen schon stark reduziert worden; dies wird sich fortsetzen. Eine Verlängerung der Investitionsförderung über 1996 hinaus kann deswegen nur in reduzierter und veränderter Form in Betracht gezogen werden, vor allem mit regionaler Begrenzung und Beschränkung auf bestimmte Wirtschaftsbereiche, insbesondere auf industrielle Investitionen. Die Förderung würde damit auf Bereiche und Regionen konzentriert, für die sich die Standortnachteile nur mit großer Verzögerung ausgleichen lassen.

53*. Vielen Unternehmen in den neuen Bundesländern fällt es heute schwer, auf Märkten Fuß zu fassen, auf denen sie mit westdeutschen oder ausländischen Anbietern im Wettbewerb stehen. Dies liegt teils daran, daß sie mit der Produktentwicklung immer noch im Rückstand sind, teils auch an ihren hohen Kosten, die die preisliche Wettbewerbsfähigkeit beeinträchtigen. Um sich Marktzutritt zu verschaffen, genügt es für sie nicht, mit den bereits etablierten Wettbewerbern gleichzuziehen; wer Kunden zum Lieferantenwechsel veranlassen will, muß in der Lage sein, bessere Angebote zu machen als die Konkurrenz. Deswegen stellt sich die Frage, ob die Investitionsförderung nicht durch Maßnahmen zur Unterstützung von Absatzbemühungen ergänzt werden sollte. Die Möglichkeiten zur Unterstützung von Absatzbemühungen sind allerdings begrenzt. Je näher die Förderung am Absatzmarkt ansetzt, desto unmittelbarer greift sie in den Wettbewerb in einer für die nicht begünstigten Anbieter direkt fühlbaren Weise ein. Die Voraussetzungen für erfolgreichen Absatz zu schaffen, ist ureigene Aufgabe des Unternehmers; der Staat kann ihn dabei nur indirekt unterstützen.

54*. Die Förderung des wirtschaftlichen Aufbaus in den neuen Bundesländern, zunächst flächendeckend angelegt, muß Orientierungspunkte für eine regionale Differenzierung gewinnen. Beim Ausbau der überörtlichen Infrastruktur ist es unumgänglich, daß Schwerpunkte und Prioritäten festgelegt werden. Regionale Erwägungen sollten aber auch bei der Mittelzuweisung für die lokale Infrastruktur eine Rolle spielen. Es ist erfahrungsgemäß schwer, im politischen Prozeß eine sachgerechte Auswahl der aus Sicht des Wachstumsziels zu fördernden Regionen zu treffen und die am besten geeigneten Instrumente der Förderung zu bestimmen. Die Erfahrungen mit der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur" im früheren Bundesgebiet bieten keinen Anlaß zu hochgespannten Erwartungen. Die Probleme einer durch Bund und Länder bestimmten Regionalpolitik liegen zum Teil darin begründet, daß Informationsdefizite hinsichtlich der lokalen Verhältnisse, vor allem hinsichtlich der zweckmäßigsten Ansatzpunkte für eine erfolgversprechende Förderung, bestehen. Dies spricht dafür, Entscheidungskompetenzen weitgehend auf die kommunale oder regionale Ebene zu verlagern, wobei regionale Instanzen, etwa in Form kommunaler Zweckverbände, zu schaffen wären, wo sie noch fehlen. Über Maßnahmen zum Ausbau der Infrastruktur, zur Erschließung von Bauland und Gewerbeflächen, zur Verbesserung der Umweltbedingungen und der allgemeinen Lebensqualität kann zum erheblichen Teil am besten auf kommunaler oder regionaler Ebene entschieden werden. Die Mittel dafür können vor allem über den kommunalen Finanzausgleich zur Verfügung gestellt werden.

Finanzpolitik: Verläßlich konsolidieren — Wachstumsbedingungen verbessern

(Ziffern 287 ff.)

55*. Mehr denn je kommt es für die Finanzpolitik im Jahre 1994 darauf an, ihre Konsolidierungsziele für dieses Jahr konsequent umzusetzen und einen überzeugenden Kurs für die Sanierung der Staatsfinanzen in den kommenden Jahren glaubwürdig festzulegen. Nur so kann es gelingen, Vertrauen zurückzugewinnen und Zuversicht zu begründen. Nur so wird es der Finanzpolitik möglich sein, durch eine verläßliche Entlastungsperspektive für Investoren und Konsumenten einen Beitrag zur Überwindung der Rezession und zur dauerhaften Stärkung der Wachstumskräfte in Westdeutschland und Ostdeutschland zu leisten.

56*. In der gegenwärtigen Situation wird vielfach gefordert, die Konsolidierung hintanzustellen und zunächst die dringenden Probleme bei Konjunktur und Wachstum anzugehen. Gegen ein solches Vorgehen sprechen gewichtige Gründe: Ein Hinausschie-

ben der Konsolidierung würde eine weitere Erhöhung der Zinsbelastung für die öffentlichen Haushalte bedeuten und damit auf Jahre hinaus den Spielraum der Finanzpolitik noch stärker einengen, als dies bereits heute der Fall ist. Konsolidierung bedeutet nicht, daß die konjunkturell bedingten Defizite abgebaut werden. In den Defiziten der Jahre 1993 und 1994 ist eine kräftige konjunkturelle Komponente enthalten. Zu bestreiten ist jedoch, daß eine Politik wachsender Defizite in der derzeitigen Situation einer konjunkturellen Erholung überhaupt dienlich sein kann. Gerade das Fehlen einer verläßlichen Konsolidierungsstrategie in den beiden letzten Jahren hat erheblich zur Verunsicherung der Konsumenten und Investoren beigetragen und damit den konjunkturellen Einbruch mitverursacht. Auch die Erfahrungen der Jahre 1981/82 haben — wenngleich unter anderen Bedingungen — gezeigt, daß die Überwindung der Rezession durchaus mit einer Konsolidierung über die Ausgabenseite vereinbar ist. Die Rückführung der Staatsquote eröffnet den Privaten Aktionsräume, führt also zumindest mittelfristig zu einer Verbesserung der Angebotsbedingungen.

57*. Die Haushaltskonsolidierung sollte also auch in wirtschaftlich schwieriger Zeit konsequent fortgesetzt werden, und zwar so, daß sie die Wachstumschancen unserer Wirtschaft nicht beeinträchtigt. Mit der Entscheidung über das Föderale Konsolidierungsprogramm im März dieses Jahres ist die Konsolidierungsaufgabe vor allem über massive Steuererhöhungen angegangen worden. Bei der Gestaltung der zukünftigen Finanzpolitik sind folgende Grundsätze zu beachten:

Die Konsolidierung sollte in erster Linie über eine Einschränkung des Ausgabenanstiegs, nicht dagegen über eine weitere Erhöhung der Steuer- und Abgabenbelastung erreicht werden. Es sind Ausgabenkürzungen in einem solchen Ausmaß erforderlich, daß sie über die bekannten eher kurzfristig wirkenden Instrumente (Haushaltssicherungsgesetz, Haushaltssperre, globale Minderausgaben) nicht herbeigeführt werden können. Eine grundsätzliche Revision der Staatstätigkeiten ist erforderlich. Von daher haben wir wiederholt für eine Fortsetzung und Intensivierung der Politik der Privatisierung plädiert. Daneben ist insbesondere der Abbau von Subventionen zu fordern, weil sie in vielen Fällen den marktwirtschaftlichen Anpassungsprozeß behindern, zu strukturellen Fehlentwicklungen beitragen und auch verteilungspolitisch negativ zu beurteilen sind. Die bisherigen Erfolge sind gemessen am vorhandenen Subventionsvolumen und an der Größe des Konsolidierungsbedarfs äußerst bescheiden. In einem Programm zum Abbau der Staatsausgaben dürfen grundsätzlich auch die Transferausgaben nicht fehlen. Schon quantitativ spielt dieser Ausgabenblock eine so dominierende Rolle, daß dieser Bereich aus den Konsolidierungsbemühungen nicht ausgeklammert bleiben kann. Für ein Einbeziehen der Transferausgaben in die Konsolidierung spricht auch, daß die Wachstumsraten in den letzten Jahren zurückgegangen sind, gleichzeitig aber im Zuge der Vereinigung und der wirtschaftlichen Rezession die Anzahl der Anspruchsberechtigten bei den Transfers stark zugenommen hat. Daher sind Anpassungen im System der sozialen Sicherungssysteme unumgänglich geworden. Im übrigen muß auch im Bereich der Transferzahlungen immer wieder geprüft werden, ob bisher angestrebte Ziele noch gerechtfertigt sind und ob berechtigte Ziele mit geeigneten Maßnahmen verfolgt werden. Überall dort, wo Transferzahlungen mit sozialpolitischen Argumenten gerechtfertigt werden, sollten Einkommensgrenzen eingeführt werden. Das ist im Zusammenhang mit der Neuregelung des Kindergeldes teilweise berücksichtigt worden; es sollte auch für andere Transfers gelten. Schließlich müßten Transfer- und Steuersystem aufeinander abgestimmt werden, damit zum Beispiel garantiert wird, daß für einen Empfänger von Sozialhilfe zusätzliches Lohneinkommen, das den Erwerbstätigenfreibetrag übersteigt, nicht de facto zu 100 vH besteuert wird.

58*. Zur Konsolidierung müssen alle Gebietskörperschaften beitragen. Es dient der Sache nicht, wenn zum Beispiel der Bund Sparmaßnahmen (Kürzung der Arbeitslosenhilfe) beschließt, die im Ergebnis zu Belastungen für die Kommunen (Mehrausgaben bei der Sozialhilfe) führen. Über Ausgabenkürzungen kann die Konsolidierung nur erreicht werden, wenn Bund, Länder und Gemeinden in eine koordinierte Politik, also in ein gesamtstaatliches Konsolidierungsprogramm, einbezogen werden. Die Voraussetzungen für eine gesamtwirtschaftliche Konsolidierungspolitik sind durch das Föderale Konsolidierungsprogramm vom März diesen Jahres nicht entscheidend verbessert worden. Die Regelungen für einen horizontalen Länderfinanzausgleich für die Zeit ab dem Januar 1995 können nicht überzeugen; im wesentlichen bleibt nämlich alles beim alten, so daß zu erwarten ist, daß sich die Diskussion und der Streit um den Länderfinanzausgleich fortsetzen werden. Besonders problematisch sind die Regelungen zur Beseitigung der Haushaltsnotlagen einzelner Bundesländer.

Um Bund, Länder und Gemeinden in ein gesamtstaatliches Konsolidierungsprogramm einzubeziehen, müßten die drei Ebenen Art und Höhe der angestrebten Ausgabensenkungen verbindlich festlegen. Die Gebietskörperschaften müßten dann in ihrem Bereich die entsprechenden Kürzungen vornehmen. Das würde wegen der verschiedenen Ausgabenstrukturen zu unterschiedlichen Steigerungsraten der Ausgaben in den einzelnen Haushalten führen. Da sich damit auch das Verhältnis zwischen Einnahmen und Ausgaben verändert, wäre anschließend zu prüfen, ob eine Neuverteilung des Umsatzsteueraufkommens gemäß Artikel 106 Abs. 3 und 4 GG erforderlich ist.

59*. Die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte ist erforderlich, um Raum für eine Senkung der Steuer- und Abgabenquote zu schaffen. Die Rückführung ist dringend geworden, um Investitions- und Leistungsanreize zu schaffen. Angesichts der Konsolidierungsaufgabe besteht jedoch fürs erste kein finanzieller Spielraum für wachstumspolitisch gebotene Steuersenkungen. Allerdings geht es nicht nur um eine quantitative Konsolidierung, es müßte zumindest eine Umstrukturierung in der Steuer- und Abgabenbelastung angestrebt werden: Die privaten Investitionen sollten entlastet, der Konsum eher stärker belastet werden. Die Bundesregierung sollte jetzt schon verläßlich festlegen, in welchen weiteren Schritten und

wann sie die Unternehmenssteuerreform fortsetzen will. Dadurch würde ein positives Signal für die Wirtschaft gesetzt. Dies ist um so dringlicher, als der insgesamt positive, weil entlastende Effekt des Standortsicherungsgesetzes konterkariert wird durch den zum 1. Januar 1995 vorgesehenen Solidaritätszuschlag.

Eine Reform der Unternehmensbesteuerung wird nicht von der Reform der Gemeindefinanzen zu trennen sein. Das letzte Thema muß wegen der finanziellen Situation der Gemeinden in den neuen Bundesländern in Kürze ohnehin angegangen werden. Man sollte dies zum Anlaß nehmen, noch einmal die Reform oder besser: die Abschaffung der Gewerbesteuer und deren Ersatz durch eine kommunale Wertschöpfungsteuer zu prüfen. Kommt es nicht zu einer Abschaffung der Gewerbesteuer, dann besteht Handlungsbedarf vor allem bei den ertragsunabhängigen Steuern, der betrieblichen Vermögensteuer und der Gewerbekapitalsteuer. Beide Abgaben sollten nach den Regierungsplänen bereits in dieser Legislaturperiode abgeschafft werden, sie werden bis Ende 1995 in den neuen Bundesländern nicht erhoben. Das Auslaufen dieser Übergangsregelung sollte zum Anlaß genommen werden, diese beiden Steuern für ganz Deutschland aufzuheben.

60*. Eine Reform der Unternehmensbesteuerung sollte so finanziert werden, daß nicht das konterkariert wird, was man mit der Reform anstrebt: investitions- und leistungsfreundliche steuerliche Regelungen. Insoweit spricht vieles dafür, die Finanzierung über eine stärkere Besteuerung des Konsums, also vor allem über eine Erhöhung der Umsatzsteuer (Mehrwertsteuer) zu regeln. Wachstumspolitisch hätte diese Finanzierung zweifellos Vorteile, allerdings werden verteilungspolitische Argumente dagegen vorgebracht. Gerade unter dem Aspekt der Verteilungsgerechtigkeit spricht einiges dafür, die Finanzierung der Reform der Unternehmensbesteuerung über den Abbau der zahlreichen Vergünstigungen bei der Einkommensteuer vorzunehmen. Auch in diesem Bereich hat die Bundesregierung einen ersten Schritt mit dem Entwurf eines „Mißbrauchsbekämpfungs- und Steuerbereinigungsgesetzes" getan. Dieser Ansatz sollte konsequent weiter verfolgt werden. Es besteht ein beachtliches Potential für Steuermehreinnahmen. Der Abbau von Steuervergünstigungen müßte sich allerdings an steuersystematischen Anforderungen ausrichten und dürfte sich nicht nur in punktuellen Korrekturen des derzeitigen Systems erschöpfen.

61*. Das Bundesverfassungsgericht hat in seinem Urteil vom 25. September 1992 den Grundfreibetrag in der Einkommensteuer in seiner Gesamtwirkung für verfassungswidrig erklärt. Bei der zum 1. Januar 1996 einzuführenden Neuregelung muß der Grundfreibetrag mindestens so hoch sein wie der durch die Sozialhilfe festgelegte Mindestbedarf. Das würde bei ansonsten unverändertem Tarif zu hohen Belastungen für die öffentlichen Haushalte führen. Außerdem würde eine solche Reform weitreichende Konsequenzen für die Anreizwirkungen der Einkommensteuer und der Sozialhilfe haben — je nachdem, in welchem Umfang Erwerbseinkünfte auf die Sozialhilfe angerechnet werden und dadurch die Unterstützungsgrenze erhöht wird.

Der Zusammenhang zwischen Grundfreibetrag und Unterstützungsgrenze führt ähnlich wie die Notwendigkeit, die Anpassung des Grundfreibetrags an das Existenzminimum in der Sozialhilfe im Zeitablauf sicherzustellen, zu dem Gedanken der „negativen Einkommensteuer". Damit verbindet sich die Vorstellung, die Einkommensbesteuerung und die staatlich organisierte Transfergewährung in einem System zusammenzuführen. Jede Reform dieser Art hat weitgehende Implikationen. Sie rüttelt an den Gestaltungsgrundsätzen der Steuer- und Sozialpolitik, zum Beispiel am Progressionsprinzip bei der Einkommensteuer und am Subsidiaritätsprinzip bei der Sozialhilfe; sie schafft Übergangsprobleme, zum Beispiel in der Sozialversicherung, für die überzeugende Lösungen noch erarbeitet werden müssen; sie verändert grundlegend die Handlungsbedingungen für die Privaten, deren Reaktionen darauf aber nur schwer abzuschätzen sind.

Das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes zwingt zu einem ersten Schritt zur Verknüpfung der Einkommensteuer mit der Sozialhilfe. Eine darüber hinausgehende, umfassende Reform des Steuer- und Transfersystems ist mit enormem Umstellungsaufwand verbunden, die konkreten Auswirkungen sind unsicher. Aus Gründen der politischen und administrativen Realisierbarkeit müßte sich der Übergang zu einem integrierten Steuer-Transfer-System über einen längeren Zeitraum erstrecken.

Geldpolitik: Die monetären Bedingungen für Geldwertstabilität sichern

(Ziffern 322 ff.)

62*. Die Deutsche Bundesbank hat im Jahre 1993 eine expansive Geldpolitik betrieben. Eine kräftige monetäre Expansion und deutlich reduzierte Zinsen sind hierfür die Belege. Die Bundesbank berief sich für die Begründung ihrer geldpolitischen Aktivitäten vor allem auf die Entwicklung der Geldmenge, die Preistrends, die Geschehnisse an den Finanz- und Devisenmärkten und auf konjunkturelle Erfordernisse. Sie stand dabei vor dem Problem, daß einerseits die Geldmengenentwicklung und die nach wie vor hohe Geldentwertung für eine restriktivere Zinspolitik sprachen, daß andererseits aber mit Blick auf die konjunkturelle Lage und die Stabilisierung der Wechselkurse in Europa Zinssenkungen geboten erschienen. Im Ergebnis teilen wir die von der Bundesbank vorgenommene Bewertung der gegensätzlichen Signale, die schließlich auf eine deutliche Senkung der Geldmarktzinsen durch die Bundesbank hinauslief. Die Überschreitung des Geldmengenzieles ist – zumal sie erneut auftritt — zwar durchaus ernst zu nehmen; sie zu akzeptieren, erscheint dennoch alles in allem wohlbegründet und ist daher das kleinere Übel; das größere wäre jedenfalls die Beibehaltung der Hochzinspolitik der Vorjahre gewesen.

63*. Zentrale Aufgabe der Geldpolitik für 1994 ist es, die monetären Rahmenbedingungen für Geldwertstabilität herzustellen und zu bewahren. Eine monetäre Expansion, die dauerhaft und nachhaltig über das Wachstum des Produktionspotentials hinausgeht, gefährdet dieses Ziel. Nachdem die monetäre Expan-

sion schon 1992, aber auch 1993 hoch war, wird das Einschwenken auf ein mittelfristig vertretbares Maß dringlich.

Maßstab für die mittelfristige Entwicklung der Geldmenge ist der mittelfristige Potentialpfad. Die Geldmengenexpansion soll sich grundsätzlich mit der Rate vollziehen, mit der das Produktionspotential wächst, wobei ein Zuschlag für eine gerade noch hinnehmbare Preissteigerungsrate einzurechnen ist und eine Korrektur um die Trendrate, mit der sich die Umlaufsgeschwindigkeit des Geldes ändert, vorzunehmen ist. Die Ratio dieser Konzeption besteht darin, daß eine anhaltend und deutlich über den mittelfristigen Pfad hinausgehende Geldmengenexpansion grundsätzlich ein Inflationspotential schafft, das sich früher oder später in entsprechenden Preissteigerungen entladen wird. Eine unterhalb des Potentialpfades verharrende Geldmengenausweitung wirkt hingegen restriktiv und behindert das angemessene Wachstum der Wirtschaft. Auch wenn es im Verlauf eines Jahres, wie zum Beispiel 1993, gute Gründe geben kann, Abweichungen der monetären Expansion vom mittelfristigen Referenzpfad hinzunehmen, bleibt im vorhinein dieser Pfad der Maßstab für die angemessene Ausweitung der Geldmenge.

Nach unserer Einschätzung ergibt sich aus diesen Überlegungen eine Expansionsrate für die potentialgerechte Zunahme der bereinigten Zentralbankgeldmenge in der Größenordnung von knapp 6 vH für das Jahr 1994. Bei Anwendung der gleichen Kriterien folgt für die Geldmenge M3, die den Geldmengenzielen der Bundesbank zugrundeliegt, eine potentialgerechte Ausweitung um 6 vH, und zwar vom vierten Quartal 1993 bis zum vierten Quartal 1994 gerechnet. Bei diesem Wert sollte jedoch der Anknüpfungspunkt für den Potentialpfad 1994 nicht der realisierte Wert der Geldmenge M3 im vierten Quartal 1993 sein, sondern der mittlere Wert des Zielkorridors für die Geldmenge, den die Bundesbank für 1993 vorgegeben hatte. Sofern die Bundesbank ihr Geldmengenziel jedoch am realisierten Wert der Geldmenge des vierten Quartals anknüpfen wollte, ergäbe sich für die im Jahre 1994 anzustrebende Verlaufsrate der Geldmenge M3 ein entsprechend niedrigerer Wert als 6 vH.

64*. Bei der Festlegung einer Zuwachsrate für die Zentralbankgeldmenge kann die geldpolitische Analyse nicht stehen bleiben. Zu fragen ist, ob konkreter geldpolitischer Handlungsbedarf besteht, ob es also für die Bundesbank Anlaß gibt, die Geldmarktzinsen, durch deren Variation sie die monetäre Expansion ja steuert, zu verändern. Antworten auf eine solche Frage, die sich der Zentralbankrat in seinen Sitzungen regelmäßig vorlegt, können naturgemäß nicht für Monate oder gar ein ganzes Jahr im vorhinein gegeben werden, weil dies voraussetzen würde, daß man bereits heute einen vollständigen Überblick über die wirtschaftliche Entwicklung und die auftretenden Störeinflüsse im Jahre 1994 hätte. Auch einfache Handlungsregeln strikt vorzugeben, hilft nicht weiter. Die Anweisung etwa, beim Verlassen des Potentialpfades auf jeden Fall die Zinsen entsprechend zu ändern, ist nicht vertretbar, weil es wie 1993 Gründe für die Tolerierbarkeit von Zielabweichungen geben kann, die nicht vorauszusehen sind und die daher nicht in die Handlungsregel eingehen können.

Aus unserer heutigen Sicht ergibt sich zusammenfassend für die Handlungsebene der Geldpolitik folgendes Bild: Es wird der Bundesbank möglich sein, in dem Bestreben, die Rahmenbedingungen für die Geldwertstabilität zu sichern, die kurzfristigen Zinsen tendenziell weiter zu senken. Vorausgesetzt ist dabei, daß sich die monetäre Expansion dem Potentialpfad nähert und daß nicht Fehlverhalten vor allem der Tarifvertragsparteien zu einem Wiederaufflammen der Inflationserwartungen führt. Unter diesen Bedingungen trägt die Geldpolitik auch zur Überwindung der Rezession bei, nicht nur in Deutschland, sondern auch in Europa.

Währungspolitik: Auf dem Weg der Integration bleiben

(Ziffern 337 ff.)

65*. Die Integration Europas muß weiterhin Leitlinie der Währungspolitik bleiben. Am Ziel einer Europäischen Währungsunion als Stabilitätsgemeinschaft gilt es festzuhalten; es zielstrebig anzusteuern bleibt richtig — und zwar auf dem Weg über die Konvergenz von Wirtschaft und Wirtschaftspolitik. An einem einheitlichen Binnenmarkt verschiedene Währungen aufrecht erhalten zu wollen, ließe auf Dauer Wechselkursrisiken bestehen, die eine Entfaltung der interregionalen Arbeitsteilung behindern. Zudem bliebe die Gefahr bestehen, daß eine Renationalisierung der Währungspolitik im Ergebnis desintegrierend wirkt. Der währungspolitische Grundgedanke des Maastricht-Vertrages – daß der Verschmelzung der Märkte auch eine Verschmelzung der Währungen zu einer einheitlichen europäischen Währung folgen müsse — weist in die richtige Richtung.

Darauf muß von den Regierungen und Notenbanken weiter hingearbeitet werden. Die Rückkehr zu festen Wechselkursen darf daher nicht verbaut werden; sie muß ernsthaft betrieben werden. Zu engen Bandbreiten kann freilich nicht unvermittelt übergegangen werden, weil sonst die Spekulation herausgefordert würde, die Validität der engen Bandbreiten erneut einem Belastungstest zu unterziehen. Als erster Schritt zu engen Bändern sind vorerst auch keine formellen Beschlüsse erforderlich. Auch bei weiten Bandbreiten ist es den beteiligten Ländern möglich, eine stabilitätsorientierte Geldpolitik zu verfolgen, um die Kurse ihrer Währungen untereinander nur wenig schwanken zu lassen und insoweit zwar nicht formal, aber doch faktisch feste Kurse herzustellen. Wichtig ist, daß alle Politikbereiche diese Geldpolitik unterstützen. Wenn dies eine Zeitlang durchgehalten worden ist — lange genug, um die Märkte von der Entschlossenheit der Währungspolitik zu überzeugen, es nicht zu volatilen Wechselkursen kommen zu lassen —, könnten enge Bänder auch formell wieder eingeführt werden. Einen Zeitplan dafür kann man nicht vorgeben. Fundamental begründete Wechselkursanpassungen dürfen nicht ausgeschlossen werden.

Die Achillesferse des EWS wird auch in Zukunft die Anfälligkeit gegenüber spekulativen Devisenbewegungen bleiben. Wenn durch die Verschmelzung der

internationalen Finanzmärkte das Potential für grenzüberschreitende Kapitalbewegungen zunimmt, wenn professionelle Akteure an den Finanzmärkten in immer größerer Zahl und in immer größerem Umfang Kapitalverlagerungen zwischen verschiedenen europäischen Währungen vornehmen, kurz: wenn Märkte desorientiert sind, zumal wenn es keine Fortschritte bei der Konvergenz gibt oder die nationalen Notenbanken mit ihrer stabilitätspolitischen Aufgabe auf sich allein gestellt sind, so daß die Marktteilnehmer immer sensibler auf geldpolitische Unterschiede und Diskrepanzen zwischen den verschiedenen Währungen reagieren, wird es für die Notenbanken immer schwerer werden, einen Kurs zu fahren, der stabile Währungsverhältnisse aufrechterhält. Agieren die Kapitalanleger europaweit, so werden die Länder der davon ausgehenden destabilisierenden Effekte nur durch einen radikalen Schritt wirklich Herr werden: indem sie den Übergang zur Europäischen Währungsunion vollziehen. Europa wird sich früher oder später zu diesem Schritt durchringen müssen — oder es bleibt von Desintegration bedroht.

66*. Ein Mitglied des Rates, Horst Siebert, vertritt zu der Frage der Rückkehr zu festen Kursen eine abweichende Auffassung. Dabei wird das Ziel der europäischen Integration voll geteilt. Eine andere Einschätzung als bei der Mehrheit besteht jedoch darüber, welche Rolle der monetären Integration im europäischen Einigungsprozeß zukommt. Nach Meinung dieses Ratsmitglieds hat die Krönungstheorie als Strategie für die monetäre Interpretation Europas nach den Erfahrungen der letzten Jahre eine größere Attraktivität gewonnen. Die realwirtschaftliche Annäherung in den neunziger Jahren ist die vorrangige Frage; die Rückkehr zu engeren Bandbreiten ist von nachrangiger Bedeutung. Die monetäre Integration ist keine Voraussetzung für ein realwirtschaftliches Zusammenwachsen der westeuropäischen Länder, ja die realwirtschaftliche Integration ist auch ohne feste Währungsrelationen, also mit einer formell großen Bandbreite, möglich. Es ist richtig, daß Kapitalbewegungen den Spielraum der Notenbanken einengen. Daraus folgt aber nicht, die Bandbreite zu verengen. Man kann daraus auch den Schluß ziehen, daß die Geldpolitik — unterstützt von den anderen Bereichen der Wirtschaftspolitik — so betrieben werden muß, daß es im Urteil der Märkte zu keiner Diskrepanz zwischen Währungsrelationen und realen Gegebenheiten kommt.

Lohnpolitik: Vorrang für die Sicherung der Arbeitsplätze

(Ziffern 350ff.)

67*. Die Lage am deutschen Arbeitsmarkt zum Jahresende 1993 ist durch ein besorgniserregendes Ausmaß der Arbeitslosigkeit gekennzeichnet. Etwa 3,6 Millionen Personen sind in ganz Deutschland als Arbeitslose registriert, schätzungsweise weitere 2,1 Millionen Personen werden durch arbeitsmarktpolitische Maßnahmen abgesichert. An dieser Ausgangssituation dürfen die Tarifvertragsparteien bei der Lohnrunde des Jahres 1994 nicht vorbeigehen; sie müssen — angesichts der hohen Arbeitslosigkeit — in ganz Deutschland auf mehr Beschäftigung setzen. Die Tarifpolitik darf die Einkommenswirkung des Lohns für die, die sichere Arbeit haben, nicht in den Vordergrund stellen. Im Interesse all derer, die keine Arbeit haben oder deren Arbeitsplätze gefährdet sind, gebührt jetzt der Beschäftigungswirkung der Vorrang.

68*. Die Lohnpolitik in Ostdeutschland für das Jahr 1994, aber auch für die nächsten Jahre, wird zu berücksichtigen haben, daß das Lohnniveau in vielen Bereichen im Vergleich zur Leistungsfähigkeit der Betriebe zu hoch ist. Die Löhne sind der Produktivität mit Sieben-Meilen-Stiefeln vorausgeeilt. Zwar wird sich die Schere zwischen Leistungsfähigkeit und Lohnniveau, wenn der Kapitalstock Ostdeutschlands einmal aufgebaut ist, durch Produktivitätsfortschritt schließen. Aber dies braucht Jahre. Man darf nicht in den Löhnen vorwegnehmen, was sich erst in Zukunft an Zuwachs in der Produktivität einstellen soll. Sonst gefährdet man den Produktivitätsfortschritt selbst. Die Lohnpolitik in den jungen Bundesländern muß langsamer gehen und dabei auf die sehr unterschiedliche Leistungsfähigkeit der Unternehmen wesentlich stärker als bisher Rücksicht nehmen. Wichtig ist, daß in den Tarifabschlüssen eine untere Linie vereinbart wird, die sich an den schwächeren Betrieben in der Branche orientiert und von der aus die stärkeren Betriebe bei den Effektivlöhnen nach oben abweichen können. Nicht überall wird es möglich sein, das Realeinkommen zu sichern. Auch Revisionen der bereits gestreckten langfristigen Verträge können nicht ausgeschlossen werden. Bei der Anpassung der Tarife ist aus der Sicht der Arbeitnehmer schon viel erreicht; die Lohnpolitik in Ostdeutschland muß jetzt der Schaffung zusätzlicher Arbeitsplätze den Vorrang geben.

69*. In Westdeutschland gilt es, bei den Lohnabschlüssen die Unternehmen von Kosten zu entlasten und dadurch Arbeitsplätze zu sichern. Dabei wird es nicht hinreichend sein, die Tariflohnsteigerungen wieder auf den Produktivitätspfad zurückzuführen. Für das Jahr 1994 ist es nicht angebracht, den mittelfristig erwarteten gesamtwirtschaftlichen Produktivitätsfortschritt und einen gewissen Ausgleich für den Anstieg des Preisniveaus als Orientierungslinie für die Tariflohnanhebungen heranzuziehen. Dafür ist das Ausmaß der Arbeitslosigkeit in Westdeutschland zu hoch, dafür ist die konjunkturelle Entwicklung des nächsten Jahres zu unsicher. Es gibt Bereiche, so die exportorientierten Sparten des Verarbeitenden Gewerbes, in denen eine Lohnpause unabdingbar sein wird, um die Arbeitsplätze zu halten; in anderen Bereichen mag sich die Lage anders darstellen, aber auch hier werden bei zurückhaltender Lohnpolitik mehr Arbeitsplätze gehalten und neue geschaffen. Die Lohnfindung im Jahre 1994 ist ein komplizierter Suchprozeß, bei dem die unterschiedliche Situation in den einzelnen Branchen und Betrieben wesentlich stärker als bisher berücksichtigt werden muß. Die Tarifvertragsparteien sollten den Kurs in der Lohnrunde so steuern, daß der Anstieg der Tariflöhne im Durchschnitt unter dem mittelfristigen Produktivitätsfortschritt bleibt. Damit würden sie die Voraussetzung für eine positive Entwicklung von Beschäftigung und Realeinkommen der Arbeitnehmer für die nächsten Jahre legen.

Ansätze am Arbeitsmarkt: Wege aus der Arbeitslosigkeit

(Ziffern 362ff.)

70*. Die hohe Arbeitslosigkeit in Deutschland zu verringern — diese Aufgabe reicht weit über das Jahr 1994 hinaus. Die Überwindung der Rezession wird zwar — mit einer zeitlichen Verzögerung — auch die Lage am Arbeitsmarkt wieder entspannen; aber der Anstieg der Arbeitslosigkeit läßt sich, jedenfalls nach den Erfahrungen der letzten beiden Rezessionen, im Konjunkturaufschwung nur begrenzt zurückführen. Die Hoffnungen richten sich deshalb auf einen längerfristigen Wachstumsprozeß. Wie stark die Beschäftigung bei wirtschaftlichem Wachstum steigt, hängt von einer Vielzahl von Einflußfaktoren ab, darunter dem Lohnniveau, der Lohnstruktur und den institutionellen Regelungen auf dem Arbeitsmarkt.

71*. Eine bedeutende Rolle für eine befriedigende Beschäftigungslage kommt der Lohnpolitik zu, stellen die Löhne doch den wichtigsten originären Kostenfaktor der Unternehmen dar. Um diesem Umstand Rechnung zu tragen, legt der Sachverständigenrat seinen Überlegungen die Konzeption der produktivitätsorientierten Lohnpolitik zugrunde. Gehen die Anhebungen der Nominallöhne weit über den Produktivitätsfortschritt hinaus und steigen die Reallöhne stärker als die Produktivität, so stellen sich Fehlentwicklungen ein, und die Beschäftigung geht letztlich zurück.

Bei der produktivitätsorientierten Lohnpolitik kommt es auf die Arbeitskosten insgesamt an. Dazu gehören auch die Lohnnebenkosten. Insoweit sie sich aus Vereinbarungen der Tarifvertragsparteien oder aus betrieblichen Regelungen ergeben, so etwa das Urlaubsgeld und das Weihnachtsgeld, sind sie für die Arbeitnehmer sichtbarer Teil ihres Einkommens. Dies ist anders bei den gesetzlich bedingten Lohnnebenkosten, die einen beträchtlichen Teil der gesamten Lohnnebenkosten ausmachen. Die Tarifvertragsparteien müssen sich über die Bedeutung der Lohnnebenkosten im klaren sein. Der Spielraum für den Anstieg der gesamten Arbeitskosten ist durch den Produktivitätsfortschritt vorgegeben; wird der Spielraum systematisch überschritten, so stellen sich Beschäftigungsprobleme ein. Je mehr der Produktivitätsfortschritt durch gesetzliche Lohnnebenkosten absorbiert wird, desto weniger bleibt für Lohnanhebungen übrig.

72*. Beschäftigungspolitisch von Bedeutung ist auch die Lohnstruktur. Vor allem bei hartnäckig hoher Arbeitslosigkeit ist es wichtig, daß die Tarifvertragsparteien den wirtschaftlichen Problemen in den Sektoren, Regionen und Betrieben bei den Tariflohnvereinbarungen gebührend Aufmerksamkeit schenken. Von der gegenwärtigen Rezession sind die Branchen in unterschiedlicher Weise betroffen; viele Unternehmen werden mit ihren Produkten auch in einem künftigen Aufschwung nicht einfach dort weitermachen können, wo sie vor der Rezession gestanden hatten. Für viele wird sich daher die Frage der wirtschaftlichen Neuorientierung auf neue Produkte und auf neue Märkte stellen. Den dabei notwendigen Anpassungsprozessen ist bei den Tarifverhandlungen Rechnung zu tragen. Zudem hat auch diese Rezession gezeigt, daß selbst Regionen, die dank ihrer Wirtschaftsstruktur bisher als stark galten, nunmehr mit Arbeitsplatzverlusten zu kämpfen haben, die nicht mit Sicherheit durch einen Aufschwung allein kompensiert werden. Hier wird man sich auf die Suche nach neuen Strukturen begeben müssen. Aus diesen Gründen muß die Differenzierung der Lohnentwicklung in den kommenden Tarifverhandlungen ein größeres Gewicht haben, als es in den letzten Jahren der Hochkonjunktur der Fall war.

Auch sind bei den Abschlüssen Unterschiede in der Qualifikation ausreichend zu berücksichtigen. Eine über die Qualifikationen nivellierende Lohnpolitik würde die Beschäftigungschancen der Arbeitnehmer mit niedriger Qualifikation verringern und falsche Anreize setzen. Eine dem Wachstum verpflichtete Lohnpolitik muß mit der Festlegung der Lohnrelationen Anreize für Qualifizierungs- und Weiterbildungsanstrengungen der Arbeitnehmer schaffen und bewahren.

73*. Die Tarifpolitik muß mehr Raum für eine betriebsnähere Ausgestaltung von Löhnen und anderen Arbeitsbedingungen schaffen. Der Lohnerhöhungsspielraum sollte nicht durch Tarifanhebungen voll ausgeschöpft werden, so daß sich über die Lohndrift eine situationsgerechte Lohndifferenzierung herausbilden kann. Weitere Möglichkeiten der Differenzierung sind Bandbreiten für Tariflohnerhöhungen, Optionen für betriebsspezifische Sonderregelungen in Notlagen, erfolgsabhängige Lohnkomponenten und dezentralere Lösungen etwa in bezug auf die Ausgestaltung der Arbeitszeit. Der Herausbildung betriebsnäherer Lohnformen sollte nicht dadurch entgegengewirkt werden, daß Tarifverträge von Staats wegen für allgemeinverbindlich erklärt werden.

74*. Ein wichtiger Aspekt für die Beschäftigungsentwicklung sind die institutionellen Regelungen des Arbeitsmarktes. Sie müssen die Anreize richtig setzen:

- Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik sollten auf eine möglichst schnelle Rückkehr zum normalen Arbeitsmarkt abzielen. Sie sollten deshalb tariflich deutlich abgestuft sein; die Beschäftigung in arbeitsbeschaffenden Maßnahmen sollte auch anderweitig hinreichend von normalen Arbeitsverträgen differenziert werden, etwa durch eine Ausrichtung auf eng definierte Zielgruppen, durch begrenzte Dauer der Förderung oder, falls sich eine tarifliche Absetzung in Westdeutschland als nicht realisierbar erweisen sollte, durch eine kürzere Arbeitszeit.
- Durch das Beschäftigungsförderungsgesetz von 1985 sind befristete Arbeitsverträge ohne Begründungserfordernis bis zu 18 Monaten, für Kleinbetriebe bis zu 24 Monaten, zugelassen. Allerdings läuft diese Regelung Ende 1995 aus. Sie sollte über diesen Zeitraum hinaus gelten. Zu erwägen wäre auch, einen einmaligen Anschlußvertrag (etwa mit der gleichen Laufzeit) zu ermöglichen.
- Regelungen, die dazu beitragen, die Nachfrage nach Arbeit und das Angebot von Arbeitsplätzen schneller und besser zusammenzubringen, fördern

die Beschäftigung. Mehr Wettbewerb in der Arbeitsvermittlung würde dafür sorgen, daß Informationen über Arbeitsgelegenheiten effizienter erbracht werden. Die Pläne der Bundesregierung, befristet auf zwei Jahre in zwei Regionen private Vermittler nach Genehmigung durch die Bundesanstalt für Arbeit zu erlauben, sind ein Schritt in die richtige Richtung, freilich ein zaghafter.

— Es wird allgemein akzeptiert, daß es einen Abstand zwischen dem Einkommen aus sozialer Absicherung und dem Einkommen aus Arbeit geben sollte. Wie groß der Abstand sein sollte, ist empirisch schwer zu klären. Seit Anfang der siebziger Jahre hat es wiederholt Entwicklungen in Richtung auf eine Verminderung dieses Abstandes gegeben. Nach unserer Einschätzung gilt es, wenn Fehlentwicklungen auf dem Arbeitsmarkt vermieden werden sollen, den Abstand nicht noch enger werden zu lassen, als er gegenwärtig ist.

75*. In der Öffentlichkeit wird gefordert, die in Ostdeutschland praktizierten Maßnahmen der Arbeitsbeschaffung wie etwa die „Produktive Arbeitsförderung Ost" gemäß § 249h AFG mit einer Subventionierung der Löhne durch die Bundesanstalt für Arbeit in der einen oder anderen Form auf Westdeutschland auszudehnen. Letztlich soll über die Arbeitsmarktpolitik verstärkt Nachfrage nach Arbeitskräften entfaltet und so ein zweiter Arbeitsmarkt eingerichtet werden. Werden das Tätigkeitsfeld für arbeitsbeschaffende Maßnahmen und der Kreis förderungsberechtigter Personen weit gefaßt, so rückt die Forderung nach einem zweiten Arbeitsmarkt in die Nähe einer allgemeinen Lohnsubvention. Dies wäre eine gravierende Veränderung der derzeitigen Arbeitsmarktpolitik. Der Sachverständigenrat hat Lohnsubventionen aus grundsätzlichen Erwägungen — nicht zuletzt wegen der damit verbundenen Fehlanreize — bereits für Ostdeutschland, auch unter Berücksichtigung der dortigen einmaligen Umbruchsituation, skeptisch beurteilt. Gegen allgemeine Lohnsubventionen in Westdeutschland bestehen diese Bedenken erst recht.

76*. Vor dem Hintergrund der bedrückenden Arbeitsmarktprobleme ist die Diskussion um weitere Arbeitszeitverkürzungen voll entbrannt. Wie schon vor zehn Jahren beim Streit um die 35-Stunden-Woche betrachten auch heute viele die Arbeit, die gesamtwirtschaftlich nachgefragt wird und zu leisten ist, als vorgegeben. Durch eine generelle Kürzung der Arbeitszeit, so die Vorstellung, könne die vorhandene Arbeit auf mehr Schultern verteilt, also mehr Arbeitslosen und künftigen Arbeitsuchenden Beschäftigung gegeben werden. Nach Auffassung des Sachverständigenrates ist eine generelle Reduzierung der Arbeitszeit nicht sachgerecht. Ganz gewiß ist das so, wenn pauschale Arbeitszeitverkürzungen mit vollem oder partiellem Lohnausgleich einhergehen und somit zu einem erhöhten Kostenniveau bei den Unternehmen führen. Aber selbst bei Kostenneutralität kann nicht ohne weiteres damit gerechnet werden, daß die Beschäftigung im ganzen zunimmt; die generelle Arbeitszeitverkürzung könnte auch eine Verminderung von Produktion und Einkommen, sprich eine Abflachung des Wachstumspfades gegenüber dem, wie es sonst wäre, bewirken. Dann wäre auch die Nachfrage nach Arbeitskräften geringer.

Worauf es unter dem Blickwinkel der Beschäftigungsförderung arbeitszeitpolitisch ankommt, ist, Kostensenkungen zu erleichtern. Dies kann am ehesten dann gelingen, wenn Möglichkeiten der Arbeitszeitverkürzung ausgelotet werden, die auf die Situation der einzelnen Unternehmen passen. Welche Form der Arbeitszeitverkürzung auch immer dabei angestrebt würde — es müssen bestimmte Bedingungen erfüllt sein, damit negative Wirkungen auf Beschäftigung und Wachstum vermieden werden. So dürfen dadurch keine Engpässe entstehen. Mit dringend benötigten Arbeitskräften müssen auch längere Arbeitszeiten vereinbart werden können, ohne daß es dazu umständlicher Prozeduren bedarf. Durch eine kürzere Arbeitszeit darf die Flexibilität der Betriebe, vor allem bei den Maschinenlaufzeiten, nicht beeinträchtigt werden. Anzustreben ist vielmehr eine intensivere Nutzung der betrieblichen Anlagen, wodurch Kostensenkungen ermöglicht werden. Ferner müßte die Arbeitszeitverkürzung ohne besondere Umstände rückgängig zu machen sein, wenn sich die Lage der Unternehmen verbessert. Schließlich darf eine Reduzierung der Arbeitszeit in den Betrieben die Arbeitskosten nicht erhöhen, sie müßte grundsätzlich ohne Lohnausgleich auskommen. Die Frage, ob die wirtschaftliche Entwicklung Lohnerhöhungen zuläßt, die im Ergebnis doch zu einem Lohnausgleich führen, ist unabhängig von der Arbeitszeitverkürzung zu klären. Auch dürfen Arbeitszeitverkürzungen nicht zu erhöhten Belastungen durch Mehrarbeitszuschläge führen.

Wachstumspolitik: Auf Marktöffnung und dynamischen Wettbewerb setzen

(Ziffern 388ff.)

Zur gegenwärtigen Standortdebatte

77*. Der deutsche Investitions- und Produktionsstandort muß sich im internationalen Wettbewerb zunehmenden Herausforderungen stellen:

— Die Produktivität der deutschen Volkswirtschaft ist hoch. Gegenüber vielen Ländern, auch innerhalb der Europäischen Gemeinschaft, besteht ein Produktivitätsvorsprung, der es erlaubt, die vergleichsweise hohen Produktionskosten auszugleichen. Aber: Andere Länder schließen auf. In den Vereinigten Staaten und in Großbritannien beispielsweise ist die Ausbildung von Facharbeitern zu einer wirtschaftspolitischen Aufgabe von hohem Rang geworden; das deutsche duale Berufsausbildungssystem dient als Vorbild. Die südeuropäischen EG-Mitgliedsländer verbessern, nicht zuletzt mit finanzieller Unterstützung aus den Strukturfonds und dem durch den Maastricht-

Vertrag neu eingerichteten Kohäsionsfonds, ihre wirtschaftsnahe Infrastruktur zunehmend und stärken damit ebenfalls die Leistungsfähigkeit ihrer Volkswirtschaften.

— Die internationale Wettbewerbsfähigkeit der westdeutschen Industrie ist im ganzen gesehen stark. Auch in Phasen einer realen Höherbewertung der D-Mark hat die Exportwirtschaft ihre Weltmarktposition in der vorderen Reihe zu verteidigen vermocht, und gegenüber Importen haben sich viele Unternehmen gut behauptet. Aber: Die internationale Arbeitsteilung verändert sich unentwegt. Immer mehr Konkurrenten gelingt es, ihre Angebotspalette um Produkte mit hohem Qualitätsstandard zu erweitern und die Entwicklungszeiten für neue Produkte zu verkürzen. Selbst westdeutsche Branchen, deren Wettbewerbsstärke bis vor kurzem noch unerschütterlich schien, stehen nunmehr unter großem Druck, sich den neuen Wettbewerbsverhältnissen anpassen zu müssen. Für die Unternehmen, die vor allem standardisierte und lohnintensive Güter anbieten, verschärft sich abermals die Konkurrenz aus Niedriglohn-Ländern, zu denen neben zahlreichen Entwicklungsländern nunmehr auch die Reformstaaten in Mittel- und Osteuropa zählen.

— Direktinvestitionen deutscher Unternehmen im Ausland werden vorwiegend mit dem Ziel getätigt, bestehende Absatzmärkte für den eigenen Export zu sichern und auszubauen und neue Märkte zu erschließen. Der Zugang zu Rohstoffquellen und die Möglichkeit, Vorprodukte preisgünstig zu beziehen, sind weitere Investitionsmotive. Solche Investitionen sind komplementär zur heimischen Produktion, sie bilden eine naheliegende unternehmerische Strategie, um im europäischen Binnenmarkt die sich bietenden Chancen besser zu nutzen und die neuen aus dem Wettbewerbsdruck resultierenden Herausforderungen besser zu meistern. Diese Investitionen tragen insoweit dazu bei, die wirtschaftliche Dynamik im eigenen Land zu erhalten. Aber: Kostengesichtspunkte gewinnen bei Standortentscheidungen an Gewicht. Dies gilt für deutsche Investitionen innerhalb der Europäischen Gemeinschaft, wo vor allem Großbritannien, Irland und Spanien standortgebundene Kostenvorteile aufweisen. Darüber hinaus sind Polen, Tschechien und Ungarn potentiell attraktive Investitionsstandorte; die Arbeitskosten sind dort sehr viel niedriger als in Deutschland, deutlich niedriger auch als in den neuen Bundesländern, und andere wichtige Standortfaktoren werden günstiger eingeschätzt.

78*. Daß die deutsche Wirtschaft angesichts der bestehenden Integration in das System der internationalen Arbeitsteilung stark gefordert bleibt, ist selbstverständlich. Und daß die Unternehmen die Kraft und die Fähigkeiten haben, mit solchen Herausforderungen fertig zu werden, muß man nicht grundsätzlich in Zweifel ziehen. In einer marktwirtschaftlichen Ordnung haben ohnehin die Unternehmen selbst ihren Beitrag für einen attraktiven Investitions- und Produktionsstandort zu leisten: durch Kreativität, effizientes Management, vorausschauendes Denken, Motivierung der Mitarbeiter. Die Wirtschaftspolitik muß dabei ihren Part spielen. Wichtig ist, daß die Rahmenbedingungen für das Investieren hierzulande gut sind und bleiben. Es wäre kühn, zu behaupten, sie seien rundum in Ordnung. Der Staat hat versucht, die allgemeinen Investitionsbedingungen zu verbessern, vor allem von der Unternehmensbesteuerung her, die im internationalen Standortwettbewerb eine wesentliche Rolle spielt. Aufgrund des Standortsicherungsgesetzes sollen Anfang kommenden Jahres steuerliche Standortnachteile abgebaut werden. Den Durchbruch zu einem investitionsfreundlicheren Steuersystem, für das der Sachverständigenrat aus wachstums- und beschäftigungspolitischen Gründen seit Jahren wirbt, bildet das Standortsicherungsgesetz allerdings nicht.

Bei der Bewertung des Standortsicherungsgesetzes für die allgemeinen Investitionsbedingungen muß überdies bedacht werden, daß die Steuer- und Abgabenlast im ganzen weiterhin ansteigt. War sie im früheren Bundesgebiet zwischen 1980 und 1990 noch gesunken, so ist sie mittlerweile in Gesamtdeutschland höher als jemals zuvor seit Bestehen der Bundesrepublik. Der Staat muß seine Ansprüche mittelfristig reduzieren, und zwar deutlich, soll die Leistungskraft der Volkswirtschaft dauerhaft gestärkt und nicht geschwächt werden und soll die Attraktivität des Standortes Deutschland, insbesondere Ostdeutschland, mit den Wachstumserfordernissen in Einklang stehen. In diesem Rahmen kann der Staat auch eine steuerpolitische Perspektive geben: Wird die Haushaltskonsolidierung konsequent betrieben, entsteht ab 1997 Spielraum für eine Steuerentlastung.

79*. Die Bundesregierung hat im September dieses Jahres einen Bericht zur „Zukunftssicherung des Standortes Deutschland" vorgelegt. Darin wird abermals die Notwendigkeit anerkannt, die steuerpolitischen Rahmenbedingungen für das Investieren zu verbessern, allerdings ohne dies zu präzisieren. Die Staatsquote soll gesenkt werden: bis Ende dieses Jahrzehntes auf das Niveau des Jahres 1989. Außerdem sieht die Bundesregierung angebotsorientierten Handlungsbedarf auf nahezu allen Gebieten der Wirtschaftspolitik; dem können wir nur beipflichten. Enttäuschend ist allerdings, daß zu wenig von den sehr präzisen Überlegungen und Vorschlägen Gebrauch gemacht wird, die für die einzelnen Politikbereiche seit Jahren in der Diskussion sind. Um so wichtiger ist es, daß schnell mit angebotsfördernden Handlungen begonnen wird. Zweckmäßig erscheint es, daß die Bundesregierung dafür ihre Vorstellungen konkretisiert, einen glaubwürdigen Fahrplan mit eindeutigen Schritten zu deren Verwirklichung aufstellt und der Öffentlichkeit mitteilt und daß sie sich damit unter Handlungszwang setzt.

Für einen weiteren Abbau marktwidriger Regulierungen

80*. Zu den besonders wichtigen Rahmenbedingungen im Hinblick auf die Sicherung von wirtschaftlicher Dynamik und hoher Standortqualität gehört der freie Marktzugang. Wer sich wirtschaftlich betätigen, den technischen Fortschritt nutzen, Erwerbs- und Beschäftigungschancen wahrnehmen will, darf nicht

durch überzogene Vorschriften und Auflagen daran gehindert werden. Das Deregulierungspotential ist noch beträchtlich; es sollte zielstrebig genutzt werden. Zum einen muß das von der Bundesregierung Mitte 1992 beschlossene Deregulierungsprogramm zügig umgesetzt werden. Soweit Gesetzgebungsverfahren notwendig sind, sollten sie rascher eingeleitet werden, als es jetzt noch vorgesehen ist. Zum anderen gehören alle weiteren speziellen Marktregulierungen, wirklich alle, auf den Prüfstand. Sie sind abzubauen, wenn sie den Wettbewerb beschränken und die Marktdynamik beschneiden. Sie sind dann, aber nur dann, in der bisherigen oder einer abgewandelten Form fortzuführen, wenn ein wirklich immanentes Marktversagen oder Wettbewerbsversagen zu korrigieren ist.

Die Politik muß die Kraft aufbringen, begründete Deregulierungsmaßnahmen gegenüber den Partikularinteressen durchzusetzen. Den Bürgern muß und kann klargemacht werden, daß die meisten von ihnen Nutznießer eines Abbaus überkommener und marktwidriger Regulierungen wären; sie werden dieser Politik dann auch zustimmen.

81*. In der Vergangenheit hat die Bundesregierung wiederholt Anläufe unternommen, um den Strommarkt langsam zu öffnen. Die Wettbewerbsbedingungen wurden freilich nicht grundlegend verbessert. In anderen Industrieländern, beispielsweise in Großbritannien, in den Niederlanden, in Norwegen und in den Vereinigten Staaten, hat bereits mehr Deregulierung stattgefunden. Die Kommission der Europäischen Gemeinschaften drängt darauf, daß auch in der Elektrizitätswirtschaft der Binnenmarkt verwirklicht wird, wozu ausländischen Stromanbietern Durchleitungsrechte in den Hochspannungsnetzen der einzelnen Mitgliedsländer, zunächst für Großabnehmer, eingeräumt werden sollen. Die Frage nach einer Deregulierung in der Stromwirtschaft ist daher hochaktuell geworden. Sie muß rechtzeitig von der Wirtschaftspolitik angegangen werden, damit für jeden, der neue Kraftwerkskapazitäten, möglicherweise unter Einsatz neuer Technologien, aufbauen will, die künftigen Rahmenbedingungen klar sind.

Eine Öffnung des Marktes für Stromversorgung kann auf verschiedenen Wegen bewerkstelligt werden, wie auch Erfahrungen aus dem Ausland zeigen. Im Mittelpunkt der öffentlichen Diskussion stehen zwei Modelle: die Gewährung individueller und spezifischer Durchleitungsrechte und die Schaffung eines Großhandelsmarktes (Pool) für Strom. In beiden Modellen werden die Verfügungsrechte der Eigentümer der Stromübertragungsnetze tangiert, werden die Netznutzungsrechte neu geregelt. Im einen Fall wird die vertikale Integration zwischen den einzelnen Stufen beibehalten, im anderen wird sie aufgehoben. Die Modelle unterscheiden sich in der praktischen Ausgestaltung und vor allem hinsichtlich der Wettbewerbsintensität, die erzielt werden kann, und damit letztlich hinsichtlich des Ausmaßes, in dem sich Stromkosten sparen lassen.

Ein energisches Vorgehen der Bundesregierung gegen die Phalanx wettbewerbsfeindlicher Partikularinteressen dürfte auf alle Fälle notwendig sein. Bei den laufenden Beratungen in der Europäischen Gemeinschaft über eine Liberalisierung der Stromwirtschaft darf die Bundesregierung sich von den Anhängern der bestehenden Regulierungen nicht beirren lassen, sondern sie sollte sich konstruktiv an der Schaffung eines neuen Ordnungsrahmens beteiligen, bei dem der Wettbewerb um ein preiswürdiges Stromangebot intensiviert wird, bei Gewährleistung von Sicherheit und Umweltverträglichkeit in der Versorgung. Dabei sollte in die konzeptionellen Reformüberlegungen auch das Pool-Modell einbezogen werden.

Privatisierungspotentiale entschlossener nutzen

82*. Eine Wirtschaftspolitik, die um den schärfer werdenden internationalen Standortwettbewerb wissend wachstumspolitische Vorsorge betreibt, muß immer wieder prüfen, ob und inwieweit der Staat unternehmerisch tätig sein und anstelle von privaten Anbietern oder neben diesen bestimmte Güter produzieren und bereitstellen soll.

Das größte Privatisierungspotential haben die Länder und Gemeinden. In Westdeutschland haben sie sich bislang, anders als der Bund, beim Aufspüren von Privatisierungsmöglichkeiten und deren Nutzung sehr zurückgehalten. Hier ist mehr zu tun, nichts darf von vornherein tabuisiert werden, weder beim gewerblichen Beteiligungsbesitz, noch im öffentlichen Personennahverkehr oder in den vielen anderen Leistungsbereichen der Kommunen. Das gilt auch für Ostdeutschland in dem Maße, wie dort Länder und Gemeinden nach westdeutschem Vorbild Aufgaben an sich ziehen wollen oder es schon getan haben, die eigentlich von Privaten erfüllt werden können.

83*. Die Bundesregierung plant jetzt eine zweite Poststrukturreform. Sie hat in ihrem Standortbericht angekündigt, daß die Telekom privatisiert werden soll. Sorgen, daß die geplante zweite Poststrukturreform zu kurz greift, sind nicht unbegründet, weil eine Holding vorgesehen ist, die über die Verwaltung der Kapitalanteile des Bundes an den Aktiengesellschaften hinaus operative Aufgaben übernehmen soll, und weil der Bund bei der Telekom für die Dauer von mindestens fünf Jahren Mehrheitseigner bleibt. Damit könnte sich die Telekom auch künftig politischen Einwirkungen ausgesetzt sehen, die mit privatwirtschaftlichen Zielen kollidieren.

Die Bundesregierung sollte alles tun, um das Privatisierungsziel auf eine sachgerechte Weise zu verwirklichen. Wenn die Politik auf einer öffentlichrechtlichen Holding als Dach über den drei Postunternehmen besteht, müssen deren Funktionen auf die Beteiligungsverwaltung begrenzt werden. Der Gesetzgeber sollte schon jetzt klar machen, daß der staatliche Mehrheitsbesitz nach fünf Jahren tatsächlich aufgegeben wird und dies nicht von den dann bestehenden politischen Mehrheiten abhängt. Potentielle Anleger erhielten damit ein eindeutiges Signal. Die Privatisierung der Telekom ist mit einer umfassenden Öffnung des Marktes für Telekommunikationsdienste zu verbinden. Wettbewerb soll die Regel sein, ein Monopol die zu begründende Ausnahme. Es hat sich als zweckmäßig erwiesen, für den konkurrieren-

den Telefondienst und für die Zulassung konkurrierender Netzträger eine staatliche Lizenzierung vorzusehen, um wesentlichen Anforderungen Rechnung zu tragen. Privatisierung und Marktöffnung sollen mit der Erfüllung von politisch erwünschten infrastrukturellen Leistungen vereinbar sein. Die Infrastrukturaufgabe kann auf dem Lizenzwege präzisiert werden, eine Verankerung dieser Aufgabe im Grundgesetz ist nicht nur überflüssig, sondern auch kontraproduktiv.

Mehr Effizienz in der Strukturpolitik

84*. Die Qualität des Standorts Deutschland wird mit davon abhängen, wie die Wirtschaft den wachstumsnotwendigen Strukturwandel bewältigt. Die Strukturpolitik kann hierbei helfen, aber nur, wenn sie auf eine Verbesserung der allgemeinen Angebotsbedingungen zielt, nicht, wenn sie konservierend wirkt. Der Staat muß mehr Robustheit gegenüber den Forderungen der vom Strukturwandel Betroffenen nach sektorspezifischen Schutzmaßnahmen (Subventionen, Importbeschränkungen) zeigen.

85*. Für den Abbau von Subventionen gab und gibt es einen großen nationalen Handlungsspielraum. Die Leitvorstellung muß sein, daß bestehende Erhaltungssubventionen zugunsten strukturschwacher Branchen oder Unternehmen über einen verbindlich vorab festgelegten Zeitraum hinweg abgebaut werden und neue Subventionen, wenn unabweisbar, nur als Anpassungssubventionen gewährt werden. Soweit noch nicht geschehen, heißt das: zeitlich befristet, mit im Zeitablauf abnehmender Dosierung und unter der Bedingung, daß die betroffenen Unternehmen eine erfolgversprechende Umstrukturierungskonzeption vorlegen und diese konsequent umsetzen und daß die Tarifvertragsparteien durch problemadäquate Abschlüsse diesen Prozeß unterstützen.

In der Außenhandelspolitik, für die die Europäische Gemeinschaft zuständig ist, mag es schwierig sein, überfällige Liberalisierungsmaßnahmen, zum Beispiel in der Landwirtschaft oder im Textilsektor, gegenüber anderen Mitgliedstaaten durchzusetzen. Dennoch bleibt es dringlich, in der Gemeinschaft auf Remedur zu drängen. Der Sachverständigenrat wiederholt sein Plädoyer, die Bundesregierung möge gemeinsam mit den anderen an einer liberalen Welthandelsordnung interessierten Mitgliedstaaten mutig darauf hinarbeiten, daß protektionistisches Unheil abgewehrt, die Uruguay-Runde erfolgreich abgeschlossen und damit der Weg für die Weiterentwicklung der multilateralen Handelsordnung frei gemacht werden.

86*. In jüngster Zeit mehren sich Forderungen nach einer Strukturpolitik, die gezielt zukunftsträchtige Hochtechnologiebereiche fördert, allen voran die Mikroelektronik und die darauf aufbauenden Anwendungen in neuen Spitzenprodukten und Produktionsverfahren. Der Staat müsse daher sein forschungs- und technologiepolitisches Instrumentarium weiterentwickeln und viel stärker als bisher zugunsten von Schlüsseltechnologien einsetzen.

Richtig ist, daß der wachstumsgerechte Strukturwandel in Richtung auf Bereiche, die forschungs- und technologieintensiv sind, vorankommen muß. Aber in erster Linie sind die Unternehmen gefordert: ihr Innovationsmanagement, ihr Mut zum Forschungsrisiko, ihre Bereitschaft, im vorwettbewerblichen Bereich auf dem Gebiet von Forschung und Entwicklung miteinander zu kooperieren, auch länderübergreifend sogenannte strategische Allianzen zu bilden. Bei einer Wettbewerbspolitik, die konsequent für offene Märkte nach innen und nach außen sorgt, ist Verlaß, daß der Druck auf die Unternehmen, Innovationspotentiale aufzubauen und in Produktion umzusetzen, stark ist.

Der Staat hat freilich auch Aufgaben unmittelbar im Bereich der Forschungs- und Technologiepolitik. Wichtig ist folgendes:

— Die Grundlagenforschung wird weiterhin gefördert, vor allem auf den Gebieten der Naturwissenschaften, des Ingenieurwesens und der Medizin, um wichtige Vorbedingungen dafür herzustellen, daß marktfähige zukunftsträchtige Innovationen stattfinden.

— Der Staat beteiligt sich finanziell am Innovationsrisiko der Unternehmen. Vorrang sollte allerdings die indirekte Förderung (zum Beispiel über Zuschüsse und Steuervergünstigungen) haben, nicht, wie seit vielen Jahren üblich, die selektive direkte Projektförderung. Jahrelange Erfahrung hat gelehrt, daß bei der direkten Projektförderung unlösbare Informations- und Prognoseprobleme auftreten und die Versuchung sehr groß ist, auch dann noch öffentliche Mittel einzusetzen, wenn ein Projekt notleidend wird.

— Der Forschungsverbund zwischen innovativen kleinen und mittleren Unternehmen auf Branchenebene wird nach dem Modell der industriellen Gemeinschaftsforschung weiterhin unterstützt. Auf diese Weise kann die zwischenbetriebliche Arbeitsteilung in der Forschung vertieft werden, was effizienzsteigernd ist; Skalenerträge und Synergieeffekte können zum Tragen kommen, was reale Kostenersparnisse bringt.

— All dies gilt in besonderem Maße für die staatliche Forschungs- und Technologiepolitik in den jungen Bundesländern. Im Bereich der universitären und außeruniversitären Grundlagenforschung haben Bundesregierung und Landesregierungen gemeinsam wichtige Voraussetzungen für den Aufbau eines leistungsfähigen Forschungssystems bereits hergestellt. Kritisch ist hingegen die Lage im Bereich der angewandten Forschung. Die meisten ostdeutschen Unternehmen haben noch nicht die finanzielle Kraft, um — auf sich allein gestellt — im Innovationswettbewerb bestehen zu können. Diese Unternehmen brauchen staatliche Hilfen, sie brauchen sie vorerst in noch stärkerem Maße und für längere Zeit als westdeutsche Unternehmen. Erfolgversprechende Ansatzpunkte sind, wie Erfahrungen in Westdeutschland zeigen, Personal- und Sachkostenzuschüsse sowie Existenzgründungsprogramme für technologieorientierte Unternehmen.

Demgegenüber wäre es bedenklich, wenn der Staat die industrielle Entwicklung im Hochtechnologiebereich gezielt mitgestalten wollte, wie es von vielen gefordert wird und wofür der Standortbericht der Bundesregierung eine Handhabe bieten könnte. Die Bedingungen, die ein staatliches Eingreifen ökonomisch rechtfertigen könnten, besonders die immer wieder behaupteten Varianten von Marktversagen, sind in der Regel nicht gegeben.

Umweltpolitik in der Bewährung

87*. Umweltgüter sind knappe Güter. Der Sachverständigenrat hält es für unabdingbar, daß den Marktteilnehmern — Produzenten und Verbrauchern — die Umweltknappheit in geeigneter Weise signalisiert wird: mit ordnungsrechtlichen Vorgaben, soweit unvermeidlich, durch Einsatz marktwirtschaftlicher Steuerungsinstrumente, wo immer möglich. Marktwirtschaftliche Steuerungsinstrumente haben den Vorteil, daß sie, richtig ausgestaltet, die externen Kosten der Umweltnutzung beim Verursacher internalisieren und damit ökonomische Anreize zu einem umweltverträglichen Wirtschaften schaffen, Umweltschutzziele also effizient und billig erreichen helfen. Die Politik hat sich dieser Einsicht nicht ganz verschlossen. Das Mißtrauen in marktwirtschaftliche Lösungen ist aber nach wie vor groß, die Neigung, umweltrechtliche Vielfalt und Perfektion mit bestmöglichem Umweltschutz gleichzusetzen, ist immer noch stark.

Angesichts der Probleme, die unlängst beim Dualen System aufgebrochen sind, fühlen sich alle jene bestärkt, die von einem marktwirtschaftlichen Kurs in der staatlichen Umweltpolitik prinzipiell nichts halten. Die Probleme mit dem Dualen System sind kein Beleg für die Untauglichkeit marktwirtschaftlicher Lösungen in der Abfallwirtschaft. Sie dokumentieren vielmehr fundamentale Konstruktionsfehler im System selbst und in den ordnungsrechtlichen Rahmenbedingungen. Sie müssen und können korrigiert werden.

Ganz anders gelagert ist die Problematik bei der Abwasserabgabe. Ursprünglich als Anreizmechanismus konzipiert, damit Unternehmen in Reinigungsanlagen investieren, ist die Abgabe im Laufe der Jahre zu einem vollzugsunterstützenden Instrument im Rahmen des gewachsenen staatlichen Wasserhaushaltsrechtes denaturiert. Störungen im Anreizmechanismus bestehen in mehrfacher Hinsicht. Bei der geplanten vierten Novellierung des Abwasserabgabengesetzes sollte die Chance für eine Kurskorrektur wahrgenommen werden, damit die ökologische Wirksamkeit dieses Lenkungsinstruments gestärkt wird.

88*. Ein permanenter Streitpunkt ist, ob und inwieweit Umweltabgaben und darüber hinaus die durch sie ausgelösten oder durch ordnungsrechtliche Vorschriften erzwungenen Ausgaben für Umweltschutzinvestitionen die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen beeinträchtigen. Eine einfache Antwort hierauf gibt es nicht. Die Politik kann aber einiges tun, damit ökologische Zielsetzungen hierzulande so verfolgt werden, daß die Rückwirkungen auf die Wirtschaft gebührend berücksichtigt sind. Drei Aspekten messen wir besonders große Bedeutung bei. Erstens: Die ordnungsrechtlich vorgeschriebenen Genehmigungsverfahren im Umweltbereich werden beschleunigt. Zweitens: Soweit Abgaben in Betracht kommen, werden sie bestmöglich nach der jeweiligen schadenverursachenden Inanspruchnahme der Umwelt bemessen. Gleichartige Fälle werden gleichbehandelt, eine Bevorzugung bestimmter Umweltnutzungen (etwa des Einsatzes von Kohle als Primärenergieträger) darf es schon wegen der ökologisch unerwünschten Substitutionseffekte nicht geben. Drittens: Bei Umweltabgaben wird die Lenkungsfunktion in den Vordergrund gestellt, nicht ein wie auch immer begründetes fiskalisches Interesse an der Erzielung von Einnahmen; für den Fiskus muß Aufkommensneutralität gelten. Damit würde die Politik glaubhaft dokumentieren, daß es ihr tatsächlich um die Verwirklichung von Umweltschutzzielen geht. Bei alledem hat weiterhin zu gelten, daß die Wirtschaft die von ihr verursachten Umweltkosten internalisieren muß. Der Umweltschutz darf nicht, so schrieb der Sachverständigenrat in seinem Jahresgutachten 1989, dem Kalkül kurzfristiger Exportchancen untergeordnet werden.

ERSTES KAPITEL

Die wirtschaftliche Lage

Teil A

Der internationale Rahmen

I. Überblick

1. Die wirtschaftliche Entwicklung in den Industrieländern blieb im Jahre 1993 deutlich hinter dem zurück, was im vergangenen Herbst allgemein erwartet worden war. Das reale Bruttoinlandsprodukt der OECD-Staaten nahm lediglich um ½ vH zu, allerdings bei deutlichen regionalen Unterschieden (Schaubild 1). So setzte sich in den Vereinigten Staaten die verhaltene Aufwärtsentwicklung fort. Auch in Großbritannien stiegen Nachfrage und Produktion weiter leicht an. In den übrigen Industrieländern Europas blieb der erhoffte Aufschwung hingegen aus. Nach einem Einbruch der Produktion zur Jahreswende lag die gesamtwirtschaftliche Erzeugung hier im Herbst in etwa auf dem Vorjahresniveau. Die meisten Länder dürften den Tiefpunkt der konjunkturellen Abwärtsentwicklung inzwischen aber erreicht haben. In Japan schließlich hielt die Konjunkturschwäche trotz fortgesetzter Bemühungen der Wirtschaftspolitik um Stimulierung der Nachfrage bis zuletzt an (Tabelle 1).

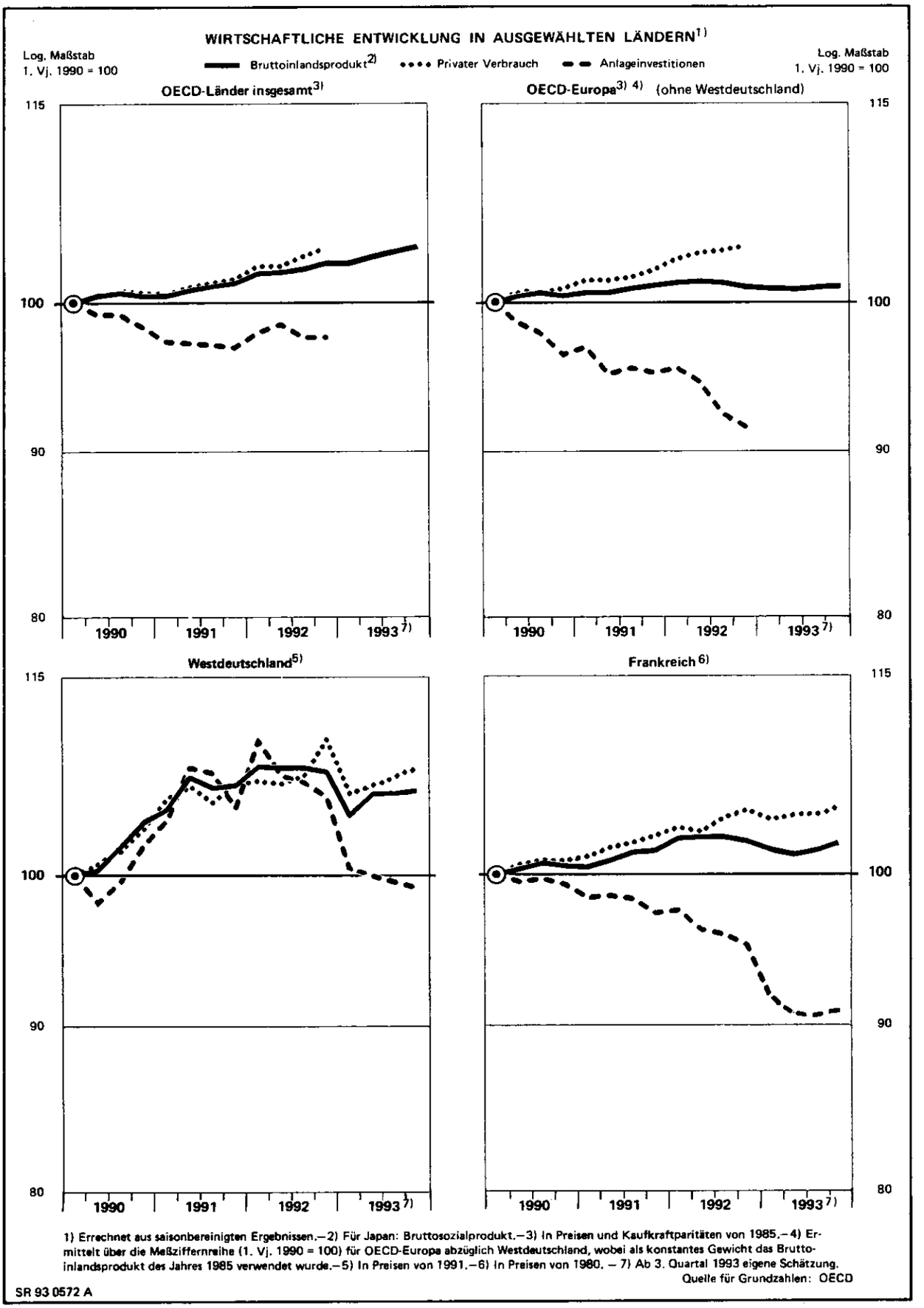
Differenziert stellt sich auch die Lage in der übrigen Welt dar. In einigen mittel- und osteuropäischen Ländern beginnen nunmehr die Früchte der marktwirtschaftlichen Reformen der letzten Jahre zu reifen, insbesondere in Polen, in Ungarn und in Tschechien. In Polen war nun schon im zweiten aufeinanderfolgenden Jahr ein leichter Produktionszuwachs zu verzeichnen. Hingegen ist in den Nachfolgestaaten der Sowjetunion ein Ende der Transformationskrise noch immer nicht in Sicht. Weiterhin steil aufwärtsgerichtet war die wirtschaftliche Entwicklung in den ost- und südostasiatischen Schwellenländern und in der Volksrepublik China. Nicht nur als Produktionsstandort, sondern auch als Absatzmarkt für Produkte aus den Industrieländern gewinnt diese Region ständig an Bedeutung. In vielen lateinamerikanischen Staaten schließlich setzte sich der mit der Einleitung von marktwirtschaftlich orientierten Reformmaßnahmen in Gang gesetzte Aufschwungsprozeß weiter fort.

2. Enttäuschend blieb vor allem die konjunkturelle Entwicklung in den kontinentaleuropäischen Ländern. Die Ursachen sind vor allem binnenwirtschaftlich bedingt. Hervorzuheben sind dabei insbesondere dämpfende wirtschaftspolitische Einflüsse. So stieß die für eine konjunkturelle Belebung wohl notwendige und angesichts der erreichten Fortschritte bei der Inflationsbekämpfung von vielen Ländern auch angestrebte Lockerung der Geldpolitik schnell an die Grenzen, die bei in Deutschland hohen Zinsen durch die Zwänge im Europäischen Währungssystem gezogen waren. Nur Großbritannien und Italien, die seit September 1992 nicht mehr am Interventionsmechanismus des Europäischen Währungssystems teilnehmen, nutzten den dadurch gegebenen Spielraum für Senkungen der kurzfristigen Zinsen; im Vergleich zum letzten Jahr haben sich die Zinsdifferenzen zu Deutschland deutlich vermindert. Die meisten anderen Notenbanken orientierten sich in ihrer Zinspolitik hingegen eng an dem von der Deutschen Bundesbank vorgegebenen Kurs und senkten dementsprechend die kurzfristigen Zinsen nur schrittweise. Doch wegen der üblichen Wirkungsverzögerung waren diese Zinssenkungen kaum geeignet, der lahmenden Nachfrage auch rasch stärkere Impulse zu geben. Mit der Anfang August vorgenommenen Ausweitung der für Wechselkursschwankungen innerhalb des Europäischen Währungssystems zulässigen Bandbreiten auf ±15 vH haben sich die Spielräume für eine stärker an binnenwirtschaftlichen Zielen orientierte Geldpolitik in den europäischen Ländern zwar vergrößert, doch blieben unkoordinierte Zinssenkungen aus Furcht vor einer stärkeren Abwertung der eigenen Währung bislang aus. Auch die langfristigen Zinsen gingen europaweit zurück; die Zinsstruktur blieb allerdings in vielen europäischen Ländern bis weit in das Jahr hinein invers.

Die Finanzpolitik hatte in den meisten Ländern nur wenig Spielraum für expansive Maßnahmen. Die öffentlichen Defizite haben — nicht zuletzt auch konjunkturbedingt — inzwischen ein solches Ausmaß erreicht, daß größere kreditfinanzierte Ausgabenprogramme nicht mehr durchführbar erschienen; die in den meisten Ländern überaus hohe Zinsbelastung der öffentlichen Haushalte hat der Finanzpolitik kaum noch Handlungsspielraum belassen. Lediglich Großbritannien und — in freilich geringerem Maße — Frankreich haben durch eine deutlich über die zyklischen Einflüsse hinausgehende Ausweitung des Budgetdefizits die Nachfrage zu stützen versucht. Andere Länder hingegen — vornehmlich solche mit bereits außerordentlich hohen Schuldenständen, wie Italien und Belgien — haben trotz konjunktureller Schwäche ihre Konsolidierungsbemühungen sogar noch verstärkt.

Belastet wurde die konjunkturelle Entwicklung in Europa auch durch die pessimistischen Einschätzungen über die weitere wirtschaftliche Entwicklung und die künftige Wirtschaftspolitik. Insbesondere die Verunsicherung über Art und Abfolge der als notwendig erkannten Konsolidierungsschritte in den öffentlichen

Schaubild 1



1) Errechnet aus saisonbereinigten Ergebnissen.–2) Für Japan: Bruttosozialprodukt.–3) In Preisen und Kaufkraftparitäten von 1985.–4) Ermittelt über die Meßziffernreihe (1. Vj. 1990 = 100) für OECD-Europa abzüglich Westdeutschland, wobei als konstantes Gewicht das Bruttoinlandsprodukt des Jahres 1985 verwendet wurde.–5) In Preisen von 1991.–6) In Preisen von 1980. – 7) Ab 3. Quartal 1993 eigene Schätzung.

Quelle für Grundzahlen: OECD

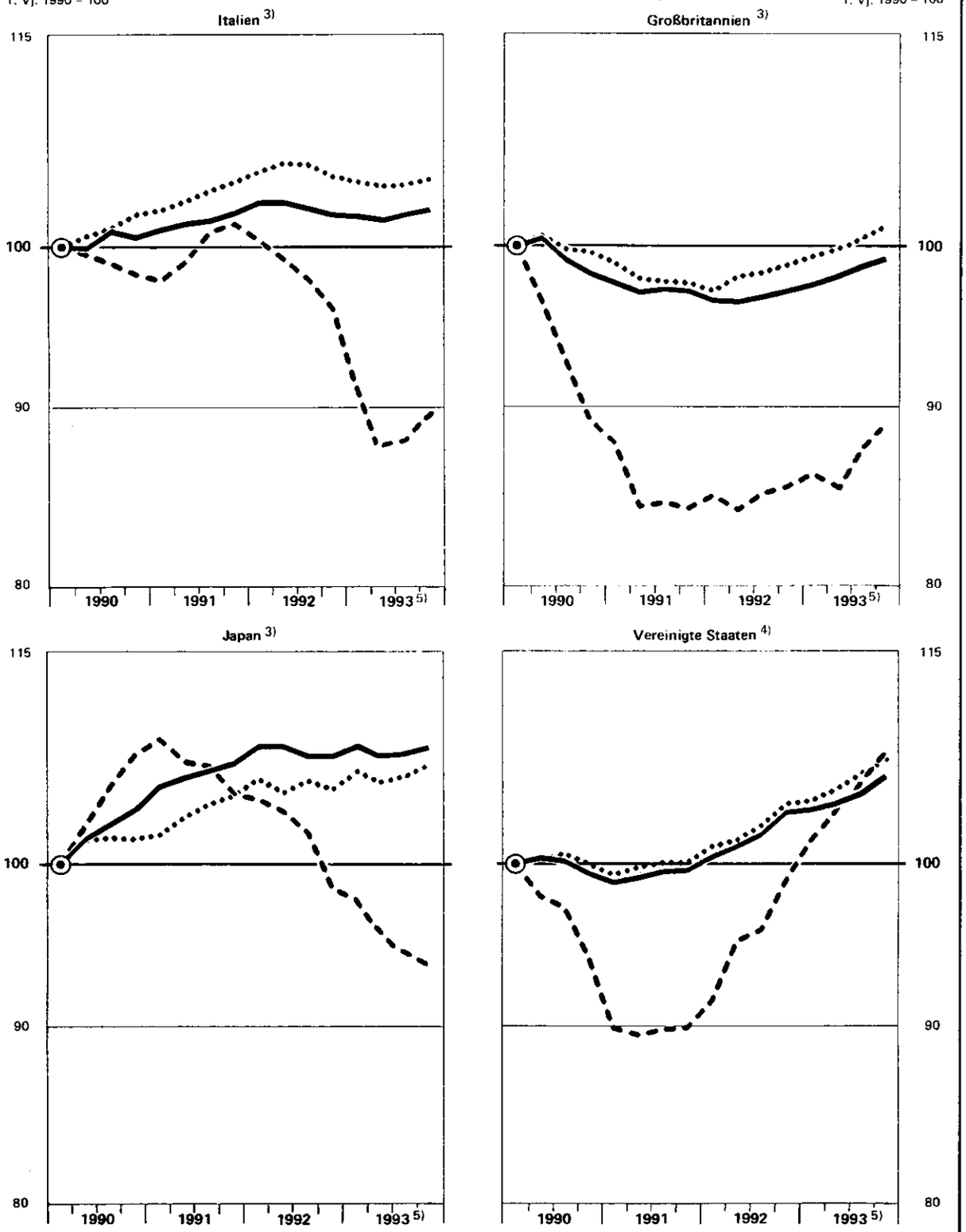
SR 93 0572 A

WIRTSCHAFTLICHE ENTWICKLUNG IN AUSGEWÄHLTEN LÄNDERN[1]

Log. Maßstab
1. Vj. 1990 = 100

Bruttoinlandsprodukt[2] · · · · Privater Verbrauch – – Anlageinvestitionen

Log. Maßstab
1. Vj. 1990 = 100



1) Errechnet aus saisonbereinigten Ergebnissen. – 2) Für Japan: Bruttosozialprodukt. – 3) In Preisen von 1985. – 4) In Preisen von 1987. – 5) Ab 3. Quartal 1993 eigene Schätzung.

Quelle für Grundzahlen: OECD

SR 93 0572 B

Tabelle 1

Wirtschaftsdaten ausgewählter Länder

Land	Bruttoinlandsprodukt [1]				Inlandsnachfrage [1] [2]				Privater Verbrauch [1]			
	1981–1991 [a]	1991	1992	1993 [18]	1981–1991 [a]	1991	1992	1993 [18]	1981–1991 [a]	1991	1992	1993 [18]
Deutschland [20]	2,5	4,5	1,6	–2	1,9	3,6	1,5	–2½	2,3	4,5	1,7	–1
Frankreich	2,2	0,7	1,4	–1	2,3	0,5	0,4	–1½	2,5	1,2	1,7	½
Großbritannien	2,1	–2,2	–0,5	2	2,6	–3,3	0,4	1	2,9	–2,2	–0,0	2
Italien	2,1	1,3	0,9	– ½	2,2	1,9	1,0	–2	2,6	2,3	1,8	–1½
Belgien	2,0	2,1	0,8	–1	1,6	1,7	1,1	–1	1,8	2,7	2,2	½
Niederlande	1,9	2,2	1,5	– ½	1,5	1,7	0,8	– ½	1,7	3,3	1,6	½
Spanien	2,9	2,3	0,8	–1	3,4	3,1	1,2	–2	2,6	3,1	2,2	–1
Schweiz	1,9	–0,0	–0,1	–1	2,1	–0,5	–3,0	–1½	1,6	1,5	–0,2	–1
Österreich	2,3	3,0	1,5	–1	2,2	3,3	2,0	0	2,4	2,4	2,2	½
Vereinigte Staaten	2,3	–0,7	2,6	2½	2,4	–1,4	2,9	3½	2,6	–0,4	2,6	3
Japan	4,1	4,0	1,3	0	4,0	2,7	0,6	½	3,5	2,2	1,7	½

Land	Erwerbstätige [3] [4]				Bruttostundenverdienste [4] [5]				Arbeitslosenquote [6]			
	1981–1991 [a]	1991	1992	1993 [18]	1981–1991 [a]	1991	1992	1993 [18]	1981–1991 [a]	1991	1992	1993 [18]
Deutschland [20]	0,7	2,0	0,6	–2	4,2	6,1	5,8	4	5,9	4,2	4,6	6
Frankreich	0,3	0,2	–0,4	–1	6,9	4,3	3,6	2½	9,3	9,4	10,3	11½
Großbritannien	0,3	–3,3	–2,3	–1	9,2	8,7	6,6	3	9,9	8,7	9,9	10½
Italien	0,5	0,9	–0,6	–2	10,7	9,8	5,1	3	9,8	9,9	10,5	10½
Belgien	0,2	0,1	–0,4	–1½	4,5	5,1	4,4	1	10,3	7,1	7,8	9
Niederlande	1,1	2,6	1,0	–1	2,8	3,6	4,4	2	9,6	7,0	6,8	8
Spanien	0,8	0,2	–1,9	–4½	11,4	8,2	7,7	6	17,8	16,0	18,1	22½
Schweiz	1,1	–0,3	–2,6	–2	4,7	7,6	5,0	3	0,7	1,3	2,5	4½
Österreich	1,1	1,7	2,1	– ½	5,1	5,2	4,9	5	4,1	5,1	5,2	5
Vereinigte Staaten	1,5	–0,9	0,6	1½	4,0	3,3	2,6	2	7,0	6,6	7,3	6½
Japan	1,3	1,9	1,1	½	3,5	3,4	2,2	1½	2,5	2,1	2,2	2½

Land	Zinssätze in Prozent p.a.								Geldmenge [4] [9]			
	kurzfristig [7]				langfristig [8]							
	1981–1991 [a]	1991	1992	1993	1981–1991 [a]	1991	1992	1993	1981–1991 [a]	1991	1992	1993
Deutschland	6,91	9,25	9,52	7,61	7,66	8,64	7,98	6,50	7,3	6,3	7,6	8,4
Frankreich	10,66	9,62	10,35	9,20	11,88	9,48	8,96	7,35	9,1	2,5	5,2	3,2
Großbritannien	11,14	10,84	8,94	5,35	10,82	9,92	9,13	8,20	14,3	5,9	3,4	3,3
Italien	14,75	12,02	14,36	11,44	14,05	11,37	11,90	10,24	10,6	9,5	4,8	6,9
Belgien	10,05	9,38	9,37	8,26	10,29	9,28	8,66	7,32	8,0	5,8	6,5	...
Niederlande	7,18	9,28	9,35	7,15	8,09	8,74	8,10	6,87	7,2	5,6	6,4	7,7
Spanien	14,74	13,23	13,34	12,51	14,10	12,43	12,17	10,77	14,4	11,3	5,2	8,7
Schweiz	5,08	7,60	7,20	4,50	4,94	6,24	6,40	4,70	5,9	2,9	2,8	4,4
Österreich	8,12	9,46	9,46	7,30	8,18	8,62	8,27	6,83	7,5	7,2	4,3	5,0
Vereinigte Staaten	9,08	5,83	3,68	3,14	9,99	8,16	7,52	6,56	7,0	1,3	0,0	0,1
Japan	6,25	7,38	4,46	3,21	6,47	6,33	5,09	4,19	8,6	2,3	–0,2	1,5

[1] In konstanten Preisen; Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH. — [2] Bruttoinlandsprodukt abzüglich Außenbeitrag. — [3] Zivile Erwerbstätige (außer Schweiz, Österreich, Japan). — [4] Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH. — [5] Industrie, Quelle: IWF; für Frankreich, Quelle: OECD. — Italien: Tarifliche Stundenlöhne. — Großbritannien, Österreich, Japan: Bruttomonatsverdienste. — [6] Von der OECD aus den nationalen Angaben standardisierte Arbeitslosenquoten: Anteil der Arbeitslosen (gemäß Definition der ILO) an den gesamten Erwerbspersonen. — Schweiz, Österreich: nicht standardisiert. — [7] Überwiegend für Dreimonatswechsel. Für 1993 Durchschnitt der Monate Januar bis September; für Italien: Januar bis August. — [8] Umlaufsrendite festverzinslicher Staatsschuldpapiere mit einer Restlaufzeit von mindestens drei Jahren. Für 1993 Durchschnitt der Monate Januar bis September. Für Belgien: Januar bis August. — [9] M2 (Geldmenge M1 plus Quasigeld) für Italien, Belgien, Österreich. M3 für Deutschland (bis 1990 Gebietsstand vor dem 3. Oktober 1990), Frankreich, Niederlande, Schweiz, Vereinigte Staaten. M2 + CD für Japan. ALP (Gesamte Zahlungsmittelbestände) für Spanien. M4 für Großbritannien. Für 1993: 1. Halbjahr 1993 gegenüber 1. Halbjahr 1992 in vH (Endstände). — [10] Japan: Einschließlich Nichtwohnbauten. — [11] Waren und Dienstleistungen. — [12] Verarbeitendes Gewerbe.

Tabelle 1

Wirtschaftsdaten ausgewählter Länder

Ausrüstungsinvestitionen [1] [10]				Ausfuhr [1] [11]				Einfuhr [1] [11]				Land
1981–1991 [a]	1991	1992	1993 [18]	1981–1991 [a]	1991	1992	1993 [18]	1981–1991 [a]	1991	1992	1993 [18]	
4,0	9,1	-3,9	-15½	5,9	13,7	3,7	-8½	4,3	12,1	3,9	-10½	Deutschland [20]
3,0	- 3,6	-5,0	- 8½	3,9	3,9	7,0	-4	4,1	2,5	3,1	- 5	Frankreich
2,9	-10,8	-3,5	2½	2,9	-0,9	2,6	6½	4,5	-5,4	5,7	3½	Großbritannien
3,0	- 0,1	-1,1	- 9	4,3	0,3	5,0	7½	4,5	2,9	4,6	- 2½	Italien
6,8	- 1,9	-3,4	- 8	4,8	3,1	0,8	- ½	4,1	2,7	1,2	- 0	Belgien
4,2	1,8	1,7	- 4	4,5	4,6	2,9	0	3,8	3,7	1,7	½	Niederlande
5,1	- 2,6	-1,3	- 8	5,7	6,6	6,4	7½	7,8	8,9	6,6	- 1½	Spanien
5,0	- 1,2	-9,6	- 7½	2,9	-0,7	3,4	- ½	3,3	-1,7	- 3,8	- 2½	Schweiz
2,8	3,9	-3,2	- 8	5,3	8,2	0,3	-3½	5,0	8,9	1,4	- 2	Österreich
2,6	- 3,5	6,9	10	4,9	6,4	6,4	3	6,2	-0,5	8,7	9½	Vereinigte Staaten
8,1	5,7	-4,1	- 7½	5,5	4,9	4,9	1	4,7	-4,5	- 0,0	2	Japan

Industrieproduktion [12]				Erzeuger-/ Großhandelspreise [13]				Verbraucherpreise [14]				Land
1981–1991 [a]	1991	1992	1993 [18]	1981–1991 [a]	1991	1992	1993 [19]	1981–1991 [a]	1991	1992	1993 [18]	
2,0	2,9	-1,9	-8	2,1	2,4	1,4	0,1	2,6	3,7	4,0	3½	Deutschland [20]
1,0	-0,1	-1,0	-4	4,5	-1,3	-1,6	-2,8	5,9	2,9	2,3	2	Frankreich
1,2	-2,9	-0,2	3	5,7	5,6	3,7	3,8	6,1	7,4	4,8	3½	Großbritannien
1,0	-2,1	-1,6	-1½	6,9	3,3	1,9	3,4	9,7	6,9	5,4	4½	Italien
1,7	-2,0	-0,1	-4½	2,7	-1,1	0,2	-1,3	4,3	2,7	2,4	2½	Belgien
1,6	3,9	0,2	-1½	1,7	1,8	1,2	-0,4	2,4	3,3	2,9	2	Niederlande
1,6	-0,9	-1,6	-5	6,7	1,5	1,2	1,7	9,0	6,2	6,2	5	Spanien
1,9	0,8	-0,8	-2½	1,5	0,4	0,1	0,3	3,7	5,7	4,1	3½	Schweiz
2,7	1,6	-1,1	-2	1,4	0,9	-0,3	-0,7	3,6	3,4	4,1	3½	Österreich
2,0	-1,9	2,4	4	2,4	0,3	0,5	2,1	4,8	4,3	3,3	3	Vereinigte Staaten
3,8	1,8	-5,7	-4	-0,3	1,0	-0,8	-1,3	1,9	2,5	2,0	1	Japan

Leistungsbilanz [15]				Staatsquote [16]				Staatsdefizit [17]				Land
1981–1991 [a]	1991	1992	1993 [18]	1981–1991 [a]	1991	1992	1993 [18]	1981–1991 [a]	1991	1992	1993 [18]	
(2,3)	-1,2	-0,8	-1	(47,7)	49,2	49,8	51	(- 2,1)	- 3,2	- 2,6	-3½	Deutschland
-0,7	-0,6	0,3	½	50,6	50,6	51,9	54½	- 2,2	- 2,1	- 3,9	-6	Frankreich
-0,6	-1,3	-1,4	-2	42,0	40,8	43,4	44½	- 1,9	- 2,9	- 6,3	-7	Großbritannien
-0,9	-1,8	-2,0	-1	50,4	53,9	53,7	55	-11,1	-10,2	- 9,5	-9½	Italien
0,6	2,4	2,3	1½	53,4	50,3	51,0	52	- 8,7	- 6,5	- 6,8	-7	Belgien
2,9	2,6	2,1	2	57,4	55,8	56,8	57½	- 5,5	- 2,2	- 3,5	-4½	Niederlande
-1,1	-3,2	-3,2	-2½	40,6	44,4	45,9	49½	- 4,6	- 4,9	- 4,5	-7	Spanien
4,4	4,4	6,5	7½	36,7	36,9	37,6	37½	- 0,2	- 2,1	- 2,4	-2½	Schweiz
-0,0	0,0	-0,2	0	51,0	50,5	50,9	52½	- 2,9	- 2,4	- 1,4	-2½	Österreich
-1,9	-0,1	-1,1	-1½	33,2	34,1	35,1	34½	- 2,7	- 3,4	- 4,5	-4	Vereinigte Staaten
2,3	2,2	3,2	3½	33,6	32,0	32,8	34½	- 0,4	3,0	1,3	- ½	Japan

[13] Erzeugerpreise: Belgien, Bundesrepublik Deutschland, Frankreich (intermediate industrial goods), Großbritannien, Italien, Niederlande (total output), Spanien, Vereinigte Staaten, Japan (manufactured goods); Großhandelspreise: Österreich, Schweiz. — [14] Deflator des Privaten Verbrauchs. — [15] Leistungsbilanzsaldo in Relation zum Bruttoinlands-/Bruttosozialprodukt. — [16] Staatsausgaben abzüglich empfangene Vermögensübertragungen (für die Schweiz: laufende Ausgaben plus Investitionen, für die Vereinigten Staaten: laufende Ausgaben) im Verhältnis zum Bruttoinlands-/Bruttosozialprodukt. — [17] Finanzierungssaldo (Überschuß: +; Defizit: -) der öffentlichen Haushalte (Gebietskörperschaften und Sozialversicherung) in Relation zum Bruttoinlandsprodukt. Für die Schweiz: Rechnungsabschlüsse des Bundes, der Kantone und Gemeinden in Relation zum Bruttoinlandsprodukt. — [18] Eigene Schätzung. — [19] 1. Halbjahr 1993 gegenüber 1. Halbjahr 1992. — [20] Früheres Bundesgebiet.

a) Für mehrjährigen Zeitraum: durchschnittlich jährliche Veränderung in vH (geometrisches Mittel, errechnet mit den Veränderungsraten gegenüber dem jeweiligen Vorjahr für die Jahre 1981 bis 1991); für Quoten: durchschnittlich jährliche Quote (arithmetisches Mittel).

Quellen: EG, IWF, OECD und nationale Veröffentlichungen

Haushalten erwies sich als Hemmnis für ein Wiederaufleben der wirtschaftlichen Dynamik. Einer stärkeren Erholung stand auch das ungewisse Schicksal der GATT-Verhandlungen im Rahmen der Uruguay-Runde entgegen, zumal in einigen Ländern — auch in Europa — die Neigung zu protektionistischen Eingriffen in den Handel und in den Kapitalverkehr wieder auflebte.

Zur gegenwärtigen Konjunkturschwäche in Europa trägt bei, daß die in den einzelnen Ländern auftretenden kontraktiven Entwicklungen sich in andere Länder übertragen und sich möglicherweise noch verstärken. Die Erfahrungen des Jahres 1993 zeigten einmal mehr, daß eine vornehmlich an binnenwirtschaftlichen Zielen orientierte Wirtschaftspolitik bei dem in Europa erreichten Integrationsgrad auf Schwierigkeiten stoßen kann.

3. Am deutlichsten zu spüren sind die Folgen der gegenwärtigen Nachfrageschwäche am Arbeitsmarkt; mit dem Nachlassen der konjunkturellen Dynamik ist die Beschäftigung kräftig zurückgegangen. Mittlerweile zählt die OECD in den Industrieländern mehr als 35 Millionen Personen als arbeitslos, das sind 8¼ vH aller Erwerbspersonen. Vor allem in Europa ist die Arbeitslosigkeit ein drückendes Problem, nicht zuletzt deswegen, weil damit gerechnet werden muß, daß ein großer Teil der jetzt arbeitslos gewordenen Menschen auch bei einer konjunkturellen Belebung wohl keine neue Beschäftigung wird finden können. Bereits heute sind in einigen Ländern der Europäischen Gemeinschaft beinahe zwei Drittel aller Arbeitslosen länger als ein Jahr ohne Beschäftigung, und vieles deutet darauf hin, daß die Langzeitarbeitslosigkeit weiter zunehmen wird. Angesichts dieser Perspektiven haben die Regierungen der Industrieländer angekündigt, der Arbeitsmarktpolitik wirtschaftspolitische Priorität einzuräumen.

4. Die im ganzen recht schwache Nachfragebelebung in den Industrieländern spiegelt sich auch in der Entwicklung des Welthandels wider. Im ganzen expandierte der Welthandel zwar in diesem Jahr, doch mit 3 vH war das Tempo deutlich niedriger als im Jahre 1992 (5,1 vH). Eine weiterhin kräftige Importnachfrage entfalteten die Vereinigten Staaten, die Einfuhr der europäischen Länder verharrte jedoch im großen und ganzen auf dem Niveau des Vorjahres. Expansive Impulse für den Welthandel rührten vor allem von der weiterhin zunehmenden Beteiligung der Entwicklungs- und Schwellenländer am internationalen Warenaustausch her. Insbesondere die Schwellenländer in Ost- und Südostasien und mehrere lateinamerikanische Reformländer haben im Zuge nachhaltiger Einkommenssteigerungen ihre Nachfrage nach ausländischen Produkten stark ausgeweitet; dies kam allerdings vornehmlich Anbietern aus Japan und den Vereinigten Staaten zugute, nur in geringem Maße den Exportunternehmen Westeuropas.

II. Weltwirtschaft im Zeichen konjunktureller Schwäche in Europa

Dominanz der Abschwungskräfte in Westeuropa

5. In den Ländern **Westeuropas** behielten in diesem Jahr — entgegen den vor Jahresfrist gehegten Erwartungen — die retardierenden Kräfte die Oberhand. Sie waren so stark, daß die gesamtwirtschaftliche Produktion — erstmals nach 1975 — im Jahresdurchschnitt um reichlich ½ vH (ohne Deutschland um etwas weniger als ¼ vH) zurückging. Die Investitionstätigkeit ließ nochmals nach, und noch immer scheinen sich die Absatz- und Ertragserwartungen nicht entscheidend gebessert zu haben. Anregungen aus dem Handel untereinander sowie mit Drittländern fehlten nahezu völlig. Positive Impulse vom Außenhandel erhielten nur jene Länder, deren Währungen im Zuge der europäischen Währungsturbulenzen abwerteten. Unter dem Einfluß einer schwachen Nachfrage und bei geringem internen Kostenauftrieb nahm der Preisdruck zwar weiter ab, die Spielräume nach unten scheinen aber weitgehend ausgereizt zu sein.

Etwas aufgehellt wird das trübe europäische Konjunkturbild durch die aufkommende wirtschaftliche Dynamik im Vereinigten Königreich. Dort zog die inländische Nachfrage an, erheblich stärker aber noch belebte sich — abwertungsbedingt — die ausländische Nachfrage. Doch werden deren Impulse durch die kontinentaleuropäische Rezession begrenzt. Mithin fehlt es der wirtschaftlichen Erholung noch an Robustheit. Konjunkturstützend wirkte eine auf Stimulierung von Nachfrage und Produktion abzielende Wirtschaftspolitik.

Zuletzt kamen auch in einigen kontinentaleuropäischen Ländern erste, leicht stabilisierende Kräfte seitens der Binnennachfrage zur Entfaltung. Zum Jahreswechsel sollten sich nahezu alle europäischen Länder von der Talsohle gelöst haben. Noch ist aber nicht ausgemacht, ob dies in eine schon bald einsetzende wirtschaftliche Belebung mündet oder ob die Schwäche noch weiter anhält.

6. Ursprünglich war damit gerechnet worden, daß im Rahmen zeitversetzter zyklischer Abläufe in wichtigen Industrieländern im besonderen ein vorauseilender Aufschwung in den Vereinigten Staaten die Rolle einer weltwirtschaftlichen „Konjunkturlokomotive" übernehmen könnte. Derartige Hoffnungen haben getrogen. Neben der mäßigen und unstetigen amerikanischen Aufwärtsentwicklung mag dies nicht zuletzt auch daran gelegen haben, daß — alleine gemessen an den regionalen Ausfuhranteilen der EG-Länder — den Vereinigten Staaten eine vergleichsweise nachrangige Bedeutung für die europäische Konjunktur zukommt (Tabelle 2). Im europäischen Vergleich überdurchschnittlich hoch ist mit rund 11 vH der auf die Vereinigten Staaten entfallende Exportanteil des Vereinigten Königreiches. Von daher gesehen dürften dort die Einbindung in den europäischen Konjunkturverbund schwächer und die konjunkturelle „Fremdbestimmung" durch die Vereinigten Staaten höher als anderswo in Europa sein.

Tabelle 2

Europäische Gemeinschaft:
Regionalstruktur der Ausfuhr

Anteil an der Ausfuhr in die Welt in vH [1])

	1984 bis 1986	1987 bis 1989	1990 bis 1992
Welt[2])	100	100	100
Intra-EG[3])	55,5	59,4	61,2
Extra-EG[4])	44,0	40,1	38,4
darunter:			
EFTA-Länder	10,2	10,6	9,8
Japan	1,3	1,9	2,0
Vereinigte Staaten	9,6	8,0	6,6

[1]) Berechnet als Durchschnitt des angegebenen Zeitraums in ECU.
[2]) Intra-EG, Extra-EG und Verschiedene (nicht zuordenbar).
[3]) Anteil der innergemeinschaftlichen Ausfuhr der EG-Mitgliedsländer im Verhältnis zu ihrer Ausfuhr in die gesamte Welt.
[4]) Anteil der Ausfuhr der EG-Mitgliedsländer in Nicht-EG-Staaten im Verhältnis zu ihrer Ausfuhr in die gesamte Welt.

Quelle für Grundzahlen: EG

Freilich ist der Einfluß der Vereinigten Staaten auf die wirtschaftliche Entwicklung in Europa größer, als es sich in den direkten Warenlieferungen widerspiegelt. Eine vollständige Erfassung auch der indirekten Effekte ist jedoch nur näherungsweise möglich.

Solche Sekundäreffekte können vielfältig sein. Beispielsweise induziert eine zunehmende Auslandsnachfrage auch Vorleistungsimporte, die um so höher sein werden, je mehr die heimischen Kapazitäten ausgelastet sind und je geringer die inländische Verfügbarkeit solcher Vorleistungen ist. Auch ist zu sehen, daß steigende Auslandsumsätze für sich genommen zu Einkommenszuwächsen im Exportsektor führen. Höhere inländische Einkommen wiederum regen zum einen die inländische Nachfrage an, zum anderen stimulieren sie bei gegebener Importneigung auch die Einfuhr. Ferner ist auch damit zu rechnen, daß eine Ausfuhrexpansion, sofern sie von Dauer ist, eine Belebung der inländischen Investitionstätigkeit nach sich zieht. All dies führt letztlich dazu, daß von außen kommende Impulse sich im Inneren fortpflanzen.

Des weiteren sind bei der Analyse internationaler Konjunkturzusammenhänge Änderungen von Wechselkursen und Zinsen sowie Erwartungen über deren Entwicklung einzubeziehen. Änderungen des amerikanischen Zinsniveaus bleiben aufgrund der Größe der amerikanischen Volkswirtschaft zumeist nicht ohne Auswirkungen auf das weltweite Zinsniveau und dürften deswegen je nach Richtung eher expansiv oder kontraktiv auf die konjunkturelle Entwicklung in anderen Industrieländern einwirken. Ebenso beeinflussen höhere oder niedrigere Bewertungen der amerikanischen Währung gegenüber anderen Währungen die güterwirtschaftlichen Leistungsströme. Schließlich sind auch „psychologische" Wirkungen in Rechnung zu stellen. Die Erwartung eines konjunkturellen Aufschwungs in den Vereinigten Staaten kann dazu beitragen, das Vertrauen auch der westeuropäischen Konsumenten und Investoren auf eine wieder aufwärts gerichtete Entwicklung zu stärken, und letztlich dazu führen, daß dies — gewissermaßen sich selbst erfüllend — auch eintritt.

Alles in allem umfassen die direkten Effekte aber den größten Teil des gesamten Anstoßeffektes. Jedenfalls hat selbst eine kräftigere konjunkturelle Dynamik in einem größeren Drittland wie den Vereinigten Staaten im Jahre 1993 nicht ausgereicht, fehlende Auftriebskräfte in Europa auszugleichen.

7. Hinzu kommt, daß mit der starken innereuropäischen Handelsverflechtung ohnehin eine hohe gegenseitige Konjunkturabhängigkeit angelegt ist. Der weitaus größte Teil des Warenaustausches der europäischen Länder einschließlich EFTA — zuletzt um 70 vH — entfällt inzwischen auf den innereuropäischen Handel (JG 92 Ziffer 438). Alle Länder setzen den überwiegenden Teil ihrer Ausfuhr in anderen europäischen Ländern ab; außerdem sind fast überall die Exportquoten und damit die Außenhandelsabhängigkeiten generell gestiegen. In diesem stark vernetzten europäischen Wirtschaftsraum breiten sich konjunkturelle Bewegungen rascher aus als in einem nur schwach integrierten, so daß konjunkturelle Ausschläge in anderen europäischen Ländern für die eigene wirtschaftliche Entwicklung bedeutsamer werden. Dominieren wie in diesem Jahr die Abschwungskräfte, ist es sehr wahrscheinlich, daß sich ein konjunktureller Gleichlauf einstellt; gleiches gilt für den umgekehrten Fall wirtschaftlicher Dynamik. Tatsächlich war in den kontinentaleuropäischen Ländern hinsichtlich der Richtung und — etwas schwächer ausgeprägt — auch hinsichtlich der Intensität der konjunkturellen Abwärtsbewegung ein solcher Gleichschritt zu beobachten.

8. Außerdem gilt: Je stärker eine Volkswirtschaft mit dem Ausland verflochten ist und je kleiner sie im Verhältnis zum Ausland ist, um so geringer sind die Aussichten, sich einer Übertragung negativer Konjunkturtendenzen aus dem Ausland entziehen zu können. Solche Alleingänge sind in einem rezessiven Umfeld selbst bei flexiblen Wechselkursen kaum möglich. Daher konnten auch jene europäischen Länder, deren Währungen seit letztem Herbst abgewertet haben, sich der europäischen Rezession nicht vollends entziehen. Eine Ausnahme stellt Großbritannien dar; dort traten zu der Abwertung noch eine Belebung der Binnennachfrage und eine spürbare Sogwirkung durch die amerikanische Konjunktur hinzu.

Mit entscheidend für den europäischen Konjunkturverlauf war die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland. Im besonderen spürten dies einige kleinere europäische Staaten, die, wie die Benelux-Länder, die Schweiz und Dänemark rund ein Viertel ihrer gesamten Ausfuhr hier absetzen, oder Österreich, das mit etwa 40 vH einen sogar wesentlich größeren Teil seines Exports nach Deutschland liefert. Freilich ist der Einfluß Deutschlands auf die Konjunkturlage in anderen europäischen Ländern nur schwer zu präzisieren. Nach Schätzungen der OECD dürfte ein Rückgang des westdeutschen Bruttoinlandsprodukts um einen Prozentpunkt die Zuwachsrate der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage in den übrigen europäischen Ländern jeweils um knapp 0,1 bis um etwa 0,3 Prozentpunkte vermindern, wobei der negative Effekt die kleineren Länder erheblich stärker treffen würde, als dies bei den größeren Volkswirtschaften der Fall wäre.

9. All dies scheint darauf hinzudeuten, daß in Europa der Integrationsgrad so hoch und der Konjunkturverbund so eng ist, daß selbst ein konjunkturpolitischer

Alleingang eines Landes nicht ausreichen würde, es aus dem Konjunkturverbund zu lösen. Im Lichte dessen scheint eine international koordinierte Konjunkturpolitik mehr Erfolg zu versprechen. Von verschiedenen Seiten wurde ein abgestimmtes wirtschaftspolitisches Vorgehen zur Stimulierung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage auch eingefordert. Problematisch war indes die Aufgabenverteilung: Während in der Geldpolitik bei zwar verstärkter konjunktureller Rücksichtnahme die Geldwertstabilität nach wie vor an erster Stelle stand, waren expansive fiskalische Impulse in den meisten europäischen Ländern bei ohnehin hohen Defiziten und hohen Schuldenständen kaum noch möglich. Allerdings war auch strittig, ob die Finanzpolitik überhaupt konjunkturstimulierend ausgerichtet werden sollte oder ob es nicht vielmehr geboten schien, eine glaubwürdige mittelfristige Konsolidierungsstrategie zu verfolgen. Mit letzterem ist die Vorstellung verbunden, durch die Sanierung der öffentlichen Haushalte könnten weitergehende Zinssenkungen ermöglicht und über eine Stärkung des Vertrauens von Konsumenten und Investoren positive Wachstumseffekte ausgelöst werden. Die Wirkungen der Finanzpolitik auf das wirtschaftliche Wachstum hängen nicht allein vom Defizitabbau als solchem ab, es kommt auch darauf an, ob dies auf dem Wege der Ausgabenzurückhaltung oder der Einnahmenerhöhung zustande kommt. Während sich die Staatsquote im Durchschnitt der EG-Länder seit 1990 um fast 4 Prozentpunkte erhöhte, stieg in derselben Zeit die Einnahmenquote um knapp 1,5 Prozentpunkte. Daß die Konsolidierung vielerorts zu einem guten Teil über Steuererhöhungen angegangen wird, zeigt der im nächsten Jahr zu erwartende weitere Anstieg der Einnahmenquote um rund einen Prozentpunkt; die Ausgabenquote steigt gleichfalls, wenn auch nur leicht.

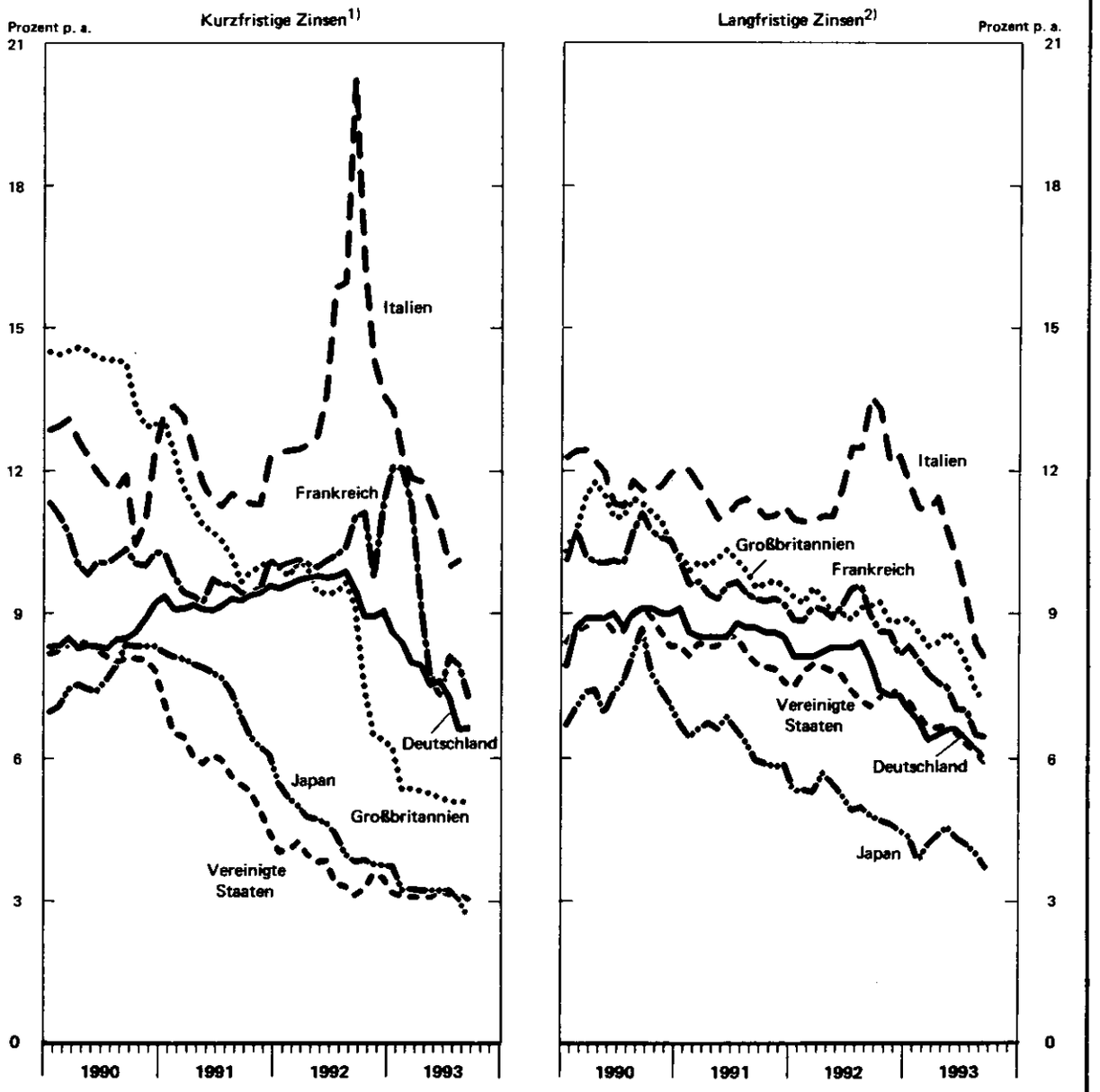
Die auf dem EG-Gipfel im Dezember 1992 in Edinburgh verabschiedete Europäische Wachstumsinitiative (Tabelle 7, Seite 55) ist weniger auf national koordinierte Politik ausgerichtet, sondern vielmehr ein Instrument gemeinsamer Politik. Sie zielt vornehmlich auf Stimulierung von Infrastrukturinvestitionen. Stärkere konjunkturelle Impulse sind angesichts ihres geringen Volumens kaum zu erwarten.

10. Der innergemeinschaftliche Handel, aber auch der Handel der EG-Länder mit Drittstaaten wurde in diesem Jahr von Verschiebungen in den Wechselkursrelationen beeinflußt. Sie begünstigten eine Nachfrageverlagerung zugunsten jener Länder, deren Währungen an Wert verloren. Der reale effektive Wechselkurs des Pfund Sterling lag im Juli noch um reichlich 11 vH unter seinem Niveau vor den Währungsturbulenzen im September 1992. Noch größere Wertverluste, ebenfalls gemessen am realen effektiven Wechselkurs, mußten im selben Zeitraum mit jeweils etwa 17 vH die Währungen Italiens und Spaniens hinnehmen. Die Abwertungen förderten die Ausfuhr, was bei zumeist real zurückgehender Einfuhr konjunkturstützend wirkte. Schwungvoll war in diesem Jahr die Exportkonjunktur in Italien, wo bei rückläufiger Einfuhr die Ausfuhr in realer Rechnung um gut 7½ vH ausgeweitet werden konnte. Ähnlich kräftig war die Exportdynamik in Spanien gewesen und nur wenig schwächer im Vereinigten Königreich, wo die Ausfuhr real um etwa 6½ vH zugenommen hat. Allerdings stand dem dort ein Anstieg des Imports von rund 3½ vH gegenüber; der spanische Import ging hingegen um etwa 1½ vH zurück. Im Gefolge der niedrigeren Bewertung der jeweiligen Währungen verschlechterten sich in den davon betroffenen Ländern die realen Austauschverhältnisse. Dabei waren die Terms of Trade-Verluste in Großbritannien (2½ vH) etwas geringer als die in Spanien und Italien (jeweils 3 vH). In Ländern, deren Währungen durch die Neubewertung der Wechselkurse im EWS an Wert gewannen, beeinträchtigte dies die Auslandsnachfrage. Besonders Frankreich konnte die Exporterfolge vergangener Jahre nicht wiederholen und mußte Ausfuhreinbußen hinnehmen. Bei schwacher Inlandsnachfrage ging die Einfuhr aber noch stärker zurück, so daß der Außenbeitrag deutlich positiv und insoweit konjunkturstützend war.

11. Daß sich die Rezession im kontinentalen Europa in diesem Jahr weiter verschärft hat, mag auch an den bis in dieses Jahr hinein anhaltend hohen Nominalzinsen gelegen haben. Der durch das Europäische Währungssystem angelegte Zinsverbund ließ insbesondere die Zinsen in der kurzen Frist dem weltweiten Abwärtstrend nur mit Verzögerung folgen (Schaubild 2). Die Geldpolitik blieb in anderen europäischen Ländern, selbst in solchen, die — wie Dänemark und Frankreich — ein vergleichsweise hohes Maß an Geldwertstabilität verzeichneten, in deutschem Schlepptau. Aufgrund der Währungsbindungen im EWS entstand in vielen Ländern eine zunehmende Spannung zwischen den Wechselkurszwängen einerseits — Konstanz der Wechselkurse erforderte hohe kurzfristige Zinsen — und den Möglichkeiten der Wirtschaftspolitik andererseits, mit niedrigeren Zinsen auf die konjunkturelle Schwäche zu reagieren. Das inzwischen abbröckelnde Zinsniveau kann allerdings nur allmählich, keinesfalls schon kurzfristig konjunkturbelebende Wirkungen entfalten.

Im europaweiten Zinssenkungstrend haben sich die Geldmarktzinsen noch mehr als die Kapitalmarktzinsen verringert. Die kurzfristigen Zinsen liegen inzwischen in nahezu allen Ländern deutlich unter dem Niveau vor den ersten Währungsturbulenzen im letzten Jahr; zwischenzeitlich wurden sie in Ländern, deren Währungen innerhalb des EWS immer wieder unter Druck kamen, allerdings kräftig erhöht. Die Zinsstruktur konnte sich in fast allen Ländern in Richtung auf eine Normalisierung hinbewegen, sie ist aber zumeist noch invers. Außer im Vereinigten Königreich galt das selbst in Ländern, deren Währungen innerhalb des EWS abgewertet wurden oder die die Wechselkursbindung aufgegeben haben. Eine vielerorts nur schleppende Ausweitung der Geldmenge deutet zusammen mit einer über längere Zeit hinweg inversen Zinsstruktur auf eine, zumindest noch in den ersten Monaten dieses Jahres, eher enge Geldpolitik in vielen europäischen Ländern hin. Unter dem Eindruck des wirtschaftlichen Abschwungs ist in letzter Zeit mit einer auf Zinssenkung bedachten Politik nahezu aller westeuropäischen Notenbanken eine expansivere und konjunkturorientiertere Ausrichtung der Geldpolitik offensichtlich geworden.

ZUR ZINSENTWICKLUNG IN AUSGEWÄHLTEN LÄNDERN



1) Überwiegend für Dreimonatsschatzwechsel und Monatsdurchschnitte. — 2) Rendite langfristiger Staatsschuldpapiere mit einer Restlaufzeit von mindestens 4 Jahren. Monatsdurchschnitte in der Regel aus täglichen Notierungen.

Quellen: Deutsche Bundesbank, OECD

SR 93 0677

Begünstigt werden könnte eine solche Politik durch die nach der Bandbreitenerweiterung im Europäischen Währungssystem größeren Zinssenkungsspielräume. Deutliche Zinsschnitte, gar nationale Alleingänge blieben aber bisher aus Furcht vor einer niedrigeren Bewertung der eigenen Währung aus. Abzuwarten bleibt, ob die großen Schwankungsmargen einige Länder nicht doch letzten Endes dazu verleiten werden, die stabilitätspolitische Disziplin hintanzustellen und den Wechselkurs als konjunkturstimulierendes Instrument zu nutzen, mittelfristig wäre ein solcher Weg jedenfalls mit hohen gesamtwirtschaftlichen Anpassungskosten verbunden. Verfehlt wäre es, wie von einigen Ländern im Anschluß an die letztjährigen Währungsturbulenzen vorübergehend praktiziert, mit Beschränkungen des Kapitalverkehrs Wechselkursbewegungen unterdrücken zu wollen.

12. Im jüngsten wirtschaftlichen Abschwung war in vielen Ländern der Spielraum der Finanzpolitik eingeschränkt, weil mittelfristig die Nettokreditaufnahme begrenzt werden muß. Die Fehlbeträge in den öffentlichen Haushalten nahmen größtenteils rezessionsbedingt zu. In Großbritannien und in Frankreich versuchte die Finanzpolitik darüber hinaus, konjunkturstimulierend zu wirken. Hohe und in einigen Ländern weiter ansteigende staatliche Budgetdefizite belasteten zwar für sich genommen die Kapitalmärkte, führten aber entgegen manchen Befürchtungen nicht zu einem Vertrauensschwund und zu anhaltend hohen, gar steigenden Zinsen. Im Gegenteil: Auch die Kapitalmarktzinsen sanken, nicht zuletzt wegen geringerer Preissteigerungserwartungen.

Angesichts hoher struktureller Defizite sind mittlerweile in vielen Ländern Konsolidierungsbemühungen eingeleitet worden, die primär eine Erhöhung von Steuern und Abgaben, in geringerem Maße auch Ausgabenkürzungen vorsehen. Nach und nach dürfte somit die Finanzpolitik restriktiv zu wirken beginnen.

13. Merklich fühlbar wurden in Europa auch zyklische Faktoren. Der bis weit ins Jahr hinein fortgesetzte Abbau von Lagerbeständen trug mit dazu bei, daß die Produktion eingeschränkt wurde. Daneben sahen sich viele Unternehmen zu einem verringerten Aufbau von Produktionskapazitäten veranlaßt. Die Ausrüstungsinvestitionen lagen im Durchschnitt der europäischen Länder um rund 7½ vH unter dem Niveau des Vorjahres; sie haben zuletzt aber nicht mehr so stark wie zu Jahresbeginn abgenommen. Widerstandsfähiger waren die Bauinvestitionen, aber auch sie verminderten sich. Wesentlicher Grund für die langanhaltende Investitionszurückhaltung war, daß die in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre aufgebauten Produktionskapazitäten in den letzten Jahren auf eine wenig dynamische inländische und ausländische Nachfrage trafen, so daß die Kapazitätsauslastung — und mit ihr die Investitionsneigung — deutlich zurückging.

14. Von den Ertragsbedingungen her gesehen — ein grobes Maß dafür ist die Sachkapitalrentabilität — war indes das Investitionsumfeld in Europa im Vergleich zu früheren Abschwungsphasen verhältnismäßig günstig. Die Sachkapitalrentabilität ist im Laufe der Rezession zwar leicht zurückgegangen, liegt aber auf einem deutlich höheren Niveau als in früheren konjunkturellen Schwächephasen (Schaubild 3). Gegenwärtig liegen die langfristigen Realzinsen in den großen europäischen Ländern zwar über dem Niveau in vergangenen Rezessionsphasen, relevant für investive Engagements sind aber außerdem die Preise für Investitionsgüter, steuerliche Faktoren, Abschreibungssätze, Investitionszuschüsse und ähnliches. Zudem erleichtern die seit geraumer Zeit, außer in Großbritannien, rückläufigen Realzinsen nicht nur die Finanzierung von Sachkapitalinvestitionen, sie verbessern zugleich deren Rentabilität; alternative Finanzanlagen werden weniger attraktiv. Eine vorerst noch günstige Entwicklung bei den Einfuhrpreisen, vor allem jedoch moderate Nominallohnsteigerungen werden ebenfalls für eine allmählich wieder ansteigende Rentabilität sorgen. Der Anstieg der Einkommen je Industriebeschäftigten lag in diesem Jahr europaweit bei reichlich 4½ vH (im Vorjahr 6,8 vH), niedriger waren die Zuwächse unter anderem in Frankreich, dem Vereinigten Königreich und gerade noch in Italien. Die geringeren Lohnsteigerungen reichten aber zumeist nicht aus, die Abschwächung des Produktivitätsanstiegs auszugleichen. Hingegen sind im Vereinigten Königreich die Lohnstückkosten im Verarbeitenden Gewerbe dank kräftiger Produktivitätsverbesserungen jahresdurchschnittlich um rund 3 vH gesunken. Für Westeuropa insgesamt beläuft sich der Anstieg der Lohnstückkosten nach reichlich 4 vH im Vorjahr nun auf rund 3 vH.

15. Ähnlich der Diskussion um Standortstärke und Standortschwäche der deutschen Volkswirtschaft stellte sich auch in anderen europäischen Ländern die Frage, ob sich die jeweilige relative Wettbewerbsposition verschlechtert habe. Erfahrungsgemäß treten solche Fragen gerade in wirtschaftlichen Abschwungsphasen deutlicher als sonst zutage. Sie eindeutig zu beantworten, fällt jedoch schwer. Zu sehr sind die Antworten vom gewählten Indikator abhängig, und zu unscharf ist trotz einer großen Palette denkbarer Indikatoren die empirische Erfaßbarkeit der internationalen Wettbewerbsfähigkeit.

Ginge es dabei alleine darum, Marktanteile zu sichern oder auszuweiten, hätten die Länder der Europäischen Gemeinschaft im großen und ganzen ihre Wettbewerbsposition gehalten: Der Anteil der EG-Ausfuhr (ohne innergemeinschaftlichen Handel) an der gesamten Weltausfuhr lag im Zeitraum von 1982 bis 1992 — von geringen Schwankungen abgesehen — stets bei rund 15 vH; lediglich im letzten Jahr ist der Anteil auf 13,6 vH zurückgegangen. Ungünstiger fiele das Urteil dann aus, wenn auf den Handel mit Spitzentechnologie-Erzeugnissen, die für die künftige internationale Wettbewerbsposition besondere Bedeutung haben, abgestellt würde. Die EG-Einfuhr von solchen Gütern hat sich in den letzten Jahren nahezu doppelt so stark ausgeweitet wie die entsprechende Ausfuhr.

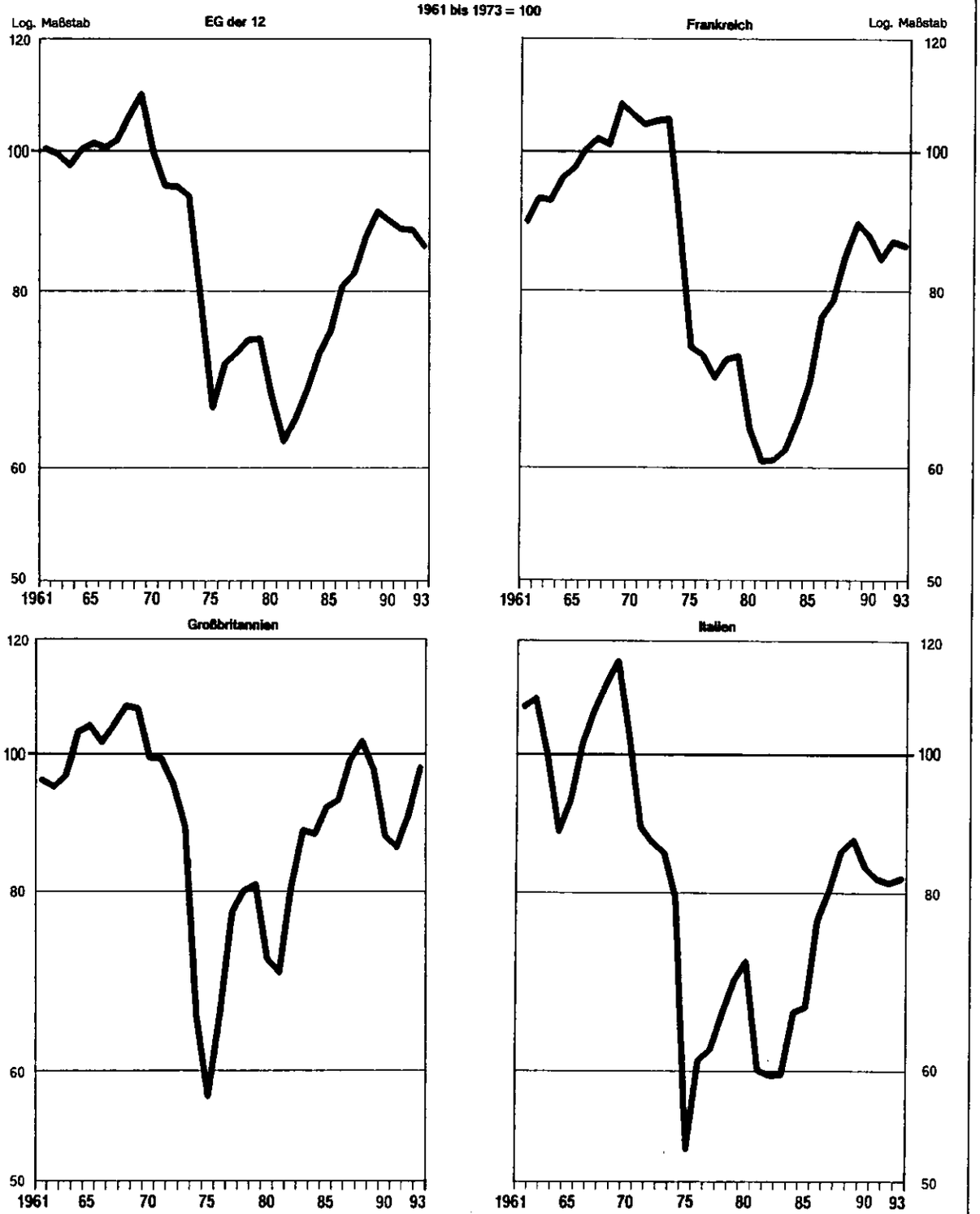
Einer der möglichen Wege, die internationale Wettbewerbsposition aufrechtzuerhalten oder sie zu stärken, bestünde darin, intensiverem Wettbewerb mehr Raum zu geben. Hierfür besteht beispielsweise auch in den Ländern der Europäischen Gemeinschaft durchaus noch ein Potential:

— Bei der Produktion von Waren und Dienstleistungen wie auch bei deren Vertrieb ist der freie Marktzugang noch nicht überall gegeben, selbst dann, wenn die ursprünglich bei ihrer Einführung angeführten Gründe von Regulierungen entfallen sind. Beispiele sind die Sektoren Energie und Telekommunikation; hier wird Wettbewerb unterdrückt, bleiben Wachstumspotentiale also unausgenutzt (Ziffern 399 ff., 408 ff.). Der Binnenmarkt ist in diesen Bereichen noch nicht verwirklicht.

— Bedenklich stimmen einige der handelspolitischen Instrumente der EG und die spezifischen, den Anpassungsdruck mindernden Bestimmungen für einige Sektoren. Gemeinschaftliche Schutzmaßnahmen in Form von Einfuhrregelungen und Exportselbstbeschränkungsabkommen mit Dritt-

RENTABILITÄT DES KAPITALSTOCKS IN DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFT UND IN AUSGEWÄHLTEN LÄNDERN [1]

1961 bis 1973 = 100



1) Nettokapitalstock der Vorperiode zuzüglich Bruttoanlageinvestitionen abzüglich Abschreibungen der jeweiligen Periode. Rentabilität des Kapitalstocks: Nettobetriebsüberschuß (Bruttoinlandsprodukt abzüglich Löhne, Unternehmereinkommen und Abschreibungen) je Einheit des Nettokapitalstocks. Zur Methode der Berechnung siehe Kommission der Europäischen Gemeinschaften "Die Rentabilität des Anlagevermögens in der Gemeinschaft" in: Europäische Wirtschaft, Beiheft A, Konjunkturtendenzen Nr. 4, April 1991.

Quelle: EG

SR 93 0591

ländern sind nach wie vor möglich. Daneben können auch die einzelnen Mitgliedstaaten ihren Import aus Drittländern mengenmäßig beschränken (Artikel 115 EWG-Vertrag). Mittlerweile sind zwar die meisten dieser Beschränkungen — vor allem Italien, Frankreich und Spanien nutzten sie — aufgehoben worden, sie können aber im „Dringlichkeitsfall" wieder eingeführt werden. Ferner hat die Außenhandelspolitik der Gemeinschaft inzwischen dazu geführt, daß für über 80 vH der EG-Agrarproduktion Marktordnungen bestehen. Die Produktion unterliegt insoweit Interventionsmechanismen, insbesondere Preisstützungsmaßnahmen. Eine Reihe von bilateralen Vereinbarungen, namentlich Höchstmengenregelungen, unterhält die Gemeinschaft darüber hinaus im Textilbereich. Dies hindert unter anderem mittel- und osteuropäische Anbieter daran, stärker in westeuropäische Märkte einzudringen.

— Dem wachstumsnotwendigen Strukturwandel stehen staatliche Beihilfen in der Regel eher im Wege, als daß sie ihm nützen. Mit einem echten europäischen Binnenmarkt, dessen Ziel auch darin liegt, die Intensität des Wettbewerbs in Europa zu verstärken, läßt sich das derzeitige Niveau an Beihilfen in den EG-Ländern nur schwer vereinbaren. Im Durchschnitt der Jahre 1988 bis 1990 hat der Beihilfeumfang rund 89 Mrd ECU betragen, das waren 2 vH im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt der zwölf EG-Staaten. Davon entfielen 40 vH auf das Verarbeitende Gewerbe, was — bei allerdings signifikanten Unterschieden zwischen den Mitgliedstaaten — einem Anteil von 3,5 vH an der Bruttowertschöpfung aller EG-Länder entsprach. Eine weitere Ausbreitung der Subventionen wäre bedenklich. Aller Erfahrung nach werden vielfach überholte Strukturen konserviert. Außerdem schüren Subventionen immer wieder Konflikte in den internationalen Handelsbeziehungen, die das Investitionskalkül belasten.

Verhaltener Aufschwung in den USA, fortgesetzte Nachfrageschwäche in Japan

16. In den **Vereinigten Staaten** hat sich der konjunkturelle Aufschwung in diesem Jahr mit verhaltenem Tempo fortgesetzt; das reale Bruttoinlandsprodukt lag im Durchschnitt des Jahres 1993 um knapp 2½ vH über dem Vorjahresniveau. Daß der Produktionszuwachs damit hinter den Erwartungen zurückblieb (JG 92 Ziffer 225), geht zu einem Teil auf Sondereinflüsse (Naturkatastrophen) im ersten Halbjahr zurück; nachfragedämpfend wirkte sich darüber hinaus auch die von der neugewählten Regierung beschleunigt vorangetriebene Reduzierung der Verteidigungsausgaben aus. Die private Investitionstätigkeit blieb hingegen weiterhin recht dynamisch; alles in allem dehnten die Unternehmen ihre realen Ausrüstungsinvestitionen in diesem Jahr um gut 10 vH aus, wobei als Investitionsmotiv vor allem die Modernisierung des Produktionsapparates durch den Einsatz neuer Informations- und Kommunikationstechnologien im Vordergrund stand. Hierin kommt das Bestreben der Unternehmen zum Ausdruck, ihre Wettbewerbsfähigkeit auf den heimischen wie auf den internationalen Märkten zu verbessern. Zusätzlich haben kräftige Gewinnsteigerungen und sinkende langfristige Zinsen die Investitionstätigkeit beflügelt. Auch die private Verbrauchsnachfrage stützte die Expansion des Bruttoinlandsprodukts; sie erhöhte sich — bei mäßig steigenden verfügbaren Realeinkommen — nochmals um rund 3 vH. Die Verschuldungsprobleme der privaten Haushalte, die die Konsumnachfrage in den letzten Jahren gedämpft hatten (JG 92 Ziffern 8 ff.), haben mit den sinkenden Zinsen an Bedeutung für das Nachfrageverhalten der Konsumenten verloren.

Mit der Belebung der heimischen Expansionskräfte hat sich auch der Import der Vereinigten Staaten kräftig ausgeweitet. Besonders Waren aus den ost- und südostasiatischen Schwellenländern und aus Kanada gewannen in den Augen amerikanischer Nachfrager an Attraktivität; das Interesse an Importwaren aus japanischer Produktion hingegen ist nicht zuletzt wegen der Yen-Aufwertung (um nominal 21 vH seit Jahresbeginn) im Jahresverlauf merklich gesunken. Da gleichzeitig die Exportnachfrage vor allem als Folge der anhaltenden Konjunkturschwäche in Europa und Japan nur mäßig zunahm, vergrößerte sich das Handelsbilanzdefizit um fast 40 Mrd Dollar auf nunmehr 130 Mrd Dollar. Bei kaum veränderten Terms of Trade haben die Vereinigten Staaten somit die konjunkturelle Entwicklung in weiten Teilen der Welt gestützt. Deutschen Anbietern kam dies allerdings nur in geringem Maße zugute; ihr Anteil an der gesamten Einfuhr der Vereinigten Staaten lag in diesem Jahr — trotz der prinzipiell günstigen Ausfuhrstruktur — leicht unter dem Vorjahresniveau.

17. In **Japan** blieb die wirtschaftliche Dynamik auch in diesem Jahr ausgesprochen schwach. Das reale Bruttosozialprodukt lag im Durchschnitt des Jahres gerechnet nicht höher als im Vorjahr. Dabei wurde die Nachfrage im wesentlichen nur durch eine konjunkturpolitisch motivierte kräftige Ausweitung der staatlichen Infrastrukturinvestitionen gestützt. Ein Großteil des im August 1992 beschlossenen Konjunkturprogramms in Höhe von 10,7 Billionen Yen (rund 100 Mrd Dollar) wurde wegen parlamentarischer Verzögerungen erst in diesem Jahr nachfragewirksam, und im April 1993 wurde ein zusätzliches Stimulierungspaket im Umfang von 13,2 Billionen Yen (rund 110 Mrd Dollar) beschlossen. Ein weiterer Nachtragshaushalt in Höhe von 6,2 Billionen Yen (etwa 52 Mrd Dollar) wurde im Spätsommer angekündigt. Im ganzen nahmen die staatlichen Ausgaben in diesem Jahr um fast 10 vH zu. Der öffentliche Haushalt, der im Jahre 1991 noch mit einem Überschuß von 3 vH in Relation zum Bruttosozialprodukt abschloß, ist nunmehr ins Defizit geraten und weist einen Fehlbetrag von 0,5 vH in Relation zum Bruttosozialprodukt auf. Darüber hinaus hat auch die Geldpolitik ihren bereits seit geraumer Zeit auf Konjunkturanregung gerichteten Kurs weiter gelockert; der Diskontsatz wurde im Jahresverlauf bis auf 1,75 % zurückgeführt.

Die private Nachfrage erholte sich demgegenüber nur schleppend und lag im Jahresdurchschnitt sogar etwas niedriger als im Vorjahr. Vor allem die Unternehmen disponierten bei den Bestellungen von Anlagegütern sehr zurückhaltend; im Vergleich zum Vorjahr wurden die realen Investitionsbudgets um 7 vH

eingeschränkt. Grund für die mangelnde Investitionsbereitschaft waren die weithin unterausgelasteten Kapazitäten in der japanischen Industrie bei gleichzeitig nur wenig aufgehellten Absatzerwartungen, nicht zuletzt auch eine Folge der kräftigen Yen-Aufwertung. Nicht zu übersehen sind freilich die Anstrengungen japanischer Unternehmen um eine nochmals effizientere Gestaltung der innerbetrieblichen Organisationsstrukturen und um eine weitere Straffung der Produktionsabläufe; dies wirkt sich auch auf den Arbeitsmarkt aus.

Die ausländische Nachfrage nach japanischen Waren und Dienstleistungen ist in diesem Jahr nicht weiter angestiegen. Dahinter verbergen sich gegenläufige Entwicklungen. Während die Ausfuhr in die übrigen ostasiatischen Staaten nicht zuletzt wegen der Lieferungen an die dort ansässigen Produktionsstätten japanischer Unternehmen nochmals kräftig zunahm, war der Export nach Westeuropa sogar rückläufig. Neben konjunkturellen Einflüssen spiegelt sich hierin auch die starke Aufwertung des Yen wider; trotz kompensatorischer Preissenkungen im Export hat sich hierdurch die preisliche Wettbewerbsfähigkeit japanischer Unternehmen auf den internationalen Märkten deutlich verschlechtert. Da gleichzeitig aber die Nachfrage nach ausländischen Waren und Diensten merklich zurückging, hat sich der Handelsbilanzüberschuß nochmals leicht erhöht; in US-Dollar gerechnet stieg der Überschuß der Handelsbilanz wegen der Aufwertung des Yen sogar kräftig an und liegt mittlerweile bei fast 150 Mrd Dollar (4 vH in Relation zum Bruttosozialprodukt). Dies hat erneut zu Irritationen in der internationalen Handelspolitik geführt.

Wirtschaftliche Dynamik in Schwellenländern und in China ungebrochen

18. Weitgehend unberührt von der Konjunkturschwäche in den Industrieländern blieben die ost- und südostasiatischen Schwellenländer. Nach einer leichten Abschwächung der wirtschaftlichen Dynamik im vergangenen Jahr nahm die Produktion in diesem Jahr wieder kräftiger zu; das zusammengefaßte Bruttoinlandsprodukt der sechs Schwellenländer (Hongkong, Taiwan, Südkorea, Singapur, Malaysia und Thailand) dürfte um gut 6 vH gestiegen sein. Hierzu hat vor allem die wieder stärker zunehmende Nachfrage aus den Vereinigten Staaten beigetragen, bedingt zum einen durch die allmähliche Verbesserung der Wirtschaftslage dort, zum anderen durch die Aufwertung des japanischen Yen, die einer Nachfrageumlenkung zugunsten der Schwellenländer Vorschub geleistet hat. Gleichzeitig hat auch die Importnachfrage der Schwellenländer selbst kräftig zugenommen, nicht zuletzt wegen der Attraktivität dieser Länder als Investitionsstandort. Auch eine Tendenz zu verstärktem interregionalen Warenaustausch schlägt sich hierin nieder.

19. Die kräftige Importnachfrage aus den Schwellenländern kam deutschen Anbietern in der Vergangenheit nur in eingeschränktem Maße zugute, denn die Warenexporte Deutschlands in diese Länder machen alles in allem nur 3,3 vH der deutschen Gesamtausfuhr aus. Weit stärker begünstigt wurde hingegen Japan, zum einen wegen der räumlichen Nähe zu diesen besonders stark wachsenden Märkten, zum anderen aber auch wegen besonderer Anstrengungen der dort ansässigen Unternehmen um die Erschließung neuer Absatzpotentiale in der Region. Manches spricht dafür, daß deutsche Unternehmen diese Märkte in der Vergangenheit nicht genügend berücksichtigt haben.

Die Schwellenländer sind aber nicht allein als potentielle Absatzmärkte von Bedeutung; in zunehmendem Maße müssen deutsche Unternehmen im Inland wie auch auf Drittlandsmärkten mit Konkurrenz von Anbietern aus diesen Ländern rechnen. Ihr Anteil am gesamten Welthandel hat sich von 1981 bis 1992 von 5,6 vH auf 11,4 vH erhöht. Die Angebotspalette von Anbietern aus den Schwellenländern umfaßt mittlerweile nicht mehr allein arbeitsintensive Produkte mit geringem Technologiegehalt, sondern mehr und mehr auch kapital- und humankapitalintensive Güter. Vor allem in der elektrotechnischen Industrie, zunehmend aber auch in Teilbereichen des Maschinenbaus und des Fahrzeugbaus macht sich die zunehmende Konkurrenz aus diesen Ländern bemerkbar. Hierin spiegelt sich auch die Verlagerung von Produktionen aus den Industriestaaten in die Schwellenländer, was nicht zuletzt auch durch eine im Zuge der Industrialisierung fortschreitende Verschiebung der komparativen Vorteile zugunsten dieser Standorte bedingt ist. Im Lichte der derzeit in Deutschland geführten Standortdiskussion gibt dies zu besonderer Aufmerksamkeit Anlaß (Ziffer 255).

20. Noch kräftiger als in diesen Schwellenländern war die Nachfrageexpansion in der Volksrepublik China. Hier dürfte das Bruttosozialprodukt in diesem Jahr um etwa 12 vH zugenommen haben; zunehmende Überhitzungserscheinungen in einigen Regionen und wachsende Ungleichheiten in der regionalen Einkommensverteilung haben die chinesische Regierung allerdings dazu veranlaßt, nachfragedämpfende Maßnahmen einzuleiten. Die Importnachfrage stieg von niedrigem Niveau aus um knapp 20 vH; deutsche Anbieter konnten dabei ihren Marktanteil (4,4 vH im Jahre 1992) weiter ausbauen. Entscheidender Grund für die wirtschaftliche Dynamik ist das weiterhin kräftig steigende Engagement ausländischer Firmen in den zahlreichen Sonderwirtschaftszonen, die in den vergangenen Jahren eingerichtet worden sind, vor allem in den südlichen Provinzen Guangdong, Fujian und Hainan. Allein in den ersten sechs Monaten dieses Jahres haben ausländische Unternehmen Investitionsabkommen im Wert von 58,7 Mrd Dollar abgeschlossen, dreimal mehr als in der gleichen Vorjahresperiode. Vorteilhaft erscheint der Standort China dabei nicht allein wegen der sich bietenden Absatzchancen auf dem chinesischen Markt und in den umliegenden Ländern, sondern auch wegen niedrigerer Lohnkosten, steuerlicher Investitionsanreize und des weitgehenden Verzichts auf die sonst üblichen staatlichen Regulierungen in den als Sonderwirtschaftszonen ausgewiesenen Regionen. Auch deutsche Unternehmen haben in den letzten Jahren in zunehmendem Maße Produktionsanlagen in China errichtet; die deutschen Direktinvestitionen in China erhöhten sich von 5 Mio DM im Jahre 1990 auf 170 Mio DM im Jahre 1992.

III. Bedrückende Arbeitsmarktprobleme in den Industrieländern

21. Die unbefriedigende gesamtwirtschaftliche Entwicklung in den Industrieländern erfaßte auch deren Arbeitsmärkte (Schaubild 4). Bei insgesamt rückläufiger Beschäftigung auf der einen und steigendem Arbeitskräfteangebot auf der anderen Seite stieg die Arbeitslosigkeit weiter an. In den OECD-Ländern insgesamt wurden jahresdurchschnittlich etwa 35 Millionen Arbeitslose (im Vorjahr 32,5 Millionen) ermittelt, was einer (standardisierten) Arbeitslosenquote von 8¼ vH (im Vorjahr 7,8 vH) entspricht.

Unter den großen Industrieländern konnten nur die Vereinigten Staaten eine Verbesserung der Arbeitsmarktlage verzeichnen, doch blieb die Beschäftigungsdynamik auch hier bislang schwächer als in früheren Aufschwungsphasen. Die ausgewiesene Arbeitslosigkeit in den USA hat sich daher bislang nur wenig verringert; die Arbeitslosenquote lag zuletzt bei 6,7 vH, nach 7,6 vH ein Jahr zuvor. Betroffen von Arbeitslosigkeit waren dabei vor allem Jugendliche. Auch in Japan, wo bis vor kurzem noch Vollbeschäftigung herrschte, hat sich die Arbeitsmarktsituation im Zuge der Konjunkturschwäche spürbar verschlechtert. Zwar sind auch weiterhin nur etwa 2,5 vH der Erwerbspersonen als arbeitslos registriert; die Beschäftigungsexpansion hat sich jedoch stark abgeflacht, und erstmals seit langem gibt es jetzt wieder mehr Bewerber als offene Stellen.

22. In Westeuropa, wo nun schon seit zwei Jahren Beschäftigung abgebaut wird, waren mit durchschnittlich 22 Millionen registrierten Arbeitslosen — dies sind nahezu 11 vH (im Vorjahr 9,5 vH) aller Erwerbspersonen — 3 Millionen Personen mehr als im letzten Jahr arbeitslos. In der industrialisierten Welt ist folglich Europa diejenige Region, in der sich die Arbeitsmarktprobleme am stärksten verschärft haben. Freilich verdeckt diese Durchschnittsbetrachtung die auf den Arbeitsmärkten bestehenden Unterschiede zwischen den einzelnen Ländern. Dies gilt gleichermaßen für die Beschäftigungsentwicklung wie auch für die Höhe und die Veränderung der Arbeitslosigkeit. Einen äußerst starken, mit einer scharfen Rezession einhergehenden Beschäftigungseinbruch hat es in den letzten drei Jahren in Finnland und Schweden gegeben. Seit 1992 wurde auch in den größeren europäischen Ländern Beschäftigung abgebaut, am stärksten dabei im Vereinigten Königreich, wo sie schon ein Jahr zuvor rückläufig war. Fand dort der Beschäftigungsrückgang inzwischen ein Ende, wird er in vielen anderen europäischen Ländern auch im nächsten Jahr, wenngleich in vermindertem Tempo, anhalten.

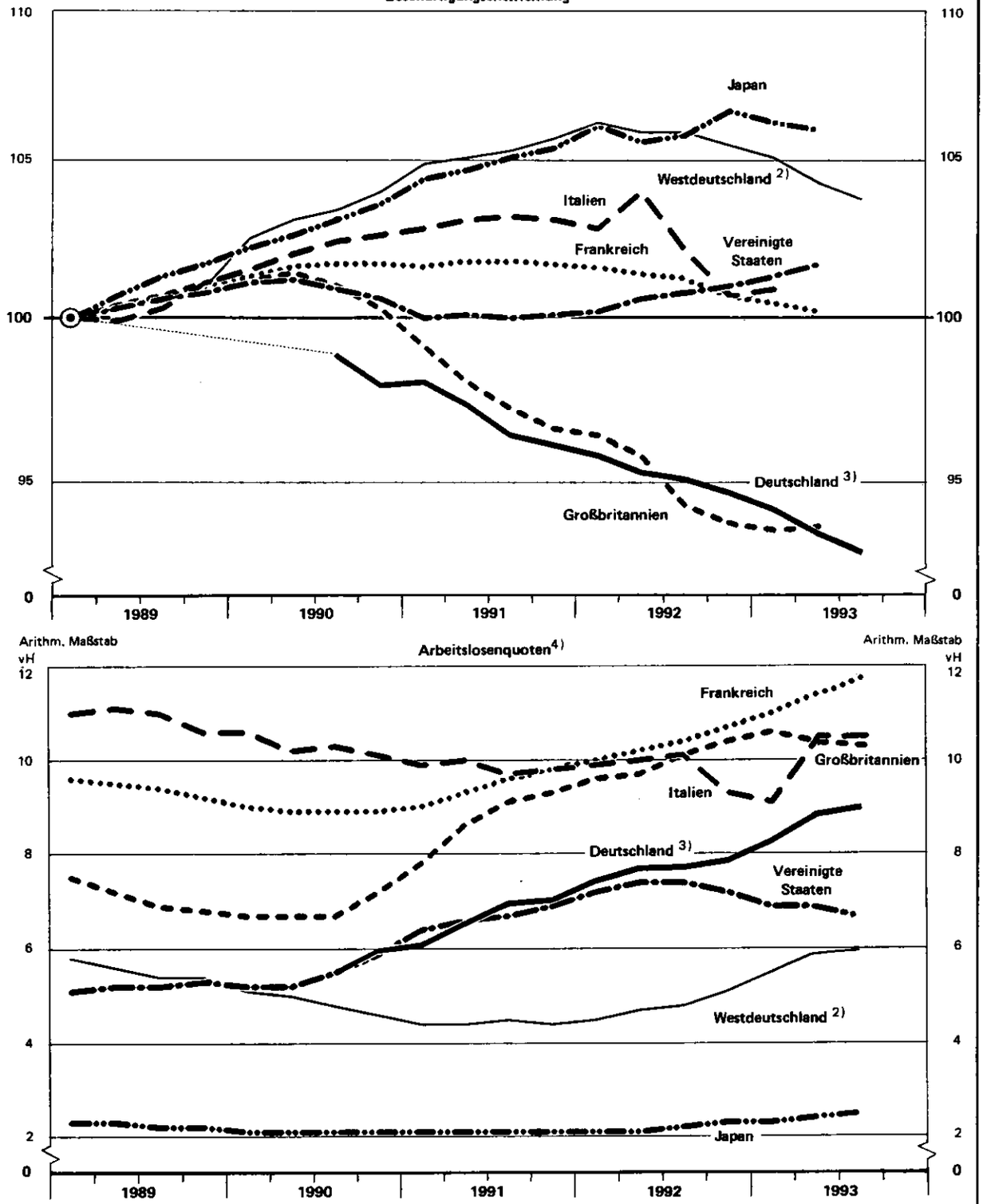
Beträchtlich sind nach wie vor die Unterschiede im Niveau der Arbeitslosigkeit. Eine von Land zu Land unterschiedliche Entwicklung der Beschäftigung als auch Unterschiede im Bevölkerungswachstum und im Erwerbsverhalten finden darin ihren Niederschlag. Am niedrigsten ist die Arbeitslosenquote in Luxemburg (2 vH), in der Schweiz ist die Arbeitslosigkeit binnen dreier Jahre von 1,1 vH auf 4½ vH in diesem Jahr gestiegen. Am oberen Ende liegen Irland (17½ vH) und Spanien (22½ vH).

23. Eines der bedrückendsten Stukturprobleme auf dem europäischen Arbeitsmarkt ist die Langzeitarbeitslosigkeit. In der Europäischen Gemeinschaft sind rund 40 vH aller registrierten Arbeitslosen davon betroffen. In manchen Ländern wie in Belgien, Irland und Italien sind schon rund zwei Drittel aller registrierten Arbeitslosen länger als ein Jahr ohne Beschäftigung, in Spanien ist es gut die Hälfte. Nach der längeren konjunkturellen Schwächephase in Europa droht gar ein weiterer Anstieg der Langzeitarbeitslosigkeit. Allen bisherigen Erfahrungen zufolge geht zum einen die Anzahl der Langzeitarbeitslosen nur mit gewisser zeitlicher Verzögerung und auch nicht in dem Maße zurück, wie die Arbeitslosenquote sinkt, zum anderen kann — wie die Entwicklung in einigen europäischen Ländern lehrt — nicht davon ausgegangen werden, daß der Anteil der Langzeitarbeitslosen an der Gesamtzahl der Arbeitslosen das Niveau nach dem letzten konjunkturellen Höhepunkt erreichen oder gar deutlich unterschreiten wird. Freilich verdecken solche Bestandszahlen die umfangreichen Bewegungen am Arbeitsmarkt. Zugänge in und Abgänge aus Arbeitslosigkeit unterscheiden sich in den OECD-Ländern zum Teil erheblich; die Fluktuation ist in den Vereinigten Staaten deutlich stärker als in Europa. Die hier wie dort im letzten Jahrzehnt relativ geringen Abgänge aus Arbeitslosigkeit erhöhten für sich genommen die durchschnittliche Dauer der Arbeitslosigkeit. Schließlich zeigen Untersuchungen der OECD, daß sich unter den Langzeitarbeitslosen in der Regel überproportional viele Personen mit niedrigem Ausbildungsniveau befinden.

Ein weiteres bedrückendes Strukturproblem ist die in vielen europäischen Ländern überdurchschnittlich hohe Arbeitslosigkeit junger Arbeitnehmer. Der Anteil der unter 25jährigen Arbeitslosen an den bis 25jährigen Arbeitskräften lag im Spätsommer dieses Jahres in Spanien über 36 vH, in Italien bei 28 vH und in Frankreich bei rund 23 vH. Während die gruppenspezifische Quote im Vereinigten Königreich (15 vH) schon unterhalb der durchschnittlichen Quote aller EG-Länder liegt — sie belief sich in den Sommermonaten dieses Jahres auf 19 vH —, war die Jugendarbeitslosigkeit in den Niederlanden und in Dänemark (mit jeweils 12 vH) deutlich geringer. Erst recht gilt dies mit einer Quote von 5 vH für Deutschland.

24. Die hohe Arbeitslosigkeit und die erwähnten Strukturprobleme haben — in Deutschland wie in anderen Ländern — die Frage aufgeworfen, wie erfolgreich die bisher eingeschlagenen wirtschaftspolitischen Wege waren und wie am besten auf die unbefriedigende Arbeitsmarktlage reagiert werden kann. Einigkeit besteht darüber, daß eine Unterbeschäftigung des bestehenden Ausmaßes nicht durch verstärktes wirtschaftliches Wachstum alleine beseitigt werden kann, selbst wenn das Wachstum wieder beschäftigungswirksamer gestaltet werden könnte. Die Beschäftigungswirksamkeit des Wirtschaftswachstums war in den letzten Jahren in den einzelnen Industrieländern durchaus unterschiedlich; hierin spiegelt sich die unterschiedliche Entwicklung der Arbeitsproduktivitäten wider. Nahm während der letzten Aufschwungsphase von 1984 bis 1990 in den Ländern der Europäischen Gemeinschaft die Anzahl

BESCHÄFTIGUNGSENTWICKLUNG UND ARBEITSLOSIGKEIT IN AUSGEWÄHLTEN LÄNDERN



1) Erwerbstätige ohne Soldaten; für Japan: einschließlich Soldaten. – 2) Gebietsstand bis zum 3. Oktober 1990. – 3) Errechnet aus Angaben nationaler Stellen. Die Daten wurden näherungsweise mit den Saisonfaktoren des früheren Bundesgebietes saisonbereinigt. Für Beschäftigungsentwicklung: Erwerbstätige nach dem Inländerkonzept einschließlich Soldaten; für Arbeitslosenquoten: Anteil der Arbeitslosen an den Erwerbspersonen, nicht standardisiert. – 4) Mit Ausnahme von Deutschland die von der OECD standardisierten Arbeitslosenquoten (gemessen an den gesamten Erwerbspersonen).

Quellen: OECD, nationale Veröffentlichungen

SR 93 0570

der Beschäftigten je Prozentpunkt Zuwachs des Bruttoinlandsprodukts um 0,4 vH und in Japan um 0,3 vH zu, lag der entsprechende Wert in den Vereinigten Staaten bei 0,7 vH. Erklärbar sind solche Abweichungen in der Beschäftigungswirksamkeit unter anderem mit international divergierenden sektoralen Wachstumstrends. In den Vereinigten Staaten ist die hohe Beschäftigungswirksamkeit nicht zuletzt Folge eines größer gewordenen Anteils des Dienstleistungssektors an der Wertschöpfung mit seiner vergleichsweise geringeren Zunahme der Arbeitsproduktivität. Von Bedeutung ist ferner, daß der Arbeitseinsatz in den einzelnen Ländern unterschiedlich flexibel ist und daß die Anreize zur Substitution von Arbeit durch Kapital, und damit die Kapitalintensitäten, ebenfalls unterschiedlich sind. Je weniger Anlaß zur Substitution besteht, um so höher ist bei gegebenem Wachstum die Beschäftigung.

IV. Veränderte Schwerpunkte in der Wirtschaftspolitik

25. Mit dem zu Beginn dieses Jahres vollzogenen Regierungswechsel in den **Vereinigten Staaten** haben sich die Schwerpunkte der amerikanischen Wirtschaftspolitik verschoben. Sieht man von dem an politischen Widerständen gescheiterten Versuch einer Stimulierung der Konjunktur durch zusätzliche staatliche Ausgaben ab, so liegen die wichtigsten Ziele der neuen Administration in der Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der amerikanischen Wirtschaft und in der Konsolidierung des Bundeshaushalts. Einen weiteren Kernpunkt der Regierungsarbeit bildet eine grundlegende Reform des Gesundheitssystems. Kennzeichnend für die wirtschaftspolitische Philosophie der neuen Administration sind in jedem Falle die Neigung zu einer größeren staatlichen Einflußnahme auf den Wirtschaftsablauf einerseits und eine stärkere Konzentration auf inneramerikanische Probleme andererseits; dies wird auch an der Betonung nationaler Interessen in den internationalen Handelsbeziehungen deutlich.

26. Die Maßnahmen zum Abbau des Haushaltsdefizits sehen in den nächsten fünf Jahren Steuererhöhungen in Höhe von jahresdurchschnittlich 48 Mrd Dollar und Minderausgaben von 51 Mrd Dollar gegenüber der ursprünglichen Planung vor; das Defizit im Bundeshaushalt soll auf diese Weise von 255 Mrd Dollar im Haushaltsjahr 1994 (3,9 vH in Relation zum Bruttoinlandsprodukt) auf 213 Mrd Dollar (2,8 vH in Relation zum Bruttoinlandsprodukt) im Jahre 1998 gesenkt werden. Die vereinbarten Steuererhöhungen umfassen dabei als wesentliche Elemente eine Erhöhung des Einkommensteuersatzes für Bezieher höherer Einkommen von 31 vH auf 36 vH, eine Anhebung des Körperschaftsteuersatzes von 34 vH auf 35 vH sowie die Erhöhung der Benzinsteuer um 4,3 Cent je Gallone; die Ausgabenkürzungen betreffen vor allem den Verteidigungshaushalt sowie die Ausgaben für die staatliche Gesundheitsversorgung. Zusätzliche Einsparmöglichkeiten sollen durch eine grundlegende Überprüfung der Aufgabenverteilung zwischen Staat und Privaten sowie durch eine effizientere Gestaltung der Verwaltungsabläufe eröffnet werden.

Kritisiert wird hieran, daß die Ausgabenkürzungen — so sie denn überhaupt verwirklicht werden — erst für die späteren Jahre vorgesehen sind, während die Steuererhöhungen teilweise bereits in diesem Jahr in Kraft getreten sind. Auch beziehen sich die Ausgabenkürzungen nicht auf das derzeitige Niveau der Staatsausgaben, sondern vielmehr auf einen mittelfristig fortgeschriebenen Ausgabenpfad. Da schließlich auch bei Verwirklichung der jetzt vereinbarten Konsolidierungsschritte ein erneuter Anstieg des Budgetdefizits von 1998 an erwartet wird, ist für die nächsten Jahre mit zusätzlichen Konsolidierungsanstrengungen zu rechnen.

27. Die nur schleppende Aufwärtsbewegung in den Vereinigten Staaten wurde von der neugewählten Regierung zum Anlaß genommen, die Verbesserung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit zu einem weiteren Schwerpunkt ihrer Wirtschaftspolitik zu machen. Tatsächlich ist die amerikanische Wirtschaft in längerfristiger Betrachtung im internationalen Vergleich deutlich zurückgefallen. So lagen nicht nur die Zuwachsrate des realen Bruttosozialprodukts je Einwohner wie auch die Zunahme der Arbeitsproduktivität im Durchschnitt der achtziger Jahre niedriger als in den meisten anderen Industrieländern; auch die realen Stundenlöhne in der Gesamtwirtschaft sind in den vergangenen Jahren kontinuierlich gefallen und liegen mittlerweile wieder unter dem Niveau des Jahres 1965. Die Gründe für diese wenig befriedigende Entwicklung werden unter anderem in der bei längerfristiger Betrachtung vergleichsweise niedrigen Quote der Ausrüstungsinvestitionen, teilweise auch in Qualifikationsmängeln der amerikanischen Arbeitskräfte gesehen. Die von der Administration angekündigten Maßnahmen zur Verbesserung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit amerikanischer Unternehmen zielen deshalb vor allem auf die Förderung privater Investitionen durch steuerliche Anreize und durch Ausbau der produktionsnahen Infrastruktur sowie auf eine Verbesserung des Bildungs- und Ausbildungssystems ab. Angesichts der Fülle der Aufgaben ist dies aber zu wenig, um schon bald eine grundlegende Korrektur dieser Wettbewerbsschwächen zu erreichen.

28. In Europa stand die Wirtschaftspolitik in diesem Jahr im Zeichen konjunktureller Stabilisierungsbemühungen. Angepaßte Währungsverhältnisse änderten zusammen mit dem konjunkturellen Abschwung die wirtschaftspolitische Ausrichtung einiger Länder. Vor allem im **Vereinigten Königreich** wurden in einem seit Herbst letzten Jahres weitgehend unabhängigen währungspolitischen Rahmen die wirtschaftspolitischen Ziele neu fixiert. Vorrang hat jetzt die Stimulierung von Nachfrage und Produktion, und zwar mittels einer auf Zinssenkungen bedachten Geldpolitik und einer expansiv konzipierten Finanzpolitik. Das Defizit im öffentlichen Haushalt schwillt im laufenden Haushaltsjahr 1993/94 auf rund 46 Mrd Pfund Sterling (7,2 vH in Relation zum Bruttoinlandsprodukt) an; im Haushaltsjahr 1989/90 hatte das Budget noch mit einem Überschuß abgeschlossen. Damit wuchs die Sorge, daß am Ende doch wieder

mehr Inflation oder eine höhere Steuerlast stehen werden.

Im ganzen mag mit dieser Konzeption die konjunkturelle Anregung gelingen. Indessen dürfte mit hohen Defiziten im öffentlichen Haushalt und einem in diesem Jahr bei verschlechterten Terms of Trade auf rund 17 Mrd Pfund Sterling (2,7 vH in Relation zum Bruttoinlandsprodukt) ansteigenden Leistungsbilanzdefizit schon in nicht allzu ferner Zukunft ein wirtschaftspolitisches Gegensteuern angelegt sein. Tatsächlich soll das staatliche Finanzierungsdefizit mit schrittweisen Steuer- und Abgabenerhöhungen ab dem nächsten Haushaltsjahr bis 1997/98 auf 30 Mrd Pfund Sterling zurückgeführt werden.

29. Wirtschaftspolitische Leitlinie der neuen Regierung in **Frankreich** ist die Weiterführung der in den letzten Jahren betriebenen Stabilitätspolitik (Politik der *désinflation compétitive* und des *Franc fort*). Damit soll die preisliche Wettbewerbsfähigkeit französischer Anbieter weiterhin verbessert werden. Auch nach der Bandbreitenerweiterung innerhalb des Europäischen Währungssystems sollen die Wechselkursschwankungen gegenüber der D-Mark klein gehalten werden. Mehr und mehr verschob im Laufe dieses Jahres der unerwartet starke wirtschaftliche Abschwung die Rangfolge der wirtschaftspolitischen Ziele. Priorität genießen inzwischen die konjunkturelle Stimulierung im allgemeinen und die Beschäftigungsförderung im besonderen. Dies spiegelte sich im finanzpolitischen Kurs wider: Nicht nur wurden konjunkturbedingte Einnahmenausfälle und Mehrausgaben hingenommen, vielmehr sollten zusätzliche Staatsausgaben nachfragebelebend und beschäftigungsfördernd wirken. Mittelfristig soll freilich die Budgetkonsolidierung fortgesetzt werden, und bis 1997 soll das Defizit der öffentlichen Haushalte auf 2,5 vH in Relation zum Bruttoinlandsprodukt nach fast 6 vH in diesem Jahr zurückgeführt werden.

Eigenständige geldpolitische Lockerungen waren — auch wenn sie versucht wurden — letztlich nicht erfolgreich. Obendrein forderten die Finanzmärkte trotz einiger im Vergleich zu Deutschland besserer gesamtwirtschaftlicher Daten einen Risikoaufschlag. Um der Zielkonsistenz willen ist aber wohl schon bald eine Klärung der wirtschaftspolitischen Prioritäten vonnöten: forcierte Ankurbelung der Konjunktur oder Budgetkonsolidierung und nominale Stabilität. Besorgniserregend im wirtschaftspolitischen Rahmen sind protektionistische Tendenzen, namentlich die verhärtete französische Position in den GATT-Verhandlungen.

30. Ordnungspolitisch von Belang ist zweierlei: Zum einen soll der staatliche Einfluß auf die Wirtschaft zurückgeführt werden mit der Privatisierung von 21 staatlichen Unternehmen (Banken, Versicherungen, Industrieunternehmen). Erwartet werden innerhalb von fünf Jahren Erlöse von insgesamt über 300 Mrd Franc. Allerdings soll der Anteil ausländischen (Nicht-EG-)Kapitals auf maximal 20 vH begrenzt bleiben. Zur Wahrung nationaler Interessen behält sich der Staat entscheidenden Einfluß vor. Zum anderen erhält die Banque de France in Vorbereitung auf die Währungsunion mit einem neuen Statut weitgehende Autonomie, was nicht zuletzt dazu beitragen könnte, das Vertrauen der Finanzmärkte in die französischen Währungsbehörden, und in die Währung selbst, zu erhöhen.

V. Unbefriedigender Fortgang der GATT-Verhandlungen

31. In zunehmendem Maße gefährdet die stockende Wirtschaftsentwicklung in den Industrieländern auch die Freiheit des multilateralen Handelssystems. Insbesondere in den Vereinigten Staaten und in Frankreich gewinnen protektionistische Strömungen an Einfluß. Beschränkungen des internationalen Handels werden als Mittel einer an nationalen Interessen orientierten Politik nicht länger ausgeschlossen, die damit zwangsläufig verbundenen Risiken eines eskalierenden Protektionismus mit der Folge zunehmender Ineffizienzen in der Ressourcennutzung in Kauf genommen.

32. Die Handelspolitik der Vereinigten Staaten war in diesem Jahr vor allem auf eine Revision des im vergangenen Jahr ausgehandelten NAFTA-Vertrages mit Kanada und Mexiko einerseits sowie auf eine Neuorientierung der Handelsbeziehungen mit der EG und Japan andererseits ausgerichtet. Die von der Regierung angestrebten Ergänzungen des NAFTA-Abkommens zielen in erster Linie auf eine bessere Durchsetzung von Arbeitnehmerschutzrechten und umweltpolitischen Maßnahmen in Mexiko, um auf diese Weise befürchtete Beschäftigungsverluste in den Vereinigten Staaten infolge verstärkter Konkurrenz durch — wegen niedrigerer Sozial- und Umweltstandards — kostengünstiger produzierender Unternehmen aus Mexiko zu verhindern. Tatsächlich sieht der im Sommer ausgehandelte Vertragsentwurf in Streitfällen neben dem Verfahren einer gerichtlichen Klärung auch die Verhängung von Handelssanktionen als letzte Möglichkeit zur Abwehr eines durch niedrigere Sozial- und Umweltkosten verursachten Wettbewerbsdrucks vor. Nicht allein, daß damit die Entwicklungschancen Mexikos erheblich geschmälert würden; auch der Zweck der Nordamerikanischen Freihandelszone — die Gewährleistung freien Handels zwischen den beteiligten Staaten — würde auf diese Weise verfehlt. Nach dem Regierungswechsel in Kanada drängt nun auch dieses Land auf Nachverhandlungen, so daß ungewiß ist, ob und wann und mit welchen Vorkehrungen der NAFTA-Vertrag in Kraft treten wird.

Unabhängig von den NAFTA-Verhandlungen hat die amerikanische Regierung ihren Druck auf die übrigen Handelspartner zur Gewährung freien Marktzutritts und zum Abbau staatlicher Beihilfen verstärkt, wobei sie zur Durchsetzung ihrer Ziele auch die Einführung von Handelsschranken nicht ausschließt. Die amerikanische Handelspolitik richtet sich dabei insbesondere gegen Japan, dem handelsbeschränkende Praktiken vorgeworfen werden, darüber hinaus aber auch gegen die Europäische Gemeinschaft. Problematisch ist dabei vor allem der Rückfall in einen verstärkten Bilateralismus, also die Tendenz, tatsächliche oder unterstellte Handelsprobleme nicht im Rahmen des multilateralen Handelssystems, sondern im Rahmen

bilateraler Verhandlungen lösen zu wollen (JG 89 Ziffern 42 ff.). Dies birgt die Gefahr in sich, daß vermehrt den freien Welthandel störende Absprachen über Marktanteile und „Freiwillige Importverpflichtungen" (wie im Falle des Halbleiterabkommens zwischen den USA und Japan) getroffen werden, die nicht allein zu einer Politisierung des Welthandels, sondern darüber hinaus auch zu einer Vorzugsbehandlung bestimmter Handelspartner führen müßten. Bilateralismus bedroht den Kern der bestehenden Handelsordnung, nämlich die der bisherigen Handelspolitik zugrundeliegenden Grundprinzipien der Meistbegünstigung und der Nichtdiskriminierung. Gerade Deutschland als exportorientiertes Land wäre hiervon in besonderem Maße betroffen.

33. Mit der konjunkturellen Schwäche haben protektionistische Überlegungen auch in Europa mehr Anhänger gefunden. Insbesondere in Frankreich werden die Vorteile eines liberalen Welthandelssystems zunehmend in Zweifel gezogen. In die Schußlinie geriet dabei in diesem Jahr vor allem das zwischen den Vereinigten Staaten und der Europäischen Gemeinschaft ausgehandelte Abkommen zum Abbau von Agrarsubventionen (Blair House-Abkommen), das von Frankreich aus Sorge um die eigene Landwirtschaft abgelehnt wird. Allerdings beschränkte sich die von französischer Seite angestrebte Bevorzugung innergemeinschaftlicher Anbieter nicht auf die Agrarwirtschaft. Ein verstärkter Schutz wird vielfach auch für den Industriesektor und verschiedene Dienstleistungsbereiche gefordert, gekoppelt mit erweiterten Kompetenzen für die Europäische Gemeinschaft, zur Durchsetzung handelspolitischer Interessen gegenüber anderen Ländern auch Beschränkungen des Außenhandels vorzunehmen. Auch wenn sich solcherart protektionistische Forderungen im Kreis der übrigen Mitgliedsländer der Europäischen Gemeinschaft letztlich nicht durchsetzen ließen, hat es sich doch gezeigt, daß in einigen europäischen Ländern die Freihandelsdoktrin im öffentlichen Bewußtsein noch immer nicht hinreichend tief verwurzelt ist.

34. Mittlerweile sind die ursprünglich für vier Jahre angesetzten, jetzt aber schon seit sieben Jahren andauernden GATT-Verhandlungen wegen des zeitlich begrenzten Mandats der amerikanischen Regierung in arge Zeitnot geraten. Eine baldige Übereinkunft über die noch bestehenden Streitpunkte ist drängender denn je, um den Auftriebskräften in der Weltwirtschaft neuen Schwung zu geben. Dies mag Anreiz sein, die Gespräche noch in diesem Jahr zum Ende zu bringen.

Immerhin haben sich die G7-Länder anläßlich des Weltwirtschaftsgipfels im Juli 1993 auf weitergehende Maßnahmen zur Marktöffnung verständigt. Sie vereinbarten, die — freilich jetzt schon relativ niedrigen — Zollsätze bei Industriewaren um durchschnittlich 30 vH zu senken und die Harmonisierung der Zolltarifbestimmungen voranzutreiben. Euphorie über dieses Ergebnis ist freilich fehl am Platze, denn zum einen sind die vereinbarten Liberalisierungsschritte bislang noch nicht hinreichend konkretisiert worden, zum anderen bedarf es weiterer Verhandlungen hierüber mit den übrigen GATT-Vertragsparteien, die ihre Zustimmung zu Zollsenkungen vielfach von Fortschritten bei den anderen noch offenen The-

Handelsbeschränkungen in Japan?

Im Handelsstreit zwischen Japan und den Vereinigten Staaten wird der japanischen Seite häufig eine ungenügende Marktöffnung vorgehalten. Unstrittig ist dies für den japanischen Agrarmarkt, insbesondere für den besonders bedeutsamen Reismarkt. Bei Industriegütern hingegen hat in den letzten Jahren eine weitgehende Liberalisierung stattgefunden; die (ungewichteten) durchschnittlichen Zollsätze für Industriewaren lagen nach einer Untersuchung des GATT im Rahmen des Trade Policy Review Mechanism im Jahre 1991 bei 5,2 vH, und quantitative Importbeschränkungen gibt es nur noch bei einigen weniger bedeutsamen Produkten. Vor allem der Import von Waren des Maschinenbaus und der Automobilindustrie ist frei von solchen Einfuhrhemmnissen. Darüber hinaus werden für einen Teil des Imports sogar spezielle Subventionen gewährt, um auf diese Weise die Handelsbilanzüberschüsse zu verringern. Alles in allem scheinen daher die Klagen über eine handelspolitische Abschottung des japanischen Marktes überzogen.

Oftmals wird freilich vermutet, daß — neben kulturellen Unterschieden — privatrechtliche Vereinbarungen zwischen japanischen Unternehmen den Marktzutritt für außerjapanische Anbieter erschweren oder sogar verhindern. In diesem Zusammenhang wird häufig auf die in Japan weit verbreiteten Unternehmensverflechtungen — die sogenannten *keiretsu* — hingewiesen. Hierunter sind mehr oder weniger enge horizontale oder vertikale Kooperationen von Unternehmen zu verstehen, die einen Großteil ihres Handels untereinander abwickeln, so daß Außenseiter von den betreffenden Marktsegmenten weitgehend ausgeschlossen bleiben. Derartige Kooperationen finden sich insbesondere in der Automobilindustrie, bei Herstellern elektrotechnischer Erzeugnisse, in der Produktion von Kosmetika, in der pharmazeutischen Industrie und bei der Herstellung von photographischen Ausrüstungen. Kaum festzustellen ist jedoch, inwieweit es sich hierbei tatsächlich um handelsbeschränkende Zusammenschlüsse handelt und inwieweit der Handel zwischen den einzelnen Mitgliedsunternehmen eines *keiretsu* lediglich die komparativen Vorteile der Mitglieder im Vergleich zu Nichtmitgliedern widerspiegelt. Das GATT jedenfalls kann in seiner Analyse keine klaren Anzeichen für ein diskriminierendes Verhalten der *keiretsu* erkennen, zumal sich eine Tendenz zur Lockerung solcher Unternehmenszusammenschlüsse abzeichne.

menkreisen der Welthandelsgespräche (insbesondere Dienstleistungshandel und organisatorische Reformen des GATT) abhängig gemacht haben. Nach wie vor besteht zudem Uneinigkeit über die Beseitigung nicht-tarifärer Handelshemmnisse und wettbewerbsverzerrender Beihilfen. Das größte Problem auf dem Wege zu einer Verhandlungslösung aber bleibt die bislang zwischen den G7-Ländern und zwischen diesen und den in der Cairns-Gruppe zusammengefaßten wichtigen Getreideexportländern noch nicht abschließend geklärte Frage der Öffnung der Agrarmärkte.

Nicht zuletzt wegen der Abhängigkeit der deutschen Wirtschaft von freien und ungestörten internationalen Handelsbeziehungen befindet sich Deutschland nach wie vor in besonderer Verantwortung für einen erfolgreichen Abschluß der GATT-Verhandlungen. Die Bundesregierung ist daher gefordert, all ihren Einfluß geltend zu machen, um die Blockade der GATT-Runde noch in diesem Jahr zu beenden.

VI. Mittel- und Osteuropa: Erste Erfolge bei entschlossenem Reformkurs

35. Beim Übergang zur Marktwirtschaft zieht sich immer stärker eine Trennlinie zwischen Ländern mit entschlossener Reformpolitik und solchen, die sich hierzu nur schwer durchringen können. Erste Früchte trugen die Liberalisierungsbemühungen inzwischen bei den Reformvorreitern, also in **Polen, Ungarn** und der **Tschechischen Republik,** während die Slowakische Republik den Anschluß zu verlieren droht. Letzteres gilt erst recht für die übrigen Staaten Mittel- und Osteuropas. Dort kommen die Reformen nur schleppend voran, und auch in diesem Jahr hat sich die gesamtwirtschaftliche Produktion nochmals deutlich vermindert (Tabelle 3). Im großen und ganzen scheinen in den reformfortschrittlichen Ländern die institutionellen Grundlagen inzwischen so weit geschaffen zu sein, daß marktwirtschaftliche Regelmechanismen greifen können. Wenngleich die noch vor Jahresfrist gehegten Erwartungen einer kräftigeren wirtschaftlichen Dynamik unerfüllt blieben — einerseits verzögerte der inländische Investitionsattentismus einen schnelleren Aufbau neuer Strukturen, andererseits war die Auslandsnachfrage schwächer als in den Vorjahren —, erwächst doch mit der Herausbildung neuer Produktionsstrukturen westeuropäischen Anbietern neue Konkurrenz, was aufgrund der räumlichen Nähe Deutschland stärker als viele andere spüren dürfte. Der derzeit und auf absehbare Zeit bedeutendste Wettbewerbsvorteil der Reformländer liegt in deren geringen Arbeitskosten.

36. Die Importnachfrage der Reformländer wie auch deren Exportangebot sind gerade für deutsche Produzenten Chance und Herausforderung zugleich. Eröffnet das eine zusätzliche Absatzmöglichkeit, birgt das andere zunehmenden Wettbewerbsdruck und neue Standortkonkurrenz in sich. Welche Auswirkungen dies bislang hatte, spiegelt sich unter anderem im Handel Deutschlands mit den Reformländern wider. Bemerkenswert dabei ist, daß der Warenaustausch der jungen Bundesländer mit diesen Staaten in den vergangenen Jahren durchweg scharfe Einbußen erleiden mußte, wogegen sich die Warenströme der alten Bundesländer vor allem mit den reformfortschrittlichen Ländern kräftig ausweiten konnten (Tabelle 4).

Im ganzen gesehen ist Deutschland unter den Ländern der Europäischen Gemeinschaft der wichtigste Handelspartner der Reformstaaten: Deutschland nimmt knapp die Hälfte der Ausfuhr aller mittel- und osteuropäischen Staaten in die Europäische Gemeinschaft auf, der deutsche Anteil bei der Einfuhr dieser Länder aus den EG-Mitgliedstaaten liegt noch höher.

37. Begünstigt wurde die außenwirtschaftliche Neuorientierung der Reformländer durch eine Liberalisierung ihres Außenhandels, durch einen erleichterten Zugang zu westlichen Märkten wie auch durch erste Bemühungen, das Exportgütersortiment den dortigen Marktprofilen anzupassen (Tabelle 5, Seite 52). Bei der Ausfuhr fallen die massiven Arbeitskostenvorteile ins Gewicht.

Wurden die anfänglichen Ausfuhrsteigerungen vorwiegend mit einer besseren Nutzung vorhandener Kapazitäten erzielt, hemmen mittlerweile die anhaltende Investitionszurückhaltung und ein vielfach noch unzureichend erneuerter und erweiterter Kapitalstock die erforderliche Diversifizierung des Exportangebots. In jüngster Zeit aufkommende protektionistische Tendenzen und der konjunkturelle Abschwung in wichtigen westeuropäischen Ausfuhrländern tragen ebenfalls zu nachlassender Exportdynamik bei. Die Handelsbilanz der Reformländer hat sich daher bei weiterhin kräftig steigender Einfuhr verschlechtert. Im großen und ganzen ist die Warenstruktur der Einfuhr einheitlich (JG 92 Ziffer 47). Der weitaus größte Importanteil entfällt auf kapital- und technologieintensive Güter wie chemische Erzeugnisse, bearbeitete Waren, Maschinenbauerzeugnisse und Fahrzeuge. Das ist erforderlich, um den teilweise obsolet gewordenen Kapitalstock zu ersetzen und neue wettbewerbsfähige Strukturen aufzubauen.

38. Die Reformländer konnten weiterhin ausländisches Kapital für Investitionen attrahieren. Die Kapitalströme sind allerdings noch gering. Privates Auslandskapital fließt vorwiegend in Form von Direktinvestitionen zu; dagegen war die Nettokreditvergabe westlicher Geschäftsbanken in den letzten Jahren sogar negativ, und die von den Reformländern auf den internationalen Kapitalmärkten mobilisierten Beträge blieben bislang bescheiden. Zwar entfällt der größte Teil des aus dem Ausland zuströmenden Kapitals noch auf Kredite internationaler Organisationen. Offenkundiger werdende Reformerfolge sollten aber unter anderem mittlerweile die Grundlage dafür geschaffen haben, künftig mehr als bisher international mobiles Kapital zu binden. Von Bedeutung ist nicht nur das Volumen ausländischer Direktinvestitionen, für Aufholprozesse kommt es auch auf die Struktur des Kapitalzuflusses an. Bislang vorliegende Daten deuten auf ein weitgehend einheitliches Muster hin. So entfällt der überwiegende Teil der Direktinvestitionen auf das Verarbeitende Gewerbe, mit einigem Abstand folgt der Dienstleistungssektor.

Tabelle 3

Wirtschaftsdaten für ausgewählte Länder Mittel- und Osteuropas

	Bulgarien	Polen	Rumänien	Rußland	Tschechoslowakei Tschechische/ Slowakische Republik[1]	Ungarn
Bruttoinlandsprodukt, real (vH)[2]						
1990	- 9,1	-11,6	- 7,6	- 4,0	- 0,4	- 3,3
1991	-12,0	- 9,0	-13,7	-11,0	-16,0	-10,0
1992	- 8,0	1,0	-15,0	-17,0	- 7,0	- 4,5
1993[3]	- 5	4	- 9	-15	0/-6	- 2
Industrieproduktion, brutto (vH)[2]						
1990	-12,5	-24,2	-17,8	- 0,1	- 3,5	- 9,8
1991	-21,7	-11,9	-19,6	- 8,0	-21,2	-21,5
1992	-22,0	4,2	-21,8	-18,8	-11,5	- 9,8
1993[3]	- 8	7	-10	-18	-3/-12	0
Arbeitslosenquote (vH)[4]						
1990	1,6	6,1	1,3	1,4	1,0	1,6
1991	11,7	11,5	2,7	0,1	6,8	7,5
1992	15,0	13,6	9,0	0,8	8,0	12,0
1993[3]	18	15	10	1 1/2	3 1/2/13	15
Verbraucherpreise (vH)[2]						
1990	26,0	585,0	5,1	5,0	10,0	28,0
1991	334,0	70,0	165,5	91,0	58,0	35,0
1992	90,0	43,0	210,4	2 000,0	11,0	23,0
1993[3]	75	35	200	1 100	19/22	21
Staatshaushalt, Saldo in Relation zum Bruttoinlandsprodukt (vH)						
1990	- 8,5	0,2	1,0	- 8,2	0,9	0,2
1991	- 4,1	- 3,5	2,1	-20,0	- 1,1	- 5,0
1992	- 6,5	- 6,5	- 3,6	-15,0	- 1,5	- 7,0
1993[3]	- 8	- 6	- 5	-25	2/-7	- 7
Auslandsverschuldung, brutto[4] (Mrd US-Dollar)						
1990	11,1	48,5	1,2	38,1	8,1	21,3
1991	11,9	48,4	1,4	39,8	9,4	22,7
1992	12,9	47,0	2,6	46,0	9,5	21,4
1993[3]	15 1/2	50	3	77[a]	8/3 1/2	22
Leistungsbilanzsaldo (Mrd US-Dollar)						
1990	- 1,2	0,7	- 3,3	- 4,3	- 1,1	0,1
1991	- 0,9	- 1,4	- 1,2	4,2	0,4	0,3
1992	- 0,6	- 0,3	- 0,4	- 4,3	0,2	0,3
1993[3]	- 1/2	- 1 1/2	0	...	1/-1/2	- 1 1/2

[1] Angaben beziehen sich auf die mit Ablauf des 31. Dezember 1992 aufgelöste Tschechoslowakei, ab 1. Januar 1993 Tschechische Republik und Slowakische Republik.
[2] Veränderung gegenüber dem Vorjahr.
[3] Eigene Schätzung.
[4] Stand am Jahresende.
[a] Rußland haftet seit 1. Januar 1993 für die gesamten Auslandsschulden der ehemaligen Sowjetunion.

Quellen: EG, IWF, OECD, UN und nationale Veröffentlichungen

Außenhandel Deutschlands mit den wichtigsten mittel- und osteuropäischen Ländern

Land	Ausfuhr[1]						Einfuhr[2]					
	1990		1991		1992		1990		1991		1992	
	Westdeutschland	Ostdeutschland	Westdeutschland	Ostdeutschland	Westdeutschland	Ostdeutschland	Westdeutschland	Ostdeutschland	Westdeutschland	Ostdeutschland	Westdeutschland	Ostdeutschland
	Mio DM											
Polen	4 690,7	2 944,4	7 478,6	996,8	7 708,8	524,2	5 163,6	1 800,4	6 473,0	777,4	7 442,7	844,2
Ungarn	3 364,6	2 696,1	3 844,4	375,6	4 508,0	179,1	3 254,1	1 233,4	4 019,6	257,4	4 452,7	170,7
Tschechoslowakei	3 080,1	3 404,6	4 319,0	647,1	7 450,6	790,8	2 703,5	1 719,8	4 383,8	714,9	6 627,0	653,5
Rumänien	1 114,0	1 504,7	996,4	218,7	1 249,4	76,9	1 116,4	406,7	1 132,2	80,6	1 225,9	28,4
Bulgarien	788,4	1 412,1	663,3	130,1	806,3	66,5	395,7	545,1	499,1	37,8	568,1	36,9
ehem. Sowjetunion	10 360,9	17 760,7	8 634,9	9 049,0	7 840,7	5 542,3	9 116,9	9 107,0	9 898,8	4 253,6	9 411,0	2 881,5
	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH											
Polen	*4,9*	*– 5,5*	*59,4*	*–66,1*	*3,1*	*–47,4*	*44,2*	*–38,8*	*25,4*	*–56,8*	*15,0*	*8,6*
Ungarn	*– 7,8*	*3,8*	*14,3*	*–86,1*	*17,3*	*–52,3*	*21,1*	*–47,6*	*23,5*	*–79,1*	*10,8*	*–33,7*
Tschechoslowakei	*12,6*	*–10,7*	*40,2*	*–81,0*	*72,5*	*22,2*	*8,4*	*–45,0*	*62,2*	*–58,4*	*51,2*	*– 8,6*
Rumänien	*90,8*	*5,3*	*–10,6*	*–85,5*	*25,4*	*–64,9*	*–27,5*	*–69,4*	*1,4*	*–80,2*	*8,3*	*–64,8*
Bulgarien	*–46,4*	*3,7*	*–15,9*	*–90,8*	*21,6*	*–48,9*	*21,1*	*–56,3*	*26,1*	*–93,1*	*13,8*	*– 2,4*
ehem. Sowjetunion	*–10,1*	*7,1*	*–16,7*	*–49,1*	*– 9,2*	*–38,8*	*6,6*	*–39,5*	*8,6*	*–53,3*	*–4,9*	*–32,3*
	Anteil an der Ausfuhr/Einfuhr											
Polen	0,7	7,7	1,2	5,7	1,2	3,8	0,9	7,9	1,0	7,2	1,2	8,8
Ungarn	0,5	7,1	0,6	2,2	0,7	1,3	0,6	5,4	0,6	2,4	0,7	1,8
Tschechoslowakei	0,5	8,9	0,7	3,7	1,1	5,7	0,5	7,5	0,7	6,6	1,1	6,8
Rumänien	0,2	4,0	0,2	1,3	0,2	0,6	0,2	1,8	0,2	0,7	0,2	0,3
Bulgarien	0,1	3,7	0,1	0,7	0,1	0,5	0,1	2,4	0,1	0,3	0,1	0,4
ehem. Sowjetunion	1,6	46,6	1,3	51,9	1,2	40,2	1,7	39,9	1,6	39,2	1,5	30,0

[1]) Spezialhandel nach Bestimmungsländern.
[2]) Spezialhandel nach Ursprungsländern.

Von deutscher Seite aus waren nennenswerte intensive Engagements in Ungarn und in der ehemaligen Tschechoslowakei festzustellen, neuerdings wird auch in Polen mehr investiert (Tabelle 6, Seite 53). Die anfänglich geübte Zurückhaltung wird zwar zusehends aufgegeben, dennoch ist der auf die Reformstaaten entfallende Anteil an den deutschen Direktinvestitionen im Ausland noch gering, wenngleich er von 0,5 vH im Jahre 1990 auf inzwischen gut 5½ vH angestiegen ist. Wie stark gerade deutsche Produzenten darum bemüht sind, Märkte in den Reformländern zu erschließen, zeigt sich auch daran, daß seit Beginn der Reformprozesse etwas weniger als die Hälfte des zugeflossenen ausländischen Investivkapitals, es dürften zwischen 8 und 10 Mrd Dollar gewesen sein, aus deutschen Quellen kam.

39. Rußland verharrt in einer tiefen Transformationskrise. Die Produktionsrückgänge hielten bei zuletzt etwas vermindertem Tempo an. Gleichzeitig war der Geldwertverfall mit durchschnittlichen monatlichen Inflationsraten von rund 22 vH in den ersten neun Monaten dieses Jahres enorm (Tabelle 3). Das ohnehin geringe Investitionsvolumen wurde erneut eingeschränkt, wie auch die Außenhandelsumsätze weiter rückläufig waren. Indessen hinkt der Beschäftigungsabbau den Produktionseinbußen weit hinterher, die ausgewiesene Arbeitslosenquote liegt bei 1½ vH. Widerstreitende partikulare Interessen und ein nur begrenzt handlungsfähiges politisches System erschweren die Umsetzung durchaus vorhandener Reformansätze. Mithin kam der Übergang zur Marktwirtschaft kaum mehr voran. Westliche Hilfe kann Reformen nur unterstützen, nicht aber ersetzen.

40. Bei dieser gesamtwirtschaftlichen Konstellation sind die Aussichten für eine Wiederbelebung der einst für Ostdeutschland so bedeutenden Exportmärkte in der ehemaligen Sowjetunion äußerst trübe. Nachdem im letzten Jahr der Hermes-Bürgschaftsrahmen für Liefergeschäfte auf 5 Mrd DM begrenzt worden war, lag er in diesem Jahr bei etwa 4 Mrd DM. Seit Anfang 1993 wird eine Staatsgarantie vorausgesetzt, die Ausfuhrdeckung auf Basis einer stringenten Einzelfallprüfung vorgenommen. Wesentliches Kriterium hierbei ist die langfristige Arbeitsplatzsicherung in Ostdeutschland, die nur dann gewährleistet erscheint, wenn das betreffende Unternehmen dartun kann, daß es sich auf dem Wege zur Erreichung der Wettbewerbsfähigkeit befindet und Ausfuhrgewährleistungen nur noch für eine begrenzte Übergangszeit benö-

Tabelle 5

Zur Struktur der Einfuhr der Europäischen Gemeinschaft aus ausgewählten mittel- und osteuropäischen Ländern

Anteil in vH[1])

Warengruppe	SITC-Nummer[2])	Polen		Ehemalige Tschechoslowakei		Ungarn	
		1989	1991	1989	1991	1989	1991
Einfuhr, insgesamt	0 bis 9	100	100	100	100	100	100
nachrichtlich: in Mio US-Dollar		4 289,0	7 694,0	2 828,6	5 034,2	2 878,4	4 564,4
Nahrungsm.ttel, lebende Tiere, Getränke und Tabak	0 und 1	20,1	16,1	8,5	5,7	25,9	22,9
Rohstoffe	2	11,0	8,1	12,5	7,8	8,4	7,0
Mineralische Brennstoffe, Schmiermittel, tierische und pflanzliche Öle, Fette und Wachse	3 und 4	12,2	9,8	7,8	4,3	3,8	2,8
Chemische Erzeugnisse	5	6,7	9,0	11,6	11,3	10,0	9,6
Bearbeitete Waren	6	22,5	24,6	30,7	31,6	17,9	16,6
darunter:							
Leder, Lederwaren und zugerichtete Pelzfelle, Garne, Gewebe und andere Spinnstofferzeugnisse	61 und 65	1,8	2,3	6,4	5,9	3,6	3,3
Korb- und Holzwaren (ohne Möbel), Papier und Pappe, Papierhalbstoffwaren	63 und 64	2,2	3,5	3,4	3,7	1,5	1,6
Eisen und Stahl, NE-Metalle, andere Metallwaren	67 bis 69	16,0	15,2	14,5	14,3	9,8	8,4
Maschinenbauerzeugnisse und Fahrzeuge	7	11,9	10,9	13,9	20,8	12,6	16,9
darunter:							
Kraftmaschinen und -ausrüstungen, Arbeitsmaschinen für besondere Zwecke, Metallbearbeitungsmaschinen, Maschinen, Apparate usw. für verschiedene Zwecke	71 bis 74	4,0	4,6	7,8	9,2	6,1	8,0
Büromaschinen, automatische Datenverarbeitungsmaschinen	75	0,1	0,0	0,1	0,1	0,1	0,2
Geräte für Nachrichtenübermittlung	76	0,7	0,3	0,2	0,2	1,1	0,9
Straßenfahrzeuge (einschließlich Luftkissenfahrzeuge) und andere Beförderungsmittel	78 und 79	4,5	2,7	4,5	8,5	1,0	2,1
Verschiedene Fertigwaren	8	14,9	20,9	13,3	17,1	20,0	23,1
darunter:							
Möbel und Teile	82	3,0	4,4	2,2	2,5	2,0	2,3
Bekleidung und Bekleidungszubehör, Schuhe	84 und 85	10,2	14,2	6,3	9,2	14,7	16,7
Andere Waren- und -verkehrsvorgänge	9	0,9	0,8	1,7	1,4	1,4	1,0

[1]) Errechnet aus Angaben in US-Dollar.
[2]) Systematik des Internationalen Warenverzeichnisses (SITC-Rev. 3).

Quelle für Grundzahlen: OECD

Tabelle 6

Deutsche Direktinvestitionen in ausgewählten Ländern Mittel- und Osteuropas[1])
(Kapitalexport:—)
Mio DM

Ländergruppe/Land	1989	1990	1991	1992	1993[2])	1989 bis 1993	
						insgesamt	Anteile in vH
Bulgarien	– 4	– 11	– 16	– 4	– 4	– 39	*1,0*
Polen	– 3	– 6	– 63	– 156	–151	– 379	*9,7*
Rumänien	– 0	4	– 1	– 11	– 2	– 10	*0,3*
ehemalige Sowjetunion[3])	– 32	– 33	83	– 8	– 12	– 2	*0,1*
Tschechoslowakei[4]) Tschechische/Slowakische Republik	1	– 2	– 800	– 554	–386	–1 741	*44,4*
Ungarn	– 71	–203	– 404	– 799	–272	–1 749	*44,6*
Zusammen	–109	–251	–1 201	–1 532	–827	–3 920	*100*

[1]) Saldo von Neuanlagen und Liquidationen.
[2]) 1. Halbjahr 1993.
[3]) Angaben beziehen sich ab 1992 auf Rußland.
[4]) Angaben beziehen sich auf die mit Ablauf des 31. Dezember 1992 aufgelöste Tschechoslowakei, ab 1. Januar 1993 Tschechische Republik und Slowakische Republik.

Quelle: Deutsche Bundesbank

tigen wird. Außerhalb dieses Rahmens bestehen weitere Deckungsmöglichkeiten. Im wesentlichen sind dies Projektfinanzierungen und Gegenlieferungsgeschäfte, so daß der Wert aller staatlich abgesicherten Exportgeschäfte den Rahmen von 4 Mrd DM erheblich übersteigen dürfte.

41. Westliches Kapital, privates wie öffentliches, kann Reformbemühungen in Mittel- und Osteuropa nicht ersetzen. Wohl aber kann es, richtige Weichenstellungen in der Reformpolitik unterstellt, die Erfolgsaussichten für ein Gelingen der Reformen verbessern. Privates Kapital spielt derzeit quantitativ gesehen eine untergeordnete Rolle; öffentliche Mittel haben eine ungleich größere Bedeutung. Um eine effiziente Mittelverwendung sicherzustellen, ist westliche Hilfe grundsätzlich zweckgebunden und konditioniert zu gewähren; konkrete Projekthilfen sind reinen Finanzkrediten vorzuziehen. Größte Geldgeber sind die Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft, mit Deutschland an der Spitze. Die kumulierten Hilfszusagen Deutschlands (im wesentlichen Zuschüsse und unentgeltliche Leistungen, Erlaßleistungen für Polen, Ausfuhrgewährleistungen und der Transferrubel-Saldo) für die mittel- und osteuropäischen Staaten beliefen sich seit Ende 1989 auf über 37 Mrd DM; dies war grob ein Viertel aller bilateralen Hilfen. Mit 87,6 Mrd DM übernahm Deutschland im selben Zeitraum weit mehr als die Hälfte der gesamten bilateralen Unterstützungsleistungen für die frühere Sowjetunion. Unlängst gab es Bemühungen um eine gleichmäßigere Lastenverteilung; sowohl die Vereinigten Staaten als auch Japan stockten dabei ihre Beiträge auf.

Tabelle 7

Wirtschaftspolitisch wichtige Ereignisse im Ausland

Datum	
1992	**Internationale Ereignisse**
20. November	Die EG und die Vereinigten Staaten einigen sich im transatlantischen Ölsaatenstreit und machen damit den Weg für eine Wiederaufnahme der stockenden GATT-Verhandlungen frei. Im einzelnen verpflichtet sich die EG dazu, im ersten Jahr mindestens 15 vH und in den folgenden Jahren mindestens 10 vH der Anbaufläche für Ölsaaten (Raps, Soja, Sonnenblumenkerne) stillzulegen. Außerdem stimmt die EG einer Verringerung der subventionierten Agrarexportmengen um durchschnittlich 21 vH bis zum Jahre 1999 zu. Schließlich verzichtet die Gemeinschaft auf die Einführung von Zöllen auf Getreidesubstitute. Die USA erklären sich im Gegenzug bereit, die angekündigten Strafzölle auf EG-Waren nicht in Kraft treten zu lassen.
17. Dezember	Der NAFTA-Vertrag zwischen den Vereinigten Staaten, Kanada und Mexiko wird unterzeichnet.
1993	
1. Januar	Die von der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich festgelegten Eigenkapitalstandards für international tätige Banken treten in Kraft.
1. März	Nachdem Polen, Ungarn, die Tschechische Republik und die Slowakische Republik im Dezember letzten Jahres einen Freihandelsvertrag unterzeichnet hatten, tritt am 1. März das Central European Free Trade Agreement (CEFTA) in Kraft. Es sieht zwischen den Signatarstaaten bis zum 1. Januar 2001 einen schrittweisen Abbau von Zoll- und Handelshemmnissen sowohl für Industrie- als auch für Agrarprodukte vor.
5. März	Vier Mitgliedstaaten des Andenpaktes (Bolivien, Kolumbien, Ecuador und Venezuela) einigen sich auf einen gemeinsamen Außenzolltarif, Peru hat noch nicht zugestimmt.
30. Juni	Mexiko, Venezuela und Kolumbien beschließen die Gründung einer Freihandelszone zum 1. Januar 1994.
7. Juli	Die Teilnehmerländer des Weltwirtschaftsgipfels in Tokio einigen sich auf die Verringerung nicht-tarifärer und tarifärer Marktzugangsbeschränkungen. Auf diese Weise soll der weiterhin stockenden GATT-Verhandlungsrunde neuer Schwung vermittelt werden.
13. August	Die Vereinigten Staaten, Kanada und Mexiko verständigen sich auf ergänzende Abkommen zum NAFTA-Vertrag, die es erlauben, die wegen niedrigerer Sozial- und Umweltstandards billiger produzierende Konkurrenz in Mexiko vom US-Markt fernzuhalten.
1992	**Japan**
10. Dezember	Das im August 1992 angekündigte Konjunkturprogramm in Höhe von 10,7 Mrd Yen wird vom Parlament im Rahmen eines Nachtragshaushalts gebilligt.
1993	
4. Februar	Die Notenbank senkt den Diskontsatz von 3,25 % auf 2,5 %, um auf diese Weise der Konjunktur neuen Schwung zu geben.
13. April	Die japanische Regierung kündigt ein weiteres Maßnahmenpaket *(shin sogo keizai taisaku)* zur Stimulierung der Konjunktur an; vorgesehen sind Mehrausgaben in Höhe von 13,2 Billionen Yen.
16. September	Die neugewählte Regierung beschließt ein zusätzliches Konjunkturstimulierungsprogramm. Vorgesehen sind zusätzliche Mittel von rund 6 Billionen Yen, darunter allerdings auch nicht direkt konjunkturwirksame Ausgaben. Ein zweiter Schwerpunkt des Maßnahmenpakets liegt im verstärkten Abbau von Regulierungen an den inländischen Gütermärkten.
22. September	Die Notenbank senkt den Diskontsatz um 0,75 Prozentpunkte auf 1,75 %. Begründet wird dieser Schritt mit der schwachen Konjunkturentwicklung; außerdem sollen damit die finanzpolitischen Stimulierungsbemühungen der Regierung unterstützt werden.
1992	**Vereinigte Staaten**
27. Dezember	Die Notenbank gibt das Geldmengenziel für das Jahr 1993 bekannt; angestrebt wird eine Expansion der Geldmenge M2 um 2,5 vH bis 6,5 vH im Jahresverlauf.
1993	
17. Februar	Der Präsident kündigt Ausgabenkürzungen und Steuererhöhungen zur Konsolidierung des Staatshaushalts an; vorgesehen sind unter anderem die Erhöhung der Einkommensteuer und Körperschaftsteuersätze sowie die Einführung einer allgemeinen Energiesteuer. Auf diese Weise soll das Budgetdefizit bis 1997 von 5,4 vH auf 2,7 vH in Relation zum Bruttoinlandsprodukt gesenkt werden.
19. Februar	Die Notenbank beschließt, die Zielkorridore für die Expansion der Geldmengen M2 und M3 für das Jahr 1993 um einen halben Prozentpunkt auf 2 vH bis 6 vH und 0,5 vH bis 4,5 vH zu verringern.

Datum	
noch 1993	noch Vereinigte Staaten
27. Mai	Der Kongreß stimmt einem gegenüber den ursprünglichen Planungen stark reduzierten konjunkturellen Stimulierungspaket zu; knapp 1 Mrd Dollar werden für öffentliche Arbeiten und Umweltschutzinvestitionen bereitgestellt.
30. Juni	Der Kongreß billigt die Verlängerung des fast-track-Verfahrens für die laufenden GATT-Verhandlungen bis zum 16. April 1994.
20. Juli	Die Notenbank setzt das Geldmengenziel für die Jahre 1993 und 1994 für die Geldmenge M2 um einen Prozentpunkt auf nunmehr 1 vH bis 5 vH und das Geldmengenziel für die Geldmenge M3 um einen halben Prozentpunkt auf 0 vH bis 4 vH herab. Wegen der Unsicherheiten über die weitere Entwicklung der Umlaufsgeschwindigkeit wird die Möglichkeit einer weiteren Revision des Geldmengenziels nicht ausgeschlossen. Zudem wird angekündigt, künftig verstärkt den langfristigen Realzins in Relation zu einem langfristigen Gleichgewichtszins als geldpolitischen Indikator zu verwenden.
6. August	Der Kongreß stimmt einem Entwurf der Regierung zu, mit dem das Defizit im Bundeshaushalt innerhalb der nächsten 5 Jahre deutlich reduziert werden soll. Vorgesehen sind unter anderem die Erhöhung der Spitzensätze der Einkommensteuer und der Körperschaftsteuer sowie die Anhebung der Mineralölsteuer. Darüber hinaus sollen die staatlichen Ausgaben, insbesondere im Verteidigungs- und Sozialhaushalt, gekürzt werden.
1992	**Europäische Gemeinschaft**
22. November	Im Europäischen Währungssystem (EWS) werden die bilateralen Mittelkurse der Peseta und des Escudo gegenüber den anderen Währungen um jeweils 6 vH abgewertet.
6. Dezember	Die Schweizer Bevölkerung stimmt in einem Referendum gegen die Teilnahme am Europäischen Wirtschaftsraum (EWR).
11./12. Dezember	Die Staats- und Regierungschefs der EG einigen sich auf dem EG-Gipfel in Edinburgh auf ein Maßnahmenpaket zur Stimulierung der Investitionsbereitschaft. So soll die Europäische Investitionsbank (EIB) mit einer befristeten Darlehensfazilität in Höhe von 5 Mrd ECU die Finanzierung von Infrastrukturvorhaben unterstützen; zusätzlich wird ein Europäischer Investitionsfonds (EIF) mit einem Kapital von 2 Mrd ECU eingerichtet. Insgesamt sollen dadurch — nach offizieller Einschätzung — Investitionen in Höhe von etwa 30 Mrd ECU mobilisiert werden.
17. Dezember	Für die Einfuhr von Bananen beschließt die EG einen Einfuhrzoll in Höhe von 100 ECU/Tonne für Importe unterhalb einer Grenze von 2 Mio Tonnen; darüber hinausgehende Mengen werden mit einem Zoll von 850 ECU/Tonne belastet. Die Maßnahmen sollen zum 1. Juli 1993 in Kraft treten.
1993	
1. Januar	Der Europäische Binnenmarkt tritt (formal) in Kraft. Im Grundsatz wird damit der Verkehr von Waren, Personen, Kapital und Dienstleistungen innerhalb der EG freigegeben. Das Weißbuch der EG-Kommission über die Vollendung des Gemeinsamen Marktes ist zu diesem Zeitpunkt aber nicht vollständig umgesetzt.
30. Januar	Im EWS wird das irische Pfund um 10 vH abgewertet.
13. Mai	Im EWS werden die spanische Peseta um 8 vH und der portugiesische Escudo um 6,5 vH abgewertet.
21./22. Mai	Die EG-Finanzminister beraten im dänischen Kolding über die Berichte und Schlußfolgerungen des Rates der Notenbankgouverneure und des Währungsausschusses über die Währungsunruhen im EWS. Die bestehenden Regeln des Systems werden als angemessen bezeichnet, gleichwohl wurde angemerkt, „daß das EWS seine internen Regeln jetzt anpassen und Neuerungen einführen sollte".
21./22. Juni	Die Schlußfolgerungen des Europäischen Rates in Kopenhagen sehen eine Aufstockung der auf dem EG-Gipfel in Edinburgh beschlossenen Darlehensfazilität der Europäischen Investitionsbank um 3 Mrd ECU und eine Laufzeitverlängerung über das Jahr 1994 hinaus vor. Der Präsident der EG-Kommission bringt ein Acht-Punkte-Programm zur Revitalisierung der europäischen Volkswirtschaften vor; danach sollen insbesondere die Ungleichgewichte am Arbeitsmarkt abgebaut und die Wettbewerbsfähigkeit Europas verbessert werden. Hierzu sollen beitragen: die termingerechte Umsetzung der Wirtschafts- und Währungsunion, die verstärkte innergemeinschaftliche Kooperation auf dem Gebiet Forschung und Entwicklung, die Erstellung eines effizienten Verkehrs- und Telekommunikationsnetzes in Europa, die Verbesserung der Aus- und Weiterbildungssysteme, die Ökologisierung der Steuersysteme sowie eine aktive Arbeitsmarktpolitik.
19. Juli	Die Außenminister der EG einigen sich auf die Vergabe von Mitteln aus dem EG-Strukturfonds. Im Zeitraum von 1994 bis 1999 sollen 141 Mrd ECU in die die Förderungsvoraussetzungen erfüllenden Regionen fließen, davon in die neuen Bundesländer 14 Mrd ECU.

Datum	
noch 1993	noch Europäische Gemeinschaft
2. August	Die EG-Finanzminister und Notenbankpräsidenten beschließen eine Erweiterung der Bandbreiten für die am Wechselkursmechanismus teilnehmenden Währungen von ±2,25 vH bzw. ±6 vH auf ±15 vH; die bilateralen Leitkurse bleiben unverändert. Die Bandbreitenausweitung ist vorübergehender Natur und soll bis Ende 1993 überprüft werden. In einem bilateralen Abkommen behalten Deutschland und die Niederlande die enge Bandbreite bei.
29. Oktober	Auf einem Sondergipfel in Brüssel beschließen die EG-Staats- und Regierungschefs das Europäische Währungsinstitut (EWI), als Vorläufer einer späteren Europäischen Zentralbank (EZB), in Frankfurt am Main anzusiedeln.
1. November	Der Vertrag über die Europäische Union (Maastricht-Vertrag) tritt in Kraft. Dies war möglich geworden, nachdem der Zweite Senat des Bundesverfassungsgerichts mit seinem Urteil vom 12. Oktober 1993 Verfassungsbeschwerden gegen das Ratifikationsgesetz teils zurückgewiesen, teils verworfen hatte.
	Belgien
	Entwicklung von Notenbankzinsen (%)

Gültig ab	Diskontsatz	Lombardsatz
11. Dezember 1992	7,75 (seit 22.10.)	10,25
8. Januar 1993	7,5	10
4. Februar 1993		9,75
11. März 1993	7,25	
19. März 1993	7	
23. April 1993		9,5
29. April 1993	6,75	9,25
13. Mai 1993	6,5	9
28. Mai 1993	6,25	8,75
2. Juli 1993	6	
23. Juli 1993		9,25
26. Juli 1993		10,5
30. Juli 1993		11,5
2. September 1993	7	12,5
10. September 1993	6,5	12,25
13. September 1993		12
22. Oktober 1993	6	

1993	
31. März	Die Regierung verständigt sich auf Maßnahmen zur Reduzierung des Budgetdefizits um 113 Mrd Franken bis Ende 1994, damit soll das Dezifit im kommenden Jahr auf 4,7 vH in Relation zum Bruttoinlandsprodukt begrenzt werden. Es beinhaltet Ausgabeneinsparungen von 42 Mrd Franken, davon 26 Mrd Franken im Sozialversicherungsbereich, steuerliche Einnahmeerhöhungen von ebenfalls 42 Mrd Franken, davon 33 Mrd Franken allein aus einem Zuschlag in Höhe von 3 vH auf die Einkommen- und Körperschaftsteuer, 9 Mrd Franken soll die Erhöhung der Quellensteuer auf Zinserträge und Immobilienbesitz erbringen. Darüber hinaus sollen die Beschleunigung und Änderung des Privatisierungsverfahrens von Staatsunternehmen 10 Mrd Franken, die Bekämpfung der Steuerflucht und eine bessere Einnahmeerhebung weitere 14 Mrd Franken einbringen.
19. April	Das Gesetz über die Unabhängigkeit der Banque Nationale de Belgique tritt in Kraft.
1. Mai	Die staatliche Preisregulierung wird weitgehend abgeschafft. Mit wenigen Ausnahmen (Elektrizität, Gas, Öl, Wasser) werden die Preise für Güter und Dienstleistungen fast völlig freigegeben. Bisher unterlag der größte Teil der Güter des Warenkorbes zur Berechnung des Preisindex für die Lebenshaltung (etwa 300 Positionen) einer Preiskontrolle.
1. August	Mit Hilfe einer Energiesteuer sollen Arbeitsförderungsprogramme und die Senkung der Sozialbeiträge der Arbeitgeber vor allem in der exportorientierten Industrie finanziert werden. In einem Sozialpakt plant die Regierung diesen Ansatz zu verallgemeinern. Er beinhaltet eine allgemeine Senkung der Sozialbeiträge auf der Arbeitgeberseite, wobei die Unternehmen vor allem in den unteren Lohnklassen völlig von Abgaben befreit würden. Zum Ausgleich sollen indirekte Steuern erhöht werden.

Datum	
	Dänemark Entwicklung von Notenbankzinsen (%)

Gültig ab	Diskontsatz	Wertpapier-pensionsgeschäfte
12. November 1992	9,5 (seit 12/91)	10,2
20. November 1992		15
14. Dezember 1992		14
28. Dezember 1992		13
19. Januar 1993		12
27. Januar 1993		11,5
4. Februar 1993	11,5	13
22. Februar 1993	10,5	12,5
3. März 1993		12
11. März 1993		11,5
19. März 1993	10	11
29. März 1993	9,5	10,5
2. April 1993		10,25
22. April 1993	9,25	9,75
19. Mai 1993	8,25	8,75
8. Juni 1993	7,75	8,25
24. Juni 1993		7,95
2. Juli 1993	7,25	7,8
19. Juli 1993	9,25	9
26. August 1993		10,5
16. September 1993	8,75	9,5
27. September 1993	8,25	
11. Oktober 1993	7,75	
22. Oktober 1993	7,25	

1993	
24. März	Gewerkschaften und Arbeitgeber erzielen eine generelle Übereinkunft über die Lohnsteigerungen im privaten Sektor. So sollen in den nächsten Jahren die Löhne im Durchschnitt um 3 vH zunehmen.
18. Mai	In einem zweiten Referendum über den Maastricht-Vertrag sprechen sich (bei einer Wahlbeteiligung von 86,2 vH) 56,8 vH der Dänen für die Vertragsannahme aus.
19. Mai	Die Regierung beschließt eine Senkung der marginalen Steuersätze auf höhere Einkommen von 68 vH auf 58 vH im Zeitraum von 5 Jahren; für niedrigere Einkommen soll der Grenzsteuersatz von 52 vH auf 38 vH reduziert werden. Zur Finanzierung soll der Energieverbrauch stärker belastet werden.
	Frankreich Entwicklung von Notenbankzinsen (%)

Gültig ab	Interventionssatz	Satz für 5- bis 10-tägige Wertpapierpensionsgeschäfte
13. November 1992	9,1	
5. Januar 1993		ausgesetzt
3. Februar 1993		wiedereingesetzt mit 12
13. April 1993		10
19. April 1993	8,75	9,75
23. April 1993	8,5	9,5
29. April 1993	8,25	9,25
7. Mai 1993	8	9
13. Mai 1993	7,75	8,75
24. Mai 1993	7,5	8,5
14. Juni 1993	7,25	8,25
21. Juni 1993	7	8
5. Juli 1993	6,75	7,75
22. Juli 1993		ausgesetzt
6. August 1993		wiedereingesetzt mit 10
9. September 1993		7,75
22. Oktober 1993		7,25
25. Oktober 1993	6,45	

noch Tabelle 7

Datum	
	noch Frankreich
1992	
10. Dezember	Die Banque de France beschließt ein Geldmengenziel für das Jahr 1993. Die Geldmenge M3 soll im Verlauf des Jahres 1993 um 4 vH bis 6,5 vH zunehmen.
1993	
10. Mai	Der französische Premierminister legt ein Maßnahmenpaket zur Sanierung des Staatshaushaltes *(Plan de redressement)* vor. Wesentliche Elemente auf der Einnahmenseite sind: Erhöhung der Zusatzsteuer auf mittlere und höhere Einkommen CSG *(contribution sociale généralisée)* ab 1. Juli 1993 um 1,3 Prozentpunkte auf 2,4 vH des Bruttoeinkommens (jährliche Mehreinnahmen 50 Mrd Franken); Erhöhung der Treibstoffsteuern um 28 cts/Liter und der Alkoholsteuer (ausgenommen auf Bier und Wein) um 16 vH (jährliche Mehreinnahmen 17 Mrd Franken). Ausgabeneinsparungen in Höhe von 30 Mrd Franken in diesem und im nächsten Jahr sind in der gesetzlichen Krankenversicherung geplant, weitere 20 Mrd Franken sollen in anderen Bereichen, vornehmlich bei den Verteidigungsausgaben, eingespart werden. Gleichzeitig werden konjunkturstimulierende Maßnahmen im Umfang von knapp 13 Mrd Franken verabschiedet. Davon entfallen 7 Mrd Franken auf Beschäftigungsförderungsprogramme und 6 Mrd Franken auf Steuervergünstigungen und Investitionsförderungsmaßnahmen.
25. Mai	Die französische Regierung begibt eine außerordentliche rund 40 Mrd Franken umfassende Staatsanleihe zur Finanzierung konjunktur- und beschäftigungspolitischer Maßnahmen *(Balladur-Anleihe)*. Aufgrund der hohen Überzeichnung — die Anleihe brachte rund 110 Mrd Franken ein — wurde folgende Verwendung beschlossen: 35 Mrd Franken für die vorzeitige Rückerstattung der den Unternehmen zustehenden Vorsteuern, 20 Mrd Franken für die Berufsausbildung, 8 Mrd Franken zur Renovierung von Schulen und 7 Mrd Franken für die berufliche Weiterbildung von Jugendlichen. Wie beabsichtigt werden 40 Mrd Franken der gesamten Anleihe im Verlauf der Privatisierung verschiedener Staatsunternehmen in Kapitalanteile umgewandelt.
12. Juni	Die Nationalversammlung billigt das Gesetz über die Unabhängigkeit der Banque de France, am 3. Juli auch der Senat.
23. Juni	Regierung, Gewerkschaften und Arbeitgeber einigen sich darauf, ab 1. August 1993 bis Ende 1996 die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung von 5,7 vH auf 5,6 vH der Bruttoeinkommen zu erhöhen, erhoffte Mehreinnahmen pro Jahr 15,3 Mrd Franken.
30. Juni	Die Nationalversammlung billigt die Anhebung des Mindestlohnes (SMIC) um 2,3 vH mit Wirkung zum 1. Juli.
3. August	Der französische Verfassungsrat hat das Gesetz über die Unabhängigkeit der Banque de France für verfassungswidrig erklärt. Zur Begründung heißt es, die Zentralbank könne keine Kompetenz zur Festlegung der Geld- und Währungspolitik erhalten, solange der Maastricht-Vertrag über die Europäische Union nicht in Kraft sei.
19. August	Der Arbeitsminister stellt einen Fünfjahresplan zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit vor. Er enthält 55 Vorschläge, so unter anderem: Dezentralisierung der öffentlichen Arbeitsverwaltung, gesetzliche Festschreibung des Arbeitsstundensolls auf Jahresbasis, bis 1998 sukzessive Entlastung der Arbeitgeber von Sozialabgaben auf Löhnen, die weniger als 150 vH des Mindestlohnes betragen.
23. September	Die französische Regierung stellt ihren Budgetentwurf für 1994 vor. Er geht von einem staatlichen Budgetdefizit von 299,7 Mrd Franken (4,1 vH in Relation zum Bruttoinlandsprodukt) aus nach rund 318 Mrd Franken im Jahre 1993. In den Haushaltsentwurf gehen Senkungen bei der Einkommensteuer mit Mehrbelastungen bei indirekten Steuern und Sozialabgaben einher, so daß die Abgabenquote 1994 auf 44,4 vH in Relation zum Bruttoinlandsprodukt steigt (1993: 43,6 vH).
1992	**Großbritannien**
12. November	In seiner traditionellen Herbstrede gibt der Schatzkanzler eine Reduktion des Mindestausleihsatzes (base rate) der Bank of England von 8 % auf 7 % mit Wirkung vom 13. November bekannt. Zugleich wird ein finanzpolitisches Programm zur Konjukturstimulierung (u. a. Stützung von Infrastrukturprojekten und zusätzliche Abschreibungsmöglichkeiten) mit einem Volumen von 4 Mrd Pfund vorgelegt.
8. Dezember	Das Schatzamt beruft sieben unabhängige Ökonomen von Rang in eine neue Beratergruppe.
1993	
22. Januar	Die Pläne zur Privatisierung der Eisenbahn werden bekannt: Das Streckennetz bleibt in staatlichem Besitz, das Frachtgeschäft wird verkauft und die Personenbeförderung ab 1994 Franchise-Unternehmen übertragen werden.
26. Januar	Die Bank of England senkt den Leitzins auf 6 %.

Datum	
noch 1993	noch Großbritannien
16. März	Der Haushaltsplan für das nächste Finanzjahr 1993/94 (1. April 1993 bis 31. März 1994) sieht einen Fehlbetrag der öffentlichen Haushalte von etwa 46 Mrd Pfund (7,2 vH in Relation zum Bruttoinlandsprodukt) vor. Im Haushaltsjahr 1994/95 werden bereits Steuererhöhungen im Umfang von 6,5 Mrd Pfund und von 10,5 Mrd Pfund im Haushaltsjahr 1995/96 berücksichtigt. Die Mehreinnahmen sollen in folgenden Bereichen erzielt werden: Anhebung der Sozialversicherungsbeiträge der Arbeitnehmer um einen Prozentpunkt auf 10 vH, Verbreiterung der Mehrwertsteuerbemessungsgrundlage durch Einbeziehung des Energieverbrauchs der privaten Haushalte (1994/95 zum ermäßigten Satz von 8 vH, danach zum Normalsatz), reale Erhöhung der Steuer auf Kraftstoffe für Straßenfahrzeuge um 3 vH jährlich, Beschränkung der Einkommensteuerfreibeträge für Ehepaare und der Abzugsmöglichkeit für Hypothekenzinsen auf die Eingangszone des Einkommensteuertarifs.
2. August	Die britische Regierung hat den Maastricht-Vertrag über die Europäische Union mit der Hinterlegung der Dokumente im römischen Außenministerium ratifiziert.
	Italien
	Entwicklung von Notenbankzinsen (%)

Gültig ab	Diskontsatz	Lombardsatz
13. November 1992	13	
23. Dezember 1992	12	13
4. Februar 1993	11,5	12,5
23. April 1993	11	12
19. Mai 1993	10,5	11,5
14. Juni 1993	10	11
6. Juli 1993	9	10
10. September 1993	8,5	9,5
22. Oktober 1993	8	9

1992	
30. Dezember	Die Regierung beschließt die Anpassung der Mehrwertsteuer an die EG-Vorschriften. So wird die Mehrwertsteuer auf Automobile gesenkt, die für Zucker, Kaffee, Wein und Bier jedoch deutlich angehoben.
1993	
18. Januar	Die EG-Finanzminister gewähren Italien einen Zahlungsbilanzkredit mit einer mittleren Laufzeit von sechs Jahren in Höhe von 8 Mrd ECU.
5. Februar	Das Schatzamt erläßt ein Dekret, das mit Wirkung vom 15. Februar die obligatorischen Mindestreserven der Kreditinstitute bei der Zentralbank senkt. Für Einlagen mit weniger als 18 Monaten Laufzeit wird der Mindestreservesatz von 22,5 % auf 17,5 % reduziert, während für längerfristige Einlagen der Satz von 22,5 % auf 10 % sinken soll.
6. März	Die italienische Regierung setzt ein Programm zur Beschäftigungsausweitung (vor allem in der Rüstungsindustrie, der Landwirtschaft, dem Tourismus und in kleinen und mittleren Unternehmen) und zum Ausbau der Arbeitslosenunterstützung in Kraft. Dadurch wird der öffentliche Haushalt innerhalb von 3 Jahren mit 7 Bio Lire belastet.
21. Mai	Die Regierung bringt einen Nachtragshaushalt ein, um das Budgetdefizit auf 150 Bio Lire zu begrenzen. Das Korrekturpaket sieht fiskalische Mehreinnahmen von knapp 6 Bio Lire vor und Ausgabenkürzungen im gleichen Umfang.
3. Juli	Nach Abschaffung der *scala mobile* einigen sich Regierung, Gewerkschaften und Arbeitgeber auf ein neues System der Tarifverhandlungen. Es ist vorgesehen, auf nationaler Ebene alle 4 Jahre über die allgemeinen Rahmenbedingungen zu verhandeln und alle 2 Jahre Lohnverhandlungen zu führen. Die Lohnsteigerungen sollen sich an der erwarteten Inflation orientieren.
13. Juli	Die italienische Regierung plant für das kommende Jahr Steuererhöhungen von 3 Bio Lire und Ausgabeneinsparungen von 28 Bio Lire, um so das Budgetdefizit auf rund 144 Bio Lire (8,7 vH in Relation zum Bruttoinlandsprodukt) zurückzuführen. Ohne Zinsaufwendungen soll ein Primärüberschuß von 31 Bio Lire erzielt werden.

Datum	
	Niederlande Entwicklung von Notenbankzinsen (%)

Gültig ab	Diskontsatz	Lombardsatz
11. Dezember 1992	7,75	8,25
8. Januar 1993	7,50	8,00
11. März 1993	7,25	7,75
19. März 1993	7,00	7,50
29. April 1993	6,75	7,25
13. Mai 1993	6,50	7,00
28. Mai 1993	6,25	6,75
2. Juli 1993	6,00	6,50
30. Juli 1993	5,75	6,25
9. September 1993	5,50	6,00
22. Oktober 1993	5,25	6,75

1992	
12. November	Regierung, Arbeitgeber und Gewerkschaften einigen sich auf einen Lohnstopp für die ersten beiden Monate des Jahres 1993.
1993	
23. September	Der Haushaltsplan der niederländischen Regierung für 1994 sieht mit einem Finanzierungsdefizit von 3,9 vH in Relation zum Nettosozialprodukt (20,6 Mrd Gulden) eine ähnlich hohe Defizitquote wie im Vorjahr (3,8 vH) vor. Der Budgetentwurf enthält unter anderem steuerliche Erleichterungen für Arbeitnehmer und Ausgaben für staatliche Arbeitsmarktprogramme.
1992	**Norwegen**
11. Dezember	Das Finanzministerium entscheidet sich, die gut zweijährige einseitig ausgesprochene Bindung der norwegischen Krone an den ECU aufzugeben und die Währung fortan frei floaten zu lassen.
1993	
29. April	Die norwegische Notenbank nimmt ihren Tagesgeldausleihsatz von 8 % auf 7,75 % zurück, nachdem er bereits am 26. April um einen viertel Prozentpunkt gesenkt worden war.
15. Oktober	Die norwegische Regierung stellt ihren Etatentwurf für 1994 vor. Sie beabsichtigt, die Staatsausgaben mit real 1 vH schwächer als in den Vorjahren steigen zu lassen, um so die Neuverschuldung auf 3,4 vH in Relation zum Bruttoinlandsprodukt zu begrenzen.
	Österreich Entwicklung von Notenbankzinsen (%)

Gültig ab	Diskontsatz	Lombardsatz	Wertpapier-kostgeschäfte
8. Januar 1993	7,875		8,4
22. Januar 1993			8,3
5. Februar 1993	7,5	8,75	8
19. März 1993	7	8,5	
2. April 1993			7,85
23. April 1993		8,25	7,7
30. April 1993	6,75	8	7,4
13. Mai 1993	6,5	7,75	7,3
28. Mai 1993	6,25	7,5	7,1
22. Juni 1993			7
2. Juli 1993	6	7,25	6,75
2. August 1993			6,6
10. September 1993	5,75	6,75	6,5
21. Oktober 1993	5,25	6,25	6,2

1993	
20. Oktober	Der Haushaltsentwurf der österreichischen Regierung für 1994 sieht bei Ausgaben von 709 Mrd Schilling und Einnahmen von 629,6 Mrd Schilling ein Finanzierungsdefizit von 3,6 vH in Relation zum Bruttoinlandsprodukt (1993: 4,4 vH) vor.

Datum	
	Schweden Entwicklung von Notenbankzinsen (%)

Gültig ab	Diskontsatz	Lombardsatz
4. Dezember 1992		11,5
16. Dezember 1992		11
5. Januar 1993	9	10,5
9. Februar 1993		9,75
2. April 1993	7	
22. April 1993		9,5
29. April 1993		9,25
17. Mai 1993		9
25. Mai 1993		8,75
5. Juli 1993	6	8,5
9. August 1993		8,25
16. August 1993		8

1992	
19. November	Um die Spekulation gegen die Krone zu bremsen, wird zunächst der Zinssatz für Tagesgeld von 11,5 % auf 20 % erhöht, dann aber die Koppelung der schwedischen Krone an den ECU aufgegeben und der Zinssatz wieder auf 12,5 % zurückgenommen. Die Krone gerät daraufhin unter starken Abwertungsdruck.
1993	
11. Januar	Die Regierung legt den Budgetentwurf für das am 1. Juli 1993 beginnende Fiskaljahr 1993/94 vor. Er sieht bei einem Ausgabenrahmen von 521 Mrd Kronen mit 162,3 Mrd Kronen (11,1 vH in Relation zum Bruttoinlandsprodukt) ein rückläufiges Defizit vor; im Etat ist ein Sparpaket von rund 17 Mrd Kronen enthalten.
15. Januar	Die Riksbank kündigt an, künftig ein Teuerungsziel zu verfolgen. Geldmengenziele werden nicht formuliert. Mittelfristig soll der jährliche Anstieg der Verbraucherpreise auf 2 vH (mit einem Toleranzbereich von 1 vH nach beiden Seiten) begrenzt werden.
1992	**Schweiz**
6. Dezember	In einem Referendum (Wahlbeteiligung: 78,3 vH) wird der Beitritt zum Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) mit 50,3 vH der Stimmen (in 16 von 23 Kantonen) abgelehnt.
11. Dezember	Die Schweizerische Nationalbank hält an ihrem mittelfristigen Geldmengenziel fest. Die Notenbankgeldmenge soll in den nächsten 3 bis 5 Jahren um jahresdurchschnittlich 1 vH zunehmen.
1993	
8. Januar	Die Nationalbank senkt den Diskontsatz von 6 % auf 5,5 %.
19. März	Erneut wird der Diskontsatz um einen halben Prozentpunkt auf 5 % gesenkt.
2. Juli	Die Nationalbank reduziert den Diskontsatz auf 4,5 %.
22. Oktober	Im Zuge einer Europäischen Zinssenkungsrunde senkt die Nationalbank den Diskontsatz auf 4,25 %.

Spanien

Entwicklung von Notenbankzinsen (%)

Gültig ab	Satz für Notenbankkredite
23. November 1992	13,75
22. Januar 1993	13,5
12. Februar 1993	13
14. Mai 1993	11,5
24. Mai 1993	11,25
2. Juli 1993	11
2. August 1993	10,5
3. September 1993	10
14. Oktober 1993	9,5
22. Oktober 1993	9,25

noch Tabelle 7

Datum	
1992	noch Spanien
22. November	Die Peseta wird gegenüber den anderen am Wechselkursmechanismus des EWS teilnehmenden Währungen mit Ausnahme des Escudo um je 6 vH abgewertet.
2. Dezember	Die Zentralbank Banco de España gibt ein Geldmengenziel bekannt. Die Geldmenge ALP soll 1993 um 4,5 vH bis 7,5 vH wachsen.
15. Dezember	Die Zentralbank reduziert das Mindestreserveerfordernis für Einlagen von 4,5 vH auf 3 vH, um EG-Bestimmungen zu entsprechen.
1993	
11. Januar	Der Mindestlohn wird für 1993 um 4 vH auf 58 530 Pts/Monat und auf 38 670 Pts/Monat für Arbeitnehmer unter 18 Jahren erhöht.
30. September	Die Regierung legt den Budgetentwurf für 1994 vor. Er zielt darauf ab, mit Ausgabeneinsparungen das gesamtstaatliche Finanzierungsdefizit auf 5,7 vH in Relation zum Bruttoinlandsprodukt (1993: 6½ vH) zu begrenzen.
15. Oktober	Die spanische Regierung verabschiedet einen Gesetzentwurf, der der Zentralbank mehr Unabhängigkeit sichern soll. Künftig wird die Zentralbank die monetären Ziele festlegen und für die Preisstabilität verantwortlich sein.

Teil B

Die wirtschaftliche Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland

I. Die deutsche Wirtschaft im Jahre 1993

42. Wie in den meisten europäischen Industrieländern ist die wirtschaftliche Entwicklung im Jahre 1993 auch in Deutschland enttäuschend verlaufen. Die westdeutsche Wirtschaft stand im Zeichen einer tiefen Rezession, in die sie Ende 1992 hineingerutscht war. Der Abwärtstrend kam zwar im zweiten Quartal zum Stillstand, aber die Wirtschaft konnte 1993 nicht wieder auf einen Expansionskurs einschwenken. So fällt die wirtschaftliche Bilanz dieses Jahres in den alten Bundesländern insgesamt ernüchternd aus. Das Produktionsvolumen lag um mehr als 2 vH unter dem Stand des Vorjahres, die realen Ausrüstungs- und Bauinvestitionen der Unternehmen (ohne Wohnungsbau) gingen um 12 vH zurück, und die Anzahl der Erwerbstätigen sank um etwa eine halbe Million Personen (Tabelle 8). Enttäuschend ist vor allem, daß auch am Ende des Jahres 1993 noch keine gefestigte Zuversicht in die weitere Entwicklung festzustellen ist.

Die Rezession in Westdeutschland und in anderen Industrieländern hatte auch für die wirtschaftliche Entwicklung in den neuen Bundesländern nachteilige Folgen. Der Anstieg der Investitionen flachte sich ab; unter anderem deshalb, weil westdeutsche Unternehmen ihre Investitionsausgaben in den neuen Bundesländern nicht mehr so stark ausweiteten wie in den vergangenen Jahren. Für viele neugegründete und privatisierte Unternehmen wurde es infolge der allgemeinen Konjunkturschwäche und der Verschärfung des internationalen Wettbewerbs noch schwieriger, die Marktanteile ihrer Produkte zu verteidigen oder gar neue Absatzmärkte zu erschließen. Trotz dieser schwierigen Bedingungen stieg die Produktion in den neuen Bundesländern weiter an, langsamer zwar als 1992, aber mit 6½ vH gleichwohl noch beträchtlich. Zu dem Produktionsanstieg trug außer einer weiterhin lebhaften Baukonjunktur bei, daß in wichtigen Zweigen des Verarbeitenden Gewerbes, auch solchen, die nicht direkt von der Baukonjunktur profitieren, die Investitionsprojekte der vergangenen Jahre offenbar ausreiften und Produktionsanlagen in Betrieb genommen wurden. Die Beschäftigungsentwicklung stabilisierte sich im Verlauf des Jahres, gleichwohl nahm die Anzahl der Erwerbstätigen im Jahresdurchschnitt um 200 000 ab.

Der Beschäftigungsrückgang, der sich in Ost- und Westdeutschland zusammen auf rund 720 000 Personen belief, hat das Ungleichgewicht am deutschen Arbeitsmarkt weiter vergrößert. Obwohl auch das Arbeitskräfteangebot im Jahre 1993 etwas zurückging, stieg die Unterbeschäftigung rapide an. Am Jahresende dürften in Deutschland rund 3,6 Millionen Personen als arbeitslos registriert sein; hinzu kommen weitere 2,1 Millionen Personen, deren Arbeitsplätze mit Hilfe von Kurzarbeitergeld und Lohnkostenzuschüssen subventioniert sind oder die durch Maßnahmen der Arbeitsmarktpolitik abgesichert werden.

43. Die Stärke des konjunkturellen Abschwungs in den **alten Bundesländern,** der die gesamtwirtschaftliche Produktion vom vierten Quartal des Jahres 1992 bis zum ersten Quartal des Jahres 1993 um rund 3 vH sinken ließ, war in nahezu allen Prognosen, so auch der des Sachverständigenrates, unterschätzt worden. An den vorlaufenden Indikatoren war ein derart starker Abschwung vor einem Jahr nicht zu erkennen gewesen. Auch erschien die einjährige Stagnationsphase, die dem Produktionseinbruch vorausgegangen war, nicht als Vorbote einer tiefen Rezession, sondern eher als Korrektur der konjunkturellen Übersteigerungen in den Jahren 1990 und 1991, die die Wirtschaft in eine Situation starker Überauslastung geführt hatten. Tatsächlich blieb es aber nicht bei einer Korrektur; der Grad der Kapazitätsauslastung fiel deutlich unter das Normalniveau, den langfristigen Durchschnittswert, zurück, und die Wirtschaft geriet in eine Rezession, vergleichbar in der Stärke der der Jahre 1981/82. Trotz freiwerdender Produktionskapazitäten und rückläufiger Nachfrage blieb der Preisniveauanstieg hartnäckig hoch. Das war nicht auf eine Verteuerung industrieller Güter zurückzuführen, deren Preise nahezu stabil blieben, sondern in erster Linie dem anhaltenden Anstieg der Preise für Wohnungsnutzung, Bauleistungen und für viele Dienstleistungen sowie einer kräftigen Erhöhung der staatlich administrierten Preise und nicht zuletzt auch der Mehrwertsteueranhebung zu Beginn des Jahres 1993 zuzuschreiben.

44. Daß es nicht bei einer Normalisierung der Konjunktur blieb, der Abschwung sich vielmehr verstärkte, hatte nicht allein mit einer Schwäche der Binnennachfrage, sondern auch mit einem Rückgang des deutschen Exports zu tun. Nachdem das Ausfuhrvolumen bereits in dem Zeitraum von 1990 bis 1992 nicht mehr angestiegen war, dürfte es im Jahre 1993 um über 12 vH zurückgegangen sein. Die Hoffnungen, die man in eine Wiederbelebung der Weltkonjunktur in der zweiten Hälfte des Jahres 1992 gesetzt hatte, wurden nicht erfüllt, vielmehr verstärkten sich die rezessiven Tendenzen gerade in der europäischen Wirtschaft aufs Neue. Nachteilig wirkte es sich für deutsche Exporteure aus, daß die Nachfrageschwäche im Ausland insbesondere die Investitionsgütermärkte erfaßte, die einen Großteil des deutschen Exports aufnehmen. Dies sowie eine Verteuerung deutscher Exportprodukte durch eine Höherbewertung der D-Mark gegenüber den meisten europäischen Währungen erschwerten das Exportgeschäft. Nicht zu übersehen sind allerdings auch Anzeichen dafür, daß die bisherige Wettbewerbsstärke deutscher Unternehmen nachgelassen haben könnte. So haben deutsche Anbieter in den letzten Jahren nicht in dem Maße wie ihre Konkurrenten aus anderen Ländern an dem

Tabelle 8

Wirtschaftliche Eckdaten

	Einheit	1980	1981	1982	1983	1984
Bruttoinlandsprodukt	vH[3]	*1,0*	*0,1*	*–0,9*	*1,8*	*2,8*
Inlandsnachfrage[4]	vH[3]	*0,6*	*–2,3*	*–2,2*	*2,4*	*1,9*
Ausrüstungsinvestitionen	vH[3]	*2,3*	*–4,9*	*–7,7*	*5,6*	*–1,4*
Bauinvestitionen	vH[3]	*2,2*	*–5,0*	*–4,1*	*1,7*	*1,1*
Privater Verbrauch	vH[3]	*1,2*	*–0,6*	*–1,3*	*1,5*	*1,8*
Staatsverbrauch	vH[3]	*2,6*	*1,8*	*–0,9*	*0,2*	*2,5*
Ausfuhr[5]	vH[3]	*5,2*	*7,2*	*3,9*	*–0,8*	*8,2*
Einfuhr[5]	vH[3]	*3,6*	*–3,1*	*–1,1*	*1,4*	*5,2*
Außenbeitrag[6]	Mrd DM	23,05	71,37	95,98	85,80	106,17
Nachrichtlich: Außenbeitrag[6] (nominal)	Mrd DM	–6,85	12,32	38,14	33,51	43,26
Erwerbstätige (Inland)	Tausend[7]	412	–29	–321	–379	42
Arbeitslosenquote[8]	vH	*3,6*	*5,1*	*7,2*	*8,8*	*8,8*
Lohnstückkosten[9]	vH[10]	*7,4*	*4,6*	*4,0*	*0,4*	*0,7*
Terms of Trade[11]	vH[10]	*–7,7*	*–6,9*	*1,9*	*2,1*	*–2,3*
Verbraucherpreise[12]	vH[10]	*5,5*	*6,3*	*5,2*	*3,3*	*2,4*
Umlaufsrendite festverzinslicher Wertpapiere[13]	Prozent	*8,6*	*10,6*	*9,1*	*8,0*	*7,8*
Gewinn-Erlös-Relation[14]	vH[15]	*–2,3*	*–1,4*	*–0,6*	*1,9*	*0,5*
Realer Wechselkurs[16]	vH[10]	*–5,6*	*–9,6*	*1,5*	*0,4*	*–4,8*

[1] 1993 eigene Schätzung.
[2] 1994 Prognose.
[3] In Preisen von 1991; Veränderung gegenüber dem Vorjahr.
[4] Letzte inländische Verwendung (Privater Verbrauch, Staatsverbrauch, Anlageinvestitionen und Vorratsveränderung).
[5] Waren und Dienstleistungen (ohne Erwerbs- und Vermögenseinkommen). Ausfuhr und Einfuhr enthalten den Güterverkehr mit den neuen Bundesländern und Berlin-Ost.
[6] Ausfuhr abzüglich Einfuhr.
[7] Veränderung in Tausend.
[8] Anteil der Arbeitslosen an den abhängigen Erwerbspersonen (beschäftigte Arbeitnehmer nach dem Inländerkonzept plus Arbeitslose).

Wachstum besonders dynamischer Märkte teilgehabt. Das gilt zum Beispiel im Hinblick auf die Wachstumsregionen in Ost- und Südostasien, aber auch im Hinblick auf dynamisch wachsende Produktmärkte etwa im Bereich der Elektrotechnik, der Telekommunikation und der Informationstechnologie.

Die binnenwirtschaftliche Entwicklung in Deutschland, der größten Volkswirtschaft Europas, hat entscheidenden Einfluß auf die Lage in anderen Ländern dieses Wirtschaftsraums. Nachlassende Auftriebskräfte in Deutschland schmälern die Expansionsmöglichkeiten anderer Länder und vermindern damit indirekt auch die Absatzchancen deutscher Exporteure. Dieser wechselseitige Zusammenhang war auch im Jahre 1993 zu beobachten. Aufgrund der ausgeprägten Nachfrageschwäche in Deutschland ist das Einfuhrvolumen aus dem Ausland im Jahre 1993 schätzungsweise um 10½ vH unter den Vorjahresstand gesunken, und davon waren vor allem europäische Länder betroffen.

45. Die Gründe für die starke Kontraktion der Nachfrage im Jahre 1993 waren bereits in der starken konjunkturellen Überhitzung und den sich ausweitenden Verteilungskonflikten der vorangegangenen Jahre angelegt. Der Aufschwung nach der deutschen Vereinigung, der zu einem erheblichen Teil staatlichen Nachfrageimpulsen zu verdanken war, ließ die Auslastung der Produktionskapazitäten im Jahre 1991 auf den bislang höchsten Wert seit 1970 ansteigen. Die Geldentwertung beschleunigte sich, verstärkt durch Lohnabschlüsse, die seit 1990 weit über der Produktivitätszunahme gelegen hatten. Das veranlaßte die Notenbank, ihre Zinssätze schrittweise anzuheben, was den Satz für Tagesgeld bis Mitte 1992 auf fast zehn Prozent hochtrieb. Es war absehbar, daß diese Konfliktlage in der Wirtschaftspolitik die Wachstumskräfte schwächen würde (JG 92 Ziffern 62f., Ziffern 278ff.). Der Zinsanstieg dämpfte die Expansion der Nachfrage, die Ertragsmargen der Produktionsunternehmen gerieten unter Druck, und die hohe Kapazitätsauslastung der Unternehmen ging — auch aufgrund einer nachlassenden Auslandsnachfrage — schnell zurück. Damit wurden wie schon in früheren Zyklen in der Hochkonjunktur die Gründe für einen zyklischen Abwärtsprozeß angelegt. Spezifisch für die Rezession des Jahres 1993 war es allerdings, daß die mehrere Monate anhaltende öffentliche Auseinan-

für das frühere Bundesgebiet

1985	1986	1987	1988	1989	1990	1991	1992	1993 [1]	1994 [2]
2,0	*2,3*	*1,5*	*3,7*	*3,6*	*5,7*	*4,5*	*1,6*	*– 2*	*–0*
1,0	*3,3*	*2,4*	*3,6*	*2,9*	*5,2*	*3,6*	*1,5*	*– 2½*	*–1*
8,6	*3,7*	*4,5*	*6,3*	*8,8*	*13,2*	*9,1*	*–3,9*	*–15½*	*–2*
–5,9	*3,1*	*0,0*	*3,1*	*4,4*	*4,9*	*3,6*	*5,5*	*– ½*	*1*
1,7	*3,5*	*3,4*	*2,7*	*2,8*	*5,2*	*4,5*	*1,7*	*– 1*	*–1½*
2,1	*2,5*	*1,5*	*2,1*	*–1,6*	*2,2*	*0,3*	*3,2*	*– 1*	*–1*
7,6	*–0,6*	*0,4*	*5,5*	*10,2*	*10,4*	*13,7*	*3,7*	*– 8½*	*2½*
4,5	*2,7*	*4,2*	*5,1*	*8,3*	*9,4*	*12,1*	*3,9*	*–10½*	*½*
128,41	111,72	93,45	100,43	120,63	138,88	168,66	173,04	174	190
63,87	99,91	99,96	109,71	120,14	142,88	168,66	194,59	205½	220
196	367	194	211	397	821	748	260	–517	–550
8,9	*8,5*	*8,5*	*8,4*	*7,6*	*6,9*	*6,1*	*6,5*	*8*	*10*
1,6	*2,7*	*2,4*	*0,1*	*0,7*	*2,0*	*3,9*	*4,7*	*3½*	*1*
1,2	*16,5*	*4,7*	*0,8*	*–1,6*	*2,4*	*0,9*	*4,4*	*2½*	...
2,0	*–0,1*	*0,2*	*1,3*	*2,8*	*2,7*	*3,5*	*4,0*	*4*	*3*
6,9	*6,0*	*5,8*	*6,0*	*7,1*	*8,9*	*8,7*	*8,1*	*6½*	...
0,6	*1,5*	*0,2*	*1,0*	*0,0*	*0,8*	*–0,6*	*–0,9*	*–1½*	...
–2,8	*6,1*	*3,6*	*–2,8*	*–2,5*	*3,0*	*–2,4*	*3,6*	*4½*	...

[9]) Berechnet als: Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit je beschäftigten Arbeitnehmer in Relation zum Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1991 je Erwerbstätigen (Produktivität).
[10]) Veränderung gegenüber dem Vorjahr.
[11]) Index der Ausfuhrpreise in Relation zum Index der Einfuhrpreise.
[12]) Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte (1985 = 100).
[13]) Inhaberschuldverschreibungen mit einer längsten Laufzeit gemäß Emissionsbedingungen von über 4 Jahren, soweit ihre mittlere Restlaufzeit mehr als 3 Jahre beträgt; Quelle: Deutsche Bundesbank.
[14]) Unternehmen ohne die Wirtschaftsbereiche Landwirtschaft, Forstwirtschaft, Fischerei, Kreditinstitute, Versicherungsunternehmen und Wohnungsvermietung. Zur Berechnung siehe Anhang IV, Abschnitt B.
[15]) Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozentpunkten.
[16]) Außenwert der D-Mark auf Basis der Verbraucherpreise; Quelle: Deutsche Bundesbank.

dersetzung über die Konsolidierung der Staatsfinanzen und einen gesellschaftlichen Solidarpakt bei Investoren und Konsumenten zu großer Unsicherheit darüber führte, ob die Wirtschaftspolitik noch in der Lage ist, zugleich die Herausforderung der wirtschaftlichen Integration Deutschlands und die Konsolidierung der Staatsfinanzen ohne nachhaltigen Schaden für die Wachstumsdynamik der Wirtschaft zu bewältigen.

Die kontraktiven Effekte im Inland haben sich, wie in vergleichbaren früheren Konjunkturphasen, wechselseitig verstärkt. Der massive Rückgang der Investitionsgüternachfrage führte zu entsprechenden Auftragseinbußen und zunehmender Unterauslastung im Investitionsgüter produzierenden Gewerbe; der Personalabbau in den Unternehmen schmälerte den Anstieg des verfügbaren Einkommens und trug so dazu bei, daß der Private Verbrauch dem Volumen nach um knapp 1 vH zurückging. Das minderte den Auftragseingang im Konsumgüterbereich und führte dort zu Anpassungen in der Kapazitäts- und Personalplanung. Der Rückgang der Beschäftigung, der der Produktions- und Absatzentwicklung wie in anderen Rezessionsphasen mit leichter Verzögerung folgte, fiel auffallend stark aus. Vieles spricht dafür, daß die Wirtschaft in den Jahren, in denen sie dank der deutschen Einheit eine Sonderkonjunktur hatte, Kostensenkungspotentiale nicht in vollem Umfang genutzt hat. Die Rezession hat deutlich gemacht, daß Versäumtes um so dringlicher angegangen werden muß, was nun mehr und mehr auch geschieht.

46. Wann das Ende von konjunkturellen Abwärtsprozessen erreicht ist, läßt sich allgemein nur schwer vorhersagen. So herrscht auch diesmal Unsicherheit darüber, ob die Stabilisierung der Produktion, die im zweiten und im dritten Quartal zu beobachten war, das Ende der Rezession darstellt. Nach unserer Einschätzung gibt es mehrere Gründe für die Annahme, daß die konjunkturelle Grundtendenz in der nächsten Zeit nicht weiter nach unten gerichtet sein wird, auch wenn die zum Jahresbeginn bevorstehende Anhebung der Mineralölsteuer und der Sozialversicherungsbeiträge im ersten Quartal 1994 zu einem weiteren Produktions- und Nachfragerückgang führen dürfte. Wichtig erscheint insbesondere, daß sich die Nachfrage aus dem Ausland seit Jahresbeginn wieder leicht belebt hat, was bislang noch nicht zu steigenden

Exportzahlen führte, aber die Geschäftserwartungen der Unternehmen positiv beeinflußt hat. Auf der Angebotsseite wirkte es sich günstig aus, daß der durchschnittliche Tariflohnanstieg mit knapp 4 vH deutlich niedriger lag als im Jahre 1992 (5,9 vH). Da überdies stabile Importpreise den Unternehmen günstige Vorleistungsbezüge aus dem Ausland ermöglichten, fiel die Gewinn-Erlös-Relation in der Gesamtwirtschaft nicht so stark zurück, wie es in früheren Zyklen der Fall gewesen war. Im Verarbeitenden Gewerbe ist es allerdings auch im Jahre 1993 zu einem äußerst starken Ertragseinbruch gekommen.

47. Die schlechte Konjunkturlage bei anhaltend hoher Geldentwertung und rascher monetärer Expansion stellte die Deutsche Bundesbank vor ein schwieriges Abwägungsproblem. Sie entschied sich dafür, die Notenbankzinsen in mehreren Schritten zu senken und so das Niveau der Zinssätze am Geldmarkt, das im August 1992 noch bei 9,7 Prozent gelegen hatte, auf inzwischen knapp 6,5 Prozent zurückzuführen. Neben konjunkturellen Erwägungen dürfte dabei auch das Bestreben eine Rolle gespielt haben, den europäischen Partnerländern die Stabilisierung ihrer Währungen im Rahmen der engen Bandbreiten des Europäischen Währungssystems zu erleichtern, die dann im August 1993 letztlich doch aufgegeben wurden. Das Geldmengenziel wurde allerdings nach einer gravierenden Verfehlung im Vorjahr auch im Jahre 1993 nicht erreicht.

Wichtiger als der Rückgang der Geldmarktzinsen war es aus konjunktureller Sicht, daß die Kapitalmarktzinsen trotz einer hohen und hartnäckigen Inflation und trotz einer immens hohen Nettoneuverschuldung des öffentlichen Sektors stark zurückgingen. Die Umlaufsrendite festverzinslicher Wertpapiere fiel im Laufe des Jahres auf knapp 6 Prozent, vor allem weil aus dem Ausland in beträchtlichem Umfang anlagebereite Mittel auf den deutschen Kapitalmarkt flossen. Offenbar setzten die internationalen Kapitalanleger weiterhin Vertrauen darauf, daß die Probleme der hohen Inflation und der steigenden Staatsverschuldung in mittlerer Sicht bewältigt werden können, jedenfalls schätzten sie das Risiko einer Abwertung der D-Mark gering ein.

48. Schwierig einzuschätzen ist es, wie die Finanzpolitik die konjunkturelle Entwicklung des Jahres 1993 beeinflußt hat. Auf der einen Seite haben hohe Finanzierungsdefizite im öffentlichen Gesamthaushalt der Nachfrageentwicklung weitere Impulse gegeben, auch wenn ein größerer Teil des Defizits von 160 Mrd DM auf konjunkturbedingte Einnahmenausfälle und Mehrausgaben zurückging und insoweit nicht als aktiver expansiver Impuls zu werten ist. Auf der anderen Seite, und das erscheint noch wichtiger, hat das Anschwellen der Finanzierungsdefizite zu der allgemeinen Verunsicherung über die wirtschaftlichen Perspektiven und die mittelfristige Entwicklung der öffentlichen Haushalte beigetragen, die die Zurückhaltung von Investoren und Konsumenten und damit die Rezession noch verstärkte. Der Beschluß über das Föderale Konsolidierungsprogramm im März des Jahres und ein weiteres Sparpaket im Juli haben dann zwar wieder mehr Klarheit geschaffen; angesichts der Tatsache, daß dabei die überfällige Neuausrichtung der öffentlichen Ausgaben zu wenig Gewicht bekam und ein Konsolidierungsbeitrag durch massive Steuererhöhungen vorgesehen wurde, dürfte diese Entscheidung aber keinen positiven Einfluß auf die mittelfristigen Einkommenserwartungen der privaten Haushalte und die Wachstumseinschätzung der Unternehmen gehabt haben.

49. Die Wirtschaftslage in den **neuen Bundesländern** hat sich auch unter den erschwerten Bedingungen einer Rezession in Westdeutschland weiter verbessert. Die Produktion stieg zwar etwas langsamer an als im Jahre 1992, in dem nach neuestem Datenstand ein Zuwachs von 9,7 vH erreicht wurde, aber der Produktionsanstieg blieb gleichwohl auch im Jahre 1993 mit rund 6½ vH beträchtlich (Tabelle 9). Hauptträger des Wachstums waren die Bauwirtschaft und das Verarbeitende Gewerbe. Ein deutlich schwächerer Wachstumsbeitrag als im vorangegangenen Jahr kam dagegen von den Dienstleistungsunternehmen.

Obwohl die Produktionsentwicklung in der Industrie insgesamt aufwärtsgerichtet war, blieb die Lage schwierig und nach Branchen stark differenziert. Gerade die Industrieunternehmen bekamen die weitere Verschärfung des Wettbewerbs durch die Rezession in Westdeutschland und anderen westlichen Industrieländern zu spüren. Die zunehmenden Überkapazitäten der westlichen Unternehmen machen es immer schwieriger, in neue Märkte vorzudringen und Anteile im heimischen Markt zu verteidigen oder auszuweiten. In manchen Bereichen, wie der Chemischen Industrie und dem Maschinenbau, ist die Produktion trotz einer leichten Zunahme im zweiten Halbjahr im Jahresdurchschnitt weiter gesunken. In anderen Industriezweigen dagegen, in denen die Investitionen der vergangenen Jahre ausreifen, gibt es Anzeichen für das Entstehen eines wettbewerbsfähigen Angebots. So konnte innerhalb des Investitionsgüter produzierenden Gewerbes und des Verbrauchsgüter produzierenden Gewerbes eine Reihe von Branchen deutliche Zuwächse verzeichnen, darunter waren auch solche, denen die lebhafte Baukonjunktur nicht direkt zugute kam. Überdies gibt es Anzeichen dafür, daß zunehmend auch größere Industriebetriebe ihre Produktion erhöhten, während der Aufwärtstrend der kleineren Betriebe des industriellen Handwerks, der die Expansion im Vorjahr getragen hatte, etwas nachließ.

Zu dem Produktionsanstieg im Jahre 1993 hat die ostdeutsche Bauwirtschaft wesentlich beigetragen. Ihr Expansionstempo verminderte sich nur leicht. Stärkere Impulse als im vergangenen Jahr kamen vom Wohnungsbau, den mehrere Faktoren begünstigten: Es wurden weitere Mietpreissteigerungen ermöglicht, und die Hypothekenzinsen sanken, eine Regelung der Altschuldenfrage ermöglicht es den Wohnungsbaugesellschaften, in Zukunft einen Teil der auf Immobilien ruhenden Altschuldenlast zu verringern, und durch die allmähliche Abarbeitung der gewaltigen Anzahl von Restitutionsansprüchen auf Immobilien wurde dieses nach wie vor schwerwiegende Hemmnis für Bauinvestitionen etwas vermindert.

50. Nicht nur für Wohnbauten, sondern auch für Infrastrukturprojekte und gewerbliche Bauten und Ausrüstungen wurde im Jahre 1993 deutlich mehr als

Tabelle 9

Wirtschaftliche Eckdaten für die neuen Bundesländer und Berlin-Ost

	Einheit	1990	1991		1992		1993		1991	1992	1993[1]	1994[2]
		2. Hj.	1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.	2. Hj.[1]	Jahr			
Bruttoinlandsprodukt (real)[3]	Mrd DM	105,15	84,97	95,90	92,84	105,57	98,64	112	180,87	198,41	211	226½
	vH[4]	.	.	*–8,8*	*9,3*	*10,1*	*6,2*	*6½*	.	*9,7*	*6½*	*7½*
Letzte inländische Verwendung (real)[3]	Mrd DM	156,23	162,27	189,98	187,56	204,22	196,92	215½	352,25	391,78	412½	433½
	vH[4]	.	.	*21,6*	*15,6*	*7,5*	*5,0*	*5½*	.	*11,2*	*5½*	*5*
Erwerbstätige (Inländer)	Tausend	8 459	7 806	7 212	6 755	6 663	6 518	6 490	7 509	6 709	6 505	6 370
	vH[4]	.	.	*–14,7*	*–13,5*	*–7,6*	*–3,5*	*–2½*	.	*–10,7*	*–3*	*–2*
Kurzarbeiter[5]	Tausend	1 515	1 944	1 288	476	264	224	180	1 616	370	200	210
Registrierte Arbeitslose[5][6]	Tausend	433	796	1 030	1 213	1 127	1 138	1 180	913	1 170	1 160	1 270
Preisindex für die Lebenshaltung[7]	Index[8]	95,6	104,4	112,3	119,9	120,9	130,5	131½	108,3	120,4	131	...
	vH[4]	.	.	*17,5*	*14,8*	*7,7*	*8,8*	*9*	.	*11,2*	*9*	...
Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte[10]	Index[9]	62,9	63,2	63,2	63,7	64,0	64,3	64½	63,2	63,8	64½	...
	vH[4]	.	.	*0,5*	*0,8*	*1,3*	*0,9*	*1*	.	*0,9*	*1*	...

[1]) Eigene Schätzung.
[2]) 1994 Prognose.
[3]) In Preisen von 1991.
[4]) Veränderung gegenüber dem Vorjahreszeitraum.
[5]) Quelle bis 1. Halbjahr 1993: BA.
[6]) Durchschnitt aus Monatsendständen (Halbjahresende jeweils zur Hälfte angerechnet).
[7]) Alle Arbeitnehmerhaushalte.
[8]) 2. Halbjahr 1990/1. Halbjahr 1991 = 100.
[9]) 1989 = 100.
[10]) Inlandsabsatz.

im vergangenen Jahr ausgegeben. Zwar haben die westlichen Industrieunternehmen ihre Investitionen in den neuen Bundesländern nicht mehr so stark ausgeweitet wie im Jahre 1992, dafür stiegen aber die Investitionen der Elektrizitätswirtschaft, unter anderem aufgrund der Einigung im Rechtsstreit mit den Kommunen, kräftig an. Schließlich trugen auch die neugegründeten Unternehmen und die Treuhandunternehmen dazu bei, daß die gewerblichen Investitionsausgaben insgesamt mit rund 18 vH kaum langsamer als im Vorjahr stiegen. Deutlich schwächer erhöhten sich die Ausgaben der Gebietskörperschaften, der Deutschen Bundespost Telekom und der Deutschen Reichsbahn zur Verbesserung der Infrastruktur. In Relation zur Einwohnerzahl liegen die Unternehmensinvestitionen in den neuen Bundesländern noch etwas unter, die Infrastrukturinvestitionen dagegen um die Hälfte über den entsprechenden Niveaus in den alten Bundesländern.

Die hohen Investitionen in die Infrastruktur haben diese leistungsfähiger gemacht und damit die Bedingungen für private Investitionen verbessert. Zudem erhielten die gewerblichen und kommunalen Investoren nach wie vor eine hohe Förderung. Allein für die Regionalförderung und die ERP-Kredite stand ein Rahmen von rund 24,5 Mrd DM 1993 zur Verfügung; im Jahre 1992 waren es 21,6 Mrd DM gewesen.

51. Trotz der Investitionen in die Erneuerung und Modernisierung des Produktionsapparates und der Infrastruktur reichte die Wettbewerbskraft der Wirtschaft noch nicht aus, um das Ungleichgewicht zwischen dem Nachfragevolumen und dem lokalen Produktionsvolumen in Ostdeutschland wesentlich zu verringern. Die letzte inländische Verwendung von Waren und Diensten ist nach wie vor fast fünfmal so hoch wie das erzeugte Gütervolumen; diese Relation hat sich gegenüber 1992 nur wenig vermindert. Spiegelbild dessen ist, daß im Jahre 1993 mit rund 253 Mrd DM wiederum ein fast fünfmal höheres Gütervolumen aus Westdeutschland und dem Ausland bezogen wurde, als an Lieferungen dorthin verbucht werden konnte (51 Mrd DM). Vielfach fehlt es den Unternehmen noch an wettbewerbsfähigen Produkten, um einen größeren Teil der Nachfrage auf sich zu lenken. Erschwerend kommt hinzu, daß die Lohnkostenbelastung, die im Jahre 1993, gemessen an der Bruttolohn- und -gehaltssumme je beschäftigten Arbeitnehmer, mit 14 vH nochmals sehr stark zugenommen haben dürfte, die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Unternehmen vielfach übersteigt und ihnen somit auch kaum Spielraum läßt, im Preiswettbewerb Vorteile zu erzielen. Allerdings ist die Relation von Lohnkosten und Produktivität von Branche zu Branche unterschiedlich, und einiges deutet darauf hin, daß sie sich im industriellen Bereich im Jahre 1993 verbessert haben könnte.

52. Zu einem vollständigen Bild der deutschen Wirtschaft im Jahre 1993 gehören auch ungelöste Strukturprobleme. In Ostdeutschland wurden bei der Erneuerung der Wirtschaftsstruktur im Jahre 1993 zwar weitere Fortschritte gemacht, gleichwohl wird immer deutlicher, wie groß der Zeitbedarf für das Entstehen wettbewerbsfähiger Industriezweige und einer genügend großen Anzahl an wettbewerbsfähigen Arbeitsplätzen tatsächlich ist. In Westdeutschland hat die tiefe Rezession nicht nur alte Strukturprobleme der Wirtschaft wieder in aller Schärfe ins Blickfeld gerückt, sondern auch das Bewußtsein für neue Erfordernisse des strukturellen Wandels geschärft. Zu den alten Problemen, die mit der deutschen Vereinigung freilich eine größere Dimension gewannen, gehören die durch Subventionen aufrechterhaltenen Produktionskapazitäten im Steinkohlenbergbau, in der Stahlindustrie, bei den Werften sowie in der Landwirtschaft.

Zu diesen alten Strukturschwächen treten aber immer deutlicher neue hinzu. Sie äußern sich darin, daß manche früher wettbewerbsstarke Industriezweige Marktanteile im internationalen Handel einbüßen, daß der Vorsprung im Wettbewerb mit Hochtechnologieprodukten in vielen Bereichen geringer wird und daß die im Wettbewerb stehenden Unternehmen versuchen, sich durch interne Reorganisationen, durch Auslagerung von Wertschöpfungsanteilen und durch das Rückführen des Personalbestandes im weltwirtschaftlichen Strukturwandel zu behaupten. Teilweise sind diese strukturellen Anpassungen in den Unternehmen — wie in früheren Konjunkturzyklen — Folge von Versäumnissen in der vorangegangenen Hochkonjunktur, in der Anstrengungen zur Rationalisierung und Innovation nicht so wichtig erschienen. Teilweise sind sie der Kombination von hohem Lohnkostenanstieg und der Aufwertung der D-Mark zuzuschreiben, die die preisliche Wettbewerbsfähigkeit vieler Industrieunternehmen beeinträchtigte und auch von daher entsprechende Rationalisierungsanstrengungen auslöste. Teilweise sind sie aber auch Folge veränderter Wettbewerbsbedingungen in der Weltwirtschaft, die in den letzten Jahren durch das Vordringen neuer wettbewerbsstarker Anbieter von Hochtechnologieprodukten, aber auch von einfacheren standardisierten Industrieprodukten, jüngst auch aus Osteuropa, gekennzeichnet waren. In diesen strukturellen Veränderungen, die zu Unrecht vielfach nur als eine Bedrohung des wirtschaftlich Erreichten angesehen werden, liegen gewichtige Chancen der deutschen Wirtschaft für ein kräftiges Wachstum der nächsten Jahre, wenn die Wirtschaftspolitik die Weichen richtig stellt (Ziffern 253 ff.).

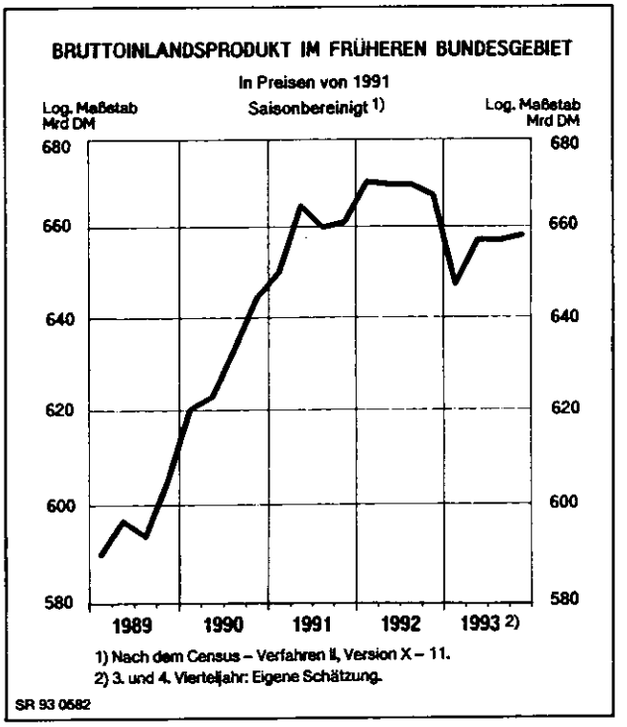
II. Westdeutschland: Scharfe Rezession klingt ab

Abschwung stärker als erwartet

53. Die Wirtschaftsentwicklung in den alten Bundesländern verlief im Jahre 1993 grundlegend anders, als es noch vor Jahresfrist allseits vorausgesagt wurde. Die rezessiven Kräfte waren so stark, daß das Bruttoinlandsprodukt im Jahresdurchschnitt um über 2 vH schrumpfte. Obwohl schon im vorigen Herbst die Gefahr gesehen wurde, daß die Konjunktur auf eine abschüssige Bahn geraten könnte (JG 92 Ziffer 212), hielten wir es für wahrscheinlich, daß die Stagnationsphase, die im dritten Quartal des Jahres 1991 begonnen hatte, zu Beginn des Jahres 1993 in eine eher milde Rezession einmünden würde. Statt dessen verschlechterte sich die Konjunkturlage im vierten Quartal 1992 sowie im darauffolgenden Quartal abrupt (Schaubild 5). Wesentliche Annahmen unserer Prognose haben sich nicht bestätigt:

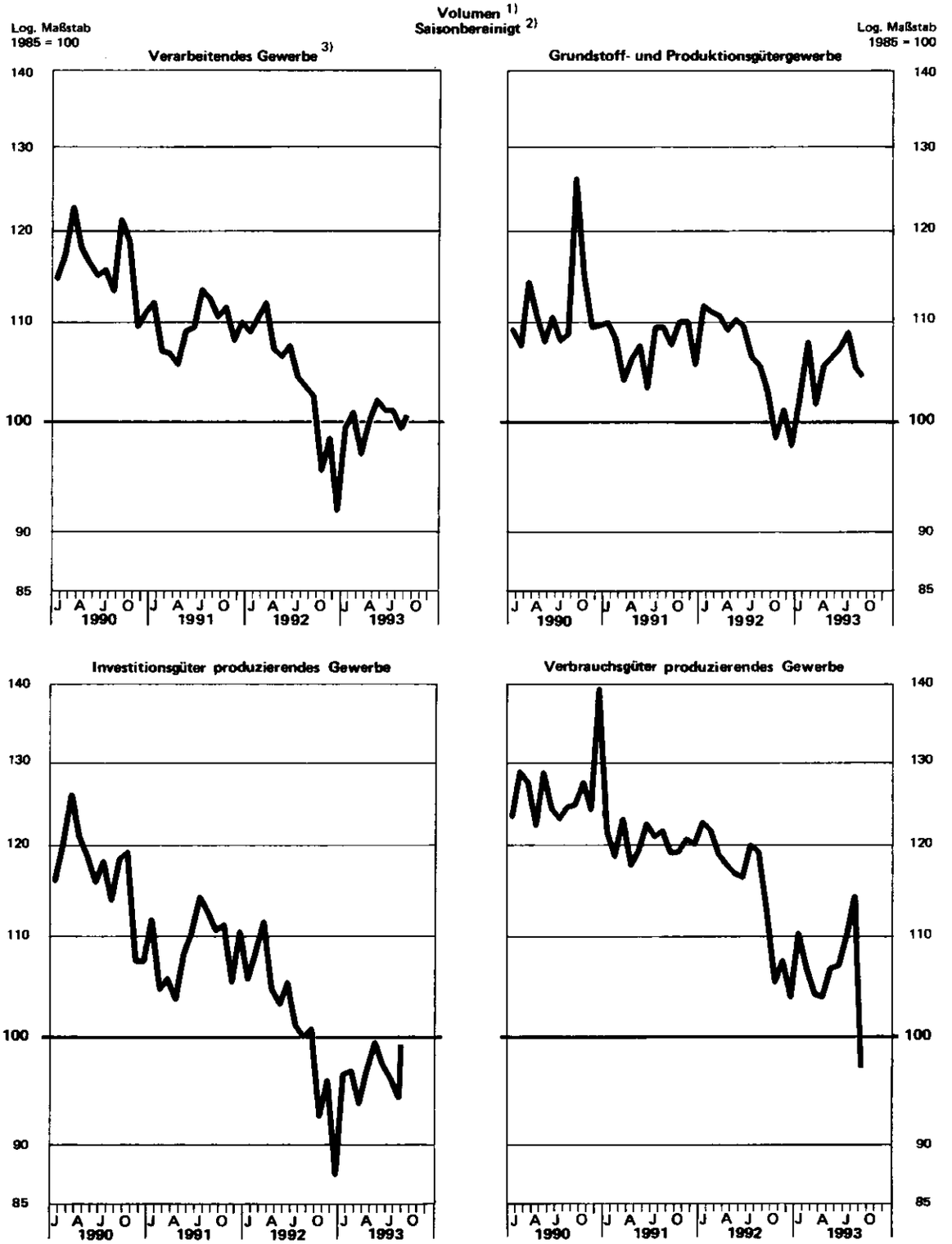
— Im letzten Quartal des Jahres 1992 setzten sich in Kontinentaleuropa abermals die rezessiven Einflüsse durch. Bis Anfang des Jahres 1993 schlug sich dies in den Auftragsbüchern der Exportwirtschaft negativ nieder (Schaubild 6) und äußerte sich im ersten Quartal in einem scharfen Rückgang der Ausfuhr. Auch wenn wir vom Export zu Jahresbeginn keine Impulse erwartet hatten, rechneten wir für diesen Zeitpunkt nicht damit, daß die Ausfuhr in so starkem Maße nachgeben würde. Allein die Entwicklung der Auslandsnachfrage ließ zahlreiche Investitionsplanungen — vor allem im Verarbeitenden Gewerbe — als überholt erscheinen. Die Unternehmen sahen sich veranlaßt, vermehrt Investitionsprojekte aufzuschieben oder gar aufzugeben. Zudem verstärkte sich der Druck zur Rationalisierung. Erzeuger industrieller Produkte waren zu Preiszugeständnissen gezwungen, die in Kombination mit noch immer stark zunehmenden Lohnstückkosten die Gewinne unter Druck setzten. Strukturelle Schwächen traten offen zu Tage, und zwar nicht nur in Bereichen wie Kohle und Stahl, sondern auch in anderen Sektoren wie der Automobilindustrie und dem Maschi-

Schaubild 5



AUFTRAGSEINGANG AUS DEM AUSLAND

Volumen [1]
Saisonbereinigt [2]



1) In Preisen von 1985. – 2) Saisonbereinigung Deutsche Bundesbank nach dem Census-Verfahren II, Version X-11. – 3) Ohne Nahrungs- und Genußmittelgewerbe.

SR 93 0583

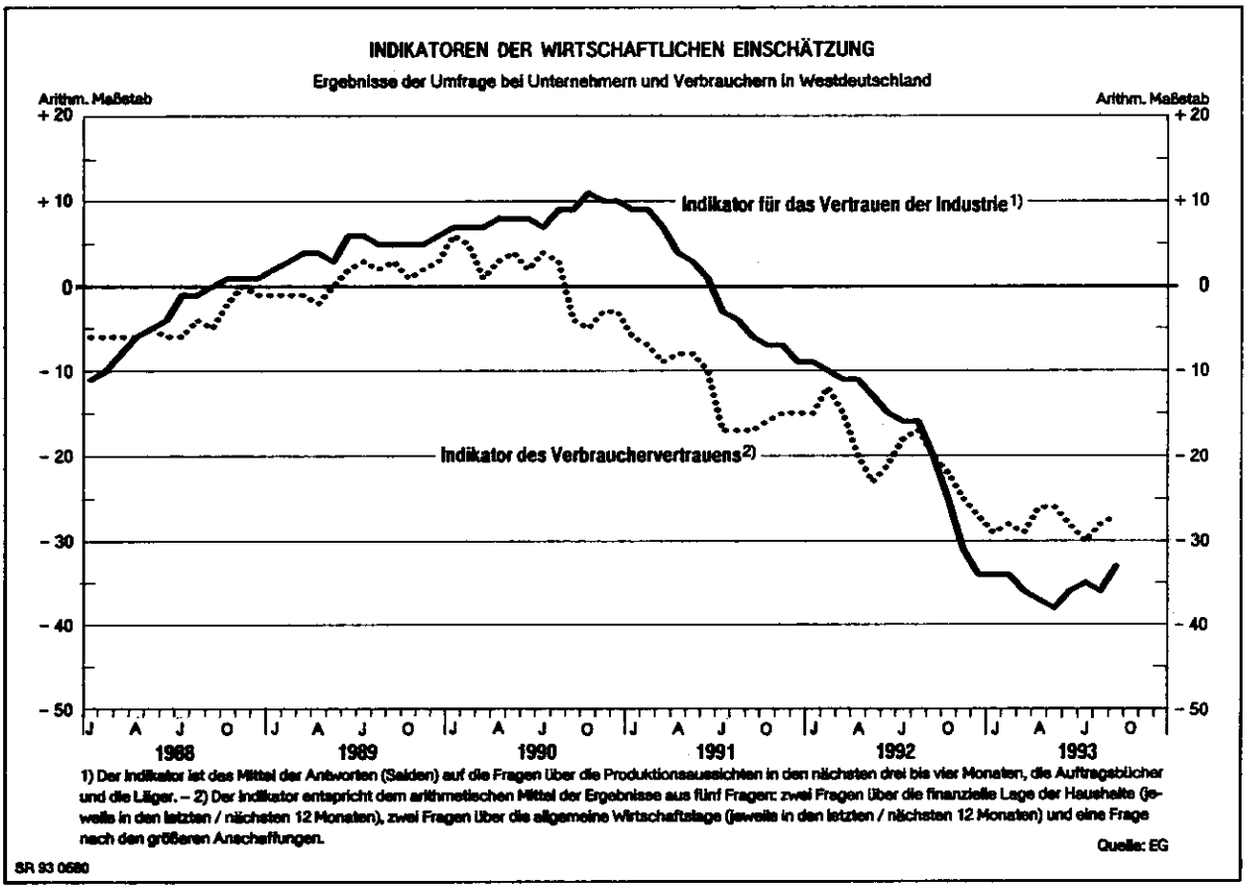
nenbau, die bis dahin als besonders wettbewerbsfähig galten. Der Rationalisierungsbedarf erschien, gemessen daran, daß der deutsche Export einen deutlich verringerten Anteil am Welthandel aufwies, größer, als wir es im Herbst annahmen. Die Folge waren ein unerwartet stark einsetzender Abbau von Arbeitsplätzen und als Reflex darauf eine gebremste Entwicklung der Einkommen und ebenso eine wachsende Furcht der Arbeitnehmer vor dem Verlust des Arbeitsplatzes. Dies setzte die Verbrauchsnachfrage unter Druck.

— Unerwartet war auch das Ausmaß der Verunsicherung, das von den schleppenden Solidarpaktverhandlungen ausging, die erst im März des Jahres 1993 Konturen annahmen. Obenan stand dabei die Finanzpolitik, der es nicht gelang, trotz eines hohen und zunehmenden gesamtstaatlichen Defizits ein überzeugendes Konsolidierungskonzept vorzulegen. Ein verläßlicher Rahmen für die Dispositionen von Unternehmen und privaten Haushalten war nicht gewährleistet. Vielmehr kam die Befürchtung auf, daß die gesamtwirtschaftlichen Wachstumsbedingungen Schaden nehmen würden, wenn die Finanzpolitik die Konsolidierung weiter verschleppte oder den Weg höherer Steuern und Abgaben einschlagen würde. In einer ohnehin schlechten wirtschaftlichen Stimmungslage (Schaubild 7) hat dies die Unsicherheit bei Investoren wie Konsumenten erhöht.

Unter diesen Bedingungen war eine scharfe Abwärtsbewegung unvermeidlich. Das Bruttoinlandsprodukt schrumpfte im vierten Quartal des Jahres 1992 um 0,4 vH und im ersten Quartal des Jahres 1993 um rund 3 vH (saisonbereinigt, gegenüber dem Vorquartal). Die Nachfrage nach Investitionsgütern fiel saisonbereinigt, vom dritten Quartal vergangenen Jahres gerechnet, binnen zweier Quartale um etwa 13 vH. Auf die hohen Einkommenseinbußen reagierten die Verbraucher zunächst nicht mit einer deutlich sinkenden Sparneigung, was stabilisierend hätte wirken können. Freilich war der besonders kräftige Rückgang des Bruttoinlandsproduktes zu Jahresanfang auch durch die Einsparungen im Rahmen der Gesundheitsreform, was sich in einem Rückgang des Staatsverbrauchs niederschlug, sowie durch die Mehrwertsteueranhebung zum Januar bedingt. Ein Reflex auf diese Steuererhöhung waren ins vierte Quartal des Jahres 1992 vorgezogene Käufe und ein entsprechender Ausfall von Verbrauchsnachfrage im ersten Quartal 1993. Allein von der Bautätigkeit gingen — getragen von der Nachfrage nach Wohnbauten — zur Jahreswende 1992/93 noch vergleichsweise positive Impulse auf die Konjunktur aus.

54. Im Verlauf des Jahres 1993 hat sich die Wirtschaftslage stabilisiert. Die vorübergehend dämpfenden Effekte des ersten Jahresviertels waren nicht mehr wirksam. Die Auslandsaufträge stiegen schon zu Jahresbeginn von niedrigem Niveau aus wieder an.

Schaubild 7



Sie äußerten sich allerdings erst in der zweiten Jahreshälfte in einer der Tendenz nach moderat zunehmenden Warenausfuhr. Ebenso kehrte sich die rückläufige Entwicklung der Einfuhr als Folge der kräftig gefallenen Inlandsnachfrage erst im zweiten Halbjahr um.

Die wieder verbesserten Exportaussichten trugen auch maßgeblich dazu bei, daß nach und nach die Geschäftserwartungen weniger pessimistisch eingeschätzt wurden. Die Inlandsnachfrage blieb allerdings schwach. Seit dem zweiten Quartal stieg der Private Verbrauch nur allmählich. Daß es überhaupt zu einem Anstieg kam, lag weniger an der Entwicklung der Realeinkommen, die angesichts der zunehmenden Arbeitslosigkeit der Tendenz nach rückläufig waren, als an einem nun doch einsetzenden Rückgang der Sparquote. Demgegenüber hielten sich die Unternehmen mit Investitionen nach wie vor zurück. Im Verlauf des Jahres wurde weniger in gewerbliche Bauten und Ausrüstungen investiert. Lediglich der Wohnungsbau expandierte. Der Rückgang der Investitionen fiel im Jahresdurchschnitt insbesondere bei Ausrüstungen mit real 15½ vH ausgesprochen scharf aus. Dies erklärt sich zum Teil aus den erheblichen Kapazitätsausweitungen, die als Reaktion auf die zunächst sehr günstige Einschätzung der künftigen Wirtschaftsentwicklung sowie den starken Nachfrageimpulsen infolge der Einigung zustande kamen. Nachdem inzwischen die Nachfrageimpulse erschöpft sind und zusehends klarer wird, daß der Anpassungsprozeß in Ostdeutschland länger dauert als erwartet, hat sich das Investitionsklima in Westdeutschland eingetrübt. Hinzu kamen die anhaltende Schwäche der Weltwirtschaft sowie die zunehmende Steuer- und Abgabenlast im Inland, die sich negativ auf Ertrags- und Nachfrageerwartungen auswirkten. Allerdings haben sich die Investitionsbedingungen im Laufe des Jahres wieder etwas gebessert. Dafür sprechen die fortschreitenden Rationalisierungsbemühungen im Unternehmenssektor, die gemeinsam mit moderateren Tarifabschlüssen dazu beitrugen, daß der Anstieg der Lohnstückkosten im Jahresverlauf deutlich abflachte. Auch waren die langfristigen Zinsen inzwischen erheblich gefallen. Im Zusammenspiel mit den günstigeren Exporterwartungen dürfte dies nun gegen Jahresende den Rückgang der Investitionen der Unternehmen gebremst haben.

Die Auslastung der Kapazitäten hatte allerdings im Verlaufe der Rezession zu sehr nachgelassen, als daß ein leichter Anstieg der Nachfrage und etwas weniger Pessimismus für das kommende Jahr schon für eine Belebung der Investitionen hinreichend gewesen wären. Zudem war das Risiko eines erneuten konjunkturellen Rückschlages noch hoch. So hat sich die konjunkturelle Entwicklung in vielen europäischen Wirtschaften, anders als erwartet, nicht gebessert. Weitere Gefahren für den Export waren in einem drohenden Scheitern der GATT-Verhandlungen aufgrund der ablehnenden Haltung der französischen Regierung zum Blair House-Abkommen zu sehen, die die EG dazu veranlaßte, Nachverhandlungen anzustreben. Weitere Vorstöße Frankreichs zielten darauf ab, strittige Fragen auszuklammern.

Die Signale, die von der Finanzpolitik ausgingen, waren bislang noch unzureichend, um neues Vertrauen zu schaffen. Im März wurde das Föderale Konsolidierungsprogramm beschlossen, welches die Finanzbeziehungen zwischen Bund und Ländern neu regelt. Erst im späteren Verlauf des Jahres wurden Konsolidierungsprogramme auf den Weg gebracht. Freilich liegt der Schwerpunkt der Konsolidierung nicht auf der Ausgabenseite. Die in den kommenden Jahren zu erwartende höhere Steuer- und Abgabenbelastung könnte sich retardierend auswirken. Ebenso dürfte sie das Konsumklima getrübt haben. Immerhin: Es herrscht jetzt mehr Klarheit über weitere Belastungen, die auf die Unternehmen und Verbraucher zukommen.

Nach der scharfen Abwärtsbewegung im ersten Quartal 1993 hat sich die gesamtwirtschaftliche Entwicklung im Laufe des Jahres stabilisiert. Das Bruttoinlandsprodukt liegt im vierten Quartal um 1½ vH über dem freilich sehr tiefen Stand des ersten Quartals. Indes dürften die gesamtwirtschaftlichen Produktionskapazitäten nicht besser ausgelastet sein als in der ersten Jahreshälfte.

Der Zeitpunkt konjunktureller Wendepunkte wird vielfach anhand der Entwicklung des saisonbereinigten Bruttoinlands- oder Bruttosozialprodukts bestimmt. Zwei aufeinanderfolgende Quartale mit rückläufigem Bruttoinlandsprodukt kennzeichnen den Beginn eines Abschwungs, umgekehrt verhält es sich mit dem Aufschwung. Dieses Konzept vernachlässigt allerdings, daß eine Volkswirtschaft im allgemeinen wächst. Der Sachverständigenrat orientiert sich daher am Auslastungsgrad des gesamtwirtschaftlichen Produktionspotentials als Maßstab für die konjunkturelle Lage. Ein Umschwung wird daran festgemacht, ob sich das Vorzeichen der Veränderung des Auslastungsgrades in der Gesamtwirtschaft umkehrt. Da die Potentialrechnung auf der Basis von Berechnungen des Kapitalstocks beruht, die nur jährlich vorliegen, sind Annahmen über die Entwicklung im Jahresverlauf nötig. Wir nehmen vereinfachend an, daß das Potential gleichmäßig im Verlauf des Jahres wächst. Damit lassen sich auch anhand des Konzepts der gesamtwirtschaftlichen Kapazitätsauslastung konjunkturelle Wendepunkte einem Quartal zuordnen. Dabei erscheint es sinnvoll, vom Beginn einer Aufschwungsphase erst dann zu sprechen, wenn das Bruttoinlandsprodukt mindestens zwei aufeinanderfolgende Quartale rascher zunimmt als das Produktionspotential; umgekehrt steht es mit einer Abschwungsphase. Um die Position der Wirtschaft im Konjunkturzyklus zu bestimmen, ist es aber auch wichtig, auf welchem Niveau sich diese Entwicklung vollzieht. Sollte sich zum Beispiel der Auslastungsgrad reduzieren, aber oberhalb der Normalauslastung bleiben, dann ist darin keine Rezession zu sehen. Treffender wäre es, bei einer solchen Entwicklung (wie sie im zweiten Halbjahr 1991 stattgefunden hat) von einer Normalisierung zu sprechen. Anders ist es, wenn der Auslastungsgrad unter die Normalauslastung sinkt (wie es vom vierten Quartal 1992 auf das erste Quartal 1993 der Fall war); dann befindet sich nach unserer Abgrenzung die Wirtschaft in einer Rezession. Analog dazu sollte nach dem Ende einer Rezession in einer Phase, in der sich die Auslastung noch nicht merklich erhöht und zudem deutlich unter normal liegt, nicht von einem Aufschwung gesprochen werden. Treffender wären die Bezeichnungen Erholung oder Stabilisierung. Von einer Stabilisierung sollte man auch dann sprechen, wenn der Abschwung zwar nicht überwunden ist, gleichwohl aber die Auslastung nicht mehr wesentlich zurückgeht. Dies entspricht nach unserer Einschätzung der Lage Ende des Jahres 1993. Zu berücksichtigen ist bei alledem, daß sich der ermittelte Zeitpunkt von konjunkturellen Wendepunkten mit nachträglichen Datenrevisionen verschieben kann. Überdies ist es wichtig, welche Ursachen einer Veränderung der Kapazitätsauslastung zugrunde liegen. Nicht immer sind konjunkturelle Gründe dafür verantwortlich. Denkbar ist zum Beispiel auch, daß — wie nach 1986 — gravierende Wechselkursveränderungen einen Wechsel der Auftriebskräfte mit sich bringen, der zu einer vorübergehenden Expansionsschwäche führt, nicht aber als konjunktureller Abschwung zu interpretieren ist.

Konjunktureller Einbruch vor allem in Industrie und Handel

55. Die rezessiven Einflüsse konzentrierten sich wie in anderen Rezessionen auf die Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes. Der drastische Produktionsrückgang in Höhe von 8 vH, der sich über das letzte Quartal des Jahres 1992 sowie das erste Vierteljahr dieses Jahres erstreckte, war ein unmittelbarer Reflex auf die abbröckelnde Auslandsnachfrage sowie die rasch schrumpfenden Inlandsbestellungen im Winter 1992/93. Die Auftragsbestände der Industrie waren bereits zu klein, um noch eine maßgebliche Pufferfunktion auszuüben. Im selben Zeitraum rutschte auch die Kapazitätsauslastung der Industrie nach Unternehmensbefragungen des Ifo-Instituts für Wirtschaftsforschung um 4,1 Prozentpunkte auf 78,9 vH ab (Tabelle 10). In den beiden folgenden Quartalen stabilisierte sich die Produktion, und zuletzt konnte der Ausstoß wieder erhöht werden. Ausgesprochen kräftig wirkte die Rezession im Investitionsgüter produzierenden Gewerbe. Die Auslastung sank auf einen Wert unterhalb des Niveaus des Jahres 1983, dem letzten Tiefpunkt. Die Produktion fiel in den ersten neun Monaten um mehr als 13,3 vH gegenüber dem Vorjahr zurück. Schließlich war die Nachfrage nach Ausrüstungsgütern seitens der Unternehmen am stärksten eingeschränkt worden. Überdies hat auch die Pkw-Nachfrage aus dem In- und Ausland spürbar nachgelassen. In den ersten neun Monaten lagen bei Automobilherstellern die Auftragseingänge aus dem Inland um 20 vH und die aus dem Ausland um 13 vH unter dem Vorjahresstand.

Der Produktionsrückgang im Verarbeitenden Gewerbe war nicht allein konjunkturellen Ursachen zuzuschreiben, ebenso haben strukturelle Probleme eine Rolle gespielt. Der scharfe Rückgang des Exports kann jedenfalls als ein Indiz dafür gewertet werden, daß sich in der Industrie ein merklicher Umstrukturierungsbedarf aufgestaut hat. Es galt Wettbewerbsnachteile gegenüber dem Ausland auszugleichen (Ziffern 389ff.), die infolge der Aufwertung der D-Mark gegenüber dem europäischen Ausland gewiß noch akzentuiert wurden. Kosten zu senken, das Management zu straffen, Produktionsvorgänge zu verkürzen und Produkte kundengerechter zu gestalten, waren Aufgaben, die unter dem Druck verringerter Nachfrage offenbar auch rascher in Angriff genommen wurden.

Tabelle 10

Kapazitätsauslastung im Verarbeitenden Gewerbe[1])

Zeitraum[2])	Verarbeitendes Gewerbe[3])	Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe[3])	Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	Nahrungs- und Genußmittelgewerbe
1980	82,3	77,5	84,9	84,7	81,5
1981	79,2	73,9	81,3	81,9	81,2
1982	76,8	71,1	78,3	80,0	80,1
1983	78,6	75,1	78,0	83,9	80,2
1984	80,3	80,4	78,7	85,5	78,5
1985	83,7	81,7	85,5	86,1	79,6
1986	84,1	81,3	86,4	86,8	80,0
1987	83,8	82,3	84,6	87,3	79,7
1988	86,1	86,7	86,1	88,1	81,5
1989	88,3	88,8	89,0	89,8	82,7
1990	89,4	88,4	90,2	90,5	86,6
1991	87,3	85,8	88,1	89,0	85,9
1992	83,4	82,3	84,0	84,7	82,5
1990 März	88,8	88,7	89,8	89,4	83,4
Juni	88,9	87,7	90,2	90,0	84,6
September	89,8	88,2	90,5	91,1	89,1
Dezember	90,0	88,9	90,1	91,6	89,3
1991 März	88,1	86,0	89,0	89,8	88,0
Juni	88,0	85,7	88,8	89,4	88,0
September	86,9	86,1	87,4	88,7	84,5
Dezember	86,4	85,4	87,2	88,0	83,2
1992 März	85,1	84,3	86,2	86,0	81,8
Juni	84,8	83,3	86,0	85,1	83,1
September	83,0	82,0	83,3	84,7	82,3
Dezember	80,7	79,3	80,4	82,8	82,7
1993 März	78,9	78,3	77,4	82,3	81,4
Juni	78,7	79,0	76,8	81,7	82,5
September	78,3	78,2	76,4	81,9	81,1

[1]) Betriebliche Vollausnutzung = 100 vH.
[2]) Vierteljahresangaben saisonbereinigt.
[3]) Ohne Chemische Industrie.

Quelle: Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung

Die Bauwirtschaft konnte sich anders als in früheren Rezessionen einer stark abwärts gerichteten Entwicklung entziehen. Zwar ging die Produktion in diesem Jahr zurück, gleichwohl gewährleistete die hohe Nachfrage nach Wohnbauten, daß das Baugewerbe insgesamt von scharfen Produktionsrückgängen verschont blieb. Daher fiel die Auslastung der Gerätekapazitäten nicht so stark wie im Verarbeitenden Gewerbe. Demgegenüber ist der Handel stärker in den Sog des Abschwungs geraten. Sowohl im Großhandel (–2½ vH) als auch im Einzelhandel (–4 vH) mußten aufs Jahr gerechnet reale Umsatzrückgänge hingenommen werden. Der Einzelhandel litt unter dem Rückgang der Realeinkommen und daran, daß aufgrund der stark steigenden Mieten ein immer größerer Teil des Einkommens der privaten Haushalte auf Mietzahlungen verwendet wird. Ferner war durch die Mehrwertsteuererhöhung zu Anfang des Jahres 1993 ein Teil der Käufe in den Dezember vorgezogen worden, so daß zu Jahresanfang deutliche Umsatzeinbußen zustande kamen. Die Anbieter der übrigen Dienstleistungen wiederum hatten trotz einer deutlichen Verlangsamung der Nachfrageentwicklung noch einen spürbaren Zuwachs der Wertschöpfung zu verzeichnen.

Gegenläufige Entwicklungen im Baubereich

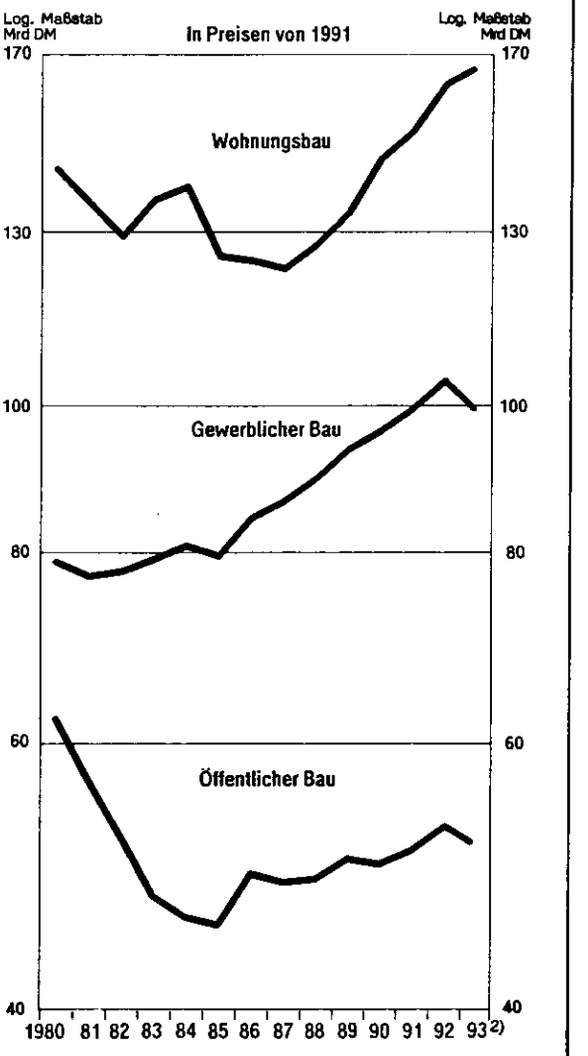
56. Anders als in zurückliegenden Abschwungsphasen haben sich die Bauinvestitionen im Jahre 1993 stabilisierend auf die konjunkturelle Entwicklung ausgewirkt. Gleichwohl wurde auf das Jahr gerechnet nicht mehr in Bauten investiert als vor Jahresfrist. Während die Investitionen in öffentliche sowie gewerbliche Gebäude rückläufig waren, nahmen die Investitionen in Wohnbauten weiter zu, allerdings verlangsamte sich der Anstieg (Schaubild 8).

Die hohe finanzielle Förderung und die anhaltend hohen Mietsteigerungen wirkten sich günstig auf den Wohnungsbau aus. In diesem wie schon im letzten Jahr versprachen solche Investitionen eine attraktive Rendite, was ein Reflex auf den nach wie vor knappen Wohnraum ist. Daneben verbesserten sich die Finanzierungskonditionen durch gesunkene Hypothekenzinsen. Dem standen nachfragebremsende Einflüsse gegenüber. So wurden die Kappungsgrenze für Mietanhebungen von bisher 30 vH auf 20 vH innerhalb eines Zeitraums von drei Jahren abgesenkt und damit sowohl die Renditeerwartungen im Mietwohnungsbau unmittelbar beeinträchtigt als auch der Anreiz zum Bau oder Erwerb des Eigenheims vermindert. Zudem waren die verschlechterten Einkommensperspektiven und, vor allem in den Ballungsgebieten, ein Mangel an Bauland dem Bau von Eigenheimen abträglich. Dies zeigte sich daran, daß die Anzahl der Genehmigungen für Ein- und Zweifamilienhäuser anders als für Mehrfamilienhäuser wesentlich langsamer als im Vorjahr zunahm. Infolgedessen hat sich die Expansion im Wohnungsbau verlangsamt, im Jahresdurchschnitt lag der Anstieg real bei 3 vH im Vergleich zu 7,1 vH im vergangenen Jahr.

57. Sowohl die Investitionen in gewerbliche als auch die in öffentliche Bauten wurden in diesem Jahr eingeschränkt. Die Investitionsschwäche im Unternehmenssektor wirkte auf die Investitionen in gewerbliche Bauten allerdings erst im Jahre 1993 zurück, erheblich später also als auf die Anschaffung von Ausrüstungsgütern, die schon im Jahre 1992 niedriger war. Mit Blick auf das Erweiterungsmotiv, das schon im Jahre 1992 in den Hintergrund getreten war, hätte man vermutet, daß auch die Investitionen in gewerbliche Bauten im Jahre 1992 geschrumpft wären. Daß es dazu erst später kam, lag an hohen unerledigten Auftragsbeständen. Im Jahresdurchschnitt 1993 fielen die Investitionen in gewerbliche Bauten real um 4 vH. Weniger stark war der Rückgang bei den öffentlichen Bauinvestitionen. Die Notwendigkeit, angesichts einer prekären Haushaltslage Sparmaßnahmen einzuleiten, traf wie schon zu

Schaubild 8

ZUR ENTWICKLUNG DER BAUINVESTITIONEN[1]
IM FRÜHEREN BUNDESGEBIET



1) In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen.
2) Eigene Schätzung.

SR 93 0563

Beginn der achtziger Jahre die Investitionsausgaben der öffentlichen Haushalte. Waren im vergangenen Jahr die Investitionen nochmals ausgeweitet worden, so kam es in diesem Jahr, vor allem vor dem Hintergrund geringer Einnahmensteigerungen bei den Gemeinden, zu Kürzungen der Investitionsausgaben. Auch die Förderung des Städtebaus durch die Bundesregierung wurde ausgesetzt. In realer Rechnung fielen die Investitionen in öffentliche Bauten um 3 vH niedriger aus als im Vorjahr; dies wirkte im Baugewerbe prozyklisch.

Warenexport: Allmähliche Besserung nach scharfem Rückgang

58. Gegen Ende des Jahres 1993 hat sich das Exportgeschäft allmählich gebessert: Die Auslandsorders stiegen seit Jahresbeginn mehr und mehr an, ebenso war die Stimmung bei den Exporteuren weniger pessimistisch. Dies vollzog sich allerdings nach einem scharfen Einbruch der Auslandsaufträge am Ende des Jahres 1992. Das Niveau der Exportaufträge im Verarbeitenden Gewerbe unterschritt im vierten Quartal des vergangenen Jahres dem Volumen nach den Vorjahresstand um immerhin 11 vH. Im ersten Quartal des Jahres 1993 kam es denn auch zu einem entsprechend hohen Rückgang des Exports. Maßgeblich für diese Entwicklung war zum einen die Neuordnung der Währungsparitäten im EWS vom September vorigen Jahres; die spanische Peseta wurde abgewertet, das englische Pfund und die italienische Lira scherten aus dem Festkurssystem aus und werteten stark ab. Infolgedessen verteuerten sich deutsche Exportprodukte in Spanien, Italien und Großbritannien merklich. Auf diese Länder entfällt immerhin gut ein Fünftel der deutschen Ausfuhr. Zum anderen haben die rezessiven Tendenzen in den kontinentaleuropäischen Wirtschaften die Auslandsnachfrage entschieden gedämpft. Die Ausfuhr erholte sich daher von einem ausgesprochen niedrigen Niveau aus, so daß die westdeutschen Unternehmen auch gegen Ende des Jahres 1993 bei weitem nicht soviel exportieren wie vor Jahresfrist. Im Durchschnitt des Jahres lag der Warenexport sogar um mehr als 12 vH unter dem Stand des Vorjahres.

Ausschlaggebend für die allmähliche Besserung der Auslandsnachfrage waren einmal konjunkturelle Einflüsse. In den Vereinigten Staaten und in Großbritannien hat die konjunkturelle Aufwärtsentwicklung anscheinend Tritt gefaßt, so daß dort mittlerweile auch die Investitionsnachfrage in Gang gekommen ist. Hohe Steigerungsraten erzielten die deutschen Exporteure in Mittel- und Südamerika sowie auf den Märkten Ost- und Südostasiens; wegen der immer noch geringen Bedeutung dieser Märkte für den deutschen Export fiel dies jedoch weniger ins Gewicht. Nach wie vor steigende Tendenzen wies die Ausfuhr in die Länder Mittel- und Osteuropas auf, allerdings von niedrigem Niveau aus. Die Umstrukturierung dieser Volkswirtschaften ist mit einem hohen Sachkapitalbedarf verbunden, was den westdeutschen Exporteuren zugute kommen dürfte, vorausgesetzt, sie haben die Kosten unter Kontrolle und das Produktsortiment auf die Kundenwünsche hin strukturiert. Die Ausfuhr in die Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft, die im ersten Jahresviertel besonders stark zurückgegangen war, dürfte im Verlauf des Jahres kaum merklich angestiegen sein; gleichwohl kam es nicht zu einem erneuten Einbruch. Neben den eher zaghaften konjunkturellen Impulsen standen die verstärkten Bemühungen westdeutscher Unternehmen, im Ausland verlorene Marktanteile zurückzugewinnen oder neue Märkte zu erschließen. Im Gefolge der rezessionsbedingten Absatzeinbußen im Inland war dies besonders dringlich, um die betrieblichen Kapazitäten besser auszulasten. Anregend für die deutsche Ausfuhr wirkten sich auch die festeren Kurse von Dollar und Yen aus. So wurde wenigstens ein Teil des Verlustes an preislicher Wettbewerbsfähigkeit aufgewogen, der der mehrfachen Aufwertung der D-Mark gegenüber den Währungen des EWS zuzuschreiben war. Nach der Erweiterung der Bandbreiten im EWS im August (Ziffer 142) ist der Außenwert der D-Mark gegenüber den Währungen vieler EG-Partnerländer weiter gestiegen. Dadurch wird der Export ins europäische Ausland, aber zum Teil auch der in Drittländer, derzeit erneut erschwert.

Seit dem 1. Januar 1993 werden die Handelsströme zwischen den Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft nicht mehr durch die Zollverwaltungen erfaßt. Die Transaktionen werden seither mittels einer eigenständigen „Intrahandelsstatistik" ermittelt. Die Meldungen über die deutschen Transaktionen gehen direkt an das Statistische Bundesamt. Nicht alle Transaktionen werden gemeldet; erst ab einer gewissen Mindesthöhe (Schwellenwert) sind Unternehmen meldepflichtig. Daher werden die Warenströme zwischen EG-Partnerländern und Deutschland nur unvollständig erfaßt. Zudem sind mit der Einführung des Systems organisatorische Schwierigkeiten aufgetreten, die vorläufig die Qualität der Statistik beeinträchtigen. Eine weitere Folge ist, daß derzeit Daten des Außenhandels — insbesondere nach West- und Ostdeutschland getrennt sowie nach Ländern und Waren gegliedert — nur mit einer größeren zeitlichen Verzögerung als vorher üblich verfügbar werden. Dementsprechend verzichten wir in diesem Jahr auf eine ausführliche Analyse der Daten des Außenhandels.

59. Zieht man eine Bilanz der konjunkturellen Wirkung des Exports im Jahre 1993, so ist festzustellen, daß in der zweiten Jahreshälfte von der Ausfuhr, die sich langsam festigte, keineswegs Impulse ausgingen, die die wirtschaftliche Aktivität merklich hätten beleben können. Der Warenexport war im Vorfeld zu stark gefallen, so daß zahlreiche Unternehmen wesentlich weniger exportierten als in den Vorjahren. Die freien Kapazitäten boten einen breiten Spielraum, der zusätzliche Produktion für den Export erlaubt hätte, so daß die Unternehmen hierin kaum Anlaß für eine Erweiterung des Kapitalstocks sahen. Freilich trug der Umschwung bei der Auslandsnachfrage dazu bei, die angeschlagene Stimmung in der deutschen Wirtschaft zu verbessern, auch wenn im Vergleich zum Vorjahr ein erhebliches Minus beim Export zu verzeichnen war. Angesichts eines Zuwachses des Welthandelsvolumens von rund 3 vH im Jahre 1993 mußte die Exportwirtschaft aufs Jahr gerechnet erhebliche Verluste an Weltmarktanteilen hinnehmen. Ob dies ein Indiz dafür ist, daß neben den konjunkturellen Einflüssen sich auch eine tendenzielle Verschlechterung der Wettbewerbsfähigkeit deutscher Produkte in den vergangenen Jahren ausgewirkt hat, prüfen wir an anderer Stelle dieses Gutachtens (Ziffern 183ff.).

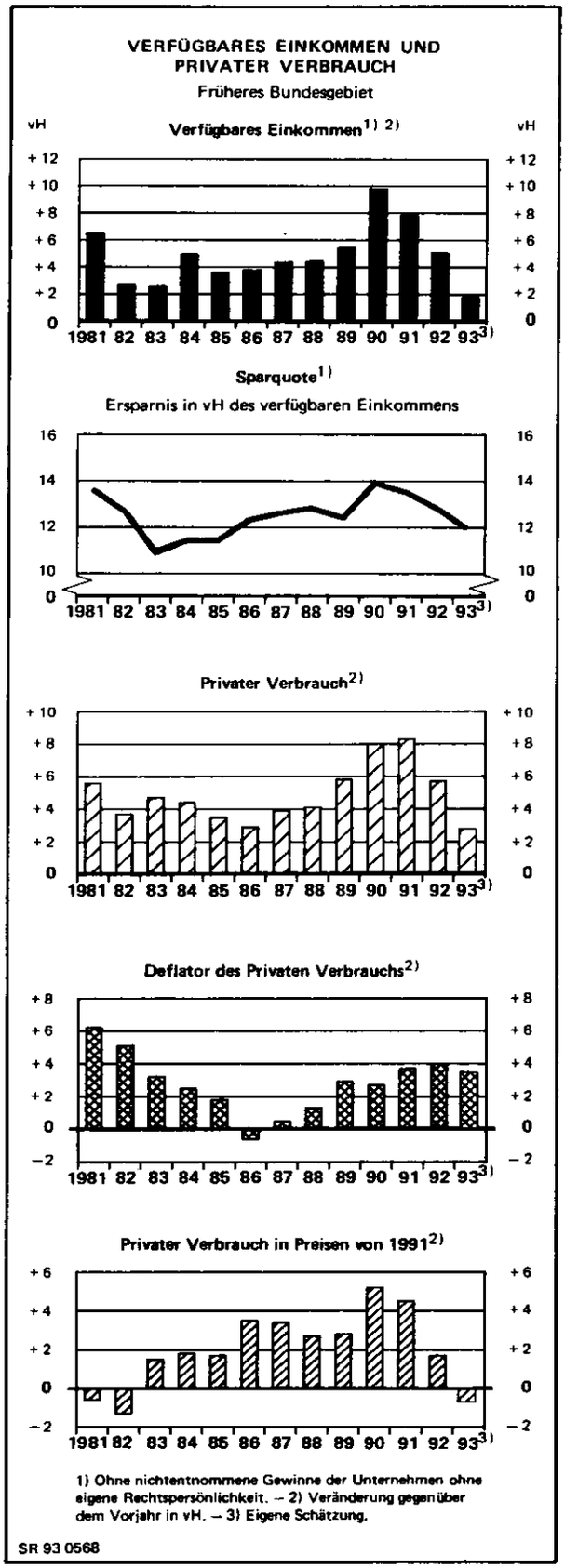
60. Die Wareneinfuhr ging im Jahre 1993 real um 12½ vH sowie nominal um 14 vH zurück, also noch stärker als die Ausfuhr. Der im Jahresdurchschnitt höhere Außenwert der D-Mark wirkte sich bei weitem nicht so stark auf die Nachfrage nach ausländischen Produkten aus wie die schwache Binnenkonjunktur.

Die gesamtdeutsche Handelsbilanz schloß trotz des im Vergleich zum Vorjahr niedrigeren Exports mit einem erhöhten Überschuß von rund 44 Mrd DM ab. Die Dienstleistungsbilanz einschließlich Erwerbs- und Vermögenseinkommen passivierte sich weiter. Dafür war ein weiteres Abschmelzen der Nettokapitalerträge verantwortlich. Die Reiseverkehrsausgaben stiegen aufgrund der gedämpften Einkommensentwicklung bei weitem langsamer an als in den vergangenen Jahren. Die Reiseverkehrsbilanz hat sich dennoch weiter passiviert, wenn auch nicht mehr in dem Maße wie vor Jahresfrist. Die Dienstleistungsbilanz insgesamt wies mit 36 Mrd DM einen um rund 11 Mrd DM höheren Passivsaldo als im Vorjahr aus. Gleichzeitig hat sich der Saldo der Übertragungsbilanz nicht wesentlich geändert. Die Leistungsbilanz schloß mit einem Defizit in Höhe von knapp 39 Mrd DM ab; das entspricht gut 1 vH des gesamtdeutschen Bruttoinlandsprodukts.

Rückläufige Realeinkommen verursachen Absinken des Privaten Verbrauchs

61. Im Jahre 1993 kam es in Westdeutschland erstmals seit 11 Jahren zu einem Rückgang der realen Verbrauchsnachfrage. Der Private Verbrauch wurde in realer Rechnung um rund 1 vH eingeschränkt (Schaubild 9). Ausschlaggebend hierfür war, daß im Gefolge der rezessiven Entwicklung das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte im Jahre 1993 nominal nur wenig zunahm. Der hohe Personalabbau — im Durchschnitt des Jahres 1993 waren etwa 2 vH weniger Arbeitnehmer beschäftigt als im Vorjahr — sowie angesichts der prekären wirtschaftlichen Lage ein größeres Maßhalten bei den Lohnabschlüssen und eine negative Lohndrift zeichneten verantwortlich für den verlangsamten Anstieg der Arbeitseinkommen. Die Bruttolohn- und -gehaltssumme nahm in diesem Jahr lediglich um ½ vH zu. Die Nettolohn- und -gehaltssumme stieg trotz des Wegfalls des Solidaritätszuschlages Mitte letzten Jahres noch schwächer an. Dies lag an der Entwicklung der Arbeitnehmerbeiträge. Vor allem die jährliche Anpassung der Beitragsbemessungsgrenze sowie die im Verlauf des Jahres 1992 angehobenen Beitragssätze zur gesetzlichen Krankenversicherung waren ausschlaggebend dafür, daß die Arbeitnehmerbeiträge zur Sozialversicherung, die auf Lohneinkommen zu entrichten sind, wesentlich stärker anstiegen als die Bruttolohn- und -gehaltssumme. Demgegenüber wirkten die Übertragungen an die privaten Haushalte stabilisierend auf die Einkommensentwicklung. Im Anstieg der Übertragungen von 7½ vH spiegelte sich in erster Linie die steigende Arbeitslosigkeit wider. Berücksichtigt man zudem die den privaten Haushalten zufließenden Gewinnentnahmen und Vermögenseinkommen, so ergibt sich für das Jahr 1993 für das verfügbare Einkommen ein Zuwachs von knapp 2 vH. Der noch-

Schaubild 9



mals hohe Geldwertschwund in Höhe von 4 vH hat daher die Realeinkommen zum ersten Mal seit dem Jahre 1983 sinken lassen.

62. Vor dem Hintergrund eines so starken Kaufkraftverlustes ist im allgemeinen damit zu rechnen, daß die Sparquote kräftig zurückgeht. Dies hat in der letzten konjunkturellen Umschwungsphase, im Jahre 1983, dazu geführt, daß die Verbrauchsnachfrage zur Überwindung der Rezession maßgeblich beitrug. Die privaten Haushalte hatten damals ihre Sparneigung um 1,8 Punkte kräftig zurückgeschraubt. Es zeigte sich allerdings bereits in vergangenen Rezessionen, daß die Verbrauchsnachfrage nur starke Impulse für eine konjunkturelle Wende geben kann, wenn die Konsumenten ihr pessimistisches Bild der Wirtschaftsentwicklung revidieren. Allein das Motiv, hohe Einschnitte in den Lebensstandard infolge von Einkommenseinbußen zu vermeiden, reicht nicht aus, sondern bewirkt allenfalls eine kleinere Rücknahme der Sparneigung. Erwarten die Haushalte noch für geraume Zeit einen hohen Anstieg der Arbeitslosigkeit und künftig höhere Ansprüche des Staates und der Sozialversicherung an die Einkommen, dann werden womöglich Konsumentscheidungen hinausgezögert, um Vorsorge für den Fall des Arbeitsplatzverlustes zu treffen. Gehen sie zudem davon aus, daß die Einkommensperspektiven mittelfristig ungünstiger ausfallen als in der Vergangenheit, so gibt es auch weniger Anlaß, die Sparquote stark zu vermindern.

In der Tat haben die Verbraucher im Jahre 1993 ihre Sparneigung vermindert. Die Sparquote ermäßigte sich allerdings in diesem Jahr nur leicht um weniger als einen Prozentpunkt auf 12 vH. Das hat allenfalls stabilisierend auf die gesamtwirtschaftliche Nachfrage eingewirkt. Das sinkende Zinsniveau hat zu diesem Rückgang beigetragen. Andere Faktoren haben sich dagegen nachteilig auf das Konsumklima ausgewirkt. Die Rationalisierungsbemühungen in den Unternehmen erzeugten ein hohes Arbeitsplatzrisiko, was die Arbeitnehmer verunsicherte. Über die konjunkturellen Einkommensrisiken hinaus herrschte zeitweise Unsicherheit über die weiteren Lasten, die angesichts der als notwendig erachteten Konsolidierung der öffentlichen Haushalte anstanden. Mit Abschluß des Föderalen Konsolidierungsprogramms wurde gewiß, daß die Verbraucher künftig eine höhere Steuerlast werden tragen müssen (Ziffern 152f.). Zudem stehen weitere Erhöhungen der Abgabenbelastung an (Einführung der Pflegeversicherung, Erhöhung der Beitragssätze zur Rentenversicherung) und sind Kürzungen der Sozialleistungen geplant. Die gedämpften Einkommensperspektiven waren der Konsumneigung der privaten Haushalte eher abträglich.

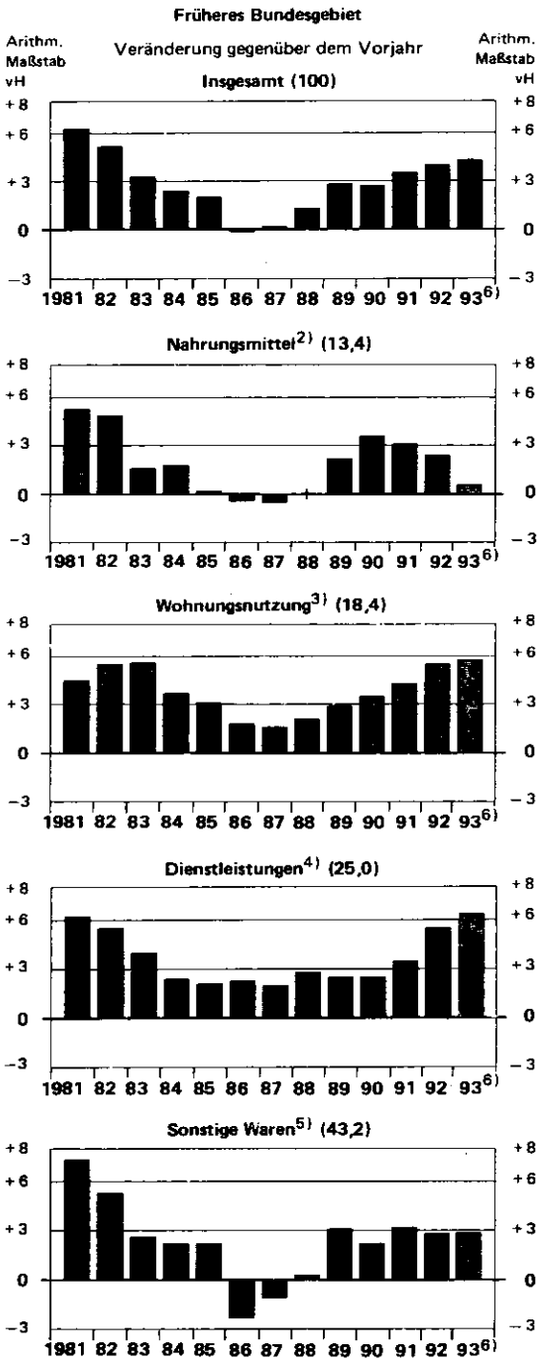
63. In diesem Jahr war auch der Staatsverbrauch in realer Rechnung gegenüber dem Vorjahr rückläufig, und zwar um mehr als 1 vH. Zuletzt war der Staatsverbrauch im Jahre 1989 real geschrumpft (–1,6 vH). Verantwortlich war damals insbesondere das Gesundheitsreformgesetz gewesen, das bei den sozialen Sachleistungen der Gesetzlichen Krankenversicherung zu einem Rückgang von 3,7 vH geführt hatte. Bei den Gebietskörperschaften waren die Ausgaben für Personal- und Sachaufwand hingegen nominal um rund 3,9 vH ausgeweitet worden und real mit 0,8 vH noch leicht angestiegen. Im Jahre 1993 war die Situation insofern ähnlich, als die Entwicklung des auf die Sozialversicherung entfallenden Staatsverbrauchs infolge des Gesundheitsstrukturgesetzes erneut von Kostendämpfungsbemühungen in der Krankenversicherung geprägt wurde; der reale Rückgang war allerdings mit 2½ vH deutlich schwächer als im Jahre 1989 (–6,4 vH). Anders war die Situation insofern, als sich in diesem Jahr auch der Staatsverbrauch der Gebietskörperschaften (im wesentlichen Personalausgaben und Sachaufwand) real — wenn auch nur leicht — verminderte (–½ vH). Die den Staatsverbrauch mindernden Verkäufe des Staates an die übrige Welt, die wesentlich von der Differenz zwischen dem Staatsverbrauch des Bundes in Ostdeutschland nach dem Arbeitsortkonzept und dem auf den Bevölkerungsanteilen beruhenden Nutzerkonzept bestimmt werden (JG 91 Ziffer 101), haben im Jahre 1993 real merklich schwächer zugenommen als in den beiden Vorjahren; der im Vorjahresvergleich leichte reale Rückgang des Staatsverbrauchs der Gebietskörperschaften kann daraus nicht erklärt werden. Vielmehr spiegeln sich darin neben dem Abbau der Verteidigungsausgaben die Konsolidierungsbemühungen der westdeutschen Länder und Gemeinden, die in diesem Jahr — begünstigt durch die im Vergleich zum Jahr 1992 gemäßigtere Tariflohnsteigerung — zu ersten Erfolgen führten.

Der auf die Sozialversicherung entfallende Staatsverbrauch besteht zu rund 80 vH aus den sozialen Sachleistungen der Gesetzlichen Krankenversicherung, die restlichen 20 vH umfassen die Verwaltungsleistungen aller Zweige der Sozialversicherung. Nahm die Leistungsinanspruchnahme bei den sozialen Sachleistungen im vergangenen Jahr noch mit knapp 11 vH zu, so reduzierte sie sich in diesem Jahr um 3 vH. Ursächlich war dafür vor allem die Entwicklung bei den durch das Gesundheitsstrukturgesetz einer Budgetierung unterworfenen Ausgabenarten wie Zahnersatz, Arzneimittel sowie Heil- und Hilfsmittel (Ziffer 182).

Preisentwicklung: gespalten

64. Die Preisentwicklung des Jahres 1993 war sehr uneinheitlich. Auf Verbraucherebene waren echte Stabilitätsfortschritte zu vermissen (Schaubild 10). Der Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte lag im Jahresdurchschnitt um gut 4 vH höher als im Jahre 1992, die Teuerungsrate fiel damit ebenso hoch aus wie im Vorjahr. Erst in der zweiten Jahreshälfte unterschritten die Preissteigerungsraten im Vorjahresvergleich die Vier-Prozent-Marke. Ausschlaggebend hierfür war die schlechte Wirtschaftslage, die niedrigere Tariflohnabschlüsse als in den vergangenen Jahren nach sich zog. Zudem wurde der Beschäftigungsabbau auch in der zweiten Jahreshälfte weiter fortgesetzt, so daß gegen Jahresende wieder Produktivitätsfortschritte erzielt wurden. Dies bremste allmählich den Anstieg der Lohnstückkosten. Auf Jahresrate gerechnet ist der Preisauftrieb im zweiten Halbjahr gegenüber der ersten Jahreshälfte mit 3 vH auch niedriger ausgefallen. In dem höheren

Schaubild 10



1) Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte, 1985 = 100; die Zahlen in Klammern geben jeweils den Wägungsanteil in vH am Gesamtindex an. – 2) Ohne Gaststättenleistungen. – 3) Einschließlich Garagennutzung. – 4) Einschließlich Reparaturen, Gaststätten- und Beherbergungsleistungen. – 5) Andere Verbrauchs- und Gebrauchsgüter, insbesondere: Genußmittel, Bekleidung, Schuhe, Energie, Kraftstoffe, Waren für die Haushaltsführung, die Gesundheits- und Körperpflege. – 6) Eigene Schätzung.

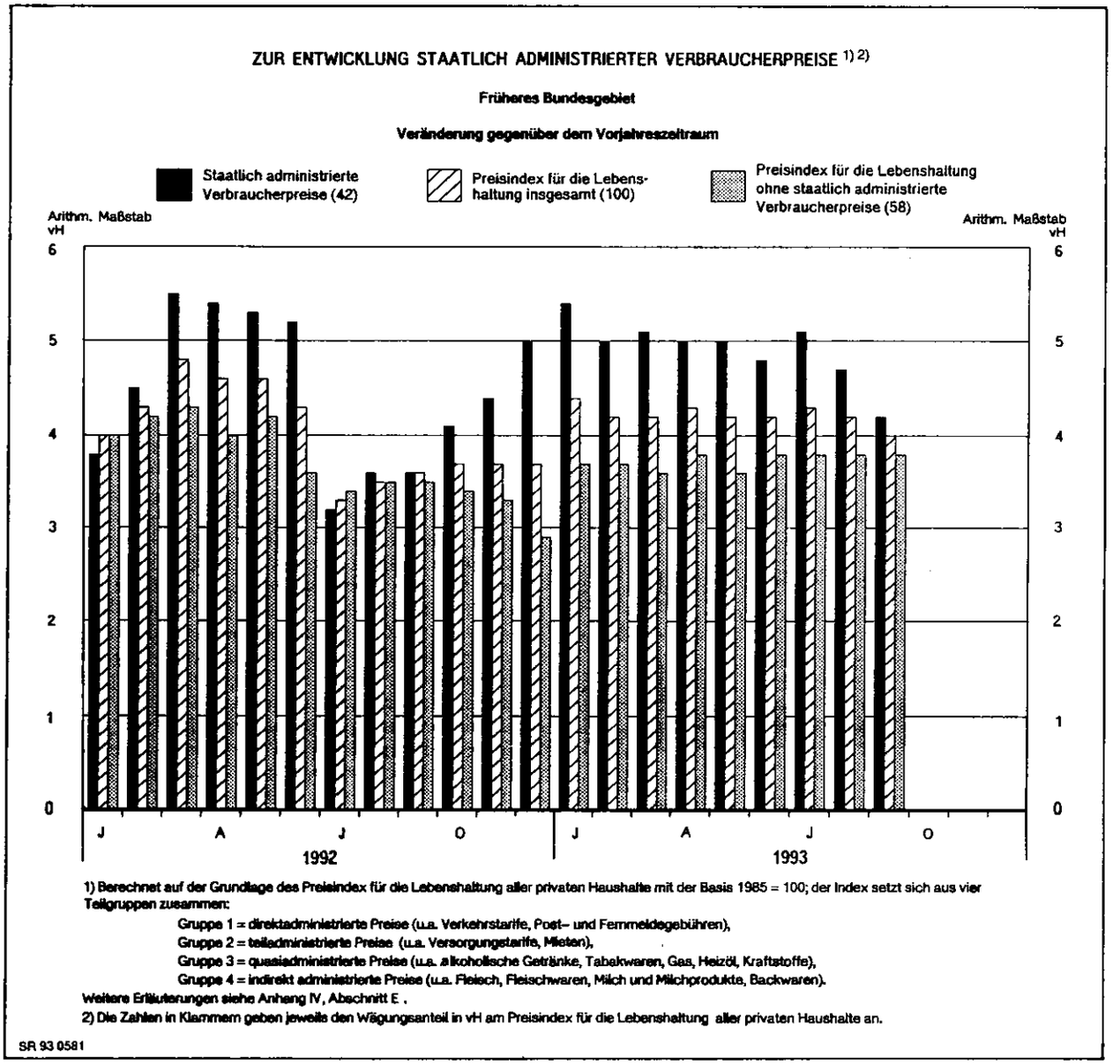
SR 93 0561

Vorjahresabstand war die Anhebung der Mehrwertsteuer zum 1. Januar dieses Jahres rechnerisch mit rund 0,5 vH enthalten. Die abermals hohe Teuerung für das gesamte Jahr muß auch vor dem Hintergrund der starken Geldmengenexpansion der vergangenen Jahre gesehen werden. Auch Lohnkostendruck aus der Vergangenheit wirkte nach. Überwälzungsspielräume hatten vor allem diejenigen Bereiche, die nicht dem internationalen Wettbewerb ausgesetzt sind, besonders Anbieter privater wie öffentlicher Dienste.

65. Dienstleistungen haben sich im Jahre 1993 um rund 6½ vH verteuert. Dies erklärt sich nicht allein aus der Lohnstückkostenentwicklung der Vorjahre. Maßgeblich war auch, daß öffentliche Instanzen zahlreiche Gebühren massiv angehoben haben. Staatlich administrierte Preise im weiteren Sinne sind im Jahre 1993 stärker gestiegen als die Lebenshaltungspreise ohne staatlich administrierte Preise (Schaubild 11). Im September lag der Index staatlich administrierter Verbraucherpreise um 4,2 vH über Vorjahresstand gegenüber 3,8 vH bei nicht administrierten Verbraucherpreisen. Gleichwohl ist zu bemerken, daß das Niveau staatlich administrierter Preise seit dem Jahre 1985 wesentlich langsamer zugenommen hat als die Preise für die Lebenshaltung insgesamt. Insofern spiegeln sich in den Steigerungen administrierter Preise zum Teil aufgestaute Kostensteigerungen der vergangenen Jahre wider, die weniger kontinuierlich als vielmehr in Form von Preisschüben an die Verbraucher weitergegeben werden. Besonders hoch fiel die Erhöhung einiger Gebühren wie Post-, Park- und Rezeptgebühren aus. Auch Sozialmieten sowie Versicherungsbeiträge stiegen stark an. Bei den Sachversicherungen wirkte sich nicht nur die Anhebung der Versicherungsteuer zum 1. Juli 1993 von 10 vH auf 12 vH aus, sondern auch und vor allem eine kräftige Anpassung der Versicherungsprämien.

Mit knapp 6 vH war der Preisanstieg für die Wohnungsnutzung im Jahre 1993 nochmals höher als im Jahr zuvor. Der angespannte Wohnungsmarkt zeichnet nach wie vor hierfür verantwortlich. Erst in der zweiten Jahreshälfte trat eine leichte Beruhigung bei den Wohnungsmieten ein. Demgegenüber fiel die Teuerung bei den sonstigen Waren mit fast 3 vH moderat aus. Bei sonstigen Waren hat zudem die Mehrwertsteuererhöhung von einem Prozentpunkt mit fast 0,9 Prozentpunkten rechnerisch einen höheren Anteil am Preisanstieg als bei der Lebenshaltung insgesamt. Dies liegt daran, daß der Preisindex für die Lebenshaltung insgesamt anders als der Preisindex der sonstigen Waren mehr Güter einschließt, auf die keine Mehrwertsteuer erhoben wird, und Güter wie Nahrungsmittel, für die der ermäßigte Mehrwertsteuersatz gilt, der nicht angehoben wurde. Im Jahresverlauf wirkte die schwache Inlandsnachfrage dämpfend auf den Preisanstieg sonstiger Waren (ohne Energie und Kraftstoffe) ein. Günstig für die Preisentwicklung bei Energie- und Kraftstoffen wirkte sich bis zum September der Rückgang der Rohölpreise aus. Sie lagen im September auf Dollarbasis gerechnet um 20 vH unter Vorjahresstand. Der Preisauftrieb bei Energie- und Kraftstoffen bildete sich bis zum September deutlich zurück.

Schaubild 11



1) Berechnet auf der Grundlage des Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte mit der Basis 1985 = 100; der Index setzt sich aus vier Teilgruppen zusammen:

Gruppe 1 = direktadministrierte Preise (u.a. Verkehrstarife, Post- und Fernmeldegebühren),
Gruppe 2 = teiladministrierte Preise (u.a. Versorgungstarife, Mieten),
Gruppe 3 = quasiadministrierte Preise (u.a. alkoholische Getränke, Tabakwaren, Gas, Heizöl, Kraftstoffe),
Gruppe 4 = indirekt administrierte Preise (u.a. Fleisch, Fleischwaren, Milch und Milchprodukte, Backwaren).

Weitere Erläuterungen siehe Anhang IV, Abschnitt E.

2) Die Zahlen in Klammern geben jeweils den Wägungsanteil in vH am Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte an.

SR 93 0581

Die Nahrungsmittelpreise haben sich im Jahre 1993 mit einem Anstieg von gut ½ vH als relativ stabil erwiesen. Eine Ursache war die deutliche Absenkung der EG-Marktordnungspreise für Weizen, Roggen, Gerste und Mais. Ein hohes Angebot unterschiedlicher Nahrungsmittel war verantwortlich für die maßvolle Preisentwicklung, so daß die Verbraucher bei einzelnen Gütern in den Genuß kräftiger Preisnachlässe kamen.

66. Günstig war das Preisklima bei Einfuhr- und Ausfuhrpreisen und bei Erzeugerpreisen. Auf einigen Ebenen kam der Preisauftrieb zum Erliegen, teilweise wurden sogar rückläufige Preise gemeldet. Auslösendes Moment hierfür waren in erster Linie konjunkturelle sowie wechselkursbedingte Einflüsse. Die Abschwungsphase dauerte mittlerweile lange genug an, um bei konjunkturreagiblen Gütern preisdämpfend zu wirken. Die Einfuhrgüter verbilligten sich schon das zweite Jahr in Folge. Im Jahresdurchschnitt lagen sie um 2 vH unter Vorjahresstand. Diese Entlastung für die Preisentwicklung seitens der Importgüter hatte mehrere Ursachen. Die mehrfache Aufwertung der D-Mark gegenüber einigen europäischen Währungen hat sich gewiß preisdämpfend ausgewirkt, zudem hat sich ohnehin das allgemeine Preisklima im Ausland verbessert. Entlastend wirkte ebenso ein weiterer Preisverfall auf den internationalen Rohstoffmärkten, der der kraftlosen Weltkonjunktur gegen Ende des Jahres 1992 und auch in diesem Jahr zuzuschreiben war. All dies konnte preistreibende Wirkungen, die von der zeitweisen Aufwertung des Dollar ausgingen, mehr als ausgleichen.

Die Ausfuhrpreise blieben stabil. Schon Mitte vergangenen Jahres war der Preisanstieg zum Stillstand gekommen. Dies war eine Folge der schwachen Auslandsnachfrage. Angesichts der konjunkturellen Schwäche verschärfte sich der Wettbewerb an den Weltmärkten, daher hatten die Exporteure bei ihren Bemühungen, Marktanteile im Ausland zurückzugewinnen, keinen Spielraum zu Preiserhöhungen. Aber auch im Inland war die Industrie dazu gezwungen, auf Preiserhöhungen zu verzichten. Der Preisindex für industrielle Erzeugnisse ging sogar tendenziell zurück. Damit verharrte er in den ersten neun Monaten auf Vorjahresniveau. Die Nachfrage nach industriellen Erzeugnissen hatte sich in einem Maße verringert, daß auf Preiserhöhungen vielfach verzichtet werden mußte, um weitergehende Absatzeinbußen zu vermeiden.

III. Ostdeutschland: Aufwärtsentwicklung setzt sich fort

67. Die wirtschaftliche Entwicklung in den jungen Bundesländern war im Jahre 1993 weiterhin deutlich aufwärtsgerichtet; das Bruttoinlandsprodukt lag um 6½ vH über dem des Vorjahres. Allerdings ging die konjunkturelle Krise in weiten Teilen Europas auch an der ostdeutschen Wirtschaft nicht spurlos vorüber. Das konjunkturell bedingte Schrumpfen der Märkte hat den Wettbewerbsdruck für die ostdeutschen Unternehmen erhöht und die Gewinnung neuer Marktanteile erschwert. Darüber hinaus wirkte sich die gedämpfte Investitionsneigung auch auf die Investitionen in den jungen Bundesländern aus, wenngleich deren Anstieg noch beträchtlich war. Der Zuwachs des Bruttoinlandsprodukts war weniger kräftig als im Vorjahr. Die wirtschaftliche Dynamik ließ auch deswegen nach, weil infolge der hohen Gründungstätigkeit der vergangenen Jahre Angebotslücken im Dienstleistungssektor, im Handel und im Handwerk zu einem großen Teil geschlossen worden waren. In diesen Wirtschaftsbereichen waren ähnlich hohe Produktionssteigerungen wie in den vergangenen Jahren daher nicht mehr möglich.

Die Nettoproduktion im Verarbeitenden Gewerbe lag im Jahresdurchschnitt erstmals über dem Vorjahresstand. Gleichwohl haben die ostdeutschen Industrieunternehmen in der Regel immer noch große Schwierigkeiten, sich im überregionalen Wettbewerb zu behaupten. Absatzprobleme bestehen insbesondere im Ausland, wo trotz des ohnehin schon zuvor sehr geringen Exportvolumens der Absatz weiter zurückging; aber auch die Lieferungen von Waren und Dienstleistungen nach Westdeutschland nahmen ab. Umfragen bei Unternehmen und Verbrauchern deuten darauf hin, daß vielfach immer noch Kostennachteile, zum Teil auch mangelnde Qualität der Produkte die Ursachen der Wettbewerbsschwäche sind. Ein weiterer Grund ist, daß die ostdeutschen Produzenten, vor allem in Westdeutschland und im Ausland, zumeist noch wenig bekannt sind und daher etablierten Konkurrenten nur über eine intensive Absatzpolitik, die Zeit braucht und teuer ist, Marktanteile abringen können. Dem rückläufigen Absatz in den alten Bundesländern und im Ausland standen steigende Warenbezüge gegenüber. Der Abstand zwischen Nachfrage und Produktion in Ostdeutschland, der vom Betrag her dem Außenbeitrag entspricht, nahm daher weiter zu. Er belief sich im Jahre 1993 auf 207 Mrd DM.

Auch wenn die Probleme der ostdeutschen Unternehmen noch groß sind, macht der Aufbau der Wirtschaft doch spürbare Fortschritte. Investitionen in Höhe von 136½ Mrd DM haben die Modernisierung und die Erweiterung des Kapitalstocks sowie die Erneuerung und Verbesserung des Produktangebotes weiter vorangebracht. Die Anzahl der Unternehmen ist wiederum angestiegen, und der Unternehmensbestand im Treuhandbesitz hat an Bedeutung verloren. Ende September dieses Jahres befanden sich noch 1 254 Unternehmen mit 226 489 Beschäftigten mehrheitlich in Treuhandbesitz; davon wurden 468 Unternehmen mit 120 000 Beschäftigten zur Privatisierung angeboten.

68. Die Einschätzung der wirtschaftlichen Entwicklung in Ostdeutschland im Jahre 1993 ist nach wie vor schwierig, da die Informationsbasis über die wirtschaftlichen Aktivitäten in den jungen Bundesländern immer noch unzureichend ist. Zahlenangaben zur Quantifizierung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung beruhen teilweise auf Schätzungen, bei denen es viele Fehlerquellen gibt. Die Unsicherheit erstreckt sich auch auf die amtliche Statistik. Bei der jüngsten Veröffentlichung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für Ostdeutschland wurde die Zuwachsrate für das Bruttoinlandsprodukt im Jahre 1992 von 6,8 vH auf 9,7 vH heraufgesetzt. Das Bruttoinlandsprodukt für das Jahr 1991 war vorher zu hoch ausgewiesen worden. Die wirtschaftliche Expansion im vergangenen Jahr war damit kräftiger, als es nach dem Informationsstand vom Vorjahr gesehen werden konnte.

Unternehmenssektor: Aufbau einer Exportbasis kommt nur langsam voran

69. Die Aufwärtsbewegung der Produktion im Verarbeitenden Gewerbe, die sich bereits im letzten Quartal des Jahres 1992 abzeichnete, scheint sich im Laufe dieses Jahres gefestigt zu haben. Die Nettoproduktion lag arbeitstäglich bereinigt in den ersten acht Monaten des Jahres 1993 um 6,8 vH über dem Vorjahresstand (Tabelle 11). Verschiedene Gründe lassen vermuten, daß sich die Wertschöpfung im Verarbeitenden Gewerbe günstiger entwickelt hat, als es der Nettoproduktionsindex nahelegt (JG 92 Ziffer 100). Im Produzierenden Gewerbe lag die Steigerungsrate der Wertschöpfung in der ersten Hälfte dieses Jahres mit 7,7 vH um 3,1 Prozentpunkte über der Steigerungsrate des Nettoproduktionsindexes (Tabelle 12). Ein maßgeblicher Grund für die Differenz dürfte sein, daß der Nettoproduktionsindex sich nur auf die Unternehmen mit mehr als 20 Beschäftigten bezieht. Die kleineren Unternehmen haben in den jungen Bundesländern einen hohen Anteil an der Produktion im Produzierenden Gewerbe und expandierten in der Vergangenheit weitaus kräftiger als die Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten.

Tabelle 11

Zur Nettoproduktion im Produzierenden Gewerbe in den neuen Bundesländern und Berlin-Ost

Veränderung gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum in vH

2. Halbjahr 1990 = 100

Fachliche Unternehmensteile

Arbeitstäglich bereinigt

Wirtschaftszweig	Gewicht	1992				1993					Nachrichtlich	
		1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	Jan bis Aug	Jul	Aug	August 1993 Index[1]	1. Hj. 1993 Gewicht[2]
Produzierendes Gewerbe	100	– 5,4	3,7	5,4	5,1	0,8	8,5	5,9	9,9	8,2	84,4	100
Elektrizitäts- und Gasversorgung	12,42	–16,7	– 6,3	– 0,2	0,6	4,3	6,7	5,3	3,9	6,5	99,3	15,7
Bergbau	9,56	–38,1	–28,3	–17,5	–23,8	–25,6	–12,9	–24,1	–27,3	–43,9	29,8	5,0
Verarbeitendes Gewerbe	59,95	– 4,1	– 2,1	– 3,4	0,1	– 1,1	9,5	6,8	15,3	14,9	68,8	49,4
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	11,51	4,8	13,6	2,1	– 5,1	– 7,2	8,3	5,5	25,3	18,1	90,0	11,6
darunter: Mineralölverarbeitung	1,27	4,4	15,1	4,4	1,6	– 0,6	0,5	3,2	24,2	3,6	142,9	2,1
Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden	2,51	60,5	51,4	57,7	53,8	26,9	50,1	42,9	46,9	49,8	159,8	3,6
Eisenschaffende Industrie	0,79	–25,7	–10,8	– 8,2	15,4	10,3	–24,3	– 5,0	15,4	– 2,1	59,6	0,5
Gießerei	1,07	–19,5	–19,4	–26,3	–28,7	–26,2	–22,4	–19,7	– 5,2	6,6	35,3	0,5
Chemische Industrie	4,04	4,5	2,7	–24,6	–39,1	–34,6	–14,0	–19,3	13,1	4,8	54,8	2,9
Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	32,90	–13,1	–14,1	–11,7	– 0,3	0,2	9,9	6,8	11,3	13,1	50,8	20,7
darunter: Stahl- und Leichtmetallbau, Schienenfahrzeugbau	2,93	48,3	22,0	23,0	25,9	12,1	7,3	10,1	8,7	14,9	161,9	5,1
Maschinenbau	15,24	–26,5	–39,8	–44,8	–36,0	–27,8	– 2,0	–11,5	1,0	11,2	27,8	5,4
Straßenfahrzeugbau, Reparatur von Kraftfahrzeugen	2,71	–29,5	– 0,2	19,8	77,5	70,1	65,7	68,9	92,7	55,7	76,6	2,7
Elektrotechnik, Reparatur von Haushaltsgeräten	8,51	–14,2	– 2,3	3,3	13,9	5,7	9,2	5,7	– 0,7	2,8	43,9	5,0
Feinmechanik, Optik, Uhren	1,09	–64,7	– 7,2	79,9	207,6	38,8	–12,4	9,0	15,1	2,7	19,1	0,2
Eisen-, Blech- und Metallwaren	1,05	11,3	12,2	14,2	5,4	– 0,3	9,0	5,7	21,5	– 0,6	120,5	1,7
Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	7,22	7,7	8,9	4,8	3,1	4,7	13,7	12,0	23,1	19,8	79,9	7,3
darunter: Holzverarbeitung	1,53	2,8	2,9	3,2	8,7	5,7	23,1	17,8	37,0	34,4	81,3	1,8
Druckerei, Vervielfältigung	1,33	42,7	28,5	17,0	6,5	7,6	7,8	7,5	8,0	5,9	148,9	2,5
Textilgewerbe	1,69	–26,9	–19,3	–30,0	–24,6	–18,3	–11,6	–10,1	17,7	2,7	26,4	0,6
Nahrungs- und Genußmittelgewerbe	8,32	– 0,1	3,0	6,9	6,1	– 0,8	7,1	4,6	6,8	10,8	103,5	10,0
davon: Ernährungsgewerbe	6,90	10,6	12,4	14,2	9,8	0,1	9,4	7,0	11,9	15,0	105,5	8,6
Tabakverarbeitung	1,42	–31,6	–29,0	–15,3	– 7,9	– 4,4	– 5,2	– 6,6	–14,2	– 7,0	94,3	1,4
Bauhauptgewerbe	18,07	21,4	32,4	32,8	28,1	10,3	11,7	11,0	11,4	10,2	154,6	29,9
davon: Hochbauleistungen	8,79	5,6	19,7	24,9	22,2	9,3	3,9	6,0	5,3	5,4	139,6	13,7
Tiefbauleistungen	9,28	42,3	46,0	40,7	33,3	11,4	18,5	15,5	16,8	14,3	168,7	16,1

[1]) Index der Nettoproduktion für das Produzierende Gewerbe, 2. Halbjahr 1990 = 100.

[2]) Berechnet aus dem arbeitstäglich bereinigten Index der Nettoproduktion für das Produzierende Gewerbe, multipliziert mit dem Gewicht, Basis 2. Halbjahr 1990 = 100. Differenzen in den Summen durch Runden der Zahlen.

Zur sektoralen Entwicklung des Sozialprodukts in den neuen Bundesländern und Berlin-Ost

In Preisen von 1991

Zeitraum	Bruttowertschöpfung							Bruttoinlandsprodukt[5]	Einkommen aus der übrigen Welt[6]	Bruttosozialprodukt
	unbereinigt						bereinigt[4]			
	zusammen	davon								
		Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	Produzierendes Gewerbe	Handel und Verkehr[1]	Dienstleistungsunternehmen[2]	Staat, private Haushalte[3]				
	Mrd DM									
1990 2. Halbjahr ...	107,65	4,92	40,71	18,26	18,75	25,01	97,47	105,15	1,62	106,77
1991 1. Halbjahr ...	91,26	–1,71	33,55	14,13	21,73	23,56	80,23	84,97	3,30	88,27
2. Halbjahr ...	102,18	4,21	35,70	15,27	24,19	22,81	91,34	95,90	5,89	101,79
1992 1. Halbjahr ...	99,57	–1,00	37,86	13,76	26,05	22,90	88,02	92,84	5,39	98,23
2. Halbjahr ...	110,81	3,97	41,31	14,76	27,52	23,25	99,43	105,57	5,87	111,44
1993 1. Halbjahr ...	104,49	–0,61	40,78	14,09	26,95	23,28	92,58	98,64	4,75	103,39
	Veränderung gegenüber Vorjahreszeitraum in vH									
1991 2. Halbjahr ...	*–5,1*	X	*–12,3*	*–16,4*	*29,0*	*–8,8*	*–6,3*	*– 8,8*	X	*– 4,7*
1992 1. Halbjahr ...	*9,1*	X	*12,8*	*– 2,6*	*19,9*	*–2,8*	*9,7*	*9,3*	X	*11,3*
2. Halbjahr ...	*8,4*	X	*15,7*	*– 3,3*	*13,8*	*1,9*	*8,9*	*10,1*	X	*9,5*
1993 1. Halbjahr ...	*4,9*	X	*7,7*	*2,4*	*3,5*	*1,7*	*5,2*	*6,2*	X	*5,3*

[1] Einschließlich Nachrichtenübermittlung.
[2] Kreditinstitute, Versicherungsunternehmen, Wohnungsvermietung (einschließlich Eigennutzung durch den Eigentümer), sonstige Dienstleistungsunternehmen.
[3] Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck.
[4] Unbereinigte Bruttowertschöpfung nach Abzug der unterstellten Entgelte für Bankdienstleistungen.
[5] Bereinigte Bruttowertschöpfung zuzüglich nichtabziehbare Umsatzsteuer und Einfuhrabgaben.
[6] Aus der übrigen Welt empfangene abzüglich an die übrige Welt geleistete Erwerbs- und Vermögenseinkommen.

Der Produktionsanstieg im Verarbeitenden Gewerbe zog sich durch alle Hauptgruppen (Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe, Investitionsgüter produzierendes Gewerbe, Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe und Nahrungs- und Genußmittelgewerbe). Einen wesentlichen Beitrag leistete weiterhin die Nachfrage aus dem Baubereich, die wie bei der Gewinnung von Steinen und Erden und im Stahl- und Leichtmetallbau größere Produktionssteigerungen ermöglichte. Teilweise ist die gesteigerte Ausbringung auch darauf zurückzuführen, daß die Investitionen der letzten Jahre produktionswirksam wurden. Zum Beispiel stieg die Erzeugung im Straßenfahrzeugbau aufgrund der Inbetriebnahme zweier großer Werke kräftig an, und die Produzenten im Bereich der Elektrotechnik konnten, nachdem umfangreiche Investitionen in diesem Sektor stattgefunden haben, ebenfalls mehr als im Vorjahr dazu beitragen, die Nachfrage nach Investitionsgütern zu decken. Die aufgezählten Produktionserfolge dürfen allerdings nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Lage eines großen Teils der ostdeutschen Industrieunternehmen sehr schwierig ist. Das gilt vor allem für die Bereiche, die in hohem Maße überregionalem Wettbewerb ausgesetzt sind. So konnten zwar die Chemische Industrie und der Maschinenbau zu Beginn der zweiten Jahreshälfte ebenfalls ihre Produktion gegenüber dem Vorjahr ausweiten; allerdings ist das Niveau der Produktion in diesen Wirtschaftszweigen sehr niedrig und die Privatisierung vor allem der großen Unternehmen ist noch nicht abgeschlossen.

70. Die Arbeitsproduktivität der Unternehmen im ostdeutschen Verarbeitenden Gewerbe hat sich gegenüber dem Vorjahr deutlich erhöht. Als Hilfsmaßstab für die Produktivität kann man den Umsatz je Beschäftigten heranziehen. In allen Hauptgruppen konnte der Abstand zu Westdeutschland im ersten Halbjahr 1993 verringert werden (Tabelle 13). Gleichwohl ist der Rückstand in der Leistungsfähigkeit im Durchschnitt noch beträchtlich. Hinter dem Anstieg der Umsatz-Beschäftigten-Relation verbirgt sich vor allem der massive Beschäftigungsabbau, der sich im Jahre 1993 mit zweistelliger Rate fortsetzte, der Umsatz stieg nur geringfügig an.

Der Umsatz je Beschäftigten im Verhältnis zu Westdeutschland kann nur als ein grober Maßstab für die Leistungsfähigkeit der ostdeutschen Unternehmen angesehen werden. Seine Aussagefähigkeit ist vor allem dadurch verzerrt, daß in vielen Branchen die Vorleistungen noch höher sein dürften als in Westdeutschland. Aus der letzten Kostenstrukturerhebung des Statistischen Bundesamtes für das Verarbeitende Gewerbe geht hervor, daß das Verhältnis der Vorleistungen zum Umsatz im Jahre 1991 bei 75,4 vH lag, während es in Westdeutschland 64,7 vH betrug. Möglicherweise lag der Wert des Umsatzes je Beschäftigten im Vergleich zu Westdeutschland im ersten Halbjahr 1993 daher höher als die Wertschöpfung je Beschäftigten. Dies wäre freilich

Tabelle 13

Umsatz je Beschäftigten im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe[1])

Ost/West-Vergleich

Wirtschaftszweig	Umsatz je Beschäftigten in vH[2])			Nachrichtlich: für Ostdeutschland[3])	
	1991	1992	1993	Beschäftigte	Umsatz
	1. Hj.			im 1. Hj. 1993 im Vergleich zum Vorjahr in vH	
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe	18,4	33,2	46,8	*-25,4*	*3,0*
Verarbeitendes Gewerbe	17,3	33,2	46,9	*-24,5*	*4,2*
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	16,4	28,9	39,8	*-27,7*	*-2,7*
Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	14,8	29,4	42,6	*-22,6*	*6,5*
Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	13,2	30,5	45,2	*-28,2*	*7,4*
Nahrungs- und Genußmittelgewerbe	29,6	45,4	60,3	*-20,8*	*6,6*

[1]) Betriebe von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten.
[2]) In den neuen Bundesländern und Berlin-Ost in Relation zu dem in Westdeutschland.
[3]) Einschließlich Berlin-Ost.

kein Zeichen hoher Wettbewerbsfähigkeit der ostdeutschen Unternehmen. Eine Bereinigung der Umsätze um die Vorleistungen ist nicht durchführbar, da es keine aktuellen Daten zu den Vorleistungen im Verarbeitenden Gewerbe gibt. Eine weitere Verzerrung entsteht dadurch, daß ein großer Teil der Produktion ostdeutscher Unternehmen durch Subventionen gestützt wird. Die Produktivität mißt daher auch die Leistungsfähigkeit von Unternehmen, die ohne staatliche Stützungsmaßnahmen nicht überleben würden.

71. Die Erschließung von Märkten außerhalb Ostdeutschlands kam bisher nur langsam voran. Im Jahre 1993 lag das Volumen der Lieferungen von Waren und Dienstleistungen an Westdeutschland mit 33½ Mrd DM und an das Ausland mit 18 Mrd DM geringfügig unter dem Vorjahresniveau. Die Produktion von Waren und Dienstleistungen für Regionen außerhalb Ostdeutschlands hatte real einen Anteil von knapp 25 vH an der Gesamtproduktion, was für eine Region der Größe Ostdeutschlands sehr gering ist, wenn man die Exportquoten entwickelter Industrieländer als Vergleich heranzieht.

Die Entwicklung des Auslandsabsatzes im Verarbeitenden Gewerbe verdeutlicht die Wettbewerbsprobleme der ostdeutschen Industrie. Im ersten Halbjahr 1993 unterschritten die Auslandsumsätze den schon sehr geringen Vorjahresstand noch einmal um 13,9 vH (Tabelle 14). Der Rückgang dürfte hauptsächlich auf den abnehmenden Export in die Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) zurückzuführen sein, obwohl dieser durch Hermes-Bürgschaften sogar noch gestützt wurde. Für das gesamte Jahr 1993 wurde ein Plafond von rund 4 Mrd DM eingeräumt; im Vorjahr waren es 5 Mrd DM. Die starke Abnahme der Auslandsumsätze läßt aber darauf schließen, daß sich auch der Absatz in die westlichen Industrieländer ungünstig entwickelte. Bestätigt werden die Absatzschwierigkeiten des ostdeutschen Verarbeitenden Gewerbes im Ausland auch dadurch, daß im ersten Halbjahr dieses Jahres nur im Wirtschaftszweig Stahl- und Leichtmetallbau, Schienenfahrzeugbau der Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz größer war als in den alten Bundesländern. Hier war die hohe Exportquote im wesentlichen auf den Absatz des Schienenfahrzeugbaus in den Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion zurückzuführen, der in besonderem Maße von Hermes-Bürgschaften abhängig ist.

Allerdings sind die Auftragseingänge ab Mai dieses Jahres gegenüber dem vergangenen Jahr deutlich angestiegen. Das läßt auf eine positivere Entwicklung des Auslandsgeschäftes im zweiten Halbjahr hoffen, wenngleich im Juli und August die Umsätze noch nicht erhöht werden konnten. Ein weiterer Lichtblick ist, daß im ersten Halbjahr 1993 immerhin 13 von 34 Wirtschaftszweigen mit einem Anteil von 54,8 vH am gesamten Auslandsumsatz des Verarbeitenden Gewerbes ihren Auslandserlös gegenüber dem Vorjahr steigern konnten.

72. Die Ursachen für die Schwierigkeiten beim Aufbau einer Exportbasis sind vielschichtig. Vielfach spielen Kostennachteile eine bedeutende Rolle; aber auch Qualitätsmängel der Produkte treten auf. Vor allem beim Eintritt in westdeutsche und ausländische Märkte sind zusätzliche Hindernisse zu überwinden. Die ostdeutschen Anbieter sind dort in der Regel noch wenig bekannt und müssen sich gegenüber etablierten Unternehmen durchsetzen, die sich über Jahre oder Jahrzehnte hinweg eine starke Marktstellung aufgebaut haben. Wollen die ostdeutschen Produzenten als neue Anbieter am Markt erfolgreich sein, reicht es nicht aus, daß sie eine bestimmte Leistung zu einem konkurrenzfähigen Preis anbieten. Sie müssen darüber hinaus die potentiellen Kunden davon überzeugen, daß sie in der Lage sind, eine Leistung zu erbringen, die qualitativ mindestens ebenso hochwertig ist wie die anderer Anbieter. Die Durchdringung der Märkte kann daher nicht abrupt geschehen, vollzieht sich vielmehr in einem allmählichen Prozeß. Es ist notwendig, daß die Produkte durch Werbemaßnahmen bekannt gemacht werden. Auch die Betreuung der Kunden ist wichtig; für viele Produkte muß ein

Auslandsumsatz im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe[1]) in den neuen Bundesländern und Berlin-Ost

Wirtschaftszweig	1991	1992		1993				Nachrichtlich: Westdeutschland	
	1. Hj.	1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.				1993	
	in vH des Gesamtumsatzes				Veränderung[2])	Mio DM	vH[3])	1. Hj.	
								Mio DM	vH[4])
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe	11,7	14,5	13,3	12,1	0,4	5556,8	-14,3	241328,3	26,9
Verarbeitendes Gewerbe	12,7	15,3	13,9	12,6	-0,1	5415,4	-13,9	240721,0	27,3
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	14,0	18,0	12,7	13,6	-0,4	1425,4	-26,6	61309,7	26,3
Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	17,1	19,7	20,1	17,0	-0,1	2942,9	- 8,0	145902,0	35,7
Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	11,8	11,9	8,8	8,9	-2,9	474,4	-19,3	23839,2	18,2
Nahrungs- und Genußmittelgewerbe	4,1	6,1	5,3	5,9	1,8	572,8	1,9	9670,0	8,8
Bergbau	3,8	5,4	4,6	4,5	0,7	141,3	-26,0	607,3	4,4
Mineralölverarbeitung	6,7	2,5	3,1	1,2	-5,4	15,9	-33,9	1151,6	2,3
H. u. Verarb. von Spalt- u. Brutstoffen	—	—	—	—	—	—	—	59,8	58,6
Gew. und Verarb. von Steinen und Erden	1,2	1,1	0,6	0,9	-0,4	24,1	18,3	1665,5	8,0
Eisenschaffende Industrie	28,0	23,7	28,3	23,6	-4,4	282,6	-13,6	6300,6	34,9
NE-Metallerzeugung, NE-Metallhalbzeugwerke	6,0	14,3	15,3	11,9	6,0	83,5	-30,4	3752,9	33,0
Gießerei	3,3	6,0	4,7	10,3	7,0	34,2	53,1	1130,8	16,9
Ziehereien, Kaltwalzwerke, Stahlverformung	5,1	8,7	6,6	4,6	-0,4	26,5	-41,8	3063,5	18,9
Stahl- und Leichtmetallbau, Schienenfahrzeugbau	27,5	30,6	22,4	17,8	-9,7	549,4	-41,3	1830,6	10,9
Maschinenbau	17,8	21,0	32,4	28,2	10,4	1191,2	18,8	38978,1	41,0
Straßenfahrzeugbau, Rep. v. KFZ usw.	10,9	10,4	8,4	11,7	0,7	396,8	40,9	50615,3	42,0
Schiffbau	46,4	74,6	29,2	21,7	-24,6	184,5	-67,1	2022,6	64,8
Luft- und Raumfahrzeugbau	17,4	3,0	-	18,6	1,2	2,8	X	4083,8	67,3
Elektrotechnik, Rep. v. Haushaltsgeräten	9,2	8,6	10,9	11,3	2,1	433,4	46,0	30235,1	29,9
Feinmechanik, Optik, H. v. Uhren	22,7	13,3	17,3	17,1	-5,6	58,2	52,9	4095,8	34,9
H. v. EBM-Waren	7,2	6,1	5,1	5,1	-2,2	49,7	10,1	7605,6	22,9
H. v. Musikinstrumenten, Spielwaren, Füllhaltern	25,8	28,0	22,2	20,3	-5,5	27,0	-25,4	1124,3	27,2
Chemische Industrie	18,7	27,7	18,3	25,4	6,6	828,3	-29,5	39929,8	40,5
H. v. Büromaschinen, ADV-Geräten und -Einrichtungen	32,2	12,6	27,4	31,6	-0,6	58,1	180,4	4525,3	43,8
Feinkeramik	23,8	24,1	26,5	25,1	1,3	56,3	11,9	745,0	29,0
H. u. Verarb. v. Glas	17,7	16,6	14,5	15,4	-2,2	61,6	- 6,1	1845,9	27,9
Holzbearbeitung	2,3	2,7	3,4	7,9	5,6	14,2	217,5	625,3	11,5
Holzverarbeitung	11,1	4,5	4,1	5,0	-6,1	62,9	26,0	2122,9	9,6
Zellstoff-, Holzschliff-, Papier- und Pappeerzeugung	19,2	40,7	28,9	35,4	16,1	110,0	-33,5	3099,2	38,6
Papier- und Pappeverarbeitung	8,5	6,5	7,0	7,8	-0,7	24,0	51,9	2348,7	17,5
Druckerei, Vervielfältigung	5,6	6,6	6,9	5,3	-0,4	52,9	-13,8	1115,7	6,5
H. v. Kunststoffwaren	6,6	12,1	6,6	7,1	0,5	60,3	- 7,9	6241,1	20,8
Gummiverarbeitung	14,8	20,2	10,8	11,0	-3,8	24,8	-54,4	2440,5	27,7
Ledererzeugung	20,0	21,7	15,9	16,0	-4,0	5,9	-56,8	109,4	21,4
Lederverarbeitung	14,7	16,3	8,1	5,9	-8,8	7,1	-76,0	872,5	21,9
Textilgewerbe	13,5	21,5	12,3	14,5	1,0	99,6	-42,5	4894,9	27,3
Bekleidungsgewerbe	7,5	7,7	5,4	5,7	-1,8	16,9	-36,6	2418,5	19,2
Rep. v. Gebrauchsgütern (ohne elektr. Geräte)	—	0,5	—	—	—	—	X	0,2	1,1
Ernährungsgewerbe	4,3	6,2	5,8	6,3	2,0	563,2	9,3	8711,4	8,9
Tabakverarbeitung	1,9	5,5	0,0	1,1	-0,8	9,6	-79,5	958,7	7,6

[1]) Betriebe von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten.
[2]) Veränderung der Exportanteile 1. Hj. 1991 bis zum 1. Hj. 1993 in Prozentpunkten.
[3]) Veränderung gegenüber dem Vorjahreszeitraum.
[4]) Anteil in vH am Gesamtumsatz.

Vertriebs- und Servicenetz aufgebaut werden. Derartige absatzpolitische Maßnahmen werden jedoch oftmals vernachlässigt, da die finanziellen Mittel dafür fehlen.

73. Die Expansion in der Bauwirtschaft hat sich auch im Jahre 1993 mit hohem Tempo fortgesetzt und der Wirtschaft zusätzliche Impulse gegeben. Die Produktion wurde deutlich ausgeweitet, wenngleich die hohe Steigerungsrate des Vorjahres nicht mehr erreicht wurde. Gemessen am Nettoproduktionsindex lag die Produktion im Bauhauptgewerbe in den ersten acht Monaten des Jahres 1993 um 11 vH über dem Vorjahresstand. Die Auftragseingänge lassen erkennen, daß sich die Expansion im Wohnungsbau erheblich verstärkt hat, während sie in den anderen Baubereichen nachließ, aber immer noch hoch war (Tabelle 15). Der Rückgang der Zuwachsraten im Wirtschaftsbau und im öffentlichen Bau ist vor dem Hintergrund eines bereits beachtlichen Bauvolumens zu sehen. Im öffentlichen Bau war es die angespannte finanzielle Lage der ostdeutschen Länder und Gemeinden, die eine ähnlich kräftige Steigerung der Bauinvestitionen wie im Vorjahr nicht mehr zuließ. Der Wohnungsbau wurde durch erhöhte finanzielle Anreize und durch die Beseitigung bedeutender Investitionshemmnisse stimuliert:

Tabelle 15

Auftragseingang im Bauhauptgewerbe [1]) in den neuen Bundesländern und Berlin-Ost

Zeitraum	Insgesamt	Wohnungsbau	Landwirtschaftlicher, gewerblicher und industrieller Bau	Öffentlicher Bau
	Mio DM			
1991	18 645,4	2 958,8	7 379,2	8 307,4
1992	27 598,7	4 150,0	12 175,4	11 273,3
	Meßziffer 1991 = 100			
1991 1. Vj.	60,1	85,9	66,7	45,0
2. Vj.	93,8	98,1	95,8	90,6
3. Vj.	126,7	107,4	117,2	141,9
4. Vj.	119,4	108,6	120,4	122,4
1992 1. Vj.	115,2	114,1	134,6	98,4
2. Vj.	146,0	135,3	167,4	130,9
3. Vj.	159,9	138,1	174,5	154,7
4. Vj.	170,9	173,5	183,5	158,8
1993 1. Vj.	144,7	172,7	171,9	110,6
2. Vj.	188,7	236,1	203,8	158,3
3. Vj. [2])	214,1	270,5	222,2	186,7
	Veränderung gegenüber dem Vorjahreszeitraum in vH			
1992 1. Vj.	*91,8*	*32,8*	*101,9*	*118,4*
2. Vj.	*55,7*	*37,9*	*74,8*	*44,5*
3. Vj.	*26,2*	*28,6*	*48,9*	*9,0*
4. Vj.	*43,1*	*59,7*	*52,5*	*29,7*
1993 1. Vj.	*25,6*	*51,3*	*27,7*	*12,5*
2. Vj.	*29,2*	*74,5*	*21,8*	*20,9*
3. Vj. [2])	*40,3*	*107,5*	*34,7*	*24,9*

[1]) Für Betriebe mit 20 und mehr Beschäftigten. — Durch die rasche Veränderung der Wirtschafts- und Betriebsstruktur sowie methodische Probleme in der Einführungsphase der Bauberichterstattung nach dem Konzept der Bundesstatistik sind die Ergebnisse im Zeitablauf nur bedingt vergleichbar. Nähere Erläuterungen siehe Statistisches Bundesamt „Ausgewählte Zahlen für die Bauwirtschaft", Januar 1993, Seite 6f.

[2]) Monate Juli und August.

- Die Mieterhöhungen zu Beginn des Jahres haben die Ertragssituation in der Wohnungsvermietung verbessert.
- Im März dieses Jahres wurde im Rahmen des Föderalen Konsolidierungsprogramms unter anderem beschlossen, den Umfang der zinsverbilligten Kredite des KfW-Wohnraum-Modernisierungsprogramms für das Jahr 1993 von 30 Mrd DM auf 60 Mrd DM aufzustocken. Außerdem sollen von den 60 Mrd DM Altschulden, die auf dem Wohnungsbestand lasten, 30 Mrd DM ab dem 1. Juli 1995 vom Erblastentilgungsfonds übernommen werden. Darüber hinaus teilen sich Bund und Länder 7 Mrd DM an Zinszahlungen, die vom Beginn des Jahres 1993 bis zur Mitte des Jahres 1995 nach dem Auslaufen des Zinsmoratoriums anfallen. Bei den Schuldnern handelt es sich um kommunale Wohnungsgesellschaften und um private Vermieter. Durch die teilweise Entlastung von den Verpflichtungen wird die befürchtete Einschränkung des zukünftigen Eigenfinanzierungsspielraums verringert und auch die Aufnahme von Krediten erleichtert, so daß dringend erforderliche Modernisierungsmaßnahmen schneller durchgeführt werden könnten. Die Entschuldung ist für die kommunalen Wohnungsunternehmen allerdings mit der Auflage verbunden, daß sie innerhalb von zehn Jahren mindestens 15 vH ihrer über 2 Millionen Wohnungen privatisieren. Zusätzlich zur Entschuldung ist vorgesehen, daß Wohnungsunternehmen, die noch nicht im Grundbuch als Eigentümer eingetragen werden können, Übergangsbürgschaften erhalten, damit ihre Kreditmöglichkeiten erweitert werden.
- Mit dem Investitionserleichterungs- und Wohnbaulandgesetz, das am 1. Mai 1993 verabschiedet wurde, können Planungs- und Genehmigungsverfahren beschleunigt durchgeführt werden. Zudem ist die Ausweisung von Wohnbauland erleichtert worden.

74. Das Angebot an Dienstleistungen wurde in diesem Jahr nur geringfügig ausgeweitet. Während in den vergangenen zwei Jahren die Wertschöpfung mit zweistelligen Zuwachsraten anstieg, lag sie im ersten Halbjahr 1993 lediglich um 3,5 vH über dem Vorjahresstand. Daran wird deutlich, daß sich auch der Dienstleistungssektor nicht dauerhaft von der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung abkoppeln kann. Nachdem Lücken im Angebot von Dienstleistungen durch die rege Gründungstätigkeit in den letzten Jahren zu einem großen Teil geschlossen worden sind, wird eine weitere Ausweitung der Produktion im Dienstleistungsbereich durch die schwächer ansteigende Kaufkraft der privaten Haushalte und den langsameren Aufbau in der Industrie eingeschränkt.

75. Auch bei der Beurteilung der Absatzlage im Einzelhandel ist zu berücksichtigen, daß das Versor-

gungsniveau bereits hoch ist. Obwohl der Umsatz im ersten Halbjahr 1993 um lediglich 1,4 vH gegenüber dem Vorjahr anstieg, ist die Situation im ostdeutschen Einzelhandel insgesamt günstiger als in anderen Branchen. Die Veränderung der Umsätze in den einzelnen Sparten ergibt freilich ein uneinheitliches Bild. So konnten die Anbieter von Nahrungsmitteln, Getränken, Tabakwaren ihren Erlös mit 5,1 vH überdurchschnittlich ausweiten, und die Anbieter von Einrichtungsgegenständen erzielten sogar eine Umsatzsteigerung von 24,5 vH. Innerhalb des Einzelhandels findet ein Umstrukturierungsprozeß statt. Viele kleinflächige Verkaufsstätten mußten wie schon in den vorhergehenden Jahren der Konkurrenz von größeren Verbrauchermärkten, Einkaufszentren und Fachmärkten weichen, die in vielen Bereichen ein reichhaltigeres und oftmals auch preisgünstigeres Angebot aufweisen.

Der Großhandel in den jungen Bundesländern wird weitgehend von den Filialbetrieben westdeutscher Großhandelsunternehmen beherrscht, die den Markt schnell erobert haben. Großhandelsunternehmen, die ihren Sitz in Ostdeutschland haben, sind kaum noch vorhanden, und ihr Marktanteil nahm im Jahre 1993 weiter ab. Während die westdeutschen Filialbetriebe ihren Umsatz im ersten Halbjahr 1993 um 41 vH gegenüber dem Vorjahr steigern konnten, mußten die ostdeutschen Großhandelsunternehmen Einbußen um 7,6 vH hinnehmen. Großhändler aus Westdeutschland werden den Marktanforderungen aufgrund einer größeren Markterfahrung, eines umfassenden und kundennahen Produkt- und Leistungsprogramms sowie einer hohen Lieferfähigkeit im allgemeinen wesentlich besser gerecht. Zudem haben sie vielfach einen Wettbewerbsvorsprung, weil sie in Westdeutschland bereits Lieferbeziehungen zu Unternehmen unterhielten, die Betriebe in den jungen Bundesländern eröffnet haben, und die sie nun auch hier beliefern.

76. Die Landwirtschaft wird nunmehr in vielen Bereichen bereits unter den Bedingungen betrieben, die durch die EG-Agrarmarktordnungen entscheidend mitgeprägt werden. Die Erzeugerpreise haben vielfach das westdeutsche Niveau erreicht, und die Anbauflächenverhältnisse bei den verschiedenen Pflanzenarten haben sich als Reaktion auf die Preisverhältnisse auf dem Agrarmarkt den westdeutschen Relationen angenähert. Zugleich sind die Viehbestände stark reduziert und Anbauflächen mit geringer Ertragskraft stillgelegt worden. Allerdings hat sich die wirtschaftliche Lage auch 1993 noch nicht grundlegend gebessert. Der Anpassungsprozeß wird durch vielfältige Subventionen unterstützt und gelenkt. Allein der Bund hat von 1990 bis 1993 für die ostdeutsche Landwirtschaft Finanzmittel in Höhe von rund 14 Mrd DM bereitgestellt; davon für 1993 einen Betrag von 2,3 Mrd DM. Finanziert wurden unter anderem Subventionen für den Abbau von Überschüssen durch Exporte in Drittländer, Interventionskäufe, der Einkommensausgleich für die Stillegung von landwirtschaftlich genutzten Flächen oder für deren extensivere Nutzung, Ausgleichszahlungen für Preiseinbrüche, Subventionen zur Sicherung der Zahlungsfähigkeit und standortbezogene Zuschüsse zum Ausgleich natürlicher Standortnachteile.

Eine Belastung für die Entwicklung ist im Zusammenhang mit der Flurneuordnung entstanden. Die Zuordnung der landwirtschaftlichen Flächen zu den Eigentümern ist vielfach nicht eindeutig möglich, da die genaue Abgrenzung der einzelnen Parzellen nicht mehr festgestellt werden kann. Hierdurch häufen sich rechtliche Konfliktfälle, und die Kreditaufnahme wird erschwert, weil Sicherheiten nicht geboten werden können. Zur Klärung der Eigentumsverhältnisse wurden Flurneuordnungsbehörden eingerichtet, deren Arbeit sich im Jahre 1993 noch im Anfangsstadium befand. Auch die Privatisierung und Verpachtung von rund 1,3 Millionen Hektar landwirtschaftlicher Fläche und 770 000 Hektar forstwirtschaftlicher Fläche unter Verwaltung der Treuhandanstalt sind noch nicht beendet. Bis Ende September dieses Jahres waren rund 1,1 Millionen Hektar verpachtet und 32 000 Hektar privatisiert. Neben den ungeklärten Eigentumsproblemen stellen die Altschulden der Landwirtschaft eine Belastung dar. Sie beliefen sich zum 1. Juli 1990 auf 7,6 Mrd DM. Einen Teil dieser Verbindlichkeiten in Höhe von 1,4 Mrd DM soll die Treuhandanstalt übernehmen. Zusätzlich wurden Rangrücktrittsvereinbarungen mit den altkreditführenden Banken abgeschlossen, bei denen es sich hauptsächlich um die DG Bank und die örtlichen Raiffeisen- und Volksbanken handelt. Diese Vereinbarungen legen fest, daß Kredite nur bei Gewinnerzielung in Höhe eines vereinbarten Gewinnanteils getilgt werden müssen und daß die Bank hinter allen sonstigen Verbindlichkeiten des Unternehmens zurücktritt. Bis Mitte August 1993 waren Rangrücktrittsvereinbarungen für ein Schuldenvolumen von rund 4 Mrd DM abgeschlossen worden.

77. Die sehr lebhafte Gründungstätigkeit der letzten Jahre hat sich im Jahre 1993 weiter abgeschwächt. Die Anzahl der Gewerbeanmeldungen nahm in der Industrie, im Handwerk und im Bereich Handel und Gaststätten in den ersten neun Monaten dieses Jahres gegenüber dem Vorjahr deutlich ab (Tabelle 16). Auch der Überschuß der Anmeldungen über die Abmeldungen hat sich nochmals verringert, ist allerdings immer noch beträchtlich hoch. Die rückläufige Meldeaktivität im Handwerk und im Bereich Handel und Gaststätten dürfte unter anderem darauf zurückzuführen sein, daß die Anzahl der Unternehmen bereits ein hohes Niveau erreicht hat. Insofern ist sie kein Zeichen einer ungünstigeren wirtschaftlichen Entwicklung, sondern vielmehr dadurch bedingt, daß Angebotsengpässe, die in diesen Branchen bestanden, mittlerweile beseitigt oder verringert worden sind.

Hinter den Gewerbeanzeigen stehen nicht unbedingt auch Gewerbegründungen oder -auflösungen (JG 92 Ziffer 114). Es ist daher nicht ohne weiteres möglich, von den Gewerbeanzeigen auf das tatsächliche Ausmaß der Gründungstätigkeit zu schließen. Nach Schätzungen des Instituts für Mittelstandsforschung Bonn für das Land Sachsen entfielen auf 100 Gewerbeanmeldungen höchstenfalls 60 neugegründete selbständige Unternehmen, auf 100 Gewerbeabmeldungen höchstens 70 abgemeldete Unternehmen. Die Gewerbemeldungen lassen somit keine eindeutigen Schlüsse auf die Entwicklung des Unternehmensbestandes zu. Es gibt keine amtlichen Angaben über die

Tabelle 16

Gewerbeanzeigen in den neuen Bundesländern und Berlin-Ost

Zeitraum	Insgesamt	Darunter		
		Industrie	Handwerk	Handel und Gastgewerbe
	Gewerbeanmeldungen [1]			
1990	281 096	.	38 190	136 878
1991	292 997	.	27 207	138 009
1992	214 357	9 824	22 367	97 900
1992 Januar bis September	164 859	7 639	17 226	75 564
1993 Januar bis September	144 099	6 525	15 856	64 974
	Gewerbeabmeldungen [2]			
1990	26 694	.	6 843	12 455
1991	99 767	.	12 109	48 091
1992	120 802	3 398	11 032	61 925
1992 Januar bis September	89 591	2 589	8 211	45 778
1993 Januar bis September	88 659	2 166	8 295	45 261
	Saldo der Gewerbeanzeigen [3]			
1990	254 402	.	31 347	124 423
1991	193 230	.	15 098	89 918
1992	93 555	6 426	11 335	35 975
1992 Januar bis September	75 268	5 050	9 015	29 786
1993 Januar bis September	55 440	4 359	7 561	19 713

[1] Beginn oder Übernahme eines Gewerbes, Zuzug eines Gewerbebetriebes aus einem anderen Meldebezirk.
[2] Einstellung eines Gewerbebetriebes, Übergabe an einen Nachfolger, Verlegung eines Gewerbebetriebes in einen anderen Meldebezirk.
[3] Gewerbeanmeldungen abzüglich Gewerbeabmeldungen.

Gesamtzahl der Unternehmen; man muß für wichtige Wirtschaftsbereiche auf Schätzungen nichtamtlicher Institutionen zurückgreifen. Nach Berechnungen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung und des Instituts für Weltwirtschaft gab es zu Beginn des Jahres 1993 etwa 300 000 selbständige Dienstleistungsunternehmen einschließlich des Handels und des Verkehrsgewerbes. Die Unternehmenszahl pro Kopf der Bevölkerung war damit in diesen Bereichen zusammengenommen um rund ein Fünftel geringer als in Westdeutschland. Viele Neugründungen gab es bei den Freien Berufen. Hier bestand ein hoher Nachholbedarf. Der Zentralverband des Deutschen Handwerks schätzt, daß es Mitte des Jahres 1993 in Ostdeutschland rund 137 000 Handwerksbetriebe gab. Die Anzahl der Unternehmen pro Kopf der Bevölkerung entsprach damit bereits in etwa dem westdeutschen Niveau, allerdings war die Anzahl der Beschäftigten in den einzelnen Betrieben im Durchschnitt weit geringer. Nach Angaben der Bundesregierung existierten in der Industrie zum Jahresbeginn hingegen erst ungefähr 7 000 Unternehmen, womit der Unternehmensbestand je Einwohner weniger als ein Drittel des westdeutschen Niveaus betrug. Der Grund für die relativ geringe Anzahl an Unternehmensgründungen in der Industrie dürfte neben dem in der Regel schärferen Wettbewerb darin liegen, daß der Planungs- und Finanzierungsaufwand für Industrieinvestitionen verhältnismäßig hoch ist.

Privatisierung weit vorangeschritten

78. Der Unternehmensbestand der Treuhandanstalt hat sich im Jahre 1993 gegenüber dem Vorjahr weiterhin deutlich verringert. Bis Ende September dieses Jahres hatte die Treuhandanstalt 5 625 Unternehmen vollständig privatisiert und weitere 373 Unternehmen mehrheitlich (Tabelle 17). Des weiteren wurden 6 823 Betriebsteile verkauft. 468 Unternehmen wurden von der Treuhandanstalt noch zur Privatisierung angeboten.

Ein intertemporaler Vergleich der Angaben der Treuhandanstalt über ihre Privatisierungstätigkeit ist nur eingeschränkt möglich. Ein Grund ist, daß die Anzahl der von der Treuhandanstalt bisher betreuten Unternehmen durch Aufspaltungen von Unternehmen ständig größer wird. Hinzu kommt, daß sich die Anzahl der Teilprivatisierungen nicht nur durch zusätzliche Teilprivatisierungen verändert, sondern auch durch nachträgliche vollständige Privatisierungen.

Im Zusammenhang mit der Privatisierung wurden bis Ende September 1993 Beschäftigungszusagen für 1,5 Millionen Arbeitnehmer und Investitionszusagen in Höhe von 182,4 Mrd DM gegeben. Der Veräußerungserlös betrug 44,7 Mrd DM.

79. Von den 12 821 vollständig oder mehrheitlich verkauften Unternehmen und Betriebsteilen wurden nach Kenntnis der Treuhandanstalt 798 durch ausländische Investoren erworben. Da bei Engagements

Stand der Privatisierung bei Treuhandunternehmen

Stand am 30. September 1993

Hauptbranchen[1]	Unternehmen[2] insgesamt (Bruttobestand)	Darunter[3]									
		vollständig privatisiert	mehrheitlich privatisiert	vollständig reprivatisiert	in Liquidation	Nettobestand[4]					
						Unternehmen		mit Beschäftigten			
						zusammen	darunter: im Angebot	zusammen	darunter im Angebot	Struktur[5] zusammen	Struktur[5] darunter im Angebot
Insgesamt	12 177	5 625	373	1 511	3 005	1 254	468	226 489	120 245	*100*	*100*
Land- und Forstwirtschaft	582	65	24	10	161	274	4	5 927	57	*2,6*	*0,0*
Energiewirtschaft und Wasserversorgung	218	157	6	3	17	12	7	3 726	729	*1,6*	*0,6*
Bergbau	37	15	3	2	4	12	4	39 354	24 514	*17,4*	*20,4*
Chemische Industrie	257	121	5	30	67	29	16	28 611	23 815	*12,6*	*19,8*
Kunststoff-, Gummi- und Asbestverarbeitung	183	73	3	42	58	6	2	1 296	17	*0,6*	*0,0*
Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden; Feinkeramik und Glasgewerbe	471	277	3	68	77	40	22	5 306	3 635	*2,3*	*3,0*
Eisen- und NE-Metallerzeugung, Gießerei und Stahlverformung	250	109	3	34	64	39	18	14 969	9 106	*6,6*	*7,6*
Stahl- und Leichtmetallbau	204	84	6	48	33	31	11	14 577	9 115	*6,4*	*7,6*
Maschinenbau	1 106	536	13	121	277	149	72	39 805	22 110	*17,6*	*18,4*
Fahrzeugbau	362	207	4	39	78	32	18	10 467	3 805	*4,6*	*3,2*
Elektrotechnik, Elektronik	494	196	12	63	187	31	11	8 149	1 302	*3,6*	*1,1*
Feinmechanik und Optik	82	32	.	16	28	6	2	723	440	*0,3*	*0,4*
EBM-Waren, Musikinstrumente, Sportgeräte, Spiel- und Schmuckwaren	325	107	3	74	116	23	13	1 181	375	*0,5*	*0,3*
Holzindustrie	509	175	1	138	162	28	17	1 807	543	*0,8*	*0,5*
Papier- und Druckgewerbe	246	127	1	35	68	13	11	2 634	2 833	*1,2*	*2,4*
Leder- und Schuhindustrie	170	33	.	25	92	16	8	1 046	435	*0,5*	*0,4*
Textil- und Bekleidungsindustrie	532	110	4	114	234	68	40	7 997	3 686	*3,5*	*3,1*
Nahrungs- und Genußmittelgewerbe	862	425	20	115	246	38	14	1 772	695	*0,8*	*0,6*
Bauhauptgewerbe	999	606	31	189	111	40	20	7 643	4 124	*3,4*	*3,4*
Ausbau- und Bauhilfsgewerbe	218	113	4	73	18	4	3	133	133	*0,1*	*0,1*
Handel	1 329	673	72	71	371	121	80	3 496	1 633	*1,5*	*1,4*
Verkehrswesen, Nachrichtenübermittlung, Spedition, Lagerei	420	195	21	15	91	35	14	1 038	285	*0,5*	*0,2*
Kredit- und sonstige Finanzierungsinstitute; Versicherungsgewerbe	17	6	7	.	1	2	1	451	446	*0,2*	*0,4*
Dienstleistungen	2 064	1 100	98	97	425	189	51	23 890	6 212	*10,5*	*5,2*
Nicht zuzuordnen	240	83	29	89	19	16	9	491	200	*0,2*	*0,2*

[1] Nach der Abgrenzung der Treuhandanstalt.
[2] Alle von der Treuhandanstalt seit 1. Juli 1990 übernommenen und neu entstandenen Unternehmen; nicht enthalten sind 1 064 Unternehmen (durch Fusion/Aufspaltung aufgelöst, Forstvermögen, Treuhandbeteiligung in Prüfung, Bergwerksrechte), die die Treuhandanstalt in ihr Gesamtportfolio von dann 13 241 Unternehmen einrechnet.
[3] Nicht gesondert aufgeführt sind die 409 Unternehmen, von denen 259 in Kommunaleigentum übertragen, für 86 vorläufige Besitzanweisungen erfolgt sowie 64 durch Liquidation aus dem Bestand der Treuhandanstalt ausgeschieden sind.
[4] Unternehmen, die mehrheitlich im Treuhandbesitz sind und sich nicht in der Gesamtvollstreckung/Liquidation befinden.
[5] Anteil der Beschäftigten in den noch zu privatisierenden Unternehmen in vH.

Quelle: Treuhandanstalt

handunternehmen noch hoch ist. Hierzu zählen für den Aufbau einer Exportbasis wichtige Wirtschaftszweige wie der Maschinenbau und die Chemische Industrie. Der überwiegende Teil der Arbeitnehmer arbeitet in großen Unternehmen mit mehr als 1 000 Beschäftigten. Im September 1993 befanden sich noch 38 solcher Unternehmen mit 121 500 Beschäftigten im Nettobestand der Treuhandanstalt, davon wurden noch 17 Unternehmen mit 73 500 Beschäftigten zum Verkauf angeboten (Tabelle 18). Der Großteil dieser Unternehmen gehört zum Verarbeitenden Gewerbe. Gemessen an der Beschäftigtenzahl waren allerdings Ende Oktober 1993 die Lausitzer Braunkohle AG mit 28 200 Beschäftigten und die Vereinigte Mitteldeutsche Braunkohlewerke AG mit 11 500 Beschäftigten mit Abstand die größten Unternehmen (Tabelle 19).

81. In einigen Branchen ist ein Zusammenhang zwischen der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, dem Anteil der privatisierten Unternehmen und dem Anteil der stillgelegten Unternehmen zu erkennen. So wiesen zum Beispiel die Landwirtschaft, die Textilindustrie und die Leder- und Schuhindustrie, die nicht nur in Ostdeutschland, sondern auch in Westdeutschland große Wettbewerbsprobleme haben, sowohl einen geringen Privatisierungsgrad als auch einen hohen Anteil stillgelegter Unternehmen auf. In den Bereichen Energiewirtschaft und Wasserversorgung sowie im Baugewerbe konnten hingegen viele Unternehmen privatisiert werden, und ein relativ geringer Anteil der Unternehmen wurde stillgelegt. Diese Branchen sind durch eine hohe Nachfrage und einen geringen überregionalen Wettbewerb begünstigt.

82. Die wirtschaftliche Lage der Treuhandunternehmen ist insgesamt sehr schwierig; die meisten Unternehmen machen im Verhältnis zum Umsatz hohe Verluste. Allerdings gibt es eine breite Streuung zwischen den Branchen. Während im zweiten Quartal 1993 die Unternehmen der Energiewirtschaft und Wasserversorgung bereits ein leicht positives Betriebsergebnis erzielten, betrug der Verlust der Unternehmen im Wirtschaftsbereich Feinmechanik und Optik 75 vH des Umsatzes (Tabelle 20). Eine eindeutige Tendenz in der Veränderung der Umsatzrenditen, die darauf schließen läßt, daß sich die wirtschaftliche Situation in den einzelnen Branchen generell verschlechtert hat, ist nicht zu erkennen. Bei der Interpretation dieser Entwicklung ist zu berücksichtigen, daß sich die Anzahl der Unternehmen im Nettobestand nicht nur durch Privatisierungen verringert, sondern auch durch Stillegungen. Selbst wenn die leistungsfähigsten Unternehmen am schnellsten privatisiert wurden, kann sich eine Verbesserung des durchschnittlichen Betriebsergebnisses ergeben haben, wenn zugleich Unternehmen mit relativ geringer

Tabelle 19

Unternehmen mit mehr als 1 000 Beschäftigten im Nettobestand der Treuhandanstalt[1])

Firmenname	Branche	Ort	Beschäftigte
Lausitzer Braunkohle AG (LAUBAG) ...	Braunkohlenbergbau	Senftenberg	28 200
Vereinigte Mitteldeutsche Braunkohlewerke AG	Braunkohlenbergbau	Bitterfeld	11 500
LEUNA-Werke AG	Chemische Industrie	Leuna	6 900
BUNA-AG	Org. und anorganische Chemie	Schkopau	5 600
Chemie AG Bitterfeld-Wolfen	Org. und anorganische Chemie	Bitterfeld	3 200
Sächsische Olefinwerke AG	Org. und anorganische Chemie	Böhlen	1 700
Filmfabrik Wolfen GmbH	Chemisch-technische Erzeugnisse	Wolfen	1 000
Eko Stahl AG	Ziehereien und Kaltwalzwerke	Eisenhüttenstadt	4 700
Gröditzer Stahlwerke GmbH	Herstellung von Freiformschmiedestücken, nahtlos gewalzten Rohren	Gröditz	1 200
MKM Mansfelder Kupfer- und Messing GmbH	NE-Metallhalbzeuge	Hettstedt	1 200
SKET Schwermaschinenbau GmbH	Hütten- und Walzwerkseinrichtungen	Magdeburg	4 100
TAKRAF Lauchhammer GmbH	Bergwerksmaschinen/Tagebautechnik	Lauchhammer/Leipzig	1 200
SKL Motoren- und Systemtechnik	Dieselmotoren, Ausrüstungen für die Chemie und Lebensmittelindustrie	Magdeburg	1 000
Umformtechnik Erfurt GmbH	Metallbearbeitungsmaschinen Maschinen- und Preßwerkzeuge	Erfurt	1 900
Nutzfahrzeuge Ludwigsfelde GmbH	Kraftwagen	Ludwigsfelde	1 800
VEM Antriebstechnik Dresden	Elektrische Antriebsmaschinen	Dresden	3 400
Waggonbau AG mit deutschen Tochtergesellschaften	Waggon- und Industriebahnwagenbau	Berlin	8 300
Landtechnik AG Schönebeck	Landwirtschaftliche Maschinen	Schönebeck	1 000
Dresden Papier AG	Holzschliff, Papier und Pappe	Heidenau	1 100

[1]) Stand 30. Oktober 1993. Ohne ABS/ABM-Gesellschaften, Durchführungs- und Vermögensverwertungsgesellschaften, Gesellschaften für bergbauliche Sanierungsmaßnahmen im Rahmen bergbaulicher Verpflichtungen.

Quelle: Treuhandanstalt

Tabelle 20

Umsatzrenditen in Treuhandunternehmen[1][2]

Hauptbranchen[3]	1991	1992	1. Quartal 1993	2. Quartal 1993
Land- und Forstwirtschaft	-23,0	-28,0	-55,7	-45,2
Energiewirtschaft und Wasserversorgung	-14,9	- 2,3	4,4	0,1
Bergbau	-27,0	-10,4	- 5,9	-10,9
Chemische Industrie	-54,0	-40,8	-39,4	-32,1
Kunststoff-, Gummi und Asbestverarbeitung	-45,2	-45,6	-24,4	-15,6
Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden; Feinkeramik und Glasgewerbe	-39,1	-32,9	-32,8	-26,8
Eisen- und NE-Metallerzeugung, Gießerei und Stahlverformung	-29,9	-17,0	-19,6	-20,2
Stahl- und Leichtmetallbau	4,3	- 4,1	0,2	- 0,6
Maschinenbau	-17,5	-26,5	-25,8	-27,2
Fahrzeugbau	-48,0	-25,0	-41,3	-24,2
Elektrotechnik, Elektronik	-45,6	-45,4	-17,0	-20,3
Feinmechanik und Optik	-80,9	-70,8	-84,5	-74,7
EBM-Waren, Musikinstrumente, Sportgeräte, Spiel- und Schmuckwaren	-51,0	-38,0	-47,7	-32,3
Holzindustrie	-47,0	-26,5	-16,2	-22,8
Papier- und Druckgewerbe	-32,3	-35,2	-39,2	-37,0
Leder- und Schuhindustrie	-84,5	-33,8	-28,8	-36,0
Textil- und Bekleidungsindustrie	-67,0	-37,0	-39,9	-29,7
Nahrungs- und Genußmittelgewerbe	-10,7	- 6,4	- 8,3	- 1,9
Bauhauptgewerbe	- 3,4	-19,7	-29,0	-29,4
Ausbau- und Bauhilfsgewerbe	0,1	- 8,4	-16,6	- 5,3
Handel	- 5,2	- 3,7	- 4,3	- 2,7
Verkehrswesen, Nachrichtenübermittlung, Spedition, Lagerei	-20,9	-41,9	-40,0	-22,4
Dienstleistungen	- 9,9	-25,4	-51,0	-38,0
Nicht zugeordnet	0,4	- 0,9	7,4	6,8

[1] Betriebsergebnis in vH des Umsatzes.
[2] Quartalsberichterstattung von Unternehmen im Nettobestand der Treuhandanstalt, deren Berichte geprüft wurden: zum Beispiel 7010 Unternehmen im Jahr 1991 und 1174 Unternehmen im 2. Quartal 1993.
[3] Nach der Abgrenzung der Treuhandanstalt.

Quelle: Treuhandanstalt

Leistungsfähigkeit stillgelegt wurden. Zudem ist zu berücksichtigen, daß sich die wirtschaftliche Lage der Unternehmen durch die Sanierungsbemühungen der Treuhandanstalt verbessert haben kann.

83. Zur Erhöhung der Privatisierungschancen wurden vom Jahre 1991 bis zum ersten Halbjahr 1993 in den Treuhandunternehmen Anlageinvestitionen in Höhe von etwa 19 Mrd DM vorgenommen, 1,2 Mrd DM entfielen davon auf dieses Jahr. Die Sanierungstätigkeit der Treuhandanstalt wird zum Teil durch die ostdeutschen Bundesländer unterstützt. Mit Berlin, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen bestehen Vereinbarungen, daß für die Umstrukturierung von Unternehmen, die von der Treuhandanstalt als sanierungsfähig und von den jeweils betroffenen Bundesländern als regional bedeutsam eingestuft wurden, Fördermittel des jeweiligen Landes bereitgestellt werden. Die Bedeutung dieser Zusammenarbeit war bisher gering. In Mecklenburg-Vorpommern wurden bis Oktober dieses Jahres auf der Basis dieser Vereinbarung neun Treuhandunternehmen Mittel der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur" in Aussicht gestellt. Sachsen stufte 189 Unternehmen als regional bedeutsam ein, von denen die Treuhandanstalt 83 Unternehmen privatisierte und 54 Unternehmen als sanierungsfähig einstufte. In 13 Fällen stellte Sachsen Mittel der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur" bereit. Berlin und Brandenburg beteiligten sich trotz der Vereinbarung an der Sanierung von Treuhandunternehmen bisher nicht. Sachsen-Anhalt und Thüringen haben keine allgemeine Absprache mit der Treuhandanstalt über eine Zusammenarbeit getroffen. Gleichwohl unterstützte Sachsen-Anhalt bis zum Oktober 18 Treuhandunternehmen mit Fördermitteln in Höhe von 14,4 Mio DM; alle konnten privatisiert werden. Thüringen hat mit der vollständigen Übernahme der Jenoptik GmbH und der mehrheitlichen Übernahme der Mikroelektronikgesellschaft THESYS selbst Sanierungsanstrengungen unternommen, an denen sich die Treuhandanstalt massiv finanziell beteiligt. Im Zusammenhang mit der Privatisierung der Jenoptik GmbH hat sich Thüringen verpflichtet, 2 800 Arbeitsplätze zu erhalten und weitere

7 400 Arbeitsplätze neu zu schaffen; zusätzlich wurden Investitionszusagen über 3,6 Mrd DM gegeben, von denen die Treuhandanstalt 2,74 Mrd DM übernimmt. Für die THESYS, die zu 20 vH in privater Hand ist, wurden Beschäftigungszusagen über 480 Arbeitsplätze gegeben und Investitionszusagen über 185 Mio DM. Von den zugesagten Investitionen finanzieren 125 Mio DM die Treuhandanstalt und das Land Thüringen; den Rest trägt der private Investor.

Die Privatisierungsvorbereitung wird zum Teil über Managementgesellschaften durchgeführt (JG 92 Ziffer 303). Bis zum Oktober 1993 waren fünf solcher Gesellschaften gegründet worden, die insgesamt 63 Unternehmen mit rund 25 000 Beschäftigten verwalteten. Zwei davon hatten ihre Tätigkeit bereits im Frühjahr des vergangenen Jahres aufgenommen mit einem Bestand von jeweils acht Unternehmen. Der Aufbau des Unternehmensbestandes der drei neu gegründeten Gesellschaften war im Oktober noch nicht abgeschlossen. In die Managementgesellschaften wurden Unternehmen übernommen, die die Treuhandanstalt als grundsätzlich sanierungsfähig erachtete, für die sie aber keine kurzfristig absehbaren, vertretbaren Privatisierungsmöglichkeiten sah. Die laufenden Verluste sollen bis zu drei Jahren von der Treuhandanstalt übernommen werden. Im ersten Halbjahr 1993 betrugen die Verluste der ersten beiden Managementgesellschaften im Durchschnitt etwa 25 vH des Umsatzes. Die übertragenen Unternehmen weisen insgesamt eine heterogene Branchenstruktur auf; die einzelnen Managementgesellschaften bilden allerdings Schwerpunkte in den Bereichen Maschinenbau, Elektrotechnik, Herstellung von Stahl und Stahlerzeugnissen sowie Herstellung von Textilien und Bekleidung. Sie betreuen überwiegend Unternehmen mittlerer Größe mit 100 bis 1 000 Beschäftigten. Allerdings befanden sich im September mit der VEM Antriebstechnik Dresden, der SKL Motoren- und Systemtechnik und der Gröditzer Stahlwerke GmbH auch große Unternehmen mit mehr als 1 000 Beschäftigten im Unternehmensbestand der Managementgesellschaften. Ob das Konzept der Privatisierungsvorbereitung über Managementgesellschaften erfolgreich ist, kann noch nicht abschließend beurteilt werden. Bis zum Oktober dieses Jahres konnte lediglich ein Unternehmen privatisiert werden. Nach Angaben der Treuhandanstalt waren umfangreiche Privatisierungserfolge bis zu diesem Zeitpunkt jedoch noch nicht zu erwarten, da die wirtschaftliche Lage der Unternehmen sehr schwierig sei, so daß sich die Umstrukturierung relativ aufwendig gestalte.

Die Entscheidung, an welchen Investor ein Unternehmen veräußert werden soll, ist für die Treuhandanstalt oftmals nicht einfach. Noch schwieriger ist die Entscheidung, ob und in welcher Form Unternehmen, für die keine unmittelbaren Privatisierungsaussichten bestehen, saniert werden sollen. Es handelt sich dabei um einen komplexen Prozess, in dem Interessen mehrerer Beteiligter aufeinandertreffen, die nicht immer miteinander in Einklang stehen. Ein Beispiel zu den Problemen und Konflikten, die sich im Zusammenhang mit den unternehmenspolitischen Entscheidungen der Treuhandanstalt ergeben, stellt der Fall des Maschinen- und Anlagenbauers SKET AG dar.

Die SKET AG (SKET war ursprünglich die Abkürzung für „Schwermaschinenbaukombinat Ernst Thälmann") hat seit ihrem Übergang in die Marktwirtschaft einen drastischen Schrumpfungsprozess durchgemacht. Der Absatz des Kombinats war überwiegend auf den RGW-Raum ausgerichtet; rund 80 vH des Umsatzes wurden in den ehemals sozialistischen Staaten Mittel- und Osteuropas getätigt. Mit der Auflösung der alten Handelsbeziehungen zu den ehemaligen RGW-Staaten brach für die SKET AG ein großer Teil ihres Absatzes weg. Diese Entwicklung führte dazu, daß das Unternehmen, das als Kombinat zu Zeiten der DDR zuletzt noch aus 18 Betrieben mit etwa 30 000 Beschäftigten bestand, im September 1993 noch rund 5 000 Arbeitnehmer in 6 Tochtergesellschaften beschäftigte: der Schwermaschinenbau Magdeburg GmbH (SMM), der Drahtziehmaschinenwerk Chemnitz GmbH (DZM), der Drahtwebmaschinenwerk Neustadt/Orla GmbH (DRAWEBA), der Zementanlagen Dessau GmbH (ZAB), der Entstaubungstechnik Magdeburg GmbH (ETM) und der Stahl- und Apparatebau Genthin GmbH (STAG). Der Stammbetrieb ist die SMM in Magdeburg, in der im September noch rund 3 400 Beschäftigte arbeiteten.

Für die SKET AG wurden von wechselnden Unternehmensleitungen verschiedene Sanierungs- und Privatisierungskonzepte entworfen. Der erste Vorstand hatte unter dem Vorsitz des früheren Kombinatsleiters zunächst gehofft, daß das Unternehmen wie in der Vergangenheit den Handel im früheren sozialistischen Wirtschaftsraum aufrechterhalten könnte. Diese Hoffnung zerschlug sich mit dem Zusammenbruch des RGW-Handels. Im Jahre 1992 legte ein neuer Vorstand daher eine andere Konzeption vor, nach der die SKET AG aufgespalten und für die herausgelösten Teilunternehmen getrennte Lösungen gefunden werden sollten. Der Plan, der mit einer deutlichen Reduzierung des Personals auf 1 200 Beschäftigte bis 1995 im Stammbetrieb der Aktiengesellschaft, der SMM, verbunden gewesen wäre, stieß jedoch auf den erbitterten Widerstand der Belegschaft. Als die Landesregierung dann der Belegschaft mit dem Versprechen zur Seite sprang, im Magdeburger Stammbetrieb 2 700 Arbeitsplätze zu erhalten, ohne eine Vorstellung zu haben, wie dies zu bewerkstelligen sei, trat der Vorstandsvorsitzende zurück. Das Unternehmenskonzept wurde daraufhin von einer neuen Unternehmensleitung noch einmal überarbeitet. Geplant war nun, die SKET AG auf drei Geschäftsfelder zu konzentrieren: den Walzwerkbau, den Kabel- und Verseilmaschinenbau sowie die Aufbereitungs- und Umwelttechnik. Die SKET AG hätte demnach noch aus der SMM, der DZM, der ETM und der ZAB bestanden. In dieser Form sollte das Unternehmen unter der Regie der Treuhandanstalt saniert werden. Bis 1995 sollte die Gewinnschwelle erreicht werden. Allerdings war vorgesehen, auch künftig rund 50 vH des Umsatzes in Mittel- und Osteuropa zu erzielen, wodurch das Unternehmen weiterhin in hohem Maße von Hermes-Bürgschaften abhängig gewesen wäre. Die Belegschaft war auch mit dieser Lösung nicht einverstanden, da auch jetzt eine Reduzierung des Personalbestandes in der SMM auf nunmehr 1 790 Mitarbeiter vorgesehen war. Die Treuhandanstalt stimmte den Sanierungsplänen nur unter der Auflage zu, daß auf die Sparte Aufbereitungs- und Umwelttechnik, die die ZAB und die ETM umfaßt hätte, verzichtet und die SKET AG auf die SMM und die DZM reduziert wird. Die restlichen Tochtergesellschaften sollten der Treuhandanstalt direkt unterstellt und getrennt privatisiert oder stillgelegt werden. Der Aufsichtsrat der SKET AG stimmte dieser Lösung zu, um die Sanierung des Kernunternehmens durch die Treuhandanstalt nicht weiter hinauszuzögern. Die Entflechtung, die zum 1. Oktober 1993 geplant war, konnte zunächst nicht durchgeführt werden, da die Arbeitnehmervertretung im Aufsichtsrat vor Gericht eine einstweilige Verfügung erwirkte, die die Aufspaltung der SKET AG vorläufig untersagte. Inzwischen wurde die Klage abgewiesen; die Treuhandanstalt begann im November mit der Aufspaltung des Unternehmens.

Durch den Versuch der Sanierung einer schlankeren SKET AG werden sich die Finanzhilfen der Treuhandanstalt für das Unternehmen weiter erhöhen. Bis September 1993 beliefen sich ihre Aufwendungen für die SKET AG, die auch die Übernahme von Altschulden, Bürgschaften und Investitionshilfen beinhalten, auf mehr als 1 Mrd DM. Die SKET AG ist noch weit von der Gewinnschwelle entfernt. Im Jahre 1992 betrug der Verlust 240 Mio DM bei einem Umsatz von 365 Mio DM. Die ZAB konnte im November 1993 privatisiert werden; für die ETM bestanden immerhin Aussichten.

Tabelle 21

Zur Entwicklung der Verbraucherpreise in den neuen Bundesländern und Berlin-Ost[1])
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH

	Gewicht[2])	1991		1992				1993			1992
		3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	Jahr
Insgesamt	100	13,4	21,6	15,6	14,2	12,9	2,8	8,9	8,7	8,9	11,2
davon:											
Nahrungsmittel[3])	20,6	3,7	5,4	3,2	2,1	0,6	–0,3	–0,8	–0,7	0,0	1,5
Wohnungsnutzung[4])	3,1	6,3	277,2	262,3	259,1	258,6	1,3	57,9	57,5	57,4	119,5
Dienstleistungen[5])	18,0	32,1	26,8	11,7	9,7	9,9	10,0	12,1	11,5	11,9	10,3
sonstige Waren[6])	58,4	11,9	12,4	8,4	7,2	5,6	1,7	2,6	2,4	2,3	5,7

Zur Entwicklung der staatlich administrierten Verbraucherpreise in den neuen Bundesländern und Berlin-Ost[7])
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH

	Gewicht[2])	1991		1992				1993			1992
		3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	Jahr
Staatlich administrierte Verbraucherpreise	11,3	56,4	151,7	86,4	80,2	81,1	5,8	33,8	33,5	33,2	54,2
davon: direktadministrierte Verbraucherpreise (Gruppe 1)	5,2	48,7	31,6	20,6	11,5	13,8	14,1	13,7	14,8	16,0	14,9
darunter: Verkehrstarife[8])	1,2	112,2	114,5	44,0	31,2	28,8	28,3	21,2	19,3	18,9	32,7
Fernsprechgebühren	0,7	–30,5	–30,5	–27,7	–24,7	12,8	15,0	12,6	8,1	3,8	–9,8
Postgebühren[9])	0,4	60,7	60,7	67,2	11,9	6,7	6,7	2,6	16,5	34,7	18,7
Gebühren für den Besuch von kulturellen Einrichtungen, Sportanlagen, Bildungseinrichtungen[10])	1,1	63,4	44,1	39,4	19,0	15,0	14,4	14,9	19,2	20,1	20,9
teiladministrierte Verbraucherpreise (Gruppe 2)	6,1	63,4	272,7	135,3	136,9	135,3	2,9	41,6	40,7	39,9	77,8
darunter: Versorgungstarife[11])	1,4	110,2	321,2	102,8	100,5	100,4	–0,4	1,2	2,8	1,6	60,4
Wohnungsmieten[12])	2,7	7,0	308,7	289,8	286,3	285,2	1,2	59,1	58,7	58,5	126,5
Versicherungsbeiträge	2,0	164,8	157,0	3,8	10,9	11,3	13,8	27,8	23,3	21,6	9,9
Nachrichtlich: Gesamtindex ohne staatlich administrierte Verbraucherpreise	88,7	8,8	7,4	5,4	4,4	2,8	2,1	2,5	2,3	2,5	3,7

[1]) Alle Arbeitnehmerhaushalte; 2. Halbjahr 1990/1. Halbjahr 1991 = 100.
[2]) Anteil am Preisindex für die Lebenshaltung aller Arbeitnehmerhaushalte im Basiszeitraum in vH.
[3]) Ohne Gastgewerbeleistungen.
[4]) Wohnungsmieten einschließlich Nebenkosten (ohne Energie) sowie Garagennutzung.
[5]) Im wesentlichen Gastgewerbeleistungen, bauhandwerkliche Leistungen, andere Handwerksleistungen (einschließlich Reparaturen), Verkehrstarife, öffentliche Gebühren (Post- und Telefongebühren, Rundfunk- und Fernsehgebühren, Kraftfahrzeugsteuer).
[6]) Andere Verbrauchs- und Gebrauchsgüter. Im wesentlichen zählen dazu: Genußmittel, Bekleidung, Schuhe, Elektrizität, Gas, Waren für die Haushaltsführung, Waren für die Gesundheits- und Körperpflege.
[7]) Berechnet auf der Grundlage des Preisindex für die Lebenshaltung aller Arbeitnehmerhaushalte; der Index setzt sich aus zwei Teilgruppen zusammen:
Gruppe 1 = direktadministrierte Preise (u. a. Verkehrstarife, Post- und Fernmeldegebühren),
Gruppe 2 = teiladministrierte Preise (u. a. Versorgungstarife, Mieten).
[8]) Personenbeförderung mit Stadtbahnen, O-Bussen, Kraftomnibussen (einschließlich Hoch-, U-, Schwebe- und Straßenbahnen); Taxifahrten; Personenbeförderung und Güterbeförderung durch die Reichsbahn.
[9]) Brief- und Paketbeförderung durch die Deutsche Bundespost, Postanweisung und Zahlkarte (Inland).
[10]) Einschließlich Friedhofsgebühren, Wett-, Jagdschein-, Fischereigebühren.
[11]) Elektrizität und Umlagen für Zentralheizung, Fernwärme.
[12]) Einschließlich Nebenkosten.

84. Nicht alle privatisierten Unternehmen können sich erfolgreich am Markt behaupten. Die Treuhandanstalt hat daher auch in einigen Fällen Nachverhandlungen mit privatisierten Unternehmen geführt, die in Schwierigkeiten geraten waren und ihre Investitions- oder Beschäftigungszusagen nicht einhalten konnten. Dies sollte jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, daß sich die wirtschaftliche Lage eines großen Teils der Unternehmen nach ihrer Privatisierung verbessert hat. Unternehmensbefragungen des Ifo-Instituts für Wirtschaftsforschung und des Instituts für Wirtschaftsforschung Halle belegen, daß privatisierte Unternehmen, bezogen auf die Anzahl der Beschäftigten, wesentlich mehr investieren als die Treuhandunternehmen und daß sich auch ihre Geschäftslage günstiger entwickelt. Trotz einiger Fehlschläge hat sich somit das Privatisierungskonzept der Treuhandanstalt, einerseits schnell zu privatisieren, andererseits aber nur an Investoren zu verkaufen, die ein erfolgversprechendes Unternehmenskonzept vorlegen können, bisher bewährt. Allerdings machen auch viele privatisierte Unternehmen noch Verluste und zehren von den Kapitalhilfen, die sie von der Treuhandanstalt und anderen staatlichen Institutionen als Starthilfe bekommen haben.

Hoher Anstieg der Verbraucherpreise

85. Auch in diesem Jahr führten Anhebungen der staatlich administrierten Verbraucherpreise zu einer spürbaren Verteuerung der Lebenshaltung in den jungen Bundesländern. Bedeutsam waren vor allem Steigerungen der direktadministrierten und der teiladministrierten Verbraucherpreise, die unter Berücksichtigung der Einkommensentwicklung schrittweise an das westdeutsche Niveau herangeführt werden. Die Preise für die Lebenshaltung aller Arbeitnehmerhaushalte lagen im dritten Quartal 1993 um 8,9 vH über dem Vorjahresstand (Tabelle 21). Der Anstieg der staatlich administrierten Verbraucherpreise war mit 33,2 vH beträchtlich höher. Er trug rein rechnerisch 6,4 Prozentpunkte zum gesamten Anstieg der Verbraucherpreise bei. Am stärksten wirkten sich die Mieterhöhungen zu Beginn des Jahres aus. Die Vermieter konnten die Grundmieten zum 1. Januar dieses Jahres um 1,20 DM pro Quadratmeter anheben; je nach Zustand der Wohnungen und der Wohngebäude werden Zu- oder Abschläge gemacht. Dadurch erhöhte sich der Preisindex für die Wohnungsnutzung von Dezember 1992 auf Januar 1993 für die ostdeutschen Arbeitnehmerhaushalte um 55,6 vH. Die Bruttokaltmiete beträgt nach einer Schätzung des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung in den jungen Bundesländern im Durchschnitt mittlerweile 5,73 DM pro Quadratmeter. Hinzu kommt eine durchschnittliche Belastung mit Kosten für Heizung und Warmwasser von 2,38 DM pro Quadratmeter. Die zu Beginn des Jahres angehobene Mehrwertsteuer schlug rein rechnerisch mit gut einem halben Prozentpunkt in der Steigerungsrate der Verbraucherpreise zu Buche.

86. Das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte stieg im Jahre 1993 mit schätzungsweise 9 vH noch einmal kräftig an. Einen wesentlichen Beitrag leistete die Bruttolohn- und -gehaltssumme, die trotz einer deutlichen Verringerung der Beschäftigung aufgrund weiterhin hoher Lohnsteigerungen einen Zuwachs von etwa 11½ vH erreichte. Die Übertragungen an die privaten Haushalte erhöhten sich hingegen weit weniger stark. Maßgeblich war das Abrutschen längerfristig Arbeitsloser in die Arbeitslosenhilfe oder in die Sozialhilfe. Für viele Haushalte ist die Einkommenssituation aufgrund der schlechten Arbeitsmarktlage unsicher. Es wurden daher weiterhin hohe Rücklagen gebildet; die Sparquote betrug rund 12½ vH. Die Einkommensverbesserungen ermöglichten trotz der hohen Preissteigerungsrate noch einen leichten Anstieg des realen Konsums um etwa 1½ vH.

Räumliche Entwicklungstrends

87. Der wirtschaftliche Einbruch in den jungen Bundesländern hat alle Regionen erfaßt. Insbesondere ehemals stark landwirtschaftlich geprägte Wirtschaftsräume in peripherer Lage, wie sie zum Beispiel für Mecklenburg-Vorpommern typisch sind, haben ganz erhebliche Beschäftigungseinbußen im Bereich der Land- und Forstwirtschaft von bis zu 70 vH hinnehmen müssen. Aufgrund der unzureichenden Erwerbsperspektiven besteht in diesen Regionen, die in der Regel nur eine sehr geringe Siedlungsdichte aufweisen, die Gefahr einer weiteren Abwanderung und einer Ausdünnung der Siedlungsstruktur mit Folgeproblemen für die Versorgung mit Infrastruktur- und Dienstleistungseinrichtungen.

Alte Industrieregionen mit einer ausgeprägten Monostruktur sowie einer zum Teil hohen Umweltbelastung wie die Chemiestandorte oder die Braunkohlenstandorte leiden unter der Stillegung industrieller Produktionskapazitäten. Diese ehemaligen Produktionsschwerpunkte haben — nicht zuletzt aufgrund des massiven Abbaus der Forschungs- und Entwicklungskapazitäten — unter marktwirtschaftlichen Bedingungen ihrer Aufgabe als räumliche Wachstumspole nicht mehr gerecht werden können. Produktionsschwerpunkte mit mehr als 60 Industriebeschäftigten je 1 000 Einwohner finden sich noch in Cottbus, Dessau, Halle, Merseburg, Chemnitz, Plauen und Jena (Tabelle 22). Im Arbeitsamtsbezirk Merseburg, der den höchsten Umsatz und die meisten Beschäftigten pro Einwohner im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe aufweist, liegt der Anteil der Beschäftigten an der Gesamtbevölkerung zwar bei 95 vH des westdeutschen Niveaus, der Umsatz je Einwohner kommt aber nur auf rund 60 vH des westdeutschen Wertes. Der Umsatz je Beschäftigten liegt für den Arbeitsamtsbezirk Stralsund, der hier den höchsten Wert aufweist, etwa in Höhe des Westniveaus. Die Regionen mit einem hohen Auslandsumsatz konzentrieren sich in Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen. Ein gefährdetes industrielles Potential besteht in den Räumen, die — wie zum Beispiel Cottbus und Halle — einen hohen Anteil von der Treuhandanstalt geschützter Arbeitsplätze aufweisen und gleichzeitig nur noch einen extrem niedrigen Auslandsumsatz realisieren können.

Tabelle 22

Eckdaten zur wirtschaftlichen Situation in den neuen Bundesländern und Berlin-Ost

Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe im Monat Juni 1993[1])

Bundesland	Arbeitsamtsbezirk	Umsatz		Auslandsumsatz		Beschäftigte je 1 000 Einwohner
		je Beschäftigten	je Einwohner	je Beschäftigten	Anteil am Gesamtumsatz	
		DM			vH	
Mecklenburg-Vorpommern	Neubrandenburg	15 271	342	.	.	22
	Rostock	17 173	558	.	.	32
	Schwerin	17 470	528	.	.	30
	Stralsund	22 875	673	.	.	29
Brandenburg	Cottbus	10 268	779	352	*3,4*	76
	Eberswalde	14 783	576	604	*4,1*	39
	Frankfurt (Oder)	15 469	562	2 896	*18,7*	36
	Neuruppin	10 619	377	1 142	*10,8*	36
	Potsdam	11 045	422	613	*5,6*	38
Sachsen-Anhalt	Dessau	13 820	938	2 120	*15,3*	68
	Halberstadt	10 009	494	864	*8,6*	49
	Halle	14 663	901	247	*1,7*	61
	Magdeburg	12 284	697	1 095	*8,9*	57
	Merseburg	15 071	1 479	1 113	*7,4*	98
	Sangershausen	15 104	645	1 062	*7,0*	43
	Stendal	10 811	270	30	*0,3*	25
	Wittenberg	11 478	618	776	*6,8*	54
Sachsen	Annaberg	7 197	332	830	*11,5*	46
	Bautzen	9 432	454	1 152	*12,2*	48
	Chemnitz	10 801	658	2 279	*21,1*	61
	Dresden	16 105	841	2 146	*13,3*	52
	Leipzig	9 760	476	827	*8,5*	48
	Oschatz	11 631	528	889	*7,6*	45
	Pirna	8 914	427	1 713	*19,2*	48
	Plauen	12 630	796	3 038	*24,0*	63
	Riesa	7 857	454	1 026	*13,1*	58
	Zwickau	13 225	713	3 412	*25,8*	54
Thüringen	Erfurt	10 883	416	1 069	*9,8*	38
	Gera	12 351	545	1 828	*14,8*	44
	Gotha	13 836	700	1 778	*12,9*	51
	Jena	9 924	680	1 503	*15,1*	69
	Nordhausen	17 605	592	2 125	*12,1*	34
	Suhl	8 102	449	717	*8,9*	55
	Altenburg	12 862	458	1 327	*10,3*	36
Berlin	Berlin-Ost	10 824	340	1 151	*10,6*	31

[1]) In Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten.

IV. Rückläufige Investitionen und abgeschwächtes Kapazitätswachstum

88. Das gesamtwirtschaftliche Umfeld für Investitionen hat sich im Jahre 1993 ganz wesentlich verschlechtert. Dem Konjunktureinbruch in Westdeutschland stand zwar eine weitere, aber von der Konjunktur vermutlich doch gebremste Aufwärtsentwicklung in den neuen Bundesländern gegenüber, geprägt wurde das Bild der deutschen Wirtschaft aber durch die tiefe Rezession im Westen. Sie führte dazu, daß sich die Einschätzungen der Unternehmen in Westdeutschland über die aktuelle Geschäftslage und über die kurzfristigen Absatzperspektiven, die schon im Vorjahr alles andere als gut gewesen waren, in den ersten Monaten des Jahres weiter verschlechterten. In diesem Umfeld kam es in ganz Deutschland zu einem ausgeprägten Rückgang der Investitionstätigkeit. Staat und Unternehmen zusammen haben ihre Investitionen im gesamten Bundesgebiet um knapp 4 vH gegenüber dem Vorjahr gekürzt (Tabelle 23). Während die Anlageinvestitionen in den neuen Bundesländern mit gut 12½ vH weiter anstiegen, gingen sie in Westdeutschland um fast 7 vH zurück. In den alten Bundesländern nahmen im Laufe der Rezession vor allem die Unternehmensinvestitionen drastisch ab; ohne den Bereich der Wohnungsvermietung dürften die Unternehmen in realer Rechnung 12 vH weniger in Ausrüstungen und Bauten investiert haben als vor einem Jahr.

Das Wachstum der Produktionskapazitäten verlangsamte sich aufgrund der rückläufigen Investitionen im Jahre 1993 merklich. In den alten Bundesländern ging der Anstieg des Produktionspotentials auf knapp 2 vH zurück, nachdem er in den vorangegangenen drei

Anlageinvestitionen in Deutschland[1])

In Preisen von 1991

	1991	1992	1993[2])	1991	1992	1993[2])
	Mrd DM			Veränderung gegen Vorjahr in vH		
Deutschland						
insgesamt	652,07	679,45	654	*9,1*	*4,2*	*–4*
davon: Unternehmen	577,58	599,15	573	*9,4*	*3,7*	*–4½*
Staat	74,49	80,30	80½	*6,7*	*7,8*	*½*
Früheres Bundesgebiet						
insgesamt	564,90	571,36	532	*6,1*	*1,1*	*–7*
davon: Unternehmen	504,23	508,79	471½	*6,5*	*0,9*	*–7½*
Staat	60,67	62,57	60½	*3,1*	*3,1*	*–3*
Neue Bundesländer[3])						
insgesamt	87,17	108,09	122	*33,4*	*24,0*	*12½*
davon: Unternehmen[4])	73,35	90,36	102	*34,9*	*23,2*	*12½*
Staat[4])	13,82	17,73	20	*25,9*	*28,3*	*13*

[1]) In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen; das heißt: Investitionen der Deutschen Bundespost, der Deutschen Bundesbahn sowie der Deutschen Reichsbahn sind bei den Unternehmen enthalten.
[2]) Eigene Schätzung.
[3]) Einschließlich Berlin-Ost.
[4]) Quelle für 1990 bis 1992: DIW.

Jahren noch über 3 vH gelegen hatte. In den neuen Bundesländern dürfte das Volumen an rentabel nutzbaren Produktionskapazitäten deutlich zugenommen haben. Dafür spricht der weitere Anstieg der Investitionen in den Unternehmen und im Bereich der Infrastruktur. Eine Quantifizierung des Potentialanstiegs in Ostdeutschland ist nicht möglich, da keine geeigneten Schätzgrundlagen zur Verfügung stehen. Zieht man die geschätzte Zuwachsrate des realen Bruttoinlandsprodukts in den neuen Bundesländern heran (6½ vH), so errechnet sich unter dieser Hilfsannahme für die Bundesrepublik insgesamt ein Wachstum des Produktionspotentials in der Größenordnung von etwa 2 vH.

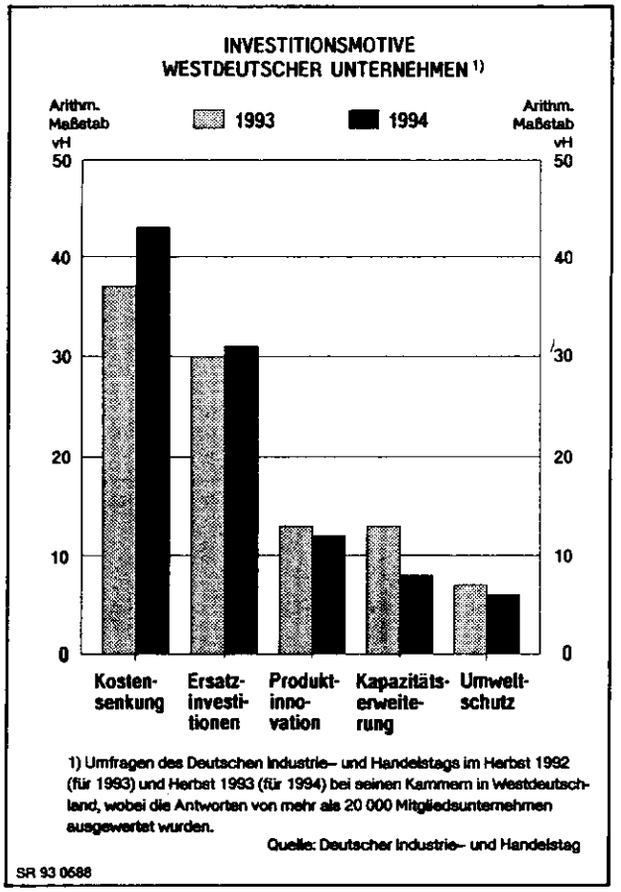
Investitionsrückgang im Westen — weiterer Anstieg im Osten

89. Die in ihrer Stärke unerwarteten Produktions- und Absatzeinbußen des Jahres 1993, die zu einer deutlichen Unterauslastung der Produktionskapazitäten und — namentlich in der Industrie — zu erheblichen Ertragseinbrüchen führten, haben die Unternehmen in Westdeutschland zu weitreichenden Investitionskürzungen veranlaßt. Große Unsicherheit darüber, wie lange die Konjunkturschwäche wohl noch anhalten würde, verstärkte die Investitionszurückhaltung der Unternehmen. Anders als im Jahre 1992 gingen die Investitionen in allen großen Wirtschaftsbereichen zurück, besonders stark in exportorientierten Wirtschaftszweigen wie im Maschinenbau, in der Automobilindustrie oder in der Chemischen Industrie, aber auch in Bereichen wie dem Baugewerbe und dem Handel, die im vergangenen Jahr noch kräftige Investitionszuwächse verzeichnen konnten. Alles in allem haben die Unternehmen im ersten Halbjahr 1993 in realer Rechnung 16,5 vH weniger für Ausrüstungsgüter ausgegeben als vor Jahresfrist. Der Anteil der Ausrüstungsgüter am Bruttoinlandsprodukt, der nach Jahren einer kräftigen Investitionsdynamik im Jahre 1991 den im langfristigen Vergleich hohen Wert von 9,6 vH erreicht hatte, ist inzwischen wieder auf 7½ vH gesunken.

Der Einbruch der Investitionen hielt allerdings nicht das ganze Jahr über an. In der zweiten Hälfte des Jahres stabilisierte sich die allgemeine Konjunkturlage, und die Unternehmen schöpften wieder mehr Hoffnung, daß die Schwäche zu Ende gehe und allmählich wieder ein Anstieg der Nachfrage erwartet werden könne. Die Absatzerwartungen, wie sie etwa in den Umfragen des Ifo-Instituts für Wirtschaftsforschung ermittelt wurden, besserten sich zeitweilig, was angesichts der verhältnismäßig stabilen Kostenentwicklung auch auf die Gewinnerwartungen positiv gewirkt haben dürfte. Die Nachfrage nach Ausrüstungsgütern stieg nach der Jahresmitte wieder leicht an, was dazu führte, daß der Inlandsumsatz der Investitionsgüterhersteller im Laufe des zweiten Halbjahres nur noch wenig zurückging. Hauptzielrichtung der Investitionen war es — neben der Ersatzbeschaffung —, Produktionsabläufe zu rationalisieren und Kosten zu vermindern; die Rezession hatte in vielen Unternehmen erhebliche strukturelle Mängel offengelegt, die ihre Wettbewerbsfähigkeit — gerade in außenwirtschaftlich exponierten Bereichen — merklich geschwächt hatten. Gegenüber dem Rationalisierungsmotiv trat das Ziel der Kapazitätserweiterung weiter in den Hintergrund (Schaubild 12).

90. Die im ganzen schwache Entwicklung der Investitionen im Gebiet der alten Bundesländer im Jahre 1993 muß vor dem Hintergrund des vorangegangenen, außergewöhnlich langen und zuletzt auch kräftigen Investitionsaufschwungs der achtziger und frühen neunziger Jahre bewertet werden (Schaubild 13). Allein in dem Zeitraum von 1987 bis 1991 hatten sich die realen Ausrüstungsinvestitionen der Unterneh-

Schaubild 12

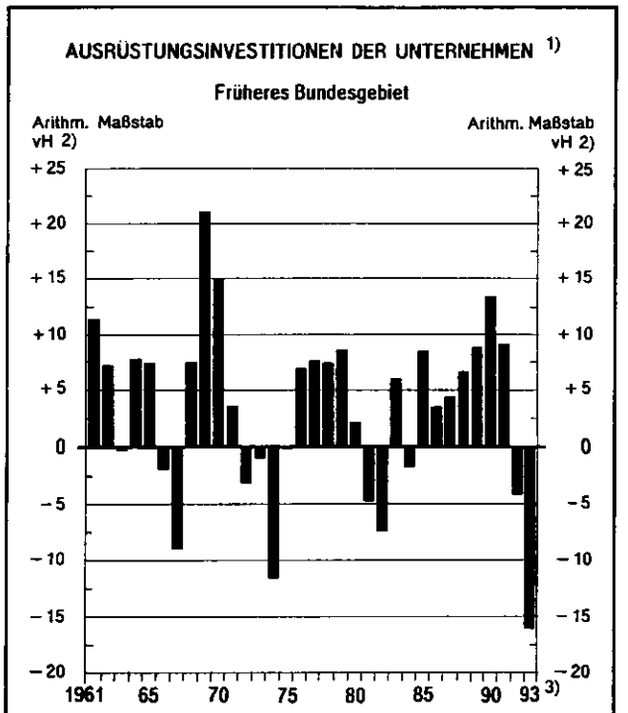


1) Umfragen des Deutschen Industrie- und Handelstags im Herbst 1992 (für 1993) und Herbst 1993 (für 1994) bei seinen Kammern in Westdeutschland, wobei die Antworten von mehr als 20 000 Mitgliedsunternehmen ausgewertet wurden.

Quelle: Deutscher Industrie- und Handelstag

SR 93 0588

Schaubild 13



1) In Preisen von 1991. Gesamtwirtschaft ohne Staat. —
2) Veränderung gegenüber dem Vorjahr. — 3) Eigene Schätzung.

SR 93 0584

men um etwa 43 vH erhöht. Dabei haben zunächst wohl die niedrigen Zinsen und die Nachfrageimpulse einer expansiven Geldpolitik sowie die Aussichten auf den bevorstehenden europäischen Binnenmarkt die Investitionstätigkeit stimuliert. Ab dem Jahre 1990 trugen der Nachfrageschub und positive Absatzerwartungen im Gefolge der deutschen Vereinigung dazu bei, daß der Investitionsaufschwung anhielt. Die Investitionsdynamik, die auch die gewerblichen Bauinvestitionen erfaßte, hatte das Wachstum des volkswirtschaftlichen Produktionspotentials auf über 3 vH in den Jahren von 1990 bis 1992 angehoben. Mit dem Nachlassen der konjunkturellen Dynamik im Jahre 1992 fiel der tatsächliche Produktionsanstieg dann aber deutlich hinter das Wachstumstempo der Kapazitäten zurück. Schon die Abflachung der Produktionszunahme auf 1,6 vH im Jahre 1992 hatte zur Folge, daß der Auslastungsgrad der gesamtwirtschaftlichen Produktionskapazitäten um etwa 1,5 Prozentpunkte sank. Im Jahre 1993 ist die Kapazitätsauslastung dann noch wesentlich stärker zurückgegangen (Ziffer 99). Da Nachfrage und Produktion nicht nur langsamer anstiegen, als es in der ersten Zeit nach der deutschen Vereinigung vielfach erwartet worden war, sondern sogar kräftig zurückgingen, kam es zu einer entsprechenden Korrektur in der Kapazitätsplanung der Unternehmen und zu deutlichen Einschnitten bei den Erweiterungsinvestitionen. Zu einem Teil läßt sich die Investitionszurückhaltung daher auch als Normalisierung nach einer Phase ungewöhnlich starker Kapazitätsausweitungen ansehen.

91. Dem Investitionseinbruch in den alten Bundesländern stand ein fortgesetzter Anstieg der Unternehmensinvestitionen in den neuen Bundesländern gegenüber. Dieser Anstieg war unter anderem darauf zurückzuführen, daß westdeutsche Unternehmen ihre Investitionen in Ostdeutschland weiter erhöhten. Befragungen des Ifo-Instituts für Wirtschaftsforschung deuten darauf hin, daß die Ausgaben westdeutscher Unternehmen (ohne Deutsche Bundespost Telekom) für Ausrüstungen und Bauten in den neuen Bundesländern von rund 31 Mrd DM im Jahre 1992 auf etwa 38 Mrd DM in 1993 angestiegen sind (Tabelle 24). Während die Industrieunternehmen Investitionsvorhaben teilweise gestreckt oder gekürzt haben, nahmen die Investitionen der Energieversorgungsunternehmen in den Ausbau und die Verbesserung der Versorgungsnetze kräftig zu. Hierzu trug unter anderem bei, daß der Streit zwischen Kommunen und Verbundunternehmen der Elektrizitätswirtschaft um Eigentums- und Versorgungsrechte Ende Juli dieses Jahres durch eine außergerichtliche Einigung beigelegt wurde.

92. Viele der in den letzten Jahren in Ostdeutschland privatisierten oder neugegründeten Unterneh-

Investitionstätigkeit westdeutscher Unternehmen in den neuen Bundesländern und Berlin-Ost[1])

Bereich	Investitionen[2])				
	1991	1992	1993	1992	1993
	Mrd DM			vH[3])	
Energie-/Wasserversorgung und Bergbau	3,6	5,4	9,0	*50*	*67*
Verarbeitendes Gewerbe	8,0	15,0	16,5	*88*	*10*
Baugewerbe	1,2	1,8	2,1	*50*	*17*
Handel	2,8	4,0	4,5	*43*	*13*
Verkehr, Nachrichtenübermittlung[4]) und Dienstleistungsunternehmen[5])	4,8	4,6	5,8	*– 4*	*26*
Unternehmen insgesamt	20,4	30,8	37,9	*51*	*23*

[1]) Schätzungen des Ifo-Instituts aufgrund einer Sonderbefragung im April 1993 bei westdeutschen Unternehmen einschließlich Tochterunternehmen ausländischer Konzerne.
[2]) Zugänge neuer Bauten und Ausrüstungen ohne Anmietungen.
[3]) Veränderung gegenüber dem Vorjahr.
[4]) Ohne Deutsche Bundespost Telekom.
[5]) Ohne Wohnungsvermietung.

Quelle: Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung

men hatten nach wie vor große Mühe, Absatzmärkte für ihre Produkte zu erschließen. Der Wettstreit mit westlichen Konkurrenten hat sich eher noch intensiviert, denn aufgrund der Rezession in Westdeutschland und in anderen westlichen Industrieländern sind auch deren angestammte Absatzmärkte wesentlich stärker umkämpft. Die Unsicherheit über Absatz- und Wettbewerbschancen mag eine längerfristige Investitionsplanung für die jungen ostdeutschen Unternehmen erschweren. Gleichwohl haben auch die Unternehmen, die ohne westliches Engagement gegründet worden sind, bereits in den vergangenen Jahren in beträchtlichem Umfang investiert und ihre Investitionen in der Summe auch 1993 weiter aufgestockt. Zu berücksichtigen ist dabei, daß die Anzahl der Unternehmen einerseits aufgrund der weiter voranschreitenden Privatisierung und andererseits aufgrund der nach wie vor zahlreichen Neugründungen weiter zunimmt. Überdies haben auch die Treuhandunternehmen versucht, durch vermehrte Investitionen wettbewerbsfähiger zu werden. Allerdings dürfte die auf die Treuhandunternehmen insgesamt entfallende Investitionssumme wegen des abnehmenden Unternehmensbestandes deutlich unter den Vorjahresstand gesunken sein. Alles in allem sind die Anlageinvestitionen der Unternehmen in den neuen Bundesländern im Durchschnitt des Jahres 1993 dem Volumen nach um gut 12½ vH gestiegen.

Zu den positiven Aspekten der Investitionsentwicklung in den neuen Bundesländern gehörte es, daß die Infrastrukturinvestitionen, hier verstanden als Summe an Investitionen der Gebietskörperschaften, der Deutschen Reichsbahn und der Deutschen Bundespost Telekom, von einem schon beträchtlichen Niveau aus weiter deutlich angestiegen sind, auf über 40 Mrd DM im Jahre 1993. Während die Unternehmensinvestitionen (ohne Post und Bahn sowie ohne Wohnungsbau) je Kopf der Bevölkerung nur bei etwa 80 vH des entsprechenden Wertes in Westdeutschland liegen, wird in die Infrastruktur je Einwohner etwa anderthalbmal soviel investiert wie im Westen. Das läßt erwarten, daß der gewaltige Nachholbedarf im Bereich der Infrastruktur weiter zügig vermindert werden kann.

93. Daß sich die Investitionstätigkeit trotz der Rezession in Westdeutschland nochmals verstärkte, deutet auf verbesserte Investitionsbedingungen in den neuen Bundesländern hin. Es gibt zwar immer noch gravierende Investitionshemmnisse, aber ihre Bedeutung hat gegenüber den vorangegangenen Jahren in verschiedenen Bereichen abgenommen:

— Als eines der schwerwiegendsten Investitionshemmnisse im Rahmen der Transformation der ostdeutschen Wirtschaft hatte sich die Problematik ungeklärter Eigentumsrechte erwiesen. Nach wie vor ist der weitaus größte Teil der vorliegenden Restitutionsansprüche, deren Anzahl bis zur Mitte des Jahres nochmals stark angestiegen war, unerledigt. Allerdings konnte das Tempo in der Abwicklung der Anträge auf Rückübertragung deutlich gesteigert werden. Inzwischen sind von gut 2,6 Millionen Restitutionsansprüchen auf Grundstücke, Unternehmen und andere Vermögenswerte etwa 650 000 erledigt worden; zur gleichen Zeit des Vorjahres waren es lediglich rund 170 000 von insgesamt 1,7 Millionen Ansprüchen. Aufgrund der gesetzlichen Regelungen zur Erleichterung und Beschleunigung von Investitionen (Investitionsvorranggesetz) ist die Restitutionsproblematik für gewerbliche Investoren wohl nicht mehr direkt als entscheidendes Hindernis anzusehen. Indirekte Auswirkungen sowohl für den Wohnungsbau wie für gewerbliche Investitionen dürfte die Restitutionsproblematik aber dennoch haben, weil sie für Engpässe im Angebot von Immobilien und entsprechend hohe Preise mitverantwortlich ist. Von den rund 2,1 Millionen Ansprüchen auf Rückübertragung von Immobilien, Grundstücken und Grundstücksanteilen sind etwas mehr als eine halbe Million erledigt worden. Hier ist noch ein großer Antragsstau abzuarbeiten, der wohl vor

allem in Innenstadtbereichen zu beträchtlichen Engpässen am Immobilienmarkt führt. Als Investitionshemmnis wird in diesem Zusammenhang auch angesehen, daß Planungs- und Genehmigungsverfahren für öffentliche und private Investitionsprojekte nach wie vor zuviel Zeit beanspruchen; dabei geht es um Baugenehmigungen und Grundbucheintragungen, aber auch um Anträge auf öffentliche Finanzierungshilfen.

— Vermindert hat sich der Nachteil, den die neuen Bundesländer aufgrund der jahrzehntelang vernachlässigten Infrastrukturausstattung im Bereich des Verkehrswesens und der Telekommunikation hatten. Beträchtliche Investitionen in den vergangenen Jahren haben die Leistungsfähigkeit der Infrastruktur bereits merklich erhöht; so wurden in die Verkehrsinfrastruktur in den Jahren 1992 und 1993 jeweils rund 13 Mrd DM und im Telekommunikationsbereich jeweils rund 11 Mrd DM investiert. Gleichwohl gilt es nach wie vor, gravierende Defizite zu beseitigen. Beispielsweise hat sich die Anzahl der Telefonanschlüsse zwar seit 1989 in etwa auf 3,6 Millionen verdoppelt, je Einwohner gerechnet liegt die Ausstattung aber erst bei etwa der Hälfte des westdeutschen Niveaus.

Die Programme zur Förderung privater Investitionen sind auf hohem Niveau weitergefahren und teilweise auch noch ausgebaut worden. Die Frist für die Inanspruchnahme der Investitionszulage wurde bis Ende 1996 verlängert, und für ostdeutsche Investoren im Verarbeitenden Gewerbe und im Handwerk wurde die Zulage für Investitionsbeträge bis zu einer Million DM auf 20 vH angehoben. Insgesamt dürfte sich das Volumen der Investitionsförderung von 1992 nochmals deutlich erhöhen. Allein für die Regionalförderung und die ERP-Kredite steht ein Rahmen von 24 Mrd DM zur Verfügung; im Jahre 1992 waren es rund 22 Mrd DM; die Mindereinnahmen aufgrund der Investitionszulage werden von 4,2 Mrd DM im Jahre 1992 auf 4,6 Mrd DM in diesem Jahre ansteigen (Tabelle 25).

Tabelle 25

Mittelbereitstellung in ausgewählten Förderprogrammen für die neuen Bundesländer und Berlin-Ost

Mrd DM

Bereich	1991	1992	1993
ERP-Kredite [1]	8,0	10,0	10,0
Regionalförderung [2]	10,7	11,6	14,5
Investitionszulage [3]	1,0	4,2	4,6

[1] Bereitgestellte Mittel aus dem Bundeshaushalt.
[2] Bewilligungsrahmen Bund, Länder und EG.
[3] Steuermindereinnahmen.

Quelle: BMWi

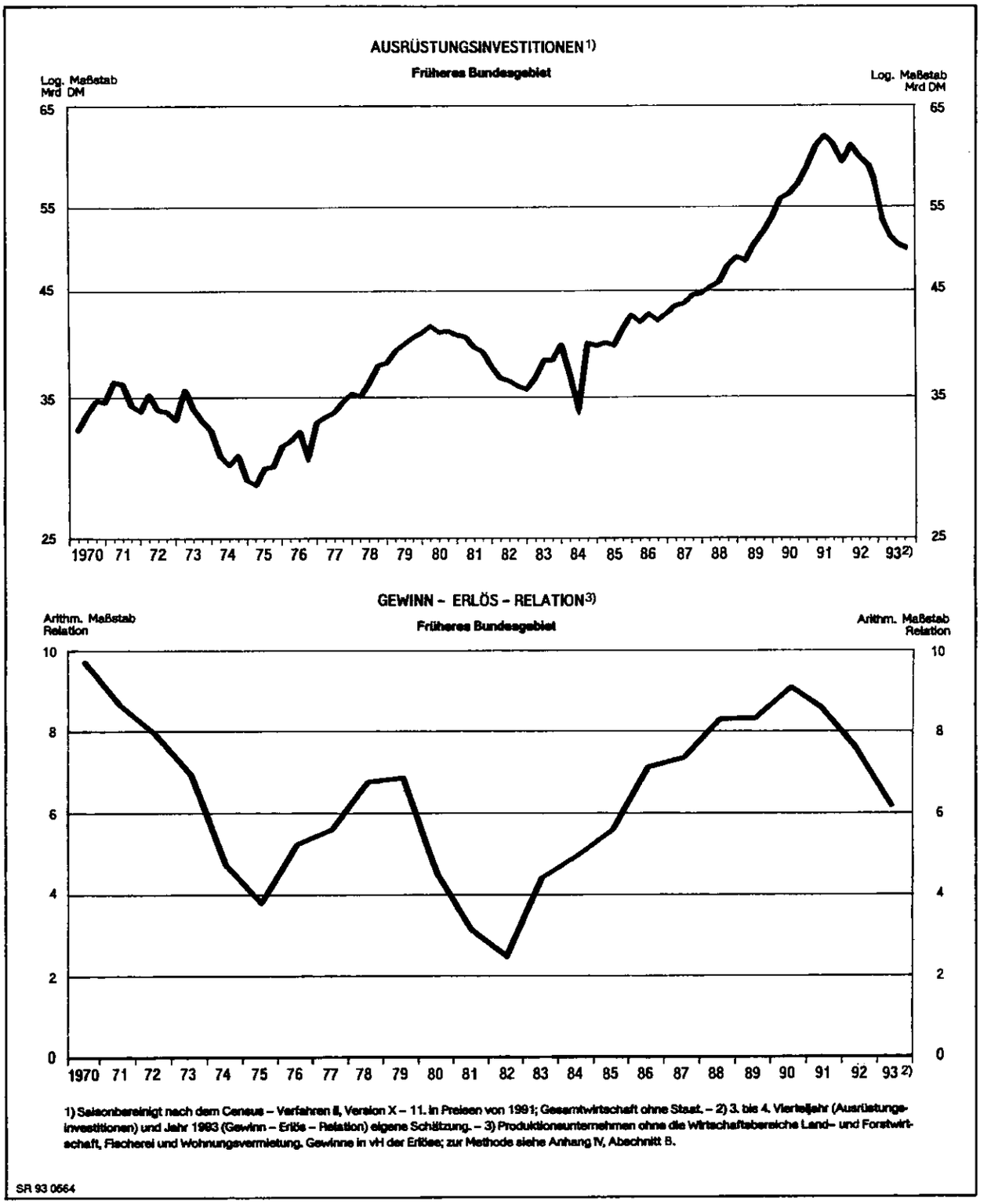
Rückgang der Gewinn-Erlös-Relation in Westdeutschland

94. Bei der Erklärung des unternehmerischen Investitionsverhaltens spielen die mittelfristigen Gewinnerwartungen der Unternehmen eine entscheidende Rolle. Meßbar sind diese Erwartungen allerdings nicht, so daß sich eine Analyse der Ertragsbedingungen im Unternehmensbereich auf die vergangene und die gegenwärtige Gewinnsituation beschränken muß. Auch dies ist aufgrund einer lückenhaften Datenbasis derzeit nur für die alten Bundesländer möglich.

Die Ertragslage der Unternehmen in den alten Bundesländern hat sich wie in früheren Rezessionsphasen auch im Jahre 1993 deutlich verschlechtert (siehe Kasten: Zyklische Entwicklung der Gewinn-Erlös-Relation, Seite 100). Der Rückgang der Unternehmensgewinne war aber bei gesamtwirtschaftlicher Betrachtung bei weitem nicht so stark wie Anfang der achtziger Jahre. Im Verhältnis zu den Erlösen sind die Gewinne auf einen Wert von rund 6,1 vH gesunken, 1982 hatte diese Relation lediglich 2,5 vH betragen (Schaubild 14). Begrenzt wurden die Ertragseinbußen durch eine stabile, zeitweise rückläufige Entwicklung der Importpreise, die den Unternehmen kostengünstige Vorleistungsbezüge aus dem Ausland ermöglichte. In dieser Hinsicht war die Lage besser als in den Rezessionsjahren von 1981/82 und 1974/75, denen jeweils schubartige Ölpreissteigerungen vorausgegangen waren, die die Gewinne noch viel stärker hatten schrumpfen lassen. Eine Rolle spielte auch, daß die langfristigen Zinsen im Jahre 1993 merklich niedriger lagen als ein Jahr zuvor und daß die Tarifvertragsparteien der rezessiven Entwicklung durch deutlich gemäßigtere Lohnsteigerungen Rechnung trugen (zum Zusammenhang von kurzfristigen Zinsen und Investitionstätigkeit siehe Kasten, Seite 101). Zudem haben die Unternehmen den Kostenanstieg durch die Rückführung des Personalbestandes und eine Rationalisierung von Produktionsabläufen in Grenzen gehalten.

Zyklische Entwicklung der Gewinn-Erlös-Relation

Es entspricht der Erfahrung früherer Konjunkturzyklen, daß die Gewinn-Erlös-Relation im Unternehmenssektor im Aufschwung zumeist kräftig ansteigt und sich in Rezessionsphasen deutlich vermindert. Diese prozyklische Entwicklung erklärt sich daraus, daß der Einsatz von Arbeit und Kapital in den Unternehmen nicht in gleichem Maße verändert wird, wie das Produktionsvolumen im Konjunkturverlauf variiert. Die Kapitalkosten, die durch frühere Investitionen entstehen, sind kurzfristig kaum veränderbar. Die Kosten des Arbeitseinsatzes lassen sich kurzfristig in dem



1) Saisonbereinigt nach dem Census – Verfahren II, Version X – 11. In Preisen von 1991; Gesamtwirtschaft ohne Staat. – 2) 3. bis 4. Vierteljahr (Ausrüstungsinvestitionen) und Jahr 1993 (Gewinn – Erlös – Relation) eigene Schätzung. – 3) Produktionsunternehmen ohne die Wirtschaftsbereiche Land- und Forstwirtschaft, Fischerei und Wohnungsvermietung. Gewinne in vH der Erlöse; zur Methode siehe Anhang IV, Abschnitt B.

SR 93 0564

Umfang vermindern, in dem Überstunden abgebaut oder Kurzarbeiterregelungen eingeführt werden können. Von beiden Möglichkeiten haben die Unternehmen im Jahre 1993 weitreichend Gebrauch gemacht; vor allem die Kurzarbeit schnellte in den Wintermonaten 1992/93 in Westdeutschland auf knapp eine Million Personen hoch. Daneben ist auch der Personalbestand in den Unternehmen während des Abschwungs kräftig zurückgeführt worden, aber, und das verstärkt die prozyklische Entwicklung der Gewinn-Erlös-Relation, nicht mit derselben Geschwindigkeit, mit der die Produktion abnahm. So lag die Anzahl der abhängig Beschäftigten im ersten Halbjahr des Jahres 1993 um rund 1,5 vH unter dem entsprechenden Vorjahresstand, während die Produktion in diesem Zeitraum um rund 2,6 vH zurückging. Die Gründe für das typische Zyklusmuster eines im Verhältnis zum Produktionsrückgang verzögerten Beschäftigungsrückgangs sind zum einen darin zu sehen, daß Kündigungsschutzbestimmungen einem kurzfristigen Abbau des Personalbestandes in der Rezession entgegenstehen. Zum anderen legen es aber häufig auch betriebswirtschaftliche Überlegungen nahe, von Kündigungsmöglichkeiten keinen Gebrauch zu machen: Bei Entlassungen entstehen Kosten durch Abfindungszahlungen oder Sozialpläne, Neueinstellungen verursachen Suchkosten und Kosten der Einarbeitung. Für Unternehmen, die ihre Absatzprobleme als vorübergehend einschätzen und die mit einem baldigen Wiederanstieg der Produktion rechnen, ist es daher sinnvoll, diese Kosten zu vermeiden und in der Rezession mehr Arbeitskräfte zu halten, als es angesichts rückläufiger Produktion erforderlich wäre. In der ersten Phase des Aufschwungs stehen deswegen genügend Arbeitskräfte zur Verfügung; der Wiederanstieg der Produktion erfolgt dann zunächst ohne Neueinstellungen. Entsprechend steigen das Produktionsergebnis je Beschäftigten und auch die Gewinn-Erlös-Relation wieder an.

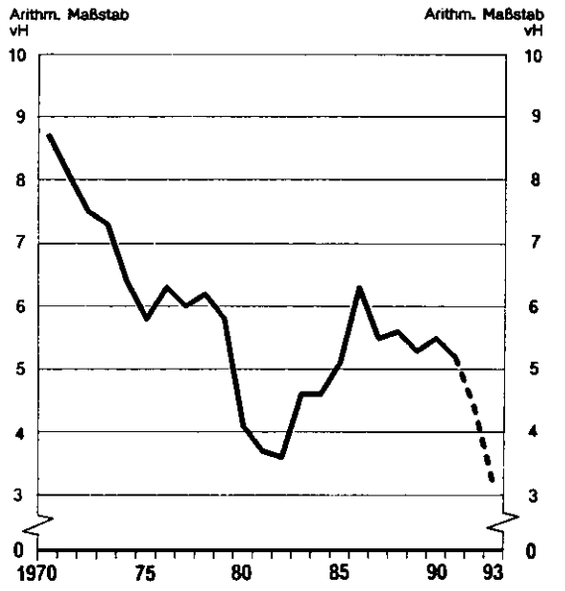
95. Deutlicher als im Unternehmenssektor insgesamt gingen die Erträge der Unternehmen im Verarbeitenden Gewerbe zurück. Anders als die im ganzen stärker binnenwirtschaftlich orientierten Unternehmen der Bauwirtschaft und des Dienstleistungssektors haben es die Industrieunternehmen in den vergangenen beiden Jahren nicht vermocht, ihre Ertragsmargen durch eine Überwälzung der Kostensteigerungen in die Absatzpreise zu stabilisieren. Höhere Preisforderungen der im internationalen Wettbewerb stehenden deutschen Industriegüterproduzenten hätten ihnen wohl noch stärkere Absatzeinbußen beschert und den Konkurrenzanbietern aus anderen Ländern, deren preisliche Wettbewerbssituation sich aufgrund der realen Aufwertung der D-Mark ohnehin verbessert hatte, weitere Marktanteilsgewinne im Welthandel ermöglicht. In der Industrie dürften die Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen so stark gefallen sein, daß die Ertragsmarge, also die Relation dieser Einkommen zum Produktionswert aller Unternehmen, unter den Tiefstand von Anfang der achtziger Jahre (3,6 vH) gesunken ist (Schaubild 15). Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, daß auch die Kapitalkosten der Industrieunternehmen in den vergangenen Jahren aufgrund des Zinsrückgangs deutlich gesunken sein dürften. Die Gewinneinkommen im engeren Sinne, die sich nach Abzug dieser Kostenkomponente ergäben, sind daher vermutlich nicht so stark zurückgegangen.

Die Ertragsmarge im Verarbeitenden Gewerbe ist aus methodischen Gründen nicht mit der Gewinn-Erlös-Relation zu vergleichen, die wir für alle Wirtschaftsbereiche ausschließlich der Wohnungsvermietung, der Kreditinstitute und der Versicherungsunternehmen sowie der Land- und Forstwirtschaft berechnen. Die im Verarbeitenden Gewerbe entstandenen Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen werden im Rahmen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen als Differenz zwischen der Nettowertschöpfung und den Einkommen aus unselbständiger Arbeit in diesem Sektor ausgewiesen. Aus diesen Einkommen haben die Unternehmen Zinsen und Tilgungszahlungen zu leisten. In der Gewinn-Erlös-Relation dagegen werden auch kalkulatorische Kapitalkosten als Kostenkomponente berücksichtigt und von dem Erlös abgezogen. Um aus dem Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen für das Verarbeitende Gewerbe die Gewinne im engeren Sinne zu ermitteln, wäre der Saldo aus empfangenen und geleisteten Zinsen und Nettopachten abzuziehen. Dafür liegen jedoch keine Daten vor.

96. Für eine kräftige Belebung der Investitionen bedarf es nach aller Erfahrung nicht allein wieder besserer Ertragsbedingungen, sondern auch einer

Schaubild 15

MARGE DER GEWINN- UND VERMÖGENSEINKOMMEN IM VERARBEITENDEN GEWERBE 1)



1) Entstandene Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen in vH des Produktionswertes. Für 1991 vorläufiges Ergebnis; 1992 und 1993 eigene Schätzung.

SR 93 0594

gefestigten Zuversicht der Unternehmen in die konjunkturellen und mittelfristigen Perspektiven der Wirtschaft. Davon war im Jahre 1993 wenig zu spüren. Vor allem im ersten Halbjahr herrschte große Unsicherheit über die mögliche Dauer und die Stärke der Rezession. Der Trend zur Besserung einzelner Konjunkturindikatoren im zweiten Halbjahr wurde vielfach noch als unsicher bewertet. Belastet wurde und wird das Stimmungsbild aber auch durch wirtschaftspolitische Faktoren, vor allem durch die ansteigenden Finanzierungsdefizite des Staates und die unzureichenden Konsolidierungsbemühungen. Ausgeblieben ist bislang eine durchgreifende Neufestsetzung der Prioritäten auf der Ausgabenseite, konsolidiert wird in erster Linie über die Einnahmenseite des Haushalts. Von daher zeichnet sich ein weiterer Anstieg der Belastung mit Steuern und Abgaben in den kommenden Jahren ab. Unklar ist, welche Belastungsfolgen die geplante Pflegeversicherung in der langen Frist haben wird, selbst über die allenfalls kurzfristig relevante Kompensation für die Mehrbelastung der Unternehmen bestand bis zuletzt Unklarheit. Schließlich brachte auch die Geld- und Währungspolitik für die Unternehmen Unwägbarkeiten: Die Zinsen wurden in einem weiterhin inflationären Umfeld deutlich gesenkt, und trotzdem konnte nicht verhindert werden, daß der Interventionsmechanismus des Europäischen Währungssystems mit einer erheblichen Erweiterung der Schwankungsbreite der Wechselkurse faktisch suspendiert werden mußte. All dies sowie die generelle Unsicherheit über die Perspektiven einer nun schon seit längerem stockenden Konjunktur in den Hauptpartnerländern war nicht dazu angetan, das Stimmungsumfeld zu schaffen, das für einen kraftvollen Investitionsaufschwung vonnöten ist.

Kurzfristige Zinsen und Investitionstätigkeit

Ein Teilaspekt der wirtschaftspolitischen Kontroverse im Jahre 1993 betraf die Frage, inwieweit Senkungen der Notenbankzinsen und der Geldmarktzinsen auch dann zur Stimulierung der Konjunktur beitragen können, wenn die Kapitalmarktzinsen dadurch nicht verändert werden. Neben möglichen Auswirkungen auf die private Konsumnachfrage und auf die Konjunktur in anderen europäischen Ländern wurde hierbei der Zusammenhang zwischen kurzfristigen Zinsen und Investitionstätigkeit strittig diskutiert. Auf der einen Seite stand die Behauptung, daß die Erwartung sinkender kurzfristiger Zinsen, die in einer ausgeprägt inversen Zinsstruktur zum Ausdruck käme, die Investoren zu einem Hinausschieben geplanter Investitionen veranlasse. Dem wurde entgegengehalten, daß das Investitionsverhalten der Unternehmen vor allem auf einem Vergleich der Kapitalmarktzinsen mit der erwarteten Rendite einer Sachkapitalinvestition beruhe, kurzfristige Zinsen also keine entscheidende Bedeutung hätten. Verschiedene Argumente sind zur Beurteilung dieser Positionen abzuwägen.

Festzustellen ist zunächst, daß wohl alle gängigen Meßkonzepte für die Rentabilität von Investitionen, wie etwa die Gewinn-Erlös-Relation oder die Kapitalrendite, auf der Überlegung beruhen, daß Sachkapitalinvestitionen langfristige Einnahmen- und Ausgabenströme zur Folge haben und daß ihre Ertragsrate deswegen mit der langfristigen Rendite von Finanzanlagen zu vergleichen ist, um die relative Vorteilhaftigkeit der Alternativen ermitteln zu können. In einem solchen Kalkül kommt dem Niveau der kurzfristigen Zinsen zurecht kein genereller Einfluß zu. Fraglich erscheint es, ob, wie vielfach behauptet, der Zeitpunkt, zu dem eine Investition in Angriff genommen wird, von der Entwicklung der kurzfristigen Zinsen abhängt. An diese These wurde im Jahre 1993 häufig die Befürchtung geknüpft, daß Unternehmen ihre Investitionen einige Monate aufschieben könnten, um sich den Vorteil hoher Zinsen für Kurzfristanlagen zunutze zu machen. Dieser Zusammenhang ist indessen nicht zu überschätzen. Unternehmen, die Rationalisierungsinvestitionen aufschieben, riskieren mit dem möglichen Verlust an Wettbewerbsfähigkeit einen zu hohen Preis für einen vorübergehenden Zinsvorteil. Bei Erweiterungsinvestitionen dürfte das „Aufschieben" ohnehin in erster Linie auf die Unsicherheit über Absatzpotentiale zurückgehen. Ein Einfluß der kurzfristigen Zinsen auf die Investitionstätigkeit kann wohl eher dadurch zustande kommen, daß die Zinskosten für kurzfristige Kredite die aktuelle Gewinnsituation und die Liquiditätssituation der Unternehmen beeinflussen. Diese Größen können ihrerseits für die Verfügbarkeit und die Konditionen von weiterem Fremdkapital eine Rolle spielen; so hat die Höhe der tatsächlichen Zinsbelastung vielfach Einfluß auf die „Kreditwürdigkeit" eines Unternehmens. Solche Zusammenhänge müßten um so größere Bedeutung haben, je geringer die Fristigkeit der Unternehmensschulden ist. In der Bundesrepublik ist aber weniger als ein Drittel der Verschuldung kurzfristiger Art. Das spricht nicht für einen starken Einfluß der kurzfristigen Zinsen auf die Zinskostenbelastung. Einzuräumen ist allerdings, daß ein Teil der langfristigen Ausleihungen variabel oder höher verzinst wird, als es der Umlaufsrendite festverzinslicher Wertpapiere entspricht. Ein Zusammenhang zwischen der Investitionstätigkeit und dem kurzfristigen Zinsniveau ist somit nicht zu verneinen, er dürfte aber in der Bundesrepublik nur verhältnismäßig schwach ausgeprägt sein. In ökonometrischen Schätzungen kann die Investitionsquote durch die Gewinn-Erlös-Relation verhältnismäßig gut erklärt werden, der Zinsspanne kommt nur eine geringe Erklärungskraft zu.

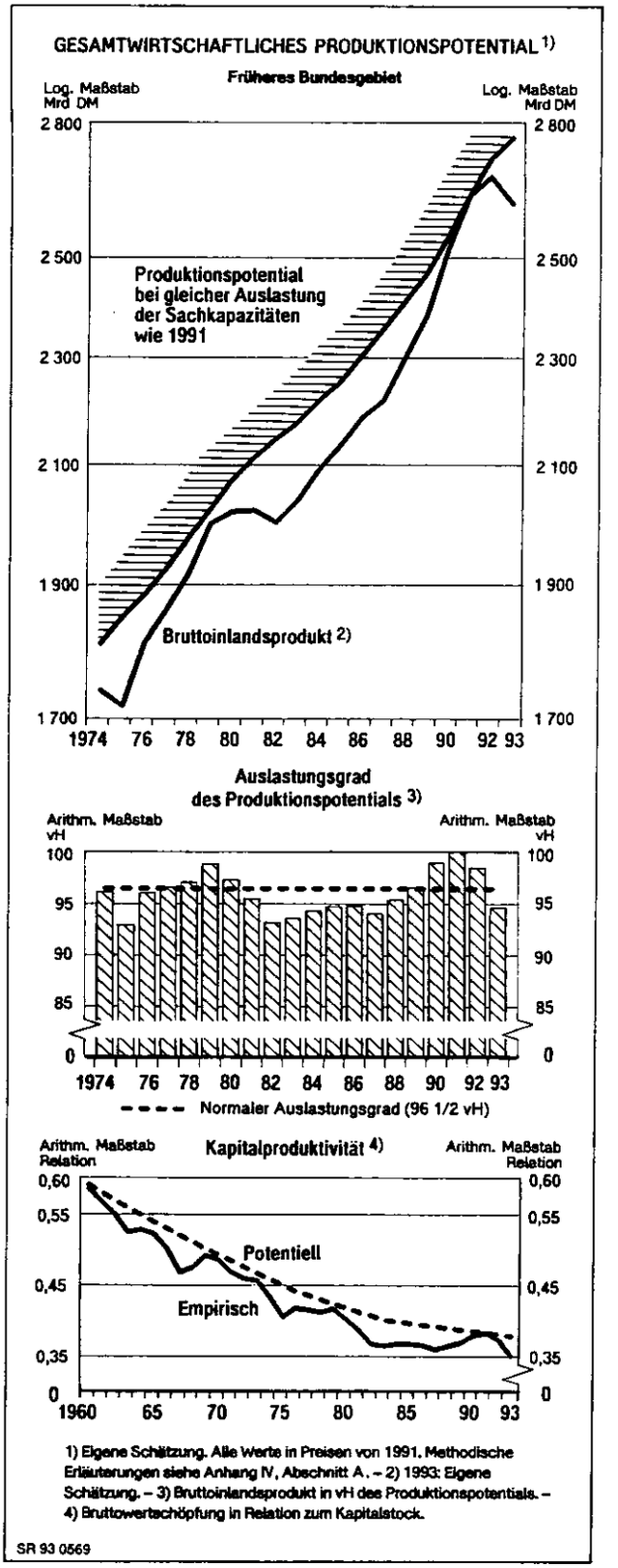
Vermindertes Wachstum, freie Produktionskapazitäten

97. Der Rückgang der Investitionen hat im Wachstum der volkswirtschaftlichen Produktionskapazitäten im Jahre 1993 deutliche Spuren hinterlassen. Nach einem Wachstum von mehr als 3 vH in den vergangenen drei Jahren verlangsamte sich in Westdeutschland der Anstieg des Produktionspotentials auf nunmehr knapp 2 vH (Schaubild 16). Für Ostdeutschland kann derzeit noch keine Potentialrechnung erstellt werden, dafür fehlt die statistische Basis. Gleichwohl lassen sich qualitative Aussagen machen. Verschiedene Indizien legen nahe, daß in den neuen Bundesländern ein recht kräftiges Wachstum der Produktionskapazitäten in Gang gekommen ist. Hierfür spricht die Zunahme der Investitionen, die in den letzten Jahren auch im Verarbeitenden Gewerbe kräftig ausgeweitet wurden. Weitere Indizien hierfür sind die steigende Anzahl der Unternehmen in den neuen Bundesländern sowie mittlerweile die Zunahme der industriellen Produktion, die als ein Zeichen dafür gewertet werden kann, daß viele Investitionen bis zur Produktionsreife fortgeschritten sind. Das gesamtdeutsche Potential dürfte daher ein höheres Wachstum aufweisen als das Produktionspotential in den alten Bundesländern. Da die Bestimmung des ostdeutschen Potentials allerdings nicht möglich ist, beziehen wir uns in den folgenden Ziffern auf das westdeutsche Potential sowie dessen Auslastung.

Auch wenn gegenwärtig das Produktionspotential Ostdeutschlands nicht quantitativ ermittelt werden kann, ist es dennoch notwendig, eine Hilfsgröße für bestimmte Zwecke heranzuziehen. Einige Fragestellungen, wie zum Beispiel in der Geldpolitik zum Verhältnis zwischen Zentralbankgeldmenge und Produktionspotential, erfordern wenigstens eine grobe Vorstellung über die Entwicklung des gesamtdeutschen Produktionspotentials. Für solche Zwecke wird hilfsweise das Bruttoinlandsprodukt der neuen Bundesländer verwendet (JG 92 Ziffer 159). Diese Größe darf allerdings nicht dahingehend interpretiert werden, daß sie den Wachstumsprozeß in den neuen Bundesländern von Jahr zu Jahr korrekt abbildet. Das Bruttoinlandsprodukt in den neuen Bundesländern ist noch zu stark von subventionierten Produktionen geprägt, was tendenziell zu einer Überschätzung der rentablen Produktionskapazitäten führt. Außerdem erstrecken sich Investitionsvorhaben über einen längeren Zeitraum, bis daraus Produktion entsteht. Solche Kapitalstockveränderungen schlagen sich im Produktionspotential noch vor der Produktionsreife nieder, im Bruttoinlandsprodukt kommen sie allerdings erst dann zum Ausdruck, wenn tatsächlich mit den Anlagen produziert wird. Dies spricht für eine Unterschätzung des Potentials durch die Ersatzgröße Bruttoinlandsprodukt. Eine weitere Schwierigkeit besteht darin, daß der Auslastungsgrad der Anlagen — auch der rentablen — nicht bekannt ist.

Beschränkt man sich auf eine Darstellung des Potentials und dessen Auslastung in Westdeutschland, so müssen die Probleme beachtet werden, die sich seit der Einigung mit diesen Größen verbinden. So mag es Wirtschaftsbereiche geben, die ihr „Produktionspotential" in Ostdeutschland kräftig ausbauen und dafür in den alten Bundesländern konstant halten oder gar reduzieren. Dies kann ein Zeichen komparativer Vorteile des ostdeutschen Standorts in Hinblick auf gewisse Produktionen sein und würde seinen Ausdruck in einem verlangsamten Potentialwachstum in Westdeutschland finden. Umgekehrt, und das wird häufig übersehen, verhält es sich in Wirtschaftsbereichen, in denen Kapazitäten in den neuen Bundesländern abgebaut und in Westdeutschland ausgebaut werden. Entsprechend ist es möglich, daß in manchen Unternehmen mit Produktionsstätten in Ost- und Westdeutschland unterschiedliche Auslastungsgrade zustande kommen. Dies kann unter

Schaubild 16



anderem aus Kostengründen geschehen oder aber für den Fall, daß eine Produktpalette angeboten wird, aus der Nachfragestruktur heraus erklärt werden. Daher erscheint es fragwürdig, aus der Entwicklung der Produktionskapazitäten in Westdeutschland sowie deren Auslastung auf Investitions- oder Preissetzungsverhalten von Unternehmen zu schließen, die in ganz Deutschland produzieren. Als erklärende Größe hierfür erscheint eine Kapazitätsauslastung, die allein auf das frühere Bundesgebiet bezogen wird, nachrangig zu sein. Allerdings sind der Auslastungsgrad sowie die Potentialentwicklung Westdeutschlands in anderer Hinsicht von Nutzen. Die Veränderungsrate des Potentials ist ein Maßstab für das Wachstum auf dem Gebiet der alten Bundesländer, und ferner ist die Kapazitätsauslastung nach wie vor ein wichtiger Indikator für die konjunkturelle Lage in den alten Bundesländern.

98. Die Abschwächung des Potentialwachstums im Jahre 1993 hat mehrere Ursachen. Das Kapitalstockwachstum hat sich als Reflex auf die schwache Investitionsneigung der Unternehmen erheblich verlangsamt. Zum Teil zeichnen hierfür Entwicklungen der Vergangenheit verantwortlich. So hatten die Unternehmen im Gefolge der Einigung das zukünftige Wachstum offensichtlich zu optimistisch eingestuft und dementsprechend den Kapitalstock in den letzten drei Jahren rascher ausgedehnt, als es den Perspektiven angemessen war. Inzwischen ist die Wachstumseuphorie einer Ernüchterung gewichen; dies findet seinen Ausdruck in einer Rücknahme der Investitionstätigkeit und einem verlangsamten Wachstum des Kapitalstocks. Gravierender für die Verlangsamung des Wirtschaftswachstums dürften aber die Lage der öffentlichen Haushalte und in diesem Zusammenhang die Belastungen durch eine schon erhöhte und weiter zunehmende Steuer- und Abgabenbelastung sein. Dies hat nicht allein Nachfrageausfälle im privaten Sektor zur Folge, sondern beeinträchtigt die Rentabilität von Investitionen und den Nettoertrag der Arbeit. Beides kommt in dem verlangsamten Potentialwachstum zum Ausdruck. Zudem sind auf anderen Feldern wachstumspolitische Defizite vorhanden (Ziffern 388ff.). All dies spricht dafür, daß unter den derzeit herrschenden Rahmenbedingungen der Wachstumspfad nicht über 2 vH hinausgehen könnte.

Die diesjährige Umstellung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen von der Preisbasis 1985 auf die Preisbasis 1991 für die alten Bundesländer sowie die Neuberechnung ab dem Berichtsjahr 1990 hatte für die Schätzung des Produktionspotentials einige Änderungen zur Folge (siehe Anhang IV Methodische Erläuterungen, Abschnitt A). Zwei Ergebnisse stehen dabei im Vordergrund. Zum einen zeigte sich, daß die empirische Kapitalproduktivität ihre maximale Abweichung von der Trendschätzung der Kapitalproduktivität im Jahre 1991 hat. Infolgedessen setzen wir an Stelle des Jahres 1970 nun das Jahr 1991 als Jahr der Vollauslastung an. Diese Änderung ist darauf zurückzuführen, daß die Neuberechnung des Bruttoinlandsprodukts für das Jahr 1991 zu einem wesentlich höheren Ergebnis führt als zuvor. Zum anderen hat sich eine Korrektur der geschätzten Abnahmerate der potentiellen Kapitalproduktivität für den Stützzeitraum der Jahre 1979 bis 1991 ergeben. Diese ist geringer als in früheren Schätzungen, so daß das Potentialwachstum in den achtziger Jahren nunmehr tendenziell höher ausfällt. Dies bestätigten auch ähnliche Korrekturen der vergangenen Jahre, die bereits ein Abflachen in der geschätzten trendmäßigen Abnahmerate der Kapitalproduktivität gegenüber den sechziger und siebziger Jahren ergaben (JG 91 Ziffer 119).

99. Trotz geschwächten Potentialwachstums ging der gesamtwirtschaftliche Auslastungsgrad angesichts des massiven Rückgangs des Bruttoinlandsprodukts in den alten Bundesländern rascher zurück als in früheren Rezessionsjahren. Die Kapazitäten wurden 1993 insgesamt noch zu 94½ vH genutzt. Damit lag die Auslastung deutlich unterhalb des vom Sachverständigenrat als normal angesehenden Wertes von 96½ vH. Freilich waren noch immer relativ betrachtet weniger Kapazitäten frei als im Jahre 1982, als die Auslastung mit 93,2 vH ihren letzten Tiefpunkt erreicht hatte. Im Verlauf des Jahres dürfte sich die Auslastung allerdings stabilisiert haben, dafür spricht nicht zuletzt auch die Kapazitätsauslastung im Verarbeitenden Gewerbe, die Umfrageergebnissen des Ifo-Instituts für Wirtschaftsforschung zufolge von 78,7 vH im Juni auf 78,3 vH im September kaum weiter zurückgegangen ist. Wenngleich die Kapazitäten im Verarbeitenden Gewerbe damit immer noch höher ausgelastet sind als im letzten Tiefpunkt im Jahre 1982, sind bei den Investitionsgüterproduzenten im Verlauf des Abschwungs merklich mehr Kapazitäten frei geworden als in der letzten Rezession. Diese Unterauslastung ist Ausdruck der erheblichen Abnahme der Investitionstätigkeit in den alten Bundesländern. In den anderen Sparten des Verarbeitenden Gewerbes war die Situation günstiger (Ziffer 55).

V. Arbeitsmarkt: Probleme nehmen zu

100. Im Jahre 1993 haben sich die Probleme am deutschen Arbeitsmarkt weiter zugespitzt. Die Nachfrage nach Arbeitskräften war wiederum rückläufig, die Anzahl der registrierten Arbeitslosen hat nochmals erheblich zugenommen (Tabelle 26), und auch die Anzahl der Kurzarbeiter ist wieder angestiegen.

Gegenüber den Vorjahren hat sich der regionale Schwerpunkt dieser Entwicklung verschoben. So war die schlechte Lage am deutschen Arbeitsmarkt zuvor wesentlich durch einen massiven Beschäftigungsabbau und eine dramatisch gestiegene offene und verdeckte Arbeitslosigkeit in den jungen Bundesländern geprägt, während die Beschäftigungszunahme bei gleichzeitig sinkender Arbeitslosigkeit in Westdeutschland das Gesamtbild noch positiv beeinflussen konnte. Seit etwa Mitte letzten Jahres verschlechterte sich die Arbeitsmarktlage in den jungen Bundesländern dagegen nur noch geringfügig, zeitweilig lag die registrierte Arbeitslosigkeit sogar unter ihrem Vorjahresniveau, sie blieb aber sehr hoch. Demgegenüber geriet seither der Arbeitsmarkt in Westdeutschland zunehmend in den Strudel der Rezession. Hier brach die Beschäftigung massiver ein, und die Arbeitslosigkeit stieg kräftiger an, als es noch im Herbst letzten Jahres erwartet worden war.

Die Arbeitsmarktpolitik konnte der verschlechterten Lage am deutschen Arbeitsmarkt nur noch gebremst entgegenwirken. Wegen Haushaltsengpässen konnte sich der über die Gewährung von Kurzarbeitergeld hinausgehende Einsatz des aktiven arbeitsmarktpolitischen Instrumentariums nur noch auf weniger Personen erstrecken als im Vorjahr. Dies hat mit zum beschleunigten Anstieg der registrierten Arbeitslosigkeit beigetragen. Vor allem die starke Zunahme von

Tabelle 26

Entwicklung am deutschen Arbeitsmarkt

Jahresdurchschnitte in Tausend

	Deutschland			Früheres Bundesgebiet			Neue Bundesländer[1]		
	1991	1992	1993[2]	1991	1992	1993[2]	1991	1992	1993[2]
Erwerbspersonen (Inländer)	39 104	38 828	38 547	30 682	30 949	30 882	8 422	7 879	7 665
davon:									
registrierte Arbeitslose[3]	2 602	2 978	3 436	1 689	1 808	2 276	913	1 170	1 160
Pendlersaldo[4]	−56	−19	4	234	346	364	−290	−365	−360
Erwerbstätige (im Inland)	36 446	35 831	35 115	29 227	29 487	28 970	7 219	6 344	6 145
davon: Selbständige[5]	3 406	3 466	3 505	3 044	3 055	3 060	362	411	445
beschäftigte Arbeitnehmer	33 040	32 365	31 610	26 183	26 432	25 910	6 857	5 933	5 700
Arbeitslosenquoten in vH bezogen auf									
— alle Erwerbspersonen[6]	*6,7*	*7,7*	*8,9*	*5,5*	*5,8*	*7,4*	*10,8*	*14,8*	*15,1*
— die abhängigen Erwerbspersonen[7]	*7,3*	*8,4*	*9,8*	*6,1*	*6,5*	*8,2*	*11,3*	*15,7*	*16,1*
Nachrichtlich									
Verdeckt Arbeitslose[8]	2 361	2 418	2 313	551	586	746	1 810	1 831	1 566

[1]) Einschließlich Berlin-Ost.
[2]) Eigene Schätzung.
[3]) Quelle: BA.
[4]) Negatives Vorzeichen bedeutet, daß mehr beschäftigte Arbeitnehmer auspendeln als einpendeln. Für das frühere Bundesgebiet: Pendlersaldo mit den neuen Bundesländern einschließlich Berlin-Ost und dem Ausland. Für die neuen Bundesländer und Berlin-Ost: Pendlersaldo mit dem früheren Bundesgebiet und dem Ausland.
[5]) Einschließlich mithelfende Familienangehörige.
[6]) Arbeitslose in vH aller Erwerbspersonen (Inländer: beschäftigte Arbeitnehmer, Selbständige und mithelfende Familienangehörige, Arbeitslose).
[7]) Arbeitslose in vH der abhängigen Erwerbspersonen (Inländer: beschäftigte Arbeitnehmer und Arbeitslose).
[8]) Vollzeitäquivalent der Kurzarbeiter (eigene Berechnung), ABM-Beschäftigte, Personen nach § 105 AFG, Teilnehmer an Deutsch-Sprachlehrgängen, Teilnehmer an Vollzeit-FuU-Maßnahmen (eigene Schätzung) und Personen in vorzeitigem Ruhestand (Bezieher von Vorruhestandsgeld/Altersübergangsgeld, Altersteilzeit). Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen. Quelle für Grundzahlen: BA.

Leistungen bei Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit in Westdeutschland sowie für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen und vorzeitigen Altersübergang in den jungen Bundesländern führte trotz aller Sparbemühungen dazu, daß die arbeitsmarktpolitischen Ausgaben von der Bundesanstalt für Arbeit und Bund insgesamt gegenüber dem Vorjahr erheblich angestiegen sind.

Angesichts der desolaten Arbeitsmarktlage blieben die Abschlußraten der Tariflöhne deutlich unter ihrem Vorjahresniveau. In den jungen Bundesländern wurden auch viele der bereits in den letzten Jahren mittelfristig abgeschlossenen Verträge revidiert oder zeitlich gestreckt, dennoch dürften die Effektivverdienste im Jahresdurchschnitt um knapp 14 vH über ihrem Vorjahresstand liegen. Trotz zurückhaltender Neuabschlüsse dürften in Westdeutschland die Tarifverdienste auf Stundenbasis im Jahresdurchschnitt um 4 vH angestiegen sein. Die Steigerungsrate der Effektivverdienste blieb nur wenig dahinter zurück, obschon in diesem Jahr Unternehmen auf breiter Front damit begonnen haben, übertarifliche Zahlungen zurückzuführen oder mit den Tariferhöhungen zu verrechnen.

Beschäftigungsrückgang in der Rezession

101. Der Beschäftigungsrückgang hat sich gegenüber dem Vorjahr beschleunigt (Tabelle 27). Ende des Jahres 1993 dürften 830 000 Personen weniger erwerbstätig sein als noch ein Jahr zuvor. Gegenüber dem Höchststand von 37,2 Millionen Erwerbstätigen im dritten Quartal des Jahres 1990 sind dies etwa 2,1 Millionen Personen oder 5½ vH weniger. Der regionale Schwerpunkt des Beschäftigungsrückgangs verlagerte sich nach Westdeutschland, wo sich nunmehr die Rezession in vollem Ausmaß auf den Arbeitsmarkt auswirkte. Hier trat der Beschäftigungsrückgang bereits im zweiten Quartal des Vorjahres zwar recht abrupt ein, wich bislang aber gemessen an der Stärke der Rezession keineswegs von den auch in früheren Abschwungsphasen beobachteten Entwicklungen ab. In den jungen Bundesländern dagegen dürfte der Beschäftigungsabbau innerhalb dieses Jahres nahezu zum Stillstand gekommen sein.

In den ersten Septemberwochen dieses Jahres hat das Statistische Bundesamt revidierte Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für die Jahre 1990 bis 1992 vorgelegt. Während bei den abhängig Beschäftigten sowie den Selbständigen und mithelfenden Familienangehörigen in den alten Bundesländern gegenüber dem früheren Datenstand nur unwesentliche Änderungen vorgenommen wurden — der bis ins Jahr 1992 hineinreichende Beschäftigungsboom ist demnach noch etwas ausgeprägter ausgefallen als zuvor angenommen —, gab es für das Gebiet der jungen Bundesländer umfangreichere Korrekturen. Diese wurden nach den ersten Ergebnissen des Mikrozensus vom Frühjahr 1992 notwendig. Zwar hielt sich auch hier die Revision der Erwerbstätigenzahl insgesamt in engen Grenzen. Diese ist für das Jahr 1992 nur um 3 000 Personen gegenüber dem früheren Ansatz angehoben worden. Allerdings hat es zwischen abhängiger und selbständiger Beschäftigung größere Verschiebungen gegeben. Die Anzahl der abhängig Beschäftigten lag den neuen Berechnungen

Tabelle 27

Zur Entwicklung am deutschen Arbeitsmarkt im Verlauf der Jahre 1992 und 1993[1])

Tausend

	Deutschland		Früheres Bundesgebiet		Neue Bundesländer[2])	
	1992	1993[3])	1992	1993[3])	1992	1993[3])
Erwerbspersonen (Inländer)	−252	−224	164	−165	−416	− 59
davon:						
registrierte Arbeitslose	304	645	244	537	60	108
Pendlersaldo[4])	29	37	44	24	− 15	13
Erwerbstätige (im Inland)	−527	−832	− 36	−678	−491	−154
			darunter Veränderung durch:			
Vorruhestands- und Altersübergangsgeld	175	− 52	− 21	− 18	196	− 34
Teilnehmer in ABM[5])	− 2	−188	− 11	− 32	9	−156
Teilnehmer an Vollzeit-FuU-Maßnahmen[6])	191	−203	19	− 34	172	−169

[1]) Veränderung vom 4. Quartal des jeweiligen Jahres zum 4. Quartal des Vorjahres.
[2]) Einschließlich Berlin-Ost.
[3]) Eigene Schätzung.
[4]) Für das frühere Bundesgebiet: Veränderung des Pendlersaldos mit den neuen Bundesländern einschließlich Berlin-Ost und dem Ausland. Für die neuen Bundesländer und Berlin-Ost: Veränderung des Pendlersaldos mit dem früheren Bundesgebiet und dem Ausland.
[5]) Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen. Neben den allgemeinen Maßnahmen sind im Jahre 1993 auch die Maßnahmen nach § 249h AFG und die nach dem Sonderprogramm des Bundes enthalten.
[6]) Wohnortprinzip. Früheres Bundesgebiet: Empfänger von Unterhaltsgeld oder Eingliederungsgeld. Neue Bundesländer und Berlin-Ost eigene Schätzung.

zufolge im Jahresdurchschnitt 1992 um mehr als 150 000 Personen über dem alten Ansatz, entsprechend wurde die Anzahl der Selbständigen und der mithelfenden Familienangehörigen in nahezu gleichem Umfang nach unten genommen. Für das Verlaufsbild der Beschäftigung im jungen Bundesgebiet ergeben sich hierdurch aber nur wenige Änderungen. Nach wie vor zeichnete sich eine äußerst dynamische Entwicklung der Selbständigkeit ab, der Beschäftigungsabbau verlief insgesamt etwas verhaltener, als bislang angenommen worden war.

In ganz Deutschland wurde Beschäftigung vor allem im primären und im sekundären Sektor abgebaut. Der Strukturwandel in der Land- und Forstwirtschaft der jungen Bundesländer hatte bereits schnell nach der Vereinigung gegriffen und dazu gezwungen, den zuvor stark aufgeblähten Personalstand zu reduzieren. In Westdeutschland verliert die Beschäftigung im primären Sektor bereits seit Jahrzehnten kontinuierlich an Bedeutung. Dieser Trend setzte sich nun im Jahre 1993 leicht beschleunigt in ganz Deutschland fort.

Im Produzierenden Gewerbe der jungen Bundesländer dürfte der Beschäftigungsabbau in diesem Jahre nur noch mit erheblich vermindertem Tempo weitergeführt worden sein. Hinzugekommen ist aber ein scharfer Beschäftigungseinbruch in Westdeutschland als Folge der Rezession. Dabei sind es in ganz Deutschland vor allem die Bereiche Verarbeitendes Gewerbe und Bergbau, in denen der Personalstand reduziert wurde, während die Beschäftigung in der deutschen Bauwirtschaft in etwa unverändert geblieben ist. Den Ergebnissen des Monatsberichts für Betriebe mit 20 und mehr Beschäftigten zufolge waren im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe der jungen Bundesländer im August 1993 noch etwa 730 000 Personen beschäftigt. Nach einer Entlassungswelle zum Jahreswechsel 1992/93 ist die Beschäftigung in diesen Bereichen nur noch vergleichsweise verhalten zurückgegangen. In den alten Bundesländern hat sich die Beschäftigungslage vor allem im Verarbeitenden Gewerbe verschlechtert, wie in früheren Abschwungsphasen auch. Binnen Jahresfrist ist die Anzahl der in diesem Bereich Erwerbstätigen um knapp eine halbe Million Personen (−5½ vH) zurückgegangen. Auch in der westdeutschen Bauwirtschaft wurde mit dem Personalabbau begonnen. Da aber entgegen den Erfahrungen früherer Rezessionen die Lage in der Bauwirtschaft insgesamt noch günstig war, hat sich der Beschäftigungsrückgang in diesem Jahr wohl noch in engen Grenzen gehalten.

Im tertiären Sektor ist die Beschäftigung gegenüber dem letzten Jahr nochmals weiter ausgedehnt worden. In den neuen Bundesländern sollten die Produktionssteigerungen im Handel und in den sonstigen Dienstleistungen dazu geführt haben, daß insgesamt gesehen die Neueinstellungen die Entlassungen überwogen. Im alten Bundesgebiet war die Beschäftigungsentwicklung im Dienstleistungsbereich weiterhin expansiv, während der staatliche Bereich seine Beschäftigtenanzahl leicht und der Bereich Handel und Verkehr die Anzahl der dort Beschäftigten merklich zurückgeführt haben dürfte.

102. Aufgrund der schwierigen Wirtschaftslage hat sich auch der Bestand an unbesetzten Arbeitsplätzen in Deutschland deutlich zurückgebildet. Im Jahresdurchschnitt dürften nur noch knapp 280 000 offene Stellen bei den Arbeitsämtern gemeldet gewesen sein, über 20 vH weniger als im Vorjahr. Dieser Rückgang ist ausschließlich auf die Arbeitsmarktentwicklung in Westdeutschland zurückzuführen, in den jungen Bundesländern waren sogar mehr offene Stellen als zuvor gemeldet.

Allerdings besitzt der Indikator „gemeldete offene Stellen" nur eine begrenzte Aussagefähigkeit, da zum einen erfahrungsgemäß nur ein Bruchteil aller offenen Stellen der Arbeitsverwaltung gemeldet wird, und zum anderen nicht jede offene Stelle auch vakant, also aus betrieblicher Sicht sofort zu besetzen ist. Nach unserer Schätzung hat es in ganz Deutschland im Jahres-

durchschnitt etwa 810 000 tatsächlich offene Stellen gegeben, von denen aber höchstens 550 000 sofort zu besetzen gewesen wären, vorausgesetzt die zu dieser Nachfrage passenden Arbeitskräfte wären am deutschen Arbeitsmarkt verfügbar gewesen. Dies bedeutet einen erheblichen Rückgang gegenüber dem Vorjahr.

103. Das potentielle Arbeitskräfteangebot in ganz Deutschland, das neben den Erwerbspersonen auch die nicht erwerbstätigen Teilnehmer an Maßnahmen der Bundesanstalt für Arbeit umfaßt, dürfte in diesem Jahr um etwa 280 000 Personen unter seinem Vorjahresstand liegen, nachdem es im vergangenen Jahr noch deutlich angestiegen war. In den jungen Bundesländern war dabei erstmals ein deutlicher Rückgang zu verzeichnen.

Verantwortlich hierfür dürfte in den jungen Bundesländern, bei nur geringfügig sinkender Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter, vor allem eine Abnahme der potentiellen Erwerbsbeteiligung sein. Im dritten Jahr nach der deutschen Vereinigung haben sich offenbar vermehrt Arbeitnehmer vom Arbeitsmarkt zurückgezogen, nachdem ihr Anspruch auf Lohnersatzleistungen erloschen war. In den alten Bundesländern dagegen ist ein Jahr nach Rezessionsbeginn noch nicht mit umfangreichen Rückzügen vom Arbeitsmarkt zu rechnen. Vielmehr dürften die Erwerbswünsche der westdeutschen Bevölkerung auch weiterhin noch zugenommen haben. Hierfür sprechen neben demographischen Gründen bei den bereits in Westdeutschland wohnhaften Ausländern die trendmäßig ansteigenden Erwerbswünsche von Frauen.

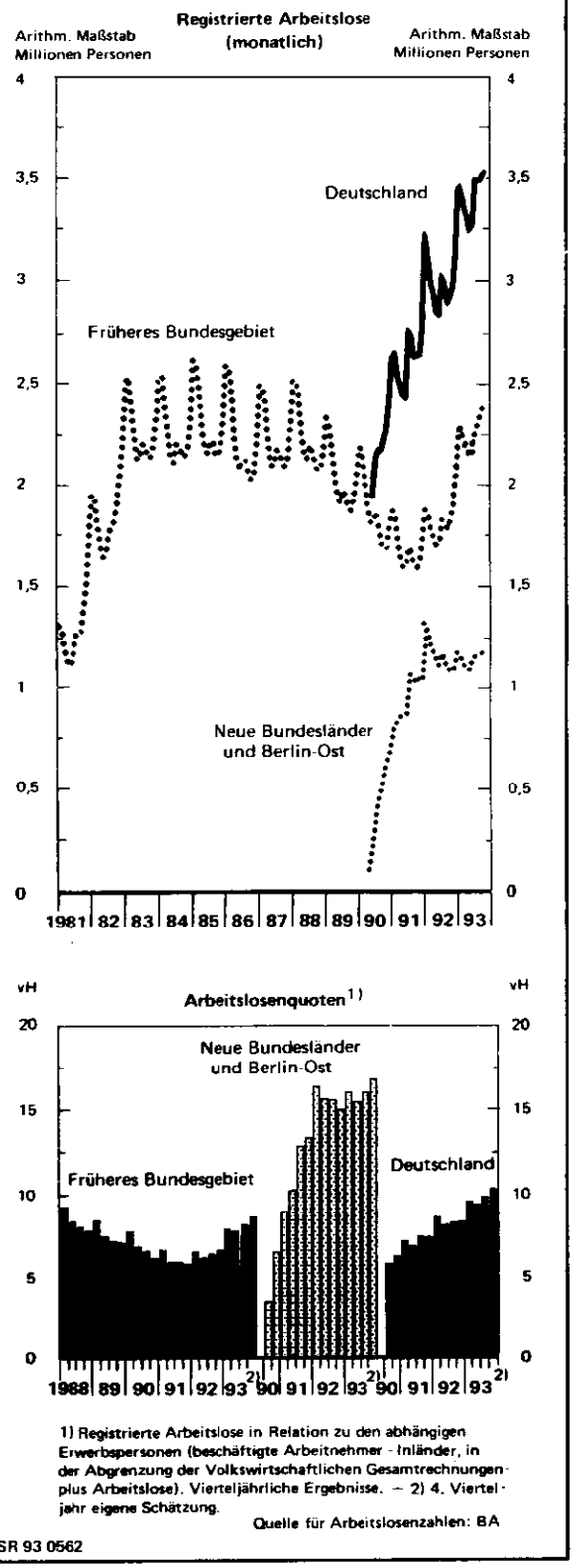
Weiter rückläufig war dagegen die Zuwanderung ins Bundesgebiet. Nachdem zur Jahresmitte die Möglichkeiten, in der Bundesrepublik politisches Asyl zu beantragen, gesetzlich verschärft worden sind, ist der Zustrom von Asylbewerbern schlagartig zurückgegangen. Bis einschließlich September kamen in diesem Jahr 275 900 Asylbewerber nach Deutschland, 13,7 vH weniger als im gleichen Vorjahreszeitraum. Auch die Zuwanderung von Aussiedlern ging noch leicht weiter zurück. Bis einschließlich Oktober sind mit insgesamt 168 700 Personen 2,9 vH weniger als im Vorjahreszeitraum zugewandert.

Scharfer Anstieg von Kurzarbeit und registrierter Arbeitslosigkeit

104. Der vergrößerte Mangel an derzeit rentablen Beschäftigungsmöglichkeiten ließ die registrierte Arbeitslosigkeit und vor allem die Anzahl der Kurzarbeiter stark anschwellen. So war zeitweilig für doppelt so viele Personen Kurzarbeit angemeldet wie noch ein Jahr zuvor. Einen kräftigeren Anstieg der Kurzarbeit hatte es bislang in Deutschland nur im Jahre 1990/91 gegeben, als durch rechtliche Sonderregelungen umfangreiche Kurzarbeit in den jungen Bundesländern ermöglicht worden war. Seither ist dort die Nutzung dieses beschäftigungsstabilisierenden Instruments jedoch erheblich zurückgegangen. Die Kurzarbeit nahm in Ostdeutschland bis in den Herbst hinein weiter ab. Bezogen auf die Anzahl der Erwerbstätigen im Inland könnte der Anteil der Kurzarbeiter damit in der zweiten Jahreshälfte in den

Schaubild 17

ZUR ENTWICKLUNG DER ARBEITSLOSIGKEIT



1) Registrierte Arbeitslose in Relation zu den abhängigen Erwerbspersonen (beschäftigte Arbeitnehmer - Inländer, in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen - plus Arbeitslose). Vierteljährliche Ergebnisse. – 2) 4. Vierteljahr eigene Schätzung.

Quelle für Arbeitslosenzahlen: BA

SR 93 0562

jungen Bundesländern nur noch wenig über dem entsprechenden westdeutschen Anteil liegen.

Über den Beschäftigungsabbau hinaus versuchten in Westdeutschland weit mehr Betriebe als noch im Vorjahr, sich durch vermehrt angemeldete Kurzarbeit auch sehr kurzfristig an die rückläufige Güternachfrage anzupassen. Dabei wurde die Kurzarbeit in einem für Westdeutschland bislang nicht gekannten Tempo und Umfang ausgeweitet. Ihren bisherigen Höchststand in der gegenwärtigen Wirtschaftskrise erreichte die Kurzarbeit mit knapp 1,1 Millionen Personen Mitte Februar 1993. Damit hatte sich die Anzahl der Kurzarbeiter in gut einem Jahr mehr als verfünffacht. Auch dies ist ein Zeichen dafür, wie abrupt und heftig die Rezession über Westdeutschland hereingebrochen ist. Anfang der achtziger Jahre, die zunächst von einer eher stagnierenden Wirtschaftsentwicklung geprägt waren, dauerte es mehr als drei Jahre, bis Mitte Januar 1983 mit knapp 1,2 Millionen Kurzarbeitern der bislang höchste Stand überhaupt im früheren Bundesgebiet verzeichnet worden ist.

Inwieweit angemeldete Kurzarbeit in Westdeutschland, von der auch in den Sommermonaten weit mehr Arbeitnehmer als jemals zuvor in dieser Jahreszeit betroffen waren, nur zur Abfederung eines zeitweiligen Nachfrageausfalls genutzt wird oder doch in Personalabbau einmündet, kann sich erst mit der wirtschaftlichen Entwicklung der nächsten Monate herausstellen. Um aber die Überbrückungsmöglichkeiten für die Unternehmen auszuweiten, hat das Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung die maximale Bezugsfrist für Kurzarbeitergeld ab dem 1. September 1993 von 18 Monaten auf 24 Monate verlängert.

Vor allem Unternehmen aus Industrie und Bergbau mußten in ganz Deutschland Kurzarbeit anmelden, um weitere Entlassungen zu vermeiden. In den jungen Bundesländern waren im August in diesen Wirtschaftszweigen knapp 81 vH aller Kurzarbeiter beschäftigt, in der Bauwirtschaft nur knapp 5 vH, während die restlichen gut 14 vH auf den primären und den tertiären Sektor entfielen. Auch in Westdeutschland konzentrierte sich die Kurzarbeit auf den industriellen Bereich, hier aber noch mehr als in der letzten schweren Rezession auf einige Branchen. Besonders viele Kurzarbeiter hatte der Straßenfahrzeugbau (21 vH aller Kurzarbeiter Mitte Oktober), der vor einem Jahr noch kaum von Kurzarbeit betroffen gewesen war, der Maschinenbau (22½ vH), die Elektrotechnik (11½ vH) und die Metallerzeugung und -verformung (10½ vH).

105. Aber auch die registrierte Arbeitslosigkeit hat in diesem Jahr kräftig zugenommen, am Jahresende waren mehr als 3,6 Millionen Personen davon betroffen (Schaubild 17). Dieser Anstieg um knapp 22 vH gegenüber dem Vorjahresniveau ist ebenfalls im wesentlichen auf die Entwicklung in Westdeutschland zurückzuführen, während die Anzahl der registrierten Arbeitslosen in den jungen Bundesländern erst in der zweiten Jahreshälfte wieder leicht angestiegen ist und zuletzt ihr Vorjahresniveau überschritt. Die gesamtdeutsche Arbeitslosenquote lag damit gegen Jahresende bei schätzungsweise 10½ vH, in Westdeutschland mit 8 vH erheblich über ihrem Vorjahreswert und in den jungen Bundesländern bei 16 vH aller abhängigen Erwerbspersonen.

Auf jahresdurchschnittlich 200 000 Personen ist in ganz Deutschland darüber hinaus die Gruppe derjenigen Empfänger von Leistungen der Arbeitslosenversicherung angestiegen, die allein deshalb nicht zu den registrierten Arbeitslosen gezählt werden, weil sie zum Beispiel wegen Krankheit kurzfristig dem Arbeitsmarkt nicht zur Verfügung stehen oder wegen ihres Alters von 58 oder mehr Jahren nicht mehr uneingeschränkt zur Verfügung stehen müssen. Im Jahresdurchschnitt wurden etwa 50 000 Leistungsempfänger wegen Krankheit kurzfristig nicht zu den registrierten Arbeitslosen gezählt. Ihr Anteil hat sich auf über 1,4 vH erhöht, vor allem durch einen gestiegenen Krankenstand in den jungen Bundesländern. Knapp 130 000 Personen, das waren 55 vH mehr als im letzten Jahr, brauchten wegen ihres Alters nicht mehr jede zumutbare Arbeit zu akzeptieren. Weitere 19 000 Personen erhielten sogenannte Nahtlosigkeitsleistungen nach § 105a AFG.

106. Im Jahre 1993 lag die registrierte Arbeitslosigkeit in allen Regionen Westdeutschlands über ihrem Vorjahresstand, während sie in nahezu allen Regionen der jungen Bundesländer bis zur Jahresmitte niedriger als im Vorjahr war (Tabelle 28, Seite 109). Dabei hat sich, wie in einer die gesamte Wirtschaft erfassenden Krise nicht anders zu erwarten, innerhalb der alten Bundesländer die regionale Disparität der registrierten Arbeitslosigkeit gegenüber dem Vorjahr nochmals abgeschwächt. Auch die bislang nur unterdurchschnittlich von Arbeitslosigkeit betroffenen Arbeitsamtsbezirke konnten sich nun der wirtschaftlichen Abwärtsbewegung nicht mehr entziehen. Anders dagegen entwickelte sich die regionale Verteilung der registrierten Arbeitslosigkeit in den jungen Bundesländern. Hier hat sich gegenüber dem Vorjahr eine leicht zunehmende Differenzierung angedeutet, die insgesamt aber noch weit hinter der westdeutschen zurückbleibt. In der zweiten Jahreshälfte ist in vielen Arbeitsamtsbezirken die Arbeitslosenquote wieder über ihren Vorjahresstand angestiegen. Allerdings sind diese regionalen Unterschiede in den jungen Bundesländern wesentlich durch den unterschiedlich starken Einsatz des arbeitsmarktpolitischen Instrumentariums selbst entstanden; die regionale Verteilung der registrierten und der verdeckten Arbeitslosigkeit zusammengenommen war weit gleichmäßiger.

Zum längerfristigen Vergleich von Arbeitslosenquoten

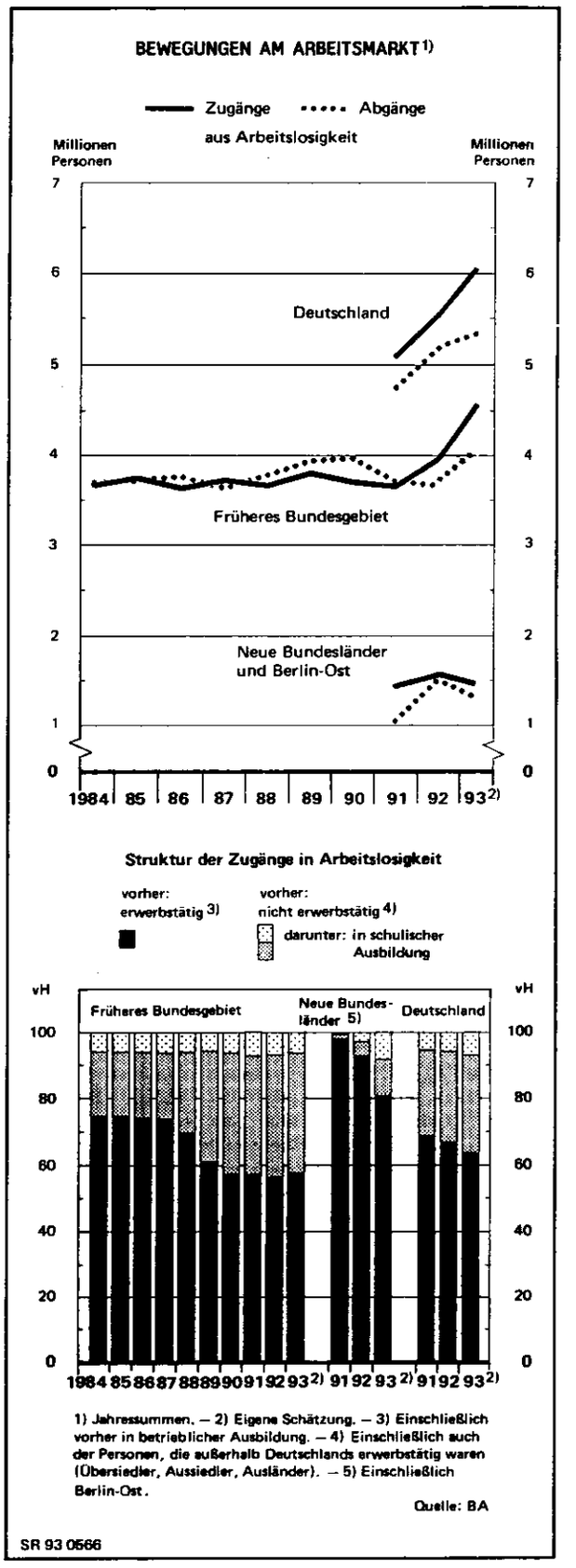
Ein Vergleich von Arbeitslosenquoten über einen längeren Zeitraum ist nicht unproblematisch. Nicht nur die Erwerbspersonen und potentiellen Erwerbspersonen ändern ihr Arbeitsangebotsverhalten, auch die rechtlichen Rahmenbedingungen für die Arbeitsförderung unterliegen einem permanenten Wandel. Im Zeitraum seit Anfang der sechziger Jahre, über den etwa in Schaubild 33

Seite 239 die Arbeitslosenquoten Westdeutschlands abgebildet werden, hat nicht nur das gänzlich neu formulierte Arbeitsförderungsgesetz (AFG) im Jahre 1969 das Gesetz über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung (AVAVG) abgelöst. Auch das AFG wurde in bislang zehn Novellen teilweise erheblich abgeändert, neue Anpassungen sind in diesem Jahr beschlossen worden. Seit Mitte der achtziger Jahre wurde zunächst durch das Vorruhestandsgesetz und schließlich durch das Altersteilzeitgesetz für ältere Arbeitnehmer ein vorzeitiges Ausscheiden aus dem Erwerbsleben gefördert. Seit dem Jahre 1986 zählen Arbeitslose nach Vollendung ihres 58. Lebensjahres grundsätzlich nicht mehr zu den registrierten Arbeitslosen, da sie nicht mehr jegliche zumutbare Arbeit annehmen müssen; ihren Leistungsanspruch aus der Arbeitslosenversicherung behalten sie dennoch. Ebenfalls wurden Zumutbarkeitsvorschriften erlassen und zu unterschiedlichen Graden angewendet sowie die Meldevorschriften für registrierte Arbeitslose abgeändert und mit unterschiedlicher Intensität kontrolliert. Bereits im Jahre 1988 wurden die Meldevorschriften für registrierte Arbeitslose, die keine Leistungen mehr empfangen, verschärft. Im Jahre 1993 wurden darüber hinaus in einer Schwerpunktaktion verschärfte Meldekontrollen durchgeführt.

107. Im Jahre 1993 dürften es schätzungsweise knapp 11½ Millionen Bewegungen in registrierte und aus registrierter Arbeitslosigkeit gegeben haben, nochmals deutlich mehr als im Vorjahr (Schaubild 18). Von den Arbeitsämtern wurden vor allem mehr Zugänge in Arbeitslosigkeit erfaßt. Aber trotz der anhaltenden Wirtschaftskrise könnten sogar die Abgänge aus registrierter Arbeitslosigkeit gegenüber den Vorjahren nochmals leicht angestiegen sein. Hier dürfte sich die in diesem Jahr intensivierte Mißbrauchsbekämpfung durch die Bundesanstalt für Arbeit ausgewirkt haben, die nach Angaben aus dem Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung zu umfangreichen Abmeldungen vom Leistungsbezug geführt hat. In den jungen Bundesländern fanden im Gegensatz zur Entwicklung in Westdeutschland sowohl weniger Abgänge als auch weniger Zugänge statt. Gemessen am durchschnittlichen Arbeitslosenbestand haben sich, wie bereits im Vorjahr, die Bewegungen am deutschen Arbeitsmarkt verringert. Sowohl in den alten als auch in den jungen Bundesländern zeigte sich hier eine ähnliche Entwicklung.

Von den Neuzugängen in registrierte Arbeitslosigkeit dürften im gesamten Bundesgebiet zwar relativ weniger Personen unmittelbar zuvor im Inland erwerbstätig gewesen sein als noch in den beiden Vorjahren. Die Entwicklung in den jungen und in den alten Bundesländern verlief dabei aber unterschiedlich. Zum ersten Mal, seitdem im Jahre 1982 dieses Merkmal von der Bundesanstalt für Arbeit erfaßt worden ist, stieg im Westen Deutschlands der Anteil zuvor erwerbstätiger Personen gegenüber dem Vorjahr

Schaubild 18



1) Jahressummen. — 2) Eigene Schätzung. — 3) Einschließlich vorher in betrieblicher Ausbildung. — 4) Einschließlich auch der Personen, die außerhalb Deutschlands erwerbstätig waren (Übersiedler, Aussiedler, Ausländer). — 5) Einschließlich Berlin-Ost.

Quelle: BA

SR 93 0566

Arbeitslosenquoten in den Bundesländern[1])

Bundesland	Einheit[2])	1984	1985	1986	1987	1988	1989	1990	1991	1992	1992[3])	1993[3])
Schleswig-Holstein ...	I	10,7	11,1	10,9	10,3	10,0	9,6	8,7	7,3	7,2	6,6	7,6
	II	8,3	9,1	8,4	8,0	8,0	6,4	6,0	5,0	5,0	4,6	5,5
	III	14,9	16,4	16,5	16,1	15,0	11,5	10,6	9,0	8,8	8,0	9,1
Hamburg	I	11,2	12,3	13,0	13,6	12,8	11,7	10,5	8,7	7,9	7,8	8,3
Mecklenburg-Vorpommern	I	.	.	.	.	.	.	.	12,5	16,8	18,9	17,1
	II	.	.	.	.	.	.	.	11,9	14,6	16,0	14,3
	III	.	.	.	.	.	.	.	13,2	19,2	22,2	20,0
Niedersachsen	I	11,9	12,3	11,5	11,4	11,2	10,0	9,4	8,1	8,1	7,6	9,2
	II	10,4	11,1	9,6	8,5	9,2	7,6	6,8	5,8	5,9	5,2	6,4
	III	23,1	23,0	21,6	21,3	19,6	14,0	13,3	11,9	11,7	10,9	13,1
Bremen	I	13,8	15,2	15,5	15,6	15,3	14,6	13,5	10,7	10,7	10,5	11,9
Brandenburg	I	.	.	.	.	.	.	.	10,3	14,8	15,2	14,7
	II	.	.	.	.	.	.	.	8,2	13,3	13,2	11.3
	III	.	.	.	.	.	.	.	12,3	17,7	17,9	17,8
Sachsen-Anhalt	I	.	.	.	.	.	.	.	10,3	15,3	16,5	16,4
	II	.	.	.	.	.	.	.	8,4	13,3	14,3	13,2
	III	.	.	.	.	.	.	.	12,6	17,9	18,1	19,1
Nordrhein-Westfalen ..	I	10,7	11,0	10,9	11,0	11,0	10,0	9,0	7,9	8,0	7,7	9,3
	II	7,2	7,7	8,0	8,5	8,8	6,7	6,0	5,0	5,0	4,5	6,0
	III	16,3	16,7	16,7	17,1	17,4	14,4	13,6	11,7	11,7	11,5	13,0
Hessen	I	7,4	7,2	6,8	6,7	6,4	6,1	5,7	5,1	5,5	5,2	6,6
	II	6,2	6,1	6,0	5,9	6,1	4,8	4,2	3,7	4,2	4,0	5,1
	III	12,3	12,4	11,5	10,9	10,8	9,2	9,5	8,0	8,2	7,7	9,7
Thüringen	I	.	.	.	.	.	.	.	10,2	15,4	15,7	15,5
	II	.	.	.	.	.	.	.	8,2	13,4	14,4	12,6
	III	.	.	.	.	.	.	.	12,5	20,7	18,8	20,6
Sachsen	I	.	.	.	.	.	.	.	9,1	13,6	14,5	14,0
	II	.	.	.	.	.	.	.	7,9	9,4	10,7	10,6
	III	.	.	.	.	.	.	.	11,0	18,7	19,7	17,5
Rheinland-Pfalz	I	8,3	8,6	8,3	8,1	7,6	6,9	6,3	5,4	5,7	5,3	7,0
	II	8,2	8,2	8,3	7,7	7,5	5,4	5,0	4,3	4,4	3,9	5,4
	III	12,7	13,8	13,2	12,8	11,5	9,6	8,1	8,0	8,9	7,6	11,4
Saarland	I	12,7	13,4	13,3	12,7	11,9	11,0	9,7	8,6	9,0	8,7	10,8
	II	14,1	14,8	14,2	13,9	13,6	9,8	8,5	7,2	7,5	7,3	9,1
	III	15,9	16,2	16,2	16,1	15,5	12,2	10,6	9,6	10,0	9,7	11,9
Baden-Württemberg ..	I	5,6	5,4	5,1	5,1	5,0	4,5	4,1	3,7	4,4	4,0	5,9
	II	4,0	3,5	3,4	3,6	3,8	3,3	2,9	2,7	3,4	2,9	4,4
	III	7,7	7,9	8,1	7,9	8,2	7,7	7,3	6,4	6,3	6,1	8,1
Bayern	I	7,8	7,7	7,0	6,6	6,3	5,7	5,1	4,4	4,9	4,3	5,7
	II	6,2	6,2	6,0	5,3	5,0	3,4	2,8	2,4	2,8	2,2	3,4
	III	15,1	15,0	13,6	13,2	12,7	8,7	8,3	7,3	7,9	6,9	8,6
Berlin-Ost	I	.	.	.	.	.	.	.	12,2	14,3	16,2	13,0
Berlin-West	I	10,2	10,0	10,5	10,5	10,8	9,8	9,4	9,4	11,1	11,0	12,1
Deutschland	I	.	.	.	.	.	.	.	7,3	8,5	8,2	9,3
Mittlere relative Abweichung[4])		.	.	.	.	.	.	.	0,34	0,41	0,46	0,35
Früheres Bundesgebiet[5])	I	9,1	9,3	9,0	8,9	8,7	7,9	7,2	6,3	6,6	6,2	7,8
Mittlere relative Abweichung[4])		0,25	0,28	0,29	0,30	0,30	0,30	0,31	0,31	0,27	0,30	0,25
Neue Bundesländer[6]) ..	I	.	.	.	.	.	.	.	10,3	14,8	15,8	15,1
Mittlere relative Abweichung[4])		.	.	.	.	.	.	.	0,13	0,12	0,11	0,13

[1]) Anteil der Arbeitslosen an den Arbeitnehmern in vH. Bis 1988 berechnet für Arbeitsamtsbezirke aufgrund geschätzter Arbeitnehmeranteile an der Wohnbevölkerung; für das frühere Bundesgebiet und die Bundesländer mit den abhängigen Erwerbspersonen (ohne Soldaten) nach Mikrozensusergebnissen. Ab 1989 berechnet mit den abhängigen zivilen Erwerbspersonen (sozialversicherungspflichtig und geringfügig Beschäftigte, Beamte, Arbeitslose).

[2]) I: Durchschnittliche Arbeitslosenquote im Bundesland.
II: Kleinste Arbeitslosenquote eines Arbeitsamtsbezirkes in der jeweiligen Region.
III: Größte Arbeitslosenquote eines Arbeitsamtsbezirkes in der jeweiligen Region.

[3]) Monat Mai.

[4]) Arithmetisches Mittel der Abweichung der Arbeitslosenquoten in den Arbeitsamtsbezirken vom Gesamtdurchschnitt aller Arbeitsamtsbezirke in Relation zum Gesamtdurchschnitt aller Arbeitsamtsbezirke im jeweiligen Zeitraum.

[5]) Einschließlich Berlin-West.

[6]) Einschließlich Berlin-Ost.

Quelle für Grundzahlen: BA

deutlich an. Hierin schlug sich der in dieser Rezession in Gang gekommene Beschäftigungsabbau nieder. Dabei haben sich nach Angaben der Bundesanstalt für Arbeit auch in unerwartet starkem Ausmaß Personen neu arbeitslos gemeldet, die zuvor eher überdurchschnittlich gut verdient hatten. In den jungen Bundesländern, deren neu registrierte Arbeitslose in den Vorjahren nahezu ausschließlich aus der Erwerbstätigkeit gekommen waren, dürfte in diesem Jahr immerhin jeder Fünfte unmittelbar vor seiner Meldung beim Arbeitsamt nicht in Deutschland erwerbstätig gewesen sein. Auch dies ist ein Indiz für das verlangsamte Tempo beim dortigen Beschäftigungsabbau.

108. Inwieweit zuvor registrierte Arbeitslose eine Erwerbstätigkeit aufnehmen konnten oder inwieweit sie in den Ruhestand übergewechselt sind, eine Bildungsmaßnahme der Arbeitsämter begonnen haben oder sich zumindest vorübergehend vom Arbeitsmarkt zurückgezogen haben, entzieht sich einer aktuellen statistischen Erfassung. In der jährlichen Bewegungsanalyse, aus der allerdings erst Ergebnisse für Juni 1992 vorliegen, kommt die Bundesanstalt für Arbeit zu dem Ergebnis, daß in Westdeutschland lediglich 40 vH aller Personen im unmittelbaren Anschluß an registrierte Arbeitslosigkeit eine Beschäftigung aufnehmen konnten. Mitte der achtziger Jahre hatte diese Wiederbeschäftigungsquote noch bis zu 74 vH betragen. Seither ist sie kontinuierlich abgesunken. In den Zeiten günstiger Wirtschaftsentwicklung bis Anfang der neunziger Jahre wurden als Begründung hierfür von der Bundesanstalt für Arbeit vor allem Sonderfaktoren angegeben, wie etwa die gestiegene Anzahl von Aussiedlern, die nach relativ kurzen Perioden der Arbeitslosigkeit Deutsch-Sprachlehrgänge beginnen, oder auch eine gestiegene Anzahl von Arbeitslosen, die eine Teilnahme an Maßnahmen der beruflichen Fortbildung aufnahmen. Zudem war es einer Analyse des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung zufolge trotz des konjunkturellen Aufschwungs in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre insgesamt schwieriger geworden, vakante Arbeitsplätze und arbeitslose Arbeitskräfte zueinander zu bringen, weil das anhaltende Ungleichgewicht auf dem Arbeitsmarkt bereits zu einer Selektion der Arbeitskräfte geführt hatte. Die Anforderungsprofile der Arbeitskräftenachfrage und das Qualifikationsprofil des bei der Arbeitsverwaltung registrierten Arbeitskräfteangebots stimmten immer weniger überein, ein Befund, zu dem sich der Sachverständigenrat wiederholt geäußert hat (zuletzt ausführlich in JG 90 Ziffern 177 ff.). Bereits im Jahre 1992 kam die beginnende konjunkturelle Abschwächung hinzu. Dadurch haben sich die Beschäftigungschancen für Arbeitslose gemindert, was zu weniger Arbeitsaufnahmen und zu einem verstärkten Rückzug aus dem Arbeitsmarkt, beispielsweise in den vorzeitigen Ruhestand (gemäß § 105c AFG), geführt haben dürfte. Zeitgleich wurde die aktive Arbeitsmarktpolitik eingeschränkt, so daß weniger Arbeitslose in Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen oder in durch Einarbeitungszuschüsse geförderte Beschäftigungsverhältnisse vermittelt worden sind.

In diesem Jahr scheinen nochmals weniger Personen ihre Arbeitslosigkeit durch Aufnahme einer Erwerbstätigkeit beendet zu haben. Ein Indiz hierfür ist, daß vor dem Hintergrund einer insgesamt noch leicht angestiegenen Anzahl von Abgängen aus registrierter Arbeitslosigkeit die Arbeitsämter in diesem Jahr bislang zwar weit mehr als eine Million registrierte Arbeitslose in ein neues Arbeitsverhältnis vermitteln konnten. Vor allem in Westdeutschland war der Rückgang gegenüber dem Vorjahr aber beachtlich.

109. Die durchschnittliche Zeit, die Personen ununterbrochen in registrierter Arbeitslosigkeit verbracht haben, bevor sie in diesem Jahr ihre Arbeitslosigkeit beenden konnten, dürfte sich weiter leicht verlängert haben. Überschlägig berechnet hat sie um 2½ auf knapp 31½ Wochen zugenommen, in Westdeutschland stärker als in den jungen Bundesländern. Dies deutet darauf hin, daß trotz der gegenwärtigen Wirtschaftskrise noch relativ viele Langzeitarbeitslose ihre Arbeitslosigkeit beenden konnten.

Im September letzten Jahres lag der Anteil der seit einem Jahr und länger als arbeitslos registrierten Personen in Westdeutschland um 1,7 Prozentpunkte unter seinem Vorjahreswert, die Anzahl der seit zwei und mehr Jahren ununterbrochen als arbeitslos registrierten Personen hat gegenüber seinem Vorjahresstand sogar um 3,7 vH abgenommen. Seither hat sich die Anzahl der über ein Jahr Arbeitslosen in den am computerunterstützten Vermittlungsverfahren beteiligten westdeutschen Arbeitsämtern, die inzwischen etwa 98 vH aller hier registrierten Arbeitslosen erfassen, zwar um 108 000 Personen erhöht. Ihr Anteil an allen in diesen Arbeitsämtern registrierten Arbeitslosen ist aber dennoch um 1½ Prozentpunkte auf gut 25 vH gesunken. Hierbei muß allerdings beachtet werden, daß die Langzeitarbeitslosigkeit erst mit einer Zeitverzögerung auf die verschlechterte Arbeitsmarktlage reagieren kann. Vor allem wenn der Arbeitslosenstand sich in erster Linie durch vermehrte Zugänge in Arbeitslosigkeit erhöht, geht der Anteil der Langzeitarbeitslosen zunächst noch zurück.

Auch in den jungen Bundesländern war der Anteil Langzeitarbeitsloser bis Ende September 1992 nur leicht angestiegen, er lag zu diesem Zeitpunkt mit mehr als 24 vH immer noch knapp unter dem westdeutschen Wert. Seither dürfte die Langzeitarbeitslosigkeit hier aber weiter angestiegen sein. Dafür dürfte in erster Linie der verringerte Einsatz der Arbeitsmarktpolitik ursächlich sein, da wegen finanzieller Engpässe bei der Bundesanstalt für Arbeit deutlich weniger Personen neu gefördert werden konnten. Dennoch hat der alles in allem immer noch intensive Einsatz arbeitsmarktpolitischer Instrumente, der nach der deutschen Vereinigung einer Vielzahl ostdeutscher Arbeitskräfte zugute gekommen ist, verhindern können, daß eine weit umfangreichere Langzeitarbeitslosigkeit bei insgesamt wenig Bewegungen am Arbeitsmarkt in den jungen Bundesländern entstanden ist.

110. Der deutsche Ausbildungsstellenmarkt war auch im abgelaufenen Ausbildungsjahr (Oktober 1992 bis September 1993) von starken regionalen Gegensätzen geprägt. Während es im alten Bundesgebiet trotz der Rezession insgesamt noch ein Überangebot an Ausbildungsstellen gab, reichte auch die Zunahme betrieblicher Ausbildungsstellen in den

jungen Bundesländern immer noch nicht aus, allen ostdeutschen Bewerbern eine Stelle anzubieten.

In Westdeutschland wurden erstmals seit 1983/84 weniger Ausbildungsstellen als im Vorjahr gemeldet (–7,6 vH), gleichzeitig ist zum ersten Mal seit 1984/85 die Anzahl der Bewerber wieder angestiegen (5,1 vH). Das Ausbildungsstellenangebot hat dabei außer bei den Verkehrsberufen in allen Berufsbereichen abgenommen, wobei die prozentual größte Abnahme auf die Fertigungsberufe und die technischen Berufe entfiel. Dennoch bestand in den alten Bundesländern mit der Ausnahme von Berlin-West noch ein Angebotsüberschuß an Ausbildungsstellen. Die Situation für westberliner Stellenbewerber wurde zusätzlich dadurch erschwert, daß sie sich einer starken Konkurrenz aus Berlin-Ost, aber auch aus Brandenburg, gegenüber sahen. Ende September waren zwar gut ein Viertel mehr Bewerber als vor Jahresfrist noch nicht vermittelt, dies betraf aber insgesamt nur 14 800 junge Menschen, bei sogar noch 83 700 offen gebliebenen Ausbildungsstellen.

Auch in den jungen Bundesländern ist die Anzahl der Bewerber für Ausbildungsstellen gegenüber dem Vorjahr angestiegen, und zwar um 5,2 vH auf 145 600 Personen. Diesen war von Betrieben und Verwaltungen zwar auch eine leicht gestiegene Anzahl gemeldeter betrieblicher Berufsausbildungsstellen angeboten worden, dennoch ist das Defizit an betrieblichen Ausbildungsstellen insgesamt etwas größer geworden. Anfang Oktober war trotzdem, genau wie vor Jahresfrist, nur eine verschwindend geringe Anzahl Berufsausbildungswilliger noch nicht vermittelt worden. Dies lag zum einen daran, daß Schätzungen der Bundesanstalt für Arbeit zufolge 10 vH bis 15 vH der Bewerber in den alten Bundesländern einen Ausbildungsvertrag abschließen konnten. Zum anderen ist noch in der letzten Septemberwoche aufgrund einer Gemeinschaftsinitiative des Bundes und der Länder zur Förderung außerbetrieblicher Ausbildungsplätze die Möglichkeit geschaffen worden, bis zu 10 000 außerbetriebliche Ausbildungsplätze für zuvor noch nicht vermittelte Bewerber zu finanzieren. Hiermit wurde in diesem Jahr nochmals eine Anschlußregelung für den zu Jahresbeginn ausgelaufenen § 40c AFG-DDR geschaffen, eine Bestimmung, mit deren Hilfe in den vergangenen beiden Jahren ein Großteil der Vermittlungen in überbetriebliche Einrichtungen durchgeführt worden war.

Intensive Arbeitsmarktpolitik trotz Sparbemühungen

111. Die Arbeitsmarktpolitik versuchte angesichts der schwierigen Wirtschaftslage auch weiterhin, die Ausgleichsprozesse auf dem Arbeitsmarkt zu fördern und einen Anstieg der registrierten Arbeitslosigkeit in Grenzen zu halten. Gleichzeitig mußte sie dem durch die 10. Novelle des Arbeitsförderungsgesetzes enger gezogenen Rahmen Rechnung tragen (Tabelle 29). Dies betraf vor allem Instrumente der aktiven Arbeitsmarktpolitik. Trotz der finanziellen Engpässe dürfte der deutsche Arbeitsmarkt im vierten Quartal 1993 um nahezu 1,6 Millionen Personen entlastet worden sein, das sind freilich 22 vH weniger als im Vorjahreszeitraum.

Einsparungen im Haushalt der Bundesanstalt für Arbeit sollten sicherstellen, daß in diesem Jahr kein Bundeszuschuß benötigt würde. Dennoch erreichte der nach der Regelung des neuen § 216 Abs. 3 AFG durch die Bundesregierung gegen den Widerstand des Vorstandes und des Verwaltungsrates der Bundesanstalt für Arbeit am Jahresanfang in Kraft gesetzte Haushalt mit über 87 Mrd DM ein Rekordniveau. Darüber hinaus wollte der Bund 17,3 Mrd DM für die Arbeitsmarktpolitik ausgeben. Da sich aber schon nach wenigen Wochen die zugrundegelegten Annahmen als viel zu optimistisch erwiesen hatten, steigerten sich die tatsächlichen arbeitsmarktpolitischen Ausgaben dieses Jahres einschließlich der Ansätze in den Nachtragshaushalten und in der Solidarpaktvereinbarung auf mindestens 126,4 Mrd DM, 22 vH mehr als im Vorjahr.

Auf der Ausgabenseite konnte vor allem deshalb den Planungen nicht entsprochen werden, weil anders als im Haushaltsansatz unterstellt, weder die Anzahl der Bezieher von Arbeitslosengeld leicht noch der Bezieher von Kurzarbeitergeld erheblich zurückgegangen ist. Auf der Einnahmenseite stellten sich die Annahmen über den Beschäftigungsverlauf und die Steigerung der beitragspflichtigen Verdienste für die alten Bundesländer als deutlich überhöht heraus. Auch für die jungen Bundesländer mußte im Nachtragshaushalt der Bundesanstalt die Kalkulation für die Bruttolohn- und -gehaltssumme je beschäftigten Arbeitnehmer gegenüber den Ansätzen im Haushaltsplan geringfügig zurückgeführt werden.

Zudem zeichnete sich bereits früh im Jahr ab, daß die mit der Gesetzesnovelle beabsichtigten Einsparungen bei den Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen nicht im erhofften Umfang realisiert werden konnten — im Gegenteil: Die insgesamt für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen angesetzten 9,9 Mrd DM waren bereits durch die Ende Februar bewilligten Stellen gebunden. Deshalb mußte die Bundesanstalt für Arbeit einen Bewilligungsstopp für neue Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen erlassen. Die Gründe für die unerwartet starke Inanspruchnahme lagen Angaben des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung zufolge zum einen darin, daß hauptsächlich in den jungen Bundesländern weit mehr neue ABM-Stellen bewilligt worden waren, als in der Haushaltsplanung vorgesehen. Zum anderen sind offensichtlich noch viele ABM-Stellen im Dezember des vergangenen Jahres zu den alten Förderkonditionen eingerichtet worden. Hier hatte die Hoffnung der Bundesregierung getrogen, daß von den Möglichkeiten der 10. AFG-Novelle Gebrauch gemacht und mit den abgesenkten Fördersätzen des Jahres 1993 bei insgesamt geringeren Zuschüssen mehr Personen in ABM-Maßnahmen beschäftigt würden. Angesichts heftiger öffentlicher Kritik am ABM-Bewilligungsstopp stellte der Bund zusätzlich 2 Mrd DM bereit, um so im weiteren Verlauf des Jahres doch noch bis zu 245 000 Neubewilligungen zu ermöglichen. Die Vergabe dieser ABM-Sondermittel wurde dabei der Verantwortung des Bundesarbeitsministers mit der Begründung unterstellt, es solle verhindert werden, daß hierdurch Lücken zwischen vorhandenen Haushaltsmitteln und

Tabelle 29

Wichtige Neuregelungen durch das Gesetz zur Änderung von Fördervoraussetzungen im Arbeitsförderungsgesetz und in anderen Gesetzen vom 18. Dezember 1992 (10. AFG-Novelle)

Im Bereich der **Qualifizierung:**
- Verschärfung der Qualitätsprüfung von Maßnahmen der beruflichen Fortbildung und Umschulung durch die Bundesanstalt für Arbeit, unter anderem durch eine neu eingeführte generelle Prüfung der arbeitsmarktpolitischen Zweckmäßigkeit (§ 34 AFG) und eine Beratungspflicht der Personen vor Beginn der Teilnahme an Maßnahmen zur beruflichen Fortbildung und Umschulung (§ 36 AFG).
- Die von den Bildungsträgern durchgeführten Maßnahmen zur Verbesserung der Vermittlungsaussichten (§ 41a AFG) werden ersetzt durch Maßnahmen der Arbeitsberatung bis zu einer Dauer von zwei Wochen (§ 53 Abs. 1 Satz 1 Nummer 6b AFG), die von den Arbeitsämtern durchgeführt werden.
- Möglichkeiten einer Zweitförderung werden durch zusätzliche zeitliche Auflagen („Pflichtwartezeiten") eingeschränkt (§ 42 Abs. 2 AFG).
- Die Förderungshöhe beim Einarbeitungszuschuß wird von 50 vH auf 30 vH des tariflichen oder des ortsüblichen Arbeitsentgelts festgelegt und die Förderungsdauer von einem auf ein halbes Jahr gesenkt. Eingeführt wird die Möglichkeit einer Rückzahlungspflicht für den Einarbeitungszuschuß (§ 49 Abs. 4 AFG).

Leistungen für **Aussiedler:**
- Das bisherige Eingliederungsgeld für Aussiedler wird in eine die Bedürftigkeit voraussetzende Eingliederungshilfe umgewandelt und aus Mitteln des Bundes finanziert (§ 62a AFG). Die Höhe der Eingliederungshilfe bemißt sich nach einem Arbeitsentgelt in Höhe von 60 vH der Bezugsgröße (§ 18 SGB IV) und beträgt 58 vH/56 vH hiervon. Die Dauer des Anspruchs beträgt 156 Tage und verlängert sich bei Teilnahme an einem Deutsch-Sprachkurs um weitere 6 Monate.
- Die Höchstförderdauer für Deutsch-Sprachkurse wird von 10 auf 6 Monate verkürzt (§ 62a Abs. 3 AFG).

Im Bereich der **Beschäftigungsförderung:**
- Verlängerung der Anwendung des für die jungen Bundesländer geltenden Übergangszeitraums bei ABM-Regelungen bis Ende 1995 bei gleichzeitiger Beschränkung der Förderung auf eine um 20 vH verminderte Arbeitszeit in den Fällen, in denen ein Lohnkostenzuschuß in Höhe von 90 vH oder 100 vH gewährt wird (§ 249c und § 249d AFG). Als Referenzgröße wird in dieser Zeit auch weiterhin nicht der Bundesdurchschnitt der Arbeitslosenquote sondern der Durchschnitt der Arbeitslosenquote der jungen Bundesländer herangezogen.
- Befristet bis Ende 1997 wird die sogenannte „Produktive Arbeitsförderung Ost" als zusätzliches arbeitsmarktpolitisches Instrument für die jungen Bundesländer neu geschaffen (§ 249h AFG). Für die von den Arbeitsämtern zugewiesenen Arbeitnehmer erhalten Arbeitgeber pauschalierte Zuschüsse zum Arbeitsentgelt in Höhe des Durchschnitts der Lohnersatzleistungen des betreffenden Kalenderjahres (Arbeitslosengeld und Arbeitslosenhilfe einschließlich Beiträge zur gesetzlichen Krankenversicherung und Rentenversicherung).

Finanzen der Bundesanstalt:
- Die Erstattungspflicht des Arbeitgebers für ältere Arbeitslosengeldempfänger wird wieder eingeführt (neu gefaßter § 128 AFG). Es tritt eine Kürzung der Anspruchsdauer für Arbeitslosengeld der betroffenen Arbeitnehmer in Kraft.
- Zum Ausgleich der Aufwendungen, die der Bundesanstalt für Arbeit im Jahre 1993 für die Zahlung von Altersübergangsgeld an über sechzigjährige Leistungsempfänger entstehen, zahlen die Rentenversicherungsträger einen pauschalen Ausgleich in Höhe von 1,6 Mrd DM.

Leistungsrecht:
- Die Bestimmungen für Zeiten, in denen Leistungsansprüche von Arbeitslosen nach Beendigung eines Beschäftigungsverhältnisses ruhen, weil der Arbeitslose eine Abfindung, Entschädigung oder ähnliche Leistung erhalten oder zu beanspruchen hat, werden weiter als zuvor gefaßt (neuer § 117a AFG).
- Leistungsansprüche von Arbeitslosen ruhen nicht mehr nur bei Meldeversäumnissen, sondern auch bei Mißachtung einer Aufforderung des Arbeitsamtes, sich an einer Arbeitsbeschaffungsmaßnahme oder einer Maßnahme der Arbeitsberatung zu beteiligen (§ 120 AFG).

Haushaltsrecht der Bundesanstalt für Arbeit:
- Ab dem Jahre 1993 kann der Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung den Haushaltsplan der Bundesanstalt für Arbeit in Kraft setzen, wenn seine Maßgaben bei der Genehmigung des vom Vorstand der Bundesanstalt aufgestellten und vom Verwaltungsrat der Bundesanstalt festgestellten Haushalts nicht berücksichtigt worden sind und der Finanzbedarf der Bundesanstalt aus Einnahmen und Rücklagen nicht gedeckt werden kann (neu eingeführter § 216 Abs. 3 AFG).

bereits zuvor zugesagten Leistungen gedeckt würden. So verblieb wegen der Vorbindung von ABM-Mitteln aus dem Jahre 1992 auch im Nachtragshaushalt der Bundesanstalt für Arbeit noch ein beträchtliches Finanzierungsrisiko.

112. Die rechtlichen und finanziellen Einschränkungen der 10. AFG-Novelle wirkten sich deutlich auf die Entwicklung der Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen aus (Tabelle 30). Bis zur vollständigen Bindung aller für das gesamte Jahr vorgesehenen Mittel setzte sich zwar die Vermittlung in ABM-Stellen noch auf verhältnismäßig hohem Niveau fort, ab März wurden dann aber erheblich weniger Stellen als im Vorjahr neu bewilligt. Die neu aufgelegten ABM-Programme haben erst in der zweiten Jahreshälfte zu greifen begonnen. Sie konnten deshalb übers Jahr gerechnet nicht den Abgang regulärer ABM-Stellen kompensieren. Im Jahresverlauf sind in ganz Deutschland über 40 vH aller ABM-Stellen weggefallen.

Die Schwerpunkte der Arbeitsbeschaffung waren auch in diesem Jahr in beiden Teilen Deutschlands noch sehr unterschiedlich. Bis Ende Juli wurden in den alten Bundesländern die meisten Vermittlungen in ABM-Stellen im Bereich der sozialen Dienste

Offene und verdeckte Arbeitslosigkeit in Deutschland

Tabelle 30

Zeitraum [1]	Offene und verdeckte Arbeitslosigkeit [2]	Registrierte Arbeitslose [3]	Verdeckte Arbeitslosigkeit [4]	Kurzarbeiter			Teilnehmer in Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen [3] [7]	Leistungsempfänger nach § 105 AFG [8]	Teilnehmer an FuU-Maßnahmen [9]		Teilnehmer an Deutsch-Sprachlehrgängen [3]	Empfänger von	
				insgesamt	Arbeitsausfall [5]	Arbeitslosenäquivalent [6]			insgesamt [3]	darunter Vollzeit [10]		Vorruhestandsgeld [3] [11]	Altersübergangsgeld [12]
	Tausend				vH	Tausend							
	(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)	(7)	(8)	(9)	(10)	(11)	(12)	(13)
	Deutschland												
1991 1. Vj.	4 810	2 589	2 221	2 047	53	1 085	119	103	493	257	91	454	112
2. Vj.	4 867	2 474	2 393	2 102	54	1 138	185	100	598	320	80	436	134
3. Vj.	5 034	2 679	2 355	1 600	54	863	320	104	664	379	69	415	205
4. Vj.	5 138	2 666	2 472	1 296	53	689	441	108	764	477	62	390	305
1992 1. Vj.	5 513	3 082	2 430	754	49	367	476	125	837	578	57	370	457
2. Vj.	5 350	2 903	2 447	681	47	317	485	126	891	644	50	346	479
3. Vj.	5 315	2 958	2 357	456	44	201	465	134	852	635	47	321	554
4. Vj.	5 404	2 970	2 434	722	36	257	439	150	866	668	50	297	573
1993 1. Vj.	5 955	3 388	2 567	1 219	33	408	386	177	815	611	60	272	653
2. Vj.	5 732	3 292	2 440	1 175	31	370	328	193	794	594	61	245	649
3. Vj.	5 536	3 446	2 090	651	33	212	263	204	685	500	52	218	641
4. Vj.	5 759	3 615	2 144	1 110	31	349	251	216	640	465	45	191	627
1991	4 963	2 602	2 361	1 761	54	944	266	104	630	358	76	424	189
1992	5 396	2 978	2 418	653	44	286	466	134	862	631	51	334	516
1993	5 748	3 435	2 313	1 039	32	335	307	198	734	543	55	232	643
	Früheres Bundesgebiet												
1991 1. Vj.	2 404	1 833	571	121	36	44	78	103	366	190	91	65	.
2. Vj.	2 195	1 639	556	140	27	38	84	99	375	194	80	61	.
3. Vj.	2 176	1 656	520	136	26	36	86	100	348	173	69	56	.
4. Vj.	2 185	1 629	556	183	30	55	84	103	369	200	62	52	.
1992 1. Vj.	2 417	1 829	588	243	33	81	80	117	379	207	57	46	.
2. Vj.	2 305	1 731	574	241	31	75	81	118	384	209	50	41	.
3. Vj.	2 325	1 800	525	164	32	52	79	125	353	186	47	36	.
4. Vj.	2 529	1 873	656	485	30	145	73	138	373	219	50	31	.
1993 1. Vj.	3 058	2 223	835	987	30	301	63	162	383	221	60	26	2
2. Vj.	2 973	2 180	793	959	29	274	52	178	367	205	61	21	2
3. Vj.	2 904	2 289	615	504	29	147	43	187	322	169	52	15	2
4. Vj.	3 148	2 410	738	900	29	259	41	195	330	185	45	11	2
1991	2 240	1 689	551	145	30	43	83	101	365	189	76	59	.
1992	2 394	1 808	586	283	31	88	78	125	372	205	51	39	.
1993	3 022	2 276	746	838	29	245	50	181	351	195	55	18	2
	Neue Bundesländer und Berlin-Ost												
1991 1. Vj.	2 406	756	1 650	1 926	54	1 041	41	0	127	67	.	389	112
2. Vj.	2 672	835	1 837	1 962	56	1 100	101	1	223	126	.	375	134
3. Vj.	2 858	1 023	1 835	1 464	56	827	234	4	316	206	.	359	205
4. Vj.	2 953	1 037	1 916	1 113	57	634	357	5	395	277	.	338	305
1992 1. Vj.	3 096	1 254	1 842	511	56	286	396	8	458	371	.	324	457
2. Vj.	3 045	1 172	1 873	440	55	242	404	8	507	435	.	305	479
3. Vj.	2 990	1 158	1 832	292	51	149	386	9	499	449	.	285	554
4. Vj.	2 875	1 097	1 778	237	47	112	366	12	493	449	.	266	573
1993 1. Vj.	2 897	1 165	1 732	232	46	107	323	15	432	390	.	246	651
2. Vj.	2 759	1 112	1 647	216	44	96	276	15	427	389	.	224	647
3. Vj.	2 632	1 157	1 475	147	44	65	220	17	363	331	.	203	639
4. Vj.	2 611	1 205	1 406	210	43	90	210	21	310	280	.	180	625
1991	2 723	913	1 810	1 616	56	901	183	3	265	169	.	365	189
1992	3 001	1 170	1 831	370	53	197	388	9	489	426	.	295	516
1993	2 726	1 160	1 566	201	45	90	257	17	383	348	.	213	641

[1] 4. Vierteljahr 1993 und Jahr 1993 eigene Schätzung. — [2] Summe der Spalten 2 und 3; Abweichungen durch Runden der Zahlen. — [3] Vierteljahresdurchschnitt aus Monatsendständen (Quartalsenden jeweils zur Hälfte angerechnet). — [4] Summe der Spalten 6 bis 8 und 10 bis 13; Erläuterungen siehe Ziffer 116 Seite 116f. — [5] Eigene Berechnung. — [6] Anzahl der Kurzarbeiter multipliziert mit ihrem durchschnittlichen Arbeitsausfall. — [7] Für die neuen Bundesländer und Berlin-Ost sind neben den allgemeinen Maßnahmen auch die Maßnahmen für Ältere und die nach § 249h AFG enthalten. — [8] Personen, die gemäß § 105a AFG (Nahtlosigkeitsleistungen), § 105b AFG (Leistungsfortzahlung im Krankheitsfall) und § 105c AFG (58-jährige und ältere Personen, die der Arbeitsvermittlung nicht zur Verfügung stehen müssen) Leistungen empfangen, aber nicht als registrierte Arbeitslose gezählt werden. — [9] Berufliche Fortbildung, Umschulung und Einarbeitung nach dem Wohnortprinzip. — [10] Empfänger von Unterhaltsgeld/Eingliederungsgeld; neue Bundesländer und Berlin-Ost: Eigene Schätzung. — [11] Vierteljahre für früheres Bundesgebiet eigene Schätzung. — [12] 1. Vierteljahr 1991 eigene Schätzung.

Quelle für Grundzahlen: BA

durchgeführt, gefolgt von den Vermittlungen im Bereich Landwirtschaft, Garten- und Landschaftsgartenbau. In den jungen Bundesländern orientierte sich die Förderung vorrangig an den geplanten Einsatzfeldern von ABM-Beschäftigten. Die Unterstützung der Arbeitsverwaltung für die Sanierung von Umweltschäden wird dadurch deutlich, daß etwa die Hälfte aller Vermittlungen von ABM-Stellen in den Bereichen Landwirtschaft, Garten- und Landschaftsgartenbau in der Bau-, Industrie- und Freizeitgeländeerschließung und im Hochbau erfolgt sind. Die sozialen Dienste kamen in den jungen Bundesländern nur auf einen geringen Anteil.

113. Explizit aufgegriffen wird der vieldiskutierte Ansatz, durch Mittel der Arbeitsmarktpolitik gleichzeitig struktur- und regionalpolitische Ziele zu verfolgen, mit der zu Jahresbeginn neu geschaffenen Regelung zur „Produktiven Arbeitsförderung Ost" nach § 249h AFG. Zunächst auf fünf Jahre bis zum 31. Dezember 1997 befristet, kann dabei die Bundesanstalt für Arbeit Haushaltsmittel, die anderenfalls für Arbeitslosengeld oder Arbeitslosenhilfe ausgegeben werden müßten, in den jungen Bundesländern für produktive Beschäftigung zur Verfügung stellen. Da dort noch ein erheblicher Bedarf an Sanierung, Rekultivierung, Aufbau und Verbesserung der Umweltsituation bestehe, wurde die Zuschußmöglichkeit auf Beschäftigungen in den Bereichen Umwelt sowie darüber hinaus auf soziale Dienste und Jugendhilfe begrenzt. Für den durch diese Regelung zu begünstigenden Personenkreis gelten ähnliche Vorschriften wie für allgemeine Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen auch. Auf das Jahr gerechnet sind bis zu 15 600 DM je zugewiesenen Arbeitnehmer als Lohnkostenzuschuß möglich; die Finanzierung teilen sich die Bundesanstalt für Arbeit und der Bund.

Bundesregierung und Bundesanstalt für Arbeit erwarteten zum Jahresende bis zu 70 000 nach § 249h AFG geförderte Arbeitnehmer (Tabelle 31). Da die jährlichen Personal- und Sachkosten eines geförderten Arbeitsplatzes im Umweltbereich auf 50 000 DM und mehr, in den Bereichen soziale Dienste und in der Jugendhilfe auf jährlich 35 000 DM geschätzt werden, sind zur Durchführung dieser Maßnahmen teilweise erhebliche Finanzierungsbeiträge anderer Stellen notwendig. Hierzu wurden vor allem im Umweltbereich seit Herbst letzten Jahres Vereinbarungen abgeschlossen, die hauptsächlich mit Finanzhilfen der Treuhandanstalt eine Förderung von insgesamt knapp 50 000 Arbeitnehmern erreichen wollten. Die ersten dieser Sonder-Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen sind im April dieses Jahres angelaufen; bis zum Jahresende dürfte diese neue Regelung etwa 60 000 Arbeitnehmern zugute kommen. Dadurch wurde dem Rückgang der in allgemeinen Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen geförderten Arbeitnehmer teilweise entgegengewirkt.

114. Noch restriktiver wirkten sich die rechtlichen und finanziellen Einschränkungen der 10. AFG-Novelle auf Maßnahmen zur Aus- und Weiterbildung aus. So konnten bis einschließlich Oktober nur noch zwei Drittel weniger Arbeitskräfte aus den jungen Bundesländern und gut ein Drittel weniger in den alten Bundesländern eine Maßnahme zur beruflichen Fortbildung, Umschulung und Einarbeitung beginnen. Mit zeitlicher Verzögerung ging deshalb vor allem ab dem Frühsommer die Teilnehmerzahl in Vollzeitmaßnahmen der beruflichen Bildung zurück. Etwas mehr Personen als im Vorjahr haben einen vorwiegend in Westdeutschland angebotenen Deutsch-Sprachlehrgang neu aufgenommen. Da aber durch die 10. AFG-Novelle der maximal zu fördernde

Tabelle 31

Wichtige Regelungen und Finanzierungsvereinbarungen zur „Produktiven Arbeitsförderung Ost" nach § 249h AFG

Wichtige Regelungen des § 249h AFG

Förderungsfähiger Personenkreis:

— *Bezieher von Arbeitslosengeld oder von Arbeitslosenhilfe,* die vor Beginn des geförderten Arbeitsverhältnisses mindestens drei Monate lang gemäß § 105 AFG arbeitslos gemeldet waren.
— *Empfänger von Kurzarbeitergeld für strukturell bedingte Arbeitsausfälle* (§ 63 Abs. 4 AFG), wenn für sie in den letzten 13 Wochen vor Beginn des geförderten Arbeitsverhältnisses mindestens 90 vH der Arbeitszeit ausgefallen ist.
— *Teilnehmer an einer allgemeinen Maßnahme zur Arbeitsbeschaffung* (§§ 91 bis 96 AFG).

Förderungsfähige Arbeiten:

Förderungsfähig sind nur solche Arbeiten, deren Durchführung wegen der Notwendigkeit einer Verbesserung der Lebensqualität der Bevölkerung nicht länger aufgeschoben werden darf, aber ohne finanzielle Hilfe der Arbeitsförderung derzeit nicht durchgeführt werden können. Sie können sich erstrecken auf:

— Arbeiten im Bereich *Umweltsanierung und Umweltverbesserung,* wie zum Beispiel Arbeiten zur Dekontaminierung von Böden und Grundwasser, zur Reinhaltung der Luft und von Gewässern, zur Rekultivierung stillgelegter Industrieflächen, zur Abfallbekämpfung und Abfallbeseitigung, zugunsten der Landschaftspflege, des Naturschutzes und des Wohnumfeldes einschließlich des Lärmschutzes.
— Arbeiten im Bereich der *sozialen Dienste,* zum Beispiel der Aufbau und Ausbau ambulanter und stationärer Beratungs- und Betreuungseinrichtungen.
— Arbeiten im Bereich der *Jugendhilfe.*

Förderungsfähige Träger:

— Im Bereich der Umweltsanierung und Umweltverbesserung sind *privatrechtliche Unternehmen und Einrichtungen einschließlich der Gesellschaften zur Arbeitsförderung, Berufsbildung und Strukturentwicklung sowie juristische Personen öffentlichen Rechts* als Maßnahmeträger förderungsfähig. Diese müssen grundsätzlich die zu fördernden Arbeiten an beauftragte Unternehmen vergeben. Die vorrangige Förderung von Vergabemaßnahmen gilt insbesondere bei öffentlichen Maßnahmeträgern, um sicherzustellen, daß Betriebe der Privatwirtschaft in das neue Förderinstrument einbezogen werden. Nur wenn arbeitsmarktlich erwünschte Arbeiten anderenfalls überhaupt nicht ausgeführt würden, können auch Regiearbeiten der öffentlichen Hand gefördert werden.

— Im Bereich der sozialen Dienste können nur *Kirchen und Religionsgemeinschaften des öffentlichen Rechts* sowie *Verbände der freien Wohlfahrtspflege* Maßnahmeträger sein. Nicht zugelassen sind dagegen die örtlichen und überörtlichen Träger der Sozialhilfe.
— Im Bereich der Jugendhilfe sind nur die *Träger der freien Jugendhilfe,* also die Kirchen und Religionsgemeinschaften des öffentlichen Rechts, die auf Bundesebene zusammengeschlossenen Verbände der freien Wohlfahrtspflege und die sonstigen als Träger der freien Jugendhilfe anerkannten Einrichtungen zugelassen, nicht jedoch die Träger der öffentlichen Jugendhilfe.

Förderung:
— Die Förderung wird als *Zuschuß* an die Träger der einzelnen Maßnahmen gewährt.
— Fördervoraussetzung ist eine *arbeitsrechtliche Vereinbarung* entweder zwischen den Tarifvertragsparteien oder als einzelvertragliche Vereinbarung, derzufolge Arbeitsentgelte an die zugewiesenen Arbeitnehmer gezahlt werden, die angemessen niedriger sind als die Arbeitsentgelte vergleichbarer nicht zugewiesenen Beschäftigter. Dies ist der Fall, wenn sie 90 vH der vergleichbaren Arbeitsentgelte nicht überschreiten. Ohne eine solche Vereinbarung kann der Zuschuß ebenfalls gezahlt werden, wenn die Arbeitszeit der zugewiesenen Arbeitnehmer zwar mehr als kurzzeitig ist (§ 102 AFG), aber 80 vH der regelmäßigen betriebsüblichen Arbeitszeit nicht überschreitet.
— Die Maßnahmeträger erhalten als Zuschuß für jeden einzelnen zugewiesenen Arbeitnehmer einen *pauschalierten Festbetrag,* der sich nach den durchschnittlichen monatlichen Aufwendungen an Arbeitslosengeld und Arbeitslosenhilfe einschließlich der Beiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung je Leistungsempfänger in den jungen Bundesländern des betreffenden Kalenderjahres bemißt. Im Jahre 1993 wurde der Zuschuß auf DM 1 300 monatlich oder DM 15 600 jährlich festgesetzt.
— Die individuelle *Zuweisungsdauer* des einzelnen Arbeitnehmers soll 36 Monate nicht überschreiten.
— Über die Gewährung des Lohnkostenzuschusses wird auf *Antrag des Maßnahmeträgers* entschieden. Die zu fördernden *Arbeitnehmer werden zugewiesen.* Ihre Zuweisung ist einer Vermittlung in Arbeit oder in berufliche Ausbildungsstellen, der Teilnahme an Maßnahmen zur beruflichen Bildung oder an Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen *nachrangig.*

Rechtsverhältnis der geförderten Arbeitnehmer:
— Der geförderte Arbeitnehmer geht ein *arbeitsrechtliches Verhältnis mit dem jeweiligen Arbeitgeber* ein. Wegen der Nachrangigkeit der „Produktiven Arbeitsförderung Ost" kann er jedoch durch die Arbeitsverwaltung jederzeit aus der Maßnahme abberufen werden. In diesem Fall kann das Arbeitsverhältnis ohne die Einhaltung einer Frist gekündigt werden.
— Wird der geförderte Arbeitnehmer nach Beendigung der Beschäftigung in der Maßnahme, wieder arbeitslos, so bemißt sich sein Arbeitslosengeld mindestens nach dem Arbeitsentgelt, nach dem sich das Arbeitslosengeld, die Arbeitslosenhilfe oder das Kurzarbeitergeld vor Beschäftigungsbeginn in der Maßnahme berechnet hat, es sein denn, daß zwischenzeitlich mehr als drei Jahre vergangen sind. Die Dynamisierung des Arbeitslosengeldes entsprechend der Entwicklung der Bruttolohn- und -gehaltssumme je durchschnittlich beschäftigten Arbeitnehmer findet analoge Anwendung.

Vereinbarungen zur Kofinanzierung von Maßnahmen nach § 249h AFG in den jungen Bundesländern

— Zur Verringerung des Investitionshemmnisses „Altlasten" werden Investoren von der Finanzierung für Altlastenbeseitigung freigestellt. Es wurde ein Plafond von bis zu 1 Mrd DM jährlich für die Dauer von zehn Jahren eingerichtet. Nach Vorwegabzug der Förderbeträge gemäß § 249h AFG in Höhe von 156 Mio DM tragen die Treuhandanstalt und die Länder die Kosten im Verhältnis 60 vH zu 40 vH (506,4 Mio DM/337,6 Mio DM jährlich).

Voraussichtliche Anzahl der geförderten Arbeitnehmer: 10 000

— Im Braunkohlebereich wird ein Plafond von bis zu 1,5 Mrd DM eingerichtet. Im Jahre 1993 sind davon vorweg abzusetzen: 200 Mio DM aus Privatisierungserlösen der Treuhandanstalt, 260 Mio DM für bereits bewilligte ABM-Förderung durch die Bundesanstalt für Arbeit und 230 Mio DM Fördermittel nach § 249h AFG. Die restlichen 810 Mio DM tragen die Treuhandanstalt zu 75 vH (607 Mio DM) und die Länder zu 25 vH (203 Mio DM):

Voraussichtliche Anzahl der geförderten Arbeitnehmer: 15 000

— Die Treuhandanstalt und die Industriegewerkschaft Chemie-Papier-Keramik haben eine Vereinbarung zur Schaffung eines „Qualifizierungwerks Chemie" getroffen. Im Rahmen dieser Vereinbarung gewährleisten die Treuhandanstalt und ihre Unternehmen unter anderem die finanziellen und administrativen Voraussetzungen, damit einer dem Personalabbau bis zum 30. Juni 1994 entsprechenden Anzahl von Arbeitnehmern sowie den auslaufenden Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen ausscheidenden ehemaligen Arbeitnehmern im Chemiebereich Angebote nach § 249h AFG oder zur Qualifizierung gemacht werden können. Bis zum 31. Dezember 1994 übernimmt die Treuhandanstalt die Komplementärfinanzierung dieser Maßnahmen einschließlich der angebotenen Qualifizierungsanteile.

Voraussichtliche Anzahl der geförderten Arbeitnehmer: 17 000

— In der Metall-, Stahl- und Elektroindustrie zeichnet sich nach Angaben des Präsidenten der Bundesanstalt für Arbeit vom 5. August ebenfalls eine Kofinanzierung durch die Treuhandanstalt und die Länder ab. Die Treuhandanstalt hat ihre Förderung zugesagt, wenn die Länder sich mit überwiegend 40 vH, in ausgewählten Großprojekten zu 25 vH an den Kosten beteiligen.

Zielgröße der geförderten Arbeitnehmer: 17 000

— In weiteren Fällen von Umweltsanierung und Verbesserung ist die Hauptfinanzierung noch nicht sichergestellt. Von jährlichen Kosten in Höhe von 1 Mrd DM wären 156 Mio DM Förderbeitrag nach § 249h AFG abzusetzen. Der verbleibende Betrag könnte durch Beteiligung der Treuhandanstalt, der Länder, sonstiger Begünstigter wie etwa den Kommunen, des Bundes (Strukturhilfemittel) und der EG (Europäische Strukturfonds) finanziert werden.

Zielgröße der geförderten Arbeitnehmer: 10 000

Angestrebte Gesamtanzahl der geförderten Arbeitnehmer: 69 000

Zeitraum verkürzt worden ist, ging auch hier die durchschnittliche Teilnehmerzahl im Jahresverlauf zurück.

115. Ganz im Gegensatz dazu ist in diesem Jahr der durch die Arbeitsverwaltung finanzierte vorzeitige Ruhestand noch etwas intensiver als zuvor genutzt worden. Mittlerweile werden die Regelungen zum Vorruhestand, zum Altersübergang oder zur Altersteilzeitrente von etwa 820 000 Personen nahezu ausschließlich in den jungen Bundesländern in Anspruch genommen. Das Arbeitskräfteangebot ist dabei sogar in noch größerem Ausmaß gedämpft worden, als es die Inanspruchnahme vermuten läßt, da die begünstigten Personen in der Regel bei Erreichen des sechzigsten Lebensjahres vorzeitig Altersrente beantragen müssen. Sie werden dann statistisch nicht mehr als Bezieher von Vorruhestandsleistungen erfaßt, obwohl sie vor Erreichen der gesetzlichen Altersgrenze (65 Jahre für Männer, 63 Jahre für Frauen) aus dem Erwerbsleben ausgeschieden sind.

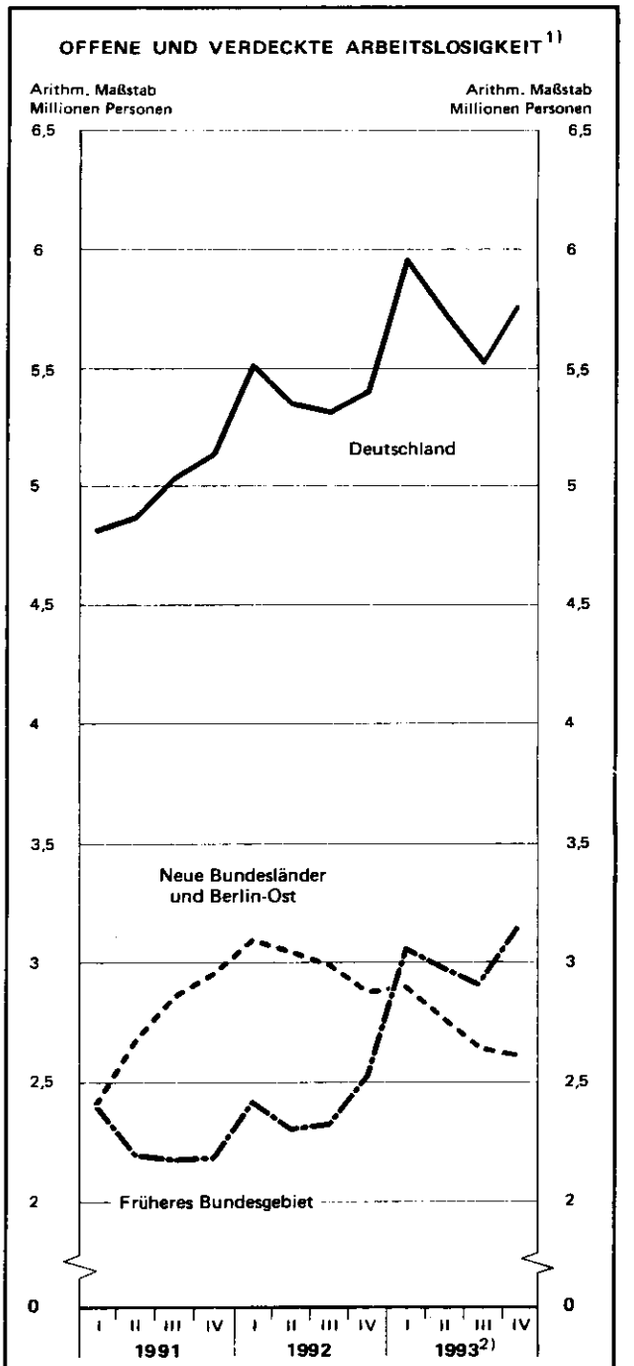
In den jungen Bundesländern wurde von den einzelnen Regelungen in größerem Umfang als erwartet Gebrauch gemacht. So hat die Anzahl der Bezieher von Vorruhestandsgeld mit etwa 7 000 Personen monatlich nur sehr langsam abgenommen. Die Anzahl der Empfänger von Altersübergangsgeld ist vor allem zum Jahresanfang noch einmal sprunghaft angestiegen. Erst ab März ging sie ebenfalls geringfügig zurück, vor allem weil Neuanträge nur für registrierte Arbeitslose möglich sind, die bis zum Jahresende 1992 nach Vollendung ihres 55. Lebensjahres aus einer die Beitragspflicht begründenden Beschäftigung von mindestens 90 Kalendertagen in den jungen Bundesländern ausgeschieden sind.

Umzüge von Ost nach West sowie vormalige Beschäftigung Westdeutscher in ostdeutschen Betrieben dürften dazu geführt haben, daß ab diesem Jahr auch einige wenige Personen in den alten Bundesländern Altersübergangsgeld erhalten haben. Darüber hinaus haben dort noch schätzungsweise 18 000 Personen Vorruhestandsgeld bezogen, obwohl diese Regelung in Westdeutschland bereits vor vier Jahren ausgelaufen ist. Auch die Nachfolgeregelung, das Gesetz zur Förderung eines gleitenden Übergangs älterer Arbeitnehmer in den Ruhestand (Altersteilzeitgesetz), ist mittlerweile ausgelaufen. Nach Angaben der Bundesanstalt für Arbeit haben unattraktive Konditionen und eine komplizierte Handhabung des Gesetzes zu mangelndem Interesse an dieser Möglichkeit des gleitenden Übergangs in den Ruhestand geführt. Zwischen 1989 und Ende 1992 sind so lediglich 600 der insgesamt 800 gestellten Anträge bewilligt worden.

Rege Diskussion um die Arbeitsförderung

116. Alles zusammengenommen belief sich die offene und verdeckte Arbeitslosigkeit auf jahresdurchschnittlich knapp 5,75 Millionen Personen, 6½ vH mehr als im Vorjahr (Schaubild 19). Einem Rückgang um 275 000 Personen in den jungen Bundesländern stand die Zunahme um 628 000 Personen in den alten Bundesländern gegenüber. Die anhand dieses Personenkreises gemessene Unterbeschäftigungsquote hat damit in ganz Deutschland etwa 15½ vH betragen, mit zuletzt stark steigender Tendenz.

Schaubild 19



1) Registrierte Arbeitslose, subventioniert Beschäftigte (Arbeitslosenäquivalent der Kurzarbeiter, ABM-Beschäftigte) und nichterwerbstätige Maßnahmeteilnehmer (Personen nach § 105 AFG, Teilnehmer an Sprachkursen, Teilnehmer an FuU-Maßnahmen (Vollzeit) und Personen in vorzeitigem Ruhestand). – 2) 4. Vierteljahr eigene Schätzung.

Quelle: BA

SR 93 0565

Als verdeckt arbeitslos bezeichnet der Sachverständigenrat diejenigen Personen, die grundsätzlich ihre Arbeitskraft am deutschen Arbeitsmarkt anbieten, zur Zeit aber arbeitsmarktpolitische Leistungen empfangen, ohne zu den registrierten Arbeitslosen gezählt zu werden. Hierbei wird die Anzahl derjenigen Personen erfaßt, die sich in geförderter Beschäftigung (Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen und Arbeitslosenäquivalent der Kurzarbeit) oder geförderter Qualifizierung (Vollzeit-Maßnahmen der beruflichen Fortbildung und Umschulung, Deutsch-Sprachkurse) befinden, die vorzeitig aus dem Erwerbsleben ausgeschieden sind (Bezieher von Vorruhestands- oder Altersübergangsgeld) oder trotz Arbeitslosigkeit aus statistischen Gründen nicht zu den registrierten Arbeitslosen gezählt werden (Personenkreis nach § 105 AFG). Weitere Personen in geförderter Beschäftigung, deren Anzahl quantitativ weniger bedeutsam ist und statistisch nicht regelmäßig ausgewertet wird (etwa die durch Einarbeitungszuschüsse oder Lohnkostenzuschüsse Begünstigten), bleiben hierbei unberücksichtigt.

Die Anzahl der Personen in vorzeitigem Ruhestand wird berücksichtigt, obwohl diese ehemaligen Arbeitskräfte in aller Regel auch zukünftig keine neue, statistisch erfaßte Erwerbstätigkeit mehr aufnehmen werden und von daher nicht mehr dem Arbeitskräftepotential zuzurechnen wären. Dennoch bietet ihre Anzahl eine hinreichend genaue Abschätzung für einen Teil der verdeckten Arbeitslosigkeit, weil ihr Ausscheiden aus dem Arbeitsmarkt lediglich zeitlich vorgezogen worden ist und deshalb den Arbeitsmarkt nur kurzfristig entlastet. In entsprechend geringerem Umfang werden sich in den Folgejahren Personen nach Erreichen der normalen Altersgrenze vom Arbeitsmarkt zurückziehen. Diesen steht jedoch ein unveränderter Zuwachs junger Erwerbspersonen gegenüber.

Die hier erläuterte Messung unterschätzt das Ausmaß verdeckter Arbeitslosigkeit insofern, als für sich genommen das wahre Ausmaß unfreiwilliger Arbeitslosigkeit sogar unterschätzt wird, weil sich die durch ineffizienten Arbeitseinsatz in Betrieben und Verwaltungen bestehende versteckte Arbeitslosigkeit nicht erfassen läßt. Dem steht aber gegenüber, daß in diesem Konzept Empfänger von Leistungen nach dem Arbeitsförderungsgesetz auch dann berücksichtigt werden, wenn sie ihre Arbeitskraft eigentlich nicht mehr anbieten wollen und von daher auch nicht den verdeckt Arbeitslosen zuzurechnen wären. Um diesen quantitativ nicht zu erfassenden Personenkreis wird das tatsächliche Ausmaß der Arbeitslosigkeit überschätzt. Welcher Effekt schließlich dominiert, läßt sich nicht feststellen. Die Entwicklung sollte aber durch das vom Sachverständigenrat verwendete Maß adäquat abgebildet werden.

117. Angesichts des dramatischen Anstiegs der offenen und verdeckten Arbeitslosigkeit hat sich in diesem Jahr die Diskussion um eine Neugestaltung der Arbeitsförderung wieder intensiviert (Tabelle 32).

Tabelle 32

Für den Arbeitsmarkt wichtige rechtliche Regelungen

Gesetz zur Vereinheitlichung der Kündigungsfristen von Arbeitern und Angestellten (Kündigungsfristengesetz — KündFG)

Am 30. September 1993 wurde im Deutschen Bundestag ein im Vermittlungsausschuß gefundener Kompromiß zur Vereinheitlichung der Kündigungsfristen von Arbeitern und Angestellten bestätigt. Künftig gilt in Deutschland eine gesetzliche Kündigungsfrist von vier Wochen zum 15. eines Monats oder zum Monatsende. Mit dieser Änderung ist das Parlament einer Forderung des Bundesverfassungsgerichts nachgekommen, das die zuvor unterschiedlichen Regelungen für Arbeiter und Angestellte in Westdeutschland gerügt hatte. Das neue Gesetz bringt eine Ausdehnung des Kündigungsschutzes für Arbeiter mit sich, die bislang in Westdeutschland grundsätzlich mit einer Frist von zwei Wochen zu jedem Arbeitstag kündbar gewesen sind. Bei den Angestellten hingegen wurden die Fristen deutlich gekürzt, hier galt bislang eine Grundfrist von sechs Wochen zum Quartalsende. Ausnahmeregelungen wurden für Betriebe mit zwanzig und weniger Beschäftigten vorgesehen, für die nunmehr eine Frist von vier Wochen ohne festen Termin gilt. In Abhängigkeit von der vorherigen Beschäftigungsdauer steigen die einzuhaltenden Kündigungsfristen, bis schließlich bei einer vorherigen Betriebszugehörigkeit von 20 und mehr Jahren sieben Monate Kündigungsfrist einzuhalten sind. Von der neuen gesetzlichen Mindestregelung abweichende Bestimmungen in den Tarifverträgen bleiben gültig, sie können auch neu abgeschlossen werden.

Gesetz zur Umsetzung des Föderalen Konsolidierungsprogramms (FKPG)

Entgegen den ursprünglichen Planungen wurden soziale Regelleistungen nicht gekürzt. Die notwendige Einsparung von Haushaltsmitteln soll durch eine verstärkte Mißbrauchsbekämpfung im Bereich sozialer und wirtschaftlicher Leistungen erzielt werden. Um dieses Ziel zu erreichen wurde durch Änderungen im Arbeitsförderungsgesetz die Möglichkeiten der Bundesanstalt für Arbeit ausgebaut, den Leistungsbezug zu überprüfen (§ 150a und b AFG). Ferner wird die Höhe des Arbeitslosengeldes nunmehr im Bundesgebiet einheitlich im jährlichen Rhythmus an die allerdings in Ostdeutschland und Westdeutschland getrennt berechnete Veränderung der Bruttolohn- und -gehaltssumme je durchschnittlich beschäftigten Arbeitnehmer angepaßt (§§ 112a und 249c AFG).

Erstes und Zweites Gesetz zur Umsetzung des Spar-, Konsolidierungs- und Wachstumsprogramm (SKWPG)

Am 22. Oktober hat der Bundestag die beiden Gesetzentwürfe der Bundesregierung vom September dieses Jahres verabschiedet. Ziel der Neuregelungen ist es, bereits im Jahre 1994 eine Entlastung in den Haushalten von Bund, Ländern und Gemeinden sowie im Haushalt der Bundesanstalt für Arbeit von rund 22,7 Mrd DM durch das 1. SKWPG und 0,7 Mrd DM durch das 2. SKWPG zu erreichen. Im 1. SKWPG sind die nicht durch den Bundesrat zustimmungspflichtigen Regelungen zusammengefaßt. Ein wesentlicher Teil betrifft Änderungen im Arbeitsförderungsgesetz, dessen wichtigste sind:

Kürzungen von Lohnersatzleistungen ab dem Jahre 1994:

— Das Arbeitslosengeld, das Kurzarbeitergeld, das Schlechtwettergeld, die Eingliederungshilfe und die Arbeitslosenhilfe werden um jeweils drei Prozentpunkte abgesenkt, für Leistungsempfänger mit mindestens einem Kind nur um einen Prozentpunkt. Das Arbeitslosengeld beträgt damit ab Anfang 1994 nur noch 60 vH/67 vH, die Arbeitslosenhilfe 53 vH/57 vH. Die niedrigeren Sätze gelten ohne Übergangsfrist auch für diejenigen, die zum Jahresanfang 1994 bereits Leistungen empfangen. Auf eine zunächst im Gesetzentwurf vorgesehene stufenweise Reduktion des Arbeitslosengeldes, gestaffelt nach der bisherigen Dauer der Arbeitslosigkeit, wurde aus organisatorischen Gründen verzichtet.

— Das Arbeitslosengeld bemißt sich nunmehr an der Höhe des Entgelts in den letzten sechs Monaten vor der Arbeitslosigkeit. Bislang galt hierfür eine Frist von drei Monaten.

noch Tabelle 32

— Die maximale Bezugsdauer von Arbeitslosenhilfe, die bislang im Anschluß an das Arbeitslosengeld grundsätzlich unbefristet bezogen werden konnte, wird künftig auf 624 Tage befristet. Arbeitslose, die vor dem 1. Januar 1994 ihr 55. Lebensjahr vollendet haben, behalten auch weiterhin ihren unbefristeten Leistungsanspruch.
— Die sogenannte originäre Arbeitslosenhilfe, die bislang beispielsweise Personen gewährt werden konnte, die zuvor in einem öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis gestanden oder Wehrdienst, Zivildienst oder Grenzschutzdienst geleistet hatten, entfällt ersatzlos.
— Auch das Unterhaltsgeld für Teilnehmer an Maßnahmen der beruflichen Fortbildung wird abgesenkt, und zwar auf die neuen Leistungssätze des Arbeitslosengeldes. Der bisherige Rechtsanspruch auf Unterhaltsgeld eines Teilnehmers an Maßnahmen der beruflichen Fortbildung in Ganztagsunterricht wird abgeschafft. Nunmehr obliegt die Gewährung von Unterhaltsgeld dem Ermessen der Arbeitsämter.
— Entgegen den ursprünglichen Absichten wird die Regelung zum Schlechtwettergeld nun doch nicht zum 1. Juli 1994 abgeschafft, sondern läuft noch weiter, jedoch letztmals für die Schlechtwetterzeit bis zum 29. Februar 1996. Allerdings wird über die Senkung des Leistungssatzes hinaus bereits ab 1994/95 der Anspruchszeitraum um zwei Monate auf nunmehr von Anfang Dezember bis Ende Februar verkürzt. Außerdem müssen an einem Schlechtwettertag mindestens zwei Stunden ausfallen, bevor die Schlechtwetterregelung greift. Ansprüche bestehen somit nicht mehr für die jeweils erste Stunde an einem Ausfalltag, das heißt für diese Stunde hat der Bauarbeiter weder Anspruch auf Arbeitsentgelt, noch erhält er Schlechtwettergeld. Gleichzeitig fordert die Bundesregierung die Tarifvertragsparteien auf, bis zum Auslaufen der gesetzlichen Regelungen zum Schlechtwettergeld tarifvertragliche Vereinbarungen über eine ganzjährige Bezahlung in der Bauwirtschaft zu treffen.
— Die Möglichkeit der Arbeitsämter, Teilnehmer an Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen abzuberufen, wird verschärft. Nunmehr sollen die Arbeitsämter Maßnahmeteilnehmer auch für die Vermittlung auf befristete Arbeitsplätze abberufen, während sie dies bislang nur für Dauerarbeitsplätze konnten.
— Die Sperrzeiten vom Leistungsbezug wegen Ablehnung oder Nichtantritt einer zumutbaren Arbeit werden von acht auf zwölf Wochen verlängert.

Lockerung des Alleinvermittlungsrechts der Bundesanstalt für Arbeit

— Das Alleinvermittlungsrecht der Bundesanstalt für Arbeit soll gelockert werden, indem in begrenztem Ausmaß auch private Arbeitsvermittler zugelassen werden, die allerdings strenge Kriterien zu erfüllen haben und der Fachaufsicht der Bundesanstalt für Arbeit unterstellt werden. Zunächst soll in einem begrenzten zweijährigen Modellversuch ab Mitte des Jahres 1994 in mindestens zwei und höchstens drei Regionen (Berlin sowie eventuell Ruhrgebiet und Rhein-Main-Gebiet) eine Erlaubnis zur Arbeitsvermittlung von Arbeitnehmern für die Beschäftigung in der jeweiligen Region erteilt werden können. Der Modellversuch wird voraussichtlich durch ein neutrales Institut wissenschaftlich begleitet werden. Es ist vorgesehen, nach seinem Abschluß einen Bericht vorzulegen, der die Grundlage für eine Entscheidung darüber sein kann, ob die entgeltliche Arbeitsvermittlung generell zugelassen wird.

Neue arbeitsmarktpolitische Instrumente

— Aufgrund positiver Erfahrungen mit dem Sonderprogramm der Bundesregierung für besonders beeinträchtigte Langzeitarbeitslose und weitere schwerstvermittelbare Arbeitslose wird der Bundesanstalt für Arbeit nunmehr die Möglichkeit gegeben, durch Zuschüsse bis zum 31. Dezember 1998 Träger zu fördern, die besonders schwer vermittelbare Arbeitnehmer in eigenen Einrichtungen beschäftigen oder in eigenen Einrichtungen oder bei Dritten beruflich qualifizieren, damit soll ihre Wiedereingliederung in das Berufsleben erleichtert werden.

Die Bundesregierung konzentrierte sich dabei darauf, vor allem kurzfristig den Ausgabenanstieg bei der Arbeitsmarktpolitik bremsen zu wollen, eine konzeptionell durchdachte Straffung der Arbeitsförderung wurde dabei nicht in Angriff genommen. Im Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Umsetzung des Föderalen Konsolidierungsprogramms waren angedrohte Kürzungen einzelner Leistungssätze an Erfolge bei der sogenannten Mißbrauchsbekämpfung geknüpft gewesen. Da die Bundesanstalt für Arbeit glaubhaft machen konnte, durch eine Verschärfung der Meldepflicht für Arbeitslose und eine weitere Intensivierung der Bekämpfung von Mißbrauch und Leistungsmitnahme das geforderte Einsparvolumen von 550 Mio DM erbringen zu können, hatten die Regelungen des Föderalen Konsolidierungsprogramms im Bereich der Arbeitsmarktpolitik hauptsächlich Maßnahmen zur Mißbrauchsbekämpfung zum Inhalt. Angaben der Bundesanstalt für Arbeit zufolge konnten hierdurch bereits zwischen April und September Einsparungen in Höhe von rund 400 Mio DM erzielt werden. Dabei war die Hälfte aller registrierten Arbeitslosen monatlich zur Vorsprache beim Arbeitsamt gebeten worden, was insgesamt zu 237 000 Abmeldungen vom Leistungsbezug geführt haben soll. Darüber hinaus hat die Bundesanstalt für Arbeit in mehreren bundesweiten Schwerpunktaktionen verstärkte Außenprüfungen durchgeführt, bei denen vor allem im Baugewerbe, in der Gastronomie und in der Gebäudereinigung illegale Beschäftigung in erheblichem Ausmaß aufgedeckt worden ist. All dies dürfte mit dazu beigetragen haben, daß die Sperrzeiten im Leistungsbezug gegenüber dem Vorjahr stark angestiegen sind. Die allgemein verschlechterte Arbeitsmarktlage ließ allerdings die Anzahl der Sperrzeiten wegen Ablehnung einer Arbeit trotz insgesamt höherer Arbeitslosigkeit gegenüber dem Vorjahr sogar noch leicht abschmelzen.

Das am 22. Oktober 1993 im Deutschen Bundestag verabschiedete Erste Gesetz zur Umsetzung des Spar-, Konsolidierungs- und Wachstumsprogramms führt ebenfalls zu Änderungen des Arbeitsförderungsgesetzes, um den Haushalt der Bundesanstalt für Arbeit zu stabilisieren. Vor allem die Absenkungen der Lohnersatzleistungen, die Befristung der Bezugsdauer für Arbeitslosenhilfe und ihre strengeren Bewilligungskriterien, die Kürzung des Schlechtwettergeldes, die Umwandlung des Rechtsanspruchs auf Unterhaltsgeld bei der Teilnahme an Maßnahmen der beruflichen Fortbildung und Umschulung, die Verdopplung des Bemessungszeitraums für Arbeitslosen-

geld auf sechs Monate sowie die Beibehaltung des mit 6,5 vH hohen Beitrags zur Arbeitslosenversicherung sollen Einsparungen im Haushalt der Bundesanstalt für Arbeit bewirken, die im Gesetzentwurf mit 9,35 Mrd DM für das Jahr 1994 beziffert waren.

118. Vorschläge der Opposition, aber auch von Seiten der Tarifverbände und Teilen der Wissenschaft, zielten dagegen in eine andere Richtung. Neben dem Bestreben, die Instrumente der Arbeitsmarkt-, Struktur- und Regionalpolitik gesetzlich miteinander zu verknüpfen, stand vor allem im Vordergrund, das Ziel der Vollbeschäftigung wieder in den Mittelpunkt aller wirtschaftspolitischen Bemühungen zu rücken. Konkret wurde deshalb von der SPD-Opposition vorgeschlagen, das Arbeitsförderungsgesetz (AFG) durch ein neues Arbeits- und Strukturförderungsgesetz (ASFG) abzulösen, in dem unter anderem ein verbindlicher Regelmechanismus enthalten sein sollte, der mittelfristig einen Anteil von mindestens der Hälfte aller Ausgaben der Bundesanstalt für Arbeit für aktive Arbeitsmarktpolitik sicherstellt. In den vergangenen Jahren hatten diese in Westdeutschland bei weitem nicht diese Größenordnung erreicht. Werden auch noch die arbeitsmarktpolitisch motivierten Ausgaben des Bundes hinzugezählt, so vermindert sich ihr Anteil noch weiter (Tabelle 33).

Niedrigere Tarifabschlüsse

119. Die Tarifvertragsparteien reagierten in Westdeutschland bereits im Laufe des letzten Jahres mit rückläufigen Tarifabschlüssen auf die Rezession. Diese Entwicklung setzte sich auch bis zum Herbst 1993 fort. Da in den meisten Fällen die Neuabschlüsse jedoch erst im Jahresverlauf wirksam wurden und im großen Bereich der Metall- und Elektroindustrie entgegen dem sonstigen Trend weit überdurchschnittliche Verdienstanhebungen aus dem letztjährigen Stufentarifvertrag in Kraft traten, dürfte das Tarifverdienstniveau auf Stundenbasis im Jahresdurchschnitt um schätzungsweise 4 vH über seinem Vorjahresstand gelegen haben. Dabei konnte der dämpfende Einfluß der niedrigen diesjährigen Abschlüsse — im August hat die durchschnittliche Erhöhungsrate der Tarifverdienste auf Stundenbasis nach vorläufigen Berechnungen der Deutschen Bundesbank nur noch 2,2 vH betragen — erst in der zweiten Jahreshälfte stärker durchwirken. Insgesamt haben die Tarifvertragsparteien damit für Westdeutschland neue Abschlüsse vereinbart, die hinter dem diesjährigen Anstieg der Verbraucherpreise zurückgeblieben sind.

In den jungen Bundesländern kam es angesichts der Schwierigkeiten im wirtschaftlichen Anpassungsprozeß in diesem Jahr ebenfalls zu verringerten Tarifabschlüssen. Dabei wurden in einer Reihe von Wirtschaftsbereichen auch bereits bestehende mittelfristige Stufenvereinbarungen revidiert oder zeitlich gestreckt. Damit hat sich das mittelfristige Anpassungstempo der ostdeutschen Arbeitseinkommen deutlich verlangsamt. Die im Laufe des Jahres wirksam werdenden Neuabschlüsse bewegten sich in den einzelnen Tarifbereichen immer noch in einer Größenordnung von gut 6 vH bis über 20 vH. Ende Juni 1993 hatte nach Angaben des Deutschen Gewerkschaftsbundes die Ost-West-Relation der tariflichen Grundvergütungen in ausgewählten Tarifbereichen zwischen 55 vH und 100 vH des westdeutschen Niveaus erreicht, mit Schwerpunkt im Bereich von knapp 70 vH bis gut 80 vH. Diese Spanne zwischen den einzelnen Tarifbereichen, aber auch die in Ostdeutschland immer noch stark unterschiedlichen Laufzeiten und Anpassungstermine der einzelnen Tarifabschlüsse, ihre abweichenden regionalen und personalen Bereichsabgrenzungen sowie die verschiedenen manteltarifvertraglichen Regelungen machen es derzeit unmöglich, auch nur näherungsweise eine über alle Bereiche gültige Rate der Tarifanhebungen zu beziffern. Wird dagegen die anhand der Bruttolohn- und -gehaltssumme je nicht kurzarbeitenden abhängig Beschäftigten gemessene Annäherung der Effektivverdienste in den alten und in den neuen Bundesländern fortgeschrieben, so könnten die ostdeutschen Effektivverdienste im Jahresdurchschnitt 1993 um knapp 14 vH über ihrem Vorjahreswert liegen.

120. Die Lohnrunde in **Westdeutschland** ist in diesem Jahr insgesamt unkompliziert abgelaufen. Mit ein Grund dafür dürfte sein, daß die Metall- und Elektroindustrie bereits im Vorjahr eine Stufenanhebung der Löhne und Gehälter um 3 vH ab April 1993 und eine weitere Anhebung der Jahressonderzahlung vereinbart hatte. Zudem sank dort, wie bereits vor Jahren vereinbart, die tarifliche Wochenarbeitszeit um eine auf jetzt 36 Stunden. Damit lagen ab April die Tarifentgelte je Stunde in diesem Wirtschaftsbereich um mehr als 5,8 vH über ihrem Vorjahresstand (JG 92 Ziffer 122). Revisionsbemühungen der Metallarbeitgeberverbände auf der Grundlage einer seinerzeit vereinbarten Überprüfung zur Durchführbarkeit der Arbeitszeitverkürzung wurden von den Tarifkommissionen der IG Metall zurückgewiesen; um von den gültigen Tarifverträgen abzuweichen, hätte es einvernehmlicher Regelungen bedurft.

Da sich der letztjährige Metall- und Elektroabschluß im Lichte der aktuellen Wirtschaftsentwicklung als viel zu hoch entpuppte, konnte er für die diesjährige Tarifrunde keine Richtmarke setzen. Diese Funktion übernahm allein aufgrund der zeitlichen Abfolge einmal mehr der öffentliche Dienst, wo Anfang Februar eine Lohn- und Gehaltssteigerung um 3 vH vereinbart wurde (Tabelle 34, Seite 122). Die übrigen Tarifbereiche schlossen in den meisten Fällen leicht oberhalb dieser Marke ab. Ausnahmen spiegeln die unterschiedlichen wirtschaftlichen Gegebenheiten in den einzelnen Branchen wider. So kam es etwa im Steinkohlenbergbau zu einem Abschluß, der ab März 1993 für die Dauer von achtzehn Monaten zwar keine Lohn- und Gehaltssteigerungen vorsieht, dafür aber die Arbeitszeit über zusätzliche sechs Freischichten verkürzt. Um so insgesamt 3 700 Arbeitsplätze zu sichern, sollen ebenfalls die Mehrarbeit und die Sonntags- und Feiertagsarbeit eingeschränkt werden.

Zu nennenswerten Arbeitsniederlegungen kam es nur im Frühsommer in einigen Bereichen des Einzelhandels. Hier hatten sich die Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen neben umfangreichen manteltariflichen Forderungen Lohn- und Gehalts-

Tabelle 33

Ausgaben für

	Früheres Bundesgebiet				
	1969	1970	1980	1990	1991
	Mio DM				
Ausgaben der BA	2 888,8	3 907,3	21 674,5	41 423,2	42 048,5
Ausgaben des Bundes[2]	38,2	19,6	1 136,8	8 064,7	7 348,3
Ausgaben insgesamt	2 927,0	3 926,9	22 811,2	49 487,9	49 396,8
darunter:					
für Lohnersatzleistungen[3]	789,9	722,6	10 221,1	25 272,0	23 397,0
darunter:					
Arbeitslosengeld	674,2	650,9	8 110,4	17 014,8	15 940,5
Arbeitslosenhilfe	33,4	18,9	362,9	7 586,9	6 863,8
Altersübergangsgeld	—	—	—	—	1,9
für Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik[4]	470,6	1 001,9	7 570,0	18 037,9	18 905,0
davon:					
Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung	13,2	13,7	1 025,4	2 767,0	3 052,7
individuelle Förderung der beruflichen Bildung	188,5	572,4	2 436,1	6 255,2	6 687,9
Kurzarbeitergeld	3,3	12,1	471,2	239,7	478,8
Leistungen der Rehabilitation	21,2	66,7	1 650,3	3 193,3	3 603,3
	vH				
Nachrichtlich:					
Relation der Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik zu Lohnersatzleistungen	*0,60*	*1,39*	*0,74*	*0,71*	*0,81*
	Anteil an den Ausgaben insgesamt in vH				
Ausgaben der BA	*98,7*	*99,5*	*95,0*	*83,7*	*85,1*
Ausgaben des Bundes[2]	*1,3*	*0,5*	*5,0*	*16,3*	*14,9*
Ausgaben insgesamt	*100,0*	*100,0*	*100,0*	*100,0*	*100,0*
darunter:					
für Lohnersatzleistungen[3]	*27,0*	*18,4*	*44,8*	*51,1*	*47,4*
darunter:					
Arbeitslosengeld	*23,0*	*16,6*	*35,6*	*34,4*	*32,3*
Arbeitslosenhilfe	*1,1*	*0,5*	*1,6*	*15,3*	*13,9*
Altersübergangsgeld	*0,0*	*0,0*	*0,0*	*0,0*	*0,0*
für Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik[4]	*16,1*	*25,5*	*33,2*	*36,4*	*38,3*
davon:					
Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung	*0,5*	*0,3*	*4,5*	*5,6*	*6,2*
individuelle Förderung der beruflichen Bildung	*6,4*	*14,6*	*10,7*	*12,6*	*13,5*
Kurzarbeitergeld	*0,1*	*0,3*	*2,1*	*0,5*	*1,0*
Leistungen der Rehabilitation	*0,7*	*1,7*	*7,2*	*6,5*	*7,3*

[1] Einschließlich Berlin-Ost.
[2] Kapitel 1112 des Bundeshaushalts. Für 1980 einschließlich Kapitel 6094 und 6095 des Bundeshaushalts.
[3] Arbeitslosengeld, Anschluß-Arbeitslosenhilfe, Konkursausfallgeld, Leistungen zum Vorruhestand, Leistungen für ehemals Selbständige (neue Bundesländer), Arbeitslosenhilfe, Sozialzuschlag zum Arbeitslosengeld und zur Arbeitslosenhilfe (neue Bundesländer), Arbeitslosengeld und Eingliederungsgeld nach dem Bundesvertriebenengesetz, Vorruhestandsgeld und Altersübergangsgeld (neue Bundesländer).

Arbeitsmarktpolitik

		Neue Bundesländer[1]			Deutschland		
1992	1993 1. Hj.	1991	1992	1993 1. Hj.	1991	1992	1993 1. Hj.
			Mio DM				
47 507,7	29 612,0	29 874,6	46 014,3	26 599,8	71 923,2	93 522,1	56 211,8
8 076,3	5 250,4	3 704,0	1 670,8	1 585,1	11 052,3	9 747,1	6 835,5
55 584,1	34 862,4	33 578,6	47 685,1	28 184,9	82 975,4	103 269,2	63 047,3
27 959,1	18 946,4	14 294,0	22 957,9	14 292,9	37 691,0	50 917,0	33 239,3
19 750,9	13 867,3	7 810,0	11 809,2	6 120,9	23 750,5	31 560,0	19 988,2
7 617,7	4 680,0	295,1	1 488,5	1 472,9	7 158,8	9 106,2	6 152,9
18,2	19,8	2 678,4	9 311,6	6 559,3	2 680,3	9 329,8	6 579,1
20 097,7	11 587,8	18 375,4	23 056,4	12 811,4	37 280,3	43 154,1	24 399,2
3 116,9	1 616,9	3 075,8	7 803,4	5 650,7	6 128,5	10 920,4	7 267,6
7 126,4	3 577,4	4 735,2	11 281,6	5 658,4	11 423,1	18 408,0	9 235,7
949,9	1 689,7	10 005,9	2 652,5	513,4	10 484,7	3 602,4	2 203,0
4 035,6	2 145,2	100,9	324,8	254,8	3 704,1	4 360,4	2 400,0
			vH				
0,72	*0,61*	*1,29*	*1,00*	*0,90*	*0,99*	*0,85*	*0,73*
			Anteil an den Ausgaben insgesamt in vH				
85,5	*84,9*	*89,0*	*96,5*	*94,4*	*86,7*	*90,6*	*89,2*
14,5	*15,1*	*11,0*	*3,5*	*5,6*	*13,3*	*9,4*	*10,8*
100,0	*100,0*	*100,0*	*100,0*	*100,0*	*100,0*	*100,0*	*100,0*
50,3	*54,3*	*42,6*	*48,1*	*50,7*	*45,4*	*49,3*	*52,7*
35,5	*39,8*	*23,3*	*24,8*	*21,7*	*28,6*	*30,6*	*31,7*
13,7	*13,4*	*0,9*	*3,1*	*5,2*	*8,6*	*8,8*	*9,8*
0,0	*0,1*	*8,0*	*19,5*	*23,3*	*3,2*	*9,0*	*10,4*
36,2	*33,2*	*54,7*	*48,4*	*45,5*	*44,9*	*41,8*	*38,7*
5,6	*4,6*	*9,2*	*16,4*	*20,0*	*7,4*	*10,6*	*11,5*
12,8	*10,3*	*14,1*	*23,7*	*20,1*	*13,8*	*17,8*	*14,6*
1,7	*4,8*	*29,8*	*5,6*	*1,8*	*12,6*	*3,5*	*3,5*
7,3	*6,2*	*0,3*	*0,7*	*0,9*	*4,5*	*4,2*	*3,8*

[4] Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung, individuelle Förderung der beruflichen Bildung, Förderung der Arbeitsaufnahme, Kurzarbeitergeld, institutionelle Förderung der beruflichen Bildung, Leistungen der Rehabilitation, Förderung der beruflichen Ausbildung, Eingliederung der Aussiedler, Beschäftigungshilfen für Langzeitarbeitslose, Förderung der Beschäftigung für sozial gestörte Personen (neue Bundesländer), Sonderprogramme und sonstige Maßnahmen.

Quelle: BA

Tabelle 34

Wichtige Tarifabschlüsse in den alten Bundesländern

Wirtschaftszweig [1]/ begünstigte Arbeitnehmer	Tarifvereinbarung [2]	Erhöhung 1993 [3]	Laufzeitbeginn (Kündigungstermin)	Bemerkungen/Nebenregelungen
Kunstoffverarbeitende Industrie Baden-Württemberg, Hessen: 88 000	+ 4,6 vH + 3,0 vH	.	1. Oktober 1992 1. Januar 1994 (30. September 1994)	Ergebnis nach Schlichtung, zusätzlich Einmalzahlungen von je DM 75 im Dezember 1992 und Dezember 1993. In Hessen 2,63 vH Lohnausgleich für Arbeitszeitverkürzung von 39 auf 38 Wochenstunden ab 1. April 1994.
Bayern: 64 700	+ 4,8 vH	.	1. November 1992 (28. Februar 1994)	Arbeitszeitverkürzung von 39 auf 38 Wochenstunden ab 1. April 1994 bei vollem Lohnausgleich.
Volkswagenwerk AG 128 000	+ 4,9 vH + 3,0 vH	+ 4,6 vH	1. November 1992 1. November 1993 (31. Juli 1994)	Zusätzlich einmalige Pauschale zwischen DM 183 und DM 447.
Privates Versicherungsgewerbe 268 000	+ 4,2 vH	+ 4,1 vH	1. November 1992 (31. Oktober 1993)	Erhöhung der vermögenswirksamen Leistungen von DM 65 auf DM 78 monatlich ab dem 1. Juli 1993.
Stahlindustrie 134 500	+ 0,85 vH + 3,1 vH + 0,3 vH	+ 3,6 vH	1. November 1992 1. Februar 1993 1. Dezember 1993 (30. April 1994)	Bereits im Februar 1992 vereinbarte Stufenerhöhung. Im Saarland (15 000 Begünstigte) erste Stufenerhöhung erst ab 1. Juni 1993, zweite Stufe ab 1. April 1994.
Kali- und Steinsalzbergbau 8 500	+ 4,0 vH	+ 3,7 vH	1. Januar 1993 1. Februar 1993 (31. Dezember 1993)	DM 200 pauschal für Januar 1993.
Öffentlicher Dienst, Bundesbahn, Bundespost 3 000 000	+ 3,0 vH	+ 4,8 vH	1. Januar 1993 (31. Dezember 1993)	Anhebung des Kinderzuschlags in den unteren Einkommensgruppen.
Holzverarbeitende Industrie Schleswig-Holstein, Niedersachsen, Bremen, Westfalen-Lippe, Hessen, Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg: 149 500	+ 3,0 vH bis + 3,5 vH + 1,5 vH bis + 2,3 vH	.	1. Januar 1993 1. Juli bis 1. Dezember 1993 (31. Dezember 1993 bis 31. März 1994)	Ecklohnanhebungen, Ergebnisse teilweise nach Schlichtungen. In Schleswig-Holstein + 2,8 vH ab 1. März 1993. Stufenanhebungen und Laufzeiten in den Regionen verschieden.
Papier- und pappeverarbeitende Industrie 125 000	+ 3,2 vH	+ 3,4 vH	1. Februar 1993 (31. Januar 1994)	
Privates Bankgewerbe 377 400	+ 3,3 vH	+ 3,8 vH	1. Februar 1993 (31. Januar 1994)	Mindestens DM 125 im Monat.
Hotel- und Gaststättengewerbe Baden-Württemberg: 75 000	Nullmonat + 3,5 vH		1. Februar 1993 1. März 1993 (31. Januar 1994)	
Braunkohlenbergbau Niedersachsen	+ 4,2 vH	.	1. Februar 1993 (31. März 1994)	
Steinkohlenbergbau 125 000	Nullrunde + 3 vH	+ 0,8 vH	1. März 1993 (31. August 1994) 1. September 1994	Anstelle von Einkommenserhöhungen Einführung von 6 zusätzlichen Freischichten pro Jahr (bislang 16). Im nächsten Jahr Umwandlung der Freischichten in Tarifanhebungen.
Groß- und Außenhandel Nordrhein-Westfalen: 304 600	+ 3,1 vH	.	1. März 1993 (28. Februar 1994)	
Stationierungsstreitkräfte 81 800	+ 3,2 vH	+ 2,8 vH	1. März 1993 (28. Februar 1994)	
Bauhauptgewerbe 934 700	+ 3,85 vH	+ 4,3 vH	1. April 1993 (31. März 1994)	
Druckindustrie 187 700	+ 3,3 vH	+ 3,9 vH	1. April 1993 (31. März 1994)	Ergebnis nach Schiedsspruch.
Einzelhandel Baden-Württemberg: 250 000 Hessen: 159 000	+ 3,3 vH + 3,3 vH	.	1. März 1993 1. März 1994 (28. Februar 1995)	Stärkere Anhebung der Endstufe Verkäuferin (auf monatlich DM 3 000 ab dem 1. Oktober 1993), sowie der unteren Lohnstufen.

Wirtschaftszweig [1])/ begünstigte Arbeitnehmer	Tarifvereinbarung [2])	Erhöhung 1993 [3])	Laufzeitbeginn (Kündigungstermin)	Bemerkungen/Nebenregelungen
Nordrhein-Westfalen: 481 000	+ 3,3 vH + 3,3 vH	.	1. April 1993 1. April 1994 (31. März 1995)	Stufenvertrag für Verkäuferinnen-Endgehalt: DM 2 960 ab dem 1. April 1993, DM 3 010 ab dem 1. Dezember 1993 und DM 3 060 ab dem 1. August 1994, sowie Vorweganhebung der unteren Lohngruppen in zwei Stufen. Nach Streik: Entgeltfortzahlung im Krankheitsfall bis zur Dauer von 6 Wochen (bei Inkrafttreten eines neuen Entgeltfortzahlungsgesetzes Aufnahme von Verhandlungen mit dem Ziel, die Entgeltfortzahlung ohne Karenztage in vollem Umfang zu sichern).
Groß- und Außenhandel Hessen: 132 100 Bayern: 216 900	+ 3,2 vH + 3,1 vH bis +4,04 vH	. .	1. April 1993 (31. März 1994) 1. April 1993 (31. März 1994)	
Berlin-West, Baden-Württemberg: 208 000	+ 3,2 vH	.	1. April 1993 (31. März 1994)	Im April statt dessen DM 200 Pauschale.
Bremen, Hamburg, Niedersachsen, Rheinland-Rheinhessen, Pfalz, Saarland: 291 400	+ 3,1 vH bis + 3,55 vH	.	1. Mai 1993 (30. April 1994)	
Einzelhandel Hamburg, Bremen, Niedersachsen, Rheinland-Pfalz, Saarland, Bayern: 740 600	+ 3,3 vH + 3,3 vH	.	1. Mai 1993 1. Mai 1994 (30. April 1995)	Stärkere Anhebung der Endstufe Verkäuferin (auf monatlich DM 3 000 ab dem 1. Oktober 1993, im Saarland ab dem 1. Juli 1993), sowie der unteren Lohnstufen.
Schleswig-Holstein: 80 000	+ 3,3 vH + 3,3 vH	.	1. Juni 1993 1. Juni 1994 (31. Mai 1995)	Stärkere Anhebung der Endstufe Verkäuferin (auf monatlich DM 3 000 ab dem 1. November 1993).
Bekleidungsindustrie 147 000	+ 2,1 vH	+ 2,7 vH	1. Juni 1993 (30. Juni 1994)	In Niedersachsen und Bremen ab 1. August 1993; nach Streiks zusätzlich ab 1. Mai 1993 für die bereits früher vereinbarte Arbeitszeitverkürzung auf 37½ Wochenstunden 1,4 vH Lohnausgleich.
Wohnungswirtschaft 55 100	+ 3,5 vH	+ 4,4 vH	1. Juni 1993	
Einzelhandel Berlin: 75 000	+ 3,3 vH	.	1. Juli 1993 (30. Juni 1994)	Die Tariferhöhung für das Verkaufspersonal beträgt + 3,5 vH.
Deutsche Lufthansa AG	+ 2,7 vH	+ 0,8 vH	1. Oktober 1993 1. April 1994 (30. September 1994)	Für Oktober 1993 bis März 1994 erfolgt eine einmalige Zahlung von DM 870. Nach Angaben der Gewerkschaft ÖTV erreicht der Abschluß damit ein Gesamtvolumen von + 3,1 vH.

[1]) Nur Neuabschlüsse seit Herbst 1992, in der Reihenfolge des Laufzeitbeginns.
[2]) Gegenüber der abgelaufenen Regelung.
[3]) Jahresdurchschnitt 1993 gegen Jahresdurchschnitt 1992; eigene Berechnung auf Monatsbasis, ohne Berücksichtigung von Änderungen der Arbeitszeit, einmalig gezahlten Pauschalbeträgen, Jahressonderzahlungen, vermögenswirksamen Leistungen und anderen Nebenleistungen.

Quelle für Grundzahlen: Deutscher Gewerkschaftsbund

steigerungen von 200 DM für alle Arbeitnehmer zum Ziel gesetzt, um so für das Endgehalt von Verkäuferinnen und Verkäufern die Grenze von mindestens 3 000 DM monatlich zu erreichen. Dieses Ziel wird in den durchweg zweijährigen Stufentarifverträgen gegen Ende des Jahres 1993 erreicht. Darüber hinaus gelang es den Gewerkschaften in einigen Regionalbereichen, die Arbeitgeberseite vorsorglich darauf zu verpflichten, künftig einen Tarifvertrag über die zeitweilig im Rahmen der geplanten Einführung einer sozialen Pflegeversicherung diskutierte Lohnfortzahlung im Krankheitsfall abzuschließen, falls Karenztage auf dem gesetzlichen Wege eingeführt werden sollten.

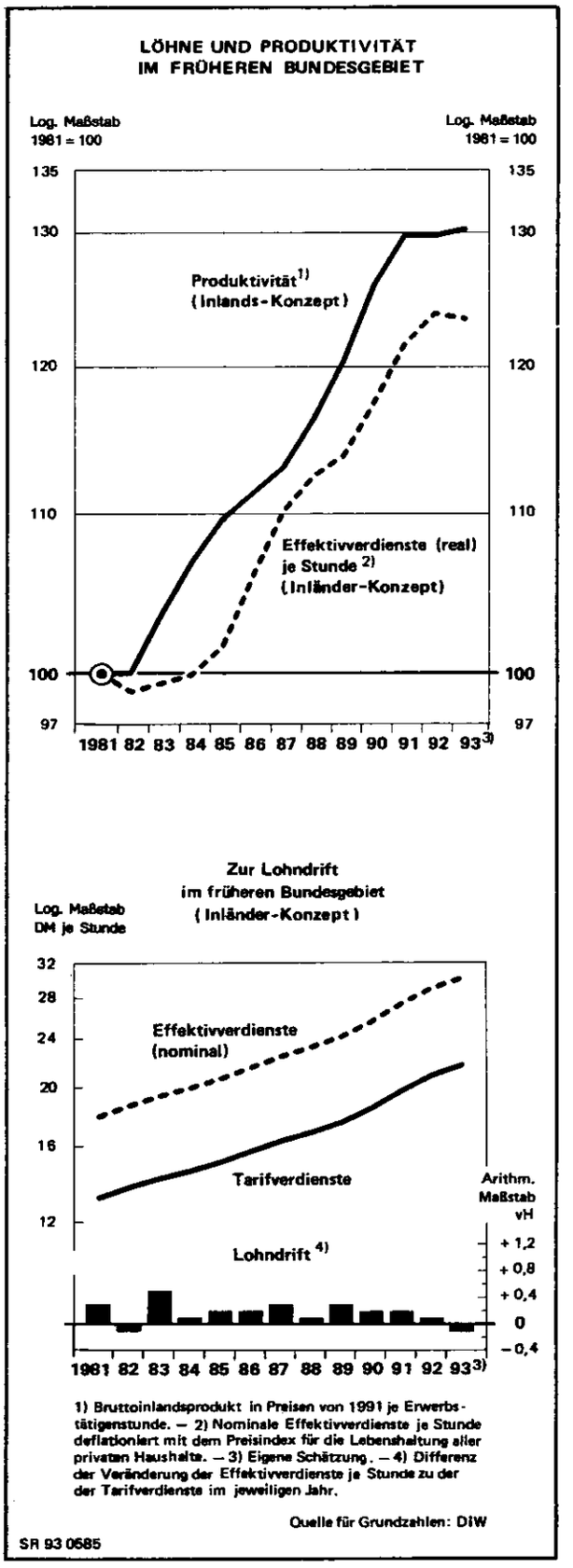
121. Insgesamt dürften in den alten Bundesländern die Tarifverdienste auf Stundenbasis, unter Berücksichtigung der vor allem in der Metall- und Elektroindustrie und der Chemischen Industrie durchgeführten Wochenarbeitszeitverkürzungen, um schätzungsweise 4 vH gegenüber dem Vorjahresdurchschnitt angestiegen sein. Die Erhöhung der Effektivverdien-

ste blieb kaum dahinter zurück (Schaubild 20). Dies läßt sich auf zwei gegenläufige Entwicklungen zurückführen. Wegen der Konjunkturentwicklung dürften zwar weniger Mehrarbeitsstunden als noch im Vorjahr geleistet worden und von daher die Zahlungen von Lohn- und Gehaltszuschlägen geringer ausgefallen sein. Wenn aber gleichzeitig der Personalabbau vorwiegend Mitarbeiter trifft, die wenig oder gar keine übertariflichen Zahlungen erhalten hatten, sollte hieraus insgesamt immer noch eher eine positive denn eine negative Lohndrift resultieren. Dem standen in diesem Jahr aber Versuche vieler Unternehmen entgegen, als zu hoch empfundene Tarifsteigerungen zumindest teilweise durch eine negative Lohndrift wieder zu korrigieren. So sind in weiten Bereichen der Metall- und Elektroindustrie nach den gescheiterten Revisionsversuchen der Arbeitgeber verstärkt zuvor auf betrieblicher Ebene geleistete übertarifliche Entlohnungsbestandteile gekürzt oder teilweise mit der Tariferhöhung zum April dieses Jahres verrechnet worden. Bei der Robert Bosch GmbH in Stuttgart wurde ab April dieses Jahres gar die gesamte Tariferhöhung auf übertarifliche Zahlungen angerechnet und das Einkommen der außertariflichen Mitarbeiter sogar um 3 vH gesenkt. Da in den Unternehmen aber hauptsächlich Jahressonderzahlungen wie das Urlaubs- und das Weihnachtsgeld betroffen sind, dürften die Kürzungen erst in der zweiten Jahreshälfte eine zu Jahresbeginn noch deutlich positive Lohndrift überkompensiert haben. Insgesamt lagen damit im Durchschnitt Westdeutschlands die Effektivverdienste je Stunde auch im Jahre 1993 um mehr als 8 DM oder knapp 39 vH über den Tarifverdiensten.

Diesen Abstand zwischen tariflicher und effektiver Entlohnung als Puffer zu betrachten, durch den überhöhte Tarifabschlüsse schnell und zumindest teilweise kompensiert werden könnten, erwies sich als Trugschluß. Dem steht zum einen die diesjährige Erfahrung entgegen, daß Verhandlungen über den Abbau oder die Anrechnung von übertariflichen Leistungen außerordentlich zäh verlaufen und als Verhandlungsergebnis oft nur ein relativ bescheidenes Volumen bringen. Zum anderen bestehen eng gezogene Grenzen, wenn bei den unteren Lohngruppen nur wenig oder gar keine übertariflichen Leistungen gezahlt werden. Das ist Angaben des Arbeitgeberverbandes Gesamtmetall zufolge beispielsweise in der Metall- und Elektroindustrie häufig der Fall. Von daher verläuft die Korrektur des Entgeltniveaus vorrangig über die Tarife — eine Entwicklung, die sich auch in diesem Herbst ankündigte, als erstmalig in der Bundesrepublik die Arbeitgeberverbände in der Metall- und Elektroindustrie Tarifvereinbarungen kündigten, um in den Verhandlungen über neue Entgelt- und Manteltarifverträge eine Senkung der Personalkosten zu erreichen.

122. Eine Entlastung auf der Lohnkostenseite konnten die westdeutschen Unternehmen und Verwaltungen erst im Verlauf dieses Jahres einleiten, nachdem die letztjährigen Lohn- und Gehaltssteigerungen noch zu einer deutlichen Zunahme bei den Lohnstückkosten geführt hatten. Im ersten Halbjahr lag die Produktivität auf Stundenbasis gerechnet sogar unter ihrem Vorjahresstand, und dies, obwohl Beschäfti-

Schaubild 20



1) Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1991 je Erwerbstätigenstunde. — 2) Nominale Effektivverdienste je Stunde deflationiert mit dem Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte. — 3) Eigene Schätzung. — 4) Differenz der Veränderung der Effektivverdienste je Stunde zu der der Tarifverdienste im jeweiligen Jahr.

Quelle für Grundzahlen: DIW

SR 93 0585

gung abgebaut, Kurzarbeit ausgeweitet und Überstunden zurückgeführt worden sind. Offensichtlich wurde — wie in allen vorangegangenen Rezessionen auch zu beobachten — der Beschäftigungsstand den gegebenen Produktionsbedingungen nicht unverzüglich in vollem Umfang angepaßt, denn im zweiten Halbjahr 1993, als die Talsohle der Rezession erreicht war, hat einzig der auch weiterhin fortgesetzte Personalabbau wieder einen leichten Produktivitätsanstieg bewirken können. Hierzu mögen aber auch die Arbeitszeitverkürzungen in der Metall- und Elektroindustrie sowie in der Chemischen Industrie beigetragen haben, die von den Unternehmen in der derzeitig äußerst schwierigen Wirtschaftslage zur allmählichen Verbesserung der Produktivität genutzt worden sind. Insgesamt jedenfalls sind in den genannten Branchen bis in den Herbst hinein keine Ersatzeinstellungen vorgenommen worden.

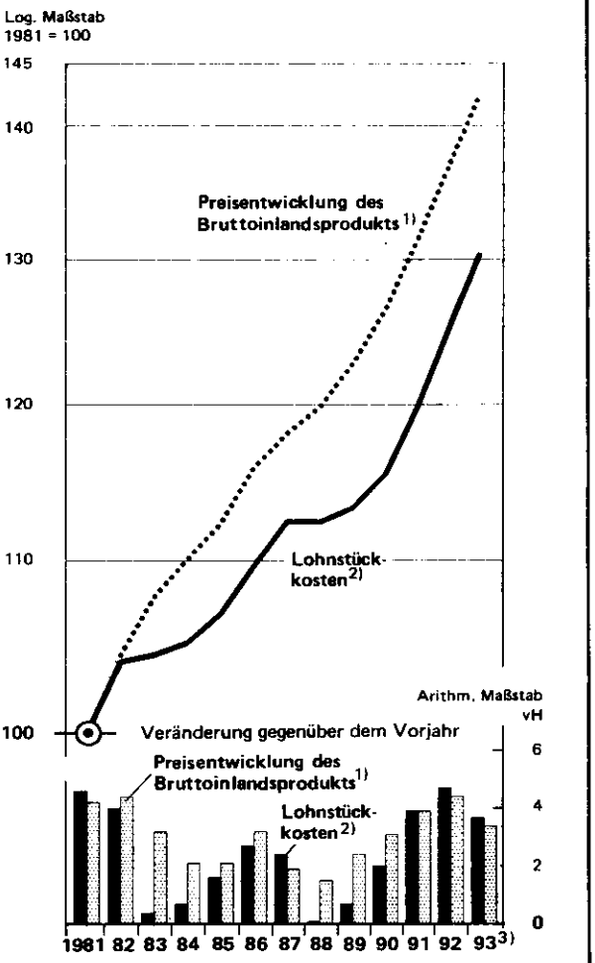
Die durchschnittliche Zunahme der Lohnstückkosten um 3,7 vH spiegelt im wesentlichen die Entwicklung des vergangenen Jahres wider (Schaubild 21). Zur Jahresmitte 1992 waren die Lohnstückkosten sprunghaft angestiegen; seither haben sie saisonbereinigt nur noch wenig zugenommen — ein Trend, der sich unserer Einschätzung zufolge auch im zweiten Halbjahr 1993 fortgesetzt haben dürfte. In den beiden letzten Rezessionen hingegen war der Anstieg erheblich stärker.

123. In den **jungen Bundesländern** war die Tarifpolitik auch im Jahre 1993 facettenreich. In zahlreichen Wirtschaftsbereichen kam es zu Neuabschlüssen, teilweise blieb es bei bereits in den Vorjahren vereinbarten Stufenabkommen, teilweise wurden mittelfristige Verträge revidiert mit dem Ergebnis, die zuvor vereinbarten Tarifanhebungen zeitlich zu verschieben. Merklich niedrigere Ost-West-Relationen als bislang vorgesehen werden hierdurch aber erst in den nächsten Jahren erreicht. Auffällig ist, daß vor allem in kleineren Tarifbereichen, die hauptsächlich Branchen in allenfalls geringem überregionalem Wettbewerb auf den Gütermärkten umfassen, Abschlüsse in der Größenordnung von 6 vH bis 8 vH vereinbart wurden, während sie in den größeren Tarifbereichen zwischen 11 vH und 20 vH lagen (Tabelle 35).

124. Vor allem die Auseinandersetzung in der Metall- und Elektroindustrie erregte breite Aufmerksamkeit, hatte doch zunächst der Verband der sächsischen Metall- und Elektroindustrie nach Scheitern der Schlichtung bei den von ihm beantragten Revisionsverhandlungen am 18. Februar 1993 das gültige Stufenabkommen von 1991 außerordentlich gekündigt. Streitpunkt war die im Vertrag vom 1. April 1991 vorgesehene Anhebung der Löhne und Gehälter auf 82 vH (Arbeiter) und 80 vH (Angestellte) des westlichen Vorjahresniveaus, was einer prozentualen Erhöhung von etwa 26 vH entsprochen hätte. Zum Zeitpunkt des Scheiterns der Schlichtungsversuche in einzelnen Regionalbereichen standen dem Arbeitgeberangebot einer Tarifanhebung im Gesamtvolumen von 9 vH, verbunden mit einer Forderung auf Abweichungsmöglichkeiten nach unten für nicht leistungsfähige Betriebe, Vorschläge der Gewerkschaften gegenüber, die Löhne und Gehälter zunächst um 17 vH bis 18 vH zu erhöhen, sowie die vollständige

Schaubild 21

ZUR ENTWICKLUNG DER LOHNSTÜCKKOSTEN UND DER PREISENTWICKLUNG DES BRUTTOINLANDSPRODUKTS IM FRÜHEREN BUNDESGEBIET



1) Originalbasis 1991 = 100. — 2) Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit je beschäftigten Arbeitnehmer (im Inland) in Relation zum Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1991 je Erwerbstätigen (im Inland). — 3) Eigene Schätzung.

SR 93 0586

Anpassung der Osteinkommen an das Westniveau auf einen Zeitraum von maximal zehn Jahren zu strecken. Nach insgesamt zwei Streikwochen Anfang Mai gelang den Tarifvertragsparteien in Sachsen doch noch ein Verhandlungsergebnis, das schließlich in allen jungen Bundesländern übernommen worden ist. Vereinbart wurde nach Rücknahme der arbeitsrechtlich umstrittenen außerordentlichen Kündigung ein abgeänderter Stufentarifvertrag mit Gültigkeit ab Anfang Juni, der noch im Jahre 1993 eine schrittweise Anhebung auf 80 vH des jeweils aktuellen Westniveaus vorsieht. Statt bereits Anfang April 1994 wird die vollständige Angleichung nunmehr erst planmäßig Anfang Juli 1996 erreicht, wobei für diese letzte Stufe wiederum eine Revisionsklausel vorgesehen ist.

Obwohl das Ende dieses Jahres nach dem neuen Vertrag erreichte Tarifniveau kaum niedriger ist als bereits im Jahre 1991 vereinbart worden war, ging nach der neuen Regelung die jahresdurchschnittliche Steigerungsrate der Tariflöhne nach überschlägiger Rechnung von 20 vH auf 14 vH zurück.

Neu aufgenommen in den Metall-Tarifvertrag wurde eine Klausel, nach der einzelne Arbeitgeber oder Betriebsräte einen Antrag auf Feststellung eines Härtefalls stellen können, und zwar insbesondere zur Abwendung einer drohenden Insolvenz, zur Sicherung von Arbeitsplätzen, vor allem bei drohenden

Tabelle 35

Wichtige Tarifabschlüsse in den jungen Bundesländern

Wirtschaftszweig [1])/ begünstigte Arbeitnehmer	Tarifvereinbarung [2])	Erhöhung 1993 [3])	Laufzeitbeginn (Kündigungstermin)	Bemerkungen/Nebenregelungen
Bundesanstalt für Arbeit Bundesgebiet-Ost	70 vH der Westtarife 74 vH der Westtarife 80 vH der Westtarife	+ 20 vH	1. Mai 1992 1. Dezember 1992 1. Juli 1993 (31. Dezember 1993)	Abschluß wie im öffentlichen Dienst-Ost.
Privates Versicherungsgewerbe 23 000	78 vH der 83 vH jeweiligen Westtarife	+ 15½ vH	1. Dezember 1992 1. Juni 1993 (30. November 1993)	Vermögenswirksame Leistung von DM 26 monatlich ab 1. November 1993.
Groß- und Außenhandel Mecklenburg-Vorpommern: 20 000	+ 12,5 vH	.	1. Januar 1993 (31. Januar 1994)	Sonderregelungen zur Teilzeitarbeit und zur Teilzeitarbeit im Alter, vermögenswirksame Leistung von DM 26 monatlich.
Braunkohle- und Gasindustrie 60 000	+ 10 vH	.	1. Januar 1993 (31. Januar 1994)	DM 250 Pauschale für Dezember 1992; Änderung der Eingruppierung ab 1. Oktober 1993.
Privates Bankgewerbe 50 000	75 vH—80 vH der 78 vH—82 vH jeweiligen 82 vH—85 vH Westtarife	+ 16½ vH	1. Februar 1993 1. Juni 1993 1. November 1993 (31. Januar 1994)	DM 350 Pauschale für Januar 1993; Erhöhung der vermögenswirksamen Leistungen von DM 26 auf DM 52 monatlich ab dem 1. November 1993.
Chemische Industrie 100 000	+ 9 vH	+ 12½ vH	1. Februar 1993 (28. Februar 1994)	1 Nullmonat; Anhebung der Jahressonderzahlung von 50 vH auf 65 vH eines Monatseinkommens ab dem 1. Januar 1994.
Groß- und Außenhandel Berlin-Brandenburg: 40 000	85 vH der 85 vH jeweiligen 90 vH Sätze in Berlin-West	.	1. März 1993 1. September 1993 1. Januar 1994 (31. März 1994)	
Groß- und Außenhandel Sachsen-Anhalt: 10 000	+ 6 vH + 5 vH + 5 vH	.	1. April 1993 1. Oktober 1993 1. Januar 1994 (30. April 1994)	DM 210 Pauschale für Januar bis März 1993.
Feinkeramische Industrie 11 300	+ 9 vH + 3,5 vH	+ 16½ vH	1. April 1993 1. Oktober 1993 (31. März 1994)	Änderung des im Jahre 1991 ausgehandelten Tarifergebnisses auf Basis der vereinbarten Revisionsklausel als Schlichtungsergebnis; Stufenvereinbarung über Anhebung der Jahressonderzahlung bis auf ein Monatsentgelt im Jahre 1996; Sondervereinbarung über die Verlängerung der individuellen Kündigungsfristen und über die Einführung von Kurzarbeit statt betriebsbedingter Entlassungen.
Textilindustrie 30 000	Nullmonat + 5,7 vH + 3,4 vH	+ 13½ vH	1. April 1993 1. Mai 1993 1. November 1993 (30. April 1994)	Öffnungsklausel sowie Protokollnotiz, um bis zum 1. November 1993 ein Rationalisierungsschutzabkommen und einen Tarifvertrag zur Optimierung der Maschinenlaufzeiten in Kraft zu setzen.
Bauhauptgewerbe 307 800	+ 9,3 vH + 2,5 vH + 4,9 vH	+ 11 vH	1. April 1993 1. Oktober 1993 (31. März 1994)	Lohnausgleich für die bereits vereinbarte Arbeitszeitverkürzung von 41 auf 40 Wochenstunden für Arbeiter und Anhebung der Gehälter für Angestellte, Poliere und Auszubildende. Hierdurch wird ein Niveau von 85 vH der Westtarife erreicht.

Wirtschaftszweig [1]/ begünstigte Arbeitnehmer	Tarifvereinbarung [2])	Erhöhung 1993 [3])	Laufzeitbeginn (Kündigungstermin)	Bemerkungen/Nebenregelungen
Metall- und Elektroindustrie	82 vH/80 vH etwa 73 vH/71 vH 75 vH der 78 vH jeweiligen 80 vH Westtarife 87 vH 94 vH 100 vH	+ 14 vH	1. April 1993 16. April 1993 1. Juni 1993 1. September 1993 1. Dezember 1993 1. Juli 1994 1. Juli 1995 1. Juli 1996 (30. Juni 1997)	Neuer Stufentarifvertrag nach gescheiterten Revisionsverhandlungen der alten Regelung und anschließender „außerordentlicher" Kündigung durch den Arbeitgeberverband. Ergebnis nach zweiwöchigem Streik, Gesamtmetall erklärt: „Die außerordentliche Kündigung von Tarifverträgen ist grundsätzlich kein geeignetes Mittel zur Lösung von Tarifkonflikten". Vereinbarung einer formalisierten Härtefallregelung und einer Revisionsklausel, nach der die letzte Stufenanhebung um sechs Monate nach vorne oder nach hinten verschoben werden kann, wenn dies acht Monate zuvor beantragt worden ist.
Bekleidungsindustrie 22 100	+ 5,6 vH + 3,3 vH	+ 12 vH	1. Mai 1993 1. Januar 1994 (30. April 1994)	Öffnungsklausel sowie Protokollnotiz, um bis zum 1. November 1993 ein Rationalisierungsschutzabkommen und einen Tarifvertrag zur Optimierung der Maschinenlaufzeiten in Kraft zu setzen.
Einzelhandel 500 000	+ 9 vH	+ 16 vH	1. Mai 1993 (30. April 1994)	Verlängerung der Mittelstandsklausel für Betriebe mit maximal 15 Mitarbeitern (alter Vertrag: 20 Mitarbeiter) mit Einkommensabschlägen von höchstens 10 vH bis 31. Dezember 1993 und von höchstens 6 vH bis 30. April 1994.
Eisen- und Stahlindustrie 80 000	80 vH der jeweils 90 vH gültigen 100 vH Tarife in NRW	+ 15½ vH	1. Juni 1993 1. Oktober 1994 1. April 1996 (31. März 1997)	Abschluß nach Anwendung der alten Revisionsklausel; für die Monate April und Mai 1993 Pauschalzahlung von DM 390; Vereinbarung einer Härtefallregelung.
Wohnungswirtschaft 60 000	85 vH der 100 vH jeweiligen Westtarife	.	1. Juni 1993 1. Januar 1995	
Groß- und Außenhandel Sachsen	+ 17 vH	.	1. Juli 1993 (31. Dezember 1993)	Damit werden 85 vH des Tarifniveaus Bayerns erreicht.
Glasindustrie 12 100	+ 9 vH + 6 vH	+ 15½ vH	1. Juli 1993 1. Dezember 1993 (31. August 1994)	Als Schlichtungsergebnis Änderung des im Jahre 1991 ausgehandelten Tarifergebnisses auf Basis der vereinbarten Revisionsklausel. In der letzten Stufe 1993 werden etwa 77 vH des Tarifniveaus der Hohlglasindustrie Bayerns erreicht.

[1]) Nur Neuabschlüsse seit Herbst 1992, in der Reihenfolge des Laufzeitbeginns.
[2]) In vH gegenüber der abgelaufenen Tarifregelung oder in Relation zu den vergleichbaren Löhnen oder Gehältern in Westdeutschland.
[3]) Jahresdurchschnitt 1993 gegen Jahresdurchschnitt 1992; eigene Berechnung auf Monatsbasis, ohne Berücksichtigung von Änderungen der Arbeitszeit, einmalig gezahlten Pauschalbeträgen, Jahressonderzahlungen, vermögenswirksame Leistungen und anderen Nebenleistungen.

Quelle für Grundzahlen: Deutscher Gewerkschaftsbund

Entlassungen und zur Verbesserung der Sanierungschancen aufgrund eines vorgelegten Sanierungsplanes. Nach Ablauf eines formalisierten Verfahrens wäre dann eine befristete untertarifliche Bezahlung der betroffenen Arbeitnehmer möglich. Aber schon kurz nach Vertragsabschluß zeichneten sich beträchtliche Meinungsverschiedenheiten zwischen den Tarifvertragsparteien über die praktische Handhabung dieser Härtefallklausel ab. Während die Arbeitgeberverbände von der Möglichkeit einer breiten Inanspruchnahme ausgingen, nahm die Gewerkschaft die Position ein, daß es sich um eine Ausnahmeregelung handele, die nicht im Sinne einer allgemeinen Öffnungsklausel mißbraucht werden dürfe. Ebenso lehnte die IG Metall grundsätzlich die Anerkennung von Härtefällen für Treuhandbetriebe ab.

Von daher verwundert es nicht, daß es bis Ende September nach Arbeitgeberangaben nur zu insgesamt gut 100 Anträgen auf Feststellung eines Härtefalls gekommen ist, von denen bis Anfang November 18 anerkannt worden sind. Unter den Härtefällen hat sich bis zu diesem Zeitpunkt kein Treuhandunternehmen befunden. Ein anfänglich reges Interesse der Metallunternehmen an der Härtefallregelung habe angesichts der bürokratischen Hemmnisse sehr schnell abgenommen.

125. Im ersten Halbjahr 1993 lag in den jungen Bundesländern die Bruttolohn- und -gehaltssumme je beschäftigten Arbeitnehmer, bereinigt um den rechnerischen Effekt der Kurzarbeit, um 15 vH über ihrem Vorjahresstand. Die so gemessenen Effektivverdienste entsprachen mit gut 68 vH des westdeutschen Wertes einem geringeren Niveau, als für dieses Jahr erwartet worden war. Hierin kommt die Verlangsamung des Anpassungstempos bei den Tarifeinkommen zum Ausdruck. Freilich muß berücksichtigt werden, daß immer noch eine erhebliche Datenunsicherheit für Ostdeutschland besteht. So läßt sich — nachdem das Statistische Bundesamt im Sommer dieses Jahres auch für das Jahr 1992 vierteljährliche Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen vorgelegt hat — für die ostdeutschen Effektivverdienste im vierten Quartal des Jahres 1992 ein um etwa 3 Prozentpunkte niedrigeres Ost-West-Verhältnis ausrechnen, als vom Sachverständigenrat vor Jahresfrist noch angenommen worden ist (JG 92 Ziffer 126). Wird nun mit Blick auf die Tarifabkommen eine weitere Annäherung bis zum Jahresende unterstellt, könnten die Effektivverdienste im Durchschnitt dieses Jahres etwa 70½ vH des Niveaus in den alten Bundesländern erreichen. Damit wäre der Pro-Kopf-Verdienst um etwas weniger als 14 vH gegenüber dem Vorjahr angestiegen. Das Tempo des Lohnanstiegs hätte sich erheblich verlangsamt.

Unseren Schätzungen zufolge sind damit im gleichen Zeitraum die Löhne und Gehälter in den jungen Bundesländern weiterhin stärker als die Wertschöpfung angestiegen. Damit hätte sich die Kostensituation der ostdeutschen Unternehmen und Verwaltungen gegenüber dem Vorjahr nochmals verschlechtert, wenn zur Beurteilung die Lohnstückkosten, deren Aussagefähigkeit in der Übergangszeit allerdings erheblich eingeschränkt ist (JG 92 Ziffer 127), herangezogen werden. Im Jahresdurchschnitt dürften die Lohnstückkosten um gut 5 vH angestiegen sein, allerdings mit einer niedrigeren Rate in der zweiten Jahreshälfte. Damit hätte sich das Lohnstückkostenniveau im Vergleich zwischen den jungen und den alten Bundesländern nochmals leicht verschlechtert und läge rein rechnerisch bei 178 vH.

Die für eine Analyse der Lohnstückkostenentwicklung in den einzelnen Wirtschaftsbereichen nach der Konzeption des Sachverständigenrates benötigten Daten liegen derzeit noch nicht vor. Wird anstelle der Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit nur die Bruttolohn- und -gehaltssumme und statt der Bruttowertschöpfung nur der Nettoproduktionsindex herangezogen sowie auf die Ausschaltung der Verzerrungen verzichtet, die durch Veränderungen des Anteils der Selbständigen und mithelfenden Familienangehörigen entstehen, so läßt sich aus den verfügbaren statistischen Daten für die Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten im industriellen Bereich eine den Lohnstückkosten ähnliche Größe ermitteln. Nach Berechnungen, die das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung und das Institut für Weltwirtschaft in ihrem neunten Bericht über gesamtwirtschaftliche und unternehmerische Anpassungsprozesse in Ostdeutschland durchgeführt haben, weist diese Indexreihe für das erste Halbjahr 1993 einen um reichlich ein Zehntel niedrigeren Wert gegenüber dem selben Vorjahreszeitraum auf. Demzufolge haben im Verarbeitenden Gewerbe Ostdeutschlands die Betriebe ihre Belastung mit Arbeitskosten vor allem durch den kräftigen Beschäftigungsabbau verringern können.

126. Auch in diesem Jahre dürfte nach unserer Schätzung die Arbeitseinkommensquote in Westdeutschland angestiegen sein, wie es dem typischen Verlaufsmuster in einer krisenhaften Wirtschaftsentwicklung entspricht (Tabelle 36). Für die jungen Bundesländer läßt sich aufgrund noch immer lückenhafter Statistiken nur eine sehr grobe Abschätzung durchführen. Hier dürften die Arbeitseinkommen weiterhin das Volkseinkommen übertroffen haben. In den alten Bundesländern wurde auch eine rückläufige Steigerungsrate der Bruttolohn- und -gehaltssumme je beschäftigten Arbeitnehmer, die mit 2,7 Prozentpunkten besonders ausgeprägt ausgefallen ist, vor allem durch die gleichzeitige Abnahme der Bruttoerwerbstätigenproduktivität, aber auch durch die gestiegenen Arbeitgeberbeiträge, bereits zu einem großen Teil kompensiert. Der Produktivitätseffekt dürfte in diesem Jahr den außer im Jahre 1980 niedrigsten in Westdeutschland verzeichneten Wert erreichen. Insofern hat die diesjährige Produktivitätsentwicklung zum Anstieg der Arbeitseinkommensquote beigetragen, die Arbeitgeber haben also noch mehr Arbeitskräfte als zur Produktion eigentlich benötigt in Beschäftigung gehalten, obwohl sie den Beschäftigtenstand per Saldo kräftig zurückgeführt

Tabelle 36

Verteilung der Erwerbs- und Vermögenseinkommen

Anteil am Volkseinkommen in vH

Jahr[1]	Arbeitseinkommensquote[2]	Vermögenseinkommen		„Gewinn"-Einkommen[5]
		der privaten Haushalte[3]	des Staates[4]	
	Früheres Bundesgebiet			
1983	84,4	7,2	−1,5	9,9
1984	82,9	7,6	−1,5	11,0
1985	82,4	8,0	−1,5	11,1
1986	81,3	7,8	−1,6	12,4
1987	81,6	7,7	−2,0	12,6
1988	80,3	7,9	−2,4	14,2
1989	78,9	8,7	−1,7	14,1
1990	77,9	8,8	−1,5	14,9
1991	78,3	8,7	−1,9	14,9
1992	79,4	9,1	−1,7	13,2
1993	80½	...	−2	...
	Neue Bundesländer und Berlin-Ost			
1991	119,0	x	x	x
1992	115,3	x	x	x
1993	109	x	x	x

[1] 1993 eigene Schätzung.
[2] Von Inländern empfangene Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit und kalkulatorischer Unternehmerlohn (dabei wird unterstellt, daß jeder Selbständige/mithelfende Familienangehörige das durchschnittliche Bruttoeinkommen eines beschäftigten Arbeitnehmers erhält).
[3] Empfangene Vermögenseinkommen von den Unternehmen, vom Staat, von der übrigen Welt und Einkommen der privaten Haushalte aus Wohnungsvermietung, nach Abzug der Zinsen auf Konsumentenschulden.
[4] Nach Abzug der Zinsen auf öffentliche Schulden.
[5] Einkommen aus Unternehmertätigkeit (entnommene und nichtentnommene Gewinne der Unternehmen) abzüglich des kalkulatorischen Unternehmerlohns und der Einkommen der privaten Haushalte aus Wohnungsvermietung.

haben. Ebenfalls günstig auf den Anteil der Arbeitseinkommen am gesamten Volkseinkommen Westdeutschlands wirkten sich die Veränderungen der Terms of Trade und in geringerem Maße die Preisentwicklung aus.

VI. Geldpolitik im Konflikt

127. Im Jahre 1993 sah sich die Bundesbank einem Konflikt zwischen einer potentialorientierten Geldpolitik einerseits und der Rücksichtnahme auf Konjunktur und Wechselkurse andererseits ausgesetzt. Dabei gelang es ihr nicht, die Entwicklung der Geldbestände in Einklang mit den Erfordernissen einer potentialorientierten Geldpolitik zu bringen. Nicht nur die Geldmarktzinsen, sondern auch die Zinsen am Kapitalmarkt sanken in diesem Jahr beträchtlich. Turbulenzen im Europäischen Währungssystem verbunden mit einer Aufwertungstendenz der D-Mark führten letztlich zu einer Erweiterung der Bandbreiten im EWS.

Weiterhin starke monetäre Expansion trotz schwacher Konjunktur

128. Die monetäre Entwicklung des Jahres 1993 war angesichts des konjunkturellen Umfeldes — die monetäre Gesamtnachfrage dürfte im Jahre 1993 um reichlich 2½ vH zunehmen — überraschend kräftig. War es zum Jahreswechsel noch zu einer deutlichen Verlangsamung der monetären Expansion mit zeitweilig rückläufiger Geldmenge M3 gekommen, so beschleunigte sich die Geldmengenexpansion erneut im weiteren Verlauf des Jahres 1993. Im Durchschnitt des Jahres 1993 dürfte die Geldmenge M3 um schätzungsweise 8 vH über dem Vorjahreswert liegen.

129. Die Bundesbank nahm im Verlauf des Jahres 1993 hin, daß die Geldmenge M3 mit einer höheren Rate anstieg, als dies mit ihren geldpolitischen Zielvorstellungen vereinbar gewesen wäre. Im September lag die Geldmenge M3 — nach Ausschaltung saisonaler Einflüsse und auf Jahresrate umgerechnet — um 6,8 vH über dem im Durchschnitt des vierten Quartals 1992 erreichten Bestand und damit um 0,3 Prozentpunkte oberhalb des Zielkorridors, den die Notenbank für dieses Jahr angestrebt hatte (Schaubild 22).

Bei der Ableitung ihrer geldpolitischen Zielvorstellung war die Notenbank von der Annahme ausgegangen, daß das gesamtdeutsche Produktionspotential einen viertel Prozentpunkt stärker als im Vorjahr und somit um 3 vH zunehmen würde. Hierin spiegelten sich der nach Einschätzung der Bundesbank kräftigere Anstieg des Produktionspotentials in Ostdeutschland und eine Verlangsamung des Potentialwachstums im Westen wider. Weiterhin wurde der mittelfristig tolerierbare Preisniveauanstieg mit erneut 2 vH berücksichtigt. Hatte die Bundesbank der trendmäßigen Abnahme der Umlaufsgeschwindigkeit der Geldmenge M3 in den vergangenen Jahren mit einem halben Prozentpunkt Rechnung getragen, so betrug der Zuschlag zum Geldmengenziel für das Jahr 1993 einen Prozentpunkt, wobei nach Aussage der Bundesbank auch der administrativ bedingte Preisanstieg vor allem in Ostdeutschland berücksichtigt wurde. In der Summe dieser drei Elemente hätte sich ein im Durchschnitt des Jahres 1993 anzustrebendes potentialgerechtes Geldmengenwachstum in Höhe von 6 vH ergeben. Bei der Formulierung eines Verlaufszieles galt es indes zu berücksichtigen, daß die monetäre Versorgung der Wirtschaft im vierten Quartal 1992 weit über das Ziel hinausgeschossen war. Deshalb schien der Bundesbank ein Abschlag von einem halben Prozentpunkt im Verlaufsziel geboten. Der Zielkorridor wurde für den Jahresverlauf 1993 in Höhe von 4½ vH bis 6½ vH festgelegt.

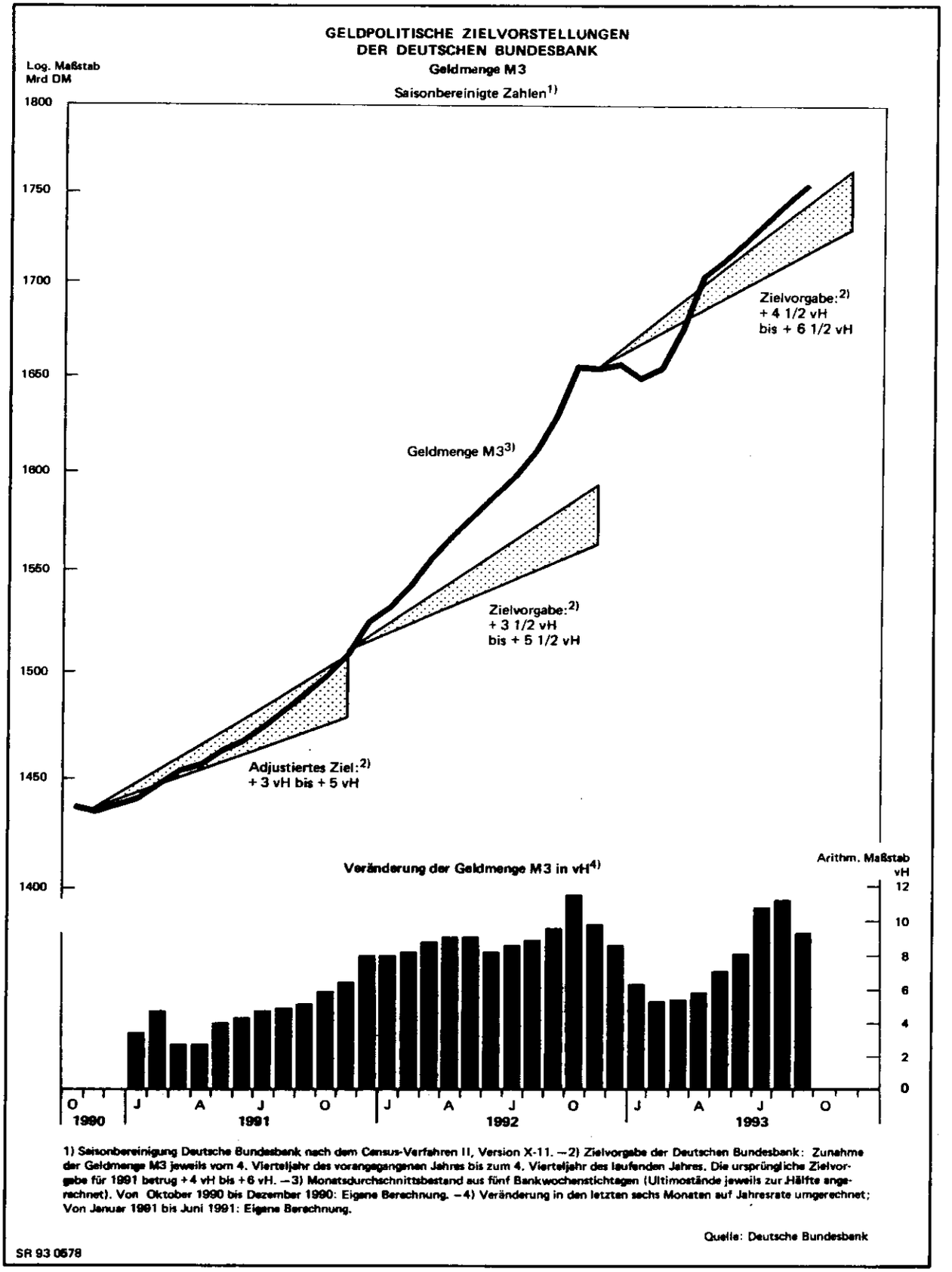
Obgleich der Zielkorridor im Vergleich zum Vorjahr um einen Prozentpunkt angehoben wurde, signalisierte die Bundesbank damit keine geldpolitische Lockerung; vielmehr reagierte sie auf die zu erwartende Veränderung der zugrundeliegenden wirtschaftlichen Eckdaten.

130. Die Wachstumsrate der erweiterten Geldmenge M3 — sie enthält neben den bereits in M3 enthaltenen Einlagen die von inländischen Nichtbanken gehaltenen kurzlaufenden Bankschuldverschreibungen und DM-Einlagen bei den Auslandsfilialen und Auslandstöchtern inländischer Kreditinstitute — lag im Verlauf dieses Jahres deutlich über derjenigen der herkömmlich abgegrenzten Geldmenge M3. In den ersten sieben Monaten dieses Jahres wuchs das erweiterte Geldmengenaggregat, das besser als der von der Bundesbank betrachtete geldpolitische Indikator Auskunft darüber geben dürfte, in welchem Umfang das inländische Publikum Liquidität hält — nach Ausschaltung saisonaler Einflüsse und auf Jahresrate umgerechnet —, mit einer Rate von 11,7 vH. Wie bereits in den vergangenen Jahren haben inländische Anleger auch in diesem Jahr ihre DM-Einlagen bei den Auslandsniederlassungen inländischer Kreditinstitute in erheblichem Umfang aufgestockt. So nahmen die Verbindlichkeiten der Auslandstöchter und Auslandsfilialen deutscher Kreditinstitute gegenüber deutschen Nichtbanken in den ersten acht Monaten dieses Jahres um 31,6 Mrd DM zu. Damit betrug der Bestand an Euroeinlagen 224,1 Mrd DM; das sind 12,8 vH der inländischen Geldbestände. Insbesondere in den ersten Monaten dieses Jahres kam es zu einer verstärkten Mittelverlagerung in das Ausland, die wohl vor allem im Zusammenhang mit der Einführung der Zinsbesteuerung zum 1. Januar 1993 zu sehen sein dürfte.

131. Das im Verlauf des Jahres 1993 deutlich abgesunkene Zinsniveau mag mit dazu beigetragen haben, daß die Ausweitung der Geldbestände, verglichen mit der Entwicklung des Transaktionsvolumens, kräftig war. Offenbar entschieden sich viele Marktteilnehmer auch in Anbetracht der konjunkturellen Unsicherheit zugunsten einer möglichst liquiden Vermögenshaltung, zumal angesichts der niedrigen Verzinsung am Kapitalmarkt die entgangenen Zinseinkünfte begrenzt blieben. Gleichzeitig begünstigte die Zinslockerung die weiterhin überraschend dynamische Kreditentwicklung.

Fraglich ist, wie die Entwicklung der Zinsstruktur auf die Geldbestände gewirkt hat. Die vielfach geäußerte

Schaubild 22



1) Saisonbereinigung Deutsche Bundesbank nach dem Census-Verfahren II, Version X-11. – 2) Zielvorgabe der Deutschen Bundesbank: Zunahme der Geldmenge M3 jeweils vom 4. Vierteljahr des vorangegangenen Jahres bis zum 4. Vierteljahr des laufenden Jahres. Die ursprüngliche Zielvorgabe für 1991 betrug + 4 vH bis + 6 vH. – 3) Monatsdurchschnittsbestand aus fünf Bankwochenstichtagen (Ultimoständen jeweils zur Hälfte angerechnet). Von Oktober 1990 bis Dezember 1990: Eigene Berechnung. – 4) Veränderung in den letzten sechs Monaten auf Jahresrate umgerechnet; Von Januar 1991 bis Juni 1991: Eigene Berechnung.

Quelle: Deutsche Bundesbank

SR 93 0678

These, daß eine Normalisierung der Renditestruktur dämpfend auf die monetäre Expansion wirkt, weil die Anleger dann aufgrund der größeren Attraktivität der Geldkapitalbildung Mittel aus befristeten Einlagen in längerfristige Anlagen umschichten, hat sich zunächst nicht bewahrheitet. Zwar normalisierte sich die Zinsstruktur am Rentenmarkt, und auch die Verzinsung der befristeten Einlagen sank in den ersten neun Monaten dieses Jahres deutlich um etwa zwei Prozentpunkte. Dies alles sprach für Portfolioentscheidungen der Anleger zugunsten der Geldkapitalbildung und damit für die Abnahme der Nachfrage nach Geld. Doch obwohl spätestens seit Mai dieses Jahres die Verzinsung am Rentenmarkt über die durchschnittliche Verzinsung von Termineinlagen stieg, engagierten sich die inländischen Nichtbanken zunächst nicht in nennenswertem Umfang am Kapitalmarkt. Vor allem die im Zusammenhang mit unsicheren Zinserwartungen wieder aufgeflammte Befürchtung eines Rückschlages am Rentenmarkt dürfte hierbei eine entscheidende Rolle gespielt haben. Erst im Herbst dieses Jahres kam es zu einer Belebung der Geldkapitalbildung des inländischen Publikums.

Expansive Impulse auf den Geldschöpfungsprozeß gingen nach wie vor von der Kreditgewährung der Geschäftsbanken aus. Von Januar bis August dieses Jahres wuchs der Bestand an Bankkrediten an inländische Nichtbanken um 151,7 Mrd DM. Dies waren 18,9 Mrd DM weniger als im gleichen Vorjahreszeitraum. Auch in diesem Jahr wurde der weitaus größte Teil der Bankkredite an Unternehmen und Privatpersonen gewährt, ihre Bedeutung ist jedoch in Relation zu dem wachsenden Kapitalbedarf des Staates im Vorjahresvergleich zurückgegangen. Dennoch stieg diese Komponente der Kreditgewährung in den ersten acht Monaten dieses Jahres um 109,5 Mrd DM mit einer saisonbereinigten Zuwachsrate von 7,9 vH. Zwar dürfte die Kreditnachfrage ostdeutscher Unternehmen im Jahre 1993 gegenüber dem Vorjahr kaum zurückgegangen sein, doch erscheint der unverändert hohe Kreditbedarf der Unternehmen und Privatpersonen insgesamt erstaunlich angesichts der rezessiven Entwicklung in Westdeutschland sowie der damit verbundenen Investitionsschwäche der Unternehmen. In der Tat wurde die expansive Entwicklung der Kredite an inländische Unternehmen und Privatpersonen in diesem Jahr vor allem von der Kreditvergabe an den Wohnungsbau bestimmt. Die staatliche Kreditaufnahme bei den Banken betrug demgegenüber bis August 47,5 Mrd DM, 29,6 Mrd DM mehr als im gleichen Zeitraum des vergangenen Jahres.

Die Geldkapitalbildung bei den Kreditinstituten schwächte sich wie bereits im Vorjahr auch 1993 zunächst weiter ab. Zwar kam es im Herbst zu einer leichten Belebung, doch gingen insgesamt in diesem Jahr von der Geldkapitalbildung keine wesentlichen dämpfenden Impulse auf die Entwicklung der Geldmenge M3 aus. Sie belief sich bis zum August dieses Jahres auf 57,1 Mrd DM; das waren 28,9 Mrd DM weniger als im entsprechenden Zeitraum des Jahres 1992.

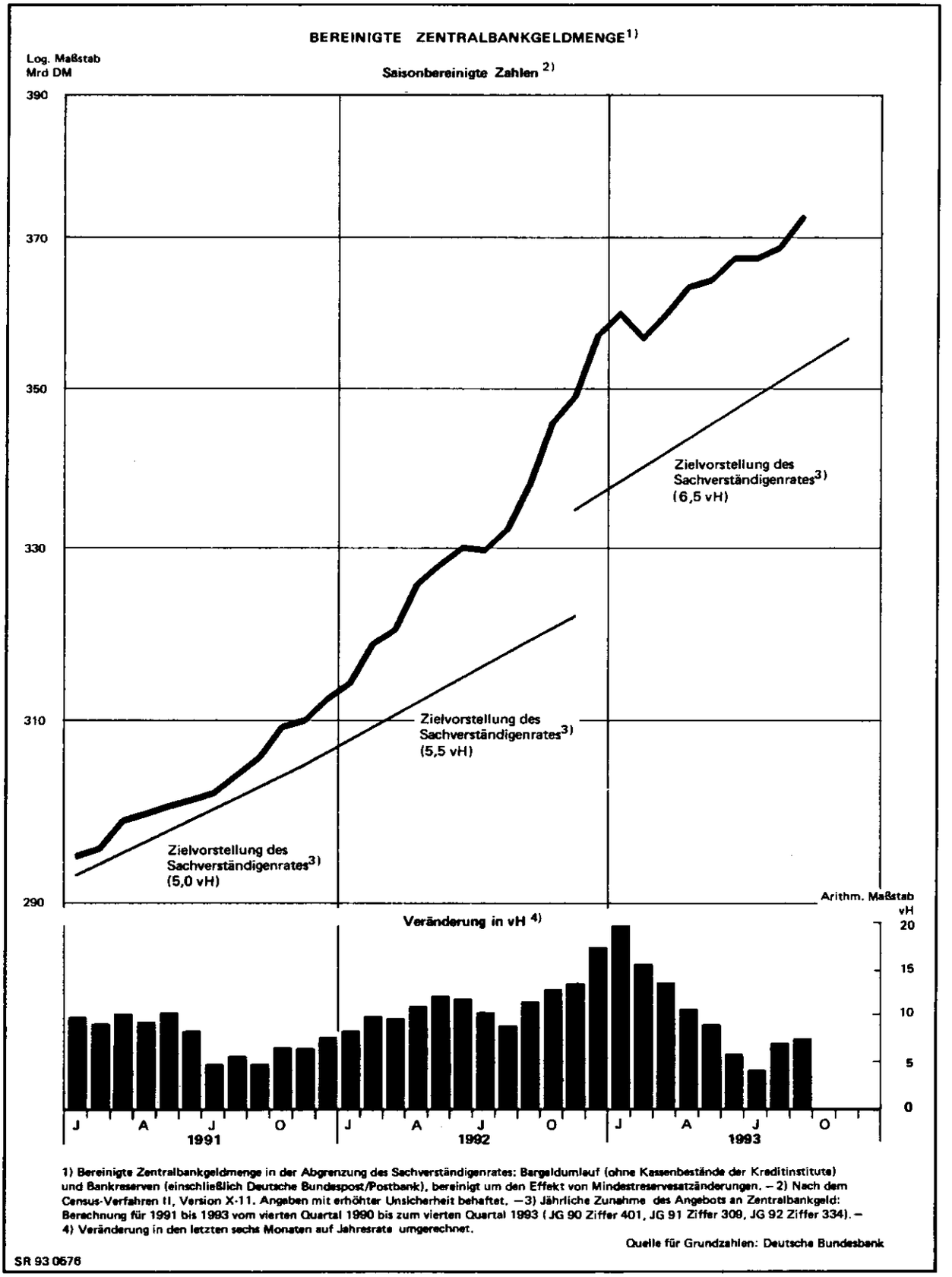
132. Abweichend von der Bundesbank gründet der Sachverständigenrat seine Beurteilung des geldpolitischen Kurses nicht in erster Linie auf die Geldmenge M3, sondern auf die bereinigte Zentralbankgeldmenge, die den Bargeldumlauf sowie die Reserven der Kreditinstitute bei der Notenbank umfaßt. Hierbei lassen wir uns von der Überlegung leiten, daß die Geldmenge M3 zwar die Liquiditätssituation in der Wirtschaft widerspiegelt, hieraus jedoch nicht ohne weiteres Rückschlüsse auf den monetären Kurs der Bundesbank zu ziehen sind. Vielmehr ergibt sich die Entwicklung der Geldmenge M3 aus dem Zusammenspiel von Notenbank, Geschäftsbanken und Publikum. Demgegenüber bildet die bereinigte Zentralbankgeldmenge vornehmlich den Beitrag der Notenbank zur monetären Expansion ab.

Im Herbst vergangenen Jahres hatte der Sachverständigenrat dafür plädiert, den Pfad des potentialgerechten Angebotes an Zentralbankgeld in diesem Jahr mit einer Rate von 6,5 vH fortzuschreiben. Die Überlegungen des Sachverständigenrates bezüglich der hinzunehmenden Preissteigerungsrate, der Umlaufsgeschwindigkeit der bereinigten Zentralbankgeldmenge und der voraussichtlichen Entwicklung des Produktionspotentials führten im Ergebnis zu einer monetären Expansionsrate, wie sie ähnlich dann auch später die Bundesbank ihrer Zielformulierung im Dezember zugrundelegte (JG 92 Ziffer 331). Anders als die Bundesbank wählt der Sachverständigenrat aber als Anknüpfungspunkt seines monetären Zielpfades grundsätzlich nicht den tatsächlichen Geldmengenbestand, sondern den Endpunkt des Zielpfades des laufenden Jahres. Da sich die der Zielformulierung zugrundeliegenden Parameter in den vergangenen Jahren wesentlich anders entwickelt hatten als unterstellt, wurde für 1993 eine Anhebung des Zielpfades vorgenommen (JG 92 Ziffer 332), allerdings nicht in dem vollen Umfang der bis dahin eingetretenen Abweichung; auch nach der Korrektur hielten wir die Bereitstellung von Zentralbankgeld für zu reichlich. Insofern galt es grundsätzlich, im Verlauf des Jahres 1993 die Rückkehr zu einer potentialorientierten Geldversorgung und damit eine Annäherung an den mittelfristigen Zielpfad anzustreben.

133. Die Expansion der bereinigten Zentralbankgeldmenge war zum Jahreswechsel 1992/93 unverändert kräftig und schwächte sich auch im weiteren Jahresverlauf kaum ab (Schaubild 23). Im September lag die bereinigte Zentralbankgeldmenge nach Ausschaltung saisonaler Einflüsse und auf Jahresrate umgerechnet um 8,2 vH über dem im November 1992 erreichten Wert und um 5,7 vH über dem Zielwert. Eine Annäherung der Zentralbankgeldmenge an den Potentialpfad wurde somit bislang nicht erreicht.

Die im Vergleich zur Geldmenge M3 noch dynamischere Entwicklung der bereinigten Geldbasis ist vor allem der Expansion des Bargeldumlaufes zuzurechnen, der in der bereinigten Zentralbankgeldmenge nach der Senkung der Mindestreservesätze im März nunmehr mit einem Anteil von über 70 vH ein hohes Gewicht hat. Zwar erhöhte sich der Bargeldbestand in den ersten acht Monaten des Jahres 1993 — saisonbereinigt und auf Jahresrate umgerechnet — lediglich mit einer Rate von 4,9 vH, doch waren bereits im vierten Quartal vergangenen Jahres die Kassenbestände sprunghaft gestiegen. Allein im Dezember 1992 nahmen sie gegenüber ihrem Novemberwert um

Schaubild 23



1) Bereinigte Zentralbankgeldmenge in der Abgrenzung des Sachverständigenrates: Bargeldumlauf (ohne Kassenbestände der Kreditinstitute) und Bankreserven (einschließlich Deutsche Bundespost/Postbank), bereinigt um den Effekt von Mindestreservesatzänderungen. – 2) Nach dem Census-Verfahren II, Version X-11. Angaben mit erhöhter Unsicherheit behaftet. – 3) Jährliche Zunahme des Angebots an Zentralbankgeld: Berechnung für 1991 bis 1993 vom vierten Quartal 1990 bis zum vierten Quartal 1993 (JG 90 Ziffer 401, JG 91 Ziffer 309, JG 92 Ziffer 334). – 4) Veränderung in den letzten sechs Monaten auf Jahresrate umgerechnet.

Quelle für Grundzahlen: Deutsche Bundesbank

SR 93 0676

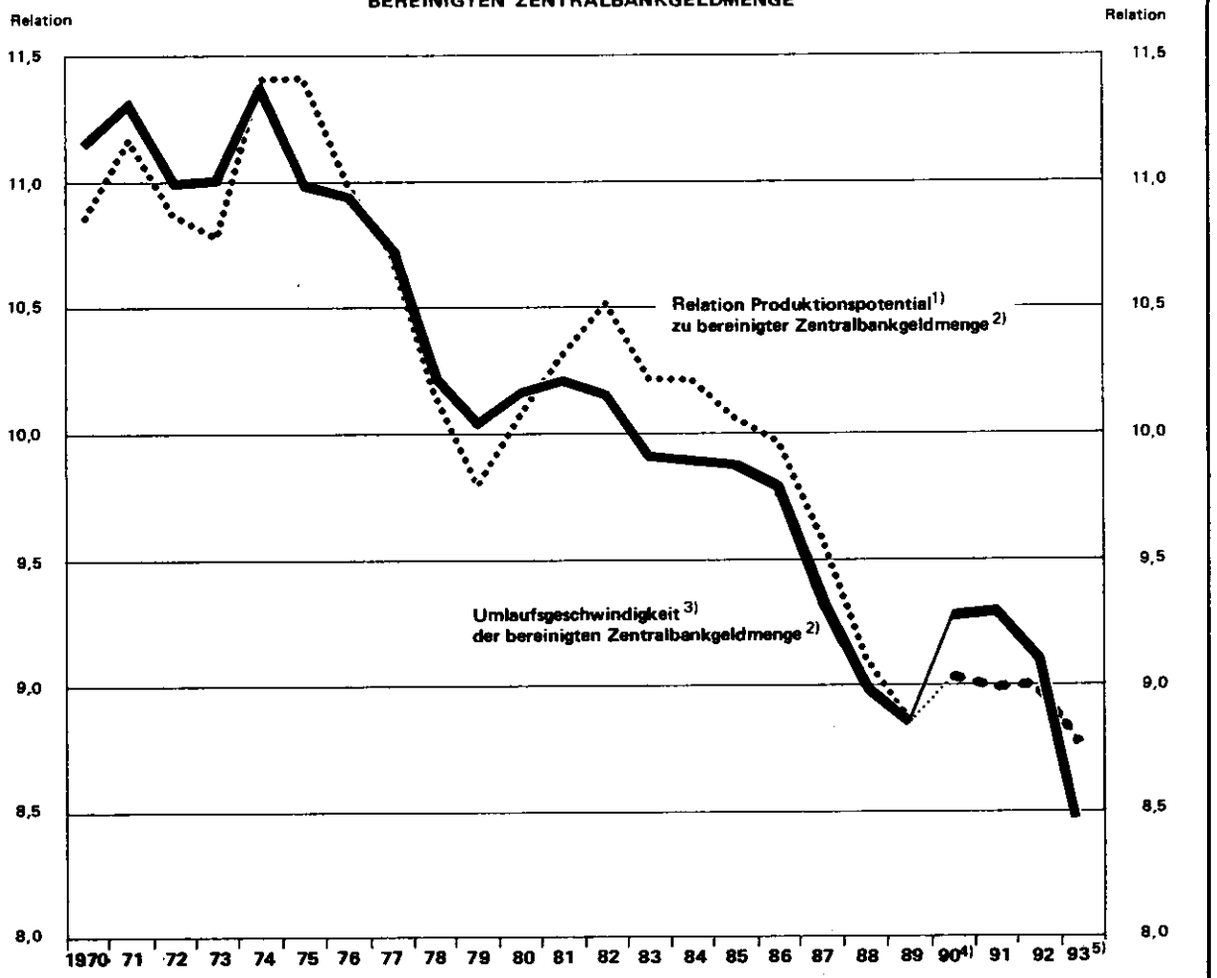
2,6 vH zu. Die im Zusammenhang mit der Zinsbesteuerung von Privaten vorgenommenen Vermögensverlagerungen in das europäische Ausland führten wahrscheinlich zu einer erhöhten Nachfrage nach Bargeld. In dem Maße, in dem dieser Aufbau von Guthabenpositionen an den Euromärkten fortdauert, dürfte dieser Teil der monetären Dynamik nicht inflationswirksam werden.

Der Einfluß der gesunkenen Zinsen auf die Nachfrage nach Zentralbankgeld zeigt sich in dem kräftigen Rückgang der Umlaufsgeschwindigkeit der bereinigten Zentralbankgeldmenge, dem Verhältnis von Bruttoinlandsprodukt in jeweiligen Preisen und dem Geldmengenaggregat (Schaubild 24). Aufgrund der gesunkenen Kosten der Beschaffung von Zentralbankgeld war eine möglichst intensive Ausnutzung der Geldmenge zur Bewältigung der laufenden Transaktionen weniger dringlich.

134. Die monetären Rahmenbedingungen für die wirtschaftliche Aktivität in der Bundesrepublik waren im Jahre 1993 geprägt von einer im Vergleich zum Vorjahr weniger expansiven Entwicklung der Geldbestände. Daneben ermöglichte die Wende in der Zinspolitik der Bundesbank, daß auch an den Finanzmärkten die aus konjunktureller Sicht belastenden Kapitalkosten deutlich zurückgehen konnten. Die Rückkehr zu einer potentialorientierten Geldpolitik ist im Jahre 1993 indes nicht gelungen: Im zweiten Jahr in Folge dürfte die Bundesbank ihre geldpolitischen Zielvorstellungen verfehlt haben. Auch nach

Schaubild 24

ZUR ENTWICKLUNG DER UMLAUFSGESCHWINDIGKEIT DER BEREINIGTEN ZENTRALBANKGELDMENGE



1) Produktionspotential bei Normalauslastung in jeweiligen Preisen, ab 2. Halbjahr 1990 für die neuen Bundesländer und Berlin-Ost Bruttoinlandsprodukt in jeweiligen Preisen anstelle des noch nicht zu berechnenden Produktionspotentials. — 2) Bargeldumlauf und Zentralbankguthaben der Banken (ab Juni 1978 einschließlich Deutsche Bundespost/Postbank), bereinigt um den Effekt von Mindestreservesatzänderungen. Quelle für Grundzahlen: Deutsche Bundesbank. — 3) Relation Bruttoinlandsprodukt in jeweiligen Preisen zu bereinigter Zentralbankgeldmenge. — 4) Ab Juli 1990 Deutschland. — 5) Eigene Schätzung.

SR 93 0674

dem Konzept des Sachverständigenrates war die Ausweitung der Geldmenge zu hoch.

Im Jahre 1993 kam es zu einem deutlichen Rückgang der Geldmarktzinsen. Um zu beurteilen, inwieweit dieser Zinsrückgang in Einklang mit einer potentialorientierten Geldpolitik stand, ist die Geldmengenentwicklung zu berücksichtigen. Diese legt jedoch nahe, daß die zu erwartende konjunkturbedingte Abschwächung der Liquiditätsnachfrage nicht zuletzt auch durch die zinspolitischen Maßnahmen der Bundesbank, die zu einer erhöhten Geldnachfrage führten, überkompensiert wurde. Insofern kann vor dem Hintergrund der Entwicklung der Geldbestände nur eine expansive, antizyklisch wirkende Geldpolitik diagnostiziert werden.

Flexiblere Liquiditätssteuerung am Geldmarkt

135. Angesichts der Unruhe an den Devisenmärkten und den damit verbundenen Liquiditätszuflüssen sah sich die Bundesbank im Jahre 1993 nicht immer in der Lage, die laufende Bereitstellung von Zentralbankgeld entsprechend ihrer bisherigen Geschäftspraxis vornehmlich über revolvierende Wertpapierpensionsgeschäfte zu sichern. Vielmehr versuchte sie, wie bereits im Herbst 1992, ihr geldpolitisches Instrumentarium zu flexibilisieren.

Dabei kam ihr die Novellierung des Bundesbankgesetzes vom November vergangenen Jahres zugute. Sie ermöglichte es ihr erstmals im größeren Umfang, eigene Papiere — sogenannte Bundesbank-Liquiditäts-U-Schätze — zur Geldmarktsteuerung zu begeben. Sowohl Kreditinstitute als auch Privatpersonen können am Bietungsverfahren dieser kurzfristigen Geldmarkttitel mit Laufzeiten von drei, sechs oder neun Monaten teilnehmen. Neben der damit verbunden gestiegenen Bedeutung des deutschen Geldmarktes bietet sich das neugeschaffene geldpolitische Instrument auch zur Sterilisierung eventueller Devisenzuflüsse an, da die Liquiditätswirkung über die gleichen Kanäle verläuft.

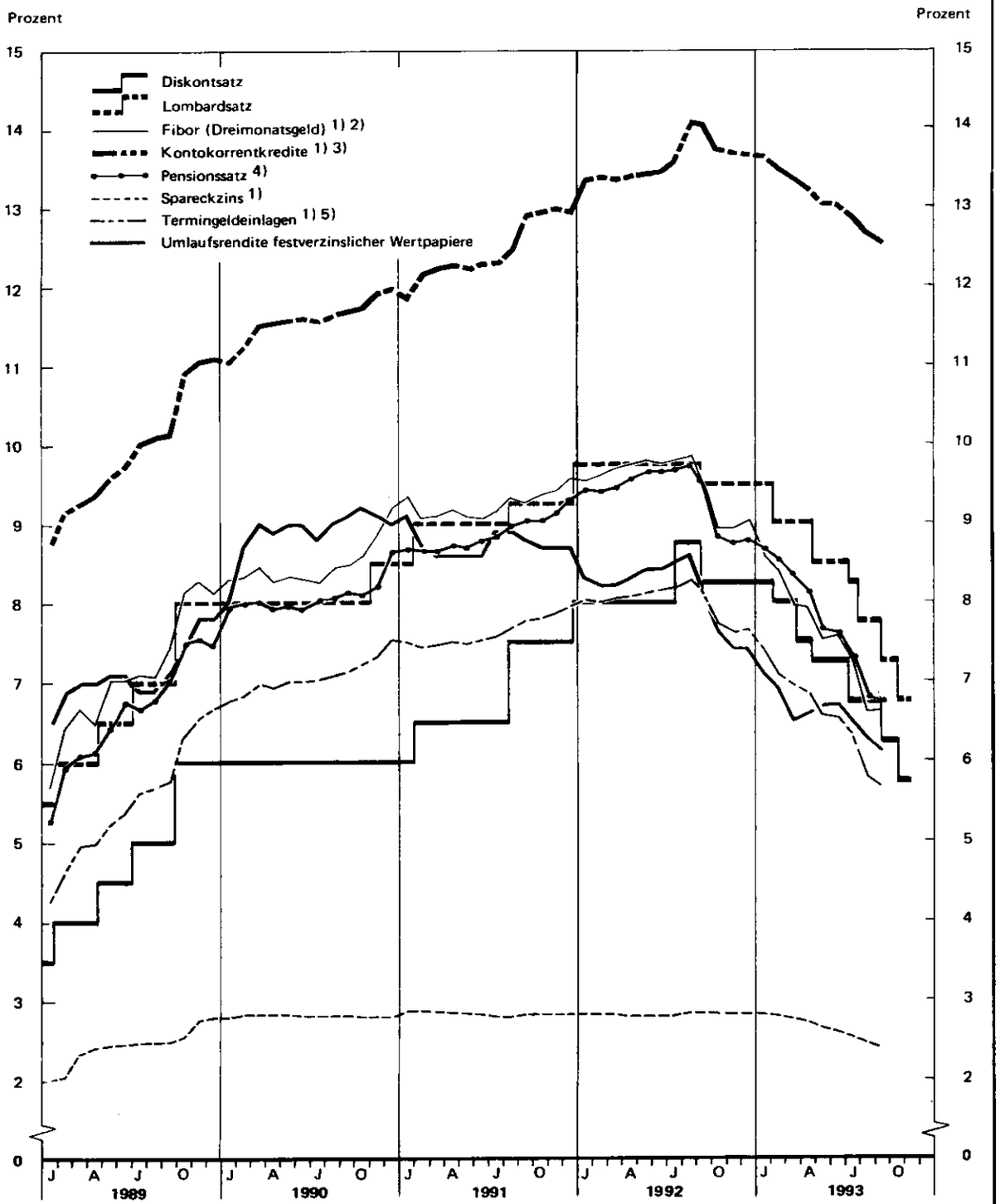
Zeitgleich mit der Begebung der Liquiditätspapiere senkte die Bundesbank die Mindestreservesätze für Termin- und Spareinlagen mit Wirkung vom 1. März 1993. Ohne daß hiermit laut Bundesbank die Bedeutung der Reservepolitik grundsätzlich geschmälert werden sollte, bedeutete die Summe der getroffenen Maßnahmen doch eine stärkere Ausrichtung der deutschen Geldpolitik auf die Offenmarktpolitik und somit eine Anpassung an internationale Gepflogenheiten. Hierbei dürfte die Bundesbank nicht zuletzt die anstehende Diskussion um das geldpolitische Instrumentarium der zukünftigen europäischen Notenbank im Blick gehabt haben. Darüber hinaus erhoffte sie sich von der Senkung der Mindestreservesätze eine verbesserte Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Geschäftsbanken. Insbesondere sollte der Mittelabfluß an die Euromärkte dadurch gedämpft werden können, daß die mit der verminderten Reservepflicht verbundenen Kosteneinsparungen seitens der Kreditinstitute an die Anleger weitergegeben würden. Angesichts der Entwicklung der erweiterten Geldmenge M3 scheint sich diese Hoffnung — zumindest bisher — nicht erfüllt zu haben.

136. Die Zinssätze am deutschen Geldmarkt sind im Verlauf des Jahres 1993 kräftig gesunken, allerdings in kleinen Schritten; im September lag der Tagesgeldsatz bei durchschnittlich 6,99% und damit knapp 2 Prozentpunkte unter seinem Wert vom Dezember 1992 und sogar 2,7 Prozentpunkte unter seinem Wert vom August 1992, dem Monat vor der zinspolitischen Wende der Bundesbank. Die Bundesbank bemühte sich dabei um eine möglichst feine Dosierung liquiditätspolitischer Maßnahmen, nicht zuletzt, um auf Liquiditätszuflüsse aus dem Ausland flexibel reagieren zu können. Auch galt es aus Sicht der Notenbank, einer übermäßigen Lockerung am Geldmarkt durch eine Politik der straffen Zügel entgegenzutreten, so daß die Kreditinstitute mehrfach in nicht unerheblichem Maße auf den Lombardkredit zurückgreifen mußten. Daneben sah sich die Bundesbank in diesem Jahr mehrfach gezwungen, mit Hilfe von Wertpapierschnelltendern sowie der Verlagerung von Bundesguthaben (gemäß § 17 Bundesbankgesetz) in den Geldmarkt einzugreifen.

Begann die Zinsschmelze im vierten Quartal 1992 eher verhalten, so forcierte die Bundesbank im Frühjahr dieses Jahres ein zügiges Absinken der Geldmarktsätze. Anfang Februar begann mit der Herabnahme des Diskontsatzes und des Lombardsatzes um einen viertel beziehungsweise einen halben Prozentpunkt auf 8% beziehungsweise 9% ein Prozeß der schrittweisen Leitzinssenkung (Schaubild 25). Bis Oktober dieses Jahres senkte die Bundesbank in sechs weiteren Schritten den Diskontsatz und den Lombardsatz um jeweils insgesamt 2¼ Prozentpunkte auf 5¾% beziehungsweise 6¾%. Dabei war sie im gesamten Verlauf des Jahres nicht zuletzt mit Hilfe von Mengentendern bei den Wertpapierpensionsgeschäften bemüht, den Tagesgeldsatz an das jeweilige Niveau des Diskontsatzes heranzuführen.

137. Zur Begründung ihrer zinspolitischen Beschlüsse verwies die deutsche Notenbank nicht allein auf die monetäre Entwicklung, sondern auch auf eine Reihe weiterer Faktoren. Sprachen die monetären Daten angesichts der Verfehlung der Zielvorstellung sowie einer nur langsam rückläufigen Inflationsrate nicht gerade für eine geldpolitische Lockerung, so galt es doch, auch die konjunkturelle Lage zu berücksichtigen (Ziffern 323f.). In Anbetracht der Bedeutung der langfristigen Zinsen für eine Erholung der wirtschaftlichen Aktivität war die Bundesbank darum bemüht, den Zinssenkungsprozeß nicht nur am Geldmarkt, sondern auch am Kapitalmarkt nicht zum Erliegen kommen zu lassen. Daneben wurde auch von ausländischer Seite wiederholt die Forderung nach Zinssenkungen gestellt, um die an den europäischen Devisenmärkten aufgetretenen Spannungen zu beseitigen und den Partnerländern im Europäischen Währungssystem Spielräume für die weitere Lockerung ihrer eigenen Geldpolitik zu eröffnen. Diesen Forderungen verschloß sich die Bundesbank nicht vollständig. Dennoch sah sie sich Ende Juli heftiger Kritik ausgesetzt, als es im Anschluß an die Zentralbankratsitzung vom 29. Juli 1993, auf der eine Herabnahme des Lombardsatzes, nicht aber wie erwartet des Diskontsatzes beschlossen wurde, zu heftigen Turbulenzen im EWS kam und eine Erweiterung der Bandbreiten beschlossen wurde. Letztlich gelang es der deutschen Noten-

ENTWICKLUNG AUSGEWÄHLTER ZINSEN



1) Die Durchschnittssätze sind als ungewichtetes arithmetisches Mittel aus den innerhalb der Streubreite liegenden Zinsmeldungen errechnet, indem jeweils 5 vH der Meldungen mit den höchsten und den niedrigsten Zinssätzen ausgesondert werden. – 2) Frankfurt Interbank Offered Rate. Ab Juli 1990 FIBOR nach Zinsmethode 365/360 Tage berechneter Satz. – 3) Kontokorrentkredite unter 1 Mio DM. – 4) Ungewichteter monatlicher Durchschnitt aus den von der Bundesbank veröffentlichten Zinssätzen für Wertpapierpensionsgeschäfte (Zinstender beziehungsweise Mengentender). – 5) Festgelder von 100 000 DM bis unter 1 Mio DM mit vereinbarter Laufzeit von 1 Monat bis 3 Monate einschließlich.

Quelle: Deutsche Bundesbank

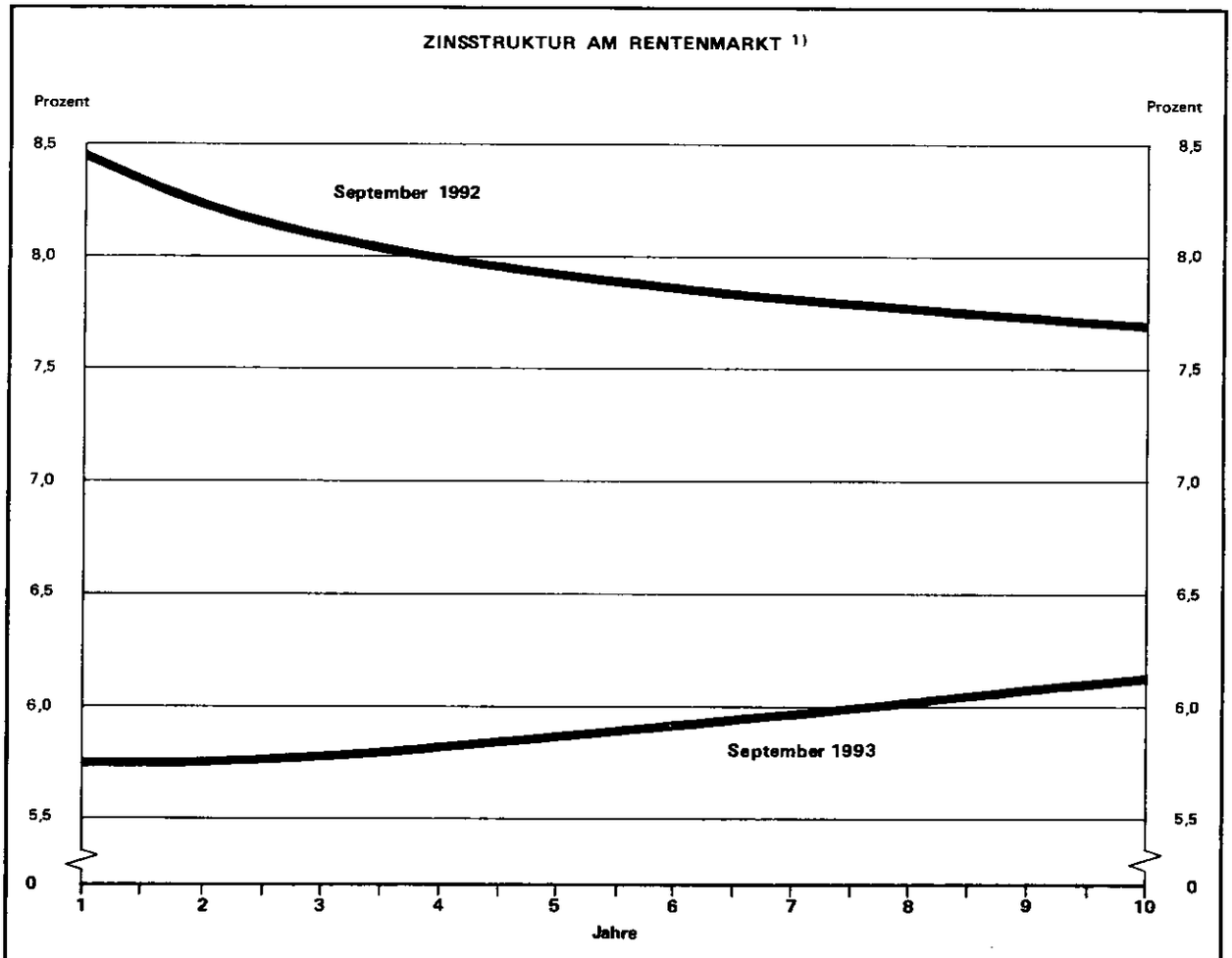
SR 93 0573

bank nicht, im Spannungsfeld zwischen monetären Faktoren, konjunkturellen Erwägungen und wechselkurspolitischen Anforderungen allem gerecht zu werden.

Normalisierung der Zinsstruktur am Kapitalmarkt

138. Der kräftige Rückgang der Geldmarktzinsen begünstigte 1993 eine gleichgerichtete Entwicklung der langfristigen Zinsen. So fiel die Umlaufsrendite festverzinslicher Wertpapiere in den ersten drei Monaten dieses Jahres um beinahe einen Prozentpunkt von 7,4 % im Dezember 1992 auf zunächst 6,5 % im März. Nach einer anschließenden Phase leichter Zinsauftriebstendenzen kam es zur Jahresmitte abermals zu kräftigen Kursgewinnen an den Wertpapiermärkten; die Umlaufsrendite fiel bis September auf 6,1 %. Gemessen an ihrem Höchststand vom August 1992 ermäßigten sich die langfristigen Zinsen um 2,5 Prozentpunkte. Zwar erfaßte der Zinsrückgang am Rentenmarkt das gesamte Spektrum der Laufzeiten, fiel jedoch am kurzen Ende des Marktes kräftiger aus als bei längerfristigen Titeln. Insofern kam es erstmals im März dieses Jahres wieder zu einer Normalisierung der Zinsstrukturkurve am Rentenmarkt, die sich im weiteren Verlauf des Jahres wenig änderte (Schaubild 26). Lagen die Renditen der umlaufenden börsennotierten Bundeswertpapiere mit einer Restlaufzeit von einem Jahr im September 1992 noch um einen dreiviertel Prozentpunkt oberhalb der Verzinsung der entsprechenden Titel mit einer Restlaufzeit von zehn Jahren, so übertraf die Rendite der längerfristigen Anlagen diejenige der kürzerfristigen im September 1993 um einen drittel Prozentpunkt. Zwischen dem Geldmarkt und dem Kapitalmarkt besteht allerdings unverändert eine inverse Zinsstruktur.

Schaubild 26



1) Rendite der umlaufenden Bundesanleihen mit einer Restlaufzeit von ... Jahren. Schätzwerte; zur Methode der Berechnung siehe Statistische Beihefte zu den Monatsberichten der Deutschen Bundesbank, Reihe 2: Wertpapierstatistik. In die Berechnung einbezogen sind alle teil- und gesamtfälligen tarifbesteuerten Anleihen von Bund, Bahn, Post und Fonds 'Deutsche Einheit' mit einer Restlaufzeit von mindestens einem Jahr, bereinigt um Kuponeffekte.

Quelle: Deutsche Bundesbank

SR 93 0687

Der deutliche Zinsrückgang am Rentenmarkt wurde im Jahre 1993 nicht zuletzt durch das Engagement ausländischer Anleger ermöglicht. Deren Bereitschaft, Kapital in Deutschland anzulegen, hängt nicht allein von der nominalen Verzinsung, sondern auch von am Markt erwarteten Wechselkursänderungen ab. Insbesondere im Sommer dieses Jahres überwog dabei eine positive Einschätzung der Renditemöglichkeiten einer Anlage in Deutschland. Unter Berücksichtigung der Aufwertungstendenz der D-Mark im Europäischen Währungssystem sowie angesichts der mit der Erweiterung der EWS-Bandbreiten verbundenen Unsicherheit an den Devisenmärkten erschienen deutsche Wertpapiere international vergleichsweise attraktiv. Die derart beflügelte dynamische Auslandsnachfrage nach deutschen Rentenwerten übte neben den geldpolitischen Impulsen zusätzlichen Zinssenkungsdruck aus. Daß dabei auch die Renditen am langen Ende des Marktes nachgaben, zeigt, daß es der Bundesbank dank einer nur vorsichtigen Lockerung der Geldpolitik offensichtlich gelungen war, das Vertrauen in die Geldwertstabilität trotz anhaltend hoher Preissteigerungsraten und der kräftigen Geldmengenexpansion zu bewahren.

139. Bei kräftigem Rückgang der Kapitalmarktzinsen übertraf die Mittelaufnahme an den deutschen Wertpapiermärkten im Jahre 1993 das bereits hohe Vorjahresniveau deutlich. Dabei bewegte sich die Emissionstätigkeit während des gesamten Zeitraumes auf hohem Niveau. In den ersten acht Monaten dieses Jahres wurden festverzinsliche Wertpapiere im Wert von 264,9 Mrd DM abgesetzt, 101,7 Mrd DM mehr als im gleichen Vorjahreszeitraum. Als Emittent trat angesichts der hohen Neuverschuldung der öffentlichen Haushalte verstärkt der Staat auf. Bis August dieses Jahres wurden öffentliche Anleihen im Wert von netto 143,9 Mrd DM abgesetzt, was einer Zunahme im Vergleich zu den ersten acht Monaten des Vorjahres um 63,1 Mrd DM entsprach. Die Kreditinstitute waren ebenfalls in zunehmendem Maße als Kapitalnachfrager am Markt präsent. Von Januar bis August 1993 verkauften die Geschäftsbanken Schuldverschreibungen im Gesamtwert von netto 106,7 Mrd DM. Auch in dieser Position spiegelt sich jedoch teilweise der erhöhte Kreditbedarf der öffentlichen Hand wider, da ein erheblicher Anteil der Bankschuldverschreibungen auf Kommunalobligationen entfiel, deren Emissionserlös den öffentlichen Haushalten zugute kommt. Ausländische Emittenten nahmen den deutschen Kapitalmarkt in den ersten acht Monaten dieses Jahres mit 13,9 Mrd DM in Anspruch.

Auf der Seite der Kapitalanleger waren die inländischen Nichtbanken angesichts sinkender Kapitalmarktzinsen nicht länger bereit, sich in wesentlichem Umfang zu engagieren. Zudem hatte die Anlagebereitschaft angesichts der konjunkturellen Situation und der damit verbundenen Unsicherheiten nachgelassen. Von Januar bis August 1993 brach der Absatz festverzinslicher Wertpapiere an inländische Nichtbanken auf 15,9 Mrd DM ein, was eine Abnahme um netto 42,9 Mrd DM bedeutete. Demgegenüber dominierte das Interesse ausländischer Anleger, die in den ersten acht Monaten dieses Jahres Rentenmarktpapiere im Gesamtwert von netto 159 Mrd DM erwarben. Neben den Turbulenzen an den Devisenmärkten dürfte hierfür — allerdings in geringerem Umfang — auch der Abfluß inländischer Mittel an die Euromärkte verantwortlich gewesen sein; Auslandsfilialen deutscher Geschäftsbanken haben einen Teil der ihnen aus Deutschland zufließenden Mittel am deutschen Kapitalmarkt angelegt.

140. Der deutsche Aktienmarkt zeigte sich im bisherigen Verlauf des Jahres 1993 von der konjunkturellen Lage unbeeindruckt. Vielmehr konnten die Aktienkurse von den sinkenden Kapitalmarktzinsen profitieren. Nach der geldpolitischen Lockerung zu Jahresanfang sowie in Anbetracht des Tarifabschlusses im öffentlichen Dienst, der als Indiz niedriger Tarifabschlüsse für das Jahr 1993 gewertet wurde, setzte eine erste Runde kräftiger Aktienkurssteigerungen um insgesamt 10,3 vH im ersten Quartal dieses Jahres ein. Zwar befand sich der Aktienmarkt in den folgenden Monaten in einer Phase der Konsolidierung, doch konnten sich die Kurse im weiteren Jahresverlauf erneut auf breiter Front erholen. Die Einschätzung vieler Anleger, daß die meisten deutschen Unternehmen gestärkt aus der Rezession hervorgehen würden, dürfte hierbei eine Rolle gespielt haben. Eine Ursache für die Fortsetzung dieser Aufwärtsbewegung ist sicherlich auch in dem Drängen ausländischer Anleger in die D-Mark zu sehen, die insbesondere im Anschluß an die Erweiterung der Bandbreiten im Europäischen Währungssystem zu beobachten war. So kam es im Herbst dieses Jahres zu rasanten Kurssteigerungen am deutschen Aktienmarkt. Ende Oktober übertrafen die Kurse, gemessen an dem Aktienindex des Statistischen Bundesamtes, ihren Jahresendstand 1992 um 31,6 vH.

Die Bereitschaft inländischer Unternehmen, Eigenkapital am deutschen Aktienmarkt aufzunehmen, nahm trotz der günstigen Kursentwicklung nur geringfügig zu. Die Rezession zeigte hier Wirkung. Zwar konnte sich die Emission junger Aktien in den ersten acht Monaten dieses Jahres im Vergleich zu dem entsprechenden Vorjahreszeitraum von 48,6 Mrd DM auf 69,4 Mrd DM deutlich beleben; dies ist jedoch größtenteils auf den stark gestiegenen Absatz ausländischer Dividendenwerte zurückzuführen.

141. Die Anlagebereitschaft ausländischer Investoren an den deutschen Finanzmärkten spiegelte sich im Kapitalverkehr mit dem Ausland wider. So war bereits im Sommer letzten Jahres ein deutlicher Umschwung im langfristigen Kapitalverkehr zu verzeichnen. Von Januar bis August 1993 belief sich der Nettokapitalimport im langfristigen Bereich auf 101,2 Mrd DM gegenüber einem Nettokapitalexport in Höhe von 10,2 Mrd DM im gleichen Vorjahreszeitraum. Im kurzfristigen Bereich hingegen flossen per Saldo Mittel aus der Bundesrepublik in das Ausland ab. Sie erreichten von Januar bis August dieses Jahres eine Höhe von netto 26,2 Mrd DM, während es in den ersten acht Monaten des Vorjahres noch zu einem Zufluß von Auslandskapital in diesem Bereich in Höhe von 52,7 Mrd DM gekommen war.

Per Saldo flossen bis August dieses Jahres 75 Mrd DM aus dem Ausland in die Bundesrepublik. Dies entspricht im Vorjahresvergleich einer Verbesserung der

Kapitalbilanz um 32,5 Mrd DM, da in dem gleichen Zeitraum des letzten Jahres lediglich Gelder in Höhe von 42,6 Mrd DM zugeflossen waren.

Das Europäische Währungssystem in der Krise

142. An den internationalen Devisenmärkten konnte die deutsche Währung im Jahre 1993 Kursgewinne verbuchen (Schaubild 27). Nach Angaben der Bundesbank übertraf der gewogene Außenwert der D-Mark gegenüber den Währungen von 18 Industrieländern im Durchschnitt der ersten neun Monate dieses Jahres seinen entsprechenden Vorjahresdurchschnitt um 3,6 vH. Dabei stieg der reale, auf Basis der Verbraucherpreise ermittelte Außenwert aufgrund der im internationalen Vergleich relativ hohen Preissteigerungen in der Bundesrepublik stärker an. Im Durchschnitt der ersten acht Monate des Jahres 1993 lag er um 5,3 vH über dem Wert des Vorjahres.

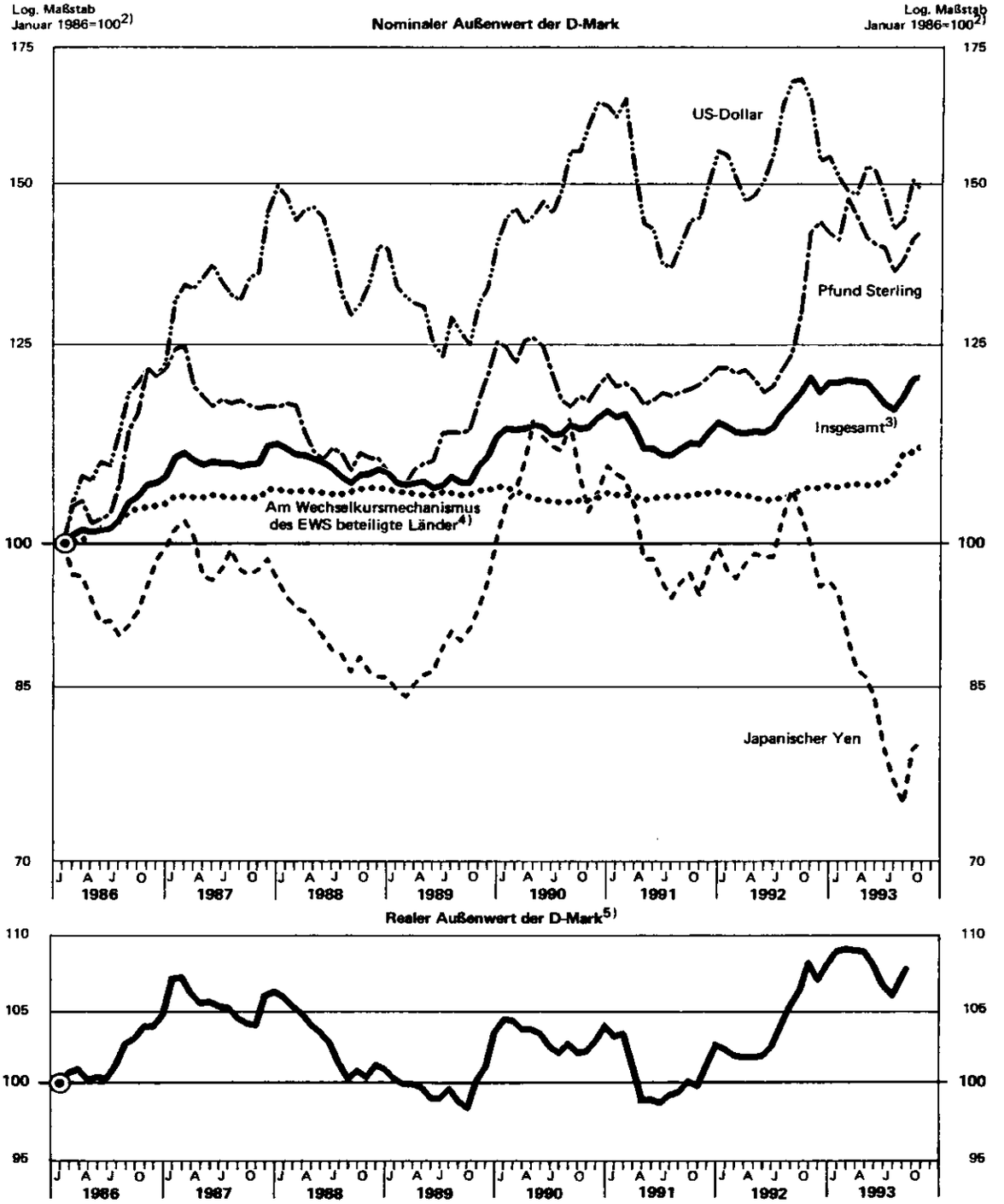
Nach der ausgeprägten Schwächephase des US-Dollar im vergangenen Jahr konnte die US-Währung im Verlauf dieses Jahres zeitweilig Kursgewinne gegenüber der D-Mark verbuchen. Dies läßt sich zum Teil auf die schrumpfende Zinsdifferenz zwischen deutschen und amerikanischen Kapitalanlagen zurückführen, aber auch darauf, daß die konjunkturelle Entwicklung in den Vereinigten Staaten sichtbar günstiger verlief als in der Bundesrepublik. War die Bewertung des Dollar zum Jahreswechsel zunächst aufwärts gerichtet — der Kurs der amerikanischen Währung erhöhte sich von 1,58 DM/Dollar im Dezember 1992 auf 1,65 DM/Dollar im März —, so verlief die Entwicklung im weiteren Jahresverlauf uneinheitlich. Im September wurde die US-Währung mit durchschnittlich 1,62 DM/Dollar bewertet. Die deutlichsten Kursgewinne gegenüber der D-Mark, aber auch beträchtliche Steigerungen gegenüber den meisten anderen westlichen Währungen, konnte in diesem Jahr der japanische Yen verzeichnen, dessen Kurs von Dezember vergangenen Jahres bis September 1993 um insgesamt 21 vH auf 1,54 DM/100 Yen stieg.

143. Auch in diesem Jahr erschütterten Turbulenzen an den Devisenmärkten das Europäische Währungssystem. Bereits zu Beginn des Jahres kam es zu erneuten Anspannungen, in deren Verlauf neben der spanischen Peseta, dem portugiesischen Escudo sowie dem irischen Pfund auch der französische Franc, dessen Kurs gegenüber der D-Mark in diesem Jahr eine zentrale Rolle im EWS zukam, unter Abwertungsdruck gerieten. Angesichts der engen Verflechtung der irischen Volkswirtschaft mit derjenigen des Vereinigten Königreiches, für dessen Währung bereits im September vergangenen Jahres die Teilnahme am Wechselkursmechanismus ausgesetzt worden war, ließ sich trotz beachtlicher Zinsanhebungen seitens der irischen Notenbank der Leitkurs des Pfundes nicht länger aufrechterhalten. Am 30. Januar 1993 wurde seine Abwertung um 10 vH gegenüber allen übrigen am Wechselkursmechanismus beteiligten Währungen beschlossen. Auch eine Kursanpassung der iberischen Währungen konnte trotz massiver Devisenmarktinterventionen letztlich nicht vermieden werden. Am 13. Mai 1993 wurden im Zuge einer weiteren Neuordnung der Wechselkurse die Peseta um 8 vH sowie der Escudo um 6,5 vH gegenüber den übrigen EWS-Währungen abgewertet.

Nach dem zweiten dänischen Referendum über den Maastricht-Vertrag, das mit einer Zustimmung endete, trat Ende Mai eine Beruhigung an den Devisenmärkten ein. Die französische Währung konnte sich angesichts des wachsenden Vertrauens in den weiteren europäischen Integrationsprozeß gegenüber der D-Mark erholen; nach isolierten Zinssenkungen der Banque de France wurde in Marktkreisen gar eine Ablösung der D-Mark als EWS-Ankerwährung durch den französischen Franc nicht ausgeschlossen. Ursache hierfür waren zum einen die kritischere Bewertung der wirtschaftlichen Entwicklung in der Bundesrepublik — insbesondere die Finanzierungsdefizite der öffentlichen Haushalte entwickelten sich zunehmend zu einer Belastung —, zum anderen die positiven Erwartungen, die die französischen Pläne für die Unabhängigkeit der Banque de France hervorriefen.

Im Juli jedoch wendete sich die Bewertung der D-Mark an den Devisenmärkten erneut. Ausschlaggebend hierfür waren vor allem divergierende Anforderungen an die Geldpolitik in den europäischen Ländern. Verfolgte die Bundesbank in Anbetracht der monetären Rahmenbedingungen eine Strategie der behutsamen Zinssenkung, so wünschten die meisten EWS-Staaten aus konjunkturellen Gründen und angesichts deutlich niedrigerer Preissteigerungsraten (Tabelle 37, Seite 142) eine zügigere geldpolitische Lockerung. Geldmarktzinsen unterhalb des deutschen Zinsniveaus ließen sich indes nicht lange aufrechterhalten. Im Verlauf des Juli geriet die D-Mark vor allem gegenüber dem französischen Franc abermals unter Aufwertungsdruck, der sich im Anschluß an die Zentralbankratssitzung vom 29. Juli 1993 verstärkte, nachdem die Bundesbank entgegen den Erwartungen der Marktteilnehmer den Diskontsatz nicht zurückgenommen hatte. Die Höhe der daraufhin notwendig gewordenen Beträge für Devisenmarktinterventionen — die Banque de France sah sich beispielsweise gezwungen, ihre gesamten Devisenreserven einzusetzen; die Bundesbank intervenierte eigenen Angaben zufolge mit 60 Mrd DM — begründete einen dringlichen Handlungsbedarf. Am 2. August 1993 beschlossen die Finanzminister und Notenbankpräsidenten der EG-Staaten, die zulässigen Schwankungsbreiten um die unverändert belassenen EWS-Leitkurse der Währungen von ±2¼ vH sowie ±6 vH im Falle Spaniens und Portugals auf ±15 vH auszudehnen. Einzig die Niederlande und die Bundesrepublik verständigten sich bilateral auf die Beibehaltung der engen Bandbreite. Die Einigung auf eine drastische Ausweitung der Wechselkursbänder kam zustande, nachdem andere Varianten nicht konsensfähig waren, beispielsweise die D-Mark für eine Zeitlang aus dem EWS herauszunehmen, sie gegenüber dem französischen Franc aufzuwerten oder ihr eine erweiterte Bandbreite zu geben, ein generelles Realignment oder eine größere Bandbreite allein für die französische Währung.

AUSSENWERT DER D-MARK GEGENÜBER AUSGEWÄHLTEN WÄHRUNGEN [1]



1) Zur Berechnungsmethode siehe Sonderaufsatz der Deutschen Bundesbank: „Aktualisierung der Außenwertberechnungen für die D-Mark und fremde Währungen", in: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, 41. Jg., Nr. 4, April 1989. - Die Indizes für die Ländergruppen wurden als gewogene geometrische Mittel der bilateralen nominalen Außenwerte errechnet. - 2) Umbasiert von Originalbasis 1972 = 100. - Für Ende 1972 wurden grundsätzlich die damaligen Leitkurse zugrunde gelegt, für das Pfund Sterling, das irische Pfund und den kanadischen Dollar, deren Wechselkurse freigegeben waren, stattdessen die Marktkurse von Ende 1972. - 3) EG-Länder, Finnland, Kanada, Japan, Norwegen, Österreich, Schweden, Schweiz und die Vereinigten Staaten. - 4) EG-Länder ohne Griechenland, Italien und Großbritannien. - 5) Gewogener Außenwert gegenüber 18 Industrieländern nach Ausschaltung der unterschiedlichen Preissteigerungsraten gemessen an den Verbraucherpreisen.

Quelle: Deutsche Bundesbank

SR 93 0575

144. Die Finanzminister und Notenbankpräsidenten betonten in ihrer anschließenden Stellungnahme, daß aus ihrer Sicht die fundamentalen wirtschaftlichen Entwicklungen in den jeweiligen Mitgliedsländern die Beibehaltung des bestehenden Paritätengitters im EWS rechtfertigten. Insofern sei der Druck auf den Devisenmärkten spekulativ motiviert gewesen. Diese spekulativen Attacken richteten sich vornehmlich auf Währungen wie den französischen Franc, den belgischen Franc und die dänische Krone, deren EWS-Leitkurse gegenüber der D-Mark sowie dem holländischen Gulden seit Anfang 1987 unverändert belassen worden waren. Für die Finanzmärkte waren — auch politisch gewünschte — feste Wechselkurse zwischen den Währungen dieser Ländergruppe offensichtlich jedoch wenig glaubwürdig.

Insoweit Inflationsraten und die Entwicklung der Leistungsbilanzsalden mit der Bewertung der Währungen in Zusammenhang zu bringen sind, gab es Ende der achtziger Jahre Indizien für einen leichten Neubewertungsbedarf der deutschen Währung im EWS (Schaubild 28). So hatte der Sachverständigenrat im Jahre 1989 für ein begrenztes Realignment im Europäischen Währungssystem plädiert und insbesondere für die D-Mark einen Aufwertungsbedarf gesehen (JG 89 Ziffern 419ff.). Mit der deutschen Vereinigung trat jedoch eine gegenläufige Entwicklung ein. Aus heutiger Sicht deuten Indizien wie etwa die Preisentwicklung, die außenwirtschaftliche Bilanz und die gesamtwirtschaftliche Entwicklung in dieser Ländergruppe nicht länger auf einen Aufwertungsbedarf der D-Mark hin. In der Preisentwicklung wies die Bundesrepublik (alte Länder) im gesamten Zeitraum von 1987 bis 1993 eine höhere durchschnittliche Steigerungsrate auf als die genannten Partnerstaaten. Auch die Lohnstückkosten stiegen stärker als in Dänemark und in den Niederlanden; Frankreich und Belgien lagen etwa gleichauf. In der außenwirtschaftlichen Bilanz verzeichnete die Bundesrepublik in demselben Zeitraum einen drastischen Rückgang ihres Leistungsbilanzüberschusses bis hin zu einer Passivierung der Leistungsbilanz. In den anderen Ländern kam es hingegen zu einer Aktivierung der Leistungsbilanz oder zu einer Aufrechterhaltung der Überschußposition. Beim Wirtschaftswachstum konnte die Bundesrepublik (alte Länder) trotz des Vereinigungsbooms keine nachhaltig entscheidend bessere Entwicklung verzeichnen als die übrigen hier betrachteten EWS-Länder mit Ausnahme von Dänemark. Die Arbeitslosigkeit lag in Frankreich höher als in Deutschland, aber in beiden Ländern ist sie spürbar gestiegen (Tabelle 1, Seite 34).

In der Tat wertete sich die D-Mark im Anschluß an die Entscheidung vom 2. August dieses Jahres zwar zunächst kräftig auf, es gelang jedoch insbesondere dem französischen Franc, diese Kursverluste nicht zuletzt dank einer nur vorsichtigen Lockerung der Geldpolitik teilweise wieder auszugleichen. Im Ergebnis blieben die Änderungen der Wechselkurse begrenzt. So lag der amtliche Devisenkurs des französischen Franc gegenüber der D-Mark im September um durchschnittlich 2 vH unterhalb des bis zum 1. August 1993 gültigen unteren Interventionspunktes. Bei dem belgischen Franc beziehungsweise der dänischen Krone betrug dieser Abstand 1,7 vH beziehungsweise 4,7 vH.

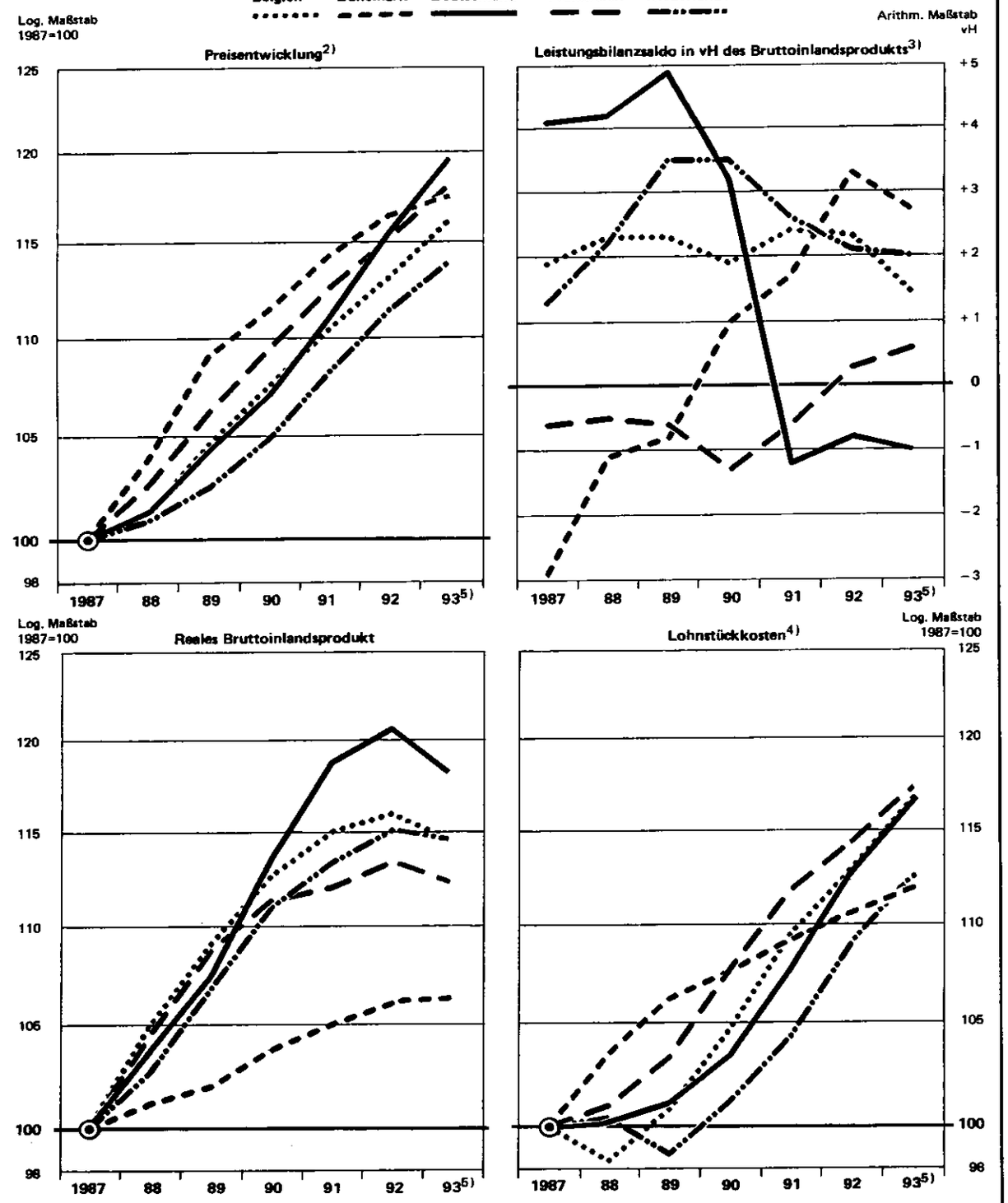
Vor dem Übergang zur zweiten Stufe der Währungsunion

145. Bis zum Spätsommer letzten Jahres galt das Europäische Währungssystem als Wegbereiter der Europäischen Währungsunion. Zudem schien mit dem Maastricht-Vertrag der Prozeß hin zu einer Währungsunion zeitlich und institutionell vorgezeichnet zu sein. Mit den EWS-Turbulenzen entbrannte jedoch erneut eine Debatte darüber, ob an dem gewählten Konzept festgehalten werden sollte oder ob die aufgetretenen Spannungen einen Änderungsbedarf im Europäischen Währungssystem begründeten. Neben einer flexibleren Handhabung des EWS-Regelwerkes in seiner damaligen Form wurde eine Fülle weiterer Vorschläge diskutiert: Die Palette reichte von einer möglichen Erweiterung der Wechselkursbänder über Vorschläge zum Abbau der de facto asymmetrischen Wirkung der Interventionsverpflichtungen — etwa die Verpflichtung zu intramarginalen Interventionen — bis hin zu einer institutionalisierten engeren geldpolitischen Koordination. Letztlich konnte sich keiner der Änderungsvorschläge durchsetzen. Vielmehr kamen die Finanzminister und Notenbankvertreter der EWS-Staaten auf ihrem Treffen im dänischen Kolding am 21./22. Mai 1993 zu dem Ergebnis, daß das EWS keiner Korrektur bedürfe, das System jedoch flexibler gehandhabt werden müßte. Insbesondere müßten notwendige Wechselkursanpassungen in Zukunft rechtzeitig vorgenommen werden. Tatsächlich jedoch vermochte diese informelle Übereinkunft die Märkte nicht von der Funktionsfähigkeit des EWS zu überzeugen. Mit der unter dem Druck der Devisenmärkte zustandegekommenen Erweiterung der Bandbreiten wurden die europäischen Notenbanken faktisch aus der Verantwortung für die Wechselkurse entlassen; dies gilt zumindest, solange die Wechselkurse nicht an die nun reichlich bemessenen Grenzen der Wechselkursbänder stoßen. Es wurde ein Weg gewählt, der den entscheidenden Disziplinierungsmechanismus des EWS außer Kraft setzte.

146. Im Verlauf des Jahres 1993 wuchs die Einsicht, wie knapp der Zeitplan für die Europäische Währungsunion bemessen ist. So konnte beispielsweise der Ratifizierungsprozeß des Vertrages von Maastricht erst im Anschluß an die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes vom 12. Oktober 1993 mit nahezu einjähriger Verzögerung abgeschlossen werden (Tabelle 38, Seiten 143f.). Auch die Entscheidung, das Europäische Währungsinstitut (EWI), den Vorläufer der Europäischen Notenbank, in Frankfurt/Main anzusiedeln, wurde erst auf dem EG-Gipfel Ende Oktober getroffen. Die wiederholten Spannungen im Europäischen Währungssystem sowie die Anfang August beschlossene Erweiterung der EWS-Bandbreiten ließen erneut Zweifel daran aufkommen, ob die Einführung einer Europäischen Währung spätestens zum Jahre 1999 zu verwirklichen sein werde. Der Sachverständigenrat hat bereits in der Vergangenheit darauf hingewiesen, daß es hierbei keinen

WIRTSCHAFTSDATEN AUSGEWÄHLTER EWS-LÄNDER

Belgien · Dänemark · Deutschland[1] · Frankreich · Niederlande



1) Früheres Bundesgebiet. Für Leistungsbilanzsaldo in vH des Bruttoinlandsprodukts: Ab Juli 1990 früheres Bundesgebiet und neue Bundesländer. – 2) Deflator des Privaten Verbrauchs. – 3) Für Belgien: Belgien/Luxemburg. – 4) Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit in Relation zum realen Bruttoinlandsprodukt; für die Gesamtwirtschaft. – 5) Eigene Schätzung.

Quelle für Grundzahlen: OECD

SR 93 0590

Terminzwang geben darf; vielmehr ist von entscheidender Bedeutung, daß die im Vertrag festgelegten Konvergenzkriterien streng angewendet werden (JG 92 Ziffern 422ff.). Dies haben Bundestag und Bundesrat in Entschließungen zum Ratifizierungsgesetz ausdrücklich hervorgehoben, und auch das Bundesverfassungsgericht hat diese Grundlinie vertreten.

147. Auf dem Weg hin zu hoher nominaler Konvergenz sind die Länder der Europäischen Gemeinschaft in diesem Jahr nicht vorangekommen (Tabelle 37). Allein bei der Geldwertstabilität und der Zinsentwicklung konnten Fortschritte erzielt werden; auch das Inflationsgefälle innerhalb der Gemeinschaft verringerte sich dank einer besseren Entwicklung in Ländern mit bislang höherer Inflation. Die finanzpolitischen Kriterien erfüllte nur Luxemburg. Im besonderen ist aber mit den Unruhen im Europäischen Währungssystem die Vorstellung einer jetzt schon vorhandenen de facto Währungsunion einer geänderten Einschätzung gewichen.

Weiter gefaßt umschließt der Begriff der Konvergenz auch die reale Annäherung. Sie bezieht sich auf die langfristige Angleichung des Lebensstandards, beispielsweise gemessen am realen Bruttoinlandsprodukt je Einwohner, zwischen den einzelnen Volkswirtschaften. Aufholprozesse einiger Länder sind nicht zu leugnen, jedoch verbleiben noch immer beträchtliche Unterschiede.

Tabelle 37

Nominale und reale Konvergenz in der Europäischen Gemeinschaft

	Belgien	Dänemark	Deutschland[1]	Frankreich	Griechenland	Großbritannien	Irland	Italien	Luxemburg	Niederlande	Portugal	Spanien	Referenzkriterien
	Nominale Konvergenz												
Verbraucherpreise[2]													
1991	2,7	2,5	3,7	2,9	18,6	7,1	2,2	6,9	2,9	3,3	11,4	6,2	4,0[a]
1992	2,4	1,9	4,0	2,3	14,6	5,0	2,6	5,4	2,8	2,9	9,4	6,2	3,7[b]
1993[3]	2½	1	3½	2	14½	3½	2	4½	3½	2	6	5	3½[c]
Haushaltssaldo des öffentlichen Sektors[4]													
1991	–6,5	–2,2	–3,2	–2,1	–14,4	–2,9	–1,4	–10,2	–0,8	–2,2	–6,1	–4,9	–3,0
1992	–6,8	–2,5	–2,6	–3,9	–11,1	–6,3	–2,6	– 9,5	–0,4	–3,5	–5,6	–4,5	–3,0
1993[3]	–7	–4½	–3½	–6	–14½	–7	–3	– 9½	–1	–4½	–6½	–7	–3,0
Verschuldung des öffentlichen Sektors[4]													
1991	133,9	60,7	41,8	48,6	96,3	35,4	96,7	104,0	6,1	76,4	68,5	49,3	60,0
1992	136,1	62,4	42,9	51,6	94,8	40,6	93,8	108,0	6,8	78,0	66,2	51,6	60,0
1993[3]	142	66½	46½	57	98	47	92	114	8	81½	66½	57½	60,0
Renditen langfristiger Staatsschuldverschreibungen[5]													
1991	9,28	9,25	8,64	9,48	27,6	9,92	9,17	11,37	8,15	8,74	14,26	12,43	11,2[d]
1992	8,66	8,91	7,98	8,96	26,3	9,13	9,11	11,90	7,90	8,10	11,74	12,17	10,8[e]
1993[6]	7,32	7,49	6,50	7,35	23,5	8,20	8,19	10,24	7,00	6,87	12,64	10,77	9,5[f]
	Reale Konvergenz												
Reales Bruttoinlandsprodukt je Einwohner (EG 12 = 100)[7]													
1970	101,5	112,3	118,7	112,9	46,5	103,5	56,1	95,6	121,0	114,2	46,9	71,2	X
1975	105,6	107,6	115,7	114,2	51,6	100,9	59,1	94,7	117,7	113,8	49,3	78,6	X
1980	106,5	105,1	119,2	114,1	52,4	96,4	60,3	102,6	113,4	109,2	52,9	71,2	X
1985	104,1	112,9	119,5	113,1	51,1	99,8	61,8	102,3	119,9	105,5	51,3	70,3	X
1990	104,6	105,6	117,3	111,5	47,5	100,2	68,8	102,6	125,9	102,2	56,0	75,3	X
1993[8]	106,2	107,6	116,6	111,4	48,3	96,2	71,6	104,0	130,3	102,6	58,1	77,3	X

[1] Für 1993 jeweils eigene Schätzung.
[2] Deflator des Privaten Verbrauchs; Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH. Für Deutschland: Früheres Bundesgebiet.
[3] Schätzung aufgrund von Angaben der OECD; Haushaltssaldo und „Verschuldung" für Luxemburg und Portugal: Schätzung der EG.
[4] Finanzierungsdefizit (–)/-überschuß; bei „Verschuldung": Schuldenstand in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt in vH.
[5] In Prozent p.a. mit einer Restlaufzeit von mindestens drei Jahren; Jahresdurchschnitte aus Monatsdurchschnitten errechnet.
[6] Durchschnitt der Monate Januar bis September; Irland: Januar bis August; Portugal: Januar bis Juni; Griechenland: Schätzung.
[7] Errechnet aus Daten in Kaufkraftstandards (KKS) von 1985.
[8] Schätzung der EG.
[a] Durchschnitt der drei preisstabilsten Länder (Irland, Dänemark, Belgien) plus 1,5 Prozentpunkte.
[b] Durchschnitt der drei preisstabilsten Länder (Dänemark, Frankreich, Belgien) plus 1,5 Prozentpunkte.
[c] Durchschnitt der drei preisstabilsten Länder (Dänemark, Niederlande, Irland) plus 1,5 Prozentpunkte.
[d] Durchschnitt der drei preisstabilsten Länder (Irland Dänemark, Belgien) plus 2,0 Prozentpunkte.
[e] Durchschnitt der drei preisstabilsten Länder (Dänemark, Frankreich, Belgien) plus 2,0 Prozentpunkte.
[f] Durchschnitt der drei preisstabilsten Länder (Dänemark, Niederlande, Irland) plus 2,0 Prozentpunkte.

Quellen: EG, OECD

Geldpolitisch wichtige Ereignisse

Datum	
1992	
22. November	Die EG-Finanzminister und Notenbankpräsidenten beschließen mit Wirkung vom 23. November 1992 eine Anpassung der Leitkurse im EWS. Im Rahmen des Wechselkursmechanismus werden die spanische Peseta sowie der portugiesische Escudo um jeweils 6 vH gegenüber den übrigen Währungen abgewertet.
26. November	Die Bundesbank gibt im Rahmen ihrer Offenmarktgeschäfte ein neues Bietungsverfahren beim Zinstender bekannt. Von Dezember 1992 an können die Zinsgebote der Kreditinstitute auf volle Zehntelprozentpunkte anstelle von bisher vollen 0,05 Prozentpunkten lauten.
2. Dezember	Der Deutsche Bundestag ratifiziert den Maastricht-Vertrag über die Europäische Union und die Wirtschafts- und Währungsunion mit großer Mehrheit.
10. Dezember	Der Zentralbankrat beschließt ein Geldmengenziel für das Jahr 1993. Ausgehend von dem im vierten Quartal durchschnittlich erreichten Niveau soll die Geldmenge M3 um 4,5 vH bis 6,5 vH ausgedehnt werden. Dabei sind neben dem in Höhe von 3 vH unterstellten Potentialwachstum für Gesamtdeutschland und der normativen Preisvorstellung von 2 vH auch der trendmäßige Rückgang der Geldumlaufsgeschwindigkeit sowie die administrierten Preiserhöhungen gemeinsam mit 1 vH berücksichtigt. Dem monetären Überhang zum Jahresende 1993 wurde durch einen Abschlag Rechnung getragen.
11. Dezember	Die Deutsche Börse AG wird gegründet. In ihr werden die Frankfurter Wertpapierbörse, die Deutsche Terminbörse sowie der Deutsche Kassenverein zusammengefaßt.
1993	
30. Januar	Im Europäischen Währungssystem wird das irische Pfund mit Wirkung vom 1. Februar um 10 vH abgewertet.
4. Februar	Der Zentralbankrat beschließt, daß die Bundesbank erstmals zum 1. März 1993 Liquiditätstitel in drei Tranchen mit Laufzeiten von 3, 6 und 9 Monaten am offenen Markt anbieten wird. Gleichzeitig wird eine Senkung der Mindestreservesätze für Spareinlagen und befristete Verbindlichkeiten auf 2 % ebenfalls mit Wirkung vom 1. März 1993 festgelegt. Weiterhin beschließt der Zentralbankrat, mit Wirkung vom 5. Februar 1993 den Diskontsatz von 8,25 % auf 8 % und den Lombardsatz von 9,5 % auf 9 % zu senken.
18. März	Der Zentralbankrat senkt den Diskontsatz mit Wirkung vom 19. März 1993 um einen halben Prozentpunkt auf 7,5 %.
22. April	Der Zentralbankrat beschließt mit Wirkung vom 23. April 1993 eine Senkung der Leitzinsen. Der Diskontsatz wird von 7,5 % auf 7,25 % und der Lombardsatz von 9 % auf 8,5 % zurückgenommen. Außerdem stellt der Zentralbankrat den Jahresabschluß für das Geschäftsjahr 1992 fest. Der Reingewinn beläuft sich auf 14,7 Mrd DM; davon werden 13,1 Mrd DM gemäß den gesetzlichen Vorschriften an den Bundeshaushalt abgeführt.
13. Mai	Der EG-Währungsausschuß beschließt eine Anpassung der Leitkurse im EWS mit Wirkung vom 14. Mai 1993. Gegenüber den übrigen Währungen werden die spanische Peseta um 8 vH und der portugiesische Escudo um 6,5 vH abgewertet.
18. Mai	Die dänische Bevölkerung billigt in einem zweiten Referendum den Maastricht-Vertrag mit einer Mehrheit von 56,8 vH.
21./22. Mai	Der informelle Rat der EG-Finanzminister kommt auf einer Tagung in Kolding (Dänemark) unter anderem zu dem Ergebnis, daß die bestehenden generellen Regeln zur Handhabung des Europäischen Währungssystems angemessen sind, um den Turbulenzen an den Devisenmärkten begegnen zu können.
1. Juli	Der Zentralbankrat beschließt, mit Wirkung vom 2. Juli 1993 den Diskontsatz von 7,25 % auf 6,75 % und den Lombardsatz von 8,5 % auf 8,25 % herabzusetzen.
15. Juli	Der Zentralbankrat überprüft und bestätigt das Geldmengenziel für das Jahr 1993, das im Jahresverlauf eine Ausweitung der Geldmenge M3 in Höhe von 4,5 vH bis 6,5 vH vorsieht.
29. Juli	Der Zentralbankrat senkt den Lombardsatz mit Wirkung vom 30. Juli 1993 um einen halben Prozentpunkt auf 7,75 %.
2. August	Unter dem Druck der Entwicklung an den Devisenmärkten beschließen die EG-Finanzminister und Notenbankpräsidenten mit Wirkung vom 2. August 1993 eine temporäre Erweiterung der zulässigen Schwankungsbreiten im Europäischen Währungssystem. Den bilateralen Wechselkursen soll es künftig möglich sein, um 15 vH in jede Richtung von den jeweiligen Leitkursen abzuweichen, ohne daß die nationalen Notenbanken intervenieren müßten. Die Niederlande und die Bundesrepublik Deutschland vereinbaren bilateral die Beibehaltung der engen Bandbreiten von ±2,25 vH für den Gulden/DM-Kurs.

noch Tabelle 38

Datum	
noch 1993	
9. September	Der Zentralbankrat beschließt, mit Wirkung vom 10. September 1993, die Leitzinsen um jeweils einen halben Prozentpunkt auf 6,25 % für den Diskontsatz und 7,25 % für den Lombardsatz herabzunehmen.
12. Oktober	Der zweite Senat des Bundesverfassungsgerichtes stellt in einem Urteil fest, daß der Maastricht-Vertrag mit dem Grundgesetz vereinbar ist. Die Bundesrepublik Deutschland hat daraufhin als letzter Staat die Ratifizierungsurkunde zum „Vertrag über die Europäische Union" hinterlegt.
21. Oktober	Der Zentralbankrat senkt mit Wirkung vom 22. Oktober 1993 den Diskontsatz auf 5,75 % sowie den Lombardsatz auf 6,75 %.
29. Oktober	Die Staats- und Regierungschefs der zwölf EG-Staaten beschließen auf ihrem Gipfeltreffen in Brüssel, daß Frankfurt/Main Sitz des gemäß dem Maastricht-Vertrag zu gründenden Europäischen Währungsinstituts sein wird.
1. November	Der Maastricht-Vertrag tritt in Kraft.

VII. Finanzpolitik: Umstrittener Konsolidierungskurs

148. Die Finanzpolitik befand sich im Jahre 1993 in einem Dilemma: Einerseits mußte die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte endlich auf den Weg gebracht werden; eine glaubwürdige Konsolidierungsstrategie war erforderlich, um die Verunsicherung der Privaten über den Kurs der Finanzpolitik zu beseitigen. Andererseits war Rücksicht zu nehmen auf das dramatisch verschlechterte gesamtwirtschaftliche Umfeld; angesichts der Rezession wurde vielfach sogar die Forderung erhoben, in diesem Jahr noch nicht auf Konsolidierungskurs zu gehen. Dem ist die Finanzpolitik nicht gefolgt; sie knüpfte vielmehr an die Erfahrung der frühen achtziger Jahre an, als der Weg aus der Rezession — wenn auch unter anderen Bedingungen — verbunden war mit einer beachtlichen Rückführung der öffentlichen Defizite. Mit dem Föderalen Konsolidierungsprogramm wurde der Versuch unternommen, die notwendige Konsolidierung bei allen Gebietskörperschaften einzuleiten und auf eine mittelfristige Basis zu stellen. Die Verhandlungen führten indes nicht zu einer Revision des staatlichen Ausgabengebarens; konsolidiert wurde und wird danach ganz überwiegend durch einnahmenpolitische Maßnahmen. Erst mit dem Sparprogramm vom Juli dieses Jahres beschloß die Bundesregierung spürbare Ausgabenkürzungen, allerdings auch die Anhebung der Mineralölsteuer. So ist die Konsolidierung in diesem Jahr zwar auf den Weg gebracht worden, die Art der Konsolidierung ist jedoch unbefriedigend. Getrübt wird das Bild zudem dadurch, daß im Jahre 1993 das strukturelle Defizit im öffentlichen Gesamthaushalt nicht verringert werden konnte. Zwar reagierten die Länder und Gemeinden in Westdeutschland auf die rezessionsbedingten Einnahmenausfälle mit gegenüber den Vorjahren deutlich reduzierten Ausgabensteigerungen, doch wurde dies durch die Ausgabenentwicklung beim Bund sowie den ostdeutschen Ländern und Gemeinden kompensiert. So beruht das verhalten positive Urteil über die Finanzpolitik dieses Jahres zu einem großen Teil auf Annahmen, die sich durch eine angemessene Fortsetzung der Konsolidierungsbemühungen erst noch als berechtigt erweisen müssen.

149. Im Jahre 1993 erhöhte sich das Finanzierungsdefizit des öffentlichen Gesamthaushalts um 45 Mrd DM auf 160 Mrd DM; dies sind gut 5 vH in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt. Berücksichtigt man zusätzlich die Sozialversicherung, die Treuhandanstalt sowie die Deutschen Bahnen und die Deutsche Bundespost, so ergibt sich ein Gesamtdefizit von 220 Mrd DM — nach 170 Mrd DM im Vorjahr — und eine Defizitquote von 7,1 vH (Tabelle 39). Die konsolidierten Ausgaben im öffentlichen Gesamthaushalt wuchsen mit 6,1 vH auf 1 071 Mrd DM, die konsolidierten Einnahmen mit 2,0 vH auf 911 Mrd DM. In beiden Fällen lagen die Steigerungsraten unter denen des Vorjahres. Bei den Ausgaben war dies vor allem in den beginnenden Konsolidierungsbemühungen der westdeutschen Länder und Gemeinden sowie in dem moderateren Ausgabenverhalten der ostdeutschen Gebietskörperschaften begründet. Die Abflachung des Einnahmenpfades war überwiegend rezessionsbedingt.

Unbefriedigende Ansätze einer Haushaltskonsolidierung

150. Das Föderale Konsolidierungsprogramm hat vor allem die Neuregelung der bundesstaatlichen Finanzbeziehungen zum Gegenstand, zugleich sollte es der Einstieg in die notwendige Konsolidierung der öffentlichen Haushalte sein. Es beinhaltet Ausgabeneinschränkungen bei einer Reihe von Leistungsgesetzen, die überwiegend vom Bund finanziert werden, sowie bei der Sozialhilfe. Angesichts des Volumens der Ausgabenkürzungen (1993: 0,953 Mrd DM) im Verhältnis zu den Gesamtausgaben der Gebietskörperschaften (1993: 998,5 Mrd DM) können spürbare Entlastungen oder Veränderungen in den Ausgabenstrukturen der Gebietskörperschaften daraus nicht resultieren. Quantitativ dominieren in allen Jahren die steuerpolitischen Maßnahmen (Tabelle 40), genauer: die Tariferhöhungen bei der Versicherung-

Finanzpolitische Eckdaten für das Jahr 1993[1])
In der Abgrenzung der Finanzstatistik

	Ausgaben[2])		Einnahmen[2])		Finanzierungssaldo	Defizitquote[3])
	Mrd DM	vH[4])	Mrd DM	vH[4])	Mrd DM	vH
Öffentlicher Gesamthaushalt	1 071,0	*6,1*	911,0	*2,0*	–160	*5,1*
davon:						
Gebietskörperschaften	998,5	*6,0*	862,5	*0,9*	–136	*4,4*
Nebenhaushalte[5])	72,5	*7,2*	48,5	*24,4*	– 24	*0,8*
Sozialversicherung[6])	X	X	X	X	3,5	X
Treuhandanstalt	X	X	X	X	– 38	X
Deutsche Bahnen[7]), Deutsche Bundespost	X	X	X	X	– 26	X
Insgesamt	X	X	X	X	–220,5	*7,1*

[1]) Eigene Schätzung.
[2]) Einnahmen und Ausgaben um die Übertragungen zwischen den verschiedenen Haushalten konsolidiert.
[3]) Finanzierungssaldo in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt für Deutschland.
[4]) Veränderung gegenüber dem Vorjahr.
[5]) Fonds „Deutsche Einheit", Kreditabwicklungsfonds, ERP-Sondervermögen, Lastenausgleichsfonds.
[6]) Gesetzliche Rentenversicherung, Gesetzliche Krankenversicherung, Unfallversicherung, Zusatzversorgung für den öffentlichen Dienst, landwirtschaftliche Alterskassen, das Defizit der Bundesanstalt für Arbeit in Höhe von 25 Mrd DM ist als Zuschuß des Bundes beim öffentlichen Gesamthaushalt berücksichtigt.
[7]) Deutsche Bundesbahn, Deutsche Reichsbahn.

steuer und bei der Vermögensteuer sowie der zum 1. Januar 1995 unbefristet einzuführende Solidaritätszuschlag. Der Abbau von Steuervergünstigungen bleibt daran gemessen bedeutungslos. Durch die Einbeziehung der einkommensteuerlichen Freistellung des sozialhilferechtlich definierten Existenzminimums in dieses Gesetz wird der belastende Effekt der steuerpolitischen Maßnahmen in den Jahren 1993 und 1994 allerdings überkompensiert (Ziffer 316).

151. Im Juli dieses Jahres beschloß die Bundesregierung mit dem Bundeshaushalt 1994 und dem Finanzplan für die Jahre 1993 bis 1997 ein „Spar-, Konsolidierungs- und Wachstumsprogramm" (Tabelle 47, Seiten 160ff.), um ein Anwachsen der Finanzierungsdefizite auf über 90 Mrd DM zu verhindern. Irritierend war, daß im Gesetzentwurf die Notwendigkeit zusätzlicher Einsparungen mit den konjunkturell bedingten Steuerausfällen und Mehrausgaben bei der Arbeitslosenversicherung begründet wurde. Der damit entstandene Eindruck, durch die Konjunktur verursachte Defizite sollten konsolidiert werden, wurde dadurch bestärkt, daß fast die Hälfte der beim Bund und der Bundesanstalt für Arbeit vorgesehenen Ausgabenkürzungen bei Lohnersatzleistungen und bei der Arbeitsmarktpolitik erreicht werden soll. Dies kann insoweit kein Beitrag zur Verringerung des strukturellen Defizits im Bundeshaushalt sein, als ein Teil der daraus folgenden Einsparungen im Falle eines wirtschaftlichen Aufschwungs ohnehin zu erwarten ist. Die übrigen Budgetentlastungen resultieren insbesondere aus Änderungen beim Erziehungs- und Kindergeld sowie aus dem Wegfall der Mutterschaftspauschale. Mit diesem Sparprogramm ist zwar der Einstieg in eine Konsolidierung über die Ausgabenseite gelungen, es bleibt aber deutlich hinter dem zurück, was bislang durch Steuererhöhungen konsolidiert wurde. Kritisch anzumerken ist auch, daß die Einsparungen beim Bund und bei der Bundesanstalt für Arbeit Mehrbelastungen für die Gesetzliche Rentenversicherung — wegen der Anspruchseinschränkung beim Altersübergangsgeld — und die Gemeinden — wegen der verstärkten Inanspruchnahme der Sozialhilfe durch Arbeitslose — verursachen und damit insoweit nur Ausgabenverlagerungen darstellen.

Zur Ausgabenentwicklung: Unbewältigte Strukturprobleme, konjunkturbedingte Belastungen

152. Bedingt durch die seit dem Jahresende 1992 ausgeprägte Rezession in Westdeutschland haben sich die Ausgaben in den öffentlichen Haushalten in diesem Jahr differenziert entwickelt, nachdem im Jahre 1992 die Ausgabenexpansion beim Bund und den westdeutschen Gebietskörperschaften auf dem hohen Niveau der Vorjahre verharrte (Tabelle 41). So wirkte sich auf der Ausgabenseite die Rezession lediglich beim Bund spürbar aus, er mußte vor allem infolge der verstärkten Arbeitslosigkeit erneut eine höhere Zuwachsrate bei seinen Ausgaben hinnehmen. Die Länder und Gemeinden in Westdeutschland reduzierten hingegen ihre Ausgabensteigerungen erstmals und gelangten dadurch in die Nähe der Empfehlung des Finanzplanungsrates von 3 vH. Bei den westdeutschen Ländern und Gemeinden hatte sich in diesem Jahr offensichtlich die Erkenntnis

Tabelle 40

Konsolidierungsmaßnahmen

Haushaltsentlastung/Haushaltsbelastung (–) in Mio DM im jeweiligen Jahr[1])

Maßnahme	Körperschaft	1993	1994	1995	1996
I. Föderales Konsolidierungsprogramm[2])					
Ausgabenkürzungen	Bund	310	1 019	1 110	1 124
	Länder	8	95	155	215
	Gemeinden	635	1 345	1 745	1 845
	Insgesamt	953	2 459	3 010	3 184
Steuerliche Maßnahmen	Bund	– 285	821	31 057	36 857
	Länder	– 935	– 839	– 7	1 794
	Gemeinden	– 330	– 302	– 360	254
	Insgesamt	–1 550	– 320	30 690	38 905
darunter:					
— Erhöhung Versicherungsteuer	Bund	650	1 650	4 050	4 400
— Änderung Vermögensteuer	Länder	—	—	1 000	1 000
— Solidaritätszuschlag	Bund	—	—	28 000	31 600
— Steuerfreistellung des Existenzminimums[3])	Bund/Länder/ Gemeinden	–2 200	–3 100	–3 800	300
II. Spar-, Konsolidierungs- und Wachstumsprogramm[4])					
Ausgabenkürzungen/ Ausgabenumschichtungen	Bund	—	5 789	9 469	10 074
	Länder	—	– 4	– 4	– 4
	Gemeinden[5])	—	–3 680	–3 200	–2 990
	Bundesanstalt für Arbeit	—	9 350	10 100	9 800
	Gesetzliche Rentenversicherung	—	–2 000	–2 000	– 500
	Insgesamt	—	9 455	14 365	16 380
Steuerliche Maßnahmen (Mineralölsteueranhebung)	Bund	—	7 900	8 700	8 800
Insgesamt (I+II)		– 597	19 494	56 765	67 269
davon:					
— Ausgabenkürzungen		953	11 914	17 375	19 564
— Einnahmenerhöhungen		–1 550	7 580	39 390	47 705

[1]) Im Vergleich zum Rechtsstand Ende 1992.
[2]) Gesetz zur Umsetzung des Föderalen Konsolidierungsprogramms.
[3]) Die Neuregelung zum Existenzminimum ist erst im Zuge der Haushaltsausschußberatungen in dieses Gesetz hineingekommen.
[4]) Gesetzentwürfe eines Ersten und Zweiten Gesetzes zur Umsetzung des Spar-, Konsolidierungs- und Wachstumsprogramms.
[5]) Entlastung der Gemeinden konsolidiert um die Mehrbelastungen bei der Sozialhilfe; die Bundesregierung beziffert im Gesetzentwurf diese Mehrausgaben mit 4 Mrd DM, dieser Betrag wurde als Untergrenze näherungsweise für alle Jahre unterstellt.

Quelle: BMF

durchgesetzt, daß ein Weitermachen wie bisher auch trotz der kurzfristig größeren Starrheit ihrer Ausgabenstrukturen nicht mehr möglich ist. Die neuen Länder und deren Gemeinden haben im Jahre 1993 ebenfalls ihre Ausgabensteigerungsraten zurückführen können, was zum Teil als eine Normalisierung nach den hohen Zuwachsraten des Vorjahres zu sehen ist, zum Teil aber auch von fortgesetzten Strukturbereinigungen herrührt.

Anstieg der Bundesausgaben durch Rezession beschleunigt

153. In der Entwicklung des Bundeshaushalts für das Jahr 1993 vom Regierungsentwurf bis zur gegenwärtigen Vollzugsgrundlage spiegelt sich primär die Verschlechterung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung. Der Regierungsentwurf vom 1. Juli 1992 sah eine Ausgabensteigerung von 2,5 vH und eine Nettokreditaufnahme von 38 Mrd DM vor. In das Haushaltsgesetz vom 22. Dezember 1992 war infolge der korrigierten Steuerschätzung vom November 1992 bereits eine Neuverschuldung von 43 Mrd DM eingestellt worden. Im Frühjahr 1993 wurde schließlich ein Nachtragshaushalt mit einem Volumen von 22,5 Mrd DM notwendig; einerseits waren zusätzliche Ausgaben für die neuen Länder gefordert, denen sich der Bund nicht mehr entziehen konnte, andererseits machte die sich weiter verschlechternde wirtschaftliche Lage einen Zuschuß an die Bundesanstalt für Arbeit sowie eine erneute Korrektur des Ansatzes für die Steuereinnahmen unumgänglich. Der Entwurf der Bundesregierung vom März sah deshalb erstmals für das Haushaltsjahr 1993 einen Bundeszuschuß an die Bundesanstalt vor, und zwar in Höhe von 4,9 Mrd DM, sowie eine Aufstockung der Mittel für die Arbeitslosenhilfe um 290 Mio DM und eine kommunale Investitionspauschale für die ostdeutschen Gemeinden von 1,5 Mrd DM; der Ausgabenzuwachs gegenüber

Ausgaben und Einnahmen des Bundes sowie der Länder und Gemeinden

Körperschaft	Jahr	Ausgaben				Einnahmen		Finanzierungssaldo
		insgesamt	darunter: Personalausgaben	darunter: Zinsausgaben	darunter: Sachinvestitionen	insgesamt	darunter: Steuern	
		Mrd DM						
Bund[1]	1988	275,37	40,12	32,28	7,68	239,39	220,27	-35,96
	1989	289,78	41,34	32,10	8,03	269,71	247,13	-20,04
	1990	380,18	43,20	34,24	8,54	332,10	276,20	-48,05
	1991	401,77	48,73	39,62	10,98	348,57	317,87	-53,20
	1992	427,17	51,49	43,83	13,78	387,80	352,86	-39,37
	1993[4]	462,00	52,50	45,70	13,50	389,00	353,60	-73,00
Länder (West)[2]	1988	270,06	115,39	20,48	11,92	253,74	180,53	-16,33
	1989	282,66	118,44	21,27	12,75	275,08	197,07	- 7,58
	1990	299,62	125,16	22,14	13,40	280,24	199,80	-19,38
	1991	319,52	133,48	23,75	14,42	302,53	212,72	-16,99
	1992	338,65	143,08	25,04	14,44	322,17	230,44	-16,48
	1993[4]	351,50	149,00	26,60	14,40	327,00	232,00	-24,50
Länder (Ost)	1991	86,58	17,66	0,15	3,92	73,82	18,34	-12,76
	1992	96,93	22,95	0,56	4,49	82,56	23,76	-14,37
	1993[4]	106,00	26,00	2,20	5,40	88,00	26,00	-18,00
Gemeinden (West)[3][5]	1988	184,40	58,80	7,39	36,54	185,05	68,79	0,64
	1989	194,32	60,70	7,56	39,25	195,98	73,73	1,66
	1990	209,92	65,22	8,09	42,43	205,76	75,19	- 4,16
	1991	227,50	70,86	8,89	45,64	221,96	82,23	- 5,53
	1992	248,77	76,31	9,76	48,90	238,19	88,79	-10,58
	1993[4]	260,00	79,00	10,20	50,00	247,00	89,00	-13,00
Gemeinden (Ost)[3]	1991	48,30	18,36	0,20	12,79	49,79	2,54	1,49
	1992	62,82	23,40	0,55	19,04	55,30	4,53	- 7,52
	1993[4]	67,50	25,00	0,80	20,50	59,00	5,30	- 7,50
		Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in vH						
Bund[1]	1988	*2,4*	*2,1*	*4,0*	*0,1*	*-0,7*	*1,5*	X
	1989	*5,2*	*3,0*	*-0,6*	*4,5*	*12,7*	*12,2*	X
	1990	*31,2*	*4,5*	*6,7*	*6,4*	*23,1*	*11,8*	X
	1991	*5,7*	*12,8*	*15,7*	*28,6*	*5,0*	*15,1*	X
	1992	*6,3*	*5,7*	*10,6*	*25,6*	*11,3*	*11,0*	X
	1993[4]	*8,2*	*2,0*	*4,3*	*-2,1*	*0,3*	*0,2*	X
Länder (West)[2]	1988	*2,3*	*2,7*	*3,3*	*1,3*	*3,8*	*4,3*	X
	1989	*4,7*	*2,6*	*3,9*	*6,9*	*8,4*	*9,2*	X
	1990	*6,0*	*5,7*	*4,1*	*5,1*	*1,9*	*1,4*	X
	1991	*6,6*	*6,6*	*7,3*	*7,6*	*8,0*	*6,5*	X
	1992	*6,0*	*7,2*	*5,4*	*0,1*	*6,5*	*8,3*	X
	1993[4]	*3,8*	*4,1*	*6,2*	*-0,3*	*1,5*	*0,7*	X
Länder (Ost)	1992	*12,0*	*30,0*	*273,3*	*14,5*	*11,8*	*29,6*	X
	1993[4]	*9,4*	*13,3*	*292,9*	*20,3*	*6,6*	*9,4*	X
Gemeinden (West)[3][5]	1988	*2,9*	*2,4*	*-1,2*	*2,2*	*4,7*	*15,2*	X
	1989	*5,4*	*3,2*	*2,3*	*7,4*	*5,9*	*7,2*	X
	1990	*8,0*	*7,4*	*7,0*	*8,1*	*5,0*	*2,0*	X
	1991	*8,4*	*8,6*	*9,9*	*7,6*	*7,9*	*9,7*	X
	1992	*9,4*	*7,7*	*9,7*	*7,2*	*7,3*	*8,0*	X
	1993[4]	*4,5*	*3,5*	*4,6*	*2,2*	*3,7*	*0,2*	X
Gemeinden (Ost)[3]	1992	*30,1*	*27,5*	*177,8*	*48,9*	*11,1*	*78,3*	X
	1993[4]	*7,4*	*6,8*	*45,5*	*7,7*	*6,7*	*17,0*	X

[1] Ohne Lastenausgleichsfonds, ERP-Sondervermögen, EG-Anteile, Fonds „Deutsche Einheit", Kreditabwicklungsfonds. Bis 1992 Rechnungsergebnisse; 1990 einschließlich übergeleiteter Haushalt der ehemaligen DDR für das 2. Halbjahr 1990 (Ausgaben = 72 110 Mio DM, Einnahmen = 47 919 Mio DM, Nettokreditaufnahme = 14 919 Mio DM).
[2] Einschließlich staatlicher Krankenhäuser und Sonderrechnungen.
[3] Einschließlich kommunaler Krankenhäuser.
[4] Eigene Schätzung.
[5] Steuern einschließlich Gemeindeanteil der Stadtstaaten.

Quellen: BMF, ZDL

dem Vorjahr erreichte damit 3,5 vH. Zusammen mit Steuermindereinnahmen von 4,35 Mrd DM und geringfügigen Anpassungen bei anderen Haushaltstiteln stieg die Nettokreditaufnahme auf 51 Mrd DM. Bei den Beratungen im Haushaltsausschuß Anfang Mai dieses Jahres wurde eine Aufstockung des Bundeszuschusses an die Bundesanstalt für Arbeit und des Ansatzes für Arbeitslosenhilfe um zusammen 13,9 Mrd DM beschlossen. Außerdem mußten die Ergebnisse der Solidarpakt-Verhandlungen umgesetzt werden; so waren zusätzlich 2 Mrd DM für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen in den neuen Ländern und 3 Mrd DM für den Fonds „Deutsche Einheit", von denen allerdings 2,075 Mrd DM von den westlichen Ländern erstattet wurden, bereitzustellen. Im weiteren Verlauf des Jahres mußte wegen der Lage am Arbeitsmarkt schließlich der Bundeszuschuß an die Bundesanstalt für Arbeit um weitere 7,5 Mrd DM aufgestockt werden. Alles in allem stiegen die Ausgaben des Bundes gegenüber dem Vorjahr um gut 8 vH, die Nettokreditaufnahme erreichte 73 Mrd DM.

154. Nach unserer Einschätzung stiegen die Leistungen des Bundes für die neuen Länder — wie schon im Vorjahr — um 15 vH, sie erreichten etwa 100 Mrd DM oder gut ein Fünftel der gesamten Bundesausgaben, was in etwa dem Bevölkerungsanteil der ostdeutschen Länder entspricht. Die in den Jahren 1991 und 1992 im „Gemeinschaftswerk Aufschwung Ost" zusammengefaßten Leistungen für Ostdeutschland sind mit dem Haushaltsjahr 1993 in die laufenden Titelgruppen eingestellt worden. Infolge der Aufstockung des Fonds „Deutsche Einheit" erhöhte sich der Zuschuß des Bundes gegenüber dem Jahre 1992 um 4,3 Mrd DM, dem stand allerdings eine um 3 Mrd DM reduzierte Bundeshilfe für Berlin gegenüber.

155. Anders als in den Vorjahren wurden im Jahre 1993 keine quantitativ ins Gewicht fallenden Leistungsverbesserungen im Bereich der sozialen Sicherung auf den Weg gebracht. Die in den Jahren 1991 und 1992 eingeführten Verbesserungen beim Erziehungsgeld und beim Kindergeld sowie beim Wohngeld beliefen sich in diesem Jahr auf ein Volumen von über 5 Mrd DM. Insgesamt flossen unter Berücksichtigung der arbeitsmarktbedingten Ausgaben mit 175 Mrd DM über ein Drittel der Bundesausgaben in den Bereich der sozialen Sicherung, dies entspricht einem Zuwachs von knapp 20 vH (Ziffern 179ff.).

Die Subventionen des Bundes (Finanzhilfen und Steuervergünstigungen) erreichten in diesem Jahr rund 36,5 Mrd DM und lagen damit um 0,6 Mrd DM unter dem Wert des Vorjahres. Dabei setzte sich der Umschichtungsprozeß zugunsten Ostdeutschlands fort: Die Subventionen für die neuen Länder nahmen um 1,6 Mrd DM zu, die für die alten Länder gingen um 2,2 Mrd DM zurück; gekürzt wurde insbesondere in den Bereichen Luftfahrtindustrie und Regionalförderung — hier vor allem durch den weiteren Abbau der Berlin- und Zonenrandförderung. Verzerrt wird das Bild dadurch, daß die Bundesregierung im 14. Subventionsbericht erstmals den Freibetrag bei Einkünften aus Kapitalvermögen nicht als Steuervergünstigung mit Subventionscharakter ausweist, da dieser nach der Anhebung durch das Zinsabschlagsgesetz allen Einkommensbeziehern zustehe und „keinen speziellen Bereich" fördere. Berücksichtigt man trotzdem die zusätzliche Entlastung der Einkommen durch die Verzehnfachung des Sparerfreibetrages, so erhöhte sich der Gesamtbetrag der Subventionen des Bundes im Jahre 1993 gegenüber dem Vorjahr um 5,1 Mrd DM, ein Zuwachs von 12 vH. Nimmt man die Subventionen hinzu, die die Länder und Gemeinden, das ERP-Sondervermögen und die Europäische Gemeinschaft zahlen, dann ergab sich ein Gesamtbetrag von 119 Mrd DM, dies entspricht einem Zuwachs von 9,7 vH. Erweitert man den Subventionsbegriff — wie in der Strukturberichterstattung der wirtschaftwissenschaftlichen Forschungsinstitute üblich — insbesondere um die Finanzhilfen und Steuervergünstigungen an die Deutschen Bahnen und die Deutsche Bundespost, so dürfte sich das Subventionsvolumen insgesamt auf deutlich über 160 Mrd DM belaufen.

Nochmals erhöht wurden im Jahre 1993 die investiven Ausgaben des Bundes (eigene Sachinvestitionen und Finanzierungshilfen), und zwar um 2 Mrd DM oder 3 vH gegenüber dem hohen Niveau des Vorjahres. Die Investitionszuschüsse an die Deutschen Bahnen stiegen um über 16 vH auf 9,6 Mrd DM, und die Zuweisungen an die Gemeinden nach dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz wurden gemäß dem Steueränderungsgesetz 1992 um weitere 1,5 Mrd DM aufgestockt. Über die Gemeinschaftsaufgaben „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur", „Agrarstruktur und Küstenschutz" sowie „Aus- und Neubau von wissenschaftlichen Hochschulen" wurden gut 7,5 Mrd DM Investitionszuschüsse an die Länder geleistet (1992: 6,5 Mrd DM), zwei Drittel davon entfielen auf die neuen Bundesländer. Die Sachinvestitionen des Bundes waren gegenüber dem Vorjahr leicht rückläufig. Der Anteil investiver Ausgaben an allen Bundesausgaben verringerte sich auch wegen der Ausweitung der sozialpolitischen Leistungen von 15,4 vH auf 14,7 vH. Erstmals seit dem Jahre 1982 überstieg die Nettokreditaufnahme deutlich die investiven Ausgaben im Bundeshaushalt.

Die Zinsausgaben des Bundes erreichten 45,7 Mrd DM und lagen damit um 4,3 vH über dem Betrag des Jahres 1992. Der Anstieg war deutlich niedriger als im Vorjahr (+ 10,6 vH), was insbesondere auf die rückläufigen Zinsen zurückzuführen ist, die sich im Laufe des Jahres bei der Refinanzierung von Altschulden mit etwa 1,5 Mrd DM entlastend bemerkbar machten. Die Zins-Ausgaben-Quote blieb mit knapp 10 vH auf dem Niveau des Jahres 1992; die Zins-Einnahmen-Quote stieg von 11,3 vH auf knapp 11,7 vH. Seit der Einrichtung des Kreditabwicklungsfonds haben der Bund und die Treuhandanstalt diesem jeweils die Hälfte der Zinsausgaben zu erstatten, für den Bundeshaushalt ergab sich daraus im Jahre 1993 eine Belastung von 6,45 Mrd DM (1992: 8 Mrd DM). Zudem erstattete der Bund dem Fonds „Deutsche Einheit" Zinsausgaben in Höhe von 3,15 Mrd DM. Nimmt man die im Haushalt ausgewiesenen Zinsausgaben und die Zinserstattungen zusammen, dann ergibt sich eine Zins-Einnahmen-Quote von 14,2 vH.

Anfänge einer Konsolidierung bei den Ländern und Gemeinden in Westdeutschland

156. Im Schatten der Rezession schwenkten die westdeutschen Länder und Gemeinden im Jahre 1993 auf einen Konsolidierungskurs ein, der angesichts der mit der Vereinigung verbundenen finanziellen Belastungen seit geraumer Zeit geboten war. Die im vergangenen Jahr zunächst angedeutete Reduzierung der Ausgabenzuwächse war — angeregt durch die mit durchschnittlich 8,5 vH nach wie vor dynamische Entwicklung der Steuereinnahmen — nicht umgesetzt worden. Erst in diesem Jahr haben die Einsicht in die Verschlechterung der gesamtwirtschaftlichen Lage und möglicherweise auch ein Umdenken bei der Bereitstellung öffentlicher Güter Länder und Gemeinden in Westdeutschland mit verringerten Ausgabensteigerungen reagieren lassen. So nahmen die Gesamtausgaben bei den Ländern um 3,8 vH und bei den Gemeinden um 4,5 vH zu, ohne Berücksichtigung kaufmännisch buchender Krankenhäuser um jeweils 3,8 vH.

157. Erleichtert wurde Ländern und Gemeinden das Einschwenken auf einen gemäßigten Ausgabenpfad durch einen geringeren Anstieg der Personalausgaben und der Zinsausgaben. Waren die Personalausgaben, die bei den Gemeinden 30 vH und bei den Ländern 40 vH der Gesamtausgaben ausmachen, im Jahre 1992 um durchschnittlich 7,4 vH gestiegen, so konnten in diesem Jahr infolge des niedrigeren Tarifabschlusses für den öffentlichen Dienst und angesichts einer restriktiveren Stellenbewirtschaftung die Zuwachsraten auf durchschnittlich 4 vH begrenzt werden. Bei den Zinsausgaben, die in den Länderhaushalten 7,5 vH und in den Gemeindehaushalten 4 vH der gesamten Ausgaben erreichen, wirkte das gesunkene Zinsniveau entlastend; bei den Ländern zahlte sich zudem aus, daß im Vorjahr die Nettokreditaufnahme um 6,5 Mrd DM unter den Planansätzen geblieben war.

158. Der von der Einnahmenseite her verstärkte Druck auf die Haushalte hat die Länder veranlaßt, die laufenden Zuweisungen an die Gemeinden nur mit reduzierten Raten fortzuschreiben, um die Einsparerfordernisse teilweise an die Kommunen weiterzuleiten. So kürzte Nordrhein-Westfalen die Zweckzuweisungen. In Baden-Württemberg wurde der Konsolidierungsbeitrag, den die Gemeinden aus dem allgemeinen Steuerverbund an das Land abtreten müssen, von 250 Mio DM auf 840 Mio DM erhöht, die kommunale Verbundquote beim (fakultativen) Kraftfahrzeugsteuerverbund wurde von 30,26 vH auf 27,6 vH reduziert. Bayern entledigte sich eines Teils seiner Finanzierungsverpflichtung gegenüber den Bezirken durch eine Anhebung der Bezirksumlage, die die Gemeinden zu leisten haben. In den übrigen Ländern kam es in diesem Jahr zu keinen vergleichbaren Eingriffen, verschiedentlich — wie in Rheinland-Pfalz und im Saarland — war dies schon im Vorjahr geschehen. Alles in allem wuchsen die Zahlungen an die Gemeinden nur mit 4,5 vH, im Jahre 1992 waren es noch 8,5 vH.

159. Wie schon in den vergangenen Jahren wiesen bei den Gemeinden die Ausgaben für soziale Leistungen die größte Zuwachsrate auf. Dominierend sind dabei mit einem Anteil von 80 vH die Sozialhilfeausgaben. Der hohe Zuwachs dieses Jahres mit fast 9 vH war zum einen durch die Ausgaben für Sozialhilfe bei Pflegefällen, zum anderen durch die Anpassung der Regelsätze zum 1. Juli 1992 um bundesdurchschnittlich 7,5 vH verursacht.

Bei den kommunalen Sachinvestitionen kam es in diesem Jahr zu einer Entwicklung, die bereits für das Jahr 1992 erwartet worden war: Die Ausgaben stagnierten gegenüber dem Vorjahr nahezu. Unter dem Druck konjunkturbedingter Steuerausfälle und reduzierter Investitionszuweisungen der Länder begannen die Gemeinden ihre Konsolidierungsbemühungen wie schon zu Beginn der achtziger Jahre durch Einsparungen bei den Investitionsausgaben. Der laufende Sachaufwand, der über den Unterhaltungsaufwand hinaus auch der Sicherung der Vermögenssubstanz dient, wurde mit gut 3 vH ebenfalls nur noch unterproportional ausgeweitet. Beide Ausgabenkategorien sind für die Gemeinden auch kurzfristig beeinflußbar, was insbesondere für die sozialen Leistungen, abgeschwächt aber auch für die Personalausgaben nicht gilt. Verständlich ist eine entsprechende Konsolidierungsstrategie nur vor dem Hintergrund, daß die notwendigen Anpassungen des Ausgabenverhaltens in den vergangenen zwei Jahren unterlassen wurden. Vertretbar ist sie indes nicht, wenn infolge eintretender Substanzverluste im Vermögensbestand und wegen möglicher künftiger Infrastrukturdefizite mit gesamtwirtschaftlich unerwünschten Effekten zu rechnen ist.

Verlangsamter Ausgabenzuwachs bei den Ländern und Gemeinden in Ostdeutschland

160. In den ostdeutschen Gebietskörperschaften verlief die Haushaltsentwicklung im Jahre 1993 mit abgeschwächtem Tempo, die Ausgabensteigerung wurde gegenüber dem Vorjahr deutlich zurückgenommen. Dazu mag neben dem bereits hohen Ausgabenniveau im Vergleich zu Westdeutschland und den immer noch bestehenden Absorptionsproblemen der heimischen Wirtschaft — im wesentlichen im öffentlichen Hoch- und Tiefbau — auch beigetragen haben, daß — wie im Laufe der Verhandlungen um eine Neuordnung des Länderfinanzausgleichs deutlich wurde — die neuen Länder und ihre Gemeinden auf Dauer kaum einen merklich höheren Transfer aus Westdeutschland erwarten können, als er gegenwärtig über den Fonds „Deutsche Einheit" und die zweckgebundenen Zuweisungen des Bundes geleistet wird. So nahmen die Gesamtausgaben der Länder im Jahre 1993 nur noch um 9,4 vH zu nach 12 vH im Vorjahr; bei den Gemeinden ging der Ausgabenzuwachs drastisch von 30 vH auf 7,4 vH zurück.

161. Die Ausgabenstrukturen in den Haushalten der neuen Bundesländer haben sich nur geringfügig verändert. So blieb in allen Ländern die Nettokreditaufnahme unter den Ausgaben für eigene Investitionen und Investitionszuschüsse. Deutlich erhöht hat sich der Anteil der Zinsausgaben an den Gesamtausgaben. Die im vergangenen Jahr erkennbare Differenzierung in den Haushaltsstrukturen zwischen den

Ländern hat sich verfestigt. So hatte Brandenburg erneut und verstärkt die Spitzenposition bei den Ausgaben und dem Finanzierungsdefizit pro Kopf der Bevölkerung inne. Den höchsten Zuwachs bei der Neuverschuldung je Einwohner wiesen mit Sachsen-Anhalt (+48,6 vH) und Sachsen (+46 vH) jene Länder auf, die im vergangenen Jahr deutlich unter dem Durchschnitt gelegen hatten (Tabelle 42).

Die Personalausgaben der Länder stiegen mit über 13 vH wiederum überproportional an. Die hohe Zuwachsrate war bei einem geringfügigen Personalabbau angesichts der Tarifanpassungen im öffentlichen Dienst kaum zu vermeiden. So erreichten im Jahre 1993 die Löhne und Gehälter im öffentlichen Dienst 77 vH des Westniveaus, im Jahre 1992 waren es 68 vH. Unterproportional entwickelten sich in diesem Jahr vor allem die Zuweisungen an die Gemeinden, die insgesamt nur mit knapp 3 vH stiegen; die Investitionszuschüsse nahmen sogar um 2,5 vH ab.

162. Anders als bei den Ländern wirkte in den kommunalen Haushalten die Entwicklung der Personalausgaben dämpfend. Die hohen Zuwächse bei den Tarifvergütungen konnten durch einen drastischen Personalabbau weitgehend kompensiert werden, so

Tabelle 42

Die Haushaltspläne der neuen Bundesländer 1993[1])

Ausgabenarten und Einnahmenarten	Mecklenburg-Vorpommern	Brandenburg	Sachsen-Anhalt	Thüringen	Sachsen	Zusammen	Je Einwohner[2])	Relation Ost/West[3])
	Mrd DM						DM	vH
Ausgaben, insgesamt	12,4	18,9	18,6	17,1	26,9	93,9	6 505	123
darunter:								
Personalausgaben	3,2	4,0	4,8	4,2	7,1	23,3	1 614	81
Sachaufwendungen	0,5	1,0	1,1	0,7	1,3	4,6	319	113
Zinsen	0,2	0,5	0,4	0,3	0,3	1,7	118	29
Eigene Sachinvestitionen	0,7	1,1	0,7	1,0	1,3	4,8	333	191
Investitionszuschüsse	2,5	5,0	4,9	4,1	6,5	23,0	1 593	335
Einnahmen, insgesamt	9,3	13,4	14,5	13,8	22,0	73,0	5 057	103
darunter:								
Steuern	3,1	4,4	4,6	4,2	7,9	24,2	1 676	45
Fonds „Deutsche Einheit" (Länderanteil)	2,3	3,5	3,5	3,2	5,8	18,3	1 268	X
Zuweisungen								
— für laufende Zwecke	1,2	1,3	1,8	0,9	1,4	6,6	457	X
— für Investitionen	1,0	1,6	1,9	1,8	2,4	8,7	603	X
Finanzierungsdefizit	3,1	5,5	4,1	3,3	4,9	20,9	1 448	X
	Anteil in vH							
Ausgaben, insgesamt	*100*	*100*	*100*	*100*	*100*	*100*		
darunter:								
Personalausgaben	*25,8*	*21,2*	*25,8*	*24,6*	*26,4*	*24,8*		
Sachaufwendungen	*4,0*	*5,3*	*5,9*	*4,1*	*4,8*	*4,9*		
Zinsen	*1,6*	*2,6*	*2,2*	*1,8*	*1,1*	*1,8*		
Eigene Sachinvestitionen	*5,6*	*5,8*	*3,8*	*5,8*	*4,8*	*5,1*		
Investitionszuschüsse	*20,2*	*26,5*	*26,3*	*24,0*	*24,2*	*24,5*		
Einnahmen, insgesamt	*100*	*100*	*100*	*100*	*100*	*100*		
darunter:								
Steuern	*33,3*	*32,8*	*31,7*	*30,4*	*35,9*	*33,2*		
Fonds „Deutsche Einheit" (Länderanteil)	*24,7*	*26,1*	*24,1*	*23,2*	*26,4*	*25,1*		
Zuweisungen								
— für laufende Zwecke	*12,9*	*9,7*	*12,4*	*6,5*	*6,4*	*9,0*		
— für Investitionen	*10,8*	*11,9*	*13,1*	*13,0*	*10,9*	*11,9*		
	je Einwohner[2]) in DM							
Ausgaben, insgesamt	6 584	7 478	6 619	6 703	5 768	6 505		123
Einnahmen ohne Kreditaufnahme, insgesamt	4 938	5 302	5 160	5 409	4 717	5 057		103
Finanzierungsdefizit	1 646	2 176	1 459	1 294	1 051	1 448		X

[1]) Gemäß Haushaltsgesetze der neuen Bundesländer einschließlich Nachtragshaushalte.
[2]) Einwohner zum 30. Juni 1992.
[3]) Ausgaben/Einnahmen/Finanzierungsdefizit je Einwohner in den neuen Bundesländern in Relation zu den entsprechenden Größen je Einwohner in den Ländern im früheren Bundesgebiet ohne Berlin-West nach den aktuellen Haushaltsplanungen.

daß die Ausgaben für Personal nur noch mit 6,8 vH stiegen nach 27,5 vH im Vorjahr. Allerdings lag das Niveau dieser Ausgaben je Einwohner immer noch deutlich über dem der westdeutschen Gemeinden. Dies hängt teilweise damit zusammen, daß in Ostdeutschland von den Kommunen Aufgaben finanziert werden, die in Westdeutschland — wie bei Kindertagesstätten — freie Träger übernehmen. Zum Teil weisen die Gemeinden in den neuen Ländern auch eine größere Personalintensität auf. Dies gilt vor allem für den Bereich der sozialen Einrichtungen, während in den Kernverwaltungen mitunter Personalmangel herrscht. Deutlich niedriger als in Westdeutschland lagen die Ausgaben je Einwohner für soziale Leistungen, vor allem deshalb, weil aufgrund einer Vielzahl arbeitsmarktpolitischer Instrumente bislang Arbeitslose nur in geringer Anzahl auf Sozialhilfe angewiesen waren. Verglichen mit dem Vorjahr konnten im Jahre 1993 die Ausgaben für eigene Investitionen von den Kommunen mit 7,7 vH nur noch verhalten gesteigert werden. Ursächlich waren hierfür rückläufige Investitionszuweisungen der Länder und die Tatsache, daß das vom Bund subventionierte Kommunalkreditprogramm der Kreditanstalt für Wiederaufbau mittlerweile weitgehend ausgeschöpft ist. Die gleichwohl immer noch beachtliche Zuwachsrate bei den Investitionsausgaben wurde durch die kommunale Investitionspauschale (1,5 Mrd DM) des Bundes sowie dadurch ermöglicht, daß die Gemeinden in diesem Jahr noch auf Kreditmittel zurückgreifen konnten, die ihnen bereits im Vorjahr zugeflossen waren.

163. Die gesamten öffentlichen Leistungen für die neuen Länder und deren Gemeinden, die in diesem Jahr vom Bund, den westdeutschen Gebietskörperschaften, der EG sowie über den Fonds „Deutsche Einheit" und im Rahmen der Sozialversicherung erbracht wurden, lagen netto, also nach Abzug der Steuer-, Verwaltungs- und Beitragseinnahmen des Bundes sowie der Sozialversicherung im Beitrittsgebiet, mit 148 Mrd DM um 8 Mrd DM über dem Vorjahreswert (Tabelle 43). Ursächlich waren dafür vor allem die erhöhten Bundesausgaben für das Beitrittsgebiet. Der Zuwachs war mit 5,7 vH niedriger als im Jahre 1992, in dem die Nettoleistungen gegenüber dem Vorjahr um über 12 vH angestiegen waren.

Neuregelung der föderalen Finanzbeziehungen

164. Gegenstand der Verhandlungen zum Föderalen Konsolidierungsprogramm waren vor allem die Finanzbeziehungen zwischen den Gebietskörperschaften. Es war zu entscheiden, wie zum 1. Januar 1995 der Länderfinanzausgleich gesamtdeutsch durchgeführt und wie die aus den Schulden der Treuhandanstalt, des Kreditabwicklungsfonds und der ostdeutschen Wohnungswirtschaft resultierenden finanziellen Belastungen auf den Bund und die Länder verteilt werden sollten. Überdies waren aufgrund einer Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom 27. Mai 1992 Maßnahmen zur Sanierung der extremen Haushaltsnotlage der Länder Bremen und Saarland zu treffen. Die Vereinbarungen enthalten mit einer erneuten Aufstockung des Fonds „Deutsche Einheit" und der Einführung von Sonder-Bundesergänzungszuweisungen für Bremen und Saarland auch Regelungen für die Jahre 1993 und 1994 (Tabelle 44).

165. Zur Verbesserung der finanziellen Absicherung der neuen Länder und ihrer Gemeinden in den Jahren 1993 und 1994 wurde durch das Föderale Konsolidierungsprogramm der Fonds „Deutsche Einheit" ein zweites Mal aufgestockt. Der Bund hatte bereits im Vorjahr angekündigt, daß er die Mehreinnahmen, die aufgrund der im Vermittlungsverfahren zwischen Bundestag und Bundesrat beschlossenen Anhebung des Zinsabschlags von 25 vH auf 30 vH erwartet wurden, über den Fonds den ostdeutschen Gebietskörperschaften zur Verfügung stellen wollte. Nachdem die alten Länder im Zuge der Solidarpakt-Verhandlungen einwilligten, sich ihrerseits an einer Aufstockung des Fonds zu beteiligen, konnte dessen Leistungsvolumen für dieses und das folgende Jahr auf dem Niveau von 35 Mrd DM stabilisiert werden (Tabelle 45).

Da am 31. Dezember 1993 das Moratorium über die Kreditverpflichtung der kommunalen und genossenschaftlichen Wohnungsunternehmen in Ostdeutschland endet, hätten die dortigen Gemeinden dann einen großen Teil der Zins- und Tilgungsverpflichtungen übernehmen müssen. Unumstritten war seit län-

Tabelle 43

Öffentliche Leistungen für das Beitrittsgebiet im Jahre 1993 [1])

Mrd DM

	Bund	Länder und Gemeinden in Westdeutschland	Fonds „Deutsche Einheit"	Europäische Gemeinschaft, ERP	Sozialversicherung [2])	Leistungen insgesamt
Einigungsbedingte Ausgaben Bruttoleistungen	83	10	35	15	104,5	247,5
minus einigungsbedingte Einnahmen [3])	43	—	—	—	56,5	99,5
Nettoleistungen	40	10	35	15	48	148

[1]) Eigene Schätzung; in der Abgrenzung der Finanzstatistik, einschließlich Sozialversicherung.
[2]) Leistungen der Bundesanstalt für Arbeit und der Gesetzlichen Rentenversicherung.
[3]) Steueraufkommen/Beitragsaufkommen im Beitrittsgebiet.

Tabelle 44

Fonds „Deutsche Einheit"

Mrd DM

	1990	1991	1992	1993	1994
Volumen					
— ursprüngliche Ansätze	22,00	35,00	28,00	20,00	10,00
— nach der 1. Aufstockung [1]	—	—	33,90	31,50	23,90
— nach der 2. Aufstockung [2]	—	—	—	35,20	34,60
Art der Finanzierung					
— Kreditaufnahme	20,00	31,00	24,00	15,00	5,00
— Zuschuß des Bundes	2,00	4,00	9,90	14,23	19,45
— Zuschuß der alten Länder	—	—	—	5,97	10,15

[1]) Gemäß Gesetz zur Aufhebung des Strukturhilfegesetzes und zur Aufstockung des Fonds „Deutsche Einheit" vom 16. März 1992.
[2]) Gemäß Gesetz zur Umsetzung des Föderalen Konsolidierungsprogramms vom 26. Juni 1993.

Quelle: BMF

gerem, daß dies zu einer untragbaren Belastung der Kommunalhaushalte führen würde. Umstritten war hingegen, wer in welchem Umfang zur Entlastung der Gemeinden aufgerufen sei. Die Solidarpakt-Verhandlungen führten auch hier zu einer Kompromißlösung. In der Zeit vom 1. Januar 1994 bis zum 30. Juni 1995 wird den Betroffenen, zu denen die Wohnungsunternehmen ebenso gehören können wie Private, auf Antrag eine Zinshilfe in voller Höhe der zu tragenden Zinsen gewährt; die Kosten von insgesamt 7 Mrd DM teilen sich der Bund und die ostdeutschen Länder. Danach übernimmt ab dem 1. Juli 1995 der Erblastentilgungsfonds auf Antrag Altschulden, soweit diese 150 DM pro Quadratmeter übersteigen, höchstens aber 1 000 DM pro Quadratmeter.

166. *Für die bundesstaatlichen Finanzbeziehungen ab dem Jahre 1995 werden lediglich die bestehenden Ausgleichsinstrumentarien verändert und erweitert. Bei der Umsatzsteuerverteilung wird der Länderanteil von 37 vH auf 44 vH erhöht, wodurch der Bund etwa 17,5 Mrd DM bei den Steuereinnahmen verliert. Die Verteilung der Umsatzsteuer unter den Ländern bleibt weitgehend unverändert; wie bisher werden 25 vH über Ergänzungsanteile an finanzschwache Länder geleistet, bis diese 92 vH der länderdurchschnittlichen Steuereinnahmen je Einwohner erreichen. In den horizontalen Länderfinanzausgleich werden mit dem 1. Januar 1995 Berlin und die neuen Bundesländer einbezogen, wobei für Berlin — wie bisher schon für Hamburg und Bremen — die Einwohner bei der Ermittlung der Ausgleichsmeßzahl für die Ländersteuereinnahmen mit 135 vH gewichtet werden. Das Verfahren zur Berechnung der Ausgleichszuweisungen bleibt im wesentlichen unverändert, während bei der Bemessung der Ausgleichsbeiträge die sogenannte „tote Zone" beseitigt und die Finanzkraft nach einem gebrochen-linearen Tarif angesetzt wird. Zu einem vielgestaltigen Instrument entwickeln sich die Bundesergänzungszuweisungen, obwohl ihnen nach dem Grundgesetz lediglich eine subsidiäre Funktion zukommen sollte: Über Fehlbetrags-Zuweisungen wird der Bund künftig mit erhöhtem Volumen die Finanzkraft der leistungsschwachen Länder aufbessern, mit Sonderbedarfs-Zuweisungen wird er sich wie bisher an den überdurchschnittlich hohen „Kosten der politischen Führung" in finanz- und strukturschwachen Bundesländern beteiligen und zusätzlich zum Abbau teilungsbedingter Sonderlasten in Ostdeutschland beitragen. Ergänzend werden an Bremen, Niedersachsen, Rheinland-Pfalz, Saarland und Schleswig-Holstein zum Ausgleich der Belastungen aus der Einbeziehung der neuen Länder in den Finanzausgleich Übergangs-Zuweisungen geleistet, die ab dem Jahre 1996 jährlich um 10 vH verringert werden. Schließlich erhalten die neuen Bundesländer für zehn Jahre besondere Investitionshilfen, an denen sich die Empfänger mit mindestens 10 vH beteiligen müssen; eine Kumulation mit den Finanzhilfen nach Artikel 104a Abs. 4 GG und den Leistungen im Rahmen der Gemeinschaftsaufgaben nach Artikel 91a GG ist nicht statthaft.*

167. *Einen budgetpolitischen Sonderfall stellen die Länder Bremen und Saarland dar, denen durch das Bundesverfassungsgericht in einem Urteil vom 27. Mai 1992 eine extreme Haushaltsnotlage — festgemacht an der Zins-Steuer-Quote und der Kreditfinanzierungsquote — bescheinigt wurde, die zu beseitigen alle Glieder des Bundesstaates verpflichtet seien. In den Jahren 1987 bis 1993 war der schwierigen Haushaltslage beider Länder durch Vorabbeträge im Rahmen der Verteilung der Bundesergänzungszuweisungen in Höhe von insgesamt jeweils 675 Mio DM Rechnung getragen worden. Als Voraussetzung für eine bundesstaatliche Lösung hatten die betroffenen Länder mittelfristig ausgelegte Sanierungsprogramme vorzulegen; dieser Mitwirkungsverpflichtung waren beide Länder bereits im Jahre 1992 nachgekommen. Umfang und Gestaltung der Sanierungshilfen waren dann Gegenstand der Verhandlungen zum Föderalen Konsolidierungsprogramm, deren Ergebnisse am 30. Juli 1993 in einer Verwaltungsvereinbarung zwischen dem Bund und den betroffenen Ländern fixiert wurden. Danach erhält Bremen in der Zeit von 1994 bis 1998 jährlich Sonder-Bundesergänzungszuweisungen in Höhe von 1,8 Mrd DM, das Saarland in Höhe von 1,6 Mrd DM. Die vom Gericht als notwendig erachtete Sanierungsleistung wird damit erreicht. Diese Beträge sind für die Schuldentilgung zu verwenden, die durch die verringerten Zinsausgaben entstehenden Finanzierungsspielräume entweder für Investitionen oder zur Verringerung der Nettokreditaufnahme. Im Jahre 1997 sollen der Bund und alle Länder gemeinsam die Notwendigkeit weiterer Sanierungshilfen überprüfen.*

Das Ziel der Haushaltssanierung wird vom Verfassungsgericht als erreicht angesehen, wenn die beiden Bundesländer innerhalb von fünf Jahren die Zins-Steuer-Quote auf den Satz zurückführen können, den das Land mit der nächst niedrigeren Quote im Jahre 1990 aufwies, dies war Schleswig-Holstein mit 13,7 vH (Land und Gemeinden). Um dieses Ziel zu erreichen, sieht das Sanierungsprogramm Bremens im Planungszeitraum eine Reduzierung des Personalbestandes um jährlich 1,5 vH, eine Begrenzung des Anstiegs der konsumtiven Ausgaben auf 3,3 vH sowie eine schrittweise Absenkung des Investitionsvolumens um 180 Mio DM unter das Niveau des Jahres 1991 vor, so daß die jahresdurchschnittliche Zuwachsrate der Gesamtausgaben bei 3,2 vH liegt. Ab dem Jahre 1997 ist allerdings ein Ausgabenzuwachs in Höhe des erwarteten Einnahmenzuwachses von 5 vH pro Jahr vorgesehen. Die durch die Sanierungsbeiträge des Bundes entstehenden Einsparungen bei den Zinsausgaben

Änderungen der bundesstaatlichen Finanzbeziehungen gemäß Gesetz zur Umsetzung des Föderalen Konsolidierungsprogramms

Mrd DM

Jahr	Maßnahme im jeweiligen Jahr	Gesamt-umfang	Bund	Länder West	Gemeinden West	Länder Ost	Gemeinden Ost
1993	Aufstockung Fonds „Deutsche Einheit" (FDE)	3,705	-1,63	-1,245	-0,83	**2,223**	**1,482**
1994	Aufstockung Fonds „Deutsche Einheit"	10,7	-5,35	-3,21	-2,14	**6,42**	**4,28**
	Sonder-BEZ[1] für Bremen, Saarland	3,4	-3,4	**3,4**			
	Altschuldenhilfe-Wohnungswirtschaft	4,7	-2,35			-2,35	**4,7**
1995	Umsatzsteuer-neuverteilung[2]	18,4	-17,5	-0,7	-0,2	**14,4**	**4,0**
	Horizontaler Länder-finanzausgleich[3]	12,8		-10	-2,8	**10,0**	**2,8**
	Übernahme zusätzl. FDE-Annuitäten	2,1	**2,1**	-1,26	-0,84		
	Fehlbetrags-BEZ[4] (an finanzschwache Länder)	6,4	-6,4	**1,8**	**0,5**	**3,2**	**0,9**
	Sonderbedarfs-BEZ („Kosten politischer Führung")	1,54	-1,54	**0,52**	**0,15**	**0,68**	**0,19**
	Sonderbedarfs-BEZ[4] (Abbau teilungsbedingter Sonderlasten)	14	-14			**10,9**	**3,1**
	Übergangs-BEZ[4]	1,4	-1,4	**1,1**	**0,3**		
	Sonder-BEZ für Bremen, Saarland	3,4	-3,4	**3,4**			
	Investitionshilfen[5]	6,6	-6,6			**3,3**	**3,3**
	Altschuldenhilfe-Wohnungswirtschaft	2,35	-1,175			-1,175	**2,35**
	Gemeindefinanzgesetz	3,3		**3,3**	-3,3		

1) BEZ = Bundesergänzungszuweisungen.
2) Gemeindeanteil 20 vH (unterstellter durchschnittlicher Steuerverbund).
3) Gemeindeanteil West 20 vH, Ost 40 vH.
4) Gemeindeanteil West 20 vH, Ost 22 vH.
5) Gemeindeanteil 50 vH.

Quelle: BMF

sollen ausschließlich für „wirtschafts- und finanzkraftstärkende Investitionen" eingesetzt werden und nicht zur weiteren Schuldentilgung. Das saarländische Sanierungsprogramm sieht ebenfalls Stellenstreichungen und verminderte Steigerungsraten bei den Sachausgaben und den Zuweisungen an Dritte vor (2 vH jährlich). Die Empfehlung des Finanzplanungsrates von 3 vH für die Gesamtausgaben soll umgesetzt werden. Unklar bleibt hier, wie die Einsparungen aufgrund der rückläufigen Zinsausgaben verwendet werden sollen. Ob die Maßnahmen insgesamt erfolgreich sein werden, so daß die Zins-Steuer-Quote im Jahre 1998 in beiden Bundesländern 13,7 vH erreicht und die strukturelle Haushaltsunterdeckung dauerhaft beseitigt ist, hängt wesentlich davon ab, daß die betroffenen Länder mit großer Disziplin auch bei veränderten Rahmenbedingungen am Sanierungskurs festhalten. Dies gilt für den Fall verminderter Steuereinnahmen und zusätzlicher Ausgabenbelastungen ebenso wie bei einer günstigeren Entwicklung, die den Anreiz setzt, mit öffentlichem Geld großzügig zu verfahren. Zwei Unwägbarkeiten sind in den vorliegenden Programmen benannt, ohne daß gesagt wird, wie ihnen begegnet werden soll: die gesamtwirtschaftliche Entwicklung — die Steuereinnahmenprojektion beruht auf der Steuerschätzung vom Mai 1992 — und die Neuregelung des Finanzausgleichs.

Zur Einnahmenentwicklung: Konjunkturell bedingte Steuerausfälle

168. In der Entwicklung der Steuereinnahmen machten sich seit Jahresanfang die rezessive Entwicklung in der Gesamtwirtschaft sowie Steuerrechtsänderungen deutlich bemerkbar. Kam es im Jahre 1992 aufgrund des starken nominalen Wachstums der gesamtwirtschaftlichen Bemessungsgrundlagen mit 10,5 vH zu einer kräftigen Zunahme der gesamten Steuereinnahmen, so war im Jahre 1993 lediglich ein Anstieg um 1,5 vH möglich. In der rückläufigen Zuwachsrate für das Gesamtsteueraufkommen spiegeln sich allerdings nicht nur die konjunkturelle Entwicklung, sondern ebenso Steuerrechtsänderungen. Die volkswirtschaftliche Steuerquote sank geringfügig von 24,2 vH auf 24 vH (Tabelle 46).

Verglichen mit einer konjunkturellen Normalsituation, wie sie durch eine Auslastung des westdeutschen

Tabelle 46

Aufkommen aus wichtigen Steuerarten[1])

Mrd DM

Steuerart	1992			1993[2])		
	Insgesamt	West[3])	Ost[4])	Insgesamt	West[3])	Ost[4])
Gemeinschaftliche Steuern	529,0	.	.	555½	.	.
davon:						
Lohnsteuer	247,3	230,2	17,2	258	237	21
Veranlagte Einkommensteuer	41,5	42,7	– 1,2	32½	34½	– 2
Nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	11,3	11,0	0,2	12	11½	½
Zinsabschlag	.	.	.	11	11	.
Körperschaftsteuer	31,2	32,2	– 1,0	26	27	– 1
Umsatzsteuer[5])	197,7	.	.	216	.	.
Zölle	7,7	.	.	7	.	.
Bundessteuern	105,1	.	.	93	.	.
darunter:						
Mineralölsteuer	55,2	.	.	56	.	.
Tabaksteuer	19,3	.	.	19½	.	.
Solidaritätszuschlag	13,0	.	.	.	.	.
Ländersteuern	33,0	30,1	2,8	34	30½	3½
darunter:						
Kraftfahrzeugsteuer	13,3	11,4	1,9	14	12	2
Vermögensteuer	6,8	6,8	0,0	7	7	.
Gemeindesteuern	56,8	55,1	1,8	53½	51	2½
darunter:						
Gewerbesteuer	44,8	44,2	0,7	41	40	1
Grundsteuer	10,8	9,7	1,0	11½	10	1½
Steueraufkommen, insgesamt	731,7	.	.	743	.	.
Nachrichtlich						
Steuerquote[6])	24,2	.	.	24	.	.

[1]) Kassenmäßige Steuereinnahmen.
[2]) Eigene Schätzung.
[3]) Gebietsstand: Früheres Bundesgebiet, die Angaben schließen Berlin-West ein.
[4]) Neue Bundesländer einschließlich Berlin-Ost.
[5]) Inlandsaufkommen und Einfuhrumsatzsteuer.
[6]) Steuereinnahmen in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt für Deutschland in vH.

Quelle: BMF

Produktionspotentials von 96,5 vH gekennzeichnet werden kann, waren im Jahre 1993 Steuerausfälle von gut 13 Mrd DM zu verkraften. Auch wenn die Aussagekraft dieses Betrages wegen der Schwierigkeit, eine nur auf die westdeutsche Wirtschaft bezogene Kapazitätsauslastung zu interpretieren, begrenzt ist (Ziffer 97), so wird doch deutlich, in welchem Umfang die Rezession die Entwicklung der Steuereinnahmen beeinflußt hat, zumal die Situation in den neuen Ländern — anders als bei auslastungsbedingten Steuermehreinnahmen — nicht gegenläufig wirkte.

169. Schwierig ist es in diesem Jahr, den Effekt der Rezession auf die ertragsabhängigen Steuern zu ermitteln. Denn sowohl die Körperschaftsteuer als auch die veranlagte Einkommensteuer sind in besonderem Maße durch die Einführung des Zinsabschlags betroffen: Bei beiden Steuern können Steuerinländer den gezahlten Zinsabschlag in Anrechnung bringen. Das Bundesfinanzministerium hat dafür insgesamt 12,7 Mrd DM für dieses Jahr erwartet (7,4 Mrd DM bei der veranlagten Einkommensteuer und 5,3 Mrd DM bei der Körperschaftsteuer) — vorausgesetzt das Bruttoaufkommen aus dem Zinsabschlag erreicht 23,6 Mrd DM. Soweit bisher absehbar, kann für das gesamte Jahr aber lediglich mit einem Aufkommen von 11 Mrd DM gerechnet werden. Entsprechend können die Anrechnungen nicht die erwartete Größenordnung erreichen. Ohnehin ist fraglich, ob der Zinsabschlag direkt aufkommensmindernd bei den beiden Veranlagungssteuern wirkt. Am ehesten dürfte dies bei der Körperschaftsteuer der Fall sein, die gewöhnlich schneller auf eine rezessive Entwicklung reagiert als die veranlagte Einkommensteuer; die Unternehmen werden die dadurch motivierte Anpassung ihrer Vorauszahlungen genutzt haben, um den Zinsabschlag anzurechnen. Freilich: Eine Quantifizierung der Anrechnungen und eine genaue Zurechnung auf beide Steuern ist nicht möglich. Auf jeden Fall aber überzeichnen die Rückgänge im Kassenaufkommen von knapp 22 vH bei der veranlagten Einkommensteuer und gut 16,5 vH bei der Körperschaftsteuer die konjunkturellen Effekte. Um die Wirkung des Zinsabschlags zu neutralisieren, erscheint es sinnvoll, die betroffenen Steuern insgesamt im Vorjahresvergleich zu betrachten. Nimmt man das Aufkommen aus der veranlagten Einkommensteuer, der nicht veranlagten Steuer vom Ertrag, der Körperschaftsteuer sowie dem Zinsabschlag zusammen und bereinigt es um die quantifizierbaren Einnahmenausfälle aufgrund von Steuerrechtsänderungen (rund 5 Mrd DM), dann ergibt sich ein Wert, der nur geringfügig unter dem entsprechenden Aufkommen des Jahres 1992 liegt. Dies ist verglichen mit früheren Rezessionsphasen keine außergewöhnliche Entwicklung; so verminderte sich zwar das Aufkommen aus diesen Steuern im Jahre 1981 gegenüber dem Vorjahr immerhin um 5,6 vH, dies war allerdings ganz überwiegend durch die Tarifreform in der Einkommensteuer begründet.

Vergleichsweise kräftig war der Anstieg beim Aufkommen der Lohnsteuer mit 4,3 vH. Mindernd wirkten sich mit 1,8 Mrd DM die Steuerfreistellung des Existenzminimums sowie mit 3 Mrd DM die in das Zinsabschlagsgesetz aufgenommene Anhebung des Sonderausgaben-Vorwegabzugs sowie des Grundhöchstbetrags für Vorsorgeaufwendungen aus. Darum bereinigt stieg das Lohnsteueraufkommen um 6,2 vH an. Diese Dynamik erklärt sich im wesentlichen durch die Tarifabschlüsse des Vorjahres, die sich erst im Jahre 1993 voll auswirkten.

170. Bei der Gewerbeertragsteuer war wie bei der Körperschaftsteuer und bei der veranlagten Einkommensteuer die Rezession über eine Anpassung der Vorauszahlungen spürbar. Und wie bei diesen Steuern wirkten sich Steuerrechtsänderungen aus. So führte in diesem Jahr das Steueränderungsgesetz 1992 zu Mindereinnahmen von rund 3 Mrd DM. Der Rückgang des kassenmäßigen Aufkommens aus der Gewerbesteuer um 8,5 vH reflektierte überdies eine deutliche Verminderung der Zahlungen für Vorjahre, die sich in den beiden vergangenen Jahren wegen verstärkter Betriebsprüfungen und aufgrund der hohen Gewinne aus der Vereinigung überaus kräftig entwickelt hatten.

171. Der Zuwachs bei der Umsatzsteuer betrug 9,3 vH, ohne Anhebung des Normalsatzes auf 15 vH zum Jahresanfang wären es rund 3,2 vH gewesen. Die mit dem Steueränderungsgesetz 1992 beschlossene Anhebung des Normalsatzes in der Umsatzsteuer hat die schwache nominale Entwicklung der gesamtwirtschaftlichen Bemessungsgrundlage insoweit kompensiert, als insgesamt eine dem Vorjahr entsprechende Steigerungsrate erreicht werden konnte. Immer noch kräftig, wenn auch deutlich schwächer als in den beiden Vorjahren entwickelte sich das Aufkommen aus der Versicherungsteuer (+13 vH). Dies lag zum einen an der Steuererhöhung zum 1. Juli 1993 aufgrund des Gesetzes zur Umsetzung des Föderalen Konsolidierungsprogramms, zum anderen daran, daß bei den Prämien für Kfz-Haftpflichtversicherungen in den neuen Ländern der Abschlag von 20 vH nicht mehr gewährt wird. Die großen speziellen Verbrauchsteuern haben im Jahre 1993 deutlich an Dynamik verloren; die Einnahmen aus der Mineralölsteuer und der Tabaksteuer nahmen nur noch mäßig zu, die aus Branntweinabgaben waren rückläufig. Dies hing einerseits mit dem rezessiven gesamtwirtschaftlichen Umfeld zusammen, andererseits haben sich auch Änderungen in den Verbrauchsgewohnheiten eingestellt.

172. Während im Jahre 1992 die Steuereinnahmen von Bund, Ländern und Gemeinden mit fast identischen Raten angestiegen sind, entwickelte sich das Steueraufkommen in diesem Jahr für die Ebenen unterschiedlich. Die Steuereinnahmen des Bundes stagnierten nahezu, die der Länder wuchsen hingegen um 3 vH und die der Gemeinden um knapp 1 vH. Dies lag insbesondere an dem Wegfall des Solidaritätszuschlags, aber auch an der differenzierten Entwicklung der jeweiligen eigenen Steuern; so war das Aufkommen aus den übrigen Bundessteuern gegenüber dem Vorjahr rückläufig, das aus den Ländersteuern nahm dagegen noch mit 4 vH zu. Bei den kommunalen Steuereinnahmen wirkte sich die Entwicklung bei der Gewerbeertragsteuer nicht voll aus, weil die Gewerbesteuerumlage — wie im Zusammenhang mit dem Steueränderungsgesetzes 1992 beschlossen — um 50 vH abgesenkt worden war.

Das Steueraufkommen der neuen Länder und ihrer Gemeinden wuchs um 11 vH und erreichte je Einwohner etwa 41 vH des westdeutschen Niveaus. Wegen der hohen Auszahlungen von Zulagen für Ausrüstungsinvestitionen im Beitrittsgebiet kamen die Veranlagungssteuern trotz einer Zunahme des Bruttoaufkommens um durchschnittlich über 55 vH wiederum ins Minus, und zwar um zusammen fast 2,5 Mrd DM. Abermals kräftig war mit gut 21 vH die Steigerung beim Lohnsteueraufkommen. Dabei wirkte der Anstieg der Bruttolöhne und -gehälter in Ostdeutschland von 62 vH des Westniveaus im Jahresdurchschnitt 1992 auf etwa 70 vH im Jahre 1993 zusammen mit der im unteren Tarifbereich der Einkommensteuer sehr hohen Relation zwischen den Zuwachsraten beim Lohnsteueraufkommen und bei der Bruttolohn- und -gehaltssumme.

173. *Im Zusammenhang mit der wachsenden Belastung der Einkommen durch Steuern und Abgaben wird seit geraumer Zeit verstärkt auf kommunale Gebührenanpassungen verwiesen. Vielfach wird vermutet, daß es sich bei den Gebühren um ein flexibles Instrument der gemeindlichen Haushaltskonsolidierung handelt. So hatte die Bundesregierung in ihrem Entwurf zum Föderalen Konsolidierungsprogramm den Gemeinden empfohlen, die Haushaltslage durch eine verstärkte Beachtung des Kostendeckungsprinzips — vor allem im Bereich Kultur — zu verbessern. Tatsächlich haben sich die Gebühreneinnahmen in den letzten drei Jahren sehr dynamisch entwickelt, bis zuletzt mit zweistelligen Zuwachsraten. Hintergrund dieser Entwicklung ist allerdings weniger das Ziel der Gemeinden, ihren Verwaltungshaushalt zu entlasten. Entscheidend sind vielmehr die folgenden Faktoren: Zunächst ist zu beachten, daß die Gebührenpolitik bei kostenrechnenden Einrichtungen — im wesentlichen handelt es sich dabei um die Abwasser- und Abfallbeseitigung sowie die Straßenreinigung — nicht ins Belieben der Gemeinden gestellt ist. Bei solchen Einrichtungen sind Gebührenanhebungen gemäß Abgabenrecht notwendig, wenn die Kosten nicht mehr aus den bisherigen Gebühren gedeckt werden können. Das Prinzip der Kostendeckung bietet freilich keinen Anreiz, auf effiziente Leistungsbereitstellung zu achten. Die Gemeindeordnungen verpflichten zudem dazu, bei öffentlichen Leistungen, deren Nutzung einzelnen Personen zugerechnet werden kann, die Gebühren nach Maßgabe der Produktionskosten zu fixieren. Auf dieser Grundlage führt jede Kostensteigerung und jede Leistungsverbesserung zwangsläufig zu einer Anhebung der Gebühren. Nur über eine Vermeidung weiterer umweltrechtlicher Auflagen ließen sich beispielsweise beim Abwasser erneute Gebührenanpassungen vermeiden. Ein Zweites ist zu beobachten: Die Gemeinden haben ihre Gebührenkalkulation in der letzten Zeit ganz überwiegend von der Nominal- auf die Realwertmethode umgestellt, um dadurch die Substanz der Infrastruktur und die Leistungsfähigkeit der Versorgungs- und Entsorgungseinrichtungen zu erhalten. Das Oberverwaltungsgericht Münster hatte im Herbst 1992 festgestellt, daß das Ansetzen kalkulatorischer Zinsen und Abschreibungen zulässig ist. Die entsprechenden Anpassungen haben nicht unwesentlich zu der dynamischen Entwicklung der Gebühreneinnahmen beigetragen.*

Bei den Leistungsbereichen wie Abwasser, Abfall und auch Straßenreinigung werden durch Gebühren die Kosten weitgehend, zum Teil vollständig gedeckt, während der Kostendekkungsgrad in den Leistungsbereichen Kultur, Bildung, Soziales und Sport, wo die Gebühren zumeist als Instrument der Nachfragelenkung fungieren, niedrig ist. Die Kostendeckungsgrade haben sich im Laufe der Zeit kaum verändert. Dies spricht dafür, daß die Anpassung der Gebühren tatsächlich primär an der Kostenentwicklung orientiert ist und kaum an den budgetären Konsolidierungszwängen; eine Überdeckung mit dem Ziel der Subventionierung anderer Aufgaben ist ohnehin nicht statthaft, ein derartiger Querverbund besteht mitunter allerdings indirekt durch einen Finanzierungsbeitrag städtischer Unternehmen an den Gemeindehaushalt. Ob bei den sozial- und kulturpolitischen Leistungen eine kostenorientierte Gebührenfestsetzung sinnvoll ist, mag angesichts der mit diesen gemeindlichen Leistungen verbundenen Zielen zweifelhaft erscheinen. Angemessener dürfte dann eine Privatisierung sein, wie sie im Föderalen Konsolidierungsprogramm den Gemeinden ebenfalls empfohlen wird. Wichtig bleibt indes, daß das Prinzip der Kostendeckung nicht dazu führt, daß die Gemeinden bei den entsprechenden Leistungen die Gesichtspunkte Sparsamkeit und Effizienz vernachlässigen.

Hohe öffentliche Defizite — Schwache konjunkturelle Wirkung

174. Im öffentlichen Gesamthaushalt nahm das Finanzierungsdefizit im Jahre 1993 bedingt durch die Rezession und die anhaltenden Strukturprobleme in den Haushalten der Gebietskörperschaften um 45 Mrd DM zu und erreichte in der Abgrenzung der Finanzstatistik 160 Mrd DM (Schaubild 29). Das Defizit im Bundeshaushalt expandierte am stärksten, da hier beide Seiten des Budgets erheblich von der Rezession beeinflußt wurden. In Westdeutschland führten die rezessionsbedingten Steuerausfälle dazu, daß sich die einsetzenden Konsolidierungsbemühungen nicht in der Defizitentwicklung zeigten; die Fehlbeträge nahmen erneut kräftig zu. Außerordentlich stark gestiegen sind auch die Finanzierungsdefizite der neuen Länder und ihrer Gemeinden; die im Vergleich zum Vorjahr gedämpfte Ausgabenexpansion wurde ebenfalls durch die schwache Entwicklung der Einnahmen überkompensiert. Rückläufig war mit 4,5 Mrd DM im Jahre 1993 lediglich das Defizit der Nebenhaushalte, und zwar wegen der verminderten Neuverschuldung des Fonds „Deutsche Einheit" (Tabelle 44, Seite 152).

175. Sowohl für die Bewertung der öffentlichen Defizite und der dahinterstehenden Finanzpolitik als auch für die Einschätzung ihrer gesamtwirtschaftlichen Wirkungen ist es von Bedeutung, in welchem Umfang das öffentliche Finanzierungsdefizit konjunkturell und in welchem Ausmaß strukturell verursacht war. Diese Zerlegung des Defizits stößt auf nicht unerhebliche Probleme. So muß für die Bestimmung eines konjunkturellen Defizits eine gesamtwirtschaftliche Normallage definiert werden. Und ein strukturelles Defizit als Restgröße kann erst abgeleitet werden, wenn der konjunkturelle Teil ermittelt und jener Umfang der jährlichen Neuverschuldung bestimmt ist, der als Normalverschuldung die durch die Privaten grundsätzlich und mittelfristig akzeptierte Kreditaufnahme reflektiert. Für diese Fragen verwendete der Sachverständigenrat traditionell den „konjunkturneutralen Haushalt" sowie das „strukturelle Defizit" (Methodische Erläuterungen siehe Anhang IV, Abschnitt D). Auf beide Konzeptionen greift der Rat unter Hinweis auf den durch die deutsche Einheit ausgelösten Strukturbruch seit zwei Jahren nicht mehr zurück.

An der im Jahresgutachten 1991 (Ziffer 199) geführten Argumentation ist auch im dritten Jahr nach der Vereinigung festzuhalten. Bis jetzt haben sich keine gesamtdeutschen Gewöhnungsmuster herausbilden können, die die Bewertung der Art und des Umfangs der Staatsfinanzierung durch die Privaten kennzeichnen. Zwar ist heute unverkennbar, was vor zwei Jahren nur zu vermuten war, daß nämlich eine schnelle Rückführung der öffentlichen Defizite nicht gelingen wird.

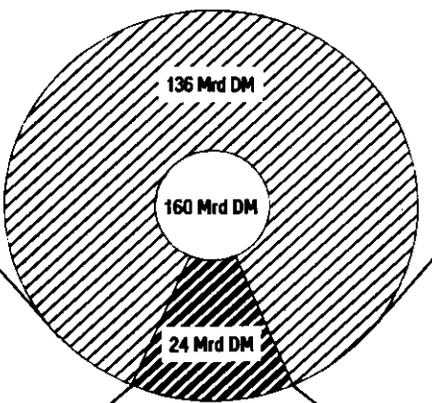
DER ÖFFENTLICHE GESAMTHAUSHALT 1993

In der Abgrenzung der Finanzstatistik

Ausgaben [1] und Einnahmen der Gebietskörperschaften [2]

	Bund [3]		Länder				Gemeinden			
			West [4]		Ost [4]		West [4]		Ost [4]	
	Mrd DM	vH 5)	Mrd DM	vH 5)	Mrd DM	vH 5)	Mrd DM	vH 5)	Mrd DM	vH 5)
Ausgaben, insgesamt	462,0	*8,2*	335,0	*3,8*	106,0	*9,4*	230,0	*3,8*	61,2	*7,8*
darunter:										
Personalausgaben	52,5	*2,0*	135,5	*4,4*	26,0	*13,3*	60,0	*4,3*	19,0	*-5,0*
laufender Sachaufwand	44,2	*0,5*	32,5	*6,9*	9,2	*9,7*	41,0	*3,3*	10,5	*5,0*
Sachinvestitionen	13,5	*-2,1*	12,0	*-1,6*	5,4	*20,3*	45,0	*0,0*	17,0	*6,3*
Zinsen	45,7	*4,3*	26,6	*6,2*	2,2	*X*	10,2	*4,6*	0,8	*X*
Einnahmen, insgesamt	389,0	*0,3*	310,5	*1,3*	88,0	*6,6*	217,0	*2,4*	53,7	*8,9*
darunter:										
Steuern	353,6	*0,2*	232,0	*1,9*	26,0	*9,4*	89,0	*0,2*	5,3	*17,0*
Finanzierungsdefizit	73,0	*X*	24,5	*X*	18,0	*X*	13,0	*X*	7,5	*X*

Finanzierungsdefizit des öffentlichen Gesamthaushalts



Nebenhaushalte:

Fonds "Deutsche Einheit"	14 Mrd DM
Kreditabwicklungsfonds	0,5 Mrd DM
ERP-Sondervermögen, Lastenausgleichsfonds	9,5 Mrd DM

1) Bereinigte Ausgaben. – 2) Ohne Krankenhäuser mit eigener Rechnungslegung. – 3) Gemäß Bundeshaushalt 1993 einschließlich Nachtragshaushalt vom 18. Juni 1993. – 4) Gemäß BMF, Zentrale Datenstelle der Länder, Gemeindefinanzbericht 1993 und eigene Schätzungen. – 5) Veränderung gegenüber dem Vorjahr.

SR 93 0689

Indes ist es unplausibel anzunehmen, daß die Privaten dieses Volumen der Kreditfinanzierung auch nach Abzug konjunktureller Effekte als jenen Umfang der jährlichen Nettoneuverschuldung ansehen, der dem Staat selbst in konjunkturellen Normaljahren zur Finanzierung seiner Aufgaben zuzubilligen wäre (Normalverschuldung). Überdies dürfte die über den Kurs der Finanzpolitik lange Zeit herrschende Unsicherheit kaum die Herausbildung von Gewöhnungsprozessen gefördert haben. Nach wie vor muß auf die Anwendung beider Konzeptionen verzichtet werden, wenn das Urteil der Privaten als zentraler Bewertungsmaßstab fungieren soll.

176. Für die Analyse des öffentlichen Defizits wird in diesem Jahr deshalb ein anderer Weg versucht. Weniger problematisch erscheint es in der gegenwärtigen rezessiven Situation, zunächst den konjunkturell verursachten Teil des Finanzierungsdefizits zu bestimmen.

— *Dafür müssen die durch die Rezession bedingten Abweichungen bei den Einnahmen und Ausgaben von jenem Niveau ermittelt werden, das in einer konjunkturellen Normallage erreichbar gewesen wäre. Eine solche Normalsituation kann als gegeben angesehen werden, wenn der Auslastungsgrad der gesamtwirtschaftlichen Kapazitäten nahe dem mehrjährigen Durchschnitt — der Normalauslastung — liegt. Darauf bezogen ergaben sich für das Jahr 1993 Steuer- und Beitragsmindereinnahmen von knapp 23 Mrd DM.*

— *Eine Rezession wirkt sich ausgabenseitig in den öffentlichen Haushalten kurzfristig fast ausschließlich durch den Anstieg der durch Arbeitslosigkeit begründeten Ausgaben aus. Um die aus konjunktureller Arbeitslosigkeit resultierenden Mehrausgaben zu bestimmen, kann die tatsächliche Arbeitslosenzahl im Jahresdurchschnitt mit jener verglichen werden, die sich bei einer Arbeitslosenquote ergeben hätte, die in einer spannungsfreien gesamtwirtschaftlichen Situation existierte. Dies war annähernd im Jahre 1989 der Fall: Die Auslastung des Produktionspotentials lag fast exakt beim Normalniveau mit 96,5 vH. Und es war das letzte Jahr, das von der deutschen Vereinigung nahezu unbeeinflußt blieb. Legt man deshalb die Quote der registrierten Arbeitslosen zu den abhängigen Erwerbspersonen aus dem Jahre 1989 (7,5 vH) auf die Anzahl der abhängigen Erwerbspersonen im Jahre 1993 in Westdeutschland an, so ergibt sich eine um rund 220 000 Personen niedrigere Arbeitslosenzahl als tatsächlich beobachtet. Ein ähnlicher Wert für die auslastungsbedingte Unterbeschäftigung (rund 200 000 Personen) ergibt sich durch die Berechnung des sogenannten Arbeitsplatzpotentials bei Normalauslastung der Produktionskapazitäten für das Jahr 1993. Hierbei wird ein (konjunkturunabhängiger) Trend des Arbeitskoeffizienten geschätzt und der für 1993 errechnete Wert wird mit dem Produktionspotential bei Normalauslastung multipliziert.*

  Geht man deshalb für dieses Jahr näherungsweise von einer um 220 000 verringerten Arbeitslosenzahl aus und wendet darauf den durchschnittlichen Pro-Kopf-Ansatz für das Arbeitslosengeld an, so resultiert eine konjunkturell bedingte Mehrausgabe in Höhe von fast 5 Mrd DM. Zusätzlich ist als konjunkturelles Phänomen die Kurzarbeit zu berücksichtigen; die entsprechenden Ausgaben in Westdeutschland erreichten 3,5 Mrd DM.

— *Nimmt man alles zusammen, so kann der konjunkturell begründete Teil des öffentlichen Defizits mit 31,5 Mrd DM beziffert werden. Freilich muß erneut darauf hingewiesen werden, daß diese Ergebnisse allein auf Überlegungen für das frühere Bundesgebiet beruhen. Die Situation in den neuen Ländern entzieht sich im Ganzen dieser Argumentation; die wirtschaftliche Entwicklung dort ist zwar nicht frei von konjunkturellen Einflüssen aus Westdeutschland und dem Ausland, vorherrschend sind hingegen die Strukturprobleme, die sich aus der Transformation der Zentralverwaltungswirtschaft in eine Marktwirtschaft ergeben. Da im Vergleich zum Vorjahr die westdeutschen Lieferungen in die neuen Bundesländer nahezu konstant blieben, dürfte die Entwicklung im Beitrittsgebiet keinen nennenswerten zusätzlichen Impuls auf die westdeutsche Wirtschaft und damit keine zur Rezession gegenläufigen Effekte ausgelöst haben. Anders als vor zwei Jahren kann die konjunkturelle Entwicklung in den alten Ländern für die Analyse der öffentlichen Defizite in diesem Jahr begründeter isoliert werden (JG 91 Ziffer 202).*

177. Da eine Normalverschuldung als Ausdruck der Gewöhnung seitens der Privaten nicht abgeleitet werden kann, muß — um das strukturelle Defizit zu ermitteln — für das Ausmaß der dauerhaft tolerierbaren Kreditfinanzierung eine Norm gesetzt werden.

Der Sachverständigenrat bewertete ein Defizit von 1,5 vH bis höchstens 2 vH in Relation zum Bruttoinlandsprodukt als dauerhaft tolerabel (zuerst JG 90 Ziffer 381). Im Jahre 1993 hätten einer Quote von 1,5 vH 46,5 Mrd DM entsprochen. Setzt man diesen Betrag und das konjunkturbedingte Defizit vom Fehlbetrag im öffentlichen Gesamthaushalt ab, dann kann das strukturelle Defizit für das Jahr 1993 auf 82 Mrd DM beziffert werden; dies entspricht 2,6 vH des nominalen Bruttoinlandsprodukts für Deutschland. Setzt man für das Jahr 1992 ebenfalls ein Defizit von 1,5 vH des Bruttoinlandsprodukts als akzeptabel an und berücksichtigt man die auslastungsbedingten Steuermehreinnahmen in Höhe von knapp 20 Mrd DM, dann ergibt sich für 1992 ein struktureller Fehlbetrag im öffentlichen Gesamthaushalt von 85 Mrd DM und eine Defizitquote von 2,8 vH.

178. Die Ergebnisse dieser Überlegungen weisen auf zweierlei hin: Erstens wurden im Jahre 1993 konjunkturbedingte Einnahmenausfälle und Mehrausgaben in Höhe von 31,5 Mrd DM hingenommen. Zweitens legt das strukturelle Defizit, das mit 82 Mrd DM gut die Hälfte des gesamten Fehlbetrags im öffentlichen Gesamthaushalt ausmachte, die Folgerung nahe, daß die Finanzpolitik wie schon im Vorjahr in hohem Maße die Nachfrage gestützt und damit expansiv gewirkt hat. Allerdings sind in der aktuellen Situation beträchtliche Gegenwirkungen zu berücksichtigen: So ist zu bedenken, daß die Entwicklung der öffentlichen Finanzen und insbesondere das Anwachsen der Finanzierungsdefizite seit der deutschen Vereinigung eine Konsolidierung über die Ausgabenseite unausweichlich haben werden lassen, dies gilt vor allem auch angesichts des erreichten Niveaus der Abgabenbelastung. Die Belastung der Haushalte durch Zinsausgaben hat den Handlungsspielraum der Finanzpolitik derart eingeengt, daß das Defizit dieses Jahres als ein weiterer Schritt auf dem Weg in eine Situation empfunden wurde, in der die öffentlichen Finanzen völlig aus dem Ruder geraten könnten. Gegenwärtig ist der Konsolidierungsbedarf so hoch wie selten zuvor, und die Öffentlichkeit ist sich dessen bewußt. Zudem existierte bei Investoren und Konsumenten eine Verunsicherung, die die Finanzpolitik durch ihren über lange Zeit wenig einsichtigen und wenig stringenten Kurs ausgelöst hat (Ziffer 292). Dies galt in besonderem Maße während der langwierigen und widersprüchlichen Diskussionen um den Solidarpakt; aber auch nach dessen Abschluß waren die Rahmenbedingungen für die Dispositionen der Privaten keineswegs so eindeutig und auf eine absehbare Zeit gesichert, wie es zur Überwindung der Rezession erforderlich erscheint. Zusammen mit Absatzrückgängen und verschlechterten Ertragsperspektiven sowie vor dem Hintergrund massiver Erweiterungsinvestitionen in den letzten Jahren hat diese Verunsicherung vielfach den Anlaß gegeben, Investitionsvor-

haben nicht umzusetzen. Alles in allem ist deshalb die Annahme plausibel, daß die Finanzpolitik in diesem Jahr in weitaus geringerem Maße expansiv wirkte, als dies die Höhe des strukturellen Defizits nahelegt. Anders gewendet: Eine bereits in diesem Jahr erfolgreiche Konsolidierung hätte zu einer entsprechenden Vertrauensgewinnung und Erwartungsbildung geführt und damit die Konjunktur gestützt.

Differenzierte Entwicklung bei den Sozialversicherungen

179. Im Jahre 1993 setzte sich die defizitäre Entwicklung in der Sozialversicherung verschärft fort; das Gesamtdefizit verdoppelte sich nahezu und erreichte knapp 22 Mrd DM. Maßgeblich war dafür die Entwicklung in der Gesetzlichen Rentenversicherung und bei der Bundesanstalt für Arbeit, während in der Gesetzlichen Krankenversicherung infolge des Gesundheitsstrukturgesetzes in diesem Jahr wieder ein beachtlicher Überschuß eintrat. Neben den spezifischen Problemen, die aus der Vereinigung für die Sozialversicherungssysteme erwuchsen, war die Rezession für die Ausweitung des Finanzierungsdefizits verantwortlich. So führte die konjunkturell bedingte Zunahme der Arbeitslosigkeit in Westdeutschland zu hohen Mehrausgaben der Bundesanstalt für Arbeit. Dagegen wirkte sich die gesamtwirtschaftliche Entwicklung in Westdeutschland über die Einnahmenseite noch nicht spürbar aus, da die Beitragseinnahmen trotz der im Vergleich zum Vorjahr nur um knapp 1 vH höheren Bruttolohn- und -gehaltssumme mit 5 vH nach gut 6,6 vH im Jahre 1992 immer noch kräftig zunahmen. Dies lag daran, daß die Fortschreibung der Beitragsbemessungsgrenze mit 5,9 vH wegen der Orientierung am Lohnzuwachs des Jahres 1991 deutlich stärker war als die aktuelle Entwicklung der Bemessungsgrundlage.

Da die Gesetzliche Rentenversicherung noch über entsprechende Rücklagen verfügte und die Fehlbeträge der Bundesanstalt für Arbeit durch den Bund gedeckt wurden, kam es insgesamt nicht zu einer Anhebung der Beitragssätze, wohl aber zu strukturellen Veränderungen. Wie schon im Jahre 1991 versuchte der Bund auch 1993, die prekäre Haushaltslage der Bundesanstalt für Arbeit durch eine Anhebung des Beitragssatzes — von 6,3 vH auf 6,5 vH — bei einer gleichzeitigen Senkung des Beitragssatzes zur Rentenversicherung — von 17,7 vH auf 17,5 vH — zu entspannen. Die positive finanzielle Entwicklung in der Gesetzlichen Krankenversicherung wurde nur vereinzelt von den Kassen zu Beitragssatzsenkungen genutzt, so daß in diesem Jahr insgesamt die prozentuale Belastung der Erwerbseinkommen durch Sozialbeiträge kaum rückläufig war.

180. Als die Bundesanstalt für Arbeit zum Jahresende 1992 ihren Entwurf für den Haushaltsplan 1993 vorstellte, ging sie von einem Fehlbetrag in Höhe von gut 8 Mrd DM aus. Dies schien angesichts der Probleme auf dem ostdeutschen Arbeitsmarkt und der sich andeutenden nachhaltigen Verschlechterung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung unvermeidlich zu sein. Die Bundesregierung hatte hingegen ihren Eckwertebeschluß für die Haushalts- und Finanzplanung des Jahres 1993 auf der Annahme gegründet, daß im Finanzplanzeitraum bis zum Jahre 1996 keine Zuschüsse an die Bundesanstalt für Arbeit erforderlich sein würden. Gegen den Widerstand der Selbstverwaltung setzte sie zum 1. Januar 1993 einen Haushaltsplan für die Bundesanstalt in Kraft, der auf Annahmen für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung beruhte, die bereits zu diesem Zeitpunkt nicht mehr haltbar waren, und einen Fehlbetrag ausschloß, der schon absehbar war. Auch die zu diesem Termin verfügte Anhebung des Beitragssatzes konnte, da sie allenfalls Beitragsmehreinnahmen in Höhe von 2,5 Mrd DM erwarten ließ, das Defizit der Bundesanstalt nur geringfügig vermindern. Erst mit seinem Nachtragshaushalt trug der Bund dem Rechnung und stellte einen Zuschuß an die Bundesanstalt von 18 Mrd DM in seine Planung ein. Dies war auch mit den Eckwerten des Nachtragshaushalts der Bundesanstalt für Arbeit vereinbar, der vom Verwaltungsrat im Juli dieses Jahres festgestellt wurde. Tatsächlich erreichte das Defizit der Bundesanstalt sogar über 25 Mrd DM. Mehrausgaben gegenüber dem ursprünglichen Etat waren infolge der sich verschärfenden Rezession in Westdeutschland beim Arbeitslosengeld (fast 14 Mrd DM) und beim Kurzarbeitergeld (2,8 Mrd DM) sowie wegen der Arbeitsmarktlage in Ostdeutschland beim Unterhaltsgeld (1,9 Mrd DM), bei Fortbildungs- und Umschulungsmaßnahmen (0,6 Mrd DM) und auch beim Altersübergangsgeld (2,4 Mrd DM) unabweisbar. Außerdem wurden für die Eingliederung von Spätaussiedlern 1,37 Mrd DM zusätzlich bereitgestellt. Von den Gesamtausgaben in Höhe von 110,5 Mrd DM entfiel — wie schon im Jahre 1992 — mit 50,5 Mrd DM fast die Hälfte auf das Gebiet der neuen Länder.

181. Bedingt durch die Senkung des Beitragssatzes zum 1. Januar 1993 und die schwache Entwicklung der Bruttolohn- und -gehaltssumme einerseits sowie die Auswirkungen der Rentenüberleitung in Ostdeutschland andererseits mußte die Gesetzliche Rentenversicherung in diesem Jahr ein Defizit von 11 Mrd DM hinnehmen. Die deshalb erforderliche Reduzierung des Vermögens ließ die Schwankungsreserve von 2,6 Monatsausgaben zum Jahresende 1992 auf 1,6 im Laufe dieses Jahres schrumpfen. Um für das Jahr 1994 sicherzustellen, daß die Einnahmen einschließlich Bundeszuschuß die Ausgaben decken und zum Jahresende eine Schwankungsreserve in Höhe einer Monatsausgabe verbleibt, wird der Beitragssatz zum 1. Januar 1994 um 1,7 Prozentpunkte auf 19,2 vH angehoben werden. Die seit 1991 praktizierte Übung, die Beitragssätze zur Rentenversicherung zu senken, um einen Erhöhungsspielraum beim Beitrag an die Bundesanstalt für Arbeit zu erhalten, hat auf zwei Wegen die Rücklagen der Rentenversicherung schneller abgebaut und damit eine frühzeitigere Wiederanhebung des Beitragssatzes erforderlich gemacht: Einerseits wurde dadurch direkt das Beitragsaufkommen der Rentenversicherung gemindert, andererseits wurde der Bundeszuschuß, der nicht nur an die Entwicklung der Bruttoentgelte, sondern auch an die des Beitragssatzes gekoppelt ist, mit geringeren Zuwachsraten fortgeschrieben. In diesem Jahr betrug der Bundeszuschuß an die Gesetzliche Rentenversicherung rund 50 Mrd DM, an die Knappschaft etwas über 13 Mrd DM.

Tabelle 47

Finanzpolitisch wichtige Ereignisse

Datum	
1992	
19. November	Der Finanzplanungsrat erörtert die Haushaltsentwicklung 1992 und die Haushaltsplanung für 1993 der Gebietskörperschaften. Für das laufende Jahr wird ein Gesamtdefizit erwartet, das 4 vH des nominalen Bruttosozialprodukts entspricht. Im Jahre 1993 gibt der Bund für die Ausgabensteigerungen in seinem Haushalt 2,5 vH vor, während für die Länder insgesamt 4 vH zu erwarten sind. Angesichts der sich deutlich abschwächenden gesamtwirtschaftlichen Entwicklung wird ein strikter Sparkurs als erforderlich angesehen. Dafür sollen Einsparungen in den Bereichen Personal, Sozialleistungen, Investitionen angestrebt werden. Die ostdeutschen Gebietskörperschaften versuchen, weiterhin die Überbesetzung im Personalbereich abzubauen.
27. November	Der Bundestag verabschiedet das *Gesetz zur Änderung des Finanzausgleichsgesetzes*, wodurch der vom Bundesverfassungsgericht in seinem Urteil vom 27. Mai 1992 angemahnte Nachteilsausgleich bei den Bundesergänzungszuweisungen für die Länder Bremen und Nordrhein-Westfalen möglich wird.
2. Dezember	Der Bundestag beschließt weitreichende Änderungen des Investitionszulagengesetzes 1991 für die neuen Bundesländer: — Die Frist, nach der mit den Investitionen spätestens am 31. Dezember 1992 begonnen werden muß, entfällt; außerdem wird die Frist für den Abschluß der Investitionen um 2 Jahre auf den 31. Dezember 1996 verlängert; ausgenommen davon sind die Investitionen in den Bereichen Handel, Kreditinstitute, Versicherungsgewerbe, Elektrizitäts- und Gasversorgung. — Für alle anderen Betriebe beträgt die Investitionszulage 8 vH bei Investitionsbeginn bis zum 30. Juni 1994, danach 5 vH. Für Betriebe des Verarbeitenden Gewerbes und für in die Handwerksrolle eingetragenen Betriebe wird die Zulage unter bestimmten Bedingungen auf 20 vH erhöht, jedoch auf 1 Mio DM je Betrieb beschränkt.
9. Dezember	Das Bundeskabinett beschließt den Entwurf eines Gesetzes zur Verbesserung der steuerlichen Bedingungen zur Sicherung des Wirtschaftsstandortes Deutschland im Europäischen Binnenmarkt (Standortsicherungsgesetz); zu den Einzelheiten siehe JG 92 Tabelle 49 und 30. Juni 1993.
1993	
1. Januar	Die Leuchtmittelsteuer, die Salzsteuer, die Zuckersteuer und die Teesteuer sowie die Steuern auf Schmierstoffe, Zigarettenpapier, Kau- und Schnupftabak werden abgeschafft. Die Erhöhung des allgemeinen Satzes in der Mehrwertsteuer von 14 vH auf 15 vH tritt in Kraft.
20. Januar	Die Regierungsfraktionen CDU/CSU und FDP beschließen ein Föderales Konsolidierungsprogramm; zu den Einzelheiten siehe 11./13. März 1993.
26./27. Februar	Auf einer Tagung in Potsdam befassen sich die Ministerpräsidenten mit der Neuregelung des Finanzausgleichs und den Inhalten des Föderalen Konsolidierungsprogramms; bezüglich der Lastenverteilung zwischen dem Bund und den alten Bundesländern werden die gravierenden Unterschiede betont.
4. März	Die Fraktionen der CDU/CSU und der FDP bringen im Deutschen Bundestag den *Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung des Föderalen Konsolidierungsprogramms (FKPG)* ein. Die Bundesregierung beschließt den Entwurf für einen Nachtrag zum Haushaltsgesetz 1993, damit sind folgende Veränderungen verbunden: — 4,9 Mrd DM müssen als Zuschuß an die Bundesanstalt für Arbeit gezahlt werden, um das dort bislang aufgelaufene Defizit auszugleichen; dem stehen in verschiedenen Etats geringfügig niedrigere Ausgaben gegenüber, so daß die Gesamtausgaben um 4,35 Mrd DM steigen. — Der Bund leistet an die ostdeutschen Kommunen eine Investitionspauschale in Höhe von 1,5 Mrd DM. — Wegen der schwierigen konjunkturellen Entwicklung werden geringere Steuer- und Verwaltungseinnahmen (4,535 Mrd DM), bei den sonstigen Einnahmen zusätzlich 0,7 Mrd DM erwartet. — Die Nettoneuverschuldung steigt damit gegenüber dem ursprünglichen Ansatz für 1993 um 8 Mrd DM auf 51 Mrd DM.
11./13. März	Auf einer Klausurtagung des Bundeskanzlers mit den Regierungschefs der Länder sowie den Partei- und Fraktionsvorsitzenden wird eine Einigung über die Bestandteile eines FKPG erzielt. Zu den wichtigsten Vereinbarungen zählen: — Den ostdeutschen Gebietskörperschaften wird für 1995 ein Transfervolumen von 55,8 Mrd DM zugesagt. — Die Verteilung des Umsatzsteueraufkommens wird zugunsten der Länder geändert (Länderanteil 44 vH statt bisher 37 vH, Bundesanteil 56 vH statt 63 vH).

Datum	
noch 1993	
noch 11./13. März	— Der Fonds „Deutsche Einheit" wird im Jahre 1993 um 3,7 Mrd DM und im Jahre 1994 um 5,35 Mrd DM aufgestockt. — Zur Lösung der Altschulden-Frage im ostdeutschen Wohnungsbau wird eine Teilentschuldung in Höhe von 31 Mrd DM beschlossen. — Soziale Regelleistungen werden nicht gekürzt. — Ausgabenkürzungen und der Abbau von Steuervergünstigungen sollen ein Volumen von über 9 Mrd DM erreichen. — Ab dem 1. Januar 1995 wird unbefristet ein Solidaritätszuschlag zur Einkommensteuer und Körperschaftsteuer in Höhe von 7,5 vH wieder eingeführt. — Erhöht werden außerdem die Vermögensteuer und die Versicherungsteuer.
31. März	Das Bundeskabinett beschließt den *Entwurf eines Entschädigungs- und Ausgleichsleistungsgesetzes,* mit dem die Wiedergutmachung entschädigungsloser Enteignungen in der ehemaligen DDR geregelt werden soll. Zur Finanzierung soll eine ab 1996 fällige Vermögensabgabe erhoben werden, die an den Nettowert zurückgegebener Vermögenswerte anknüpft, sie kann durch entsprechende Investitionen des Abgabepflichtigen auf bis zu 50 vH abgesenkt werden.
29. April	Das *Finanzbereinigungsgesetz-DDR* tritt in Kraft. Damit werden die im System von Abführungen und Zuführungen begründeten Forderungen und Verbindlichkeiten, die zwischen dem Staatshaushalt der DDR und den Unternehmen noch bestanden, für erloschen erklärt.
14. Mai	Der Arbeitskreis „Steuerschätzungen" schätzt unter Zugrundelegung einer Zunahme des nominalen Bruttosozialprodukts in Westdeutschland/Ostdeutschland von 1½ vH/16½ vH im Jahre 1993 und 4 vH/11½ vH im Jahre 1994 sowie je 5½ vH/11 vH in den Jahren 1995 bis 1997 die Steuereinnahmen für den mittelfristigen Zeitraum 1993 bis 1997. Unter Einbeziehung der Vereinbarungen im Rahmen des FKPG, der Verwaltungsregelungen zur Steuerfreistellung des Existenzminimums wird ein Gesamtsteueraufkommen für 1993 in Höhe von 748,4 Mrd DM, für 1994 von 787,5 Mrd DM und für 1997 von 976,2 Mrd DM erwartet. Damit ergeben sich gegenüber den Schätzungen 1992 für alle Ebenen Steuermindereinnahmen in 1993 von 12,8 Mrd DM, für 1994 von 45,8 Mrd DM.
27. Mai	Der Finanzplanungsrat tritt zu seiner 77. Sitzung zusammen, es werden die Haushaltsabschlüsse des Jahres 1992 und die aktuelle Haushaltsentwicklung erörtert. Beraten werden außerdem die volks- und finanzwirtschaftlichen Annahmen für die Haushaltsentwürfe 1994 und die Finanzplanungen bis 1997. Für die durchschnittliche Entwicklung der Ausgaben wird wiederum eine Zuwachsrate von 3 vH als Obergrenze empfohlen, dadurch soll die Defizitquote von derzeit 5 vH des Bruttosozialprodukts auf unter 3 vH im Jahre 1997 zurückgeführt werden.
23. Juni	Das Bundeskabinett verabschiedet den *Entwurf eines Gesetzes zur sozialen Absicherung des Risikos der Pflegebedürftigkeit (Pflege-Versicherungsgesetz)* mit folgenden Einzelregelungen: — Das Pflegegesetz soll stufenweise in Kraft treten. Ab 1. Januar 1994 werden die Leistungen zur häuslichen Pflege finanziert, dazu wird ein Beitragssatz von 1 vH bis zur Bemessungsgrenze der Gesetzlichen Krankenversicherung (1994: 5 700 DM) erhoben. Ab 1996 werden auch die Leistungen bei stationärer Pflege finanziert, der Beitragssatz auf 1,7 vH angehoben. Der Beitrag wird je zur Hälfte vom Arbeitgeber und Arbeitnehmer getragen. Als Entlastung für die Arbeitgeber ist die Einführung von Karenztagen — keine Entgeltfortzahlung im Krankheitsfall für die ersten 2 Krankheitstage, an bis zu 6 Tagen im Jahr ersatzweise Anrechnung auf Urlaubstage — geplant. — Pflichtversichert sind alle Personen, die in der Gesetzlichen Krankenversicherung versichert sind. Privat Versicherte müssen eine private Pflegeversicherung abschließen. Die privaten Kassen werden zur Abwicklung der Umlagefinanzierung ein spezielles Gemeinschaftsunternehmen gründen. — Die Leistungen werden nach dem Grad der Pflegebedürftigkeit gestaffelt: Die Pflegebedürftigen sollen dazu in drei Pflegeklassen eingeteilt werden; das Pflegegeld soll dann für die drei Pflegeklassen 400 DM, 800 DM oder 1 200 DM betragen, Sachleistungen werden höchstens 750 DM, 1 500 DM oder 2 100 DM wert sein. — Der Bund soll zur Finanzierung der Investitionen für Pflegeeinrichtungen (Pflegeheime, Sozialstationen und andere Pflegedienste) einen Zuschuß leisten. Für 1994 sind 300 Mio DM erforderlich, im Jahre 1996 bereits 3,6 Mrd DM.
30. Juni	Der Vermittlungsausschuß einigt sich auf einen Kompromiß zum *Standortsicherungsgesetz*. Danach sind folgende wichtige Änderungen in den Steuergesetzen vorgesehen: — Für Personenunternehmen wird der Einkommensteuerhöchstsatz von 53 vH nicht auf 44 vH sondern nur auf 47 vH, für einbehaltene Gewinne der Körperschaftsteuersatz nicht von 50 vH auf 44 vH sondern nur auf 45 vH gesenkt. Der Körperschaftsteuersatz für nicht dem Anrechnungsverfahren unterworfene Körperschaften wird nur auf 42 vH statt auf 41 vH vermindert, der Ausschüttungssatz hingegen wie von der Regierung vorgeschlagen von 36 vH auf 30 vH. — Die ursprünglich vorgesehene Einschränkung der degressiven Abschreibung für bewegliche Wirtschaftsgüter von 30 vH auf 25 vH unterbleibt, abgeschafft wird die degressive Abschreibung auf Betriebsgebäude. — Die Ansparabschreibung für kleinere und mittlere Betriebe wird erst zum 1. Januar 1995 eingeführt; der Freibetrag bei der Erbschaftsteuer auf 500 000 DM erhöht.

noch Tabelle 47

Datum	
noch 1993	
1. Juli	Infolge des Gesetzes zur Umsetzung des Föderalen Konsolidierungsprogramms treten folgende steuer- und sozialrechtliche Regelungen in Kraft: — Die Steuer auf einige Sachversicherungen erhöht sich von 10 vH auf 12 vH. — Der Zinsabschlag in Höhe von 30 vH wird auf ausländische Investmentfonds ausgedehnt. — Regelung des steuerlichen Existenzminimums im Einkommensteuergesetz.
13. Juli	Die Bundesregierung beschließt den Haushaltsentwurf 1994 und den Finanzplan des Bundes 1993 bis 1997 mit folgenden Eckwerten: — Dem Haushaltsplan des Bundes für 1994 liegt die gesamtwirtschaftliche Prognose der Bundesregierung vom Frühjahr zugrunde: in Westdeutschland Rückgang des realen Bruttosozialprodukts 1993 um 1½ vH, Anstieg für 1994 um 1 vH, für Gesamtdeutschland –1 vH bzw. +1½ vH. — Anstieg der Ausgaben des Bundes 1994 — bereinigt um refinanzierte Ausgaben für die Übernahme der Altlasten der Eisenbahnen — um 2,6 vH auf 478,4 Mrd DM, von 1993 bis 1997 um jahresdurchschnittlich 2,3 vH. — Nettokreditaufnahme: 1994 mit 67,5 Mrd DM in gleicher Höhe wie 1993, Rückführung bis 1997 auf 38 Mrd DM. Um den Betrag zu erreichen, ist im geplanten *Spar-, Konsolidierungs- und Wachstumsprogramm* ein Haushaltsentlastungsvolumen bei Ausgaben und Einnahmen von rund 21 Mrd DM für den Bund im Jahre 1994, ansteigend auf über 28 Mrd DM jährlich, vorgesehen. Im einzelnen werden beschlossen: — Einsparungen beim Staatsverbrauch durch Einfrieren des Personalkostenanstiegs („Nullrunde" für 1994 bei den Beamten), durch Subventionsabbau (bei Landwirtschaft, Wirtschaftsförderung, Kohle). — Bundesanstalt für Arbeit: Absenkung bei den Lohnersatzleistungen, ABM und Unterhaltsgeld, Konsolidierung der Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik. — Kürzungen bei Sozialleistungen: Kindergeld und Erziehungsgeld stärker einkommensabhängig, beim BAföG und der Sozialhilfe werden die Anpassungen zeitweilig ausgesetzt. — zusätzliche Steuereinnahmen durch Verbesserung der Steuergerechtigkeit (bei voller Wirksamkeit der Maßnahmen 5 bis 6 Mrd DM, 1994: 1,4 Mrd DM). Im Bundeshaushalt 1994 werden auch die Wirkungen der Bahnreform — Neuordnung des Eisenbahnwesens — berücksichtigt. Neben den drei getrennten Sparten für den Güter- und Personentransport sowie den Fahrweg wird ein Rest-Sondervermögen des Bundes eingerichtet, das die wesentlichen Altlasten der Eisenbahnen trägt. Die dem Bund dadurch entstehenden Mehrausgaben sollen 1994 und 1995 zunächst jeweils in Höhe von 8 Mrd DM und ab 1996 in voller Höhe durch Einnahmeverbesserungen im Verkehrsbereich gedeckt werden: Erhöhung der Mineralölsteuer für Benzin um 16 Pf/l, für Diesel um 7 Pf/l — etwa 8 Mrd DM, ab 1995 zusätzlich Einführung einer Straßenbenutzungsgebühr (Vignette) für Nutzfahrzeuge.
25. August	Das Bundeskabinett verabschiedet den Bericht der Bundesregierung über die Entwicklung der Finanzhilfen und Steuervergünstigungen (14. Subventionsbericht). Das Volumen der gesamten Subventionen des Bundes 1994 beträgt 37,6 Mrd DM (1991: 37,3 Mrd DM). Von 1991 bis 1994 gehen die Subventionen des Bundes im Westen um fast ein Viertel (6½ Mrd DM) zurück, in den neuen Ländern steigen sie dagegen um 6,8 Mrd DM auf 15½ Mrd DM, der Anteil an den gesamten Bundessubventionen steigt von 24 vH (1991) auf 42 vH (1994). Die größten Beträge machen die Investitionszulagen (2,7 Mrd DM), die Ausgaben für die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Wirtschaftsstruktur" (2,7 Mrd DM), die Zinszahlungen des Bundes für Wohnungsbaualtschulden (2,35 Mrd DM), die Eigenkapitalhilfen (1,3 Mrd DM) und die Sonderabschreibungen (1,2 Mrd DM) aus. Der Subventionsbericht weist neben den Finanzhilfen und Steuervergünstigungen des Bundes auch die Subventionen von Ländern und Gemeinden, die ERP-Finanzhilfen und die Marktordnungsausgaben der EG aus. Danach steigt das Gesamtvolumen dieser Subventionen von 79 Mrd DM (1990) auf 114 Mrd DM (1993).
3. September	Die Bundesregierung konkretisiert in ihren beiden Gesetzentwürfen zur Umsetzung des Spar-, Konsolidierungs- und Wachstumsprogramms — 1. SKWPG und 2. SKWPG — die Pläne vom 13. Juli 1993. Im 1. SKWPG sind die nicht zustimmungsbedürftigen Gesetzesänderungen aufgeführt, so die Veränderungen von Leistungen der Bundesanstalt für Arbeit nach dem AFG (Einsparungen 1994: 13,7 Mrd DM), die Einschränkungen von Leistungen nach dem Kindergeld/Erziehungsgeldgesetz (1,2 Mrd DM), daneben enthält das 1. SKWPG auch die Anhebung der Mineralölsteuer im Zusammenhang mit der Bahnreform (1994: 7,9 Mrd DM); das 2. SKWPG die Maßnahmen, die die Zustimmung des Bundesrates erfordern, insbesondere Kürzungen bei der Sozialhilfe und der Mutterschaftspauschale sowie Änderungen beim Unterhaltsvorschuß und Zivildienst.
27. September	Die Bundesregierung legt einen *Entwurf eines Gesetzes zur Bekämpfung des Mißbrauchs und zur Bereinigung des Steuerrechts (Mißbrauchsbekämpfungs- und Steuerbereinigungsgesetz — StMBG)* vor. Danach werden im Wege der Haushaltskonsolidierung, der Mißbrauchsbekämpfung und der Steuervereinfachung (4,3 Mrd DM) eingespart, durch Rechtsanpassung und Rechtsbereinigung und die Ausdehnung des Schuldzinsenabzugs für selbstgenutztes Wohneigentum auf den Baujahrgang 1995 sowie durch Maßnahmen im Zusammenhang mit der Bahnreform und zur Verbesserung der Wettbewerbslage des Straßengüterverkehrs entstehen Mehrausgaben von 1,8 Mrd DM (ohne die Mineralölsteuererhöhung), insgesamt beträgt die Einsparung bei allen Gebietskörperschaften jährlich etwa 2,5 Mrd DM.

Datum	
noch 1993	
22. Oktober	Der Bundestag stimmt in seiner Mehrheit in zweiter und dritter Lesung dem Entwurf eines Gesetzes zur sozialen Absicherung des Risikos der Pflegebedürftigkeit (Pflege-Versicherungsgesetzes — Pflege VG) sowie dem Entwurf eines Entgeltfortzahlungsgesetzes zu. Gegenüber den Eckpunkten des Bundeskabinetts (siehe 23. Juni) enthalten diese Gesetzentwürfe folgende Änderungen: Die vorgesehenen Leistungen bei häuslicher Pflege sollen erst ab 1. April 1994 gewährt werden. Die Belastungen der Arbeitgeber sollen nicht mehr durch Karenztage sondern vielmehr durch die Einführung einer Selbstbeteiligung der Versicherten bei der Entgeltfortzahlung (geringerer Lohn von 20 vH an 10 Feiertagen ersatzweise Verzicht auf zwei Tage des bezahlten Erholungsurlaubs) kompensiert werden. Ursprünglich war auch geplant, daß der Bund für Investitionen in Pflegeeinrichtungen steigende Beträge (1996: 3,6 Mrd DM) bereitstellt, gekoppelt jedoch an einen Ausgleich von den Ländern und Gemeinden, da diese durch die Pflegeversicherung um mehr als 6 Mrd DM entlastet werden. Diese Regelung bleibt jedoch offen. Die geschätzten Einnahmen belaufen sich für 1994 auf 17,2 Mrd DM, für 1996 auf etwa 29 Mrd DM.
5. November	Der Bundesrat stimmt sowohl dem Entwurf des Pflege-Versicherungsgesetzes als auch dem Entgeltfortzahlungsgesetz nicht zu.

In Westdeutschland wurden die Rentenzahlbeträge unter Berücksichtigung des veränderten Beitrags der Rentner zur Krankenversicherung zum 1. Juli 1993 um 3,86 vH angehoben. Wie schon im Vorjahr, führte auch im Jahre 1993 die Anwendung der neuen Rentenformel in Westdeutschland zu einer Anhebung des Rentenzahlbetrages, die — wenn auch nur geringfügig — unter dem Anstieg des Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte lag. Dies und die im Rentenversicherungsbericht der Bundesregierung für die kommenden Jahre ermittelten Anpassungssätze unterhalb der zu erwartenden Inflationsrate haben erneut die Forderung aufkommen lassen, die durch das Rentenreformgesetz eingeführte Rentenformel zu revidieren oder durch eine andere Rechenvorschrift zu ersetzen. Bislang fehlt es aber an überzeugenden Alternativen. Und auch eine Anbindung der Rentenfortschreibung an die allgemeine Preisentwicklung würde keineswegs die damit erhoffte Besserstellung der Rentner garantieren (JG 92 Ziffer 200).

Die Rentenzahlbeträge der ostdeutschen Rentner wurden zunächst zum 1. Januar 1993 um 6,1 vH und zum 1. Juli um 14,24 vH erhöht, so daß eine Rente nach 45 Versicherungsjahren und bei durchschnittlichem Bruttoentgelt (Eckrente) in Ostdeutschland jetzt 72,7 vH einer entsprechenden westdeutschen Rente erreicht. Große Schwierigkeiten bereitete in den neuen Ländern immer noch die Bearbeitung der Rentenanträge; von den im Jahre 1992 gestellten 600 000 Anträgen konnte nur ein Bruchteil entschieden werden. Um hier Abhilfe zu schaffen, wurde das Rentenüberleitungsgesetz ergänzt; es wurden Beweiserleichterungen über rentenrechtliche Zeiten und Verdienste eingeführt und Verwaltungsvereinfachungen ermöglicht. In diesem Zusammenhang wurde auch die noch offene Überführung von Ansprüchen und Anwartschaften aus einigen Zusatzversorgungssystemen der ehemaligen DDR geregelt.

182. Im Jahre 1993 verlief die finanzielle Entwicklung der Gesetzlichen Krankenversicherung erfreulich; nach den hohen Defiziten der vergangenen beiden Jahre kam es aufgrund des Gesundheitsstrukturgesetzes bei den Krankenkassen erstmals wieder zu einem sogar beachtlichen Überschuß (9 Mrd DM). Bereits die Ankündigung des Gesetzes und die intensive öffentliche Diskussion darüber hatten in den letzten Monaten des Jahres 1992 zu drastisch verringerten Steigerungsraten bei einzelnen Ausgabenarten geführt. Dies und Vorzieheffekte bei anderen Ausgabenkategorien führten dazu, daß im ersten Quartal 1993 die Ausgaben je Mitglied um 1,5 vH gegenüber dem Vorjahr rückläufig waren. Die deutlichsten Rückgänge waren dort zu beobachten, wo durch das Gesetz erhöhte Zuzahlungen oder eine Budgetierung eingeführt worden waren; diese galt bei den Ausgaben für Zahnersatz, Arzneimittel sowie Heil- und Hilfsmittel. Bei Unterschieden im einzelnen war diese Entwicklung grundsätzlich in beiden Teilen Deutschlands der Fall. Auch im weiteren Verlauf des Jahres entwickelten sich die Ausgaben moderat, wenngleich sie nicht mehr rückläufig waren: Dieses Umkippen ist allerdings vor dem Hintergrund zu sehen, daß bereits im 2. Halbjahr 1992 die Ausgaben deutlich schwächer angestiegen waren als noch in den Quartalen zuvor.

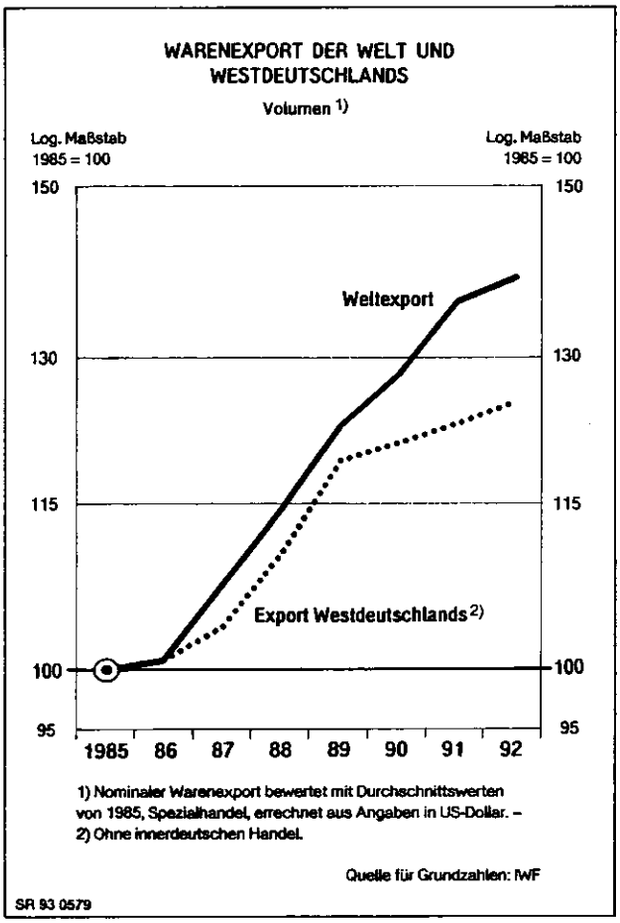
VIII. Verschlechterung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Exportwirtschaft?

183. Die Exportschwäche der Jahre 1992 und 1993 hat in der Öffentlichkeit neuerliche Zweifel an der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft aufkommen lassen. Sorgen sind laut geworden, daß unter den heute in Deutschland bestehenden Produktionsbedingungen selbst eine kräftige Belebung der Weltkonjunktur nicht ausreichen werde, die Situation in den exportorientierten Wirtschaftszweigen durchgreifend zu verbessern. Allenthalben werden strukturelle Schwächen der deutschen Wirtschaft im Vergleich zu anderen Ländern vermu-

tet, deren Behebung Voraussetzung dafür sei, wieder an frühere Exporterfolge anknüpfen zu können. Oftmals wird freilich übersehen, daß das Nachlassen der Ausfuhrdynamik auch andere Gründe haben kann, so zum Beispiel die konjunkturell bedingte Importschwäche wichtiger Handelspartner oder eine mögliche Umlenkung von Handelsströmen als Folge der deutschen Einheit.

184. Die Zunahme der Nachfrage des Auslands nach Waren aus deutscher Produktion war in den letzten vier Jahren merklich schwächer als in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre, als die deutsche Ausfuhr (in konstanten Preisen) im Durchschnitt um 4,5 vH jährlich zugenommen hatte. Läßt man die Lieferungen von Westdeutschland nach Ostdeutschland außer Betracht, so hat sich die Zunahme der realen Warenausfuhr seit Beginn der neunziger Jahre im Vergleich zu früheren Jahren deutlich — auf 1,7 vH in den Jahren 1990 bis 1992 — verringert (Schaubild 30). In diesem Jahr ist die westdeutsche Warenausfuhr sogar merklich zurückgegangen. Weltweit hingegen ist der reale Warenhandel nach Angaben des Internationalen Währungsfonds in diesem Zeitraum mit nur leicht verminderter Dynamik weiter gewachsen. Zu einem Teil dürfte dies allerdings die einigungsbedingte Zunahme der Importnachfrage Deutschlands widerspiegeln.

Schaubild 30



Bereits im vergangenen Jahr haben wir auf mögliche Ursachen für eine Entkoppelung von Welthandel und deutscher Ausfuhr hingewiesen, so auf die konjunkturbedingte Schwäche der Nachfrage auf den für deutsche Exportunternehmen spezialisierungsbedingt besonders relevanten Märkten und auf die in den letzten Jahren eingetretenen Veränderungen der Wechselkurse. Auch gewisse strukturelle Schwächen beim deutschen Export — beispielsweise die Vernachlässigung von Wachstumsmärkten oder ein Zurückbleiben im internationalen Technologiewettbewerb — mochten wir als Grund für die geringe Ausfuhrdynamik nicht ausschließen (JG 92 Ziffer 234). Die Bedeutung dieser Faktoren soll hier näher untersucht werden.

Zur Entwicklung der Marktanteile im Außenhandel

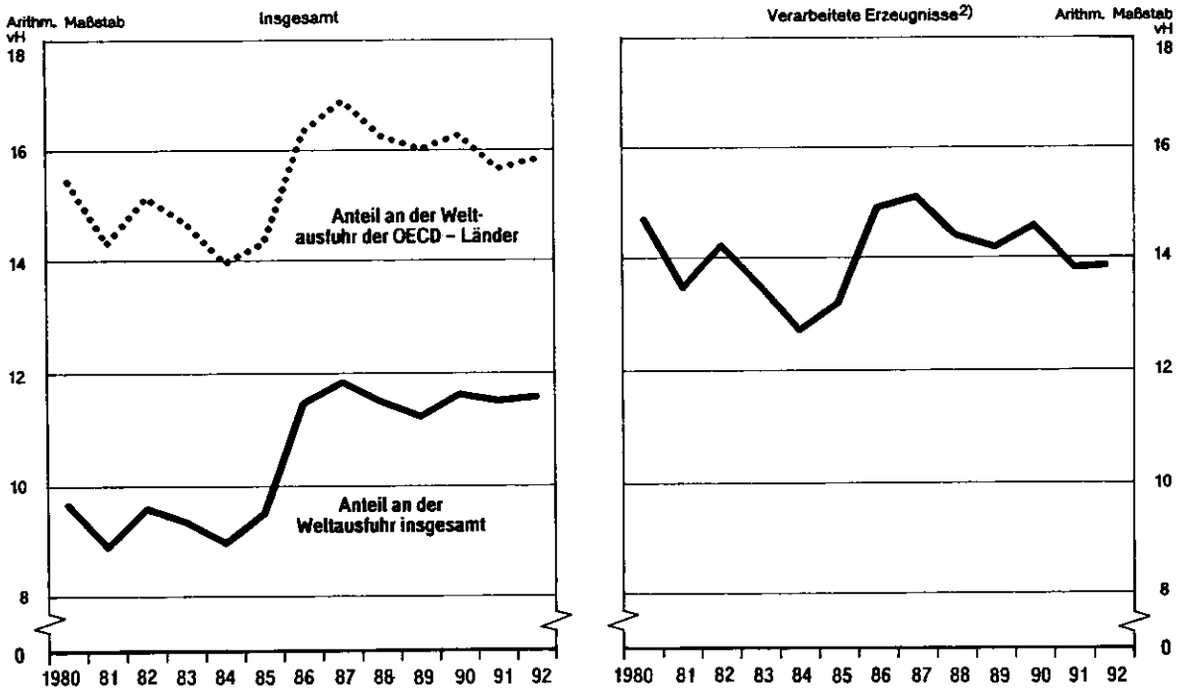
185. Von Interesse ist, wie sich die Marktanteile Deutschlands auf den internationalen Märkten in den vergangenen Jahren verändert haben, denn prinzipiell sollten sich Verschiebungen der relativen Wettbewerbsposition eines Landes hierin niederschlagen. Praktisch läßt sich der Weltmarktanteil eines Landes auf verschiedene Art ermitteln (Schaubild 31). Betrachtet man zunächst den westdeutschen Anteil an der gesamten Weltausfuhr (in jeweiligen Preisen), so ist zwischen 1986 und 1992 kaum eine Veränderung festzustellen; von geringfügigen Schwankungen abgesehen, verharrte der westdeutsche Welthandelsanteil in dieser Abgrenzung in dem betrachteten Zeitraum bei einem Wert von durchschnittlich 11,5 vH. Leicht rückläufig hingegen war in dieser Zeit der Anteil der westdeutschen Exporte an den Gesamtexporten der OECD-Länder (73,1 vH der Weltexporte); er verminderte sich von 16,3 vH im Jahre 1986 auf 15,8 vH im vergangenen Jahr. Zum gleichen Ergebnis gelangt man bei alleiniger Betrachtung der Weltausfuhr von Industriewaren (75,3 vH der Weltexporte); von 1986 bis 1992 verringerte sich der westdeutsche Anteil hieran um rund einen Prozentpunkt auf 13,9 vH.

Bei einer Interpretation dieser Größen als Indikatoren für die Konkurrenzfähigkeit im Vergleich zu Anbietern aus anderen Ländern ist allerdings Vorsicht geboten. Die hier zugrundegelegten Daten aus der Außenhandelsstatistik (Spezialhandel) für die westdeutsche Ausfuhr beinhalten weder den innerdeutschen Handel (vor 1991) noch die Lieferungen von Westdeutschland in die neuen Bundesländer (seit 1991). Die Daten für die Weltausfuhr und die Ausfuhr der OECD-Länder umfassen hingegen auch die für Ostdeutschland bestimmten Exporte der Welt. Der westdeutsche Exportmarktanteil wird aus diesem Grunde zu niedrig ausgewiesen. Eine explizite Berücksichtigung der westdeutschen Lieferungen nach Ostdeutschland wird jedoch dadurch erschwert, daß die statistisch ausgewiesenen Lieferungen von Westdeutschland nach Ostdeutschland auch ausländische, über westdeutsche Importeure in die neuen Bundesländer gelieferte Waren einschließen. Zudem sind die vorhandenen Daten über den Handel zwischen den alten und den neuen Bundesländern wegen fehlender Erfassungsmöglichkeiten nur wenig verläßlich. Da eine Quantifizierung der hierdurch entstehenden Verzerrungen jedoch nicht möglich ist, lassen wir den innerdeutschen Handel gänzlich unberücksichtigt.

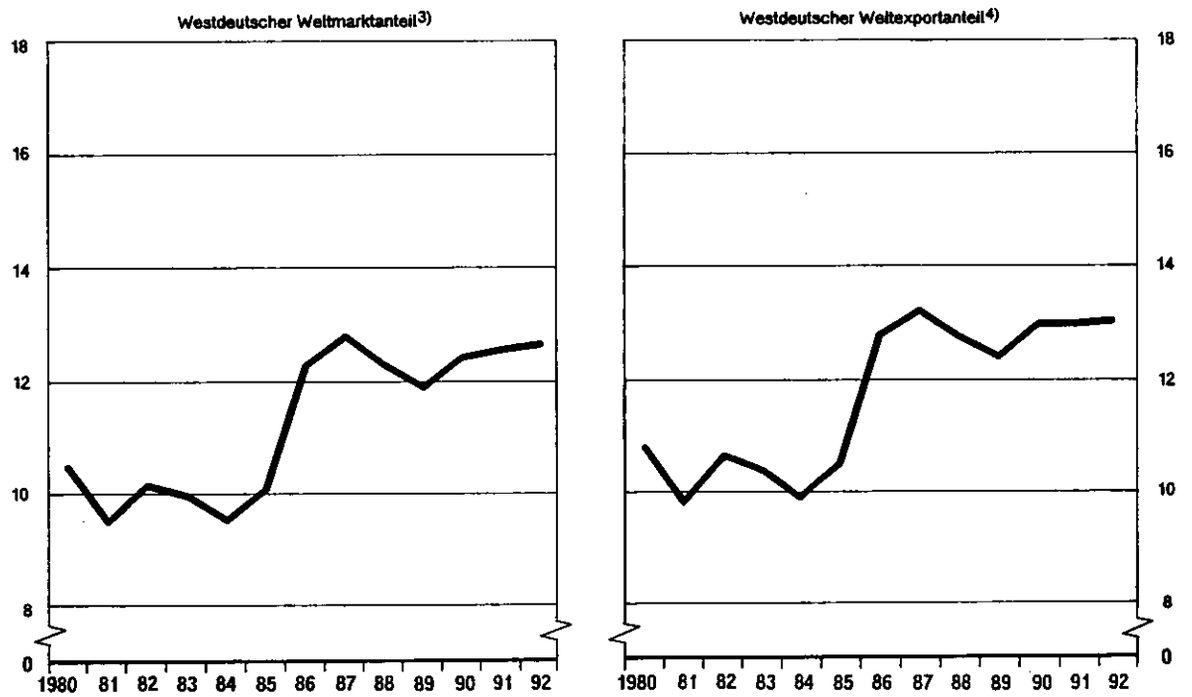
Um die beschriebenen Verzerrungen als Folge der deutschen Vereinigung wenigstens näherungsweise auszuschalten, bietet es sich an, den Anteil zu ermit-

ANTEIL WESTDEUTSCHLANDS AM WELTHANDEL

Anteile der Exporte Westdeutschlands an der Weltausfuhr[1]



Welthandelsanteile westdeutscher Exporteure[1]



1) Berechnet aus Angaben in US – Dollar. – 2) In der Abgrenzung des internationalen Warenverzeichnisses für die Außenhandelsstatistik (SITC), für die Gütergruppen SITC 5 bis 8. – 3) Westdeutscher Export in die Welt in Relation zum Weltimport (ohne Importe Deutschlands aus der Welt). – 4) Westdeutscher Export in die Welt in Relation zum Weltexport (ohne Importe Deutschlands aus der Welt).

Quelle für Grundzahlen: UN

SR 93 0582

teln, den westdeutsche Anbieter am Weltexport mit Ausnahme der Exporte nach Deutschland innehaben. Auch diese Größe deutet auf konstante Weltmarktanteile hin; der westdeutsche Weltexportanteil in dieser Abgrenzung blieb im Durchschnitt der Jahre 1986 bis 1992 mit 12,9 vH in etwa unverändert. Fragt man schließlich nach der Entwicklung des Anteils, den westdeutsche Anbieter an der Importnachfrage der übrigen Länder (mit Ausnahme Ostdeutschlands) haben, so ist auch hierbei keine signifikante Veränderung im Zeitraum 1986 bis 1992 festzustellen; der auf westdeutsche Exporteure entfallende Anteil an den Gesamtimporten der Welt schwankte in dieser Zeit um einen durchschnittlichen Wert von 12,4 vH.

186. Die Indikatoren zur Entwicklung des Weltmarktanteils westdeutscher Anbieter liefern also je nach Konkretisierung unterschiedliche Informationen. Ein Verlust an Welthandelsanteilen kann für den Zeitraum 1986 bis 1992 nicht zweifelsfrei festgestellt werden, vor allem dann nicht, wenn die einigungsbedingte Ausweitung der Importe Deutschlands explizit berücksichtigt wird. Im Gegensatz dazu konnten die OECD-Länder insgesamt ihren Welthandelsanteil zwischen 1986 und 1992 erhöhen, nicht zuletzt auch wegen des Zusammenbruchs des Handels zwischen den osteuropäischen Staaten zu Beginn der neunziger Jahre, der für sich genommen eine Zunahme der Weltmarktanteile der Industrieländer ergab. Angesichts der Exportschwäche des Jahres 1993 ist allerdings für das laufende Jahr ein Rückgang der westdeutschen Welthandelsanteile zu erwarten.

Zu beachten ist, daß nominale Weltmarktanteile in nicht unbeträchtlichem Maße durch Veränderungen der Rohstoffpreise, insbesondere der Erdölpreise, sowie durch Wechselkursschwankungen beeinflußt werden können. So berühren Änderungen der Erdölpreise unmittelbar den Wert der Ausfuhr der erdölexportierenden Länder und auf diese Weise die Höhe der Weltexporte insgesamt. Bei einem Rückgang der Erdölpreise erhöht sich daher rein rechnerisch der Anteil der nichterdölexportierenden Länder am Welthandel. Der hiervon ausgehende Einfluß auf die Welthandelsanteile läßt sich jedoch näherungsweise dadurch ausschalten, daß — wie oben bereits geschehen — Erdölprodukte oder die erdölexportierenden Länder bei der Berechnung der Welthandelsanteile unberücksichtigt bleiben. In ähnlicher Weise beeinflussen reale Dollarkursschwankungen — bei zunächst konstanten Mengen — den Wert der nicht in Dollar fakturierten Exporte; für sich genommen führt eine Abwertung des Dollar zu einer Zunahme des in Dollar gerechneten Exportwerts aller übrigen Länder. Zwar ließe sich dieser Effekt durch die Verwendung konstanter realer Wechselkurse prinzipiell ausschalten; wegen der bei der Festlegung eines Basisjahres nicht zu vermeidenden Willkür haben wir hierauf jedoch verzichtet.

Vor allem in den Jahren 1985 und 1986 dürften Dollarabwertungen und sinkende Ölpreise die Aussagekraft des Indikators „Welthandelsanteil" beeinträchtigt haben; eine sinnvolle Interpretation der Zunahme des deutschen Welthandelsanteils in diesen beiden Jahren ist daher nicht möglich. In dem hier betrachteten Zeitraum (1986 bis 1992) stieg der Erdölpreis (Spotpreis Rotterdam) unter Schwankungen um etwa 33 vH an, was rein rechnerisch zu einer Verringerung des westdeutschen Anteils am gesamten Welthandel beigetragen hat. Gleichzeitig wird die Entwicklung des westdeutschen Welthandelsanteils durch den zwischen 1986 und 1992 eingetretenen Anstieg des realen Außenwertes der D-Mark gegenüber dem US-Dollar (insgesamt rund 28 vH auf Erzeugerpreisbasis) nach oben verzerrt. Aussagen über die relative Stärke dieser beiden gegenläufigen Effekte sind nicht möglich.

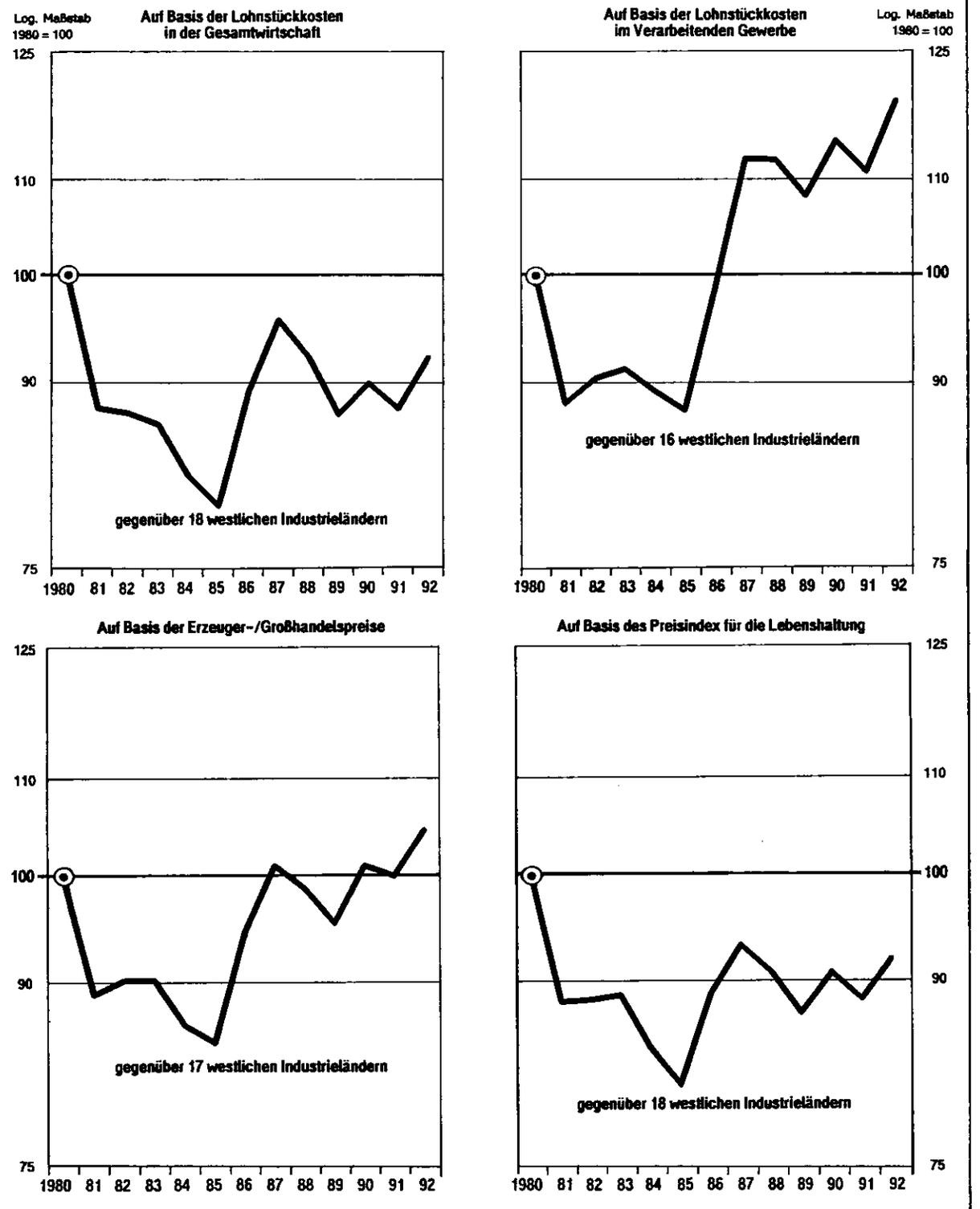
Realer Außenwert der D-Mark und Außenhandelsdynamik

187. Die Verlangsamung der Exportdynamik in den letzten Jahren könnte grundsätzlich auf eine Verteuerung heimischer im Vergleich zu ausländischen Waren zurückzuführen sein. Als Indikator der preislichen Wettbewerbsfähigkeit der Anbieter eines Landes wird der reale Außenwert einer Währung verwendet. Tatsächlich ist diese Interpretation des realen Außenwertes jedoch ohne nähere Prüfung aller Umstände nicht zulässig, denn im realen Wechselkurs bündelt sich eine Vielzahl von Einflußfaktoren der Finanzsphäre wie der Realsphäre, so daß eindeutige Aussagen nur schwer zu treffen sind. Unter bestimmten Bedingungen können Schwankungen des realen Außenwertes einer Währung zwar Ursache einer Veränderung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit sein; sie können aber auch als Folge einer Veränderung der nicht-preislichen Wettbewerbsfähigkeit eintreten (JG 88 Ziffer 149).

Beispielsweise können sich inländische Waren im Ausland allein dadurch verteuern, daß sich infolge von Nettokapitalimporten der nominale Außenwert der heimischen Währung erhöht, ohne daß es gleichzeitig zu kompensierenden Anpassungen der Güterpreise im Inland oder im Ausland kommt. In diesem Falle ist der Anstieg des realen Außenwertes Ursache verminderter preislicher Wettbewerbsfähigkeit. Ein steigender realer Außenwert der inländischen Währung kann aber auch Folge einer Verschlechterung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit heimischer Anbieter auf den internationalen Märkten sein, so zum Beispiel, wenn im Inland die Güterpreise stärker steigen als im Ausland, ohne daß sich der nominale Wechselkurs entsprechend anpaßt. Schließlich ist auch die Möglichkeit nicht auszuschließen, daß — zum Beispiel infolge einer verbesserten Qualität heimischer Produkte oder Präferenzänderungen der ausländischen Nachfrager — die Auslandsnachfrage nach inländischen Gütern zunimmt; unter bestimmten Bedingungen ist dann ein Anstieg des nominalen Wechselkurses bei unveränderten Exportpreisen denkbar. Die Zunahme des realen Außenwertes wäre in diesem Falle Reflex einer erhöhten nicht-preislichen Wettbewerbsfähigkeit heimischer Anbieter.

188. Die längerfristige Entwicklung des realen gewogenen Außenwertes der D-Mark nach alternativen Konzepten ist in Schaubild 32 dargestellt. Von Interesse sind hier insbesondere die Veränderungen des realen DM-Wechselkurses in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre. Nach allen hier verwendeten Indikatoren hat sich der reale DM-Außenwert gegenüber den Währungen der wichtigsten Industriestaaten zwischen 1986 und 1992 mehr oder minder deutlich erhöht, wenn auch mit teilweise erheblichen Schwankungen im Zeitablauf. Vor allem nach 1989 hat sich die D-Mark real merklich aufgewertet. Besonders ausgeprägt sind dabei die Veränderungen des auf Basis der Lohnstückkosten im Verarbeitenden Gewerbe Westdeutschlands und des auf Grundlage der westdeutschen Erzeugerpreise berechneten DM-Außenwertes; weniger kräftig erscheint die reale Aufwertung der D-Mark hingegen, wenn man der Berechnung die Entwicklung der Lohnstückkosten in der gesamten westdeutschen Wirtschaft oder die Verbraucherpreisentwicklung in den alten Bundesländern zugrundelegt. Hierin schlägt sich auch eine geringere Zunahme von Lohnstückkosten und Preisen bei nicht-handelbaren Gütern in den Jahren 1989 und 1990 nieder.

REALER AUSSENWERT DER D-MARK [1]



1) Wechselkursbereinigte relative Veränderung der jeweiligen Basis gegenüber der Gruppe wichtigsten Industrieländer, zusammengewogen mit den jeweiligen Vorjahresanteilen dieser Länder an der Weltausfuhr.

Quelle für Grundzahlen: OECD; UN

SR 93 0593

Im Idealfall werden von entsprechenden Entwicklungen im Ausland abweichende Veränderungen von heimischen Preisen und Kosten durch entgegengesetzte Veränderungen des nominalen Wechselkurses kompensiert. Tatsächlich haben die zwischen 1986 und 1991 eingetretenen Anpassungen der nominalen Wechselkurse die international divergierenden Veränderungen von Preisen und Kosten mehr oder minder gut ausgleichen können; allein für die Lohnstückkosten in der Industrie gilt dies nicht in gleichem Maße. In jüngster Zeit aber haben sowohl Preis- und Kostensteigerungen als auch die nominale Wechselkursentwicklung auf einen Anstieg des realen DM-Außenwertes hingewirkt; zwischen 1991 und 1992 erhöhte sich der nominale gewogene Außenwert der D-Mark um 3,2 vH, und Preise und Lohnstückkosten stiegen im Ausland im Durchschnitt langsamer als in Westdeutschland. Beides also hat deutsche Waren an den internationalen Märkten verteuert.

Der im Verlauf der vergangenen beiden Jahre eingetretene Anstieg des realen DM-Außenwertes spiegelt zu einem Teil die von Land zu Land unterschiedliche konjunkturelle Situation wider und ist insoweit nicht notwendigerweise von Dauer. Dieser Einwand ist vor allem für die beiden auf Lohnstückkostenbasis berechneten Indikatoren des realen Wechselkurses relevant. Üblicherweise fallen nämlich die Lohnsteigerungen in einer Hochkonjunktur und bei bereits einsetzender Abwärtsbewegung höher aus als in Phasen gedämpfter wirtschaftlicher Aktivität. Zudem nimmt die bei der Berechnung der Lohnstückkosten verwendete Arbeitsproduktivität zu Beginn einer konjunkturellen Schwächephase wegen der verzögerten Freisetzung von Arbeitskräften tendenziell stärker ab als in deren weiteren Verlauf. Beides wirkt auf einen Anstieg der Lohnstückkosten in der Anfangsphase einer Rezession hin. Da in den Vereinigten Staaten sowie in einigen europäischen Ländern die konjunkturelle Abschwächung bereits im Jahre 1990 einsetzte, in Deutschland die Nachfragedynamik jedoch erst im Verlauf des letzten Jahres deutlich nachließ, dürfte ein Teil des in den Jahren 1992 und 1993 vergleichsweise hohen Lohnstückkostenanstiegs in Westdeutschland hierdurch bedingt sein.

189. Gegen einen engen Zusammenhang zwischen nachlassender Ausfuhrdynamik und einer Verteuerung deutscher Waren auf den internationalen Märkten spricht, daß ein Großteil der deutschen Exportgüter auf Waren gehobener Technologie entfällt, bei denen nicht der Preis das ausschlaggebende Kaufkriterium ist; entscheidend bei diesen Gütern sind vielmehr Faktoren wie die Ausstattung und Qualität des hergestellten Produktes, die Leistungsfähigkeit des Service-Netzes oder die Existenz eingespielter Handelsbeziehungen. Tatsächlich zeigen ökonometrische Schätzungen, daß die reale Auslandsnachfrage nach deutschen Exportwaren unelastisch auf Änderungen des realen Wechselkurses reagiert. Eine Veränderung des realen Außenwertes der D-Mark bewirkt also wenigstens auf kurze Sicht eine geringere relative Veränderung der mengenmäßigen Exportnachfrage. Aber auch bei relativ unelastischer Nachfragereaktion haben Wechselkursänderungen einen Einfluß auf die Entwicklung der Exportnachfrage. Zu einem Teil dürfte daher das Nachlassen der Exportdynamik zu Beginn der neunziger Jahre im Zusammenhang mit der realen Aufwertung der D-Mark seit 1989 stehen. Weitere Ursachen sind jedoch in Betracht zu ziehen.

Exportstruktur und Außenhandelsdynamik

Regionalstruktur:
Hohes Gewicht europäischer Märkte

190. Die Dynamik der Exportnachfrage wird in hohem Maße von divergierenden Entwicklungen der Nachfrage auf einzelnen regionalen Märkten einerseits und nicht gleichförmig verlaufenden Veränderungen der Nachfrage nach einzelnen Gütern andererseits bestimmt. Ins Bild zu nehmen sind daher auch die regionale und sektorale Struktur der deutschen Ausfuhr.

Die Regionalstruktur der deutschen Warenausfuhr (in der Abgrenzung des Spezialhandels) ist durch ein hohes Gewicht der westeuropäischen Absatzmärkte gekennzeichnet (Tabelle 48). Im Jahre 1992 wurden 54,3 vH der deutschen Exportwaren in die Länder der Europäischen Gemeinschaft geliefert; der Anteil der EFTA-Staaten betrug 15,2 vH. Größter einzelner Exportmarkt ist dabei Frankreich, das 13,0 vH der deutschen Ausfuhr abnahm, gefolgt von Italien (9,3 vH) und den Niederlanden (8,3 vH). Im Zuge der zunehmenden europäischen Integration hat sich die Bedeutung der europäischen Absatzmärkte dabei erhöht.

Von untergeordneter Bedeutung für die deutsche Exportwirtschaft sind dementsprechend die außereuropäischen Märkte. So nahmen im Jahre 1992 die Vereinigten Staaten 6,4 vH und Japan 2,2 vH der deutschen Exporte ab. Auf die ost- und südostasiatischen Schwellenländer entfiel ein Anteil von etwa 2,6 vH.

191. Die Konzentration der deutschen Ausfuhr auf die benachbarten westeuropäischen Staaten hat mehrere Gründe. Vor allem der weitgehende Abbau tarifärer und nicht-tarifärer Handelshemmnisse innerhalb der Europäischen Gemeinschaft und die Liberalisierung des Handels mit den EFTA-Staaten hat hierzu beigetragen. Daneben hat auch die Zunahme des intraindustriellen Handels sowie eine verstärkte Unternehmensverflechtung innerhalb Europas den Warenaustausch zwischen den europäischen Industrieländern angeregt. In diese Richtung haben aber auch protektionistische Maßnahmen gegenüber Drittländern gewirkt (Handelsumlenkung). Zu berücksichtigen ist zudem, daß auch Länder in anderen Teilen der Welt enge Handelsbeziehungen häufig gerade zu ihren unmittelbaren Nachbarn unterhalten. Dies dürfte damit zusammenhängen, daß zwischen nah beieinander liegenden Ländern die Transportkosten, vor allem aber die Markterschließungskosten niedriger sind als zwischen weiter entfernten Märkten. Auch dürften die Präferenzunterschiede zwischen benachbarten, durch vielfältige historische und kulturelle Bande verknüpften Ländern nicht so groß sein wie zwischen weiter entfernt liegenden Staaten. Die Konzentration der deutschen Ausfuhr auf die anderen westeuropäischen Länder ist also nicht ungewöhnlich.

192. In Übereinstimmung hiermit haben deutsche Anbieter einen hohen Präsenzgrad auf den europäischen Importmärkten erreicht (Tabelle 48). Während Güter deutscher Herkunft im Jahre 1992 in den

Zur Entwicklung der deutschen Ausfuhr nach Bestimmungsländern [1])

Ländergruppe/Land	Ausfuhr Deutschlands nach Bestimmungsländern in vH [2])		Nachrichtlich		
			Anteil Deutschlands an den Gesamtimporten der Länder/Ländergruppe in vH [3])		Veränderung der Gesamtimporte des jeweiligen Landes/Ländergruppe in vH
	1980 [4])	1992	1980 [4])	1992	1980 bis 1992 [5])
Europäische Gemeinschaft	51,1	54,3	15 a)	19 a)	5,6 a)
davon:					
Belgien/Luxemburg	7,8	7,4	20	24	4,7
Dänemark	1,9	1,9	18	23	4,7
Frankreich	13,3	13,0	16	19	4,9
Griechenland	1,1	1,1	14	20	6,7
Großbritannien	6,5	7,7	11	15	5,2
Irland	0,4	0,4	7	8	5,3
Italien	8,5	9,3	17	22	5,4
Niederlande	9,5	8,3	22	26	4,5
Portugal	0,6	1,1	12	15	10,2
Spanien	1,4	4,1	8	16	9,3
EFTA	16,2	15,2	23	28	4,6
darunter:					
Schweiz	5,7	5,3	28	33	5,1
Österreich	5,5	5,9	41	43	6,9
Norwegen	1,1	0,8	14	14	3,6
Schweden	2,9	2,2	17	19	3,4
Finnland	0,9	0,8	13	17	2,6
Vereinigte Staaten	6,1	6,4	5	5	6,8
Kanada	0,6	0,6	2	2	6,3
Japan	1,1	2,2	2	5	4,3
Afrika	5,4	2,3	11	11	–0,5
Mittel- und Südamerika	3,3	2,1	5	6	2,3
darunter:					
Mexiko	0,6	0,6	6	6	7,9
Brasilien	0,8	0,4	7	9	–0,9
Asien (ohne Japan)	7,9	8,6	6 b)	5 b)	8,3
darunter:					
Schwellenländer [6])	1,2	2,6	3	3	12,2
Übrige Drittländer [7])	8,1	8,3	13	34	–5,6
darunter:					
Mittel-, Ost- und Südosteuropa	6,9	7,5	9	29	–3,4
Insgesamt	100	100	10 c)	13 c)	4,9 c)
nachrichtlich: in Mio DM	350 328	671 203	X	X	X

[1]) Spezialhandel.
[2]) Anteil an der Gesamtausfuhr in die Welt.
[3]) Importe aus Deutschland in Relation zu den Importen aus der Welt. Quelle für Grundzahlen: OECD.
[4]) Früheres Bundesgebiet.
[5]) Durchschnittlich jährliche Veränderung.
[6]) Hong-Kong, Singapur, Süd-Korea, Taiwan.
[7]) Als Differenz ermittelt.
[a]) Einfuhr der EG aus der Welt ohne Importe Deutschlands.
[b]) Aufgrund fehlender Unterlagen wurde die Berechnung wie folgt durchgeführt: Exporte Deutschlands (fob-Abgrenzung) in die entsprechende Region (Quelle: OECD) in Relation zur Welteinfuhr (cif-Abgrenzung) der entsprechenden Region (Quellen: IWF, UN).
[c]) Einfuhr der Welt ohne Importe Deutschlands.

Vereinigten Staaten und in Japan einen Anteil von jeweils etwa 5 vH der Gesamtimporte dieser Länder innehatten, betrug dieser Anteil in den westeuropäischen Staaten mehr als 20 vH. Überdurchschnittlich hoch war der Importmarktanteil deutscher Unternehmen dabei in Österreich (43 vH), in der Schweiz (33 vH), in den Niederlanden (26 vH) sowie in Belgien (24 vH). Bei vergleichsweise hohen Importquoten in den genannten Ländern läßt dies auf eine ausgeprägte Marktpräsenz deutscher Exportunternehmen auch im Vergleich zu heimischen Anbietern schließen.

Verglichen mit den frühen achtziger Jahren ist der Anteil deutscher Anbieter an den Gesamtimporten der einzelnen Länder fast überall angestiegen. Ganz besonders gilt dies für Japan, wo sich der Importmarktanteil deutscher Hersteller zwischen 1980 und 1992 von niedrigem Niveau aus mehr als verdoppelt hat. Im ganzen betrachtet, erreichten die Importmarktanteile ihr Maximum im Jahre 1987; seither sind sie in den meisten Ländern wieder etwas abgesunken, so in Schweden (von 22 vH im Jahre 1987 auf 19 vH im Jahre 1992) und in der Schweiz (von 34 vH auf 33 vH). Zu berücksichtigen ist allerdings, daß auch dieses Ergebnis durch Änderungen von Rohstoffpreisen und Wechselkursen beeinflußt sein kann und daher mit Vorsicht zu interpretieren ist.

193. In der öffentlichen Diskussion spielt auch die Vermutung eine Rolle, daß deutsche Exporteure auf manchen Märkten mit hoher Nachfragedynamik nicht hinreichend vertreten seien. Tatsächlich ist die Marktpräsenz deutscher Anbieter in einigen der Länder, die in der Vergangenheit besonders hohe Expansionsraten im Import aufwiesen, vergleichsweise gering (Tabelle 48). Dies gilt vor allem für die Entwicklungs- und Schwellenländer Asiens — deren Importe immerhin zwei Drittel des Wertes der Einfuhr der EG (ohne Deutschland) erreichen — und für einige lateinamerikanische Staaten. So beträgt der Anteil deutscher Hersteller an der Gesamteinfuhr der lateinamerikanischen sowie der asiatischen Staaten (ohne Japan) 5 vH bis 6 vH; etwas niedriger ist er in den Schwellenländern, die rund 3 vH ihrer Importe aus Deutschland beziehen. Hierin schlagen sich unter anderem hohe Transportkosten und weniger umfassende Informationen über sich bietende Marktchancen nieder. Zudem mögen Marktzugangsbarrieren in den jeweiligen Ländern deutsche Exporteure abgeschreckt haben. Gleichwohl scheint auch eine Rolle zu spielen, daß deutsche Unternehmen in der Vergangenheit die Märkte im Fernen Osten und in Lateinamerika bei ihren Exportanstrengungen nur am Rande berücksichtigt haben. So hatte der Sachverständigenrat bereits im Jahre 1981 auf nicht genutzte Marktchancen in diesen Ländern hingewiesen (JG 81 Ziffer 450). Auch Umfragen bei den Industrie- und Handelskammern belegen diese Einschätzung. In jüngster Zeit mehren sich freilich die Zeichen für ein Umdenken bei den Unternehmen; gerade in den asiatischen Schwellenländern werden zunehmend Exportchancen gesehen. Abzuwarten bleibt, wie gut sich deutsche Unternehmen angesichts intensiver Konkurrenz auf den dortigen Märkten werden behaupten können.

Warenstruktur:
Hohes Gewicht von Investitionsgütern

194. Die Warenstruktur der westdeutschen Ausfuhr von Erzeugnissen des Verarbeitenden Gewerbes ist geprägt durch einen hohen Anteil von Erzeugnissen des Investitionsgütergewerbes (61,3 vH); Erzeugnisse des Grundstoff- und Produktionsgütergewerbes und des Verbrauchsgüter produzierenden Gewerbes sind demgegenüber mit 24,8 vH und 13,8 vH von geringerem Gewicht. Bei tieferer Untergliederung der deutschen Exporte von Industriewaren (in Abgrenzung der Spezialhandelsstatistik) fallen insbesondere die hohen Anteile von Straßenfahrzeugen (17,1 vH), Maschinenbauerzeugnissen der Gruppen SITC 71 bis SITC 74 (20,0 vH), chemischer Waren (14,2 vH) und elektrotechnischer Produkte der Gruppen SITC 75 bis SITC 77 (12,7 vH) auf (Tabelle 49). Diese vier Warengruppen machen zusammengenommen fast zwei Drittel der deutschen Industriewarenausfuhr aus. Gleichzeitig konnten deutsche Anbieter bei Straßenfahrzeugen, Produkten des Maschinenbaus sowie bei einer Reihe von chemischen Erzeugnissen über dem Durchschnitt liegende Exportmarktanteile verzeichnen: Lag der Anteil Deutschlands am Gesamtindustriewarenexport der OECD-Länder im Jahre 1991 bei 18,1 vH, so betrugen die deutschen Exportmarktanteile bei diesen drei Warengruppen mehr als 20 vH; bei elektrotechnischen Erzeugnissen — dem vierten Schwerpunkt im deutschen Exportsortiment — liegt der deutsche Marktanteil mit gut 13 vH allerdings erheblich niedriger. Vor allem bei Büromaschinen und Geräten für die Nachrichtentechnik — hierin enthalten sind auch die meisten Produkte der Unterhaltungselektronik — ist der deutsche Exportmarktanteil mit etwa 10 vH relativ gering.

195. Da die Investitionsnachfrage größeren Schwankungen im Konjunkturzyklus unterworfen ist als andere Komponenten der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage, ist wegen des hohen Gewichts von Waren des Investitionsgüter produzierenden Gewerbes in der deutschen Ausfuhr eine erhöhte Konjunkturreagibilität des deutschen Exports zu erwarten. Die tatsächliche Entwicklung der Nachfrage nach deutschen Waren scheint diese Vermutung zu bestätigen. Da die Investitionsnachfrage in den letzten beiden Jahren in zahlreichen Industrieländern deutlich zurückgegangen ist, finden die gegenüber der zweiten Hälfte der achtziger Jahre merklich verminderten Zuwachsraten der westdeutschen Ausfuhr hierin eine weitere Erklärung. In dem Maße, in dem die Exportentwicklung der letzten Jahre durch dieses Spezialisierungsmuster begründet ist, besteht Aussicht auf eine wieder stärker zunehmende Exportnachfrage bei sich belebender Investitionstätigkeit im Ausland. Die vorliegenden Statistiken deuten allerdings an, daß mit der Konjunkturschwäche zu Beginn der neunziger Jahre auch die westdeutschen Exportmarktanteile bei einigen den Investitionsgütern zuzurechnenden Warengruppen leicht zurückgegangen sein könnten. Die sich hierin möglicherweise abzeichnende Entwicklung gilt es im Auge zu behalten.

196. Zur näheren Beschreibung von Spezialisierungsmustern im Außenhandel wurde die sogenannte RCA-Analyse (Revealed Comparative Advantages)

Warenstruktur der deutschen Ausfuhr von Industriegütern im Jahre 1991

vH

Teile und Abschnitte des Internationalen Warenverzeichnisses (SITC-Rev. 3) [1]		Anteil an der Industriegüter-ausfuhr insgesamt [2]	Anteil am Industriegüter-export der OECD-Länder [2] [3]
5 bis 8	Zusammen	100	18,1
5	Chemische Erzeugnisse	14,2	19,6
51	Organische chemische Erzeugnisse	3,0	17,6
52	Anorganische chemische Erzeugnisse	1,0	18,1
53	Farbmittel, Gerbstoffe und Farben	1,5	28,9
54	Medizinische und pharmazeutische Erzeugnisse	1,8	17,6
55	Etherische Öle usw., Putzmittel usw.	0,8	15,9
56	Düngemittel [4]	0,2	10,1
57	Kunststoffe in Primärformen	2,5	21,0
58	Kunststoffe in anderen Formen als Primärform	1,3	23,0
59	Andere chemische Erzeugnisse und Waren	2,0	21,7
6	Bearbeitete Waren	18,9	17,1
61	Leder, Lederwaren und zugerichtete Pelzfelle	0,3	13,9
62	Andere Kautschukwaren	1,0	16,1
63	Kork- und Holzwaren (ohne Möbel)	0,4	13,5
64	Papier und Pappe, Papierhalbstoffware	2,4	14,6
65	Garne, Gewebe, andere Spinnstofferzeugnisse	3,6	19,8
66	Waren aus nichtmetallischen mineralischen Stoffen	1,8	12,7
67	Eisen und Stahl	4,0	17,7
68	NE-Metalle	1,9	15,1
69	Andere Metallwaren	3,6	21,7
7	Maschinenbauerzeugnisse und Fahrzeuge	54,5	18,6
71 bis 74	„Maschinenbau"	20,0	22,2
71	Kraftmaschinen und -ausrüstungen	3,4	16,6
72	Arbeitsmaschinen für besondere Zwecke	6,9	23,8
73	Metallbearbeitungsmaschinen	2,0	26,7
74	Maschinen, Apparate usw. für verschiedene Zwecke	7,7	23,2
75 bis 77	„Elektrotechnik"	12,7	13,6
75	Büromaschinen, automatische Datenverarbeitungsmaschinen	2,7	9,3
76	Geräte für Nachrichtentechnik usw.	2,1	10,2
77	Andere elektrische Maschinen, Apparate, Geräte usw.	7,8	18,3
78	Straßenfahrzeuge (einschließlich Luftkissenfahrzeuge)	17,1	21,0
79	Andere Beförderungsmittel	3,9	14,5
8	Verschiedene Fertigwaren	12,4	16,0
81	Vorgefertigte Gebäude, sanitäre Anlagen usw.	0,5	20,0
82	Möbel und Teile, Bettausstattung usw.	1,2	19,0
83	Reiseartikel, Handtaschen usw.	0,1	12,1
84	Bekleidung und Bekleidungszubehör	2,1	15,0
85	Schuhe	0,4	9,6
87	Andere Meß-, Prüfinstrumente usw.	2,7	19,0
88	Fotografische Apparate usw.; Uhrmacherwaren	1,2	12,3
89	Verschiedene bearbeitete Waren	4,3	16,0

[1] Spezialhandel.
[2] Errechnet aus Angaben in US-Dollar.
[3] Anteil des deutschen Exports des jeweiligen Warenabschnitts in die Welt am Export des jeweiligen Warenabschnitts der OECD-Länder in die Welt.
[4] Ausgenommen solche der Warengruppe 272.

Quelle für Grundzahlen: OECD

entwickelt. Grundüberlegung dabei ist, daß sich ein Land bei freiem Handel auf die Produktion und den Export solcher Güter spezialisieren wird, bei denen es relative Kostenvorteile gegenüber anderen Ländern aufweist, und im Gegenzug solche Waren aus dem Ausland beziehen wird, bei deren Herstellung relative Kostennachteile im Vergleich zu anderen Ländern bestehen. Der auf die gesamte Ausfuhr und Einfuhr bezogene Anteil von Waren, bei deren Produktion dieses Land relative Kostenvorteile hat, müßte deshalb im Export höher sein als im Import; der Anteil von Gütern, bei denen ein relativer Kostennachteil besteht, müßte hingegen bei der Einfuhr höher liegen als bei der Ausfuhr. Mit Hilfe des RCA-Index wird dieses Muster von Ausfuhr und Einfuhr abgebildet: Bei Waren mit einem vergleichsweise hohen Ausfuhranteil — was nach der zugrundeliegenden Überlegung auf relative Kostenvorteile hinweist — errechnet sich ein positiver RCA-Wert, Waren mit vergleichsweise hohem Einfuhranteil — was analog als Hinweis auf relative Kostennachteile zu werten wäre — erhalten einen RCA-Wert kleiner als Null. Die methodische Vorgehensweise der RCA-Analyse wird in Anhang IV, Abschnitt F näher erläutert.

Während die Ausfuhr-Einfuhr-Relationen bei einzelnen Gütern aus theoretischer Sicht nur die international unterschiedlichen Kostenrelationen widerspiegeln sollen, werden sie tatsächlich von einer Vielzahl weiterer Faktoren beeinflußt. So können Maßnahmen der Handelspolitik und staatliche Beihilfen für bestimmte Produktionen eine Spezialisierung gemäß den komparativen Vorteilen behindern. Zu berücksichtigen ist auch der intraindustrielle Handel, der eben nicht allein durch relative Kostenunterschiede zwischen den Ländern zu erklären ist. Hinzu kommt, daß Ausfuhr und Einfuhr auf zyklische Nachfrageveränderungen in unterschiedlicher Weise reagieren können, was die RCA-Werte von Jahr zu Jahr schwanken lassen kann. Weiterhin gilt es zu beachten, daß die in der RCA-Analyse Eingang findenden statistischen Angaben Aufschluß nur über die Situation in der Vergangenheit zulassen, nicht aber zukünftige Trends erfassen können. Schließlich ist auch ins Bild zu nehmen, daß in der Außenhandelsstatistik nominale Umsätze erfaßt werden; die auf Ausfuhr und Einfuhr bezogenen Handelsanteile einzelner Warengruppen werden daher nicht allein durch realwirtschaftlich bestimmte Kostenfaktoren beeinflußt, sondern spiegeln auch Veränderungen und Stand von Güterpreisen und Wechselkursen wider. Im Falle Deutschlands kommt erschwerend hinzu, daß der Einfluß der deutschen Vereinigung auf die relativen Ausfuhr-Einfuhr-Positionen nicht befriedigend berücksichtigt werden kann. All diese Einschränkungen sind bei einer Bewertung der Ergebnisse der RCA-Analyse zu bedenken.

197. Die RCA-Analyse für das Jahr 1992 ergibt vor allem bei einer Reihe von bearbeiteten Waren der SITC-Gruppe 6 und bei vielen Fertigwaren (SITC-Gruppe 8) negative RCA-Werte (Anhang IV, Abschnitt F). Indikatorwerte größer als Null finden sich hingegen bei den meisten chemischen Produkten (SITC-Gruppe 5), bei Erzeugnissen des Maschinenbaus (SITC-Gruppen 71 bis 74) und bei Straßenfahrzeugen (SITC-Gruppe 78).

198. Die komparativen Vorteile Deutschlands müssen in erster Linie im Bereich humankapitalintensiver und damit ein hohes technologisches Niveau voraussetzender Produkte gesucht werden (JG 92 Ziffer 285). Legt man die Faktorintensitäten in den einzelnen Produktionsbereichen des Verarbeitenden Gewerbes zugrunde, so zählen hierzu die Chemische Industrie, der Maschinenbau und der Fahrzeugbau, die elektrotechnische Industrie und die feinmechanische Industrie. Eine andere, stärkere Differenzierung zulassende Möglichkeit zur Abgrenzung von Waren fortgeschrittener Technologie besteht darin, die Forschungs- und Entwicklungsaufwendungen in den einzelnen Produktgruppen als Maßstab zu nehmen (JG 84 Ziffern 199 ff.). So lassen sich beispielsweise all die Waren der Gruppe forschungsintensiver Güter zuordnen, bei denen der Anteil der Forschungs- und Entwicklungsaufwendungen am Umsatz einen bestimmten Grenzwert überschreitet. Wird dieser Wert zum Beispiel bei einem Umsatzanteil der Forschungsaufwendungen von 3,5 vH angesetzt, so lassen sich 46 vH der westdeutschen Warenausfuhr dem Bereich technologieintensiver Produkte (54 Warengruppen) zuordnen; bei der Einfuhr beträgt dieser Anteil 33 vH. Technologisch anspruchsvolle Produkte nach dieser Abgrenzung sind dabei vor allem im Bereich des Maschinenbaus, in der Telekommunikations- und Informationstechnologie und der Mikroelektronik sowie in einzelnen Bereichen der Chemischen Industrie angesiedelt (Tabelle 50).

Einwenden ließe sich, daß eine wissenschaftlich korrekte Abgrenzung technologieintensiver Waren nicht möglich ist. Die hier anhand des Umsatzanteils der Forschungs- und Entwicklungsaufwendungen vorgenommene Auswahl forschungsintensiver Produkte wurde in Anlehnung an eine entsprechende Untersuchung des Fraunhofer Instituts für Systemtechnik und Innovationsforschung getroffen. Der dabei über die Zuordnung entscheidende Wert des Abgrenzungskriteriums kann jedoch nicht ohne Willkür festgelegt werden; beispielsweise hätte eine restriktivere Auswahlregel zur Folge, daß der Kreis der technologieintensiven Waren enger zu fassen und damit auch die Interpretation möglicherweise eine andere wäre (JG 84 Ziffer 204). Hinzu kommt, daß die hierbei verwendete SITC-Einteilung für eine genauere Bestimmung von technologieintensiven Gütern noch immer recht grob ist; freilich lassen die vorhandenen Statistiken eine stärkere Differenzierung nicht zu. Wir sind uns dieser Probleme bewußt, sehen jedoch keine überzeugende Alternative zu der von uns gewählten Vorgehensweise.

Der sich aus unseren Berechnungen ergebende RCA-Wert ist für die Gruppe der so abgegrenzten technologieintensiven Güter im ganzen positiv. Über Null liegende RCA-Werte errechnen sich bei insgesamt 40 Warengruppen aus dem Bereich technologieintensiver Produkte, darunter vor allem Maschinenbauerzeugnisse. Auch Waren aus den Bereichen der Biochemie, der pharmazeutischen Industrie, der Meß- und Regeltechnik und der Medizintechnik sind hier zu finden. Negative Indikatorwerte ergeben sich bei 14 Warengruppen. Hierzu gehören insbesondere Waren der Informations- und Kommunikationstechnik, einschließlich der Unterhaltungselektronik.

Die RCA-Analyse der Außenhandelsstruktur deutet somit — bei allen gegenüber dieser Methode anzubringenden Vorbehalten — auf eine internationale Spezialisierung hin, die dem bei einem hochindustrialisierten, reichlich mit Humankapital ausgestatteten Land zu erwartenden Muster entspricht. Auch auf einigen Märkten, denen gemeinhin „strategische" Bedeutung zugemessen wird, finden sich deutsche Anbieter in herausgehobener Stellung wieder, so beispielsweise im Bereich der Meß- und Regeltechnik und in Teilen der Biotechnologie. Etwas anderes gilt hingegen für die Bereiche, in denen die Mikroelektronik eine besondere Rolle spielt, also vor allem die

Ausfuhr und Einfuhr ausgewählter Industriewaren [1]) Tabelle 50

Systematik-Nummer [2])	Waren	Ausfuhr		Einfuhr		RCA-Index [3])	
		1989	1992	1989	1992	1989	1992
		Mio DM				Relation	
	Insgesamt [4])	641041	657410	506465	627950	0	0
	Zusammen (SITC 5 bis 8)	581628	592355	370017	478830	21,66	16,69
		Anteil in vH [5])					
	darunter:						
515	Organisch-anorganische und heterocyclische Verbindungen	0,66	0,75	0,59	0,58	32,1	43,2
516	Andere organische chemische Erzeugnisse	0,42	0,39	0,43	0,39	17,8	17,0
522	Anorganische chemische Elemente, Oxide und Halogensalze	0,51	0,43	0,44	0,32	35,6	46,2
524	Andere anorganische chemische Erzeugnisse, anorganische und organische Verbindung	0,12	0,10	0,11	0,12	33,9	3,9
525	Radioaktive Stoffe	0,13	0,06	0,44	0,22	-101,1	-120,2
531	Synthetische organische Farbmittel und Farblacke	0,66	0,63	0,20	0,18	143,1	144,0
533	Pigmente, Farben, Lacke und ähnliche Erzeugnisse	0,79	0,80	0,46	0,43	76,7	79,2
541	Medizinische und pharmazeutische Erzeugnisse	0,65	0,80	0,58	0,61	32,9	44,6
542	Arzneiwaren	0,88	1,12	0,76	0,92	36,1	36,6
551	Etherische Öle und Riechmittel	0,10	0,12	0,13	0,12	- 7,7	14,8
574	Polyacetale, Polycarbonate in Primärformen	0,49	0,46	0,48	0,41	23,8	28,3
575	Andere Kunststoffe in Primärformen	1,16	1,21	1,02	0,88	34,8	48,3
591	Insekticide, Rodenticide, Fungicide, Herbicide	0,39	0,38	0,20	0,21	90,7	74,5
598	Verschiedene chemische Erzeugnisse	1,17	1,16	0,76	0,72	64,7	64,6
663	Waren aus mineralischen Stoffen	0,47	0,45	0,40	0,42	38,0	22,9
689	Verschiedene in der Metallurgie verw. unedle NE-Metalle	0,05	0,04	0,15	0,09	- 97,1	- 71,7
714	Motoren und Kraftmaschinen, nichtelektrische Teile	0,43	0,51	0,57	0,50	- 7,4	17,9
718	Andere Kraftmaschinen und Teile davon	0,34	0,28	0,13	0,13	120,7	90,0
724	Maschinen für die Textil- und Lederindustrie; Teile davon	1,56	1,50	0,41	0,31	154,4	173,0
725	Maschinen für die Papierherstellung; Teile davon	0,42	0,38	0,23	0,18	82,9	93,1
726	Druckerei- und Buchbindereimaschinen; Teile davon	1,16	0,98	0,29	0,29	162,1	139,3
727	Lebensmittel- und Futtermittelverarbeitungsmaschinen	0,26	0,29	0,11	0,13	103,4	95,4
728	Andere Maschinen für besondere Zwecke; Teile davon	2,14	2,21	0,93	0,96	105,0	100,2
731	Spanabhebende Werkzeugmaschinen	0,90	0,76	0,56	0,42	68,6	75,9
733	Werkzeugmaschinen für spanlose Metallbearbeitung	0,37	0,37	0,16	0,15	105,5	109,9
735	Teile und Zubehör für Maschinen der Gruppen 731 und 733	0,32	0,27	0,26	0,23	43,2	32,6
737	Metallbearbeitungsmaschinen; Teile davon	0,35	0,38	0,18	0,20	89,7	83,2
741	Einrichtungen zum Heizen und Kühlen; Teile davon	0,91	1,02	0,59	0,71	65,8	53,1
744	Hebe- und Fördervorrichtungen; Teile davon	0,96	0,99	0,51	0,68	85,8	54,6
745	Andere nichtelektrische Maschinen, Werkzeuge; Teile davon	1,20	1,23	0,47	0,48	115,0	110,8
746	Wälzlager	0,48	0,40	0,44	0,34	30,9	32,5
751	Büromaschinen	0,39	0,32	0,50	0,47	- 3,2	- 22,6
752	Automatische Datenverarbeitungsmaschinen	1,52	1,36	3,51	3,76	- 62,0	- 84,8
759	Teile und Zubehör für Maschinen der Gruppen 751 und 752	0,84	0,85	2,11	1,71	- 70,4	- 53,3
761	Fernsehempfangsgeräte	0,59	0,26	0,72	0,61	0,9	- 68,0
762	Rundfunkempfangsgeräte	0,13	0,12	0,51	0,50	-110,8	-122,1
763	Ton- und Fernsehaufzeichnungsgeräte, Wiedergabegeräte	0,14	0,29	0,51	0,54	-107,3	- 46,2
764	Geräte für die Nachrichtentechnik; Teile davon	1,15	1,42	1,73	1,83	- 19,0	- 8,7
772	Geräte zum Schließen, Öffnen von Stromkreisen; Teile davon	1,94	2,16	1,30	1,21	61,9	74,9
773	Einrichtungen für die Elektrizitätsverteilung	0,47	0,53	0,61	0,79	- 3,9	- 23,3
774	Medizinische Elektrodiagnose- und radiolog. Apparate und Geräte	0,48	0,56	0,25	0,29	86,8	83,0
776	Glühkathoden-, Kaltkathoden- und Fotokathoden-Elektronenröhren	1,14	1,05	1,98	1,65	- 33,3	- 29,0
778	Elektrische Maschinen, Apparate und Geräte	1,72	1,92	1,76	1,80	19,8	23,1
781	PKW und andere zur Personenbeförderung gebaute Kfz	11,43	11,34	5,51	7,75	94,7	54,8
782	Lastkraftwagen und Kraftfahrzeuge zu besonderen Zwecken	1,68	1,35	0,76	1,18	101,1	30,4
791	Schienenfahrzeuge und zugehörige Ausrüstungen	0,19	0,27	0,04	0,09	165,6	127,9
792	Luftfahrzeuge und zugehörige Ausrüstungen	2,34	2,81	4,19	4,19	- 36,6	- 23,4
871	Optische Instrumente, Apparate und Geräte	0,15	0,15	0,14	0,13	29,0	32,6
872	Instrumente und ähnliches für medizinische und andere Zwecke	0,50	0,64	0,44	0,54	34,1	33,4
873	Andere Zähler	0,14	0,15	0,06	0,09	105,8	70,8
874	Instrumente und Apparate zum Messen, Prüfen	1,84	1,92	1,54	1,39	39,6	48,8
881	Fotografische Apparate und Ausrüstungen	0,27	0,23	0,35	0,30	- 5,1	- 10,6
882	Fotografisches und kinematografisches Zubehör	0,45	0,48	0,66	0,53	- 16,3	6,8
884	Optische Waren	0,22	0,23	0,26	0,29	5,2	- 4,1

[1]) Die aufgeführten Waren sind Waren mit höherwertigen Technologien. Als Auswahlgrundlage dient die Liste des Fraunhofer-Instituts für Systemtechnik und Innovationsforschung, wobei für die Zuordnung zu hochtechnologischen Waren der Forschungs- und Entwicklungsaufwand mindestens 3,5 vH des Umsatzes betragen mußte.
[2]) Internationales Warenverzeichnis für den Außenhandel (SITC-Rev. 3).
[3]) Berechnet als: Logarithmierter Wert der Relation Ausfuhr durch Einfuhr der jeweiligen Waren zu Ausfuhr durch Einfuhr insgesamt (SITC 0 bis 9) multipliziert mit 100.
[4]) Gütergruppen 0 bis 9 des Internationalen Warenverzeichnisses für den Außenhandel (SITC-Rev. 3).
[5]) Anteil an der zusammengefaßten Warengruppe SITC 5 bis 8 (Ausfuhr/Einfuhr).

Informations- und Kommunikationstechnik. Dies steht in Übereinstimmung zu unserer letztjährigen Analyse, in der sich gezeigt hatte, daß gerade dies die Märkte sind, die in der Vergangenheit durch eine vergleichsweise hohe Nachfragedynamik gekennzeichnet waren (JG 92 Ziffer 286).

199. Wünschenswert wäre es, die Entwicklung der RCA-Werte in einem längerfristigen zeitlichen Rahmen zu untersuchen. Wegen der Umstellung der Außenhandelsstatistik im Jahre 1988 stößt dies allerdings auf Schwierigkeiten; zum Vergleich können daher lediglich die Indikatorwerte des Jahres 1989 herangezogen werden. Vorsicht bei dieser eher kurzfristigen Gegenüberstellung ist angebracht, weil zum einen die Zusatznachfrage aus Ostdeutschland deutsche und ausländische Anbieter bestimmter Waren überproportional begünstigt hat, zum anderen dieser Zeitraum die zeitlich versetzten konjunkturellen Schwächephasen in Deutschland und im Ausland einschließt. Beides hat sich nicht neutral auf die Warenstruktur des westdeutschen Außenhandels ausgewirkt.

Die Berechnungen für die Jahre 1989 und 1992 zeigen, daß die RCA-Werte bei vielen Produktgruppen in diesem Zeitraum zurückgegangen sind. In einigen wenigen Bereichen ist sogar ein Wechsel von positiven zu negativen RCA-Werten zu beobachten. Eine Verringerung des RCA-Werts ergibt sich auch bei der Gruppe der eher forschungsintensiven Waren, darunter besonders ausgeprägt bei Kraftfahrzeugen und Fernsehempfangsgeräten. Gerade diese beiden Warengruppen dürften allerdings durch den Vereinigungseffekt in besonderem Maße beeinflußt worden sein. Insgesamt nahmen die RCA-Werte bei mehr als der Hälfte der eher dem Bereich der forschungsintensiven Güter zuzuordnenden Warengruppen ab.

Diese Ergebnisse fügen sich ein in das Bild, das der Sachverständigenrat in seinem Jahresgutachten 1988 gezeichnet hatte. Damals wurde unter Verweis auf die Ergebnisse der Strukturberichterstattung festgestellt, daß sich in den achtziger Jahren die Wettbewerbsstellung deutscher Unternehmen, gemessen an den RCA-Werten, gerade bei technologisch hochwertigen Gütern verschlechtert habe; vor allem bei Investitionsgütern und chemischen Produkten hätten sich die komparativen Vorteile zu Lasten deutscher Anbieter verschoben (JG 88 Ziffern 155f.). Die hier erzielten Ergebnisse deuten — bei allen Vorbehalten hinsichtlich der Vergleichbarkeit — darauf hin, daß sich die damals konstatierte Entwicklung in wichtigen Bereichen der deutschen Industrie (Maschinenbau, Straßenfahrzeugbau) zu Beginn der neunziger Jahre fortgesetzt hat.

200. Bei der Interpretation der RCA-Werte sind die Veränderungen in der internationalen Arbeitsteilung in den Blick zu nehmen, die auf Produktionsverlagerungen ins Ausland beruhen. Bestimmte Güter können kostengünstiger an anderen Standorten hergestellt werden als in Deutschland. Zu vermuten ist dies beispielsweise für solche Waren, bei deren Herstellung relativ einfache, standardisierte Produktionsmethoden angewendet werden; bedeutsam sind bei diesen Gütern weniger moderne Techniken und eine innovatorische Produktgestaltung als vielmehr die relative Ausstattung einzelner Länder mit Arbeit und Kapital. Zu dieser Gruppe von Gütern gehören zum Beispiel die überwiegend in stärker arbeitsintensiven Produktionsverfahren hergestellten Erzeugnisse der Holz-, Bekleidungs- und Metallindustrie. Tatsächlich hat sich bei längerfristiger Betrachtung die Bedeutung dieser Branchen — bei denen sich nach unseren Berechnungen zumeist negative RCA-Werte ergeben haben — in Westdeutschland sowohl hinsichtlich der Produktion als auch hinsichtlich des Exportanteils verringert. Wegen des technischen Fortschritts im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnologien, der eine Trennung der Forschungsaktivitäten von der industriellen Fertigung neuer Produkte erleichtert, wird jedoch zunehmend auch die Herstellung technologisch fortgeschrittenerer Produkte an kostengünstigeren Standorten möglich (JG 92 Ziffer 284). Eine solche Zerlegung von Entwicklung und Produktion ist dabei in Branchen mit standardisierter Serienfertigung meist leichter durchzuführen als in Branchen mit komplexeren Produktionsmethoden und geringeren Losgrößen. Ansätze für eine solche Entwicklung werden beispielsweise in Bereichen wie dem Büromaschinenbau, der Elektrotechnik oder dem Automobilbau gesehen, wo die industrielle Fertigung heute oftmals in ausgelagerten Produktionsstätten in Ländern mit relativ niedrigen Lohnkosten stattfindet, während die Forschungs- und Entwicklungsarbeiten in den Industrieländern mit einem größeren Potential an wissenschaftlich ausgebildeten Fachkräften angesiedelt sind. Weniger leicht erscheint die Trennung von Produktion und Entwicklung demgegenüber in Bereichen wie der Luft- und Raumfahrttechnik, der Meß-, Prüf- und Kontrolltechnik sowie in Teilen des Maschinenbaus.

Unsere Berechnungen zeigen, daß die westdeutsche Industrie in den für eine Ausgliederung nicht so sehr geeigneten Bereichen überwiegend recht hohe positive RCA-Werte aufweist. Branchen, in denen die Trennung von Forschung und Fertigung leichter fällt, sind demgegenüber tendenziell im Bereich niedriger (Teile der Elektrotechnik) und teilweise negativer RCA-Werte (Unterhaltungselektronik, Büromaschinenbau) zu finden. Eine Ausnahme hiervon bildet lediglich der Automobilbau. Soweit dieses Muster relativer Ausfuhr-Einfuhr-Positionen Ursache einer Substitution von Außenhandel durch Auslandsinvestitionen ist, muß dies bei einer Erklärung der schwächeren Ausfuhrdynamik der letzten Jahre ebenfalls mit ins Bild genommen werden.

Verknüpfung von regionalen und strukturellen Faktoren

201. Zur Abschätzung der Größenordnung von regionalen und strukturellen Einflüssen wird die sogenannte „Constant-Market-Share-Analyse" (CMS-Analyse) verwendet (Anhang IV, Abschnitt F). Hierbei wird die Veränderung des Weltmarktanteils eines Landes in drei Komponenten zerlegt:

— Der *Regionalfaktor* stellt dar, wie sich der Weltmarktanteil eines Landes allein aufgrund der unterschiedlichen Nachfragedynamik auf den verschiedenen Exportmärkten entwickelt hätte. Es

wird Konstanz der Importmarktanteile in den einzelnen Regionen der Welt unterstellt. Liefert ein Land hauptsächlich in dynamisch wachsende Regionen, so ist der Regionalfaktor größer als Null; ein unter Null liegender Wert der Regionalkomponente signalisiert analog dazu, daß ein Land vornehmlich auf unterdurchschnittlich expandierenden Märkten vertreten ist.

— Der *Strukturfaktor* zeigt den Einfluß der Güterstruktur des Außenhandels auf die Exportdynamik an. Er stellt dar, wie sich der Weltmarktanteil eines Landes bei konstanter Warenstruktur der Exporte verändert hätte. Ein über Null liegender Wert des Strukturfaktors weist auf eine besonders starke Zunahme der Nachfrage in jenen Gütergruppen hin, die im Exportsortiment des betrachteten Landes ein hohes Gewicht haben; eine Strukturkomponente kleiner als Null ergibt sich demgegenüber bei einer starken Expansion der Nachfrage in den im Gütersortiment des Exportlandes unterdurchschnittlich vertretenen Warengruppen.

— Der *Restfaktor* ist als Differenz zwischen Regionalfaktor und Strukturfaktor einerseits und der beobachteten Änderung des Weltmarktanteils andererseits definiert. Eine auf die Erklärung von Kausalzusammenhängen gerichtete Interpretation des Restfaktors ist nicht möglich, da sich in ihm sämtliche Einflußgrößen bündeln, die über die genannten regionalen und strukturellen Einflüsse hinaus auf die Entwicklung des Weltmarktanteils eines Landes einwirken. Hierzu zählen sicherlich Veränderungen der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der Anbieter eines Landes, aber auch Verschiebungen der Nachfragerpräferenzen, Wechselkursschwankungen, variierende Produktivitätsrelationen zwischen verschiedenen Ländern und Industriezweigen, binnenwirtschaftliche und außenwirtschaftliche Maßnahmen der Wirtschaftspolitik und manch anderes mehr. Auch Unzulänglichkeiten der statistischen Erfassung von Regional- und Warenstruktur des Handels schlagen sich letztlich hier nieder. Wegen dieser Schwächen der Residualkomponente sollte eine Bewertung der Ergebnisse der CMS-Analyse sich vorrangig auf eine Interpretation der Regionalkomponente und der Strukturkomponente konzentrieren.

Die methodisch bedingten Grenzen der CMS-Analyse sind bei einer Interpretation zu beachten. Wichtig ist, daß die Ergebnisse nicht unabhängig von der Wahl des Basisjahres sind. Wir haben uns letztlich für die Auswahl von zwei Perioden (1980 bis 1985 und 1986 bis 1991) entschieden, die uns repräsentativ für die Entwicklung des deutschen Welthandelsanteils scheinen. Die Einbeziehung des Zeitraums 1985/86 in eine der beiden Teilperioden halten wir wegen der in diesen Jahren eingetretenen starken Veränderung der Wechselkurse und des Preisverfalls bei Erdöl für nicht angebracht, da hierdurch die Aussagekraft des Indikators „Marktanteilsentwicklung" in einem nicht zu quantifizierenden Ausmaß beeinträchtigt wird. Darüber hinaus ist zu berücksichtigen, daß das Aggregationsniveau der verfügbaren statistischen Quellen relativ hoch ist; Aussagen auf der Ebene einzelner mehr oder minder homogener Gütergruppen sind daher nicht möglich. Wenig befriedigend ist außerdem, daß nur Daten über den Außenhandel der OECD-Länder ausgewertet werden konnten; zudem sind die Handelsstatistiken durch die deutsche Vereinigung beeinflußt. Schließlich ist zu bedenken, daß hinreichend tief gegliederte Informationen nur bis zum Jahre 1991 vorlagen; die Entwicklung des deutschen Marktanteils in den Jahren 1992 und 1993 — die sicherlich von besonderem Interesse ist — ließ sich daher nicht berücksichtigen. Werden diese Einschränkungen beachtet, kann die CMS-Analyse gleichwohl als aussagekräftige Ergänzung unserer bisherigen Überlegungen dienen.

202. Die CMS-Analysen auf Basis des Anteils Westdeutschlands am Gesamtexport der OECD-Länder (ohne innerdeutschen Handel beziehungsweise Lieferungen zwischen West- und Ostdeutschland) ergeben in beiden Teilperioden (1980 bis 1985 und 1986 bis 1991) positive Regional- und Strukturfaktoren (Tabelle 51). In der ersten Hälfte der achtziger Jahre verminderte sich der deutsche Weltexportanteil gleichwohl von 15,5 vH auf 14,6 vH, so daß der Restfaktor ein negatives Vorzeichen aufweist. Ähnliches gilt auch für die Periode 1986 bis 1991. Obgleich Regional- und Strukturkomponente für sich genommen eine Zunahme des westdeutschen Welthandelsanteils um reichlich 0,9 Prozentpunkte in diesem Zeitraum ermöglicht hätten, ging der Anteil Westdeutschlands an den Exporten der OECD-Länder in dieser Zeit von 16,7 vH auf 16,3 vH zurück, so daß sich auch hier ein negativer Residualfaktor ergibt. Im Anstieg der Regionalkomponente (um knapp 0,4 Prozentpunkte) spiegelt sich dabei insbesondere der überdurchschnittlich starke Zuwachs der westdeutschen Exporte in eine Reihe europäischer OECD-Staaten wider, darunter insbesondere die Alpenländer, Spanien und Frankreich. Hintergrund des Anstiegs des Strukturfaktors (um knapp 0,6 Prozentpunkte) wiederum ist die bis 1991 überdurchschnittlich stark expandierende Nachfrage nach den im deutschen Exportgütersortiment mit hohem Gewicht vertretenen Waren des Maschinenbaus und der Elektrotechnik (insbesondere SITC 74 und SITC 77). Wenn der westdeutsche Weltexportanteil trotz dieser Konstellation von Regional- und Strukturkomponente in den beiden hier betrachteten Zeiträumen also leicht rückläufig war, so sind hierfür andere, der CMS-Analyse nicht zugängliche Faktoren verantwortlich zu machen.

Tabelle 51

Regionalfaktor, Strukturfaktor, Restfaktor für die Exporte Westdeutschlands [1])

Komponenten	1980 bis 1985	1986 bis 1991
Weltmarktanteil [2])	-0,91	-0,42
davon: Regionalfaktor	0,51	0,35
Strukturfaktor	0,61	0,58
Restfaktor	-2,03	-1,35
Nachrichtlich:		
Weltmarktanteil (absolut) [2])	15,52/14,61	16,67/16,25

[1]) Berechnet nach der Methode der „Constant-Market-Share-Analyse", siehe dazu Anhang IV, Abschnitt F.

[2]) Export Westdeutschland in Relation zum Export der OECD-Staaten (ohne innerdeutschen Handel), Spezialhandel im Jahre 1980/1985 und 1986/1991.

Quelle für Grundzahlen: OECD

Passivsalden im Dienstleistungsverkehr

203. Der Dienstleistungsverkehr hat in den letzten Jahren zunehmend an Bedeutung gewonnen. Hierin kommt zum einen der technische Fortschritt im Bereich der Telekommunikation und der Informationsverarbeitung zum Ausdruck, der nicht nur neue Dienstleistungen hat entstehen lassen, sondern auch manche Dienstleistungsbereiche erst zum Gegenstand des internationalen Handels hat werden lassen. Zum anderen sind in vielen Bereichen Schranken gefallen, die zuvor den Handel mit Dienstleistungen erschwert oder gar verhindert haben. Plausibel erscheint darüber hinaus, daß auch die Globalisierungstendenzen bei der Warenproduktion den Dienstleistungsaustausch gefördert haben. Wir rechnen damit, daß sich die Bedeutung des internationalen Dienstleistungshandels in Zukunft noch weiter erhöhen wird. Dabei wird sich nach unserer Einschätzung mit fortgesetzter Verschiebung der komparativen Vorteile in der Herstellung von standardisierten Industriegütern zugunsten der Entwicklungs- und Schwellenländer für die Industrieländer zunehmend die Notwendigkeit einer Spezialisierung auf humankapitalintensive Produktionen ergeben, wozu auch eine Reihe von Dienstleistungen zu zählen ist.

204. Im Zeitraum 1981 bis 1991 stieg der weltweite Dienstleistungshandel nach Schätzungen des GATT mit jahresdurchschnittlich knapp 8 vH um mehr als zwei Prozentpunkte stärker an als der Warenhandel. Mittlerweile dürften mehr als 20 vH des Welthandels Handel mit Dienstleistungen sein. Dabei werden rund 50 vH der statistisch erfaßten Dienstleistungsexporte von den sechs größten Industrieländern abgewickelt, wobei Deutschland mit einem Marktanteil von 6,7 vH im Jahre 1991 den dritten Rang nach den Vereinigten Staaten (16,7 vH) und Frankreich (9,4 vH) einnimmt (Tabelle 52). Die relative Bedeutung Deutschlands als Exporteur von Dienstleistungen ist damit kleiner als im Warenhandel.

Tabelle 52

Export und Import von Dienstleistungen im Jahre 1991

Land	Export	Import	Nachrichtlich
	von Dienstleistungen [1]		Dienstleistungsexport in vH des Dienstleistungsimports [2]
Deutschland	6,7	11,1	*92,3*
Frankreich	9,4	7,8	*112,7*
Großbritannien	5,9	4,8	*143,8*
Italien	6,3	6,3	*88,1*
Japan	5,1	10,5	*65,1*
Vereinigte Staaten	16,7	11,5	*141,3*

[1] Anteil am Dienstleistungsexport/Dienstleistungsimport der Welt in vH. Errechnet aus Angaben in US-Dollar. Quelle: GATT.
[2] Ohne Reiseverkehr und Kapitalerträge. Errechnet aus Angaben in ECU. Quelle für Grundzahlen: EG.

Hauptimporteure von Dienstleistungen sind Japan, die Vereinigten Staaten und Deutschland mit einem Anteil von jeweils etwa 11 vH. Deutschland, Italien und insbesondere Japan sind Nettoimporteure von Dienstleistungen. Dies gilt auch dann, wenn man den Reiseverkehr und die Kapitalerträge (etwa die Hälfte des statistisch erfaßten Handels mit Dienstleistungen) unberücksichtigt läßt.

205. Hinweise auf die relative Marktstellung deutscher Dienstleistungsanbieter geben die Salden von Einnahmen und Ausgaben bei den einzelnen Arten von marktmäßig gehandelten Dienstleistungen (Tabelle 53). Deutschland weist in vielen Bereichen der Dienstleistungsbilanz Passivsalden auf. Nicht nur bei Provisionen und bei den Zahlungen für Patente und Lizenzen überwiegen die Ausgaben; Passivsalden finden sich auch bei anderen, eher als humankapitalintensiv anzusehenden Dienstleistungen, so bei den Ausgaben für Forschung und Entwicklung und bei Ingenieurleistungen. Verhältnismäßig hohe Überschüsse erzielt Deutschland hingegen im Handel mit Transportleistungen; hierin schlägt sich aber auch nieder, daß administrative Marktzugangshemmnisse in Deutschland die Betätigung ausländischer Transportunternehmen bislang behindert haben.

Wenn auch Außenhandelssalden grundsätzlich nicht als Maß zur Beurteilung der relativen Wettbewerbsposition eines Landes herangezogen werden sollten, können diese Ergebnisse als Hinweis auf geringe Spezialisierungsvorteile Deutschlands bei den einzelnen Arten von Dienstleistungen gewertet werden.

Wettbewerbsfähigkeit der Exportwirtschaft: Warnzeichen beachten

206. Ein angemessenes Urteil über die internationale Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Exportwirtschaft zu fällen ist schwierig. Die geprüften Indikatoren geben jedenfalls keine eindeutige Antwort: Zwar ist der Anteil Westdeutschlands an den Gesamtexporten der OECD-Länder wie auch der Anteil westdeutscher Anbieter an der Weltausfuhr von Industriewaren seit 1986 leicht gesunken, doch geht dies auch auf die mit der deutschen Vereinigung verbundenen Nachfrageeffekte zurück, kann somit nicht ohne weiteres als Zeichen verminderter Wettbewerbsstärke gewertet werden. Auch die Ergebnisse der RCA-Analyse — obschon sie auf nachlassende relative Wettbewerbsvorteile westdeutscher Anbieter in den achtziger und den beginnenden neunziger Jahren hindeuten — liefern keinen von jeglichem Zweifel freien Beleg für ein Zurückfallen Deutschlands. Mit Hilfe der CMS-Analyse schließlich konnte gezeigt werden, daß die seit längerem hinter dem Wachstum des Welthandels zurückbleibende Zunahme der westdeutschen Ausfuhr nicht auf eine unzureichend auf die Nachfrage abgestimmte Regional- oder Warenstruktur zurückzuführen ist. Welches die Erklärungsfaktoren für diese Entwicklung sind und ob dabei eine Verschlechterung der Wettbewerbsfähigkeit eine

Dienstleistungsverkehr mit dem Ausland [1])

Mio DM

Dienstleistungsart [2])	Einnahmen		Ausgaben		Saldo aus Einnahmen und Ausgaben	
	1989	1992	1989	1992	1989	1992
Dienstleistungen insgesamt ohne Reiseverkehr, Kapitalerträge und Regierungsleistungen	72 403	85 088	77 383	102 229	−4 980	−17 141
davon:						
Transportleistungen	28 239	33 389	17 346	23 067	10 893	10 322
verschiedene Dienstleistungen	5 143	4 008	570	409	4 573	3 599
Bauleistungen, Montagen, Ausbesserungen	5 162	6 535	4 139	6 091	1 024	444
Bundespost	1 948	3 313	2 174	3 783	− 227	− 470
Ingenieur- und sonstige technische Leistungen	2 158	2 537	1 622	3 374	537	− 837
Forschung und Entwicklung	2 353	3 123	2 673	4 079	− 320	− 955
Versicherungen	6 576	9 485	7 431	10 773	− 856	− 1 288
Regiekosten	1 348	1 646	2 301	3 123	− 953	− 1 477
Filmgeschäft	149	115	841	1 813	− 693	− 1 698
Entgelt für unselbständige Arbeit	2 471	2 549	3 847	4 310	−1 376	− 1 761
Werbe- und Messekosten	1 310	1 440	2 326	3 309	−1 016	− 1 869
Lohnveredelung	7 201	6 634	6 878	9 395	323	− 2 762
Entgelt für sonstige selbständige Leistungen	2 129	2 856	4 352	5 883	−2 223	− 3 027
Nebenkosten im Waren- und Dienstleistungsverkehr	1 021	1 214	5 514	5 096	−4 494	− 3 882
Patente und Lizenzen	2 519	3 047	5 681	6 996	−3 162	− 3 948
Provisionen	2 678	3 196	9 687	10 729	−7 009	− 7 532

[1]) 1989 früheres Bundesgebiet; 1992 Deutschland.
[2]) Nach der Höhe des Saldos aus Einnahmen und Ausgaben 1992 sortiert.

Quelle: Deutsche Bundesbank

Rolle spielt, läßt sich mit dieser Methode nicht nachweisen.

Grund zur Entwarnung sehen wir gleichwohl nicht. Entscheidend ist nicht, wie sich die Anbieter eines Landes in der Vergangenheit im internationalen Wettbewerb haben behaupten können; entscheidend ist vielmehr ihre Fähigkeit, auch in Zukunft auf den internationalen Märkten zu bestehen. Sind erst einmal verläßliche Anzeichen für eine Verschlechterung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit eines Landes vorhanden, so ist es meist zu spät, die Gründe für diese Fehlentwicklung schnell und wirkungsvoll zu bekämpfen. Die Sicherung der Voraussetzungen dafür, daß die heimischen Unternehmen die für den Erfolg im internationalen Wettbewerb notwendigen Maßnahmen treffen können, ist daher auch unabhängig von dem Ergebnis unserer Analyse eine der wichtigsten Aufgaben für Wirtschaftspolitik und Tarifvertragsparteien (JG 92 Ziffern 286ff.).

207. Grundsätzlich stehen zwei Möglichkeiten offen, auf die ständige Herausforderung des internationalen Standortwettbewerbs zu reagieren. Die erste Möglichkeit — vom Sachverständigenrat in früheren Jahren als „defensive Anpassungsstrategie" (JG 81 Ziffern 486ff.) bezeichnet — läuft darauf hinaus, auf die Anpassungsfähigkeit des Wechselkurses zu bauen. Ein überhöhtes Kostenniveau im Inland, eine hinter dem Ausland zurückbleibende Zunahme der Produktivität, ein Nachlassen im internationalen Innovationswettbewerb, all dieses ließe sich — wenigstens vorübergehend — durch eine reale Abwertung der D-Mark kompensieren. Der Preis für einen solchen Verzicht auf interne Anpassung ist jedoch hoch; zu zahlen ist mit einer Schmälerung der Realeinkommen, bedingt durch die mit einer realen Abwertung verbundene Verteuerung von Importgütern bei gleichzeitiger Verbilligung von Exportgütern. Wieviel dies ausmachen kann, zeigt der von uns zu diesem Zweck berechnete Realwert des Sozialprodukts (JG 84 Ziffern 246ff.), der beispielsweise im Gefolge der vierprozentigen realen Abwertung der D-Mark im Jahre 1989 um einen halben Prozentpunkt langsamer stieg als das Bruttosozialprodukt in konstanten Preisen.

Das Ziel, hohe Realeinkommen auch in Zukunft zu sichern, kann durch eine defensive Anpassungsstrategie nicht erreicht werden. Wir wiederholen daher unser Plädoyer für eine Neuorientierung der Wirtschaftspolitik im Sinne einer „offensiven Anpassungsstrategie" (JG 81 Ziffern 300ff.). Diese ist darauf gerichtet, die Herausforderungen des internationalen Strukturwandels in erster Linie durch eine Verbesserung der Wachstumsbedingungen in der Volkswirtschaft zu bewältigen; dies ist um so drängender, als das vereinigte Deutschland seine Position in der internationalen Arbeitsteilung noch nicht gefunden hat.

ZWEITES KAPITEL

Zur voraussichtlichen Entwicklung im Jahre 1994

I. Ausgangslage und Annahmen der Prognose

208. Die konjunkturelle Lage in Deutschland stellt sich am Jahresausgang 1993 deutlich anders dar als am Jahresanfang. Der rutschartige Rückgang von Nachfrage und Produktion ist zum Stillstand gekommen. Die Gefahr, daß sich das Rezessionstal vertieft, ist damit erst einmal abgewendet, wenn auch noch nicht vollends gebannt.

Die Prognose kann sich somit auf die Frage konzentrieren, ob es im nächsten Jahr zu einer konjunkturellen Erholung kommen wird — ohne das Risiko eines nochmaligen Rückschlags aus dem Auge zu verlieren. Um die Antwort vorwegzunehmen: Wir können die Frage zum gegenwärtigen Zeitpunkt mit hinreichender Sicherheit weder bejahen noch verneinen. Wir sehen zwar Chancen, die Wende herbeizuführen, ob sie in nächster Zeit realisiert werden, ist höchst ungewiß. Eindeutige Anzeichen für eine Wende gibt es bisher nicht. Die Stabilisierung von Nachfrage und Produktion im Verlauf dieses Jahres sollte nicht überbewertet werden. Sie kann auch nur die Korrektur von hektischen Überreaktionen sein, zu denen manche Unternehmen am Jahresanfang offensichtlich neigten.

209. Damit eine Wirtschaft aus einer tiefen Rezession herausfinden kann, muß ein Umschwung bei den Erwartungen eintreten. Es muß verlorengegangenes Zukunftsvertrauen zurückkehren. Die Unternehmen brauchen Ermutigung, wenn sie bei geleerten Auftragsbüchern und schlecht ausgelasteten Kapazitäten wieder die Produktion hochfahren sollen, um die Läger aufzufüllen oder gar die Erweiterung ihrer Anlagen in Angriff zu nehmen. Kommt der Erwartungsumschwung nicht zustande, werden sie sich aufs Abwarten verlegen. Sie werden die Vergabe von Aufträgen solange hinauszögern, bis sich ihre Auftragsbücher füllen, obwohl ein solches Verhalten die Überwindung der Rezession erschwert.

Bisher hat sich allem Anschein nach noch kein neues Vertrauenskapital ansammeln können. Nach den Ergebnissen von Konjunkturumfragen zu urteilen, steckt die deutsche Wirtschaft ungeachtet mancher positiver Veränderungen im Umfeld derzeit in einem Stimmungstief. Der Schock über den jähen Absturz sowie das wenig überzeugende Handeln der Wirtschafts- und Finanzpolitik wirken offensichtlich nachhaltiger, als es zunächst schien.

210. In der Prognose versuchen wir zu ergründen, wie sich Investoren und Verbraucher bei gegebenen Rahmenbedingungen voraussichtlich verhalten werden. Die Rahmenbedingungen stehen nicht endgültig fest; sie werden teilweise erst später fixiert werden, vor allem durch die Geld- und die Finanzpolitik sowie die Lohnpolitik. Unsere Prognose sollte deshalb als Abwägungshilfe für die anstehenden Entscheidungen verstanden werden. Sie will aufzeigen, was erforderlich ist, um die Weichen in Richtung eines Aufschwungs zu stellen, und was tunlichst unterlassen werden sollte, um eine längere Stagnation oder aber einen neuerlichen rezessiven Rückschlag zu vermeiden. Denn die Dauer der gegenwärtigen Rezession ist nicht vorbestimmt. Sie kann durch sachgerechte Entscheidungen verkürzt wie durch Fehlverhalten verlängert werden. Insofern kann die Prognose durch die tatsächliche Entwicklung auch korrigiert werden, und in manchen Fällen wünschen wir das sogar, dort nämlich, wo sie ungünstige Perspektiven aufzeigt.

211. Zunächst gilt es die Annahmen zu beschreiben, die wir der Prognose zugrunde legen. Bei der Geldpolitik und teilweise auch bei der Finanzpolitik sind bei dem inzwischen erreichten hohen Stand der Verflechtung der internationalen Märkte auch die Entscheidungen in anderen Ländern mit ins Bild zu nehmen.

— Die Geldpolitik setzt ihren Kurs einer schrittweisen Lockerung fort. Sie wird weiterhin versuchen, die konjunkturelle Erholung zu unterstützen, ohne die Gefahr eines Wiederaufflackerns der Inflation aus dem Auge zu verlieren. Allerdings ist dafür der Spielraum nicht mehr überall vorhanden, oder er ist nur noch sehr klein; in den Vereinigten Staaten könnten die Zinsen im nächsten Jahr sogar wieder etwas anziehen. In Westeuropa werden die Notenbanken weiterhin auf eine Senkung der kurzfristigen Zinsen hinwirken. Da die langfristigen Zinsen sich dem Tiefpunkt nähern oder ihn vielleicht schon erreicht haben, wird sich die Zinsstruktur normalisieren. Dabei werden die Notenbanken weitgehend im Gleichschritt agieren; Alleingänge einzelner Notenbanken sind wegen der Sensibilität der Finanzmärkte wenig wahrscheinlich. Die Bundesbank wird dabei wiederum das Tempo vorgeben. Sie wird erneut eine Zielgröße für die Ausweitung der Geldmenge nennen; wir nehmen an, daß diese Zielgröße einer Expansion der bereinigten Zentralbankgeldmenge um 6 vH im Verlauf des nächsten Jahres entspricht (Ziffer 328). Dabei wird sich das Zinsgefälle zu den Vereinigten Staaten nochmals etwas verringern. Der Wechselkurs der D-Mark gegenüber dem US-Dollar dürfte sich folglich etwas abwerten; wir setzen ihn mit 1,75 DM für den Durchschnitt des Jahres an. Gegenüber den meisten Währungen im EWS wird sich die D-Mark dagegen leicht aufwerten. Nach der Erweiterung der Bandbreiten sollte es dabei nicht zu neuerlichen Verspannungen kommen. Eine formelle Rückkehr zu engeren Bandbreiten wird es indessen so bald nicht geben; vielmehr

dürfte fürs erste die seit August dieses Jahres praktizierte informelle Wechselkursstabilisierung beibehalten werden.

— Die Finanzpolitik wird sich weiterhin um Haushaltskonsolidierung bemühen. Wegen der hohen Defizite hat sie fast nirgendwo Spielraum, um die Konjunktur anzukurbeln; eine Ausnahme macht Japan, wo die Regierung bereits umfangreiche Stimulierungsprogramme auf den Weg gebracht hat. Das schließt allerdings nicht aus, daß einzelne Länder, etwa Frankreich, wegen innenpolitischer Schwierigkeiten vom eingeschlagenen Konsolidierungspfad abweichen. Eine Konsolidierung mag kurzfristig nachfragedämpfend wirken, doch mit der Aussicht auf eine wieder solidere Finanzpolitik werden mittelfristig die Wachstumskräfte gestärkt. Viel hängt allerdings davon ab, auf welche Weise die Konsolidierung angegangen wird. In den meisten Ländern stehen zwar bislang noch Einnahmenerhöhungen im Vordergrund, indessen scheint sich aber mehr und mehr die Einsicht durchzusetzen, daß eine glaubwürdige Strategie auch Ausgabenkürzungen und Ausgabenumschichtungen verlangt. In den Vereinigten Staaten sieht das mittelfristige Konsolidierungsprogramm von Präsident Clinton einen kräftigen Abbau des strukturellen Defizits vor, teils durch Kürzung der Ausgaben, teils durch Erhöhung der Einnahmen. Wir gehen davon aus, daß der Fehlbetrag im amerikanischen Bundeshaushalt, bezogen auf das Bruttoinlandsprodukt, im nächsten Jahr unter 3 vH gedrückt werden kann. Auch in den meisten westeuropäischen Ländern wird die Quote der Neuverschuldung sinken. In der Bundesrepublik werden die Gebietskörperschaften das strukturelle Defizit um knapp 10 Mrd DM zurückführen. Das gesamte Defizit der Gebietskörperschaften (einschließlich der Nebenhaushalte) erhöht sich allerdings um 20 Mrd DM auf 180 Mrd DM.

Bei diesen Annahmen verbessern sich die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen in der Bundesrepublik und anderswo spürbar. Die Frage ist, ob sie sich ausreichend verbessern werden. Die Wirtschaftspolitik, insbesondere die Finanzpolitik muß viel Boden gutmachen, um einen Umschwung in den Erwartungen — von tiefer Skepsis zu zunächst verhaltener Zuversicht — herbeizuführen.

212. Viel wird auch davon abhängen, ob die Lohnpolitik den eingeschlagenen Weg zu niedrigeren Tariflohnerhöhungen konsequent weiterbeschreitet. Zu den Annahmen der Prognose gehört, daß den Tarifvertragsparteien bewußt ist, was diesmal auf dem Spiele steht — daß es bei den kommenden Tarifverhandlungen um die Sicherung der Arbeitsplätze geht. Was dazu im einzelnen gehört, erläutern wir an anderer Stelle des Gutachtens (Ziffern 357 ff.).

213. Für die konjunkturelle Erholung in der Welt ist es wichtig, daß der Welthandel nicht durch neue Handelsschranken gestört wird. Die Gefahr, daß die sich dahinschleppenden GATT-Verhandlungen trotz des Blair House-Abkommens scheitern, ist noch nicht gebannt. In der Prognose wird unterstellt, daß Widerstände gegen einzelne Teile des Vertragswerkes überwunden werden und die Uruguay-Runde zum Abschluß kommt.

Unter dieser Voraussetzung erwarten wir, daß der Welthandel im nächsten Jahr deutlich expandiert — nach den Schätzungen internationaler Organisationen, an denen wir uns in der Regel orientieren, um 4 vH bis 5 vH. Für die deutsche Wirtschaft ist allerdings der Welthandel mit Industriegütern die Orientierungsgröße. Wegen der nur langsamen konjunkturellen Erholung in den meisten Industrieländern ist diese Rate etwas niedriger anzusetzen; wir veranschlagen sie auf 3½ vH.

214. Schließlich machen wir eine Setzung für den Ölpreis. Die Preise an den internationalen Rohölmärkten standen dieses Jahr fast ständig unter Druck. Daß sie im nächsten Jahr spürbar ansteigen werden, ist nicht sehr wahrscheinlich, denn das Angebot aus laufender Produktion sowie die Bevorratung der Verbraucher sind reichlich. Wir setzen daher den Preis für das Faß Öl — für den Durchschnitt des nächsten Jahres — mit 17 US-Dollar an, nicht höher als für den Durchschnitt dieses Jahres.

II. Das weltwirtschaftliche Umfeld

215. Bislang ist in den meisten westlichen Industrieländern die seit längerem erhoffte wirtschaftliche Erholung — wir erwarteten vor einem Jahr eine Steigerung der gesamtwirtschaftlichen Produktion um 2 vH bei einer deutlichen Beschleunigung des Expansionstempos im Jahresverlauf (JG 92 Ziffer 225) — ausgeblieben. Insbesondere in den kontinentaleuropäischen Ländern war die Entwicklung um einiges schlechter als angenommen. Zwar sieht es so aus, als hätten nun die meisten dieser Länder den Pfad aus der Rezession gefunden, doch deutet vieles auf ein nur verhaltenes Aufstiegstempo hin. Die Auftriebskräfte sind noch schwach, sie werden sich voraussichtlich erst in der zweiten Jahreshälfte voll durchsetzen können.

216. Alles in allem rechnen wir damit, daß die Zuwachsraten des Bruttoinlandsprodukts der OECD-Länder im Durchschnitt etwa 2 vH betragen werden, nach etwa ½ vH in diesem Jahr (Tabelle 54). In der Vorläuferrolle werden weiterhin die Vereinigten Staaten, Kanada und Großbritannien sein; dort werden die Zuwachsraten mit durchschnittlich etwa 3 vH noch etwas höher ausfallen als in diesem Jahr. In Japan und in den westeuropäischen Ländern sind dagegen fürs erste nur bescheidene Zuwächse zu erwarten; in manchen westeuropäischen Ländern werden sie nicht einmal 1 vH betragen. Gleichwohl wird sich das Konjunkturgefälle in der Welt — zwischen den angelsächsischen Ländern auf der einen und den westeuropäischen Ländern sowie Japan auf der anderen Seite — etwas einebnen.

In den mittel- und osteuropäischen Reformländern wird die Entwicklung im nächsten Jahr erneut sehr differenziert verlaufen. Neben Polen dürften — erstmals seit der Wende — auch Ungarn und die Tschechische Republik Produktionszuwächse verzeichnen, während in den übrigen Reformstaaten die Produk-

Tabelle 54

Die voraussichtliche Entwicklung in den Industrieländern

Land	Anteil am		Bruttoinlandsprodukt (real)[2]		Verbraucherpreise[2][3]	
	Bruttoinlandsprodukt[1] der OECD-Länder	Export Deutschlands	1993	1994	1993	1994
	1992		Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH			
	vH					
Deutschland	10,51	X	−1½	+ ½	+4	+3
-Westdeutschland	9,70	X	−2	−0	+3½	+3
Frankreich	7,18	13,0	−1	+ ½	+2	+2
Italien	6,63	9,3	− ½	+1	+4½	+4
Großbritannien	5,63	7,7	+2	+3	+3½	+3½
Spanien	3,11	4,1	−1	+1	+5	+4
Niederlande	1,74	8,3	− ½	+ ½	+2	+2½
Schweden	1,33	2,2	−3	+ ½	+5½	+3
Schweiz	1,30	5,3	−1	+1	+3½	+2
Belgien/Luxemburg	1,24	7,4	−1	+ ½	+2½	+2½
Österreich	1,00	5,9	−1	+1	+3½	+3
Dänemark	0,77	1,9	+0	+2	+1	+2½
Europa[4][5]						
— insgesamt	43,44	70,5	− ½	+1	+4½	+4
— ohne Deutschland	32,92	X	−0	+1½	+5	+4½
Europäische Gemeinschaft[4]	37,95	54,3	− ½	+1	+3½	+3
Vereinigte Staaten	31,85	6,4	+2½	+3	+3	+3
Japan	19,90	2,2	+0	+1½	+1	+ ½
Kanada	3,05	0,6	+2½	+3½	+2½	+2
OECD-Länder[4]						
— insgesamt	100	80,3	+ ½	+2	+3½	+3
— ohne Deutschland	89,49	X	+1	+2	+3	+3

[1] In jeweiligen Preisen und Wechselkursen. Vorläufige Ergebnisse.
[2] Eigene Schätzung aufgrund von Angaben internationaler Organisationen.
[3] Deflator des Privaten Verbrauchs.
[4] Die Veränderungen gegenüber dem Vorjahr sind zusammengewogen mit den Anteilen am nominalen Bruttoinlandsprodukt der OECD-Länder des Jahres 1992.
[5] Europäische OECD-Länder (EG-Länder, EFTA-Länder und Türkei).

tionsrückgänge bei freilich vermindertem Tempo anhalten werden. Vieles hängt vom Fortgang der Reformen und vom Verlauf der Umstrukturierungen ab, manches aber auch von der Bereitschaft der westeuropäischen Länder, ihre Absatzmärkte für osteuropäische Produkte zu öffnen. In den Schwellenländern Ost- und Südostasiens sowie teilweise auch Lateinamerikas wird sich die kraftvolle Aufwärtsbewegung fortsetzen.

217. Bei einer Vorausschau auf die weltwirtschaftliche Entwicklung im Jahre 1994 sind zunächst die von der Wirtschaftspolitik ausgehenden Einflüsse in den Blick zu nehmen. Dies gilt um so mehr, als die konjunkturelle Lage in vielen Ländern noch recht labil ist, im besonderen trifft dies für die westeuropäischen Länder zu. Wir nehmen an, daß es der Geldpolitik und vor allem der Finanzpolitik gelingen wird, wieder mehr Zukunftsvertrauen zu schaffen und von daher den Grundstein für eine tragfähige wirtschaftliche Erholung zu legen.

Ermutigend ist auch, daß die Lohnpolitik in vielen Ländern offenbar bereit ist, der schlechten Arbeitsmarktlage durch maßvolle Abschlüsse Rechnung zu tragen. Der Kostendruck wird also nachlassen. Damit verbessern sich die Erträge der Unternehmen und damit die Chancen für höhere Investitionen.

218. Fragt man danach, was in den Industrieländern im nächsten Jahr die Konjunktur voranbringen wird, dann fällt die Antwort unterschiedlich aus. Die Vereinigten Staaten, Kanada und Großbritannien, die als erste wieder auf einen Wachstumspfad eingeschwenkt sind, können vor allem auf eine anhaltende Expansion der Inlandsnachfrage bauen. Die wirtschaftliche Erholung scheint dort inzwischen so weit gefestigt, daß nun die Investitionen kräftig ausgeweitet werden. Auch in Japan dürfte die Konjunktur von innen heraus angestoßen werden. Die Investitionen der Unternehmen werden zwar nochmals zurückgehen, doch wird das überkompensiert, da die Investitionen des Staates und der Private Verbrauch kräftig zunehmen. Vom Export werden dagegen freilich noch keine Impulse kommen.

In Westeuropa (außer Großbritannien) ist die Lage dagegen anders. Dort ist kein Land für einen kräftigen Aufschwung schon hinreichend vorbereitet, geschweige denn, um die Schrittmacherrolle für andere Länder zu übernehmen. Da die westeuropäischen Länder in einem engen konjunkturellen Verbund stehen, halten wir es für angebracht, auf ihre Perspektiven etwas näher einzugehen.

— Die Investitionen in diesen Ländern werden sich nur langsam erholen. Noch sind nicht alle Hindernisse aus dem Weg geräumt. Zudem sind die Kapazitäten nur schwach ausgelastet, so daß im Aufschwung zunächst keine Engpässe auftreten werden. Gleichwohl dürfte sich nach nahezu dreijähriger Phase rückläufiger Investitionen Nachholbedarf bei Ersatz- und Modernisierungsmaßnahmen aufgestaut haben. Überdies lassen sinkende Zinsen und stabile Lohnstückkosten die Kapitalrenditen steigen, so daß die Investitionsanreize wieder größer werden.

— Der Private Verbrauch wird nur wenig in Schwung kommen. Bei schwach steigenden Nominallöhnen, aber kräftig steigender Steuer- und Abgabenbelastung, sowie bei noch rückläufiger Beschäftigung werden die verfügbaren Realeinkommen im nächsten Jahr wenig expandieren. Ein kräftiger Rückgang der Sparquote, der das kompensieren könnte, ist wegen der trüben Beschäftigungsaussichten schwer vorstellbar.

— Die Aussichten für eine Belebung des Exports sind nicht übermäßig gut. Der so wichtige innereuropäische Handel wird fürs erste wenig Dynamik entwickeln können. Angesichts der allerorts nur schwach expandierenden Inlandsnachfrage überrascht dies nicht. Allenfalls die Länder, deren Währungen in diesem Jahr abgewertet wurden, werden in nennenswertem Umfang zusätzliche ausländische Nachfrage auf sich ziehen können. Hingegen scheinen die Aussichten für eine Steigerung des Exports in Drittländer besser zu sein. Zum einen hat die niedrigere Bewertung aller westeuropäischen Währungen gegenüber dem Dollar und vor allem gegenüber dem Yen die preisliche Wettbewerbsposition der Unternehmen gestärkt, zum anderen macht sich nun die konjunkturelle Dynamik in den angelsächsischen Ländern und — mit Ausnahme Japans — im ost- und südostasiatischen Raum bemerkbar.

Alles das reicht vermutlich für eine rasche und kräftige wirtschaftliche Erholung noch nicht aus. Man sollte dabei die Erfahrungen aus früheren Konjunkturzyklen nicht ganz vergessen, wonach erst ein nachhaltiger Umschwung in den Erwartungen von Investoren und Verbrauchern eine Verstärkung der Auftriebskräfte herbeiführt. Dies geschieht nicht von heute auf morgen, und einiges liegt bei der Wirtschaftspolitik, die den notwendigen Vertrauensvorschuß erst noch erringen muß.

219. Der Preisanstieg wird sich im nächsten Jahr aller Voraussicht nach weiter abflachen. Das hängt vor allem mit der fortschreitenden Stabilisierung des Kostenniveaus zusammen. Hinzu kommt der lebhafte Wettbewerb als Folge der niedrigen Kapazitätsauslastung, der Preiserhöhungsspielräume eng hält. Alles in allem rechnen wir bei den westlichen Industrieländern mit einem Anstieg der Verbraucherpreise von etwa 3 vH, das ist etwas weniger als in diesem Jahr (3½ vH). Ein erheblicher Teil des Anstiegs geht auf die Erhöhung von indirekten Steuern und Gebühren zurück, ist also nicht konjunkturell bedingt.

220. Die Arbeitslosigkeit wird in den meisten Ländern — trotz einsetzender wirtschaftlicher Erholung — weiter steigen. Besonders in den kontinentaleuropäischen Ländern geht die Beschäftigung noch zurück, wenngleich nicht mehr so stark wie in den beiden Vorjahren. Im nächsten Jahr werden in den westeuropäischen Ländern im Durchschnitt 11 vH bis 12 vH aller Erwerbspersonen arbeitslos sein.

III. Die wirtschaftlichen Aussichten in Deutschland

221. Die deutsche Wirtschaft geht mit recht ungewissen Aussichten ins nächste Jahr. Sie ist zwar allem Anschein nach auf der konjunkturellen Talsohle angelangt, aber zum Aufstieg fehlt ihr noch die Kraft. Die Lasten, die ihr in den letzten Jahren aufgebürdet wurden, wiegen schwer.

Vieles deutet darauf hin, daß die konjunkturelle Lage in der nächsten Zeit recht labil bleiben wird — gekennzeichnet durch den Wechsel von kurzfristigem Auf und Ab bei Nachfrage und Produktion um einen flachen Trend. Eine solche Phase kann durchaus einige Zeit andauern, wie sich das Anfang der achtziger Jahre zeigte, als die Konjunktur fast drei Jahre lang stockte. Sie kann aber auch kurz sein, immer vorausgesetzt, daß von der Wirtschafts- und Finanzpolitik sowie von der Lohnpolitik weitere vertrauensschaffende Signale kommen.

In unserer Prognose kommen wir zu dem Ergebnis, daß

— in den alten Bundesländern die Produktion vorerst noch gedrückt bleibt und der Abbau von Arbeitsplätzen fortschreitet (Tabelle 55),

— in den neuen Bundesländern die Produktion weiter zunimmt und der Rückgang der Beschäftigung zum Stillstand kommt (Tabelle 56, Seite 184).

Tabelle 55

Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen
Schätzung für das 2. Halbjahr 1993

Absolute Werte

	Einheit	1992	1993	1994	1993		1994	
					1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.	2. Hj.
Verwendung des Inlandsprodukts								
In jeweiligen Preisen:								
Privater Verbrauch	Mrd DM	1 510,0	1 552,5	1 577,0	752,4	800,0	767,0	810,0
Staatsverbrauch	Mrd DM	500,6	510,0	518,5	235,5	274,5	240,5	278,0
Anlageinvestitionen	Mrd DM	593,6	568,0	578,5	273,1	294,5	277,0	301,0
Ausrüstungen	Mrd DM	257,4	220,0	218,0	106,0	114,0	103,5	114,0
Bauten	Mrd DM	336,2	348,0	360,5	167,1	180,5	173,5	187,0
Vorratsveränderung	Mrd DM	- 4,6	- 6,5	+ 0,0	+ 5,5	- 12,0	+ 11,0	- 10,5
Außenbeitrag	Mrd DM	+194,6	+205,5	+221,0	+102,0	+103,5	+107,5	+113,5
Ausfuhr	Mrd DM	934,8	865,0	892,0	427,4	438,0	436,0	455,5
Einfuhr	Mrd DM	740,2	659,5	671,0	325,3	334,0	328,5	342,0
Bruttoinlandsprodukt	Mrd DM	2 794,2	2 829,5	2 895,0	1 368,5	1 461,0	1 403,0	1 491,5
In Preisen von 1991:								
Privater Verbrauch	Mrd DM	1 452,1	1 440,5	1 421,0	702,0	738,5	694,0	727,0
Staatsverbrauch	Mrd DM	481,3	475,5	472,0	232,4	243,5	231,5	240,0
Anlageinvestitionen	Mrd DM	571,4	532,0	531,0	256,9	275,0	255,5	275,5
Ausrüstungen	Mrd DM	252,6	214,0	210,0	103,2	111,0	100,5	110,0
Bauten	Mrd DM	318,8	318,0	321,0	153,6	164,5	155,0	166,0
Vorratsveränderung	Mrd DM	- 1,8	- 2,5	+ 1,0	+ 9,0	- 11,5	+ 11,5	- 10,5
Außenbeitrag	Mrd DM	+173,0	+174,0	+191,0	+ 86,6	+ 87,5	+ 93,0	+ 98,0
Ausfuhr	Mrd DM	925,4	849,0	868,5	420,5	428,5	426,5	442,0
Einfuhr	Mrd DM	752,4	675,0	677,5	333,9	341,0	333,5	344,0
Bruttoinlandsprodukt	Mrd DM	2 676,0	2 619,5	2 616,5	1 286,8	1 333,0	1 286,0	1 330,5
Realwert des Bruttosozialprodukts [1]	Mrd DM	2 694,7	2 635,5	2 622,5	1 297,3	1 338,0	1 290,0	1 332,0
Preisentwicklung (Deflator)								
Privater Verbrauch	1991 = 100	104,0	108,0	111,0	107,2	108,5	110,5	111,5
Bruttoinlandsprodukt	1991 = 100	104,4	108,0	110,5	106,3	109,5	109,0	112,0
Letzte inländische Verwendung	1991 = 100	103,9	107,5	110,0	105,5	109,0	108,5	112,0
Entstehung des Inlandsprodukts								
Erwerbstätige (Inland)	Tausend	29 487	28 970	28 420	29 031	28 909	28 418	28 423
nachr.: Pendlersaldo mit Ostdeutschland	Tausend	365	360	340	359	360	345	335
Arbeitszeit [2]	Stunden	.	.	.	.	.	.	.
Arbeitsvolumen	Mrd Std.	.	.	.	.	.	.	.
Produktivität	DM je Std.	.	.	.	.	.	.	.
Verteilung des Volkseinkommens								
Bruttoeinkommen								
aus unselbständiger Arbeit	Mrd DM	1 508,4	1 526,0	1 531,0	717,2	809,0	718,0	813,0
aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	Mrd DM	613,9	592,5	619,0	302,3	290,0	318,5	300,5
Volkseinkommen	Mrd DM	2 122,3	2 118,5	2 150,0	1 019,5	1 099,0	1 036,5	1 113,0
Reales Volkseinkommen [1]	Mrd DM	2 043,3	1 974,5	1 950,0	966,1	1 008,5	954,5	995,5
Nettoeinkommen								
aus unselbständiger Arbeit [3]	Mrd DM	816,3	817,0	799,0	385,1	432,0	375,5	423,5
aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	Mrd DM	519,7	501,0	528,0	256,4	244,5	273,0	254,5
Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte [4]	Mrd DM	1 732,3	1 764,5	1 781,5	857,1	907,5	867,0	914,5

[1] Bruttosozialprodukt und Volkseinkommen in jeweiligen Preisen, deflationiert mit dem Deflator der letzten inländischen Verwendung (1991 = 100).
[2] Einschließlich Veränderung der Arbeitstage.

Gesamtrechnungen für das frühere Bundesgebiet
und Vorausschau auf das Jahr 1994

Veränderung gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum in vH

	1992	1993	1994	1993		1994	
				1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.	2. Hj.
Verwendung des Inlandsprodukts							
In jeweiligen Preisen:							
Privater Verbrauch	+ 5,7	+ 3	+ 1½	+ 3,1	+ 2½	+ 2	+ 1
Staatsverbrauch	+ 7,3	+ 2	+ 1½	+ 2,3	+ 1½	+ 2	+ 1½
Anlageinvestitionen	+ 5,1	– 4½	+ 2	– 4,6	– 4	+ 1½	+ 2
Ausrüstungen	– 2,1	–14½	– 1	–15,7	–13½	– 2	+ 0
Bauten	+11,3	+ 3½	+ 3½	+ 4,0	+ 3	+ 4	+ 3½
Vorratsveränderung	.	.	.	.	.	.	.
Außenbeitrag	.	.	.	.	.	.	.
Ausfuhr	+ 4,7	– 7½	+ 3	– 8,0	– 7	+ 2	+ 4
Einfuhr	+ 2,3	–11	+ 1½	–12,0	–10	+ 1	+ 2½
Bruttoinlandsprodukt	+ 6,0	+ 1½	+ 2½	+ 0,9	+ 1½	+ 2½	+ 2
In Preisen von 1991:							
Privater Verbrauch	+ 1,7	– 1	– 1½	– 0,5	– 1	– 1	– 1½
Staatsverbrauch	+ 3,2	– 1	– 1	– 1,3	– 1	– ½	– 1½
Anlageinvestitionen	+ 1,1	– 7	– 0	– 7,5	– 6½	– ½	+ 0
Ausrüstungen	– 3,9	–15½	– 2	–16,5	–14	– 3	– 1
Bauten	+ 5,5	– ½	+ 1	– 0,2	– ½	+ 1	+ 1
Vorratsveränderung	.	.	.	.	.	.	.
Außenbeitrag	.	.	.	.	.	.	.
Ausfuhr	+ 3,7	– 8½	+ 2½	– 8,7	– 8	+ 1½	+ 3
Einfuhr	+ 3,9	–10½	+ ½	–10,7	–10	– 0	+ 1
Bruttoinlandsprodukt	+ 1,6	– 2	– 0	– 2,6	– 1½	– 0	– 0
Realwert des Bruttosozialprodukts[1]	+ 1,5	– 2	– ½	– 2,6	– 2	– ½	– ½
Preisentwicklung (Deflator)							
Privater Verbrauch	+ 4,0	+ 3½	+ 3	+ 3,6	+ 3½	+ 3	+ 3
Bruttoinlandsprodukt	+ 4,4	+ 3½	+ 2½	+ 3,6	+ 3	+ 2½	+ 2½
Letzte inländische Verwendung	+ 3,9	+ 3½	+ 3	+ 3,3	+ 3½	+ 3	+ 2½
Entstehung des Inlandsprodukts							
Erwerbstätige (Inland)	+ 0,9	– 2	– 2	– 1,3	– 2	– 2	– 1½
Arbeitszeit[2]	+ 0,2	– 1	– ½	– 1,1	– ½	– 0	– 1
Arbeitsvolumen	+ 1,0	– 2½	– 2½	– 2,4	– 2½	– 2½	– 2½
Produktivität	+ 0,5	+ ½	+ 2½	– 0,2	+ 1	+ 2	+ 2½
Verteilung des Volkseinkommens							
Bruttoeinkommen							
aus unselbständiger Arbeit	+ 6,0	+ 1	+ ½	+ 2,5	+ 0	+ 0	+ ½
aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	+ 1,2	– 3½	+ 4½	– 7,5	+ 1	+ 5½	+ 3½
Volkseinkommen	+ 4,6	– 0	+ 1½	– 0,7	+ ½	+ 1½	+ 1½
Reales Volkseinkommen[1]	+ 0,7	– 3½	– 1½	– 3,9	– 3	– 1	– 1½
Nettoeinkommen							
aus unselbständiger Arbeit[3]	+ 4,7	+ 0	– 2	+ 2,3	– 2	– 2½	– 2
aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	+ 1,0	– 3½	+ 5½	– 8,0	+ 1½	+ 6½	+ 4
Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte[4]	+ 5,0	+ 2	+ 1	+ 2,2	+ 1½	+ 1	+ 1

[3]) Nettolohn- und -gehaltssumme.
[4]) Ohne nichtentnommene Gewinne der Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit.

Tabelle 56

Zur voraussichtlichen Entwicklung in den neuen Bundesländern [1])

Schätzung für 1993 und Vorausschau auf das Jahr 1994

	1992	1993	1994	1993	1994
	Absolute Werte			**Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH**	
In Preisen von 1991 (Mrd DM)					
Bruttoinlandsprodukt	198,41	211,0	226,5	6½	7½
davon:					
Außenbeitrag [2])	−193,37	−201,5	−207,5	X	X
letzte inländische Verwendung	391,78	412,5	433,5	5½	5
darunter:					
Privater Verbrauch	192,54	195,5	201,0	1½	2½
Anlageinvestitionen	108,09	122,0	136,0	12½	12
Bruttosozialprodukt	209,67	223,0	239,0	6½	7½
Preisentwicklung (Deflator) 1991 = 100					
Bruttoinlandsprodukt	117,6	133,5	142,5	13½	7
darunter:					
letzte inländische Verwendung	110,0	118,5	124,0	7½	4½

[1]) Einschließlich Berlin-Ost.
[2]) Ausfuhr abzüglich Einfuhr.

Die unterschiedlichen Entwicklungen in beiden Teilen Deutschlands spiegeln die grundverschiedenen Ausgangsbedingungen wider: Die westdeutsche Wirtschaft hat sich in einer tiefen Rezession verfangen, aus der sie sich schwer befreien kann. Die ostdeutsche Wirtschaft befindet sich im Neuaufbau, der — dank tatkräftiger Unterstützung aus dem Westen — sichtbar vorankommt. Gleichwohl bestehen wechselseitige Zusammenhänge. Die Rezession im Westen beeinträchtigt auch den Aufbau im Osten, und das wiederum vergrößert die finanziellen Lasten für den Westen.

222. Die unterschiedliche Entwicklung in beiden Teilen Deutschlands gebietet es, sie weiterhin getrennt darzustellen. Das wird allerdings von Jahr zu Jahr schwieriger, denn West und Ost wachsen immer mehr zusammen. Für eine regionale Zuordnung wirtschaftlicher Transaktionen gibt es immer weniger Anhaltspunkte, teilweise ist die Trennung nicht einmal mehr sinnvoll. So müssen bei der Ermittlung der Waren- und Dienstleistungsströme zwischen den alten und neuen Bundesländern erhebliche Schätzfehler einkalkuliert werden. Davon werden alle zentralen Größen unserer Prognoserechnung, der Private Verbrauch, die Investitionen sowie vor allem die Exporte und Importe, berührt.

Zudem hat die amtliche Statistik für die neuen Bundesländer, was Umfang und Qualität anlangt, noch nicht den Stand wie in den alten Bundesländern erreicht. Infolgedessen hat das Statistische Bundesamt bisher keine vollständigen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für den östlichen Teil vorlegen können. Vor allem die Einkommensströme lassen sich noch nicht vollständig abbilden. Damit fehlt ein wichtiger Baustein zu unserer Prognoserechnung.

Bei der Darstellung und Erläuterung unserer Prognose verfahren wir ähnlich wie bisher. Wir nehmen zwar die Entwicklung der gesamten deutschen Wirtschaft in den Blick, arbeiten aber, soweit das nötig und möglich ist, die Unterschiede wie die Gemeinsamkeiten heraus. Ein komplettes Prognosetableau weisen wir wiederum nur für die westdeutsche Wirtschaft aus, für die ostdeutsche Wirtschaft veröffentlichen wir wegen der unsicheren Datenbasis lediglich einige Eckdaten.

223. Hoffnungen auf eine konjunkturelle Erholung werden vielerorts daran geknüpft, daß im nächsten Jahr im Ausland die Konjunktur an Fahrt gewinnt. Solche Erwartungen sind seit mehr als zwei Jahren der Dreh- und Angelpunkt aller Prognosen. Sie haben bisher getrogen. Gewiß, inzwischen haben sich fast überall die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen verbessert — die Vereinigten Staaten, Kanada und Großbritannien haben die größten Hürden, die einem Aufschwung entgegenstanden, schon genommen. Aber andere Länder, vor allem die Nachbarländer in Westeuropa, die Deutschlands Haupthandelspartner sind, tun sich noch schwer. Sie warten ihrerseits auf Unterstützung, insbesondere von Seiten der Bundesrepublik. Nach unserer Einschätzung werden die westeuropäischen Länder im nächsten Jahr aus dem Rezessionstal herauskommen, und das sollte der deut-

schen Exportwirtschaft wieder bessere Absatzchancen bescheren. Aber daß diese Länder zum Zugpferd für die deutsche Konjunktur insgesamt werden, ist nach Lage der Dinge nicht zu erwarten. Die deutsche Wirtschaft muß sich schon selbst helfen, nur dann kann sie auf die Mithilfe von anderer Seite hoffen.

224. Der jähe Absturz in die Rezession ist vor allem durch einen ungemein starken Rückgang der Unternehmensinvestitionen ausgelöst worden. Der Anstieg bei den Lohnkosten, Steuern und Sozialabgaben, die Flaute beim Exportgeschäft, aber auch die Unzufriedenheit mit der Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik, die, statt gradlinig ihre Ziele anzusteuern, einen Schlingerkurs fährt — das alles hat zu großen Enttäuschungen geführt, die möglicherweise längere Zeit nachwirken. Dennoch führt kein Weg daran vorbei: Eine konjunkturelle Erholung muß von den Investitionen ihren Ausgang nehmen. Es ist daher zu fragen, was dort den Umschwung herbeiführen kann?

Bei objektiver Betrachtung wird man nicht nur die früheren und künftigen Belastungen sehen. Es hat in letzter Zeit auch beträchtliche Entlastungen gegeben, und mit weiteren kann gerechnet werden: Die Zinsen sind spürbar gesunken, und der Lohnanstieg ist merklich flacher geworden. Durch das Standortsicherungsgesetz werden den Unternehmen ab Anfang nächsten Jahres erhebliche steuerliche Vergünstigungen eingeräumt. Die Beschlüsse zur Umsetzung des Spar-, Konsolidierungs- und Wachstumsprogramms zeigen, daß die Bundesregierung die Haushaltskonsolidierung angeht. Andere Entlastungen haben sich die Unternehmen selbst verschaffen können, freilich oftmals auf schmerzhafte Weise. Sie rationalisieren die betrieblichen Abläufe wie nie zuvor, schließen unrentable Betriebe und Betriebsteile und entlassen viele Mitarbeiter. Alles zusammen bewirkt das einen Produktivitätssprung, der sich im nächsten Jahr voll zeigen wird, auch wenn die Produktion weiter stagnieren, aber erst recht, wenn sie wieder anziehen sollte. Jedenfalls können nach unserer Prognoserechnung die Unternehmen mit einer spürbaren Verbesserung der Erträge rechnen. Eine Rezession ist, wie es der Sachverständigenrat in einem seiner ersten Gutachten formulierte, auch eine „Reinigungskrise", aus der eine Volkswirtschaft letztlich gestärkt hervorgeht (JG 69 Ziffer 52).

225. Zu fragen ist freilich, was in den Augen der Investoren im Augenblick größeres Gewicht besitzt: die Entlastungen oder die Belastungen. Hielte man sich nur an die Ergebnisse der letzten Konjunkturumfragen, wäre die Antwort eindeutig: Das Investitionsklima ist in den alten Bundesländern so frostig wie selten zuvor, und das wirkt sich auch auf die neuen Bundesländer aus, wo das Investitionspotential nach wie vor unzureichend ausgeschöpft wird. Nach der Konjunkturumfrage des Deutschen Industrie- und Handelstages vom Herbst dieses Jahres wollen die Unternehmen ihre Investitionen im kommenden Jahr abermals kräftig zusammenstreichen. Von den befragten Unternehmen in den alten Bundesländern wollen nur 15 vH mehr, 45 vH gleich viel, aber 40 vH weniger investieren als in diesem Jahr. In den neuen Bundesländern sind die Antworten zwar deutlich positiv (35 vH, 38 vH, 27 vH), aber keineswegs überschwenglich ausgefallen. Bemerkenswert ist, daß das Ergebnis in den alten Bundesländern noch etwas schlechter ist als vor einem Jahr.

Das frostige Investitionsklima in den alten Bundesländern spiegelt sich in den Plänen der Unternehmen aller Branchen wider: Überall sollen die Investitionen weiter zurückgenommen werden; am stärksten bei der Bauwirtschaft, beim Verarbeitenden Gewerbe, beim Handel und beim Verkehrsgewerbe, am wenigsten in den sonstigen Dienstleistungsbereichen. Kräftige Kürzungen bei Bauwirtschaft, Handel und Verkehrsgewerbe mögen weniger überraschen, denn dort wird normalerweise immer prozyklisch, das heißt entsprechend der aktuellen Nachfrageentwicklung, investiert. Sie überraschen aber beim Verarbeitenden Gewerbe, bei dem zudem keine ausgeprägte branchenmäßige Differenzierung erkennbar ist. Eine Ausnahme macht das Nahrungs- und Genußmittelgewerbe, das die Investitionen zwar ebenfalls zurücknehmen will, aber nicht so stark wie in anderen Bereichen der Industrie.

In den neuen Bundesländern ist das Bild ein anderes. Dort ist im Verarbeitenden Gewerbe und Dienstleistungsgewerbe eine nochmalige deutliche Aufstokkung der Investitionsbudgets vorgesehen. Offenbar werden auch Investitionsprojekte, die in diesem Jahr aufgeschoben wurden, nachgeholt. Der Handel will dagegen die — bisher sehr hohen — Investitionen nicht mehr steigern, und die Bauwirtschaft will sie sogar leicht einschränken. Damit zeichnet sich in beiden Bereichen, nach der stürmischen Entwicklung in den Vorjahren, erstmals eine Verlangsamung im Kapazitätswachstum ab.

Bemerkenswert ist, daß die westdeutschen Unternehmen in Ostdeutschland im kommenden Jahr gleich hohe Beträge investieren wollen wie in diesem Jahr. Die Investitionsschwäche im Westen macht sich hier nur insoweit bemerkbar, als darauf verzichtet wird, die Budgets kräftig aufzustocken, wozu noch Raum vorhanden wäre.

226. Man soll das Ergebnis solcher Umfragen nicht kleinschreiben. Sie zeichnen alles in allem wohl ein zutreffendes Stimmungsbild. Freilich scheint uns derzeit die Stimmung tiefer abgesackt zu sein als die Konjunktur. Ein nochmaliger, sich möglicherweise verstärkender Rückgang bei den Investitionen ist unwahrscheinlich. Es würde nicht zu dem passen, was die Statistik seit dem Frühjahr dieses Jahres zeigt, nämlich eine auffällige Stabilisierung des Auftragseingangs aus dem Inland bei den Investitionsgüterproduzenten. Über die Investitionen des Jahres 1994 ist nicht schon im Herbst 1993 definitiv entschieden worden. Auch die Investitionsbudgets für dieses Jahr sind weitgehend erst um oder nach der Jahreswende zusammengestrichen worden. Um die Budgets für nächstes Jahr wieder aufzustocken, bliebe also genügend Zeit.

227. Die geplanten Investitionskürzungen werden meistens mit zwei Argumenten begründet — mit schlechten Rahmenbedingungen und hohen Kapazitätsreserven. Daß die Rahmendaten weiter verbessert werden müssen, ist unstrittig. Der Staat und die Tarifpartner können da noch viel tun. Wir meinen

aber, daß die bisherigen Verbesserungen von den Investoren nicht immer richtig gewichtet werden, ja daß manches augenblicklich auf der Sollseite verbucht wird, was eigentlich auf die Habenseite gehört. Auch das zweite Argument muß etwas zurechtgerückt werden. Es ist einzuräumen, daß in den letzten Jahren die Kapazitäten kräftig aufgestockt wurden, wie übrigens in jedem früheren Investitionsboom auch. Dennoch: Unternehmen, die ihre Kapazitäten erweitern, tun dies immer auch im Vorgriff auf künftige Nachfrage. Anderenfalls fände eine Wirtschaft nie aus der Rezession heraus.

Im übrigen dürfte schon die schiere Menge der Neuerungs- und Rationalisierungsmaßnahmen die Investitionskonjunktur vor einem weiteren Abgleiten bewahren. Solche Investitionen haben gerade in der Rezession einen hohen Stellenwert. Sie können auch nicht lange hinausgeschoben werden. Sie stärken die Wettbewerbskraft und tragen dazu bei, daß sich die Auftragsbücher wieder füllen können. Wenn es richtig ist, daß die Rezession auch eine Strukturkrise ist, besitzt dieses Argument besonderes Gewicht.

228. Wohlgemerkt, auch wir erwarten nicht, daß sich die in den letzten beiden Jahren abwärts gerichtete Entwicklung bei den Unternehmensinvestitionen im nächsten Jahr wieder nach oben kehrt. Aber wir meinen, daß sie sich fangen wird oder inzwischen schon gefangen hat. Aus heutiger Sicht halten wir lediglich einen leichten, keinesfalls aber einen kräftigen Rückgang für wahrscheinlich.

Unsere Vorstellungen lassen sich am besten an unserer Schätzung für die Ausrüstungsinvestitionen verdeutlichen — fast drei Viertel der Investitionen der gewerblichen Unternehmen sind Ausrüstungsgüter. Wir rechnen damit, daß die Ausrüstungsinvestitionen in den alten Bundesländern etwas schrumpfen werden, wenn auch deutlich langsamer als bisher; in der Prognoserechnung steht dafür eine Rate von -½ vH für den Verlauf und -2 vH für den Durchschnitt des Jahres. Die Zuwachsrate in den neuen Bundesländern veranschlagen wir auf 6½ vH; das ist etwas mehr als in diesem Jahr (4½ vH). Für die Hersteller von Ausrüstungsgütern, das sind vor allem der Maschinenbau, der Fahrzeugbau und die Elektrotechnik, wird somit 1994 abermals ein schwieriges Jahr.

229. Der Rückgang bei den gewerblichen Investitionen wird aber auch der Bauwirtschaft zu schaffen machen, jedenfalls den Bauunternehmen, die in den alten Bundesländern ihren Schwerpunkt haben. Die Auftragsdecke ist in diesem Jahr schon recht kurz geworden, und sie wird im kommenden Jahr noch kürzer werden, zumal Ersatz- und Modernisierungsinvestitionen im Vordergrund stehen, die weniger bauwirksam sind als Erweiterungsinvestitionen. Zudem ist damit zu rechnen, daß die Gebietskörperschaften die Investitionen weiter einschränken werden. Es ist eine alte Erfahrung, daß sie bei leeren Kassen vor allem dort den Rotstift ansetzen. Sie dürften ihre Ansätze für Investitionen selbst dann nicht oder allenfalls wenig erhöhen, wenn sich ihre finanzielle Situation später besser darstellen würde als aus heutiger Sicht; wenn etwa die Steuereinnahmen etwas stärker und die Personalausgaben schwächer zunähmen. Denn die Löcher in den Haushalten, die es zu stopfen gilt, sind groß.

Der einzige Lichtblick für das Baugewerbe ist derzeit in den alten Bundesländern der Wohnungsbau. Die Rahmenbedingungen für die Wohnungswirtschaft sind so gut wie seit längerem nicht mehr. Dazu zählen vor allem sinkende Hypothekenzinsen, eine massive staatliche Förderung und nicht zuletzt steigende Mieten, was zusammengenommen die Rentabilität von Investitionen in Wohneigentum beträchtlich verbessert. Alle Indikatoren — das Volumen der Hypothekenzusagen, die Anzahl der erteilten Baugenehmigungen und nicht zuletzt die Höhe der Auftragseingänge und Auftragsbestände für Wohnbauten — lassen eine weitere kräftige Ausweitung der Bautätigkeit erwarten. Allerdings sind in letzter Zeit auch die Kosten für den Kauf von Grundstücken und für die Erstellung von Bauten der Entwicklung bei den Einkommen und Einkommenserwartungen weit davongeeilt. Die meisten Bauwilligen sind zwar bereit, für den Erwerb von Wohnungseigentum hohe Belastungen auf sich zu nehmen, aber es gibt dafür auch Grenzen. Dämpfend auf die Baubereitschaft wirkt sich dabei vor allem die Unsicherheit über die weitere wirtschaftliche Entwicklung aus. Nicht alle Pläne werden sich deshalb verwirklichen lassen. In Ostdeutschland wird sich der Wohnungsbau, nachdem die Wohnungswirtschaft neue Rahmendaten erhalten hat — erwähnt sei nur die zweite Mietpreisreform und die Regelung des Altschulden-Problems — weiter erholen. Das gilt nicht nur für den Neubau, sondern vor allem auch für die Sanierung und Modernisierung von Wohnungen. Die Wohnungsbaugenossenschaften verfügen jetzt über die Mittel, den riesigen Investitionsstau aufzulösen, und wir erwarten, daß sie damit zügig beginnen werden.

230. Alles in allem dürften die gesamten Bauinvestitionen in den alten Bundesländern nicht wesentlich höher ausfallen als in diesem Jahr, in dem ein leichter Rückgang zu verzeichnen war. Dabei wird sich die Auslastung der Kapazitäten recht unterschiedlich entwickeln. Sie wird deutlich abnehmen im Tiefbau und leicht zunehmen im Hochbau. Unternehmen, die auf das Tiefbaugeschäft konzentriert sind, werden sich also anderswo nach Aufträgen umsehen müssen, insbesondere in den neuen Bundesländern. Dort dürfte freilich der Konkurrenzkampf härter werden, denn das Auftragsvolumen, das im nächsten Jahr voraussichtlich zu vergeben ist, wird nach der stürmischen Entwicklung in den vorangegangenen Jahren weniger zunehmen. Dadurch dürfte die Zuwachsrate bei den Bauinvestitionen von 19 vH in diesem Jahr auf 15 vH zurückgehen.

231. Unsere Einschätzung, daß die Investitionen aller Voraussicht nach im kommenden Jahr nicht höher, sondern eher noch etwas niedriger als in diesem Jahr sein werden, sollte in der augenblicklichen Situation nicht Anlaß zu übertriebenem Pessimismus sein. Für eine bessere Entwicklung sind die Weichen nicht verstellt, aber es gibt Bedingungen dafür, die sich erst noch erfüllen müssen. Zwei davon sollen noch einmal mit aller Deutlichkeit ins Bewußtsein gerückt werden; die Annahme einer auf Konsolidierung gerichteten Finanzpolitik und die einer

beschäftigungssichernden Lohnpolitik. Das eine wie das andere ist die Voraussetzung dafür, daß bei den Investoren verlorengegangenes Vertrauen zurückkehrt.

232. Die Finanzpolitik, die Anfang dieses Jahres die Investoren und Verbraucher verunsicherte (Ziffer 53), muß jetzt versuchen, das wieder zu korrigieren. Sie muß dazu die beschlossenen Sparmaßnahmen verläßlich umsetzen und durch weitere Schritte glaubwürdig ergänzen, also auf eine mittelfristige Konsolidierungsstrategie einschwenken. Die Voraussetzungen dafür sind allerdings alles andere als gut. Einerseits hat das strukturelle Defizit im öffentlichen Gesamthaushalt im Jahre 1993 mit 82 Mrd DM ein bedenklich hohes Niveau erreicht. Daran gemessen können die in den beiden Sparprogrammen auf den Weg gebrachten Konsolidierungsmaßnahmen kaum als ausreichend bewertet werden. Die Verringerung des strukturellen Defizits wird im Jahre 1994 nur knapp 10 Mrd DM betragen (Ziffer 288), vermutlich viel zu wenig, um in der Breite neues Vertrauen in die Finanzpolitik zu begründen. Andererseits wird aufgrund des von uns erwarteten nochmaligen deutlichen Rückgangs in der Auslastung der gesamtwirtschaftlichen Produktionskapazitäten im kommenden Jahr das konjunkturelle Defizit um fast 30 Mrd DM höher ausfallen als im Jahre 1993. Der Konsolidierungserfolg wird davon überdeckt. Die Finanzpolitik muß deshalb größte Disziplin beim Ausgabenverhalten an den Tag legen, wenn sie Vertrauen zurückgewinnen will.

233. Der Fehlbetrag in den Haushalten der Gebietskörperschaften und der Nebenhaushalte (Fonds „Deutsche Einheit", Kreditabwicklungsfonds, Lastenausgleichsfonds, ERP-Sondervermögen sowie erstmals Bundeseisenbahn-Vermögen) wird mit 180 Mrd DM im Jahre 1994 noch einmal deutlich ansteigen (Tabelle 57). Ursächlich ist dafür ganz überwiegend die Entwicklung der Steuereinnahmen, die trotz der Erhöhung der Mineralölsteuer nur um knapp 3 vH zunehmen werden. Die konjunkturbedingten Steuerausfälle werden etwa 42 Mrd DM erreichen. Erfahrungsgemäß wirkt sich dabei nicht nur die gesamtwirtschaftliche Entwicklung des laufenden Jahres aus, sondern auch die Rezession in diesem Jahr, und zwar über verzögerte, dann jedoch über geraume Zeit beibehaltene Anpassungen bei den Vorauszahlungen vor allem bei der Einkommensteuer, aber auch bei der Körperschaftsteuer sowie der Gewerbesteuer.

Tabelle 57

Einnahmen und Ausgaben der öffentlichen Haushalte in den Jahren 1993 und 1994[1])

	1993	1994
	Mrd DM	
Ausgaben[2])	1 071	1 123
darunter:		
Zinsausgaben[3])	107	124
Einnahmen[2])	911	943
darunter:		
Steuern	743	765
Finanzierungssaldo	−160	−180

[1]) In der Abgrenzung der Finanzstatistik; Bund, Lastenausgleichsfonds, ERP-Sondervermögen, EG-Anteile, Kreditabwicklungsfonds, Fonds „Deutsche Einheit", Länder und Gemeinden, Bundeseisenbahn-Vermögen, ohne kaufmännisch buchende Krankenhäuser.
[2]) Ausgaben und Einnahmen um Übertragungen zwischen den Haushalten konsolidiert.
[3]) Ohne Zinserstattungen der Gebietskörperschaften.

234. Die konsolidierten Ausgaben im Gesamthaushalt werden mit knapp 5 vH schwächer steigen, als es in diesem Jahr der Fall war. Bereits im Laufe des Haushaltsjahres 1993 war bei den westdeutschen Bundesländern das Bemühen unverkennbar, die für 1994 absehbaren Einnahmenausfälle durch entsprechende Anpassungen auf der Ausgabenseite der Haushaltspläne aufzufangen; ähnliches konnte bei den westdeutschen Gemeinden beobachtet werden. Angesichts der Haushaltsentwicklung im ablaufenden Jahr halten wir durchschnittlich sogar Zuwachsraten, die unter den vom Finanzplanungsrat genannten 3 vH liegen, für erreichbar. Dafür sprechen auch die Erfahrungen vom Beginn der achtziger Jahre, als, ebenfalls ausgelöst durch spürbare rezessionsbedingte Einnahmenausfälle, Länder und Gemeinden ihre Ausgabensteigerungen drastisch zurückgeführt hatten. Wie damals werden die Sachinvestitionen, die sächlichen Verwaltungsausgaben und die Zuschüsse an andere Gebietskörperschaften und Private reduziert werden. Freilich: Das Defizit wird bedingt durch die Einnahmenentwicklung bei Ländern und Gemeinden im Jahre 1994 noch einmal deutlich zunehmen, wiederum werden die Konsolidierungserfolge kaum sichtbar sein.

Auch für die ostdeutschen Länder und Gemeinden steht zu erwarten, daß der eingeschlagene Pfad zu mehr Ausgabendisziplin im kommenden Jahr weiter verfolgt wird. Dies dürfte wesentlich dadurch erzwungen werden, daß die vom Bund, den westdeutschen Ländern sowie vom Fonds „Deutsche Einheit" zu erwartenden Zahlungen nicht mehr nennenswert erhöht werden. Die öffentlichen Leistungen für Ostdeutschland werden 1994 wiederum netto rund 150 Mrd DM betragen.

Für den Bund unterstellen wir, daß es ihm ebenfalls gelingen wird, die vorgegebenen Haushaltsansätze überwiegend einzuhalten. Lediglich beim Zuschuß an die Bundesanstalt für Arbeit halten wir den im Haushaltsentwurf eingestellten Betrag von 11 Mrd DM angesichts der zu erwartenden weiteren Verschlechterung der Situation auf dem Arbeitsmarkt für unrealistisch. Trotz der beschlossenen Sparmaßnahmen dürfte ein Zuschuß in Höhe von 16 Mrd DM unvermeidbar sein. Insgesamt wird der Ausgabenanstieg beim Bund infolge der Sparbeschlüsse und angesichts des hohen Ausgabenniveaus in diesem Jahr deutlich geringer ausfallen als 1993. Die Einnahmen werden beim Bund wegen der Anhebung der Mineralölsteuer zum Jahresbeginn kräftiger steigen als bei den übrigen Gebietskörperschaften. Der Fehlbetrag im Bundeshaushalt wird gleichwohl noch einmal zunehmen, und zwar um 8 Mrd DM auf reichlich 80 Mrd DM.

235. Berücksichtigt man in einer weiteren Abgrenzung des öffentlichen Bereichs auch die Defizite der Treuhandanstalt, der Deutschen Bundespost sowie

der Sozialversicherung (im wesentlichen Rentenversicherung und Krankenversicherung), dann ergibt sich ein Gesamtdefizit von über 227 Mrd DM, das um rund 7 Mrd DM über dem Wert dieses Jahres liegt. Die Kreditaufnahme der Treuhandanstalt wird noch einmal — von 38 Mrd DM auf 44 Mrd DM — steigen, doch wird sich die finanzielle Lage bei der Sozialversicherung entspannen. Zum einen werden der Fehlbetrag in der Rentenversicherung durch die Anhebung des Beitragssatzes von 17,5 vH auf 19,2 vH und die daran gebundene Erhöhung des Bundeszuschusses weitgehend abgebaut. Zum anderen ist zu erwarten, daß das Gesundheitsstrukturgesetz auch im kommenden Jahr noch Wirkungen zeitigt und deshalb bei der Gesetzlichen Krankenversicherung ein ähnlich hoher Überschuß eintreten wird wie in diesem Jahr. Die Neuverschuldung der Post wird etwas niedriger ausfallen als im Jahre 1993; ein Defizit der Deutschen Bahnen ist durch das Bundeseisenbahn-Vermögen bereits im öffentlichen Gesamthaushalt mit 7,5 Mrd DM berücksichtigt.

236. Die Lohnpolitik muß eine Korrektur des überhöhten Kostenniveaus zustande bringen, wenn die Investitionsbereitschaft gestärkt werden soll. Nachdem bei der diesjährigen Lohnrunde ein erster Schritt dazu gemacht wurde, ist nun ein weiterer, größerer Schritt gefordert. Wir sind nicht sicher, ob er gelingen wird.

Die Gewerkschaften haben bisher nur erkennen lassen, daß sie sich im wesentlichen mit der Sicherung der Reallöhne zufrieden geben wollen, wobei sie sich an der Preissteigerungsrate dieses und nicht der des kommenden Jahres orientieren; daraus lassen sich Forderungen von 4 vH und mehr ableiten. Von beschäftigungssichernden Tarifabschlüssen ist bisher nicht die Rede. Zur Sicherung der Beschäftigung sind Tarifabschlüsse erforderlich, die im Durchschnitt unter dem mittelfristigen Produktivitätsanstieg liegen. Wir haben unsere Vorstellungen dazu an anderer Stelle dargelegt (Ziffer 359). Die in die Diskussion gebrachten Modelle zur Arbeitszeitverkürzung — im Mittelpunkt steht die Einführung der Vier-Tage-Woche — sind für die Gewerkschaften offensichtlich nur akzeptabel, wenn Einkommenseinbußen zumindest teilweise ausgeglichen werden, was die Unternehmen und, wenn es nach den Vorstellungen der Gewerkschaften ginge, die Bundesanstalt für Arbeit belasten würde.

237. Wir können nur schwer einschätzen, was die anstehenden Verhandlungen bringen werden. Gleichwohl müssen wir eine Setzung treffen, anderenfalls ließe sich die Prognose nicht durchrechnen und dem notwendigen Konsistenztest unterziehen. Die Schwierigkeit bei der Lohnsetzung besteht darin, daß von den Tarifvertragsparteien Tariflöhne vereinbart werden. Welche Effektivlöhne sich daraus ergeben, bestimmt letztlich der Markt. In vielen Unternehmen stehen gegenwärtig übertarifliche Zahlungen wie Lohnzuschläge, Weihnachts- und Urlaubsgeld, Fahrtkostenersatz und Essenzuschüsse zur Disposition. Zum Teil werden die Kürzungen noch in diesem Jahr wirksam (wie bei der Herabsetzung des Weihnachtsgeldes), zum Teil aber erst im Laufe des nächsten Jahres. Häufig ist auch eine Verrechnung der nächsten Tariflohnerhöhung mit übertariflichen Zahlungen im Gespräch. Es ist deshalb ratsam, bei der Lohnsetzung nicht nur die Tariflöhne in den Blick zu nehmen, sondern vor allem die Effektivlöhne.

238. Bei der Durchrechnung der Prognose haben wir folgende Annahmen zugrundegelegt:

— In den alten Bundesländern werden die Effektivverdienste, je Stunde gerechnet, im Durchschnitt aller Bereiche um 2 vH steigen. Dabei ist berücksichtigt, daß in einigen Bereichen frühere Tarifabschlüsse nachwirken, die erst im kommenden Jahr in die Kostenrechnung eingehen. Die Belastung der Unternehmen kann dabei im einzelnen sehr unterschiedlich ausfallen, je nachdem, welche Verrechnungsmöglichkeiten mit übertariflichen Zahlungen ihnen offenstehen. Durch den Abbau übertariflicher Leistungen dürfte sich die Lohnstruktur merklich verändern.

— In den neuen Bundesländern werden die Bruttolöhne und -gehälter je vollbeschäftigten Arbeitnehmer um etwa 10 vH steigen. Das Tempo der Lohnangleichung bleibt also weiterhin hoch, ist aber nicht mehr so hoch wie in den letzten Jahren. Die Verlangsamung des Tariflohnanstiegs im Westen wirkt sich auch im Osten aus; zudem ermäßigen sich bei dem inzwischen erreichten Niveau nun die Steigerungsraten. Bei dieser Setzung haben wir unterstellt, daß angesichts der verheerenden Lage auf dem Arbeitsmarkt vereinbarte Stufenpläne zur Lohnangleichung gestreckt werden. Das betrifft auch den öffentlichen Dienst, der in Ostdeutschland die Lohnführerschaft innehat.

Bei diesen Annahmen dürften die Lohnstückkosten in den alten wie in den neuen Bundesländern zwar nicht oder nicht mehr nennenswert steigen, zu einer Korrektur des sprunghaften Anstiegs in den Vorjahren kommt es aber nicht einmal ansatzweise. Über eine Anhebung der Preise können sich die Unternehmen nicht entlasten; das gibt der Markt nicht her. Die Unternehmen werden also weiterhin darauf bedacht sein müssen, die Produktivität zu steigern, auf mittlere Sicht läßt sich das über Investitionen erreichen, kurzfristig geht das vielerorts aber nur durch den weiteren Abbau von Personal.

239. Wie schwierig die Situation für viele Unternehmen ist, wird derzeit allenthalben vorgeführt. Es wird wie selten zuvor durchrationalisiert, und es werden vor allem „schlankere" Personalstrukturen geschaffen. In den alten Bundesländern sind binnen Jahresfrist mehr als eine halbe Million Arbeitsplätze verlorengegangen, und für das nächste Jahr muß man sich auf einen ähnlich starken Beschäftigungsrückgang gefaßt machen. Ein Teil der eingeleiteten Rationalisierungsmaßnahmen, sie reichen bis zur Schließung ganzer Betriebe, wird erst dann wirksam. Die meisten Arbeitsplätze werden erneut in der Industrie verlorengehen, also in Wirtschaftsbereichen, die mehr als andere Bereiche im internationalen Wettbewerb stehen. Doch auch im Handel sowie im Verkehrsgewerbe wird es zu Entlassungen und in den übrigen Dienstleistungsbranchen zu keinen nennenswerten Einstellungen mehr kommen.

In den neuen Bundesländern muß in einzelnen Bereichen ebenfalls noch mit einem Personalabbau gerechnet werden, so vor allem im Braunkohlenbergbau, in Teilen der Industrie sowie im öffentlichen Dienst. Dafür wird es in anderen Bereichen, insbesondere in der Bauwirtschaft, im Handwerk, im Handel sowie in den übrigen Dienstleistungsbranchen Personalaufstockungen geben. Insgesamt balancieren sich im nächsten Jahr die gegenläufigen Entwicklungen erstmals aus, so daß sich die Lage auf dem ostdeutschen Arbeitsmarkt nicht weiter verschärfen, aber auch noch nicht entspannen wird.

240. Unsere Schätzungen über die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt sind freilich sehr unsicher, denn vielerorts sind Gespräche im Gange, ob und wie die Arbeit anders verteilt werden soll und kann, um Entlassungen zu vermeiden. Es läßt sich derzeit schwer einschätzen, welche Ergebnisse sie zeitigen werden. Zu vermuten ist, daß sich Arbeitszeitverkürzungen nicht kostenneutral gestalten lassen. Selbst wenn auf den vollen Lohnausgleich verzichtet würde, so fielen doch höhere Fixkosten an. Möglicherweise gingen dann mehr statt weniger Arbeitsplätze verloren.

Wie dem auch sei, die Anzahl der Arbeitslosen wird im nächsten Jahr mit großer Wahrscheinlichkeit nochmals kräftig steigen, und nicht einmal bei einer früh einsetzenden konjunkturellen Erholung ließe sich das vermeiden. Allerdings tun wir uns schwer, den Anstieg zu beziffern. Der Rückgang bei der Anzahl der Beschäftigten, den wir in die Prognose eingestellt haben, führt normalerweise nicht zu einem gleich hohen Zuwachs bei der Anzahl der Arbeitslosen. Nicht alle, die den Arbeitsplatz verlieren, tauchen in der Statistik als Arbeitslose auf. Sie können beispielsweise durch arbeitsmarktpolitische Maßnahmen, insbesondere Weiterbildungsmaßnahmen, aufgefangen oder vorzeitig in den Ruhestand geschickt werden. Sie können sich zwischenzeitlich auch aus dem Erwerbsleben zurückziehen. Dafür lassen sich Personen als arbeitslos registrieren, die vordem nicht erwerbstätig waren wie Schul- und Hochschulabgänger oder Personen, die aus familiären Gründen die Erwerbstätigkeit unterbrochen haben. Es ist nicht ganz einfach, aus alledem den Saldo zu bestimmen.

Unsere Annahme ist, daß die Anzahl der Arbeitslosen — in ganz Deutschland — im Verlauf des nächsten Jahres (Ende 1994 gegenüber Ende 1993 gerechnet) um etwa 450 000 Personen und im Durchschnitt des Jahres um 600 000 Personen steigen wird (Tabelle 58). Ende 1994 wird es danach etwas mehr als 4 Millionen Arbeitslose geben — 2,8 Millionen in den alten und

Tabelle 58

Die voraussichtliche Entwicklung am deutschen Arbeitsmarkt[1])

In Tausend

	Deutschland			Früheres Bundesgebiet[2])			Neue Bundesländer[3])		
	1992	1993	1994	1992	1993	1994	1992	1993	1994
Erwerbspersonen (Inländer)	38 828	38 547	38 430	30 949	30 882	30 790	7 879	7 665	7 640
davon:									
Registrierte Arbeitslose[4])	2 978	3 436	4 020	1 808	2 276	2 750	1 170	1 160	1 270
Pendlersaldo[5])	–19	4	40	346	364	380	–365	–360	–340
Erwerbstätige (im Inland)	35 831	35 115	34 450	29 487	28 970	28 420	6 344	6 145	6 030
Selbständige	3 466	3 505	3 510	3 055	3 060	3 040	411	445	470
Beschäftigte Arbeitnehmer	32 365	31 610	30 940	26 432	25 910	25 380	5 933	5 700	5 560
Arbeitslosenquoten in vH									
bezogen auf									
— alle Erwerbspersonen[6])	*7,7*	*9*	*10½*	*5,8*	*7½*	*9*	*14,8*	*15*	*16½*
— die abhängigen Erwerbspersonen[7])	*8,4*	*10*	*11½*	*6,5*	*8*	*10*	*15,7*	*16*	*17½*
Kurzarbeiter	653	1 039	910	283	838	700	370	201	210
Beschäftigte in Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen	466	307	370	78	50	60	388	257	310
Teilnehmer an Vollzeitmaßnahmen zur beruflichen Weiterbildung[8])	798	699	670	372	351	360	426	348	310
Personen im vorzeitigen Ruhestand[9])	850	874	625	39	20	5	811	854	620

[1]) Jahresdurchschnitte; in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen; 1993 eigene Schätzung; 1994 Prognose.
[2]) Einschließlich Berlin-West.
[3]) Einschließlich Berlin-Ost.
[4]) Quelle: Für 1992 BA.
[5]) Negatives Vorzeichen bedeutet, daß mehr beschäftigte Arbeitnehmer auspendeln als einpendeln. Für das frühere Bundesgebiet: Pendlersaldo mit den neuen Bundesländern und mit dem Ausland. Für die neuen Bundesländer: Pendlersaldo mit dem früheren Bundesgebiet und dem Ausland.
[6]) Arbeitslose in vH aller Erwerbspersonen (Inländer).
[7]) Arbeitslose in vH der abhängigen Erwerbspersonen (Inländer).
[8]) Teilnehmer in Vollzeitmaßnahmen: Berufliche Fortbildung, Umschulung und Einarbeitung. Eigene Schätzung.
[9]) Bezieher von Vorruhestandsgeld (Antragsfrist vom 8. Februar 1990 bis 2. Oktober 1990) und von Altersübergangsgeld gemäß Art. 30 Abs. 2 Einigungsvertrag.

1,3 Millionen in den neuen Bundesländern. Aus den unterschiedlichen Zahlen für den Jahresdurchschnitt und Jahresverlauf läßt sich ersehen, daß wir mit einer allmählichen Verlangsamung beim Anstieg rechnen. Die Entlassungswelle ist bereits in diesem Jahr steil aufgelaufen; sie wird vermutlich bis zum Frühsommer ihren Kamm erreichen und dann spürbar abebben. Das kann allerdings nur ein schwacher Trost sein.

241. Der starke Rückgang bei der Beschäftigung dämpft im kommenden Jahr den Anstieg der Einkommen in der Summe. Die Zahlungen der Bundesanstalt für Arbeit gleichen das nur unvollständig aus, zumal die Leistungen auf Grund der Sparbeschlüsse der Bundesregierung gekürzt werden. In den alten Bundesländern erhöht sich nach unseren Annahmen die Bruttolohn- und -gehaltssumme im kommenden Jahr nicht mehr, und die Nettolohn- und -gehaltssumme nimmt wegen der steigenden Abgabenbelastung sogar deutlich ab. Zum Jahresanfang werden die Beitragssätze in der Rentenversicherung und die Beitragsbemessungsgrenzen in der Sozialversicherung angehoben, und die erste Stufe der Pflegeversicherung tritt in Kraft. Zudem wird nach Jahren hoher Nominallohnsteigerungen die Progressionswirkung des Einkommensteuertarifs verstärkt fühlbar. Alles dies zeigt, daß hohe Lohnsteigerungen nicht zu mehr Kaufkraft führen, wenn sie nicht durch Produktivitätssteigerungen gedeckt werden. Was anfangs für den einzelnen gewonnen wird, geht später im Ganzen wieder verloren.

Da zudem die Renten im nächsten Jahr nur vergleichsweise wenig steigen und andere Transferleistungen sogar gekürzt werden, dürften die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte im nächsten Jahr, wenn überhaupt, nur recht schwach expandieren. Es bleibt abzuwarten, wie die privaten Haushalte darauf reagieren werden — wenn ihnen zwar höhere Preise abverlangt, aber keine höheren Einkommen zufließen werden. Wir nehmen an, daß sie, wie bereits in diesem Jahr, einen Teil ihrer Verbrauchsausgaben zu Lasten des Sparens finanzieren werden. Aber sicher ist das nicht, weil in Zeiten hoher und steigender Arbeitslosigkeit die Neigung zum Vorsorgesparen zunimmt und die zur Verschuldung abnimmt. Der Einzelhandel und andere konsumabhängige Wirtschaftszweige werden sich erneut auf schwache Umsätze gefaßt machen müssen. Nach unserer Prognose wird der Private Verbrauch, in jeweiligen Preisen, in den alten Bundesländern nur um etwa 1½ vH expandieren, preisbereinigt wird er ebenso stark schrumpfen. Zu Beginn des nächsten Jahres kann es sogar zu einem kräftigen Rückgang kommen, weil dann schlagartig die fiskalischen Entzugswirkungen spürbar werden, während sich die Anhebung der Nominallöhne ziemlich über das ganze Jahr erstreckt. Viele Haushalte werden dann ein beträchtliches Loch in der Haushaltskasse spüren.

242. In den neuen Bundesländern werden dagegen — nicht zuletzt wegen hoher Transferzahlungen aus dem Westen — die verfügbaren Einkommen weiterhin deutlich steigen, nach einer überschlägigen Schätzung um 6 vH bis 7 vH. Die Steigerungsrate ist damit zwar geringer als in diesem Jahr (9 vH), aber der Kaufkraftgewinn wird höher ausfallen, denn der Anstieg der Verbraucherpreise, der vor allem durch den Mietensprung zum Jahresbeginn verursacht wurde, wird im nächsten Jahr deutlich schwächer sein. Da die dritte und letzte Stufe der Mietpreisreform erst für 1995 geplant ist — 1994 werden nur die sogenannten Beschaffenheitszuschläge angehoben — ist zu erwarten, daß die Preisentwicklung nicht sehr viel anders verläuft als in den alten Bundesländern.

243. In diesem Jahr war die Preisentwicklung auf der Verbraucherstufe durch mancherlei Sondereinflüsse überlagert, insbesondere durch die Anhebung der Mehrwertsteuer. Der konjunkturelle Preistrend, der im wesentlichen von der Nachfrage- und der Kostenentwicklung bestimmt wird, hat sich im Laufe des Jahres stärker abgeflacht, als es der Preisindex für die Lebenshaltung beim Vorjahresvergleich zum Ausdruck brachte. Zum Beginn des kommenden Jahres wird die Erhöhung der Mineralölsteuer die Steigerungsrate zwar aller Voraussicht nach erneut merklich anheben, aber das wird keine nachhaltige Wirkung zeigen, weil mit einer weiteren Abschwächung der Entwicklung bei den konjunkturbestimmten Preisen gerechnet werden kann. So sind die Preise für industrielle Vorprodukte schon seit geraumer Zeit stabil und die für Fertigwaren steigen kaum noch. Gewiß, die Gewinnspannen werden vielerorts als nicht ausreichend angesehen, die Aussichten, sie durch Preisanhebungen aufbessern zu können, sind aber sehr gering. Es sieht auch so aus, als ob das meistens gar nicht erst versucht würde. Vielmehr konzentrieren sich die Anstrengungen darauf, durch Preissenkungen alte Kunden zu binden und neue zu gewinnen; darauf deuten jedenfalls manche skurrile Verkaufspraktiken hin, wie die Gewährung von allerlei Rabatten bei Kreditkartengeschäften.

Insgesamt schätzen wir die Entwicklung bei den Verbraucherpreisen wie folgt ein: Die Preise für Nahrungsmittel und für gewerbliche Erzeugnisse werden voraussichtlich nur wenig steigen. Bei Nahrungsmitteln wirken die EG-Agrarbeschlüsse, die zu sinkenden landwirtschaftlichen Erzeugerpreisen führen, preisdämpfend, und bei gewerblichen Erzeugnissen besorgt das der scharfe Wettbewerb in Verbindung mit den stabilen Lohnstückkosten. Vergleichsweise hoch werden die Steigerungsraten wiederum bei Dienstleistungen und bei der Wohnungsnutzung sein. Die Preise für Dienstleistungen werden vor allem durch Gebührenanhebungen der Kommunen und der kommunalen Versorgungsunternehmen nach oben gedrückt; so steigen die Gebühren für Wasser, Abwasser sowie Hausmüll vielerorts drastisch. Zudem werden die Versicherungsprämien kräftig heraufgesetzt. Die Mieten wiederum klettern wegen des großen Nachfrageüberhangs. In den neuen Bundesländern, wo das Vergleichsmietenprinzip erst später eingeführt wird, dürfte sich die Wohnungsnutzung dagegen im nächsten Jahr wenig verteuern; die zulässige Erhöhung der Beschaffenheitszuschläge wirkt sich maximal mit 0,60 DM pro Quadratmeter Wohnfläche aus.

244. Wir schätzen, daß die Verbraucherpreise in Westdeutschland, gemessen am Preisindex für die Lebenshaltung, im Verlauf des nächsten Jahres um 2½ vH bis 3 vH steigen werden, nach 3½ vH bis 4 vH

in diesem Jahr. Wegen der Vorbelastungen — Ende 1993 wird der Index schon um 1½ vH höher sein als im Jahresdurchschnitt (Überhang) — wird die Rate für das ganze Jahr etwa 3 vH betragen. Dabei schlägt der Effekt der Mineralölsteuererhöhung rechnerisch stark zu Buche. Auch in den neuen Bundesländern wird die Grundtendenz ganz ähnlich sein. Allerdings sind dort einige staatlich administrierte Preise wie Verkehrstarife und Gebühren noch nicht voll angepaßt worden. Das wird vermutlich im nächsten Jahr nachgeholt. Folglich wird dort der Preisanstieg mit reichlich 4 vH etwas stärker ausfallen als in den alten Bundesländern.

245. Bei der Rückführung der Inflationsrate wird die Wirtschaftspolitik einen Erfolg verbuchen können. Auch das sollte dazu beitragen, neues Vertrauen zu schaffen. Die in- und ausländischen Anleger von Geldkapital werden unter diesen Umständen weiter bereit sein, sich längerfristig zu binden. Dies drückt für sich genommen den Kapitalmarktzins und begünstigt Investitionen in Sachanlagen.

Im Innern ist somit manches an Verbesserungen angelegt, wenngleich für eine konjunkturelle Erholung noch einiges getan werden muß. Es müssen aber auch Anstöße von außen kommen — als Ergänzung, nicht als die Hauptsache. Die deutsche Wirtschaft ist, was ihre Angebotsstruktur anlangt, nun einmal auf einen wachsenden Weltmarkt ausgerichtet. Zum herkömmlichen Konjunkturmuster würde passen, daß sich Exporte und Investitionen wechselseitig nach oben ziehen.

246. Wir haben an anderen Stellen schon dargelegt, daß wir durchaus gute Chancen für eine fortschreitende konjunkturelle Erholung in der Welt sehen. Gleichwohl möchten wir vor übertriebenen Erwartungen warnen. Im nächsten Jahr werden die für den deutschen Export besonders wichtigen Märkte in Westeuropa erst vergleichsweise schwach expandieren. Die Nachbarländer tragen allesamt noch schwer an den Folgen der Rezession, zumal ihnen die Rezession in Deutschland weiter arg zu schaffen machen wird.

Zudem bleibt abzuwarten, was die deutschen Unternehmen aus ihren verbesserten Absatzchancen machen. Die Zweifel an der Qualität des Standortes Deutschland sind, wie wir an anderer Stelle zeigen (Ziffer 206), nicht ganz unbegründet. Bislang konnten sie trotz widriger Umstände ihre Position auf den internationalen Märkten verteidigen, aber das braucht nicht so zu bleiben. Die von uns zugrundegelegte Expansionsrate beim Welthandel mit Industriegütern markiert wohl die Obergrenze für eine Ausweitung der Exporte im nächsten Jahr.

247. Wenn der deutsche Export in Schwung kommen soll, müssen vor allem die Investitionen in der Welt wieder kraftvoll zunehmen, denn die Exportgüter sind zum größeren Teil Investitionsgüter. Das Muster der Aufwärtsentwicklung bei den wichtigen Partnerländern rechtfertigt solche Erwartungen vorerst kaum. In den westeuropäischen Ländern wird sich das Investitionsklima nur leicht erwärmen, doch gerade dort haben die deutschen Unternehmen ihre Hauptabsatzmärkte. Es bleiben also vor allem die Märkte in Nordamerika, in Ost- und Südostasien und teilweise auch in Lateinamerika, doch ist deren Bedeutung für den deutschen Export von Investitionsgütern eher gering.

248. Alles in allem wird dennoch die Exportentwicklung in der Grundtendenz wieder nach oben gerichtet sein. Hält man sich an die Statistik über den Auftragseingang bei der Industrie, die zur Zeit ein zuverlässigerer Indikator ist als die durch Umstellungsschwierigkeiten gestörte Statistik über die Warenausfuhr, dann ist inzwischen der Tiefpunkt erreicht, vielleicht sogar schon überschritten.

In unserer Prognose, in der entsprechend den Konventionen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen auch die Lieferungen zwischen den alten und neuen Bundesländern als Export beziehungsweise Import verbucht werden, schlägt sich das wie folgt nieder:

— Bei den alten Bundesländern veranschlagen wir die Zuwachsrate für den gesamten Export von Waren und Diensten auf 3 vH für den Verlauf und knapp 2½ vH für den Durchschnitt des Jahres 1994. Die Raten für den Warenexport setzen wir geringfügig höher an (knapp 3½ vH und 2½ vH). Wir gehen also davon aus, daß die deutschen Unternehmen ihre Position auf den internationalen Märkten verteidigen können. Daß sie diese ausbauen können, scheint uns dagegen wenig wahrscheinlich.

— Bei den neuen Bundesländern ist unsere Annahme, daß der Export nach einem leichten Rückgang in diesem Jahr erstmals wieder zunehmen wird. Ein großer Teil dieses Zuwachses beruht freilich auf Lieferungen nach Westdeutschland. Darin drückt sich die enger werdende wirtschaftliche Verflechtung zwischen beiden Teilen Deutschlands aus, aber auch die wachsende Wettbewerbsfähigkeit ostdeutscher Unternehmen.

249. Bei dieser Konstellation wird sich die gesamtwirtschaftliche Produktion im kommenden Jahr nicht recht von der Talsohle lösen können. Die Kräfte, die die Produktion anheben könnten, sehen wir derzeit jedenfalls nicht. In der Prognose haben wir angenommen, daß in den alten Bundesländern das Bruttoinlandsprodukt am Jahresende 1994 nicht höher sein wird als am Jahresende 1993; für den Durchschnitt des Jahres weist unser Tableau ebenfalls keine Veränderung gegenüber 1993 aus. Wir betonen aber noch einmal, daß wir uns mit der Prognose nicht auf der sicheren Seite wähnen. Es kann durchaus sein, daß die Produktion früher wieder anzieht, als wir es erwarten, aber es kann auch sein, daß sie zwischenzeitlich noch einmal zurückfällt.

In den neuen Bundesländern wird dagegen die gesamtwirtschaftliche Produktion das ganze Jahr über steigen; die Zuwachsrate veranschlagen wir auf 7½ vH, nach 6½ vH in diesem Jahr. Damit wächst die ostdeutsche Wirtschaft im dritten Jahr hintereinander ziemlich stetig. Das zeigt, daß der Aufbau einer neuen Wirtschaftsbasis Fortschritte macht. Mehr und mehr Unternehmen lernen, auf eigenen Füßen zu stehen, auch wenn die Anzahl derjenigen Unternehmen, die der Stützung bedürfen, noch immer groß ist.

250. Wie weit freilich der Weg ist, den die ostdeutsche Wirtschaft noch zurücklegen muß, um gegenüber der westdeutschen Wirtschaft aufzuschließen, läßt sich an der Relation von inländischer Verwendung und inländischer Produktion ablesen. Die konsumtiven und investiven Ausgaben werden auch weiterhin nur knapp zur Hälfte aus eigener Produktion gedeckt, die Lücke schließt sich also nur sehr langsam. Absolut wird sich das „Importdefizit" der ostdeutschen Wirtschaft abermals etwas vergrößern; es muß durch Einkommens- und Kapitaltransfers ausgeglichen werden.

251. Bei nur leicht aufwärts gerichteter Produktion im gesamten Deutschland wird der Import nur schwach zunehmen; das gilt für Rohstoffe und Halbwaren wie für Fertigwaren. Die Partnerländer können also von daher wenig erhoffen. Da wir keine ins Gewicht fallenden Änderungen bei den realen Wechselkursen unterstellt haben, wird sich auch ihre Wettbewerbsposition nicht verbessern. Allenfalls die Länder, die in diesem Jahr kräftig abgewertet haben, mögen von diesem Vorteil noch einige Zeit zehren. In der zweiten Jahreshälfte könnte freilich der Import auf Grund eines verstärkten Lageraufbaus anziehen. Erfahrungsgemäß setzt ein Lageraufbau schon einige Zeit vor der konjunkturellen Wende ein — und trägt damit selbst dazu bei, die Wende herbeizuführen.

252. Man mag es drehen und wenden wie man will: Die deutsche Wirtschaft wird es im nächsten Jahr noch schwer haben, aus dem Rezessionstal wieder herauszufinden. Mancherlei Hindernisse sind noch aus dem Weg zu räumen. Wenn diese Aufgabe zügig und kraftvoll angepackt wird, dann, und nur dann, eröffnen sich Chancen für einen neuen Aufschwung im Jahre 1995.

DRITTES KAPITEL

Wirtschaftspolitik für 1994 und danach

Teil A

Aufgaben und Möglichkeiten

I. Grundlagen für Wachstum und Wohlstand festigen

253. Zum Ende des Jahres 1993 mehren sich die Anzeichen dafür, daß der in seinem Ausmaß unerwartete konjunkturelle Abschwung, der seit der zweiten Jahreshälfte 1992 vor allem die westdeutsche Wirtschaft betroffen, der aber auch den Prozeß der strukturellen Erneuerung im Osten des Landes nicht unberührt gelassen hat, zum Stillstand kommt. Für die Befürchtung, die rezessiven Kräfte könnten sich weiterhin kumulativ verstärken, gibt es heute weniger Anlaß als noch in der ersten Jahreshälfte. Grund zur Besorgnis über die künftige wirtschaftliche Entwicklung in beiden Teilen Deutschlands besteht aber nach wie vor. Wie in jeder Rezession stellt sich die Frage, inwieweit strukturelle Schwächen die Krise verschärfen und den Anschluß an einen weltweiten Aufschwung erschweren. Bei guter Konjunktur werden strukturelle Schwächen überlagert und verdeckt, bei einer Abschwächung verstärken sie die retardierenden Kräfte, dies um so mehr, je länger eine durchgreifende Sanierung verschleppt worden ist. Vieles deutet darauf hin, daß die Rezession des Jahres 1993 in besonderem Maße durch strukturelle Komponenten geprägt ist, daß es erheblicher Anstrengungen bedarf, um notwendige Bereinigungen und Anpassungen durchzusetzen. Nicht nur werden die seit Jahren und Jahrzehnten durch Subventionen unzulänglich kurierten Gebrechen wettbewerbsschwacher Industriezweige wie in jeder Krise wieder virulent; auch in Branchen, deren Spitzenstellung im internationalen Wettbewerb bislang unangreifbar schien, so etwa in der Automobilindustrie und im Maschinenbau, erregen Absatzeinbrüche die ernste Besorgnis, daß dies nicht nur konjunkturelle Gründe hat. In vielen Unternehmen ist der Ernst der Lage erkannt worden; durch organisatorische Straffung der Produktion, aber auch durch Bereinigung des Produktionsprogramms in der Breite und in die Tiefe, zugleich auch durch verstärkte Bemühungen um qualitativ hochwertige Produkte soll die Wettbewerbsfähigkeit gesichert werden. Dabei kommt es zu erheblichen Personalfreisetzungen, die die Arbeitslosigkeit dramatisch verschärfen; es gehen Arbeitsplätze verloren, die zum erheblichen Teil auch bei Überwindung der konjunkturbedingten generellen Nachfrageschwäche nicht an der gleichen Stelle wieder zur Verfügung stehen werden.

Der Versuch, von den Märkten erzwungene Anpassungsprozesse zu verzögern, könnte nur zur Verfestigung struktureller Schwächen führen. Die Chancen für die Zukunft können nur darin liegen, daß mit neuen Produkten neue Marktpositionen errungen werden, die die Einbußen bei den alten wieder ausgleichen. Nur wenn dieser schwierige Umstellungsprozeß bewältigt wird und zugleich der Aufbau einer wettbewerbsfähigen Wirtschaftsstruktur in den jungen Bundesländern vorankommt, kann es gelingen, mit dem ganzen Land einen wirtschaftlichen Wachstumspfad aufzunehmen, wie ihn die Bundesrepublik in den achtziger Jahren erreicht hatte. Nur so kann es wieder zu einem nachhaltigen Anstieg der Beschäftigung kommen, und nur so können von der deutschen Wirtschaft auch wieder international wirksame Impulse ausgehen. Wird hingegen die Bereinigung von Strukturschwächen versäumt oder nur halbherzig angegangen, so besteht die Gefahr, daß die deutsche Wirtschaft bei einer Erholung der Weltkonjunktur den Anschluß verliert und im internationalen Vergleich zurückfällt.

254. Strukturwandel ist dadurch bedingt, daß sich internationale und interregionale Muster der Arbeitsteilung verändern. In Deutschland muß eine neue Arbeitsteilung zwischen den durch die Wiedervereinigung zusammengefügten Landesteilen zustande kommen. Die beiden Teile unterscheiden sich grundlegend voneinander in der Struktur ihres Produktionspotentials und in der darauf beruhenden Wirtschaftskraft. Im westlichen Landesteil sind im Wettbewerb starke Positionen auf internationalen Märkten aufgebaut worden; sie bildeten und bilden noch die Grundlage eines weltweit kaum mehr übertroffenen Einkommens- und Wohlstandsniveaus. Die Wirtschaft im östlichen Landesteil, bis zur Wende an der politisch-administrativ verfügten Arbeitsteilung im Comecon orientiert, im übrigen aber vom Wettbewerb auf internationalen Märkten abgeschottet, war den durch die Öffnung nach Westen entstandenen neuen Bedingungen nicht gewachsen; sie verfügte zunächst praktisch über kein international wettbewerbsfähiges Angebot.

Mit Recht hat sich die Wirtschaftspolitik seitdem darauf konzentriert, den Aufbau neuer und wettbewerbskräftiger Strukturen in den jungen Bundesländern voranzubringen. Dabei ist in den Hintergrund getreten, daß die wirtschaftliche Erneuerung dort zum Teil tiefgreifende Rückwirkungen im Westen haben muß. Daß Ressourcen in erheblichem Umfang umgelenkt werden, ist am offenkundigsten im Bereich der Staatstätigkeit. Die finanzpolitische Bewältigung dieser Umlenkung steht aber noch aus; die infolge kreditfinanzierter Ausgaben bedrohlich angewachsene öffentliche Verschuldung erzwingt heute harte und einschneidende Konsolidierungsmaßnahmen.

Aber nicht nur beim Staat, auch im Bereich der Unternehmen werden Schwerpunkte verlagert. Investitionen in den neuen Bundesländern erfordern Kapital und intensiven unternehmerischen Einsatz. Hier können Engpässe wirksam werden, ebenso bei der Erschließung neuer Märkte. Man kann deswegen nicht davon ausgehen, daß alle Investitionen im Osten zusätzlich zu denen im Westen vorgenommen werden und letztere unberührt lassen.

In dem Maße, wie der wirtschaftliche Aufbau in den jungen Bundesländern vorankommt und dort leistungsstarke Unternehmen entstehen, werden auch Wettbewerbspositionen westdeutscher Unternehmen berührt. Heute hört man vor allem von Unternehmen in Ostdeutschland Klagen über zunehmende Härte im Wettbewerbskampf mit markterfahrenen westdeutschen Anbietern. Aber bei dieser einseitigen Rollenverteilung wird es nicht bleiben. Die Chancen ostdeutscher Anbieter liegen darin, mit besseren unternehmerischen Konzeptionen, modernen Produkten und Technologien in den Märkten Fuß zu fassen, und sie werden in zunehmendem Maße diese Chance nutzen, hierbei in der Übergangsphase noch unterstützt durch massive staatliche Förderung. Auch westdeutsche Unternehmen werden sich anzupassen haben, wenn sich im Wettbewerb neue Muster der Arbeitsteilung herausbilden.

Aus alledem folgt: Wachstum im Westen und Aufbau im Osten sind nicht zwei nebeneinander verlaufende und voneinander unabhängige Prozesse. Vielmehr geht es heute darum, daß ein aus zwei heterogenen Teilen zusammenwachsendes Land seine Position in einer durch Arbeitsteilung und Wettbewerb geprägten Weltwirtschaft findet.

255. Tiefgreifende Veränderungen im internationalen Umfeld, teils schon seit längerem angelegt, teils erst in jüngster Zeit in Gang gekommen, verschärfen die Herausforderung an die deutsche Wirtschaft, sich neuen Bedingungen anzupassen und dadurch ihre Stärke zu erweisen. Auch hierbei geht es um Verschiebungen im System der Arbeitsteilung, bedingt dadurch, daß neue Anbieter ihre komparativen Vorteile im Wettbewerb zur Geltung bringen. Hierdurch werden etablierte Marktpositionen gefährdet, zugleich aber auch Chancen für die Erschließung neuer Märkte eröffnet.

— Auf dem Weg zur Vollendung des europäischen Binnenmarktes haben deutsche Unternehmen erfolgreiche Anstrengungen unternommen, um ihre Chancen auf den nun noch besser zugänglichen Märkten wahrzunehmen. Zugleich hat sich der Standortwettbewerb zwischen den Mitgliedstaaten verschärft; er bildet eine ständige Herausforderung. In der Krise stehen die Unternehmen unter verstärktem Druck, durch Produktionsverlagerungen oder Wechsel der Bezugsquellen ihre Wettbewerbsfähigkeit zu erhalten. Hochlohnländer müssen sich auf die Abwanderung arbeitsintensiver Produktionen einstellen; einen Ausgleich dafür können sie in neuen Produktionen suchen, die dem komparativen Vorteil entsprechen.

— Während die meisten Industrieländer sich nur mühsam von einer Schwächephase erholen, erleben neue Wachstumsregionen, vor allem in Ost- und Südostasien, aber auch in Teilen Lateinamerikas, einen ungebrochenen Aufschwung. Aus einigen dieser Schwellenländer kommt schon heute ein Angebot technisch hochwertiger Produkte, das dem der entwickelten Industrieländer ebenbürtig ist. Diese Entwicklung, auch der damit entstandene Standortwettbewerb, sind seit langem abzusehen. Zu wenig sind aber bisher die Chancen wahrgenommen worden, die in der Erschließung neuer und wachsender Märkte liegen.

— Neue Formen der Arbeitsteilung müssen auch im Verhältnis zu den teils wirtschaftlich noch notleidenden, teils sich langsam erholenden Ländern Mittel- und Osteuropas zustande kommen. Die Standortkonkurrenz der im Reformprozeß fortgeschrittenen Länder zeichnet sich ab; sie haben qualifizierte Arbeitskräfte zu bieten, zu Arbeitskosten, die sehr niedrig liegen, nicht zuletzt auch wegen der Wechselkurse, die den schwachen außenwirtschaftlichen Positionen der Länder entsprechen. Andererseits gibt es auch hier Märkte, die wachsende Absatzchancen eröffnen. Es ist widersprüchlich, einerseits den „weggebrochenen" Absatzmärkten in Mittel- und Osteuropa nachzutrauern, andererseits aber auch die neue Standortkonkurrenz zu beklagen. Kaufkräftige Märkte können in diesen Ländern nicht entstehen, wenn nicht zugleich ein wettbewerbsfähiges Angebot zustande kommt. Das bedeutet auch, daß nicht einfach mit einer Wiederbelebung der alten Lieferbeziehungen aus der Zeit des Comecon gerechnet werden kann. Vielmehr müssen im Wettbewerb neue Spezialisierungen gefunden werden, die den jeweiligen Standortvorteilen entsprechen.

256. Von der Bewältigung des Strukturwandels in beiden Teilen des Landes hängt ab, welche Position die deutsche Wirtschaft in Zukunft im internationalen Vergleich einnehmen kann. Mit der Wiedervereinigung verband sich von Anfang an die Erwartung, daß im westlichen Landesteil die internationale Spitzenstellung im Einkommens- und Wohlstandsniveau gehalten werden könne, daß zugleich der östliche Landesteil aufholen und nach einer Übergangszeit ebenfalls Anschluß an diese Spitzenstellung finden werde. Dies war und ist ein sehr ehrgeiziges wirtschaftspolitisches Ziel. Schon die Erhaltung der Position eines Hochlohnlandes erfordert große Anstrengungen und die Fähigkeit, Leistungsvorsprung im Wettbewerb immer wieder aufzubauen, zugleich die Bereitschaft, Mühen und Mißhelligkeiten der damit verbundenen Umstellungsprozesse auf sich zu nehmen. Um so schwieriger ist es, zugleich auch noch einer seit Jahrzehnten von internationalen Wettbewerbsmärkten abgeschotteten Region eine ähnlich starke Wettbewerbsposition zu verschaffen. Ehrgeizige Ziele können zu großen Erfolgen führen, wenn man sie als Herausforderung begreift und sich ihnen mit ganzer Kraft widmet. Das aber heißt: Eine Spitzenposition bei Einkommen und Wohlstand für ganz Deutschland wird uns nicht mühelos in den Schoß fallen. Man muß sich vielmehr darüber klar werden, daß letzten Endes nur die Wettbewerbspositionen auf

internationalen Märkten darüber entscheiden, ob dieses Ziel erreicht werden kann.

257. Ziel der Wirtschaftspolitik für das kommende und die weiteren Jahre muß sein, aus der Rezession herauszufinden, strukturelle Hindernisse für den Wachstumsprozeß aus dem Wege zu räumen, Bedingungen dafür zu schaffen, daß die Unternehmen aus beiden Teilen des Landes ihre Wettbewerbskraft entfalten können, dies alles mit der Maßgabe, das hohe Wohlstandsniveau im westlichen Landesteil zu wahren, den östlichen Landesteil an dieses Niveau heranzuführen und zugleich im ganzen Land dem Ziel eines hohen Beschäftigungsgrades näherzukommen. Diesen Weg zu verfolgen, erfordert sorgfältig abgewogene Entscheidungen, aber auch Überzeugungskraft und Durchsetzungsvermögen, um von dem als richtig erkannten Kurs nicht abzukommen.

Die unerwartete Verschärfung der Rezession im Jahre 1993 war dem Ausbleiben der erhofften Exportnachfrage, dem teilweise dadurch bedingten Rückgang der Investitionen, schließlich einer gegenseitigen Verstärkung der rezessiven Tendenzen zuzuschreiben. Es läge zunächst nahe dem Konjunktureinbruch durch Maßnahmen zur Belebung der Nachfrage zu begegnen. Doch lehrt die Erfahrung aus früheren Konjunkturzyklen, daß damit nur unter bestimmten Voraussetzungen nachhaltige Wirkungen zu erzielen sind (JG 75 Ziffern 375 ff.). Von entscheidender Bedeutung ist, daß die auf Nachfragebelebung zielende Politik keine Erwartungen erzeugen darf, die der konjunkturellen Erholung entgegenwirken, die vor allem die Investitionsbereitschaft der Unternehmen schmälern und damit eine notwendige Voraussetzung des Wachstums beeinträchtigen.

— Eine expansive Finanzpolitik könnte nur dann einen Aufschwung anstoßen, wenn sie nicht die Befürchtung weckte, daß das Anwachsen der Staatsschuld in absehbarer Zeit zwangsläufig zu erhöhten Steuerlasten führte.

— Eine expansive Geldpolitik könnte allenfalls dann zu einem Aufschwung beitragen, wenn sie nicht den Stabilitätswillen in Frage stellte, wenn sie aber auch nicht die Erwartung weckte, daß zur Erhaltung der Stabilität in absehbarer Zeit massiv gegengesteuert werden müßte.

Die Voraussetzungen dafür, über die Finanzpolitik oder die Geldpolitik Nachfrageimpulse zu vermitteln, die die Initialzündung für einen nachhaltigen Aufschwung geben, sind zur Zeit äußerst ungünstig. Die bedrohlich angewachsene Staatsverschuldung ist Anlaß zu allgemeiner Besorgnis. Die Teuerung hat auch in der Rezession nur wenig nachgelassen; eine Geldpolitik, die den Eindruck erweckte, stärker an Konjunkturanregung als am Stabilitätsziel orientiert zu sein, würde Inflationserwartungen erzeugen. Noch viel weniger könnte eine expansive Lohnpolitik den Weg für einen Aufschwung eröffnen. Sie würde zwar Kaufkraft schaffen, zugleich aber die rezessionsbedingte Gewinnkompression verschärfen, dies zusätzlich zu den ohnehin schon hinzunehmenden Belastungen durch Steuern und Sozialabgaben, die der Investitionsbereitschaft wenig förderlich sind. Die Möglichkeiten herkömmlicher Nachfragepolitik sind ausgeschöpft, in der Finanzpolitik angesichts des hohen Defizits vielleicht schon überzogen. Der Versuch, dieses Instrumentarium noch intensiver einzusetzen, wäre kontraproduktiv.

Die Wirtschaftspolitik muß anders ansetzen. Es muß ihr gelingen, die Bedingungen dafür zu verbessern, daß Unternehmen bereit sind, im Hinblick auf zukünftige Nachfrage und damit erzielbare Gewinne zu investieren. Dies ist der Grundgedanke der vom Sachverständigenrat seit vielen Jahren vertretenen angebotsorientierten Politik (JG 76 Ziffern 303 ff., JG 81 Ziffern 295 ff.). Zentrale Bedeutung hat dabei die Stabilisierung günstiger Erwartungen. Auf die heutige Situation bezogen bedeutet dies,

— daß die Finanzpolitik einen verläßlichen Konsolidierungspfad einhalten muß, der Befürchtungen über weitere Steuererhöhungen zerstreut, darüber hinaus Perspektiven für eine Minderung der Steuerlast eröffnet,

— daß die Sozialpolitik das System der sozialen Sicherung effizient gestaltet, insbesondere Gestaltungsformen vermeidet, in denen von vornherein eine kaum kontrollierbare Ausgabendynamik und eine entsprechende Entwicklung der Abgabenlast angelegt sind,

— daß die Geldpolitik Inflationserwartungen dämpft oder gar nicht aufkommen läßt und damit sichere Grundlagen für in die Zukunft gerichtete Investitionskalküle, zugleich auch günstigere Erwartungen für die Realeinkommen der privaten Haushalte schafft,

— daß die Lohnpolitik Raum für rentable Investitionen läßt, zugleich Vertrauen erzeugt, daß dies auch in Zukunft nicht durch Verteilungskämpfe in Frage gestellt wird.

Darüber hinaus sind unnötige Hemmnisse für zukunftsgerichtete wirtschaftliche Betätigung zu beseitigen, die Bildung und Erhaltung von Humankapital zu fördern, Marktzugangsschranken und Subventionen, die den Wettbewerb behindern oder verzerren, abzubauen, Infrastrukturleistungen effizient und in angemessenem Umfang anzubieten.

Die angebotsorientierte Politik zielt darauf, Investitionen anzuregen. Gelingt dies, so wird sie auch nachfragewirksam, über die Investitionen und weil über mehr Beschäftigung mehr Kaufkraft für den Konsum geschaffen wird. Wenn sich Zuversicht festigt und in breitem Umfang in der Hoffnung auf zukünftige Nachfrage investiert wird, dann kommt auch die Nachfragebelebung in Gang und stärkt die Auftriebskräfte.

258. Die Einsicht, daß die Qualität der Investitionsbedingungen in Deutschland von entscheidender Bedeutung nicht nur für die Überwindung der Konjunkturkrise, sondern auch für die erfolgreiche Anpassung an veränderte internationale Wettbewerbsverhältnisse ist, setzt sich mehr und mehr durch, nicht nur im politischen Raum, sondern auch in breiten Bevölkerungskreisen. Die Umsetzung dieser Erkenntnis in praktische Politik stößt jedoch auf Schwierigkeiten. Daß politischer Widerstand dagegen aufkommt, hat Gründe, für die man durchaus Verständnis aufbringen

kann, die aber, bedenkt man die Folgen, nicht ausschlaggebend sein dürfen.

— Struktureller Wandel bringt für die betroffenen Menschen Anpassungslasten, oft mit erheblichen Härten verbunden. Vertraute Arbeitsplätze gehen verloren, Qualifikationen werden entwertet, und vielen fällt es schwer, im Arbeitsleben wieder Fuß zu fassen, dies um so mehr, wenn hohe Arbeitslosigkeit herrscht. Die wirtschaftliche Grundlage ganzer Regionen kann bedroht sein. Es liegt nahe, in dieser Lage das Heil in der Erhaltung des Bestehenden zu suchen und dafür staatliche Hilfe einzufordern. Umfang und Entwicklung von Erhaltungssubventionen in den alten Bundesländern lassen erkennen, in welchem Ausmaß die Politik solchem Verlangen immer wieder stattgegeben hat. In den neuen Bundesländern ist auf nicht minder begründete Anliegen dieser Art weitaus weniger Rücksicht genommen worden. Wenn heute erwogen wird, einige noch im Portefeuille der Treuhandanstalt verbliebene Unternehmen als „industrielle Kerne" zu erhalten, so liegt das auf der Linie einer im alten Bundesgebiet seit Jahrzehnten praktizierten Politik; die Forderung danach ist um so verständlicher, als die Menschen in den neuen Bundesländern schon bisher hohe Lasten aus der Umstrukturierung auf sich nehmen mußten. Dennoch muß mit Nachdruck betont werden: Erhaltung von Bestehendem, soweit es nicht die Chance hat, sich aus eigener Kraft am Markt zu behaupten, ist nicht der geeignete Weg, die Leistungskraft der Wirtschaft zu festigen und damit die Voraussetzungen für sichere und hochbezahlte Arbeitsplätze zu schaffen. Im Gegenteil: Die Hoffnungen, die man in eine erhaltungsorientierte Strategie setzt, müssen enttäuscht werden. Diese Politik führt zu Dauerbelastungen des Staatshaushalts; sie beeinträchtigt die Chancen auf den Markterfolg angewiesener Unternehmen, indem sie ihnen Ressourcen entzieht, aber auch dadurch, daß sie der internationalen Arbeitsteilung entgegenwirkt. Aller Erfahrung nach entfalten Wirtschaftsbereiche, die durch staatliche Hilfe erhalten werden, keinerlei Wachstumsdynamik. Die Produktion schrumpft kontinuierlich, ebenso die Beschäftigung; nur die Subventionen pflegen zu wachsen.

— In Jahrzehnten steigenden Wohlstands ist in Westdeutschland ein großzügiges System sozialer Leistungen entstanden. Mit der Vereinigung ist dieses System auch auf die neuen Bundesländer übertragen worden. Hinzu kommen arbeitsrechtliche und tarifvertragliche Regelungen, nicht zuletzt auch hinsichtlich der Arbeitszeit, die die Arbeitnehmer weit über das in anderen Ländern übliche Maß begünstigen, zugleich aber die Arbeitskosten nach oben treiben. Überlegungen, die auf Korrekturen an diesem System hinauslaufen, stoßen auf Widerstand, der sich gegen „Sozialabbau" und das Aufgeben hart erkämpfter Errungenschaften richtet. Darum geht es aber gar nicht. Korrekturen sind angebracht, wo gravierende Fehlanreize entstehen und wo die Kosten in keinem vertretbaren Verhältnis zum Nutzen stehen. Dabei handelt es sich letztlich auch nicht um einseitige Korrekturen zu Lasten der Arbeitnehmer. Dem Verzicht auf bestimmte Sozialleistungen oder andere Vorteile steht gegenüber, daß eine Senkung von Lohnnebenkosten den Arbeitnehmern auch nützt, weil sie den Spielraum erweitert, innerhalb dessen Lohnerhöhungen ohne die Gefährdung von Arbeitsplätzen möglich sind (Ziffer 269). Es liegt deswegen nicht im Interesse der Arbeitnehmer, wenn im Bereich der sozialen Leistungen und des Arbeits- und Tarifrechts der Status quo in allen Details hartnäckig verteidigt wird.

— Verteilungspolitische Argumente spielen in der Auseinandersetzung darüber, wie die Wirtschaftspolitik den aktuellen Herausforderungen begegnen kann, nach wie vor eine dominierende Rolle. Die Bemühungen um Konsolidierung der öffentlichen Haushalte stoßen überall dort auf Widerstand, wo Transferleistungen und damit das eingefahrene System der Umverteilung berührt werden. Dabei ist kein Raum für Abwägungen, die in Betracht ziehen, wie stark die Einkommen bereits heute durch Steuern und Abgaben beschnitten werden und wie sich dies auf Leistungswillen und Risikobereitschaft auswirkt, letztlich das Verteilbare selbst verkleinert. In der Lohnpolitik hat das in verteilungsorientiertem Denken wurzelnde Ziel der Anpassung des Lohnniveaus in den neuen Bundesländern an das im Westen zu einer Überforderung der Leistungskraft vieler Unternehmen geführt und zugleich wesentlich dazu beigetragen, daß die Transfers immer noch zum überwiegenden Teil nicht in investive, sondern in konsumtive Verwendungen fließen. Daß Verteilungskämpfe vielen schaden und niemandem nützen, wenn sie dazu führen, daß insgesamt weniger verteilt werden kann, ist eine einfache Wahrheit; doch fällt es in der Politik sehr schwer, daraus die richtigen Konsequenzen zu ziehen.

— Zum wachsenden Wohlstand gehört auch, daß hohe Ansprüche hinsichtlich des Schutzes der natürlichen Umwelt und der Abwendung von Gefahren aus neuen technologischen Entwicklungen gestellt werden können. Dies ist eine unverzichtbare Komponente angemessenen Wachstums. Dabei dürfen aber solche Ansprüche nicht verabsolutiert werden und im politisch-administrativen Entscheidungsprozeß nicht so geltend gemacht werden können, daß ein abwägendes Überdenken von Prioritäten gar nicht mehr zugelassen wird. Dem Ausbau der Infrastruktur und der Erschließung von Bauland für Gewerbe und Wohnungen erwachsen zunehmend Hindernisse, begründet mit Landschaftsschutz, Artenschutz und ähnlichem; die Anwendung von hochentwickelten Technologien wird mit dem Hinweis auf Restrisiken, seien sie noch so geringfügig, gehemmt.

259. Die schwierige Lage der deutschen Wirtschaft angesichts der noch nicht bewältigten Folgen der Wiedervereinigung, des wachsenden Wettbewerbsdrucks und bedrohlich steigender Arbeitslosigkeit gibt heute vielfach Anlaß, vor überzogenem Anspruchsdenken zu warnen und Bereitschaft zum Verzicht anzumahnen. Damit soll den Bürgern bewußt gemacht werden, daß die Leistungsfähigkeit der Wirtschaft nicht überfordert werden darf. Diese Einsicht ist

allerdings ohnehin schon in der Bevölkerung weiter verbreitet, als manche lautstark in der Öffentlichkeit geführten Auseinandersetzungen über Verteilungsfragen es vermuten lassen. Man darf nicht übersehen, daß viele Arbeitnehmer in den letzten Jahren bereits Einbußen beim verfügbaren Realeinkommen haben hinnehmen müssen. Ansprüche an den Staat zurückzuschrauben, scheint allerdings durchweg schwerer zu fallen. Mahnungen zur Mäßigung sind begründet; doch dürfen die Akzente nicht einseitig und damit falsch gesetzt werden. Es geht heute nicht darum, sich mit einschneidenden Wohlstandseinbußen abzufinden, auch nicht darum, im Westen des Landes dauerhaft auf Wohlstand zu verzichten, damit mehr in den Osten transferiert werden kann. Mäßigung ist geboten, damit das Erreichte gesichert wird und Grundlagen für neues Wachstum entstehen können, Wachstum, das vorrangig dem Aufholprozeß in den jungen Bundesländern und dem Aufbau von Beschäftigung im ganzen Land zugute kommen muß, das darüber hinaus vielfältige Möglichkeiten für Verbesserungen der Lebensqualität eröffnet. Es besteht kein Grund, in verzagter Resignation einer vermeintlich verlorenen Standortqualität nachzutrauern und zur Askese aufzurufen. Freilich: Unbequemlichkeiten, vielfach auch Härten, können den Bürgern nicht erspart bleiben; aber zugleich eröffnen sich damit Perspektiven für Erhaltung und Mehrung von Wohlstand und Lebensqualität im ganzen Land.

II. Ziele und Wirklichkeit: Im Zeichen von Rezession und Strukturanforderungen

260. Die deutsche Wirtschaft hat seit Mitte 1992 eine schwere Rezession durchstehen müssen, in der die Notwendigkeit tiefgreifender struktureller Anpassungen auch im Westen des Landes deutlich geworden ist; der Neuaufbau im östlichen Landesteil ist trotzdem vorangekommen, sicherlich aber auch von der Rezession nicht unberührt geblieben. Gemessen an den Zielen, die der Sachverständigenrat seiner Urteilsfindung zugrundezulegen hat — Stabilität des Preisniveaus, hoher Beschäftigungsstand und außenwirtschaftliches Gleichgewicht bei stetigem und angemessenem Wachstum —, bietet das Jahr 1993 ein höchst unerfreuliches Bild. Die einschneidend schlechte Auslastung des Produktionspotentials wirkt auf die Investitionen zurück und hemmt damit den Wachstumsprozeß. Nimmt man als Ziel, die deutsche Wirtschaft unter Einschluß der neuen Bundesländer auf einen kräftigen und stabilen Wachstumspfad zu bringen, so bleibt noch vieles zu tun. Der Anstieg der Verbraucherpreise hat sich trotz der Rezession bisher nur wenig abgeschwächt. Besonders schwerwiegend ist der Rückschlag bei der Beschäftigung. Im Ostteil des Landes hat sich der Beschäftigungsabbau bei hohem Stand der Arbeitslosigkeit deutlich verlangsamt. Im Westen haben Rezession und Strukturwandel zum Verlust vieler Arbeitsplätze und zu einem dramatischen Anstieg der Arbeitslosigkeit geführt. Es zeichnet sich ab, daß die Bewältigung der Beschäftigungsprobleme in beiden Teilen des Landes die Wirtschaftspolitik noch auf Jahre und weit über die Bewältigung des konjunkturellen Einbruchs hinaus in Anspruch nehmen wird. Die außenwirtschaftliche Lage ist durch eine passive Leistungsbilanz und Kapitalimporte charakterisiert, dank eines hohen Vertrauenskapitals noch mit sinkenden Zinsen und tendenzieller Aufwertung der D-Mark; auf die Erhaltung dieser Vertrauensbasis ist die deutsche Wirtschaft heute in besonderem Maße angewiesen.

261. Nachdem schon im Vorjahr der Anstieg der gesamtwirtschaftlichen Produktion im früheren Bundesgebiet mit 1,6 vH enttäuschend niedrig ausgefallen war, stand das Jahr 1993 ganz im Zeichen der Rezession: Die Produktion ging um 2 vH zurück. Der reale Rückgang der Ausrüstungsinvestitionen (−3,9 vH schon im Vorjahr) verschärfte sich im Jahre 1993 drastisch (−15½ vH). Das Wachstum des Produktionspotentials wurde damit empfindlich beeinträchtigt. Eine Belebung der Investitionstätigkeit, die wieder zu einem angemessenen Wachstumspfad hinführen könnte, ist noch nicht auszumachen.

In den neuen Bundesländern haben sich die Voraussetzungen für eigenständiges Wirtschaftswachstum weiter verbessert. Die Erneuerung der Infrastruktur kommt voran, und die Privatisierung der Unternehmen durch die Treuhandanstalt nähert sich dem Abschluß. Erste Erfolge kommen in der Entwicklung der gesamtwirtschaftlichen Produktion zum Ausdruck. Die 1992 vom Sachverständigenrat getroffene Feststellung, die Zuwachsrate des Bruttoinlandsprodukts sei mit 4 vH enttäuschend gewesen (JG 92 Ziffer 271), beruhte auf Angaben der amtlichen Statistik, die inzwischen deutlich revidiert werden mußten. Das Ausgangsniveau für 1991 lag niedriger als ursprünglich angenommen, die aufwärtsgerichtete Dynamik war somit erheblich stärker mit Zuwachsraten von 9,7 vH (1992) und 6½ vH (1993). Dieser Befund wird in seiner Bedeutung dadurch relativiert, daß die Nachfrage maßgeblich durch staatliche Transfers gestützt war und daß die Kluft zwischen Nachfrage und Produktion nicht geringer geworden ist. Bei den Investitionen hat die Rezession sich ausgewirkt, besonders bei den Ausrüstungsinvestitionen, die nach einem Zuwachs von 10,8 vH im Vorjahr 1993 nur noch um 4½ vH angestiegen sind, in Anbetracht des großen Nachholbedarfs bei weitem zu wenig. Wie schwer es ist, den erforderlichen Strukturwandel zustandezubringen und im überregionalen Wettbewerb auf den Märkten Fuß zu fassen, wird an der Lage der Industrie deutlich. Zwar lag auch hier in den ersten acht Monaten des Jahres 1993 die Produktion höher als im Vorjahreszeitraum, am Nettoproduktionsindex gemessen um 6,8 vH. Doch ist eine deutliche Aufwärtsentwicklung überwiegend in den Industriezweigen zu verzeichnen, die vorwiegend lokale Märkte beliefern. Eine leistungsfähige Exportbasis, unerläßliche Voraussetzung für einen selbsttragenden Wachstumsprozeß, entsteht nur sehr langsam.

Nach den Entwicklungen des Jahres 1993 ist es schwerer geworden, die deutsche Wirtschaft wieder auf einen Pfad stetigen und angemessenen Wachstums zu bringen und dabei auch dem östlichen Landesteil den Anschluß daran zu sichern. Dieses Ziel zu erreichen, wird noch einige Jahre intensiver Anstrengungen erfordern.

262. Am Anstieg des Preisindex für die Lebenshaltung im früheren Bundesgebiet gemessen, hat die Teuerung kaum nachgelassen. Das Ziel der Preisniveaustabilität blieb verletzt. Bei genauerer Betrachtung des zeitlichen Verlaufs und der einzelnen Komponenten ergibt sich ein differenziertes Bild: Zwar ist der Index im Vorjahresvergleich um mehr als 4 vH angestiegen; doch schlägt sich darin auch die Anhebung der Mehrwertsteuer Anfang des Jahres nieder; im Verlauf des Jahres hat der Preisauftrieb nachgelassen. Überdurchschnittlich sind vor allem die Entgelte für Wohnungsnutzung sowie die Preise für Dienstleistungen angestiegen; in letzteren sind auch öffentliche Gebühren enthalten, die vielfach erheblich angehoben wurden, wobei sich die Tariflohnerhöhungen, andere Kostensteigerungen, möglicherweise auch der wachsende Konsolidierungszwang auswirkten. Unterdurchschnittlich war der Preisauftrieb hingegen bei Nahrungsmitteln und anderen Gebrauchs- und Verbrauchsgütern. Die Auswirkungen der Rezession und des verschärften Wettbewerbs werden am deutlichsten bei den Erzeugerpreisen gewerblicher Produkte, deren Index gegenüber dem Vorjahr sogar gesunken ist. Das Ziel der Stabilisierung des Preisniveaus ist noch fern und im Verlauf des Jahres nur wenig nähergerückt. Ob sich die Entwicklung in die richtige Richtung fortsetzt, hängt wesentlich davon ab, daß der Auftrieb im Bereich der staatlich administrierten Preise nachläßt.

In den neuen Bundesländern war die Teuerung mit einem Anstieg des Preisindex für die Lebenshaltung von knapp 9 vH wieder hoch, bedingt vor allem durch Mieterhöhungen zu Jahresbeginn und Anhebungen von Gebühren, im übrigen durch die gleichen Faktoren wie in Westdeutschland. Im Vordergrund steht immer noch der Abbau von Verzerrungen im Preisgefüge. Insoweit kommt darin eine auf längere Sicht wirksame Einbuße an Preisstabilität nicht zum Ausdruck. Gleichwohl handelt es sich um Kaufkraftverluste.

263. In den zurückliegenden Jahren war vor allem die Entwicklung der Beschäftigung in den neuen Bundesländern Anlaß zu Besorgnis. In diesem Jahr kam ein dramatischer Einbruch der Beschäftigung im Westen des Landes hinzu, verbunden mit einem entsprechenden Anstieg der Arbeitslosigkeit.

In den neuen Bundesländern scheint sich die Beschäftigung allmählich zu stabilisieren, auf niedrigem Niveau allerdings und bei hohem Stand der Arbeitslosigkeit; der Umfang der subventionierten Beschäftigung (Kurzarbeit, Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen) wurde erheblich reduziert. Der immer noch unvermeidliche Personalabbau in vielen Bereichen wird inzwischen mehr und mehr durch neu entstehende Arbeitsplätze kompensiert.

In Westdeutschland ist die Anzahl der beschäftigten Arbeitnehmer im Verlauf des Jahres 1993 um 675 000 zurückgegangen, die der Arbeitslosen um über eine halbe Million angestiegen. Die Einbuße an Arbeitsplätzen ist nicht allein konjunkturell bedingt. Dahinter steht vielmehr die durch die Konjunkturlage akut gewordene, aber auf sich wandelnde Bedingungen im internationalen Wettbewerb zurückgehende Zwangslage vieler Unternehmen, die ihre Produktionsprogramme in Breite und Tiefe reduzieren und zugleich alle Möglichkeiten der Kosteneinsparung ausschöpfen müssen, um ihre Positionen halten zu können. Insoweit handelt es sich bei dem Beschäftigungsabbau um einen schmerzlichen, aber unvermeidlichen Anpassungsprozeß. Man darf sich nicht der Illusion hingeben, die jetzt wegfallenden Arbeitsplätze würden bei einer konjunkturellen Erholung ohne weiteres wieder hinzukommen; damit würden Ursachen und Tragweite des strukturellen Wandels verkannt. Neue Beschäftigung in hinreichendem Umfang kann nur in dem Maße entstehen, wie neues wettbewerbsfähiges Angebot zustande kommt, nach Möglichkeit in Bereichen mit hoher Leistungsfähigkeit, die auch hohe Löhne erwirtschaften können, soweit dies nicht geht aber auch mit niedrigeren Löhnen, die entsprechend niedrige Preise zur Mobilisierung der Nachfrage zulassen.

Für die heute in beiden Teilen Deutschlands bestehenden Beschäftigungsprobleme werden sich in kurzer Frist keine allseits zufriedenstellenden Lösungen finden lassen. Ob die deutsche Wirtschaft in den nächsten Jahren dem Ziel eines hohen Beschäftigungsstandes deutlich näher kommt, hängt insbesondere davon ab, inwieweit es gelingt, trotz hohen Kostenniveaus mit hochwertigen Produkten Marktpositionen zu erhalten und auszubauen. Dies ist zum einen eine Frage der Innovationsfähigkeit der Unternehmen, zum anderen aber auch der Kostenentwicklung. Eine Überspannung kostentreibender Ansprüche und der Versuch, noch nicht erreichte Markterfolge als selbstverständlich vorwegzunehmen, können fatale Folgen haben: weitere Beschäftigungseinbußen und einen nachhaltigen Verlust an Wachstumsdynamik.

264. Die außenwirtschaftliche Position Deutschlands ist nach wie vor geprägt durch eine passive Leistungsbilanz, zugleich durch Kapitalimporte, die, wie sinkende Zinsen und steigender Außenwert der D-Mark zeigen, vom Vertrauen der internationalen Märkte getragen sind. Dennoch darf nicht verkannt werden, daß es erhebliche latente Gefahren gibt, daß alles getan werden muß, damit ein in Jahrzehnten aufgebautes Vertrauenskapital nicht verspielt wird. Man erwartet von der deutschen Wirtschaftspolitik, daß es ihr gelingen wird, übersteigerte Ansprüche an das Sozialprodukt zurückzudrängen, den Staatshaushalt zu konsolidieren und die Stabilität des Geldwerts zu sichern; man erwartet, daß die Unternehmen den Herausforderungen des Strukturwandels erfolgreich begegnen und daß im Osten des Landes ein Wachstumsschub entsteht. Heute überwiegen positive Beurteilungen, doch fehlt es nicht an skeptischen Einschätzungen ausländischer Beobachter, die sich vor allem auf die Starrheit des Tariflohnsystems, arbeitsrechtliche Regulierungen und die Tendenz zu immer perfekterem Ausbau des Sozialsystems beziehen. Bedenklich ist, daß Kapital importiert wird, zugleich die Staatsverschuldung wächst, die auf diese Weise aufgebrachten Mittel aber zum erheblichen Teil in konsumtive Verwendungen fließen. Damit werden Belastungen, vor allem die durch die Wiedervereinigung entstandenen, in die Zukunft verschoben. Die deutsche Wirtschaft ist damit in stärkere Abhängigkeit vom Vertrauen der internationalen Märkte geraten.

Vertrauenseinbußen können zu plötzlichen und tiefgreifenden Umbrüchen führen, steigenden Zinsen und sinkendem Außenwert der deutschen Währung. Dies wäre eine gravierende Fehlentwicklung, und die Wirtschaftspolitik muß mit Entschlossenheit verhindern, daß es so weit kommt.

III. Grundlinien der Wirtschaftspolitik: Gute Angebotsbedingungen schaffen

265. Für die deutsche Wirtschaft geht es im Jahre 1994 und danach nicht nur darum, die Rezession zu überwinden und eine konjunkturelle Aufwärtsentwicklung zuwege zu bringen. Vielmehr kommt es darauf an, die Diskrepanzen in der wirtschaftlichen Entwicklung beider Teile Deutschlands auszugleichen und das ganze Land auf einen Pfad stetigen und angemessenen Wachstums zu bringen. Nur so kann es gelingen, die Wohlstandseinbußen, die im Westen des Landes nach der Vereinigung unweigerlich hinzunehmen waren, in absehbarer Zeit wettzumachen und zugleich Beschäftigung in dem Ausmaß zu schaffen, wie es erforderlich ist, um die bedrohliche und immer noch wachsende Arbeitslosigkeit deutlich zurückzuführen. Nur so können auch wieder Handlungsspielräume für wichtige Zukunftsaufgaben, insbesondere auch im Umweltschutz, und bei der Erfüllung internationaler Verpflichtungen gewonnen werden.

Der Weg zu einem angemessenen Wachstum führt über unternehmerische Investitionen. Entscheidend ist, daß Produkt- und Verfahrensinnovationen in Gang kommen und Marktpositionen behauptet werden, die es auch in Zukunft ermöglichen, eine Spitzenposition in der internationalen Einkommenshierarchie zu halten. Dies ist eine Aufgabe der Unternehmen, nicht des Staates. Damit aber ausreichend viele Unternehmen bereit sind, Innovations- und Investitionsrisiken auf sich zu nehmen, müssen die Angebotsbedingungen gut und verläßlich sein, vor allem auch im Vergleich zu denen, die in anderen Ländern herrschen. Es kommt darauf an, eine ordnungspolitisch klare Orientierung für die Zukunft zu geben, Anreize für Leistung und Investitionen nicht zu verschütten, Verteilungsspielräume realistisch einzuschätzen und Grenzen der Belastbarkeit von Unternehmen und privaten Haushalten zu beachten. Der Staat muß seinen Beitrag leisten, indem er die Märkte im Inneren und nach außen ohne Einschränkung für den Wettbewerb öffnet, indem er seine eigene wirtschaftliche Tätigkeit einer gründlichen Revision unterwirft und indem er glaubwürdige Aussichten dafür eröffnet, die Haushaltskonsolidierung in absehbarer Zeit bis zu einem Punkt führen zu können, wo die Steuer- und Abgabenlast spürbar gemindert werden kann. Die Bundesbank muß durch konsequente potentialorientierte Geldpolitik klarmachen, daß am Stabilitätsziel festgehalten wird. Die Tarifpolitik hat maßgeblichen Einfluß auf die Gewinnerwartungen der Unternehmen; sie muß Vertrauen schaffen, daß aus künftigen Tarifvereinbarungen stets nur ein Lohnniveau hervorgeht, das die Unternehmen unter den Bedingungen des internationalen Wettbewerbs erwirtschaften können.

Diese Herausforderungen zu bewältigen, verlangt bei den wirtschaftspolitisch Verantwortlichen Einsicht in die grundlegenden Bedingungen für ein stetiges, spannungsfreies wirtschaftliches Wachstum; es verlangt auch mehr längerfristiges Denken, mehr Beachtung der langfristigen Folgen des Handelns. Die Wirtschaftspolitik wäre schlecht beraten, ließe sie sich angesichts des großen Problemdruckes zu einem punktuellen, pragmatischen, opportunistischen Aktionismus verleiten. Es gibt kein Entrinnen aus der Notwendigkeit einer Therapie, die wirtschaftliche Dynamik auf Dauer verspricht und Deutschland als attraktiven Investitionsstandort ausweist. Die Weichen dazu müssen jetzt gestellt werden, allein schon deshalb, weil die Wirkungsmöglichkeiten der Angebotspolitik naturgemäß auf längere Sicht angelegt sind.

266. In der Finanzpolitik gibt es schon deswegen keine Alternative zu einem verläßlichen mittelfristigen Konsolidierungskurs, weil sonst die Gefahr droht, daß der staatliche Handlungsspielraum durch wachsende Zinslasten mehr und mehr eingeengt wird. Das Anwachsen der Staatsverschuldung wirkt heute schon dämpfend auf die Investitionsbereitschaft. Ein Aufschieben der Konsolidierungsbemühungen würde bei vielen Investoren die Befürchtung verstärken, daß der Staat auf kürzere oder längere Sicht gar nicht umhin käme, der bei wachsenden Zinsen ständig drückenderen finanziellen Klemme durch weitere Anhebung der Steuer- und Abgabenlast zu entrinnen. Auch sind die Einschätzungen auf den internationalen Kapitalmärkten zu bedenken. Nach der Vereinigung ist Deutschland zum Kapitalimportland geworden. Die langfristigen Zinsen in Deutschland sind trotzdem niedrig, auch im internationalen Vergleich; hierin kommt auch zum Ausdruck, daß die Märkte immer noch Vertrauen in die Fähigkeit der deutschen Finanzpolitik setzen, die Konsolidierung ohne Schaden für Wirtschaftswachstum und Geldwertstabilität zu bewältigen. Würde dieses Vertrauen erschüttert, so könnten sich die Marktverhältnisse in kurzer Zeit grundlegend ändern; durch Risikoprämien drastisch ansteigende langfristige Zinsen würden zur Wachstumsbremse.

Das Ziel, die Finanzpolitik möglichst bald auf einen verläßlichen Konsolidierungskurs zu bringen, scheint in Widerspruch zu konjunkturellen Erfordernissen zu stehen. Aus dieser Überlegung entspringen Forderungen, die Haushaltskonsolidierung aufzuschieben, bis eine deutliche konjunkturelle Erholung sichtbar wird. Dies wäre jedoch ein grundlegender Fehler. Ein ungehemmtes Anwachsen von Verschuldung und Zinslast würde die Umkehr auf einen Konsolidierungspfad mit der Zeit immer schwerer werden lassen. Ein Unterbleiben der Konsolidierung würde schwere Vertrauensschäden bei Investoren und auf den Kapitalmärkten schaffen und damit die Kräfte des Aufschwungs weit mehr hemmen, als eine sofort ansetzende konsequente Politik zur Reduzierung des strukturellen Defizits es täte. Es darf nicht übersehen werden, daß auch eine sofort auf Konsolidierungskurs gehende Finanzpolitik immer noch in erheblichem Umfang expansiv ist, wenn man eine bei normalen Konjunkturverhältnissen adäquate Defizitquote als Maßstab nimmt. Das strukturelle Defizit im öffentlichen Gesamthaushalt liegt in einer Größenordnung, die alles, was man bei der herkömmlichen Global-

steuerung jemals ins Auge gefaßt hat, weit übersteigt (Ziffern 175ff.). Es geht bei der Konsolidierung nicht darum, das Defizit unter das Normalmaß zu senken, sondern ein extrem hohes Defizit allmählich auf das Normalmaß zurückzuführen. Freilich muß man sich dabei vor einer konjunkturellen Übersteuerung hüten; gibt es konjunkturell bedingte Abweichungen von einem an mittelfristigen Wachstumserwartungen orientierten Konsolidierungspfad, so sind die dadurch verursachten zusätzlichen Defizite hinzunehmen, wie es derzeit auch geschieht. Es wäre nicht sinnvoll, auf konjunkturell bedingte Steuerausfälle mit zusätzlichen Ausgabenkürzungen zu reagieren. Das ändert aber nichts daran, daß die einem mittelfristigen Konsolidierungsprogramm entsprechenden Ausgabenkürzungen konsequent durchgesetzt werden müssen. Es geht bei der Konsolidierung auch um qualitative Aspekte; mit Einsparungen ist dort anzusetzen, wo tatsächlich das strukturelle Defizit reduziert wird, also nicht bei Ausgaben, die bei einer konjunkturellen Erholung ohnehin zurückgehen. Das Konsolidierungsprogramm muß auf mittlere Sicht auch wieder Aussichten auf ein Sinken der Steuer- und Abgabenlast eröffnen.

267. Verläßliche Rahmenbedingungen zu schaffen, insbesondere das Vertrauen in die Stabilität der deutschen Währung und damit die Kreditwürdigkeit des Landes zu festigen, dies ist Aufgabe der Geldpolitik. Ein geeigneter Weg, das Vertrauen der Märkte in den Stabilitätswillen der Geldpolitik zu festigen, ist die Orientierung an einem dem Wachstum des Produktionspotentials entsprechenden monetären Ziel. Allerdings ist die Bundesbank im abgelaufenen Jahr in ein schwieriges Dilemma geraten. Der Wechselkurs- und Zinsverbund im EWS hat ihr eine besondere Verantwortung für die europäische Konjunkturentwicklung zuwachsen lassen. Unter Abwägung widerstreitender Gesichtspunkte hat sie sich zu einer vorsichtig expansiven Politik entschlossen, obwohl hierzu weder von der Geldmengenentwicklung her noch in Anbetracht des immer noch starken Preisauftriebs Anlaß bestand. Die Reaktion der Märkte hat bislang bestätigt, daß diese Politik richtig war; insbesondere an der Entwicklung der langfristigen Zinsen wird deutlich, daß keine verstärkten Inflationserwartungen entstanden sind. Monetäre Ziele sind keine starren Regeln; es gibt besondere Konstellationen, in denen ausnahmsweise Zielabweichungen in Kauf genommen werden müssen. Wer allerdings die Geldpolitik des abgelaufenen Jahres tadelt, weil sie sich nicht entschlossen genug in den Dienst der Konjunkturanregung gestellt habe, verkennt ihre prekäre Lage. Einerseits galt es, den Erfordernissen der durch den Währungsverbund bedingten Ausnahmesituation Rechnung zu tragen, andererseits aber auch deutlich zu machen, daß nicht beabsichtigt war, das Stabilitätsziel hintanzustellen und die Geldpolitik primär als Instrument der Konjunkturpolitik einzusetzen. Eine konjunkturell orientierte Geldpolitik kann weit mehr Schaden anrichten als Nutzen stiften, wenn sie das Vertrauen in den Stabilitätswillen erschüttert. Deswegen wird die Geldpolitik auch in Zukunft nur begrenzt in der Lage sein, konjunkturellen Erfordernissen Rechnung zu tragen. Selbstgesetzte und der Stabilität verpflichtete monetäre Ziele sind dazu bestimmt, verläßliche Rahmenbedingungen zu schaffen; dieses Ziel wird verfehlt, wenn Abweichungen nicht auf gut begründete Ausnahmefälle begrenzt bleiben.

268. Die Tarifpolitik muß in den kommenden Jahren in besonderem Maße der schwierigen Lage des Arbeitsmarktes Rechnung tragen. Dies gilt nicht nur für die neuen Bundesländer, wo seit der Vereinigung ein sich immer noch verschärfendes Mißverhältnis zwischen Lohnhöhe und Leistungskraft vieler Unternehmen entstanden ist, sondern nach dem Beschäftigungseinbruch des Jahres 1993 auch für Westdeutschland. Eine moderate Lohnpolitik kann wesentlich dazu beitragen, günstige Voraussetzungen für einen Wachstumsprozeß zu schaffen, durch den Beschäftigung entsteht und der auf die Dauer auch wieder Einkommenszuwächse ermöglicht. Wesentlich ist, daß eine zurückhaltende Lohnpolitik auch nach Überwindung der Rezession beibehalten wird. Es dürfen nicht erneut Verteilungskämpfe ausbrechen, die das Vertrauen der Investoren in die Vorzüge des Standorts wieder in Frage stellen. Solange die Beschäftigungslage sich nicht grundlegend bessert, muß das Ziel, durch Wachstum mehr Arbeitsplätze zu schaffen, Vorrang haben vor dem Bestreben, den bereits Beschäftigten höhere Einkommen zu sichern. Dies gilt in besonderem Maße für die neuen Bundesländer. Maßstab für den Erfolg der Lohnpolitik darf hier nicht sein, inwieweit die Angleichung an das Lohnniveau in Westdeutschland erreicht ist; der Erfolg der Wirtschaftspolitik ist vielmehr an der Verbesserung der Realeinkommen seit der Vereinigung abzulesen. In Zukunft muß es vor allem gelingen, zusätzliche Beschäftigung entstehen zu lassen.

269. Die Höhe der Arbeitskosten in Deutschland wird in erheblichem Maße nicht nur durch die Löhne, sondern durch Lohnnebenkosten bestimmt, die teils gesetzlich, teils tarifvertraglich, teils durch betriebliche Regelungen bedingt sind. Wichtig ist, daß bei den Tarifvertragsparteien Klarheit über die Rolle der Lohnnebenkosten besteht. Insbesondere die Arbeitnehmerseite darf sich nicht darüber hinwegtäuschen, daß der Spielraum für die Höhe der gesamten Arbeitskosten eng begrenzt ist und daß bei einer Überschreitung dieses Spielraums die Beschäftigungsprobleme sich noch verschärfen müssen. Je mehr dieser Spielraum durch Lohnnebenkosten ausgefüllt wird, desto weniger bleibt für den Lohn übrig. Deswegen kann auch den Arbeitnehmern nicht gleichgültig sein, welche Lasten den Arbeitgebern als Lohnnebenkosten aufgebürdet werden. Eine Tarifpolitik muß sich ihrer Verantwortung für die gesamten Arbeitskosten bewußt sein und beachten, daß schwere Schäden für beide Partner eintreten, wenn die Arbeitskosten kritische Grenzen übersteigen. Daraus ergibt sich aber zwangsläufig, daß hohe Lohnnebenkosten auf den Lohn zurückwirken.

Wenn dieser Zusammenhang erkannt und die daraus resultierende Verantwortung für die gesamten Arbeitskosten wahrgenommen wird, wird es den Tarifvertragsparteien auch leichter fallen, sich über den Abbau tarifvertraglich bedingter Lohnnebenkosten zu einigen, dann nämlich, wenn die mit den Lohnnebenkosten verbundenen Leistungen den Ar-

beitnehmern weniger Nutzen bringen, als sie durch Einengung des Lohnspielraums einbüßen.

Ähnliche Überlegungen gelten auch für gesetzlich bedingte Lohnnebenkosten. Sozialabgaben, die der Arbeitgeber zu leisten hat, wirken bei einer Tarifpolitik, die im Hinblick auf die Beschäftigung Grenzen bei den Arbeitskosten beachtet, auf den Lohn zurück. Die Arbeitnehmer haben deswegen ein unmittelbares Interesse daran, daß bei sozialen Leistungen, für die der Arbeitgeber aufzukommen hat, sorgfältig zwischen Kosten und Nutzen abgewogen wird. Bestünde darüber Klarheit, so würde damit die Auseinandersetzung in vielen Bereichen versachlicht, zum Beispiel die lang diskutierte Frage von Karenztagen für die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall. Auch würde deutlicher, daß es vor allem im Interesse der Arbeitnehmer liegt, soziale Projekte wie die geplante Pflegeversicherung nicht so zu gestalten, daß von vornherein mit einem schwer kontrollierbaren Kostenanstieg gerechnet werden muß.

270. Die anhaltende Arbeitslosigkeit in den neuen Bundesländern und der einschneidende Beschäftigungseinbruch im Westen des Landes sind Anlaß zu Überlegungen, der Arbeitslosigkeit auch durch Reduzierung des Arbeitsangebots entgegenzuwirken. Dies führt zu der Forderung nach Arbeitszeitverkürzung. Dabei wird jedoch meist nicht bedacht, daß eine Arbeitszeitverkürzung dem Ziel, Beschäftigung durch Wachstum zu schaffen, zuwiderläuft, sofern nicht drei Bedingungen erfüllt sind:

— Eine Reduzierung der Arbeitszeit darf nicht kostensteigernd wirken; sie muß grundsätzlich ohne Lohnausgleich vorgenommen werden. Ob die wirtschaftliche Entwicklung Lohnerhöhungen zuläßt, die im Ergebnis doch zu einem Lohnausgleich führen, ist unabhängig von der Arbeitszeitverkürzung zu klären. Auch dürfen Arbeitszeitverkürzungen nicht zu erhöhten Belastungen durch Mehrarbeitszuschläge führen.

— Durch Arbeitszeitverkürzungen dürfen keine Engpässe entstehen. Mit Arbeitskräften in Engpaßbereichen müssen längere Arbeitszeiten vereinbart werden können. Auch darf die Arbeitszeitverkürzung keine Einbahnstraße sein; bei Besserung der Beschäftigungslage muß es ohne administrative Hemmnisse möglich sein, den Arbeitnehmern längere Arbeitszeiten bei entsprechendem Mehrverdienst anzubieten.

— Die Arbeitszeit darf nicht zu einer Verkürzung der Maschinenlaufzeiten führen. Die Unternehmen müssen die Möglichkeit haben, zeitlich flexibel über den Arbeitseinsatz zu disponieren, auch dies wieder, ohne daß es umständlicher Verhandlungen und Vereinbarungen in jedem Einzelfall bedarf.

Aus alledem folgt, daß eine generelle Arbeitszeitverkürzung mit automatischem Lohnausgleich nicht der geeignete Weg ist. Hilfreich wäre hingegen, einen breiteren Spielraum für Vereinbarungen auf betrieblicher Ebene zwischen Unternehmen und Arbeitnehmern zu schaffen. Solche Vereinbarungen würden sowohl den betrieblichen Erfordernissen als auch den Interessen der Arbeitnehmer an kürzerer oder längerer Arbeitszeit entgegenkommen.

271. Nachdem in den neuen Bundesländern zur Linderung des der Vereinigung folgenden Schocks in großem Umfang Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen eingesetzt worden sind, wird nun nach dem Beschäftigungseinbruch im Westen die Forderung laut, auch hier von diesem Instrument verstärkt Gebrauch zu machen. Auf diese Weise könne, so wird argumentiert, ein zweiter Arbeitsmarkt entstehen, auf dem die verfügbaren Arbeitskräfte in nutzbringender Weise Beschäftigung finden könnten. Kennzeichen dieses zweiten Arbeitsmarktes wäre, daß die Arbeitsentgelte in mehr oder weniger hohem Maße durch die Bundesanstalt für Arbeit subventioniert würden. Zur Begründung wird die eingängige Formel vorgebracht, es sei besser, Arbeit zu finanzieren als Arbeitslosigkeit. Der grundlegende Fehler dieser Überlegung liegt darin, daß nicht bedacht wird, welche Rückwirkungen vom zweiten Arbeitsmarkt auf den ersten ausgehen. Soweit die auf dem zweiten Arbeitsmarkt zustandekommenden Leistungen auch von Anbietern erbracht werden könnten, die ihre Arbeitskräfte auf dem ersten Arbeitsmarkt rekrutieren, käme es zu einer Verdrängung nichtsubventionierter durch subventionierte Arbeit. Der Nettoeffekt auf die Beschäftigung wäre schwer abzuschätzen. Auf jeden Fall aber würde ein Zuwachs an Beschäftigung mit Ineffizienz erkauft. Für beschränkte Zeit und begrenzte Bereiche könnte dies aus sozialpolitischen Gründen noch hingenommen werden. Länder und Gemeinden hätten aber ein starkes Interesse an der Ausweitung des zweiten Arbeitsmarktes, der ihnen finanzielle Entlastung brächte; sie könnten leicht argumentieren, daß bestimmte Aufgaben im öffentlichen Interesse liegen, aber ohne subventionierte Arbeit nicht finanzierbar wären. Dem Druck zur Ausweitung wäre bei hoher Arbeitslosigkeit schwer zu widerstehen. Es muß aber Klarheit darüber bestehen, daß Beschäftigungsprobleme nicht gelöst werden können, indem man der Schaffung von Arbeitsplätzen unbedingten Vorrang vor der Effizienz gibt.

Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik, durch die subventionierte Arbeitsplätze geschaffen werden, haben ihren Sinn, wenn es darum geht, abrupte Beschäftigungseinbrüche sozial abzufedern, dem Verlust von Humankapital entgegenzuwirken und Arbeitslosen aus speziellen Problemgruppen die Integration in das Arbeitsleben zu erleichtern. Einen Ersatz für reguläre Beschäftigung können sie nicht bieten, und sie verfehlen ihren Zweck in dem Maße, wie sie reguläre Beschäftigung behindern.

272. Der Staat hat seinen Beitrag zur Verbesserung der Angebotsbedingungen auch dadurch zu leisten, daß er das Netz der Gebote, Verbote, Auflagen und Genehmigungsverfahren, mit dem er wirtschaftliche Aktivitäten überzieht, einer gründlichen Revision unterwirft. Wichtiger noch ist, daß alle Märkte so weit wie nur möglich für den Wettbewerb geöffnet werden, daß wettbewerbsbeschränkende Marktregulierungen, abgesehen von wenigen begründeten Fällen, verschwinden, daß der Staat eigene wirtschaftliche Tätigkeit vor allem in den Bereichen durch Privatisierung zurückführt, wo damit mehr an dynamischem

Wettbewerb in Gang gesetzt werden kann. Die Abschottung von Märkten durch staatliche Monopolisierung oder zugangsbeschränkende Regulierungen führen zur Bürokratisierung und Immobilität; der Anschluß an die Entwicklung auf den internationalen Märkten wird dabei allzu leicht verpaßt. Ein Beispiel ist der Bereich der Telekommunikation. Wird das bisherige staatliche Monopol nicht dem Wettbewerb ausgesetzt und nicht zugleich durch Privatisierung in die Lage versetzt, sich am Markt bewähren zu können, so droht die Gefahr, daß die deutsche Wirtschaft auf einem der wichtigsten und zukunftsträchtigsten Wachstumsmärkte unwiderruflich ins Hintertreffen gerät.

273. Die Stärke der deutschen Wirtschaft beruht entscheidend auf ihrer Wettbewerbskraft im internationalen Handel. Ein Land, das in diesem Ausmaß auf freien Handel angewiesen ist, muß auch ohne Vorbehalt akzeptieren, daß der Wettbewerb von außen auch Anpassungen der eigenen Struktur notwendig macht, oft auf schmerzhafte Weise. Mit der Schaffung des europäischen Binnenmarktes ist die deutsche Wirtschaft in einen dem Wettbewerb verpflichteten Verbund hineingewachsen, den es zu bewahren und auszubauen gilt. Dazu gehört auch das konsequente Hinarbeiten auf eine europäische Währungsunion, ohne unnötigen Zeitdruck und zu wohlbedachten Bedingungen, aber mit klaren Zielvorstellungen. Von großer Bedeutung ist zudem, daß auch über die Grenzen der Europäischen Gemeinschaft hinaus dem freien Handel Raum gegeben wird. Es darf nicht dazu kommen, daß sich die leistungskräftigen Wirtschaftsräume in Europa, Amerika und Ost- und Südostasien gegeneinander abschotten, daß europäischen Anbietern damit wichtige Wachstumsmärkte verschlossen bleiben. Die Wirtschaftsentwicklung in Mittel- und Osteuropa hängt entscheidend davon ab, daß die dort tätigen Unternehmen Zugang zu den Märkten in Westeuropa gewinnen; davon aber hängt auch wieder ab, inwieweit dort kaufkräftige Märkte für Anbieter aus Deutschland und anderen EG-Ländern entstehen. Handelsschranken zwischen der Europäischen Gemeinschaft und der übrigen Welt abzubauen, liegt im deutschen Interesse, ebenso aber auch im Interesse der europäischen Partner, die von der Wachstumsdynamik in anderen Teilen der Welt nicht abgeschnitten werden wollen. Die Uruguay-Runde des GATT wird für Europa zum Prüfstein dafür, ob es bereit ist, sich der Herausforderung eines freien Welthandels zu stellen und die darin liegenden Chancen wahrzunehmen.

IV. Junge Bundesländer: Keine Alternative zur wachstumsorientierten Politik

Fortschritte in einem beschwerlichen Transformationsprozeß

274. Im dritten Jahr nach der Vereinigung bietet die wirtschaftliche Entwicklung in den jungen Bundesländern ein zwiespältiges Bild. Ermutigende Erfolge sind bei der Verbesserung der Infrastruktur und bei der Entstehung marktorientierter Unternehmen durch Privatisierung oder Neugründung zu verzeichnen. Der Rückgang der Beschäftigung ist fast zum Stillstand gekommen; der immer noch weitergehende Abbau von Arbeitsplätzen wird inzwischen zum größten Teil durch die Entstehung von neuen ausgeglichen. Doch verharrt die Arbeitslosigkeit auf hohem Niveau, und mit einer baldigen durchgreifenden Besserung kann nicht gerechnet werden; die Sorge um den Arbeitsplatz überschattet für viele Menschen das, was bisher an Positivem erreicht wurde. In der Industrie sind nach dem schweren Produktionseinbruch im Anschluß an die Vereinigung und der nachfolgenden Stagnationsphase in steigendem Maße Anzeichen einer allmählichen Erholung erkennbar. Nach wie vor fällt es den Unternehmen aber schwer, sich im überregionalen Wettbewerb zu behaupten und durchzusetzen. Nach wie vor besteht die Diskrepanz zwischen einer gesamtwirtschaftlichen Nachfrage, die die Produktion weit übersteigt, und Produktionskapazitäten, die nicht ausgelastet sind. Die Lücke zwischen Produktion und Nachfrage muß immer noch überwiegend durch Transfers geschlossen werden, die zum großen Teil in konsumtive Verwendungen fließen.

275. Die Wirtschaftspolitik stand bei der Vereinigung vor einer Aufgabe, für deren Lösung sie weder auf Erfahrungen noch auf wissenschaftliche Erkenntnisse zurückgreifen konnte. Es war nicht nur die Transformation eines sozialistischen in ein marktwirtschaftliches System zu bewältigen; die schon damit angelegte strukturelle Anpassungskrise wurde noch erheblich dadurch verschärft, daß die Wirtschaft im östlichen Landesteil ohne Übergang in einem einheitlichen Währungsraum dem Wettbewerb mit markterfahrenen und leistungsfähigen Unternehmen ausgesetzt wurde. Erschwerend kam hinzu, daß mit der Vereinigung euphorische Hoffnungen genährt worden waren, im Ostteil des Landes könne mit dem Übergang zur Marktwirtschaft schon bald das gleiche Wohlstandsniveau wie im Westteil erreicht werden, dies auch noch ohne fühlbare Beeinträchtigung der Wohlstandsentwicklung im Westen.

Die Wirtschaftspolitik konnte nicht nach einer im voraus geplanten Grundkonzeption vorgehen, mußte vielmehr das Instrumentarium erst entwickeln und den sich vor allem zu Anfang schnell wandelnden Problemlagen anpassen. Sie hat sich dabei von dem Ziel leiten lassen, dem Ostteil des Landes zu eigenständiger Wirtschaftskraft auf der Grundlage eines wettbewerbsfähigen Produktangebots zu verhelfen. War die Strategie marktwirtschaftlich geprägt, so kam dem Staat doch eine führende Rolle zu, etwa bei der Privatisierungspraxis der Treuhandanstalt, bei der massiven Investitionsförderung oder in der aktiven Arbeitsmarktpolitik. Vielfach sind Bedenken laut geworden, weil der Kurs der Wirtschaftspolitik allzu sehr von marktwirtschaftlichen Grundsätzen abzuweichen schien. Auch der Sachverständigenrat hat mehrfach vor Irrwegen gewarnt (SG 91, JG 91 Ziffern 478ff., JG 92 Ziffern 294ff.), nicht weil bestimmte Maßnahmen als solche nicht marktkonform waren, sondern wenn sich die Gefahr abzeichnete, daß das Erreichen des Ziels, eine sich in marktwirtschaftlicher Umgebung eigenständig behauptende Wirtschaft, in Frage gestellt war. Wie auch immer man bestimmte Maßnahmen im einzelnen beurteilt: Ein erprobtes und

in jeder Hinsicht marktkonformes Instrumentarium stand der Wirtschaftspolitik zur Bewältigung der Anpassungskrise nach der Vereinigung nicht zur Verfügung. Es mußten ungewöhnliche Wege beschritten werden, und dies ist geschehen. Wichtig ist, daß dabei stets das Ziel im Blick bleibt und Fehlentwicklungen rechtzeitig erkannt und korrigiert werden.

Von maßgeblicher Bedeutung für die wirtschaftliche Entwicklung in den neuen Bundesländern ist, daß dort eigenständige Unternehmen entstehen, darunter in genügender Anzahl auch solche, die im überregionalen Wettbewerb Nachfrage auf sich ziehen. Die Wirtschaftspolitik fördert die Erneuerung der Wirtschaftsstruktur durch Privatisierung der früher staatseigenen Unternehmen, durch Ausbau der Infrastruktur, durch Beseitigung von Investitionshemmnissen, durch direkte finanzielle Förderung unternehmerischer Aktivitäten, vor allem in Form der Investitionsförderung; der Arbeitsmarktpolitik kommt dabei die wichtige Funktion zu, soziale Härten abzumildern, zugleich aber auch Qualifikationen zu erhalten und neuen Erfordernissen anzupassen. Diese Grundlinie der Wirtschaftspolitik ist richtig, sie muß geduldig und konsequent weiterverfolgt werden. Maßstab für den Erfolg darf nicht sein, ob die hochgespannten Hoffnungen des Vereinigungsjahres sich bald erfüllen. Das wirtschaftliche Gefälle zwischen alten und neuen Bundesländern ist nach wie vor groß, und es wird sich nicht in wenigen Jahren ausgleichen lassen. Aber die Unterschiede werden geringer, nicht nur hinsichtlich der Einkommen, sondern auch in der Leistungskraft, mit der diese Einkommen auf die Dauer gesichert werden müssen. Vor allem im Vergleich mit den östlichen Nachbarstaaten, die auf dem beschwerlichen Weg der Transformation zur Marktwirtschaft trotz entschlossenen Reformwillens nur mühsam vorankommen, wird deutlich, daß der in Deutschland eingeschlagene Weg der wirtschaftlichen Integration und die damit verbundene Wirtschaftspolitik schneller und mit weniger Entbehrungen zum erstrebten Ziel führen. Beschwerlich ist der Transformationsprozeß auch in Deutschland, aber doch weit weniger als anderswo und mit Fortschritten, die zuversichtlich stimmen.

276. Ein Grundproblem der Wirtschaftspolitik war und ist heute noch, daß von den außerordentlich hohen Transfers, die für die neuen Bundesländer aufgebracht werden, ein großer Teil nicht in investive, sondern in konsumtive Verwendungen fließt. Dies ist zum erheblichen Teil dadurch bedingt, daß die Arbeitslosigkeit beträchtlich war, die sozialen Leistungen ein hohes Niveau erreicht haben, und die nicht zuletzt wegen hoher Löhne großen Verluste der Treuhandunternehmen durch Subventionen ausgeglichen wurden. Dies wirkt sich unmittelbar auf die Höhe der Transfers aus, die über die Bundesanstalt für Arbeit, die Rentenversicherung, die Treuhandanstalt, zum Teil auch über die Haushalte der neuen Bundesländer und ihrer Gemeinden als Löhne oder Sozialleistungen gezahlt werden und damit für Konsumzwecke zur Verfügung stehen. Diese Entwicklung kann nicht rückgängig gemacht werden. Sie darf sich aber auch nicht ungehemmt fortsetzen; je mehr von dem hohen, aber doch nicht unbegrenzten Transfervolumen an konsumtive Verwendungen gebunden wird, desto weniger bleibt übrig für Investitionen, die Leistungskraft für die Zukunft schaffen. Vor allem der Ausbau der Infrastruktur erfordert nach wie vor den Einsatz hoher Mittel. Transferbedarf für konsumtive Zwecke nach Möglichkeit zu begrenzen und dadurch mehr Spielraum für investive Zwecke zu gewinnen, darauf müssen sich die Bemühungen der staatlichen Wirtschaftspolitik und der Tarifpolitik heute richten. Dies ist heute um so eher möglich, als bereits erhebliche Verbesserungen in Konsum und Lebensqualität erreicht worden sind. Der Anstieg der staatlichen Investitionen und der Mittelbereitstellung im Rahmen von Förderprogrammen ist ein Indiz dafür, daß sich der Schwerpunkt bei den Transfers allmählich in die wünschenswerte Richtung verlagert.

Privatisierung der Unternehmen vor dem Abschluß

277. Die Fortschritte der Treuhandanstalt bei der Privatisierung der ihr anvertrauten Unternehmen übertreffen alle Erwartungen. Es zeichnet sich ab, daß die Privatisierung der Unternehmen im vierten Jahr nach der Vereinigung weitgehend zum Abschluß gebracht werden kann. Für die Unternehmen sind durch die Privatisierung Chancen auf eine erfolgreiche Sanierung eröffnet worden. Ob die Sanierungsbemühungen bei der großen Mehrzahl von ihnen erfolgreich sein werden, in wie vielen Fällen sie trotz der Privatisierung scheitern werden, ist zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht absehbar. Einzelne Fehlschläge, die in der Öffentlichkeit besondere Aufmerksamkeit finden, sollten den positiven Eindruck des Gesamtbildes nicht trüben. Die Übernahme der Unternehmen durch private Investoren, die Sanierungschancen sehen und sie mit eigenem Risiko wahrnehmen, ist der notwendige erste Schritt, der den Erfolg nicht gewährleistet, aber ihn doch ein gutes Stück näher bringt.

Die Treuhandanstalt konnte ihre Aufgaben im Unternehmensbereich nur deshalb so schnell zum Abschluß bringen, weil sie sich konsequent an den Grundsatz gehalten hat, daß der Weg zur Sanierung am besten durch Privatisierung eröffnet werden kann, zugleich auch, daß Sanierung erst mit der Privatisierung ihren erfolgreichen Abschluß erreicht. Die vielfach als Alternative geforderte Strategie, die Privatisierung zurückzustellen und zunächst in eigener Regie die Sanierung vorzunehmen, hätte dazu geführt, daß ein großer Bestand notleidender Unternehmen in der Obhut der Treuhandanstalt geblieben wäre. Die Vorstellung, daß die Treuhandanstalt als Holding eines Mammut-Konzerns in der Breite Sanierungserfolge hätte erzielen können, ist illusorisch. Aufschlußreich ist, daß heute die Anwendung tarifvertraglicher Härteklauseln auf Treuhandunternehmen mit der Begründung verweigert wird, die Treuhandanstalt sei gegenüber sanierungsfähigen Unternehmen grundsätzlich zur Eigenkapitalzufuhr und zur Aufrechterhaltung der Liquidität verpflichtet. Dies begründet die Vermutung, daß die Tarifpolitik sich jeglicher Verpflichtung zur Rücksichtnahme auf die wirtschaftliche Lage der Unternehmen entbunden gefühlt hätte, wenn die Treuhandanstalt von Anfang an der Sanie-

rung Vorrang vor der Privatisierung gegeben hätte. Daß es richtig ist, die Privatisierung in kurzer Zeit zum Abschluß zu bringen, wird auch dadurch bestätigt, daß die Treuhandanstalt heute zunehmend unter politischen Druck gerät und an Handlungsfreiheit einbüßt. Die Bedingungen, unter denen sie sich ihrer Aufgabe erfolgreich zu widmen vermochte, konnten nur für eine Übergangszeit Bestand haben; auf die Dauer hätte sie sich einer Politisierung aller Entscheidungsprozesse nicht entziehen können.

278. Die Anzahl der Unternehmen, die die Treuhandanstalt noch zur Privatisierung anbietet, wird von Monat zu Monat deutlich geringer. Ende September waren es noch 468 Unternehmen mit 120 000 Beschäftigten. Auch bei erfolgreicher Fortsetzung der bisherigen Politik ist aber damit zu rechnen, daß eine gewisse Anzahl von Unternehmen übrigbleibt, wenn die Treuhandanstalt im Laufe des Jahres 1994 ihre Tätigkeit im operativen Bereich zum Abschluß bringt. Aller Voraussicht nach wird es sich nur um wenige Unternehmen handeln, mit einer Beschäftigtenzahl, die insgesamt kaum über 50 000 liegen dürfte. Darunter werden sich zwar einige größere Industrieunternehmen von regionaler Bedeutung befinden. Auch wenn man bedenkt, daß mehr Arbeitsplätze vom Bestand dieser Unternehmen abhängen als die der unmittelbar darin Beschäftigten, ist die Bedeutung dieses Segments für den Arbeitsmarkt in den neuen Bundesländern insgesamt gering.

Die Bundesregierung hat die Absicht bekundet, Unternehmen, die sanierungsfähig sind, zur Zeit aber nicht privatisiert werden können, weiter zu erhalten und in ihren Sanierungsbemühungen zu unterstützen. In Verbindung damit wird das Ziel propagiert, „industrielle Kerne" in den jungen Bundesländern zu erhalten. Diese Formulierung ist unglücklich, weil sie den Eindruck erweckt, es handele sich um Unternehmen, die zu Zentren neuer und leistungsfähiger industrieller Strukturen werden könnten. Dies ist wenig wahrscheinlich; schon die Bezeichnung der Unternehmen als sanierungsfähig erweckt irrige Vorstellungen; es bedeutet nur, daß die Sanierung nicht von vornherein aussichtslos erscheint. Die Vermutung, daß die Privatisierung deswegen bislang nicht gelungen ist, weil die Aussichten auf erfolgreiche Sanierung gering sind, wird in den meisten Fällen schwer zu widerlegen sein. Es kann bei der Erhaltung dieser Unternehmen somit nur darum gehen, Sanierungsbemühungen auch bei geringen Erfolgsaussichten noch für eine Weile fortzusetzen, oder auch nur aus regionalpolitischen Erwägungen unvermeidliche Anpassungsprozesse zu verzögern und dadurch soziale Härten abzumildern. Es muß vermieden werden, daß falsche Hoffnungen entstehen, die später mit großer Wahrscheinlichkeit enttäuscht werden, eine Erfahrung, die man mit Erhaltungssubventionen in Westdeutschland häufig genug gemacht hat, und die erklärt, warum es so schwer ist, derartige Subventionen jemals wieder abzubauen.

279. Für Unternehmen, deren Privatisierung der Treuhandanstalt nicht mehr gelingt, muß, soweit sie nicht stillgelegt werden, eine neue Form der Trägerschaft gefunden werden. Eine schon früher vom Sachverständigenrat befürwortete Lösung wäre, diese Unternehmen den Ländern zu übertragen (JG 91 Ziffer 503). Die Entscheidung, ob Unternehmen weiter erhalten werden, ist in erster Linie unter regionalpolitischen Gesichtspunkten zu treffen; sie gehört damit in die Kompetenz der Länder, die als maßgebliche Träger der Regionalpolitik darüber befinden müssen, wofür sie ihre knappen Mittel einsetzen, für die Erhaltung von Unternehmen oder für andere Formen der Regionalförderung wie Infrastrukturinvestitionen oder Investitionszuschüsse an private Unternehmen. In einigen Fällen sind Unternehmen bereits von Ländern übernommen worden, in anderen gibt es Sanierungsbemühungen in Kooperation zwischen Land und Treuhandanstalt. Letzteres ist allerdings auf die Dauer keine gute Lösung, weil den Ländern damit die Möglichkeit eröffnet wird, die Erhaltung von Unternehmen als regionalpolitisches Instrument einzusetzen, ohne die Folgen dafür im eigenen Budget tragen zu müssen. Ähnliche Bedenken gelten hinsichtlich der zunächst naheliegenden Übertragung von Unternehmen an den Bund; auch dabei sind Konflikte angelegt zwischen dem Bund, der die Erhaltung durch Subventionen zu finanzieren hätte, und dem betroffenen Land, das für die Kosten nicht aufkommen müßte, deswegen aber um so nachdrücklicher sein regionalpolitisches Interesse an der Erhaltung geltend machen würde.

Als besondere Form der Trägerschaft für sanierungsfähige kleinere und mittlere Unternehmen hat die Treuhandanstalt die Konstruktion der Management-Gesellschaften entwickelt. Davon gibt es bisher fünf, denen jeweils bis zu fünfzehn Unternehmen übertragen worden sind. Der Grundgedanke ist, daß Sanierungsbemühungen in einem begrenzten und überschaubaren Bereich bessere Aussichten auf Erfolg haben, insbesondere, wenn das Management durch Beteiligung am Gewinn zu erfolgreicher Sanierung und Privatisierung motiviert wird. Zwar bleiben die meisten Unternehmen vorerst noch auf Finanzhilfen der Treuhandanstalt angewiesen; diese sind jedoch zeitlich begrenzt. Wie erfolgreich die Management-Gesellschaften sein werden, ist zur Zeit noch schwer abzusehen. Die den Management-Gesellschaften übertragenen Unternehmen befinden sich zum großen Teil noch tief in der Verlustzone. Auch in diesen Fällen geht es darum, mögliche Chancen für Sanierung und spätere Privatisierung nicht ungenutzt zu lassen. Die Management-Gesellschaften stellen aber nur eine Übergangslösung dar; ob die Unternehmen saniert werden können oder stillgelegt werden müssen, wird sich noch entscheiden.

Ausgleich von Standortnachteilen für Unternehmen

280. In den neuen Ländern war von Anfang an die Investitionsförderung das vorrangig eingesetzte Instrument, um die in der Übergangsphase bestehenden Standortnachteile für Unternehmen auszugleichen. Nachdem diese Entscheidung einmal getroffen war, entsprach es dem Erfordernis der Kontinuität in der Wirtschaftspolitik, daran festzuhalten. Die Investitionsförderung ist degressiv angelegt; zwei wesentliche Bestandteile, die Investitionszulage und die Sonderabschreibungen, sollen 1996 auslaufen. Grund-

sätzlich läßt sich eine Investitionsförderung in dem Umfang, wie sie in den neuen Bundesländern praktiziert wird, nur für begrenzte Zeit rechtfertigen. Vorrangig muß das Ziel verfolgt werden, die Standortqualität so zu verbessern, daß Investitionen sich auch ohne direkte finanzielle Förderung lohnen. Die anfangs gravierenden Standortnachteile der neuen Bundesländer sind durch die Verbesserung der Infrastruktur und den Abbau von administrativen Investitionshemmnissen schon stark reduziert worden; dies wird sich fortsetzen. Eine Verlängerung der Investitionsförderung über 1996 hinaus kann deswegen nur in reduzierter und veränderter Form in Betracht gezogen werden, vor allem mit regionaler Begrenzung und Beschränkung auf bestimmte Wirtschaftsbereiche, insbesondere auf industrielle Investitionen. Die Förderung würde damit auf Bereiche und Regionen konzentriert, für die sich die Standortnachteile nur mit großer Verzögerung ausgleichen lassen.

Dabei stellt sich die Frage, welchem Instrument der Investitionsförderung der Vorzug zu geben wäre, Investitionszulagen, auf die Rechtsanspruch besteht, oder Investitionszuschüssen, wie sie im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur" und des Europäischen Regionalfonds vorgesehen sind, die aber nur auf Antrag und ohne Rechtsanspruch gewährt werden. Für eine Förderung ohne Rechtsanspruch könnte sprechen, daß nach freiem Ermessen Schwerpunkte gebildet werden können. Andererseits ist aus Sicht des Investors besonders wichtig, daß er möglichst frühzeitig und nicht erst nach einem langwierigen Antrags- und Genehmigungsverfahren über zuverlässige Kalkulationsgrundlagen verfügt. Der Investitionsanreiz kommt unmittelbarer zur Geltung, wenn, wie bei der Investitionszulage, ein Rechtsanspruch besteht. Eine nach Regionen, Wirtschaftsbereichen und besonderen Merkmalen der Investitionen differenzierte Förderung ist auch mit dem Instrument der Investitionszulage möglich; nur müssen die Bedingungen, unter denen sie zu gewähren ist, gesetzlich genau spezifiziert werden. Dies führt zu umfangreichen und schwer verständlichen Gesetzestexten. Ausschlaggebend sollte in jedem Fall sein, daß die Investitionsanreize nicht durch bürokratische Verfahren beeinträchtigt werden.

281. Zur Diskussion steht heute der Vorschlag, als weitere Fördermaßnahme eine Wertschöpfungspräferenz einzuführen. Dabei handelt es sich um eine Variante der vor einem Jahr noch zur Debatte stehenden Mehrwertsteuerpräferenz; der Unterschied liegt im wesentlichen darin, daß die Präferenz unabhängig von der Mehrwertsteuer zu gewähren ist und auch an einer anders definierten Bemessungsgrundlage anknüpft; sie soll zudem auf Industrieunternehmen beschränkt bleiben. Die vom Sachverständigenrat gegen die Mehrwertsteuerpräferenz vorgebrachten Bedenken (JG 92 Ziffern 307 ff.) gelten zum großen Teil auch in bezug auf die Wertschöpfungspräferenz. Der grundlegende Einwand ist, daß die Wertschöpfungspräferenz zusätzlich zu der bereits festliegenden Investitionsförderung gewährt werden müßte. Damit ergäbe sich eine Kumulation von Subventionen, bei der zweifelhaft wäre, ob Unternehmen, die darauf angewiesen sind, in absehbarer Zeit auf eigenen Füßen stehen könnten. Darüber hinaus gibt es eine Reihe von weiteren Bedenken. Die vertikale Integration würde begünstigt, da die Vorleistungen nichtindustrieller Lieferanten unberücksichtigt blieben. Mißbräuche wären nicht auszuschließen; zwischen verbundenen Unternehmen kann durch die Preisgestaltung Wertschöpfung in das Fördergebiet verlagert werden. Auch wenn die Präferenz nicht unmittelbar an der Bemessungsgrundlage der Mehrwertsteuer anknüpft, bleibt zweifelhaft, ob sie mit EG-Recht vereinbar wäre.

282. Vielen Unternehmen in den neuen Bundesländern fällt es heute schwer, auf Märkten Fuß zu fassen, auf denen sie mit westdeutschen oder ausländischen Anbietern im Wettbewerb stehen. Dies liegt teils daran, daß sie mit der Produktentwicklung immer noch im Rückstand sind, teils auch an ihren hohen Kosten, die die preisliche Wettbewerbsfähigkeit beeinträchtigen. Um sich Marktzutritt zu verschaffen, genügt es für sie nicht, mit den bereits etablierten Wettbewerbern gleichzuziehen; wer Kunden zum Lieferantenwechsel veranlassen will, muß in der Lage sein, bessere Angebote zu machen als die Konkurrenz. Deswegen stellt sich die Frage, ob die Investitionsförderung nicht durch Maßnahmen zur Unterstützung von Absatzbemühungen ergänzt werden sollte. In diese Richtung zielt auch der Vorschlag einer Wertschöpfungspräferenz; diese würde allerdings nur die preisliche Wettbewerbsfähigkeit verbessern und den Unternehmen, die noch keine marktgerechten Produkte anbieten können, nur wenig helfen.

Die Möglichkeiten zur Unterstützung von Absatzbemühungen sind begrenzt. Gleichwohl wird es versucht:

— Als eine sehr wirksame Form der Absatzförderung gilt die Exportversicherung mit dem Instrument der Hermes-Deckung. Sie ist dennoch höchst problematisch. Dieses Förderungsinstrument wurde und wird in erheblichem Umfang eingesetzt, um die Lieferbeziehungen nach Osteuropa, insbesondere in die Nachfolgestaaten der Sowjetunion nicht vollkommen zusammenbrechen zu lassen. Die Grenzen einer sinnvollen Anwendung des Instruments sind dann erreicht, wenn die Deckung darauf hinausläuft, daß der Kaufpreis mit großer Wahrscheinlichkeit nicht vom Käufer, sondern letztlich aus dem Bundeshaushalt bestritten wird. Deswegen darf von dem Instrument nur begrenzt Gebrauch gemacht werden.

— Für öffentliche Aufträge gibt es Sonderregelungen, die es ermöglichen, Anbietern aus den neuen Bundesländern auch dann den Zuschlag zu geben, wenn sie nicht das preisgünstigste Angebot machen. Auf privater Ebene zielt die „Einkaufsoffensive Neue Bundesländer" ebenfalls darauf ab, ostdeutsche Anbieter bevorzugt bei der Auftragsvergabe zu berücksichtigen. Derartige Initiativen sind zu begrüßen, doch darf der Effekt nicht überschätzt werden. Öffentliche Auftraggeber, vor allem solche aus den neuen Bundesländern, können es sich bei der gegenwärtigen Finanzlage gar nicht leisten, einen ostdeutschen Lieferanten zu bevorzugen, wenn er nicht in Qualität und Preis das gleiche bietet wie ein westdeutscher Konkur-

rent. Erst recht gilt dies für Unternehmen in der schwierigen Lage einer abklingenden Rezession. Zudem werden die betroffenen westdeutschen Anbieter verstärkt Anstrengungen unternehmen, um nicht aus dem Markt verdrängt zu werden.

— Verschiedene Förderprogramme richten sich auf die Unterstützung spezieller absatzpolitischer Maßnahmen in kleinen und mittleren Unternehmen. Hierzu gehört die Förderung der Beteiligung an Messen und Ausstellungen im Inland und im Ausland.

— Für kleine und mittlere Unternehmen in den neuen Bundesländern gibt es finanzielle Unterstützung für Vorhaben zur Entwicklung von innovativen Produkten und Verfahren sowie Programme zur Personalförderung, aus denen Zuschüsse zu den Löhnen und Gehältern des in Forschung und Entwicklung tätigen Personals geleistet werden.

Je näher die Förderung am Absatzmarkt ansetzt, desto unmittelbarer greift sie in den Wettbewerb in einer für die nicht begünstigten Anbieter direkt fühlbaren Weise ein. Die Voraussetzungen für erfolgreichen Absatz zu schaffen, ist ureigene Aufgabe des Unternehmers; der Staat kann ihn dabei nur indirekt unterstützen. Ein Ansatzpunkt zur verstärkten Förderung kann im Bereich der Forschung und Entwicklung gesehen werden. Durch indirekte Förderung kann ohne lenkenden Eingriff den Unternehmen die schwierige Aufgabe erleichtert werden, Anschluß in der Produktentwicklung zu finden und damit eine unerläßliche Voraussetzung für den Absatzerfolg zu erfüllen.

Wirtschaftsförderung mit regionaler Differenzierung

283. Die Förderung des wirtschaftlichen Aufbaus in den neuen Bundesländern, zunächst flächendeckend angelegt, muß Orientierungspunkte für eine regionale Differenzierung gewinnen. Beim Ausbau der überörtlichen Infrastruktur ist es unumgänglich, daß Schwerpunkte und Prioritäten festgelegt werden. Regionale Erwägungen sollten aber auch bei der Mittelzuweisung für die lokale Infrastruktur eine Rolle spielen. Auch für andere Förderungsinstrumente, vor allem für die Investitionsförderung, ist eine verstärkte Orientierung an regionalen Gegebenheiten angezeigt. Dem widerspricht, daß die Mittel, die der Bund ab 1995 zehn Jahre lang zum Ausgleich unterschiedlicher Wirtschaftsstruktur und zur Förderung des wirtschaftlichen Wachstums zahlt, den neuen Bundesländern gemäß der Einwohnerzahl zufließen. Eine solche Aufteilung mag in der Anfangsphase des Aufbauprozesses vertretbar gewesen sein, da generell ein Nachholbedarf in der Infrastruktur bestand. Immer mehr dürften nun aber eine regionale Differenzierung und damit ein anderes Verteilungsverfahren geboten sein.

Die Regionalpolitik, getragen von den Ländern und im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur" von Bund und Ländern gemeinsam, kann sich grundsätzlich an zwei Zielen orientieren. Die Orientierung am Wachstumsziel führt dazu, daß der Mitteleinsatz dort konzentriert wird, wo das größte Wachstumspotential vermutet wird. Bei Orientierung am Ausgleichsziel haben die Regionen Vorrang, die am wenigsten entwickelt sind, somit den größten Nachholbedarf aufweisen. Die Regionalpolitik in den neuen Bundesländern wird beide Ziele in abgewogener Weise zu berücksichtigen haben.

Dem Ausgleichsziel wird insoweit Rechnung zu tragen sein, als auch den Regionen mit geringem Entwicklungspotential, dünn besiedelten und vorwiegend landwirtschaftlich geprägten Räumen, eine Mindestausstattung an Infrastruktur zu gewährleisten ist. Ebenso entspricht es dem Ausgleichsziel, wenn Regionen, deren wirtschaftliche Entwicklung ohnehin bereits kräftig voranschreitet, weniger intensiv gefördert werden; solche Regionen sind in den neuen Bundesländern heute noch selten, aber es zeichnet sich in vielen Fällen schon ab, wo in Zukunft die Förderung reduziert werden kann.

Aus Sicht beider Ziele, des Ausgleichsziels wie des Wachstumsziels, verdienen solche Regionen besonderes Interesse, die zum einen in der wirtschaftlichen Entwicklung zurückgeblieben sind, zum anderen aber über Potentiale verfügen, aus denen künftiges Wachstum hervorgehen kann. Dies kann vor allem für alte Industrieregionen mit ausgeprägter Monostruktur vermutet werden, deren industrielle Basis weitgehend zusammengebrochen ist, in denen aber gute Voraussetzungen dafür bestehen, daß sie durch geeignete Förderung wieder zu attraktiven Standorten für industrielle Neuansiedlungen werden; eine positive Beurteilung der Entwicklung solcher Standorte kann sich gründen auf das Vorhandensein erfahrener, zum Teil gut ausgebildeter Arbeitskräfte, günstig gelegener und verhältnismäßig leicht zu erschließender Gewerbeflächen, einer zwar vernachlässigten, aber ausbaufähigen Infrastruktur, von der Verkehrsanbindung über Versorgungs- und Entsorgungseinrichtungen bis hin zu Schulen und sozialen Einrichtungen; auch die Bereitschaft, Industrieansiedlungen zu akzeptieren, und die Fähigkeit, die damit verbundenen administrativen Probleme zu meistern, kann von Bedeutung sein. Wo solche Voraussetzungen erfüllt sind, kann man sinnvollerweise von ausbaufähigen „industriellen Kernen" sprechen, allerdings nicht in dem heute verbreiteten Verständnis, daß die dort vorhandenen alten Industriebetriebe mit Hilfe von Subventionen zu erhalten wären. Zu Hoffnungsträgern können richtig verstandene „industrielle Kerne" nur werden, wenn man auf die Entstehung neuer und wettbewerbsstarker Industrien setzt, die die vorhandenen Potentiale nutzen. Die Regionalpolitik kann dies durch Infrastrukturinvestitionen und durch finanzielle Investitionsförderung unterstützen.

284. Es ist erfahrungsgemäß schwer, im politischen Prozeß eine sachgerechte Auswahl der aus Sicht des Wachstumsziels zu fördernden Regionen zu treffen und die am besten geeigneten Instrumente der Förderung zu bestimmen. Die Erfahrungen mit der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur" im früheren Bundesgebiet bieten keinen Anlaß zu hochgespannten Erwartungen. Die Wirtschaftspolitik kommt aber nicht daran vorbei, die

Förderung nach geeigneten Kriterien regional zu differenzieren; die einzige Alternative — undifferenzierte flächendeckende Förderung — wäre eine schlechte Lösung.

Die Probleme einer durch Bund und Länder bestimmten Regionalpolitik liegen zum Teil darin begründet, daß Informationsdefizite hinsichtlich der lokalen Verhältnisse, vor allem hinsichtlich der zweckmäßigsten Ansatzpunkte für eine erfolgversprechende Förderung, bestehen. Dies spricht dafür, Entscheidungskompetenzen weitgehend auf die kommunale oder regionale Ebene zu verlagern, wobei regionale Instanzen, etwa in Form kommunaler Zweckverbände, zu schaffen wären, wo sie noch fehlen. Über Maßnahmen zum Ausbau der Infrastruktur, zur Erschließung von Bauland und Gewerbeflächen, zur Verbesserung der Umweltbedingungen und der allgemeinen Lebensqualität kann zum erheblichen Teil am besten auf kommunaler oder regionaler Ebene entschieden werden. Die Mittel dafür können vor allem über den kommunalen Finanzausgleich zur Verfügung gestellt werden. Wichtig ist, daß dabei die Gestaltungsfreiheit kommunaler oder regionaler Entscheidungsträger nicht zu sehr eingeschränkt wird, daß aber auch keine Fehlanreize entstehen. Das Eigeninteresse der Kommune oder der Regionalinstanz muß durch einen angemessenen Eigenbeitrag dokumentiert werden. Die Zweckbindung der Mittel darf nicht so eng vorgegeben sein, daß sie in Verwendungen gelenkt werden, die nach dem Urteil der Entscheidungsträger am Ort gar nicht die höchste Priorität verdienen.

Belastung durch die Lohnpolitik

285. Nach wie vor ist die wirtschaftliche Entwicklung in den jungen Bundesländern durch die Auswirkungen einer Lohnpolitik belastet, die vorrangig die Angleichung des Lohnniveaus an das in Westdeutschland anstrebt, dabei aber eine wirtschaftliche Leistungskraft vorwegnimmt, die in den meisten Unternehmen bei weitem noch nicht erreicht ist. Alle Appelle, in der Tarifpolitik hinreichend Raum für eine an der Leistungskraft der einzelnen Unternehmen orientierte breite Lohndifferenzierung zu schaffen, sind bislang weitgehend auf taube Ohren gestoßen. Die Hoffnung, daß mit der Einführung von Härteklauseln in den Tarifverträgen der Metallindustrie eine erste Öffnung zur Anpassung von tarifvertraglichen Vereinbarungen an die besonderen Bedingungen einzelner Unternehmen ermöglicht würde, hat getrogen. Die Anwendung der Härteklauseln war an sehr enge Bedingungen geknüpft, die zudem in der praktischen Handhabung äußerst restriktiv ausgelegt wurden; im Ergebnis wurde die Anwendung der Härteklauseln, von ganz wenigen Ausnahmen abgesehen, verweigert.

Die einfache Grundregel, daß die Tarifpolitik nur das verteilen darf, was in den Unternehmen erwirtschaftet wird, ist in den neuen Bundesländern systematisch mißachtet worden. Die Begründung, in Ost und West müsse für gleiche Arbeit der gleiche Lohn gezahlt werden, läßt außer Betracht, daß dies nur unter der Voraussetzung gleicher Produktivität realisierbar ist. Der Versuch, eine für die Zukunft erhoffte Leistungskraft vorwegzunehmen, kann dazu führen, daß das angestrebte Ziel gar nicht erreicht wird; eine verantwortungsbewußte Tarifpolitik ist das nicht.

286. Der Arbeitsmarktpolitik ist die Aufgabe zugefallen, die mit der Neustrukturierung der ostdeutschen Wirtschaft verbundenen Härten abzumildern, zugleich aber auch Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß die Arbeitslosen den Anschluß an das Arbeitsleben nicht verlieren. In der besonderen Situation in Ostdeutschland war und ist es gerechtfertigt, in großem Umfang subventionierte Beschäftigung durch Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen zu ermöglichen. Ihr Zweck ist neben der Milderung sozialer Spannungen vor allem, die Motivation und Qualifikation der Arbeitnehmer zu erhalten. Daß durch Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen in schwer einzuschätzendem Umfang auch die Tätigkeit privater Unternehmen verdrängt wird, muß und kann in der schwierigen Übergangsperiode hingenommen werden, ebenso daß auf diesem Umweg die Bundesanstalt für Arbeit nicht unbeträchtlich zur Finanzierung von öffentlichen Aufgaben beiträgt, die eigentlich den Ländern und Gemeinden obliegen. Aus dieser Sicht ist auch die zum Jahresbeginn neu geschaffene Regelung der „Produktiven Arbeitsförderung Ost" nach § 249h AFG, die die finanzielle Unterstützung von Tätigkeiten in den Bereichen Umweltsanierung, soziale Dienste und Jugendschutz vorsieht, grundsätzlich positiv zu beurteilen.

Der Sachverständigenrat hat aber mehrfach betont, daß sich daraus keine dauerhaften Strukturen entwikkeln dürfen (JG 91 Ziffern 528ff., JG 92 Ziffern 309f.); hinzuzufügen ist, daß die in der Sondersituation in den jungen Bundesländern nach der Vereinigung gerechtfertigten Maßnahmen kein Modell für eine künftige Ost und West umfassende Arbeitsmarktpolitik sein können. Aufgabe der Arbeitsmarktpolitik kann es auf die Dauer nicht sein, bei krisenbedingtem Abbau von Arbeitsplätzen die betroffenen Arbeitnehmer in einer Ersatzbeschäftigung aufzufangen. Ihre oft betonte Brückenfunktion besteht vielmehr darin, den Arbeitslosen die Neuorientierung auf die Anforderungen des Arbeitsmarktes zu erleichtern. Daraus ergibt sich, daß die aktive Arbeitsmarktpolitik ihre Bemühungen auf Problemgruppen konzentrieren muß, daß die Motivation der Arbeitslosen nicht in die falsche Richtung gelenkt werden darf — dies betrifft auch die Höhe der gezahlten Entgelte — und daß sie sich nicht in die Rolle des Geldgebers zur Finanzierung öffentlicher Aufgaben drängen lassen soll.

In den jungen Bundesländern wird die Arbeitsmarktpolitik schon durch den Druck eines knapper werdenden Budgets zur Konzentration auf ihre Kernaufgaben gedrängt. Die Vorstellung, man könne auf Dauer über die Arbeitsmarktpolitik die Erfüllung anderer, sonst schwer finanzierbarer öffentlicher Ausgaben erreichen, insbesondere beim Umweltschutz und im Bereich sozialer Dienste, ist aber immer noch verbreitet. Dies ist verfehlt, nicht nur, weil dann die Finanzierung über Beiträge nicht mehr zu rechtfertigen wäre, sondern vor allem, weil eine solche Arbeitsmarktpolitik private Aktivität zurückdrängt und Ineffizienz bei der Erfüllung öffentlicher Aufgaben institutionell verfestigt.

Teil B

Zu den Politikbereichen im einzelnen

I. Finanzpolitik: Verläßlich konsolidieren — Wachstumsbedingungen verbessern

287. Mehr denn je kommt es für die Finanzpolitik im Jahre 1994 darauf an, ihre Konsolidierungsziele für dieses Jahr konsequent umzusetzen und einen überzeugenden Kurs für die Sanierung der Staatsfinanzen in den kommenden Jahren glaubwürdig festzulegen. Nur so kann es gelingen, Vertrauen zurückzugewinnen und Zuversicht zu begründen. Nur so wird es der Finanzpolitik möglich sein, durch eine verläßliche Entlastungsperspektive für Investoren und Konsumenten einen Beitrag zur Überwindung der Rezession und zur dauerhaften Stärkung der Wachstumskräfte in Westdeutschland und Ostdeutschland zu leisten. Die Finanzpolitik muß jetzt die Weichen so stellen, daß ihr Handlungsspielraum mittelfristig wieder größer wird. Die dazu erforderlichen Maßnahmen drohen — wie bereits 1993 — in Zielkonflikte zu führen. Strategien zur Konsolidierung — insbesondere auch die Kürzungen der öffentlichen Ausgaben — sehen manche in Widerspruch zu einer aus konjunkturpolitischen Gründen für erforderlich gehaltenen expansiven Finanzpolitik. Gravierender ist indes, daß die bisher eingeschlagene Konsolidierungsstrategie über massive Erhöhungen von Steuern und Abgaben in Konflikt steht mit der Förderung der Wachstumskräfte und den Bemühungen zur Verbesserung des Standortes Deutschland. Jetzt geht es darum, auf der Basis einer realistischen Abschätzung der quantitativen Einsparerfordernisse die Konsolidierung in einer Weise fortzusetzen, die auf keinen Fall einen weiteren Anstieg der Steuer- und Abgabenbelastung zuläßt, möglichst sogar eine Rückführung erlaubt. Die quantitative Konsolidierung ist mit einer Konsolidierung im qualitativen Sinne zu kombinieren: Änderungen in der durch die Staatstätigkeit gesetzten Anreizstruktur sind ein wesentlicher Beitrag zur Verbesserung der Wachstumsbedingungen.

Quantitative Konsolidierung noch nicht gesichert

288. Konsolidierung zielt auf den Abbau des strukturellen Defizits. Dieses ergibt sich, wenn vom Finanzierungsdefizit des öffentlichen Haushalts das konjunkturell bedingte Defizit und das für tolerabel angesehene Defizit (1,5 vH bis 2 vH des Bruttoinlandsprodukts) abgezogen werden. Für das Jahr 1993 ist ein strukturelles Defizit von 82 Mrd DM ermittelt worden, dies entspricht einer Defizitquote von 2,6 vH (Ziffer 175). Geht man bei der Berechnung des strukturellen Defizits für das kommende Jahr entsprechend vor, dann ergeben sich die folgenden Werte:

— Die auslastungsbedingten Einnahmenausfälle bei Steuern und Sozialbeiträgen werden 42 Mrd DM erreichen. Für das Kurzarbeitergeld in Westdeutschland sind 2 Mrd DM zu veranschlagen. Bei einer analogen Rechnung wie für das Jahr 1993, das heißt verglichen mit der Arbeitslosenquote des Jahres 1989, ist die Arbeitslosigkeit von etwa 650 000 Personen als konjunkturell verursacht anzusehen. Daraus ergeben sich Mehrausgaben von 15,5 Mrd DM. Insgesamt kann das konjunkturelle Defizit auf etwa 59,5 Mrd DM geschätzt werden.

— Einer im Sinne der Normalverschuldung zu akzeptierenden Kreditaufnahme in Höhe von etwa 1,5 vH des nominalen Bruttoinlandsprodukts entsprechen 48 Mrd DM.

— Vermindert man das nach unserer Einschätzung für 1994 zu erwartende Gesamtdefizit von 180 Mrd DM um den konjunkturell begründeten Anteil sowie um den für die Normalverschuldung anzusetzenden Betrag, dann ergibt sich ein strukturelles, also im Rahmen der Konsolidierung abzubauendes Defizit von 72,5 Mrd DM, das sind 2,3 vH in Relation zum Bruttoinlandsprodukt. Dieser Wert ist, verglichen mit dem für das Jahr 1993 und unter Berücksichtigung der in diesem Jahr auf den Weg gebrachten Konsolidierungsmaßnahmen, plausibel (Ziffern 150f.).

Die von der Finanzpolitik mittelfristig zu bewältigende Konsolidierungsaufgabe muß sich an diesem Defizit als „Anfangswert" orientieren. Um die Möglichkeiten ihrer Realisierung abzuschätzen, skizzieren wir im folgenden zunächst die Entwicklung des öffentlichen Gesamthaushalts, und zwar unter den Annahmen der Finanzplanung für die Jahre 1994 bis 1997. Dabei ist für Westdeutschland eine nominale jährliche Zuwachsrate des Bruttoinlandsprodukts von 4,5 vH und für Ostdeutschland von 13 vH angesetzt worden.

Die Steigerungsraten für die öffentlichen Ausgaben von Bund, Ländern und Gemeinden sind den bisher vorliegenden Daten der Finanz- und Haushaltsplanung der Gebietskörperschaften entnommen worden. Die Zinsausgaben sind unter der Annahme eines Zinssatzes von 7% und unter Berücksichtigung des Finanzierungsdefizits des jeweiligen Vorjahres fortgeschrieben worden. Die Steuereinnahmen wurden ausgehend von der Steuerquote des Jahres 1993 auf der Basis der Steuerschätzungen von Mai und November 1993 geschätzt; dabei sind die steuerpolitischen Beschlüsse des Föderalen Konsolidierungsprogramms sowie die geplante Erhöhung der Mineralölsteuer berücksichtigt.

289. Unter diesen Annahmen ergibt sich das Konsolidierungsmodell I (Tabelle 59). Die Defizitquote der

Zur Entwicklung der öffentlichen Haushalte [1]) 1993 bis 1997: Konsolidierungsmodell I

	Einheit	1993	1994	1995	1996	1997
Bruttoinlandsprodukt, nominal [2])						
— Westdeutschland	vH [3])	.	*4,5*	*4,5*	*4,5*	*4,5*
— Ostdeutschland	vH [3])	.	*13*	*13*	*13*	*13*
Ausgaben, ohne Zinsausgaben						
— Bund	vH [3])	.	*3,1*	*−1,0*	*0,9*	*1*
— Länder und Gemeinden Westdeutschland	vH [3])	.	*1,4*	*5,7*	*3,5*	*3,5*
— Länder und Gemeinden Ostdeutschland	vH [3])	.	*6,0*	*1,0*	*1,0*	*2,2*
Fonds „Deutsche Einheit" [4])	Mrd DM	41,7	42	7,5	7,5	7
ERP, LAF, KAF	Mrd DM	30,9	31	16,5	14	11
Erblastentilgungsfonds	Mrd DM	0	0	33	30,5	28
Bundeseisenbahn-Vermögen	Mrd DM	0	7,5	7,5	0	0
Ausgaben, insgesamt	Mrd DM	1 071	1 122	1 145	1 169	1 199
Einnahmen, insgesamt	Mrd DM	911	956	1 022	1 086	1 153
Finanzierungsdefizit	Mrd DM	160	166	123	83	46
Defizitquote [5])	vH	*5,1*	*5,1*	*3,6*	*2,3*	*1,2*
Steuerquote	vH	*24,0*	*23,8*	*24,7*	*25,0*	*25,3*
Zinslastquote (GK) [6])	vH	*8,0*	*8,6*	*9,5*	*10,1*	*10,3*
Zins-Einnahmen-Quote (GK) [7])	vH	*9,4*	*10,1*	*10,7*	*10,9*	*10,8*
Nachrichtlich						
Zinserstattungen [8])	Mrd DM	12,7	23,3	48,8	43,9	43,3
Zinsausgaben, insgesamt [9])	Mrd DM	98,3	120,3	157,8	161,9	167,3
Zinslastquote, insgesamt [6]) [9])	vH	*9,2*	*10,7*	*13,8*	*13,8*	*14,0*
Zins-Einnahmen-Quote [7]) [9])	vH	*10,8*	*12,6*	*15,4*	*14,9*	*14,5*
Stand des Steuerrechts am 1. Januar 1993:						
Finanzierungsdefizit	Mrd DM	160	177	166	133	105
Defizitquote [5])	vH	*5,1*	*5,4*	*4,8*	*3,7*	*2,7*

[1]) Öffentlicher Gesamthaushalt, einschließlich Fonds „Deutsche Einheit", ohne kaufmännisch buchende Krankenhäuser. Ab 1995 sind die Zins- und Tilgungsleistungen für die Schulden der Treuhandanstalt im Erblastentilgungsfonds berücksichtigt.
[2]) Annahmen der Bundesregierung im Finanzplan 1993 bis 1997 vom August 1993.
[3]) Veränderung gegenüber dem Vorjahr.
[4]) Ab 1995: Zins- und Tilgungsleistungen für die aufgelaufene Verschuldung.
[5]) Finanzierungsdefizit in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt.
[6]) Zinsausgaben in vH der Gesamtausgaben.
[7]) Zinsausgaben in Relation zu den Gesamteinnahmen.
[8]) Zinserstattungen der Gebietskörperschaften an Fonds „Deutsche Einheit", Kreditabwicklungsfonds, Erblastentilgungsfonds, Bundeseisenbahn-Vermögen, ostdeutsche Wohnungswirtschaft.
[9]) Zinsausgaben und Zinserstattungen der Gebietskörperschaften.

öffentlichen Haushalte nimmt von 5,1 vH im Jahre 1993 auf 1,2 vH im Jahre 1997 ab. Das würde bis 1997 einen Abbau des Finanzierungsdefizits von durchschnittlich fast 30 Mrd DM pro Jahr bedeuten. Die Zinslastquote, also der Anteil der Zinsausgaben an den Gesamtausgaben der Gebietskörperschaften, steigt weiterhin an, von 8,0 vH im Jahre 1993 auf 10,3 vH im Jahre 1997. Zu berücksichtigen ist, daß die Zinszahlungen des Fonds „Deutsche Einheit", des Kreditabwicklungsfonds, des Erblastentilgungsfonds, des Bundeseisenbahn-Vermögens und der ostdeutschen Wohnungswirtschaft nicht in den Zinsausgaben erfaßt sind. Berücksichtigt man dies, dann steigt die Zinslastquote insgesamt von 9,2 vH (1993) auf 14 vH (1997). Will man die Einschränkung des finanzpolitischen Spielraums durch die Zinsausgaben veranschaulichen, so empfiehlt es sich, die Zins-Einnahmen-Quote (Zinsausgaben zu Gesamteinnahmen) zu betrachten. Im Jahre 1997 werden die Gebietskörperschaften 10,8 vH aller Einnahmen für Zinszahlungen verausgaben. Auch dieser Wert ist im Vergleich zu früheren Konsolidierungsrechnungen gesunken; es ist jedoch zu berücksichtigen, daß die Gesamteinnahmen infolge der Steuererhöhungen stark angestiegen sind. Bezieht man auch in diesem Fall die Zinszahlungen der Neben- und Schattenhaushalte ein, so steigt die Zins-Einnahmen-Quote auf 14,5 vH im Jahre 1997.

Insgesamt scheint es zunächst so, daß die quantitative Konsolidierung im Jahre 1997 erreicht wäre. Aber:

Dieses Ergebnis muß in mehrfacher Hinsicht relativiert werden, Entwarnung kann nicht gegeben werden. Das Konsolidierungsmodell I steht zunächst unter der Annahme, daß die Ausgaben des Bundes (ohne Zinsausgaben) nur mit geringen Raten zunehmen, zum Teil sogar absolut sinken werden. In die mittelfristige Finanzplanung sind Veränderungsraten von −1 vH (1995), 0,9 vH (1996) und 1 vH (1997) eingestellt worden. Um diese Ausgabenentwicklung sichern zu können, müßten drastische Sparmaßnahmen durchgesetzt, die Ausgaben des Bundes real sogar reduziert werden. Das setzt voraus, daß in vielen Fällen die nominalen Ausgaben absolut zurückgeführt werden müssen, was ohne Eingriffe in Leistungsgesetze nicht möglich wäre. Ob das gelingt, muß nach den bisherigen Erfahrungen bezweifelt werden.

Bereits in den Konsolidierungsrechnungen der letzten Jahre hat sich gezeigt, daß die notwendige Konsolidierung — Rückführung des Defizits auf einen Betrag von 1,5 vH bis 2 vH in Relation zum Bruttoinlandsprodukt — jeweils im letzten Jahr der Finanzplanung erreichbar erschien. Offenbar werden in den Finanzplänen für spätere Jahre jeweils relativ optimistische Annahmen hinsichtlich der Einsparmöglichkeiten eingegeben, die dann in den folgenden Jahren bei Fortschreibung oder Revision der Finanzplanung geändert werden (Tabelle 60).

Hier zeigt sich ein genereller Mangel der Finanzplanung. In die fünfjährige Planung werden das laufende (vollzugsverbindliche) Budget und der Budgetentwurf für das nächste Jahr eingesetzt. Die Ausgabenentwicklung für die dann folgenden drei Jahre, für die sich die Exekutive nicht rechtlich, sondern höchstens politisch festlegen muß, wird offenbar grundsätzlich zu niedrig angesetzt, womit Konsolidierungserfolge signalisiert werden. Während der Idee nach die jährliche Haushaltsplanung aus der mittelfristigen Finanzplanung hergeleitet werden müßte, ist es in der Realität geradezu umgekehrt: Die mittelfristige Finanzplanung ist eine Fortsetzung der Haushaltsplanung. Abweichungen der tatsächlichen Steigerungsraten der Ausgaben von den früheren Planungen werden nicht aufgezeigt und schon gar nicht begründet. Das ist eine schlechte Voraussetzung, Vertrauen in eine mittelfristig orientierte Konsolidierungspolitik zu schaffen.

290. In der Konsolidierungsrechnung I kommt der Abbau der Defizite durch massive Steuererhöhungen zustande. Die Steuerquote steigt von 24 vH im Jahre 1993 auf 25,3 vH im Jahre 1997. Das ist im wesentlichen auf die steuerpolitischen Entscheidungen im Rahmen des Föderalen Konsolidierungsprogramms zurückzuführen. Dazu kommt, daß bei Ausgabenkürzungen oft der Abbau von steuerlichen Vergünstigungen gemeint ist, was ebenfalls die Steuerquote erhöht. Begleitet wird diese Entwicklung durch eine steigende Belastung mit Sozialbeiträgen, so daß sich die finanzwirtschaftlichen Quoten (Steuerquote, Abgabenquote und Ausgabenquote) in den letzten Jahren generell stark erhöht haben.

Tabelle 60

Vergleich der Konsolidierungsrechnungen für die öffentlichen Haushalte auf Basis der jeweils vorliegenden Finanzpläne [1]

Mrd DM

Konsolidierungsrechnung	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997
Im JG 1990/91 [a]							
Ausgaben, insgesamt	971	998	1 039	1 084	1 129	—	—
Finanzierungsdefizit	150	117	103	90	72	—	—
Defizitquote (vH) [2]	*5½*	*4*	*3*	*2½*	*2*	—	—
Im JG 1991/92 [b]							
Ausgaben, insgesamt	972	1 036	1 082	1 131	1 160	1 209	—
Finanzierungsdefizit	135	131	112	90	47	18	—
Defizitquote (vH) [2]	*4,8*	*4,3*	*3,5*	*2,6*	*1,3*	*0,5*	—
Im JG 1992/93 [c]							
Ausgaben, insgesamt	—	1 000	1 060	1 101	1 169	1 210	—
Finanzierungsdefizit	—	120	128	96	95	66	—
Defizitquote (vH) [2]	—	*4,0*	*4,0*	*2,8*	*2,6*	*1,7*	—
Im JG 1993/94 [d]							
Ausgaben, insgesamt	—	—	1 071	1 122	1 145	1 169	1 199
Finanzierungsdefizit	—	—	160	166	123	83	46
Defizitquote (vH) [2]	—	—	*5,1*	*5,1*	*3,6*	*2,3*	*1,2*

[1] Öffentlicher Gesamthaushalt, einschließlich Fonds „Deutsche Einheit".
[2] Finanzierungsdefizit in Relation zum nominalen Bruttosozialprodukt; JG 1993/94: zum nominalen Bruttoinlandsprodukt.
[a] Konsolidierungsmodell I, Tabelle 55 Seite 196.
[b] Basismodell, Tabelle 49 Seite 188.
[c] Konsolidierungsmodell I, Tabelle 56 Seite 205.
[d] Konsolidierungsmodell I, Tabelle 59 Seite 209.

Wir halten nach wie vor Steuererhöhungen — zumal bei der Einkommensteuer und Körperschaftsteuer — unter wachstumspolitischen Aspekten für eine bedenkliche Konsolidierungsstrategie, weil dadurch negative Wirkungen auf die Leistungsbereitschaft und die Investitionen zu erwarten sind, die letzten Endes die Konsolidierungsaufgabe in den folgenden Jahren sogar noch erschweren können.

Wachstumspolitisch spricht insoweit vieles dafür, die hohe Steuerquote in den nächsten Jahren schrittweise zurückzuführen, wie es die Bundesregierung in ihrem Bericht „Zukunftssicherung des Standortes Deutschland" denn auch vorschlägt. Das würde zu einem guten Teil erreicht, wenn der vorübergehend erhobene Solidaritätszuschlag zur Einkommensteuer und Körperschaftsteuer auslaufen würde, wofür freilich bisher kein Termin festliegt. Käme es dazu, dann würde sich die Konsolidierungslast entsprechend stärker auf die Ausgabenseite der öffentlichen Haushalte verlagern. Die Zusammenhänge kann man sich veranschaulichen, wenn in der Konsolidierungsrechnung I bei sonst gleichen Annahmen der Stand des Steuerrechts zum 1. Januar 1993 unterstellt wird.

In diesem Fall würde die Defizitquote bis 1997 auf hohem Niveau bleiben; die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte wäre auch 1997 noch nicht erreicht. Um unserem Konsolidierungsziel gerecht zu werden, müßten nunmehr die Ausgaben in einem noch stärkeren Ausmaß gekürzt werden, als dies bereits bei Annahme der Steigerungsraten der mittelfristigen Finanzplanung erforderlich wäre. Es wäre eine Politik drastischer Ausgabenkürzungen auf allen Ebenen im Staat geboten, die eine generelle Revision aller Staatstätigkeiten zum Ziel haben müßte.

291. Das Konsolidierungsmodell I steht — wie bereits gesagt — unter optimistischen Annahmen über die Entwicklung der öffentlichen Ausgaben. Sollten die Steigerungsraten — wie in den vergangenen Jahren — nicht eingehalten werden oder wegen weiterer, heute noch nicht absehbarer Entwicklungen nicht eingehalten werden können, dann ist das quantitative Konsolidierungsziel bis 1997 nicht erreichbar. In der Konsolidierungsrechnung II (Tabelle 61) haben wir unterstellt, daß die Ausgaben (ohne Zinsausgaben) beim Bund in den nächsten Jahren um 3 vH und bei den Ländern und Gemeinden um gut 4,5 vH steigen. Unter sonst gleichen Annahmen würde das Finanzierungsdefizit dann bis 1997 nicht ausreichend reduziert, die Defizitquote würde von 5,1 vH (1993) auf 3,3 vH (1997) sinken. In diesem Fall würde der haushaltspolitische Spielraum — trotz der massiven Steuererhöhungen — weiter eingeschränkt: Fast 15 vH aller öffentlichen Einnahmen müßten ab 1995 für Zinszahlungen und Zinserstattungen aufgewendet werden. Auch die Annahmen der Finanzplanung über die Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts in Westdeutschland sind optimistisch. Würde statt dessen für 1994 der Wert unserer Prognose (2,3 vH) unterstellt, dann ist für das Jahr 1994 — wie erwähnt — mit einem Defizit von 180 Mrd DM statt — wie in Konsolidierungsrechnung I ausgewiesen — 166 Mrd DM zu rechnen. Man sieht daraus, daß sich die Finanzpolitik in einen Teufelskreis manövriert hat: Will sie die öffentlichen Haushalte mittelfristig konsolidieren, muß entweder eine Politik drastischer Ausgabenkürzungen durchgesetzt werden oder die Steuer- und Abgabenquote muß auf Jahre hinaus auf dem derzeit hohen Niveau bleiben; bei beiden Strategien können negative Wirkungen auf Konjunktur und Wachstum nicht ausgeschlossen werden.

Verzicht auf Konsolidierung?

292. In der gegenwärtigen Situation wird vielfach gefordert, die Konsolidierung hintanzustellen und zunächst die dringenden Probleme bei Konjunktur und Wachstum anzugeben. Hat die Wirtschaft die Rezession überwunden und ist sie wieder auf einen Wachstumspfad eingeschwenkt, so könnte die Konsolidierung in Angriff genommen werden, zumal sie sich dann vergleichsweise einfach bewerkstelligen ließe. Möglicherweise könnten schon jetzt Beschlüsse über Art und Umfang der zu einem späteren Zeitpunkt vorzunehmenden Ausgabenkürzungen gefaßt werden, also eine Konsolidierung per Termin beschlossen werden.

Gegen ein solches Vorgehen sprechen allerdings gewichtige Gründe:

— Ein Hinausschieben der Konsolidierung würde eine weitere Erhöhung der Zinsbelastung für die öffentlichen Haushalte bedeuten und damit auf Jahre hinaus den Spielraum der Finanzpolitik noch stärker einengen, als dies bereits heute der Fall ist. Unter dem Aspekt der Zinsbelastung ist schnelle Konsolidierung auch gute Konsolidierung.

— Konsolidierung bedeutet nicht, daß die konjunkturell bedingten Defizite abgebaut werden. In den Defiziten der Jahre 1993 und 1994 ist eine kräftige konjunkturelle Komponente enthalten. Zu bestreiten ist jedoch, daß eine Politik wachsender Defizite in der derzeitigen Situation einer konjunkturellen Erholung überhaupt dienlich sein kann. Eine Ausweitung des Staatsdefizits ist nicht nur wirkungslos, sondern kontraproduktiv, weil auf längere Sicht mit einer erhöhten Abgabenlast zu rechnen ist und dies den Spielraum für private Aktivitäten einschränken würde. Dies würde um so mehr gelten, wenn der Überwindung der Rezession auch strukturelle Hindernisse entgegenstünden.

— Im übrigen vertreten wir nach wie vor die These, daß das Fehlen einer verläßlichen Konsolidierungsstrategie in den beiden letzten Jahren erheblich zur Verunsicherung der Konsumenten und Investoren beigetragen und damit den konjunkturellen Einbruch mitverursacht hat.

— Die erheblichen Staatsdefizite konnten bisher am Kapitalmarkt bei zuletzt sogar sinkenden Zinsen finanziert werden. Dies war nur möglich, weil ausländische Kapitalanleger offenbar nach wie vor darauf vertrauen, daß es der Bundesrepublik gelingen wird, ihre momentanen wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu überwinden. Dieses Vertrauen wird längerfristig nur zu erhalten sein, wenn eine überzeugende und verläßliche Konsolidierungsstrategie vorgelegt und gerade in schwierigen Zeiten durchgehalten wird.

Tabelle 61

Zur Entwicklung der öffentlichen Haushalte[1]) 1993 bis 1997: Konsolidierungsmodell II

	Einheit	1993	1994	1995	1996	1997
Bruttoinlandsprodukt, nominal[2])						
— Westdeutschland	vH[3])	.	*4,5*	*4,5*	*4,5*	*4,5*
— Ostdeutschland	vH[3])	.	*13*	*13*	*13*	*13*
Ausgaben, ohne Zinsausgaben						
— Bund	vH[3])	.	3	3	3	3
— Länder und Gemeinden Westdeutschland	vH[3])	.	*4*	*5,7*	*4*	*4*
— Länder und Gemeinden Ostdeutschland	vH[3])	.	*6,5*	*4,5*	*4,5*	*4,5*
Fonds „Deutsche Einheit"[4])	Mrd DM	41,7	42	7,5	7,5	7
ERP, LAF, KAF	Mrd DM	30,9	31	16,5	14	11
Erblastentilgungsfonds	Mrd DM	0	0	33	30,5	28
Bundeseisenbahn-Vermögen	Mrd DM	0	7,5	7,5	0	0
Ausgaben, insgesamt	Mrd DM	1 071	1 134	1 182	1 226	1 278
Einnahmen, insgesamt	Mrd DM	911	956	1 022	1 086	1 153
Finanzierungsdefizit	Mrd DM	160	178	160	140	125
Defizitquote[5])	vH	*5,1*	*5,4*	*4,6*	*3,9*	*3,3*
Steuerquote	vH	*24,0*	*23,8*	*24,7*	*25,0*	*25,3*
Zinslastquote (GK)[6])	vH	*8,0*	*8,6*	*9,2*	*9,8*	*10,2*
Zins-Einnahmen-Quote (GK)[7])	vH	*9,4*	*10,1*	*10,7*	*11,0*	*11,3*
Nachrichtlich:						
Zinserstattungen[8])	Mrd DM	12,7	23,3	48,8	43,9	43,3
Zinsausgaben, insgesamt[9])	Mrd DM	98,3	120,3	157,8	163,9	173,3
Zinslastquote, insgesamt[6])[9])	vH	*9,2*	*10,6*	*13,3*	*13,4*	*13,6*
Zins-Einnahmen-Quote[7])[9])	vH	*10,8*	*12,6*	*15,4*	*15,1*	*15,0*

[1]) Öffentlicher Gesamthaushalt, einschließlich Fonds „Deutsche Einheit", ohne kaufmännisch buchende Krankenhäuser. Ab 1995 sind die Zins- und Tilgungsleistungen für die Schulden der Treuhandanstalt im Erblastentilgungsfonds berücksichtigt.
[2]) Annahmen der Bundesregierung im Finanzplan 1993 bis 1997 vom August 1993.
[3]) Veränderung gegenüber dem Vorjahr.
[4]) Ab 1995: Zins- und Tilgungsleistungen für die aufgelaufene Verschuldung.
[5]) Finanzierungsdefizit in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt.
[6]) Zinsausgaben in vH der Gesamtausgaben.
[7]) Zinsausgaben in Relation zu den Gesamteinnahmen.
[8]) Zinserstattungen der Gebietskörperschaften an Fonds „Deutsche Einheit", Kreditabwicklungsfonds, Erblastentilgungsfonds, Bundeseisenbahn-Vermögen, ostdeutsche Wohnungswirtschaft.
[9]) Zinsausgaben und Zinserstattungen der Gebietskörperschaften.

— Schließlich haben die Erfahrungen der Jahre 1981/82 — wenngleich unter anderen Bedingungen — gezeigt, daß die Überwindung der Rezession durchaus mit einer Konsolidierung über die Ausgabenseite vereinbar ist. Die Rückführung der Staatsquote eröffnet den Privaten Aktionsräume, führt also zumindest mittelfristig zu einer Verbesserung der Angebotsbedingungen.

293. Die Haushaltskonsolidierung sollte also auch in wirtschaftlich schwieriger Zeit konsequent fortgesetzt werden, und zwar so, daß sie die Wachstumschancen unserer Wirtschaft nicht beeinträchtigt. Bei der Gestaltung der zukünftigen Finanzpolitik sind deshalb folgende Grundsätze zu beachten, die der Sachverständigenrat bereits in früheren Gutachten formuliert hat (SG 82 Ziffer 63, JG 91 Ziffern 340ff., JG 92 Ziffern 344ff.):

— Die Konsolidierung sollte in erster Linie über eine Einschränkung des Ausgabenanstiegs, nicht dagegen über eine weitere Erhöhung der Steuer- und Abgabenbelastung erreicht werden.

— Trotz der notwendigen Eindämmung der Ausgaben sind die investiven Ausgaben, soweit sie wachstumspolitisch besonders wichtig sind, sogar zu erhöhen.

— Da sich angesichts der Größe des Konsolidierungsbedarfs die inzwischen erreichte Belastung mit Steuern und Abgaben fürs erste kaum verringern lassen wird, müßte zumindest eine Umstrukturierung angestrebt werden: Die privaten Investitionen sollten entlastet, der Konsum eher stärker belastet werden.

— Die Finanzpolitik sollte jetzt durch eine überzeugende Konsolidierungsstrategie eine verläßliche Entlastungsperspektive für die Privaten eröffnen. Die Wirtschaft sollte darauf bauen können, daß auf längere Sicht die Steuerbelastung wieder zurückgeführt wird.

— Zur Konsolidierung müssen alle Gebietskörperschaften beitragen. Das wird man jedoch nur erwarten können, wenn die bundesstaatlichen Finanzbeziehungen so geregelt sind, daß jede Ebene im Staatsaufbau weiß, über welche Finanzmittel sie mittelfristig verfügen kann, und daß jede Ebene über ihre Ausgaben selbst bestimmen kann.

Konsolidierung bringt — gleichgültig auf welchem Wege sie zustande kommt — Belastungen für die privaten Wirtschaftssubjekte, die eher zu verkraften sind, wenn die Wirtschaft wieder auf einen Wachstumskurs einschwenkt. In diesem Fall kann über die Neuverteilung der Zuwächse entschieden werden, in einer stagnierenden Wirtschaft müssen dagegen Besitzstände angegriffen werden, was politisch erfahrungsgemäß weit schwieriger ist. Von daher verspricht eine erfolgreiche Wachstumspolitik auch eine Entspannung in der Verteilungsdiskussion. Zwischen Konsolidierungspolitik und Wachstumspolitik muß kein Widerspruch bestehen.

Alle Gebietskörperschaften einbeziehen

294. Die Konsolidierungsaufgabe ist von allen Gebietskörperschaften gemeinsam zu leisten. Es dient der Sache nicht, wenn zum Beispiel der Bund Sparmaßnahmen (Kürzung der Arbeitslosenhilfe) beschließt, die im Ergebnis zu Belastungen für die Kommunen (Mehrausgaben bei der Sozialhilfe) führen. Über Ausgabenkürzungen kann die Konsolidierung nur erreicht werden, wenn Bund, Länder und Gemeinden in eine koordinierte Politik, also in ein gesamtstaatliches Konsolidierungsprogramm, einbezogen werden. Dabei müßten die Konsolidierungsbeiträge der einzelnen Ebenen nach Art und Höhe festgelegt werden. Darüber hinaus müßten bei einer solchen Konzeption vor allem folgende Voraussetzungen erfüllt sein:

— Jede Ebene muß wissen, über welche Einnahmenquellen sie mittelfristig verfügen kann. Nur für diesen Fall können Konsolidierungsbeiträge geplant werden.

— Für jede Ebene muß ein Anreiz bestehen, die eigene Wirtschaftskraft zu stärken und dadurch Steuereinnahmen zu erzielen. Nur dann ist zu erwarten, daß öffentliches Geld effizient verwendet wird — die Grundbedingung einer erfolgreichen Konsolidierungspolitik.

— Die Folgen finanzpolitischer Entscheidungen muß jede Körperschaft selbst tragen. Konsolidierungslasten dürfen nicht auf andere verschoben werden.

Das im März 1993 vorgelegte Föderale Konsolidierungsprogramm von Bund und Ländern wird diesen Anforderungen nur unzureichend gerecht. Das Programm stellt im Kern eine Neuregelung des bundesstaatlichen Finanzausgleichs dar; es legt fest, wie den neuen Bundesländern eine angemessene Finanzausstattung gesichert werden kann und wie die daraus resultierenden Belastungen auf den Bund, die westdeutschen Bundesländer und deren Gemeinden verteilt werden. Das ist für sich gesehen — entgegen der Bezeichnung des Programms — noch kein Beitrag zur Konsolidierung des öffentlichen Gesamthaushalts, da lediglich Finanzmassen zwischen den Haushalten verlagert werden. Die Frage der Konsolidierung kommt erst ins Spiel, wenn geklärt wird, wie die leistenden Haushalte ihrerseits die übernommenen Belastungen finanzieren — über Ausgabenkürzungen, über Steuererhöhungen oder über Kreditaufnahmen — und wie die empfangenden Haushalte die ihnen zufließenden Mittel verwenden — zur Rückführung der Nettokreditaufnahme, für Steuersenkungen oder für Ausgabensteigerungen.

295. Die Finanzausstattung der neuen Bundesländer ist nunmehr auf eine neue Basis gestellt worden, die diesen Ländern in den nächsten Jahren eine verläßliche Grundlage für eine Haushalts- und Finanzplanung bringen wird. Damit ist gesichert, daß auch die neuen Bundesländer in eine Konsolidierungsstrategie eingebunden werden können. Positiv ist ferner zu bewerten, daß die Investitionshilfen, die der Bund zehn Jahre lang den neuen Bundesländern zahlen wird (jährlich 6,6 Mrd DM), zweckgebunden sind und auch eine Eigenbeteiligung der Empfänger in Höhe von mindestens 10 vH der Investitionssumme vorsehen. Das sollte dazu beitragen, daß der Anteil der investiv verwendeten Mittel am gesamten Transfervolumen zunimmt. Dadurch könnten der Aufbauprozeß beschleunigt, der Transferbedarf verringert und die Konsolidierung mittelfristig vorangebracht werden.

296. Zu einer Reform des horizontalen Länderfinanzausgleichs (Artikel 107 Abs. 2 GG) ist es — entgegen aller Ankündigungen der Politiker — nicht gekommen. Der Sachverständigenrat hat wiederholt darauf hingewiesen, daß das derzeit praktizierte Verfahren technisch schwierig und wenig transparent, daß es aber vor allem unter allokationspolitischem Gesichtspunkt bedenklich ist (JG 90 Ziffern 432ff., JG 91 Ziffern 324ff.). Es mindert für die empfangenden und die leistenden Bundesländer die Anreize, selbst Steuereinnahmen zu erzielen und die dazu gebotenen wirtschaftspolitischen Maßnahmen zu ergreifen. Die Auswirkungen einer verfehlten Wirtschafts- und Finanzpolitik eines Landes und die daraus resultierenden Haushaltsprobleme können auch andere Länder treffen.

Wir haben im letzten Jahresgutachten ein Modell für einen horizontalen Länderfinanzausgleich vorgestellt, das die Mängel des heutigen Systems hätte beseitigen können (JG 92 Ziffern 363ff.). Gemessen an den dabei formulierten Anforderungen kann die jetzt getroffene Regelung für die Zeit ab dem 1. Januar 1995 nicht überzeugen; im wesentlichen bleibt nämlich alles beim alten, so daß zu erwarten ist, daß sich die Diskussion und der Streit um den Länderfinanzausgleich fortsetzen werden. Das ist eine schlechte Voraussetzung für eine gesamtstaatliche Konsolidierungspolitik.

297. Besonders problematisch sind die Regelungen zur Beseitigung der Haushaltsnotlagen einzelner Bundesländer. Das Bundesverfassungsgericht hat in seinem Urteil vom 27. Mai 1992 eine Haushaltsnotlage in Bremen und im Saarland festgestellt, die eine Hilfe

des Bundes (und der Länder) erforderlich macht. Der Bund wird deshalb ab 1994 jährlich Bundesergänzungszuweisungen in Höhe von 1,8 Mrd DM an Bremen und 1,6 Mrd DM an das Saarland leisten (Ziffer 165).

Das Verfassungsgericht hat den Bund keineswegs auf die Zahlung der Bundesergänzungszuweisungen festgelegt, sondern aufgegeben zu prüfen, welche Maßnahmen zur Behebung der Haushaltsnotlagen in Betracht kämen. Dies hätte eine genaue Analyse der Haushaltssituation in Bremen und im Saarland vorausgesetzt, die nicht nur anhand von staatswirtschaftlichen Quoten (Belastungsquoten, Kreditfinanzierungsquoten) hätte beurteilt werden dürfen. Die Aussagekraft dieser Quoten ist umstritten. Das jetzt gewählte Verfahren wird in den nächsten Jahren immer wieder folgende Fragen aufwerfen:

— Anhand welcher Kriterien kann eine Aussage über die Haushaltslage eines Landes gemacht werden?

— Was sind die Ursachen einer Haushaltsnotlage, und wie kann man diesen Ursachen begegnen?

— Wie kann gesichert werden, daß Leistungen des Bundes auch tatsächlich zur Abhilfe beitragen und nicht in ein „Faß ohne Boden" fließen?

Dazu sind bisher keine befriedigenden Lösungen gefunden worden. Die Haushaltsnotlage wird im wesentlichen an der Höhe der Kreditfinanzierungsquote festgemacht, was geradezu eine Einladung sein kann, sich in eine Haushaltsnotlage zu manövrieren und damit Bundeshilfe in Anspruch zu nehmen. Konsolidierungslasten könnten so nach Belieben auf den Bund abgewälzt werden. Um die Effizienz der Hilfe zu sichern, müßten die Leistungen an Auflagen (mit Eigenbeteiligung des empfangenden Landes) gebunden werden, oder das betreffende Land müßte ein verbindliches Sanierungsprogramm vorlegen. Da die Bundesergänzungszuweisungen — für die sich der Bund entschieden hat — ungebunden vergeben werden, kann nur noch der zweite Weg beschritten werden. Bremen und das Saarland haben inzwischen solche Sanierungsprogramme vorgelegt. Deren Einhaltung ist jedoch keineswegs garantiert, da der Bund über keine Sanktionsmechanismen verfügt. Sanktionen müssen sich ebenso wie die Hilfen im verfassungsrechtlichen Kompetenzrahmen halten. Bund und Länder sind jedoch in ihrer Haushaltsführung selbständig und voneinander unabhängig (Artikel 109 Abs. 1 GG). Kontrollgremien unter Beteiligung des Bundes mit Weisungsbefugnissen bei der Umsetzung des Sanierungsprogrammes oder der Mittelverwendung im einzelnen sind demnach nicht zulässig. Einziger Sanktionsmechanismus wäre die Verweigerung weiterer Hilfen. Das aber würde weiter in die Haushaltsnotlage führen und nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes erneute und möglicherweise steigende Sanierungshilfen begründen. Im Prinzip kann der Bund nur darauf hoffen, daß das in eigener Verantwortung eines Bundeslandes aufgestellte Sanierungsprogramm auch tatsächlich eingehalten wird. Anderenfalls gerät er in eine „Sanierungsfalle". Schon diese Gefahr sollte Grund genug sein, nach neuen Instrumenten für die Notlagenhilfe zu suchen. Der Bund müßte klar definierte Eingriffsmöglichkeiten haben. Die Verfassung kennt dafür durchaus Wege: die Finanzhilfen des Bundes nach Artikel 104a Abs. 4 GG, die Gemeinschaftsaufgaben nach Artikel 91a GG sowie Standortentscheidungen des Bundes.

298. Die Voraussetzungen für eine gesamtstaatliche Konsolidierungspolitik sind durch das Föderale Konsolidierungsprogramm nicht entscheidend verbessert worden. Die Gebietskörperschaften werden auch in Zukunft versuchen, der Konsolidierungsaufgabe dadurch gerecht zu werden, daß sie in der Finanzplanung gemeinsam Steigerungsraten für die Ausgaben festlegen; den einzelnen Haushalten bleibt es aber freigestellt, welche konkreten Maßnahmen sie ergreifen. Dem föderativen Aufbau unseres Staates sowie der Bund und Ländern in Artikel 109 Abs. 1 GG gesicherten Unabhängigkeit der Haushaltsführung ist dieses Vorgehen durchaus angemessen, weil jede Ebene selbst über Prioritäten und Schwerpunkte ihrer Finanzpolitik entscheiden kann und sollte. Das Verfahren könnte aber nur dann Erfolg versprechen, wenn alle Ebenen in ihren Entscheidungen über Ausgaben und Einnahmen weitgehend autonom wären. Davon kann im deutschen Finanzausgleichssystem keine Rede sein: Ausgabenkompetenz und Ausgabenverpflichtung fallen vielfach auseinander, durch bundesgesetzliche Regelungen entstehen den Ländern und Gemeinden Ausgabenverpflichtungen. Im Rahmen der Mischfinanzierung gibt es gemeinsame Planung und Finanzierung von Bund und Ländern. In all diesen Fällen werden die Ausgaben der Länder und Gemeinden „fremdbestimmt" und sind deshalb nicht in eigener Entscheidung zu gestalten. In diesen Bereichen sind Konsolidierungsbeiträge schwer zu erbringen. Hinzu kommt, daß die Länder keine und die Gemeinden nur eine beschränkte Autonomie in der Besteuerung haben. Der finanzielle Spielraum der einzelnen Ebenen und der dazu gehörenden Gebietskörperschaften ist in sehr verschiedenem Ausmaß gestaltbar. Schließlich ist die unterschiedliche Ausgabenstruktur bei Bund, Ländern und Gemeinden zu beachten, aus der heraus sich für die Gebietskörperschaften — zumal auf kurze Sicht — unterschiedliche Spielräume für Ausgabenkürzungen ergeben. In diesem Geflecht von Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten versucht jede Ebene, die eigenen Belastungen auf die andere weiterzuwälzen, was nicht selten dazu führt, daß am Ende der Steuerzahler die Zeche zu bezahlen hat.

299. Ein Beleg dafür sind die Beschlüsse zum Föderalen Konsolidierungsprogramm. Dadurch ist zwar ein Konsolidierungsbeitrag erbracht worden, aber — anders als nach unseren Vorstellungen (JG 92 Ziffern 344 ff.) — über massive Steuererhöhungen und nur in geringerem Ausmaß über Kürzungen bestimmter Ausgabenposten. Diese Art der Konsolidierung ist letztlich wohl durch die Verteilung der Finanzierungslasten präjudiziert worden.

Die Leistungen an die neuen Bundesländer werden vom Bund und den alten Bundesländern (einschließlich der Gemeinden) gemeinsam aufgebracht. Zieht man die zum 31. Dezember 1994 auslaufenden Programme ab, so hat der Bund (einschließlich der

Leistungen für den Erblastentilgungsfonds) im Jahre 1995 nach unseren Einschätzungen einen Betrag von etwa 48 Mrd DM zu erbringen, auf die alten Bundesländer entfällt dagegen ein Betrag von etwa 5 Mrd DM. Man darf allerdings die Belastungen und den daraus resultierenden Konsolidierungsdruck nicht allein an diesen Zahlen messen. Zu berücksichtigen ist, daß die einzelnen Ebenen unterschiedliche Möglichkeiten zur „Refinanzierung" haben und daß der Grad der Fremdbestimmung der Ausgaben unterschiedlich ist. Der Bund entlastet sich durch die Erhebung des Solidaritätszuschlags (28 Mrd DM), außerdem kürzt er Ausgaben und baut Steuervergünstigungen ab (9 Mrd DM), so daß per Saldo das Defizit im Bundeshaushalt (1995) um 11 Mrd DM steigt. Die im Föderalen Konsolidierungsprogramm vorgesehenen Ausgabenkürzungen und der Abbau von Steuervergünstigungen schlagen sich auch in den Haushalten der Länder nieder (6 Mrd DM), so daß das Gesamtdefizit der Länder um 1 Mrd DM verringert wird.

Solange dem Bund bei den Regelungen des bundesstaatlichen Finanzausgleichs die Lasten zugeschoben werden, ist damit zu rechnen, daß er sich vor allem auf zwei Wegen „refinanzieren" wird:

— Er wird solche Steuern erhöhen, deren Ertrag ihm allein zufließt. Beispiele sind die Erhöhungen bei der Mineralölsteuer, der Versicherungsteuer und der Tabaksteuer sowie die Einführung eines Solidaritätszuschlags.

— Bei Ausgabenkürzungen wird er sich verstärkt aus der Mischfinanzierung herausziehen. Beispiele hierfür sind die Streichung der Strukturhilfe und die Verringerung der Mittel für die Gemeinschaftsaufgaben.

So verständlich solche Reaktionen sind, sie führen dazu, daß die Konsolidierungsstrategie weniger von ökonomischen, zum Beispiel wachstumspolitischen Überlegungen, sondern vielmehr von finanzausgleichspolitischen Erwägungen bestimmt wird.

300. Um Bund, Länder und Gemeinden in ein gesamtstaatliches Konsolidierungsprogramm einzubeziehen, müßte man grundsätzlich einen anderen Weg gehen:

Die drei Ebenen müßten Art und Höhe der angestrebten Ausgabensenkungen verbindlich festlegen. Nur auf diesem Weg wäre die für die Konsolidierung unabdingbare Revision der Staatstätigkeit durchzusetzen. Die Gebietskörperschaften müßten dann in ihrem Bereich die entsprechenden Kürzungen vornehmen. Das würde wegen der verschiedenen Ausgabenstrukturen zu unterschiedlichen Steigerungsraten der Ausgaben in den einzelnen Haushalten führen. Da sich damit auch das Verhältnis zwischen Einnahmen und Ausgaben verändert, wäre anschließend zu prüfen, ob eine Neuverteilung des Umsatzsteueraufkommens gemäß Artikel 106 Abs. 3 und 4 GG erforderlich ist. Die Konsolidierung würde dabei eine gesamtstaatliche Aufgabenzuordnung und Ausgabenplanung voraussetzen. Dagegen sträuben sich bisher Bund und Länder, weil sie darin einen Verstoß gegen das föderative Prinzip und die Autonomie der Gebietskörperschaften sehen. Dabei wird allerdings oft ein wichtiger Aspekt vergessen: Autonomie bei der Ausgabenentscheidung verlangt prinzipiell auch Autonomie auf der Einnahmenseite. Da die Bundesländer keine Steuerautonomie haben, müßten sie wohl Einschränkungen bei der Ausgabenautonomie hinnehmen. Will man diese Konsequenz nicht akzeptieren, dann müßte man den Ländern eine — zumindest begrenzte — Steuerhoheit einräumen, eine klarere Trennung bei den Aufgabenkompetenzen durchsetzen und eine strenge Konnexität von Aufgabenkompetenz und Finanzierungsverpflichtung einführen. Das alles wäre nur im Rahmen einer umfassenden Neuordnung der bundesstaatlichen Finanzbeziehungen zu erreichen.

Weiterhin: Ausgabenkürzungen erforderlich

301. Für die Konsolidierung sind Ausgabenkürzungen in einem solchen Ausmaß erforderlich, daß sie über die bekannten eher kurzfristig wirkenden Instrumente (Haushaltssicherungsgesetz, Haushaltssperre, globale Minderausgaben) nicht herbeigeführt werden können. Eine grundsätzliche Revision der Staatstätigkeiten ist erforderlich. Von daher haben wir wiederholt für eine Fortsetzung und Intensivierung der Politik der Privatisierung plädiert. Abgesehen von ordnungspolitischen Argumenten spricht für die Privatisierung auch, daß Konsolidierungsbeiträge erreicht werden können, denn vielfach bestehen bei der staatlichen Leistungserstellung Ineffizienzen. Selbst dort, wo staatliche Aktivitäten in einem marktwirtschaftlichen System sehr wohl begründet werden können (zum Beispiel Verkehrsinfrastruktur, Ausbildung, Gesundheit) muß überprüft werden, ob die Leistungserstellung effizient ist oder ob zum Beispiel durch stärkeres Heranziehen von privaten Vorleistungen Kosteneinsparungen verwirklicht werden können.

Die Privatisierung schließt die Veräußerung öffentlichen Vermögens ein, beispielsweise von Grundstükken. Diese wird insbesondere dann unumgänglich, wenn die Entschädigungsleistungen an die in der ehemaligen DDR Enteigneten finanziert werden müssen. Da man die Entschädigungsleistungen — deren genauer Umfang noch festzulegen ist, im Gespräch sind Größenordnungen von 30 Mrd DM — ohne zusätzliche Besteuerung der bereits jetzt stark mit Abgaben belasteten Erwerbstätigen finanzieren sollte, wird dem Staat nichts anderes übrig bleiben, als dafür auch Erlöse aus veräußertem Vermögen einzusetzen.

302. Daneben ist insbesondere der Abbau von Subventionen zu fordern, weil sie in vielen Fällen den marktwirtschaftlichen Anpassungsprozeß behindern, zu strukturellen Fehlentwicklungen beitragen und auch verteilungspolitisch negativ zu beurteilen sind. Wir haben deshalb seit Jahren (zuletzt JG 92 Ziffer 345) für den Abbau der Subventionen geworben, konkrete Felder für den Subventionsabbau benannt und Vorschläge für die Technik des Abbaus vorgelegt. Die bisherigen Erfolge sind allerdings gemessen am vorhandenen Subventionsvolumen und an der Größe des Konsolidierungsbedarfs äußerst bescheiden. Zwar sind die Subventionen in Westdeutschland in den

letzten beiden Jahren um insgesamt 4,4 Mrd DM zurückgeführt worden, aber dabei wirkte sich der Abbau der Berlin- und Zonenrandförderung aus, für die die politischen Voraussetzungen entfallen sind. In den neuen Bundesländern sind die Subventionen dagegen angestiegen, so daß per Saldo der Subventionsabbau nicht recht vorangekommen ist. Bei den Überlegungen der Bundesregierung zur Sicherung des Standortes Deutschland wird wiederum der Subventionsabbau angekündigt, aber es fehlen konkrete Angaben, in welchen Branchen und Regionen und in welchem Umfang und in welchem Zeitraum dies geschehen soll.

303. In einem Programm zum Abbau der Staatsausgaben dürfen grundsätzlich auch die Transferausgaben nicht fehlen. Schon quantitativ spielt dieser Ausgabenblock eine so dominierende Rolle, daß dieser Bereich aus den Konsolidierungsbemühungen nicht ausgeklammert bleiben kann. Bei den bisher vorgelegten Sparbeschlüssen geht es auch keineswegs um die Aushöhlung des Systems der sozialen Sicherung, sondern lediglich um die Frage, wie die Zuwächse in den nächsten Jahren begrenzt werden können und ob Schwerpunkte nicht neu gesetzt werden müssen. Für ein Einbeziehen der Transferausgaben in die Konsolidierung sprechen insbesondere folgende Argumente, die wir bereits früher herausgestellt haben (JG 92 Ziffer 346):

— Der Spielraum für Umverteilungen wird durch die wirtschaftliche Dynamik im Ganzen bestimmt. Da die Wachstumsraten in den letzten Jahren zurückgegangen sind, gleichzeitig aber im Zuge der Vereinigung und der wirtschaftlichen Rezession die Anzahl der Anspruchsberechtigten bei den Transfers stark zugenommen hat, sind Anpassungen im System der sozialen Sicherungssysteme unumgänglich geworden. Vor allem besteht derzeit keine Möglichkeit, groß angelegte, die gesamte Bevölkerung einschließende Leistungsausweitungen im sozialpolitischen Bereich durchzusetzen. Erst wenn es gelingt, die Wachstumskräfte unserer Wirtschaft wieder zu beleben und den Aufbau in den neuen Bundesländern voranzubringen, werden sich auch die Verteilungsspielräume wieder vergrößern.

— Zwischen den Leistungen des Sozialsystems und den bei Tätigkeiten im Wirtschaftsprozeß zu erzielenden Einkommen ist ein Abstand geboten, sofern für einen Empfänger von Sozialleistungen die finanziellen Anreize erhalten bleiben sollen, wenn immer möglich eine angebotene und zumutbare Tätigkeit zu übernehmen. Steigen die Nettoeinkommen der Arbeitnehmer nur noch mit geringeren Raten, dann muß das auch Konsequenzen für die Höhe der Lohnersatzleistungen haben. In vielen Fällen ist ohnehin durch die gesetzlichen Regelungen eine automatische Anpassung der Transferzahlungen an die Entwicklung der Nettoeinkommen vorgesehen.

— Im übrigen muß auch im Bereich der Transferzahlungen immer wieder geprüft werden, ob bisher angestrebte Ziele noch gerechtfertigt sind und ob berechtigte Ziele mit geeigneten Maßnahmen verfolgt werden. Sofern man unter diesen Aspekten zu Änderungen im System der Transferzahlungen kommt, sind diese nicht gleichzusetzen mit einem Abbau der sozialen Sicherung.

— Überall dort, wo Transferzahlungen mit sozialpolitischen Argumenten gerechtfertigt werden, sollten Einkommensgrenzen eingeführt werden (JG 92 Ziffer 346). Das ist im Zusammenhang mit der Neuregelung des Kindergeldes teilweise berücksichtigt worden; es sollte auch für andere Transfers gelten. So müßte — um nur ein Beispiel zu nennen — die Förderung des selbstgenutzten Wohnungseigentums über § 10e EStG an noch engere Einkommensgrenzen gebunden werden; zudem sollte die Förderung auf die Zahlung von Zuschüssen umgestellt werden. In der derzeitigen Form profitieren Bezieher hoher Einkommen am stärksten von der steuerlichen Förderung. Im Bereich der Wohnungsbauförderung könnte mit dem derzeitig eingesetzten Finanzvolumen ein höherer und sozialpolitisch eher befriedigender Förderefekt erzielt werden.

— Transfer- und Steuersystem müßten aufeinander abgestimmt werden, damit zum Beispiel garantiert wird, daß für einen Empfänger von Sozialhilfe zusätzliches Lohneinkommen, das den Erwerbstätigenfreibetrag übersteigt, nicht de facto zu 100 vH besteuert wird. Auch müßte garantiert sein, daß ein Bezieher von Transferleistungen und Lohneinkommen im Ergebnis nicht besser dasteht als ein ausschließlich Erwerbstätiger mit gleich hohem Bruttoeinkommen.

Insgesamt gesehen muß das Sozialsystem so gestaltet sein, daß den wirklich Bedürftigen angemessene Leistungen garantiert werden, daß aber Leistungsanreize nicht geschwächt und daß Mißbrauch, Mitnahmeeffekte und Trittbrettfahren ausgeschlossen werden.

Änderungen in der Abgabenstruktur

304. Die zuvor diskutierte Eindämmung der Ausgaben ist erforderlich, um Raum für eine Senkung der Steuer- und Abgabenquote zu schaffen. Diese hat in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen inzwischen (1993) einen Wert von 44 vH erreicht, nachdem sie 1990 — also im Jahr der Vereinigung — noch bei 42,4 vH lag. Die Rückführung der Steuer- und Abgabenbelastung ist dringend geworden, um Investitions- und Leistungsanreize zu stärken. Angesichts der Konsolidierungsaufgabe scheint jedoch fürs erste kein finanzieller Spielraum für wachstumspolitisch gebotene Steuersenkungen, insbesondere für eine Reform der Unternehmensbesteuerung, zu bestehen. Allerdings geht es auch in diesem Fall nicht nur um eine quantitative Konsolidierung. Es spricht vieles dafür, bei gegebener Steuer- und Abgabenquote die Struktur der Besteuerung zu ändern, wenn dazu wachstumspolitisch Veranlassung besteht.

Der Aufbau der Wirtschaft in den neuen Bundesländern und die Schaffung von Millionen neuer Arbeitsplätze in ganz Deutschland verlangen in den nächsten Jahren hohe private Investitionen. Ebenso erfordert

die Sicherung des Standortes Deutschland, daß inländisches und ausländisches Kapital ohne steuerliche Nachteile hier investiert werden kann. Es bleibt deshalb — wie der Sachverständigenrat wiederholt ausgeführt hat (zuletzt JG 92 Ziffern 360ff.) — eine wichtige Aufgabe, durch ein investitionsfreundliches Steuersystem die Investitionen und damit Wachstum und Beschäftigung zu fördern.

305. Unsere Vorstellungen zur Reform der Unternehmensbesteuerung sind ebenfalls wiederholt dargestellt worden (vor allem JG 89 Ziffern 330ff.). Daran gemessen weist das Standortsicherungsgesetz erhebliche Mängel auf, die wir im letzten Gutachten bereits im einzelnen angesprochen haben (JG 92 Ziffern 361f.). Die damals noch nicht verabschiedeten Regelungen sind im Zuge eines Vermittlungsverfahrens noch einmal geändert worden, im Kern aber erhalten geblieben. Positiv ist zu werten, daß die zunächst geplante Gegenfinanzierung der Steuersenkungen durch eine Verlängerung der Abschreibungsfristen aufgegeben worden ist. Das Gesetz sieht nunmehr eine Nettoentlastung der Unternehmen vor. Für sich gesehen ist auch die Senkung der Sätze der Körperschaftsteuer und der Einkommensteuer positiv zu bewerten.

Unbefriedigend bleibt freilich, daß durch die Senkung des Spitzensteuersatzes bei der Einkommensteuer für Einkünfte aus Gewerbebetrieb — wie zuvor schon bei der Besteuerung der Zinseinkünfte — ein Verstoß gegen das Gebot einer gleichmäßigen Besteuerung aller Einkommen zugelassen worden ist. Problematisch ist auch, daß der Spitzensteuersatz der Einkommensteuer nicht mehr dem Thesaurierungssatz der Körperschaftsteuer entspricht, so daß Neutralität hinsichtlich der Gewinnverwendung und hinsichtlich der Wahl der Rechtsform nicht gegeben ist, womit ein wichtiges Element der Körperschaftsteuerreform von 1977 zurückgenommen worden ist. Zu bemängeln ist auch, daß die Steuervergünstigungen nicht an den Investitionen ansetzen. Gewinne, die konsumtiv verwendet werden, und Finanzanlagen werden genauso entlastet wie Sachinvestitionen, die nach der Absicht des Gesetzgebers eigentlich ausschließlich gefördert werden sollten. Unter dieser Zielsetzung wäre es wohl besser gewesen, die Förderung direkt an die Vornahme von Investitionen zu knüpfen. Um die Fördereffekte von der Höhe des zu versteuernden Einkommens und davon unabhängig zu machen, ob ein Unternehmen Gewinne erzielt oder nicht, hätte sich die Zahlung von Investitionsprämien anstelle genereller Steuersenkungen in der derzeitigen wirtschaftlichen Situation eher angeboten. Dies gilt um so mehr, als dann mit festgelegtem Fördervolumen wohl ein höherer Effekt auf die Investitionen erzielt worden wäre.

Über all diese systematischen Bedenken könnte man sich freilich hinwegsetzen, wenn man sicher sein könnte, daß das Standortsicherungsgesetz der Einstieg in eine weitergehende Reform der Unternehmenssteuerreform wäre, also zum Beispiel in einem nächsten Schritt der Spitzensteuersatz der Einkommensteuer generell gesenkt und damit an den Thesaurierungssatz der Körperschaftsteuer herangeführt würde. Die Bundesregierung sollte jetzt schon verläßlich festlegen, in welchen weiteren Schritten und wann sie die Unternehmenssteuerreform fortsetzen will. Dadurch würde ein positives Signal für die Wirtschaft gesetzt. Dies ist um so dringlicher, als der insgesamt positive, weil entlastende Effekt des Standortsicherungsgesetzes konterkariert wird durch den zum 1. Januar 1995 vorgesehenen Solidaritätszuschlag.

306. Die Senkung des Körperschaftsteuersatzes und des Spitzensteuersatzes für Einkünfte aus Gewerbebetrieb bei der Einkommensteuer wird vor allem mit der Sonderbelastung deutscher Unternehmen durch die Gewerbesteuer begründet. Konsequenz hätte dann eigentlich sein müssen, die Reform auch bei der Gewerbesteuer anzusetzen und Möglichkeiten einer Steuersenkung bei dieser Abgabe oder gar eines Ersatzes der Gewerbesteuer zu prüfen. Damit hätte sich der Bundesgesetzgeber allerdings erneut in die Diskussion um die Regelungen der Gemeindefinanzen und damit des innerstaatlichen Finanzausgleichs begeben, also ein Thema aufwerfen müssen, das er mit den Beschlüssen zum Föderalen Konsolidierungsprogramm glaubte gerade einer Lösung zugeführt zu haben.

Damit wird erneut deutlich, daß eine Reform der Unternehmensbesteuerung nicht von der Reform der Gemeindefinanzen zu trennen sein wird. Das letzte Thema muß wegen der finanziellen Situation der Gemeinden in den neuen Bundesländern in Kürze ohnehin angegangen werden. Man sollte dies zum Anlaß nehmen, noch einmal die Reform oder besser: die Abschaffung der Gewerbesteuer und deren Ersatz durch eine kommunale Wertschöpfungsteuer zu prüfen.

In der politischen Diskussion deutet sich ein anderer Kompromiß an. Die Gewerbesteuer soll gesenkt und die daraus resultierenden Einnahmenausfälle durch eine Beteiligung der Gemeinden am Umsatzsteueraufkommen kompensiert werden. Gegen eine solche Lösung sprechen vor allem folgende Argumente: Beim Anteil der Umsatzsteuer kann ein kommunales Hebesatzrecht wohl kaum praktiziert werden, so daß die Steuerautonomie der Gemeinden entsprechend verringert würde. Zudem kann man den den Gemeinden zufallenden Anteil an der Umsatzsteuer nicht nach dem örtlichen Aufkommen auf die einzelnen Gemeinden verteilen, wenn man größere Streuungen im Pro-Kopf-Aufkommen vermeiden will. Der Intention der Steuer würde es entsprechen, daß sie nach der lokalen Wertschöpfung verteilt würde; dann aber könnte man die kommunale Wertschöpfung eigentlich auch gleich besteuern.

Kommt es nicht zu einer Abschaffung der Gewerbesteuer, dann besteht Handlungsbedarf vor allem bei den ertragsunabhängigen Steuern, der betrieblichen Vermögensteuer und der Gewerbekapitalsteuer. Beide Abgaben sollten nach den Regierungsplänen bereits in dieser Legislaturperiode abgeschafft werden, sie werden bis Ende 1995 in den neuen Bundesländern nicht erhoben. Das Auslaufen dieser Übergangsregelung sollte zum Anlaß genommen werden, diese beiden Steuern für ganz Deutschland aufzuheben. Sie zählen im übrigen zu den einheitswertabhängigen Steuern. Sollte das Bundesverfassungsgericht — wie vielfach erwartet wird — in Kürze das bisherige Verfahren der Einheitswertermittlung beanstanden, sind ohnehin Reformen bei diesen Steuern erforderlich.

307. Da die Einheitswerte des Grundvermögens weit unter den Verkehrswerten liegen, werden die verschiedenen Vermögensobjekte ungleichmäßig besteuert. Nach einer Erhebung des Bundesrechnungshofs lagen im Jahre 1990 bei konkreten Verkaufsfällen die Einheitswerte von unbebauten Grundstücken bei 10 vH, von Einfamilienhäusern bei 13 vH, bei Geschäftsgrundstücken bei 21 vH des Verkaufspreises (Verkehrswertes). Die Einheitswerte sind Bemessungsgrundlage bei der Grundsteuer, der Gewerbekapitalsteuer, der Vermögensteuer sowie der Erbschaft- und Schenkungsteuer.

Bei der Grundsteuer wird ausschließlich Grundvermögen besteuert, so daß die Grundeigentümer — wenn auch in unterschiedlichem Umfang — alle in den Genuß der Unterbewertung kommen. Hier spielt der Verstoß gegen die steuerliche Gerechtigkeit eine vergleichsweise geringe Rolle. Würde man die Einheitswerte den Verkehrswerten anpassen, dann würde sich ohne weitere Steuerrechtsänderungen das Gesamtsteueraufkommen von derzeit 10 Mrd DM auf etwa 65 Mrd DM erhöhen. Die Kommunen, denen die Grundsteuer zufließt, würden also ein Mehraufkommen von 55 Mrd DM erzielen. Wegen der bei vielen Gemeinden desolaten Finanzlage könnte Veranlassung bestehen, dieses Steuererhöhungspotential auch auszuschöpfen, was mit einer empfindlichen Mehrbelastung für die Eigentümer selbstgenutzten Wohnraums und für die Mieter von Wohnungen verbunden wäre. Für ein Einfamilienhaus mit einem derzeitigen Einheitswert von 70 000 DM würde — einer Faustregel folgend, wonach die Grundsteuerbelastung etwa 1 vH des Einheitswertes ausmacht — die Steuerbelastung von heute 700 DM auf dann etwa 5 400 DM steigen. Da die Grundsteuer vom Vermieter auf die Miete umgelegt werden kann, wäre mit einer Erhöhung der Mieten zu rechnen. Eine solche Entwicklung wäre verteilungspolitisch und stabilitätspolitisch unerwünscht. Es gibt bei der Grundsteuer keine Begründung für eine derartige Steuererhöhung; die Wirkungen einer Ausweitung der Bemessungsgrundlage sollten deshalb durch Änderungen der Steuermeßzahl oder der Hebesätze kompensiert werden.

Ganz anders liegen die Dinge bei der Vermögensteuer und der Erbschaft- und Schenkungsteuer. Hier spielen die Verstöße gegen die steuerliche Gerechtigkeit eine weit größere Rolle, da bei diesen Steuern andere Vermögensobjekte (vor allem Betriebsvermögen und Geldvermögen) belastet werden, für die Verkehrswerte angesetzt werden. Würde man die Einheitswerte an die Verkehrswerte anpassen, würden den Bundesländern bei der Vermögensteuer jährlich etwa 11 Mrd DM und bei der Erbschaftsteuer etwa 7 Mrd DM zusätzlich zufließen. Aber auch in diesen Fällen sollten wegen der ohnehin schon hohen Steuerbelastung Freibeträge oder Steuersätze geändert werden, um im Ergebnis eine aufkommensneutrale Reform zu verwirklichen.

Eine Anpassung der Einheitswerte wäre mit erheblichem Verwaltungsaufwand verbunden und würde auf Jahre hinaus Ressourcen der ohnehin überlasteten Finanzverwaltung binden. Zudem hat sich das Verfahren der Einheitsbewertung als wenig effizient erwiesen. Das sollte Anlaß genug sein, die Einheitsbewertung abzuschaffen. Würde man im Zuge einer Gemeindesteuerreform eine Wertschöpfungsteuer einführen, könnten die Grundsteuer und die Gewerbekapitalsteuer in einer solchen Abgabe aufgehen. Die Vermögensteuer, die weitgehend zu einer Steuer auf das Betriebsvermögen geworden ist, sollte im Zuge einer Unternehmenssteuerreform abgeschafft werden. Bei der Erbschaft- und Schenkungsteuer wird man allerdings Vermögenswerte belasten müssen, die sich an Verkehrswerten orientieren. Hier sollte jedoch anstelle der Einheitsbewertung eine Einzelbewertung möglich sein, da pro Jahr nur eine relativ geringe Anzahl von Steuerfällen zu bearbeiten ist.

308. Eine Reform der Unternehmensbesteuerung sollte so finanziert werden, daß nicht das konterkariert wird, was man mit der Reform anstrebt: investitions- und leistungsfreundliche steuerliche Regelungen. Insoweit spricht vieles dafür, die Finanzierung über eine stärkere Besteuerung des Konsums, also vor allem über eine Erhöhung der Umsatzsteuer (Mehrwertsteuer) zu regeln. Wachstumspolitisch hätte diese Finanzierung zweifellos Vorteile, allerdings werden verteilungspolitische Argumente dagegen vorgebracht. Da die Mehrwertsteuer den Konsum belastet, werden Bezieher niedriger Einkommen, die in der Regel einen vergleichsweise großen Teil ihres Einkommens für Konsum ausgeben, besonders stark betroffen. Allerdings: Für diese Regressionswirkung ist nicht nur der Anteil der Konsumausgaben am Einkommen, sondern auch die Struktur der Konsumausgaben entscheidend (JG 92 Ziffer 210). Bezieher niedriger Einkommen geben einen hohen Teil ihres Einkommens für steuerfreie Mietzahlungen und steuerbegünstigte Nahrungsmittel aus. Der Regressionseffekt würde demnach abgeschwächt, wenn lediglich der Normalsatz der Mehrwertsteuer erhöht würde. Dennoch wird eine Anhebung der Umsatzsteuer derzeit politisch kaum durchzusetzen sein, da ohnehin immer wieder behauptet wird, die bisherige Konsolidierung sei vor allem zu Lasten der Bezieher niedriger Einkommen gegangen.

Gerade unter dem Aspekt der Verteilungsgerechtigkeit spricht einiges dafür, die Finanzierung der Reform der Unternehmensbesteuerung über den Abbau der zahlreichen Vergünstigungen bei der Einkommensteuer vorzunehmen. Die in der Einkommensteuer eingeräumten „Gestaltungsmöglichkeiten" gelten zwar de jure für jeden Steuerpflichtigen, sie dürften allerdings in der Regel vor allem von denjenigen in Anspruch genommen werden, die über ein relativ hohes Einkommen verfügen. Das hat zumindest zwei Gründe: Zum einen ist die Ausnutzung solcher Vergünstigungen meist an den Einsatz komplementärer eigener Mittel geknüpft, das heißt, wer eine Steuervergünstigung (zum Beispiel im Wohnungsbau) in Anspruch nehmen will, muß eigene Mittel aufbringen, über die in der Regel nur Bezieher hoher Einkommen verfügen können. Soweit die Vergünstigungen bei der Ermittlung der Bemessungsgrundlage ansetzen, hängt zum anderen der absolute Steuervorteil von der Höhe des zu versteuernden Einkommens ab. Insoweit sind Steuervergünstigungen oft nur für Bezieher hoher Einkommen günstig.

Abbau von Steuervergünstigungen voranbringen

309. Auch in diesem Bereich hat die Bundesregierung einen ersten Schritt mit dem Entwurf eines „Mißbrauchsbekämpfungs- und Steuerbereinigungsgesetzes" getan. Dieser Ansatz sollte konsequent weiter verfolgt werden, zumal darin ein beachtliches Potential für Steuermehreinnahmen liegt. Zudem würde in vielen Fällen das Besteuerungsverfahren für Bürger und Finanzverwaltung vereinfacht, was oft auch ein Beitrag zu mehr Steuergerechtigkeit und zu effizienter Verwendung öffentlichen Geldes wäre. Ein solches Bereinigungsprogramm müßte sich an steuersystematischen Anforderungen ausrichten und dürfte sich nicht nur in punktuellen Korrekturen des derzeitigen Systems erschöpfen.

Die Einkommensteuer soll die im Einkommen zum Ausdruck kommende persönliche Leistungsfähigkeit eines Steuerpflichtigen erfassen. Dieser Aufgabe kann sie nur gerecht werden, wenn vor allem folgende Forderungen berücksichtigt werden:

— Alles, was im ökonomischen Sinn Einkommen ist, muß tatsächlich erfaßt und besteuert werden (umfassende Bemessungsgrundlage).

— Die Einkommensarten müssen grundsätzlich gleichbehandelt werden; sie sind im Gesamteinkommen zusammenzufassen und einem einheitlichen Tarif zu unterwerfen (synthetische Einkommensteuer).

— Bei intertemporalen oder interpersonellen Einkommensübertragungen ist ein Einkommen einmal, aber auch nur einmal zu besteuern (Korrespondenzprinzip).

— Für die Höhe der Einkommensteuerbelastung ist der Einkommenszufluß, aber nicht die Art der Einkommensverwendung entscheidend (Steuer auf die Einkommensentstehung).

— Sofern wirtschaftspolitische Ziele im Rahmen der Einkommensteuer verfolgt werden, sollten die Maßnahmen als Abzüge von der Steuerschuld und nicht als Abzüge bei der Ermittlung der Bemessungsgrundlage gestaltet werden (Steuerkredit bei nichtfiskalischen Zielsetzungen).

Gegen all diese Forderungen wird bei der deutschen Einkommensteuer in vielfältiger Hinsicht verstoßen, was im Einzelfall allokations- und verteilungspolitisch bedenkliche Konsequenzen hat. Wir nennen im folgenden einige Felder, auf denen Reformbedarf besteht.

310. In die Bemessungsgrundlage der Einkommensteuer sollten alle Bruttoeinkünfte voll einbezogen werden. Dazu gehören Zuschläge für Sonntagsarbeit, Nachtarbeit und Überstunden. Wenn ein Unternehmen Anreize setzen will, daß beispielsweise Überstunden geleistet werden, so ist es Sache der Tarifvertragsparteien, für eine entsprechende Differenzierung der Bruttolöhne zu sorgen. Neben den genannten Zuschlägen müssen auch Abfindungen, Übergangsgelder sowie Zuwendungen, die der Arbeitgeber etwa anläßlich von Jubiläen, Eheschließung zahlt, zur Bemessungsgrundlage der Einkommensteuer gerechnet werden.

311. Transfers müßten ebenfalls in die Bemessungsgrundlage der Einkommensteuer einbezogen werden. Das oft vorgetragene Gegenargument, wonach diese Zahlungen bereits Nettoleistungen seien, die Besteuerung also bereits bei der Festsetzung der Beträge berücksichtigt worden sei, kann nicht überzeugen, sondern höchstens Anlaß geben, diese Zahlungen zunächst um den fiktiven Steuersatz zu erhöhen und dann die erhöhten Beträge der Besteuerung zu unterwerfen. Da für solche Leistungen das Kausalprinzip gilt, kann es zur Kumulation von Transfers kommen, zudem können bei einer Person Transfers mit anderen Einkunftsarten zusammentreffen. Die Folge wäre eine — bei progressivem Tarif gewollte — relativ starke Belastung des Gesamteinkommens (Progressionseffekt). Zudem sind viele Transferzahlungen und Steuervergünstigungen in ihrer Höhe vom Gesamtbetrag der Einkünfte oder vom zu versteuernden Einkommen abhängig. Läßt man Transfers bei der Ermittlung der Bemessungsgrundlage unberücksichtigt, dann kann man zu dem unerwünschten Ergebnis kommen, daß die Nettoeinkommensposition eines Steuerpflichtigen beim Bezug von Lohnersatzleistungen günstiger ist als zuvor beim ausschließlichen Bezug von Lohneinkommen. Das ist unter dem Ziel, Anreizwirkungen zu erhalten, unerwünscht. Der Gesetzgeber hat für die Lohnersatzleistungen zwar einen Progressionsvorbehalt (§ 32b EStG) eingeführt. Dadurch wird aber die Durchbrechung des Progressionsprinzips nicht beseitigt, sondern nur abgeschwächt. Zur Lösung des zweiten Problems (Ermittlung der Einkommensgrenze für Transfers) wird dadurch nichts gewonnen.

312. Unbefriedigend ist auch die steuerliche Behandlung der Alterseinkünfte. Bei den Renten aus der Sozialversicherung wird nach § 22 Ziffer 1 EStG nur der Ertragsanteil besteuert. Dieser dürfte auch nach den Änderungen, die das Gesetz zur Umsetzung des Föderalen Konsolidierungsprogramms gebracht hat, zu niedrig ausgewiesen werden. Die Kapitalrückflüsse bleiben steuerfrei, obwohl die zuvor geleisteten Beiträge in großem Ausmaß aus steuerfreiem Einkommen geleistet worden sind. Wegen der Höchstbeträge, die für den Abzug von Vorsorgeaufwendungen als Sonderausgaben gelten und auf die auch andere Beiträge als die zu den Gesetzlichen Sozialversicherungen geleisteten angerechnet werden, ist nicht festzustellen, welcher Anteil der Beiträge zur Rentenversicherung aus versteuertem und welcher aus unversteuertem Einkommen geleistet worden ist. Die Zurechnung wird noch dadurch erschwert, daß die Hälfte der Beiträge in der Regel vom Arbeitgeber gezahlt wird. Will man dennoch dem Korrespondenzprinzip Genüge tun, muß man sich für eine der beiden möglichen Versionen entscheiden: Entweder bleiben Beiträge zur Rentenversicherung in voller Höhe steuerfrei, dann muß der Kapitalrückfluß bei Rentenbezug versteuert werden (nachgelagertes Verfahren), oder man besteuert die Einkommen, die als Beiträge geleistet werden, dann kann der Kapitalrückfluß steuerfrei bleiben (vorgelagertes Verfahren).

Da in den kommenden Jahren mit einer hohen Belastung der Einkommen der aktiven Bevölkerung zu rechnen ist, die wir wachstumspolitisch für bedenklich halten, plädieren wir für das nachgelagerte Verfah-

ren. Allerdings würde das nur dann korrekt sein, wenn die Arbeitgeberbeiträge als Lohn dem Arbeitnehmer zugerechnet würden und dieser den gesamten Beitrag leisten würde. Folgt man dem Vorschlag, auch Transfers in die Bemessungsgrundlage einzubeziehen, dann würde das nachgelagerte Verfahren einen weiteren Vorteil haben: Die Aufteilung der Rentenzahlung in einen Ertragsanteil, einen Kapitalrückfluß und eine Umverteilungskomponente würde sich dann erübrigen; sie ist im Einzelfall korrekt auch gar nicht möglich. Schließlich wird das nachgelagerte — im Vergleich zum vorgelagerten — Verfahren die individuelle Steuerbelastung bei einem über die Zeit unveränderten Steuertarif über das gesamte Leben betrachtet verringern, weil davon ausgegangen werden kann, daß für die meisten Bürger die Aktivenbezüge höher sind als die Alterseinkünfte.

Berücksichtigt man den ab 1. Januar 1996 fühlbar anzuhebenden Grundfreibetrag und den für alle Altersbezüge zu gewährenden Altersfreibetrag, dann wird die Mehrzahl der Bezieher von Renten aus der Sozialversicherung bei dem hier vorgeschlagenen Besteuerungsverfahren keine steuerliche Mehrbelastung zu tragen haben. Von daher ist deshalb eine Erhöhung der Rentenzahlungen und damit der Beiträge und des Bundeszuschusses nicht geboten. Zusätzliche Belastungen haben die Bezieher relativ hoher Renten und diejenigen zu erwarten, bei denen sich mehrere Arten von Alterseinkünften kumulieren. Das entspricht dem belastungspolitischen Konzept der Einkommensteuer. Gemessen an den damit aufgestellten Grundsätzen ist die steuerliche Behandlung der Versorgungsbezüge der Beamten, Richter und Soldaten sachgerecht. Die Versorgungsbezüge werden als Fortzahlung des Arbeitsentgeltes behandelt. Da der genannte Personenkreis keine eigenen Beiträge für die Alterversorgung zahlt, stellt sich die Frage des Zeitpunkts der Besteuerung gar nicht. Nicht zu vertreten ist allerdings der Versorgungsfreibetrag in Höhe von 40 vH der Bezüge, höchstens jedoch 4 800 DM. Er ist auch nur eingeführt worden, um steuerliche Nachteile im Vergleich zu den Empfängern von Renten aus der Gesetzlichen Rentenversicherung auszugleichen. Dieser Freibetrag müßte gestrichen werden; auch für Beamte dürfte nur der allgemeine Altersfreibetrag gelten. Da Beamte keine Beiträge zur Altersvorsorge entrichten, für sie aber die gleichen Höchstbeträge für den Abzug von Vorsorgeaufwendungen als Sonderausgaben (§ 10 EStG) gelten, können sie diese Höchstbeträge in weit stärkerem Umfang nutzen, um steuerliche Vorteile für Beiträge zu Kapitallebensversicherungen und an Bausparkassen zu erreichen. Auch diese Begünstigung müßte gestrichen werden.

Ob die hier skizzierte Reform insgesamt zu Steuermehreinnahmen führt, hängt davon ab, welche konkreten Maßnahmen ergriffen werden; der Gesetzgeber hat hierbei einen weiten Spielraum. Da die Beiträge zur Rentenversicherung in größerem Umfang als heute steuerfrei bleiben, sind von daher eher Steuermindereinnahmen zu erwarten. Dem stehen allerdings Mehreinnahmen gegenüber, die durch die Streichung von Freibeträgen und die Einschränkung des Sonderausgabenabzugs sowie durch die breitere Bemessungsgrundlage bei der Besteuerung der Alterseinkünfte entstehen werden. Entscheidet man sich für die Einführung des nachgelagerten Besteuerungsverfahrens, dann müßten freilich diejenigen, die bereits bei der heutigen Regelung Beiträge gezahlt haben, die nicht steuerfrei geblieben sind, beim späteren Rentenbezug eine entsprechende Entlastung erhalten. Dazu wird man auf eine pauschalierte Regelung zurückgreifen können.

313. Eine nicht zu rechtfertigende steuerliche Begünstigung gilt auch für die Kapitallebensversicherungen mit Laufzeiten über 12 Jahre. Der Ertragsanteil (Zinsen) und auch der Kapitalrückfluß sind steuerfrei. Für die Zinsen ist dies in keinem Fall zu rechtfertigen, zumal für Einkünfte aus Kapitalvermögen ohnehin schon ein hoher Freibetrag gewährt wird. Die Vergünstigung des § 20 Abs. 1 Ziffer 6 EStG sollte deshalb ersatzlos gestrichen werden. Der steuerfreie Kapitalrückfluß ist ebenfalls nicht unbedenklich. Zumindest Teile der Prämienzahlungen dürften bei einem bestimmten Personenkreis (Beamte und Selbständige) als Sonderausgaben geltend gemacht werden, so daß insoweit Steuerfreiheit bei der Prämienzahlung besteht. Auch in diesem Fall müßte das Korrespondenzprinzip beachtet werden.

Verknüpfung des Transfersystems mit der Einkommensteuer?

314. Bereits im vergangenen Jahr hatte der Sachverständigenrat deutlich gemacht, daß es bei der Suche nach substantiellen Konsolidierungsbeiträgen im Sozialbudget nicht um eine lineare Kürzung von Transferleistungen gehen kann. Eine Reihe systematischer Unstimmigkeiten waren genannt worden, die Ansatzpunkte für Einsparungen bieten (JG 92 Ziffer 346): Sozialpolitisch motivierte Transfers sollten an Einkommensgrenzen gebunden, steuerliche Vergünstigungen als Abzüge von der Steuerschuld gestaltet und empfangene Unterstützungszahlungen in die Besteuerung einbezogen werden. An anderer Stelle dieses Gutachtens wurde darauf hingewiesen, daß der Abbau von Steuervergünstigungen nicht punktuell und beliebig versucht, sondern an steuersystematischen Anforderungen orientiert werden sollte. So verstößt die Abgrenzung der Bemessungsgrundlage in der Einkommensteuer in vielfacher Hinsicht gegen das Postulat einer gerechten Besteuerung, also einer Besteuerung gemäß der persönlichen Leistungsfähigkeit. Eine umfassende Besteuerung aller Einkommen, die auch Lohnersatzleistungen und Unterstützungszahlungen von Privaten einschließt, wäre danach ebenso geboten wie eine konsistente Gestaltung der Familienbesteuerung.

315. Der Sachverständigenrat hat bereits in der Vergangenheit verschiedentlich auf Unstimmigkeiten und Korrekturbedarf im Transfersystem hingewiesen und Grundsätze für eine umfassendere Reform formuliert:

— Sozialleistungen haben in der sozialen Marktwirtschaft vor allem drei Funktionen zu erfüllen: erstens die Absicherung individueller Einkommensrisiken bei Krankheit, Arbeitslosigkeit, Invalidität und Alter, zweitens den Ausgleich über-

durchschnittlicher Belastungen zum Beispiel durch Krankheitskosten oder Unterhaltskosten für Familienangehörige, drittens die Herstellung gleicher Startchancen für die Teilnahme am marktwirtschaftlichen Wettbewerb (JG 83 Ziffer 468). Effektiv kann ein Umverteilungssystem nur sein, wenn die verschiedenen Instrumente in ihrer Wirkung für sich wahrnehmbar und aufeinander abgestimmt sind.

— Die Ausgestaltung der Transfers sollte die davon ausgehenden Anreize berücksichtigen; dies gilt schon für das Sicherungsangebot an sich, weil jeder staatliche Transfer wie jede private Versicherung dazu führen kann, daß die Gesicherten sich sorgloser verhalten und Schäden gar fingieren; dies gilt aber vor allem für das Sicherungsniveau, weil mit zunehmender Höhe tendenziell die Neigung verringert wird, eigenes Erwerbseinkommen zu erzielen und Eigenvorsorge zu betreiben (JG 82 Ziffern 253ff.).

— Überlegungen zu den Anreizwirkungen sind auf alle Maßnahmen der Einkommensumverteilung zu beziehen. Sowohl die mangelnde Koordination der Sozialleistungen untereinander als auch mit den Bestimmungen des Abgabenrechts sind in diesem Kontext bedenklich; Einkommensgrenzen beim Transferbezug führen für sich genommen zu einem sprunghaften Anstieg der Grenzbelastung der Einkommen; unabgestimmte Einkommensgrenzen bei verschiedenen Sozialtransfers ergeben einen mehrfach sprunghaften Verlauf der marginalen Belastung. Transferabbau und steigende direkte Abgabenlast summieren sich zudem oft in erheblichem Maße. All dies setzt falsche Signale für den Umgang der Bürger mit dem Umverteilungssystem (JG 89 Ziffern 327ff., JG 85 Ziffer 272). Die Verbindung von Steuerrecht und Sozialrecht wird in dem Verhältnis von einkommensteuerlichem Grundfreibetrag und sozialhilferechtlichem Mindestsicherungsanspruch offenkundig. In beiden Fällen geht es um die Sicherung des Existenzminimums, eine Koordination ist dringend geboten (JG 87 Ziffer 292) und mittlerweile verfassungsgerichtlich auch eingefordert worden.

316. Das Bundesverfassungsgericht hat in einem Urteil vom 25. September 1992 den tariflichen Grundfreibetrag in der Einkommensteuer in seiner Gesamtwirkung für verfassungswidrig erklärt. Die Höhe des steuerlich zu schonenden Existenzminimums darf den durch die Sozialhilfe definierten Mindestbedarf nicht unterschreiten. Das Sozialhilferecht greift damit entscheidend in das Einkommensteuerrecht ein. Der Mindestbedarf ergibt sich aus dem Regelsatz der laufenden Hilfe zum Lebensunterhalt, den Leistungen für Unterkunft und Heizung sowie einmaligen Hilfen, die einen über die laufenden Leistungen hinausgehenden Grundbedarf berücksichtigen; ferner gehört nach Ansicht des Gerichts der Mehrbedarf für Erwerbstätige dazu. Im Falle einer Typisierung ist sicherzustellen, daß in möglichst allen Fällen der existenznotwendige Bedarf abgedeckt wird.

Der bisher im Einkommensteuerrecht gewährte Grundfreibetrag ist — gemessen an der Sozialhilfe — zu niedrig. Das wird nach Auffassung des Verfassungsgerichtes auch nicht dadurch kompensiert, daß bestimmte Einkommensteile und Sozialleistungen einkommensteuerfrei gestellt werden, deren Tatbestand nicht den existenzsichernden Aufwand erfaßt und die nicht allgemein gewährt werden. So dürfen die durch §§ 3 bis 3 b EStG steuerbefreiten Leistungen nicht als steuerliche Freistellung von Teilen des Existenzminimums bewertet werden. Auch die Steuerfreiheit des Wohngeldes genügt nicht den Anforderungen einer „allgemeinen steuerlichen Entlastung des existenznotwendigen Bedarfs". Gleiches gilt für den Freibetrag für Einkünfte aus Land- und Forstwirtschaft, den Arbeitnehmerpauschbetrag, den Sparerfreibetrag sowie die Entlastung für Alterseinkünfte. Die angemessene steuerliche Entlastung des Existenzminimums ist im übrigen fortlaufend anzupassen.

Der Gesetzgeber hat die Vorgaben des Urteils durch eine definitive Lösung bis zum 1. Januar 1996 umzusetzen, bis dahin kann dies durch eine Übergangsregelung geschehen. Dem hat das Bundesfinanzministerium zunächst durch eine Verwaltungsregelung für das Jahr 1993 entsprochen, die der Gesetzgeber dann in grundsätzlich unveränderter Form im Gesetz zur Umsetzung des Föderalen Konsolidierungsprogramms für die Zeit bis 1995 übernommen hat. Um Einnahmenausfälle durch das steuerlich freizustellende Existenzminimum in Grenzen zu halten, wurde der Erwerbstätigenzuschlag (alter § 23 BSHG) durch einen Freibetrag für das Erwerbseinkommen (neuer § 76 Abs. 2a BSHG) ersetzt. Dadurch vermindert sich das jährliche Existenzminimum in der gesetzlichen Regelung gegenüber der Verwaltungsregelung um 1 500 DM (Tabelle 62).

Für die Ermittlung der Steuerschuld ist im unteren Einkommensbereich nicht mehr das „zu versteuernde Einkommen" maßgeblich, sondern die vom Verfassungsgericht so bezeichneten „Erwerbsbezüge", die

Tabelle 62

Das Existenzminimum eines Alleinstehenden für 1993 gemäß Bundesfinanzministerium

	Berechnung in der Verwaltungsregelung	Berechnung im Gesetz zur Umsetzung des Föderalen Konsolidierungsprogramms
1. Durchschnittlicher Regelsatz	5 952	6 156
2. Aufwendungen für Wohnung	2 964	2 712
3. Aufwendungen für Heizung	708	708
4. Durchschnittliche einmalige Leistungen	888	924
5. Erwerbstätigenzuschlag	1 488	—
Insgesamt	12 000	10 500

sich aus dem zu versteuernden Einkommen nach Hinzurechnung verschiedener Beträge ergeben (Tabelle 63). Der Begriff der „Erwerbsbezüge" kommt näher als das „zu versteuernde Einkommen" an den umfassenden Einkommensbegriff der Sozialhilfe heran. Die „Erwerbsbezüge" werden jedoch lediglich für einen unteren Einkommensbereich herangezogen, während bei den darüberliegenden Einkommen nach wie vor vom „zu versteuernden Einkommen" ausgegangen wird. Bei der Definition der „Erwerbsbezüge" werden Freibeträge und Einkommensfreistellungen, die zur Deckung des existenznotwendigen Bedarfs verwendet werden können, in steuerbares Einkommen umdefiniert. Würden die an anderer Stelle zur Diskussion gestellten Maßnahmen zur Verbreiterung der Bemessungsgrundlage umgesetzt (Ziffern 310ff.), würden sich das „zu versteuernde Einkommen" und die „Erwerbsbezüge" einander angleichen.

317. Bei der zum 1. Januar 1996 einzuführenden Regelung muß der steuerliche Grundfreibetrag mindestens so hoch sein wie der durch die Sozialhilfe festgelegte Mindestbedarf. Das würde bei ansonsten unverändertem Tarif zu hohen Belastungen für die öffentlichen Haushalte führen, geschätzt werden Steuermindereinnahmen von zunächst jährlich 40 Mrd DM. Außerdem würde eine solche Reform den Einkommensteuertarif berühren: Die indirekte Progression des Tarifs wird verschärft, und möglicherweise wird die sogenannte Proportionalzone, in der der Grenzsteuersatz konstant ist, durch den Grundfreibetrag ausgeschöpft, so daß nach Überschreiten des Freibetrages steigende Grenzsteuersätze gelten würden. Der Progressionsgrad des Tarifs würde zudem verschärft, wenn die Steuerausfälle durch eine stärkere Belastung der höheren Einkommen kompensiert würden — eine Alternative, die im Urteil des Bundesverfassungsgerichtes immerhin angedeutet wird. Man sieht daraus, daß die Umsetzung des Urteils Probleme für die Haushaltskonsolidierung und die wachstumsgerechte Gestaltung der Einkommensteuer mit sich bringt. Die Kompensation der Einnahmenausfälle sollte eher über eine Verbreiterung der Bemessungsgrundlage als über eine Erhöhung der Grenzsteuersätze herbeigeführt werden.

318. Die Anlehnung des steuerlichen Existenzminimums an das der Sozialhilfe kann weitreichende Konsequenzen haben. Sind Grundfreibetrag und Existenzminimum wertmäßig identisch, dann liegt — wie bisher — der Anrechnungssatz eigenen Einkommens (oberhalb des Freibetrags für Erwerbseinkommen) auf die Sozialhilfe bei 100 vH, die extrem hohe Grenzbelastung in diesem Einkommensbereich bleibt also wirksam. Die Umstellung in der Sozialhilfe vom Erwerbstätigenzuschlag auf den Freibetrag für Arbeitseinkommen ändert daran nichts. Ein finanzieller Anreiz für Sozialhilfeempfänger, Erwerbseinkommen anzustreben, ist insoweit kaum noch existent. Würde man hingegen den Anrechnungssatz auf beispielsweise 50 vH vermindern, so würde dies sicher die Anreize, Erwerbseinkommen zu erzielen, vergrößern, allerdings auch den Einkommensbereich erweitern, genauer: verdoppeln, in dem Unterstützungszahlungen geleistet werden müssen. Entsprechend wäre der Grundfreibetrag in der Einkommensteuer zu erhöhen. Dies führt wiederum zu steigenden fiskalischen Belastungen. Den positiven Anreizeffekten bei den Sozialhilfeempfängern sind deshalb die negativen Wirkungen auf die Leistungsbereitschaft entgegenzustellen, die je nach Art der Finanzierung dieser zusätzlichen Belastungen entstehen können.

Der Zusammenhang zwischen Grundfreibetrag und Unterstützungsgrenze führt ähnlich wie die Notwen-

Tabelle 63

Gesetzliche Regelung zur Ermittlung der Erwerbsbezüge im Jahre 1993

Zu versteuerndes Einkommen

+ Verlustabzugsbeträge nach § 10d EStG
+ Abzugsbeträge nach §§ 10e (1) bis (6a), §§ 10f bis h EStG (unter anderem für selbstgenutzten Wohnraum, schutzwürdige Kulturgüter) sowie nach § 15b BerlinFördG und § 7 FörderGebG
+ Abzug für Land- und Forstwirte (§ 13 (3) EStG)
+ steuerfreier Gewinn aus der Veräußerung/Aufgabe von Betrieben und aus Anteilen an Kapitalgesellschaften (§§ 14, 14a (1) bis (3), § 16 (4), § 17 (3) und § 18 (3) EStG)
+ Betrag, der durch Abzug des Versorgungsfreibetrags (§ 19 (2) EStG), des Sparer-Freibetrags (§ 20 (4) EStG), des Altersentlastungsbetrags (§ 24a EStG) und der Regelung für sonstige Einkünfte (§ 22 EStG) steuerfrei bleibt
+ der steuerfrei bleibende Kapitalanteil von Leibrenten (§ 22 Nr. 1 Satz 3a EStG)
+ Einkünfte und Leistungen, die dem Progressionsvorbehalt unterliegen (§ 32b (1) EStG)
+ Einkünfte, die nach §§ 3 Nr. 1a, 3, 3b, 5, 6, 9, 10, 11 und 27 EStG steuerfrei sind
+ Sonderabschreibungen, erhöhte AfA, steuerfreie Rücklagen
+ pauschal besteuerte Bezüge nach § 40a EStG

= **Erwerbsbezüge**

unter	**10 530 DM/21 060 DM**	→	Steuerschuld ist Null			
unter	**12 798 DM/25 596 DM**	→	maßgeblich: Erwerbsbezüge	→	Zusatztabellen für 1993	→ Steuerschuld
über	**12 797 DM/25 595 DM**	→	maßgeblich: zu versteuerndes Einkommen	→	Grundtabelle/Splittingtabelle	→ Steuerschuld

digkeit, die Anpassung des Grundfreibetrags an das Existenzminimum in der Sozialhilfe im Zeitablauf sicherzustellen, zu dem Gedanken der „negativen Einkommensteuer". Damit verbindet sich die Vorstellung, die Einkommensbesteuerung und die staatlich organisierte Transfergewährung in einem System zusammenzuführen. Im hier angesprochenen Fall würde dies die Einkommensteuer und die Sozialhilfe betreffen. Ein solches System setzt voraus, daß erstens die Bemessungsgrundlage für beide Bereiche einheitlich definiert ist, zweitens einheitlich entweder das Individualprinzip oder das Haushaltsprinzip zugrunde gelegt wird, und drittens die Anrechnung von Einkommen auf die Transfers und die Besteuerung einem durchgehenden einheitlichen Tarif folgen.

Mögliche Ausgestaltungsformen einer Integration von Einkommensteuer und Sozialtransfers können danach unterschieden werden, welche Sozialleistungen einbezogen werden.

— In einem engen Ansatz, wie er traditionell mit dem Begriff „negative Einkommensteuer" verbunden wird und wie er aufgrund der vorangegangenen Überlegungen naheliegt, werden lediglich Sozialhilfe und Einkommensteuer zusammengeführt.

— Eine weitergehende Konzeption bezieht darüber hinaus alle übrigen gegenleistungsfreien Transfers ein, das heißt solche, die nicht eine spezifische Leistung des Anspruchsberechtigten voraussetzen. Dazu können beispielsweise das Wohngeld, das Kindergeld, das Erziehungsgeld, die Ausbildungsförderung, aber auch die Förderung der Vermögensbildung zählen. Denkbar wäre auch, die bislang in der Sozialversicherung enthaltenen Umverteilungselemente in das integrierte System zu übernehmen. In der Sozialversicherung würde dann das versicherungstechnische Äquivalenzprinzip verfolgt. Ein solcher Ansatz liegt der Idee eines „Bürgergeldes" zugrunde.

— Eine noch weitergehende Integrationslösung, wie sie unter der Bezeichung „Grundeinkommenssicherung" diskutiert wird, bestünde schließlich darin, auch die bislang auf dem Versicherungsprinzip beruhenden Sozialleistungen einzubeziehen. Bei den beiden zunächst genannten Formen werden existierende Umverteilungsinstrumente integriert, nicht aber ihrem Charakter nach verändert; das Kriterium der Gegenleistungsfreiheit gilt nach wie vor. Beim zuletzt genannten Ansatz müßte dagegen ein Teil des bestehenden Sozialsystems — die Sozialversicherung — der Art nach verändert werden; das Versicherungsprinzip entfiele, an dessen Stelle träte die Steuerfinanzierung. Die bislang über die Sozialversicherung begründete einkommensabhängige Risikoabsicherung würde einer für alle identischen Mindestabsicherung weichen; dem einzelnen bliebe die Möglichkeit, zusätzlich private Vorsorge zu betreiben.

319. All diese Reformmodelle haben weitgehende Implikationen. Sie rütteln an den überkommenen Gestaltungsgrundsätzen der Steuer- und Sozialpolitik, zum Beispiel am Progressionsprinzip bei der Einkommensteuer und am Subsidiaritätsprinzip bei der Sozialhilfe; sie schaffen Übergangsprobleme, zum Beispiel in der Sozialversicherung, für die überzeugende Lösungen noch erarbeitet werden müssen. Darüber hinaus sind Schwierigkeiten und Widerstände zu erwarten, wenn man die erforderlichen Veränderungen in der bisherigen Zuordnung von Verwaltungs- und Finanzierungszuständigkeiten bedenkt; eine gleichzeitige Anpassung der Finanzausgleichsregelungen wäre wohl unabdingbar. Schließlich: Die Integrationsmodelle verändern grundlegend die Handlungsbedingungen für die Privaten, deren Reaktionen darauf aber nur schwer abzuschätzen sind. Die konkreten Auswirkungen sind deshalb kaum vorauszusagen. So ist es verständlich, daß der bloße Hinweis auf die mit diesen Modellen verbundenen Verwaltungsvereinfachungen, auf die Kosteneinsparungen und auf die erwarteten Effizienzgewinne wegen größerer Transparenz und Effektivität im Sozialsystem viele, zumal im politischen Raum, nicht überzeugen kann.

320. Ungewiß sind vor allem die fiskalischen Wirkungen. Diese hängen von der konkreten Ausgestaltung ab: dem Steuertarif, dem Transfertarif, der Höhe des steuerlichen Grundfreibetrages und der Art der einbezogenen Sozialleistungen. Die Aufkommenseffekte sind zudem abhängig von den durch die Reform ausgelösten Verhaltensänderungen der Bürger. Grundsätzlich gilt: Je umfassender der Integrationsansatz ist, desto größer ist auch der Finanzierungsspielraum für die Reform, weil sich Einsparungsmöglichkeiten nutzen lassen.

Verhaltensänderungen der Bürger nach der Einführung eines integrierten Einkommensteuer- und Transfersystems sind aufgrund veränderter Leistungsanreize zu erwarten.

— Positive Anreizeffekte dürften bei einer Integration vor allem dadurch auftreten, daß im Transferbereich Arbeitseinkommen nicht mehr vollständig auf den Sozialhilfeanspruch angerechnet werden. Es wird damit ein finanzieller Anreiz geschaffen, Erwerbseinkommen zu erzielen.

— Positiv dürfte auch wirken, daß bei einer Integration von Transfers und Einkommensteuer Sprünge im effektiven Belastungstarif beseitigt werden. Der gesamte Tarif wird „geglättet" und einen durchgehenden, einheitlichen Progressionsverlauf aufweisen (JG 76 Ziffer 351). Umkippeffekte — wie sie bei marginalen Belastungssätzen von 100 vH entstehen können — sind definitiv ausgeschlossen (JG 89 Ziffer 327).

— Positiv auf die Leistungsanreize dürfte es schließlich wirken, wenn die Sozialversicherung von Umverteilungselementen befreit wird und ausschließlich nach dem Versicherungsprinzip funktioniert. Für die Politik besteht dann keine Möglichkeit mehr, Finanzprobleme des Bundeshaushalts auf den Haushalt der Sozialversicherung zu verschieben. Die Dauerhaftigkeit und die Verläßlichkeit des Systems werden erhöht (JG 83 Ziffer 480). Grundsätzlich wirkt die Verstärkung des Äquivalenzprinzips in der Sozialversicherung positiv auf die Leistungsbereitschaft der Privaten.

— Ein gewichtiger Einwand gegen eine weitgehende Verknüpfung von Einkommensteuer und Sozial-

leistungen besteht darin, daß vom derzeit in der Sozialhilfe geltenden Subsidiaritätsprinzip abgegangen werden müßte; dies hätte gravierende Auswirkungen auf die Anspruchsmentalität der Bürger; dabei wird von der Gefahr einer Anspruchsinflation gesprochen. Derzeit kommt die Subsidiarität der Sozialhilfe in dem zugrundegelegten umfassenden Einkommensbegriff zum Ausdruck, wonach alle Einkünfte sowie Unterhaltsverpflichtungen Dritter zu berücksichtigen sind, zum anderen in einer weitgehenden Berücksichtigung von Vermögen, lediglich kleine Hausgrundstücke, Hausrat, Barvermögen bis 2 000 DM und Bausparverträge bleiben ausgenommen. Grundsätzlich können auch bei einem integrierten System die Vermögenslage geprüft und vorhandenes Vermögen nach Abzug von Freistellungen herangezogen sowie Unterhaltsansprüche berücksichtigt werden. Was an negativen Leistungsanreizen beim Abgehen vom Subsidiaritätsprinzip entsteht, kann a priori nicht bestimmt werden.

— Negative Wirkungen auf die Leistungsbereitschaft wären allerdings zu erwarten, wenn die Finanzierung des Systems dazu führen würde, daß die Steuerbelastung generell und insbesondere die Grenzsteuersätze erhöht würden.

— Negativ schlägt schließlich zu Buche, daß man sich bei integrierten Systemen der Möglichkeit begibt, im Rahmen der Verteilungspolitik differenziert auf unterschiedliche Lebenslagen zu reagieren.

321. Das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes zwingt zu einem ersten Schritt zur Verknüpfung der Einkommensteuer mit der Sozialhilfe. Eine darüber hinausgehende, umfassende Reform des Steuer- und Transfersystems ist mit enormen Umstellungsaufwand verbunden, die konkreten Auswirkungen sind unsicher. Aus Gründen der politischen und administrativen Realisierbarkeit müßte sich der Übergang zu einem integrierten Steuer-Transfer-System über einen längeren Zeitraum erstrecken. Wenn man diesen Weg gehen will, sollte man die einzelnen Schritte einer Reform so konzipieren, daß ein Ausbleiben des jeweils nachfolgenden die bereits realisierten Maßnahmen weder fragwürdig noch anpassungsbedürftig macht. Mit einer Reform sollte man jedoch erst dann beginnen, wenn die derzeitigen Probleme der Finanzpolitik gelöst sind, also insbesondere die Rückführung der strukturellen Defizite im erforderlichen Umfang erreicht worden ist.

II. Geldpolitik: Die monetären Bedingungen für Geldwertstabilität sichern

322. Die Deutsche Bundesbank hat im Jahre 1993 eine expansive Geldpolitik betrieben. Eine kräftige monetäre Expansion und deutlich reduzierte Zinsen sind hierfür die Belege. Diese Politik war das Ergebnis eines fortwährenden Abwägungsprozesses; monetäre, binnenwirtschaftliche und außenwirtschaftliche Entwicklungen wurden berücksichtigt, als es um die Frage ging, ob die Bundesbank ihre Zinsen senken sollte und in welchem Tempo dies geschehen konnte. Insbesondere vor dem Hintergrund der unerwartet scharfen Rezession in Deutschland und der anhaltenden konjunkturellen Schwäche in ganz Europa kann die Grundrichtung der deutschen Geldpolitik — monetäre Lockerung — als angemessen betrachtet werden. Im Jahre 1994 werden sich diese Abwägungen fortsetzen müssen. Die Geldmenge sollte auf den Potentialpfad einschwenken; denn es gilt, die monetären Bedingungen für die Geldwertstabilität zu sichern. Dies wird aus heutiger Sicht (Spätherbst 1993) in Verbindung mit der absehbaren Konstellation von geringeren Preisimpulsen, konjunktureller Stabilisierung und den Anforderungen im europäischen Währungsverbund bei weiter sinkenden (kurzfristigen) Zinsen möglich sein. Ob es so bleibt, wird im Verlauf des Jahres 1994 allerdings immer wieder erneut zu prüfen sein.

Geldpolitik 1993: Gratwanderung bei scharfer Rezession

323. Die Abkehr von der Hochzinspolitik der letzten beiden Jahre kennzeichnete den geldpolitischen Kurs der Deutschen Bundesbank im Jahre 1993. Nachdem die Geldmarktzinsen noch im Spätsommer 1992 bei fast zehn Prozent gehalten wurden — ein Niveau, das zuletzt in der monetären Kontraktionsphase 1981/82 erreicht worden war —, ging die Bundesbank im September 1992 auf Zinssenkungskurs. Gut ein Jahr später, Ende Oktober 1993, lagen die Geldmarktzinsen mit etwa 6,5 Prozent um nicht weniger als drei Prozentpunkte unter dem Höchstwert des Vorjahres. Die monetäre Lockerung, wie sie in diesen Zinssenkungen zum Ausdruck kommt, ist als das Ergebnis von Abwägungen zu würdigen, in denen geldpolitischer Handlungsspielraum und Handlungsbedarf immer wieder von neuem ausgelotet werden mußten. Die Bundesbank berief sich für die Begründung ihrer geldpolitischen Aktivitäten vor allem auf die Entwicklung der Geldmenge, die Preistrends, die Geschehnisse an den Finanz- und Devisenmärkten und auf konjunkturelle Erfordernisse. Von diesen Faktoren gingen allerdings gegensätzliche Signale aus.

— Mit Blick auf die Entwicklung der Geldmenge M3 waren Absenkungen der Geldmarktzinsen weder in dem erreichten Ausmaß noch in dem vollzogenen Tempo angezeigt. Nachdem die monetären Zielvorgaben bereits 1992 erheblich überschritten worden waren, ging die monetäre Expansion im Verlauf des Jahres 1993 erneut über das hinaus, was die Bundesbank mit ihrem Geldmengenziel für M3 selbst als vertretbar vorgegeben hatte; auch die bereinigte Zentralbankgeldmenge bewegte sich weit oberhalb der vom Sachverständigenrat vorgeschlagenen Orientierungslinie für die monetäre Expansion (JG 92 Ziffer 331). Gemessen an diesen Entwicklungen wäre möglicherweise sogar eine Anhebung der Geldmarktzinsen durch die Bundesbank angezeigt gewesen, um auf diese Weise die monetäre Expansion abzubremsen. Dennoch wurden Diskont- und Lombardsatz mehrfach gesenkt und die Geldmarktzinsen sukzessive herabgeschleust. Dies wäre — ginge es allein um die Realisierung des Geldmengenzieles — allen-

falls gerechtfertigt gewesen, wenn man darauf hätte bauen können, daß die Geldmengenexpansion früher oder später auch unabhängig von den konkreten zinspolitischen Aktivitäten der Bundesbank in den Zielkorridor einmünden würde, beispielsweise infolge der rezessionsbedingt rückläufigen Geldnachfrage (JG 92 Ziffer 334). Dies fand jedoch zumindest bis in den Herbst hinein nicht statt.

— Die Geldpolitik ist auf den Erhalt der Geldwertstabilität gerichtet; dennoch ist die aktuelle Preisniveauentwicklung eine nur bedingt geeignete Orientierungsgröße für die Geldpolitik. Nachfragedispositionen und Kostenveränderungen, die den aktuellen Preisanstieg bestimmen, können durch die Geldpolitik, deren Aktivitäten auf die zukünftige Entwicklung wirken, nicht mehr beeinflußt werden; diese Preisbewegungen sind gleichsam „unvermeidlich" geworden. Allerdings können auch aktuelle Preisbewegungen für die geldpolitische Kursbestimmung bedeutsam werden, dann nämlich, wenn aus (hohen) gegenwärtigen Preissteigerungen entsprechende Inflationserwartungen entstehen. Kommen Inflationserwartungen nämlich erst einmal auf, droht sich der Preisanstieg zu verfestigen. Dem gilt es dann durch restriktive geldpolitische Maßnahmen entgegenzutreten. Auch vor diesem Hintergrund waren die Zinssenkungen durch die Bundesbank 1993 grundsätzlich nicht geboten. Die Preissteigerungen auf der Verbraucherstufe blieben mit rund 4 vH unangemessen hoch. Das sprach für sich genommen gegen Zinssenkungen. Zu einem anderen Urteil könnte man nur kommen, wenn man bei den Verbraucherpreisen rezessionsbedingt mit einer Abschwächung hätte rechnen können (die sich freilich 1993 nicht durchsetzte); ebenso wäre ein anderes Urteil dann gerechtfertigt, wenn aus den Indizien dafür, daß es 1993 noch nicht zu einer Erhöhung der Inflationserwartungen gekommen war (Ziffer 332), hätte gefolgert werden dürfen, daß steigende Inflationserwartungen auch weiterhin nicht zu befürchten wären.

— Auch wenn sich die Bundesbank auf eine bewußt antizyklische Geldpolitik nicht einlassen kann — um die Chancen einer konjunkturpolitischen Feinsteuerung ist es ohnehin schlecht bestellt —, kann sie kaum das Risiko eingehen, in dem Ausnahmefall einer Rezession eine vorher betriebene Hochzinspolitik unbeirrt fortzusetzen. Die deutsche Wirtschaft geriet im Jahre 1993 in eine Rezession unerwarteter Schärfe. Eine solche Entwicklung — keine konjunkturelle Delle, sondern ein massiver Einbruch bei Produktion und Beschäftigung — erzeugt für die Geldpolitik Handlungsbedarf. Die Rezession gab somit die Richtung für die Zinspolitik an: Die Geldmarktzinsen mußten gesenkt werden. Im Spiegel der konjunkturellen Entwicklung finden die Zinssenkungen, die die Bundesbank im Jahre 1993 vorgenommen hat, eine Rechtfertigung.

— Als dominierende Zentralbank in Europa reicht der faktische Einfluß der Bundesbank weit über den deutschen Wirtschaftsraum hinaus. Im Rahmen eines Systems fester Wechselkurse wirken monetäre Impulse aus Deutschland, deutsche Zinsänderungen etwa, unmittelbar auf die Partnerstaaten durch; aber auch unabhängig von der Wechselkursbindung hat die zunehmende Integration der Märkte in Europa zur Folge, daß die deutsche Geldpolitik in ihrer Wirkung immer mehr auch europäische Geldpolitik wird. Die Bundesbank muß aufgrund ihres Einflusses die europäischen Rückwirkungen ihrer Politik mitbedenken, wenn das auch nicht dazu führen darf, daß die Zielrichtung der Bundesbankpolitik — die Sicherung der Währung im Inland — aufgeweicht wird (JG 92 Ziffer 325). Die Bundesbank hat daher die Entwicklungen an den Devisenmärkten und in der europäischen Wirtschaft bei ihrer geldpolitischen Kursbestimmung zu Recht mitbewertet. Turbulenzen an den europäischen Devisenmärkten hatten im September 1992 die zinspolitische Lockerung der Bundesbank ausgelöst. Auch im Verlauf des Jahres 1993 blieben außenwirtschaftliche Einflüsse wirksam. Abgesehen von vorübergehenden Phasen einer D-Mark-Schwäche gab es aus der europäischen Entwicklung heraus gute Gründe für einen Zinsabbau: Mit ihren Zinssenkungen kam die Bundesbank europäischen Bedürfnissen entgegen.

324. Die Bundesbank befand sich — nimmt man alle Signale zusammen — in einer Dilemmasituation. Die eigentlich intendierte engere Begrenzung des Geldmengenanstiegs konnte vor diesem Hintergrund nicht ohne weiteres umgesetzt werden, und sie wurde es auch nicht. Eine potentialorientierte Geldpolitik, so wie sie der Sachverständigenrat versteht und wie sie die Bundesbank auch praktiziert, bedeutet nicht, an dem einmal vorgegebenen Geldmengenziel dogmatisch festzuhalten, es um jeden Preis realisieren zu wollen, gleichgültig welche binnenwirtschaftlichen und außenwirtschaftlichen Entwicklungen sich auch vollziehen. Die Bewertung dieser Entwicklungen kann Anlaß geben, Abweichungen der monetären Expansion von der Zielvorgabe hinzunehmen, nicht beliebig, aber doch dann, wenn es überzeugende Gründe dafür gibt. In diesem Jahr stand die Bundesbank vor dem Problem, daß einerseits die Geldmengenentwicklung für eine restriktivere Zinspolitik sprach, daß andererseits aber mit Blick auf andere Entwicklungen Zinssenkungen geboten erschienen. Im Ergebnis teilen wir die von der Bundesbank vorgenommene Bewertung der gegensätzlichen Signale, die schließlich auf eine deutliche Senkung der Geldmarktzinsen durch die Bundesbank hinauslief. Die Überschreitung des Geldmengenzieles ist — zumal sie erneut auftritt — zwar durchaus ernst zu nehmen; sie zu akzeptieren, erscheint dennoch alles in allem wohlbegründet und ist daher das kleinere Übel; das größere wäre jedenfalls die Beibehaltung der Hochzinspolitik der Vorjahre gewesen.

Einen wichtigen Test auf die Glaubwürdigkeit der Geldpolitik stellt die Reaktion der Akteure an den Finanzmärkten dar. Das größte Kapital der Bundesbank ist ihre in Jahrzehnten erworbene Reputation. Diese resultiert aus der Überzeugung der Märkte, daß die Bundesbank — bei allen Abwägungen im einzelnen — an ihrer Grundlinie festhält, die Stabilität des

Geldwertes zu sichern. An dieser Überzeugung hat sich auch in diesem Jahr nichts geändert. An den Märkten wurde die Entscheidung der Bundesbank akzeptiert, daß trotz noch rascher monetärer Expansion eine deutliche Rückführung der Geldmarktzinsen geboten sei. Wäre die Glaubwürdigkeit der Bundesbank dadurch gefährdet gewesen, hätte sich das durch Rückschläge an den Finanzmärkten — Zinsauftriebstendenzen am Kapitalmarkt, Abwertungsdruck auf die D-Mark — zeigen müssen. Alles dies war aber nicht zu beobachten; das Gegenteil war vielmehr der Fall.

Somit sollte bei der Würdigung der deutschen Geldpolitik des Jahres 1993 nicht strittig sein: Die Richtung dieser Politik, nämlich das hohe Zinsniveau abschmelzen zu lassen, war bei Wertung aller Einflußfaktoren und auch mit Blick auf die Glaubwürdigkeit der deutschen Geldpolitik angemessen. Eine andere Frage ist, ob ein stärkeres Ausmaß der Zinssenkungen angebracht gewesen wäre. Soweit sich diese Frage auf die Bewertung der Geldpolitik 1993 bezieht, wird sich eine schlüssige Antwort kaum mehr finden lassen. Wie ein anderes Tempo der Zinssenkungen gewirkt hätte, wäre von den vielfältigen Reaktionen der Marktteilnehmer abhängig gewesen. Über diese Reaktionen lassen sich im Nachhinein bestenfalls Vermutungen anstellen. Doch bleibt die angesprochene Frage für das kommende Jahr relevant; denn auch 1994 wird der Zentralbankrat immer wieder prüfen müssen, ob er die von ihm weitgehend kontrollierten Geldmarktzinsen weiter senken, auf dem gegenwärtigen Niveau halten oder wieder anheben sollte.

Geldpolitik 1994: Eine potentialgerechte Geldmengenausweitung anstreben

325. Zentrale Aufgabe der Geldpolitik bleibt es auch 1994, die monetären Rahmenbedingungen für Geldwertstabilität herzustellen und zu bewahren. Eine monetäre Expansion, die dauerhaft und nachhaltig über das Wachstum des Produktionspotentials hinausgeht, gefährdet dieses Ziel. Nachdem die monetäre Expansion schon 1992, aber auch 1993, hoch war, wird das Einschwenken auf ein mittelfristig vertretbares Maß dringlich.

Maßstab für die mittelfristige Entwicklung der Geldmenge ist der mittelfristige Potentialpfad. Die Geldmengenexpansion soll sich grundsätzlich mit der Rate vollziehen, mit der das Produktionspotential wächst, wobei ein Zuschlag für eine gerade noch hinnehmbare Preissteigerungsrate einzurechnen ist und eine Korrektur um die Trendrate, mit der sich die Umlaufsgeschwindigkeit des Geldes ändert, vorzunehmen ist. Die Ratio dieser Konzeption besteht darin, daß eine anhaltend und deutlich über den mittelfristigen Pfad hinausgehende Geldmengenexpansion grundsätzlich ein Inflationspotential schafft, das sich früher oder später in entsprechenden Preissteigerungen entladen wird. Eine unterhalb des Potentialpfades verharrende Geldmengenausweitung wirkt hingegen restriktiv und behindert das angemessene Wachstum der Wirtschaft. Auch wenn es im Verlauf eines Jahres, wie zum Beispiel 1993, gute Gründe geben kann, Abweichungen der monetären Expansion vom mittelfristigen Referenzpfad hinzunehmen, bleibt im vorhinein dieser Pfad der Maßstab für die angemessene Ausweitung der Geldmenge.

Ob sich diese Vorstellung von einer angemessenen monetären Entwicklung in Geldmengenzielen der Notenbank konkretisieren muß, kann durchaus unterschiedlich beurteilt werden. Die Befürworter — zu ihnen gehört die Mehrheit der Mitglieder des Sachverständigenrates — argumentieren, daß selbstgesetzte und der Stabilität verpflichtete Geldmengenziele eine gewollte Einengung des Handlungsspielraumes der Geldpolitik darstellen, dadurch verläßliche monetäre Rahmenbedingungen schaffen und das Vertrauen der Märkte in den Stabilitätswillen der Geldpolitik festigen. Die Kritiker halten Geldmengenziele für überflüssig, weil im Vollzug der deutschen Geldpolitik allzu oft wohlbegründete Abweichungen vom vorgegebenen Pfad hinzunehmen waren, so daß diese Zielvorgaben keine wirkliche Selbstbindung der Notenbank mehr darstellen und daher letztlich unverbindlich bleiben. Welcher Ansicht man auch zuneigt: Es bleibt richtig, daß Geldwertstabilität nur gewahrt bleiben kann, wenn die monetäre Expansion eben nicht nachhaltig über den mittelfristigen Potentialpfad hinausgeht.

326. Nicht zu verhehlen ist allerdings, daß die quantitative Konkretisierung der potentialorientierten Geldpolitik nicht ohne Probleme ist. Eine Schwierigkeit besteht in der „richtigen" Abgrenzung der Geldmenge. Mit Blick auf das Ziel der Geldwertstabilität müßte der monetären Analyse ein monetäres Aggregat zugrundegelegt werden, welches mit den Transaktionen des Publikums bei Güterkäufen in enger Verbindung steht. Es fehlt nicht an Versuchen, aus dem breiten Spektrum des Geldvermögens Aggregate herauszufiltern, die kaufbereite Liquidität repräsentieren. Dies kann durch Addition liquider und liquiditätsnaher Aktiva geschehen, wie das die Bundesbank mit ihren Geldmengenabgrenzungen M1, M3 oder ‚M3 erweitert' tut. Aber schon an diesen drei Größen lassen sich die aktuellen Probleme anschaulich machen. So expandierten in der ersten Jahreshälfte 1993 — nach Ausschaltung saisonaler Einflüsse und auf Jahresrate umgerechnet — die Geldmenge M1 mit einer Rate von 1 vH, die Geldmenge M3 monatsdurchschnittlich gemessen mit einer Rate von 8 vH, am Monatsende gemessen mit einer Rate von 10 vH, und die erweiterte Geldmenge M3 mit 11 vH. Je nachdem, welche dieser Größen man für „die" Liquidität hält, könnte man in diesem Zeitraum eine scharf restriktive, wie eine betont expansive Geldpolitik diagnostizieren.

Ein anderer Weg, monetäre Aggregate zu bilden, besteht darin, daß die einzelnen Komponenten des Geldvermögens mit Gewichten versehen werden, die ihren Liquiditätsgrad widerspiegeln. Als monetärer Liquiditätsindikator wäre dann die Summe der gewichteten Komponenten zu wählen. Nähme man die Zinsen als Gewichte (hohe Zinsen auf ein monetäres Aktivum signalisieren einen niedrigen Liquiditätsgrad), so käme es in Zeiten größerer Zinsbewegungen zu einer Instabilität des monetären Aggrega-

tes. Feste Gewichte würden diese Instabilität vermeiden, sind jedoch nicht ohne Willkür festzulegen.

Angesichts dieser Probleme halten wir an der bereinigten Zentralbankgeldmenge fest. Dieses monetäre Aggregat kann zwar nicht die Liquidität in der Wirtschaft messen, doch indiziert es immerhin verläßlich den Beitrag der Notenbank zum Geldschöpfungsprozeß. Wieviel Liquidität auf der Basis einer bestimmten Zentralbankgeldmenge entsteht, kann von der Notenbank freilich nicht bestimmt werden. Dies hängt vielmehr von der Entwicklung des Geldmultiplikators ab, der im wesentlichen das Banken- und Nichtbankenverhalten widerspiegelt. Soweit dieser Multiplikator stabil ist, weiten sich bereinigte Zentralbankgeldmenge und Liquidität im Gleichschritt aus.

327. Welches Aggregat man auch immer verwendet: Auf jeden Fall lassen die erheblichen Unterschiede in der Entwicklung der verschieden abgegrenzten monetären Aggregate Vorsicht hinsichtlich der Schlußfolgerungen angeraten erscheinen. Überschreitet das ausgewählte monetäre Aggregat den potentialgerechten Pfad, so besteht zwar der Anfangsverdacht, daß sich ein Inflationspotential aufbauen könnte. Doch läßt sich in der Praxis eine vorübergehende Instabilität der Geldnachfrage niemals ausschließen. Dies bedeutet, daß nicht jedwede Abweichung der Geldmenge vom potentialorientierten Pfad nach oben als Inflationspotential interpretiert werden kann, das unverzüglich geldpolitische Korrektureingriffe erfordert. Erst wenn sich Abweichungen zu verfestigen drohen, entsteht Handlungsbedarf.

Die Bundesbank trägt diesen Unwägbarkeiten Rechnung, indem sie für die Geldmenge einen Zielkorridor vorgibt. Wie breit der Korridor sein muß, um diesen Unwägbarkeiten gerecht zu werden, läßt sich pauschal nicht sagen. Man kann sich nicht einmal darauf verlassen, daß ein Ausbrechen der Geldmenge aus dem Korridor nach oben auf jeden Fall akute Inflationsgefahren signalisiert. Daher sollte auf einen Korridor gänzlich verzichtet werden. Das Problem, Abweichungen der monetären Entwicklung vom potentialorientierten Pfad auf ihre inflationäre Bedeutung hin abzuklopfen, besteht mit und ohne Korridor.

Ein Mitglied des Rates, Horst Siebert, vertritt zu dieser Frage eine abweichende Auffassung. Die Ankündigung eines Geldmengenziels mit Hilfe eines Geldmengenkorridors, eines Geldmengentrichters, ist ein praktikables Verfahren, das einerseits erlaubt, bei der Formulierung des Geldmengenziels die Unwägbarkeiten über die zukünftige Entwicklung zu berücksichtigen, das andererseits für die Märkte überprüfbare obere und untere Grenzen im voraus angibt, die eine Beurteilung der betriebenen Geldmengenpolitik ermöglichen. In der Tat gibt es bei der Ankündigung eines Geldmengenziels Unwägbarkeiten, etwa über die Entwicklung des Produktionspotentials, die mit der Investitionstätigkeit und folglich mit der konjunkturellen Situation variieren kann, oder aber auch über vorübergehende Instabilitäten der Geldnachfrage. Ein Trichter erlaubt es, diese Unwägbarkeiten zu berücksichtigen; er gibt der Bundesbank einen gewissen Spielraum, in dem sie die Geldmenge, je nach Entwicklung der wirtschaftlichen Situation, führen kann. Gleichzeitig bindet sich die Bundesbank durch einen Trichter aber auch; zumindest gerät sie in einen Begründungszwang, wenn die Geldmenge sich außerhalb des Trichters bewegt. Ein solcher Trichter liefert für die Marktteilnehmer einen Beurteilungsmaßstab dafür, inwieweit das Geldmengenziel eingehalten wurde. Auch bei Ankündigung eines monetären Expansionspfads, also ohne Trichter, muß zur Beurteilung der Entwicklung der Geldmenge ein Abstand definiert werden, der als noch zulässig betrachtet wird. Wie dieser Abstand aber zu bemessen ist, bleibt bei der Vorgabe eines Expansionspfades unklar. Jedenfalls können dann viele Aspekte für die Beurteilung der Geldpolitik herangezogen werden. Damit ist die Abkehr von einem Trichter auch ein Schritt zu einer Geldpolitik, die multiple Kriterien leichter zuläßt. Eine solche Entwicklung weg von einer potentialorientierten Geldmengenpolitik wäre zu bedauern. Schließlich hat der Trichter den Vorteil, daß er den Abstand für die späteren Monate der Ankündigungsphase, die durch größere Unsicherheit gekennzeichnet ist, weiter werden läßt. Dies erscheint sinnvoll. Es sind deshalb keine Gründe zu erkennen, warum von dem seit längerem angewandten Trichterkonzept abgewichen werden soll.

So weit die Meinung dieses Mitglieds.

328. Einzuräumen ist weiterhin, daß der Maßstab für die monetäre Expansion selbst — der mittelfristige Potentialpfad — nach wie vor mit beträchtlichen Unwägbarkeiten belastet ist. Ein Produktionspotential für Deutschland insgesamt läßt sich noch immer nicht berechnen. Wir nehmen einen Anstieg von gut 2 vH an; das ist weniger als im Vorjahr und reflektiert den rezessionsbedingten Rückgang im Potentialwachstum. Für den gerade noch hinnehmbaren Preisanstieg setzen wir 2½ vH an; auch dies ist weniger als im Vorjahr, als für die Mehrwertsteuererhöhung ein Zuschlag zu machen war. Den im Ausmaß geringeren Preiseffekt der Mineralölsteuererhöhung 1994 vernachlässigen wir. Die Umlaufsgeschwindigkeit der Zentralbankgeldmenge hat sich trendmäßig um 1 vH pro Jahr verringert und wird mit diesem Wert berücksichtigt. Aus diesen Vorgaben ergibt sich eine potentialgerechte Expansionsrate für die bereinigte Zentralbankgeldmenge in der Größenordnung von knapp 6 vH für das Jahr 1994.

Bei Anwendung der gleichen Kriterien folgt für die Geldmenge M3, die den Geldmengenzielen der Bundesbank zugrundeliegt, eine potentialgerechte Ausweitung um 6 vH, und zwar vom vierten Quartal 1993 bis zum vierten Quartal 1994 gerechnet. Bei diesem Wert sollte jedoch der Anknüpfungspunkt für den Potentialpfad 1994 nicht der realisierte Wert der Geldmenge M3 im vierten Quartal 1993 sein, sondern der mittlere Wert des Zielkorridors für die Geldmenge, den die Bundesbank für 1993 vorgegeben hatte. Sofern die Bundesbank ihr Geldmengenziel jedoch am realisierten Wert der Geldmenge des vierten Quartals anknüpfen wollte, ergäbe sich für die im Jahre 1994 anzustrebende Verlaufsrate der Geldmenge M3 ein entsprechend niedrigerer Wert als 6 vH.

329. Bei der Festlegung einer Zuwachsrate für die Zentralbankgeldmenge kann die geldpolitische

Analyse nicht stehen bleiben. Zu diskutieren ist, ob konkreter geldpolitischer Handlungsbedarf besteht, ob es also für die Bundesbank Anlaß gibt, die Geldmarktzinsen, durch deren Variation sie die monetäre Expansion ja steuert, zu verändern.

Antworten auf eine solche Frage, die sich der Zentralbankrat in seinen Sitzungen regelmäßig vorlegt, können naturgemäß nicht für Monate oder gar ein ganzes Jahr im vorhinein gegeben werden, weil dies voraussetzen würde, daß man bereits heute einen vollständigen Überblick über die wirtschaftliche Entwicklung und die auftretenden Störeinflüsse im Jahre 1994 hätte. Auch einfache Handlungsregeln strikt vorzugeben, hilft nicht weiter. Die Anweisung etwa, beim Verlassen des Potentialpfades auf jeden Fall die Zinsen entsprechend zu ändern, ist nicht vertretbar, weil es wie 1993 Gründe für die Tolerierbarkeit von Zielabweichungen geben kann, die nicht vorauszusehen sind und die daher nicht in die Handlungsregel eingehen können. Wie in diesem Jahr wird auch 1994 der Handlungsbedarf und Handlungsspielraum für die Geldpolitik immer wieder von neuem auszuloten sein.

330. Die Ausgangslage für die Geldpolitik 1994 ist dadurch gekennzeichnet, daß die Zentralbankgeldmenge noch im Spätherbst 1993 deutlich über dem von uns formulierten Potentialpfad liegt. Für sich genommen und unter Vernachlässigung von Informationen und Einschätzungen über die gesamtwirtschaftliche Entwicklung würde das eigentlich eine Anhebung der Geldmarktzinsen nahelegen. Doch dies ist nicht unser Urteil.

Wir halten es für realistisch, daß sich eine Verlangsamung in der monetären Expansion auch ohne Zinsanhebungen einstellen wird. In dieser Rezession ist die an der Geldmenge M3 gemessene Liquiditätshaltung des Publikums stark gestiegen, nämlich um schätzungsweise 8 vH. Verglichen mit der Zunahme der Nominaleinkommen, die wir für Westdeutschland und Ostdeutschland zusammen auf gut 2½ vH veranschlagen, wird der mit rund 5 vH ungewöhnlich kräftige Anstieg der Liquiditätsneigung, des Verhältnisses aus Geldmenge und Nominaleinkommen, deutlich.

Eine wesentliche Ursache für den kräftigen Anstieg der Liquiditätsneigung ist — neben dem Rückgang der Zinssätze, der die Opportunitätskosten der Kassenhaltung verringert hat — die Unsicherheit, die mit der scharfen Rezession einherging. Dies war ein Klima, welches das Bestreben, liquide zu sein, verstärkte. Geht man davon aus — wie es unserer Prognose für 1994 entspricht —, daß die Rezession zum Ende kommt, wird auch wieder mehr Zuversicht die Dispositionen der Arbeitnehmer und Unternehmer prägen. Die hohe Liquiditätsneigung dieses Jahres wird sich dann tendenziell wieder „normalisieren". Die monetäre Expansion läßt dann — als Reflex der Verhaltensänderungen des Publikums — nach. Soweit der Geldangebotsmultiplikator stabil bleibt, wird sich entsprechend auch der Anstieg der Zentralbankgeldmenge verlangsamen. Dies alles geschieht ohne zinspolitische Maßnahmen der Bundesbank.

331. Denkbar ist immerhin, daß der Anstieg der Liquiditätsneigung nicht nur Reflex der Unsicherheit aus der Rezession ist, sondern auch eine strukturell erhöhte Geldnachfrage des Publikums widerspiegelt. Insoweit wäre mit einer Rückbildung der monetären Expansion im Zuge der Überwindung der Rezession nicht notwendigerweise zu rechnen. Aber auch in diesem Fall wären Zinsanhebungen zur Dämpfung der monetären Expansion nicht angezeigt. Vielmehr müßte dann das Niveau des Potentialpfades entsprechend der strukturellen Erhöhung der Geldnachfrage nach oben korrigiert werden. Ob es in diesem Sinne einen Strukturbruch in der Geldnachfrage gegeben hat, läßt sich empirisch-statistisch erst nach einigen Jahren wirklich zuverlässig feststellen. Derzeit sehen wir keine Anzeichen, die auf eine strukturell erhöhte Geldnachfrage hindeuten würden.

Für die Handlungsebene der Geldpolitik entscheidend ist aber, daß sich in beiden Fällen — bei einer „Normalisierung" des Geldnachfrageverhaltens wie bei einer gegebenenfalls notwendig werdenden Anpassung des potentialgerechten Geldmengenpfades — der derzeitige Überhang der Geldmenge und der Zentralbankgeldmenge über den Potentialpfad auch ohne zinspolitische Aktivitäten der Bundesbank tendenziell zurückbilden würde.

332. Wie sich die monetäre Expansion in Preissteigerungen und in einem Anstieg des realen Bruttoinlandsprodukts letztlich niederschlägt, entzieht sich weitgehend dem Einfluß der Bundesbank. Selbst den ungünstigsten Fall — hohe Preissteigerungen und geringer Anstieg des Bruttoinlandsprodukts — kann die Notenbank nicht ausschließen. Insoweit geben Änderungen der Preissteigerungsrate und der Wachstumsrate, soweit sich beide im Rahmen eines potentialgerecht vorgegebenen monetären Mantels vollziehen, keinen Anlaß für geldpolitische Reaktionen. Dies heißt aber nicht, daß die aktuelle Preisentwicklung von der Geldpolitik vollends zu ignorieren wäre. Würde sich der derzeit noch relativ hohe Preisanstieg dadurch zu verfestigen drohen, daß er Inflationserwartungen erzeugte, die in die Dispositionen der Banken und des Publikums eingingen, so würden sich die Voraussetzungen für Geldwertstabilität 1994 und danach selbst dann verschlechtern, wenn die Geldmengenausweitung im kommenden Jahr potentialgerecht bliebe. In einer solchen Situation müßte die Bundesbank mit Zinssteigerungen der Verfestigung von Inflationserwartungen entgegenwirken.

Die Preisentwicklung war im Jahre 1993 unbefriedigend. Doch rechnen wir 1994 mit einer Beruhigung. In vielen Branchen hat die Rezession eine Lage geschaffen, in der Preisanhebungen nur noch auf Kosten empfindlicher Absatzeinbußen vorgenommen werden könnten. An dieser Konstellation wird sich auch 1994 angesichts der erwarteten konjunkturellen Entwicklung nichts ändern. Soweit dieses Bild zutrifft, ist nicht damit zu rechnen, daß durch die gegenwärtig hohen Preissteigerungen entsprechende Inflationserwartungen entstehen. In der Tat gibt es für diese Annahme gute Gründe. Der deutliche Rückgang der Kapitalmarktzinsen trotz des hartnäckigen Preisauftriebs, die Stärke der D-Mark an den Devisenmärkten trotz der im internationalen Vergleich hohen deutschen Inflationsrate, die hinter dem aktuellen Preisauftrieb zurückbleibenden Lohnanhebungen in die-

sem Jahr: Alles das sind Belege dafür, daß die Inflationserwartungen deutlich niedriger sind als die aktuelle Preissteigerungsrate. Solange es bei dieser Konstellation bleibt, kann der gegenwärtige zinspolitische Kurs fortgesetzt werden.

Allerdings bleibt hier die Bundesbank 1994 auf die Mithilfe anderer Politikbereiche, vor allem der Tarifpolitik, angewiesen. Sollte in der Tarifpolitik des Jahres 1994 der Versuch unternommen werden, die Reallohneinbußen des Jahres 1993 auszugleichen, indem Lohnabschlüsse weit oberhalb des Produktivitätspfades getätigt werden, könnte es doch noch zu dem verstärkten Kostenauftrieb kommen, der den Keim für eine Inflationsbeschleunigung legt. Die Arbeitnehmer würden zwar letztlich nichts gewinnen, wenn erhöhte Nominallohnsteigerungen durch erhöhte Preissteigerungen aufgezehrt werden; doch das inflationäre Klima würde der Notenbank wieder einen restriktiven zinspolitischen Kurs aufzwingen. Zu den Annahmen unserer Prognose gehört freilich nicht, daß es 1994 zu übermäßigen Lohnanhebungen kommt.

333. Es gibt Stimmen, die von der Bundesbank mehr verlangen, nämlich eine bewußt forcierte Zinssenkungspolitik mit dem erklärten Ziel, die Gegenkräfte gegen die Rezession zu stärken und einem künftigen konjunkturellen Aufschwung mehr Kraft zu verleihen. Die Forderung scheint um so mehr berechtigt, als die Bundesbank ja bereits im Jahre 1993 ihre Zinssenkungspolitik nicht zuletzt auch mit dem scharfen konjunkturellen Einbruch begründete, und dies auch zu Recht (Ziffer 137). Daran anzuknüpfen und die konjunkturpolitische Ausrichtung in den Vordergrund zu stellen, liegt daher nahe.

Gleichwohl wäre es der falsche Weg (JG 92 Ziffer 321). Es besteht ein gravierender Unterschied zwischen der einen Strategie, in der die Bundesbank bei der Auslotung ihres geldpolitischen Handlungsbedarfs neben anderen Faktoren auch die konjunkturelle Entwicklung mit einbezieht, und der anderen Strategie, in der die Konjunktur zur dominierenden Orientierungsgröße für die Geldpolitik wird. Die im Sinne dieser letzten Strategie erwartete expansive konjunkturpolitische Wirkung einer Zinssenkungspolitik tritt ja nur ein, wenn eine entscheidende Nebenbedingung erfüllt ist: daß nämlich die Inflationserwartungen trotz der expansiven Geldpolitik unverändert bleiben. Die konjunkturelle Wirkung verpufft, sobald die forcierte monetäre Expansion durch erhöhte (zunächst erwartete, dann realisierte) Preissteigerungen neutralisiert wird. Selbst wenn man an die Geldpolitik konjunkturelle Maßstäbe anlegt — erst Recht, wenn man ihre Hauptaufgabe, den Geldwert zu sichern, ins Bild nimmt —, darf eine geldpolitische Lockerung nicht bis an die Grenze gehen, von der ab sie zu Preisauftrieb führt.

Das spricht nicht generell gegen eine geldpolitische Lockerung. Doch muß die Bundesbank dabei größte Aufmerksamkeit darauf richten, die genannte Grenze nicht zu überschreiten. Im Jahre 1993 ist es der Bundesbank durchaus gelungen, eine expansive Geldpolitik zu betreiben, die sich nicht in erhöhten Inflationserwartungen niedergeschlagen hat; nur aufgrund dieser Einschätzung bezeichnen wir die Geldpolitik dieses Jahres als „angemessen" (Ziffer 324). Für 1994 können wir nicht anraten, konjunkturpolitische Überlegungen auch auf die Gefahr hin, daß sich Preiseffekte ergeben können, in den Vordergrund der geldpolitischen Erwägungen zu rücken.

Im Jahre 1994 bleiben die wirtschaftlichen Aktivitäten auf einem insgesamt noch niedrigen Niveau. Zinssteigerungen durch die Bundesbank sind aus konjunkturpolitischen Gründen also nicht angelegt; mit Blick auf die wirtschaftliche Entwicklung und unter Berücksichtigung der Einschätzung einer Beruhigung im Preisauftrieb könnten Zinssenkungen am Geldmarkt fortgesetzt werden, bis eine Normalisierung der Zinsstruktur zwischen Geldmarkt und Kapitalmarkt erreicht ist.

334. In unserem letzten Jahresgutachten hatten wir die Dilemmasituation der Bundesbank im europäischen Währungsverbund beschrieben. Als deutsche Notenbank der Geldwertstabilisierung in Deutschland verpflichtet, wirken die zinspolitischen Aktivitäten der im europäischen Verbund dominierenden deutschen Notenbank auf die gesamte europäische Wirtschaft durch. Eine aus deutscher Sicht wohlbegründete restriktive geldpolitische Linie kann sich aus europäischer Sicht als unangemessen restriktiv darstellen.

Die Bundesbank hat sich der Rücksichtnahme auf Europa nicht verschlossen und damit der besonderen europäischen Verantwortung, die ihr als der dominanten Zentralbank obliegt, Rechnung getragen. Konflikte zwischen binnenwirtschaftlichen Zielen und europäischen Auswirkungen der deutschen Geldpolitik werden sich auch in Zukunft nicht vermeiden lassen. Zwar haben die europäischen Partnerstaaten durch die Ausweitung der Bandbreiten im EWS einen gewissen Handlungsspielraum gewonnen. Aber wie weit sie ihn nutzen wollen und sollten, ist eine andere Frage (Ziffern 340ff.). Für das kommende Jahr sehen wir jedoch ein deutlich reduziertes Konfliktpotential. Die deutschen Zinsen haben bereits ein vergleichsweise niedriges Niveau erreicht, das der konjunkturellen Belebung in Deutschland und in Europa kaum mehr im Wege steht. Das grundsätzliche Problem eines Konfliktes zwischen deutschen und europäischen Erfordernissen in der Geldpolitik ist damit aber nicht ausgeräumt.

335. In der öffentlichen Diskussion wird eine Konsolidierung der Staatsfinanzen als wesentliche Voraussetzung für die Wirksamkeit einer geldpolitischen Lockerung angesehen. Wenn damit gemeint ist, daß sich Senkungen der weitgehend geldpolitisch bestimmten kurzfristigen Zinsen nicht in entsprechenden Senkungen der für die Konjunktur bedeutsameren langfristigen Zinsen niederschlagen können, solange es keine überzeugenden Perspektiven für einen Abbau des hohen Staatsdefizits gibt, dann ist dies durch die Erfahrungen der letzten Monate nicht bestätigt worden. Obwohl sich an der prekären Lage in den öffentlichen Haushalten kaum etwas geändert hat, sind die Kapitalmarktzinsen wieder auf das Niveau zurückgegangen, welches sie 1989 — also vor der mit der deutschen Vereinigung ausgelösten sprunghaften Ausweitung der Staatsdefizite — gehabt haben. Der Rückgang der langfristigen Zinsen seit Spätsommer letzten Jahres verlief parallel und im

Ausmaß nahezu gleichstark mit dem Rückgang der von der Bundesbank wesentlich beeinflußten Geldmarktzinsen. Auch die Zinsdifferenz zum Ausland hat sich abgebaut; lagen die langfristigen Zinsen im August 1992 in Deutschland noch um 1,2 Prozentpunkte über den amerikanischen, so war ein Jahr später keine Zinsdifferenz mehr festzustellen. Alles in allem erwies sich der Einfluß der Geldpolitik auf die langfristigen Zinsen in den letzten zwölf Monaten als stark, die anhaltend hohen Staatsdefizite standen einer Zinssenkung vorerst nicht im Wege. Auch Befürchtungen, der für den Aufbau der ostdeutschen Wirtschaft erforderliche Kapitalbedarf würde, weil ihm nicht genügend Ersparnisse aus dem Inland gegenüberstünden, die langfristigen Zinsen hoch halten, haben sich damit nicht bestätigt.

Die Erfahrungen der letzten zwölf Monate dürfen dennoch nicht zu dem Fehlurteil verleiten, es käme für die Zinsentwicklung am Kapitalmarkt vornehmlich auf die Aktivitäten der Bundesbank an, der Zustand des Staatshaushalts sei hingegen ohne besondere Bedeutung. Sollte sich die Verschuldung des Staates in einer Weise ausweiten, die Mißtrauen bei den Anlegern sät, daß der Staat seinen finanziellen Verpflichtungen auf die Dauer wird nachkommen können, dann werden die Anleger ihr Kreditangebot zurückziehen oder nur unter Einforderung einer entsprechenden Risikoprämie aufrechterhalten. Der Kapitalmarktzins wird in einer solchen Situation ansteigen, ohne daß die Geldpolitik etwas dagegen unternehmen könnte. Mehr noch: Die Bundesbank käme sogar unter Handlungszwang; sie müßte den aufkeimenden Vertrauensverlusten entgegenwirken, denen die D-Mark dann ausgesetzt wäre. So verursachte Zinssteigerungen hätte die Finanzpolitik zu verantworten.

Ebenso könnten Zweifel daran, daß die wirtschaftliche Erneuerung der neuen Bundesländer in angemessener Zeit gelingen wird, die Kreditwürdigkeit Deutschlands an den internationalen Finanzmärkten vermindern. Das würde ebenfalls die Zinsen in die Höhe treiben und parallel dazu den Wechselkurs der D-Mark abwerten. Der Verlust der Kreditwürdigkeit ist bisher nicht eingetreten, wie die Zinssenkungen und die starke Position der D-Mark an den Devisenmärkten in den letzten Monaten belegen. Daß es so bleibt, dafür gibt es keine Garantie. Daß es aber nicht so weit kommt, fordert nicht nur eine Geldpolitik, die Inflationserwartungen entgegentritt, sondern auch eine Finanzpolitik, die Glaubwürdigkeit in bezug auf die Konsolidierung herstellt und behält, und eine Wirtschaftspolitik, die den strukturellen Wandel voranbringt.

336. Für die Handlungsebene der Geldpolitik, für die Frage also, ob die Bundesbank die von ihr kontrollierten Geldmarktzinsen weiter absenken oder wieder erhöhen sollte, ergibt sich zusammenfassend aus unserer heutigen Sicht folgendes Bild: Es wird der Bundesbank möglich sein, in dem Bestreben, die Rahmenbedingungen für die Geldwertstabilität zu sichern, die kurzfristigen Zinsen tendenziell weiter zu senken. Vorausgesetzt ist dabei, daß sich die monetäre Expansion dem Potentialpfad nähert und daß nicht Fehlverhalten vor allem der Tarifparteien zu einem Wiederaufflammen der Inflationserwartungen führt. Unter diesen Bedingungen trägt die Geldpolitik auch zur Überwindung der Rezession bei, nicht nur in Deutschland, sondern auch in Europa.

III. Währungspolitik: Auf dem Weg der Integration bleiben

337. Nach heftigen Währungsturbulenzen im Europäischen Währungssystem wurden am 2. August 1993 die Bandbreiten für die obligatorischen Interventionen der Teilnehmerstaaten am Wechselkursmechanismus des EWS auf 30 vH nach bis dahin grundsätzlich 4,5 vH erweitert. Nur Deutschland und die Niederlande halten im bilateralen Verhältnis ihrer Währungen an der engen Bandbreite fest. Mit der beträchtlichen Erweiterung der Bandbreiten wird den Devisenkursen der beteiligten Währungen nunmehr so viel Bewegungsspielraum eingeräumt, daß das EWS faktisch zu einem System flexibler Wechselkurse geworden ist. Die Bandbreitenausweitung wurde als eine vorübergehende Maßnahme (allerdings ohne Konkretisierung eines Zeitrahmens) beschlossen, und zwar als Reaktion auf spekulative Devisenbewegungen, die von ihrem Ausmaß her ungewöhnlich waren. Daß die europäischen Länder in absehbarer Zeit zu engen Bandbreiten zurückkehren werden, ist jedoch nicht wahrscheinlich. Es bleibt dabei, daß erneut massive Devisenbewegungen auftreten könnten, derer die Notenbanken durch Interventionen letztlich nicht mehr Herr werden. Insoweit liegt die Zukunft des europäischen Währungssystems — soweit es ein Festkurssystem sein soll — im Unklaren; auch die weitreichenden Pläne für eine Europäische Währungsunion sind infrage gestellt.

338. Den Schwierigkeiten im EWS, die im Herbst letzten Jahres begannen, war eine lange Phase unveränderter Währungsparitäten vorausgegangen. Seit Anfang 1987 waren keine Leitkursänderungen mehr vorgenommen worden, Spannungen an den Devisenmärkten blieben bis Mitte letzten Jahres weitgehend aus. Dennoch gab es Einschätzungen, daß sich bei einigen Währungen ein Kursänderungsbedarf aufgestaut habe; es wurde für begrenzte Realignments geworben, wobei für die D-Mark tendenziell Aufwertungsbedarf gesehen wurde (JG 89 Ziffern 419ff.). Diesen Überlegungen folgte die Währungspolitik in Europa lange Zeit nicht, obwohl es in den letzten Jahren immer wieder Stimmen gegeben hatte, die davor warnten, Wechselkurse zu einem Politikum zu machen und Leitkursänderungen kategorisch abzulehnen. Seit letztem Jahr waren die Akteure an den internationalen Finanz- und Devisenmärkten nicht mehr länger davon zu überzeugen, daß die Wechselkurse unverändert bleiben könnten. Die aus dieser Einschätzung heraus entstandenen spekulativen Kapitalbewegungen haben schließlich Anpassungen im EWS erzwungen. So mußten das Pfund Sterling, das seit 1990 mit einem wohl überhöhten Kurs am Wechselkursmechanismus teilnahm, und die italienische Lira, deren Wert in den letzten Jahren durch überdurchschnittliche Preissteigerungsraten beeinträchtigt wurde, im September 1992 aus dem Festkursverbund ausscheiden; beide Währungen wurden danach

an den Devisenmärkten kräftig abgewertet. Dem folgten Ende Januar 1993 die Abwertung des mit der britischen Währung eng verknüpften irischen Pfundes sowie im Mai dieses Jahres die Abwertungen der spanischen Peseta (zum dritten Mal seit September 1992) und des portugiesischen Escudo (zum zweiten Mal), beides Währungen, die ebenfalls von hohen Preissteigerungen betroffen waren. Der Markt hatte insoweit die überfällige Anpassung der Wechselkurse in Schwachwährungsländern erzwungen.

Anders einzuschätzen sind die währungspolitischen Probleme, die zur Jahresmitte 1993 auftraten. Die spekulativen Attacken richteten sich gegen den französischen Franc, den belgischen und luxemburgischen Franc sowie gegen die dänische Krone. Dies waren aber Währungen, für die — anders als bei den vorgenannten — aktuell kein Abwertungsbedarf gegenüber der D-Mark (und dem holländischen Gulden) zu erkennen war. Jedenfalls liefert die Analyse wirtschaftlicher Fundamentalfaktoren keine überzeugenden Indizien dafür, daß sich in bezug auf diese Währungen ein nennenswerter Anpassungsbedarf bei den Wechselkursen aufgestaut hätte; beispielsweise lag die Inflationsrate dieser Länder seit geraumer Zeit unter der Deutschlands (Ziffer 144). Die These, daß es keinen nennenswerten Kursänderungsbedarf gegeben habe, wird durch die Wechselkursentwicklung im Anschluß an die Bandbreitenerweiterung bestätigt. Ein aufgestauter Anpassungsbedarf hätte sich — wie zuvor beim Pfund Sterling und bei der Lira — in einer kräftigen Abwertung niederschlagen müssen. Doch dazu kam es nicht. Die Kursabschläge des französischen Franc, des belgischen und luxemburgischen Franc sowie der dänischen Krone gegenüber der D-Mark (und dem holländischen Gulden) hielten sich in engen Grenzen (Ziffer 144). Die Minister und Notenbankgouverneure haben daher in ihrem Beschluß zur Erweiterung der Bandbreiten zu Recht betont, daß in Bezug auf die fundamentalen ökonomischen Faktoren das vorhandene Paritätengitter voll gerechtfertigt wäre. Die Bandbreitenerweiterung stellt also eine Notmaßnahme dar, die nötig wurde, weil auf andere Weise den spekulativen Wellen im EWS kaum mehr ein Ende zu setzen war.

339. Wodurch eine anschwellende Spekulation ausgelöst wird, ist selten eindeutig festzumachen. Dies gilt auch für die Entwicklung im Sommer diesen Jahres. Strittig ist, ob hierin Spätfolgen der Wiedervereinigung zum Ausdruck kommen. Die einen meinen, daß der asymmetrische Schock, den die Wiedervereinigung realwirtschaftlich bedeutete, 1990 eine Aufwertung der D-Mark erfordert hätte. Die anderen meinen, daß die großen Probleme, die der Einigungsprozeß bereitet, namentlich die hohen Budgetdefizite in Verbindung mit massiven Transfers nach Ostdeutschland, die vorwiegend in konsumtive Verwendungen fließen, für die Notwendigkeit einer Abwertung der D-Mark sprechen. Bezogen auf die aktuelle Situation könnte — so lautet die wahrscheinlichste Erklärung — an den Märkten die Einschätzung eine Rolle gespielt haben, daß der von Deutschland ausgehende europäische Zinssenkungsprozeß zu langsam vorankommen werde, um die ebenfalls mit ausgeprägter Wachstumsschwäche und steigender Arbeitslosigkeit kämpfenden Länder Frankreich, Belgien und Dänemark konjunkturell fühlbar zu entlasten, und daß diese Länder deshalb früher oder später auf Abwertungskurs gehen würden. Ein Indiz für diese These ist darin zu sehen, daß der Sturm der Spekulation in dem Augenblick ausbrach, als die Bundesbank Ende Juli 1993 die von den Märkten allseits erwartete erneute Zinssenkung unterließ. Offenbar rechneten die Teilnehmer an den Finanzmärkten nun endgültig nicht mehr damit, daß die hohen deutschen Zinsen von den übrigen europäischen Staaten ohne Devisenkursanpassungen würden verkraftet werden können. Folgt man dieser Interpretation, dann werden weitere deutsche Zinssenkungen zu einer Entspannung im Währungsgefüge beitragen, weil es dann glaubwürdiger wird, daß die vorhandenen Wechselkursrelationen zwischen Deutschland und seinen europäischen Partnern aufrechterhalten bleiben können. Doch gewiß ist das nicht. Vor diesem Hintergrund geht es in der Währungspolitik heute nicht mehr nur darum, wann Europa zu engen Bandbreiten zurückkehren kann, sondern um die weitergehende Frage, ob es dahin zurückkehren soll. Die folgenden Abwägungen dazu beziehen sich auf einen Raum, der durch die Währungen D-Mark, holländischer Gulden, französischer Franc, belgischer und luxemburgischer Franc und dänische Krone abgegrenzt wird, gleichsam ein Hartwährungsraum.

340. Das Votum für oder gegen die Beibehaltung des weiten Bandes ist nicht in erster Linie von der vergleichsweise technischen Frage abhängig zu machen, wie man am besten mit destabilisierender Spekulation fertig werden könnte. Das Kernproblem reicht tiefer. Es ist die Frage nach der grundlegenden Ausrichtung der künftigen Währungspolitik in Europa aufgeworfen.

Flexible Wechselkurse — mithin also auch die Beibehaltung des breiten Bandes — begünstigen die Renationalisierung. Jedes Land erhält einen wirtschaftspolitischen Freiheitsgrad, weil es nicht mehr zur Verteidigung eines Wechselkurses verpflichtet ist (jedenfalls nicht, solange die weiten Bandgrenzen nicht erreicht werden). Das einzelne Land braucht also auf das, was rundherum in Europa in der Wirtschaftspolitik geschieht, weniger Rücksicht zu nehmen als bei festen Wechselkursen (einem engen Band). Währungspolitische Integration strebt hingegen feste Wechselkurse an und zielt in der weitestgehenden Ausprägung auf eine gemeinsame Währung anstelle der bisherigen nationalen Währungen. Die Integration gelingt nur, wenn die Währungspolitik und darüber hinaus auch weite Bereiche der übrigen Wirtschaftspolitik als gemeinsame Angelegenheit der beteiligten Länder verstanden werden; denn nur durch Konvergenz der wirtschaftspolitischen Aktivitäten wie der wirtschaftlichen Entwicklung läßt sich die währungspolitische Integration verwirklichen. Diese Überlegungen sind leitend für die im Maastricht-Vertrag vorgesehene Europäische Währungsunion, und sie bestimmen seit geraumer Zeit den währungspolitischen Kurs in Europa.

341. Mit der Renationalisierung der Währungspolitik und der Wirtschaftspolitik bestünde die Gefahr, daß sich Europa auf den falschen Weg begäbe. Vieles ist durch die wirtschaftliche Integration in Europa

schon erreicht worden. Herausragendes Kennzeichen dieser Entwicklung ist die allmähliche Verschmelzung der nationalen Märkte zu europäischen Märkten. Weit vorangeschritten ist dies an den Gütermärkten, nach der Liberalisierung des Kapitalverkehrs auch an den Finanzmärkten, tendenziell sogar an den Faktormärkten. Mit dem Binnenmarktprogramm ist dieser Prozeß bewußt gefördert worden, und dies geschah in der Erkenntnis, daß mit dem Zusammenwachsen der Märkte eine neue Arbeitsteilung in Europa möglich werden wird, die allen beteiligten Ländern mehr Wachstumsdynamik und Wohlfahrtsgewinne einbringt. Durch Renationalisierung der Währungspolitik und der Wirtschaftspolitik könnte dies alles aufs Spiel gesetzt werden, dann nämlich, wenn es zu einem Abwertungswettlauf käme oder Beschränkungen im innergemeinschaftlichen Handel und Kapitalverkehr wiedereingeführt würden.

Problematisch wäre es, wenn Länder wie Frankreich, Belgien und Dänemark aus binnenwirtschaftlichen Gründen — Überwindung der Konjunkturschwäche — nun bewußt auf Abwertung ihrer Währungen setzten. Im Rahmen der erweiterten Bandbreiten hätten sie dafür einen beachtlichen Spielraum. Nur: da die konjunkturelle Schwäche in diesen Ländern ähnlich ausgeprägt ist, würde dies in einen Abwertungswettlauf münden, von dem am Ende keiner einen Vorteil hätte, auch nicht Deutschland, das — wenn es sich am Abwertungswettlauf nicht beteiligte — eine entsprechende Aufwertung hinnehmen müßte, die der Überwindung der Rezession hierzulande im Wege stünde.

Konjunkturankurbelung über Abwertung legt den Keim zu einer inflationären Beschleunigung. Abwertungsländer müssen abwertungsbedingte Kostensteigerungen verkraften. Bei zunächst schlechter Konjunktur mögen diese Kostensteigerungen noch nicht überwälzbar sein (sie beeinträchtigen dann aber die Einkommen, vornehmlich die Unternehmereinkommen); aber bei anziehender Konjunktur dürften die Überwälzungen nachgeholt werden. Auch dies wäre für Europa ein Rückschlag, ist doch der in den letzten Jahren von vielen europäischen Ländern vollzogene, vielfach schmerzliche Kurswechsel hin zur Geldwertstabilität als ein Erfolg zu werten, der in diesem Maße noch vor einigen Jahren von kaum jemandem für möglich gehalten worden ist.

In ihrer schlimmsten Variante führte die Renationalisierung der Währungspolitik zu einer Beschränkung der Freizügigkeit im grenzüberschreitenden Handel und Kapitalverkehr. Haben sich die Länder erst einmal wieder daran gewöhnt, daß man sich außenwirtschaftlichen Zwängen durch größere Wechselkursflexibilität entziehen kann, wird es für manche — vor allem wenn abwertungsbedingte Nachteile spürbar werden — nur noch ein kleiner Schritt sein hin zu Kapitalverkehrskontrollen und ähnlichen Restriktionen, die auf den ersten Blick noch mehr Freiheit von außenwirtschaftlichen Zwängen versprechen. Daß damit ein Desintegrationsprozeß eingeleitet würde, der nicht im Sinne einer effizienten Arbeitsteilung in Europa sein könnte, bliebe zunächst unbeachtet; denn die Kosten der Desintegration würden erst mit zeitlicher Verzögerung deutlich werden.

342. Eine Renationalisierung der Währungspolitik in all diesen Formen würde sich zum Nachteil der wirtschaftlichen Einigung Europas auswirken. Es ist ermutigend, daß die Einsicht in diese Zusammenhänge bei den europäischen Regierungen vorhanden ist und ernst genommen wird. Nach der Erweiterung der Bandbreiten haben weder Frankreich, noch Belgien, noch Dänemark, deren Währungen zuvor an den Devisenmärkten unter erheblichem Druck gestanden hatten, auf Abwertung ihrer Währungen gesetzt. Im Gegenteil: Durch eine entsprechende Zinspolitik ist es ihnen gelungen, den Kursrückgang ihrer Währungen gegenüber D-Mark und holländischem Gulden gering zu halten. Die tückischen Gefahren eines Abwertungswettlaufs wie eines abwertungsbedingten Kosten- und Preisauftriebs wurden erkannt; Eingriffe in die Freizügigkeit des Kapitalverkehrs — obwohl hier und da andiskutiert — wurden allerorten verworfen. Es ist zu wünschen, daß sich diese Einstellung bewahren läßt und nicht doch noch jene Kräfte die Oberhand gewinnen, die sich nicht (mehr) den außenwirtschaftlichen Anpassungszwängen unterordnen wollen. Europa bliebe dann der Weg in die integrationspolitische Sackgasse erspart, in die eine Renationalisierung der Währungspolitik führen kann.

343. Die Integration Europas muß weiterhin Leitlinie der Währungspolitik bleiben. Am Ziel einer Europäischen Währungsunion als Stabilitätsgemeinschaft gilt es festzuhalten; es zielstrebig anzusteuern bleibt richtig — und zwar auf dem Weg über die Konvergenz von Wirtschaft und Wirtschaftspolitik und unter Berücksichtigung von Bedingungen, die der Sachverständigenrat bereits früher formuliert hat (JG 92 Ziffern 423ff.). An einem einheitlichen Binnenmarkt verschiedene Währungen aufrecht erhalten zu wollen, ließe auf Dauer Wechselkursrisiken bestehen, die eine Entfaltung der interregionalen Arbeitsteilung behindern. Zudem bliebe die Gefahr bestehen, daß eine Renationalisierung der Währungspolitik im Ergebnis desintegrierend wirkt. Der währungspolitische Grundgedanke des Maastricht-Vertrages — daß der Verschmelzung der Märkte auch eine Verschmelzung der Währungen zu einer einheitlichen europäischen Währung folgen müsse — weist in die richtige Richtung.

Darauf muß von den Regierungen und Notenbanken weiter hingearbeitet werden. Die Rückkehr zu festen Wechselkursen darf daher nicht verbaut werden; sie muß ernsthaft betrieben werden. Zu engen Bandbreiten kann freilich nicht unvermittelt übergegangen werden, weil sonst die Spekulation herausgefordert würde, die Validität der engen Bandbreiten erneut einem Belastungstest zu unterziehen. Als erster Schritt zu engen Bändern sind vorerst auch keine formellen Beschlüsse erforderlich. Auch bei weiten Bandbreiten ist es den beteiligten Ländern möglich, eine stabilitätsorientierte Geldpolitik zu verfolgen, um die Kurse ihrer Währungen untereinander nur wenig schwanken zu lassen und insoweit zwar nicht formal, aber doch faktisch feste Kurse herzustellen. Wichtig ist, daß alle Politikbereiche diese Geldpolitik unterstützen. Wenn dies eine Zeitlang durchgehalten worden ist — lange genug, um die Märkte von der Entschlossenheit der Währungspolitik zu überzeugen,

es nicht zu volatilen Wechselkursen kommen zu lassen —, könnten enge Bänder auch formell wieder eingeführt werden. Einen Zeitplan dafür kann man nicht vorgeben.

Fundamental begründete Wechselkursanpassungen dürfen nicht ausgeschlossen werden. Es kann nicht darum gehen, den Wechselkurs einer der genannten europäischen Währungen gegenüber den Partnerwährungen auch dann festzuhalten, wenn sich die wirtschaftliche Entwicklung des betreffenden Landes (etwa gemessen an Preis- und Kostenindikatoren, der außenwirtschaftlichen Bilanz, dem Wachstumsgefälle) im Vergleich zu der in den anderen Ländern signifikant verschiebt oder zu verschieben droht. Wechselkursanpassungen bleiben in diesen Fällen unumgänglich, und sie dürfen auch nicht tabuisiert werden.

344. Die dem Hartwährungsraum zuzurechnenden Währungen (Ziffer 339) kommen aus heutiger Sicht für eine Europäische Währungsunion am ehesten infrage. Diese Gruppe ist nicht abgeschlossen, und sie darf sich dem Beitritt weiterer Währungen nicht vom Prinzip her verschließen. Monetäre Integration muß eine Option für ganz Europa bleiben. Allerdings würden Währungen, die auf absehbare Zeit immer erneuten Anpassungsbedarf beim Wechselkurs aufweisen, in einem System enger Bandbreiten zu ernsthaften Problemen führen. Schwache Währungen in einem Festkurssystem destabilisieren das ganze System; diese Erfahrung im EWS der letzten eineinhalb Jahre mahnt. Wenn Länder, denen es schwer fällt, ihre binnenwirtschaftliche Entwicklung im Sinne einer Konvergenz mit den Partnerländern zu gestalten, überhaupt in ein Bandbreitensystem einbezogen werden sollen, dann wären in diesem Fall breite Bänder anzuraten. Der Fortschritt in der Konvergenz gäbe das Tempo an, mit dem das Band enger gemacht werden könnte.

345. Wer die Kraft der Spekulation in den letzten Monaten beobachtet hat, mag skeptisch bleiben, daß es je gelingen könnte, wieder verteidigungsfähige feste Wechselkurse in Europa zu etablieren. In der Tat: Die Achillesferse des EWS wird auch in Zukunft die Anfälligkeit gegenüber spekulativen Devisenbewegungen bleiben.

In den kommenden Jahren wird sich diese Anfälligkeit weiter erhöhen. Dafür verantwortlich ist die dynamische Entwicklung an den Finanzmärkten, die schon einige Jahre im Gange ist, durch die Liberalisierung des Kapitalverkehrs in Europa beschleunigt wurde und weiter voranschreiten wird. Immer mehr Anleger nehmen Auslandsanlagen in ihre Portefeuilles auf, weil sie sich von der internationalen Diversifizierung ihres Vermögens höhere Renditen versprechen als von der Anlage in nur einer Währung. Professionelle Fondsmanager, Banken und sonstige Finanzinstitute unterstützen dies nach Kräften; sie haben die Chancen dieses expandierenden Marktes erkannt und fördern mit ihren Dienstleistungen die Internationalisierung der Portefeuilles. In wirtschaftlicher Sicht ist dies durchaus positiv zu werten; wie bei den Gütermärkten gilt auch für die Kapitalmärkte, daß nicht nationale Abschottung, sondern internationale Freizügigkeit, nicht Segmentierung, sondern Verschmelzung der Finanzmärkte über die Grenzen hinweg zu einer effizienten Kapitalverwendung beitragen.

Doch hat die Internationalisierung der Portefeuilles eben auch Schattenseiten, und diese bekommt die Währungspolitik zu spüren. Die Finanzmärkte sind hoch sensibel; Informationen verbreiten sich mit großem Tempo. Nachrichten, die sich zugunsten oder zu Lasten einzelner Währungen verdichten, Stimmungswechsel bei den Anlegern, Dispositionen von Marktführern: alles das formt Wechselkursänderungserwartungen, und es sind dann diese Erwartungen, die plötzlich grenzüberschreitende Kapitalbewegungen auslösen, die dann ihrerseits wiederum Wechselkursänderungserwartungen verstärken, vor allem dann, wenn Nachahmer hinzutreten. Diese Kapitalbewegungen können einen erheblichen Umfang erreichen und — hier beginnt das währungspolitische Problem — losgelöst von den fundamentalen wirtschaftlichen Verhältnissen in den betroffenen Ländern auftreten, denn der Erfolg der Anlage in fremden Währungen hängt nicht davon ab, ob sich die Wechselkurse gemäß den Fundamentalfaktoren der Wirtschaft entwickeln, sondern davon, ob die von den Anlegern erwarteten Wechselkursänderungen eintreten oder nicht. Aus währungspolitischer Sicht können sich diese Kapitalbewegungen dann als destabilisierende Spekulation darstellen.

Wenn durch die Verschmelzung der internationalen Finanzmärkte das Potential für grenzüberschreitende Kapitalbewegungen zunimmt, wenn professionelle Akteure an den Finanzmärkten in immer größerer Zahl und in immer größerem Umfang Kapitalverlagerungen zwischen verschiedenen europäischen Währungen vornehmen, kurz: wenn Märkte desorientiert sind, zumal wenn es keine Fortschritte bei der Konvergenz gibt oder die nationalen Notenbanken mit ihrer stabilitätspolitischen Aufgabe auf sich allein gestellt sind, so daß die Marktteilnehmer immer sensibler auf geldpolitische Unterschiede und Diskrepanzen zwischen den verschiedenen Währungen reagieren, wird es für die Notenbanken immer schwerer werden, einen Kurs zu fahren, der stabile Währungsverhältnisse aufrechterhält. Agieren die Kapitalanleger europaweit, so werden die Länder der davon ausgehenden destabilisierenden Effekte nur durch einen radikalen Schritt wirklich Herr werden: indem sie den Übergang zur Europäischen Währungsunion vollziehen. Europa wird sich früher oder später zu diesem Schritt durchringen müssen — oder es bleibt von Desintegration bedroht.

Eine andere Meinung

Ein Mitglied des Rates, Horst Siebert, vertritt eine abweichende Auffassung. Dabei wird das Ziel der europäischen Integration voll geteilt. Eine andere Einschätzung als bei der Mehrheit besteht jedoch darüber, welche Rolle der monetären Integration im europäischen Einigungsprozeß zukommt.

346. Zur Frage der in Ziffer 343 dargestellten Mehrheitsmeinung zur Rückkehr zu festen Kursen nimmt dieses Mitglied wie folgt Stellung: Eine solche wirtschaftspolitische Linie wird nach den Erfahrungen der

letzten Jahre von diesem Ratsmitglied nicht als vorrangig betrachtet. Übereinstimmung besteht mit der Mehrheit insoweit, als reale Konvergenz, also die Angleichung der realwirtschaftlichen Gegebenheiten in den verschiedenen Ländern, eine notwendige Voraussetzung für die monetäre Integration darstellt. Daraus aber zieht dieses Ratsmitglied den expliziten Schluß: Die Krönungstheorie als Strategie für die monetäre Integration Westeuropas hat nach den Erfahrungen der letzten Jahre eine größere Attraktivität gewonnen. Das heißt: Zuerst müssen die realwirtschaftlichen Bedingungen einheitlich werden, dann folgt bei entsprechender Geldpolitik die Stabilität der Währungsrelationen mehr oder weniger automatisch. Die wirtschaftspolitische Konsequenz aus diesem Ansatz lautet nach Meinung dieses Ratsmitglieds, daß in der europäischen Integration die realwirtschaftliche Annäherung in den neunziger Jahren die vorrangige Frage ist; die Rückkehr zu engeren Bandbreiten ist von nachrangiger Bedeutung. Und: Die monetäre Integration ist keine Voraussetzung für ein realwirtschaftliches Zusammenwachsen der westeuropäischen Länder, ja die realwirtschaftliche Integration ist auch ohne feste Währungsrelationen, also mit einer formell großen Bandbreite, möglich.

347. Diese Einschätzung, daß eine Verengung der Bandbreiten oder eine Rückkehr zu festen Wechselkursen nicht vorrangig ist, beruht auf der Erfahrung der letzten Jahre, die die Bedeutung realwirtschaftlicher Divergenzen zwischen Ländern deutlich gemacht hat. Das Europäische Währungssystem hat durch die deutsche Vereinigung einen asymmetrischen Schock erfahren. Der Neuaufbau des Kapitalstocks in den jungen Bundesländern führt zu einer verstärkten Nachfrage nach Kapital in Deutschland; gleichzeitig beansprucht der Staat mehr Mittel für die Finanzierung der Transfers. Beides bedeutet eine Tendenz für höhere langfristige deutsche Zinsen. Die verstärkte deutsche Kapitalnachfrage äußert sich in einem Swing des Leistungsbilanzsaldos, der von 1989 bis 1992 knapp 150 Mrd DM ausmacht. Aus dem Kapitalexporteur ist ein Kapitalimporteur geworden. Im Europäischen Währungssystem haben sich bei festen Wechselkursen die tendenziell hohen deutschen langfristigen Zinsen auf die Partnerländer übertragen. Dies wirkte sich dort negativ auf die konjunkturelle Situation aus. Hinzu kam eine Aufwertungstendenz für die D-Mark, jedenfalls in den letzten drei Jahren. In einem Fixkurssystem zieht eine solche Aufwertungstendenz der D-Mark auch die Partnerwährungen mit nach oben. Sie werteten im Verhältnis zu den außereuropäischen Währungen auf. Dies beeinträchtigte die Nettoexporte der westeuropäischen Länder in Staaten außerhalb des Europäischen Währungssystems, was sich ebenfalls wiederum negativ auf die konjunkturelle Lage in den Partnerländern auswirkte. Diese konnten sich — folgt man dieser Analyse — diesen Wirkungen nur durch eine Abwertung oder durch mehr Spielraum über eine Erweiterung der Bandbreiten entziehen. Für die Bundesbank ließ sich der Zielkonflikt zwischen Stabilität der Wechselkurse und Stabilität des Geldwertes nur durch eine größere Bandbreite auflösen. Die Erweiterung der Bandbreiten im August des Jahres 1993 war letztlich die Konsequenz aus einem asymmetrischen realwirtschaftlichen Schock. Zu ihr gab es keine Alternative, nachdem eine Aufwertung der D-Mark zu früherer Zeit, etwa 1991, nicht zustande gekommen war.

348. Die Gefahr einer stärker national ausgerichteten Geldpolitik und Wirtschaftspolitik infolge einer größeren Bandbreite erscheint aus der Sicht dieses Ratsmitglieds nicht allzu bedeutend. Zum einen: Die Geld- und Währungspolitik vor der Erweiterung der Bandbreiten war nicht in einem strengen Sinne internationalisiert. Die Bundesbank hat zwar bei ihrer Geldpolitik die wirtschaftliche Lage in anderen europäischen Ländern mit bedacht. Bei einem Zielkonflikt zwischen Stabilität des Geldwertes und Stabilität der Wechselkurse mußte jedoch der Geldwertstabilität der Vorrang eingeräumt werden. Auch für die Partnerländer gab es im strengen Sinne keine Internationalisierung. Hatten sie sich für eine Koppelung ihrer Währung an die D-Mark entschieden, so mußte sich ihre Geldpolitik im gleichen Rhythmus wie die der Bundesbank bewegen. Aber eine Wechselkursanpassung war grundsätzlich nicht ausgeschlossen. Zum anderen: Ob Länder wie Frankreich, Belgien und Dänemark den durch die Bandbreitenerweiterung größeren Spielraum nutzen und gegebenenfalls ihre Währungen abwerten, muß letztlich dem wirtschaftspolitischen Kalkül dieser Länder überlassen bleiben. Dabei ist — wie im Mehrheitstext ausgeführt — zu bedenken, daß das abwertende Land einen Teil der Reputation verliert, die es sich mit seiner bisherigen Stabilisierungspolitik erworben hat. Von daher werden die Länder ein eigenes Interesse haben, Abwertungen zu vermeiden. Von Abwertungen, die aus konjunkturpolitischen Gründen vorgenommen werden, zu trennen sind Wechselkursanpassungen, die wegen grundlegender Unterschiede in den realen Gegebenheiten notwendig werden.

349. Auch die kurzfristigen Kapitalbewegungen im Europäischen Währungssystem werden anders beurteilt. Diese kommen dann zustande, wenn Diskrepanzen zwischen Währungsrelationen und den realen Gegebenheiten, so wie sie die Märkte einschätzen, bestehen. Kurzfristige Kapitalbewegungen können also ähnlich wie die Arbitrage behandelt werden, die dann einsetzt, wenn Preisdifferentiale zu groß werden. Auf den Devisenmärkten handelt es sich um Unterschiede zwischen den Wechselkursen und der Bewertung der realen Gegebenheiten durch die Kapitalanleger. Solche Kapitalbewegungen können sich sicherlich verstärken, und die Konstruktion des Europäischen Währungssystems begünstigt bei engen Bandbreiten Kapitalbewegungen, wenn einmal eine Divergenz zwischen Wechselkursrelationen und realen Gegebenheiten vorliegt. Es ist richtig, daß Kapitalbewegungen, den Spielraum der Notenbanken einengen. Daraus folgt aber nicht zwingend die Notwendigkeit, die Bandbreite zu verengen oder eine einheitliche Währung zu schaffen. Man kann daraus auch den Schluß ziehen, daß die Geldpolitik — unterstützt von den anderen Bereichen der Wirtschaftspolitik — so betrieben werden muß, daß es im Urteil der Märkte zu keiner Diskrepanz zwischen Währungsrelationen und realen Gegebenheiten

kommt. Dann können die Kurse auch stabil bleiben.

So weit die Meinung dieses Mitglieds.

IV. Lohnpolitik: Vorrang für die Sicherung der Arbeitsplätze

350. Die Lage am deutschen Arbeitsmarkt zum Jahresende 1993 ist durch ein besorgniserregendes Ausmaß der Arbeitslosigkeit gekennzeichnet. Etwa 3,6 Millionen Personen sind in ganz Deutschland als Arbeitslose registriert, schätzungsweise weitere 2,1 Millionen Personen werden durch arbeitsmarktpolitische Maßnahmen abgesichert. Insgesamt sind damit 5,8 Millionen Personen offen oder verdeckt arbeitslos. Bis zum Jahresende 1994 ist mit einem weiteren Anstieg der offenen Arbeitslosigkeit um 450 000 Personen zu rechnen. An dieser Ausgangssituation dürfen die Tarifvertragsparteien bei der Lohnrunde des Jahres 1994 nicht vorbeigehen; sie müssen — angesichts der hohen Arbeitslosigkeit — in ganz Deutschland auf mehr Beschäftigung setzen. Die Tarifpolitik darf die Einkommenswirkung des Lohns für die, die sichere Arbeit haben, nicht in den Vordergrund stellen. Im Interesse all derer, die keine Arbeit haben oder deren Arbeitsplätze gefährdet sind, gebührt jetzt der Beschäftigungswirkung der Vorrang.

In den jungen Bundesländern ist es dringend geboten, auf die sehr unterschiedliche Leistungsfähigkeit der Unternehmen wesentlich stärker als bisher Rücksicht zu nehmen, indem hinreichend Raum für Differenzierung geschaffen wird, und damit zu beginnen, die Schere zwischen Lohnniveau und Leistungskraft der Unternehmen zu schließen. Bei der Anpassung der Tarife ist aus der Sicht der Arbeitnehmer schon viel erreicht; die Lohnpolitik in Ostdeutschland muß jetzt der Schaffung zusätzlicher Arbeitsplätze den Vorrang geben.

In Westdeutschland gilt es, bei den Lohnabschlüssen die Unternehmen von Kosten zu entlasten und dadurch Arbeitsplätze zu sichern. Dabei wird es nicht hinreichend sein, die Tariflohnsteigerungen wieder auf den Produktivitätspfad zurückzuführen. Für das Jahr 1994 ist es nicht angebracht, den mittelfristig erwarteten gesamtwirtschaftlichen Produktivitätsfortschritt und einen gewissen Ausgleich für den Anstieg des Preisniveaus als Orientierungslinie für die Tariflohnanhebungen heranzuziehen. Dafür ist das Ausmaß der Arbeitslosigkeit in Westdeutschland zu hoch, dafür ist die konjunkturelle Entwicklung des nächsten Jahres zu unsicher. Westdeutschland ist in einer Sondersituation. Die Lohnfindung im Jahre 1994 ist ein komplizierter Suchprozeß, bei dem die unterschiedliche Situation in den einzelnen Branchen und Betrieben wesentlich stärker als bisher berücksichtigt werden muß. Die Tarifvertragsparteien sollten den Kurs in der Lohnrunde so steuern, daß der Anstieg der Tariflöhne im Durchschnitt unter dem mittelfristigen Produktivitätsfortschritt bleibt. Damit würden sie die Voraussetzung für eine positive Entwicklung von Beschäftigung und Realeinkommen der Arbeitnehmer für die nächsten Jahre legen.

Ostdeutschland: Orientierung an der Leistungskraft der Betriebe nach wie vor dringlich

351. Im Jahre 1993 dürfte der Anstieg der Effektivverdienste auf Monatsbasis in den jungen Bundesländern rund 14 vH betragen haben. Die Bruttolohn- und -gehaltssumme je abhängig Beschäftigten lag Mitte 1993, unter Abzug des Arbeitsausfalls der Kurzarbeiter und bei durchschnittlich längerer Arbeitszeit und kürzerer Urlaubszeit, bei schätzungsweise 70 vH des westdeutschen Niveaus, mit starker Streuung über die Branchen hinweg (Ziffer 125).

Der Sachverständigenrat hatte für eine moderate Lohnpolitik im Jahre 1993 geworben (JG 92 Ziffer 400), so als beste Lösung für eine Streckung der für 1993 in den mehrjährigen Tarifverträgen vorgesehenen Erhöhungen um ein Jahr und damit für eine Konstanz der Tariflöhne im Verlauf. Gemessen daran waren die Tarifanhebungen zu hoch. Sie lagen auch höher als die ostdeutsche Preissteigerungsrate von 8½ vH und gingen damit über die Sicherung des Realeinkommens hinaus, die wir als äußerste Linie für die Lohnpolitik des Jahres 1993 formuliert hatten. Wir hatten uns außerdem für eine Lohnpolitik ausgesprochen, die die Leistungsfähigkeit der Betriebe ins Zentrum rückt, um so die Grundlagen für eine möglichst günstige Beschäftigungsentwicklung zu legen. Dabei sollte in einer realistischen Einschätzung die unterschiedliche Situation in den einzelnen Betrieben berücksichtigt werden. Die Lohnpolitik ist dem nicht gefolgt. Sie hat nicht hinreichend beachtet, daß sich das wirtschaftliche Umfeld der Unternehmen anders entwickelt hat, als einmal bei der Konzipierung der schnellen Angleichungsstrategie erwartet worden war. Schwieriger als zunächst angenommen ist es für die neuen Unternehmen, in die westlichen Märkte einzudringen, unsicherer als zunächst unterstellt ist der wirtschaftliche Erfolg angesichts der unerwartet scharfen Rezession in Westdeutschland, die auch in den ostdeutschen Unternehmen ihre Spuren hinterläßt, schwieriger als von manchem erhofft ist es auch, sich auf den neuen Märkten Mittel- und Osteuropas zu etablieren. Nicht alle diese unerwarteten Schwierigkeiten hätten durch die Lohnpolitik aufgefangen werden können. Aber viele Unternehmen waren bei den hohen Lohnabschlüssen nicht in der Lage, die Beschäftigung zu halten, und viele Unternehmen konnten keine zusätzlichen Arbeitsplätze bereitstellen. Die Streckung der Tarifverträge in der Metall- und Elektroindustrie ging zwar in die richtige Richtung, aber sie war bei weitem nicht hinreichend. Die vorgesehene Härteklausel, die es Betrieben in Sondersituationen erlauben sollte, von den Tarifvereinbarungen im Einvernehmen abzuweichen, wurde kaum angewendet (Ziffer 124). All dies zeigt, daß die Lohnpolitik in den jungen Bundesländern in wesentlichen Bereichen, vor allem in der Industrie, auch im Jahre 1993 keinen Beitrag zu einer höheren Beschäftigung geleistet hat — eher gilt das Gegenteil.

352. Die Lohnpolitik in Ostdeutschland für das Jahr 1994, aber auch für die nächsten Jahre, wird zu berücksichtigen haben, daß das Lohnniveau in vielen Bereichen im Vergleich zur Leistungsfähigkeit der Betriebe zu hoch ist. Die Löhne sind der Produktivität

mit Sieben-Meilen-Stiefeln vorausgeeilt (Ziffer 125). Zwar wird sich die Schere zwischen Leistungsfähigkeit und Lohnniveau, wenn der Kapitalstock Ostdeutschlands einmal aufgebaut ist, durch Produktivitätsfortschritt schließen. Aber dies braucht Jahre. Man darf nicht in den Löhnen vorwegnehmen, was sich erst in Zukunft an Zuwachs in der Produktivität einstellen soll. Sonst gefährdet man den Produktivitätsfortschritt selbst. Die Lohnpolitik muß in dieser Zeit langsamer gehen. Sie muß dazu beitragen, daß sich die Lücke zwischen Produktivität und Lohnniveau nicht weiter öffnet, daß sie vielmehr durch Abschlüsse, die im Niveau moderat und in der Struktur stärker differenziert sind, allmählich verringert wird. Ein Teil des Anstiegs der Lohnstückkosten ist in den vergangenen Jahren in hohen Preissteigerungen weitergegeben worden; es ist weder wünschenswert noch möglich, daß dies weiterhin geschieht.

353. Die von der Lohnpolitik verfolgte Strategie, die Tariflöhne in Ostdeutschland rasch an das westdeutsche Niveau heranzuführen, ist auf den ersten Blick nur allzu verständlich, vor allem, wenn man im vereinten Deutschland eine schnelle Angleichung der Einkommen und damit den Einkommensaspekt der Löhne in den Vordergrund stellt. Verdrängt und vergessen wird dabei, daß vom Lohn, wenn auch nicht nur von ihm, die Kostenlage der Unternehmen, ihre Wettbewerbsfähigkeit und damit die Arbeitsplätze abhängen. Es ist zwar richtig, daß die hohe offene und verdeckte Arbeitslosigkeit in den jungen Bundesländern letztlich in der von der Planwirtschaft hinterlassenen mangelnden Leistungsfähigkeit der ostdeutschen Unternehmen wurzelt, die Angleichungsstrategie hat jedoch die Schwierigkeiten, die Betriebe der ostdeutschen Wirtschaft auf die neuen Bedingungen umzustellen, erheblich verschärft. Unternehmen, die erst einmal das Risiko überstehen müssen, ob sie auf dem Markt Erfolg haben, halten sich in ihrer Nachfrage nach Arbeitskräften weniger zurück, wenn für sie Arbeit nicht zu teuer ist. Dies gilt vor allem für die Vielzahl der mittelständischen Unternehmen, die wie in Westdeutschland die Mehrzahl der Arbeitsplätze in den jungen Bundesländern bereitstellen werden. Gründungen kommen eher zustande, wenn aus der Sicht der Unternehmen die Lohnkosten tragbar erscheinen. Für die privatisierten und die reprivatisierten Unternehmen werden die Erfolgschancen bei einer moderaten Lohnpolitik günstiger. Investitionen sind attraktiver, und Kapital, das auch an andere Standorte — etwa nach Mittel- und Osteuropa oder an die Peripherie Westeuropas — gehen kann, wird eher in die jungen Bundesländer gelockt. Lohnpolitik beeinflußt die Zukunftschancen. Es gilt sich zu entscheiden. Hohe Lohnsteigerungen jetzt bedeutet: Es wird schwieriger, mehr Arbeitsplätze für morgen zu schaffen. Moderate Lohnpolitik jetzt heißt: Es kann mehr Beschäftigung morgen geben. Manchem Arbeitslosen in den jungen Bundesländern wäre damit gedient, wenn die, die Arbeit haben, eine geringere Anhebung der Tarife in Kauf nähmen.

Die wirtschaftliche Situation in den einzelnen Unternehmen der jungen Bundesländer ist grundverschieden. Unternehmen in der Bauwirtschaft und in einigen expandierenden Dienstleistungsbereichen sind in ihrer Entwicklung bereits vorangekommen, das kapitalintensive Zweigwerk eines westdeutschen oder eines internationalen Unternehmens mag schon florieren, Unternehmen in anderen Sektoren kämpfen darum, auf den westdeutschen und auf den internationalen Märkten Fuß zu fassen, bei einer Reihe von Unternehmen steht die Privatisierung noch aus. Dies verlangt, wenn mehr Arbeitsplätze zustande kommen sollen, daß die Tarifverträge Raum lassen für eine kräftige Differenzierung der Effektivverdienste gemäß der Leistungsfähigkeit der Betriebe. Auch bei der Gestaltung derjenigen Faktoren, die die Arbeitskosten beeinflussen, wie Arbeitszeit, Urlaubszeit und einmalige Zahlungen, läßt sich differenzieren. Es erscheint ratsam, in den Manteltarifverträgen Raum für unterschiedliche Lösungen zu schaffen.

Aus alledem ziehen wir das Fazit: Eine verteilungsorientierte Strategie der schnellen Angleichung wird der Arbeitsmarktsituation in Ostdeutschland nicht gerecht. Wichtig ist, daß in den Tarifabschlüssen eine untere Linie vereinbart wird, die sich an den schwächeren Betrieben in der Branche orientiert und von der aus die stärkeren Betriebe bei den Effektivlöhnen nach oben abweichen können. Nicht überall wird es möglich sein, das Realeinkommen zu sichern. Auch Revisionen der bereits gestreckten langfristigen Verträge können nicht ausgeschlossen werden.

Westdeutschland: Produktivitätsregel nicht anwenden

354. Die Tariflöhne auf Stundenbasis dürften im Jahre 1993 in Westdeutschland um 4 vH über ihrem Vorjahresniveau gelegen haben. Der Anstieg der Effektivverdienste blieb nur wenig dahinter zurück. Eine Ausnahme bildete mit 5,8 vH die Metallindustrie, wenn man die Arbeitszeitverkürzung um eine Stunde einrechnet. Die Effektivverdienste sind deutlich stärker angestiegen als die Stundenproduktivität, die in der scharfen Rezession des Jahres 1993 kaum noch zunahm. Dabei ist zu berücksichtigen, daß Unternehmen im Rahmen von Rationalisierungen Arbeitskräfte entlassen haben, die statistisch beobachtete Produktivitätsentwicklung also mit abnehmender Beschäftigung einherging. Eine solche Produktivitätsentwicklung darf im Grunde genommen nicht das Kriterium für die Beurteilung der Lohnpolitik sein. Die Lohnstückkosten sind gegenüber dem Vorjahr um 3,8 vH gestiegen, wobei sich die Zunahme im 2. Halbjahr 1993 gegenüber dem Vorjahreszeitraum auf 2½ vH verlangsamt hat.

355. Die Steigerungsrate der Tariflöhne im Jahre 1993 war niedriger als die Rate des Jahres 1992 von 6,0 vH. Allerdings muß bei der Bewertung der Lohnpolitik des Jahres 1993 auch ins Blickfeld genommen werden, daß sich seit 1990 Effektivlöhne und Produktivität auseinander entwickelt haben. So verzeichneten von 1990 bis 1993 die Effektivlöhne pro Stunde einen Anstieg von 24,7 vH, die Stundenproduktivität hat nur mit 8,5 vH zugenommen; zwischen Effektivlöhnen und Produktivität hat sich also eine deutliche Lücke herausgebildet (Tabelle 64). Die Lohnstückkosten sind mit 15,1 vH angestiegen. Im gleichen Umfang wie die Lohnstückkosten haben sich auch die Preise erhöht, was dafür spricht, daß Überwälzungen

Tabelle 64

Zur Entwicklung von Nominallöhnen, Produktivität und Lohnstückkosten im früheren Bundesgebiet

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH

Zeitraum [1]	Effektivlöhne pro Stunde [2] [3] (Inländerkonzept)	Stundenproduktivität [2] [4] (Inlandskonzept)	Lohnstückkosten [5]	Deflator des Bruttoinlandsprodukt [6]
1990	5,9	4,4	2,0	3,1
1991	7,0	3,0	3,9	3,9
1992	5,9	0,5	4,7	4,4
1993	3,9	0,4	3,7	3,4
1990 bis 1993 [7]	24,7	8,5	15,1	15,6

[1] 1993 eigene Schätzung.
[2] Eigene Berechnung auf Grundlage der Daten des DIW.
[3] Bruttolohn- und -gehaltssumme (Inländerkonzept) je bezahltes Arbeitsvolumen.
[4] Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1991 je geleistetes Arbeitsvolumen.
[5] Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit je beschäftigten Arbeitnehmer (Inlandskonzept) in Relation zum Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1991 je Erwerbstätigen im Inland.
[6] 1991 = 100.
[7] Veränderung im gesamten Zeitraum (multiplikative Verknüpfung der Veränderungsraten).

stattgefunden haben. Allerdings ist wegen der Rezession die Überwälzung schwieriger geworden.

Darüber hinaus waren nicht in allen Bereichen die Überwälzungsspielräume gleich groß. Besonders im Verarbeitenden Gewerbe hatten die Unternehmen, dem internationalen Wettbewerb ausgesetzt, wenig Möglichkeiten, Kostensteigerungen in den Absatzpreisen weiterzugeben, mußten somit wegen der Lohnentwicklung Gewinnschmälerungen in Kauf nehmen. Die Nachfrage aus dem Ausland hatte schon seit 1990 tendenziell nachgelassen, und der steigende Außenwert der D-Mark verminderte die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen. Der Einbruch der Investitionskonjunktur und der Beschäftigungsabbau in der Industrie haben hier eine wesentliche Erklärung.

Auch die in manchen Bereichen einfachere Überwälzung von Lohnerhöhungen, die über dem Produktivitätsfortschritt liegen, hatte indessen gesamtwirtschaftlich negative Folgen. Sie trug maßgeblich dazu bei, daß sich die Preisentwicklung in den letzten Jahren weit vom Stabilitätsziel entfernte. Die Bundesbank mußte bei den Zinsen lange gegenhalten; das bewirkte zusammen mit anderen Faktoren, daß sich die Expansion der Inlandsnachfrage deutlich abschwächte. In dieser Hinsicht war die Entwicklung ganz ähnlich zu der in der letzten Rezession der frühen achtziger Jahre: Auch diesmal stand die Kombination hoher Lohnkostensteigerungen und hoher Zinsen am Beginn einer Konjunkturschwäche, die schließlich mit erheblichen Arbeitsplatzverlusten einherging.

Beurteilt man die Lohnpolitik des Jahres 1993 vor diesem Hintergrund, so hat sie sich zwar in die richtige Richtung bewegt, aber eine Neuorientierung in einem großen Schritt, der den erforderlichen Kurswechsel in der Lohnpolitik klar zum Ausdruck gebracht hätte, hat es im Vergleich zum Vorjahr nicht gegeben. Erst in der zweiten Jahreshälfte zeichnet sich eine andere Linie ab.

356. Die Lohnfindung in Westdeutschland für das nächste Jahr bewegt sich angesichts einer offenen und verdeckten Arbeitslosigkeit von knapp 3,2 Millionen Personen zum Jahresende 1993 und einem für 1994 zu erwartenden weiteren Anstieg um 350 000 Personen in äußerst schwierigem Terrain. Viele Unternehmen haben im Jahre 1993 auf die gestiegenen Arbeitskosten und auf den unerwarteten Einbruch der Nachfrage reagiert, indem sie Arbeitskräfte entlassen haben. Dadurch versuchten sie, drohende Verluste einzuschränken und ihre Überlebenschancen zu verbessern. Dies gilt vor allem für das Verarbeitende Gewerbe, wo in den Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten im Juli 1993 gegenüber dem Vorjahresmonat 567 000 Personen weniger beschäftigt wurden. Besonders kraß ist der Rückgang der Beschäftigung in bisher erfolgreichen Exportbranchen, so um 90 000 Personen im Maschinenbau, um 89 000 Personen im Straßenfahrzeugbau, um 77 000 Personen in der Elektrotechnik und um 30 000 Personen in der chemischen Industrie. Dies sind Bereiche mit hochwertigen Arbeitsplätzen und hohen Löhnen, die bisher deshalb bezahlt werden konnten, weil auch vom Preis her wettbewerbsfähige deutsche Produkte auf eine starke Nachfrage im Ausland trafen. Rückschläge in diesen Branchen, die einen wesentlichen Bestandteil der Exportbasis ausmachen, wirken sich wegen der Vorleistungsbezüge, aber auch wegen der Nachfrage aus dem Einkommen, das dort entsteht, ungünstig auf die Beschäftigung in anderen Bereichen der Volkswirtschaft aus.

Nochmals: Wir sind in einer komplizierten Situation, in der es gilt, möglichst viele Arbeitsplätze auch für die Zeit nach 1994 zu sichern und neue hervorzubringen. Soll der Abbau von Arbeitsplätzen im Jahre 1994 so klein wie möglich gehalten werden und auch zu Ende kommen, so ist die Lohnpolitik gefordert, das Verlustrisiko der Unternehmen nicht noch weiter zu erhöhen und durch Lohnzurückhaltung einen Teil der unerwarteten wirtschaftlichen Schwierigkeiten mit aufzufangen.

357. In der öffentlichen Diskussion wird zuweilen gefordert, von einer Lohnzurückhaltung abzusehen, um über höhere Löhne den Privaten Verbrauch zu stimulieren und auf diese Weise die gesamtwirtschaftliche Nachfrage zu stützen. Richtig ist, daß Löhne, Nachfrage und Produktion in einem Wachstumsprozeß grundsätzlich im Gleichschritt verlaufen. Nicht richtig ist, daß durch kräftige Lohnanhebungen eine Rezession überwunden werden kann (JG 77 Ziffern 292ff.). Zwar könnte die nominale gesamtwirtschaftliche Nachfrage zunächst einmal angeregt werden, aber vor allem die Unternehmen der Industrie müßten noch mehr Arbeitskräfte entlassen, da sie die gestiegenen Arbeitskosten im internationalen Wettbewerb nicht weiterwälzen können. Selbst wenn die deutsche Volkswirtschaft nur aus Unternehmen bestünde, die allein für die Binnenwirtschaft produzierten, würden Lohnsteigerungen, die über dem

Produktivitätsfortschritt liegen, dazu führen, daß Arbeit durch Kapital ersetzt wird; denkbar ist aber auch, daß der Anstieg der Arbeitskosten zu einem höheren Preisniveau führt. In diesem Fall würde der Private Verbrauch zwar nominal zunehmen, aber nicht notwendigerweise in realer Rechnung. Für eine Stützung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage käme es aber auf die reale Zunahme des Privaten Verbrauchs an. Im übrigen müßte die Bundesbank im Interesse der Preisniveaustabilität gegensteuern, dies würde die Investitionen und im Gefolge die Arbeitsplätze in der Zukunft beeinträchtigen. Denkt man in einem Gedankenspiel das Kaufkraftargument konsequent zu Ende, so könnte jede Volkswirtschaft durch Lohnerhöhungen ihre Beschäftigungssituation verbessern. Es liegt auf der Hand, daß diese Rechnung nicht aufgehen kann.

358. Einen lohnpolitischen Vorgriff darf es nicht geben, und es wird ihn nach unserer Einschätzung auch nicht geben. Zwar wird allgemein damit gerechnet — und das entspricht auch unserem Bild —, daß die Talsohle der Konjunktur erreicht ist. Ein lohnpolitischer Vorgriff auf eine allmähliche konjunkturelle Erholung, die ungewiß ist, könnte aber gerade die Mechanismen außer Kraft setzen — eine steigende Investitionsbereitschaft, eine verbesserte Wettbewerbsfähigkeit im Export, Fortschritte bei der Stabilisierung der Preisniveauentwicklung —, die eine günstigere gesamtwirtschaftliche Lage erst herbeiführen müssen.

359. Die derzeitige Sondersituation läßt es angeraten erscheinen, den üblichen gesamtwirtschaftlichen Orientierungsmaßstab für die Tarifpolitik im Jahre 1994 auszusetzen. Lohnsteigerungen, die sich am mittelfristigen gesamtwirtschaftlichen Produktivitätsfortschritt und an einem gewissen Ausgleich für die Preissteigerungsrate orientieren, würden der derzeitigen Lage — einer scharfen Rezession, hoher Arbeitslosigkeit und Unsicherheit über die konjunkturelle Entwicklung im Jahre 1994 — nicht gerecht. Eine produktivitätsorientierte Lohnpolitik setzt im wesentlichen ein Gleichgewicht am Arbeitsmarkt mit einer günstigen Beschäftigungssituation voraus — im Idealfall wäre dies die Vollbeschäftigung; von einer solchen Situation sind wir weit entfernt. In Betracht zu ziehen ist aber auch, daß die Lohnsteigerungen in den letzten vier Jahren weit über den Produktivitätsfortschritt hinausgegangen sind.

Hinzu kommt, daß die wirtschaftliche Lage in den einzelnen Branchen für eine allgemeine Regel zu unterschiedlich ist. Es gibt Bereiche, so die exportorientierten Sparten des Verarbeitenden Gewerbes, in denen eine Lohnpause unabdingbar sein wird, um die Arbeitsplätze zu halten; in anderen Bereichen mag sich die Lage anders darstellen, aber auch hier werden bei zurückhaltender Lohnpolitik mehr Arbeitsplätze gehalten und neue geschaffen. Letztlich ist es Aufgabe der Tarifvertragsparteien, in den jeweiligen Branchen die angemessene sektorale Differenzierung der Löhne herauszufinden. Dabei ist im Jahre 1994, wesentlich stärker als in der bisherigen Praxis üblich, die unterschiedliche Wirtschaftslage in den einzelnen Branchen bis hin zu den einzelnen Betrieben zu berücksichtigen und Raum für Differenzierung zu schaffen. Es wäre wünschenswert, wenn der Kurs in der Lohnrunde 1994 so gefahren würde, daß der Anstieg der Tarifabschlüsse im Durchschnitt unter dem mittelfristigen Produktivitätszuwachs bliebe.

360. Viel wäre für die Lohnrunde des Jahres 1994 gewonnen, wenn die Tarifvertragsparteien die Wahl zwischen Lohnerhöhung auf der einen Seite und dem Abbau von Beschäftigung auf der anderen Seite in das Zentrum ihrer Überlegungen rücken würden. Dabei könnte eine Lohnzurückhaltung mit Zusagen über die Beschäftigung für die Laufzeit der Tarifverträge einhergehen. Allerdings können solche Verpflichtungen nicht von den Arbeitgeberverbänden der einzelnen Branchen, die den Tarifvertrag abschließen, eingegangen werden. Die Zusagen können nur von den einzelnen Unternehmen oder für einzelne Betriebe gemacht werden. Eine Möglichkeit würde darin bestehen, im Rahmen eines Branchentarifvertrages die Option vorzusehen, daß Betriebe im Einvernehmen mit dem Betriebsrat von der vereinbarten Branchentariferhöhung nach unten abweichen können, wenn Zusagen über den betrieblichen Beschäftigungsstand gemacht werden, die für die Belegschaften zufriedenstellend sind.

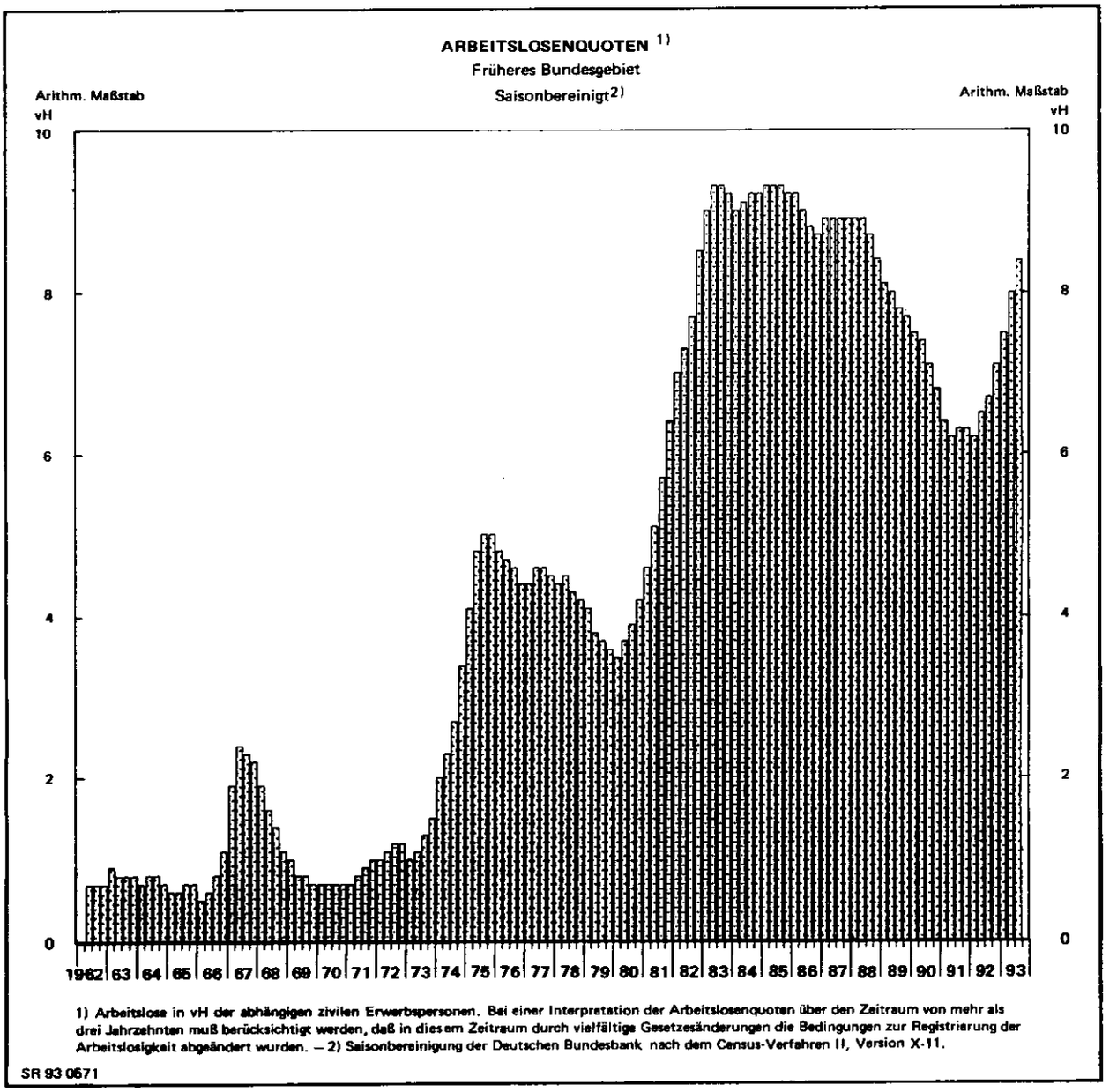
361. Den richtigen Pfad für die Lohnpolitik wieder zu finden — das ist nicht nur eine Frage der Lohnrunde des Jahres 1994. Wenig wäre erreicht, wenn unvermeidlich gewordene Reallohnsenkungen nach 1994 zu einer Nachholstrategie führen würden. Wir versprechen uns von niedrigeren Tarifabschlüssen, daß die Wirtschaft es leichter haben wird, auf den alten Wachstumspfad bei stabilem Geldwert zurückzufinden. Dann wird es der Lohnpolitik wieder möglich sein, sich am Produktivitätsanstieg auszurichten, die Beschäftigungschancen verbessern sich, die Realeinkommen steigen wieder.

V. Ansätze am Arbeitsmarkt: Wege aus der Arbeitslosigkeit

Verfestigung der Arbeitslosigkeit

362. Die hohe Arbeitslosigkeit in Deutschland zu verringern — diese Aufgabe reicht weit über das Jahr 1994 hinaus. In Ostdeutschland müssen in der langen Frist noch viele neue Arbeitsplätze entstehen; wichtig dafür ist, daß der Anpassungsprozeß der Wirtschaft in den jungen Bundesländern vorankommt. In Westdeutschland muß es gelingen, die hohe Arbeitslosigkeit, die sich in den letzten beiden Jahrzehnten aufgebaut hat, wieder zurückzuführen. Hier hat sich manche Fehlentwicklung am Arbeitsmarkt herausgebildet, manches Problem ist durch den deutschen Vereinigungsboom überdeckt worden.

363. In den letzten zwanzig Jahren hat in Westdeutschland die registrierte Arbeitslosigkeit beträchtlich zugenommen. Die Anzahl der Arbeitslosen ist von 150 000 Personen im Jahre 1970 auf derzeit 2,4 Millionen Personen angestiegen, die Arbeitslosenquote von 0,7 vH auf 8,6 vH (Schaubild 33). Bedrückend ist nicht nur, daß sich das Beschäftigungsproblem als Ganzes so zugespitzt hat. Große Sorge bereitet auch,



1) Arbeitslose in vH der abhängigen zivilen Erwerbspersonen. Bei einer Interpretation der Arbeitslosenquoten über den Zeitraum von mehr als drei Jahrzehnten muß berücksichtigt werden, daß in diesem Zeitraum durch vielfältige Gesetzesänderungen die Bedingungen zur Registrierung der Arbeitslosigkeit abgeändert wurden. – 2) Saisonbereinigung der Deutschen Bundesbank nach dem Census-Verfahren II, Version X-11.

daß die Langzeitarbeitslosigkeit nachhaltig angestiegen ist (Tabelle 65). Für die betroffenen Arbeitnehmer bedeutet längere Arbeitslosigkeit, daß sie den Kontakt zur Arbeitswelt und zum Teil ihre Qualifikation verlieren und daher geringere Chancen haben, wieder einen Arbeitsplatz zu finden. Der Anstieg der Arbeitslosigkeit hat in den Rezessionsphasen stattgefunden. Anders als noch in den sechziger Jahren ist die Arbeitslosigkeit in den darauffolgenden Aufschwungsphasen nicht wieder entsprechend zurückgegangen. Man kann sagen, daß es einen Sockel der Arbeitslosigkeit gibt und daß sich dieser Sockel im Verlauf der Zeit nach oben geschoben hat. Die Arbeitslosigkeit hat sich verfestigt.

364. Die große wirtschaftspolitische Aufgabe für die neunziger Jahre besteht darin, einem weiteren Anstieg der Sockelarbeitslosigkeit entgegenzuwirken und die Bedingungen dafür zu schaffen, daß sich die Beschäftigungsmöglichkeiten für alle, die Arbeit suchen, grundlegend wieder verbessern. Die Weichen dazu müssen jetzt gestellt werden; und die Aufgabe wird nur in einer wachsenden Wirtschaft zu bewältigen sein. Auch die Lohnpolitik muß ihren Beitrag leisten. Zudem gilt es Verhärtungen aufzulösen, die sich am Arbeitsmarkt herausgebildet haben, damit leichter ein günstiger Beschäftigungsstand erreicht werden kann.

Tabelle 65

Entwicklung und Struktur der Arbeitslosigkeit im früheren Bundesgebiet
Ende September

Arbeitslose	Einheit	1970	1980	1985	1990	1991	1992	1993
Insgesamt	Tausend	97	823	2 152	1 728	1 610	1 784	2 288
	vH[1])	*100*	*100*	*100*	*100*	*100*	*100*	*100*
nach Altersgruppen								
unter 25 Jahre	vH[1])	*18,7*	*27,3*	*26,2*	*15,8*	*15,3*	*14,8*	*14,2[a])*
55 Jahre und älter	vH[1])	*31,3*	*15,5*	*13,0*	*18,4*	*19,8*	*20,5*	*19,7[a])*
ohne abgeschlossene Berufsausbildung	vH[1])	.	*54,0*	*49,7*	*46,8*	*47,3*	*47,7*	...
nach Dauer der Arbeitslosigkeit[2])								
unter 12 Monate	vH[1])	*91,1*	*87,1*	*69,0*	*70,3*	*71,7*	*73,4*	*74,7[b])*
1 bis unter 2 Jahre	vH[1])	*5,6*	*7,8*	*16,9*	*13,8*	*13,1*	*13,4*	*25,3[b])*
2 Jahre und mehr	vH[1])	*3,3*	*5,1*	*14,1*	*15,9*	*15,2*	*13,2*	
nach der durchschnittlichen Dauer der Arbeitslosigkeit	Monate	.	6,4	11,6	13,3	13,4	12,4	...

[1]) Anteil an den Arbeitslosen insgesamt.
[2]) Bisherige Dauer.
[a]) Vorläufige Ergebnisse.
[b]) Stand Ende August. Daten der am computerunterstützten Vermittlungsverfahren beteiligten Arbeitsämter, bei denen zu diesem Zeitpunkt ein Anteil von 98 vH aller in Westdeutschland registrierten Arbeitslosen erfaßt war.

Quelle: BA

Für die Lösung des Beschäftigungsproblems gibt es kein Patentrezept. Die Wege aus der Arbeitslosigkeit sind mühsam — sie verlangen die Einsicht, daß gewohnte Bahnen verlassen werden müssen und nicht für jeden der Besitzstand verteidigt werden kann; die Wege sind steinig — manche Hindernisse werden den erforderlichen Veränderungen entgegenstehen; die Wege sind lang — denn fühlbare beschäftigungspolitische Fortschritte lassen sich nicht im ersten Anlauf erzielen. Viele Wege werden Politik und Tarifvertragsparteien gehen müssen, damit die Arbeitslosigkeit überwunden wird.

Förderung der Wachstumskräfte

365. Die Überwindung der Rezession wird — mit einer zeitlichen Verzögerung — auch die Lage am Arbeitsmarkt wieder entspannen; aber der Anstieg der Arbeitslosigkeit läßt sich, jedenfalls nach den Erfahrungen der letzten beiden Rezessionen, im Konjunkturaufschwung nur begrenzt zurückführen. Die Hoffnungen richten sich deshalb auf einen längerfristigen Wachstumsprozeß. Wenn das Bruttoinlandsprodukt anhaltend zunimmt, steigt üblicherweise auch die Nachfrage nach Arbeitskräften. Vor allem eine kräftige Investitionstätigkeit schafft rentable Arbeitsplätze. Wenn Investitionen das neueste technische Wissen verkörpern und damit auch eine größere Arbeitsproduktivität mit sich bringen, kommen Arbeitsplätze zustande, die einen hohen Lohn tragen können. Eine Investitionsschwäche wie zu Anfang der achtziger Jahre ist letztlich auch mit einer ungünstigen Beschäftigungsentwicklung verbunden. Dagegen geht Investitionsdynamik mit Beschäftigungsdynamik einher, so im Zeitraum von 1985 bis 1991, als die Ausrüstungsinvestitionen mit 54,8 vH und die Beschäftigung mit 11,6 vH zunahmen. Ein anderer wesentlicher Aspekt ist die ständige Verbesserung der Qualifikation der Arbeitnehmer, also die Investitionen in Humankapital, von denen zu erwarten ist, daß sie die Arbeitsproduktivität erhöhen und damit zugleich die Wachstumsrate des Bruttoinlandsprodukts positiv beeinflussen. Aus alledem folgt, daß eine angebotsorientierte Wirtschaftspolitik, die durch günstigere Rahmenbedingungen Wachstumskräfte freisetzt, auch und gerade im Hinblick auf die Lösung des Beschäftigungsproblems unverzichtbar ist (Ziffern 265ff.).

366. Wie stark die Beschäftigung bei wirtschaftlichem Wachstum steigt, hängt von einer Vielzahl von Einflußfaktoren ab, darunter dem Lohnniveau, der Lohnstruktur und den institutionellen Regelungen auf dem Arbeitsmarkt. Wenig wäre für die Beschäftigung gewonnen, wenn im wirtschaftlichen Wachstum aufgrund falscher Faktorpreisrelationen verstärkt Arbeit durch Kapital substituiert würde. Wenig würde erreicht, wenn die Tariflohnstruktur die Chancen, in einer wachsenden Wirtschaft leichter einen Arbeitsplatz zu finden, für diejenigen, die gar nicht oder nur unzureichend ausgebildet sind, verringerte. Wenig zieldienlich wäre es schließlich, wenn Arbeitsmarktregulierungen einer höheren Beschäftigung entgegenstünden. Es kommt deshalb darauf an, die Ordnung des Arbeitsmarktes so zu gestalten, daß sich wirtschaftliches Wachstum mit der allmählichen Rückkehr zu einem wieder hohen Beschäftigungsstand verbindet.

367. Man wird nicht davon ausgehen können, daß zusätzliche Arbeitsplätze auf lange Frist vom Wachstum des industriellen Sektors allein getragen werden. Langfristig folgt auch Deutschland einem international zu beobachtenden Trend, daß die Anzahl der Arbeitsplätze im industriellen Sektor abnimmt. Soll sich die Beschäftigungslage positiv entwickeln, so müssen hochwertige Arbeitsplätze vermehrt auch außerhalb der Industrie, etwa durch das Wachstum in den Dienstleistungsbereichen, entstehen.

Man kann beim Beschäftigungswachstum nicht nur auf Arbeitsplätze mit hoher Produktivität abstellen. Sicherlich ist es wünschenswert, soweit irgend möglich, solche Arbeitsplätze zu haben. Aber: Es können nicht alle Arbeitsplätze einer Volkswirtschaft die gleiche Produktivität aufweisen, vielmehr gibt es eine Produktivitätstreppe, und alle Stufen dieser Treppe, auch die unteren, stellen gesellschaftlich nützliche Tätigkeiten dar. Damit die Beschäftigungsintensität im Wachstum der deutschen Wirtschaft möglichst hoch ist, müssen auch genügend Arbeitsplätze für einfache Arbeit bereitgestellt werden, und zwar über das gesamte Branchenspektrum hinweg.

Lohnniveau und Lohnstruktur

368. Eine bedeutende Rolle für eine befriedigende Beschäftigungslage kommt der Lohnpolitik zu, stellen die Löhne doch den wichtigsten originären Kostenfaktor der Unternehmen dar. Um diesem Umstand Rechnung zu tragen, legt der Sachverständigenrat seinen Überlegungen die Konzeption der produktivitätsorientierten Lohnpolitik zugrunde. Gehen die Anhebungen der Nominallöhne weit über den Produktivitätsfortschritt hinaus und steigen die Reallöhne stärker als die Produktivität, so stellen sich Fehlentwicklungen ein, und die Beschäftigung geht letztlich zurück. Orientiert sich dagegen der Anstieg der Nominallöhne am Zuwachs der Produktivität, so werden diese Fehlentwicklungen vermieden.

369. Bei der produktivitätsorientierten Lohnpolitik kommt es auf die Arbeitskosten insgesamt an. Dazu gehören auch die Lohnnebenkosten. Insoweit sie sich aus Vereinbarungen der Tarifvertragsparteien oder aus betrieblichen Regelungen ergeben, so etwa das Urlaubsgeld und das Weihnachtsgeld, sind sie für die Arbeitnehmer sichtbarer Teil ihres Einkommens; sie sind aus der Perspektive der Unternehmen gestaltbar und — obwohl sich hier im Verlauf der Zeit auch manches verfestigt hat — prinzipiell auch abänderbar. Dies ist anders bei den gesetzlich bedingten Lohnnebenkosten, die einen beträchtlichen Teil der gesamten Lohnnebenkosten ausmachen. Sie umfassen neben den Beiträgen für die Berufsgenossenschaften insbesondere Zahlungen an die Rentenversicherung, die Krankenversicherung und die Arbeitslosenversicherung. Seit 1970 sind die Beiträge zur Sozialversicherung von 26,5 vH des Bruttoarbeitsentgelts auf 37,4 vH im Jahre 1993 gestiegen. Die Arbeitnehmer betrachten diese gesetzlichen Lohnnebenkosten nicht als Teil ihres Einkommenspakets. Inwieweit bei den Tarifverhandlungen der Anstieg der gesetzlichen Lohnnebenkosten berücksichtigt wird, läßt sich nicht sagen. Nicht auszuschließen ist, daß die Arbeitgeber diesen Anstieg nicht oder nicht voll rückwälzen können. Insoweit verteuert sich die Arbeit, und dies hat zur Folge, daß bei einer Zunahme der gesetzlichen Lohnnebenkosten die Unternehmen, unter sonst gleichen Bedingungen, weniger Arbeitskräfte nachfragen. Bei gesetzlichen Maßnahmen, die die Lohnnebenkosten erhöhen, sind solche Auswirkungen zu bedenken. Aber auch die Tarifvertragsparteien müssen sich über die Bedeutung der Lohnnebenkosten im klaren sein. Der Spielraum für den Anstieg der gesamten Arbeitskosten ist durch den Produktivitätsfortschritt vorgegeben; wird der Spielraum systematisch überschritten, so stellen sich Beschäftigungsprobleme ein. Je mehr der Produktivitätsfortschritt durch gesetzliche Lohnnebenkosten absorbiert wird, desto weniger bleibt für Lohnanhebungen übrig.

370. Beschäftigungspolitisch von Bedeutung ist die Lohnstruktur. Vor allem bei hartnäckig hoher Arbeitslosigkeit ist es wichtig, daß die Tarifvertragsparteien den wirtschaftlichen Problemen in den Sektoren, Regionen und Betrieben bei den Tariflohnvereinbarungen gebührend Aufmerksamkeit schenken, bei den Abschlüssen die Unterschiede in der Qualifikation der Arbeitskräfte ausreichend berücksichtigen und auf Veränderungen der Nachfrage am Arbeitsmarkt angemessen reagieren.

Von der gegenwärtigen Rezession sind die Branchen in unterschiedlicher Weise betroffen; viele Unternehmen werden mit ihren Produkten auch in einem künftigen Aufschwung nicht einfach dort weitermachen können, wo sie vor der Rezession gestanden hatten. Für viele wird sich daher die Frage der wirtschaftlichen Neuorientierung auf neue Produkte und auf neue Märkte stellen. Den dabei notwendigen Anpassungsprozessen ist bei den Tarifverhandlungen Rechnung zu tragen. Zudem hat auch diese Rezession gezeigt, daß selbst Regionen, die dank ihrer Wirtschaftsstruktur bisher als stark galten, nunmehr mit Arbeitsplatzverlusten zu kämpfen haben, die nicht mit Sicherheit durch einen Aufschwung allein kompensiert werden. Hier wird man sich auf die Suche nach neuen Strukturen begeben müssen. Auch dies muß in die tarifpolitischen Überlegungen einbezogen werden. Aus diesen Gründen muß die Differenzierung der Lohnentwicklung in den kommenden Tarifverhandlungen ein größeres Gewicht haben, als es in den letzten Jahren der Hochkonjunktur der Fall war.

Löhne werden nach vielfältigen Kriterien differenziert, vor allem nach Ausbildung und Berufserfahrung der Arbeitnehmer, nach Branchen, innerhalb der Branchen auch nach Unternehmen, nach Regionen. Auf die Frage, ob die vorzufindende Lohndifferenzierung den ökonomischen Anforderungen gerecht wird, lassen sich allerdings eindeutige Antworten schwer finden: Es fehlt an einem Referenzmaßstab, an dem zweifelsfrei abgelesen werden kann, welche Lohnstruktur „angemessen" ist. Es bleibt offen, ob die Löhne in Deutschland gemäß den genannten Kriterien weniger, stärker oder anders differenziert werden müßten. Auch Veränderungen der regionalen Struktur von Löhnen und Arbeitslosigkeit sind mit Vorsicht zu interpretieren. Steigt zum Beispiel in einer Hochlohnregion die Arbeitslosigkeit an und sinkt daraufhin das Lohnniveau in dieser Region im Vergleich zu dem in anderen Regionen, so findet eine Nivellierung der regionalen Lohnstruktur statt, die mit Blick auf die Beschäftigung angemessen ist. Steigt hingegen in einer Niedriglohnregion bei schon überdurchschnittlicher Arbeitslosigkeit das relative Lohnniveau an, so ist diese Lohnnivellierung unter sonst gegebenen Bedingungen als eine Fehlentwicklung zu interpretieren. Die Analyse des Zusammenhangs zwischen regionaler Lohnstruktur und Arbeitslosigkeit wird zusätzlich erschwert, weil sowohl Löhne als auch Arbeitslosigkeit von anderen Bestimmungsfaktoren — so von der Wirtschaftsstruktur und dem Subventionsgrad in einer Region sowie von dem Ausmaß der interregionalen Mobilität der Arbeitskräfte — beeinflußt werden. Aus der einfachen statistischen Gegenüberstellung des regionalen Lohngefälles und des Gefälles der Arbeitslosigkeit lassen sich keine eindeutigen Aussagen über die Angemessenheit der regionalen Lohnstruktur ableiten. Diese Schwierigkeiten geben der Lohnpolitik aber keinen Freibrief, die aktuelle Lohndifferenzierung als gerade richtig

und damit als nicht revisionsbedürftig zu betrachten. Vielmehr ist immer auch die strukturelle Dimension der Löhne einer kritischen Überprüfung zu unterziehen.

Ein Mitglied des Rates vertritt zu der Frage, inwieweit sich die Lohnstruktur als angemessen oder als unangemessen einschätzen läßt, eine abweichende Meinung. Sie wird in Ziffer 387, Seiten 247 ff. dargestellt.

Da nirgendwo über die gesamtwirtschaftliche Lohnstruktur verhandelt wird, kann eine angemessene Strukturierung nur in der Weise zustande kommen, daß bei der Lohnsetzung in einem konkreten Tarifbereich neben der unterschiedlichen Qualifikation der Arbeitnehmer bewußt auch die relative wirtschaftliche Situation der Branche und zudem auch die Arbeitsmarktsituation in der Region, für die der Tarifvertrag gelten soll, einbezogen werden. Wenn sich hierfür auch keine allgemeinen Vorgaben machen lassen, sind dennoch einige grundlegende Orientierungspunkte erneut ins Gedächtnis zu rufen (JG 88 Ziffern 336 ff.).

371. Auf dem sichersten Terrain befindet man sich hinsichtlich der nach Qualifikationen erforderlichen Lohndifferenzierung. Eine über die Qualifikationen nivellierende Lohnpolitik würde die Beschäftigungschancen der Arbeitnehmer mit niedriger Qualifikation verringern und falsche Anreize setzen. Die Bereitschaft der Arbeitnehmer, sich zu qualifizieren und weiterzubilden, würde verringert mit der Folge, daß die Humankapitalbildung, die für den Standort Deutschland von zentraler Bedeutung ist, beeinträchtigt würde. Eine dem Wachstum verpflichtete Lohnpolitik muß mit der Festlegung der Lohnrelationen Anreize für Qualifizierungs- und Weiterbildungsanstrengungen der Arbeitnehmer schaffen und bewahren.

Es mag aus einkommenspolitischer Sicht verständlich erscheinen, wenn in den Lohnrunden die unteren Lohngruppen stärker angehoben werden. Beschäftigungspolitisch ist dies jedoch eine Fehlentwicklung. Denn der überproportionale Anstieg der Tariflöhne für einfache Arbeit verschlechtert die Chancen ungelernter Arbeitskräfte am Arbeitsmarkt. Es ist daher nicht ratsam, über eine verstärkte Lohnnivellierung von unten mit der Lohnpolitik Sozialpolitik betreiben zu wollen.

372. Schwieriger ist die Lohndifferenzierung nach Sektoren und Regionen zu beurteilen. Allgemein werden prosperierende Branchen überdurchschnittliche Löhne zahlen, das Einkommensniveau in Regionen mit hohem Beschäftigungsgrad wird über dem von Regionen mit Arbeitslosigkeit liegen.

Auf regionale und branchenmäßige Lohndifferenzierung muß gesetzt werden, wenn es darum geht, Anpassungsprozesse im Strukturwandel zu erleichtern. Wenn Branchen ins Hintertreffen geraten, sollen Lohnkürzungen den Unternehmen Zeit geben, sich um neue Märkte zu bemühen und die Produktion auf wettbewerbsfähige Produkte umzustellen. Lohnzurückhaltung ist hier ein Instrument, um bedrängten, aber wandlungsfähigen Unternehmen die Chance zur Neuorientierung zu geben. Dies sichert Arbeitsplätze. Inakzeptabel sind hohe Löhne in Branchen, die nur dank dauerhaft hoher Subventionen des Staates überleben können, wie es in vielen Fällen zu beobachten ist.

Ähnlich steht es um die regionale Differenzierung. Wenn dominierende Branchen in einer Region in Schwierigkeiten geraten und sich als nicht überlebensfähig erweisen, kann Dauerarbeitslosigkeit in der Region bei fehlender Mobilität nur durch neue Arbeitsplätze, vor allem in neuen Unternehmen, verhindert werden. Damit genügend Investoren gefunden werden können, bedarf es hinreichend großer Anreize; vergleichsweise niedrige Löhne können die Attraktivität einer Region für Investoren stärken. In beiden Fällen — der Umstellung von Branchen, der Förderung von Neuansiedlungen in einer Region — hilft Lohnzurückhaltung; sie ist nur als vorübergehend zu betrachten, bis nämlich die Sanierung gelungen ist und die Neuansiedlungen vollzogen sind.

373. Die Tarifpolitik muß mehr Raum für eine betriebsnähere Ausgestaltung von Löhnen und anderen Arbeitsbedingungen schaffen (JG 88 Ziffern 345 ff.).

— Der Lohnerhöhungsspielraum sollte nicht durch Tarifanhebungen voll ausgeschöpft werden, so daß sich über die Lohndrift eine situationsgerechte Lohndifferenzierung herausbilden kann.

— Als Alternative ist vorgeschlagen worden, an Stelle eines festen für die gesamte Branche geltenden Prozentsatzes der Tariferhöhung eine Bandbreite zu vereinbaren. Innerhalb eines solchen Branchenkorridors kann der Arbeitgeber seiner Belegschaft, gegebenenfalls vertreten durch den Betriebsrat, ein Angebot über die konkrete Ausgestaltung im Betrieb unterbreiten. Dabei wäre es möglich, neben der Steigerungsrate der Löhne auch die Anzahl der betrieblichen Arbeitsplätze für die Laufzeit des Tarifvertrages mit in das Angebot einfließen zu lassen; die Wahl zwischen Lohnsteigerungen und — je nach Branche — einem Mehr oder einem Weniger an Arbeitsplätzen würde so deutlich gemacht. Der Vorteil einer Bandbreitenregelung bestünde darin, daß einzelne Betriebe nicht in den Arbeitskampf hineingezogen würden, andererseits aber die betrieblichen Gegebenheiten stärker berücksichtigt werden könnten. Käme eine Einigung nicht zustande, so gälte der Ecklohnsatz des Branchentarifvertrages.

— Branchentarifverträge können auch dadurch stärker differenziert werden, daß tarifvertraglich den Betrieben Optionen für Sonderregelungen in Notlagen und auf Zeit eröffnet werden. So könnte beispielsweise ein Abweichen von den Lohnerhöhungen des Branchentarifvertrages nach unten zugelassen werden, wenn die Geschäftsentwicklung besonders ungünstig ist, wobei das Abweichungskriterium vorher im Tarifvertrag festzulegen wäre.

— In Tarifverträgen kann vorgesehen werden, daß der Bruttolohn zu einem Teil als Gewinnbeteiligung gezahlt wird. Eine erfolgsabhängige Komponente könnte es den Unternehmen erleichtern, schwierige Phasen zu überstehen. Da wegen der Erfolgskomponente der Löhne die Kostenbelastung der Unternehmen der Marktentwicklung entsprechend variieren würde, brauchte sich die Beschäftigung nicht so stark anzupassen.

— Nicht nur bei Entgelten sollten die arbeitsvertraglichen Regelungen mehr Raum für betriebsnähere Formen finden. Auch bei den anderen Elementen des Arbeitsvertrages, etwa in bezug auf die Ausgestaltung der Arbeitszeit, sollten die Branchentarifverträge mehr Platz für dezentrale Lösungen schaffen.

374. Können sich die Tarifvertragsparteien auf Formen der Lohnfindung verständigen, die eine größere Betriebsnähe und eine stärkere Differenzierung erlauben, so erhalten manche Vorschläge, vom Staat beeinflußte institutionelle Regelungen zu ändern, weniger Gewicht. So werden Einsteigertarife erörtert, die, wenn auch nur temporär, unterhalb der geltenden Tarife liegen sollen, um es Arbeitslosen zu erleichtern, einen Arbeitsplatz zu finden. Auch wird diskutiert, das Günstigkeitsprinzip (§ 4 Abs. 3 Tarifvertragsgesetz) neu zu interpretieren. Bisher wird dieses Prinzip so ausgelegt, daß Tarifnormen nur insoweit abdingbar sind, wie der Arbeitnehmer hinsichtlich des Lohns oder bestimmter Arbeitsbedingungen bessergestellt wird, auch dann, wenn die Existenz eines Betriebes bedroht ist. Diese Interpretation übersieht aber, daß es für den einzelnen Arbeitnehmer, bedenkt man alle Folgen, wesentlich günstiger sein kann, in einer Notlage im Rahmen einer Betriebsvereinbarung durch einen geringeren Lohnanstieg seinen Arbeitsplatz zu sichern, als in die Arbeitslosigkeit zu gehen.

Der Herausbildung betriebsnäherer Lohnformen sollte nicht dadurch entgegengewirkt werden, daß Tarifverträge von Staats wegen für allgemeinverbindlich erklärt werden. Zwar ist die Anzahl der für allgemeinverbindlich erklärten Tarifverträge nicht sehr hoch, und die Allgemeinverbindlicherklärung bezieht sich dort, wo sie angewandt wird, überwiegend auf Manteltarifverträge; nur ein kleiner Teil erstreckt sich unmittelbar auf Entgelttarifverträge. Aber die ebenfalls zu beobachtende Tendenz, Tarifverträge vor allem in arbeitsintensiv produzierenden Branchen für allgemeinverbindlich zu erklären (zum Beispiel im Nahrungs- und Genußmittelgewerbe, in der Textil- und in der Bekleidungsindustrie, im Einzelhandel, im Groß- und Außenhandel) ist bedenklich. Zusätzliche Beschäftigungsmöglichkeiten könnten dadurch verbaut werden. Die Allgemeinverbindlicherklärung muß auf jene Fälle beschränkt werden, in denen, wie im Tarifvertragsgesetz vorgesehen, ein öffentliches Interesse vorliegt. Ein öffentliches Interesse liegt vor, wenn gemeinsame Einrichtungen der Tarifvertragsparteien, wie Lohnausgleichskassen oder Betriebsrentenkassen, etwa im Baugewerbe, trotz erheblicher Fluktuation der Arbeitnehmer und damit auch eines Wechsels zwischen tarifgebundenen und nichttarifgebundenen Unternehmen organisiert werden sollen.

Institutionelle Regelungen verbessern, Fehlanreize abbauen

375. Unternehmen und Haushalte reagieren bei ihren wirtschaftlichen Entscheidungen auf Preise, aber ebenso auf Veränderungen in den institutionellen Bedingungen. Dies gilt auch für den Arbeitsmarkt. Wieviel Arbeit die Unternehmen nachfragen, wird von den institutionellen Gegebenheiten des Arbeitsmarktes mit beeinflußt, wieviel Arbeit die Haushalte anbieten, hängt gleichfalls davon ab. Der Arbeitsmarkt bedarf, mehr noch als andere Märkte, einer Ordnung, die durch Gesetze und tarifvertragliche Regelungen gestaltet, aber auch durch Usancen bestimmt wird. Eine nicht unwichtige Frage im Zusammenhang mit dem gestiegenen Niveau und der Verfestigung der Arbeitslosigkeit ist, ob sich in Deutschland Regelungen und Verfahrensweisen eingebürgert haben, die, obwohl so nicht beabsichtigt, dazu führen, daß am Arbeitsmarkt ein Gleichgewicht bei hohem Beschäftigungsstand nicht leicht zu finden ist. Hierbei handelt es sich um sehr komplexe Zusammenhänge zwischen institutionellen Regelungen des Arbeitsmarktes einerseits und der Nachfrage der Unternehmen nach Arbeitskräften, dem Arbeitsangebotsverhalten der Arbeitnehmer sowie dem Lohnbildungsprozeß andererseits.

376. Ein wichtiger Aspekt solcher institutioneller Regelungen sind gesetzliche Normen, die verhaltensbeeinflussende Anreizstrukturen und die Funktionsweise des Arbeitsmarktes in vielfältiger Weise definieren. Die Anreize müssen richtig gesetzt werden.

Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik sollten auf eine möglichst schnelle Rückkehr zum normalen Arbeitsmarkt abzielen. Sie sollten deshalb tariflich deutlich abgestuft sein; die Beschäftigung in arbeitsbeschaffenden Maßnahmen sollte auch anderweitig hinreichend von normalen Arbeitsverträgen differenziert werden, etwa durch eine Ausrichtung auf eng definierte Zielgruppen, durch begrenzte Dauer der Förderung oder, falls sich eine tarifliche Absetzung in Westdeutschland als nicht realisierbar erweisen sollte, durch eine kürzere Arbeitszeit. Auch ist es richtig, die Zumutbarkeits-Anordnung in der Fassung vom März 1982 strikt anzuwenden, wie es der Bundesanstalt für Arbeit im Rahmen der Konsolidierungsbemühungen 1993 durch die verstärkte Mißbrauchsbekämpfung auferlegt wurde.

Wird es für Unternehmen schwieriger oder teurer, in einer ungünstigen wirtschaftlichen Lage die Belegschaft zu reduzieren, so berücksichtigen sie dies bereits, wenn sie in besseren Zeiten überlegen, ob sie zusätzliche Arbeitnehmer einstellen sollen. Sie werden dazu neigen, weniger Arbeitskräfte nachzufragen, mehr Arbeit durch Kapital zu ersetzen, als sie es bei niedrigeren Entlassungsbarrieren täten (JG 89 Ziffern 364 ff.). Das Problem ist nicht der Kündigungsschutz als solcher. Es gibt für ihn gute ökonomische Gründe. Schädlich wirkt hingegen seine extensive Auslegung, zu der häufig die Rechtsprechung neigt, ohne die Rückwirkungen auf das Einstellungsverhalten der Unternehmen und auf die Beschäftigungschancen der Arbeitsuchenden, besonders der Arbeitslosen, zu bedenken.

Die aus einer allzu rigiden Kündigungschutzpraxis herrührenden Marktzugangshemmnisse kann man durch zeitlich befristete Arbeitsverträge mildern. Häufig erwachsen aus diesen befristeten Arbeitsverhältnissen Dauerarbeitsverhältnisse, nachdem sich die Unternehmen von der Qualifikation der Arbeitnehmer überzeugen konnten. Die Möglichkeit, Zeit-

verträge abzuschließen, ist arbeitsrechtlich eingeschränkt, die Regel soll das unbefristete Arbeitsverhältnis sein. Der Umgehung des Kündigungsschutzes durch eine Befristung von Arbeitsverträgen hat die Rechtsprechung dadurch einen Riegel vorgeschoben, daß für die Befristung ein sachlicher Grund (zum Beispiel Einstellung zur Probe oder Wunsch des Arbeitnehmers) verlangt wird. Durch das Beschäftigungsförderungsgesetz von 1985 sind befristete Arbeitsverträge ohne Begründungserfordernis bis zu 18 Monaten, für Kleinbetriebe bis zu 24 Monaten, zugelassen. Allerdings läuft diese Regelung Ende 1995 aus. Sie sollte über diesen Zeitraum hinaus gelten. Derzeit ist eine Verlängerung eines befristeten Arbeitsvertrages grundsätzlich nicht möglich. Zu erwägen wäre, einen einmaligen Anschlußvertrag (etwa mit der gleichen Laufzeit) zu ermöglichen; die Beschränkung von Kettenarbeitsverträgen, durch die sich Unternehmen dauerhaft der Kündigungsschutzvorschriften entziehen können, bliebe damit erhalten.

377. Viel wäre für die Beschäftigung gewonnen, wenn Arbeitskräfte schneller zu einem Arbeitsplatz finden würden. Die Fluktuation am Arbeitsmarkt ist beachtlich; im Jahre 1992 fanden in Westdeutschland nach Schätzungen der Bundesanstalt für Arbeit 6,4 Millionen Arbeitnehmer einen neuen Arbeitsplatz, in 4 Millionen Fällen wurden Personen neu als arbeitslos registriert. Am Arbeitsmarkt findet ein umfangreicher Abstimmungsprozeß statt, bei dem die richtigen Arbeitskräfte und der richtige Arbeitsplatz — die Qualifikationsprofile der Arbeitnehmer und die Anforderungsprofile der Unternehmen — zusammenfinden müssen.

Regelungen, die dazu beitragen, die Nachfrage nach Arbeit und das Angebot von Arbeitsplätzen schneller und besser zusammenzubringen, fördern die Beschäftigung. Derzeit hat die Bundesanstalt für Arbeit mit Ausnahme einiger Bereiche, beispielsweise bei künstlerischen Berufen, ein Alleinvermittlungsrecht. Allerdings werden nur knapp ein Viertel der neuen Beschäftigungsverhältnisse von den Arbeitsämtern in einen neuen Arbeitsplatz vermittelt, über drei Viertel des komplexen Abstimmungsprozesses läuft an der Bundesanstalt für Arbeit vorbei. Es ist nicht angemessen, daß Arbeitsuchende nur auf die Leistungen einer staatlichen Instanz angewiesen sind, wenn sie Vermittlungsdienste in Anspruch nehmen wollen. Ihre Optionen verbessern sich, wenn private Arbeitsvermittler zugelassen sind. Mehr Wettbewerb in der Arbeitsvermittlung würde dafür sorgen, daß Informationen über Arbeitsgelegenheiten effizienter erbracht werden. Die Pläne der Bundesregierung, befristet auf zwei Jahre in zwei Regionen private Vermittler nach Genehmigung durch die Bundesanstalt für Arbeit zu erlauben, sind ein Schritt in die richtige Richtung, freilich ein zaghafter.

378. In der Öffentlichkeit wird in bezug auf die Sozialhilfe die Frage diskutiert, inwieweit es Zusammenhänge zwischen dem sozialen Sicherungssystem und dem Arbeitsmarkt gibt. Die Sozialhilfe stellt darauf ab, daß diejenigen Mitglieder der Gesellschaft, die aus eigener Kraft ihren Lebensunterhalt nicht zu bestreiten in der Lage sind, ein Leben führen können, das der Würde des Menschen entspricht. Damit ist aus sozialen Gründen ein gesellschaftlich abgesichertes Mindesteinkommen definiert. Dies kann Rückwirkungen auf den Arbeitsmarkt haben, dann nämlich, wenn die Tarifvertragsparteien den Lohn der unteren Lohngruppen von dem Einkommen aus sozialer Absicherung nach oben abheben, und dies zwar den beschäftigten Arbeitnehmern zugute kommt, den Arbeitsuchenden aber Beschäftigungschancen nimmt. Ein gesellschaftlich definiertes Mindesteinkommen stellt insofern einen Fixpunkt für die Lohnstruktur dar.

Es wird allgemein akzeptiert, daß es einen Abstand zwischen dem Einkommen aus sozialer Absicherung und dem Einkommen aus Arbeit geben sollte. Wie groß der Abstand sein sollte, ist empirisch schwer zu klären. Seit Anfang der siebziger Jahre hat es wiederholt Entwicklungen in Richtung auf eine Verminderung dieses Abstandes gegeben. Nach unserer Einschätzung gilt es, wenn Fehlentwicklungen auf dem Arbeitsmarkt vermieden werden sollen, den Abstand nicht noch enger werden zu lassen, als er gegenwärtig ist. Auch die Differenzierungsspanne zu der höchsten Lohngruppe sollte sich nicht weiter verringern. Dazu paßt, daß, wie von der Bundesregierung geplant, die Anhebung des Regelsatzes für die Sozialhilfe verlangsamt wird. Dabei würde das Bedarfsprinzip, aus dem sich die Sozialhilfe herleitet, für eine Orientierung am Preisindex derjenigen Güter sprechen, über die ein Sozialhilfeempfänger verfügen muß, damit eine der Menschenwürde entsprechende Lebensführung gesichert ist (Bedarfsmengenschema oder Warenkorbmodell). Man könnte erwägen, die Anhebung des Regelsatzes auf den Anstieg des durchschnittlichen Nettolohnes nach oben zu begrenzen, ohne allerdings eine strenge Indexierung einzuführen.

Eine Neuinterpretation des Abstandsgebots kann erforderlich werden, wenn tarifvertraglich vereinbarte Arbeitszeitverkürzungen ohne Lohnausgleich, wie sie zur Zeit in der Volkswagen AG zur Diskussion gestellt sind, größere praktische Bedeutung gewinnen. Das damit verbundene Sinken der Monatseinkommen könnte Rückwirkung auf die Sozialhilfe haben. Wie dabei zu verfahren wäre, ist derzeit noch eine offene Frage.

Für eine flexible Gestaltung der Arbeitszeit

379. Vor dem Hintergrund der bedrückenden Arbeitsmarktprobleme ist die Diskussion um weitere Arbeitszeitverkürzungen voll entbrannt. Wie schon vor zehn Jahren beim Streit um die 35-Stunden-Woche betrachten auch heute viele die Arbeit, die gesamtwirtschaftlich nachgefragt wird und zu leisten ist, als vorgegeben. Durch eine generelle Kürzung der Arbeitszeit, so die Vorstellung, könne die vorhandene Arbeit auf mehr Schultern verteilt, also mehr Arbeitslosen und künftigen Arbeitsuchenden Beschäftigung gegeben werden.

Nach Auffassung des Sachverständigenrates ist eine generelle Reduzierung der Arbeitszeit nicht sachgerecht. Ganz gewiß ist das so, wenn pauschale Arbeitszeitverkürzungen mit vollem oder partiellem Lohn-

ausgleich einhergehen und somit zu einem erhöhten Kostenniveau bei den Unternehmen führen. Aber selbst bei Kostenneutralität kann nicht ohne weiteres damit gerechnet werden, daß die Beschäftigung im ganzen zunimmt; die generelle Arbeitszeitverkürzung könnte auch eine Verminderung von Produktion und Einkommen, sprich eine Abflachung des Wachstumspfades gegenüber dem, wie es sonst wäre, bewirken. Dann wäre auch die Nachfrage nach Arbeitskräften geringer (JG 83 Ziffern 432ff.).

Worauf es unter dem Blickwinkel der Beschäftigungsförderung arbeitszeitpolitisch ankommt, ist, Kostensenkungen zu erleichtern. Dies kann am ehesten dann gelingen, wenn Möglichkeiten der Arbeitszeitverkürzung ausgelotet werden, die auf die Situation der einzelnen Unternehmen passen. Welche Form der Arbeitszeitverkürzung auch immer dabei angestrebt würde — es müssen bestimmte Bedingungen erfüllt sein, damit negative Wirkungen auf Beschäftigung und Wachstum vermieden werden. So dürfen dadurch keine Engpässe entstehen. Mit dringend benötigten Arbeitskräften müssen in beiderseitigem Einvernehmen auch längere Arbeitszeiten vereinbart werden können, ohne daß es dazu umständlicher Prozeduren bedarf. Durch eine kürzere Arbeitszeit darf die Flexibilität der Betriebe, vor allem bei den Maschinenlaufzeiten, nicht beeinträchtigt werden. Anzustreben ist vielmehr eine intensivere Nutzung der betrieblichen Anlagen, wodurch Kostensenkungen ermöglicht werden. Ferner müßte die Arbeitszeitverkürzung ohne besondere Umstände rückgängig zu machen sein, wenn sich die Lage der Unternehmen verbessert. Schließlich darf eine Reduzierung der Arbeitszeit in den Betrieben die Arbeitskosten nicht erhöhen, sie müßte grundsätzlich ohne Lohnausgleich auskommen. Die Frage, ob die wirtschaftliche Entwicklung Lohnerhöhungen zuläßt, die im Ergebnis doch zu einem Lohnausgleich führen, ist unabhängig von der Arbeitszeitverkürzung zu klären. Auch dürfen Arbeitszeitverkürzungen nicht zu erhöhten Belastungen durch Mehrarbeitszuschläge führen.

Die derzeit diskutierte Einführung der Vier-Tage-Woche ohne Lohnausgleich bei der Volkswagen AG mag vor dem Hintergrund der speziellen Situation des Unternehmens angemessen sein. Die Alternativen wären vermutlich Kurzarbeit in großem Umfang oder Massenentlassungen. Beides käme das Unternehmen sehr teuer zu stehen. Das angestrebte Ziel wird allerdings nur erreicht, wenn auch die entsprechenden Lohn- und Gehaltskürzungen vorgenommen werden. Belegschaft und Gewerkschaft haben bereits einen wenigstens partiellen Lohnausgleich gefordert. Auch Zuschüsse durch die Bundesanstalt für Arbeit sind im Gespräch, was auf Lohnsubventionen hinauslaufen würde (Ziffer 384). Eher zweifelhaft ist, daß dieser Plan ein Modell für andere Unternehmen oder für ganze Branchen werden könnte. Denn während die Volkswagenwerk AG einen Haustarifvertrag und von daher prinzipiell die Möglichkeit hat, mit der IG Metall eine unternehmensspezifische Lösung zu finden, ist dies bei Unternehmen, die an die üblichen Branchentarifverträge gebunden sind, sehr viel schwieriger.

380. Mit dem Hinweis darauf, daß Arbeitnehmer in Westdeutschland eine im internationalen Vergleich sehr niedrige Arbeitszeit haben, wird auch eine Verlängerung der Arbeitszeit gefordert. Von einer generellen Arbeitszeitverlängerung für alle Arbeitnehmer wäre in der gegenwärtigen Beschäftigungs- und Arbeitsmarktlage wohl wenig zu erhoffen. Das schließt aber nicht aus, daß in besonderen Situationen längere Arbeitszeiten dazu beitragen können, die wirtschaftliche Lage von Unternehmen zu verbessern und damit Arbeitsplätze zu sichern. Durch Mehrarbeit ohne zusätzlichen Lohn kann eine Kostenentlastung des Unternehmens erreicht werden, ohne daß die Arbeitnehmer Einkommenseinbußen erleiden; Voraussetzung dafür ist, daß die Arbeitnehmer in der zusätzlichen Arbeitszeit beschäftigt werden können. Auch im öffentlichen Dienst kann Mehrarbeit bei gleichbleibendem Einkommen ein geeigneter Weg zur Entlastung des Budgets sein, sofern dadurch weniger Arbeitskräfte eingestellt werden. Wenn durch Mehrarbeit erreicht wird, daß Kapitalgüter besser ausgelastet oder Engpässe beseitigt werden, kann auch das Arbeitsentgelt mit der Arbeitszeit steigen; auch dann werden noch Kostensenkungen bewirkt. Ob eine Arbeitszeitverlängerung mit oder ohne ein Mehr an Entgelt geeignet ist, die Position eines Unternehmens im Wettbewerb zu stärken, kann nur im Einzelfall beurteilt werden. Auch hier gilt, daß Raum für betriebsindividuelle Lösungen belassen werden muß.

Die Diskussion um eine längere Arbeitszeit beinhaltet aber auch eine Chance. So kann das Bewußtsein dafür geschärft werden, daß Veränderungen der Arbeitszeit nicht nur in eine Richtung, die der Arbeitszeitverkürzung mit Lohnausgleich, gehen können. Für die Zukunft wird man davon ausgehen müssen, daß die internationale Arbeitsteilung unser Land vor neue Herausforderungen stellt. In vielen Bereichen wird es geboten sein, mehr zu arbeiten, ohne mehr zu verdienen, um die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen zu verbessern.

381. Nach unserer Einschätzung ist es angebracht, daß sich die Frage nach der Arbeitszeit dezentral nach den Erfordernissen der Betriebe und nach den Präferenzen der Arbeitnehmer entscheidet. Dabei sollten Arbeitszeitregelungen so flexibel sein, daß zeitlich eine intensive Nutzung der Kapitalgüter möglich ist. Dies wird gegenwärtig unter anderem noch durch rechtliche Regelungen der Arbeitszeit, durch die Betriebsorganisation, aber auch durch institutionelle Rahmenbedingungen erschwert. So machen Vertreter von Unternehmen geltend, daß es auf Grund der Mitwirkungsrechte des Betriebsrates bei der Arbeitsorganisation oftmals schwierig sei, eine längere Nutzung der betrieblichen Anlagen, etwa durch Arbeit am Samstag, zu erreichen. Die deutsche Volkswirtschaft ist durch eine hohe Kapitalausstattung pro Arbeitsplatz gekennzeichnet. Je besser dieses Kapital zeitlich ausgelastet ist, desto wettbewerbsfähiger ist die Wirtschaft, desto größer das Wachstum, desto günstiger sind dann auch die Beschäftigungschancen.

Die Möglichkeiten, Betriebszeiten, vor allem die Nutzungszeit der Maschinen, und die Arbeitszeit des einzelnen Arbeitnehmers zu entkoppeln, sollten verbessert werden. Soweit gesetzliche Regelungen für

die Arbeitszeit des einzelnen Arbeitnehmers dem entgegenstehen, sollte namentlich in der Industrie mehr Flexibilität geschaffen werden, so bei den gesetzlichen Höchstgrenzen für die tägliche Arbeitszeit und bei den Ausgleichsfristen, innerhalb deren ein Überschreiten der täglichen Arbeitszeit zu kompensieren ist, sowie bei den Ausnahmen vom grundsätzlichen Verbot der Beschäftigung von Arbeitnehmern an Sonn- und Feiertagen. Soweit institutionelle Regelungen, die von den Tarifvertragsparteien gestaltet werden, eine Entkoppelung erschweren, müssen diese für Flexibilisierung sorgen. Es liegt im Interesse der Unternehmen, der dort Beschäftigten und ganz allgemein der Arbeitsuchenden, daß sich möglichst viele neue Formen flexibler Arbeitszeitregelung herausbilden können. Die Tarifvertragsparteien stehen in dieser Frage nicht vor einer unlösbaren Aufgabe.

382. Unangebracht ist es, wenn ältere Arbeitnehmer, die das Rentenalter noch nicht erreicht haben, vorzeitig in den Ruhestand entlassen werden — eine Entwicklung, die zunehmend um sich greift und jetzt bereits Arbeitnehmer erfaßt, die kaum das fünfzigste Lebensjahr überschritten haben. Zwar ist dies aus der Perspektive eines Unternehmens, das seine Belegschaft reduzieren muß, verständlich; für manchen betroffenen Arbeitnehmer, dem seine Arbeit Sinn stiftet und Lebensinhalt ist, erweist sich ein früherer Ruhestand jedoch als negativ. Aus gesamtwirtschaftlicher Sicht ist bedenklich, daß qualifizierte Arbeitskraft brachliegt und reiche Erfahrung — angesammeltes Humankapital — nicht genutzt wird. Eine Volkswirtschaft, die die Lebensarbeitszeit ihrer Bevölkerung systematisch verkürzt, verzichtet darauf, das Potential ihrer Ressourcen auszuschöpfen. Dies erscheint uns nicht sinnvoll. Es ist in Zukunft auch nicht mehr finanzierbar, da bei einer älter werdenden Bevölkerung die arbeitende Generation neben der Finanzierung staatlicher Aufgaben die immer größer werdenden Rentenzahlungen an die Älteren aufzubringen haben wird.

Arbeitsmarktpolitik: Konzentration auf Problemgruppen

383. Die beste Politik gegen Arbeitslosigkeit ist, Arbeitslosigkeit erst gar nicht entstehen zu lassen. In diesem Sinn einer Kausaltherapie sind die Ansätze zu interpretieren, die wir vorstehend diskutiert haben. Dagegen kann Arbeitsmarktpolitik die Probleme der Arbeitslosigkeit mildern, indem sie dem einzelnen durch Arbeitslosengeld und Arbeitslosenhilfe ein hinreichendes Einkommen sichert oder indem sie dazu beiträgt, daß Arbeitslosigkeit, wenn sie denn eingetreten ist, möglichst schnell überwunden wird. Arbeitsmarktpolitik ist also Korrekturpolitik.

384. In der Öffentlichkeit wird gefordert, die in Ostdeutschland praktizierten Maßnahmen der Arbeitsbeschaffung wie etwa die „Produktive Arbeitsförderung Ost" gemäß § 249h AFG mit einer Subventionierung der Löhne durch die Bundesanstalt für Arbeit in der einen oder anderen Form auf Westdeutschland auszudehnen. Dabei wollen einige die Begrenzung auf die Tätigkeitsfelder Umwelt, soziale Dienste und Jugendhilfe beibehalten, anderen schwebt eine mehr oder weniger starke Erweiterung der Tätigkeitsfelder und auch des förderungsberechtigten Personenkreises vor. Letztlich soll über die Arbeitsmarktpolitik verstärkt Nachfrage nach Arbeitskräften entfaltet und so ein zweiter Arbeitsmarkt eingerichtet werden. In der Öffentlichkeit wird dabei argumentiert, daß es besser sei, mit den Lohnersatzleistungen Arbeit zu bezahlen als Arbeitslose. Sofern damit die Vorstellung verbunden ist, die Arbeitsmarktpolitik extensiv und systematisch auf den sogenannten zweiten Arbeitsmarkt auszudehnen, erscheint das nicht ratsam (Ziffer 286).

Werden das Tätigkeitsfeld für arbeitsbeschaffende Maßnahmen und der Kreis förderungsberechtigter Personen weit gefaßt, so rückt die Forderung nach einem zweiten Arbeitsmarkt in die Nähe einer allgemeinen Lohnsubvention. Dies wäre eine gravierende Veränderung der derzeitigen Arbeitsmarktpolitik. Der Sachverständigenrat hat Lohnsubventionen aus grundsätzlichen Erwägungen — nicht zuletzt wegen der damit verbundenen Fehlanreize — bereits für Ostdeutschland, auch unter Berücksichtigung der dortigen einmaligen Umbruchsituation, skeptisch beurteilt (JG 91 Ziffern 538 ff.). Gegen allgemeine Lohnsubventionen in Westdeutschland bestehen diese Bedenken erst recht.

Nach unserer Einschätzung sollten Maßnahmen der Arbeitsbeschaffung in Westdeutschland lediglich für eine eng begrenzte Zielgruppe wie die Langzeitarbeitslosen angewandt werden, und zwar bei klar umrissenen Tätigkeitsfeldern. Allemal müssen Maßnahmen des zweiten Arbeitsmarktes strikt zeitlich befristet bleiben, sie sollten nicht verlängerbar und tariflich eindeutig — etwa mit 20 vH — abgesetzt sein. Wenn es zu einer tarifvertraglichen Lösung kommt, erübrigt sich die Einführung von Gemeinschaftsarbeiten, wie sie derzeit im Gespräch ist.

385. In der politischen Diskussion wird verlangt, daß die Ausgaben für aktive Arbeitsmarktpolitik einen Anteil von mindestens der Hälfte aller Ausgaben der Bundesanstalt für Arbeit erreichen. In den vergangenen Jahren war der Anteil in Westdeutschland beträchtlich niedriger. Da die Lohnersatzleistungen stark mit dem Konjunkturverlauf schwanken, würde ein solcher Mechanismus bedingen, daß entweder die Bundeszuschüsse noch größere zyklische Bewegungen aufweisen müßten als bisher. Dies aber würde erhebliche Unstetigkeit in die Finanzpolitik bringen. Oder aber die Bundesanstalt für Arbeit müßte einen über den Konjunkturzyklus ausgeglichenen Haushalt fahren. Dies ist nach den bisherigen Erfahrungen unrealistisch. Überdies dürfte es aus organisatorischen Gründen gar nicht möglich sein, das Niveau aktiver arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen in einer Rezession schnell zu verändern. Es ist schon aus diesen Gründen nicht ratsam, eine Quote für aktive arbeitsmarktpolitische Maßnahmen festzuschreiben. Es gibt auch kein Kriterium, nach dem eine solche Quote ökonomisch vernünftig definiert werden könnte.

386. Derzeit wird die Frage diskutiert, ob die Finanzierung aktiver arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen von der Finanzierung der Versicherung gegen

Arbeitslosigkeit zu trennen ist. So wird vorgeschlagen, aktive arbeitsmarktpolitische Maßnahmen nicht durch die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung zu finanzieren, sondern durch den Bund. Akut geworden ist diese Frage dadurch, daß die Arbeitslosenversicherung die Finanzierung der arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen in den jungen Bundesländern zu einem großen Teil übernommen hat. Der Sachverständigenrat hatte sich dafür ausgesprochen, daß die arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen bei der Transformation der ostdeutschen Wirtschaft grundsätzlich von der Gesamtheit der Steuerzahler zu tragen seien (JG 92 Ziffer 358). Aber dies ist ein Sonderfall. Grundsätzlich ist zu beachten, daß Arbeitslosengeld eine Versicherungsleistung ist. Dafür haben die abhängig Beschäftigten Beiträge gezahlt, und es entspricht dem Äquivalenzprinzip, daß sie im Falle der Arbeitslosigkeit einen Ausgleich für den Einkommensausfall erhalten. Es gibt aber auch Belastungen der Bundesanstalt für Arbeit, die damit nichts zu tun haben. Zum Beispiel kommen Leistungen auch Personen zugute, die bislang keine Beiträge zur Arbeitslosenversicherung gezahlt haben (etwa Leistungen zur Integration der Aussiedler). Dies verursacht Mehrausgaben bei der Bundesanstalt für Arbeit. Dem wird schon Rechnung getragen, wenn der Bund einen Zuschuß zum Haushalt der Bundesanstalt für Arbeit leistet. Zudem findet bereits heute die Finanzierung der Langzeitarbeitslosigkeit im wesentlichen durch den Bund und die Gemeinden und damit durch die Steuerzahler und nicht durch die Beitragszahler statt, da Arbeitslose nach Ablauf der Ansprüche auf Arbeitslosengeld die aus dem Bundeshaushalt finanzierte Arbeitslosenhilfe und möglicherweise die von den Kommunen gezahlte Sozialhilfe beziehen können. Eine weitergehende Beteiligung der Steuerzahler an der Finanzierung von Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik in Westdeutschland halten wir nicht für vertretbar.

Eine andere Meinung

387. Ein Mitglied des Rates, Horst Siebert, vertritt zu der Frage, inwieweit sich die Lohnstruktur als ange-

Tabelle 66

Bruttostundenverdienste und Arbeitslosigkeit in Westdeutschland nach Bundesländern

Bundesland	1975	1980	1985	1990	1991	1992
	Bruttostundenverdienste in der Industrie[1] (DM)					
Schleswig-Holstein	10,20	13,91	16,43	19,90	21,25	22,32
Hamburg	11,34	15,70	18,39	22,88	24,44	25,48
Niedersachsen	10,09	13,95	16,81	20,50	21,84	23,53
Bremen	10,16	14,10	17,73	22,27	23,82	24,73
Nordrhein-Westfalen	10,25	13,91	16,93	20,78	22,06	23,18
Hessen	9,99	13,69	16,72	20,86	22,26	23,44
Rheinland-Pfalz	9,70	13,26	16,24	20,36	21,75	22,84
Baden-Württemberg	9,91	13,62	16,67	20,97	22,42	23,65
Bayern	9,27	12,75	15,40	19,45	20,72	21,88
Saarland	10,11	13,85	17,00	21,00	22,23	23,30
Berlin-West	10,07	13,47	16,43	20,44	21,64	23,19
Westdeutschland	9,98	13,63	16,53	20,54	21,88	23,09
Spanne absolut	2,07	2,95	2,99	3,43	3,72	3,60
Spanne relativ[2]	*0,205*	*0,213*	*0,178*	*0,164*	*0,167*	*0,154*
Variationskoeffizient[3]	0,047	0,050	0,044	0,045	0,046	0,041
	Arbeitslosenquoten[4] (vH)					
Schleswig-Holstein	5,2	4,2	11,1	8,7	7,3	7,2
Hamburg	3,7	3,4	12,3	10,5	8,7	7,9
Niedersachsen	5,5	4,7	12,3	9,4	8,1	8,1
Bremen	4,5	5,3	15,2	13,5	10,7	10,7
Nordrhein-Westfalen	4,8	4,6	11,0	9,0	7,9	8,0
Hessen	4,5	2,8	7,2	5,7	5,1	5,5
Rheinland-Pfalz	5,1	3,8	8,6	6,3	5,4	5,7
Baden-Württemberg	3,5	2,3	5,4	4,1	3,7	4,4
Bayern	5,2	3,5	7,7	5,1	4,4	4,9
Saarland	6,1	6,5	13,4	9,7	8,6	9,0
Berlin-West	3,7	4,3	10,0	9,4	9,4	11,1
Westdeutschland	4,7	3,8	9,3	7,2	6,3	6,6
Spanne absolut	2,6	4,2	9,8	9,4	7,0	6,7
Spanne relativ[2]	*0,552*	*1,018*	*0,944*	*1,131*	*0,967*	*0,895*
Variationskoeffizient[3]	0,167	0,271	0,269	0,315	0,297	0,285

[1] Einschließlich Hoch- und Tiefbau mit Handwerk; jeweils Stand Oktober. — [2] Spanne absolut in Relation zum ungewichteten Mittelwert der 11 Bundesländer. — [3] Standardabweichung in Relation zum ungewichteten Mittelwert der einzelnen 11 Bundesländer. — [4] Gesamtwirtschaft. Arbeitslose in vH der abhängigen Erwerbspersonen (ohne Soldaten) nach dem Mikrozensus. Ab 1989 Arbeitslose in vH der sozialversicherungspflichtig und geringfügig Beschäftigten, Beamten, Arbeitslosen. — Quelle: BA.

messen oder als unangemessen einschätzen läßt (Ziffer 370), eine andere Meinung. Nach Ansicht dieses Ratsmitglieds gibt es Indizien dafür, daß die Lohnstruktur nach Regionen und nach Qualifikationen nicht hinreichend auf die unterschiedlichen Knappheitssituationen am Arbeitsmarkt abgestimmt ist und sich mit ihnen auch nicht flexibel genug verändert hat. Bedenklich ist, daß in Westdeutschland die Unterschiede in der regionalen Arbeitslosigkeit zunehmen, während sich gleichzeitig die regionale Lohnstruktur angleicht oder, wenn man ein anderes Kriterium heranzieht, nahezu konstant bleibt. Bedenklich ist ferner, daß die Beschäftigung bei den Arbeiterinnen und Arbeitern in der unteren Leistungsgruppe relativ abnimmt, während die Lohnstruktur nach Leistungsgruppen konstant ist.

— Die Lohnstruktur zwischen den Regionen hat sich, gemessen an den Bruttostundenverdiensten in der Industrie einschließlich Hoch- und Tiefbau mit Handwerk, im Zeitraum von 1975 bis 1990 angeglichen, wenn man die relative Spanne betrachtet (Tabelle 66). Der Variationskoeffizient spricht eher für eine Konstanz. Insoweit dies aus den Entwicklungsprozessen aufholender und zurückbleibender Regionen folgt, sind Nivellierung und Konstanz ein normales, ja sogar erwünschtes Ergebnis. Aufholende Regionen zahlen höhere Löhne, zurückbleibende Regionen fallen in der Lohnhierarchie zurück. Auch wenn die Hochlohnbranche einer Region schrumpft, kann sich das Lohnniveau dieser Region stärker dem Durchschnitt nähern. Ferner ergibt sich eine Angleichung in den Regionen, wenn der Industriebesatz ähnlicher wird. Es mag auch noch andere Gründe für eine Angleichung geben. Aber: Die Nivellierung in den Löhnen und die Konstanz der regionalen Lohnstruktur sind dann problematisch, wenn gleichzeitig die Unterschiede in der Arbeitslosigkeit zwischen den Regionen zunehmen. Dies ist im Zeitraum von 1975 bis 1990 der Fall. Hier weisen die relative Spanne und der Variationskoeffizient in die gleiche Richtung. Der Referenzmaßstab zur Beurteilung der Frage, ob die Lohnstruktur als angemessen betrachtet werden kann oder nicht, ist also, ob es am Arbeitsmarkt ein Ungleichgewicht in Form hoher oder steigender Arbeitslosigkeit gibt. Auch wenn man berücksichtigt, daß die Arbeitslosigkeit nach dem Wohnort und die Verdienste nach dem Beschäftigungsort berechnet sind: Größer werdende Unterschiede in der Arbeitslosigkeit zwischen den Regionen und Nivellierung — oder Konstanz — der regionalen Lohnstruktur passen nicht zusammen, wenn man das Ziel einer günstigen Beschäftigungssituation vor Augen hat. Verblüffend ist, daß im Jahre 1990 Länder mit hoher Arbeitslosigkeit — Hamburg, Niedersachsen, Bremen, Berlin-West, Nordrhein-Westfalen und das

Tabelle 67

Durchschnittliche Bruttostundenverdienste und Beschäftigungsanteile der Arbeiter nach Qualifikationsgruppen

Industrie (einschließlich Hoch- und Tiefbau mit Handwerk)

Früheres Bundesgebiet

Jahresdurchschnitte

Leistungsgruppen [1] nach Geschlecht	1970			1980			1990			1992		
	Bruttostundenverdienste		Beschäftigungsanteile [2]	Bruttostundenverdienste		Beschäftigungsanteile [2]	Bruttostundenverdienste		Beschäftigungsanteile [2]	Bruttostundenverdienste		Beschäftigungsanteile [2]
	DM	1970 = 100		DM	1970 = 100		DM	1970 = 100		DM	1970 = 100	
Leistungsgruppe 1												
männlich	6,90	100	*31,7*	14,97	217	*32,6*	22,29	323	*33,4*	25,03	363	*33,0*
weiblich	4,90	100	*1,0*	11,17	228	*0,8*	17,37	354	*0,9*	19,65	401	*1,0*
Leistungsgruppe 2												
männlich	6,23	100	*21,4*	13,46	216	*19,1*	20,10	323	*17,5*	22,43	360	*17,3*
weiblich	4,56	100	*7,7*	10,41	228	*6,7*	15,68	344	*5,1*	17,70	388	*5,0*
Leistungsgruppe 3												
männlich	5,59	100	*8,3*	12,04	215	*6,2*	18,12	324	*5,9*	19,96	357	*5,8*
weiblich	4,37	100	*8,2*	10,01	229	*6,9*	15,09	345	*6,3*	17,00	389	*5,8*

[1] Die Einordnung in Leistungsgruppen richtet sich nach der Berufsausbildung und -erfahrung. Bei den Arbeitern entspricht dabei die Leistungsgruppe 1 weitgehend den Facharbeitern, die Leistungsgruppe 2 den angelernten Arbeitern, die Leistungsgruppe 3 den Hilfsarbeitern.

[2] Anteil an den Arbeitern und Angestellten in der Industrie (einschließlich Hoch- und Tiefbau mit Handwerk) insgesamt in vH. Der Anteil der weiblichen und männlichen Arbeiter insgesamt betrug 1970: 78,4 vH, 1980: 72,2 vH, 1990: 69,2 vH und 1992: 67,9 vH.

Saarland — Löhne hatten, die über dem oder eng am Länderdurchschnitt lagen. Man muß deshalb die Frage stellen, ob eine stärkere regionale Lohndifferenzierung nicht dazu beigetragen hätte, die besonders hohe Arbeitslosigkeit in einzelnen Regionen zu mildern.

— Die Lohnstruktur zwischen den drei Leistungsgruppen der Arbeiterinnen und Arbeiter in der Industrie einschließlich Hoch- und Tiefbau mit Handwerk ist in der Zeit von 1970 bis 1990, gemessen an den Bruttostundenverdiensten, verblüffend konstant. Bei der Beschäftigung nimmt die untere Leistungsgruppe im Zeitverlauf relativ ab (Tabelle 67). Auch diese Entwicklungen — Konstanz in der Lohnstruktur und weniger Beschäftigung in der unteren Lohngruppe — passen im Hinblick auf eine möglichst günstige Beschäftigung nicht zusammen.

  Überdies: Nach Angaben der OECD gleicht sich in Westdeutschland beim Arbeitseinkommen, bezogen nicht allein auf die Industrie, sondern auf die Gesamtwirtschaft, die Struktur nach Einkommensgruppen, unterteilt in Zehntel, in den achtziger Jahren an, da sich die untere Gruppe verbessert. In den siebziger Jahren war die Struktur konstant. Deutschland ist die einzige Volkswirtschaft unter den Industrienationen — von 17 OECD-Staaten —, in der sich in den achtziger Jahren die Lohnstruktur nach Einkommensgruppen leicht nivelliert hat, während in 12 Ländern, darunter Belgien, Frankreich, Großbritannien, den Niederlanden, Schweden und USA, eine Ausdifferenzierung stattgefunden hat.

Dies sind ernst zu nehmende Indizien, die darauf hindeuten, daß der Lohn in der deutschen Volkswirtschaft seine Funktion, ein Gleichgewicht auf dem Arbeitsmarkt zwischen der Nachfrage nach Arbeitskräften und dem Angebot an Arbeitskräften zu finden, zu einem Teil verloren haben könnte. Wenn in einer Marktwirtschaft die Preise — hier die Löhne — nicht hinreichend reagieren, müssen sich die Mengen — hier die Beschäftigung und somit die Arbeitslosigkeit — anpassen. Werden diese Zusammenhänge nicht hinreichend beachtet, so setzen Maßnahmen, die die Arbeitslosigkeit verringern sollen, falsch an.

So weit die Meinung dieses Mitglieds.

VI. Wachstumspolitik: Auf Marktöffnung und dynamischen Wettbewerb setzen

388. Auf die Sicherung guter Angebotsbedingungen in der Volkswirtschaft aus zu sein, heißt für den Staat auch, die Funktionstüchtigkeit der Märkte zu verbessern und die Effizienz der Ressourcenallokation zu erhöhen. Es muß sich lohnen, am Standort Deutschland zu investieren. Unnötige Hemmnisse für privatwirtschaftliche Aktivitäten — wie überhöhte Steuern, überzogene Regulierungsdichte oder übermäßige Staatstätigkeit — gehören abgebaut, Steuerungsfehler im Prozeß der strukturellen Anpassung — etwa durch dauerhafte Subventionen und Importbeschränkungen — sind zu vermeiden beziehungsweise zu korrigieren. Solche Aufgaben stellen sich der Wirtschaftspolitik nicht zum ersten Mal. Sie zu erfüllen ist heute aber besonders dringlich, weil angesichts der bedrückenden Probleme auf dem Arbeitsmarkt alles getan werden muß, was zur Gewinnung von wirtschaftlicher Dynamik beitragen kann.

Zur gegenwärtigen Standortdebatte

389. Seit gut einem Jahr wird in der Öffentlichkeit lebhaft und kontrovers über den Investitionsstandort Deutschland diskutiert. Im Verlauf der jüngsten Rezession haben sich Befürchtungen ausgebreitet, die Standortqualität habe Schaden genommen. Die Liste der Klagen ist lang. Verwiesen wird vor allem darauf, daß die Lohnstückkosten zu hoch, die Arbeitszeiten und Maschinennutzungszeiten zu kurz, die Unternehmensbesteuerung zu scharf, die Regulierung der Wirtschaft zu dicht, die Umweltschutzregelungen zu streng, die Energiekosten zu belastend, das Ausmaß an Erhaltungssubventionen zu groß, die staatliche Produktion von öffentlichen Leistungen zu teuer, die Bildungs- und Ausbildungszeiten zu lang seien — immer im Vergleich zu den Verhältnissen in anderen Ländern. Mit Sorge fragen sich viele in unserem Lande, ob (West-)Deutschland an Attraktivität im internationalen Standortwettbewerb verloren habe, ob Gefahr im Verzuge sei, daß neue Produktion mehr und mehr ins Ausland verlagert werde, und ob wir uns letztendlich damit abfinden müßten, daß sich der Wachstumsspielraum der deutschen Wirtschaft einenge und sich die große Arbeitsplatzlücke, die derzeit besteht, verfestige. Diese Befürchtungen werden freilich nicht von allen geteilt. Die Gegenposition wird mit einer langen Liste positiver Standortfaktoren begründet. Hervorgehoben wird unter anderem der nach wie vor hohe Weltmarktanteil der deutschen Industrie, der hohe Ressourceneinsatz für Forschung und Entwicklung sowie die hohe Rate von patentierten technischen Erfindungen, ferner das hohe Investitionsvolumen in Deutschland seitens der hier ansässigen Tochtergesellschaften ausländischer Unternehmen, die hohe Kreditwürdigkeit, die unser Land auf den internationalen Kapitalmärkten genießt, der anhaltende Kapitalzustrom aus dem Ausland. Vordringlich sei, so diese Meinung, die Überwindung der Rezession; hätte sich die konjunkturelle Aufschwungsbewegung erst einmal durchgesetzt, würde die Wirtschaft wieder zum alten Wachstumspfad zurückfinden.

390. Standortschwäche und Standortstärke einer Volkswirtschaft sind nur schwer faßbare Kategorien. Die sie bestimmenden Faktoren sind vielfältig und von unterschiedlichem Gewicht, mitunter sind sie gar nicht quantifizierbar. Sie sind auch nicht ein für allemal vorgegeben, sondern können sich im Zeitablauf verändern, nicht zuletzt als Folge angebotsorientierter wirtschaftspolitischer Vorgaben. Schon einmal, Anfang der achtziger Jahre, war in der Bundesrepublik eine Standortdiskussion, ähnlich wie wir sie derzeit erleben, entbrannt. Die längerfristigen Wachstumserwartungen hatten sich verdüstert. Angebotsprobleme, die besonders durch Fehlentwicklungen bei den öffentlichen Finanzen und den Arbeitskosten

entstanden waren, belasteten die Wirtschaft. Schon frühzeitig hatte der Sachverständigenrat für ein Konzept geworben, das auf eine Verbesserung der allgemeinen Rahmenbedingungen für die Investitionstätigkeit zielte (JG 76 Ziffern 303ff., JG 81 Ziffer 300). Die Politik hat später in diesem Sinne dann nicht wenig getan, um die Wiedergewinnung von einer ungewöhnlich lang anhaltenden wirtschaftlichen Dynamik in unserem Lande, begleitet von einem kräftigen Beschäftigungsaufbau möglich zu machen. Ein günstiges weltwirtschaftliches Umfeld (kräftige Auslandsnachfrage, sinkende Ölpreise) kam ihr damals dabei zugute. Heute stellt sich das Standortproblem in einer ganz anderen Dimension: Die Globalisierung der Märkte ist weit fortgeschritten, der europäische Binnenmarkt in den meisten Bereichen vollendet, der internationale Preis- und Produktwettbewerb ist intensiver geworden, die mittel- und osteuropäischen Länder betreiben konsequent ihre Integration in die weltwirtschaftliche Arbeitsteilung, die Standortkonkurrenz zwischen Volkswirtschaften nimmt zu. Außerdem hat die Wiedervereinigung zusätzliche Steuer- und Abgabenlasten mit sich gebracht und zu strukturellen Anpassungserfordernissen geführt. Wie es scheint, sind diese Aspekte verschärft in das wirtschaftliche Bewußtsein getreten. Insofern ist die Standortdebatte nützlich, sie kann der Wirtschaftspolitik neue Wege zeigen, mit der Gestaltung wachstumsfreundlicher Rahmenbedingungen in einer offenen Volkswirtschaft voranzukommen. Die heutige Standortdebatte kann einen wichtigen Beitrag leisten, um erneutes Zukunftsvertrauen in der Wirtschaft zu bilden.

391. Die Frage nach der Qualität des Investitionsstandortes Deutschland stellt sich vor dem Hintergrund der mittelfristigen Angebotsbedingungen in anderen Ländern, die in einer immer enger verflochtenen Weltwirtschaft mit Deutschland um die international mobilen Ressourcen konkurrieren. In den anderen westlichen Industrieländern steht die Wirtschaftspolitik vor der gleichen Herausforderung. Es ist unwahrscheinlich, daß sie untätig bleibt. Werden aber in anderen Ländern Standortschwächen, soweit sie als solche erkannt sind, dezidiert angegangen, muß dies in Deutschland ebenfalls geschehen. Denn Sachkapital und technisches Wissen sind nun einmal sehr mobil, wie es in gewissem Umfang auch das Humankapital ist. In einer Zeit, in der der internationale Kapitalverkehr weitgehend liberalisiert ist und die modernen Informations- und Kommunikationstechnologien den internationalen Technologietransfer erheblich erleichtern und damit den Unternehmen große Spielräume für eine länderübergreifende Diversifizierung der Produktion eröffnen, wird sich Kapital hierzulande in ausreichendem Maße nur sammeln und effizient zum Einsatz gelangen, wenn die Investitionsbedingungen heute und in der Zukunft für mindestens so gut gehalten werden, wie sie anderwärts gelten. Im internationalen Standortwettbewerb zählen also für den rational entscheidenden Investor nicht nur die erwarteten Entwicklungen im Inland, ins Blickfeld gehören unbedingt auch die künftigen Entwicklungen im Ausland. In besonderer Weise gilt all dies für die jungen Bundesländer, die nicht nur untereinander um Kapital konkurrieren, sondern auch im europäischen und weltweiten Wettbewerb stehen und daher alles tun müssen, um in ihren Regionen genügend Angebotsdynamik zur Entfaltung kommen zu lassen. Nur so wird sich innerhalb eines überschaubaren Zeitraumes eine neue, moderne, wettbewerbsfähige Wirtschaftsstruktur herausbilden können, nur so die bedrückende Arbeitslosigkeit schneller abbauen lassen. Es wird zwar viel getan, um Investoren zu attrahieren. Aber es bestehen auch noch gravierende Engpässe, die zu beseitigen keinen Aufschub duldet.

392. Zur internationalen Wettbewerbsposition des deutschen Investitions- und Produktionsstandortes ist das Folgende zu bemerken:

— Die Produktivität der deutschen Volkswirtschaft ist hoch. Gegenüber vielen Ländern, auch innerhalb der Europäischen Gemeinschaft, besteht ein Produktivitätsvorsprung, der es erlaubt, die vergleichsweise hohen Produktionskosten auszugleichen. Jedenfalls trifft dies auf Westdeutschland zu; gemessen am realen Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen verzeichnen nur wenige Länder ein höheres Produktivitätsniveau. Aber: Andere Länder schließen auf. In den Vereinigten Staaten und in Großbritannien beispielsweise ist die Ausbildung von Facharbeitern zu einer wirtschaftspolitischen Aufgabe von hohem Rang geworden; das deutsche duale Berufsausbildungssystem dient als Vorbild. Die südeuropäischen EG-Mitgliedsländer verbessern, nicht zuletzt mit finanzieller Unterstützung aus den Strukturfonds und dem durch den Maastricht-Vertrag neu eingerichteten Kohäsionsfonds, ihre wirtschaftsnahe Infrastruktur zunehmend und stärken damit ebenfalls die Leistungsfähigkeit ihrer Volkswirtschaften. Vom Kostenniveau her sind die Investitionsbedingungen in diesen Ländern häufig vergleichsweise günstig.

— Die internationale Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie ist im ganzen gesehen stark (von den besonderen Anpassungsproblemen der ostdeutschen Unternehmen einmal abgesehen). Auch in Phasen einer realen Höherbewertung der D-Mark hat die Exportwirtschaft ihre Weltmarktposition in der vorderen Reihe zu verteidigen vermocht (Ziffern 185ff.), und gegenüber Importen haben sich viele Unternehmen gut behauptet. Aber: Die internationale Arbeitsteilung verändert sich unentwegt. Immer mehr Konkurrenten gelingt es, ihre Angebotspalette um Produkte mit hohem Qualitätsstandard zu erweitern und die Entwicklungszeiten für neue Produkte zu verkürzen. Selbst westdeutsche Branchen, deren Wettbewerbsstärke bis vor kurzem noch unerschütterlich schien (etwa die Automobilindustrie, die elektrotechnische Industrie oder der Werkzeugmaschinenbau), stehen nunmehr unter großem Druck, sich den neuen Wettbewerbsverhältnissen anpassen zu müssen; mit hohen Umsätzen und hohen Marktanteilen allein lassen sich, wie die Erfahrung einzelner Unternehmen zeigt, noch nicht befriedigende Renditen erwirtschaften. Für die Unternehmen, die vor allem standardisierte und lohnintensive Güter anbieten, verschärft sich abermals die Konkurrenz aus Niedriglohn-Ländern, zu denen neben zahlreichen Entwicklungsländern nunmehr auch die

Reformstaaten in Mittel- und Osteuropa zählen. Unsere östlichen Nachbarländer unternehmen große Anstrengungen, möglichst rasch ein neues, marktgängiges Exportpotential aufzubauen, und sie setzen dabei auf die kaufkräftigen Wirtschaftsgebiete des Westens.

— Direktinvestitionen deutscher Unternehmen im Ausland werden, wie Umfrageergebnisse des Deutschen Industrie- und Handelstages zeigen, vorwiegend mit dem Ziel getätigt, bestehende Absatzmärkte für den eigenen Export zu sichern und auszubauen und neue Märkte zu erschließen. Der Zugang zu Rohstoffquellen und die Möglichkeit, Vorprodukte preisgünstig zu beziehen, sind weitere Investitionsmotive. Solche Investitionen sind komplementär zur heimischen Produktion, sie sind natürliches Beiprodukt der Intensivierung des internationalen Warenhandels, die unentwegt fortschreitet, und sie bilden eine naheliegende unternehmerische Strategie, um im europäischen Binnenmarkt die sich bietenden Chancen besser zu nutzen und die neuen aus dem Wettbewerbsdruck resultierenden Herausforderungen besser zu meistern. Diese Investitionen tragen insoweit dazu bei, die wirtschaftliche Dynamik im eigenen Land zu erhalten. Aber: Kostengesichtspunkte gewinnen bei Standortentscheidungen an Gewicht. Dies gilt für deutsche Investitionen innerhalb der Europäischen Gemeinschaft, wo vor allem Großbritannien, Irland und Spanien standortgebundene Kostenvorteile (neben den Arbeitskosten, bei den Maschinennutzungszeiten und den Unternehmenssteuern) aufweisen. Darüber hinaus sind Polen, Tschechien und Ungarn potentiell attraktive Investitionsstandorte (Ziffer 38); die Arbeitskosten sind dort sehr viel niedriger als in Deutschland, deutlich niedriger auch als in den neuen Bundesländern, und andere wichtige Standortfaktoren (zum Beispiel staatliche Prüfungs- und Genehmigungsverfahren für Investitionen, baurechtliche Auflagen, Grundstückspreise) werden günstiger eingeschätzt. Nicht nur Großunternehmen, sondern auch mittelständische Unternehmen betrachten mehr und mehr die Verlagerung von Produktion nach Osten als einen vielversprechenden Weg, dem als zu hoch empfundenen Kostendruck in Deutschland zu entweichen und auf diese Weise die eigenen Wachstumschancen im internationalen Wettbewerb zu wahren. Besondere Umstände wie die geographische Nähe, sprachliche und kulturelle Gemeinsamkeiten sowie traditionelle Beziehungen fördern solches Denken und Handeln. Manches Unternehmen, das unsicher ist, ob sich Verfahrensinnovationen oder Produktinnovationen als Antwort auf den weltwirtschaftlichen Strukturwandel auszahlen werden, wird den Standort wechseln. Hierzu paßt, daß im Jahre 1993 bei Investitionen in Deutschland die Rationalisierung mit dem Ziel der Kostensenkung das wichtigste Motiv gewesen ist, wie Umfragen des Ifo-Instituts für Wirtschaftsforschung und des Deutschen Industrie- und Handelstages zeigen, während beschäftigungswirksame Kapazitätserweiterungen immer häufiger an einem ausländischen Standort geplant werden. Nicht ausgeschlossen ist, daß sich auf mittlere Sicht deutschen Unternehmen neue Optionen für Produktionsverlagerungen bieten, etwa in die Slowakei, nach Slowenien, in die Ukraine und nach Weißrussland oder in die Baltischen Staaten, sobald die in diesen Ländern eingeleitete Systemtransformation für unumkehrbar gehalten wird (und dies objektiv auch zutrifft).

— In den jungen Bundesländern sind gravierende Standortnachteile, die nach der Vereinigung manifest wurden, verringert worden. Es gibt Fortschritte bei der Erneuerung des Kapitalstocks. Die Infrastruktur, besonders im Verkehrsbereich und in der Telekommunikation, wurde modernisiert und ausgebaut und näher an den westdeutschen Stand herangeführt. Die Sanierung der ökologischen Altlasten ist vielerorts auf den Weg gebracht worden. Aber: Der Zustrom privaten Kapitals ist eher maßvoll als spektakulär trotz der umfangreichen finanziellen Förderung durch den Staat und der intensiven Bemühungen der Gemeinden um Industrieansiedlung.

393. Daß die deutsche Wirtschaft angesichts der bestehenden Integration in das System der internationalen Arbeitsteilung stark gefordert bleibt, ist selbstverständlich. Und daß die Unternehmen die Kraft und die Fähigkeiten haben, mit solchen Herausforderungen fertig zu werden, muß man nicht grundsätzlich in Zweifel ziehen. In einer marktwirtschaftlichen Ordnung haben ohnehin die Unternehmen selbst ihren Beitrag für einen attraktiven Investitions- und Produktionsstandort zu leisten: durch Kreativität, effizientes Management, vorausschauendes Denken, Motivierung der Mitarbeiter. Auch die Ausbildung von Fachkräften im Betrieb und deren praxisorientierte Weiterbildung gehören dazu, bedenkt man die Bedeutung, die eine breite Ausstattung der Volkswirtschaft mit Humankapital als Standortfaktor erwiesenermaßen hat; kurzsichtig wäre es, wenn Unternehmen mit Verweis auf einen zu hohen Kostendruck dazu übergingen, Ausbildungsmaßnahmen zurückzufahren. Ebenso stellt es eine Vergeudung von Humankapital dar, wenn ältere Arbeitnehmer, obwohl qualifiziert und erfahren, vorzeitig in den Ruhestand geschickt werden.

Die Wirtschaftspolitik muß dabei ihren Part spielen. Wichtig ist, daß die Rahmenbedingungen für das Investieren hierzulande gut sind und bleiben. Es wäre kühn zu behaupten, sie seien rundum in Ordnung (Ziffern 88 ff.). In den jungen Bundesländern zeigt sich die wirtschaftliche Dynamik gedämpft, in den alten Bundesländern hat sie sich deutlich abgeschwächt, in ganz Deutschland liegt Produktionspotential brach und hat sich eine große Arbeitsplatzlücke aufgetan. Dies hat nicht nur konjunkturelle Ursachen. Störungen auf der Angebotsseite der Volkswirtschaft sind, wie wir an mehreren Stellen dieses Gutachtens zeigen, nicht minder bedeutsam. In dem Maße aber, wie die Angebotsbedingungen hierzulande verzerrt sind, wird das Investitionskalkül verfälscht, sei es dahingehend, daß weniger Investitionschancen im Inland gesucht und wahrgenommen werden, sei es dahingehend, daß die Unternehmen mehr im Ausland investieren, als sie es sonst täten. Solche Handlungsweisen wären schon im Hinblick auf die erwünschte Verstärkung des konjunkturellen Aufschwungs nicht gut.

Noch gravierender ist freilich, daß in nennenswertem Umfang Arbeitsplätze bedroht wären, viele endgültig verlorengehen könnten und die Aussicht auf eine Verbesserung der Beschäftigungslage in absehbarer Zeit geringer würde. Der Aufbau neuer, wettbewerbsfähiger Produktionskapazitäten in den jungen Bundesländern verzögerte sich weiter.

394. Der Staat hat versucht, die allgemeinen Investitionsbedingungen zu verbessern, vor allem von der Unternehmensbesteuerung her, die im internationalen Standortwettbewerb eine wesentliche Rolle spielt (JG 89 Ziffern 330ff.). Aufgrund des Standortsicherungsgesetzes sollen Anfang kommenden Jahres steuerliche Standortnachteile abgebaut werden. Die Herabsetzung der Einkommensteuer für Einkünfte aus Gewerbetätigkeit und die Senkung der Körperschaftsteuer weisen in die richtige Richtung, trotz der Bedenken, die wir aus steuersystematischen Gründen haben (JG 92 Ziffer 362). Daß dabei die steuerlichen Abschreibungsregelungen für Ausrüstungsinvestitionen nicht, wie ursprünglich von der Bundesregierung zwecks aufkommensneutraler Finanzierung der Steuerreform geplant, verschlechtert wurden, ist positiv zu werten, weil besonders die Möglichkeiten zur degressiven Abschreibung eine wirksame Form sind, um die Unternehmen bei den mittelfristigen Investitions- und Innovationsrisiken zu entlasten. Positiv ist auch, daß die Unternehmen in den jungen Bundesländern nunmehr bis Ende 1995 (vorher: 1994) von der Gewerbekapitalsteuer und der Vermögensteuer freigestellt werden. Den Durchbruch zu einem investitionsfreundlicheren Steuersystem, für das der Sachverständigenrat aus wachstums- und beschäftigungspolitischen Gründen seit Jahren wirbt, bildet das Standortsicherungsgesetz freilich nicht.

Bei der Bewertung des Standortsicherungsgesetzes für die allgemeinen Investitionsbedingungen muß überdies bedacht werden, daß die Steuer- und Abgabenlast im ganzen weiterhin ansteigt. War sie im früheren Bundesgebiet zwischen 1980 und 1990 noch gesunken, so ist sie mittlerweile in Gesamtdeutschland höher als jemals zuvor seit Bestehen der Bundesrepublik; mit der Umsetzung des Föderalen Konsolidierungsprogramms, insbesondere der Wiedereinführung des Solidaritätszuschlags im Jahre 1995, und durch die Anfang 1994 in Kraft tretenden Erhöhungen bei der Mineralölsteuer und dem Beitragssatz zur Rentenversicherung wird die Steuer- und Abgabenlast nochmals nach oben getrieben. Zu einem guten Teil ist diese Tendenz Ausdruck der zusätzlichen Aufgaben, die sich dem Staat im vereinten Deutschland stellen, und insoweit sind die zusätzlichen Belastungen unumgänglich; sie sind auch insoweit ohne Nachteile für die internationale Wettbewerbsfähigkeit des deutschen Standortes tragbar, als mit ihnen ein leistungsfähiges Angebot an öffentlichen Gütern einhergeht. Zum Teil ist die steigende Steuer- und Abgabenlast aber auch die Folge von Unterlassungen und Versäumnissen bei der Konsolidierung der öffentlichen Haushalte durch Kürzung und Umschichtung von Ausgaben, wie wir es nach wie vor für vordringlich halten (Ziffern 287ff.), Folge auch der ungebremsten Neigung in der Politik, Sozialleistungen in unserem bereits hochentwickelten Wohlfahrtsstaat wie selbstverständlich auszubauen. So darf es nicht weitergehen. Der Staat muß seine Ansprüche mittelfristig reduzieren, und zwar deutlich, soll die Leistungskraft der Volkswirtschaft dauerhaft gestärkt und nicht geschwächt werden und soll die Attraktivität des Standortes Deutschland, insbesondere Ostdeutschland, mit den Wachstumserfordernissen in Einklang stehen. In diesem Rahmen kann der Staat auch eine steuerpolitische Perspektive geben: Wird die Haushaltskonsolidierung konsequent betrieben, entsteht ab 1997 Spielraum für eine Steuerentlastung (Ziffer 289).

395. Die Bundesregierung hat im September dieses Jahres einen Bericht zur „Zukunftssicherung des Standortes Deutschland" vorgelegt. Darin wird abermals die Notwendigkeit anerkannt, die steuerpolitischen Rahmenbedingungen für das Investieren zu verbessern, allerdings ohne dies zu präzisieren. Entgegen ursprünglichen Plänen ist die überfällige Reform der Gewerbesteuer erneut vertagt worden; ob zumindest die Gewerbekapitalsteuer fühlbar ermäßigt oder gar abgeschafft wird, steht noch dahin. Die Staatsquote soll gesenkt werden: bis Ende dieses Jahrzehntes auf das Niveau des Jahres 1989. Außerdem sieht die Bundesregierung angebotsorientierten Handlungsbedarf auf nahezu allen Gebieten der Wirtschaftspolitik; dem können wir nur beipflichten. Ob freilich die Standortverbesserung gelingt, wird von der Art der konkreten Maßnahmen abhängen und davon, wann und mit welchem Grad an Verläßlichkeit sie umgesetzt werden. Zudem müssen sich die Maßnahmen an dem messen lassen, was angebotspolitisch in unseren wichtigsten Partnerländern geschieht. Das meiste in dem Programm der Bundesregierung ist sehr allgemein formuliert. Prioritäten werden nicht wirklich gesetzt. Dies ist enttäuschend und bedenklich zugleich. Es ist enttäuschend, weil zu wenig von den sehr präzisen Überlegungen und Vorschlägen Gebrauch gemacht wird, die für die einzelnen Politikbereiche seit Jahren in der Diskussion sind. Bedenklich an den vielen allgemeinen Formulierungen im Standortbericht ist, daß verschiedene Möglichkeiten, den Inhalt zu interpretieren, gedeckt wären. Fortwährende Diskussionen über das, was der Staat im einzelnen tun oder unterlassen oder anders als jetzt angekündigt betreiben sollte, müßten die Wirtschaft erneut verunsichern. Um so wichtiger ist es, daß schnell mit angebotsfördernden Handlungen begonnen wird. Zweckmäßig erscheint es, daß die Bundesregierung dafür ihre Vorstellungen konkretisiert, einen glaubwürdigen Fahrplan mit eindeutigen Schritten zu deren Verwirklichung aufstellt und der Öffentlichkeit mitteilt und daß sie sich damit unter Handlungszwang setzt.

Für einen weiteren Abbau marktwidriger Regulierungen

396. Zu den besonders wichtigen Rahmenbedingungen im Hinblick auf die Sicherung von wirtschaftlicher Dynamik und hoher Standortqualität gehört der freie Marktzugang. Wer sich wirtschaftlich betätigen, den technischen Fortschritt nutzen, Erwerbs- und Beschäftigungschancen wahrnehmen will, darf nicht durch überzogene Vorschriften und Auflagen daran

gehindert werden. Dies aber geschieht in verschiedenen Bereichen, darunter auch solchen, die für das wirtschaftliche Wachstum sehr wichtig sind, zum Beispiel in der Elektrizitätswirtschaft und im Fernmeldewesen. Außerdem: Die behördlichen Planungs- und Genehmigungsverfahren für gewerbliche Neuansiedlungen und Betriebserweiterungen, für den Bau und die Änderung von Anlagen, die dem Umweltschutz dienen, und für Investitionsvorhaben im Bereich der Verkehrsinfrastruktur oder die Prüfverfahren für industrielle Forschungsprojekte in sensiblen Bereichen, wie der Gentechnik oder der Biotechnologie, sind umständlich und zeitraubend, die Einspruchsmöglichkeiten der Bürger gegen Vorhaben, durch die sie sich nachteilig betroffen fühlen, sehr weitreichend.

Die langwierigen Genehmigungsverfahren bergen die Gefahr in sich, daß die heimischen Unternehmen neue Produkte erst auf den Markt bringen können, wenn sich dort ausländische Konkurrenten bereits etabliert haben. Von überzogenen Regulierungen gehen andere Fehlentwicklungen aus: In den betroffenen Bereichen kann sich private Initiative nicht voll entfalten, bleiben Innovationen und Imitationen hinter dem zurück, was möglich und gesamtwirtschaftlich erwünscht wäre, paßt das Angebot nach Umfang und Struktur nicht zur Nachfrage, werden Produktivitätsreserven in den Betrieben nicht entschlossen genug aufgespürt und ausgeschöpft, sind Kosten und Preise überhöht (dadurch auch die Vorleistungspreise für viele andere Branchen). Es wird weniger investiert, weniger produziert und weniger Beschäftigung gegeben, als es unter freien Wettbewerbsbedingungen der Fall wäre. Und der administrative Aufwand schließlich, der sich bei der Überwachung und Durchsetzung der Regulierungen ergibt, bläht die Staatsausgaben, letztlich auch die Steuerbelastung, auf.

397. Der Sachverständigenrat hat wiederholt für eine Politik der Marktöffnung plädiert (JG 85 Ziffern 320ff., JG 88 Ziffern 244ff.). Wir halten an dieser Auffassung fest. Die meisten Marktregulierungen sind ökonomisch nicht gut begründet. Regulierungsbedarf des Staates gäbe es, sieht man von verteilungspolitischen Zielen ab, strenggenommen nur, wenn der Markt oder der Wettbewerb versagt, das heißt keine effiziente Steuerung von Angebot und Nachfrage und beim Einsatz der Produktivkräfte stattfinden kann. Beispiele hierfür sind das natürliche Monopol, die externen Wirkungen, die von Produktion oder Konsum ausgehen können, Probleme einer ungleichen Informationsverteilung zwischen den Marktparteien oder Gefahren eines vertragswidrigen, opportunistischen Verhaltens seitens eines der Vertragspartner. Wie zahlreiche Untersuchungen zeigen, sind es aber nur wenige Fälle, in denen solche besonderen Bedingungen auf Märkten durchschlagend sind, viel weniger jedenfalls, als in der wirtschaftspolitischen Diskussion oftmals behauptet wird. Der ständige Hinweis auf ein immanentes Marktversagen verschleiert allzuoft nur den Wunsch partikularer Interessengruppen, vor Außenseiterkonkurrenz geschützt zu werden und Besitzstände zu wahren. Ausländische Erfahrungen mit Deregulierung zeigen, daß der Wettbewerb auf vormals regulierten Märkten im allgemeinen funktionstüchtig ist. Für die positiven Wirkungserwartungen, die wir an die Deregulierungspolitik knüpfen, gibt es mittlerweile überzeugende Beispiele. Gleichwohl tut sich die Bundesregierung schwer, überzogene Regulierungen zu mildern, zu modifizieren oder ganz abzuschaffen. Die politischen Widerstände sind enorm. Daß in jüngster Zeit überhaupt einiges an Deregulierung stattgefunden hat — am weitgehendsten in der privaten Versicherungswirtschaft, im grenzüberschreitenden Straßengüterfernverkehr, im inländischen Luftlinienverkehr und bei den Freien Berufen —, ist zu einem großen Teil Frucht der europarechtlichen Handlungszwänge, die die im Binnenmarkt zu respektierende Niederlassungsfreiheit und Dienstleistungsfreiheit sowie das im EWG-Vertrag verankerte Prinzip des freien innergemeinschaftlichen Wettbewerbs auferlegt haben.

398. Das Deregulierungspotential ist noch beträchtlich; es sollte zielstrebig genutzt werden:

- Das von der Bundesregierung Mitte 1992 beschlossene Deregulierungsprogramm muß zügig umgesetzt werden. Soweit Gesetzgebungsverfahren notwendig sind, sollten sie rascher eingeleitet werden, als es jetzt noch vorgesehen ist. Der Bundesminister für Wirtschaft muß darauf hinwirken, daß die zuständigen Ressorts die ihnen übertragenen Aufgaben rasch erledigen. Weiteres Zuwarten und immer neues Begutachten verunsichern die Marktteilnehmer nur.
- Alle weiteren speziellen Marktregulierungen, wirklich alle, gehören auf den Prüfstand. Sie sind abzubauen, wenn sie den Wettbewerb beschränken und die Marktdynamik beschneiden. Sie sind dann, aber nur dann, in der bisherigen oder einer abgewandelten Form fortzuführen, wenn sie wirklich ein immanentes Marktversagen oder Wettbewerbsversagen korrigieren. An die gesamtwirtschaftliche Begründung von speziellen Regulierungen muß ein höherer Anspruch gestellt werden als bisher.
- Die Politik muß die Kraft aufbringen, begründete Deregulierungsmaßnahmen gegenüber den Partikularinteressen durchzusetzen. Sie kann dies auch. Auf Konsens setzen zu wollen, führt wahrscheinlich in die Sackgasse, weil die jeweils betroffenen Gruppen nur alles daran setzen würden, eine Verhandlungslösung zu erreichen, bei der ihr Besitzstand wenig oder gar nicht angetastet wird. Den Bürgern muß und kann klargemacht werden, daß die meisten von ihnen Nutznießer eines Abbaus überkommener und marktwidriger Regulierungen wären; sie werden dieser Politik dann auch zustimmen.

Es ist zu begrüßen, daß die Bundesregierung in ihrem Standortbericht angekündigt hat, weitere Deregulierungsmaßnahmen in verschiedenen Bereichen ergreifen zu wollen. Von besonderer Bedeutung ist die geplante Strukturreform im Eisenbahnwesen. Zunächst ist vorgesehen, daß unter Änderung des Grundgesetzes (Artikel 87 Abs. 1 GG) die Deutsche Bundesbahn und die Deutsche Reichsbahn fusioniert und in der Rechtsform einer Aktiengesellschaft (Deutsche Bahn AG) geführt werden mit organisatorisch und rechnerisch getrennten Sparten für den Fahrweg

und für den jeweiligen Transportbetrieb im Personenverkehr und im Güterverkehr. Der Bund soll zwar Mehrheitseigentümer bleiben, doch soll das neue Unternehmen einen größeren Handlungsspielraum haben, als es derzeit noch der Fall ist. Angestrebt wird auf mittlere Sicht — und das wäre ein entscheidender Schritt —, die drei Unternehmensbereiche zu verselbständigen und auch andere Anbieter, ausländische Bahnen eingeschlossen, gegen Zahlung von Nutzungspreisen zum Schienennetz zuzulassen. Wichtig ist jetzt, daß der Gesetzgeber bald entscheidet.

Zu unterstützen ist auch die Absicht, staatliche Planungs- und Genehmigungsverfahren zeitlich zu straffen und zu vereinfachen. Das bereits in Kraft getretene, den Verkehrsinfrastrukturausbau in den jungen Bundesländern betreffende Beschleunigungsgesetz (es soll künftig auch in Westdeutschland gelten) ist ein wichtiger Schritt auf diesem Weg, so wie auch das Investitionserleichterungs- und Wohnbaulandgesetz. Die bei den Novellierungen des Gentechnikgesetzes und des Chemikaliengesetzes vorgesehenen Verwaltungsvereinfachungen weisen ebenfalls in die richtige Richtung. Zu erwägen wäre freilich, bei den Genehmigungsverfahren und bei den Überwachungsaufgaben verstärkt auch private Unternehmen und technische Überwachungsvereine einzubeziehen; dies würde die Fachbehörden wirksam entlasten. Besonders in Ostdeutschland zählen Deregulierung und Entbürokratisierung zu den wichtigsten Gestaltungsparametern, die die Wirtschaftspolitik hat, um dort die private Investitionstätigkeit zu stärken, gleichsam die Wirksamkeit der finanziellen Förderung und der Infrastrukturmaßnahmen abzusichern. Nicht nur der Bund, auch die Länder und die Gemeinden sind zu kraftvollem Handeln aufgerufen. Es darf nicht bei bloßen Absichtserklärungen bleiben.

Beispiel: Zur Marktöffnung in der Stromwirtschaft

399. Die Stromwirtschaft in der Bundesrepublik ist durch ein komplexes Geflecht von Demarkationsverträgen, Verbundverträgen und Konzessionsverträgen lückenlos reguliert. Stromerzeugung, Stromtransport und Stromverteilung sind eingebunden in ein System geschlossener Versorgungs- und Liefergebiete, das von neun vertikal voll integrierten Verbundunternehmen (davon acht im früheren Bundesgebiet) beherrscht wird. In jedem dieser regional oder lokal abgegrenzten Gebiete hat jeweils ein Versorgungsunternehmen das Angebotsmonopol. Der Wettbewerb zwischen Stromanbietern ist weitgehend ausgeschlossen, Stromabnehmer können nur vereinzelt unter mehreren Bezugsquellen wählen, der Zugang Dritter zum Netz eines Gebietsversorgers zwecks Durchleitung von Strom wird regelmäßig verwehrt. Bei der lokalen Stromverteilung an den Endverbraucher steht das Wegemonopol der Gemeinden der Möglichkeit entgegen, daß parallel zu einem bestehenden Netz (eines kommunalen Kraftwerksbetreibers oder eines etablierten regionalen oder überregionalen Gebietsversorgers) andere interessierte Unternehmen eigene Leitungen verlegen. Die Investitionen der Stromversorgungsunternehmen unterliegen einer behördlichen Genehmigungspflicht, genehmigungspflichtig ist auch der Marktzutritt für neue Kraftwerksbetreiber. Die Strompreise sind zum Teil staatlich reglementiert (private Verbraucher), zum Teil werden sie vertraglich vereinbart (industrielle Großverbraucher, Verteilungsunternehmen und andere Sonderabnehmer). Die weitreichende Regulierung, mit der in den dreißiger Jahren begonnen wurde, soll die Sicherheit der Stromversorgung zu angemessenen Preisen, jetzt auch umweltverträglich, sicherstellen. Dieses Ziel der Energiepolitik teilen wir; ohne Versorgungssicherheit könnte sich wirtschaftliche Dynamik nicht entfalten. Zu fragen ist aber, ob es dazu extrem wettbewerbsbeschränkender Regelungen bedarf. Dies wird mehr und mehr bezweifelt.

400. Unter wachstumspolitischen Gesichtspunkten besonders problematisch an der bestehenden Strommarktordnung ist deren kosten- und preistreibende Wirkung. Die Stromversorgung ist hierzulande erheblich teurer als in den meisten anderen EG-Mitgliedstaaten. Zwar kann nicht das ganze Strompreisgefälle den Regulierungen in der Elektrizitätswirtschaft zugerechnet werden:

Zusatzbelastungen entstehen durch die Verpflichtung zur Verstromung von teurer deutscher Steinkohle, durch langwierigere Genehmigungsverfahren beim Kraftwerksbau, auch durch strengere Umweltvorschriften. Aber es gibt Anhaltspunkte dafür, daß die Preise auch regulierungsbedingt überhöht sind: Die Stromversorgungsunternehmen erzielen hohe Gewinne, zahlen hohe Löhne und gewähren hohe Sozialleistungen, und sie führen hohe Investitionen in branchenfremden Bereichen durch, was alles nur dann ordnungspolitisch nicht zu beanstanden wäre, wenn in der Stromwirtschaft ausreichend Wettbewerb herrschte. In einem System geschlossener Versorgungs- und Liefergebiete droht den Stromversorgungsunternehmen Außenseiterkonkurrenz aber gerade nicht. Die Absatzpreise können kostenorientiert festgelegt werden, einen Zwang, die Kosten an den im Wettbewerb erzielbaren Marktpreis anzupassen, gibt es nicht. Aus überhöhten Strompreisen können den Unternehmen, für die Strom einen wichtigen Produktionsfaktor darstellt, zum Beispiel in der Chemischen Industrie und in der Eisen- und Stahlindustrie, Wettbewerbsnachteile erwachsen, soweit ihnen nicht für den Strombezug günstigere Sonderkonditionen eingeräumt werden; als Standort für stromintensive Produktion könnte Deutschland Schaden nehmen. Freilich sind solche Fehlentwicklungen vermeidbar, ist ein Mehr an Wettbewerb, der die Nutzung von Kostensenkungspotentialen erzwingt, möglich. Abstriche an der Versorgungssicherheit oder dem Umweltschutz in der Zukunft müssen dabei nicht gemacht werden; beides läßt sich effizienter erreichen als im gegenwärtigen System mit seinen monopolistischen Strukturen.

Dem Wettbewerb zugänglich sind die Stromerzeugung, auf die heute etwa zwei Drittel der Gesamtkosten der Stromversorgung entfallen, und der Stromhandel. Ob dies auch für den überregionalen Stromtransport über Hochspannungsnetze gilt, läßt sich im vorhinein nicht eindeutig sagen; maßgeblich ist, wie sich die Nachfrage nach Strom im Vergleich zur jeweiligen Übertragungskapazität eines installierten

Netzes entwickelt. In der Regel dürften hier freilich die produktionstechnischen und kostenmäßigen Bedingungen für ein natürliches Monopol vorliegen; sehr wahrscheinlich trifft dies auf den Bereich der lokalen Stromverteilung über Niederspannungsnetze zu. Insoweit muß reguliert werden.

401. In der Vergangenheit hat die Bundesregierung wiederholt Anläufe unternommen, um den Strommarkt langsam zu öffnen. Die Wettbewerbsbedingungen wurden freilich nicht grundlegend verbessert. In anderen Industrieländern, beispielsweise in Großbritannien, in den Niederlanden, in Norwegen und in den Vereinigten Staaten, hat bereits mehr Deregulierung stattgefunden. Die Kommission der Europäischen Gemeinschaft drängt darauf, daß auch in der Elektrizitätswirtschaft der Binnenmarkt verwirklicht wird, wozu ausländischen Stromanbietern Durchleitungsrechte in den Hochspannungsnetzen der einzelnen Mitgliedsländer (Third Party Access), zunächst für Großabnehmer, eingeräumt werden sollen; ein entsprechender Richtlinienvorschlag vom Februar 1992 liegt dem Ministerrat und dem Europäischen Parlament zur Entscheidung vor. Im europarechtlichen Zusammenhang prüft gegenwärtig das Bundeskartellamt an einem konkreten Fall die Zulässigkeit von Konzessionsverträgen auf der Ebene kommunaler Gebietskörperschaften, wegen der darin enthaltenen Ausschließlichkeitsbindung zugunsten eines Stromversorgers und zum Nachteil anderer Stromversorger aus dem In- und Ausland, selbst wenn diese kostengünstiger anbieten. Die Frage nach einer Deregulierung in der Stromwirtschaft ist daher hochaktuell geworden. Sie muß rechtzeitig von der Wirtschaftspolitik angegangen werden, damit für jeden, der neue Kraftwerkskapazitäten, möglicherweise unter Einsatz neuer Technologien, aufbauen will, die künftigen Rahmenbedingungen klar sind; allgemein wird davon ausgegangen, daß nach der Jahrtausendwende eine Phase größerer Ersatz- und Erweiterungsinvestitionen ansteht, vor allem in den alten Bundesländern.

402. Eine Öffnung des Marktes für Stromversorgung kann auf verschiedenen Wegen bewerkstelligt werden, wie auch Erfahrungen aus dem Ausland zeigen. Im Mittelpunkt der öffentlichen Diskussion stehen zwei Modelle: die Gewährung individueller und spezifischer Durchleitungsrechte und die Schaffung eines Großhandelsmarktes (Pool) für Strom. In beiden Modellen werden die Verfügungsrechte der Eigentümer der Stromübertragungsnetze tangiert, werden die Netznutzungsrechte neu geregelt. Im einen Fall wird die vertikale Integration zwischen den einzelnen Stufen beibehalten, im anderen wird sie aufgehoben. Die Modelle unterscheiden sich in der praktischen Ausgestaltung und vor allem hinsichtlich der Wettbewerbsintensität, die erzielt werden kann, und damit letztlich hinsichtlich des Ausmaßes, in dem sich Stromkosten sparen lassen.

Beim Durchleitungsmodell kann das einzelne Elektrizitätsversorgungsunternehmen, auch der industrielle Eigenerzeuger oder ein kleines unabhängiges Kraftwerksunternehmen, fremde Leitungsnetze mitnutzen, um Strom zweckbestimmt einzuspeisen (Belieferung von Nachfragern) oder zu entnehmen (für den Eigenverbrauch), gegen Zahlung einer Durchleitungsgebühr an den Eigentümer des in Anspruch genommenen Gebietsnetzes (in der Regel eines der Verbundunternehmen). Die Durchleitungsgebühr muß alle Kosten abdecken, einschließlich der anteiligen Investitionskosten für das Netz und der Kosten für die Reservehaltung für Fälle, in denen die gewünschte Stromentnahme unerwartet die Stromeinspeisung übersteigt oder Störungen im Leitungsnetz auftreten. Die Verpflichtung seitens des Netzeigentümers zur Durchleitung (nach Maßgabe individuell ausgehandelter Verträge) besteht nur insoweit, wie im betreffenden Netz Kapazitäten frei verfügbar sind oder frei gemacht werden können; grundsätzlich hat der Netzeigentümer Priorität bei der Nutzung seines Netzes. Bei der Vergabe von Durchleitungsrechten darf zwischen inländischen Stromanbietern sowie zwischen diesen und Anbietern aus dem EG-Ausland nicht diskriminiert werden.

Beim Pool-Modell wird, anders als beim einfachen Durchleitungsmodell, die Stromerzeugung vom Stromverkauf an Abnehmer entkoppelt. Die Hochspannungsnetze werden allesamt oder nach Regionen einer eigenständigen Netzgesellschaft unterstellt. Diese organisiert den Handel zwischen Kraftwerken und Abnehmern, ist selbst aber weder in der Stromerzeugung noch im Stromverkauf tätig. Im Prinzip können alle Erzeuger in das Netz Strom einspeisen, alle Verbraucher aus dem Übertragungsnetz Strom entnehmen, gegen Entrichtung einer Netzbenutzungsgebühr. Die Übertragungsnetzgesellschaft hat sicherzustellen, daß die Gesamtnachfrage in ihrem Gebiet jederzeit gedeckt wird, und zwar zu den beim gegebenen Kraftwerkspark niedrigsten Kosten. Nach vorab festgelegten Regeln geben die einzelnen Kraftwerksunternehmen periodenweise ihre Gebote in bezug auf Preis und alle sonstigen zur Deckung der Nachfrage erforderlichen Leistungen ab. Auktionen gelten als ein hierfür geeignetes Verfahren. Nachfragegerecht werden die Kraftwerke in der Reihenfolge steigender Gebote eingesetzt; die Konditionen des letzten zur Nachfragedeckung erforderlichen Kraftwerks bestimmen den jeweils markträumenden Preis. Zu diesem Preis rechnet die Übertragungsnetzgesellschaft die eingespeisten und entnommenen Strommengen ab. Auf der Ebene der Stromverteilung liegt der Netzbetrieb weiterhin bei den regionalen und lokalen Versorgungsunternehmen. Diese sind zugleich Stromhändler. Andere Stromhändler und Letztverbraucher erhalten diskriminierungsfreien Zugang zum Verteilungsnetz gegen Zahlung einer Verteilungsnetzgebühr.

Ein Pool-Modell bietet mehr Möglichkeiten für Wettbewerb in der Stromwirtschaft als ein einfaches Durchleitungsmodell. Bei einem solchen Durchleitungsmodell wäre stets offen, wieviele potentielle Stromerzeuger mit welchen Strommengen in bislang geschlossene Absatzgebiete eindringen wollen und können. Dies hängt von der Größe des Kraftwerksparks des Durchleitungsberechtigten ab und davon, ob der etablierte Gebietsversorger für Dritterzeuger Netznutzungskapazitäten verfügbar macht; unter Umständen erweist sich wegen hoher Transaktionskosten im Zusammenhang mit den abzuschließenden Durchleitungsverträgen der Zugang zum Netz für den einen oder anderen als zu schwierig. Am ehesten noch dürften die Verbundunternehmen in der Lage sein, auf diesem Weg Wettbewerbsdruck auszuüben. Beim Pool-Modell (es wird seit 1990 in England und Wales und seit 1991 in Norwegen praktiziert) müßten alle Kraftwerke im Bereich des Übertragungsnetzbetreibers Strom in dieses Netz einspeisen, sie alle würden unter gleichen Bedingungen um Anteile an der Dekkung der gesamten Stromnachfrage im Netzgebiet konkurrieren; am besten zum Zuge kämen jene, die Strom am billigsten produzieren können. Auf diese Weise würde der Kraftwerkseinsatz optimiert. Gesamtwirtschaftlich vorteilhaft wäre ferner, daß der intensivierte Wettbewerb die Kraftwerksunternehmen dazu anhalten würde, Erzeugungskosten zu senken und neue Investitionen nach harten Rentabilitätskriterien zu planen und durchzuführen.

403. Auch wenn man damit rechnen kann, daß eine wettbewerbsorientierte Reform in der Stromwirtschaft die Angebotsbedingungen der Industriebranchen mit stromintensiver Produktion verbessern würde — der Weg dorthin wird mühsam sein. Bei den Schwierigkeiten ist weniger an die zahlreichen Einzelaspekte zu denken, die geregelt werden müßten, besonders im Netzbereich (beispielsweise bezogen auf die verursachungsgerechte Zurechnung der Netzkosten, die langfristige Netzentwicklung und die Sicherstellung von Frequenz und Spannung im Netz). Eine Barriere sind auch nicht so sehr die komplizierten rechtlichen Fragen, die eine Reform aufwerfen würde (vor allem wenn die vertikal integrierten Verbundunternehmen entflochten würden und den Betrieb ihrer Netze abgeben müßten). Für all dies sollten sich geeignete Lösungen finden lassen, auch für die kontrovers diskutierte Frage, ob und in welchem Umfang und unter welchen Bedingungen die Elektrizitätsversorgungsunternehmen künftig deutsche Steinkohle einzusetzen verpflichtet werden sollen. Das eigentliche Problem liegt woanders: beim Zusammenspiel mächtiger Partikularinteressen, die unbedingt am Status quo festhalten wollen. Zu den Akteuren gehören in erster Linie die Verbundunternehmen selbst, die ihre Monopolrenten gefährdet sehen, ferner die Gemeinden, die um ihre Einnahmen aus den Konzessionsabgaben fürchten oder, sofern sie eigene Kraftwerke betreiben, sich sorgen, eine im Rahmen des sogenannten kommunalen Querverbundes wichtige Quelle zur Finanzierung defizitärer Leistungsbereiche zu verlieren, und nicht zuletzt die Länder und Gemeinden, denen als Kapitaleigner vieler Stromversorgungsunternehmen sehr daran gelegen zu sein scheint, die Möglichkeit der politischen Einflußnahme auf die unternehmerischen Entscheidungen in der Energiewirtschaft als Ganzes zu bewahren. Ein energisches Vorgehen der Bundesregierung gegen die Phalanx wettbewerbsfeindlicher Partikularinteressen dürfte auf alle Fälle notwendig sein. Bei den laufenden Beratungen in der Europäischen Gemeinschaft über eine Liberalisierung der Stromwirtschaft darf die Bundesregierung sich von den Anhängern der bestehenden Regulierungen nicht beirren lassen, sondern sie sollte sich konstruktiv an der Schaffung eines neuen Ordnungsrahmens beteiligen, in dem der Wettbewerb um ein preiswürdiges Stromangebot intensiviert wird, bei Gewährleistung von Sicherheit und Umweltverträglichkeit in der Versorgung. Dabei sollte in die konzeptionellen Reformüberlegungen auch das Pool-Modell einbezogen werden. Es mag noch einige Zeit dauern, bis der Ministerrat der Europäischen Gemeinschaft zu einer Entscheidung gelangt. Nicht auszuschließen ist, daß der Europäische Gerichtshof zwischenzeitlich die bestehende deutsche Strommarktordnung als mit den Wettbewerbsregeln des EWG-Vertrages nicht vereinbar ansieht und durch entsprechende Urteile den Marktzugang für Stromanbieter aus Mitgliedstaaten erzwingt. Nach Auffassung des Sachverständigenrates wäre es nicht zweckmäßig, Form, Tempo und Ausmaß einer Deregulierung in der Stromwirtschaft allein der Rechtsprechung zu überlassen.

Privatisierungspotentiale entschlossener nutzen

404. Eine Wirtschaftspolitik, die um den schärfer werdenden internationalen Standortwettbewerb wissend wachstumspolitische Vorsorge betreibt, muß immer wieder prüfen, ob und inwieweit der Staat unternehmerisch tätig sein und anstelle von privaten Anbietern oder neben diesen bestimmte Güter produzieren und bereitstellen soll. Es gilt zu vermeiden, daß der Staat Aufgaben an sich zieht oder beibehält, die ebensogut, sogar billiger, rascher und nachfragegerechter von Privaten wahrgenommen werden können. Denn sonst werden die wirtschaftlichen Antriebskräfte gelähmt — wegen der Marktzugangsbeschränkungen, durch die öffentliche Unternehmen häufig gegen potentielle Konkurrenz abgeschirmt werden, und wegen der zusätzlichen Steuerbelastung, die sich aus dem Subventionsbedarf ergibt, den öffentliche Unternehmen häufig, manche schon chronisch, anmelden. Lähmend wirken auch Wettbewerbsverzerrungen, die dann entstehen, wenn für staatliche Unternehmen andere, sprich günstigere steuerliche Regelungen gelten als für private.

405. Was übermäßige staatliche Wirtschaftsaktivität ist, wird immer strittig sein, sieht man von dem Extremfall einer durch und durch verstaatlichten Wirtschaft ab, die in das System der Sozialen Marktwirtschaft übergeleitet werden soll, wie dies in den jungen Bundesländern geschehen ist. Gemessen am ökonomisch strengen Kriterium des Marktversagens ist das meiste von dem, was der Staat hierzulande — wie auch in vielen anderen Ländern — unternehmerisch tut, nicht zu legitimieren. Ganz bestimmt nicht überzeugend zu begründen ist nach diesem Kriterium zum Beispiel das ausgedehnte Engagement des Bundes bei den Bahnen, den Postunternehmen und der Deutschen Lufthansa (jeweils mit zahlreichen Unterbeteiligungen in verschiedenen Sparten), auch nicht die wirtschaftliche Tätigkeit der Länder in der Industrie (zum Beispiel durch Beteiligungen an großen Unternehmen der Energiewirtschaft, der Automobilindustrie und des Luft- und Raumfahrzeugbaus) und im Dienstleistungsbereich (vor allem Versicherungswirtschaft und Bankgewerbe, Hörfunk und Fernsehen) und ebenfalls nicht die gewerbliche Tätigkeit der Gemeinden auf sehr vielen Feldern (besonders mit ihren Sparkassen und Kraftwerken, selbst Kultur- und Freizeiteinrichtungen jedweder Art). Ein Marktversagen liegt hier regelmäßig nicht vor, und in Fällen, in denen es doch so ist — bei öffentlichen Gütern oder natürlichen Monopolen —, muß der Staat nicht selbst die jeweiligen Waren und Dienste herstellen; er kann deren Bereitstellung häufig auch dadurch sichern, daß er private Unternehmen einschaltet, was zum Teil in Form von Betreibermodellen (etwa in der kommunalen Abwasserentsorgung) und Konzessionsmodellen (etwa im öffentlichen Personennahverkehr) bereits geschieht.

Das Kriterium des Marktversagens halten viele freilich für zu eng. Verwiesen wird auf regionalpolitische und sozialpolitische Ziele, deren Erfüllung bei staatlichen Unternehmen am besten aufgehoben sei, weil dort das Gewinnerzielungsinteresse zurückstehen und bei der Preisgestaltung vom Gesamtkostendeckungsprinzip gegebenenfalls abgewichen werden

könne. Das fiskalische Interesse an der Erzielung von monopolistisch überhöhten Einnahmen, mit denen defizitäre Sparten in anderen Bereichen quersubventioniert werden sollen, ist für die Befürworter staatlicher Wirtschaftstätigkeit ebenfalls ein wichtiges Anliegen, vor allem im Rahmen der kommunalen Leistungserstellung. Unbeschadet der Bewertung solcher Ziele: Man muß sich darüber im klaren sein, daß diese Ziele nicht unbedingt am besten, häufiger sogar schlechter, mit Hilfe staatlicher Unternehmen erreicht werden, weil oftmals die Kosten überhöht und nicht selten weniger das Gemeinwohl als bestimmte Partikularinteressen im Vordergrund stehen.

406. Der Sachverständigenrat tritt dafür ein, daß der Staat sich von eigener Wirtschaftstätigkeit entlastet. Dies entspräche einer unter Ökonomen weitgehend anerkannten Konzeption. Weitere Privatisierung könnte ein wichtiger Beitrag sein, um die Effizienz in der Volkswirtschaft zu erhöhen und Wachstumskräfte freizusetzen. So sieht es auch die Bundesregierung in ihrem Standortbericht. Die geplante Privatisierung der Unternehmen der Deutschen Bundespost (Postreform II), das unter wachstumspolitischen Gesichtspunkten wohl wichtigste Vorhaben, weist in diese Richtung, wenngleich zu zaghaft (Ziffern 410ff.). Daß der Bund seinen sonstigen gewerblichen Beteiligungsbesitz weiter zurückführen will, so wie dies schon mit Unterbrechungen in der Vergangenheit geschehen ist, können wir nur gutheißen, so wie auch die Pläne, das umfangreiche Liegenschaftsvermögen abzubauen, positiv zu werten sind, nicht zuletzt auch wegen der fiskalischen Nebenwirkungen.

Bei der Privatisierung von Immobilienvermögen müßte freilich vor allem in den jungen Bundesländern ein höheres Tempo gegangen werden. Dies betrifft die Abwicklung der vielen Restitutionsansprüche ebenso wie den Verkauf nicht restitutionsbehafteter Grundstücke. Die Treuhandanstalt sowie der Bund, die Länder und Gemeinden sollten Grundstücke weiter und mutiger unter den Verkehrswerten anbieten, damit die vorhandenen Engpässe auf dem Immobilienmarkt rasch überwunden werden können. Dies wäre wichtig, um zusätzliches privates Investitionskapital von auswärts zu attrahieren und um die Mobilität der ostdeutschen Arbeitnehmer zu erhöhen sowie die Gewinnung westdeutscher Fachkräfte zu erleichtern (weil dann die Wohnungsversorgung besser würde). Es ist daher zu wünschen, daß die jüngste Baulandinitiative der Bundesregierung dem darin genannten Ziel — Grundstücke vorrangig und verbilligt für Investitionszwecke an den Markt zu bringen — gerecht wird.

407. Das größte Privatisierungspotential haben die Länder und Gemeinden. In Westdeutschland haben sie sich bislang, anders als der Bund, beim Aufspüren von Privatisierungsmöglichkeiten und deren Nutzung sehr zurückgehalten. Hier ist mehr zu tun, nichts darf von vornherein tabuisiert werden, weder beim gewerblichen Beteiligungsbesitz, noch im öffentlichen Personennahverkehr oder in den vielen anderen Leistungsbereichen der Kommunen. Das gilt auch für Ostdeutschland in dem Maße, wie dort Länder und Gemeinden nach westdeutschem Vorbild Aufgaben an sich ziehen wollen oder es schon getan haben, die eigentlich von Privaten erfüllt werden können. Überdies sollten die ostdeutschen Gemeinden die Privatisierung ihres großen Wohnungsbestandes, wo immer es geht, energischer in Angriff nehmen, wozu sie heute größere Chancen haben als früher, nachdem die kommunalen Wohnungsunternehmen im Rahmen des Föderalen Konsolidierungsprogramms von Altschulden erheblich entlastet wurden. Auch bei der Erfüllung von Infrastrukturaufgaben muß ausgelotet werden, wo sich privates Engagement kostensparend und effizienzsteigernd mobilisieren läßt. Besonders in den jungen Bundesländern, wo die Zeit so drängt, verspricht dieser Weg bei der Ausweitung des Infrastrukturangebots ein schnelleres Vorankommen, als es der Fall ist, wenn der Staat hier alleine tätig ist (JG 91 Ziffern 464ff.); einige Beispiele gibt es auf kommunaler Ebene bereits.

Privatisierung ist in zahlreichen Fällen ein in technischer Hinsicht schwieriges Unterfangen. Damit läßt sich aber der auf der Ebene der Länder und Gemeinden im ganzen immer noch unzureichende Privatisierungswille nicht erklären. Das eigentliche Problem liegt, so scheint es uns, am Widerstand der Repräsentanten aus Politik und Verwaltung, die auf ihre Gestaltungs- und Nutzungsmöglichkeiten bedacht sind. Diesem Verhalten muß entgegengewirkt werden. Notwendig hierzu ist eine kritische Öffentlichkeit, die immer wieder danach fragt, was originäre Staatsaufgaben sind und was nicht, und die darauf pocht, regelmäßig darüber informiert zu werden, was es kostet, wenn ein eigentlich sinnvoller Verkauf von wirtschaftlichem Staatseigentum unterbleibt oder die Bereitstellung von öffentlichen Leistungen auch dann nicht Privaten überantwortet wird, wenn diese die entsprechenden Leistungen kostengünstiger anzubieten vermögen. Schnell wird dies freilich nicht wirken. Doch kann sich als hilfreich erweisen, daß praktisch alle Bundesländer und viele Gemeinden nunmehr Haushaltskonsolidierung betreiben müssen, die schmerzhafte Anpassungen verlangt, und daher jede Form der Entlastung willkommen ist, so auch die Verbesserung der Einnahmenseite durch Privatisierungserlöse und der größere Spielraum für Einsparungen auf der Ausgabenseite durch Wegfall oder Minderung von Subventionen an die vormals staatlichen Bereiche.

Beispiel: Zur Privatisierung des Fernmeldewesens

408. Der Telekommunikationssektor ist ein sehr wichtiger Bereich der Volkswirtschaft. An seiner Leistungsfähigkeit entscheidet sich mit, ob es gelingt, das Wachstumspotential, das in der sich vertiefenden internationalen Arbeitsteilung einschließlich der fortschreitenden Globalisierung der Märkte liegt, zu erschließen und auszuschöpfen. Beim Standortwettbewerb spielt eine große Rolle, ob und inwieweit neue Übertragungstechniken und moderne Fernmeldedienste sowie darauf aufbauende Informationsdienste zum Einsatz kommen können, und zu welchen Preisen. Von den Nutzungsmöglichkeiten des Kommunikationssystems hängt es ab, wie schnell sich kundenorientierte Neuerungen im Endgerätebereich verbreiten können. Für das marktdominante Fernmeldeunternehmen — die Deutsche Bundespost Telekom —

kommt es darauf an, sich einzustellen auf den Wettbewerb mit ausländischen Telefongesellschaften und anderen Diensteanbietern, der intensiver wird, sich vorzubereiten auf die vollständige Marktöffnung im Telefondienst, die die Europäische Gemeinschaft bis 1998 verwirklichen will, und sich zu rüsten auf die großen Wachstumschancen hin, die die Telekommunikationsmärkte weltweit erwarten lassen.

409. Mit der ersten Poststrukturreform, die Mitte 1989 in Kraft trat, war ein Schritt auf dem Weg zur Schaffung günstiger Rahmenbedingungen im Telekommunikationssektor gemacht worden. Neben der Liberalisierung des Endgerätemarktes wurde Spielraum dafür geschaffen, daß weitere Netzbetreiber (im digitalen zellularen Mobilfunk, beim Bündelfunk, bei der Satellitenübertragungstechnik) tätig werden und zusätzliche Angebote an Informationsdiensten auf der Basis der bestehenden Fernmeldeinfrastruktur (wie Bildschirmtext und Datenkommunikation, insbesondere der paketvermittelte integrierte Datentransport) entstehen konnten. Aber dieser Spielraum blieb eng. Insbesondere erhielt die Telekom das Netz- und Telefondienstmonopol und damit das Ausschließlichkeitsrecht für den weitaus größten Teil des Marktes für Telekommunikationsdienste (sie erzielt hier über vier Fünftel ihres Umsatzes). Der Betrieb von privaten Sprachvermittlungsnetzen innerhalb geschlossener Benutzergruppen (Corporate Networks) mit Übergang ins öffentliche Telefonnetz wurde erst Ende 1992 ermöglicht, nachdem die EG-Kommission die Bundesregierung unter Androhung einer Vertragsverletzungsklage aufgefordert hatte, die entsprechende Dienste-Richtlinie über den offenen Netzzugang von Juni 1990 in nationales Recht umzusetzen. Überdies hat sich die klare Trennung zwischen Monopolbereich und Wettbewerbsbereich der Telekom als schwierig erwiesen; private Anbieter fühlen sich in ihren Chancen benachteiligt, besonders im Zusammenhang mit der Tarifierung von Mietleitungen durch die Telekom, auf die sie angewiesen sind, und wegen verdeckter Quersubventionierungen defizitärer Telekom-Dienste aus Monopolgewinnen, wodurch ihnen Marktvolumen genommen wird.

Der deutsche Telefondienst blieb im internationalen Vergleich teuer, beim Qualitätsstand der telekommunikativen Infrastruktur hat sich gegenüber wichtigen Konkurrenzländern ein erheblicher Rückstand aufgebaut (zum Beispiel beim Digitalisierungsgrad, der für die Marktdurchdringung mit neuen Informationsdiensten sehr wichtig ist); der Nutzungsgrad des Telefonnetzes und der Umfang und die Vielfalt des Diensteangebots sind hierzulande wesentlich niedriger als beispielsweise in den Vereinigten Staaten und in Großbritannien. Aber auch die Telekom selbst sieht sich in ihrem unternehmerischen Handeln, sprich in ihren Entwicklungsmöglichkeiten stark behindert: durch verfassungsrechtliche Beschränkungen bei Aktivitäten im Ausland in Form von Direktinvestitionen, Fusionen und strategischen Allianzen, durch die Pflichten zu finanziellen Abführungen an den Bund und zum Defizitausgleich bei den Schwesterunternehmen Postdienst und Postbank, durch die ausbleibende Zufuhr von Eigenkapital wegen der angespannten Haushaltslage des Bundes, durch das öffentliche Dienstrecht mit seinen starren Laufbahn- und Besoldungsregeln. Im Vergleich zu ausländischen Telefongesellschaften weist die Telekom merkliche Ineffizienzen auf, besonders bei der Kapitalproduktivität, die niedriger ist, und beim Personaleinsatz, der hoch ist. Neuerdings muß die Telekom Einnahmeneinbußen im Telefondienst gewärtigen, weil ausländische Telefongesellschaften, gestützt auf technische Neuerungen, deutschen Nutzern Direktwahldienste zu den im Ausland niedrigeren Tarifen anbieten. Kurz: Wie vom Sachverständigenrat seinerzeit befürchtet (JG 85 Ziffern 337 ff., JG 88 Ziffer 246), hat sich die damalige Reform als zu zaghaft erwiesen. Den schnell wachsenden Herausforderungen des Marktes ist sie nicht gerecht geworden.

410. Die Bundesregierung plant jetzt eine zweite Poststrukturreform. Sie hat in ihrem Standortbericht angekündigt, daß die Telekom privatisiert werden soll. Außerdem sollen ihre Monopolrechte nach und nach abgebaut werden. Diese Pläne reflektieren ordnungspolitische Entwicklungen, bei denen die Vereinigten Staaten, Japan und Großbritannien weltweit eine Vorreiterrolle gespielt haben. Damit diese Pläne die erwünschte Signalwirkung auslösen — für die Telekom ebenso wie für andere Anbieter aus dem In- und Ausland —, muß Klarheit über das Privatisierungskonzept herrschen. Mittlerweile besteht Konsens zwischen den Regierungsparteien und der Opposition über die Notwendigkeit, das Grundgesetz (Art. 87 Abs. 1 GG) zu ändern und die Telekom ab 1. Januar 1995 aus der unmittelbaren Bundesverwaltung auszugliedern. Auch haben sich die Parteien dahingehend verständigt, daß dieses Unternehmen in eine Aktiengesellschaft umzuwandeln sei, wie auch die beiden Schwesterunternehmen. Über den drei dann privatrechtlichen Unternehmen soll eine bundeseigene Holding in der Form einer Anstalt des öffentlichen Rechts stehen. Die Sicherung der Infrastruktur in der Telekommunikation und im Postbereich wird zu einer Staatsaufgabe erklärt, die im Grundgesetz festgeschrieben werden soll. Den Ländern sollen Kompetenzen bei Grundsatzentscheidungen eingeräumt werden; sie werden zusammen mit Mitgliedern des Deutschen Bundestages einen Regulierungsrat bilden, der, mit Beschlußrecht ausgestattet, dem Bundesministerium für Post und Telekommunikation zur Seite gestellt wird.

411. Sorgen, daß die geplante zweite Poststrukturreform zu kurz greift, sind nicht unbegründet:

— Die Holding soll über die Verwaltung der Kapitalanteile des Bundes an den Aktiengesellschaften hinaus operative Aufgaben übernehmen. Gedacht ist unter anderem an eine „koordinierende Beratung" der drei Unternehmen und daran, daß sie Manteltarifverträge abschließt. Würde der Zuständigkeitsbereich der Holding so weit gefaßt, wie von vielen angestrebt, bestünde die Gefahr, daß die Telekom unternehmerische Entscheidungen nicht ausreichend marktgerecht und wettbewerbsorientiert treffen könnte. Gegenüber dem heutigen Zustand wäre dann an Gestaltungsspielraum zu wenig gewonnen.

— Der Bund bleibt bei der Telekom für die Dauer von fünf Jahren Mehrheitseigner. Dies soll im Grundgesetz verankert werden. Erst nach fünf Jahren

kann eine Minderheitsbeteiligung ins Auge gefaßt werden, aber nur auf der Grundlage einer einfachgesetzlichen Regelung. Damit wäre das Unternehmen auch künftig politischen Einwirkungen ausgesetzt, die mit privatwirtschaftlichen Zielen kollidieren. Dies könnte es der Telekom erschweren, innerbetriebliche Kostensenkungspotentiale konsequent zu nutzen. Dies könnte negativ mehr ins Gewicht fallen als die positiven Wirkungen zu Buche schlagen, die die Befreiung von den Fesseln des öffentlichen Dienstrechtes und der möglich werdende Zugang zum Kapitalmarkt versprechen.

412. Die Bundesregierung sollte alles tun, um das Privatisierungsziel auf eine sachgerechte Weise zu verwirklichen. Sie sollte sich an den folgenden Leitvorstellungen orientieren:

— Wenn die Politik auf einer öffentlich-rechtlichen Holding als Dach über den drei Postunternehmen besteht, muß deren Funktion auf die Beteiligungsverwaltung begrenzt werden. Die Telekom ist in völlig anderen Geschäftsbereichen tätig und operiert unter ganz anderen Marktbedingungen als Postdienst und Postbank, so daß mögliche Verbundvorteile, die aus einer Managementholding resultieren könnten, sehr klein sind. Gegen eine Managementholding sprechen auch fiskalische Gründe: Die Attraktivität der Telekom für private Anleger würde verbessert, der Privatisierungserlös erhöht, wenn für Sorgen über ungebührliche politische Einflußnahmen gar nicht erst Anlässe geboten würden.

— Eine sinnvolle Privatisierung der Telekom muß materiell auf Aufgabenprivatisierung zielen. Dann und nur dann kämen Effizienzgesichtspunkte ausreichend zur Geltung. Die Telekom könnte und müßte wirklich unternehmerisch tätig werden, potentielle Wettbewerber hätten tatsächlich eine faire Chance. Der Gesetzgeber sollte schon jetzt klar machen, daß der staatliche Mehrheitsbesitz nach fünf Jahren tatsächlich aufgegeben wird und dies nicht von den dann bestehenden politischen Mehrheiten abhängt. Potentielle Anleger erhielten damit ein eindeutiges Signal.

— Die Privatisierung der Telekom ist mit einer umfassenden Öffnung des Marktes für Telekommunikationsdienste zu verbinden. Wettbewerb soll die Regel sein, ein Monopol die zu begründende Ausnahme. Eine ökonomisch stichhaltige Begründung für die Beibehaltung von Vorbehaltsrechten ist schwer zu führen, nachdem der dynamische technische Fortschritt im Vermittlungs- und Übertragungsbereich für natürliche Monopolbedingungen kaum noch Raum läßt und dank einer immer differenzierteren Nachfrage nach Telekommunikationsdiensten einstige Verbundvorteile eines Monopolunternehmens zunehmend schwinden. Erfahrungen aus dem Ausland zeigen, daß auch im Telefondienst und auf der Netzebene ein funktionstüchtiger Wettbewerb möglich ist. Ein wirksamer Telefondienstwettbewerb wird begünstigt, wenn den Anbietern gestattet wird, eigene Übertragungswege zu errichten.

— Es hat sich als zweckmäßig erwiesen, für den konkurrierenden Telefondienst und für die Zulassung konkurrierender Netzträger eine staatliche Lizenzierung vorzusehen, um wesentlichen Anforderungen (meist technischer und infrastruktureller Art) Rechnung zu tragen; Aufbau und Betrieb der beiden D-Netze und des E1-Netzes im deutschen Mobilfunk finden bereits unter solchen Bedingungen problemlos statt. Bei einer Lizenzierung kann ausgeschrieben oder versteigert werden, oder es wird in der Reihenfolge der eingegangenen Anträge entschieden. Die Verfahrensweise muß klar geregelt sein und eindeutige Kriterien für die Auswahlentscheidung in Fällen vorsehen, in denen nutzbare Funkfrequenzen knapp sind. Die Gleichbehandlung sämtlicher Antragsteller muß gewährleistet sein. Dies kann am besten von einer neu einzurichtenden Bundesbehörde, die von Gesetzes wegen mit einem hohen Maß an Unabhängigkeit ausgestattet wird, geleistet werden.

— Privatisierung und Marktöffnung sollen mit der Erfüllung von politisch erwünschten infrastrukturellen Leistungen vereinbar sein. Die Infrastrukturaufgabe kann auf dem Lizenzwege präzisiert werden. Damit wird erreicht, daß alle potentiellen Diensteanbieter und Netzbetreiber zu Infrastrukturaufgaben herangezogen werden. Eine Verankerung dieser Aufgabe im Grundgesetz ist nicht nur überflüssig, sondern auch kontraproduktiv, weil sie die Anpassung an künftige Innovationen über Gebühr erschwert. Deutschland bietet dank der hohen Bevölkerungsdichte bei einer recht gleichmäßigen Besiedelung im Raum sehr gute Voraussetzungen dafür, daß die flächendeckende Versorgung mit Telekommunikationsdiensten durch den Markt funktionieren wird.

413. Für die Telekom selbst ist es vorteilhaft, daß sie privatisiert wird. An der Neuaufteilung der zukunftsträchtigen Telekommunikationsmärkte, die derzeit weltweit im Gange ist, kann sie mit guten Erfolgsaussichten nur teilhaben, wenn sie wie ein normales Unternehmen behandelt wird. Sie muß die gleichen Handlungsfreiheiten haben wie ihre Konkurrenten, allen voran die bereits privatisierten großen ausländischen Telefongesellschaften, die international agieren und global Dienstleistungen aus einer Hand anbieten. Mit klaren gesetzgeberischen Entscheidungen sollte jetzt nicht mehr gezaudert werden. Die Politik muß in dieser für die wirtschaftliche Dynamik unserer Wirtschaft so wichtigen Frage nicht warten, bis in der Europäischen Gemeinschaft über die vollständige Marktöffnung endgültig entschieden ist.

Mehr Effizienz in der Strukturpolitik

414. Wirtschaftliches Wachstum geht mit Strukturwandel einher. Dazu tragen — je nach Branche und Region mit unterschiedlichem Gewicht — einkommensbedingte Veränderungen in der Nachfrage, Verschiebungen in den Faktorknappheitsrelationen und der technische Fortschritt bei. Hinzu kommen Veränderungen in den außenwirtschaftlichen Rahmenbedingungen, die ausgelöst werden durch vorauseilende und nachdrängende internationale Konkur-

renz. In den neuen Bundesländern ist die Systemtransformation, die nunmehr seit drei Jahren im Gange ist, die alles überragende strukturelle Herausforderung. Dem wachstumsnotwendigen Strukturwandel Rechnung zu tragen, ist in erster Linie eine Aufgabe der Unternehmen. Je besser sie diese Aufgabe mit zukunftsträchtigen Produkt- und Verfahrensinnovationen erfüllen, um so sicherer werden Wettbewerbsfähigkeit und Arbeitsplätze. Das Risiko, das mit dem strukturellen Anpassungsprozeß verbunden ist, kann ihnen niemand abnehmen. Auch der Staat kann dies nicht. Gleichwohl trägt er eine strukturpolitische Verantwortung, und zwar wiederum in dem Sinne, daß die allgemeinen Angebotsbedingungen in der Volkswirtschaft angemessen ausgestaltet werden, hier vor allem in bezug auf das Steuersystem und die Qualifikation und Mobilität der Arbeitskräfte. Die Strukturpolitik muß auf globale Wirkungen setzen, nicht die sektorale Wirtschaftsentwicklung beeinflussen wollen, wozu der Staat aber immer wieder gedrängt wird, auch gegenwärtig angesichts der bedrückenden Beschäftigungsprobleme, der Schwierigkeiten beim wirtschaftlichen Neuaufbau in Ostdeutschland und der Sorgen, bei den Spitzentechnologien auf dem Weltmarkt Boden zu verlieren.

415. Die sektorale Strukturpolitik, die Bundesregierung und Landesregierungen betreiben, hat immer wieder das Ziel, die Anpassung von Unternehmen und Arbeitnehmern an den Strukturwandel zugleich zu fördern und sozial abzufedern. Dies läßt sich sicherlich ökonomisch rechtfertigen. Problematisch ist es aber, die in der Regel als vorübergehend gedachten Anpassungshilfen zu ständigen Erhaltungshilfen werden zu lassen, wie es unter dem politischen Druck der vom Strukturwandel nachteilig Betroffenen häufig geschieht. Bekannte Beispiele sind in Westdeutschland die Landwirtschaft, der Steinkohlenbergbau, die Bundesbahn, der Schiffbau und die Bekleidungsindustrie. In keiner dieser Branchen konnte die Strukturschwäche überwunden werden. Was an Anpassungsbedarf aufgestaut wurde, zeigt sich dramatisch in Phasen konjunktureller Nachfrageschwäche, in denen alternative Beschäftigungsmöglichkeiten für die von Entlassung bedrohten Arbeitnehmer gering sind. Trotzdem interveniert der Staat weiter zugunsten schrumpfender Branchen — mit umfangreichen Subventionen und scharfen Importbeschränkungen (vor allem nichttarifärer Art), mitunter auch dadurch, daß er anderen Bereichen hohe Abnahmeverpflichtungen aufbürdet (zum Beispiel der Elektrizitätswirtschaft und der Stahlindustrie den Bezug der teuren heimischen Steinkohle im Rahmen des Jahrhundertvertrages beziehungsweise des Hüttenvertrages). Zu wenig werden dabei die volkswirtschaftlichen Kosten berücksichtigt, die sich langfristig daraus ergeben, daß die Verbraucher und Verarbeiter mit höheren Preisen, die Steuerzahler mit höheren Steuern und die Exportunternehmen mit einer realen Höherbewertung der D-Mark belastet werden. Da das Anreizsystem verzerrt wird, kommt es zu einer Fehlallokation der Produktivkräfte. Der Wachstumsspielraum wird beeinträchtigt, das Entstehen neuer Arbeitsplätze in der Zukunft verzögert. Zahlreiche empirische Untersuchungen belegen einhellig, daß diese volkswirtschaftlichen Kosten viel höher sind, als an einzelwirtschaftlichen Erträgen in den geschützten Branchen anfällt. Hinzuzurechnen sind auch noch die negativen Wirkungen auf andere Länder, besonders auf die Entwicklungsländer und die Reformländer in Mittel- und Osteuropa, deren Exportchancen vermindert werden. Der weltwirtschaftlichen Verantwortung, die die Bundesrepublik trägt, läuft dies zuwider, mit ihren außenpolitischen Interessen steht dies nicht im Einklang.

416. Gewiß, nicht nur in der Bundesrepublik läßt sich die Politik von partikularen Interessengruppen zu einer protektionistischen Strukturpolitik drängen. In anderen Industrieländern ist es ähnlich, mitunter schlimmer. Aber dadurch werden strukturpolitische Verfehlungen in Deutschland nicht erträglicher. Bei einer angebotsorientierten Wirtschaftspolitik, wie wir sie für geboten halten, muß die Politik einen grundlegenden Wandel vollziehen und darf nicht weiterhin mit kostspieligen Maßnahmen den wachstumsnotwendigen Strukturwandel behindern. Dazu hat die Bundesregierung die Kraft bislang nicht gefunden. Den Ankündigungen über Veränderungen in der Subventionspolitik und in der Außenhandelspolitik sind keine entscheidenden Schritte gefolgt. In der Außenhandelspolitik, für die die Europäische Gemeinschaft zuständig ist, mag es schwierig sein, überfällige Liberalisierungsmaßnahmen, zum Beispiel in der Landwirtschaft oder im Textilsektor, gegenüber anderen Mitgliedstaaten durchzusetzen. Dennoch bleibt es dringlich, in der Gemeinschaft auf Remedur zu drängen. Über die EG-Außenhandelspolitik wird mit qualifizierter Mehrheit entschieden. Kein Mitgliedsland kann somit durch sein Veto substantielle Liberalisierungsanstrengungen blockieren. Gravierende Konsequenzen hätte es, wenn sich die in einigen Ländern, besonders in Frankreich, formierten merkantilistischen Kräfte mit ihrer Vorstellung auf der Ebene der Gemeinschaft durchsetzten, für bestimmte sogenannte sensible Sektoren dauerhaften Schutz vor nachstoßendem Importwettbewerb zu sichern und eine administrative Steuerung bilateraler Handelsströme zu etablieren. In einer verstärkt nach innen orientierten Gemeinschaft gäbe es nicht mehr Wirtschaftsdynamik und Beschäftigung, es gäbe weniger. Die Integrationsdividende aus der Vollendung des Binnenmarktes wäre bald aufgezehrt. Der Sachverständigenrat wiederholt daher sein Plädoyer, die Bundesregierung möge gemeinsam mit den anderen an einer liberalen Welthandelsordnung interessierten Mitgliedstaaten mutig darauf hinarbeiten, daß protektionistisches Unheil abgewehrt, die Uruguay-Runde erfolgreich abgeschlossen und damit der Weg für die Weiterentwicklung der multilateralen Handelsordnung frei gemacht werden (JG 92 Ziffern 449f.).

Für den Abbau von Subventionen gab und gibt es einen großen nationalen Handlungsspielraum. Daß er so wenig genutzt wird, ist höchst unbefriedigend. Daß bei den Maßnahmen im Rahmen des Föderalen Konsolidierungsprogramms die Kürzung von strukturkonservierenden Subventionen ausgespart wurde, obwohl es angesichts des Zwanges zu einer sparsamen Verwendung öffentlicher Mittel nahegelegen hätte, diesen Weg endlich einzuschlagen, ist schwer verständlich. So weitermachen wie bisher, das wäre nicht zu verantworten, mit zukunftsorientierter Stand-

ortpflege nicht zu vereinbaren. Nach wie vor besteht also akuter Handlungsbedarf für eine Flurbereinigung in der Strukturpolitik mit dem Ziel, den Prozeß der strukturellen Anpassung voranzubringen, nicht ihn aufzuschieben. Vorschläge hierzu hat der Sachverständigenrat wiederholt gemacht (zuletzt JG 90 Ziffern 362ff., JG 92 Ziffer 345). Die Leitvorstellung muß sein, daß bestehende Erhaltungssubventionen zugunsten strukturschwacher Branchen oder Unternehmen über einen verbindlich vorab festgelegten Zeitraum hinweg abgebaut werden und neue Subventionen, wenn unabweisbar, nur als Anpassungssubventionen gewährt werden. Soweit noch nicht geschehen, heißt das: zeitlich befristet, mit im Zeitablauf abnehmender Dosierung und unter der Bedingung, daß die betroffenen Unternehmen eine erfolgversprechende Umstrukturierungskonzeption vorlegen und diese konsequent umsetzen und daß die Tarifvertragsparteien durch problemadäquate Abschlüsse diesen Prozeß unterstützen. Dies ist mehr als das, was die Bundesregierung in ihrem Standortbericht an Plänen ankündigt.

417. Der strukturpolitische Kurswechsel für Westdeutschland ist um so dringender, als auch den Bürgern in Ostdeutschland plausibel gemacht werden muß, daß unrentable Produktionen und Arbeitsplätze nicht gezielt mittels staatlicher Hilfen verteidigt werden sollen. Gerade weil der Transformationsprozeß so schmerzhaft verläuft und der Verfall der Industrie mit dem großen Verlust an Arbeitsplätzen alles in den Schatten stellt, was der Strukturwandel den westdeutschen Unternehmen, die in Bedrängnis gerieten, jemals abverlangt hat, erscheint es den Betroffenen in den jungen Bundesländern nur gerecht, daß der Staat wenigstens das, was an industrieller Substanz noch vorhanden ist, bewahrt. Dies gilt in erster Linie für die noch im Eigentum der Treuhandanstalt stehenden Unternehmen; als schutzwürdig betrachten sich aber auch privatisierte Unternehmen, die nicht, wie geplant, vorankommen. Nicht selten spielt bei den Hilfsbegehren das Argument eine Rolle, daß schließlich in Westdeutschland der Bund und die Länder ebenfalls eine sektorspezifische Strukturpolitik betrieben, um Arbeitsplatzabbau und Einkommensverluste zu begrenzen. Soweit sich hinter diesem Gerechtigkeitsempfinden der Wunsch nach Sozialverträglichkeit des fortschreitenden Transformationsprozesses verbirgt, muß man Verständnis haben. Doch die in den alten Ländern begangenen Fehler sollten nicht wiederholt werden. Was dort ökonomisch falsch war und ist, läßt sich in den jungen Ländern nicht zum Richtigsein hochstilisieren. Wenn über einen längeren Zeitraum knappe öffentliche Mittel in wettbewerbsschwachen Unternehmen gebunden werden, fehlen diese Mittel dann woanders, dort nämlich, wo die regionale Investitionsförderung einschließlich Infrastrukturaufbau durchaus dazu beitragen könnte, daß eine Industriestruktur entsteht, die im interregionalen und im internationalen Wettbewerb bestehen kann und damit die Basis für ein selbsttragendes industrielles Wachstum in der Zukunft und für die Verbesserung des Standortes Ostdeutschland wäre.

Wir halten diesen Weg der Schaffung einer Exportbasis in den jungen Bundesländern nach wie vor für den einzig erfolgversprechenden (JG 92 Ziffern 92ff.). Daß es Bundesregierung und östliche Landesregierungen anders sehen, daß sie „industrielle Kerne" mit der von der Treuhandanstalt nicht zu privatisierenden Unternehmen, so wenige es letztlich dann auch sein mögen, zu erhalten bestrebt sind, mag man als Versuch werten, angesichts eines für jedermann offenkundigen Notstandes den weiteren Schrumpfungsprozeß aufzuhalten, bis der industrielle Neuaufbau, nicht zuletzt dank der fortwährenden allgemeinen Wirtschaftsförderung, gesichert ist, was noch etliche Jahre dauern wird. Doch wir befürchten, daß der Staat, hat er sich erst einmal für das Überleben eigentlich nicht überlebensfähiger Unternehmen in die Pflicht nehmen lassen, daraus nicht mehr ohne weiteres entlassen würde. Der Dauersubventionierung von wirtschaftlichen Tätigkeiten, die keine Zukunftsperspektive haben, wäre Tür und Tor geöffnet. Das müßte der ostdeutschen Wirtschaft mittelfristig schaden. Deshalb sollten von Anfang an regelgebundene Vorkehrungen gegen eine staatliche Dauerhaftung für verlustbringende Unternehmen getroffen werden. Es darf kein Zweifel darüber aufkommen können, daß die Subventionen zur Sanierung von Unternehmen nur zeitlich eng befristet gewährt werden, daß ein sich aus betriebswirtschaftlichen Gründen als notwendig erweisender Arbeitsplatzabbau auch tatsächlich vollzogen werden wird und daß Betriebe, die nicht schnell Sanierungsfortschritte vorweisen, endgültig stillgelegt werden. Aber trotzdem: Die Skepsis bleibt, daß die Gratwanderung zwischen dem, was aus der Not heraus betrieben wird, und dem, was angebotspolitisch eigentlich erwünscht ist, gelingt.

418. In jüngster Zeit mehren sich Forderungen nach einer Strukturpolitik, die gezielt zukunftsträchtige Hochtechnologiebereiche fördert, allen voran die Mikroelektronik und die darauf aufbauenden Anwendungen in neuen Spitzenprodukten und Produktionsverfahren. Diese Forderungen werden damit begründet, daß in einem hochentwickelten Industriestaat wie dem unseren ein angemessenes wirtschaftliches Wachstum bei wieder hohem Beschäftigungsstand nur erreicht werden könne, wenn die Wirtschaft an der Spitze der technischen Entwicklung marschiere, was sie aber aus eigener Kraft nicht ausreichend könne, weil auf entscheidenden Technologiefeldern für das einzelne Unternehmen die Aufwendungen für Forschung und Entwicklung sehr hoch und die Chancen, auf dem Weltmarkt Fuß zu fassen und den Forschungsaufwand wieder einzuspielen, unter den herrschenden Wettbewerbsbedingungen, die diskretionär und durch Marktversagen verfälscht würden, sehr ungewiß seien. Der Staat müsse daher sein forschungs- und technologiepolitisches Instrumentarium weiterentwickeln und viel stärker als bisher zugunsten von Schlüsseltechnologien einsetzen. Gedacht wird nicht nur an die konventionellen staatlichen Fördermaßnahmen; der Staat soll nach dieser Auffassung auch neue Aktivitäten entfalten, besonders einen permanenten Dialog zwischen Regierung, Wirtschaft, Gewerkschaften und Wissenschaft über künftige Schlüsseltechnologien institutionalisieren.

419. Richtig ist, daß der wachstumsgerechte Strukturwandel in Richtung auf Bereiche, die forschungs- und technologieintensiv sind, vorankommen muß. Bei der Ausstattung mit Humankapital hat Deutschland

einen komparativen Vorteil. Alles, was der Umsetzung dieses Vorteils in Markterfolge, sprich zusätzliches Einkommen und mehr Beschäftigung, im Wege steht, muß daher beseitigt werden. In erster Linie sind die Unternehmen gefordert: ihr Innovationsmanagement, ihr Mut zum Forschungsrisiko, ihre Bereitschaft, im vorwettbewerblichen Bereich auf dem Gebiet von Forschung und Entwicklung miteinander zu kooperieren, auch länderübergreifend sogenannte strategische Allianzen zu bilden. Bei einer Wettbewerbspolitik, die konsequent für offene Märkte nach innen und nach außen sorgt, ist Verlaß, daß der Druck auf die Unternehmen, Innovationspotentiale aufzubauen und in Produktion umzusetzen, stark ist.

420. Der Staat hat freilich auch Aufgaben unmittelbar im Bereich der Forschungs- und Technologiepolitik. Wichtig ist folgendes:

— Die Grundlagenforschung wird weiterhin gefördert, vor allem auf den Gebieten der Naturwissenschaften, des Ingenieurwesens und der Medizin, um wichtige Vorbedingungen dafür herzustellen, daß marktfähige zukunftsträchtige Innovationen stattfinden. Gesetze und Vorschriften sind darauf zu überprüfen, ob sie die Tätigkeit der Forscher über Gebühr einschränken; Maßstab müßte sein, was in anderen Ländern mit anerkannt guten Forschungseinrichtungen bewährte Normen sind, die Regeln für eine fruchtbare Zusammenarbeit zwischen Wissenschaft und Wirtschaft eingeschlossen.

— Der Staat beteiligt sich finanziell am Innovationsrisiko der Unternehmen. Er hat deshalb im Rahmen der Steuerreform 1988/90 die Möglichkeiten des zeitlichen Verlustausgleichs verbessert. Die Ratio ist, daß das durch Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten erzeugte technische Wissen trotz des ausgefeilten Patentwesens oft auch Dritten zugute kommt (also positive externe Effekte vorliegen) und im übrigen später, bei gelungener Produkt- oder Verfahrensinnovation, der Staat über das Steuersystem an dem wirtschaftlichen Erfolg des Forschung treibenden Unternehmens teilhat. Vorrang sollte allerdings die indirekte Förderung (zum Beispiel über Zuschüsse und Steuervergünstigungen) haben, nicht, wie seit vielen Jahren üblich, die selektive direkte Projektförderung. Jahrelange Erfahrung hat gelehrt, daß bei der direkten Projektförderung unlösbare Informations- und Prognoseprobleme auftreten und die Versuchung sehr groß ist, auch dann noch öffentliche Mittel einzusetzen, wenn ein Projekt notleidend wird. Außerdem haftet aus organisatorischen Gründen dem Antrags-, Entscheidungs- und Abwicklungsverfahren eine Tendenz zur Begünstigung einzelner Großunternehmen an, obwohl dort nicht immer das größte Innovationspotential zu mobilisieren ist. Bei der indirekten Forschungsförderung gibt es natürlich auch keine Erfolgsgarantie. Aber es gibt eine größere Chance dafür, Fehler und deren Folgen zu minimieren, weil der wettbewerbliche Suchprozeß Art und Tempo der unternehmerischen Forschungs- und Entwicklungstätigkeit in marktnähere Bahnen drängt und weil Innovationsvorhaben bei unzureichenden Verwertungsaussichten eher abgebrochen werden, wenn politische Prestigeüberlegungen nicht im Spiele sind.

— Der Forschungsverbund zwischen innovativen kleinen und mittleren Unternehmen auf Branchenebene wird nach dem Modell der industriellen Gemeinschaftsforschung weiterhin unterstützt. Auf diese Weise kann die zwischenbetriebliche Arbeitsteilung in der Forschung vertieft werden, was effizienzsteigernd ist; Skalenerträge und Synergieeffekte können zum Tragen kommen, was reale Kostenersparnisse bringt. Der Staat hat hierfür in den letzten Jahren zunehmend Mittel bereitgestellt. Bei dieser Grundlinie sollte er bleiben. Es muß freilich darauf geachtet werden, daß die jeweiligen Forschungsergebnisse veröffentlicht werden, damit über die allgemeine Wissensdiffusion der technische Fortschritt auf breiter Basis stattfindet und so die Wettbewerbsfähigkeit möglichst vieler kleiner und mittlerer Unternehmen gestärkt wird.

— All dies gilt in besonderem Maße für die staatliche Forschungs- und Technologiepolitik in den jungen Bundesländern. Im Bereich der universitären und außeruniversitären Grundlagenforschung haben Bundesregierung und Landesregierungen gemeinsam (nach Art. 91a und b GG) wichtige Voraussetzungen für den Aufbau eines leistungsfähigen Forschungssystems bereits hergestellt. Kritisch ist hingegen die Lage im Bereich der angewandten Forschung. Im Zuge des industriellen Schrumpfungsprozesses der letzten Jahre sind Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten drastisch eingeschränkt, vielfach auch eingestellt worden. Qualifizierte Wissenschaftler sind zum Teil nach Westdeutschland abgewandert, zum Teil sind sie arbeitslos oder in forschungsfremden Bereichen tätig. Diese Entwicklung gilt es umzukehren, vorhandenes Forschungspotential darf nicht verlorengehen. Die Industrie hätte es sonst noch schwerer als ohnehin schon, eine wettbewerbsfähige Angebotspalette hervorzubringen, die angesichts des steilen Arbeitskostengefälles zu den östlichen Nachbarländern möglichst viele moderne, qualitativ hochwertige, also technologieintensive Güter enthalten muß. Die meisten ostdeutschen Unternehmen haben aber noch nicht die finanzielle Kraft, um — auf sich allein gestellt — im Innovationswettbewerb bestehen zu können. Diese Unternehmen brauchen staatliche Hilfen, sie brauchen sie vorerst in noch stärkerem Maße und für längere Zeit als westdeutsche Unternehmen. Erfolgversprechende Ansatzpunkte sind, wie Erfahrungen in Westdeutschland zeigen, Personal- und Sachkostenzuschüsse sowie Existenzgründungsprogramme für technologieorientierte Unternehmen. Bei der Ausschreibung öffentlicher Aufträge ist die Gleichbehandlung ostdeutscher Bewerber sicherzustellen, bei der Ausgestaltung der mit den Ländern Mittel- und Osteuropas vereinbarten wissenschaftlichtechnischen Zusammenarbeit sollten ostdeutsche Unternehmen und Forschungseinrichtungen soweit wie möglich mit ihren Leistungen eingebunden werden.

421. Demgegenüber wäre es bedenklich, wenn der Staat die industrielle Entwicklung im Hochtechnolo-

giebereich gezielt mitgestalten wollte, wie es von vielen gefordert wird und wofür der Standortbericht der Bundesregierung eine Handhabe bieten könnte. Vor ähnlichen Bestrebungen auf EG-Ebene hatten wir in unserem letzten Jahresgutachten gewarnt (JG 92 Ziffer 443). Die Bedingungen, die ein staatliches Eingreifen ökonomisch rechtfertigen könnten, besonders die immer wieder behaupteten Varianten von Marktversagen, sind in der Regel nicht gegeben. Der Staat wüßte vorab nicht, ob er das Richtige mit den richtigen Mitteln und in der richtigen Dosierung fördert. Die Fehlleitung von Ressourcen — öffentliche Mittel, Forschungskapazitäten — wäre programmiert. Daß die deutsche Wirtschaft in Technologiebereichen, denen weltweit große Wachstumschancen eingeräumt werden, Schwächen zeigt (Ziffern 198ff.), läßt sich nicht einfach damit erklären, daß es hierzulande zuwenig staatliche Unterstützung für Innovationsaktivitäten gegeben habe, in Japan und in den Vereinigten Staaten dafür um so mehr. Den Kern des Problems sehen wir woanders: Lange Zeit galt das Spezialisierungsmuster der deutschen Industrie — die beispiellos breite Angebotspalette mit technisch und qualitativ hochwertigen Investitionsgütern — als solide Basis für ein ansehnliches industrielles Wachstumspotential in der Zukunft. Eine Konzentration der betrieblichen Forschungsressourcen auf neue Schlüsseltechnologien erschien einzelwirtschaftlich daher weniger dringlich als ständige Anstrengungen mit dem Ziel, bewährte Techniken und im Markt erfolgreich eingeführte Produkte zu perfektionieren. Wo gleichwohl versucht wurde, in technisches Neuland vorzustoßen, gelang es den innovativen Unternehmen oft nicht, die Ergebnisse ihrer Forschungs- und Entwicklungstätigkeit in marktfähige Produkte und Dienstleistungen umzusetzen und sich damit in Zukunftsbereichen einen Wettbewerbsvorsprung zu sichern; dies hatte innerbetriebliche Gründe, es war aber auch Ausdruck bestehender Akzeptanzprobleme bei potentiellen Abnehmern (Scheu vor der Anwendung immer komplexerer Techniken) und in der Öffentlichkeit (Angst vor den vermeintlich unbeherrschbaren Risiken der neuen Technologien).

Dies zu ändern, mag schwierig sein, aber es ist keineswegs so, daß die Unternehmen nicht viel mehr eigenständig tun könnten, um im Hochtechnologiebereich Rückstände wettzumachen und ihre künftigen Marktchancen zu wahren. Ermutigende Beispiele gibt es durchaus schon. Große Anstrengungen werden gemacht, um die Forschungs- und Entwicklungsprozesse rationaler und zielgerechter zu gestalten, die Innovationszeiten zu verkürzen, die Umsetzung von Innovationen in marktgängige Produkte zu beschleunigen. Damit sich diese Einstellung in der Breite Bahn bricht, darf der Staat sich nicht zu weitreichenden technologiepolitischen Aktionen verleiten lassen, die bei risikoscheuen Unternehmen nur die Erwartung nähren würden, bei der Bewältigung des zukunftsorientierten Strukturwandels die Hauptverantwortung abgenommen zu bekommen. Wir befürchten, daß die Einrichtung von sogenannten Strategiekreisen oder Technologieforen unter staatlicher Führung eine solche Erwartungshaltung hervorrufen könnte. Es wird schwerlich bei einem bloßen Dialog über neue technische Entwicklungen und ihr Nutzungspotential bleiben, wie deren Befürworter versprechen. Die Versuchung des Staates, seine technologiepolitischen Leitbilder zu verwirklichen, ist ebenso ernst zu nehmen wie das Interesse der im Bereich der Hochtechnologie operierenden Unternehmen, großzügig bemessene Subventionen zu erwirken.

Umweltpolitik in der Bewährung

422. In unserem Lande besteht ein breiter Konsens darüber, daß das wirtschaftliche Wachstum umweltverträglich sein muß. Dies ist auch möglich. Zwar fehlt es nicht an Stimmen, die beides für unvereinbar halten und unentwegt und mit Nachdruck verlangen, daß dem Umweltschutz Priorität vor wachstumspolitischen Zielen einzuräumen sei. Doch für die Erfüllung ökologischer Belange sind zwei Bedingungen unverzichtbar. Die eine ist, daß die Anreize für einen schonenden Umgang mit der Umwelt richtig gesetzt sind, das heißt, daß das Allokationsproblem gelöst wird. Die zweite Bedingung ist, daß es wirtschaftliche Dynamik gibt: damit der Strukturwandel hin zu umweltschonenden Aktivitäten mit im ganzen positiven Beschäftigungsentwicklungen verläuft und damit die Kosten, die für den Umweltschutz aufzubringen sind, von allen leichter getragen werden können. Im Wachstum können Ressourcen mobilisiert werden, um die Umweltqualität auf anspruchsvollem Niveau für die Zukunft zu sichern, der wirksame Umweltschutz wiederum spiegelt sich in neuen Technologien zur Vermeidung und Beseitigung von Umweltschäden und in einer Entwicklung umweltfreundlicher Produkte wider, aus der heraus neue dynamische Absatzmärkte in aller Welt geschaffen werden können. Außerdem stärkt es den Investitionsstandort Deutschland, wenn hier schonend mit der Natur umgegangen wird und insoweit die Basis für wohlstandstiftende Produktionsmöglichkeiten auch in der ferneren Zukunft gefestigt wird.

423. Umweltgüter sind knappe Güter. Der Sachverständigenrat hält es für unabdingbar, daß den Marktteilnehmern — Produzenten und Verbrauchern — die Umweltknappheit in geeigneter Weise signalisiert wird: mit ordnungsrechtlichen Vorgaben, soweit unvermeidlich, durch Einsatz marktwirtschaftlicher Steuerungsinstrumente, wo immer möglich (JG 89 Ziffern 278ff., JG 91 Ziffern 412ff.). Marktwirtschaftliche Steuerungsinstrumente (Umweltabgaben, handelbare Umweltnutzungsrechte) haben den Vorteil, daß sie, richtig ausgestaltet, die externen Kosten der Umweltnutzung beim Verursacher internalisieren und damit ökonomische Anreize zu einem umweltverträglichen Wirtschaften schaffen, Umweltschutzziele also effizient und billig erreichen helfen. Dies bedeutet nicht, daß ordnungsrechtliche Mittel entbehrlich sind. Im Gegenteil: Sie sind unverzichtbar zur Gefahrabwendung, und sie sind notwendig für die Festlegung der Mindeststandards im Umweltschutz. Nur: In der Umweltpolitik dominieren — das sollen und brauchen sie nicht.

Die Politik hat sich dieser Einsicht nicht ganz verschlossen. Galt lange Zeit das Ordnungsrecht als das für die Umweltpolitik einzig maßgebliche Prinzip, so

wird seit einigen Jahren das umweltentlastende Potential marktwirtschaftlicher Ansätze deutlicher gesehen. Praktische Versuche, solchen Konzeptionen näher zu kommen, gibt es bereits (so beim Gewässerschutz mit der Abwasserabgabe oder im Bereich der Abfallentsorgung mit dem Dualen System), andere sind in der Diskussion (etwa eine Luftschadstoffabgabe, die CO_2-Steuer oder gar eine ökologisch orientierte Reform des gesamten Steuersystems). Freilich: In mehr als zwei Jahrzehnten ist das Netz ordnungsrechtlicher Normen und Vorschriften äußerst dicht geworden (ein Umweltgesetzbuch ist derzeit in Vorbereitung) mit der Folge, daß ökonomische Steuerungsinstrumente letztlich nicht wirklich zur Geltung kommen. Das Mißtrauen in marktwirtschaftliche Lösungen ist nach wie vor groß, die Neigung, umweltrechtliche Vielfalt und Perfektion mit bestmöglichem Umweltschutz gleichzusetzen, ist immer noch stark. Angesichts der Probleme, die unlängst beim Dualen System aufgebrochen sind, fühlen sich alle jene bestärkt, die von einem marktwirtschaftlichen Kurs in der staatlichen Umweltpolitik prinzipiell nichts halten. Wer aber die Sinnhaftigkeit ökonomischer Anreizsysteme in der Umweltpolitik grundsätzlich in Frage stellt, muß, wenn er sich mit dieser Vorstellung im politischen Prozeß durchsetzt, gegen sich gelten lassen, daß er den einzelnen dazu verleitet, falsch zu rechnen und für den schonenden Umgang mit der Umwelt nicht mehr zu tun, als vorgeschrieben wird.

424. Die Probleme mit dem Dualen System sind kein Beleg für die Untauglichkeit marktwirtschaftlicher Lösungen in der Abfallwirtschaft. Sie dokumentieren vielmehr fundamentale Konstruktionsfehler im System selbst und in den ordnungsrechtlichen Rahmenbedingungen.

Nach der Verpackungsverordnung von 1991 gibt es für den Einzelhandel und den Versandhandel Rücknahmepflichten, ebenso für Hersteller und Vertreiber von Verpackungen, die zudem die zurückerhaltenen Materialien erneut zu verwenden oder, soweit aussortiert, stofflich zu verwerten haben, und zwar außerhalb des öffentlichen Entsorgungssystems. Eine Freistellung von den Rücknahmepflichten ist unter der Bedingung möglich, daß die Wirtschaft flächendeckend ein eigenes Sammelsystem aufbaut und dabei die vom Gesetzgeber geforderten Erfassungs-, Sortier- und Verwertungsquoten, bei Getränkeverpackungen auch Mehrwegquoten erfüllt. Zu diesem Zweck haben Unternehmen aus der Verpackungsindustrie, der Konsumgüterindustrie und des Handels im September 1990 die Duale System Deutschland GmbH (DSD) gegründet. Die Verpackungen, die über dieses System umweltverträglich entsorgt werden sollen, sind durch den sogenannten Grünen Punkt gekennzeichnet; dafür zahlen Abfüller und Verpacker eine Lizenzgebühr an die DSD.

Das Duale System setzt nicht adäquate Anreize, eher Fehlanreize. Die Sammlungs- und die Sortierkosten werden nicht verursachungsgerecht angelastet. Für die Abfüller von Verpackungen gibt es die Versuchung, das absatzfördernde Umweltsiegel Grüner Punkt zu verwenden, ohne der DSD die gesamte Verpackungsmenge zu melden und dafür zu bezahlen; für die Verbraucher lohnt es sich, auch normalen Hausmüll wie Verpackungsabfall zu behandeln und in die DSD-Rücknahmeeinrichtungen zu verlagern, weil sich vielerorts damit Abfallgebühren sparen lassen. Dies hat mit dazu beigetragen, daß fühlbare Engpässe bei den Verwertungskapazitäten der Entsorgungsunternehmen aufgetreten sind. Mehr noch: Die DSD selbst hat gar nicht die Möglichkeit, die Abfallentsorgung ökonomisch effizient zu betreiben. Die Hauptgründe sind die von der Verpackungsordnung vorgeschriebenen starren Verwertungsquoten und das Gebot, der stofflichen Materialverwertung absoluten Vorrang einzuräumen, obwohl je nach Stoffart (zum Beispiel bei den Kunststoffverpackungen) die Abfallverbrennung wirtschaftlich wie ökologisch sinnvoller sein kann. Hier wurde vom Staat ein Allokationsproblem falsch angegangen. Und hier müßte deshalb angesetzt werden, sollen die Umweltschutzziele im Bereich der Abfallwirtschaft zu den geringsten Kosten erreicht werden können. Nach Auffassung des Sachverständigenrates sollte im Rahmen einer entsprechenden Novellierung der Verpakkungsverordnung auch der Weg für thermische Verwertung frei gemacht werden. Außerdem muß die Vergabe des Grünen Punktes an die Bedingung geknüpft werden, daß Hersteller wie Abfüller von Verpackungen hinsichtlich der Abfallentsorgung spezifische, und nicht wie bisher, lediglich globale Verwertungszusagen geben; auf diese Weise können verstärkt Anreize für Produktinnovationen zwecks Vermeidung von Umweltbelastungen und für die Entwicklung neuer Verwertungstechnologien zur Entlastung der Umwelt gesetzt werden. Schließlich sollte durch eine differenziertere Gebührenpolitik erreicht werden, daß die bei Ablagerung und Verbrennung von Verpackungsabfall entstehenden Kosten verursachungsgerecht angelastet werden.

425. Ganz anders gelagert ist die Problematik bei der Abwasserabgabe. Ursprünglich als Anreizmechanismus konzipiert, damit Unternehmen in Reinigungsanlagen investieren, ist die Abgabe im Laufe der Jahre zu einem vollzugsunterstützenden Instrument im Rahmen des gewachsenen staatlichen Wasserhaushaltsrechts denaturiert.

Das im Jahre 1981 in Kraft getretene Gesetz über die Erhebung einer Abwasserabgabe sieht vor, daß das Einleiten von schadstoffhaltigen Abwässern in Gewässer mit einer Abgabe belegt wird. Abgabegegenstand ist die direkte Einleitung, nicht die indirekte über die Kanalisation und Kläranlagen von Gemeinden und Verbänden. Gemäß § 3 Abwasserabgabengesetz soll sich die Höhe der Abwasserabgabe nach der Schädlichkeit des Abwassers richten. Das Gesetz ist dreimal novelliert worden. Es sind unter anderem Möglichkeiten dafür geschaffen worden, daß nach bestimmten Regeln die Abgabenschuld mit den Ausgaben für Investitionen in die Gewässerreinhaltung verrechnet werden können. Die derzeit geplante vierte Novelle sieht eine Minderung der künftigen Abgabesätze vor sowie eine Ausweitung dieser Verrechnungsmöglichkeiten, besonders bei der Sanierung bestehender und beim Bau neuer Kanalisationen; überdies sollen künftig westdeutsche Unternehmen, die in den neuen Bundesländern emissionsmindernde Investitionen durchführen, die dort anfallenden Ausgaben mit den Abgaben, die sie im alten Bundesgebiet schulden, aufrechnen können.

Störungen im Anreizmechanismus bestehen in mehrfacher Hinsicht. So werden Indirekteinleiter von Abwasser in der Regel nur pauschal, über die Entwässerungsgebühren der Gemeinden, zur Finanzierung von Reinigungsmaßnahmen herangezogen. Diese Gebühren sind am Kostendeckungsprinzip, das zu beachten die Gemeinden gehalten sind, ausgerichtet. Die darin enthaltenen Abgabeanteile sind für den einzelnen Indirekteinleiter nicht zu erkennen, dadurch verflüchtigt sich für ihn der ökonomische Anstoß, von sich aus mehr Reinigungsleistungen zu

erbringen. Hiervon abgesehen sind die effektiven Abgabesätze, nicht zuletzt dank verschiedener Ermäßigungsregeln und wegen der allgemeinen Preisentwicklung, deutlich niedriger als die Grenzkosten für eine weitere Reduzierung der nach Erfüllung der ordnungsrechtlichen Standards erlaubten Restverschmutzung. Damit wird die ökologische Wirksamkeit dieses Lenkungsinstruments nicht unerheblich abgeschwächt. Die Möglichkeit zur Verrechnung der Abgabenschuld mit den bei emissionsmindernden Kläranlageninvestitionen entstehenden Ausgaben gefährdet den Lenkungscharakter der Abwasserabgabe zusätzlich, besonders dann, wenn auch Kanalisationsmaßnahmen verrechenbar werden, obwohl diese in keinem unmittelbaren Zusammenhang mit der Schädlichkeit der Einleitungen stehen und unabhängig von der Beschaffenheit der Abwässer durchgeführt werden müssen, das heißt der Infrastruktursicherung in diesem Bereich dienen. Der allokativen Zielsetzung der Abgabe zufolge müssen gleiche Abwasseremissionen mit einem gleichen Abgabesatz pro Schadeinheit belastet werden; Einleiter mit niedrigem Vermeidungsaufwand sollen sich in der Gesamtbelastung und damit im Wettbewerb günstiger stehen als Einleiter mit höheren Minderungskosten. Die Verrechnungsmöglichkeit höhlt solche relativen Kostenvorteile aus, sie läuft auf eine bedenkliche Subventionierung ordnungsrechtlich gebotener Umweltschutzmaßnahmen hinaus, bei der zudem Mitnahmeeffekte wohl nicht ausbleiben. Aus dem gleichen Grund ist die vorgesehene Verrechnungsregel bei Gewässerschutzinvestitionen in den neuen Bundesländern systemwidrig, ganz abgesehen davon, daß sie ausländische Investoren diskriminiert; die Kumulation mit anderen Maßnahmen der Investitionsförderung ist ebenfalls zu bedenken. Zu einer ökonomisch wie ökologisch effizienten Gewässergütepolitik paßt all dies nicht. Notwendig erscheint uns, die Abgabepflicht so auszugestalten, daß sie die Indirekteinleiter verursachungsgerecht einbezieht; ferner, daß die effektiven Abgabesätze angemessen an den Kosten der Restverschmutzung orientiert werden; und nicht zuletzt, daß die ökologische Lenkungsfunktion der Abgabe durch Rücknahme von anreizverfälschenden Verrechnungsmöglichkeiten gestärkt wird. Bei der vierten Novellierung des Abwasserabgabengesetzes sollte die Chance für eine Kurskorrektur wahrgenommen werden.

426. Ein permanenter Streitpunkt ist, ob und inwieweit Umweltabgaben und darüber hinaus die durch sie ausgelösten oder durch ordnungsrechtliche Vorschriften erzwungenen Ausgaben für Umweltschutzinvestitionen die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen beeinträchtigen. Eine einfache Antwort hierauf gibt es nicht. Zwar werden die Unternehmen durch Umweltschutzausgaben zunächst belastet. Doch ist nicht von vornherein ausgemacht, daß keine Überwälzungsmöglichkeiten bestehen (das hängt von der allgemeinen Konjunkturlage im In- und Ausland ab) oder die Belastung anderweitig neutralisiert wird (etwa bei den Löhnen oder über Wechselkursänderungen). Für die deutsche Industrie im ganzen läßt sich jedenfalls nicht feststellen, daß sie wegen der zu verkraftenden Umweltschutzanforderungen, obwohl weitreichender als in den meisten anderen Ländern, im internationalen Wettbewerb zurückgefallen sei. Aus der Sicht einzelner, und zwar der besonders umweltintensiven Branchen stellt sich die Wettbewerbssituation insofern anders dar, als eventuelle Wechselkursanpassungen, da sie nur Unterschiede in den gesamtwirtschaftlichen Kostenniveaus ausgleichen können, einzelwirtschaftlich die Entlastung nicht bringen. Aber auch hier gibt es keinen zweifelsfreien Beleg dafür, daß es infolge einer umweltschutzbedingten Verteuerung der Güter zu dauerhaften Absatzeinbußen gekommen wäre; die chemische Industrie, die den weitaus größten Teil der im Verarbeitenden Gewerbe getätigten Umweltschutzinvestitionen trägt, verzeichnet bei den meisten Warengruppen deutliche Wettbewerbsvorteile im Außenhandel, in mehreren Fällen freilich abnehmende (Tabelle 50, Seite 173, Anhang IV, Abschnitt F).

In Zeiten eines schärfer gewordenen internationalen Wettbewerbs wird es für diese Unternehmen schwieriger, neben anderen Kosten auch die für den Produktionsfaktor Umwelt am Markt zu erwirtschaften. In dem Maße freilich, in dem die Konkurrenten aus anderen Ländern einen Wettbewerbsvorteil daraus ziehen können, daß die Umweltknappheit dort weniger gravierend ist als in der Bundesrepublik und dementsprechend auch die Umweltkosten niedriger sind, ist das von den deutschen Unternehmen hinzunehmen; sie müssen dem mit Produktivitätssteigerungen begegnen oder mit Produktinnovationen, denen gegenüber die Nachfrage preisunelastisch ist. Es ist jedenfalls legitim, daß ausländische Anbieter ihren Kostenvorteil ausspielen (oder mit Kostennachteilen an anderer Stelle verrechnen); ein Verstoß gegen die Regeln eines fairen internationalen Wettbewerbs liegt nicht vor. Zu einem Problem wird das ganze erst, wenn andere Länder nicht eine Umweltpolitik betreiben, die ihrerseits den Umweltgütern Knappheitspreise zuordnet, das heißt, wenn sie in Kauf nehmen, daß die Umwelt übermäßig beansprucht wird. Dann kommt es tatsächlich zu Wettbewerbsverzerrungen. Solchen Fehlentwicklungen durch angemessene internationale Regelungen, zumindest innerhalb der Europäischen Gemeinschaft, vorzubeugen, damit auch darauf zu drängen, daß die Mitgliedsländer, soweit noch nicht geschehen, verantwortungsvoll Mindeststandards im Umweltschutz festlegen, muß für die Bundesregierung ein wichtiges Anliegen bleiben.

Doch selbst wenn die rasche Verständigung nicht zustande kommt, kann die Politik einiges tun, damit ökologische Zielsetzungen hierzulande so verfolgt werden, daß die Rückwirkungen auf die Wirtschaft gebührend berücksichtigt sind. Drei Aspekten messen wir besonders große Bedeutung bei. Erstens: Die ordnungsrechtlich vorgeschriebenen Genehmigungsverfahren im Umweltbereich werden beschleunigt. Zweitens: Soweit Abgaben in Betracht kommen, werden sie bestmöglich nach der jeweiligen schadenverursachenden Inanspruchnahme der Umwelt bemessen. Gleichartige Fälle werden gleichbehandelt, eine Bevorzugung bestimmter Umweltnutzungen (etwa des Einsatzes von Kohle als Primärenergieträger) darf es schon wegen der ökologisch unerwünschten Substitutionseffekte nicht geben. Drittens: Bei Umweltab-

gaben wird die Lenkungsfunktion in den Vordergrund gestellt, nicht ein wie auch immer begründetes fiskalisches Interesse an der Erzielung von Einnahmen. Es soll vermieden werden, daß die Umweltabgabenlast höher wird, als für die Verwirklichung ökologischer Belange nötig ist; außerdem sollten die umweltpolitisch begründete Einführung neuer oder die Erhöhung bestehender Abgaben und Steuern durch Entlastungen an anderer Stelle ausgeglichen werden, aus der Sicht des Fiskus sollten sie aufkommensneutral sein. Damit würde die Politik glaubhaft dokumentieren, daß es ihr tatsächlich um die Verwirklichung von Umweltschutzzielen geht. Bei alledem hat weiterhin zu gelten, daß die Wirtschaft die von ihr verursachten Umweltkosten internalisieren muß. Der Umweltschutz darf nicht, so schrieb der Sachverständigenrat in seinem Jahresgutachten 1989, dem Kalkül kurzfristiger Exportchancen untergeordnet werden.

Anhang

Seite

I. Gesetz über die Bildung eines Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung 268

II. Auszug aus dem Gesetz zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft 270

III. Verzeichnis der Gutachten des Sachverständigenrates 271

IV. Methodische Erläuterungen 272

V. Statistischer Anhang 287

Erläuterung von Begriffen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für die Bundesrepublik Deutschland 290

A. Internationale Tabellen 294

B. Tabellen für die Bundesrepublik Deutschland 318

Sachregister 419

I.

Gesetz über die Bildung eines Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

Vom 14. August 1963 (Bundesgesetzbl. I S. 685)

in der Fassung des Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die Bildung eines Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, vom 8. November 1966 (Bundesgesetzbl. I S. 633) — § 6 Abs. 1 —, und des Gesetzes zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft, vom 8. Juni 1967 (Bundesgesetzbl. I S. 582), — § 6 Abs. 2

Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:

§ 1

(1) Zur periodischen Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland und zur Erleichterung der Urteilsbildung bei allen wirtschaftspolitisch verantwortlichen Instanzen sowie in der Öffentlichkeit wird ein Rat von unabhängigen Sachverständigen gebildet.

(2) Der Sachverständigenrat besteht aus fünf Mitgliedern, die über besondere wirtschaftswissenschaftliche Kenntnisse und volkswirtschaftliche Erfahrungen verfügen müssen.

(3) Die Mitglieder des Sachverständigenrates dürfen weder der Regierung oder einer gesetzgebenden Körperschaft des Bundes oder eines Landes noch dem öffentlichen Dienst des Bundes, eines Landes oder einer sonstigen juristischen Person des öffentlichen Rechts, es sei denn als Hochschullehrer oder als Mitarbeiter eines wirtschafts- oder sozialwissenschaftlichen Institutes, angehören. Sie dürfen ferner nicht Repräsentant eines Wirtschaftsverbandes oder einer Organisation der Arbeitgeber oder Arbeitnehmer sein oder zu diesen in einem ständigen Dienst- oder Geschäftsbesorgungsverhältnis stehen. Sie dürfen auch nicht während des letzten Jahres vor der Berufung zum Mitglied des Sachverständigenrates eine derartige Stellung innegehabt haben.

§ 2

Der Sachverständigenrat soll in seinen Gutachten die jeweilige gesamtwirtschaftliche Lage und deren absehbare Entwicklung darstellen. Dabei soll er untersuchen, wie im Rahmen der marktwirtschaftlichen Ordnung gleichzeitig Stabilität des Preisniveaus, hoher Beschäftigungsstand und außenwirtschaftliches Gleichgewicht bei stetigem und angemessenem Wachstum gewährleistet werden können. In die Untersuchung sollen auch die Bildung und die Verteilung von Einkommen und Vermögen einbezogen werden. Insbesondere soll der Sachverständigenrat die Ursachen von aktuellen und möglichen Spannungen zwischen der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage und dem gesamtwirtschaftlichen Angebot aufzeigen, welche die in Satz 2 genannten Ziele gefährden. Bei der Untersuchung sollen jeweils verschiedene Annahmen zugrunde gelegt und deren unterschiedliche Wirkungen dargestellt und beurteilt werden. Der Sachverständigenrat soll Fehlentwicklungen und Möglichkeiten zu deren Vermeidung oder deren Beseitigung aufzeigen, jedoch keine Empfehlungen für bestimmte wirtschafts- und sozialpolitische Maßnahmen aussprechen.

§ 3

(1) Der Sachverständigenrat ist nur an den durch dieses Gesetz begründeten Auftrag gebunden und in seiner Tätigkeit unabhängig.

(2) Vertritt eine Minderheit bei der Abfassung der Gutachten zu einzelnen Fragen eine abweichende Auffassung, so hat sie die Möglichkeit, diese in den Gutachten zum Ausdruck zu bringen.

§ 4

Der Sachverständigenrat kann vor Abfassung seiner Gutachten ihm geeignet erscheinenden Personen, insbesondere Vertretern von Organisationen des wirtschaftlichen und sozialen Lebens, Gelegenheit geben, zu wesentlichen sich aus seinem Auftrag ergebenden Fragen Stellung zu nehmen.

§ 5

(1) Der Sachverständigenrat kann, soweit er es zur Durchführung seines Auftrages für erforderlich

hält, die fachlich zuständigen Bundesminister und den Präsidenten der Deutschen Bundesbank hören.

(2) Die fachlich zuständigen Bundesminister und der Präsident der Deutschen Bundesbank sind auf ihr Verlangen zu hören.

(3) Die Behörden des Bundes und der Länder leisten dem Sachverständigenrat Amtshilfe.

§ 6

(1) Der Sachverständigenrat erstattet jährlich ein Gutachten (Jahresgutachten) und leitet es der Bundesregierung bis zum 15. November zu. Das Jahresgutachten wird den gesetzgebenden Körperschaften von der Bundesregierung unverzüglich vorgelegt und zum gleichen Zeitpunkt vom Sachverständigenrat veröffentlicht. Spätestens acht Wochen nach der Vorlage nimmt die Bundesregierung gegenüber den gesetzgebenden Körperschaften zu dem Jahresgutachten Stellung. In der Stellungnahme sind insbesondere die wirtschaftspolitischen Schlußfolgerungen, die die Bundesregierung aus dem Gutachten zieht, darzulegen.

(2) Der Sachverständigenrat hat ein zusätzliches Gutachten zu erstatten, wenn auf einzelnen Gebieten Entwicklungen erkennbar werden, welche die in § 2 Satz 2 genannten Ziele gefährden. Die Bundesregierung kann den Sachverständigenrat mit der Erstattung weiterer Gutachten beauftragen. Der Sachverständigenrat leitet Gutachten nach Satz 1 und 2 der Bundesregierung zu und veröffentlicht sie; hinsichtlich des Zeitpunktes der Veröffentlichung führt er das Einvernehmen mit dem Bundesminister für Wirtschaft herbei.

§ 7

(1) Die Mitglieder des Sachverständigenrates werden auf Vorschlag der Bundesregierung durch den Bundespräsidenten berufen. Zum 1. März eines jeden Jahres — erstmals nach Ablauf des dritten Jahres nach Erstattung des ersten Gutachtens gemäß § 6 Abs. 1 Satz 1 — scheidet ein Mitglied aus. Die Reihenfolge des Ausscheidens wird in der ersten Sitzung des Sachverständigenrates durch das Los bestimmt.

(2) Der Bundespräsident beruft auf Vorschlag der Bundesregierung jeweils ein neues Mitglied für die Dauer von fünf Jahren. Wiederberufungen sind zulässig. Die Bundesregierung hört die Mitglieder des Sachverständigenrates an, bevor sie ein neues Mitglied vorschlägt.

(3) Die Mitglieder sind berechtigt, ihr Amt durch Erklärung gegenüber dem Bundespräsidenten niederzulegen.

(4) Scheidet ein Mitglied vorzeitig aus, so wird ein neues Mitglied für die Dauer der Amtszeit des ausgeschiedenen Mitglieds berufen; Absatz 2 gilt entsprechend.

§ 8

(1) Die Beschlüsse des Sachverständigenrates bedürfen der Zustimmung von mindestens drei Mitgliedern.

(2) Der Sachverständigenrat wählt aus seiner Mitte einen Vorsitzenden für die Dauer von drei Jahren.

(3) Der Sachverständigenrat gibt sich eine Geschäftsordnung.

§ 9

Das Statistische Bundesamt nimmt die Aufgaben einer Geschäftsstelle des Sachverständigenrates wahr. Die Tätigkeit der Geschäftsstelle besteht in der Vermittlung und Zusammenstellung von Quellenmaterial, der technischen Vorbereitung der Sitzungen des Sachverständigenrates, dem Druck und der Veröffentlichung der Gutachten sowie der Erledigung der sonst anfallenden Verwaltungsaufgaben.

§ 10

Die Mitglieder des Sachverständigenrates und die Angehörigen der Geschäftsstelle sind zur Verschwiegenheit über die Beratungen und die vom Sachverständigenrat als vertraulich bezeichneten Beratungsunterlagen verpflichtet. Die Pflicht zur Verschwiegenheit bezieht sich auch auf Informationen, die dem Sachverständigenrat gegeben und als vertraulich bezeichnet werden.

§ 11

(1) Die Mitglieder des Sachverständigenrates erhalten eine pauschale Entschädigung sowie Ersatz Ihrer Reisekosten. Diese werden vom Bundesminister für Wirtschaft im Einvernehmen mit dem Bundesminister des Innern festgesetzt.

(2) Die Kosten des Sachverständigenrates trägt der Bund.

§ 12

Dieses Gesetz gilt nach Maßgabe des § 13 Abs. 1 des Dritten Überleitungsgesetzes vom 4. Januar 1952 (Bundesgesetzbl. I S. 1) auch im Land Berlin.

§ 13

Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

II.

Auszug aus Bundesgesetzblatt, Jahrgang 1967, Teil I S. 582

Gesetz zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft

Vom 8. Juni 1967

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

§ 1

Bund und Länder haben bei ihren wirtschafts- und finanzpolitischen Maßnahmen die Erfordernisse des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts zu beachten. Die Maßnahmen sind so zu treffen, daß sie im Rahmen der marktwirtschaftlichen Ordnung gleichzeitig zur Stabilität des Preisniveaus, zu einem hohen Beschäftigungsstand und außenwirtschaftlichem Gleichgewicht bei stetigem und angemessenem Wirtschaftswachstum beitragen.

§ 2

(1) Die Bundesregierung legt im Januar eines jeden Jahres dem Bundestag und dem Bundesrat einen Jahreswirtschaftsbericht vor. Der Jahreswirtschaftsbericht enthält:

1. die Stellungnahme zu dem Jahresgutachten des Sachverständigenrates auf Grund des § 6 Abs. 1 Satz 3 des Gesetzes über die Bildung eines Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung vom 14. August 1963 (Bundesgesetzbl. I S. 685) in der Fassung des Gesetzes vom 8. November 1966 (Bundesgesetzbl. I S. 633);
2. eine Darlegung der für das laufende Jahr von der Bundesregierung angestrebten wirtschafts- und finanzpolitischen Ziele (Jahresprojektion); die Jahresprojektion bedient sich der Mittel und der Form der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung, gegebenenfalls mit Alternativrechnung;
3. eine Darlegung der für das laufende Jahr geplanten Wirtschafts- und Finanzpolitik.

(2) Maßnahmen nach § 6 Abs. 2 und 3 und nach den §§ 15 und 19 dieses Gesetzes sowie nach § 51 Abs. 3 des Einkommensteuergesetzes und nach § 19c des Körperschaftssteuergesetzes dürfen nur getroffen werden, wenn die Bundesregierung gleichzeitig gegenüber dem Bundestag und dem Bundesrat begründet, daß diese Maßnahmen erforderlich sind, um eine Gefährdung der Ziele des § 1 zu verhindern.

§ 3

(1) Im Falle der Gefährdung eines der Ziele des § 1 stellt die Bundesregierung Orientierungsdaten für ein gleichzeitiges aufeinander abgestimmtes Verhalten (konzertierte Aktion) der Gebietskörperschaften, Gewerkschaften und Unternehmensverbände zur Erreichung der Ziele des § 1 zur Verfügung. Diese Orientierungsdaten enthalten insbesondere eine Darstellung der gesamtwirtschaftlichen Zusammenhänge im Hinblick auf die gegebene Situation.

(2) Der Bundesminister für Wirtschaft hat die Orientierungsdaten auf Verlangen eines der Beteiligten zu erläutern.

§ 4

. . .

III.

Verzeichnis der Gutachten des Sachverständigenrates

Jahresgutachten 1964/65: „Stabiles Geld — Stetiges Wachstum" (am 11. Januar 1965)

Jahresgutachten 1965/66: „Stabilisierung ohne Stagnation" (am 13. Dezember 1965)

Jahresgutachten 1966/67: „Expansion und Stabilität" (am 30. November 1966)

Jahresgutachten 1967/68: „Stabilität im Wachstum" (am 6. Dezember 1967); darin enthalten: Sondergutachten vom März 1967: „Zur Konjunkturlage im Frühjahr 1967"

Jahresgutachten 1968/69: „Alternativen außenwirtschaftlicher Anpassung" (am 4. Dezember 1968)

Jahresgutachten 1969/70: „Im Sog des Booms" (am 3. Dezember 1969); darin enthalten: Sondergutachten vom 30. Juni 1969 und 3. Juli 1968: „Binnenwirtschaftliche Stabilität und außenwirtschaftliches Gleichgewicht"; Sondergutachten vom 25. September 1969: „Zur lohn- und preispolitischen Situation Ende September 1969"; Sondergutachten vom 4. Oktober 1969: „Zur währungspolitischen Situation Anfang Oktober 1969"

Jahresgutachten 1970/71: „Konjunktur im Umbruch — Risiken und Chancen —" (am 3. Dezember 1970); darin enthalten: Sondergutachten vom 9. Mai 1970: „Zur Konjunkturlage im Frühjahr 1970"

Jahresgutachten 1971/72: „Währung, Geldwert, Wettbewerb — Entscheidungen für morgen —" (am 22. November 1971); darin enthalten: Sondergutachten vom 24. Mai 1971: „Zur konjunktur- und währungspolitischen Lage im Mai 1971"

Jahresgutachten 1972/73: „Gleicher Rang für den Geldwert" (am 6. Dezember 1972); darin enthalten: Sondergutachten vom 3. Juli 1972: „Zur währungspolitischen Lage im Juli 1972"

Jahresgutachten 1973/74: „Mut zur Stabilisierung" (am 22. November 1973); darin enthalten: Sondergutachten vom 4. Mai 1973: „Zur konjunkturpolitischen Lage im Mai 1973"

Jahresgutachten 1974/75: „Vollbeschäftigung für morgen" (am 22. November 1974); darin enthalten: Sondergutachten vom 17. Dezember 1973: „Zu den gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen der Ölkrise"

Jahresgutachten 1975/76: „Vor dem Aufschwung" (am 24. November 1975); darin enthalten: Sondergutachten vom 17. August 1975: „Zur konjunkturpolitischen Lage im August 1975"

Jahresgutachten 1976/77: „Zeit zum Investieren" (am 24. November 1976)

Jahresgutachten 1977/78: „Mehr Wachstum — Mehr Beschäftigung" (am 22. November 1977)

Jahresgutachten 1978/79: „Wachstum und Währung" (am 23. November 1978); darin enthalten: Sondergutachten vom 19. Juni 1978: „Zur wirtschaftlichen Lage im Juni 1978"

Jahresgutachten 1979/80: „Herausforderung von außen" (am 22. November 1979)

Jahresgutachten 1980/81: „Unter Anpassungszwang" (am 20. November 1980)

Jahresgutachten 1981/82: „Investieren für mehr Beschäftigung" (am 20. November 1981); darin enthalten: Sondergutachten vom 4. Juli 1981: „Vor Kurskorrekturen — Zur finanzpolitischen und währungspolitischen Situation im Sommer 1981"

Jahresgutachten 1982/83: „Gegen Pessimismus" (am 23. November 1982); darin enthalten: Sondergutachten vom 9. Oktober 1982: „Zur wirtschaftlichen Lage im Oktober 1982"

Jahresgutachten 1983/84: „Ein Schritt voran" (am 24. November 1983)

Jahresgutachten 1984/85: „Chancen für einen langen Aufschwung" (am 23. November 1984)

Jahresgutachten 1985/86: „Auf dem Weg zu mehr Beschäftigung" (am 22. November 1985); darin enthalten: Sondergutachten vom 23. Juni 1985: „Wirtschaftspolitische Entscheidungen im Sommer 1985"

Jahresgutachten 1986/87: „Weiter auf Wachstumskurs" (am 24. November 1986)

Jahresgutachten 1987/88: „Vorrang für die Wachstumspolitik" (am 23. November 1987)

Jahresgutachten 1988/89: „Arbeitsplätze im Wettbewerb" (am 18. November 1988)

Jahresgutachten 1989/90: „Weichenstellungen für die neunziger Jahre" (20. November 1989)

Jahresgutachten 1990/91: „Auf dem Wege zur wirtschaftlichen Einheit Deutschlands" (vom 13. November 1990); darin enthalten: Sondergutachten vom 20. Januar 1990: „Zur Unterstützung der Wirtschaftsreform in der DDR: Voraussetzungen und Möglichkeiten"

Jahresgutachten 1991/92: „Die wirtschaftliche Integration in Deutschland. Perspektiven — Wege — Risiken" (am 12. November 1991); darin enthalten Sondergutachten vom 13. April 1991: „Marktwirtschaftlichen Kurs halten. Zur Wirtschaftspolitik für die neuen Bundesländer"

Jahresgutachten 1992/93: „Für Wachstumsorientierung — Gegen lähmenden Verteilungsstreit" (am 16. November 1993)

Die Jahresgutachten des Sachverständigenrates sind bis zum Jahrgang 1988/89 im W. Kohlhammer-Verlag, Stuttgart-Mainz erschienen. Ab Jahrgang 1989/90 erscheinen sie im Verlag Metzler-Poeschel, Stuttgart. Noch verfügbare Jahresgutachten der Jahrgänge ab 1976/77 können über den Buchhandel oder direkt durch den Verlag Metzler-Poeschel Verlagsauslieferung: Hermann Leins, Holzwiesenstraße 2, Postfach 1152 in 72125 Kusterdingen (Telefon: 07071/935350, Telefax: 07071/935393) bezogen werden. Die Jahrgänge 1964/65 bis 1975/76, die als Buchausgabe inzwischen vergriffen sind, werden etwa Mitte 1994 von der Schmidt Periodicals GmbH in 83075 Bad Feilenbach, (Telefon: 0 80 64-2 21, Telefax: 0 80 64-5 57) als Nachdrucke vorgelegt werden, außerdem sind sie noch als Bundestags-Drucksache beim Verlag Dr. Hans Heger, Postfach 1320, 53003 Bonn, erhältlich.

IV.

Methodische Erläuterungen

A. Zur Bestimmung des gesamtwirtschaftlichen Produktionspotentials (Sachkapazitäten)

1. Verwendete Symbole:

t	Zeitindex (Jahre)
K_t	durchschnittliches Bruttoanlagevermögen
Y_t	reales Bruttoinlandsprodukt
Y_t^*	gesamtwirtschaftliches Produktionspotential
P_t^*	Produktionspotential des Sektors Unternehmen
k_t	empirisch gemessene Kapitalproduktivität
$\hat{k}_t$	trendmäßige Kapitalproduktivität
k_t^*	trendmäßige Kapitalproduktivität bei Vollauslastung der Sachkapazitäten (potentielle Kapitalproduktivität)
λ_t	Auslastungsgrad des gesamtwirtschaftlichen Produktionspotentials

2. Das gesamtwirtschaftliche Produktionspotential setzt sich additiv zusammen aus der potentiellen Bruttowertschöpfung des Sektors Unternehmen (ohne Land- und Forstwirtschaft, Fischerei sowie ohne Wohnungsvermietung), der realen Bruttowertschöpfung des Staates, der Land- und Forstwirtschaft, Fischerei, der Wohnungsvermietung, der privaten Haushalte und der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck sowie der nichtabziehbaren Umsatzsteuer und den Einfuhrabgaben. Beim Staat und den übrigen Bereichen außerhalb des Sektors Unternehmen (ohne Land- und Forstwirtschaft, Fischerei sowie ohne Wohnungsvermietung) wird dabei angenommen, daß deren Produktionspotential stets voll ausgelastet und daher mit der jeweiligen Bruttowertschöpfung identisch ist. Der Auslastungsgrad des gesamtwirtschaftlichen Produktionspotentials errechnet sich nach der Relation:

$$\lambda_t = \frac{Y_t}{Y_t^*}$$

3. Das Produktionspotential des Sektors Unternehmen (ohne Land- und Forstwirtschaft, Fischerei sowie ohne Wohnungsvermietung) ist das Produkt aus dem jahresdurchschnittlichen Bruttoanlagevermögen und der potentiellen Kapitalproduktivität:

$$P_t^* = k_t^* \cdot K_t$$

4. Die Berechnung der in die Potentialschätzung eingehenden Kapitalproduktivitäten erfolgt in mehreren Schritten. In einem ersten Schritt werden die trendmäßigen Kapitalproduktivitäten für die einzelnen abgeschlossenen Zyklen von Tiefpunkt zu Tiefpunkt beziehungsweise für den letzten Zyklus, für den noch kein gesicherter Tiefpunkt vorliegt, von Hochpunkt zu Hochpunkt mit Hilfe einer logarithmischen Trendfunktion ermittelt:

$$\log \hat{k}_t = \log a + t \log b$$

Sodann wird der Verlauf der potentiellen Kapitalproduktivität dadurch ermittelt, daß die Trendlinie parallel durch denjenigen Wert der empirisch gemessenen Kapitalproduktivitäten im Stützbereich verschoben wird, der von seinem Trendwert am weitesten nach oben abweicht:

$$\log k_t^* = a_0 + \log \hat{k}_t \text{ mit } a_0 = \max \left[\log k_t - \log \hat{k}_t\right]$$

Nach unseren aktuellen Berechnungen fällt die empirische Kapitalproduktivität, die von den errechneten trendmäßigen Kapitalproduktivitäten am weitesten nach oben abweicht, neuerdings auf das Jahr 1991, also in den letzten Stützbereich von 1979 bis 1991. In den vergangenen Jahren lag die maximale Abweichung a_0 im Jahre 1970.

5. Die potentielle Kapitalproduktivität wird für die Jahre 1960 bis 1993 folgendermaßen ermittelt:

   — Für die Jahre nach dem letzten konjunkturellen Tiefpunkt im Jahre 1982 gehen wir so vor, wie es unter Punkt 4 dargestellt wurde.

   — Für den vorangegangenen Zyklus wird der für das Jahr 1983 ermittelte Wert mit der trendmäßigen Abnahmerate der Kapitalproduktivität des Stützbereichs 1975 bis 1982 bis zum Jahre 1975 in die Vergangenheit zurückberechnet.

   — Für den Zeitraum von 1960 bis 1974 wird der für das Jahr 1975 ermittelte Wert, mit der entsprechenden Abnahmerate des Stützbereichs 1963 bis 1975 in die Vergangenheit zurückgeschrieben.

Diese Vorgehensweise soll der Tatsache Rechnung tragen, daß sich die Abnahmerate des Trends der Kapitalproduktivität verringert hat. Die Stützzeiträume sind so abgegrenzt, daß an ihrem Anfang und ihrem Ende jeweils Jahre stehen, in denen die konjunkturelle Lage vergleichbar war.

6. Nach der Umstellung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen von der Preisbasis des Jahres 1985 auf die Preisbasis 1991 sowie der Neuberechnung ab dem Berichtsjahr 1990 zeigt sich, daß die trendmäßige Abnahmerate der Kapitalproduktivität im letzten Zyklus betragsmäßig noch geringer ausfällt, als in früheren Schätzungen angenommen wurde. Insgesamt erhalten wir folgende trendmäßige Abnahmeraten:

   — Stützbereich I (1963—1975): 1,8 vH

   — Stützbereich II (1975—1982): 1,4 vH

   — Stützbereich III (1979—1991): 0,6 vH

   Infolge der verminderten Abnahmerate für die potentielle Kapitalproduktivität im letzten Stützbereich und den revidierten Daten für das Bruttoanlagevermögen der Unternehmen ohne Wohnungsvermietung, Landwirtschaft, Forstwirtschaft und Fischerei, sowie Veränderungen bei den übrigen für die Potentialrechnung relevanten Komponenten hat sich das durchschnittliche Wachstum für die Jahre nach 1982 verändert. In unserer letzten internen Schätzung des Potentialwachstums für den Zeitraum von 1983 bis 1992 ermittelten wir ein Potentialwachstum von jahresdurchschnittlich 2,3 vH. Unserer aktuellen Rechnung zufolge liegt es mittlerweile bei 2,4 vH.

   Verändert hat sich zudem der Zeitpunkt, für den eine Vollauslastung der gesamtwirtschaftlichen Produktionskapazitäten angesetzt wird. Dieser liegt nach unserer neuen Rechnung im Jahre 1991 (Tabelle A1), nachdem das Bruttoinlandsprodukt für das Jahr 1991 erheblich nach oben korrigiert worden ist.

7. Über die Entwicklung der einzelnen Komponenten des Potentialwachstums werden außerdem folgende Annahmen gemacht:

   — Bei der Fortschreibung des vom Statistischen Bundesamt geschätzten Bruttoanlagevermö-

Tabelle A1

Produktionspotential und Auslastungsgrad

Jahr[1]	Produktionspotential				Auslastungsgrad des Produktionspotentials[2]	
	alte Rechnung[3] in Preisen von 1985		neue Rechnung in Preisen von 1991		alte Rechnung	neue Rechnung
	Mrd DM	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH	Mrd DM	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH	vH	
1970	1 321,4	4,6	1 557,2	4,5	100,0	99,1
1971	1 382,5	4,6	1 628,2	4,6	98,5	97,7
1972	1 442,5	4,3	1 698,5	4,3	98,4	97,6
1973	1 498,5	3,9	1 762,9	3,8	99,3	98,5
1974	1 538,7	2,7	1 809,6	2,6	97,0	96,2
1975	1 572,6	2,2	1 849,0	2,2	93,6	92,9
1976	1 606,9	2,2	1 884,1	1,9	96,4	96,1
1977	1 642,7	2,2	1 925,9	2,2	97,0	96,7
1978	1 683,9	2,5	1 974,2	2,5	97,5	97,1
1979	1 723,8	2,4	2 021,4	2,4	99,2	98,9
1980	1 768,8	2,6	2 073,5	2,6	97,7	97,3
1981	1 803,8	2,0	2 114,2	2,0	95,9	95,5
1982	1 833,4	1,6	2 147,5	1,6	93,5	93,2
1983	1 865,0	1,7	2 175,7	1,3	93,4	93,6
1984	1 899,6	1,9	2 218,8	2,0	94,2	94,4
1985	1 927,0	1,4	2 254,4	1,6	94,6	94,7
1986	1 968,9	2,2	2 305,7	2,3	94,7	94,8
1987	2 011,1	2,1	2 358,0	2,3	94,0	94,1
1988	2 056,0	2,2	2 412,3	2,3	95,4	95,4
1989	2 101,6	2,2	2 468,2	2,3	96,5	96,6
1990	2 165,4	3,0	2 546,9	3,2	98,4	99,0
1991	2 232,1	3,1	2 635,0	3,5	99,0	100,0
1992	2 298,6	3,0	2 716,3	3,1	97,6	98,5
1993	.	.	2 764,3	1,8	.	94,7

[1] 1993 eigene Schätzung.
[2] Bruttoinlandsprodukt in vH des Produktionspotentials.
[3] Zur Berechnung siehe JG 1992/93 Anhang IV, Abschnitt A. Berechnungsstand: Mai 1993.

gens wird davon ausgegangen, daß die realen Anlageinvestitionen der Unternehmen (ohne Land- und Forstwirtschaft, Fischerei sowie ohne Wohnungsvermietung) im Jahre 1993 um 12½ vH und 1994 um 2 vH abnehmen.

— Die rechnerischen Abgänge werden nach einem Verfahren geschätzt, das einer quasilogistischen Verteilungsfunktion ähnelt.

8. Der Berechnung des Produktionspotentials bei Normalauslastung wird der langfristige Durchschnitt der Auslastung der Sachanlagen von 96½ vH in den Jahren 1963 bis 1992 zugrunde gelegt. In diesem Zeitraum lagen die Werte des ermittelten Nutzungsgrades am häufigsten zwischen 96 vH und 97 vH, je zur Hälfte über und unter der Normalauslastung.

B. Zur Berechnung der Gewinn-Erlös-Relation und der Arbeitseinkommensquote

Die Gewinn-Erlös-Relation

1. Die Gewinn-Erlös-Relation soll ein Urteil über die Kosten- und Gewinnsituation der Produktionsunternehmen erlauben. Sie ist definiert als das Verhältnis der Gewinne des Unternehmenssektors zu den Gesamterlösen. Die Berechnungen zur Gewinn-Erlös-Relation betreffen nur den Unternehmenssektor ohne Land- und Forstwirtschaft, Fischerei, Wohnungsvermietung, Kreditinstitute und Versicherungsunternehmen.

   Die Gewinne werden berechnet, indem von den Gesamterlösen die Gesamtkosten abgezogen werden. Um die Ursachen der Gewinnentwicklung analysieren zu können, werden die Gesamtkosten untergliedert in ausländische Vorleistungen, kalkulatorische Zinskosten, Abschreibungen auf das Anlagevermögen, indirekte Steuern abzüglich Subventionen, Bruttolohn- und -gehaltssumme, Arbeitgeberbeiträge und kalkulatorische Unternehmerlöhne; alle Größen jeweils in nominaler Rechnung und Jahreswerte. Der Erlös wird gebildet aus der Summe von Bruttoinlandsprodukt (BIP_U) und importierte Vorleistungen (V).

2. Die Gewinn-Erlös-Relation und die Kapitalrendite werden wie folgt berechnet:

$$(1)\quad GER = 1 - \frac{BLGS + AGB + KU + ZK + AK + (T-S) + V}{BIP_U + V}$$

$$(2)\quad KR = \frac{BIP_U - (BLGS + AGB + KU + ZK + AK + (T-S))}{K}$$

Die Symbole bedeuten:

GER	Gewinn-Erlös-Relation
BLGS	Bruttolohn- und -gehaltssumme
AGB	tatsächliche und unterstellte Sozialbeiträge der Arbeitgeber
KU	kalkulatorischer Unternehmerlohn
ZK	kalkulatorische Zinskosten
AK	Abschreibungen auf das Anlagevermögen
T–S	indirekte Steuern abzüglich Subventionen
V	importierte Vorleistungen
BIP_U	Bruttoinlandsprodukt (Bruttowertschöpfung des Unternehmenssektors plus Einfuhrabgaben und nichtabziehbare Umsatzsteuer)
$BIP_U + V$	Erlöse
KR	Kapitalrendite
K	Kapitalbestand (Nettoanlagevermögen zu Anschaffungspreisen, Vorratsvermögen)

Für die sieben Kostenkomponenten von (1) werden je für sich partielle Kosten-Erlös-Relationen in vH berechnet, die sich zur gesamten Kosten-Erlös-Relation aufsummieren, ebenfalls in vH gerechnet. Die Differenz zwischen 100 und der gesamten Kosten-Erlös-Relation, in vH gerechnet, ergibt die Gewinn-Erlös-Relation. Die Kapitalrendite (2) wird ermittelt, indem die Gewinne zum Kapitalbestand (K) in Beziehung gesetzt werden.

3. Die importierten Vorleistungen sind definiert als Warenimporte gemäß den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen abzüglich eingeführter Investitionsgüter. Dabei wird unterstellt, daß der weitaus überwiegende Teil der importierten Waren als Vorleistungen vom Unternehmenssektor bezogen wird, sei es vom Produzierenden Gewerbe, das sie weiterverarbeitet, sei es vom Handel, der sie an Endabnehmer verkauft.

   Gewisse Unschärfen bei der Abgrenzung der importierten Vorleistungen sind unvermeidbar. So enthält die von uns verwendete Größe möglicherweise auch Direktimporte der Landwirtschaft, der Kreditinstitute, der Versicherungsunternehmen und der Wohnungsvermietung, die ansonsten nicht in die Rechnung eingehen. Auch sind Teile des Dienstleistungsimports als Vorleistungen für die heimische Produktion anzusehen. Schließlich werden seit der deutschen Vereinigung in unbekanntem, vermutlich aber noch geringem Umfang Investitionsgüter aus den neuen Bundesländern importiert, die von den gesamten Warenimporten abzuziehen wären. Da für alle diese Größen keine hinreichend sicheren Schätzgrundlagen zur Verfügung stehen, verzichten wir darauf, sie in unserer Rechnung zu berücksichtigen.

4. Das zu verzinsende Kapital umfaßt das Anlagevermögen und das Vorratsvermögen der Unternehmen. Die jahresdurchschnittlichen Bestände an

Anlagevermögen und Vorratsvermögen werden zu Anschaffungspreisen gemäß den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen bewertet.

Da kurzfristige Bewegungen der Zinsen die zu ermittelnde Kosten-Erlös-Relation nicht berühren sollten, müssen diese rechnerisch ausgeschaltet werden. Wir versuchen dem Problem dadurch gerecht zu werden, daß wir für jedes Jahr statt des aktuellen Zinssatzes einen geglätteten Wert ansetzen. In diesen geglätteten Zinssatz gehen der jeweils aktuelle Zinssatz mit einem Gewicht von 20 vH und die Zinssätze der vorausgegangenen elf Jahre mit abnehmenden Gewichten ein. Daraus ergibt sich, daß sich die Gewichte von Jahr zu Jahr um den festen Faktor 0,817934 verringern.

5. Bei der Berechnung des kalkulatorischen Unternehmerlohns wird angenommen, daß der zu veranschlagende Durchschnittslohn eines Selbständigen in gleicher Höhe anzusetzen ist wie das Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit je beschäftigten Arbeitnehmer. Die gesamten kalkulatorischen Unternehmerlöhne werden errechnet, indem dieser Durchschnittslohn mit der Anzahl der Selbständigen und mithelfenden Familienangehörigen multipliziert wird.

Die Arbeitseinkommensquote

Formale Definition

6. Unter der Arbeitseinkommensquote wird das Verhältnis aus gesamtwirtschaftlichem Arbeitseinkommen und Volkseinkommen verstanden. Das gesamtwirtschaftliche Arbeitseinkommen bildet die Summe aus dem Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit (Inländerkonzept) und dem kalkulatorischen Arbeitseinkommen der selbständig Erwerbstätigen einschließlich der mithelfenden Familienangehörigen. Letzteres wird wie bei der Gewinn-Erlös-Relation ermittelt.

Das gesamtwirtschaftliche Arbeitseinkommen ist demnach definiert als

(3) $AE_t = \frac{L_t}{A_t} E_t$,

die Arbeitseinkommensquote als

(4) $AEQ_t = \frac{AE_t}{Y_t} \cdot 100.$

Die Symbole haben folgende Bedeutung:

AE	gesamtwirtschaftliches Arbeitseinkommen
L	Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit
A	Anzahl der beschäftigten Arbeitnehmer
E	Anzahl der Erwerbstätigen
AEQ	Arbeitseinkommensquote
Y	Volkseinkommen
t	Zeitindex
LQ^{ber}	bereinigte Lohnquote

Die Arbeitseinkommensquote (4) läßt sich mit Hilfe von (3) auch wie folgt schreiben:

(5) $$AEQ_t = \frac{\frac{L_t}{A_t}}{\frac{Y_t}{E_t}} \cdot 100$$

Bei dieser Schreibweise wird ersichtlich, daß die Arbeitseinkommensquote als das Verhältnis aus Lohneinkommen je beschäftigten Arbeitnehmer zum Volkseinkommen je Erwerbstätigen interpretiert werden kann.

7. Die Arbeitseinkommensquote in Westdeutschland steht in einem festen Verhältnis zur bereinigten Lohnquote. Die bereinigte Lohnquote, wie der Sachverständigenrat sie früher ausgewiesen hat, wurde unter der Vorgabe, daß das Verhältnis der Anzahl der beschäftigten Arbeitnehmer zur Anzahl der Erwerbstätigen aus dem Jahre 1960 in den folgenden Jahren konstant gehalten wird, aus der tatsächlichen Lohnquote wie folgt berechnet:

(6) $$LQ_t^{ber} = \frac{L_t}{Y_t} \cdot \frac{E_t}{A_t} \cdot \frac{A_{1960}}{E_{1960}} \cdot 100$$

Die Bereinigung unter Zugrundelegung der Erwerbsstruktur des Jahres 1960 bezweckte, Veränderungen der Lohnquote, die lediglich auf eine Veränderung des Anteils der beschäftigten Arbeitnehmer an der Gesamtzahl der Erwerbstätigen zurückzuführen waren, rechnerisch auszuschalten. Nach Bereinigung um die Erwerbsstruktureinflüsse konnte der Einfluß des Lohnes auf die Lohnquote für sich betrachtet werden.

Die Arbeitseinkommensquote und die bereinigte Lohnquote für Westdeutschland unterscheiden sich im Niveau voneinander nur um einen konstanten Faktor, der sich aus der Relation zwischen der Anzahl der Erwerbstätigen und der Anzahl der beschäftigten Arbeitnehmer in dem für die Lohnquotenbereinigung verwendeten Basisjahr ergibt. Für das Basisjahr 1960 beträgt dieser Faktor 1,2957. Somit berechnet sich die westdeutsche Arbeitseinkommensquote jedes Jahr aus der bereinigten Lohnquote wie folgt:

(7) $AEQ_t = LQ_t^{ber} \cdot \frac{E_{1960}}{A_{1960}} = LQ_t^{ber} \cdot 1{,}2957$

Definition in Größen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen

8. Bei der Berechnung der Arbeitseinkommensquote werden die Größen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen verwendet.

Da Daten für Ostdeutschland weder in der gleichen Untergliederung noch in der gleichen Aktualität wie für Westdeutschland vorliegen, berechnen wir die Arbeitseinkommensquote nicht für ganz Deutschland. Für die Höhe der Arbeitseinkommensquote in Ostdeutschland haben wir in Tabelle 36, Seite 128 eigene Schätzungen präsentiert.

Für die alten Bundesländer werden die Einkommen aus unselbständiger Arbeit unterteilt in die Bruttolohn- und -gehaltssumme und die tatsächlichen und unterstellten Sozialbeiträge der Arbeitgeber. Die Produktivität wird als Verhältnis zwischen realem Bruttosozialprodukt und Anzahl der Erwerbstätigen (Bruttoerwerbstätigenproduktivität) in die Rechnung eingestellt. Es wird ferner der Realwert des Sozialprodukts verwendet, um die im Inland verfügbaren Güter, zu konstanten Preisen des Jahres 1991, zu ermitteln. Zur Berechnung des Produkts zu jeweiligen Preisen wird der Deflator der letzten inländischen Verwendung herangezogen. Der Übergang von der Bruttorechnung auf die Nettorechnung erfolgt durch Berücksichtigung der Abschreibungen, der Übergang von der Rechnung zu Marktpreisen auf die Rechnung zu Faktorkosten erfolgt durch Berücksichtigung von indirekten Steuern abzüglich Subventionen.

Somit ist die Arbeitseinkommensquote in Größen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen wie folgt definiert:

$$(8)\quad AEQ_t = \frac{\frac{BLGS_t + AGB_t}{A_t}}{\frac{BSP_t^r}{E_t} \cdot \frac{RSP_t}{BSP_t^r} \cdot P_t^{Liv} \cdot \frac{BSP_t^n - AK_t^n - (T_t - S_t)}{BSP_t^n}} \cdot 100$$

Die Symbole bedeuten:

BLGS	Bruttolohn- und -gehaltssumme
AGB	tatsächliche und unterstellte Sozialbeiträge der Arbeitgeber
BSP^r	Bruttosozialprodukt in Preisen von 1991
RSP	Realwert des Sozialprodukts. Es gilt: $RSP \cdot P^{Liv} = BSP^n$ (Zur Definition des Realwerts siehe JG 84 Ziffern 246ff.)
P^{Liv}	Deflator der letzten inländischen Verwendung
AK^n	Abschreibungen in jeweiligen Preisen
BSP^n	Bruttosozialprodukt in jeweiligen Preisen
T	indirekte Steuern
S	Subventionen

9. Zur Berechnung der Effekte, die auf die Veränderung der Arbeitseinkommensquote im Zeitablauf einwirken, ist es zweckmäßig, die Arbeitseinkommensquote in die faktorielle Schreibweise zu überführen. Aus (8) ist durch entsprechende Umformungen der folgende Ausdruck abzuleiten:

$$(9)\quad AEQ_t = \frac{\overset{F_1}{\frac{BLGS_t}{A_t}} \cdot \overset{F_2}{(1 + \frac{AGB_t}{BLGS_t})}}{\underset{F_3}{\frac{BSP_t^r}{E_t}} \cdot \underset{F_4}{\frac{RSP_t}{BSP_t^r}} \cdot \underset{F_5}{P_t^{Liv}} \cdot \underset{F_6}{(1 - \frac{AK_t^n}{BSP_t^n})} \cdot \underset{F_7}{(1 - \frac{T_t - S_t}{BSP_t^n - AK_t^n})}}$$

Dabei bedeuten:

- F_1 Lohnfaktor
- F_2 Sozialbeitragsfaktor
- F_3 Produktivitätsfaktor
- F_4 Terms of Trade-Faktor
- F_5 Deflator
- F_6 Abschreibungsfaktor
- F_7 Steuer- und Subventionsfaktor

Zur Berechnung der Veränderungsraten (Effekte)

10. Die Veränderung eines Faktors $F_{i,t}$ gegenüber seinem Vorjahreswert beträgt, als Veränderungsrate ausgedrückt:

$$(10)\quad v_{i,t} = \frac{F_{i,t}}{F_{i,t-1}} - 1.$$

Aus den Veränderungsraten der einzelnen Faktoren ergibt sich in zureichender Annäherung die Veränderungsrate der Arbeitseinkommensquote v_t:

(11) $v_t \approx v_{1,t} + v_{2,t} - v_{3,t} - v_{4,t} - v_{5,t} - v_{6,t} - v_{7,t}$.

Die mit 100 multiplizierten, also in vH ausgedrückten Veränderungsraten der sieben Faktoren bezeichnen wir als „Effekte". Diese Bezeichnung deutet an, daß die Effekte die Veränderung der Arbeitseinkommensquote ursächlich bewirken oder bewirkt haben, wenn man eine abgelaufene Periode betrachtet. Dieser ursächliche Einfluß mag auch mehr oder weniger zutreffen. Die Zerlegung der Veränderungsrate der Arbeitseinkommensquote in ihre Effekte gilt im strengen Sinne jedoch nur rechnerisch. Bei Anwendung der Rechnung auf eine künftige Periode können spezielle Annahmen zur Entwicklung bestimmter Effekte oder zur Entwicklung der Arbeitseinkommensquote getroffen werden, so daß von diesen Vorgaben her auf restliche Effekte oder auf die Veränderungsrate der Arbeitseinkommensquote geschlossen werden kann.

C. Zur Konzeption der bereinigten Zentralbankgeldmenge

1. Die bereinigte Zentralbankgeldmenge in der von uns verwendeten Abgrenzung ist definiert als

   $Z_t = (BG_t + BR_t) \cdot KF_t$

   mit

   $BR_t = MRS_{I_t} + MRS_{A_t} + \ddot{U}R_t$

   Die Symbole haben die folgende Bedeutung:

   Z bereinigte Zentralbankgeldmenge

   BG Bargeldumlauf (ohne Kassenbestände der Kreditinstitute)

   BR Bankreserven (Zentralbankeinlagen und Kassenbestände der Kreditinstitute einschließlich der Deutschen Bundespost/Postbank)

   KF Korrekturfaktor

   MRS_I Mindestreservesoll auf Inlandsverbindlichkeiten

   MRS_A Mindestreservesoll auf Auslandsverbindlichkeiten

   ÜR Überschußreserven

   t Zeitindex

2. Der Korrekturfaktor dient dazu, den expansiven oder kontraktiven Impuls einer Mindestreservesatzänderung in der Zentralbankgeldmenge (Geldbasis) sichtbar zu machen. Senkt etwa die Bundesbank die Mindestreservesätze, so wird ein Teil des bisher in der Mindestreserve gebundenen Zentralbankgeldes frei und erhöht die Fähigkeit der Banken zur Geldschöpfung. Den freigesetzten Betrag bestimmen wir, indem wir die Differenz zwischen dem alten und dem neuen Reservesatz mit dem Einlagevolumen zu Beginn der Periode multiplizieren.

   Da für unterschiedliche Einlagearten verschiedene Reservesätze gelten, muß die Bereinigung der Zentralbankgeldmenge nach einzelnen Einlagearten getrennt vorgenommen werden. Wir differenzieren zusätzlich nach den Größenklassen der Einlagen, das heißt nach Progressionsstufen, sofern für diese verschiedene Mindestreservesätze gelten.[1])

   Die Freisetzung beziehungsweise Bindung von Zentralbankgeld infolge einer Mindestreservesatzänderung wird berechnet als

   $$\Delta KP_t = \sum_{i=1}^{n} \Delta KP_{i,t}$$

   mit

   $$\Delta KP_{i,t} = (r_{i,t-1} - r_{i,t}) \cdot E_{i,t-1}$$

   Dabei bedeuten:

   KP Korrekturposten

   i Index der Einlagearten, für die unterschiedliche Reservesätze gelten

   r Reservesatz

   E reservepflichtige Einlagen

   Der auf die unbereinigte Zentralbankgeldmenge anzuwendende Korrekturfaktor ergibt sich wie folgt:

   $$KF_t = \prod_{\tau=t_o}^{t} \frac{BG_\tau + BR_\tau + \Delta KP_\tau}{BG_\tau + BR_\tau}$$

   mit

   τ Zeitindex für die (multiplikative) Kumulation

   t_o Zeitpunkt, zu dem mit der Kumulation begonnen wird (Januar 1980)

   Das Bereinigungsverfahren gewährleistet, daß die ausgewiesene Veränderungsrate der bereinigten Zentralbankgeldmenge unabhängig von der Wahl einer Basisperiode und somit unverzerrt ist. Daraus folgt auch, daß die Veränderungsraten (nicht aber die absoluten Veränderungen) von unbereinigter und bereinigter Zentralbankgeldmenge so lange identisch sind, wie die Mindestreservesätze sich nicht ändern.

3. Die Zentralbankgeldmenge zu konstanten Reservesätzen, wie sie die Bundesbank berechnet und bis 1987 als Indikator und Zwischenzielgröße verwendet hat, ist wie folgt definiert:

   $$Z_t^* = BG_t + \overline{MRS}_{I_t}$$

   Dabei ist:

   Z^* Zentralbankgeldmenge zu konstanten Reservesätzen

[1]) Die Disaggregation nach Progressionsstufen kann allerdings erst für die Zeit ab Juni 1978 vorgenommen werden, da vorher das System der Mindestreservesätze — unter anderem aufgrund der Unterscheidung zwischen Bankhaupt- und -nebenplätzen — weit komplexer als heute war.

$\overline{MRS}_t$ Mindestreservesoll auf Inlandsverbindlichkeiten zu konstanten Reservesätzen (Januar 1974)

Die Bundesbank wählt also einen anderen Weg zur Bereinigung um den Effekt von Mindestresevesatzänderungen. Sie multipliziert zu diesem Zweck die mindestreservepflichtigen Verbindlichkeiten mit konstanten historischen Mindestreservesätzen. Die Zentralbankgeldmenge zu konstanten Reservesätzen ergibt sich dann als Summe des so ermittelten Mindestreservesolls und des Bargeldumlaufs.

Die Unterschiede zwischen der bereinigten Zentralbankgeldmenge des Sachverständigenrates und der Zentralbankgeldmenge zu konstanten Reservesätzen der Bundesbank liegen zum einen in der Abgrenzung und zum anderen im Verfahren zur Bereinigung um die Wirkung von Mindestreservesatzänderungen. Eine Gegenüberstellung beider Indikatoren findet sich in JG 88, Anhang IV, Abschnitt C.

D. Zur Berechnung des konjunkturneutralen Haushalts

1. Mit der Konzeption des konjunkturneutralen Haushalts mißt der Sachverständigenrat konjunkturelle Impulse der Finanzpolitik, indem er das tatsächliche Haushaltsvolumen mit jenem vergleicht, das er als konjunkturneutral bezeichnet. Ein Haushaltsvolumen ist nach dieser Konzeption dann konjunkturneutral, wenn es für sich genommen unmittelbar keine Abweichungen der Auslastung des gesamtwirtschaftlichen Produktionspotentials von dem bewirkt, was mittelfristig als normal angesehen wird. Die Privaten sind daran gewöhnt, daß der Staat direkt oder indirekt einen Teil des Produktionspotentials durch seine Ausgaben in Anspruch nimmt und ihnen einen Teil ihres Einkommens durch Steuern entzieht. In dem Maße, wie das Produktionspotential wächst, kann der Staat auch seine Ansprüche erhöhen, ohne daß sich daraus stabilitätspolitische Probleme ergeben; hielte er sich zurück, könnte sich eine Unterauslastung des Produktionspotentials einstellen. Abweichungen von dieser mittelfristig normalen Inanspruchnahme des Produktionspotentials durch den Staat werden nur dann als konjunkturneutral angesehen, wenn dieser gleichzeitig durch eine Änderung seiner Einnahmenregelungen (ohne Kreditaufnahme) die Privaten veranlaßt, ihre Ansprüche an das Produktionspotential entsprechend zu ändern.

2. Der konjunkturelle Impuls mißt nur die primären Wirkungen, die von einer Abweichung des tatsächlichen Haushaltsvolumens vom konjunkturneutralen ausgehen. Allenfalls sie, nicht auch Sekundärwirkungen der Finanzpolitik lassen sich situationsneutral bestimmen. Nicht erfaßt werden auch die Auswirkungen von Änderungen in der Struktur der öffentlichen Ausgaben und der Einnahmen.

3. Die Ermittlung des konjunkturellen Impulses für das Jahr t erfolgt in drei Schritten.

— Zunächst wird das Haushaltsvolumen errechnet, das auf der Grundlage einer mittelfristig konstanten Staatsquote, ermittelt als Produkt aus der Staatsquote des Basisjahres und dem jeweiligen Produktionspotential bei konjunkturneutralem Preisniveau, konjunkturneutral wäre:

$$\frac{g_o}{100} \cdot p_t^n$$

Das konjunkturneutrale Preisniveau ist definiert als der mit der Rate der konjunkturneutralen Preisniveausteigerung des Jahres t fortgeschriebene Preisindex des Bruttosozialprodukts des Jahres t–1. Ein Anstieg des Preisniveaus gilt als konjunkturneutral, wenn er durch keine wirtschaftspolitische Strategie bei Vermeidung unzumutbarer Beschäftigungsrisiken kurzfristig niedriger gehalten werden kann; dies ist eine Schätzgröße. Solange der Preisanstieg sehr niedrig ist, wird keine von der tatsächlichen Preissteigerungsrate abweichende konjunkturneutrale Preissteigerungsrate angesetzt.

— Das im ersten Schritt errechnete Haushaltsvolumen ist sodann zu bereinigen um den Betrag, der einer Veränderung der Entwicklung der Staatseinnahmen im Verhältnis zum Wachstum des Produktionspotentials seit dem Basisjahr entspricht. Ergebnis ist das konjunkturneutrale Haushaltsvolumen.

Für die Steuern wird dieser Betrag ermittelt, indem die Differenz der Steuerquoten des Jahres t und des Basisjahres mit dem Bruttosozialprodukt bei konjunkturneutralem Preisniveau und Normalauslastung des Produktionspotentials im Jahr t multipliziert wird:

$$\frac{(t_t - t_o)}{100} \cdot Y_t^v$$

Durch die Verwendung des Bruttosozialprodukts bei Normalauslastung des Produktionspotentials zu konjunkturneutralen Preisen (Y_t^v) sollen konjunkturbedingte und inflationsbedingte Schwankungen im Steueraufkommen ausgeschaltet werden. Konjunkturbedingte und inflationsbedingte Schwankungen der Steuerquote können allerdings nach wie vor nicht hinreichend genau erfaßt werden (siehe JG 70 Ziffer 341).

Für die sonstigen Einnahmen (wie z. B. Gebühren, Beiträge, Gewinne öffentlicher Unternehmen) wird der Betrag ermittelt, indem die Differenz aus den Deckungsquoten der sonstigen Einnahmen des Jahres t und des Basisjahres mit dem Produktionspotential des Jahres t bei konjunkturneutralem Preisniveau multipliziert wird:

$$\frac{(s_t - s_o)}{100} \cdot p_t^n$$

Somit ergibt sich das konjunkturneutrale Haushaltsvolumen als

$$H_t = \frac{g_o}{100} \cdot P_t^n + \frac{(t_t - t_o)}{100} \cdot Y_t^v + \frac{(s_t - s_o)}{100} \cdot P_t^n$$

— Im dritten Schritt wird dann das konjunkturneutrale Haushaltsvolumen H_t mit den tatsächlichen Ausgaben G_t der Gebietskörperschaften verglichen. Die Differenz steht für den konjunkturellen Impuls, der den öffentlichen Ausgaben bei gegebenen Einnahmenregelungen beigemessen wird.

$H_t > G_t$: kontraktiv

$H_t = G_t$: konjunkturneutral

$H_t < G_t$: expansiv

Die verwendeten Symbole haben folgende Bedeutung:

g_o: Verhältnis der Staatsausgaben zum Produktionspotential (Staatsquote) im Basisjahr (in vH)

t_o: Verhältnis der Steuereinnahmen zum Bruttosozialprodukt (volkswirtschaftliche Steuerquote) im Basisjahr (in vH)

t_t: Volkswirtschaftliche Steuerquote im Jahr t (in vH)

s_o: Verhältnis der sonstigen Einnahmen zum Produktionspotential im Basisjahr (in vH)

s_t: Verhältnis der sonstigen Einnahmen zum Produktionspotential im Jahr t (in vH)

P_t^n: Produktionspotential des Jahres t zu konjunkturneutralen Preisen

Y_t^v: Bruttosozialprodukt bei Normalauslastung des Produktionspotentials zu konjunkturneutralen Preisen

$$Y_t^v = \frac{l_v}{100} \cdot P_t^n$$

l_v: Normalauslastungsgrad des Produktionspotentials (in vH)

G_t: Staatsausgaben im Jahr t

H_t: konjunkturneutrales Haushaltsvolumen im Jahr t

Als Basisjahr wird derzeit das Jahr 1985 verwendet.

Auf logisch äquivalente Weise läßt sich der konjunkturelle Impuls auch über einen Vergleich des tatsächlichen Haushaltsdefizits D_t mit dem konjunkturneutralen Defizit D_t^n ermitteln.

$D_t > D_t^n$: expansiv

$D_t = D_t^n$: konjunkturneutral

$D_t < D_t^n$: kontraktiv

wobei

$$D_t^n = \frac{k_o}{100} \cdot P_t^n + \frac{t_t}{100} (Y_t^v - Y_t^n) - \frac{t_t}{100} (Y_t^i - Y_t^n) - b_t$$

Die verwendeten Symbole haben folgende Bedeutung:

D_t: Haushaltsdefizit im Jahr t

D_t^n: konjunkturneutrales Haushaltsdefizit im Jahr t

Y_t^n: Bruttosozialprodukt des Jahres t zu konjunkturneutralen Preisen

$$Y_t^n = Y_t^i \cdot \frac{P_t^n}{P_t^i}$$

Y_t^i: Bruttosozialprodukt des Jahres t zu jeweiligen Preisen

P_t^i: Produktionspotential des Jahres t zu jeweiligen Preisen

$\frac{t_t}{100} (Y_t^v - Y_t^n)$: auslastungsbedingte Steuerminder- bzw. Steuermehreinnahmen

$\frac{t_t}{100} (Y_t^i - Y_t^n)$: inflationsbedingte Steuermehreinnahmen

b_t: anomaler Teil der Gewinnabführung der Deutschen Bundesbank

k_o: potentialorientierte Kreditfinanzierungsquote im Basisjahr (in vH)

k_o wird ermittelt, indem im Basisjahr der um auslastungsbedingte Steuermehr- bzw. -mindereinnahmen, um inflationsbedingte Steuermehreinnahmen und um den anomalen Teil der Gewinnabführung der Bundesbank bereinigte Finanzierungssaldo ins Verhältnis zum Produktionspotential P_o^n gesetzt wird.

E. Zur Konstruktion eines Index „Staatlich administrierter Verbraucherpreise"

1. Der Sachverständigenrat hat bereits in seinen Jahresgutachten 1976/77 [a]), 1982/83 [b]) und 1991/92 [c]) versucht, die Bedeutung der staatlich administrierten Preise im Preisindex für die Lebenshaltung zu quantifizieren. Die Bedenken, die gegen die Konstruktion eines speziellen Index der staatlich administrierten Verbraucherpreise angeführt werden, sind erheblich, viele halten sie sogar für unüberwindbar. Die verständliche Sorge, sich der Aussagekraft eines solchen Index anzuvertrauen, sollte jedoch gegenüber dem Interesse an einer Quantifizierung der Bedeutung staatlich administrierter Verbraucherpreise für die allgemeine Preisentwicklung abgewogen werden. Wenn der Sachverständigenrat in diesem Gutachten erneut versucht, einen derartigen Preisindex zu berechnen, so heißt dies nicht, daß er die damit verbundenen Probleme gering achtet. Die Willkür, die mit jeder Abgrenzung verbunden ist, veranlaßt ihn jedoch, die methodischen Grundlagen der hier gewählten Konstruktion noch einmal darzulegen.

[a]) Ziffern 144 f. und Anhang VII.
[b]) Ziffern 104 ff. und Anhang V, Abschnitt E.
[c]) Ziffern 121 f. und Anhang V, Abschnitt E.

2. Der hier berechnete Index für die staatlich administrierten Verbraucherpreise setzt sich aus vier Teilgruppen zusammen; diese unterscheiden sich nach dem Ausmaß und der Art der staatlichen Einflußnahme auf die Preisbildung (Tabelle E1, Seite 282). Die erste Teilgruppe enthält diejenigen Verbraucherpreise, die direkt vom Staat festgesetzt werden. Der Wägungsanteil dieser unmittelbar durch die öffentliche Hand bestimmten Preise am Gesamtindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte beträgt 4,9 vH. Die in der zweiten Teilgruppe zusammengefaßten Verbraucherpreise, deren Anteil an der gesamten Lebenshaltung 16,6 vH ausmacht, werden nur teilweise oder nur indirekt durch den Staat bestimmt. Die dritte Gruppe von Verbraucherpreisen setzt sich aus Preisen von Waren zusammen, für die der Staat besondere Verbrauchsteuern [d]) erhebt. Daher stellt sich hier häufig das Problem, marktbedingte Preisänderungen von solchen zu unterscheiden, die steuerpolitisch begründet sind. Die laufenden Veränderungen dieser Preise sind hier jedoch in der Regel ausschließlich marktbestimmt. Der Anteil der genannten Güterpreise am gesamten Verbraucherpreisindex beläuft sich auf etwa 11,3 vH. Noch größere Probleme wirft die Konstruktion der vierten Teilgruppe auf. In ihr sind die Preise der Ernährungsgüter zusammengefaßt, deren Entwicklung direkt oder indirekt durch Preisbeschlüsse im Rahmen der europäischen Marktordnungen bestimmt wird. Ihr Anteil am Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte beträgt 8,9 vH. Auch hier sind administrativ bedingte Preisänderungen kaum zu isolieren.

   In Tabelle E2 (Seite 283) werden die verschiedenen Teilgruppen-Indizes sowie einige aus diesen Teilgruppen errechnete Zusammenfassungen ausgewiesen.

F. Zur Berechnung der RCA-Werte und Erläuterungen zur CMS-Analyse

Zur Berechnung der RCA-Werte

Nach dem Theorem der komparativen Kosten spezialisieren sich Länder im Außenhandel auf diejenigen Güter, bei deren Herstellung sie im Vergleich zum Ausland relative Kostenvorteile aufweisen. Hieraus folgt, daß diese Güter im Export eines Landes mit vergleichsweise hohem Gewicht vertreten sein sollten; im Import hingegen sollten die Waren ein besonders hohen Anteil einnehmen, bei deren Herstellung das Land komparative Kostennachteile aufweist. Auf diesen Überlegungen beruht die sogenannte RCA-Analyse (revealed comparative advantages).

Der RCA-Wert errechnet sich nach der hier verwendeten Methode für ein bestimmtes Jahr wie folgt

$$RCA_{it} = \ln\left(\frac{X_{it}/M_{it}}{X_t/M_t}\right) \cdot 100$$

mit

X_{it} = Export von Produkten der Warengruppe i im Jahr t

M_{it} = Import von Produkten der Warengruppe i im Jahr t

X_t = Warenexport insgesamt (Spezialhandel) im Jahr t

M_t = Warenimport insgesamt (Spezialhandel) im Jahr t

Ein RCA-Wert größer als Null deutet auf komparative Vorteile bei einer bestimmten Warengruppe hin, ein RCA-Wert kleiner als Null entspräche dementsprechend komparativen Nachteilen. Die RCA-Werte für den Handel mit Industriewaren in der Abgrenzung des Spezialhandels (SITC 5 bis SITC 8; dreistellig) sind in Tabelle F1 (Seiten 284 ff.) aufgeführt.

Erläuterungen zur CMS-Analyse

Mittels der Constant-Market-Share-Analyse (CMS-Analyse) wird die Veränderung des Weltmarktanteils eines Landes rechnerisch in mehrere Komponenten zerlegt. Nach der hier verwendeten Methode werden drei Faktoren unterschieden, nämlich der Regionalfaktor, der Strukturfaktor und der Restfaktor.

— Der **Regionalfaktor** stellt dar, wie sich der Weltmarktanteil eines Landes allein aufgrund der unterschiedlichen Nachfragedynamik auf den verschiedenen Exportmärkten entwickelt hätte. Es wird also Konstanz der Importmarktanteile in den einzelnen Regionen/Ländern der Welt unterstellt. Liefert ein Land hauptsächlich in dynamisch wachsende Regionen/Länder, so entspricht dies einem Regionalfaktor größer als Null; ist ein Land vornehmlich auf unterdurchschnittlich expandierenden Märkten vertreten, so ergibt sich ein negativer Wert für den Regionalfaktor.

— Der **Strukturfaktor** zeigt den Einfluß der Güterstruktur des Außenhandels auf die Exportdynamik an. Er stellt dar, wie sich der Weltmarktanteil eines Landes bei konstanter Warenstruktur des Exports verändert hätte. Ein positiver Wert des Strukturfaktors weist auf eine besonders starke Zunahme der Nachfrage in jenen Gütergruppen hin, die im Exportsortiment des betrachteten Landes ein hohes Gewicht haben; ein negativer Wert für die Strukturkomponente ergibt sich demgegenüber bei einer starken Expansion der Nachfrage in den im Gütersortiment des Exportlandes unterdurchschnittlich vorhandenen Warengruppen.

— Der **Restfaktor** ist als Differenz zwischen Regionalfaktor und Strukturfaktor einerseits und der beobachteten Änderung des Weltmarktanteils des Landes andererseits definiert. Hierin spiegeln sich sämtliche Einflußgrößen wider, soweit sie nicht schon in den genannten regionalen und strukturellen Einflüssen auf die Entwicklung des Weltmarktanteils eines Landes einwirken. Eine besondere

[d]) Zum 1. Januar 1993 sind derartige Verbrauchsteuern auf Tee, Speisesalz, Leuchtmittel sowie Substitutionsalkohol in Duftwässern und Parfüms entfallen, dementsprechend erfassen wir die zugehörigen Preisindizes nicht weiter unter staatlich administrierten Preisen.

Interpretation dieser Restkomponente ist daher nicht möglich.

Zur Berechnung der einzelnen Komponenten wurden in Anlehnung an den 4. Sturkturbericht des Instituts für Weltwirtschaft von 1988 die folgenden Formeln verwendet:

$$\text{Regionalfaktor} = w_k^0 \sum_j \frac{A_j^1 - A_j^0}{A_j^0} a_j^0$$

$$\text{Strukturfaktor} = w_k^0 \sum_i \frac{A_i^1 - A_i^0}{A_i^0} a_i^0$$

$$\text{Restfaktor} = \left(w_k^1 - w_k^0\right) - \text{Regionalfaktor} - \text{Strukturfaktor}$$

Dabei wurden die folgenden Bezeichnungen verwendet:

w_k^t — Weltmarktanteil des Exportlandes k insgesamt,

A_j^t — Anteil der Weltexporte in die Region j am gesamten Weltexport;

a_j^t — Anteil der Exporte des Landes k in die Region j am gesamten Export des Landes k;

A_i^t — Anteil der Weltexporte in der Gütergruppe i am gesamten Weltexport;

a_i^t — Anteil der Exporte des Landes k in der Gütergruppe i am gesamten Export des Landes k;

0, 1 — Anfangs-, Endjahr.

Als Vorzug dieser Methode kann gesehen werden, daß die einzelnen Komponenten unabhängig voneinander berechnet werden. Die Interpretation von Regional- und Strukturkomponente wird dadurch erheblich erleichtert.

Tabelle E1

Zur Konstruktion eines Index „Staatlich administrierter Verbraucherpreise" [1]

Teilgruppe 1		Teilgruppe 2		Teilgruppe 3		Teilgruppe 4	
direktadministrierte		teiladministrierte		quasiadministrierte		indirekt administrierte [2]	
Verbraucherpreise							
Indexgruppe	Gewicht [1]	Indexgruppe	Gewicht [1]	Indexgruppe	Gewicht [1]	Indexgruppe	Gewicht [1]
Verkehrstarife	8,37	**Versorgungstarife**	43,29	**Alkoholische Getränke**	23,68	**Fleisch (frisch, gefroren oder tiefgefroren)**	20,42
Örtliche Verkehrsmittel	4,95	Elektrizität	27,12	Bier [5]	16,96	Fleisch [6]	15,03
Bundesbahn	3,42	Umlagen für Zentralheizung und Fernwärme	13,78	Spirituosen [5]	4,54	Geflügelfleisch [7]	2,29
Nachrichtenübermittlung	18,27	Steinkohle, Koks, Braunkohle	2,39	Traubenschaumweine [5]	2,18	Hackfleisch, Innereien und andere Schlachtnebenprodukte [8]	3,10
Fernsprechgebühren	16,06			**Tabakwaren**	20,98		
Postgebühren	2,21	**Wohnungsmieten (einschließlich Nebenkosten) im öffentlich geförderten Wohnungsbau [3]**	33,78	**Kaffee [5]**	9,08	**Fleischwaren**	19,99
Rundfunk- und Fernsehgebühren	5,59			**Gas (ohne Gas für Kraftfahrzeuge)**	11,90	Wurstwaren, Schinken, Speck u.ä. geräuchert, getrocknet oder gekocht	18,88
Gebühren für den Besuch von kulturellen Einrichtungen, Sportanlagen, Bildungseinrichtungen	9,69	**Versicherungsbeiträge**	63,15	**Heizöl leicht**	16,24	Fleischkonserven (tiefgefroren), tafelfertiges Hackfleisch	0,50
Besuch von Theateraufführungen	2,99	**Kosten der Gesundheitspflege**	22,47	**Kraftstoffe**	31,27	Andere Fleischerzeugnisse (ohne Fertiggerichte)	0,61
Eintrittskarte für Hallenbad	0,89	Verbrauchsgüter für die Gesundheitspflege [4]	5,25			**Milch [9], Käse, Butter**	19,13
Lehrgangsgebühr Volkshochschule	2,94	Dienstleistungen von Ärzten und Krankenhäusern	17,22			**Brot und Backwaren**	16,99
Dienstleistungen der Kindergärten, -horte u.ä.	2,14	**Beförderung in Luftfahrzeugen**	1,10			Brot und andere Backwaren aus Brotteig	9,12
Friedhofsgebühren	0,26	**Rechtsberatung u.ä. (ohne Gerichtskosten)**	2,34			Feine Backwaren (ohne Dauerbackwaren)	5,43
Wettgebühren, Jagdscheingebühren, Fischereigebühren	0,47					Dauerbackwaren	2,44
Parkgebühren, Straßenbenutzungsgebühren	0,60					**Mehl und Nährmittel**	3,94
TÜV- und Zulassungsgebühren	0,17					**Zucker (Rüben- und Rohrzucker)**	1,30
Kfz-Steuer und sonstige Gebühren (Reisepaß, Führerscheingebühr u.ä.)	6,32					**Süßwaren und Honig**	7,37
Zusammen	49,01	**Zusammen**	166,13	**Zusammen**	113,15	**Zusammen**	89,14

[1] Berechnet auf der Grundlage des Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte, Basis 1985 = 100; Wägungsanteile in Promille.
[2] Durch EG-Agrarpreisbeschlüsse bewirkt.
[3] Nach 1948 erbaut.
[4] Arzneimittel (Medikamente, Rezeptgebühr), Verbandsstoffe und andere Verbrauchsgüter für die Gesundheitspflege.
[5] Einschließlich Verzehr in Kantinen, Gaststätten u.ä.
[6] Ohne Geflügelfleisch und Hackfleisch sowie Innereien.
[7] Ohne Wildgeflügelfleisch, Innereien und andere Schlachtnebenerzeugnisse.
[8] Ohne zubereitetes Hackfleisch.
[9] Trinkmilch, Kondensmilch, Milchpulver, süße Sahne und Joghurt.

Zur Entwicklung staatlich administrierter Verbraucherpreise [1])

Zeitraum	Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte			Staatlich administrierte Verbraucherpreise						
					davon				darunter	
	insgesamt	ohne staatlich administrierte Verbraucherpreise	ohne Gruppe 1, 2 und 4	zusammen	Gruppe 1	Gruppe 2	Gruppe 3	Gruppe 4	Gruppe 1 bis Gruppe 3	Gruppe 1, Gruppe 2 und Gruppe 4
Gewicht	1 000	582,57	695,72	417,43	49,01	166,13	113,15	89,14	328,29	304,28
					1985 = 100					
1991 Jan	108,8	111,4	108,7	105,2	109,5	111,0	94,6	105,4	105,1	109,1
Feb	109,1	111,8	109,0	105,4	109,6	111,5	94,5	105,6	105,3	109,4
Mär	109,0	112,2	108,7	104,6	109,9	111,7	90,8	105,8	104,2	109,7
Apr	109,5	112,7	109,3	105,0	112,7	111,5	91,3	106,0	104,7	110,1
Mai	109,9	113,1	109,7	105,4	112,9	111,6	92,3	106,3	105,1	110,2
Jun	110,5	113,9	110,3	105,8	112,9	112,7	92,1	106,5	105,6	110,9
Jul	111,5	114,1	111,4	107,8	114,9	113,6	97,3	106,8	108,1	111,8
Aug	111,5	114,1	111,3	107,9	114,8	113,7	97,1	107,1	108,1	111,9
Sep	111,7	114,1	111,5	108,4	114,7	114,0	98,1	107,4	108,6	112,2
Okt	112,0	114,4	111,8	108,6	114,8	114,3	98,2	107,8	108,8	112,5
Nov	112,5	115,0	112,4	108,9	115,2	114,4	98,9	108,1	109,2	112,7
Dez	112,6	115,3	112,4	108,8	115,3	114,8	97,4	108,4	108,9	113,0
1992 Jan	113,1	115,9	112,6	109,2	119,4	115,4	95,9	108,9	109,3	114,1
Feb	113,8	116,4	113,3	110,1	119,8	116,4	97,3	109,4	110,3	114,9
Mär	114,2	117,0	113,8	110,3	120,2	116,5	97,4	109,6	110,5	115,1
Apr	114,5	117,2	114,1	110,7	120,6	116,8	97,9	110,1	110,8	115,4
Mai	115,0	117,9	114,7	111,0	120,7	116,9	98,5	110,5	111,1	115,6
Jun	115,2	118,0	114,9	111,3	121,5	117,1	98,8	110,8	111,5	116,0
Jul	115,2	118,0	114,8	111,3	121,9	117,2	98,2	111,1	111,3	116,2
Aug	115,4	118,0	114,7	111,8	122,4	118,3	97,9	111,3	111,9	116,9
Sep	115,7	118,1	114,8	112,3	123,0	119,3	98,0	111,6	112,5	117,7
Okt	116,1	118,3	115,1	113,0	123,5	120,6	98,3	111,7	113,3	118,5
Nov	116,7	118,8	115,5	113,8	123,5	122,1	98,7	111,8	114,3	119,3
Dez	116,8	118,7	115,6	114,2	123,6	122,4	99,6	112,0	114,7	119,6
1993 Jan	118,1	120,2	116,9	115,1	124,8	124,1	100,1	112,2	115,9	120,7
Feb	118,6	120,7	117,4	115,6	125,0	125,1	100,2	112,3	116,5	121,3
Mär	119,0	121,2	117,8	116,0	125,2	125,6	100,7	112,3	117,0	121,7
Apr	119,4	121,6	118,3	116,3	126,0	125,9	101,0	112,5	117,3	122,0
Mai	119,8	122,2	118,7	116,5	126,0	126,5	100,8	112,6	117,6	122,4
Jun	120,0	122,4	118,9	116,6	126,8	126,7	100,6	112,6	117,7	122,6
Jul	120,2	122,5	119,0	117,0	127,2	127,3	100,7	112,7	118,1	123,0
Aug	120,2	122,5	118,9	117,0	127,5	127,5	100,4	112,7	118,1	123,1
Sep	120,3	122,6	118,9	117,1	128,7	127,6	99,9	112,7	118,2	123,4
					Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH					
1993 Jan	*4,4*	*3,7*	*3,8*	*5,4*	*4,5*	*7,5*	*4,3*	*3,1*	*6,1*	*5,8*
Feb	*4,2*	*3,7*	*3,6*	*5,0*	*4,4*	*7,5*	*3,0*	*2,7*	*5,6*	*5,6*
Mär	*4,2*	*3,6*	*3,5*	*5,1*	*4,2*	*7,8*	*3,4*	*2,4*	*5,9*	*5,7*
Apr	*4,3*	*3,8*	*3,7*	*5,0*	*4,5*	*7,8*	*3,1*	*2,2*	*5,8*	*5,7*
Mai	*4,2*	*3,6*	*3,4*	*5,0*	*4,4*	*8,2*	*2,3*	*1,9*	*5,8*	*5,8*
Jun	*4,2*	*3,8*	*3,5*	*4,8*	*4,3*	*8,2*	*1,8*	*1,6*	*5,6*	*5,7*
Jul	*4,3*	*3,8*	*3,7*	*5,1*	*4,3*	*8,6*	*2,6*	*1,5*	*6,1*	*5,9*
Aug	*4,2*	*3,8*	*3,6*	*4,7*	*4,2*	*7,7*	*2,6*	*1,3*	*5,6*	*5,3*
Sep	*4,0*	*3,8*	*3,6*	*4,2*	*4,6*	*6,9*	*2,0*	*1,1*	*5,1*	*4,9*

[1]) Berechnet auf Grundlage des Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte mit der Basis 1985 = 100; der Index setzt sich aus vier Teilgruppen zusammen:
Gruppe 1 = direktadministrierte Preise (u. a. Verkehrstarife, Post- und Fernmeldegebühren),
Gruppe 2 = teiladministrierte Preise (u. a. Versorgungstarife, Mieten),
Gruppe 3 = quasiadministrierte Preise (u. a. alkoholische Getränke, Tabakwaren, Gas, Heizöl, Kraftstoffe),
Gruppe 4 = indirekt administrierte Preise (u. a. Fleisch, Fleischwaren, Milch und Milchprodukte, Backwaren).

Tabelle F1

Ausfuhr und Einfuhr ausgewählter Industriewaren

Systematik Nummer[1]	Waren	Ausfuhr		Einfuhr		RCA-Index[2]	
		1989	1992	1989	1992	1989	1992
		Mio DM				Relation	
	Insgesamt[3]	641041	657410	506465	627950	*0*	*0*
	Zusammen (SITC 5 bis 8)	581628	592355	370017	478830	*21,66*	*16,69*
511	Kohlenwasserstoffe und ihre Derivate	2418	1655	2983	1867	*– 44,6*	*– 16,6*
512	Alkohole, Phenole, Phenolalkohole und ihre Derivate	3093	2339	1369	1104	*58,0*	*70,5*
513	Carbonsäuren, ihre Anhydride, und ihre Derivate	2987	2466	1781	1868	*28,1*	*23,2*
514	Verbindungen mit Stickstoffunktionen	4762	4022	3239	3170	*15,0*	*19,2*
515	Organisch-anorganische und heterocyclische Verbindungen	3831	4466	2197	2770	*32,1*	*43,2*
516	Andere organische chemische Erzeugnisse	2420	2311	1599	1862	*17,8*	*17,0*
522	Anorganische chemische Elemente, Oxide und Halogensalze	2954	2521	1635	1517	*35,6*	*46,2*
523	Metallsalze und Peroxosalze, deren anorganische Säuren	1859	1548	652	775	*81,2*	*64,6*
524	Andere anorgan. chem. Erzeugn., anorgan. und organ. Verbindungen	707	609	398	560	*33,9*	*3,9*
525	Radioaktive Stoffe	748	334	1623	1063	*–101,1*	*–120,2*
531	Synthetische organische Farbmittel und Farblacke	3834	3728	724	844	*143,1*	*144,0*
532	Gerb– und Farbstoffauszüge und synthetische Gerbstoffe	253	234	46	53	*147,4*	*144,4*
533	Pigmente, Farben, Lacke und ähnliche Erzeugnisse	4601	4763	1688	2061	*76,7*	*79,2*
541	Medizinische und pharmazeutische Erzeugnisse	3797	4739	2160	2899	*32,9*	*44,6*
542	Arzneiwaren	5108	6619	2814	4385	*36,1*	*36,6*
551	Etherische Öle und Riechmittel	572	710	488	585	*– 7,7*	*14,8*
553	Zubereitete Riech–, Körperpflege– und Schönheitsmittel	1467	2226	1285	1931	*– 10,4*	*9,6*
554	Seifen, zubereitete Putz– und Reinigungsmittel	2350	2453	680	1076	*100,4*	*77,8*
562	Düngemittel (ausgenommen solche der Gruppe 272)	1056	1017	1267	1429	*– 41,8*	*– 38,6*
571	Polymere des Ethylens in Primärformen	1829	1434	2197	2116	*– 41,9*	*– 43,5*
572	Polymere des Styrols in Primärformen	1853	1394	1299	1214	*11,9*	*9,3*
573	Polymere des Vinylchlorids oder anderer halogenierter Olefine[4]	1789	1315	1025	999	*32,1*	*22,9*
574	Polyacetale, Polycarbonate in Primärformen	2831	2709	1763	1950	*23,8*	*28,3*
575	Andere Kunststoffe in Primärformen	6745	7183	3763	4231	*34,8*	*48,3*
579	Abfälle, Schnitzel und Bruch von Kunststoffen	132	103	69	46	*40,9*	*77,3*
581	Rohre und Schläuche aus Kunststoffen	1098	1256	479	862	*59,4*	*33,0*
582	Tafeln, Platten, Folien usw. aus Kunststoffen	5658	5802	3300	4035	*30,4*	*31,7*
583	Monofile mit einem Durchmesser über 1 mm	785	869	124	186	*160,8*	*149,4*
591	Insekticide, Rodenticide, Fungicide, Herbicide	2297	2243	732	1017	*90,7*	*74,5*
592	Stärke, Eiweiß– und Klebstoffe	1215	1307	818	1216	*16,1*	*2,7*
593	Sprengstoffe und pyrotechnische Artikel	174	183	135	219	*2,1*	*– 22,6*
597	Zubereitete Additives für Mineralöle	1044	969	550	639	*40,6*	*36,9*
598	Verschiedene chemische Erzeugnisse	6818	6844	2819	3426	*64,7*	*64,6*
600	Waren der Kapitel 69, 70, 72, 73 und 76 für Fabrikationsanlagen	476	679	0	0	X	X
611	Leder	1089	1077	1408	1308	*– 49,2*	*– 24,0*
612	Waren aus Leder; Sattlerwaren	91	93	65	96	*10,5*	*– 7,9*
613	Gegerbte oder zugerichtete Pelzfelle	392	230	151	159	*71,7*	*32,4*
621	Kautschuk in Form von Lösungen, Platten	1161	1309	784	1059	*15,7*	*16,7*
625	Reifen aus Kautschuk, Felgenbänder für Räder	3064	2963	3022	3957	*– 22,2*	*– 33,5*
629	Waren aus Kautschuk	1406	1651	1046	1413	*6,0*	*11,0*
633	Korkwaren	55	64	170	210	*–136,2*	*–124,1*
634	Furnierblätter, Sperrholz und anderes Holz, bearbeitet	1375	1230	1731	2211	*– 46,6*	*– 63,2*
635	Holzwaren	917	980	1217	2437	*– 51,9*	*– 95,7*
641	Papier und Pappe	9004	8230	9288	10333	*– 26,7*	*– 27,3*
642	Papier/Pappe zugeschnitten; Papierwaren	4786	5565	2114	2920	*58,2*	*59,9*
651	Garne	5472	5056	4043	3802	*6,7*	*23,9*
652	Gewebe aus Baumwolle	2626	2383	1527	1627	*30,6*	*33,6*
653	Gewebe aus synthetischen oder künstlichen Spinnstoffen	4649	4959	2692	2865	*31,1*	*50,3*
654	Andere Gewebe	1293	1597	1734	1961	*– 52,9*	*– 25,1*
655	Gewirke und Gestricke	1206	1431	657	853	*37,2*	*47,2*
656	Tülle, Spitzen, Stickereien, Bänder	481	503	432	427	*– 12,7*	*11,8*
657	Spezialgarne, Spezialgewebe und verwandte Erzeugnisse	3028	3353	1567	1998	*42,3*	*47,2*
658	Konfektionierte Waren aus Spinnstoffen	934	966	1398	2156	*– 63,9*	*– 84,9*
659	Teppiche und andere Fußbodenbeläge	1112	938	2871	3484	*–118,5*	*–135,8*

Fußnoten siehe Seite 286.

Ausfuhr und Einfuhr ausgewählter Industriewaren

Systematik Nummer[1]	Waren	Ausfuhr		Einfuhr		RCA-Index[2]	
		1989	1992	1989	1992	1989	1992
		Mio DM				Relation	
660	Waren des Kapitels 68 für Fabrikationsanlagen	0	1	0	0	X	X
661	Kalk, Zement und bearbeitete Baustoffe	665	671	1197	2036	- 82,4	-115,5
662	Baumaterial aus keramischen und feuerfesten Stoffen	1900	1679	1506	2363	- 0,4	- 38,7
663	Waren aus mineralischen Stoffen	2706	2677	1462	2034	38,0	22,9
664	Glas	2345	2191	1464	1916	23,5	8,8
665	Glaswaren	1667	1644	1002	1404	27,3	11,2
666	Feinkeramische Erzeugnisse	884	819	616	756	12,5	3,4
667	Perlen, Edelsteine und Schmuckstücke, roh oder bearbeitet	701	609	1007	819	- 59,8	- 34,2
671	Roheisen, Eisenschwamm, Ferrolegierungen	844	492	2548	1315	-134,1	-102,8
672	Rohblöcke und andere Rohformen aus Eisen oder Stahl	1051	766	1975	1436	- 86,7	- 67,4
673	Flachgewalzte Erzeugnisse aus Eisen oder nichtlegiertem Stahl	7208	5110	4112	3723	32,6	27,1
674	Blech, Eisen/Nickellegierungen, Stahl überzogen	2909	2578	1656	2137	32,8	14,2
675	Flachgewalzte Erzeugnisse aus legiertem Stahl	4786	3485	1929	1861	67,3	58,2
676	Walzdraht und Profile aus Eisen und Stahl	3837	3068	4821	4194	- 46,4	- 35,9
677	Schienen und Oberbaumaterial für Bahnen aus Eisen oder Stahl	160	132	36	130	124,8	- 2,8
678	Draht aus Eisen oder Stahl	685	532	686	681	- 23,7	- 29,3
679	Rohre, Rohrformstücke aus Eisen oder Stahl	6311	4705	2421	2876	72,3	44,6
681	Silber, Platin und Platinbeimetalle	1020	757	1608	1045	- 69,0	- 36,8
682	Kupfer	4775	3782	5094	4371	- 30,0	- 19,1
683	Nickel	632	448	1656	624	-119,9	- 37,6
684	Aluminium	6144	5166	7073	6028	- 37,6	- 20,0
685	Blei	175	104	205	155	- 39,4	- 44,4
686	Zink	506	433	830	770	- 73,0	- 62,1
687	Zinn	55	46	330	226	-203,6	-164,8
689	Verschiedene in der Metallurgie verw. unedle NE-Metalle	267	228	557	446	- 97,1	- 71,7
691	Konstruktionen, Teile aus Eisen, Stahl, Aluminium	2701	2911	1542	2807	32,5	- 0,9
692	Transport- oder Lagerbehälter aus Metall	1432	1566	547	961	72,7	44,3
693	Drahterzeugnisse, Gitter und Geflechte	964	862	443	594	54,1	32,5
694	Nägel, Schrauben aus Eisen, Stahl, Kupfer, Aluminium	1826	1793	1210	1412	17,6	19,3
695	Hand- und Maschinenwerkzeuge	4058	4277	2186	2577	38,3	46,1
696	Messerschmiedewaren	757	880	464	648	25,3	25,9
697	Haushaltsartikel aus unedlen Metallen	1024	1013	986	1560	- 19,8	- 47,8
699	Waren aus unedlen Metallen	7544	8018	3542	5204	52,0	38,6
700	Waren der Kapitel 84, 85 und 87 für Fabrikationsanlagen	3700	4636	0	0	X	X
711	Dampfkessel, Hilfsapparate; Teile davon	455	350	66	78	168,9	146,1
712	Dampfturbinen und Teile davon	556	632	113	201	135,7	110,1
713	Kolbenverbrennungsmotoren und Teile davon	9014	10049	5282	6784	29,9	34,7
714	Motoren und Kraftmaschinen, nichtelektrische Teile	2473	3022	2104	2414	- 7,4	17,9
716	Rotierende elektrische Kraftmaschinen und Teile davon	3540	3825	1999	2441	33,6	40,3
718	Andere Kraftmaschinen und Teile davon	1982	1637	468	636	120,7	90,0
721	Landwirtschaftliche Maschinen und Teile davon	2451	2073	943	1472	72,0	29,6
722	Zugmaschinen (ausgenommen solche d. Pos. 744.14, 744.15)	2171	1816	325	651	166,4	98,1
723	Maschinen für Erdarbeiten, Bau, Bergbau oder Tiefbohrungen	5022	3842	1779	3503	80,2	4,7
724	Maschinen für die Textil- und Lederindustrie; Teile davon	9051	8861	1527	1500	154,4	173,0
725	Maschinen für die Papierherstellung; Teile davon	2423	2263	836	851	82,9	93,1
726	Druckerei- und Buchbindereimaschinen; Teile davon	6767	5806	1057	1378	162,1	139,3
727	Lebensmittel- und Futtermittelverarbeitungsmaschinen	1503	1712	422	630	103,4	95,4
728	Andere Maschinen für besondere Zwecke; Teile davon	12460	13067	3444	4580	105,0	100,2
731	Spanabhebende Werkzeugmaschinen	5206	4475	2072	2002	68,6	75,9
733	Werkzeugmaschinen für spanlose Metallbearbeitung	2139	2201	589	700	105,5	109,9
735	Teile und Zubehör für Maschinen der Gruppen 731 und 733	1841	1604	944	1105	43,2	32,6
737	Metallbearbeitungsmaschinen; Teile davon	2024	2259	652	939	89,7	83,2
741	Einrichtungen zum Heizen und Kühlen; Teile davon	5321	6067	2176	3408	65,8	53,1
742	Flüssigkeitspumpen, Hebewerke; Teile davon	4855	5479	1405	2070	100,5	92,7
743	Pumpen, Gaskompressoren, Ventilatoren	5834	6665	2603	3725	57,1	53,6
744	Hebe- und Fördervorrichtungen; Teile davon	5596	5846	1875	3234	85,8	54,6
745	Andere nichtelektrische Maschinen, Werkzeuge; Teile davon	6991	7257	1749	2289	115,0	110,8
746	Wälzlager	2792	2373	1620	1638	30,9	32,5
747	Armaturen und ähnliche Apparate für Rohr- oder Schlauchleitungen	4196	4742	1771	2910	62,7	44,2
748	Wellen, Kurbeln, Lager, Getriebe, Kupplungen; Teile davon	4032	4008	1330	1482	87,4	94,9
749	Nichtelektrische Teile und Zubehör für Maschinen	2647	3615	959	1409	77,9	89,6

Fußnoten siehe Seite 286.

Ausfuhr und Einfuhr ausgewählter Industriewaren

Systematik Nummer[1]	Waren	Ausfuhr		Einfuhr		RCA-Index[2]	
		1989	1992	1989	1992	1989	1992
		Mio DM				Relation	
751	Büromaschinen	2258	1878	1843	2250	- 3,2	- 22,6
752	Automatische Datenverarbeitungsmaschinen	8847	8072	12995	18000	- 62,0	- 84,8
759	Teile und Zubehör für Maschinen der Gruppen 751 und 752	4879	5030	7796	8184	- 70,4	- 53,3
761	Fernsehempfangsgeräte	3420	1556	2677	2933	0,9	- 68,0
762	Rundfunkempfangsgeräte	784	739	1875	2392	-110,8	-122,1
763	Ton- und Fernsehaufzeichnungsgeräte, Wiedergabegeräte	811	1697	1872	2572	-107,3	- 46,2
764	Geräte für die Nachrichtentechnik; Teile davon	6688	8401	6389	8753	- 19,0	- 8,7
771	Elektrische Maschinen, Apparate (ausgen. Maschinen der Gr. 716)	2324	2548	1333	1703	32,0	35,7
772	Geräte zum Schließen, Öffnen von Stromkreisen; Teile davon	11268	12799	4795	5780	61,9	74,9
773	Einrichtungen für die Elektrizitätsverteilung	2758	3152	2265	3799	- 3,9	- 23,3
774	Medizinische Elektrodiagnose- und radiolog. Apparate und Geräte	2782	3335	923	1390	86,8	83,0
775	Elektrische und nichtelektrische Haushaltsgeräte	6332	6999	3326	4860	40,8	31,9
776	Glühkathoden-, Kaltkathoden- und Fotokathoden-Elektronenröhren	6656	6208	7336	7924	- 33,3	- 29,0
778	Elektrische Maschinen, Apparate und Geräte	10026	11374	6497	8625	19,8	23,1
781	PKW und andere zur Personenbeförderung gebaute Kfz	66475	67150	20370	37093	94,7	54,8
782	Lastkraftwagen und Kraftfahrzeuge zu besonderen Zwecken	9751	7998	2804	5637	101,1	30,4
783	Straßenfahrzeuge	2617	2891	271	1019	203,1	99,7
784	Teile und Zubehör für Kraftfahrzeuge	26133	30123	10424	15199	68,3	63,8
785	Krafträder, Fahrräder, Rollstühle	808	777	1573	2859	- 90,2	-134,8
786	Anhänger für Fahrzeuge aller Art, Container	2408	2359	687	1454	101,8	43,8
791	Schienenfahrzeuge und zugehörige Ausrüstungen	1079	1620	163	431	165,6	127,9
792	Luftfahrzeuge und zugehörige Ausrüstungen	13621	16639	15519	20076	- 36,6	- 23,4
793	Wasserfahrzeuge und schwimmende Vorrichtungen	1920	3164	523	978	106,6	112,8
800	Waren der Kapitel 90 und 94 für Fabrikationsanlagen	145	183	0	0	X	X
811	Vorgefertigte Gebäude	290	206	224	813	2,2	-142,1
812	Sanitäre Anlagen, Heizungs- und Beleuchtungseinrichtungen	1157	1504	817	1811	11,2	- 23,2
813	Andere Beleuchtungseinrichtungen	1396	1549	1013	1627	8,6	- 9,5
821	Möbel und Teile davon, Bettausstattungen	6903	6774	5811	9447	- 6,3	- 37,8
831	Reiseartikel, Handtaschen und ähnliche Behältnisse	522	585	1331	1774	-117,2	-115,6
841	Mäntel, Unterkleidung aus Geweben für Männer	2135	2672	5992	7803	-126,8	-111,8
842	Mäntel und ähnliche Waren aus Geweben für Frauen	4199	4889	7950	9957	- 87,4	- 75,7
843	Mäntel und ähnliches aus Gewirken für Männer und Knaben	147	193	837	963	-197,7	-165,2
844	Mäntel und ähnliches aus Gewirken für Frauen und Mädchen	716	910	1833	3749	-117,5	-146,2
845	Bekleidung aus Spinnstoffen, Gewirken oder Gestricken	1700	2357	7083	11304	-166,3	-161,4
846	Bekleidungszubehör aus Spinnstoffen, Gewirken	872	1043	1529	2142	- 79,8	- 76,5
848	Bekleidung, Zubehör aus anderen Stoffen, Kopfbedeckungen	820	793	2268	2483	-125,3	-118,8
851	Schuhe	1929	2024	6453	8018	-144,3	-142,2
871	Optische Instrumente, Apparate und Geräte	878	889	519	613	29,0	32,6
872	Instrumente und ähnliches für medizinische und andere Zwecke	2910	3803	1635	2600	34,1	33,4
873	Andere Zähler	803	875	220	412	105,8	70,8
874	Instrumente und Apparate zum Messen, Prüfen	10728	11366	5704	6662	39,6	48,8
881	Fotografische Apparate und Ausrüstungen	1579	1366	1313	1451	- 5,1	- 10,6
882	Fotografisches- und kinematografisches Zubehör	2624	2828	2441	2523	- 16,3	6,8
883	Kinematische Filme (belichtet, entwickelt); Tonfilme	12	9	36	43	-133,4	-157,1
884	Optische Waren	1303	1373	977	1366	5,2	- 4,1
885	Uhrmacherwaren	1506	1350	1441	1790	- 19,1	- 32,8
891	Waffen und Munition	304	335	172	313	33,3	2,4
892	Druckerzeugnisse	5208	5597	1938	2725	75,3	67,4
893	Waren aus Kunststoff	6379	7385	3577	5552	34,3	23,9
894	Kinderwagen, Spielzeug, Spiele und Sportgeräte	1797	2015	2752	4512	- 66,2	- 85,2
895	Bürobedarf	1355	1348	506	719	75,0	58,3
896	Kunstgegenstände, Antiquitäten	2631	1173	760	683	100,6	49,6
897	Schmuckwaren und andere Edelmetallwaren	1370	1276	1103	1441	- 1,9	- 16,8
898	Musikinstrumente, Teile und Zubehör	3595	3795	3276	4609	- 14,3	- 24,0
899	Verschiedene bearbeitete Waren	1796	2129	1811	2629	- 24,4	- 25,7

[1]) Internationales Warenverzeichnis für den Außenhandel (SITC-Rev. 3).
[2]) Berechnet als: Logarithmierter Wert der Relation Ausfuhr durch Einfuhr der jeweiligen Waren zu Ausfuhr durch Einfuhr insgesamt multipliziert mit 100.
[3]) Gütergruppen 0 bis 9 des Internationalen Warenverzeichnis für den Außenhandel (SITC-Rev. 3).
[4]) In Primärformen.

V.

Statistischer Anhang

Erläuterung von Begriffen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für die Bundesrepublik Deutschland .... Seite 290

Tabellenteil ..... Seite 294

A. Internationale Tabellen ..... Seite 294

B. Tabellen für die Bundesrepublik Deutschland ..... Seite 318

Verzeichnis der Tabellen im statistischen Anhang

	Seite
1* Bevölkerung und Erwerbstätige in wichtigen Industrieländern	295
2* Beschäftigte Arbeitnehmer und Arbeitslose in wichtigen Industrieländern	296
3* Bruttoinlandsprodukt in wichtigen Industrieländern	297
4* Volkseinkommen und Einkommen aus unselbständiger Arbeit in wichtigen Industrieländern	298
5* Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen und Einkommen aus unselbständiger Arbeit je beschäftigten Arbeitnehmer in wichtigen Industrieländern	299
6* Zinsen in wichtigen Industrieländern	300
7* Privater Verbrauch in wichtigen Industrieländern	301
8* Staatsverbrauch in wichtigen Industrieländern	302
9* Anlageinvestitionen in wichtigen Industrieländern	303
10* Ausfuhr und Einfuhr von Waren und Dienstleistungen in wichtigen Industrieländern	304
11* Salden der Handelsbilanz und der Leistungsbilanz in wichtigen Industrieländern	306
12* Werte der Europäischen Währungseinheit (ECU)	307
13* Amtliche Devisenkurse an der Frankfurter Börse	308
14* Außenwert der D-Mark	310
15* Industrieproduktion in wichtigen Industrieländern	311
16* Zur Preis- und Lohnentwicklung in wichtigen Industrieländern	312
17* Indikatoren für die Welt und für ausgewählte Ländergruppen	314
18* Weltausfuhr nach Warengruppen und Ländergruppen	315
19* Internationale Energiepreise	316
20* Energieverbrauch im internationalen Vergleich	317
21* Bevölkerung, Erwerbstätigkeit und Arbeitslosigkeit	319
22* Wirtschaftliche Eckdaten für die neuen Bundesländer und Berlin-Ost	320
23* Sozialproduktsberechnung für Deutschland, das frühere Bundesgebiet und die neuen Bundesländer	322
24* Erwerbstätige und beschäftigte Arbeitnehmer nach Wirtschaftsbereichen	325
25* Ausländer im Bundesgebiet nach der Staatsangehörigkeit	326
26* Bruttowertschöpfung nach Wirtschaftsbereichen	328
27* Bruttowertschöpfung, Bruttoinlandsprodukt, Sozialprodukt	330
28* Vierteljahresergebnisse der Sozialproduktsberechnung — Entstehung des Inlandsprodukts	332
29* Verteilung des Volkseinkommens	333
30* Verwendung des Volkseinkommens	334
31* Einkommen, Produktivität und Lohnstückkosten	335

		Seite
32*	Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit nach Wirtschaftsbereichen	336
33*	Produktivität und Lohnstückkosten nach Wirtschaftsbereichen	337
34*	Einkommen und Einkommensverwendung der privaten Haushalte	338
35*	Verwendung des Inlandsprodukts	340
36*	Bruttoinvestitionen	342
37*	Anlageinvestitionen nach Wirtschaftsbereichen	344
38*	Einnahmen und Ausgaben des Staates	346
39*	Subventionen des Staates	350
40*	Privater Verbrauch nach Verwendungszwecken	351
41*	Vierteljahresergebnisse der Sozialproduktsberechnung — Verwendung des Inlandsprodukts	352
42*	Ausgaben und Einnahmen der öffentlichen Haushalte	354
43*	Ausgaben und Einnahmen der staatlichen und kommunalen Haushalte nach Ländern	356
44*	Kassenmäßige Steuereinnahmen	358
45*	Verschuldung der öffentlichen Haushalte	359
46*	Vermögensbildung und ihre Finanzierung	360
47*	Entwicklung der Geldbestände im Bilanzzusammenhang	362
48*	Geldbestände, Euromarkteinlagen und bereinigte Zentralbankgeldmenge	364
49*	Absatz und Erwerb von Wertpapieren	365
50*	Index der Aktienkurse nach Wirtschaftsbereichen	366
51*	Auftragseingang im Verarbeitenden Gewerbe	367
52*	Umsatz im Bergbau und im Verarbeitenden Gewerbe	370
53*	Index der Produktion im Produzierenden Gewerbe	373
54*	Indizes des Auftragseingangs und des Umsatzes für das Verarbeitende Gewerbe in den neuen Bundesländern und Berlin-Ost	374
55*	Index der Nettoproduktion für das Produzierende Gewerbe in den neuen Bundesländern und Berlin-Ost	375
56*	Beschäftigte im Bergbau und im Verarbeitenden Gewerbe	376
57*	Geleistete Arbeiterstunden im Bergbau und im Verarbeitenden Gewerbe	378
58*	Produktionsergebnis je Beschäftigtenstunde im Bergbau und im Verarbeitenden Gewerbe	379
59*	Der Bergbau und das Verarbeitende Gewerbe in den neuen Bundesländern	380
60*	Baugenehmigungen	382
61*	Auftragseingang im Bauhauptgewerbe	383
62*	Auftragsbestand im Bauhauptgewerbe	385
63*	Umsatz, Beschäftigte und Produktion im Bauhauptgewerbe	386
64*	Das Baugewerbe in den neuen Bundesländern und Berlin-Ost	387
65*	Zahlungsbilanz	388
66*	Kapitalverkehr mit dem Ausland	390
67*	Außenhandel (Spezialhandel)	392
68*	Ausfuhr und Einfuhr nach Gütergruppen der Produktionsstatistik	393
69*	Ausfuhr nach Warengruppen der Außenhandelsstatistik	394
70*	Einfuhr nach Warengruppen der Außenhandelsstatistik	395
71*	Ausfuhr und Einfuhr der neuen Bundesländer und Berlin-Ost nach Warengruppen	396
72*	Warenausfuhr nach Ländergruppen	397
73*	Wareneinfuhr nach Ländergruppen	398
74*	Ausfuhr und Einfuhr der neuen Bundesländer und Berlin-Ost nach Ländergruppen und ausgewählten Ländern	399
75*	Einzelhandelsumsatz	400
76*	Preisindex für den Wareneingang des Produzierenden Gewerbes	401
77*	Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte	402
78*	Index der Ausfuhrpreise	403
79*	Index der Einfuhrpreise	404

		Seite
80*	Preisindizes für Neubau und Instandhaltung, Baulandpreise	405
81*	Preisindex für die Lebenshaltung von 4-Personen-Haushalten (1970 = 100)	406
82*	Preisindex für die Lebenshaltung von 4-Personen-Haushalten (1985 = 100)	407
83*	Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte (1985 = 100)	408
84*	Preisindex für die Lebenshaltung (nach Haushaltstypen und nach Waren, Leistungen, Wohnungsnutzung)	409
85*	Preisindex für die Lebenshaltung für die neuen Bundesländer und Berlin-Ost	410
86*	Preisentwicklung nach den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen	411
87*	Löhne und Gehälter	412
88*	Primärenergieverbrauch im Inland nach Energieträgern	413
89*	Endenergieverbrauch im Inland nach Energieträgern	414
90*	Energieverbrauch nach Bereichen	415
91*	Entwicklung im Mineralölbereich	416
92*	Ausgewählte Umweltindikatoren für die Bundesrepublik Deutschland	417

Erläuterung von Begriffen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für die Bundesrepublik Deutschland

1. Sektoren der Volkswirtschaft

Die inländischen wirtschaftlichen Institutionen sind in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen zu Sektoren zusammengefaßt. In der Grundeinteilung werden drei Sektoren unterschieden, nämlich Unternehmen, Staat sowie private Haushalte und private Organisationen ohne Erwerbszweck.

Zu den **Unternehmen** rechnen alle Institutionen, die vorwiegend Waren und Dienstleistungen produzieren bzw. erbringen und diese gegen spezielles Entgelt verkaufen, das in der Regel Überschüsse abwirft, zumindest jedoch annähernd die Kosten deckt. Im einzelnen handelt es sich hierbei um Produktionsunternehmen, Kreditinstitute und Versicherungsunternehmen. Hierzu gehören aber auch Institutionen, die im allgemeinen Sprachgebrauch nicht oder nicht immer als Unternehmen bezeichnet werden, wie landwirtschaftliche Betriebe, Handwerksbetriebe, Ein- und Verkaufsvereinigungen, Arbeitsstätten der freien Berufe, die Deutsche Bundesbahn, die Deutsche Bundespost und sonstige Unternehmen, die dem Staat gehören, unabhängig von ihrer Rechtsform, ferner die gesamte Wohnungsvermietung einschließlich der Eigennutzung durch den Eigentümer.

Zum **Staat** gehören die Gebietskörperschaften und die Sozialversicherung. Im einzelnen: Bund einschließlich Lastenausgleichsfonds und ERP-Sondervermögen, Länder einschließlich Stadtstaaten, Gemeinden und Gemeindeverbände (Ämter, Kreise, Bezirks- und Landschaftsverbände usw.) sowie Zweckverbände und die Sozialversicherung (die Rentenversicherungen der Arbeiter und Angestellten, die knappschaftliche Rentenversicherung, Zusatzversorgungseinrichtungen für den öffentlichen Dienst, die Altershilfe für Landwirte, die gesetzliche Krankenversicherung, die gesetzliche Unfallversicherung und die Arbeitslosenversicherung). Nicht zum Sektor Staat rechnen die im Eigentum der Gebietskörperschaften und der Sozialversicherung befindlichen Unternehmen, unabhängig von ihrer Rechtsform.

In den Sektor der **Privaten Haushalte** (Ein- und Mehrpersonenhaushalte sowie Anstaltsbevölkerung) sind auch die privaten Organisationen ohne Erwerbszweck eingeschlossen, wie Kirchen, religiöse und weltanschauliche Organisationen, karitative, kulturelle, wissenschaftliche sowie im Erziehungswesen tätige Organisationen, die sich zu einem wesentlichen Teil aus freiwilligen Zahlungen von privaten Haushalten und aus Vermögenserträgen finanzieren, politische Parteien, Gewerkschaften, Vereine, Institute usw. Aus statistischen Gründen sind in diesem Sektor auch Organisationen ohne Erwerbszweck einbezogen, die überwiegend vom Staat finanziert werden und vor allem im Bereich von Wissenschaft und Forschung tätig sind.

2. Das Sozialprodukt und seine Entstehung

Das **Sozialprodukt** gibt in zusammengefaßter Form ein Bild der wirtschaftlichen Leistung der Volkswirtschaft.

Von seiner Entstehung her gesehen wird das Sozialprodukt über das **Inlandsprodukt** berechnet. Inlandsprodukt und Sozialprodukt werden im allgemeinen sowohl „brutto" als auch „netto" (das heißt nach Abzug der Abschreibungen) berechnet und dargestellt. Ausgangsgröße für die Ermittlung des Inlandsprodukts sind in der Regel die Produktionswerte (Wert der Verkäufe von Waren und Dienstleistungen aus eigener Produktion sowie von Handelsware an andere Wirtschaftseinheiten ohne die in Rechnung gestellte Mehrwertsteuer, Bestandsveränderung an Halb- und Fertigwaren aus eigener Produktion, selbsterstellte Anlagen) der einzelnen Wirtschaftsbereiche. Zieht man hiervon die Vorleistungen ab, das heißt den Wert der Güter (ohne Umsatzsteuer), den inländische Wirtschaftseinheiten von anderen Wirtschaftseinheiten bezogen und im Berichtszeitraum im Zuge der Produktion verbraucht haben, so erhält man die **Bruttowertschöpfung** der Wirtschaftsbereiche. Die Addition der Bruttowertschöpfung der einzelnen Wirtschaftsbereiche ergibt zunächst die unbereinigte Bruttowertschöpfung insgesamt. Zieht man von der unbereinigten Bruttowertschöpfung insgesamt die gegen unterstellte Entgelte erbrachten Bankdienstleistungen ab, erhält man die bereinigte Bruttowertschöpfung der Volkswirtschaft. Unter Hinzurechnung der auf den Gütern lastenden nichtabziehbaren Umsatzsteuer (Kassenaufkommen des Staates an Mehrwertsteuer, Einfuhrumsatzsteuer sowie die einbehaltene Umsatzsteuer) und der Einfuhrabgaben (Einfuhrzölle, Verbrauchsteuer auf Einfuhren, Abschöpfungsbeträge und Währungsausgleichsbeträge auf eingeführte landwirtschaftliche Erzeugnisse, jedoch ohne Einfuhrumsatzsteuer), die vom Staat oder von Institutionen der Europäischen Gemeinschaften auf eingeführte Güter erhoben werden, erhält man das **Bruttoinlandsprodukt**. Dieser Rechenschritt läßt sich nur für die Gesamtwirtschaft vollziehen, da eine Aufgliederung der nichtabziehbaren Umsatzsteuer und der Einfuhrabgaben nach einzelnen Wirtschaftsbereichen nicht erfolgt.

Erhöht man das Bruttoinlandsprodukt um die Erwerbs- und Vermögenseinkommen, die inländische Personen bzw. Institutionen von der übrigen Welt bezogen haben, und zieht man davon die Erwerbs- und Vermögenseinkommen ab, die an die übrige Welt

geflossen sind, ergibt sich das **Bruttosozialprodukt zu Marktpreisen**.

Zieht man vom Bruttosozialprodukt zu Marktpreisen die verbrauchsbedingten, zu Wiederbeschaffungspreisen bewerteten Abschreibungen ab, erhält man das **Nettosozialprodukt zu Marktpreisen**; nach Kürzung um die indirekten Steuern (Produktionssteuern, nichtabziehbare Umsatzsteuer — Kassenaufkommen und aufgrund gesetzlicher Sonderregelungen einbehaltene Umsatzsteuer sowie Einfuhrabgaben) und nach Addition der für die laufende Produktion gezahlten staatlichen Subventionen das **Nettosozialprodukt zu Faktorkosten**. Es ist identisch mit dem Volkseinkommen.

3. Verteilung des Volkseinkommens

Das **Volkseinkommen** ist die Summe aller Erwerbs- und Vermögenseinkommen, die Inländern letztlich zugeflossen sind. Es umfaßt — in der Gliederung nach Sektoren — die Erwerbs- und Vermögenseinkommen der privaten Haushalte und privaten Organisationen ohne Erwerbszweck, die Vermögenseinkommen des Staates und die unverteilten Gewinne der Unternehmen mit eigener Rechtspersönlichkeit.

In der Verteilungsrechnung des Volkseinkommens werden zwei wichtige Einkommensarten unterschieden, nämlich die Einkommen aus unselbständiger Arbeit und die Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen.

Die **Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit** umfassen die Bruttolohn- und -gehaltssumme und die tatsächlichen und unterstellten Sozialbeiträge der Arbeitgeber.

Die **Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen** enthalten die Einkommen der privaten Haushalte und des Staates aus Zinsen, Nettopachten und immateriellen Werten, aus Dividenden und sonstigen Ausschüttungen der Unternehmen mit eigener Rechtspersönlichkeit sowie von Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit (Entnahmen und nichtentnommene Gewinne), und zwar nach Abzug der Zinsen auf Konsumentenschulden bzw. auf öffentliche Schulden. Dazu kommen die unverteilten Gewinne der Unternehmen mit eigener Rechtspersönlichkeit (Kapitalgesellschaften, Genossenschaften usw.). Die Anteile der Sektoren am Volkseinkommen enthalten einerseits noch die aus den Einkommen zu leistenden direkten Steuern, derjenige der privaten Haushalte außerdem die Sozialbeiträge; andererseits sind die von den privaten Haushalten empfangenen Renten und übrigen laufenden Übertragungen noch nicht einbezogen. Nach Hinzurechnung der empfangenen laufenden Übertragungen von anderen Sektoren und von der übrigen Welt (ohne Subventionen) und nach Abzug der geleisteten laufenden Übertragungen an andere Sektoren und an die übrige Welt (ohne indirekte Steuern) erhält man die Summe der verfügbaren Einkommen der Volkswirtschaft, das heißt aller Sektoren.

Erhöht man den Anteil der privaten Haushalte (und privaten Organisationen ohne Erwerbszweck) am Volkseinkommen um die Renten, Pensionen, Unterstützungen und ähnliches, die die privaten Haushalte vom Staat und von den anderen Sektoren sowie von der übrigen Welt bezogen haben, und zieht man von dieser Summe die von ihnen an den Staat geleisteten direkten Steuern sowie die an alle Sektoren und die übrige Welt geleisteten Sozialbeiträge und sonstigen laufenden Übertragungen ab, ergibt sich das **verfügbare Einkommen** des Haushaltssektors. Das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte kann sowohl einschließlich als auch ohne nichtentnommene Gewinne der Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit dargestellt werden. Dasselbe gilt für die **Ersparnis** der privaten Haushalte, die man erhält, wenn man vom verfügbaren Einkommen den Privaten Verbrauch abzieht.

4. Verwendung des Sozialprodukts

Das Bruttosozialprodukt zu Marktpreisen ist, von seiner Verwendung her gesehen, gleich der Summe aus Privatem Verbrauch, Staatsverbrauch, Bruttoinvestitionen und Außenbeitrag.

Der **Private Verbrauch** umfaßt die Waren- und Dienstleistungskäufe der inländischen privaten Haushalte für Konsumzwecke und den Eigenverbrauch der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck. Neben den tatsächlichen Käufen sind auch bestimmte unterstellte Käufe einbegriffen, wie zum Beispiel der Eigenverbrauch der Unternehmer, der Wert der Nutzung von Eigentümerwohnungen sowie Deputate der Arbeitnehmer. Der Verbrauch auf Geschäftskosten wird nicht zum Privaten Verbrauch gerechnet, sondern zu den Vorleistungen der Unternehmen. Nicht enthalten sind ferner die Käufe von Grundstücken und Gebäuden, die zu den Anlageinvestitionen zählen.

Der **Staatsverbrauch** umfaßt die der Allgemeinheit ohne spezielles Entgelt zur Verfügung gestellten Verwaltungsleistungen der Gebietskörperschaften und der Sozialversicherung. Er ergibt sich nach Abzug der Verkäufe sowie der selbsterstellten Anlagen vom Produktionswert des Staates, der anhand der laufenden Aufwendungen der Institutionen des Staatssektors gemessen wird. Zu den laufenden Aufwendungen für Verteidigungszwecke wird auch der Erwerb von militärischen Bauten und dauerhaften militärischen Ausrüstungen gerechnet. Sachleistungen der Sozialversicherung, der Sozialhilfe usw. an private Haushalte zählen zum Staatsverbrauch und nicht zum Privaten Verbrauch.

Die **Bruttoinvestitionen** setzen sich aus den Anlageinvestitionen (Ausrüstungen und Bauten) und der Vorratsveränderung zusammen.

Die **Anlageinvestitionen** umfassen die Käufe neuer Anlagen sowie von gebrauchten Anlagen und Land nach Abzug der Verkäufe von gebrauchten Anlagen und Land. Als Anlagen werden in diesem Zusammenhang alle dauerhaften reproduzierbaren Produktionsmittel angesehen, mit Ausnahme dauerhafter militärischer Güter und derjenigen dauerhafter Güter, die in

den Privaten Verbrauch eingehen. Als dauerhaft gelten diejenigen Produktionsmittel, deren Nutzungsdauer mehr als ein Jahr beträgt und die normalerweise aktiviert und abgeschrieben werden; ausgenommen sind geringwertige Güter.

Die Anlageinvestitionen werden unterteilt in **Ausrüstungsinvestitionen** (Maschinen und maschinelle Anlagen, Fahrzeuge usw.) und **Bauinvestitionen** (Wohngebäude, Verwaltungsgebäude, gewerbliche Bauten, Straßen, Brücken, Wasserwege usw.).

Die **Vorratsveränderung** wird anhand von Bestandsangaben für Vorräte berechnet, die zunächst auf eine konstante Preisbasis (1991) umgerechnet werden. Die Differenz zwischen Anfangs- und Endbeständen wird anschließend mit jahresdurchschnittlichen Preisen bewertet. Die so ermittelte Vorratsveränderung ist frei von Scheingewinnen und -verlusten, die aus preisbedingten Änderungen der Buchwerte resultieren.

Der **Außenbeitrag** ergibt sich als Differenz zwischen der Ausfuhr und Einfuhr von Waren und Dienstleistungen (einschließlich der Erwerbs- und Vermögenseinkommen von bzw. an die übrige Welt). Erfaßt werden also die Waren- und Dienstleistungsumsätze zwischen Inländern und der übrigen Welt sowie die Erwerbs- und Vermögenseinkommen, die Inländer von der übrigen Welt bezogen haben bzw. an die übrige Welt geflossen sind.

Beim Vergleich mit entsprechenden Positionen der Zahlungsbilanz ist zu beachten, daß in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen die übrige Welt neben dem Ausland auch die neuen Bundesländer und Berlin-Ost umfaßt.

5. Die drei Berechnungsarten in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen

I. Entstehungsrechnung

Produktionswert
− Vorleistungen
= Bruttowertschöpfung (unbereinigt)
− Unterstellte Entgelte für Bankdienstleistungen
= Bruttowertschöpfung (bereinigt)
+ Nichtabzugsfähige Umsatzsteuer
+ Einfuhrabgaben
= Bruttoinlandsprodukt
± Saldo der Erwerbs- und Vermögenseinkommen zwischen Inländern und der übrigen Welt

II. Verwendungsrechnung

Privater Verbrauch
+ Staatsverbrauch
+ Ausrüstungsinvestitionen
+ Bauinvestitionen
± Vorratsveränderung
+ Ausfuhr
− Einfuhr

= Bruttosozialprodukt zu Marktpreisen
− Abschreibungen
= Nettosozialprodukt zu Marktpreisen
− Indirekte Steuern
+ Subventionen
= Nettosozialprodukt zu Faktorkosten = Volkseinkommen

III. Verteilungsrechnung

Volkseinkommen

Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen
− Öffentliche Abgaben auf Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen (direkte Steuern, u. ä.)
± Sonstige Zu- und Absetzungen
= Nettoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen

Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit
− Tatsächliche Sozialbeiträge der Arbeitgeber
− Unterstellte Sozialbeiträge
= Bruttolohn- und -gehaltssumme
− Lohnsteuer
− Tatsächliche Sozialbeiträge der Arbeitnehmer
= Nettolohn- und -gehaltssumme

6. Das Sozialprodukt in konstanten Preisen und die Preisentwicklung des Sozialprodukts

Das Sozialprodukt und die wichtigsten Teilgrößen der Entstehungs- und Verwendungsrechnung werden auch in konstanten Preisen (von 1991) berechnet. Man spricht in diesem Fall auch vom realen Sozialprodukt im Gegensatz zum nominalen, das in jeweiligen Preisen ausgedrückt ist. Dividiert man nominale durch die entsprechenden realen Größen, erhält man Preisindizes auf der Basis 1991. Diese Preisindizes haben eine wechselnde Wägung, das heißt, ihnen liegt der „Warenkorb" des jeweiligen Berichtsjahres zugrunde. Sie zeigen den Preisstand im Berichtsjahr verglichen mit dem von 1991; die Preisentwicklung gegenüber dem jeweiligen Vorjahr ist aus ihnen — wegen der wechselnden Wägung — nur mit Einschränkungen abzulesen.

Tabellenteil

A. Internationale Tabellen

Tabelle 1*

Bevölkerung und Erwerbstätige in wichtigen Industrieländern

Tausend

Jahr[1]	Bundesrepublik Deutschland[2]	Belgien	Frankreich	Großbritannien	Italien	Niederlande	Spanien	Österreich	Schweiz	Japan	Vereinigte Staaten
	Gesamtbevölkerung										
1960	55 433	9 153	45 684	52 373	50 200	11 486	30 583	7 048	5 429	93 260	180 671
1961	56 185	9 184	46 163	52 807	50 536	11 639	30 904	7 086	5 434	94 100	183 691
1962	56 837	9 221	46 998	53 292	50 880	11 806	31 158	7 130	5 574	94 980	186 538
1963	57 389	9 290	47 816	53 625	51 252	11 966	31 430	7 176	5 694	95 900	189 242
1964	57 971	9 378	48 310	53 991	51 675	12 127	31 741	7 224	5 789	96 890	191 889
1965	58 619	9 464	48 758	54 350	52 112	12 295	32 085	7 271	5 857	97 950	194 303
1966	59 148	9 528	49 164	54 643	52 519	12 456	32 453	7 322	5 918	98 860	196 570
1967	59 286	9 581	49 548	54 959	52 901	12 598	32 850	7 377	5 992	99 920	198 712
1968	59 500	9 619	49 915	55 214	53 236	12 730	33 240	7 415	6 068	101 070	200 706
1969	60 067	9 646	50 315	55 461	53 538	12 878	33 566	7 441	6 137	102 320	202 677
1970	60 651	9 651	50 772	55 632	53 822	13 039	33 876	7 467	6 270	103 720	205 052
1971	61 284	9 673	51 251	55 907	54 074	13 194	34 190	7 500	6 343	104 750	207 661
1972	61 672	9 709	51 701	56 079	54 381	13 329	34 498	7 544	6 401	106 180	209 896
1973	61 976	9 739	52 118	56 210	54 751	13 439	34 810	7 586	6 441	108 660	211 909
1974	62 054	9 768	52 460	56 224	55 111	13 545	35 147	7 599	6 460	110 160	213 854
1975	61 829	9 795	52 699	56 215	55 441	13 666	35 515	7 579	6 404	111 520	215 973
1976	61 531	9 811	52 909	56 206	55 718	13 774	35 937	7 566	6 333	112 770	218 035
1977	61 400	9 822	53 145	56 179	55 955	13 856	36 367	7 568	6 316	113 880	220 239
1978	61 327	9 830	53 376	56 167	56 155	13 942	36 778	7 562	6 333	114 920	222 585
1979	61 359	9 837	53 606	56 227	56 318	14 038	37 108	7 549	6 351	115 880	225 055
1980	61 566	9 847	53 880	56 314	56 434	14 150	37 386	7 549	6 385	116 800	227 757
1981	61 682	9 852	54 182	56 352	56 508	14 247	37 757	7 565	6 429	117 650	229 940
1982	61 638	9 856	54 480	56 306	56 640	14 313	37 980	7 574	6 467	118 450	232 170
1983	61 423	9 856	54 728	56 347	56 836	14 367	38 172	7 552	6 482	119 260	234 300
1984	61 175	9 855	54 947	56 460	57 005	14 424	38 342	7 553	6 505	120 020	236 340
1985	61 024	9 858	55 170	56 618	57 141	14 492	38 574	7 558	6 533	120 750	238 470
1986	61 066	9 862	55 394	56 763	57 246	14 572	38 668	7 565	6 573	121 490	241 625
1987	61 077	9 870	55 630	56 930	57 452	14 665	38 716	7 575	6 619	122 090	243 942
1988	61 449	9 921	55 884	57 065	57 399	14 760	38 809	7 595	6 672	122 610	246 307
1989	62 063	9 938	56 423	57 236	57 541	14 849	38 888	7 624	6 647	123 120	248 781
1990	63 253	9 967	56 735	57 411	57 661	14 951	38 959	7 718	6 712	123 540	249 925
1991	64 074	10 005	57 050	57 649	57 767	15 065	39 025	7 823	6 792	123 920	252 688
1992	64 865	9 998	57 182	57 740	57 782	15 158	39 092	7 884	6 813	124 491	255 159
	Erwerbstätige										
1960	25 954	3 470	19 663	23 660	20 269	4 189	11 472	3 223	2 708	44 360	65 778
1961	26 238	3 496	19 666	23 978	20 366	4 240	11 496	3 241	2 835	44 980	65 746
1962	26 291	3 550	19 668	24 185	20 270	4 325	11 597	3 225	2 944	45 560	66 702
1963	26 319	3 575	19 837	24 230	19 982	4 384	11 659	3 203	2 989	45 950	67 762
1964	26 297	3 626	20 061	24 522	19 904	4 474	11 721	3 198	3 036	46 550	69 305
1965	26 418	3 640	20 129	24 782	19 431	4 516	11 827	3 176	3 015	47 300	71 088
1966	26 320	3 653	20 290	24 934	19 096	4 548	11 951	3 150	3 004	48 270	72 895
1967	25 461	3 637	20 354	24 570	19 315	4 534	12 007	3 099	3 020	49 200	74 372
1968	25 491	3 633	20 317	24 436	19 295	4 581	12 113	3 058	3 038	50 020	75 920
1969	25 871	3 695	20 622	24 477	19 112	4 651	12 243	3 052	3 088	50 400	77 902
1970	26 169	3 698	20 900	24 381	19 218	4 709	12 397	3 059	3 132	50 940	78 678
1971	26 272	3 724	21 007	24 165	19 176	4 730	12 467	3 092	3 189	51 210	79 367
1972	26 345	3 716	21 147	24 139	18 850	4 703	12 319	3 115	3 233	51 260	82 153
1973	26 649	3 748	21 438	24 715	19 006	4 700	12 630	3 159	3 266	52 590	85 064
1974	26 302	3 805	21 628	24 800	19 392	4 702	12 701	3 200	3 263	52 370	86 794
1975	25 585	3 750	21 414	24 720	19 491	4 670	12 473	3 176	3 108	52 230	85 846
1976	25 442	3 729	21 595	24 508	19 612	4 670	12 476	3 187	3 019	52 710	88 752
1977	25 475	3 714	21 768	24 538	19 791	4 680	12 330	3 219	3 032	53 420	92 017
1978	25 689	3 718	21 830	24 696	19 863	4 713	12 096	3 230	3 061	54 080	96 048
1979	26 120	3 752	21 850	25 079	20 057	4 773	11 902	3 244	3 095	54 790	98 824
1980	26 528	3 748	21 859	25 004	20 313	4 807	11 550	3 277	3 166	55 360	99 303
1981	26 498	3 678	21 786	24 010	20 361	4 736	11 216	3 269	3 240	55 810	100 397
1982	26 193	3 630	21 757	23 583	20 297	4 619	11 098	3 223	3 257	56 380	99 526
1983	25 809	3 593	21 690	23 302	20 350	4 531	11 047	3 195	3 257	57 330	100 834
1984	25 869	3 586	21 487	23 909	20 418	4 528	10 748	3 199	3 288	57 660	105 005
1985	26 062	3 606	21 414	24 213	20 508	4 598	10 637	3 209	3 352	58 070	107 150
1986	26 431	3 631	21 464	24 246	20 614	4 689	10 875	3 219	3 398	58 530	109 597
1987	26 627	3 649	21 537	24 764	20 584	4 755	11 384	3 216	3 439	59 110	112 440
1988	26 836	3 702	21 707	25 598	20 815	4 820	11 780	3 224	3 479	60 110	114 968
1989	27 238	3 760	21 969	26 376	20 833	4 901	12 260	3 267	3 519	61 280	117 342
1990	27 989	3 814	22 210	26 639	21 215	5 005	12 578	3 328	3 563	62 490	117 914
1991	28 537	3 825	22 256	25 757	21 410	5 069	12 608	3 385	3 560	63 690	116 877
1992	28 709	3 810	22 282	25 175	21 271	5 089	12 359	3 403	3 507	64 360	117 598

[1] Ab 1990 vorläufige Ergebnisse. — [2] Früheres Bundesgebiet. — Zivile Erwerbstätige (Inländer).

Quellen: EG, OECD, nationale Veröffentlichungen

Tabelle 2*

Beschäftigte Arbeitnehmer und Arbeitslose in wichtigen Industrieländern

Tausend

Jahr[1]	Bundesrepublik Deutschland[2]	Belgien	Frankreich	Großbritannien	Italien	Niederlande	Spanien	Österreich	Schweiz	Japan	Vereinigte Staaten
	Beschäftigte Arbeitnehmer[3]										
1960	20 038	2 545	12 886	21 894	11 694	3 296	.	2 287	.	23 700	54 189
1961	20 377	2 594	13 047	22 228	12 032	3 369	.	2 319	.	24 780	53 999
1962	20 631	2 655	13 317	22 447	12 396	3 465	7 136	2 333	.	25 930	55 549
1963	20 836	2 705	13 774	22 505	12 639	3 536	7 167	2 331	.	26 720	56 653
1964	21 028	2 782	14 219	22 812	12 519	3 623	7 219	2 351	.	27 630	58 283
1965	21 289	2 814	14 470	23 080	12 145	3 676	7 327	2 367	.	28 760	60 765
1966	21 284	2 837	14 719	23 253	11 997	3 722	7 468	2 377	.	29 940	63 901
1967	20 565	2 821	14 892	22 808	12 244	3 718	7 516	2 353	.	30 710	65 803
1968	20 706	2 822	15 005	22 650	12 378	3 775	7 638	2 331	.	31 480	67 897
1969	21 267	2 895	15 496	22 624	12 568	3 907	7 799	2 346	.	31 990	70 384
1970	21 747	2 868	15 941	22 479	12 811	3 972	7 960	2 373	.	33 060	70 880
1971	22 105	2 913	16 201	22 139	12 959	4 006	8 062	2 436	.	34 120	71 214
1972	22 311	2 922	16 478	22 137	12 955	3 974	8 351	2 494	.	34 650	73 675
1973	22 711	2 967	16 879	22 679	13 191	3 991	8 638	2 580	.	36 150	76 790
1974	22 509	3 036	17 166	22 804	13 555	4 010	8 864	2 640	.	36 370	78 265
1975	21 942	2 993	17 060	22 723	13 735	3 994	8 767	2 630	.	36 460	76 945
1976	21 980	2 982	17 274	22 557	13 888	4 008	8 545	2 652	.	37 120	79 382
1977	22 153	2 972	17 497	22 631	14 125	4 040	8 565	2 706	.	37 690	82 471
1978	22 431	2 974	17 610	22 789	14 107	4 082	8 418	2 729	.	37 990	86 697
1979	22 940	3 004	17 686	23 173	14 338	4 146	8 255	2 753	.	38 760	89 823
1980	23 366	3 003	17 752	22 991	14 499	4 182	7 986	2 793	.	39 710	90 406
1981	23 372	2 929	17 663	21 891	14 495	4 117	7 730	2 791	.	40 370	91 156
1982	23 107	2 878	17 752	21 414	14 472	4 008	7 676	2 751	.	40 980	89 566
1983	22 755	2 833	17 737	21 067	14 360	3 925	7 598	2 727	.	42 080	90 200
1984	22 827	2 822	17 605	21 238	14 255	3 922	7 275	2 738	.	42 650	94 496
1985	23 028	2 837	17 585	21 423	14 418	3 991	7 265	2 755	.	43 130	97 519
1986	23 381	2 854	17 649	21 387	14 460	4 080	7 608	2 773	.	43 790	99 525
1987	23 611	2 862	17 740	21 584	14 457	4 143	7 946	2 777	.	44 280	102 200
1988	23 835	2 906	17 924	22 258	14 692	4 207	8 320	2 791	.	45 380	105 536
1989	24 227	2 956	18 252	22 661	14 765	4 287	8 843	2 840	.	46 790	108 329
1990	24 963	2 997	18 539	22 918	15 182	4 387	9 234	2 906	.	48 350	109 782
1991	25 493	2 988	18 687	22 262	15 297	4 440	9 333	2 966	.	50 020	108 310
1992	25 654	2 975	18 710	21 848	15 287	4 458	9 030	2 982	.	51 130	108 437
	Arbeitslose										
1960	271	114	276	326	1 215	30	299	79	1,2	723	3 852
1961	181	89	241	287	1 108	22	294	61	0,6	648	4 714
1962	155	71	276	406	969	23	229	62	0,6	589	3 911
1963	186	59	311	496	807	25	226	68	0,8	587	4 070
1964	169	50	251	349	904	22	312	63	0,3	547	3 786
1965	147	55	316	299	1 110	27	341	62	0,3	582	3 366
1966	161	62	326	281	1 193	37	299	56	0,3	639	2 875
1967	459	85	436	503	1 105	78	348	58	0,3	628	2 975
1968	323	103	553	542	1 172	72	390	61	0,3	593	2 817
1969	179	85	480	518	1 160	53	354	55	0,2	576	2 832
1970	149	80	534	555	1 111	46	341	45	0,1	593	4 093
1971	185	80	585	696	1 110	62	414	37	0,1	639	5 016
1972	246	102	605	778	1 296	108	410	33	0,1	733	4 882
1973	273	108	589	557	1 303	110	366	31	0,1	671	4 365
1974	582	120	642	528	1 110	135	399	36	0,2	736	5 156
1975	1 074	201	939	838	1 226	195	541	55	10	998	7 929
1976	1 060	257	1 010	1 265	1 420	278	611	55	21	1 078	7 406
1977	1 030	297	1 142	1 359	1 537	271	684	51	12	1 099	6 991
1978	993	322	1 232	1 343	1 561	273	926	59	10	1 238	6 202
1979	876	341	1 393	1 235	1 686	281	1 151	57	10	1 167	6 137
1980	889	369	1 476	1 513	1 684	325	1 527	53	6	1 140	7 637
1981	1 272	454	1 767	2 395	1 896	480	1 912	69	6	1 259	8 273
1982	1 833	535	1 922	2 770	2 052	655	2 218	105	13	1 359	10 678
1983	2 258	590	1 973	2 984	2 264	801	2 486	127	26	1 561	10 717
1984	2 266	595	2 322	3 030	2 304	822	2 767	130	32	1 608	8 539
1985	2 304	557	2 441	3 179	2 327	761	2 969	139	27	1 563	8 312
1986	2 228	517	2 489	3 229	2 611	711	2 959	152	23	1 668	8 237
1987	2 229	501	2 527	2 905	2 832	685	2 955	164	22	1 732	7 425
1988	2 242	459	2 410	2 341	2 885	432	2 852	159	20	1 553	6 701
1989	2 038	419	2 282	1 743	2 866	391	2 561	149	15	1 418	6 528
1990	1 883	403	2 203	1 556	2 751	345	2 441	166	16	1 343	6 874
1991	1 689	430	2 359	2 241	2 653	317	2 464	185	35	1 366	8 426
1992	1 808	473	2 563	2 678	2 799	305	2 722	193	82	1 421	9 384

[1] Ab 1990 vorläufige Ergebnisse. — [2] Früheres Bundesgebiet. — Zivile Arbeitnehmer (Inländer). — [3] Vereinigte Staaten: Ohne den Sektor Landwirtschaft.

Quelle: OECD

Bruttoinlandsprodukt in wichtigen Industrieländern

Mrd Landeswährung[1])

Jahr[2])	Bundesrepublik Deutschland[3])	Belgien	Frankreich	Großbritannien	Italien[1])	Niederlande	Spanien	Österreich	Schweiz	Japan[1])[4])	Vereinigte Staaten
	DM	bfrs	FF	£	Lit	hfl	Ptas	S	sfr	¥	US-$
	In jeweiligen Preisen										
1960	302,71	563,95	300,66	25,89	24,73	44,42	697	162,89	37,37	16,01	513,4
1961	331,71	600,21	327,99	27,43	27,50	46,90	794	180,73	42,04	19,34	531,8
1962	360,78	642,67	366,23	28,81	30,90	50,49	917	192,13	46,62	21,94	571,6
1963	382,37	691,09	410,55	30,59	35,39	54,78	1 082	207,08	51,27	25,11	603,1
1964	420,18	773,38	455,44	33,44	38,74	64,46	1 222	226,73	56,83	29,54	648,1
1965	459,17	842,13	490,26	36,03	41,68	71,99	1 423	246,49	60,86	32,87	702,7
1966	488,23	905,03	530,75	38,37	45,17	78,39	1 648	268,53	65,36	38,17	769,8
1967	494,35	969,69	573,30	40,40	49,75	86,00	1 865	285,59	70,35	44,73	814,3
1968	533,28	1 037,50	623,12	43,81	53,93	95,36	2 095	306,83	75,12	52,97	889,3
1969	596,95	1 151,31	710,51	47,16	59,53	107,99	2 372	335,00	81,40	62,23	959,5
1970	675,30	1 280,92	793,52	51,77	67,00	121,18	2 648	375,89	90,67	73,34	1 010,7
1971	749,75	1 402,40	884,19	57,74	72,99	136,53	2 987	419,62	103,00	80,70	1 097,2
1972	823,12	1 568,51	987,95	64,64	79,81	154,27	3 506	479,54	116,71	92,39	1 207,0
1973	917,25	1 782,34	1 129,83	74,25	96,74	176,05	4 229	543,46	130,06	112,50	1 349,6
1974	983,93	2 090,88	1 302,98	83,86	122,19	199,79	5 184	618,56	141,10	134,24	1 458,6
1975	1 026,63	2 313,14	1 467,88	105,85	138,63	219,97	6 084	656,12	140,16	148,33	1 585,9
1976	1 120,50	2 632,77	1 700,55	125,28	174,87	251,93	7 322	724,75	141,96	166,57	1 768,4
1977	1 195,29	2 846,81	1 917,80	146,07	214,40	274,92	9 286	796,19	145,79	185,62	1 974,1
1978	1 283,55	3 057,62	2 182,58	168,52	253,54	297,01	11 358	842,33	151,68	204,40	2 232,7
1979	1 388,44	3 264,70	2 481,09	198,21	309,83	316,00	13 285	918,54	158,55	221,55	2 488,7
1980	1 472,04	3 525,78	2 808,29	231,92	387,67	336,77	15 365	994,71	170,33	240,18	2 708,1
1981	1 534,97	3 664,43	3 164,80	255,35	464,03	352,91	17 159	1 055,98	184,76	257,96	3 030,6
1982	1 588,09	3 982,92	3 626,02	279,15	545,12	368,98	19 770	1 133,54	195,98	270,60	3 149,6
1983	1 668,54	4 222,24	4 006,49	304,31	633,44	381,02	22 464	1 201,22	203,87	281,77	3 405,1
1984	1 750,89	4 541,64	4 361,91	325,80	725,76	400,31	25 346	1 276,78	213,23	300,54	3 777,2
1985	1 823,18	4 858,24	4 700,14	357,27	810,58	418,25	28 186	1 348,45	227,95	320,42	4 038,8
1986	1 925,29	5 123,85	5 069,28	384,89	899,90	428,62	32 318	1 422,53	243,35	334,61	4 268,8
1987	1 990,48	5 348,73	5 336,70	423,50	983,80	430,18	36 134	1 481,39	254,69	348,43	4 539,9
1988	2 095,98	5 706,66	5 735,08	471,34	1 091,84	449,87	40 161	1 566,58	268,41	371,43	4 900,4
1989	2 224,44	6 197,04	6 159,70	515,32	1 193,46	475,29	45 020	1 671,30	290,36	396,20	5 250,8
1990	2 425,20	6 567,07	6 505,50	550,35	1 312,07	508,38	50 081	1 798,40	313,99	425,74	5 546,1
1991	2 635,00	6 877,27	6 746,90	573,42	1 426,58	535,13	54 778	1 914,80	331,08	452,86	5 722,9
1992	2 794,20	7 193,62	6 987,20	594,95	1 507,19	553,86	58 558	2 028,60	339,47	469,54	6 038,5
	In Preisen von 1991										
1960	1 000,00	2 468,57	2 248,11	283,04	448,50	200,27	13 938	676,67	148,02	68,59	2 322,8
1961	1 046,30	2 593,29	2 371,90	290,65	485,31	200,87	15 588	712,62	160,02	76,85	2 384,6
1962	1 095,10	2 731,70	2 530,16	294,94	515,42	214,61	17 038	729,70	167,68	83,70	2 507,3
1963	1 125,90	2 851,02	2 665,45	306,04	544,34	222,39	18 530	759,47	175,86	90,79	2 611,1
1964	1 200,90	3 050,13	2 839,33	322,49	559,56	240,80	19 677	805,32	185,11	101,39	2 758,5
1965	1 265,20	3 163,00	2 974,86	331,00	577,85	253,44	20 986	829,58	191,00	107,29	2 911,8
1966	1 300,50	3 259,41	3 130,02	337,40	612,43	260,38	22 465	872,21	195,70	118,70	3 087,0
1967	1 296,50	3 388,49	3 276,82	345,72	656,40	274,13	23 510	896,94	201,68	131,86	3 167,1
1968	1 367,20	3 532,57	3 416,37	359,24	699,36	291,72	25 078	933,82	209,14	148,84	3 297,4
1969	1 469,20	3 764,88	3 655,10	366,10	742,00	310,47	27 203	984,85	220,86	167,41	3 387,0
1970	1 543,20	4 003,82	3 864,63	374,34	781,41	328,16	28 307	1 048,20	234,91	185,86	3 385,5
1971	1 590,40	4 152,35	4 049,48	381,69	794,24	342,01	29 600	1 101,78	244,95	193,79	3 490,5
1972	1 658,00	4 375,06	4 228,91	395,01	815,68	353,33	32 003	1 170,19	253,42	209,72	3 657,7
1973	1 737,00	4 636,31	4 458,96	422,97	873,67	369,89	34 476	1 227,38	261,43	225,72	3 847,8
1974	1 740,40	4 829,49	4 597,62	416,66	921,10	384,56	36 334	1 275,78	264,51	224,32	3 823,7
1975	1 718,60	4 761,87	4 584,82	413,77	896,67	384,21	36 548	1 271,16	246,75	230,74	3 792,6
1976	1 810,10	5 032,52	4 779,39	424,97	955,66	402,55	37 795	1 329,33	244,68	240,46	3 979,9
1977	1 861,60	5 061,62	4 933,16	434,55	987,92	412,93	38 875	1 389,69	250,46	251,79	4 159,4
1978	1 917,40	5 205,98	5 098,43	450,31	1 024,30	423,04	39 422	1 390,52	251,94	264,05	4 359,8
1979	1 998,40	5 318,42	5 263,70	462,98	1 085,62	432,83	39 434	1 456,44	258,08	278,66	4 469,6
1980	2 018,00	5 537,46	5 349,19	454,41	1 131,61	436,56	39 936	1 498,93	269,39	288,79	4 445,6
1981	2 020,00	5 489,58	5 412,12	449,71	1 137,85	433,49	39 799	1 494,60	273,26	299,12	4 524,2
1982	2 001,00	5 569,23	5 549,89	456,39	1 140,29	427,38	40 294	1 510,59	270,73	308,58	4 426,7
1983	2 036,20	5 594,94	5 588,45	472,22	1 151,33	433,39	40 995	1 540,69	273,45	316,92	4 599,0
1984	2 093,50	5 711,33	5 661,90	483,23	1 182,26	447,21	41 706	1 561,66	278,29	330,43	4 883,7
1985	2 136,00	5 758,15	5 768,41	501,36	1 213,00	458,86	42 760	1 600,10	288,61	346,90	5 038,2
1986	2 186,10	5 851,66	5 913,65	522,09	1 248,43	468,19	44 368	1 619,03	296,88	356,02	5 185,1
1987	2 218,40	5 977,17	6 043,75	547,22	1 287,59	472,06	46 871	1 645,87	302,91	370,63	5 344,5
1988	2 301,00	6 274,30	6 303,63	571,33	1 339,92	484,70	49 292	1 712,80	311,69	393,64	5 554,8
1989	2 384,40	6 522,00	6 549,47	583,40	1 379,31	504,31	51 640	1 778,31	323,73	412,20	5 695,4
1990	2 520,40	6 737,47	6 706,66	586,46	1 408,27	524,14	53 505	1 859,39	331,17	433,74	5 765,2
1991	2 635,00	6 877,27	6 746,90	573,42	1 426,58	535,13	54 778	1 914,80	331,08	452,86	5 722,9
1992	2 676,00	6 932,28	6 932,28	570,09	1 439,42	543,16	55 217	1 943,79	330,88	460,84	5 869,9

[1]) Für Italien 1 000 Mrd Lira. Für Japan 1 000 Mrd Yen. — Zur Umrechnung der Landeswährung in Europäische Währungseinheiten (ECU) siehe Tabelle 12* auf Seite 307. — [2]) Ab 1989 vorläufige Ergebnisse. — [3]) Früheres Bundesgebiet. — [4]) Für Japan: Bruttosozialprodukt.

Quellen: OECD und nationale Veröffentlichungen

Tabelle 4*

Volkseinkommen und Einkommen aus unselbständiger Arbeit in wichtigen Industrieländern

Mrd Landeswährung[1])

Jahr[2])	Bundesrepublik Deutschland[3])	Belgien	Frankreich	Großbritannien	Italien[1])	Niederlande	Spanien	Österreich	Schweiz	Japan[1])	Vereinigte Staaten
	DM	bfrs	FF	£	Lit	hfl	Ptas	S	sfr	¥	US-$
	Volkseinkommen										
1960	239,82	447,30	231,16	20,87	19,89	37,90	573	123,11	31,05	12,92	417,30
1961	261,06	471,89	252,77	22,06	22,08	39,67	658	136,17	34,81	15,60	430,69
1962	282,39	505,25	283,23	23,08	24,88	42,60	767	144,16	38,70	17,54	464,52
1963	298,07	543,02	316,11	24,51	28,44	46,11	911	155,01	42,59	20,25	491,27
1964	327,83	608,75	349,59	26,61	31,03	54,65	1 023	168,89	47,08	23,47	527,93
1965	359,42	667,22	377,40	28,65	33,47	60,95	1 193	182,89	50,49	26,16	574,99
1966	380,61	710,61	408,29	30,20	36,47	65,91	1 378	198,38	54,11	30,49	631,16
1967	381,39	756,19	443,35	31,60	40,04	72,28	1 553	210,95	58,34	36,11	666,47
1968	417,67	812,94	489,71	33,93	43,73	79,84	1 742	224,93	62,20	42,63	726,62
1969	462,09	904,11	556,24	36,36	48,48	91,58	1 968	246,86	67,06	50,10	783,79
1970	530,00	1 006,93	618,13	39,85	54,26	101,83	2 181	276,88	74,28	59,31	814,83
1971	585,59	1 107,29	687,63	44,30	59,25	113,67	2 478	307,66	84,74	64,75	878,22
1972	641,99	1 254,60	764,42	50,23	65,27	128,37	2 922	348,75	95,61	74,60	972,03
1973	718,85	1 441,60	876,09	58,31	79,16	147,91	3 517	393,06	107,27	91,80	1 092,64
1974	769,97	1 682,13	1 004,88	65,34	99,13	168,74	4 392	453,08	117,48	109,31	1 167,01
1975	799,50	1 870,75	1 126,66	82,97	113,89	184,39	5 112	486,15	117,48	121,18	1 252,16
1976	874,94	2 129,95	1 295,14	96,83	142,81	211,97	6 153	543,49	119,44	137,28	1 402,09
1977	933,39	2 289,44	1 471,33	112,45	173,99	229,67	7 815	593,01	121,78	151,49	1 571,64
1978	1 001,30	2 453,88	1 665,92	128,59	207,68	247,21	9 682	631,96	126,66	167,50	1 781,17
1979	1 078,64	2 623,64	1 876,99	149,04	257,17	263,48	11 159	689,99	132,96	180,43	1 974,03
1980	1 134,22	2 849,49	2 105,16	172,48	320,59	279,26	12 758	745,83	142,71	195,16	2 128,61
1981	1 175,18	2 943,36	2 377,42	186,56	381,91	291,56	14 084	785,15	155,18	207,82	2 368,86
1982	1 211,97	3 188,04	2 708,54	204,29	447,23	305,81	16 295	842,07	165,40	217,78	2 461,06
1983	1 270,94	3 373,88	2 991,95	225,43	516,17	315,57	18 390	890,29	172,34	226,59	2 646,62
1984	1 334,72	3 640,61	3 255,36	240,93	592,78	331,51	20 717	938,43	180,75	240,52	2 989,31
1985	1 395,45	3 893,73	3 510,87	266,33	659,85	346,25	22 632	994,17	193,58	255,39	3 201,59
1986	1 486,74	4 115,50	3 809,76	283,40	735,16	353,39	25 648	1 058,31	207,60	266,75	3 362,59
1987	1 537,48	4 250,05	3 995,73	312,85	797,80	352,61	28 836	1 099,75	217,72	275,69	3 614,08
1988	1 623,52	4 526,99	4 262,51	348,55	879,10	364,51	32 275	1 162,66	230,19	293,36	3 917,52
1989	1 713,44	4 896,92	4 586,57	384,56	957,50	386,16	36 197	1 239,59	251,17	311,24	4 155,21
1990	1 868,80	5 217,30	4 823,30	418,10	1 044,36	409,08	40 485	1 339,85	287,72	333,17	4 355,45
1991	2 010,93	5 460,78	5 031,23	433,15	1 132,11	430,32	44 311	1 428,82	295,54	352,61	4 428,54
	Einkommen aus unselbständiger Arbeit										
1960	143,16	256,69	133,77	15,21	9,92	21,24	278	73,49	19,35	6,45	296,92
1961	161,64	269,58	149,61	16,44	11,02	23,32	314	81,91	21,93	7,64	305,84
1962	178,84	296,17	169,09	17,35	12,83	25,63	365	89,20	24,60	9,12	327,69
1963	191,86	325,89	192,66	18,24	15,60	28,59	444	96,09	27,46	10,64	345,81
1964	209,93	367,39	215,12	19,78	17,46	34,12	508	105,76	30,52	12,45	371,28
1965	232,96	406,58	231,94	21,36	18,43	38,65	599	116,46	33,13	14,50	400,18
1966	250,83	445,61	250,13	22,90	19,71	43,49	716	128,35	35,30	16,78	443,56
1967	250,35	476,89	269,97	23,85	21,80	47,46	830	138,95	38,34	19,29	476,21
1968	268,84	506,84	301,80	25,52	23,70	52,34	917	147,31	40,93	22,48	525,47
1969	302,62	562,04	345,18	27,30	26,12	60,64	1 049	160,64	44,09	26,45	579,18
1970	359,29	630,65	391,44	30,63	30,54	69,28	1 187	175,82	49,61	31,90	619,07
1971	406,82	718,91	441,49	33,57	35,01	79,50	1 376	203,19	57,68	37,82	660,33
1972	450,56	823,49	493,52	37,95	39,06	88,99	1 671	230,88	65,56	44,03	727,51
1973	512,63	948,73	566,40	43,97	47,05	103,09	2 037	270,38	74,74	55,18	814,66
1974	566,60	1 144,35	678,95	52,50	58,69	119,86	2 578	315,03	83,09	70,01	893,81
1975	591,24	1 313,75	801,76	68,63	70,85	135,30	3 080	353,60	85,15	81,58	952,09
1976	637,94	1 515,95	932,94	78,20	86,92	150,48	3 789	389,47	85,68	92,02	1 061,88
1977	685,41	1 646,92	1 061,18	86,78	106,32	164,56	4 810	431,45	87,69	102,80	1 181,13
1978	731,74	1 767,15	1 203,11	99,05	123,16	178,20	5 898	472,42	92,19	111,08	1 334,58
1979	791,66	1 888,89	1 363,25	116,07	149,61	191,77	6 870	504,52	97,10	120,06	1 502,64
1980	860,88	2 071,03	1 575,78	137,97	184,06	204,06	7 784	545,63	104,65	130,40	1 652,53
1981	902,55	2 149,81	1 792,60	149,92	224,03	207,87	8 715	589,01	114,12	141,49	1 825,40
1982	929,75	2 278,51	2 054,56	159,06	260,86	214,01	9 853	616,85	122,70	149,56	1 927,11
1983	949,03	2 384,57	2 259,28	170,09	300,16	216,23	11 132	642,44	128,16	157,36	2 041,15
1984	983,69	2 531,11	2 425,77	181,69	334,99	216,61	11 876	676,33	133,43	166,12	2 237,67
1985	1 021,42	2 660,01	2 582,45	197,17	374,05	223,59	12 905	717,09	141,53	173,89	2 395,16
1986	1 074,44	2 802,51	2 708,11	212,73	404,07	232,33	14 589	761,25	150,46	181,96	2 536,52
1987	1 119,35	2 861,93	2 821,20	230,23	438,84	239,36	16 307	792,73	158,16	189,07	2 712,49
1988	1 163,78	2 976,41	2 976,43	255,93	482,55	245,74	18 199	821,94	168,02	200,11	2 936,17
1989	1 216,25	3 130,85	3 166,00	283,32	528,34	252,85	20 413	874,42	180,24	214,85	3 115,48
1990	1 315,52	3 405,18	3 374,22	312,17	590,90	269,99	23 074	940,10	196,70	233,37	3 307,21
1991	1 432,20	3 625,71	3 543,31	330,22	644,85	285,63	25 270	1 019,75	211,62	251,88	3 407,00

[1]) Für Italien 1 000 Mrd Lira. Für Japan 1 000 Mrd Yen. — Zur Umrechnung der Landeswährung in Europäische Währungseinheiten (ECU) siehe Tabelle 12* auf Seite 307. — [2]) Ab 1989 vorläufige Ergebnisse. — [3]) Früheres Bundesgebiet. Inländerkonzept.

Quellen: OECD und nationale Veröffentlichungen

Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen und Einkommen aus unselbständiger Arbeit je beschäftigten Arbeitnehmer in wichtigen Industrieländern

1991 = 100

Jahr[1]	Bundesrepublik Deutschland[2]	Belgien	Frankreich	Großbritannien	Italien	Niederlande	Spanien	Österreich	Schweiz[3]	Japan[4]	Vereinigte Staaten
	Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1991 je Erwerbstätigen (Produktivität)[4]										
1960	41,7	39,6	37,7	53,7	33,2	45,3	28,0	37,1	58,8	21,7	72,1
1961	43,2	41,3	39,8	54,4	35,8	44,9	31,2	38,9	60,7	24,0	74,1
1962	45,1	42,8	42,4	54,8	38,2	47,0	33,8	40,0	61,2	25,8	76,8
1963	46,3	44,4	44,3	56,7	40,9	48,0	36,6	41,9	63,3	27,8	78,7
1964	49,5	46,8	46,7	59,1	42,2	51,0	38,6	44,5	65,6	30,6	81,3
1965	51,9	48,3	48,8	60,0	44,6	53,2	40,8	46,2	68,1	31,9	83,7
1966	53,5	49,6	50,9	60,8	48,1	54,2	43,3	48,9	70,1	34,6	86,5
1967	55,1	51,8	53,1	63,2	51,0	57,3	45,1	51,2	71,8	37,7	87,0
1968	58,1	54,1	55,5	66,0	54,4	60,3	47,7	54,0	74,0	41,8	88,7
1969	61,5	56,7	58,5	67,2	58,3	63,2	51,1	57,0	76,9	46,7	88,8
1970	63,9	60,2	61,0	69,0	61,0	66,0	52,6	60,6	80,6	51,3	87,9
1971	65,6	62,0	63,6	70,9	62,2	68,5	54,6	63,0	82,6	53,2	89,8
1972	68,2	65,5	66,0	73,5	64,9	71,2	59,8	66,4	84,3	57,5	90,9
1973	70,6	68,8	68,6	76,9	69,0	74,5	62,8	68,7	86,1	60,4	92,4
1974	71,7	70,6	70,1	75,5	71,3	77,5	65,8	70,5	87,2	60,2	90,0
1975	72,7	70,6	70,6	75,2	69,0	77,9	67,4	70,8	85,4	62,1	90,2
1976	77,1	75,1	73,0	77,9	73,1	81,7	69,7	73,7	87,2	64,2	91,6
1977	79,1	75,8	74,8	79,5	74,9	83,6	72,6	76,3	88,8	66,3	92,3
1978	80,8	77,9	77,0	81,9	77,4	85,0	75,0	76,1	88,5	68,7	92,7
1979	82,9	78,8	79,5	82,9	81,2	85,9	76,3	79,4	89,7	71,5	92,4
1980	82,4	82,2	80,7	81,6	83,6	86,0	79,6	80,9	91,5	73,4	91,4
1981	82,6	83,0	81,9	84,1	83,9	86,7	81,7	80,8	90,7	75,4	92,0
1982	82,7	85,3	84,1	86,9	84,3	87,6	83,6	82,9	89,4	77,0	90,8
1983	85,4	86,6	85,0	91,0	84,9	90,6	85,4	85,2	90,3	77,7	93,1
1984	87,6	88,6	86,9	90,8	86,9	93,5	89,3	86,3	91,0	80,6	95,0
1985	88,8	88,8	88,9	93,0	88,8	94,5	92,5	88,1	92,6	84,0	96,0
1986	89,6	89,6	90,9	96,7	90,9	94,6	93,9	88,9	93,9	85,5	96,6
1987	90,2	91,1	92,6	99,3	93,9	94,0	94,8	90,5	94,7	88,2	97,1
1988	92,9	94,3	95,8	100,3	96,6	95,3	96,3	93,9	96,4	92,1	98,7
1989	94,8	96,5	98,3	99,4	99,4	97,5	96,9	96,2	98,9	94,6	99,1
1990	97,5	98,3	99,6	98,9	99,6	99,2	97,9	98,8	99,9	97,6	99,9
1991	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1992	100,9	101,7	101,1	101,7	101,6	101,1	102,8	101,0	101,5	100,7	101,9
	Einkommen aus unselbständiger Arbeit je beschäftigten Arbeitnehmer[3]										
1960	12,7	8,3	5,5	4,7	2,0	10,0	.	9,3	12,0	5,4	17,4
1961	14,1	8,6	6,0	5,0	2,2	10,8	.	10,3	13,0	6,1	18,0
1962	15,4	9,2	6,7	5,2	2,5	11,5	1,9	11,1	14,1	7,0	18,8
1963	16,4	9,9	7,4	5,5	2,9	12,6	2,3	12,0	15,5	7,9	19,4
1964	17,8	10,9	8,0	5,8	3,3	14,6	2,6	13,1	16,9	8,9	20,3
1965	19,5	11,9	8,5	6,2	3,6	16,3	3,0	14,3	18,5	10,0	20,9
1966	21,0	12,9	9,0	6,6	3,9	18,2	3,5	15,7	19,8	11,1	22,1
1967	21,7	13,9	9,6	7,0	4,2	19,8	4,1	17,2	21,4	12,5	23,0
1968	23,1	14,8	10,6	7,6	4,5	21,6	4,4	18,4	22,7	14,2	24,6
1969	25,3	16,0	11,7	8,1	4,9	24,1	5,0	19,9	24,0	16,4	26,2
1970	29,4	18,1	13,0	9,2	5,7	27,1	5,5	21,6	26,6	19,2	27,8
1971	32,8	20,3	14,4	10,2	6,4	30,9	6,3	24,3	30,4	22,0	29,5
1972	35,9	23,2	15,8	11,6	7,2	34,8	7,4	26,9	34,1	25,2	31,4
1973	40,2	26,4	17,7	13,1	8,5	40,2	8,7	30,5	38,5	30,3	33,7
1974	44,8	31,1	20,9	15,5	10,3	46,5	10,7	34,7	42,8	38,2	36,3
1975	48,0	36,2	24,8	20,4	12,2	52,7	13,0	39,1	46,1	44,4	39,3
1976	51,7	41,9	28,5	23,4	14,8	58,4	16,4	42,7	47,7	49,2	42,5
1977	55,1	45,7	32,0	25,8	17,9	63,3	20,7	46,4	48,7	54,2	45,5
1978	58,1	49,0	36,0	29,3	20,7	67,9	25,9	50,4	50,7	58,1	48,9
1979	61,4	51,8	40,7	33,8	24,8	71,9	30,7	53,3	52,8	61,5	53,2
1980	65,6	56,8	46,8	40,5	30,1	75,9	36,0	56,8	55,6	65,2	58,1
1981	68,7	60,5	53,5	46,2	36,7	78,5	41,6	61,4	59,3	69,6	63,7
1982	71,6	65,2	61,0	50,1	42,8	83,0	47,4	65,2	63,4	72,5	68,4
1983	74,2	69,4	67,2	54,4	49,6	85,6	54,1	68,5	66,2	74,3	71,9
1984	76,7	73,9	72,7	57,7	55,7	85,9	60,3	71,8	68,3	77,3	75,3
1985	79,0	77,3	77,4	62,0	61,5	87,1	65,6	75,7	71,0	80,1	78,1
1986	81,8	80,9	80,9	67,1	66,3	88,5	70,8	79,8	74,5	82,5	81,0
1987	84,4	82,4	83,9	71,9	72,0	89,8	75,8	83,0	77,4	84,8	84,4
1988	86,9	84,4	87,6	77,5	77,9	90,8	80,8	85,7	81,3	87,6	88,4
1989	89,4	87,3	91,5	84,3	84,9	91,7	85,3	89,6	86,2	91,2	91,4
1990	93,8	93,6	96,0	91,8	92,3	95,7	92,3	94,1	92,9	95,9	95,8
1991	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100

[1] Ab 1989 vorläufige Ergebnisse. — [2] Früheres Bundesgebiet. — [3] Für Schweiz: Einkommen aus unselbständiger Arbeit je Erwerbstätigen. — [4] Für Japan: Bruttosozialprodukt in Preisen von 1991 je Erwerbstätigen.

Quellen für Grundzahlen: OECD und nationale Veröffentlichungen

Tabelle 6*

Zinsen in wichtigen Industrieländern

Prozent p. a.

Zeitraum[1]	Bundesrepublik Deutschland	Belgien	Frankreich	Großbritannien	Italien	Niederlande	Spanien	Österreich	Schweiz	Japan	Vereinigte Staaten
					Kurzfristige Zinssätze[2]						
1970	9,41	7,87	8,93	6,97	.	7,96	.	6,49	5,36	5,91	7,57
1971	7,15	5,09	6,29	5,53	5,76	5,26	.	6,63	3,23	5,40	5,01
1972	5,61	3,86	5,51	5,63	5,18	2,96	.	6,66	1,83	4,36	4,65
1973	12,14	6,15	9,13	9,53	6,93	6,89	.	6,75	4,02	5,15	8,37
1974	9,90	10,20	13,02	11,34	14,57	10,35	.	6,95	5,98	6,83	10,25
1975	4,96	7,00	7,92	10,16	10,64	5,27	.	7,57	3,47	6,33	6,45
1976	4,25	9,76	8,69	11,20	15,68	6,88	.	7,94	1,20	5,68	5,27
1977	4,37	7,08	9,22	7,54	14,04	4,57	15,52	7,96	2,11	6,28	5,58
1978	3,70	7,14	8,16	8,58	11,50	6,54	17,59	7,87	0,62	5,12	8,17
1979	6,69	10,75	9,48	13,11	11,86	9,47	15,52	7,50	1,30	5,85	11,21
1980	9,54	14,09	12,21	15,01	17,15	10,70	16,52	8,00	5,03	10,88	13,07
1981	12,11	15,24	15,26	13,04	19,31	11,60	16,18	9,16	8,20	7,58	15,91
1982	8,88	14,10	14,62	11,40	19,89	8,36	16,28	10,10	4,40	7,03	12,27
1983	5,78	10,56	12,47	9,58	18,31	5,62	20,05	8,95	3,31	6,69	9,07
1984	5,99	11,42	11,70	9,30	17,26	6,09	14,90	8,02	3,77	6,46	10,36
1985	5,44	9,59	9,94	11,64	15,26	6,34	12,22	7,87	4,36	6,63	8,05
1986	4,64	8,11	7,70	10,30	13,41	5,61	11,66	7,37	3,63	5,17	6,52
1987	4,03	7,10	8,27	9,22	11,33	5,31	15,82	6,47	3,22	4,23	6,86
1988	4,33	6,72	7,94	9,92	10,82	4,76	11,65	6,03	2,58	4,53	7,73
1989	7,12	8,68	9,40	13,31	12,61	7,34	15,04	6,97	6,44	5,38	9,08
1990	8,49	9,67	10,32	13,98	12,06	8,68	15,15	8,96	8,32	7,72	8,15
1991	9,25	9,38	9,62	10,84	12,02	9,28	13,23	9,46	7,60	7,38	5,83
1992	9,52	9,37	10,35	8,94	14,36	9,35	13,34	9,46	7,20	4,46	3,68
1992 1. Vj.	9,61	9,56	10,05	9,94	12,41	9,59	12,73	9,72	7,38	5,23	4,12
2. Vj.	9,76	9,57	10,04	9,60	12,93	9,51	12,56	9,69	8,55	4,72	3,89
3. Vj.	9,72	9,64	10,55	9,41	17,34	9,58	13,52	9,67	7,21	4,09	3,27
4. Vj.	8,97	8,71	10,74	6,78	14,75	8,73	14,56	8,70	5,68	3,81	3,44
1993 1. Vj.	8,32	8,46	11,82	5,66	12,50	7,93	14,29	8,06	4,77	3,42	3,14
2. Vj.	7,68	7,42	8,02	5,27	11,31	7,11	12,64	7,22	4,48	3,23	3,13
3. Vj.	6,83	8,88	7,77	5,12	...	6,42	10,60	6,62	4,11	2,98	3,14
					Langfristige Zinssätze[3]						
1970	8,32	7,80	8,81	9,22	7,72	8,22	.	7,82	5,72	7,05	6,58
1971	7,99	7,32	8,55	8,90	7,04	7,35	.	7,71	5,27	7,05	5,74
1972	7,88	7,04	8,10	8,91	6,58	6,88	.	7,37	4,96	6,88	5,64
1973	9,33	7,49	8,86	10,72	6,85	7,92	.	8,25	5,59	7,14	6,31
1974	10,38	8,77	10,91	14,77	9,11	9,83	.	9,74	7,13	8,19	6,98
1975	8,48	8,52	10,49	14,39	10,06	8,79	.	9,61	6,44	8,46	7,00
1976	7,80	9,09	10,45	14,43	12,62	8,95	.	8,75	4,98	8,59	6,78
1977	6,16	8,76	11,00	12,73	14,71	8,10	.	8,74	4,05	7,47	7,06
1978	5,73	8,45	10,66	12,47	13,18	7,74	12,03	8,21	3,33	6,37	7,89
1979	7,43	9,70	10,63	12,99	13,12	8,78	13,31	7,96	3,45	8,33	8,74
1980	8,50	12,20	13,98	13,79	15,30	10,21	15,96	9,24	4,76	8,87	10,81
1981	10,38	13,78	16,56	14,74	19,35	11,52	15,81	10,61	5,57	8,38	12,87
1982	8,95	13,45	16,62	12,88	20,21	9,93	15,99	9,92	4,85	8,29	12,23
1983	7,89	11,80	14,62	10,81	18,25	8,24	16,91	8,17	4,51	7,81	10,84
1984	7,78	11,96	13,34	10,69	15,57	8,10	16,36	8,02	4,58	7,20	11,99
1985	6,87	10,61	11,87	10,62	13,70	7,33	13,37	7,77	4,70	6,37	10,75
1986	5,92	7,93	9,12	9,85	11,47	6,36	11,36	7,33	4,24	4,97	8,14
1987	5,84	7,83	10,22	9,50	10,58	6,38	12,77	6,94	4,03	4,38	8,63
1988	6,11	7,85	9,22	9,36	10,54	6,29	11,74	6,67	4,02	4,68	8,98
1989	7,03	8,64	9,16	9,58	11,61	7,21	13,70	7,14	5,20	5,27	8,59
1990	8,83	10,06	10,42	11,08	11,87	8,93	14,68	8,74	6,45	7,45	8,73
1991	8,64	9,28	9,48	9,92	11,37	8,74	12,43	8,62	6,24	6,33	8,16
1992	7,98	8,66	8,96	9,13	11,90	8,10	12,17	8,27	6,40	5,09	7,52
1992 1. Vj.	8,10	8,76	8,95	9,36	10,95	8,32	11,55	8,35	6,31	5,34	5,42
2. Vj.	8,27	8,87	9,05	9,11	11,23	8,29	11,37	8,49	6,82	5,49	5,34
3. Vj.	8,23	8,93	9,36	9,06	12,84	8,22	11,40	8,57	6,71	4,91	5,28
4. Vj.	7,33	8,07	8,46	8,97	12,58	7,55	13,21	7,67	5,76	4,62	7,33
1993 1. Vj.	6,73	7,52	8,04	8,62	11,38	7,03	11,95	7,07	4,99	4,15	6,90
2. Vj.	6,57	7,33	7,36	8,46	10,77	6,98	11,03	6,88	4,68	4,44	6,62
3. Vj.	6,20	...	6,65	7,51	8,58	6,61	9,34	6,53	4,43	3,99	6,15

[1] Jahres- und Vierteljahresdurchschnitte.
[2] Überwiegend für Dreimonats-Schatzwechsel. Für Bundesrepublik Deutschland: Ab 1986 Fibor (Frankfurt interbank offered rate).
[3] Umlaufsrendite festverzinslicher Staatsschuldpapiere mit einer Restlaufzeit von mindestens drei Jahren.

Quelle: OECD

Privater Verbrauch in wichtigen Industrieländern

Mrd Landeswährung[1])

Jahr[2])	Bundesrepublik Deutschland[3])	Belgien	Frankreich	Großbritannien	Italien[1])	Niederlande	Spanien	Österreich	Schweiz	Japan[1])	Vereinigte Staaten
	DM	bfrs	FF	£	Lit	hfl	Ptas	S	sfr	¥	US-$
	In jeweiligen Preisen										
1960	171,84	390,55	179,61	17,11	14,41	25,97	476	97,12	23,28	9,40	332,4
1961	188,33	407,76	196,66	18,01	15,75	27,98	538	106,15	25,57	11,03	343,5
1962	204,79	428,83	219,72	19,10	17,77	30,47	617	114,50	28,53	12,65	364,4
1963	216,79	464,60	248,19	20,35	20,81	33,84	740	124,02	30,99	14,77	384,2
1964	233,50	496,86	271,14	21,73	22,62	38,27	824	133,05	33,82	17,03	412,5
1965	257,62	540,91	289,24	23,15	24,19	42,77	966	145,84	36,39	19,24	444,6
1966	275,06	579,71	312,82	24,51	26,69	46,52	1 109	155,66	39,23	22,14	481,6
1967	282,63	611,51	338,68	25,76	29,57	50,51	1 243	167,36	42,15	25,41	509,3
1968	300,74	662,74	369,60	27,75	31,55	55,21	1 385	178,37	44,91	28,97	559,1
1969	330,90	718,47	419,61	29,47	34,61	63,18	1 531	189,70	48,67	33,30	603,7
1970	368,85	769,01	459,57	32,11	39,82	70,82	1 700	205,29	53,33	38,33	646,5
1971	408,98	847,72	511,13	36,01	43,45	78,94	1 924	230,00	59,75	43,23	700,3
1972	451,96	947,78	570,30	40,75	47,72	88,45	2 243	259,81	67,78	49,90	767,8
1973	495,59	1 083,90	645,01	46,59	58,24	99,83	2 693	291,78	75,95	60,31	848,1
1974	533,64	1 255,90	749,59	53,69	73,32	113,39	3 331	330,61	83,14	72,91	927,7
1975	583,45	1 421,15	862,26	66,13	85,59	128,95	3 917	368,26	86,04	84,76	1 024,9
1976	631,87	1 612,07	993,54	76,88	105,86	147,99	4 815	410,18	88,90	95,78	1 143,1
1977	682,13	1 769,38	1 117,09	87,88	128,66	164,31	6 048	456,87	92,65	107,08	1 271,5
1978	725,94	1 890,04	1 264,00	101,24	150,21	179,17	7 268	468,85	95,28	117,92	1 421,2
1979	781,31	2 057,27	1 442,02	119,99	184,28	192,43	8 575	511,72	100,72	130,08	1 583,7
1980	837,02	2 224,90	1 653,31	139,61	235,56	205,78	10 048	552,53	108,04	141,32	1 748,1
1981	883,52	2 398,00	1 907,22	155,41	282,83	213,23	11 421	596,50	115,69	150,00	1 926,2
1982	916,10	2 622,50	2 200,82	170,65	334,03	221,83	13 101	640,19	122,06	160,83	2 059,2
1983	959,28	2 762,90	2 435,55	187,03	385,57	229,86	14 761	694,84	127,34	169,69	2 257,5
1984	1 001,20	2 961,30	2 651,31	200,26	441,29	236,75	16 318	733,18	133,61	178,63	2 460,3
1985	1 036,53	3 199,10	2 871,10	218,95	495,81	247,72	18 080	775,53	140,56	188,76	2 667,4
1986	1 066,43	3 306,80	3 062,80	243,03	549,47	256,15	20 438	804,41	144,93	195,97	2 850,6
1987	1 108,02	3 467,60	3 249,60	267,52	604,43	263,93	22 856	837,78	150,21	204,59	3 052,2
1988	1 153,69	3 614,80	3 444,40	302,06	668,22	268,95	25 141	880,53	156,97	215,12	3 296,1
1989	1 220,95	3 872,40	3 671,70	330,53	737,41	281,18	28 302	932,16	166,15	228,48	3 523,1
1990	1 318,66	4 096,60	3 889,50	350,41	810,46	299,05	31 254	1 000,90	177,65	243,63	3 761,2
1991	1 428,31	4 325,53	4 062,00	367,70	885,99	319,10	34 238	1 059,40	190,49	255,34	3 906,4
1992	1 510,03	4 524,06	4 227,00	386,20	951,01	335,36	37 461	1 127,30	197,92	264,99	4 139,9
	In Preisen von 1991										
1960	487,93	1 683,27	1 309,36	168,22	236,24	104,21	8 911	376,29	83,46	46,15	1 451,4
1961	517,67	1 712,13	1 387,20	171,95	253,89	104,08	9 892	395,57	89,15	50,95	1 484,5
1962	547,02	1 781,69	1 485,17	175,83	272,03	116,35	10 761	408,75	94,85	54,79	1 550,3
1963	562,33	1 861,65	1 587,61	184,01	296,43	124,55	11 979	431,35	99,43	59,61	1 608,6
1964	592,40	1 911,64	1 677,01	189,67	306,61	131,89	12 493	446,14	104,12	66,03	1 698,9
1965	633,03	1 991,64	1 744,24	192,58	318,16	141,76	13 362	466,84	107,71	69,84	1 794,6
1966	652,78	2 047,31	1 828,54	196,03	341,41	146,27	14 284	486,81	110,95	76,84	1 886,7
1967	660,26	2 107,01	1 921,69	200,85	365,36	154,22	15 137	503,47	114,20	84,83	1 944,9
1968	691,28	2 221,69	1 998,13	206,46	383,65	164,38	16 039	523,30	118,78	92,07	2 046,9
1969	746,40	2 338,01	2 118,72	207,72	408,68	177,37	17 154	537,31	125,22	101,59	2 123,3
1970	803,80	2 441,14	2 209,03	213,79	438,43	190,48	17 871	556,56	131,98	109,12	2 174,0
1971	847,97	2 556,42	2 318,10	220,69	451,21	196,77	18 774	593,96	138,26	115,23	2 246,2
1972	887,46	2 714,16	2 432,41	234,51	467,73	203,66	20 330	630,08	145,79	125,69	2 371,7
1973	913,63	2 925,07	2 561,96	246,99	500,21	211,80	21 909	663,92	149,89	137,09	2 477,6
1974	918,13	3 004,38	2 592,93	243,41	518,80	219,64	23 017	683,79	149,27	136,98	2 462,1
1975	947,05	3 022,30	2 666,74	242,43	520,45	226,88	23 431	706,00	145,22	143,18	2 514,5
1976	984,26	3 172,16	2 796,69	243,49	547,46	238,95	24 731	738,07	146,95	147,62	2 646,0
1977	1 028,94	3 249,03	2 873,29	242,41	569,73	250,09	25 104	778,29	151,36	153,69	2 753,1
1978	1 066,88	3 329,64	2 979,37	256,10	589,02	260,73	25 341	766,80	154,61	162,04	2 867,3
1979	1 102,20	3 489,22	3 069,31	267,24	632,03	268,21	25 660	800,59	156,35	172,60	2 935,1
1980	1 115,90	3 552,74	3 106,05	267,46	667,63	268,03	25 807	812,68	160,43	174,45	2 933,5
1981	1 109,18	3 522,13	3 169,77	267,71	677,78	261,30	25 653	815,27	161,21	177,20	2 969,3
1982	1 094,49	3 570,65	3 279,31	270,40	685,90	258,24	25 700	825,12	161,15	184,96	3 001,4
1983	1 110,59	3 516,58	3 309,45	282,63	690,62	260,31	25 788	866,22	163,84	191,34	3 140,2
1984	1 130,55	3 557,62	3 344,91	288,13	704,25	262,50	25 688	865,56	166,40	196,59	3 292,0
1985	1 150,05	3 626,54	3 425,15	299,04	725,16	268,81	26 301	886,19	168,78	203,24	3 435,5
1986	1 189,95	3 719,72	3 558,78	318,23	752,02	277,24	27 370	901,86	173,54	210,10	3 559,4
1987	1 230,61	3 835,58	3 660,53	335,74	783,38	286,09	28 956	930,18	177,13	219,00	3 659,0
1988	1 264,34	3 947,01	3 780,03	360,70	816,05	288,78	30 336	963,71	180,93	230,46	3 791,0
1989	1 300,15	4 096,31	3 904,36	372,75	844,94	297,28	32 035	993,76	184,96	240,36	3 864,1
1990	1 367,43	4 210,12	4 001,97	375,24	866,07	308,90	33 234	1 034,84	187,74	249,81	3 923,2
1991	1 428,31	4 325,53	4 062,00	367,70	885,99	319,10	34 238	1 059,40	190,49	255,34	3 906,4
1992	1 452,08	4 413,77	4 131,05	367,87	901,93	324,65	35 190	1 082,46	190,09	259,71	4 006,1

[1]) Für Italien 1 000 Mrd Lira. Für Japan 1 000 Mrd Yen. — Zur Umrechnung der Landeswährung in Europäische Währungseinheiten (ECU) siehe Tabelle 12* auf Seite 307. — [2]) Ab 1989 vorläufige Ergebnisse. — [3]) Früheres Bundesgebiet.

Quellen: OECD und nationale Veröffentlichungen

Tabelle 8*

Staatsverbrauch in wichtigen Industrieländern

Mrd Landeswährung [1])

Jahr [2])	Bundesrepublik Deutschland [3])	Belgien	Frankreich	Großbritannien	Italien [1])	Niederlande	Spanien	Österreich	Schweiz	Japan [1])	Vereinigte Staaten
	DM	bfrs	FF	£	Lit	hfl	Ptas	S	sfr	¥	US-$
	In jeweiligen Preisen										
1960	40,45	71,96	42,77	4,24	3,07	5,61	59	21,12	3,36	1,28	99,80
1961	45,78	73,28	47,16	4,57	3,40	6,16	66	22,78	4,12	1,48	107,00
1962	52,83	80,84	53,20	4,90	3,93	6,90	76	24,68	4,78	1,75	116,80
1963	59,39	91,74	60,33	5,16	4,76	7,91	93	27,49	5,47	2,07	122,30
1964	62,10	98,90	66,16	5,48	5,31	9,41	101	30,18	6,02	2,35	128,30
1965	69,65	110,19	70,42	6,01	6,01	10,48	121	32,93	6,48	2,69	136,30
1966	75,45	121,18	75,42	6,54	6,40	11,68	145	36,68	6,91	3,05	155,90
1967	80,05	133,37	81,28	7,23	6,84	13,13	177	41,57	7,34	3,41	175,60
1968	82,73	144,02	92,16	7,68	7,44	14,22	193	45,25	7,91	3,93	191,50
1969	93,12	159,76	103,75	8,02	8,07	16,22	222	50,49	8,68	4,56	201,80
1970	106,47	175,30	116,64	9,04	8,86	18,66	254	55,22	9,64	5,46	212,70
1971	126,76	201,98	131,93	10,31	10,84	21,85	292	61,98	11,39	6,42	224,30
1972	141,04	232,44	146,80	11,75	12,32	24,43	338	70,10	12,88	7,54	241,50
1973	163,09	264,32	167,69	13,40	14,18	27,42	408	81,91	14,82	9,34	257,70
1974	190,11	314,32	200,23	16,72	17,12	32,45	520	97,44	16,63	12,24	288,30
1975	210,08	388,40	243,44	23,12	19,94	38,25	645	113,05	17,92	14,89	321,40
1976	221,86	441,00	287,76	27,04	23,96	43,47	838	127,79	18,94	16,42	341,30
1977	235,13	489,05	329,53	29,47	30,08	47,84	1 082	138,74	19,15	18,24	368,00
1978	253,09	543,96	383,68	33,41	36,49	52,61	1 373	154,14	19,77	19,75	403,60
1979	273,54	588,13	436,65	38,83	45,73	57,16	1 673	165,96	20,80	21,49	448,50
1980	298,02	643,59	509,27	48,94	58,03	60,26	2 050	178,70	21,98	23,56	507,10
1981	318,39	696,62	595,03	55,37	75,32	62,75	2 383	195,25	23,88	25,58	561,10
1982	326,44	734,18	701,30	60,36	88,79	65,12	2 784	214,30	25,94	26,80	607,60
1983	336,44	756,93	782,13	65,79	105,14	66,58	3 285	226,89	27,77	28,00	652,30
1984	350,44	792,36	854,30	69,76	119,99	66,39	3 665	237,76	28,93	29,45	700,80
1985	365,72	849,14	910,32	73,81	135,49	67,66	4 152	255,00	30,88	30,68	772,30
1986	382,55	882,50	959,51	79,38	148,34	68,55	4 740	270,66	32,33	32,40	833,00
1987	397,28	890,90	1 004,66	85,35	166,31	70,59	5 452	280,44	33,03	32,97	881,50
1988	412,38	898,90	1 058,40	91,73	186,94	71,16	5 924	288,35	35,41	34,18	918,70
1989	418,82	942,10	1 106,10	99,03	201,37	72,37	6 831	302,88	38,49	36,27	975,20
1990	444,07	993,80	1 166,00	109,88	231,58	75,39	7 628	319,93	42,85	38,81	1 047,40
1991	466,53	1 046,54	1 231,40	121,81	253,42	78,40	8 577	348,10	46,64	41,25	1 099,30
1992	500,61	1 090,49	1 301,30	129,87	266,93	81,40	9 450	381,80	49,67	43,90	1 131,80
	In Preisen von 1991										
1960	189,49	381,64	460,57	67,21	96,85	40,15	1 974	153,05	15,53	11,21	554,01
1961	201,14	388,55	482,66	69,58	101,33	41,28	2 084	155,82	18,18	11,87	582,58
1962	220,19	422,49	505,44	71,71	105,27	42,66	2 222	159,51	19,67	12,89	608,95
1963	233,78	470,63	522,52	72,93	109,56	44,67	2 438	165,86	21,38	13,96	623,01
1964	238,03	490,37	544,25	74,08	113,32	45,44	2 469	174,05	21,95	14,42	637,88
1965	249,67	518,65	561,75	76,03	117,45	46,15	2 561	175,32	22,97	14,97	658,56
1966	257,71	541,91	576,97	78,05	122,11	46,95	2 605	183,42	23,40	15,82	723,03
1967	267,09	573,43	601,53	82,47	127,62	48,07	2 665	190,75	23,77	16,45	775,89
1968	268,58	593,86	635,27	82,79	134,15	49,12	2 715	196,77	24,68	17,51	797,84
1969	280,26	630,21	661,46	81,27	138,09	51,33	2 828	201,17	25,86	18,54	792,27
1970	292,31	650,75	689,13	82,61	142,63	54,43	2 977	207,81	27,15	19,76	773,45
1971	307,16	689,08	716,27	85,06	150,85	56,81	3 107	214,63	28,73	20,80	757,88
1972	320,02	729,87	741,52	88,66	158,46	57,26	3 268	223,45	29,60	21,93	758,58
1973	335,96	768,83	766,55	92,49	162,52	57,72	3 478	230,12	30,53	23,10	748,36
1974	349,47	797,88	775,90	94,22	166,66	58,99	3 802	243,25	31,19	23,84	761,37
1975	362,95	835,26	809,90	99,48	170,76	61,41	3 998	252,92	31,42	25,70	770,78
1976	368,36	868,79	843,56	100,71	174,72	63,84	4 275	263,69	32,36	26,85	765,78
1977	373,22	892,16	863,65	99,05	179,52	65,92	4 444	272,28	32,50	27,94	771,47
1978	387,59	944,56	908,25	101,34	185,83	68,57	4 685	281,26	33,16	29,36	786,46
1979	400,64	970,02	935,67	103,38	191,41	70,49	4 880	289,63	33,68	30,64	800,75
1980	411,07	985,27	959,36	105,00	195,45	70,92	5 084	297,35	34,00	31,65	818,06
1981	418,59	988,08	989,45	105,32	199,87	72,34	5 180	303,96	34,87	33,17	828,51
1982	414,82	972,35	1 026,75	106,19	205,08	72,80	5 431	310,94	35,25	33,84	840,59
1983	415,64	972,00	1 048,25	108,28	212,10	73,60	5 644	317,83	36,61	34,85	864,06
1984	426,01	973,06	1 060,60	109,33	216,94	73,07	5 807	318,51	37,06	35,79	890,89
1985	434,80	996,65	1 084,80	109,35	224,25	74,01	6 076	324,71	38,26	36,40	944,91
1986	445,84	1 015,43	1 103,62	111,27	230,00	75,74	6 426	330,10	39,68	38,02	993,70
1987	452,71	1 019,89	1 134,53	112,65	237,92	77,28	6 994	331,42	40,40	38,19	1 024,02
1988	462,33	1 016,72	1 173,10	113,32	244,66	77,61	7 277	332,51	42,13	39,01	1 030,18
1989	454,88	1 022,47	1 178,97	114,35	246,71	77,81	7 880	335,13	43,88	39,80	1 050,63
1990	465,03	1 034,92	1 201,37	118,06	249,67	77,86	8 212	339,12	45,94	40,55	1 083,38
1991	466,53	1 046,54	1 231,40	121,81	253,42	78,40	8 577	348,10	46,64	41,25	1 099,30
1992	481,33	1 052,40	1 260,95	121,78	256,20	77,93	8 882	355,38	46,90	42,24	1 098,02

[1]) Für Italien 1 000 Mrd Lira. Für Japan 1 000 Mrd Yen. — Zur Umrechnung der Landeswährung in Europäische Währungseinheiten (ECU) siehe Tabelle 12* auf Seite 307. — [2]) Ab 1989 vorläufige Ergebnisse. — [3]) Früheres Bundesgebiet.

Quellen: OECD und nationale Veröffentlichungen

Anlageinvestitionen in wichtigen Industrieländern

Mrd Landeswährung [1])

Jahr [2])	Bundesrepublik Deutschland [3])	Belgien	Frankreich	Großbritannien	Italien [1])	Niederlande	Spanien	Österreich	Schweiz	Japan [1])	Vereinigte Staaten
	DM	bfrs	FF	£	Lit	hfl	Ptas	S	sfr	¥	US-$
	In jeweiligen Preisen										
1960	73,58	107,74	62,71	4,23	6,45	11,27	144	40,66	9,27	4,64	75,50
1961	83,46	122,34	72,25	4,75	7,38	12,24	172	47,35	11,51	6,17	75,00
1962	92,88	134,78	81,31	4,90	8,44	13,00	203	49,57	13,44	7,07	81,80
1963	97,71	140,77	94,36	5,14	9,81	13,70	243	53,91	15,39	7,93	87,70
1964	111,70	170,48	108,43	6,12	9,94	17,29	293	59,92	17,45	9,36	96,70
1965	119,90	185,51	118,74	6,63	9,28	19,04	358	67,40	17,47	9,78	108,30
1966	124,17	204,33	130,75	7,06	9,80	21,64	418	74,76	17,91	11,56	116,70
1967	114,18	218,85	142,00	7,71	11,20	23,84	476	76,03	18,33	14,29	117,60
1968	119,39	219,67	151,21	8,51	12,65	26,95	547	78,86	19,20	17,57	130,80
1969	138,90	241,30	173,15	8,83	14,46	27,91	633	83,95	21,00	21,44	145,50
1970	172,05	286,18	192,94	9,74	16,53	32,97	701	97,18	24,96	26,04	148,10
1971	196,11	304,81	218,27	10,89	17,48	36,42	724	116,90	30,13	27,64	167,50
1972	209,17	329,75	244,45	11,94	18,47	38,27	889	144,91	34,64	31,52	195,70
1973	219,26	375,58	285,19	14,73	24,06	42,75	1 135	154,97	38,21	40,94	225,40
1974	212,71	467,37	336,12	17,50	31,66	46,11	1 471	175,72	38,89	46,70	231,50
1975	209,41	511,15	354,31	21,04	34,57	48,70	1 631	174,92	33,66	48,14	231,70
1976	225,65	568,73	407,24	24,50	41,78	51,49	1 852	188,71	29,23	51,95	269,60
1977	242,43	602,96	439,35	27,04	50,32	60,87	2 256	212,91	30,24	55,98	333,50
1978	264,90	647,53	488,44	31,06	57,66	66,56	2 615	215,57	32,49	62,15	406,10
1979	301,29	661,10	555,07	36,93	70,77	69,91	2 843	231,94	34,59	70,17	467,50
1980	332,08	728,29	645,75	41,56	94,06	74,43	3 368	255,46	40,50	75,82	477,10
1981	331,29	642,88	700,53	41,30	110,68	71,06	3 729	267,94	44,56	78,91	532,50
1982	323,45	672,12	774,28	44,82	121,74	70,62	4 264	262,88	45,30	79,74	519,30
1983	340,81	669,01	809,60	48,62	134,84	73,04	4 686	269,55	47,50	78,88	552,20
1984	350,67	709,03	840,36	54,97	152,60	78,14	4 779	282,92	49,80	83,25	647,80
1985	355,81	741,29	905,29	60,35	167,59	84,38	5 409	304,41	54,20	88,04	689,90
1986	373,48	782,92	977,52	64,51	177,65	90,62	6 297	324,01	59,00	91,31	709,00
1987	385,78	834,15	1 054,77	74,08	194,10	91,58	7 518	342,11	64,37	99,16	723,00
1988	409,90	983,03	1 188,31	89,86	219,25	97,39	9 083	371,17	71,48	111,07	777,40
1989	448,52	1 167,72	1 314,60	103,26	241,02	104,08	10 861	405,78	79,86	122,77	798,90
1990	507,78	1 300,24	1 390,80	106,03	265,95	109,84	12 323	442,25	84,55	136,73	802,00
1991	564,90	1 332,72	1 409,00	95,57	281,77	113,00	13 174	482,28	84,81	142,76	745,50
1992	593,59	1 374,03	1 395,20	91,80	288,05	117,28	13 006	500,51	80,38	142,40	789,10
	In Preisen von 1991										
1960	267,35	481,37	423,10	40,98	121,34	45,90	2 370	149,27	30,34	13,33	308,05
1961	284,65	537,57	469,09	44,98	135,37	48,67	2 794	168,05	35,11	16,44	307,53
1962	295,49	571,17	508,91	45,29	148,59	50,32	3 112	172,65	38,70	18,77	332,97
1963	299,06	577,38	553,66	45,92	160,59	50,89	3 467	178,60	41,53	21,01	356,65
1964	332,68	657,15	611,64	53,52	151,25	60,64	3 987	195,71	44,92	24,31	388,12
1965	348,25	683,70	654,41	56,29	138,53	63,86	4 649	205,46	43,81	25,43	422,69
1966	352,30	730,95	701,88	57,73	144,52	68,99	5 242	223,80	43,45	29,00	437,26
1967	327,61	751,50	744,20	62,78	161,48	74,83	5 556	224,25	43,51	34,26	426,07
1968	338,37	740,25	785,35	66,71	178,91	83,18	6 081	230,38	44,88	41,26	453,88
1969	370,74	781,61	857,32	66,32	192,78	81,31	6 676	241,71	47,59	49,05	475,73
1970	403,91	850,64	896,91	67,99	198,64	87,44	6 873	265,00	51,65	57,37	461,81
1971	427,71	833,89	961,98	69,25	192,23	88,77	6 670	301,54	56,82	59,89	501,99
1972	439,17	857,87	1 019,93	69,10	194,76	86,74	7 615	338,12	59,77	65,70	555,34
1973	437,95	917,82	1 106,31	73,60	211,80	90,37	8 607	339,30	61,67	73,35	603,64
1974	395,26	985,70	1 120,51	71,82	216,13	86,75	9 144	352,77	58,86	67,24	558,04
1975	374,05	967,58	1 048,24	70,39	200,28	82,97	8 730	335,30	51,07	66,60	492,02
1976	387,44	1 004,18	1 082,46	71,57	200,38	80,72	8 661	348,10	45,83	68,41	539,59
1977	401,21	1 005,38	1 062,80	70,29	204,07	88,80	8 579	365,82	46,48	70,29	616,99
1978	417,59	1 031,77	1 085,04	72,41	205,36	90,97	8 345	350,94	49,06	75,78	683,66
1979	445,41	1 005,39	1 119,10	74,44	217,09	89,41	7 734	363,25	51,54	80,48	715,01
1980	455,19	1 051,17	1 148,45	70,43	235,98	88,59	7 788	374,08	56,60	80,49	656,77
1981	432,51	884,58	1 126,76	63,69	228,60	79,29	7 591	368,93	58,12	82,42	660,96
1982	409,10	866,94	1 111,31	67,14	217,89	76,19	7 752	338,81	56,64	82,30	608,08
1983	421,85	827,66	1 071,68	70,51	216,59	77,88	7 568	336,87	58,96	81,51	648,46
1984	422,44	842,66	1 043,83	76,52	224,37	82,11	7 044	343,98	61,40	85,31	751,44
1985	420,35	848,85	1 077,64	79,58	225,82	87,53	7 471	361,19	64,65	89,83	788,79
1986	434,29	887,45	1 126,07	81,51	230,82	94,37	8 211	374,48	69,75	94,11	791,73
1987	442,24	937,50	1 181,24	89,34	242,37	95,13	9 364	386,17	74,94	103,11	787,89
1988	461,77	1 080,90	1 294,64	102,05	259,20	103,02	10 665	409,50	80,14	115,40	821,10
1989	490,66	1 227,51	1 393,04	109,44	270,38	107,65	12 130	431,78	84,76	126,11	821,95
1990	532,35	1 328,77	1 434,83	106,10	279,17	113,11	12 967	459,66	86,94	138,03	807,62
1991	564,90	1 332,72	1 409,00	95,57	281,77	113,00	13 174	482,28	84,81	142,76	745,50
1992	571,36	1 340,64	1 375,18	95,10	282,06	113,70	12 782	487,65	80,55	142,47	791,60

[1]) Für Italien 1 000 Mrd Lira. Für Japan 1 000 Mrd Yen. — Zur Umrechnung der Landeswährung in Europäische Währungseinheiten (ECU) siehe Tabelle 12* auf Seite 307. — [2]) Ab 1989 vorläufige Ergebnisse. — [3]) Früheres Bundesgebiet.

Quellen: OECD und nationale Veröffentlichungen

Tabelle 10*

Ausfuhr von Waren und Dienstleistungen in wichtigen Industrieländern

Mrd Landeswährung [1])

Jahr [2])	Bundesrepublik Deutschland [3])[4])	Belgien	Frankreich	Großbritannien	Italien [1])	Niederlande	Spanien	Österreich	Schweiz	Japan [1])[3])	Vereinigte Staaten [3])
	DM	bfrs	FF	£	Lit	hfl	Ptas	S	sfr	¥	US-$
	In jeweiligen Preisen										
1960	60,68	213,90	43,58	5,16	2,81	21,18	70	39,51	10,96	1,77	25,3
1961	63,20	234,80	45,97	5,39	3,20	21,34	77	43,28	12,07	1,86	26,0
1962	66,26	261,20	47,32	5,53	3,57	22,62	91	47,71	13,22	2,15	27,4
1963	72,03	288,70	52,07	5,88	3,94	24,57	100	51,90	14,41	2,35	29,4
1964	79,86	329,20	57,95	6,20	4,57	28,03	129	56,21	15,94	2,89	33,6
1965	87,19	354,00	65,30	6,61	5,45	30,87	146	61,90	17,49	3,56	35,4
1966	98,42	395,30	71,01	7,17	6,05	32,69	178	67,26	19,21	4,17	38,9
1967	106,41	414,20	75,88	7,39	6,66	34,86	182	71,52	20,50	4,47	41,4
1968	120,21	465,50	82,65	8,98	7,71	39,06	237	78,80	23,17	5,53	45,3
1969	137,34	561,60	100,23	10,09	8,89	45,86	278	95,02	26,63	6,82	49,3
1970	152,93	654,50	125,43	11,51	10,00	54,30	342	116,75	29,71	8,27	57,0
1971	166,96	698,70	145,21	12,92	11,16	61,99	416	128,64	32,06	9,90	59,3
1972	181,86	789,10	165,14	13,62	12,70	69,46	500	146,44	35,77	10,38	66,2
1973	214,05	975,80	198,57	17,07	15,23	83,43	601	165,89	40,23	12,13	91,8
1974	275,91	1 260,20	269,64	22,88	22,87	107,81	726	204,21	45,91	19,45	124,3
1975	269,55	1 220,10	279,80	26,86	26,31	109,67	801	209,02	44,03	20,25	136,3
1976	306,54	1 456,90	332,95	35,09	35,89	128,40	982	236,29	47,70	23,84	148,9
1977	324,53	1 543,70	392,89	43,30	45,61	130,80	1 313	256,94	53,45	25,56	158,8
1978	341,20	1 597,40	445,46	47,48	54,03	133,35	1 680	280,76	53,23	24,11	186,1
1979	374,59	1 863,90	526,94	54,90	68,31	155,11	1 942	327,69	56,02	27,90	228,9
1980	420,66	2 170,20	604,42	62,62	77,26	176,89	2 368	366,24	62,58	35,71	279,2
1981	481,70	2 439,00	714,28	67,43	100,00	204,55	3 023	404,51	69,10	41,81	303,0
1982	517,69	2 794,30	790,35	72,69	114,19	212,61	3 606	431,24	69,55	44,48	282,6
1983	522,24	3 078,90	900,66	80,06	126,87	219,73	4 641	449,69	71,76	43,49	276,7
1984	585,80	3 505,20	1 053,33	91,85	150,69	248,60	5 866	497,64	80,55	50,02	302,4
1985	644,66	3 644,90	1 123,93	102,21	169,00	265,42	6 405	549,13	89,02	52,08	302,0
1986	637,02	3 527,80	1 074,10	98,32	167,19	232,66	6 423	522,97	89,12	43,43	319,2
1987	637,52	3 616,00	1 101,30	107,03	176,39	226,72	6 994	527,05	90,53	43,82	364,0
1988	687,87	4 039,20	1 221,30	107,71	193,82	246,26	7 571	587,54	97,99	47,61	444,2
1989	788,29	4 641,30	1 411,10	122,05	226,60	275,26	8 152	664,27	110,51	57,11	508,0
1990	879,71	4 751,20	1 468,00	133,50	249,20	285,76	8 551	724,31	115,05	64,44	557,1
1991	1 015,29	4 874,40	1 532,40	134,77	256,19	299,72	9 454	789,66	116,72	66,58	601,5
1992	1 069,40	4 918,40	1 610,80	139,52	273,30	304,92	10 425	805,62	122,25	66,46	640,5
	In Preisen von 1991										
1960	149,18	770,57	216,51	38,38	29,69	51,21	849	100,19	28,36	2,82	97,9
1961	155,77	841,19	227,59	39,62	34,46	52,41	916	105,85	30,63	2,97	99,4
1962	159,63	926,34	231,61	40,25	38,33	55,68	1 034	116,25	32,54	3,46	105,2
1963	171,27	1 002,66	247,96	42,20	41,12	59,01	1 073	124,55	34,23	3,69	112,7
1964	184,47	1 097,20	265,96	43,61	46,23	65,68	1 347	131,40	36,42	4,45	127,8
1965	195,53	1 163,83	295,15	45,46	55,62	70,65	1 440	139,98	39,17	5,49	130,7
1966	214,80	1 253,25	313,86	47,84	61,84	74,34	1 658	148,70	41,20	6,42	139,2
1967	231,38	1 306,78	339,81	48,12	67,20	79,26	1 581	155,21	42,61	6,86	143,9
1968	260,73	1 466,25	377,79	54,14	77,70	89,39	1 872	167,74	46,85	8,46	155,2
1969	286,15	1 690,93	438,59	59,46	87,24	102,75	2 163	196,33	53,07	10,28	163,5
1970	311,16	1 863,78	510,13	62,59	92,44	114,94	2 540	230,07	56,70	12,16	178,5
1971	325,11	1 948,39	557,29	66,94	99,06	127,18	2 900	244,81	58,95	14,14	179,2
1972	345,75	2 163,84	624,33	67,68	108,25	139,84	3 288	269,66	62,69	14,93	192,3
1973	380,75	2 470,16	691,47	75,73	112,69	156,76	3 617	284,32	67,48	15,92	232,8
1974	425,16	2 562,94	752,67	81,28	120,62	160,82	3 581	314,77	67,94	19,53	259,4
1975	398,68	2 352,30	739,96	78,97	122,58	155,77	3 565	307,22	63,60	19,35	257,8
1976	437,71	2 654,84	800,46	86,16	135,42	171,26	3 744	341,20	69,49	22,16	269,4
1977	454,26	2 713,91	859,42	92,09	148,82	168,18	4 196	355,65	76,19	24,49	273,2
1978	469,74	2 775,62	910,16	93,81	162,24	173,75	4 643	381,72	78,92	24,49	299,1
1979	491,74	2 971,23	978,06	97,34	176,05	186,65	4 905	426,22	80,84	26,36	324,9
1980	519,78	3 045,62	1 004,49	97,12	160,76	189,45	5 017	448,38	84,93	30,88	354,8
1981	563,43	3 123,87	1 041,41	96,40	173,53	192,51	5 438	470,25	89,01	35,25	361,0
1982	584,80	3 164,42	1 023,84	97,20	169,29	192,48	5 698	482,94	86,47	36,64	328,5
1983	578,19	3 250,93	1 061,61	99,16	173,25	198,92	6 276	498,34	87,39	37,30	316,5
1984	628,14	3 423,95	1 135,87	105,66	187,99	213,34	7 012	528,69	92,94	42,83	338,4
1985	672,72	3 461,27	1 157,52	111,88	194,10	224,54	7 205	565,13	100,66	45,57	342,3
1986	673,70	3 656,32	1 140,74	117,18	198,87	232,02	7 341	549,82	101,03	43,12	364,8
1987	680,20	3 896,96	1 172,68	123,79	208,23	239,23	7 806	562,86	102,73	45,10	403,0
1988	720,51	4 231,32	1 267,67	123,68	219,50	258,32	8 202	613,64	108,69	49,94	466,7
1989	804,20	4 541,84	1 403,31	128,35	238,72	274,49	8 447	676,22	114,12	57,40	522,2
1990	893,75	4 729,20	1 474,88	134,69	255,43	287,37	8 719	730,70	117,57	63,53	565,1
1991	1 015,29	4 874,40	1 532,40	134,77	256,19	299,72	9 454	789,66	116,72	66,58	601,5
1992	1 054,07	4 903,65	1 639,67	138,38	269,00	307,22	10 124	810,59	120,65	68,22	639,8

[1]) Für Italien 1 000 Mrd Lira. Für Japan 1 000 Mrd Yen. — Zur Umrechnung der Landeswährung in Europäische Währungseinheiten (ECU) siehe Tabelle 12* auf Seite 307. — [2]) Ab 1989 vorläufige Ergebnisse. — [3]) Einschließlich Erwerbs- und Vermögenseinkommen von der übrigen Welt. — [4]) Früheres Bundesgebiet.

Quellen: OECD und nationale Veröffentlichungen

Einfuhr von Waren und Dienstleistungen in wichtigen Industrieländern

Mrd Landeswährung [1]

Jahr [2]	Bundesrepublik Deutschland [3] [4]	Belgien	Frankreich	Großbritannien	Italien [1]	Niederlande	Spanien	Österreich	Schweiz	Japan [1] [3]	Vereinigte Staaten [3]
	DM	bfrs	FF	£	Lit	hfl	Ptas	S	sfr	¥	US-$
	In jeweiligen Preisen										
1960	52,75	218,80	37,36	5,55	3,25	20,38	51	40,76	11,06	1,71	22,8
1961	56,07	240,60	40,01	5,51	3,61	21,29	73	42,82	13,33	2,20	22,7
1962	61,96	262,40	43,87	5,61	4,17	22,45	100	45,09	14,89	2,15	25,0
1963	66,42	296,60	50,60	6,03	5,18	25,00	126	49,83	16,05	2,61	26,1
1964	73,96	333,20	58,75	6,82	5,00	29,39	146	56,19	17,80	3,04	28,1
1965	86,86	355,70	60,94	6,97	5,13	31,33	195	63,32	18,01	3,20	31,5
1966	91,00	403,40	69,51	7,26	5,96	33,76	232	71,09	19,16	3,67	37,1
1967	89,07	411,90	74,27	7,85	6,81	35,66	230	73,77	20,13	4,47	39,9
1968	100,47	462,70	82,92	9,38	7,23	39,11	276	79,58	21,98	5,09	46,6
1969	119,76	551,20	103,96	9,93	8,74	46,11	329	91,01	25,61	5,99	50,5
1970	138,80	623,70	121,24	11,10	10,49	56,35	370	113,07	31,25	7,49	55,8
1971	152,88	668,30	135,61	12,16	11,30	62,47	394	125,66	33,65	7,81	62,3
1972	163,73	735,30	154,88	13,74	13,00	65,20	496	143,71	36,82	8,24	74,2
1973	185,57	937,20	188,73	18,95	18,12	77,70	640	163,89	41,67	12,08	91,2
1974	232,38	1 248,10	282,71	27,15	29,08	102,28	979	206,29	48,65	20,69	127,5
1975	238,43	1 211,00	262,25	28,80	27,88	102,35	1 036	204,81	40,03	20,35	122,7
1976	277,80	1 446,00	345,44	36,64	39,86	119,89	1 307	247,34	43,01	22,66	151,1
1977	295,61	1 561,80	390,53	42,38	46,55	127,48	1 509	278,40	49,69	22,61	182,4
1978	302,96	1 620,90	416,41	45,37	52,49	133,23	1 607	280,43	49,53	20,48	212,3
1979	359,93	1 923,50	512,12	54,35	70,28	156,71	1 911	331,59	56,83	29,63	252,7
1980	422,15	2 257,80	638,79	57,61	93,52	178,63	2 735	385,66	68,59	37,93	293,9
1981	464,75	2 497,00	744,75	60,39	115,29	192,20	3 394	418,47	70,92	40,31	317,7
1982	477,34	2 833,50	859,54	67,76	128,56	196,74	3 987	412,44	68,66	42,36	303,2
1983	481,57	3 004,30	907,39	77,53	132,93	205,07	4 820	433,93	71,85	38,16	328,1
1984	530,13	3 429,00	1 024,97	92,67	163,87	227,78	5 313	495,72	81,16	41,31	405,1
1985	569,47	3 525,90	1 092,62	98,87	184,29	245,57	5 863	546,81	88,07	40,16	417,6
1986	526,30	3 327,20	1 021,79	101,07	163,57	213,23	5 730	509,80	86,38	28,90	451,7
1987	525,04	3 452,30	1 094,35	111,87	179,44	213,45	6 937	519,83	88,42	30,75	507,1
1988	566,14	3 826,00	1 217,60	124,79	199,78	226,61	8 017	578,65	96,79	36,89	552,2
1989	643,49	4 436,40	1 403,10	142,69	233,86	255,84	9 627	649,42	111,08	48,68	587,7
1990	713,83	4 564,90	1 469,80	147,73	254,55	262,16	10 259	701,96	113,42	58,46	628,5
1991	827,93	4 679,80	1 511,40	140,46	261,09	274,55	11 175	772,46	112,13	55,11	621,1
1992	870,21	4 692,86	1 526,40	149,59	276,52	278,31	12 142	779,58	110,18	50,97	670,1
	In Preisen von 1991										
1960	117,19	820,17	199,32	39,43	36,29	48,04	496	103,16	21,65	4,24	106,1
1961	127,85	879,20	213,15	39,15	41,34	51,12	696	106,01	25,96	5,36	105,3
1962	140,46	951,34	227,46	39,97	47,61	54,41	936	110,95	28,67	5,33	116,5
1963	146,69	1 033,63	259,49	41,64	58,05	59,76	1 155	121,55	30,06	6,36	118,9
1964	160,32	1 125,16	300,24	46,00	54,23	68,63	1 306	134,77	32,66	7,26	124,7
1965	182,54	1 199,09	306,16	46,40	55,29	72,83	1 739	148,95	32,68	7,67	137,4
1966	187,58	1 318,05	340,06	47,53	63,18	77,96	2 069	164,58	33,83	8,59	158,6
1967	185,94	1 338,92	369,83	50,81	71,76	82,91	2 001	169,38	35,20	10,47	169,8
1968	206,59	1 495,74	418,84	54,68	75,77	93,71	2 163	181,48	38,13	11,78	196,2
1969	242,30	1 727,38	512,70	56,47	90,43	106,95	2 504	198,72	43,06	13,44	209,0
1970	293,46	1 859,46	550,60	59,21	104,82	122,66	2 679	230,30	49,04	16,36	216,9
1971	318,49	1 926,91	585,44	62,34	107,32	130,16	2 698	244,79	52,08	17,48	229,4
1972	334,39	2 111,92	662,95	68,48	117,80	136,39	3 353	274,52	55,89	19,24	254,2
1973	351,10	2 502,86	757,39	76,32	128,78	151,40	3 912	300,74	59,51	23,90	269,9
1974	357,78	2 613,84	771,95	77,11	131,57	150,11	4 224	321,51	58,93	25,38	263,3
1975	358,17	2 377,99	697,16	71,99	114,94	144,02	4 188	306,56	49,88	22,83	231,6
1976	392,94	2 669,26	818,69	75,46	131,11	159,28	4 597	359,96	56,39	24,11	275,7
1977	411,08	2 796,99	819,62	76,63	133,31	163,22	4 342	382,16	61,61	24,88	303,3
1978	427,05	2 870,88	844,04	79,89	139,72	173,41	4 298	382,53	68,35	26,42	331,3
1979	468,46	3 128,64	929,43	87,57	156,05	184,70	4 786	427,20	73,03	30,25	335,8
1980	489,23	3 115,33	952,55	84,40	160,58	182,74	4 945	453,70	78,28	28,73	320,1
1981	485,76	3 024,49	932,78	82,04	158,72	172,02	4 736	450,25	77,27	29,96	335,8
1982	485,72	3 029,09	956,88	86,04	158,26	173,81	4 922	435,23	75,25	29,77	335,8
1983	483,39	2 990,40	931,31	91,64	156,09	180,39	4 892	459,34	78,58	28,05	377,7
1984	507,07	3 158,17	956,25	100,71	175,28	189,60	4 841	504,82	84,18	31,01	472,3
1985	531,01	3 180,45	999,74	103,30	182,17	202,27	5 142	536,02	88,45	30,71	502,0
1986	549,48	3 421,47	1 071,17	110,40	187,45	208,94	5 884	529,75	94,69	30,91	535,2
1987	572,55	3 723,11	1 161,15	119,02	204,57	221,01	7 068	554,49	99,90	34,17	559,9
1988	606,78	4 019,52	1 273,78	133,58	218,42	236,80	8 087	606,43	105,17	41,46	580,4
1989	657,07	4 374,10	1 387,15	143,43	234,93	250,45	9 479	658,18	110,80	50,61	602,2
1990	731,07	4 555,77	1 474,54	144,94	253,73	263,96	10 219	709,66	114,02	56,67	624,0
1991	827,93	4 679,80	1 511,40	140,46	261,09	274,55	11 175	772,46	112,13	55,11	621,1
1992	876,53	4 754,67	1 568,83	148,37	273,09	280,23	12 119	792,08	107,88	53,70	675,3

[1] Für Italien 1 000 Mrd Lira. Für Japan 1 000 Mrd Yen. — Zur Umrechnung der Landeswährung in Europäische Währungseinheiten (ECU) siehe Tabelle 12* auf Seite 307. — [2] Ab 1989 vorläufige Ergebnisse. — [3] Einschließlich Erwerbs- und Vermögenseinkommen von der übrigen Welt. — [4] Früheres Bundesgebiet.

Quellen: OECD und nationale Veröffentlichungen

Tabelle 11 *

Salden der Handelsbilanz und der Leistungsbilanz in wichtigen Industrieländern

Mrd US-Dollar

Jahr	Bundesrepublik Deutschland [1]	Belgien	Frankreich	Großbritannien	Italien	Niederlande	Spanien	Österreich	Schweiz	Japan	Vereinigte Staaten
	Salden der Handelsbilanz [2]										
1965	+ 1,30	+ 0,33	+ 0,68	– 0,73	+ 0,65	– 0,60	– 1,76	– 0,47	– 0,47	+ 1,90	+ 4,95
1966	+ 2,96	+ 0,04	+ 0,06	– 0,30	+ 0,33	– 0,71	– 1,99	– 0,59	– 0,37	+ 2,28	+ 3,82
1967	+ 5,27	+ 0,23	+ 0,33	– 1,64	– 0,02	– 0,59	– 1,78	– 0,46	– 0,32	+ 1,16	+ 3,80
1968	+ 5,69	+ 0,33	+ 0,09	– 1,70	+ 1,05	– 0,35	– 1,58	– 0,45	– 0,16	+ 2,53	+ 0,64
1969	+ 5,18	+ 0,57	– 0,83	– 0,50	+ 0,54	– 0,42	– 1,87	– 0,33	– 0,25	+ 3,70	+ 0,61
1970	+ 5,69	+ 0,55	+ 0,33	– 0,03	– 0,38	– 0,91	– 1,87	– 0,68	– 0,86	+ 3,96	+ 2,60
1971	+ 6,73	+ 0,38	+ 1,10	+ 0,51	+ 0,11	– 0,64	– 1,60	– 0,93	– 1,01	+ 7,79	– 2,26
1972	+ 8,48	+ 0,89	+ 1,27	– 1,85	+ 0,05	+ 0,44	– 2,32	– 1,13	– 1,09	+ 8,97	– 6,42
1973	+15,43	+ 0,98	+ 0,50	– 6,29	– 3,98	+ 0,95	– 3,55	– 1,56	– 1,46	+ 3,69	+ 0,91
1974	+22,54	+ 0,30	– 4,40	–12,24	– 8,49	+ 0,59	– 7,05	– 1,31	– 1,79	+ 1,44	– 5,51
1975	+17,69	– 0,42	+ 1,45	– 7,21	– 1,17	+ 0,90	– 7,39	– 1,95	+ 0,32	+ 5,03	+ 8,91
1976	+16,45	– 0,76	– 4,67	– 7,11	– 4,24	+ 1,34	– 7,33	– 2,56	+ 0,57	+ 9,89	– 9,49
1977	+19,59	– 2,36	– 2,84	– 4,05	– 0,13	– 0,24	– 6,14	– 3,81	+ 0,19	+ 17,31	– 31,10
1978	+24,85	– 2,47	+ 0,75	– 3,05	+ 2,90	– 1,47	– 4,09	– 3,28	+ 0,65	+ 24,60	– 33,93
1979	+17,06	– 4,13	– 2,10	– 7,08	– 0,95	– 1,40	– 5,66	– 4,26	– 1,68	+ 1,84	– 27,57
1980	+10,15	– 5,00	–13,03	+ 3,15	–16,92	– 1,41	–11,69	– 6,28	– 4,96	+ 2,12	– 25,50
1981	+17,43	– 4,06	–10,12	+ 6,53	–11,66	+ 3,80	–10,04	– 4,51	– 2,48	+ 19,97	– 28,02
1982	+26,10	– 2,89	–15,54	+ 3,34	– 8,84	+ 4,81	– 9,26	– 3,27	– 1,31	+ 18,08	– 36,49
1983	+22,34	– 1,22	– 8,21	– 2,33	– 2,44	+ 4,31	– 7,59	– 3,46	– 2,26	+ 31,45	– 67,10
1984	+23,10	– 0,84	– 4,11	– 7,10	– 5,84	+ 5,52	– 4,28	– 3,42	– 2,30	+ 44,26	–112,49
1985	+28,77	– 0,19	– 5,36	– 4,29	– 6,25	+ 5,38	– 4,19	– 3,32	– 1,97	+ 55,99	–122,17
1986	+56,14	+ 1,15	– 2,76	–14,01	+ 4,21	+ 7,20	– 6,45	– 3,92	– 1,99	+ 92,83	–145,08
1987	+70,53	+ 0,79	– 9,24	–18,94	– 0,30	+ 5,15	–12,84	– 4,86	– 3,11	+ 96,39	–159,56
1988	+79,92	+ 1,88	– 8,46	–38,21	– 1,15	+ 8,46	–18,00	– 4,90	– 3,19	+ 95,01	–126,96
1989	+77,87	+ 1,16	–10,07	–40,37	– 2,16	+ 8,14	–24,56	– 5,50	– 4,12	+ 76,92	–115,67
1990	+73,08	+ 0,77	–12,92	–33,41	+ 0,36	+10,28	–29,49	– 6,88	– 3,24	+ 63,53	–108,85
1991	+24,50	+ 0,90	– 8,82	–18,10	– 0,74	+10,70	–30,80	– 7,60	– 2,14	+103,00	– 73,80
1992	+41,30	+ 1,10	+ 2,70	–23,50	– 2,60	+10,70	–30,80	– 7,80	+ 2,80	+132,30	– 96,10
	Salden der Leistungsbilanz										
1965	– 1,56	+ 0,40	+ 0,35	– 0,22	+ 2,21	+ 0,05	– 0,49	– 0,04	– 0,07	+ 0,93	+ 5,43
1966	+ 0,12	+ 0,06	– 0,26	+ 0,36	+ 2,12	– 0,21	– 0,56	– 0,19	+ 0,12	+ 1,25	+ 3,03
1967	+ 2,51	+ 0,30	+ 0,21	– 0,77	+ 1,61	– 0,07	– 0,46	– 0,12	+ 0,24	– 0,19	+ 2,58
1968	+ 2,97	+ 0,40	– 0,86	– 0,63	+ 2,63	+ 0,07	– 0,24	– 0,10	+ 0,54	+ 1,05	+ 0,61
1969	+ 1,91	+ 0,43	– 1,48	+ 1,15	+ 2,34	+ 0,08	– 0,39	+ 0,09	+ 0,53	+ 2,12	+ 0,40
1970	+ 0,87	+ 0,69	+ 0,07	+ 1,96	+ 0,77	– 0,49	+ 0,01	– 0,08	+ 0,07	+ 1,97	+ 2,33
1971	+ 0,96	+ 0,66	+ 0,53	+ 2,72	+ 1,57	– 0,11	+ 0,86	– 0,09	+ 0,08	+ 5,80	– 1,43
1972	+ 1,20	+ 1,31	+ 0,28	+ 0,50	+ 2,00	+ 1,37	+ 0,57	– 0,16	+ 0,22	+ 6,63	– 5,80
1973	+ 5,02	+ 1,33	+ 1,46	– 2,45	– 2,53	+ 2,41	+ 0,56	– 0,29	+ 0,27	– 0,14	+ 7,15
1974	+10,55	+ 0,76	– 3,92	– 7,48	– 8,02	+ 2,29	– 3,24	– 0,21	+ 0,19	– 4,70	+ 1,96
1975	+ 4,33	+ 0,16	+ 2,65	– 3,33	– 0,58	+ 2,13	– 3,49	– 0,23	+ 2,57	– 0,68	+ 18,13
1976	+ 3,70	+ 0,39	– 3,44	– 1,69	– 2,82	+ 2,66	– 4,30	– 1,10	+ 3,37	+ 3,68	+ 4,21
1977	+ 4,01	– 0,55	– 0,44	– 0,26	+ 2,47	+ 0,61	– 1,90	– 2,18	+ 3,48	+ 10,92	– 14,51
1978	+ 8,90	– 0,84	+ 7,00	+ 2,15	+ 6,20	– 1,60	+ 1,57	– 0,69	+ 4,41	+ 16,54	– 15,14
1979	– 5,41	– 3,06	+ 5,20	– 0,96	+ 5,89	– 2,28	+ 1,13	– 1,12	+ 2,42	– 8,76	– 0,29
1980	–13,83	– 4,94	– 4,14	+ 6,61	– 9,79	– 2,90	– 5,13	– 1,65	– 0,55	– 10,75	+ 2,32
1981	– 3,55	– 4,19	– 4,67	+13,56	– 8,94	+ 2,70	– 4,82	– 1,35	+ 2,79	+ 4,77	+ 5,03
1982	+ 5,11	– 2,41	–12,24	+ 8,12	– 5,66	+ 4,23	– 4,24	+ 0,71	+ 4,05	+ 6,85	– 11,44
1983	+ 5,30	– 0,43	– 4,77	+ 5,71	+ 1,68	+ 3,92	– 2,54	+ 0,22	+ 3,85	+ 20,80	– 43,62
1984	+ 9,81	– 0,04	– 1,16	+ 2,39	– 2,31	+ 4,88	+ 2,03	– 0,20	+ 4,37	+ 35,00	– 98,82
1985	+16,42	+ 0,69	– 0,24	+ 3,58	– 3,59	+ 5,06	+ 2,74	– 0,12	+ 5,04	+ 49,17	–121,73
1986	+39,50	+ 3,11	+ 1,93	– 0,10	+ 2,43	+ 4,85	+ 3,92	+ 0,24	+ 6,87	+ 85,85	–147,53
1987	+45,88	+ 2,77	– 4,96	– 7,33	– 1,45	+ 2,87	– 0,07	– 0,21	+ 7,55	+ 87,01	–163,48
1988	+50,64	+ 3,53	– 4,72	–28,78	– 5,73	+ 5,04	– 3,69	– 0,32	+ 9,04	+ 79,63	–126,66
1989	+57,43	+ 3,57	– 5,59	–35,54	–10,80	+ 8,02	–10,94	+ 0,17	+ 7,02	+ 57,15	–101,14
1990	+47,09	+ 3,71	–14,91	–30,25	–14,71	+10,38	–16,87	+ 1,16	+ 8,64	+ 35,76	– 90,43
1991	–19,90	+ 4,80	– 6,70	–13,30	–21,14	+ 7,50	–16,70	– 0,10	+10,09	+ 72,90	– 8,30
1992	–16,10	+ 5,20	+ 3,90	–15,10	–24,60	+ 6,80	–18,40	– 0,30	+15,60	+117,60	– 66,40

[1] Bis 1989: Früheres Bundesgebiet, danach Deutschland.
[2] Ausfuhr und Einfuhr: fob (free on board).

Quelle: OECD

Werte der Europäischen Währungseinheit (ECU)

Währungseinheiten für 1 ECU[1])

Jahr	Bundesrepublik Deutschland	Belgien	Frankreich	Großbritannien	Italien	Niederlande	Spanien	Österreich	Schweiz	Japan	Vereinigte Staaten
	DM	bfrs	FF	£	Lit	hfl	Ptas	S	sfr	¥	US-$
1960	4,436	52,810	5,215	0,3772	660,13	4,014	63,37	27,461	4,619	380,23	1,056
1961	4,307	53,367	5,270	0,3812	667,08	3,899	64,04	27,751	4,667	384,24	1,067
1962	4,279	53,490	5,282	0,3821	668,63	3,873	64,13	27,815	4,678	385,13	1,070
1963	4,279	53,490	5,282	0,3821	668,63	3,873	64,13	27,815	4,678	385,13	1,070
1964	4,279	53,490	5,282	0,3821	668,63	3,873	64,13	27,815	4,678	385,13	1,070
1965	4,279	53,490	5,282	0,3821	668,63	3,873	64,13	27,815	4,678	385,13	1,070
1966	4,279	53,490	5,282	0,3821	668,63	3,873	64,13	27,815	4,678	385,13	1,070
1967	4,259	53,240	5,257	0,3877	665,51	3,855	65,11	27,865	4,656	383,33	1,065
1968	4,116	51,444	5,080	0,4287	643,05	3,725	72,02	26,751	4,499	370,40	1,029
1969	4,026	51,109	5,290	0,4259	638,87	3,700	71,55	26,577	4,470	367,99	1,022
1970	3,741	51,112	5,678	0,4259	638,89	3,700	71,36	26,578	4,470	368,00	1,022
1971	3,646	50,866	5,772	0,4286	647,41	3,658	72,57	26,152	4,332	363,83	1,048
1972	3,577	49,361	5,657	0,4489	654,26	3,600	72,00	25,930	4,284	339,72	1,122
1973	3,276	47,801	5,468	0,5023	716,46	3,429	71,81	24,117	3,900	333,17	1,232
1974	3,084	46,399	5,734	0,5098	775,74	3,202	68,82	22,295	3,553	347,48	1,193
1975	3,049	45,569	5,319	0,5600	809,55	3,135	70,27	21,610	3,203	367,68	1,241
1976	2,815	43,166	5,345	0,6216	930,15	2,955	74,74	20,058	2,795	331,21	1,118
1977	2,648	40,883	5,606	0,6537	1 006,79	2,800	86,82	18,859	2,743	305,81	1,141
1978	2,556	40,061	5,740	0,6639	1 080,22	2,754	97,42	18,502	2,278	267,08	1,274
1979	2,511	40,163	5,829	0,6464	1 138,44	2,749	91,99	18,323	2,279	300,47	1,371
1980	2,524	40,598	5,869	0,5985	1 189,21	2,760	99,70	17,969	2,328	315,04	1,392
1981	2,514	41,295	6,040	0,5531	1 263,18	2,775	102,68	17,715	2,187	245,38	1,116
1982	2,376	44,712	6,431	0,5605	1 323,78	2,614	107,56	16,699	1,986	243,55	0,980
1983	2,271	45,438	6,771	0,5870	1 349,92	2,537	127,50	15,969	1,868	211,35	0,890
1984	2,238	45,442	6,872	0,5906	1 381,38	2,523	126,57	15,735	1,848	187,09	0,789
1985	2,226	44,914	6,795	0,5890	1 447,99	2,511	129,14	15,643	1,856	180,56	0,763
1986	2,128	43,798	6,800	0,6715	1 461,88	2,401	137,45	14,964	1,761	165,00	0,984
1987	2,072	43,041	6,929	0,7046	1 494,91	2,334	142,17	14,545	1,718	166,60	1,154
1988	2,074	43,429	7,036	0,6644	1 537,33	2,335	137,60	14,586	1,728	151,46	1,182
1989	2,070	43,381	7,024	0,6733	1 510,47	2,335	130,41	14,569	1,800	151,94	1,102
1990	2,052	42,426	6,914	0,7139	1 521,98	2,312	129,41	14,440	1,762	183,68	1,273
1991	2,051	42,223	6,973	0,7010	1 533,24	2,311	128,47	14,431	1,772	166,49	1,239
1992	2,020	41,593	6,848	0,7377	1 595,51	2,275	132,53	14,217	1,818	164,21	1,298
1993 Jan	1,958	40,311	6,640	0,7909	1 808,09	2,202	138,98	13,777	1,792	151,60	1,212
Feb	1,942	40,050	6,578	0,8223	1 831,06	2,186	138,92	13,666	1,796	142,95	1,182
Mär	1,941	39,977	6,594	0,8068	1 877,89	2,182	138,72	13,656	1,791	137,88	1,179
Apr	1,948	40,102	6,587	0,7893	1 872,31	2,189	141,19	13,708	1,781	137,03	1,221
Mai	1,955	40,192	6,591	0,7858	1 796,56	2,193	147,26	13,754	1,763	134,42	1,217
Jun	1,956	40,206	6,585	0,7839	1 778,29	2,194	150,33	13,767	1,745	127,13	1,185
Jul	1,951	40,294	6,645	0,7604	1 801,86	2,194	153,04	13,731	1,724	122,50	1,138
Aug	1,921	40,731	6,723	0,7596	1 818,89	2,162	157,31	13,519	1,697	117,64	1,133
Sep	1,912	41,055	6,690	0,7733	1 848,48	2,147	154,07	13,452	1,672	124,26	1,179

[1]) Die vor 1981 ausgewiesenen Werte beziehen sich auf die Europäische Rechnungseinheit (ERE). Zur Methode der Berechnung siehe Statistische Beihefte zu den Monatsberichten der Deutschen Bundesbank, Reihe 5, „Die Währungen der Welt".

Quelle: Deutsche Bundesbank

Tabelle 13 *

Amtliche Devisenkurse an
Kassa-Mittel
Telegrafische

Zeitraum	Amsterdam	Brüssel	Dublin[2]	Kopenhagen	Lissabon	London	Madrid[3]	Mailand/ Rom[4]
	100 hfl	100 bfrs	1 Ir£	100 dkr	100 Esc	1 £	100 Ptas	1000 Lit
1960	110,587	8,365	.	60,512	14,589	11,709	.	6,719
1961	110,658	8,069	.	58,266	14,053	11,271	.	6,478
1962	110,974	8,035	.	57,938	13,998	11,225	.	6,441
1963	110,712	7,995	.	57,750	13,915	11,162	6,654	6,414
1964	110,220	7,991	.	57,481	13,836	11,098	6,640	6,367
1965	110,954	8,048	.	57,772	13,928	11,167	6,669	6,394
1966	110,490	8,025	.	57,885	13,930	11,167	6,672	6,404
1967	110,651	8,025	.	57,135	13,871	10,961	6,552	6,389
1968	110,308	7,997	.	53,347	13,946	9,558	5,730	6,406
1969	108,302	7,829	.	52,197	13,784	9,381	5,619	6,257
1970	100,852	7,345	.	48,631	12,772	8,736	5,234	5,816
1971	99,678	7,170	.	47,024	12,439	8,505	5,032	5,630
1972	99,367	7,247	.	45,923	11,845	7,974	4,965	5,467
1973	95,397	6,835	.	44,046	10,929	6,514	4,567	4,569
1974	96,365	6,649	.	42,535	10,267	6,055	4,495	3,985
1975	97,301	6,692	.	42,850	9,682	5,449	4,288	3,769
1976	95,271	6,524	.	41,657	8,386	4,553	3,771	3,042
1977	94,610	6,480	.	38,696	6,112	4,051	3,085	2,632
1978	92,832	6,382	.	36,438	4,602	3,853	2,624	2,368
1979	91,373	6,253	3,760	34,872	3,759	3,888	2,732	2,207
1980	91,459	6,217	3,735	32,245	3,635	4,227	2,536	2,124
1981	90,611	6,090	3,638	31,735	3,677	4,556	2,450	1,992
1982	90,904	5,323	3,446	29,138	3,072	4,242	2,215	1,796
1983	89,503	4,998	3,178	27,926	2,325	3,871	1,783	1,683
1984	88,700	4,926	3,083	27,479	1,942	3,791	1,769	1,620
1985	88,664	4,957	3,113	27,766	1,717	3,785	1,728	1,5394
1986	88,639	4,859	2,906	26,815	1,451	3,184	1,549	1,4557
1987	88,744	4,813	2,671	26,275	1,275	2,941	1,457	1,3862
1988	88,850	4,777	2,675	26,089	1,219	3,124	1,508	1,3495
1989	88,648	4,772	2,665	25,717	1,194	3,081	1,588	1,3707
1990	88,755	4,837	2,673	26,120	1,133	2,877	1,586	1,3487
1991	88,742	4,857	2,671	25,932	1,149	2,926	1,597	1,3377
1992	88,814	4,857	2,656	25,869	1,157	2,753	1,529	1,2720
1988 1. Vj.	89,033	4,782	2,664	26,108	1,221	3,010	1,483	1,3565
2. Vj.	89,107	4,782	2,676	26,155	1,224	3,143	1,511	1,3463
3. Vj.	88,628	4,773	2,685	26,167	1,223	3,164	1,511	1,3474
4. Vj.	88,657	4,771	2,675	25,925	1,207	3,177	1,526	1,3478
1989 1. Vj.	88,599	4,773	2,671	25,728	1,216	3,233	1,601	1,3637
2. Vj.	88,710	4,777	2,671	25,693	1,207	3,142	1,591	1,3726
3. Vj.	88,689	4,778	2,669	25,735	1,195	3,071	1,596	1,3879
4. Vj.	88,593	4,761	2,649	25,712	1,158	2,873	1,563	1,3570
1990 1. Vj.	88,732	4,792	2,654	25,946	1,134	2,802	1,550	1,3480
2. Vj.	88,870	4,849	2,681	26,246	1,134	2,811	1,599	1,3617
3. Vj.	88,746	4,862	2,683	26,205	1,133	2,966	1,615	1,3539
4. Vj.	88,673	4,846	2,673	26,081	1,133	2,922	1,580	1,3305
1991 1. Vj.	88,718	4,855	2,665	26,003	1,135	2,919	1,598	1,3345
2. Vj.	88,761	4,861	2,675	26,071	1,148	2,960	1,614	1,3473
3. Vj.	88,748	4,857	2,674	25,878	1,164	2,936	1,598	1,3395
4. Vj.	88,743	4,855	2,669	25,779	1,146	2,884	1,579	1,3294
1992 1. Vj.	88,834	4,858	2,666	25,780	1,159	2,866	1,585	1,3296
2. Vj.	88,813	4,860	2,669	25,890	1,192	2,916	1,593	1,3265
3. Vj.	88,722	4,853	2,653	25,906	1,159	2,787	1,538	1,2928
4. Vj.	88,894	4,859	2,635	25,902	1,120	2,444	1,400	1,1389
1993 1. Vj.	88,913	4,854	2,501	25,996	1,097	2,414	1,402	1,0592
2. Vj.	89,095	4,863	2,439	26,058	1,063	2,484	1,337	1,0761
3. Vj.	88,949	4,737	2,370	24,918	0,994	2,523	1,246	1,0581

[1]) Jahresdurchschnitte aus den täglichen Notierungen, Vierteljahre aus den Monatsdurchschnitten errechnet. Weitere Erläuterungen siehe Statistische Beihefte zu den Monatsberichten der Deutschen Bundesbank, Reihe 5, „Die Währungen der Welt".
[2]) Erstmalige Notierung am 13. März 1979.
[3]) Erstmalige Notierung am 18. Februar 1963.

der Frankfurter Börse
kurse in DM[1])
Auszahlung

Montreal	New York	Oslo	Paris	Stockholm	Tokyo[5])	Wien	Zürich	Zeitraum
1 kan$	1 US-$	100 nkr	100 FF	100 skr	100 ¥	100 S	100 sfr	
4,3026	4,1704	58,471	85,047	80,709	.	16,067	96,564	1960
3,9752	4,0221	56,318	82,001	77,848	.	15,511	93,133	1961
3,7412	3,9978	56,015	81,590	77,557	.	15,487	92,461	1962
3,6959	3,9864	55,765	81,350	76,837	.	15,437	92,249	1963
3,6852	3,9748	55,540	81,113	77,171	.	15,390	92,035	1964
3,7054	3,9943	55,868	81,503	77,442	.	15,468	92,309	1965
3,7115	3,9982	55,921	81,377	77,402	.	15,477	92,421	1966
3,6961	3,9866	55,757	81,040	77,237	.	15,431	92,111	1967
3,7054	3,9923	55,895	80,628	77,260	.	15,447	92,507	1968
3,6446	3,9244	54,934	75,815	75,911	1,0305	15,174	91,002	1969
3,4966	3,6463	51,043	65,966	70,324	1,0183	14,107	84,601	1970
3,4459	3,4795	49,588	63,163	68,192	0,9996	13,940	84,578	1971
3,2200	3,1889	48,417	63,238	67,055	1,0534	13,800	83,537	1972
2,6599	2,6590	46,263	59,736	60,959	0,9795	13,645	84,005	1973
2,6486	2,5897	46,859	53,886	58,351	0,8888	13,859	87,010	1974
2,4218	2,4631	47,104	57,411	59,282	0,8301	14,129	95,252	1975
2,5541	2,5173	46,144	52,768	57,803	0,8500	14,039	100,747	1976
2,1860	2,3217	43,634	47,256	51,997	0,8671	14,051	96,843	1977
1,7649	2,0084	38,336	44,582	44,456	0,9626	13,837	112,924	1978
1,5651	1,8330	36,206	43,079	42,766	0,8424	13,712	110,229	1979
1,5542	1,8158	36,784	43,013	42,943	0,8064	14,049	108,478	1980
1,8860	2,2610	39,377	41,640	44,747	1,0255	14,191	115,252	1981
1,9694	2,4287	37,713	36,995	38,894	0,9766	14,227	119,721	1982
2,0738	2,5552	34,991	33,559	33,294	1,0764	14,215	121,614	1983
2,1979	2,8456	34,893	32,570	34,386	1,1974	14,222	121,181	1984
2,1577	2,9424	34,210	32,764	34,160	1,2338	14,230	120,016	1985
1,5619	2,1708	29,379	31,311	30,449	1,2915	14,223	120,918	1986
1,3565	1,7982	26,687	29,900	28,341	1,2436	14,217	120,588	1987
1,4307	1,7584	26,942	29,482	28,650	1,3707	14,222	120,060	1988
1,5889	1,8813	27,230	29,473	29,169	1,3658	14,209	115,042	1989
1,3845	1,6161	25,817	29,680	27,289	1,1183	14,212	116,501	1990
1,4501	1,6612	25,580	29,409	27,421	1,2346	14,211	115,740	1991
1,2917	1,5595	25,143	29,500	26,912	1,2313	14,211	111,198	1992
1,3219	1,6758	26,334	29,565	27,987	1,3095	14,227	121,927	1988 1. Vj.
1,3895	1,7075	27,284	29,545	28,639	1,3579	14,223	120,377	2. Vj.
1,5309	1,8661	27,299	29,538	29,071	1,3953	14,220	119,345	3. Vj.
1,4727	1,7756	26,852	29,286	28,878	1,4177	14,219	118,687	4. Vj.
1,5525	1,8493	27,494	29,403	29,278	1,4411	14,219	117,117	1989 1. Vj.
1,6207	1,9339	27,599	29,539	29,549	1,4013	14,210	114,031	2. Vj.
1,6276	1,9242	27,340	29,566	29,435	1,3521	14,207	115,936	3. Vj.
1,5510	1,8128	26,464	29,380	28,372	1,2669	14,203	112,822	4. Vj.
1,4298	1,6908	25,878	29,482	27,525	1,1438	14,206	112,340	1990 1. Vj.
1,4332	1,6780	25,861	29,734	27,569	1,0808	14,213	116,312	2. Vj.
1,3812	1,5934	25,894	29,823	27,325	1,0987	14,214	119,262	3. Vj.
1,2919	1,5008	25,621	29,669	26,769	1,1488	14,215	118,037	4. Vj.
1,3243	1,5307	25,582	29,400	26,921	1,1447	14,214	117,089	1991 1. Vj.
1,5091	1,7342	25,669	29,519	27,833	1,2540	14,210	117,597	2. Vj.
1,5244	1,7440	25,598	29,424	27,553	1,2784	14,210	114,836	3. Vj.
1,4360	1,6287	25,465	29,287	27,381	1,2576	14,209	113,406	4. Vj.
1,3754	1,6194	25,480	29,386	27,531	1,2598	14,211	111,299	1992 1. Vj.
1,3511	1,6143	25,579	29,676	27,698	1,2385	14,209	109,273	2. Vj.
1,2182	1,4632	25,267	29,497	27,355	1,1715	14,210	112,289	3. Vj.
1,2274	1,5497	24,242	29,453	25,005	1,2596	14,214	111,720	4. Vj.
1,2959	1,6349	23,509	29,479	21,776	1,3529	14,213	108,582	1993 1. Vj.
1,2737	1,6181	23,619	29,648	21,861	1,4719	14,213	110,799	2. Vj.
1,2875	1,6777	23,141	28,838	20,937	1,5886	14,210	113,585	3. Vj.

[4]) Gemäß Beschluß des Börsenvorstands der Frankfurter Wertpapierbörse wird ab Mai 1985 der Kurs der italienischen Lira mit vier Stellen hinter dem Komma festgestellt.
[5]) Erstmalige Notierung am 1. Dezember 1969.

Quelle: Deutsche Bundesbank

Tabelle 14*

Außenwert der D-Mark[1])

Ende 1972 = 100[2])

Zeitraum	Nominaler Außenwert der D-Mark[3]) gegenüber										Realer Außenwert der D-Mark[6])
	US-Dollar	Französischer Franc	Italienische Lira	Pfund Sterling	Holländischer Gulden	Spanische Peseta	Japanischer Yen	Schweizer Franken	am EWS beteiligten Ländern[4])	18 Industrieländern[5])	
1973	121,7	105,3	121,7	116,4	104,0	109,4	106,7	99,7	105,6	110,7	109,4
1974	124,7	117,1	139,4	125,0	103,1	111,4	117,9	96,6	111,4	117,0	108,2
1975	131,3	109,8	147,1	138,8	102,1	116,7	126,3	88,1	108,8	119,2	103,5
1976	128,1	119,7	183,3	167,4	104,3	132,9	123,2	83,3	116,0	126,4	103,7
1977	138,9	133,3	210,7	186,6	105,0	163,9	120,8	86,8	125,1	136,2	105,2
1978	160,7	141,4	234,4	196,4	107,0	190,6	109,4	74,6	132,0	143,3	105,8
1979	175,9	146,2	251,3	194,7	108,7	183,1	125,2	76,2	135,3	150,6	106,1
1980	177,6	146,5	261,0	179,2	108,6	197,2	130,5	77,4	136,9	151,5	100,2
1981	143,1	151,4	278,5	166,2	109,6	204,1	102,1	73,0	140,2	143,1	90,6
1982	132,9	170,4	308,7	178,3	109,3	226,0	107,2	70,1	153,7	150,4	92,0
1983	126,5	187,8	329,4	195,5	111,0	280,4	97,4	69,0	167,0	155,9	92,4
1984	113,6	193,4	342,1	199,6	112,0	282,4	87,4	69,3	170,8	153,8	88,0
1985	110,3	192,3	360,4	200,0	112,0	289,7	84,8	70,0	170,8	154,0	85,5
1986	149,0	201,2	380,7	238,5	112,0	322,8	81,1	69,5	177,4	168,2	90,7
1987	179,5	210,7	399,9	257,2	111,9	343,3	84,2	69,6	183,0	178,9	94,0
1988	183,8	213,7	410,7	242,2	111,8	331,5	76,4	69,9	184,0	177,4	91,4
1989	171,6	213,7	404,5	246,0	112,0	314,8	76,8	73,0	183,6	175,7	89,0
1990	199,9	212,3	411,0	263,1	111,9	315,3	93,7	72,1	182,6	185,5	91,8
1991	194,9	214,2	414,3	258,5	111,9	313,0	85,0	72,5	183,0	183,1	89,6
1992	206,8	213,5	437,6	276,0	111,8	327,8	85,0	75,5	183,4	188,7	92,8
1987 1. Vj.	175,2	209,8	393,7	266,8	112,1	350,6	87,1	70,5	182,8	179,4	95,1
2. Vj.	178,5	210,2	398,9	254,8	112,0	349,2	82,6	69,3	182,8	178,1	93,9
3. Vj.	175,2	210,1	401,0	254,3	111,8	338,7	83,6	69,6	182,5	177,8	93,1
4. Vj.	189,3	212,7	405,9	253,0	111,8	334,8	83,2	69,0	183,7	180,5	93,9
1988 1. Vj.	192,3	213,1	408,6	251,2	111,5	337,1	79,9	68,8	183,9	180,2	93,8
2. Vj.	188,8	213,2	411,7	240,5	111,5	330,7	77,1	69,7	183,6	178,1	92,1
3. Vj.	172,7	213,3	411,3	239,0	112,1	330,7	75,0	70,3	183,9	175,1	89,8
4. Vj.	181,6	215,1	411,2	238,0	112,0	327,5	73,8	70,7	184,5	176,4	89,9
1989 1. Vj.	174,3	214,2	406,4	233,8	112,1	312,1	72,6	71,7	183,6	174,1	89,1
2. Vj.	166,7	213,3	403,8	240,6	112,0	314,2	74,7	73,6	183,3	173,8	88,4
3. Vj.	167,5	213,0	399,3	246,2	112,0	313,2	77,4	72,4	183,2	174,6	88,1
4. Vj.	177,9	214,4	408,4	263,3	112,1	319,8	82,7	74,4	184,3	180,2	90,5
1990 1. Vj.	190,6	213,6	411,1	269,9	111,9	322,5	91,5	74,7	183,9	185,0	92,7
2. Vj.	192,1	211,9	407,0	269,1	111,8	312,6	96,8	72,2	182,1	185,0	91,8
3. Vj.	202,3	211,2	409,4	254,9	111,9	309,6	95,3	70,4	181,7	185,0	91,1
4. Vj.	214,7	212,3	416,6	258,7	112,0	316,3	91,1	71,1	182,6	187,1	91,7
1991 1. Vj.	210,8	214,3	415,3	259,0	111,9	312,7	91,5	71,7	183,1	186,9	91,3
2. Vj.	185,9	213,4	411,3	255,4	111,9	309,7	83,5	71,4	182,5	180,6	88,0
3. Vj.	184,9	214,1	413,7	257,5	111,9	312,9	81,8	73,1	183,0	180,9	88,7
4. Vj.	198,0	215,1	416,9	262,1	111,9	316,6	83,2	74,0	183,6	184,2	90,1
1992 1. Vj.	199,1	214,4	416,8	263,8	111,8	315,3	83,1	75,4	183,2	184,7	90,8
2. Vj.	199,7	212,3	417,8	259,3	111,8	313,8	84,5	76,8	182,2	184,8	90,8
3. Vj.	220,3	213,6	429,0	271,5	112,0	325,1	89,3	74,7	183,4	190,5	93,7
4. Vj.	208,2	213,9	486,7	309,4	111,7	357,1	83,1	75,1	184,9	194,6	96,0
1993 1. Vj.	197,1	213,7	523,4	313,3	111,7	356,4	77,4	77,3	185,1	195,2	97,2
2. Vj.	199,2	212,5	515,3	304,3	111,5	374,0	71,2	75,7	185,4	192,7	96,1
3. Vj.	192,2	218,5	524,0	299,7	111,6	401,2	65,9	73,9	190,5	192,1	95,7

[1]) Zur Berechnungsmethode siehe „Aktualisierung der Außenwertberechnungen für die D-Mark und fremde Währungen" im Monatsbericht der Deutschen Bundesbank, 41. Jg., Nr. 4, April 1989.

[2]) Für Ende 1972 wurden grundsätzlich die damaligen Leitkurse zugrunde gelegt, für das Pfund Sterling, das irische Pfund und den kanadischen Dollar, deren Wechselkurse freigegeben waren, statt dessen die Marktkurse von Ende 1972.

[3]) Die Indizes für die Ländergruppen wurden als gewogene geometrische Mittel der bilateralen nominalen Außenwerte errechnet.

[4]) Ohne Griechenland, aber einschließlich Italien und Großbritannien (die vorübergehend ab 17. September 1992 nicht am Wechselkursmechanismus teilnehmen). Der gewogene Außenwert wird für den gesamten dargestellten Zeitraum gegenüber den gleichen Währungen ausgewiesen.

[5]) EG-Länder, Finnland, Japan, Kanada, Norwegen, Österreich, Schweden, Schweiz, Vereinigte Staaten.

[6]) Auf Basis der Verbraucherpreise; gewogener Außenwert gegenüber 18 Industrieländern nach Ausschaltung der unterschiedlichen Preissteigerungsraten (geometrische Mittelung).

Quelle: Deutsche Bundesbank

Industrieproduktion in wichtigen Industrieländern

1985 = 100

Zeitraum	Bundesrepublik Deutschland [1]	Belgien	Frankreich	Großbritannien	Italien	Niederlande	Spanien	Österreich	Schweiz [2]	Japan	Vereinigte Staaten
1960	48,1	47,2	44,5	63,7	37,9	35,3	20,3	36,5	52	15,8	40,4
1961	51,1	50,2	46,9	63,7	42,0	36,5	23,3	38,0	55	18,9	40,7
1962	53,2	53,1	49,8	64,3	46,0	38,5	25,7	39,0	58	20,5	44,1
1963	55,0	57,3	52,3	67,1	50,1	40,6	27,9	40,8	61	22,8	46,7
1964	59,3	60,7	55,4	72,4	50,6	44,6	31,5	44,0	63	26,4	49,8
1965	63,0	62,2	56,4	74,8	53,0	47,1	36,6	45,9	66	27,4	54,8
1966	63,2	63,5	59,6	75,8	59,1	49,9	42,2	48,0	68	31,1	59,6
1967	61,6	64,6	61,2	75,9	63,7	51,9	44,7	48,4	70	37,1	60,9
1968	67,4	68,1	63,1	80,2	67,5	58,0	47,9	52,0	74	42,8	64,3
1969	76,3	74,8	70,2	83,0	69,9	64,9	55,3	57,9	80	49,6	67,3
1970	80,8	77,0	74,1	83,3	74,5	71,0	61,1	62,9	87	56,5	65,0
1971	81,5	78,4	78,9	82,9	74,1	75,3	62,9	66,6	89	57,9	65,9
1972	84,5	84,3	83,2	84,4	77,7	78,8	73,0	72,0	91	62,1	72,3
1973	89,8	89,4	88,8	92,0	85,3	84,5	83,9	74,7	96	71,4	78,2
1974	88,3	93,1	91,1	90,2	88,6	88,2	91,8	78,8	97	68,6	77,0
1975	82,8	83,9	84,5	85,3	80,8	84,5	83,7	73,8	85	61,0	70,3
1976	88,5	90,4	91,9	88,2	90,2	91,3	88,0	78,7	85	67,8	76,7
1977	90,8	90,9	93,2	92,7	90,2	91,3	92,7	81,7	90	70,6	82,8
1978	92,5	93,1	95,4	95,4	92,0	92,1	94,8	83,4	90	75,1	87,5
1979	97,2	97,3	99,7	99,1	98,1	95,4	95,5	89,8	92	80,6	90,8
1980	97,2	96,0	101,9	92,5	103,2	94,6	96,7	92,2	97	84,4	89,1
1981	95,4	93,4	100,9	89,5	100,9	92,7	95,7	90,7	96	85,2	90,8
1982	92,3	93,4	100,1	91,0	97,8	89,2	94,6	90,0	93	85,5	86,7
1983	92,9	95,2	99,5	94,7	95,5	90,9	97,2	90,9	92	88,3	89,9
1984	95,7	97,6	99,8	94,8	98,7	95,4	98,0	95,7	95	96,5	98,3
1985	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1986	102,1	100,8	100,9	102,3	104,1	100,2	103,1	101,1	104	99,8	100,9
1987	102,5	103,0	102,8	105,7	106,8	101,2	107,8	102,1	105	103,3	105,9
1988	106,2	109,7	107,7	109,7	114,2	101,3	111,1	106,6	112	114,7	110,6
1989	111,5	113,4	112,1	109,9	118,7	106,5	116,1	112,9	115	120,3	112,3
1990	117,2	117,7	114,2	109,2	117,9	109,0	116,2	121,6	118	125,4	112,3
1991	120,6	115,3	114,1	106,0	115,4	113,2	115,2	123,6	119	127,7	110,2
1992	118,3	115,2	113,0	105,8	113,6	113,4	113,3	122,3	118	120,4	112,8
1990 1. Vj.	114,7	123,0	119,4	115,0	124,1	115,0	121,3	118,1	120	120,5	111,6
2. Vj.	114,4	121,3	117,6	109,2	125,0	103,9	120,5	125,1	120	123,3	112,0
3. Vj.	113,7	106,4	102,2	102,2	102,2	94,2	103,5	113,2	111	126,4	114,3
4. Vj.	125,5	120,0	117,6	110,5	120,2	123,0	119,4	130,0	121	131,1	111,3
1991 1. Vj.	120,6	119,3	119,6	111,3	121,9	117,9	116,3	121,0	118	127,1	108,5
2. Vj.	121,1	120,9	117,0	103,1	122,7	113,9	119,9	128,1	120	126,9	109,2
3. Vj.	115,9	103,0	101,9	100,2	97,8	99,7	103,4	115,7	112	127,7	112,4
4. Vj.	124,6	118,2	118,1	109,5	119,3	121,2	121,4	129,6	125	129,2	110,9
1992 1. Vj.	122,3	121,0	120,2	110,3	122,4	119,3	118,6	121,1	118	121,8	110,5
2. Vj.	119,0	122,0	116,5	102,6	122,1	114,7	116,9	128,7	120	119,2	112,1
3. Vj.	114,2	103,9	100,6	99,7	95,2	100,2	102,4	113,5	114	120,4	114,3
4. Vj.	117,9	114,0	114,7	110,8	114,6	119,4	115,4	125,8	121	120,0	114,5
1993 1. Vj.	109,7	113,8	114,5	111,9	117,3	117,3	110,8	117,4	114	116,3	115,2
2. Vj.	108,7	113,7	...	105,3	116,9	110,9	...	122,0	116	114,6	116,3

[1] Früheres Bundesgebiet.
[2] Ohne die Bereiche: Bergbau; Gewinnung von Steinen und Erden.

Quelle: OECD

Tabelle 16*

Zur Preis- und Lohnentwicklung in wichtigen Industrieländern

1985 = 100

Jahr	Bundesrepublik Deutschland[1]	Belgien	Frankreich	Großbritannien	Italien	Niederlande	Spanien	Österreich	Schweiz	Japan	Vereinigte Staaten
	Verbraucherpreise										
1960	37,1	26,0	17,0	13,2	9,8	26,5	7,6	30,1	35,9	21,1	27,5
1961	39,9	26,2	17,4	13,6	10,0	26,9	7,8	31,2	36,6	22,3	27,8
1962	41,1	26,6	18,3	14,2	10,5	27,5	8,2	32,6	38,2	23,8	28,1
1963	42,4	27,2	19,2	14,5	11,2	28,4	9,0	33,5	39,5	25,6	28,5
1964	43,3	28,3	19,8	15,0	11,9	30,0	9,6	34,8	40,7	26,6	28,8
1965	44,7	29,5	20,4	15,7	12,4	31,8	10,8	36,5	42,1	28,3	29,3
1966	46,3	30,7	20,9	16,3	12,7	33,6	11,5	37,3	44,1	29,8	30,2
1967	47,1	31,6	21,5	16,7	13,2	34,8	12,3	38,8	45,9	30,9	31,0
1968	47,8	32,4	22,5	17,5	13,4	36,1	12,9	39,8	47,0	32,6	32,3
1969	48,8	33,7	23,8	18,4	13,7	38,8	13,1	41,1	48,1	34,3	34,1
1970	50,4	35,0	25,3	19,6	14,4	40,2	13,9	42,9	49,9	36,9	36,1
1971	53,1	36,5	26,6	21,5	15,1	43,2	15,0	44,9	53,2	39,3	37,6
1972	56,0	38,5	28,3	23,0	16,0	46,6	16,3	47,7	56,7	41,2	38,9
1973	59,9	41,2	30,4	25,1	17,7	50,3	18,1	51,3	61,7	46,0	41,3
1974	64,1	46,4	34,5	29,1	21,1	55,1	21,0	56,2	67,7	56,7	45,8
1975	67,9	52,3	38,6	36,1	24,7	60,8	24,5	61,0	72,2	63,3	50,0
1976	70,8	57,1	42,3	42,1	28,8	66,3	28,2	65,4	73,5	69,3	52,9
1977	73,4	61,1	46,3	48,8	33,7	70,5	35,1	69,0	74,4	74,9	56,3
1978	75,4	63,9	50,5	52,8	37,8	73,4	42,0	71,5	75,2	78,1	60,6
1979	78,5	66,7	55,9	59,9	43,4	76,5	48,6	74,1	77,9	81,0	67,5
1980	82,8	71,2	63,3	70,7	52,5	81,5	56,2	78,8	81,1	87,2	76,6
1981	88,0	76,6	71,8	79,1	61,9	87,0	64,4	84,2	86,3	91,6	84,5
1982	92,6	83,3	80,3	85,9	72,1	92,1	73,6	88,8	91,2	94,1	89,7
1983	95,7	89,7	88,0	89,8	82,7	94,7	82,6	91,7	93,9	95,8	92,6
1984	98,0	95,4	94,6	94,3	91,6	97,8	91,9	96,9	96,7	98,0	96,6
1985	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1986	99,9	101,3	102,5	103,4	105,8	100,1	108,8	101,7	100,8	100,6	101,9
1987	100,1	102,9	105,9	107,7	110,8	99,4	114,5	103,1	102,2	100,7	105,7
1988	101,4	104,1	108,8	113,0	116,5	100,1	120,0	105,1	104,1	101,4	109,9
1989	104,2	107,3	112,6	121,8	123,8	101,2	128,2	107,8	107,4	103,7	115,2
1990	107,0	114,1	116,4	133,4	131,7	103,7	136,8	111,3	113,2	106,9	121,4
1991	110,7	114,6	120,1	141,2	140,1	107,7	144,9	115,0	119,8	110,4	126,6
1992	115,1	117,3	123,0	146,4	147,4	111,7	153,5	119,7	124,7	112,3	130,4
	Erzeuger-/Großhandelspreise[2]										
1960	43,8	37,5	21,5	14,9	10,7	37,7	11,7	38,4	51,8	46,8	30,7
1961	44,3	37,5	22,1	15,3	10,8	37,7	12,0	39,2	51,8	46,9	30,6
1962	44,7	37,8	22,3	15,7	11,1	37,8	12,6	41,3	53,6	46,0	30,7
1963	45,0	38,7	22,9	15,8	11,6	38,7	13,8	40,6	55,7	46,5	30,6
1964	45,5	40,5	23,7	16,3	12,0	41,1	13,5	42,8	56,4	46,4	30,7
1965	46,6	40,9	23,9	16,9	12,2	42,2	14,8	44,4	56,7	46,4	31,3
1966	47,4	41,9	24,6	17,4	12,5	44,4	15,2	44,7	57,8	47,3	32,3
1967	46,9	41,4	24,3	17,6	12,4	44,8	15,3	45,8	58,0	48,0	32,4
1968	46,6	41,5	23,9	18,3	12,5	45,6	15,6	46,2	58,0	48,2	33,2
1969	47,5	43,6	26,5	19,0	12,9	44,5	16,0	47,4	59,7	48,9	34,5
1970	49,8	45,7	28,5	20,2	13,9	46,6	16,3	49,6	62,2	50,9	35,8
1971	51,9	45,4	29,1	22,0	14,4	48,6	17,2	52,2	63,5	50,5	36,9
1972	53,3	47,3	30,4	23,2	14,9	51,2	18,4	54,2	65,9	51,2	38,6
1973	56,8	53,1	34,9	24,9	17,6	54,6	20,3	54,9	72,9	59,2	43,7
1974	64,4	62,0	45,1	30,8	24,8	59,9	23,9	63,2	84,6	75,6	51,9
1975	67,4	62,8	42,5	37,9	26,9	63,9	26,1	67,2	82,7	77,1	56,6
1976	69,9	67,2	45,6	44,0	33,1	65,7	29,6	71,2	82,2	81,2	59,3
1977	71,9	68,8	48,2	52,0	38,6	68,7	35,6	73,3	82,4	83,5	62,9
1978	72,7	67,5	50,3	57,1	41,8	68,6	41,4	74,0	79,6	82,8	67,8
1979	76,2	71,8	57,0	63,3	48,3	73,4	47,4	77,1	82,6	87,1	76,3
1980	81,9	69,1	65,0	72,2	57,9	82,4	55,7	83,8	86,9	100,0	87,1
1981	88,3	77,6	72,6	79,1	67,6	89,1	64,4	90,5	91,9	101,1	95,0
1982	93,5	86,3	80,8	85,2	76,9	93,3	72,3	93,4	94,3	101,6	97,0
1983	94,9	91,7	87,9	89,8	84,4	94,5	82,6	94,0	94,7	100,8	98,2
1984	97,6	97,3	95,8	95,0	93,2	99,2	92,6	97,5	97,8	100,8	100,5
1985	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1986	97,5	90,9	97,2	104,3	99,1	94,6	100,9	94,7	96,1	95,3	97,1
1987	95,1	86,9	97,8	108,4	101,7	92,9	101,8	92,9	94,1	92,5	99,7
1988	96,3	88,0	102,9	113,2	106,5	94,4	104,8	92,6	96,2	92,3	103,7
1989	99,3	93,0	108,5	119,0	113,3	97,7	109,2	94,3	100,4	94,2	108,8
1990	101,0	93,6	107,2	126,0	121,7	97,1	111,5	97,0	101,9	95,7	112,7
1991	103,4	92,6	105,8	133,1	128,1	98,8	113,3	97,8	102,3	96,7	113,0
1992	104,8	92,8	104,1	138,0	130,7	100,0	114,7	97,6	102,4	95,9	113,6

[1] Früheres Bundesgebiet. — Quelle: Nationale Veröffentlichungen. — 1992 ohne Bremen.

[2] Erzeugerpreise: Bundesrepublik Deutschland, Belgien, Frankreich (bis 1979 für Industriegüter, ab 1980 für Industriehalbwaren), Niederlande, Großbritannien, Japan, Vereinigte Staaten. Großhandelspreise: Italien, Österreich, Schweiz.

[3] Für Österreich und Vereinigte Staaten Index der Ausfuhrpreise und Index der Einfuhrpreise.

[4] Ab 1988 Durchschnittswerte der Ausfuhr und der Einfuhr: 1988 = 100.

[5] Italien: Tarifliche Stundenlöhne. — Großbritannien, Österreich, Japan: Bruttomonatsverdienste.

Zur Preis- und Lohnentwicklung in wichtigen Industrieländern

1985 = 100

Jahr	Bundesrepublik Deutschland [1]	Belgien	Frankreich	Großbritannien	Italien	Niederlande	Spanien	Österreich [3]	Schweiz [4]	Japan	Vereinigte Staaten [3]
	Durchschnittswerte der Ausfuhr										
1970	50,1	37	25,1	18,1	12,4	39	23,1	56,8	62	59,4	34,0
1971	52,1	37	26,5	19,1	13,1	40	27,8	58,7	64	60,6	35,1
1972	53,6	37	26,8	20,2	13,4	40	31,5	59,6	67	59,8	36,3
1973	56,3	40	29,5	22,8	15,9	43	36,3	63,0	69	63,5	42,2
1974	65,6	50	37,1	29,1	22,6	55	38,9	73,4	78	85,2	53,9
1975	71,0	52	39,2	35,6	25,1	57	40,1	76,2	80	87,2	60,3
1976	69,4	55	42,8	42,6	20,6	61	46,1	76,2	80	86,7	62,3
1977	71,1	56	47,0	50,5	36,5	63	51,9	78,5	81	86,9	64,5
1978	71,8	56	49,4	55,3	39,1	61	58,0	78,5	78	82,1	69,0
1979	75,6	61	54,1	61,3	45,8	67	64,5	81,8	81	89,6	78,5
1980	82,8	68	60,1	70,0	55,3	76	68,0	85,9	89	99,8	89,1
1981	88,0	74	67,9	76,2	68,1	88	72,1	91,1	92	102,8	97,3
1982	91,8	84	77,5	81,4	78,6	92	79,0	95,2	95	108,2	98,4
1983	93,0	90	85,4	88,0	84,4	91	83,2	94,9	97	100,9	99,4
1984	93,6	97	95,2	94,9	92,5	98	95,5	98,3	102	100,8	100,8
1985	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1986	96,7	92	94,9	90,2	95,3	85	95,6	97,7	98	84,6	101,0
1987	94,2	88	94,2	93,8	96,4	77	97,8	95,3	102	79,7	102,7
1988	95,0	90	97,8	94,1	101,2	77	102,3	95,9	100	77,2	109,9
1989	99,3	97	103,6	101,6	107,6	83	107,3	93,5	106,4	82,8	112,8
1990	98,2	94	101,7	107,0	109,9	82	103,7	93,2	107,5	86,0	113,9
1991	97,6	92	101,3	107,3	113,1	81	103,1	90,2	110,5	85,4	114,9
1992	96,9	91	98,6	108,7	114,0	78	...	...	110,8	87,0	115,0
	Durchschnittswerte der Einfuhr										
1970	41,7	33	23,6	17,7	9,1	37	57,0	51,0	66	37,3	26,0
1971	42,3	34	24,4	18,6	9,6	38	56,8	53,3	67	38,0	27,4
1972	42,5	33	24,7	19,4	9,9	38	70,6	53,5	68	34,9	29,3
1973	45,6	36	26,5	24,7	12,8	41	79,8	55,5	73	38,5	34,8
1974	58,6	45	38,9	35,8	22,0	55	82,2	66,1	87	67,4	51,6
1975	60,3	48	38,2	40,6	23,2	57	81,6	68,6	83	72,8	56,2
1976	61,7	51	42,2	49,6	29,3	61	90,1	70,1	79	74,6	58,0
1977	63,8	52	47,1	57,3	34,0	63	84,3	72,7	84	72,3	62,7
1978	62,0	52	47,6	58,9	35,7	61	81,3	72,6	75	59,3	67,7
1979	69,0	56	52,4	62,9	42,5	69	90,4	76,6	79	77,2	80,7
1980	80,7	65	62,1	69,3	54,8	79	97,5	84,8	96	107,3	101,3
1981	91,8	74	73,6	74,8	70,9	91	91,2	93,6	93	107,8	106,8
1982	92,4	85	82,4	80,7	79,8	93	94,2	93,9	92	112,5	105,1
1983	92,1	91	88,7	88,0	83,6	94	94,4	92,8	93	102,1	100,8
1984	97,5	99	98,0	95,5	93,1	99	93,8	96,3	97	99,5	102,6
1985	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1986	84,0	86	84,2	95,4	82,3	83	82,9	91,8	90	63,3	96,6
1987	78,9	81	83,0	97,7	81,2	78	79,9	87,8	87	58,4	103,6
1988	79,7	84	85,2	97,0	84,4	77	78,8	87,8	100	55,3	108,6
1989	85,6	90	91,7	104,0	90,9	85	80,5	90,2	108,5	61,9	111,9
1990	83,4	88	90,0	107,9	90,2	82	77,9	87,9	107,7	68,4	115,6
1991	84,7	87	89,0	108,4	89,5	82	75,6	88,1	107,7	62,6	115,6
1992	82,2	84	85,6	108,5	89,0	80	...	...	110,2	58,4	116,5
	Bruttostundenverdienste in der Industrie [5]										
1970	38,4	22,8	16,0	14,6	8,0	32,7	5,9	28,4	37,9	24,0	35,2
1971	42,6	25,6	17,8	16,3	9,0	36,5	6,7	32,3	41,5	27,6	37,4
1972	46,4	29,2	19,8	18,4	9,8	41,1	7,9	36,0	45,1	31,9	39,9
1973	51,2	34,0	22,6	20,9	12,0	46,6	9,5	40,7	49,2	37,9	42,7
1974	56,5	41,1	27,0	24,6	14,5	54,5	12,0	47,1	54,2	47,4	46,3
1975	61,0	49,4	31,7	31,1	18,5	61,9	15,7	53,4	58,2	55,9	50,6
1976	64,8	54,9	36,2	35,9	22,4	67,4	20,4	58,2	59,1	62,9	54,7
1977	69,4	59,9	40,7	39,6	28,5	72,1	26,5	63,2	70,8	68,8	59,5
1978	73,1	64,1	46,0	45,4	33,2	76,3	33,8	66,8	72,7	73,6	64,7
1979	77,4	69,0	52,0	52,3	39,6	79,8	41,7	70,7	75,2	77,8	70,2
1980	82,5	75,4	59,9	62,1	48,3	83,3	49,0	76,3	79,2	82,3	76,2
1981	87,0	83,0	68,5	70,5	59,9	86,0	61,1	80,9	84,2	86,5	83,8
1982	91,1	88,2	79,0	78,4	70,4	91,8	70,8	85,9	90,3	90,8	89,1
1983	94,1	92,0	87,8	85,2	81,0	94,2	81,4	89,8	93,8	93,7	92,6
1984	96,3	96,5	94,6	90,0	90,0	95,3	90,9	94,3	96,3	96,9	96,3
1985	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1986	103,5	102,8	103,9	108,0	104,8	101,6	110,9	104,5	103,9	102,9	102,1
1987	107,6	104,8	107,2	116,4	111,6	103,0	119,3	107,8	106,5	105,0	103,9
1988	112,1	105,6	112,5	126,5	118,4	104,3	127,0	111,8	110,4	108,6	106,8
1989	116,5	111,6	114,7	138,1	125,6	105,7	136,3	116,7	114,8	112,1	110,0
1990	122,5	116,4	119,9	151,5	134,7	108,8	148,2	125,1	121,7	116,3	113,6
1991	130,0	122,3	125,1	163,6	147,9	112,8	160,3	131,6	130,9	120,3	117,3
1992	137,6	127,7	129,6	173,6	155,5	117,7	172,6	138,0	137,5	122,9	120,1
	Anteil am Warenhandel [6] der Bundesrepublik Deutschland in vH										
1987 bis 1992	×	*7,3*	*12,5*	*7,8*	*9,3*	*9,3*	*3,0*	*5,1*	*5,1*	*4,1*	*7,1*

[6] Einfuhr + Ausfuhr.

Quellen: IWF, OECD

Tabelle 17*

Indikatoren für die Welt und für ausgewählte Ländergruppen [1])

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH

	1975 bis 1984 [2])	1985	1986	1987	1988	1989	1990	1991	1992	1993
Gesamtproduktion, real [3])										
Welt	3,3	3,7	3,6	3,9	4,6	3,4	2,2	0,6	1,7	2,2
Industrieländer	2,5	3,3	2,9	3,2	4,3	3,2	2,3	0,5	1,7	1,1
Entwicklungsländer	4,5	5,2	4,9	5,7	5,3	4,1	3,7	4,5	5,8	6,1
Transformationsländer [4])	3,9	2,1	3,6	2,6	4,3	2,3	−3,5	−12,0	−15,4	−10,2
Reales Wachstum je Einwohner										
Industrieländer	1,8	2,6	2,2	2,6	3,6	2,5	1,5	−0,3	0,9	0,4
Entwicklungsländer	4,5	5,2	4,9	5,7	5,3	4,1	3,7	4,5	5,8	6,1
Verbraucherpreise										
Industrieländer	8,5	4,3	2,7	3,2	3,5	4,5	5,1	4,6	3,3	3,0
Entwicklungsländer	24,2	35,1	28,3	35,2	53,6	61,9	65,4	35,7	38,8	43,8
Transformationsländer [4])	3,9	5,1	6,7	7,5	10,3	27,6	32,3	103,2	786,0	581,5
Welthandel										
Volumen, insgesamt [5])	3,4	3,0	4,2	6,1	9,0	6,7	4,5	2,4	4,6	3,0
Durchschnittswerte [5])										
in US-Dollar	5,0	−2,2	5,2	10,7	5,1	1,4	8,3	−1,0	1,7	−3,0
in Sonderziehungsrechten	6,7	−1,3	−9,0	0,4	1,1	6,3	2,3	−1,8	1,2	−2,1
Ausfuhr, Volumen										
Industrieländer	4,1	4,1	2,6	4,2	8,2	6,5	5,5	2,9	3,5	. . .
nachrichtlich:										
G-7-Länder [6])	4,1	3,7	2,9	3,7	8,8	7,1	5,5	2,8	3,1	0,1
Europäische Gemeinschaft	3,9	4,0	2,9	4,2	6,2	7,0	5,0	2,2	2,5	−1,7
Entwicklungsländer	0,7	0,5	7,8	12,1	13,8	5,8	6,4	8,1	9,5	9,4
Einfuhr, Volumen										
Industrieländer	3,9	4,9	7,9	6,8	8,0	7,4	4,5	2,5	3,7	1,2
nachrichtlich:										
G-7-Länder [6])	4,2	4,4	8,6	5,9	8,5	7,0	4,8	2,8	3,5	2,4
Europäische Gemeinschaft	3,3	4,4	7,7	9,2	8,4	7,9	6,5	5,4	2,0	−2,9
Entwicklungsländer	4,9	0,7	2,9	6,9	12,5	8,5	7,6	9,7	10,5	9,3

[1]) Zu den einbezogenen Ländern, zur Klassifikation der jeweiligen Ländergruppe und zur Berechnung der zusammengefaßten Ergebnisse für die jeweiligen Merkmale siehe Statistischer Anhang zu „World Economic Outlook, October 1993" des Internationalen Währungsfonds (IWF).

[2]) Durchschnittlich jährliche Veränderung.

[3]) Bruttoinlandsprodukt, für einige Industrieländer/einige mittel- und osteuropäische Länder Bruttosozialprodukt/„Produzierendes Volkseinkommen" (nach dem Material Product Systems — MPS).

[4]) Albanien, Bulgarien, ehemaliges Jugoslawien, Polen, Rumänien, Tschechoslowakei (ab 1993 Tschechische Republik und Slowakische Republik), Ungarn und die Länder der ehemaligen Sowjetunion.

[5]) Durchschnitt aus Ausfuhr und Einfuhr, insgesamt. Nicht enthalten ist der Intrahandel zwischen den Ländern der ehemaligen Sowjetunion.

[6]) Bundesrepublik Deutschland (bis Juni 1990 nur Westdeutschland), Frankreich, Großbritannien, Italien, Japan, Kanada und Vereinigte Staaten.

Quelle: IWF

Weltausfuhr nach Warengruppen und Ländergruppen[1])

Jahr	Insgesamt	Nahrungsmittel[2]), Getränke und Tabak	Rohstoffe[3])	Mineralische Brennstoffe, Schmiermittel[4])	Chemische Erzeugnisse	Maschinenbau und elektrotechnische Erzeugnisse	Bearbeitete Waren	Sonstige[5])
SITC	0 bis 9	0 und 1	2 und 4	3	5	7	6 und 8	9
				Mrd US-Dollar				
				Welt, insgesamt				
1970	312,01	41,28	33,05	28,89	22,09	89,77	90,43	6,51
1980	2 000,95	200,34	138,32	480,79	140,75	513,09	481,15	46,51
1985	1 933,48	177,87	117,51	361,63	152,39	601,07	470,87	52,14
1988	2 819,12	253,68	167,44	262,98	253,74	990,06	790,33	100,89
1989	3 024,78	266,32	177,06	292,14	263,79	1 057,54	861,57	106,36
1990	3 396,51	294,42	175,34	348,17	298,47	1 211,95	970,85	97,31
1991	3 438,85	304,51	162,66	326,07	300,70	1 256,39	994,90	93,61
				Industrieländer				
1970	224,24	24,31	19,47	7,60	19,43	78,62	71,07	3,74
1980	1 258,93	128,73	85,02	88,07	122,56	436,32	370,70	27,53
1985	1 266,89	109,62	72,13	100,73	126,79	494,88	334,00	28,75
1988	1 984,40	168,21	106,99	70,86	213,22	817,14	548,40	59,59
1989	2 129,31	178,75	112,54	80,15	222,04	875,89	590,66	69,29
1990	2 445,20	204,19	114,21	104,54	253,72	1 021,29	683,80	63,45
1991	2 507,06	212,11	106,44	107,43	256,05	1 063,22	690,94	70,88
				Entwicklungsländer				
1970	54,94	13,21	10,06	18,33	1,03	1,43	10,69	0,20
1980	586,90	62,20	42,79	350,40	10,47	30,65	85,08	5,31
1985	494,39	59,59	36,17	207,57	14,81	56,24	111,64	8,37
1988	628,66	76,06	48,57	140,51	27,65	113,47	206,35	16,06
1989	701,11	77,59	52,34	162,29	30,10	131,80	238,70	8,29
1990	779,36	80,98	50,17	195,14	34,19	151,80	259,11	7,97
1991	840,46	85,90	50,34	194,51	38,75	174,52	286,18	10,27
				Osteuropa und ehemalige Sowjetunion				
1970	32,83	3,76	3,52	2,95	1,64	9,72	8,67	2,58
1980	155,12	9,40	10,51	42,32	7,72	46,12	25,38	13,67
1985	172,20	8,66	9,21	53,33	10,79	49,96	25,23	15,03
1988	206,06	9,42	11,88	51,61	12,87	59,45	35,59	25,24
1989	194,36	9,97	12,19	49,70	11,64	49,86	32,21	28,78
1990	171,94	9,25	10,96	48,49	10,56	38,87	27,93	25,89
1991	91,33	6,50	5,89	24,14	5,90	18,66	17,79	12,46
				Anteil an der Weltausfuhr insgesamt in vH				
				Industrieländer				
1970	*71,9*	*58,9*	*58,9*	*26,3*	*87,9*	*87,6*	*78,6*	*57,4*
1980	*62,9*	*64,3*	*61,5*	*18,3*	*87,1*	*85,0*	*77,0*	*59,2*
1985	*65,5*	*61,6*	*61,4*	*27,9*	*83,2*	*82,3*	*70,9*	*55,1*
1988	*70,4*	*66,3*	*63,9*	*26,9*	*84,0*	*82,5*	*69,4*	*59,1*
1989	*70,4*	*67,1*	*63,6*	*27,4*	*84,2*	*82,8*	*68,6*	*65,1*
1990	*72,0*	*69,4*	*65,1*	*30,0*	*85,0*	*84,3*	*70,4*	*65,2*
1991	*72,9*	*69,7*	*65,4*	*32,9*	*85,2*	*84,6*	*69,4*	*75,7*
				Entwicklungsländer				
1970	*17,6*	*32,0*	*30,4*	*63,5*	*4,6*	*1,6*	*11,8*	*3,0*
1980	*29,3*	*31,0*	*30,9*	*72,9*	*7,4*	*6,0*	*17,7*	*11,4*
1985	*25,6*	*33,5*	*30,8*	*57,4*	*9,7*	*9,4*	*23,7*	*16,0*
1988	*22,3*	*30,0*	*29,0*	*53,4*	*10,9*	*11,5*	*26,1*	*15,9*
1989	*23,2*	*29,1*	*29,6*	*55,6*	*11,4*	*12,5*	*27,7*	*7,8*
1990	*22,9*	*27,5*	*28,6*	*56,0*	*11,5*	*12,5*	*26,7*	*8,2*
1991	*24,4*	*28,2*	*30,9*	*59,7*	*12,9*	*13,9*	*28,8*	*11,0*
				Osteuropa und ehemalige Sowjetunion				
1970	*10,5*	*9,1*	*10,6*	*10,2*	*7,4*	*10,8*	*9,6*	*39,6*
1980	*7,8*	*4,7*	*7,6*	*8,8*	*5,5*	*9,0*	*5,3*	*29,4*
1985	*8,9*	*4,9*	*7,8*	*14,7*	*7,1*	*8,3*	*5,4*	*28,8*
1988	*7,3*	*3,7*	*7,1*	*19,6*	*5,1*	*6,0*	*4,5*	*25,0*
1989	*6,4*	*3,7*	*6,9*	*17,0*	*4,4*	*4,7*	*3,7*	*27,1*
1990	*5,1*	*3,1*	*6,3*	*13,9*	*3,5*	*3,2*	*2,9*	*26,6*
1991	*2,7*	*2,1*	*3,6*	*7,4*	*2,0*	*1,5*	*1,8*	*13,3*

[1]) Systematik des Internationalen Warenverzeichnisses SITC Rev. 3 (bis 1987: SITC Rev. 2); ohne innerdeutscher Handel.
[2]) Einschließlich lebende Tiere vorwiegend zur Ernährung.
[3]) Rohstoffe, tierische und pflanzliche Öle, Fette und Wachse.
[4]) Einschließlich verwandte Erzeugnisse.
[5]) Waren, Warenverkehrsvorgänge, anderweitig nicht erfaßt.

Quelle: UN

Tabelle 19*

Internationale Energiepreise

Zeitraum	Importpreise der IEA-Länder[1][2]		Spotpreise (Rotterdam)[1]				Einfuhrpreise der Bundesrepublik Deutschland auf DM-Basis[3]			
	Erdöl, roh	Kraftwerkskohle	Erdöl, roh[4]	Superkraftstoff	leichtes Heizöl	schweres Heizöl[5]	Erdöl, roh	leichtes Heizöl	Kohle[6]	Erdgas
	US-Dollar je						1985 = 100			
	Barrel	Tonne	Barrel	Tonne						
1973	.	.	2,81	.	.	.	13,8	26,7	35,5	9,9
1974	.	.	10,98	140,17	95,92	69,42	37,4	36,7	55,7	11,9
1975	12,08	.	10,43	128,75	100,00	61,92	35,9	36,1	70,6	21,4
1976	12,93	.	11,63	136,08	106,05	67,08	39,1	39,3	67,5	24,9
1977	13,98	.	12,60	141,83	118,67	76,08	39,3	39,9	66,5	27,5
1978	14,22	.	12,91	170,31	128,63	75,70	34,3	37,1	64,9	34,0
1979	19,96	.	29,19	359,98	310,09	133,63	44,1	71,9	67,8	37,0
1980	32,74	52,20	36,01	369,75	306,00	169,75	72,6	77,1	82,4	48,0
1981	36,37	64,01	34,17	371,08	298,50	183,50	99,0	94,0	105,6	70,9
1982	33,84	64,09	32,86	340,71	289,54	164,55	98,6	99,3	101,9	85,3
1983	29,90	53,96	29,73	298,13	247,88	163,56	92,4	90,9	89,5	78,3
1984	29,00	47,67	28,74	268,22	238,04	178,42	99,9	96,6	94,8	92,1
1985	27,56	48,63	27,62	273,28	240,66	151,73	100	100	100	100
1986	14,93	45,70	14,44	170,73	142,17	73,47	43,4	44,6	83,8	71,2
1987	17,95	41,09	18,49	186,28	156,44	98,45	41,0	40,1	69,3	40,0
1988	14,86	44,09	14,94	176,01	134,89	68,35	34,1	33,6	64,9	34,6
1989	17,47	48,45	18,23	207,86	162,23	87,05	42,0	42,8	69,3	35,5
1990	22,16	50,77	23,72	274,14	213,38	99,28	45,9	48,2	70,4	42,1
1991	19,30	49,45	19,99	236,82	201,15	77,27	45,7	47,9	67,0	50,0
1992	18,49	47,42	19,31	211,48	177,08	81,49	40,4	39,5	62,7	39,9
1988 1. Vj.	16,14	41,97	15,83	166,11	138,11	70,42	34,6	33,3	64,4	38,1
2. Vj.	15,81	43,21	16,21	188,92	144,21	75,93	34,6	34,8	64,4	35,1
3. Vj.	14,50	44,17	14,39	174,27	126,54	66,22	35,5	33,8	64,9	32,7
4. Vj.	13,09	46,84	13,72	175,03	130,68	61,51	31,8	32,6	65,8	32,5
1989 1. Vj.	16,20	45,64	17,52	190,98	147,60	75,34	38,4	38,7	68,4	31,9
2. Vj.	18,32	49,37	18,88	246,38	148,79	89,57	44,6	40,7	69,4	33,8
3. Vj.	17,10	49,12	17,41	200,86	158,01	85,18	42,3	42,3	69,6	36,9
4. Vj.	18,26	49,54	19,21	193,64	194,53	99,88	42,9	49,4	69,9	39,5
1990 1. Vj.	19,43	49,34	19,80	216,40	174,06	87,20	42,1	42,5	70,8	43,4
2. Vj.	15,84	50,65	15,94	218,93	153,81	68,26	35,5	36,9	71,1	44,2
3. Vj.	21,84	51,16	26,73	339,36	231,01	103,61	43,0	49,6	70,3	40,3
4. Vj.	31,78	51,73	32,40	321,89	294,63	138,06	62,8	63,9	69,3	40,5
1991 1. Vj.	21,05	50,17	20,67	243,84	238,79	91,05	46,5	53,9	66,7	49,4
2. Vj.	17,84	49,04	18,80	239,22	180,05	68,91	44,8	44,7	67,1	55,8
3. Vj.	18,45	48,41	19,95	240,04	187,35	68,72	46,0	46,3	67,4	50,0
4. Vj.	19,77	49,92	20,53	224,17	198,41	80,39	45,5	46,9	66,9	44,8
1992 1. Vj.	16,92	49,10	17,96	198,89	165,61	67,16	39,5	38,7	66,9	42,2
2. Vj.	18,60	46,18	20,02	225,22	179,38	80,43	42,1	40,9	63,6	41,4
3. Vj.	19,50	48,00	20,08	218,20	182,71	88,31	39,8	38,2	60,3	38,8
4. Vj.	18,76	46,41	19,18	203,62	180,62	90,05	40,3	40,1	59,8	37,3
1993 1. Vj.	17,40	...	18,20	193,24	170,87	71,16	40,1	40,1	58,8	38,4
2. Vj.	17,50	...	18,23	203,88	173,54	69,08	39,7	40,3	56,4	38,7
3. Vj.	...	...	...	...	...	...	38,1	38,8	56,0	39,1

[1] Quelle: Internationale Energieagentur (IEA).
[2] Durchschnittspreise, cif (cost, insurance, freight).
[3] Index der Einfuhrpreise (1985 = 100). In Anlehnung an das systematische Güterverzeichnis für Produktionsstatistiken.
[4] Bis 1981: Arabian light (34°), ab 1982: Brent (38°).
[5] Mit einem Schwefelgehalt von 3vH.
[6] Steinkohle und Steinkohlenkoks.

Tabelle 20*

Energieverbrauch im internationalen Vergleich

1992

Land	Primärenergieverbrauch								Importquote (1991)	
				nach Energieträgern						
	insgesamt	je Einheit BIP[1]	je Einwohner	Kohle	Mineralöl	Gas	Kernenergie	Wasserkraft und sonstige	insgesamt	von Mineralöl
	in Mio t ÖE[2]	t ÖE[2]		Anteil am Primärenergieverbrauch in vH					in vH[3]	in vH[4]
Australien	90,6	0,48	5,17	44,7	33,7	15,9	0,0	5,7	– 83,3	6,8
Belgien	51,1	0,53	5,16	17,5	42,1	17,7	22,1	0,6	75,7	101,0
Dänemark	18,8	0,29	3,67	37,4	46,3	9,8	0,0	6,4	39,2	16,9
Bundesrepublik Deutschland[5]	340,1	0,42	4,26	30,5	39,5	16,7	12,2	1,2	51,8	97,7
Finnland	27,6	0,47	5,48	15,5	32,7	9,0	17,2	22,9	57,4	94,2
Frankreich	229,6	0,37	4,00	8,2	38,9	12,3	38,4	4,3	54,0	97,9
Griechenland	23,5	0,63	2,28	36,6	58,3	0,5	0,0	3,2	60,8	92,7
Großbritannien	218,8	0,42	3,80	28,0	38,4	23,3	9,3	0,3	4,0	– 12,5
Irland	10,9	0,43	3,06	23,4	47,0	17,8	0,0	11,8	68,6	100,2
Italien	159,0	0,31	2,75	7,9	59,8	25,6	0,0	4,8	82,1	92,4
Japan	448,8	0,25	3,61	17,3	57,4	10,7	12,7	2,0	83,8	100,4
Kanada	214,9	0,54	7,85	13,0	35,0	27,5	9,8	16,7	– 36,4	– 29,6
Luxemburg	3,8	0,82	9,91	26,6	50,9	12,5	0,0	0,7	96,7	99,0
Neuseeland	14,8	0,63	4,30	7,3	29,7	30,6	0,0	32,4	11,9	52,1
Niederlande	69,2	0,45	4,56	11,5	37,4	48,2	1,4	0,3	5,6	86,3
Norwegen	21,0	0,32	4,90	3,8	39,0	8,4	0,0	52,4	–502,8	–982,0
Österreich	25,9	0,33	3,30	12,2	44,0	22,5	0,0	21,2	67,8	86,7
Portugal	17,9	0,67	1,82	6,7	74,0	0,0	0,0	8,7	88,8	102,0
Schweden	46,8	0,43	5,39	5,1	31,7	1,4	35,6	26,6	34,6	96,6
Schweiz	25,8	0,24	3,75	0,8	53,3	9,2	23,7	14,3	61,1	102,6
Spanien	94,1	0,44	2,41	21,3	54,3	6,3	15,5	2,6	64,9	95,9
Türkei	55,7	0,74	0,94	31,3	43,4	6,9	0,0	18,5	47,3	78,9
Vereinigte Staaten	1 954,4	0,43	7,68	23,3	38,5	23,5	8,7	5,6	15,0	42,5
Insgesamt	4 163,1	0,39	4,81	21,3	41,9	20,0	10,9	5,8	26,2	53,8

[1] 1 000 US-Dollar Bruttoinlandsprodukt in Preisen und Wechselkursen von 1985.
[2] Öleinheiten (1 kg ÖE = 11,63 kWh).
[3] Anteil der Netto-Importe am Primärenergieverbrauch in vH. Zahlen mit vorangestelltem Minuszeichen beinhalten den Anteil des Netto-Exports am Primärenergieverbrauch in vH.
[4] Netto-Importe von Mineralöl in Relation zum Primärenergieverbrauch von Mineralöl in vH. Zahlen mit vorangestelltem Minuszeichen beinhalten den Anteil des Netto-Exports von Mineralöl am Primärenergieverbrauch von Mineralöl in vH.
[5] Früheres Bundesgebiet.

Quelle: Internationale Energieagentur

B. Tabellen für die Bundesrepublik Deutschland

Bevölkerung, Erwerbstätigkeit und Arbeitslosigkeit

Zeitraum[1]	Einwohner (Wohnbevölkerung)	Erwerbspersonen	Erwerbsquote[2]	Erwerbstätige (Inländer)[3] insgesamt	darunter beschäftigte Arbeitnehmer zusammen	darunter beschäftigte Arbeitnehmer darunter Ausländer[4]	Nachrichtlich Pendlersaldo[5]	Arbeitslose[6]	Arbeitslosenquote[7]	Offene Stellen[6]
	Tausend		vH	Tausend					vH	Tausend
					Früheres Bundesgebiet					
1950	46 908	21 577	*46,0*	19 997	13 674	.	–427	1 580	*10,4*	116
1951	47 413	21 952	*46,3*	20 520	14 286	.	–429	1 432	*9,1*	116
1952	47 728	22 289	*46,7*	20 910	14 754	.	–388	1 379	*8,5*	115
1953	48 172	22 684	*47,1*	21 425	15 344	.	–351	1 259	*7,6*	123
1954	48 710	23 216	*47,7*	21 995	15 968	73	–324	1 221	*7,1*	137
1955	49 203	23 758	*48,3*	22 830	16 840	80	–330	928	*5,2*	200
1956	49 797	24 196	*48,6*	23 435	17 483	99	–281	761	*4,2*	219
1957	50 434	24 602	*48,8*	23 940	17 992	108	–257	662	*3,5*	217
1958	51 056	24 807	*48,6*	24 124	18 188	127	–229	683	*3,6*	216
1959	51 634	24 861	*48,1*	24 385	18 511	167	–214	476	*2,5*	280
1960 A	52 183	25 034	*48,0*	24 799	19 010	.	–200	235	*1,2*	449
1960	55 433	26 518	*47,8*	26 247	20 257	279	–184	271	*1,3*	465
1961	56 185	26 772	*47,6*	26 591	20 730	507	–165	181	*0,9*	552
1962	56 837	26 845	*47,2*	26 690	21 032	629	–172	155	*0,7*	574
1963	57 389	26 930	*46,9*	26 744	21 261	773	–163	186	*0,9*	555
1964	57 971	26 922	*46,4*	26 753	21 484	902	–149	169	*0,8*	609
1965	58 619	27 034	*46,1*	26 887	21 757	1 119	–132	147	*0,7*	649
1966	59 148	26 962	*45,6*	26 801	21 765	1 244	–128	161	*0,7*	540
1967	59 286	26 409	*44,5*	25 950	21 054	1 014	–146	459	*2,1*	302
1968	59 500	26 291	*44,2*	25 968	21 183	1 019	–142	323	*1,5*	488
1969	60 067	26 535	*44,2*	26 356	21 752	1 366	–128	179	*0,8*	747
1970	60 651	26 817	*44,2*	26 668	22 246	1 807	–108	149	*0,7*	795
1971	61 284	26 957	*44,0*	26 772	22 605	2 128	–104	185	*0,8*	648
1972	61 672	27 121	*44,0*	26 875	22 841	2 285	–101	246	*1,1*	546
1973	61 976	27 433	*44,3*	27 160	23 222	2 498	– 94	273	*1,2*	572
1974	62 054	27 411	*44,2*	26 829	23 036	2 381	– 91	582	*2,5*	315
1975	61 829	27 184	*44,0*	26 110	22 467	2 061	– 90	1 074	*4,6*	236
1976	61 531	27 034	*43,9*	25 974	22 512	1 925	– 92	1 060	*4,5*	235
1977	61 400	27 038	*44,0*	26 008	22 686	1 872	– 89	1 030	*4,3*	231
1978	61 326	27 212	*44,4*	26 219	22 961	1 857	– 89	993	*4,1*	246
1979	61 359	27 528	*44,9*	26 652	23 472	1 924	– 84	876	*3,6*	304
1980	61 566	27 948	*45,4*	27 059	23 897	2 018	– 79	889	*3,6*	308
1981	61 682	28 305	*45,9*	27 033	23 907	1 912	– 82	1 272	*5,1*	208
1982	61 638	28 558	*46,3*	26 725	23 639	1 787	– 95	1 833	*7,2*	105
1983	61 423	28 605	*46,6*	26 347	23 293	1 694	– 96	2 258	*8,8*	76
1984	61 175	28 659	*46,8*	26 393	23 351	1 609[a]	–100	2 266	*8,8*	88
1985	61 024	28 897	*47,4*	26 593	23 559	1 568	–104	2 304	*8,9*	110
1986	61 066	29 188	*47,8*	26 960	23 910	1 570	–104	2 228	*8,5*	154
1987	61 077	29 386	*48,1*	27 157	24 141	1 577	–107	2 229	*8,5*	171
1988	61 449	29 608	*48,2*	27 366	24 365	1 610	–105	2 242	*8,4*	189
1989	62 063	29 799	*48,0*	27 761	24 750	1 678	–103	2 038	*7,6*	251
1990	63 253	30 369	*48,0*	28 486	25 460	1 775	– 7	1 883	*6,9*	314
1991	64 074	30 682	*47,9*	28 993	25 949	1 891	234	1 689	*6,1*	331
1992	64 865	30 949	*47,7*	29 141	26 086	...	346	1 808	*6,5*	324
1993 1. Hj.	...	30 886	...	28 684	25 626	...	347	2 201	*7,9*	260
					Neue Bundesländer und Berlin-Ost					
1991	15 910	8 422	*52,9*	7 509	7 147	...	–290	913	*11,3*	31
1992	15 730	7 879	*50,1*	6 709	6 298	...	–365	1 170	*15,7*	33
1991 1. Hj.	15 972	8 602	*53,9*	7 806	7 458	...	–248	796	*9,6*	23
2. Hj.	15 848	8 242	*52,0*	7 212	6 836	...	–332	1 030	*13,1*	40
1992 1. Hj.	15 755	7 968	*50,6*	6 755	6 356	...	–362	1 213	*16,0*	34
2. Hj.	15 705	7 791	*49,6*	6 663	6 240	...	–368	1 127	*15,3*	32
1993 1. Hj.	...	7 657	...	6 518	6 081	...	–359	1 138	*15,8*	34

[1] Von 1950 bis 1960 A ohne Saarland und Berlin (West). Beschäftigte Ausländer bis 1958 ohne Saarland. Ab 1991 vorläufige Ergebnisse. — [2] Anteil der Erwerbspersonen (Erwerbstätige plus Arbeitslose) an der Wohnbevölkerung. — [3] In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. — [4] Bis 1960 Stand Ende Juli, 1961 Stand Ende Juni (Quelle: Bundesanstalt für Arbeit). — [5] Im Inland erwerbstätige Einpendler abzüglich der in der übrigen Welt erwerbstätigen Auspendler. (Erwerbstätige nach dem Inlandskonzept abzüglich Erwerbstätige nach dem Inländerkonzept.) — [6] Quelle: Bundesanstalt für Arbeit. — [7] Anteil der Arbeitslosen an den abhängigen Erwerbspersonen (beschäftigte Arbeitnehmer plus Arbeitslose). [a] Die Ende Juni 1984 von einer länger als drei Wochen dauernden Aussperrung betroffenen Arbeitnehmer sind nicht enthalten.

Tabelle 22*

Wirtschaftliche Eckdaten für die neuen Bundesländer und Berlin-Ost

	Mecklenburg-Vorpommern	Brandenburg	Sachsen-Anhalt	Thüringen	Sachsen	Berlin-Ost	Insgesamt
Fläche							
1 000 km²	23,6	29,1	20,6	16,3	18,3	0,4	108,2
Anteil in vH[1]	*6,6*	*8,1*	*5,8*	*4,6*	*5,1*	*0,1*	*30,3*
			Bevölkerung (Tausend)[2]				
1990	1 924	2 578	2 874	2 611	4 764	1 276	16 028
1991	1 892	2 543	2 823	2 572	4 679	1 281	15 790
1992	1 865	2 549	2 797	2 546	4 641	1 294	15 691
			Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte (1 000)[3][4]				
1992 Jun	661,9	919,6	1 031,0	905,9	1 750,5	463,3	5 738,7
Sep	657,7	917,7	1 023,6	895,7	1 727,7	459,8	5 688,5
Dez	(647,3)	(910,1)	(1 013,4)	(888,0)	(1 714,4)	(451,3)	(5 630,7)
			Beschäftigte im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe (Tausend)[5]				
1991 1. Hj.	121,5	294,7	408,8	386,5	689,7	111,5	2 012,6
1992 1. Hj.	66,2	171,5	223,7	166,8	331,9	56,2	1 016,3
1993 1. Hj.	54,5	123,4	170,0	124,1	246,9	39,9	758,7
			Beschäftigte im Baugewerbe (Tausend)				
1991 1. Hj.	44,9	60,8	69,7	51,4	91,1	26,8	344,7
1992 1. Hj.	40,2	56,7	71,1	53,3	92,2	25,6	339,2
1993 1. Hj.	42,1	56,1	87,5	63,8	96,7	24,8	370,9
			Arbeitslose (Tausend)				
1990 Dez	89,6	101,1	113,4	106,9	164,4	66,8	642,2
1991 Sep	137,5	159,8	193,2	164,3	274,3	99,7	1 028,8
1992 Sep	150,4	173,3	211,4	184,0	302,6	89,1	1 110,8
1993 Sep	145,9	181,8	229,9	195,7	326,2	79,8	1 159,2
			Arbeitslosenquote in vH[6]				
1990 Dez	*8,7*	*7,4*	*7,0*	*7,3*	*6,2*	*9,3*	*7,3*
1991 Sep	*13,4*	*11,7*	*12,0*	*11,3*	*10,4*	*14,0*	*11,7*
1992 Sep	*17,3*	*14,7*	*16,2*	*15,5*	*14,2*	*14,7*	*15,3*
1993 Sep	16,8	15,4	17,6	16,5	15,4	13,2	15,9
			Kurzarbeiter (Tausend)				
1990 Dez	177,6	288,3	369,3	316,1	565,4	77,3	1 794,0
1991 Sep	142,7	208,0	274,2	249,1	403,4	56,0	1 333,4
1992 Sep	14,8	37,8	49,1	48,0	94,3	7,6	251,5
1993 Sep	6,0	18,6	31,3	34,3	49,5	3,8	143,4
			Personen in ABM (Tausend)				
1991 Sep	43,6	47,5	59,5	56,4	93,6	12,4	313,0
1992 Sep	42,1	55,7	88,1	63,2	97,2	28,6	374,9
1993 Sep	27,8	20,8	29,0	21,2	47,4	15,7	161,9

[1]) An Deutschland.
[2]) Jeweils Stand am Jahresende.
[3]) Ende des Berichtszeitraums. — Quelle: BA.
[4]) Ergebnisse der vierteljährlichen Beschäftigtenstatistik auf Totalbasis (Wartezeit für die Auswertung 6 Monate).
[5]) In Betrieben von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten.
[6]) Arbeitslose in vH der zivilen Erwerbspersonen (sozialversicherungspflichtig und geringfügig Beschäftigte, Beamte, Arbeitslose).

Wirtschaftliche Eckdaten für die neuen Bundesländer und Berlin-Ost

	Mecklenburg-Vorpommern	Brandenburg	Sachsen-Anhalt	Thüringen	Sachsen	Berlin-Ost	Insgesamt
	Personen in beruflicher Weiterbildung (Tausend) [1]						
1991 Sep	46,9	51,3	57,7	63,0	96,0	36,8	350,5
1992 Sep	61,0	70,2	85,5	88,5	148,3	37,6	490,6
1993 Sep	48,2	42,9	52,9	56,1	106,8	17,6	324,7
	Gewerbeanmeldungen (Januar 1991 bis September 1993)						
Insgesamt	71 053	108 338	106 104	113 131	196 742	56 085	651 453
Anteil in vH	*10,9*	*16,6*	*16,3*	*17,4*	*30,2*	*8,6*	*100*
	Gewerbeabmeldungen (Januar 1991 bis September 1993)						
Insgesamt	32 559	52 809	50 903	57 091	92 851	23 015	309 228
Anteil in vH	*10,5*	*17,1*	*16,5*	*18,5*	*30,0*	*7,4*	*100*
	Durchschnittliche Bruttomonatsverdienste der Angestellten (DM)						
	Industrie, insgesamt [2]						
1991 Jan	1 837	1 879	1 870	1 814	1 778	1 924	1 836
Okt	2 403	2 348	2 362	2 162	2 312	2 484	2 323
1992 Jan	2 547	2 589	2 570	2 435	2 438	2 671	2 519
Okt	3 136	3 175	3 039	2 966	3 030	3 329	3 081
	Hoch- und Tiefbau [3]						
1991 Jan	2 195	2 197	2 311	2 242	2 373	2 654	2 313
Okt	3 076	3 037	3 079	3 017	3 177	3 326	3 111
1992 Jan	3 144	3 056	3 162	3 082	3 155	3 645	3 169
Okt	3 623	3 566	3 655	3 766	3 725	4 131	3 701
	Handel, Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe						
1991 Jan	1 517	1 506	1 505	1 544	1 568	.	1 565
Okt	1 983	1 875	1 966	2 078	1 985	.	1 994
1992 Jan	2 248	2 128	2 074	2 231	2 115	2 304	2 159
Okt	2 679	2 637	2 618	2 696	2 624	2 801	2 658
	Bruttoinlandsprodukt (Mrd DM) [4]						
	in jeweiligen Preisen						
1990 2. Hj.	11,2	16,7	18,0	13,8	27,8	10,2	(95,2)
1991	21,3	31,5	34,0	26,7	52,8	19,9	(180,9)
1992	27,4	39,0	43,5	34,4	65,8	25,2	(233,4)
	in Preisen von 1991						
1990 2. Hj.	12,8	19,4	20,4	15,6	31,4	11,9	(105,2)
1991	21,3	31,5	34,0	26,7	52,8	19,9	(180,9)
1992	23,0	33,1	36,9	28,8	55,6	21,5	(198,4)

[1] Wohnortprinzip. — 1991 und 1992 Schätzung der BA.
[2] Einschließlich Hoch- und Tiefbau mit Handwerk.
[3] Einschließlich Handwerk.
[4] Für die Länderangaben Stand: März 1993; Für Insgesamt: September 1993.

Tabelle 23*

Sozialproduktsberechnung für Deutschland, das frühere

Mrd

a) Verwendung

Zeitraum	Privater Verbrauch	Staatsverbrauch	Anlageinvestitionen			Vorratsveränderung	Ausfuhr [1]	Einfuhr [1]	Außenbeitrag [2]	Bruttoinlandsprodukt
			zusammen	Ausrüstungen	Bauten					
	In jeweiligen Preisen									
	Deutschland									
1991	1 607,69	552,11	652,07	304,67	347,40	6,72	712,26	714,98	– 2,72	2 815,87
1992	1 722,07	606,40	709,22	304,63	404,59	– 7,03	717,97	721,01	– 3,04	3 027,62
1990 2. Hj.	767,06	274,81	304,55	140,40	164,15	–16,28	362,94	332,54	30,40	1 360,54
1991 1. Hj.	773,95	247,34	307,13	144,30	162,83	22,45	349,73	351,04	– 1,31	1 349,56
2. Hj.	833,74	304,77	344,94	160,37	184,57	–15,73	356,23	357,64	– 1,41	1 466,31
1992 1. Hj.	831,10	274,81	340,98	148,02	192,96	15,47	357,86	359,95	– 2,09	1 460,27
2. Hj.	890,97	331,59	368,24	156,61	211,63	–22,50	364,97	365,92	– 0,95	1 567,35
1993 1. Hj.	863,86	286,10	336,94	129,11	207,83	5,04	315,88	315,11	0,77	1 492,71
	Früheres Bundesgebiet									
1991	1 428,31	466,53	564,90	262,84	302,06	6,60	892,53	723,87	168,66	2 635,00
1992	1 510,03	500,61	593,59	257,39	336,20	– 4,62	934,80	740,21	194,59	2 794,20
1990 2. Hj.	683,97	236,72	270,18	127,18	143,00	– 4,63	411,52	332,46	79,06	1 265,30
1991 1. Hj.	692,42	214,50	268,05	125,65	142,40	21,64	429,60	354,01	75,59	1 272,20
2. Hj.	735,89	252,03	296,85	137,19	159,66	–15,04	462,93	369,86	93,07	1 362,80
1992 1. Hj.	729,93	230,27	286,39	125,69	160,70	14,47	464,54	369,90	94,64	1 355,70
2. Hj.	780,10	270,34	307,20	131,70	175,50	–19,09	470,26	370,31	99,95	1 438,50
1993 1. Hj.	752,38	235,48	273,09	105,97	167,12	5,53	427,35	325,33	102,02	1 368,50
	Neue Bundesländer und Berlin-Ost									
1991	179,38	85,58	87,17	41,83	45,34	0,12	46,85	218,23	–171,38	180,87
1992	212,04	105,79	115,63	47,24	68,39	– 2,41	53,45	251,08	–197,63	233,42
1990 2. Hj.	83,09	38,09	34,37	13,22	21,15	–11,65	30,03	78,69	– 48,66	95,24
1991 1. Hj.	81,53	32,84	39,08	18,65	20,43	0,81	20,84	97,74	– 76,90	77,36
2. Hj.	97,85	52,74	48,09	23,18	24,91	– 0,69	26,01	120,49	– 94,48	103,51
1992 1. Hj.	101,17	44,54	54,59	22,33	32,26	1,00	26,03	122,76	– 96,73	104,57
2. Hj.	110,87	61,25	61,04	24,91	36,13	– 3,41	27,42	128,32	–100,90	128,85
1993 1. Hj.	111,48	50,62	63,85	23,14	40,71	– 0,49	24,74	125,99	–101,25	124,21
	In Preisen von 1991									
	Deutschland									
1991	1 607,69	552,11	652,07	304,67	347,40	6,72	712,26	714,98	– 2,72	2 815,87
1992	1 644,92	573,04	679,45	298,89	380,56	– 2,37	713,25	733,58	– 20,33	2 874,41
1990 2. Hj.	798,16	281,09	317,32	143,69	173,63	–20,39	365,36	339,29	26,07	1 402,25
1991 1. Hj.	785,17	264,53	310,55	145,16	165,39	21,54	351,53	352,85	– 1,32	1 380,47
2. Hj.	822,52	287,58	341,52	159,51	182,01	–14,82	356,02	357,42	– 1,40	1 435,40
1992 1. Hj.	797,36	278,09	329,10	145,57	183,53	17,63	356,13	364,27	– 8,14	1 414,04
2. Hj.	847,26	294,95	350,35	153,32	197,03	–20,00	361,36	373,55	– 12,19	1 460,37
1993 1. Hj.	795,86	275,47	314,41	125,72	188,69	11,36	312,12	323,78	– 11,66	1 385,44
	Früheres Bundesgebiet									
1991	1 428,31	466,53	564,90	262,84	302,06	6,60	892,53	723,87	168,66	2 635,00
1992	1 452,08	481,33	571,36	252,56	318,80	– 1,81	925,42	752,38	173,04	2 676,00
1990 2. Hj.	705,19	236,96	280,71	130,17	150,54	– 2,91	416,23	339,08	77,15	1 297,10
1991 1. Hj.	700,34	226,14	270,78	126,38	144,40	22,26	431,89	355,91	75,98	1 295,50
2. Hj.	727,97	240,39	294,12	136,46	157,66	–15,66	460,64	367,96	92,68	1 339,50
1992 1. Hj.	705,40	235,52	277,63	123,63	154,00	16,07	460,68	374,10	86,58	1 321,20
2. Hj.	746,68	245,81	293,73	128,93	164,80	–17,88	464,74	378,28	86,46	1 354,80
1993 1. Hj.	701,97	232,39	256,85	103,23	153,62	8,97	420,52	333,90	86,62	1 286,80
	Neue Bundesländer und Berlin-Ost									
1991	179,38	85,58	87,17	41,83	45,34	0,12	46,85	218,23	–171,38	180,87
1992	192,54	91,71	108,09	46,33	61,76	– 0,56	52,91	246,28	–193,37	198,41
1990 2. Hj.	92,97	44,13	36,61	13,52	23,09	–17,48	30,19	81,27	– 51,08	105,15
1991 1. Hj.	84,83	38,39	39,77	18,78	20,99	– 0,72	21,05	98,35	– 77,30	84,97
2. Hj.	94,55	47,19	47,40	23,05	24,35	0,84	25,80	119,88	– 94,08	95,90
1992 1. Hj.	91,96	42,57	51,47	21,94	29,53	1,56	25,87	120,59	– 94,72	92,84
2. Hj.	100,58	49,14	56,62	24,39	32,23	– 2,12	27,04	125,69	– 98,65	105,57
1993 1. Hj.	93,89	43,08	57,56	22,49	35,07	2,39	24,61	122,89	– 98,28	98,64

[1]) Früheres Bundesgebiet sowie neue Bundesländer und Berlin-Ost einschließlich innerdeutscher Transaktionen. — [2]) Ausfuhr minus Einfuhr. — [3]) Einschließlich Nachrichtenübermittlung. — [4]) Kreditinstitute, Versicherungsunternehmen, Wohnungsvermietung (einschließlich Eigennutzung durch den Eigentümer), sonstige Dienstleistungsunternehmen. — [5]) Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck.

Bundesgebiet und die neuen Bundesländer

DM

b) Entstehung

Bruttowertschöpfung							Brutto-inlands-produkt[7]	Einkommen aus der übrigen Welt[8]	Brutto-sozial-produkt	Zeitraum
unbereinigt						bereinigt[6]				
zusammen	davon: Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	davon: Produzierendes Gewerbe	davon: Handel und Verkehr[3]	davon: Dienstleistungsunternehmen[4]	davon: Staat, private Haushalte[5]					
In jeweiligen Preisen										
Deutschland										
2 736,73	36,30	1 075,09	406,18	837,14	382,02	2 600,72	2 815,87	27,89	2 843,76	1991
2 946,49	36,56	1 126,89	416,76	948,04	418,24	2 795,87	3 027,62	16,44	3 044,06	1992
1 316,42	31,95	518,76	197,92	379,92	187,87	1 256,78	1 360,54	13,92	1 374,46	1990 2. Hj.
1 310,35	5,24	532,03	199,88	400,42	172,78	1 244,62	1 349,56	14,77	1 364,33	1991 1. Hj.
1 426,38	31,06	543,06	206,30	436,72	209,24	1 356,10	1 466,31	13,12	1 479,43	2. Hj.
1 418,03	7,74	560,23	205,26	458,29	186,51	1 344,36	1 460,27	9,93	1 470,20	1992 1. Hj.
1 528,46	28,82	566,66	211,50	489,75	231,73	1 451,51	1 567,35	6,51	1 573,86	2. Hj.
1 450,32	7,32	534,78	205,56	500,42	202,24	1 370,31	1 492,71	5,76	1 498,47	1993 1. Hj.
Früheres Bundesgebiet										
2 543,29	33,80	1 005,84	376,78	791,22	335,65	2 429,15	2 635,00	18,70	2 653,70	1991
2 702,27	33,01	1 041,68	386,29	881,65	359,64	2 574,95	2 794,20	4,60	2 798,80	1992
1 218,35	27,66	478,27	180,82	364,03	167,57	1 168,12	1 265,30	12,40	1 277,70	1990 2. Hj.
1 226,94	6,99	498,70	185,84	380,99	154,42	1 171,75	1 272,20	11,50	1 283,70	1991 1. Hj.
1 316,35	26,81	507,14	190,94	410,23	181,23	1 257,40	1 362,80	7,20	1 370,00	2. Hj.
1 307,37	8,15	519,92	190,84	426,19	162,27	1 245,25	1 355,70	4,40	1 360,10	1992 1. Hj.
1 394,90	24,86	521,76	195,45	455,46	197,37	1 329,70	1 438,50	0,20	1 438,70	2. Hj.
1 321,86	7,73	489,60	190,14	462,34	172,05	1 253,80	1 368,50	0,50	1 369,00	1993 1. Hj.
Neue Bundesländer und Berlin-Ost										
193,44	2,50	69,25	29,40	45,92	46,37	171,57	180,87	9,19	190,06	1991
244,22	3,55	85,21	30,47	66,39	58,60	220,92	233,42	11,84	245,26	1992
98,07	4,29	40,49	17,10	15,89	20,30	88,66	95,24	1,52	96,76	1990 2. Hj.
83,41	– 1,75	33,33	14,04	19,43	18,36	72,87	77,36	3,27	80,63	1991 1. Hj.
110,03	4,25	35,92	15,36	26,49	28,01	98,70	103,51	5,92	109,43	2. Hj.
110,66	– 0,41	40,31	14,42	32,10	24,24	99,11	104,57	5,53	110,10	1992 1. Hj.
133,56	3,96	44,90	16,05	34,29	34,36	121,81	128,85	6,31	135,16	2. Hj.
128,46	– 0,41	45,18	15,42	38,08	30,19	116,51	124,21	5,26	129,47	1993 1. Hj.
In Preisen von 1991										
Deutschland										
2 736,73	36,30	1 075,09	406,18	837,14	382,02	2 600,72	2 815,87	27,89	2 843,76	1991
2 794,78	39,34	1 081,25	405,44	880,14	388,61	2 652,14	2 874,41	15,76	2 890,17	1992
1 357,78	34,31	531,81	204,14	397,60	189,92	1 294,47	1 402,25	14,22	1 416,47	1990 2. Hj.
1 341,60	5,26	533,31	200,55	411,81	190,67	1 272,98	1 380,47	15,10	1 395,57	1991 1. Hj.
1 395,13	31,04	541,78	205,63	425,33	191,35	1 327,74	1 435,40	12,79	1 448,19	2. Hj.
1 373,90	5,66	540,97	199,45	434,28	193,54	1 302,05	1 414,04	9,69	1 423,73	1992 1. Hj.
1 420,88	33,68	540,28	205,99	445,86	195,07	1 350,09	1 460,37	6,07	1 466,44	2. Hj.
1 350,03	6,88	503,70	196,84	446,76	195,85	1 275,94	1 385,44	5,35	1 390,79	1993 1. Hj.
Früheres Bundesgebiet										
2 543,29	33,80	1 005,84	376,78	791,22	335,65	2 429,15	2 635,00	18,70	2 653,70	1991
2 584,40	36,37	1 002,08	376,92	826,57	342,46	2 464,69	2 676,00	4,50	2 680,50	1992
1 250,13	29,39	491,10	185,88	378,85	164,91	1 197,00	1 297,10	12,60	1 309,70	1990 2. Hj.
1 250,34	6,97	499,76	186,42	390,08	167,11	1 192,75	1 295,50	11,80	1 307,30	1991 1. Hj.
1 292,95	26,83	506,08	190,36	401,14	168,54	1 236,40	1 339,50	6,90	1 346,40	2. Hj.
1 274,33	6,66	503,11	185,69	408,23	170,64	1 214,03	1 321,20	4,30	1 325,50	1992 1. Hj.
1 310,07	29,71	498,97	191,23	418,34	171,82	1 250,66	1 354,80	0,20	1 355,00	2. Hj.
1 245,54	7,49	462,92	182,75	419,81	172,57	1 183,36	1 286,80	0,60	1 287,40	1993 1. Hj.
Neue Bundesländer und Berlin-Ost										
193,44	2,50	69,25	29,40	45,92	46,37	171,57	180,87	9,19	190,06	1991
210,38	2,97	79,17	28,52	53,57	46,15	187,45	198,41	11,26	209,67	1992
107,65	4,92	40,71	18,26	18,75	25,01	97,47	105,15	1,62	106,77	1990 2. Hj.
91,26	– 1,71	33,55	14,13	21,73	23,56	80,23	84,97	3,30	88,27	1991 1. Hj.
102,18	4,21	35,70	15,27	24,19	22,81	91,34	95,90	5,89	101,79	2. Hj.
99,57	– 1,00	37,86	13,76	26,05	22,90	88,02	92,84	5,39	98,23	1992 1. Hj.
110,81	3,97	41,31	14,76	27,52	23,25	99,43	105,57	5,87	111,44	2. Hj.
104,49	– 0,61	40,78	14,09	26,95	23,28	92,58	98,64	4,75	103,39	1993 1. Hj.

[6]) Summe der Bruttowertschöpfung nach Abzug der unterstellten Entgelte für Bankdienstleistungen. — [7]) Bereinigte Bruttowertschöpfung zuzüglich nichtabziehbare Umsatzsteuer und Einfuhrabgaben. — [8]) Aus der übrigen Welt empfangene abzüglich an die übrige Welt geleistete Erwerbs- und Vermögenseinkommen.

noch Tabelle 23*

Sozialproduktsberechnung für Deutschland, das frühere Bundesgebiet und die neuen Bundesländer

c) Einkommen und Erwerbstätigkeit

	1991	1992	1990	1991		1992		1993
			2. Hj.	1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.
	Mrd DM							
	Deutschland							
Einkommen								
Bruttovolkseinkommen [1]	2 553,45	2 717,64	.	1 227,83	1 325,62	1 309,63	1 408,01	1 331,14
dar.: Einkommen aus unselbständiger Arbeit	1 608,76	1 731,40	.	744,76	864,00	800,30	931,10	828,85
Bruttolohn- und -gehaltssumme								
von Inländern empfangen	1 311,40	1 412,13	638,42	606,17	705,23	651,65	760,48	673,36
im Inland entstanden	1 308,15	1 410,39	636,31	604,42	703,75	650,68	759,71	672,65
Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte	1 844,31	1 976,51	875,02	887,86	956,45	952,53	1 023,98	982,84
dar.: empfangene laufende Übertragungen	473,35	523,65	.	227,48	245,87	253,54	270,11	272,02
Ersparnis der privaten Haushalte	236,62	254,44	107,96	113,91	122,71	121,43	133,01	118,98
	Früheres Bundesgebiet							
Bruttovolkseinkommen [1]	2 362,47	2 481,37	1 141,48	1 148,10	1 214,37	1 203,11	1 278,26	1 207,71
dar.: Einkommen aus unselbständiger Arbeit	1 423,01	1 508,39	703,16	661,08	761,93	699,79	808,60	717,22
Bruttolohn- und -gehaltssumme								
von Inländern empfangen	1 155,53	1 225,55	572,22	535,85	619,68	567,50	658,05	579,13
im Inland entstanden	1 163,10	1 237,89	572,71	538,43	624,67	573,09	664,80	585,20
Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte	1 650,47	1 732,27	791,93	805,11	845,36	838,28	893,99	857,11
dar.: empfangene laufende Übertragungen	401,50	430,68	194,61	194,38	207,12	209,16	221,52	221,64
Ersparnis der privaten Haushalte	222,16	222,24	107,96	112,69	109,47	108,35	113,89	104,73
	Neue Bundesländer und Berlin-Ost							
Bruttovolkseinkommen [1]	190,98	236,27	.	79,73	111,25	106,52	129,75	123,43
dar.: Einkommen aus unselbständiger Arbeit	185,75	223,01	.	83,68	102,07	100,51	122,50	111,63
Bruttolohn- und -gehaltssumme								
von Inländern empfangen	155,87	186,58	66,20	70,32	85,55	84,15	102,43	94,23
im Inland entstanden	145,05	172,50	63,60	65,99	79,06	77,59	94,91	87,45
Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte	193,84	244,24	83,09	82,75	111,09	114,25	129,99	125,73
dar.: empfangene laufende Übertragungen	71,85	92,97	.	33,10	38,75	44,38	48,59	50,38
Ersparnis der privaten Haushalte	14,46	32,20	0,00	1,22	13,24	13,08	19,12	14,25
	Durchschnitt in 1 000							
	Deutschland							
Erwerbstätigkeit								
Erwerbspersonen	39 104	38 828	39 380	39 155	39 053	38 833	38 824	38 542
– Arbeitslose	2 602	2 978	2 195	2 532	2 672	2 993	2 964	3 340
= Erwerbstätige Inländer	36 502	35 850	37 185	36 623	36 381	35 840	35 860	35 202
Selbst. u. mithelf. Familienangehörige	3 406	3 466	3 323	3 386	3 426	3 449	3 483	3 495
beschäftigte Arbeitnehmer	33 096	32 384	33 862	33 237	32 955	32 391	32 377	31 707
+ Einpendler abzüglich Auspendler	–56	–19	–77	–63	–49	–23	–15	–12
= Erwerbstätige im Inland	36 446	35 831	37 108	36 560	36 332	35 817	35 845	35 190
dar.: beschäftigte Arbeitnehmer im Inland	33 040	32 365	33 785	33 174	32 906	32 368	32 362	31 695
Nachrichtlich:								
Bevölkerung (Einwohner)	79 984	80 595	79 615	79 835	80 134	80 392	80 798	...
	Früheres Bundesgebiet							
Erwerbspersonen	30 682	30 949	30 488	30 553	30 811	30 865	31 033	30 886
– Arbeitslose	1 689	1 808	1 762	1 736	1 642	1 780	1 836	2 202
= Erwerbstätige Inländer	28 993	29 141	28 726	28 817	29 169	29 085	29 197	28 684
Selbst. u. mithelf. Familienangehörige	3 044	3 055	3 035	3 038	3 050	3 050	3 060	3 058
beschäftigte Arbeitnehmer	25 949	26 086	25 691	25 779	26 119	26 035	26 137	25 626
+ Einpendler abzüglich Auspendler	234	346	59	185	283	339	353	347
= Erwerbstätige im Inland	29 227	29 487	28 785	29 002	29 452	29 424	29 550	29 031
dar.: beschäftigte Arbeitnehmer im Inland	26 183	26 432	25 750	25 964	26 402	26 374	26 490	25 973
Nachrichtlich:								
Bevölkerung (Einwohner)	64 074	64 865	63 527	63 863	64 286	64 637	65 093	...
	Neue Bundesländer und Berlin-Ost							
Erwerbspersonen	8 422	7 879	8 892	8 602	8 242	7 968	7 791	7 657
– Arbeitslose	913	1 170	433	796	1 030	1 213	1 128	1 139
= Erwerbstätige Inländer	7 509	6 709	8 459	7 806	7 212	6 755	6 663	6 518
Selbst. u. mithelf. Familienangehörige	362	411	288	348	376	399	423	437
beschäftigte Arbeitnehmer	7 147	6 298	8 171	7 458	6 836	6 356	6 240	6 081
+ Einpendler abzüglich Auspendler	–290	–365	–136	–248	–332	–362	–368	–359
= Erwerbstätige im Inland	7 219	6 344	8 323	7 558	6 880	6 393	6 295	6 159
dar.: beschäftigte Arbeitnehmer im Inland	6 857	5 933	8 035	7 210	6 504	5 994	5 872	5 722
Nachrichtlich:								
Bevölkerung (Einwohner)	15 910	15 730	16 089	15 972	15 848	15 755	15 705	...

[1] Einschließlich Abschreibungen.

Tabelle 24 *

Erwerbstätige und beschäftigte Arbeitnehmer nach Wirtschaftsbereichen

Früheres Bundesgebiet

Tausend

Jahr[1]	Insgesamt	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	Produzierendes Gewerbe				Handel und Verkehr[2]	Dienstleistungsunternehmen[3]	Staat	Private Haushalte[4]
			zusammen	Energie- und Wasserversorgung, Bergbau	Verarbeitendes Gewerbe	Baugewerbe				
	Erwerbstätige[5]									
1960	26 063	3 581	12 497	747	9 624	2 126	4 759	2 364	2 098	764
1961	26 426	3 449	12 805	722	9 905	2 178	4 808	2 406	2 228	730
1962	26 518	3 307	12 918	698	9 948	2 272	4 812	2 459	2 348	674
1963	26 581	3 144	12 927	665	9 883	2 379	4 845	2 541	2 444	680
1964	26 604	3 002	12 986	654	9 885	2 447	4 817	2 590	2 540	669
1965	26 755	2 876	13 158	645	10 059	2 454	4 791	2 652	2 628	650
1966	26 673	2 790	13 017	628	9 953	2 436	4 800	2 719	2 706	641
1967	25 804	2 638	12 249	582	9 418	2 249	4 709	2 774	2 777	657
1968	25 826	2 523	12 320	547	9 488	2 285	4 692	2 837	2 803	651
1969	26 228	2 395	12 727	539	9 883	2 305	4 714	2 883	2 859	650
1970	26 560	2 262	12 987	551	10 117	2 319	4 755	2 933	2 978	645
1971	26 668	2 128	12 951	550	10 051	2 350	4 769	3 039	3 113	668
1972	26 774	2 034	12 753	531	9 862	2 360	4 872	3 132	3 264	719
1973	27 066	1 946	12 808	514	9 926	2 368	4 950	3 233	3 373	756
1974	26 738	1 845	12 399	508	9 690	2 201	4 918	3 341	3 483	752
1975	26 020	1 749	11 624	503	9 097	2 024	4 872	3 424	3 583	768
1976	25 882	1 617	11 405	497	8 892	2 016	4 887	3 528	3 644	801
1977	25 919	1 534	11 421	497	8 927	1 997	4 878	3 579	3 678	829
1978	26 130	1 493	11 409	490	8 906	2 013	4 912	3 692	3 764	860
1979	26 568	1 410	11 580	486	9 011	2 083	4 981	3 840	3 863	894
1980	26 980	1 403	11 721	493	9 094	2 134	5 032	3 970	3 929	925
1981	26 951	1 368	11 528	500	8 930	2 098	5 033	4 080	3 991	951
1982	26 630	1 322	11 177	502	8 669	2 006	4 978	4 151	4 025	977
1983	26 251	1 280	10 842	502	8 379	1 961	4 899	4 180	4 054	996
1984	26 293	1 239	10 791	496	8 341	1 954	4 907	4 264	4 066	1 026
1985	26 489	1 196	10 800	492	8 445	1 863	4 919	4 391	4 118	1 065
1986	26 856	1 177	10 912	492	8 580	1 840	4 956	4 518	4 182	1 111
1987	27 050	1 125	10 889	490	8 585	1 814	5 012	4 654	4 226	1 144
1988	27 261	1 078	10 862	483	8 569	1 810	5 079	4 818	4 247	1 177
1989	27 658	1 028	10 997	472	8 692	1 833	5 158	4 992	4 273	1 210
1990	28 479	995	11 309	466	8 932	1 911	5 314	5 294	4 305	1 262
1991	29 227	964	11 496	460	9 080	1 956	5 547	5 590	4 307	1 323
1992	29 487	924	11 354	451	8 932	1 971	5 646	5 843	4 340	1 380
	Beschäftigte Arbeitnehmer[5]									
1960	20 073	491	11 509	746	8 855	1 908	3 615	1 596	2 098	764
1961	20 565	452	11 845	721	9 164	1 960	3 673	1 637	2 228	730
1962	20 860	421	11 996	697	9 241	2 058	3 720	1 701	2 348	674
1963	21 098	406	12 019	664	9 191	2 164	3 770	1 779	2 444	680
1964	21 335	390	12 116	653	9 228	2 235	3 783	1 837	2 540	669
1965	21 625	369	12 306	644	9 420	2 242	3 775	1 897	2 628	650
1966	21 637	358	12 176	627	9 328	2 221	3 800	1 956	2 706	641
1967	20 908	324	11 423	581	8 811	2 031	3 724	2 003	2 777	657
1968	21 041	302	11 508	546	8 895	2 067	3 720	2 057	2 803	651
1969	21 624	297	11 940	538	9 316	2 086	3 772	2 106	2 859	650
1970	22 138	295	12 224	550	9 575	2 099	3 839	2 157	2 978	645
1971	22 501	284	12 224	549	9 540	2 135	3 935	2 277	3 113	668
1972	22 740	275	12 040	530	9 364	2 146	4 066	2 376	3 264	719
1973	23 128	267	12 114	513	9 444	2 157	4 147	2 471	3 373	756
1974	22 945	259	11 727	507	9 226	1 994	4 140	2 584	3 483	752
1975	22 377	252	10 983	502	8 657	1 824	4 115	2 676	3 583	768
1976	22 420	243	10 783	496	8 475	1 812	4 150	2 799	3 644	801
1977	22 597	248	10 817	496	8 526	1 795	4 169	2 856	3 678	829
1978	22 872	252	10 824	489	8 520	1 815	4 212	2 960	3 764	860
1979	23 388	254	11 000	485	8 627	1 888	4 281	3 096	3 863	894
1980	23 818	254	11 150	492	8 717	1 941	4 336	3 224	3 929	925
1981	23 825	250	10 967	499	8 562	1 906	4 347	3 319	3 991	951
1982	23 544	250	10 624	501	8 310	1 813	4 294	3 374	4 025	977
1983	23 197	249	10 301	501	8 024	1 776	4 207	3 390	4 054	996
1984	23 251	251	10 254	495	7 988	1 771	4 205	3 449	4 066	1 026
1985	23 455	248	10 270	491	8 097	1 682	4 209	3 545	4 118	1 065
1986	23 806	243	10 387	491	8 235	1 661	4 245	3 638	4 182	1 111
1987	24 034	233	10 378	489	8 254	1 635	4 295	3 758	4 226	1 144
1988	24 260	230	10 349	482	8 239	1 628	4 362	3 895	4 247	1 177
1989	24 647	226	10 470	471	8 351	1 648	4 436	4 032	4 273	1 210
1990	25 453	231	10 774	465	8 582	1 727	4 583	4 298	4 305	1 262
1991	26 183	235	10 953	459	8 720	1 774	4 806	4 559	4 307	1 323
1992	26 432	232	10 806	450	8 565	1 791	4 896	4 778	4 340	1 380

[1]) Ab 1991 vorläufige Ergebnisse. — [2]) Einschließlich Nachrichtenübermittlung. — [3]) Kreditinstitute, Versicherungsunternehmen, sonstige Dienstleistungsunternehmen. — [4]) Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck. — [5]) Inlandskonzept, in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen.

Tabelle 25*

Ausländer im Bundesgebiet

An

Staatsangehörigkeit	1987	1988	1989	1990	1991	1992
	Wohnbevölkerung [1] [2]					
Europa	3 644 090	3 846 512	4 103 108	4 389 498	4 856 428	5 367 074
Belgien	17 353	17 854	18 697	20 640	21 618	21 986
Dänemark	12 072	12 519	13 429	15 208	16 833	18 252
Frankreich	68 883	71 773	77 602	83 248	88 880	90 877
Griechenland	256 396	274 793	293 649	314 451	336 893	345 902
Großbritannien	80 669	83 010	85 748	94 776	103 185	103 499
Irland	7 210	8 360	8 872	10 287	12 854	13 761
Italien	499 562	508 656	519 548	548 331	560 090	557 709
Luxemburg	4 446	4 542	4 764	5 175	5 361	5 405
Niederlande	95 690	96 881	101 238	110 970	113 332	113 552
Portugal	69 327	71 068	74 890	84 611	92 991	98 918
Spanien	128 777	126 402	126 963	134 731	135 234	133 847
EG-Länder	1 240 385	1 275 858	1 325 400	1 422 428	1 487 271	1 503 708
Ehemaliges Jugoslawien	551 614	579 073	610 499	652 492	775 082	915 636
Österreich	150 037	155 132	171 093	181 290	186 885	185 278
Polen	120 550	171 514	220 443	241 339	271 198	285 553
Schweiz	25 905	26 703	29 573	30 610	32 970	33 788
Tschechoslowakei	25 731	27 869	31 695	33 555	46 702	63 274
Türkei	1 453 708	1 523 678	1 612 623	1 675 911	1 779 586	1 854 945
Ungarn	21 837	26 568	31 627	35 065	56 401	61 436
Übriges Europa	54 323	60 117	70 155	116 808	220 333	463 456
Afrika	126 435	136 749	163 579	188 276	236 423	283 949
Ägypten	7 491	8 091	8 640	9 387	11 185	12 605
Marokko	47 310	52 069	61 848	67 458	75 145	80 278
Übriges Afrika	71 634	76 589	93 091	111 431	150 093	191 066
Amerika	113 593	120 680	132 233	141 313	160 564	168 811
Kanada	7 182	7 413	8 021	8 348	9 168	9 584
Vereinigte Staaten	75 625	79 604	85 707	90 657	99 712	104 368
Übriges Amerika	30 786	33 663	38 505	42 308	51 684	54 859
Asien	302 966	330 184	386 444	453 133	553 383	599 519
Indien	21 420	21 352	23 896	27 519	32 759	35 517
Iran	65 647	73 032	81 331	89 679	97 924	99 069
Israel	7 043	7 384	7 793	8 469	9 739	9 807
Japan	16 636	18 090	20 094	21 683	25 195	26 492
Jordanien	9 425	9 749	10 384	11 152	12 533	12 597
Pakistan	15 518	17 137	19 690	23 233	28 157	32 197
Übriges Asien	167 277	183 440	223 256	271 398	347 076	383 840
Australien und Ozeanien	5 360	5 653	6 164	6 917	7 981	9 124
Staatenlos und ungeklärte Staatsangehörigkeit	48 088	49 327	54 354	62 664	67 488	65 057
Insgesamt	4 240 532	4 489 105	4 845 882	5 241 801	5 882 267	6 495 792

[1]) Bis 1990 Gebietsstand bis zum 3. Oktober 1990. — Ab 1991 Gebietsstand ab dem 3. Oktober 1990.
[2]) Von 1985 bis 1989 und 1991: Stand 31. Dezember; für 1990: Stand 30 September.

nach der Staatsangehörigkeit

zahl

1987	1988	1989	1990	1991	1992	Staatsangehörigkeit
			Beschäftigte[3][4]			
1 443 022	1 467 034	1 520 488	1 592 792	1 678 493	1 780 410	Europa
6 879	6 778	6 813	6 785	6 934	6 760	Belgien
2 407	2 421	2 639	2 786	2 906	3 247	Dänemark
38 639	38 581	41 331	42 826	44 541	44 683	Frankreich
100 913	98 759	101 652	105 448	105 233	102 831	Griechenland
32 899	35 047	36 528	38 515	40 396	42 363	Großbritannien
1 493	1 707	1 956	2 097	2 318	2 725	Irland
181 696	178 035	178 933	175 148	171 809	165 050	Italien
969	995	983	947	886	879	Luxemburg
26 349	25 843	26 019	25 709	25 758	25 893	Niederlande
35 802	37 196	38 894	41 897	46 294	44 521	Portugal
64 046	63 088	61 555	61 300	60 690	54 922	Spanien
492 092	488 450	497 303	503 458	507 765	493 874	EG-Länder
292 054	295 549	300 934	312 974	325 258	375 082	Ehemaliges Jugoslawien
83 306	86 021	88 701	91 380	93 352	94 333	Österreich
16 786	20 286	25 383	35 106	45 615	56 477	Polen
7 793	7 999	8 245	8 518	8 784	9 253	Schweiz
10 315	10 971	11 586	13 394	20 927	32 258	Tschechoslowakei
518 423	533 766	561 806	594 586	632 324	652 097	Türkei
7 168	7 806	8 781	10 912	13 433	15 154	Ungarn
15 085	16 186	17 749	22 464	31 035	51 882	Übriges Europa
35 279	37 521	40 438	44 683	52 320	63 183	Afrika
1 901	2 035	2 142	2 277	2 608	2 928	Ägypten
15 199	15 896	16 681	17 957	19 520	21 444	Marokko
18 179	19 590	21 615	24 449	30 192	38 811	Übriges Afrika
30 018	32 691	34 798	38 448	42 197	45 172	Amerika
2 014	2 110	2 187	2 286	2 435	2 591	Kanada
20 911	22 880	24 092	26 580	28 980	30 711	Vereinigte Staaten
7 093	7 701	8 519	9 582	10 782	11 870	Übriges Amerika
59 914	67 025	73 921	85 836	103 839	123 574	Asien
6 854	7 249	7 480	7 981	8 788	10 368	Indien
5 507	6 686	8 192	10 209	12 910	15 383	Iran
1 723	1 769	1 858	1 954	2 064	2 126	Israel
3 589	3 476	3 479	4 491	5 188	5 636	Japan
2 238	2 340	2 381	2 536	2 696	2 915	Jordanien
3 876	4 412	4 731	5 195	5 856	7 277	Pakistan
36 127	41 093	45 800	53 470	66 337	79 869	Übriges Asien
1 933	2 084	2 244	2 464	2 807	2 909	Australien und Ozeanien
18 693	17 767	17 410	18 030	18 884	20 906	Staatenlos und ungeklärte Staatsangehörigkeit
1 588 859	1 624 122	1 689 299	1 782 253	1 898 540	2 036 154	Insgesamt

[3]) Gebietsstand bis zum 3. Oktober 1990.
[4]) Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer jeweils am 30. Juni.

Quelle für Beschäftigte: Bundesanstalt für Arbeit

Tabelle 26*

Bruttowertschöpfung nach

Früheres

Zeitraum [1]	Insgesamt	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	Produzierendes Gewerbe zusammen	Energie- und Wasserversorgung, Bergbau	Verarbeitendes Gewerbe	Baugewerbe	Handel und Verkehr [2]	Dienstleistungsunternehmen [3]	Staat	Private Haushalte [4]
	Mrd DM in jeweiligen Preisen [5]									
1960	302,20	17,66	160,80	15,65	121,86	23,29	55,96	41,13	21,61	5,04
1961	331,14	17,24	177,37	15,70	135,00	26,67	60,38	46,12	24,73	5,30
1962	359,94	18,79	191,83	16,24	144,99	30,60	66,48	50,42	27,04	5,38
1963	381,52	19,50	200,11	16,81	150,58	32,72	70,77	55,34	30,00	5,80
1964	420,08	19,45	223,37	17,73	167,52	38,12	76,50	61,81	32,79	6,16
1965	459,74	20,01	243,63	18,30	184,89	40,44	82,07	70,05	37,27	6,71
1966	490,63	20,87	254,76	18,94	192,92	42,90	87,81	78,35	41,61	7,23
1967	497,06	20,41	252,20	18,79	193,58	39,83	88,37	84,30	44,12	7,66
1968	509,14	22,19	257,96	19,15	200,66	38,15	84,19	89,67	47,06	8,07
1969	567,91	23,49	290,36	19,82	229,59	40,95	90,32	101,48	53,28	8,98
1970	645,91	21,78	333,72	22,72	259,45	51,55	103,47	114,39	62,56	9,99
1971	717,53	22,81	360,18	23,93	277,21	59,04	115,52	132,71	74,56	11,75
1972	788,90	24,84	386,61	26,01	295,65	64,95	128,41	151,64	83,73	13,67
1973	882,85	26,77	429,96	29,09	332,58	68,29	140,04	172,61	97,33	16,14
1974	954,43	26,18	454,12	33,08	354,32	66,72	147,30	195,78	112,94	18,11
1975	995,92	28,66	453,08	37,31	352,54	63,23	154,95	216,65	122,86	19,72
1976	1 085,88	31,28	497,48	41,70	387,27	68,51	170,28	235,30	129,81	21,73
1977	1 158,86	32,01	526,03	41,62	411,48	72,93	182,08	255,96	138,75	24,03
1978	1 239,68	32,38	558,39	43,87	435,35	79,17	194,86	279,69	148,22	26,14
1979	1 337,92	31,12	602,79	46,48	467,08	89,23	211,58	304,87	159,07	28,49
1980	1 415,93	30,52	624,78	48,64	476,25	99,89	218,68	338,25	172,39	31,31
1981	1 483,44	32,11	637,83	52,30	485,71	99,82	224,84	371,06	183,69	33,91
1982	1 545,73	36,62	650,40	57,97	496,01	96,42	230,99	402,04	189,59	36,09
1983	1 624,81	33,23	679,72	61,25	519,42	99,05	241,64	436,38	195,74	38,10
1984	1 702,58	34,46	706,30	63,98	542,60	99,72	256,04	465,84	199,95	39,99
1985	1 774,34	31,92	740,19	66,53	578,85	94,81	261,46	490,83	207,26	42,68
1986	1 874,08	34,00	786,48	65,91	620,44	100,13	269,58	520,48	217,12	46,42
1987	1 928,49	30,24	795,04	68,67	624,69	101,68	279,54	548,57	225,82	49,28
1988	2 031,50	33,72	826,76	67,84	652,67	106,25	294,66	592,83	231,86	51,67
1989	2 151,94	37,21	869,97	69,30	686,01	114,66	311,25	640,95	238,64	53,92
1990	2 342,50	37,18	938,74	70,17	741,03	127,54	346,56	708,52	253,20	58,30
1991	2 543,29	33,80	1 005,84	73,73	789,28	142,83	376,78	791,22	271,25	64,40
1992	2 702,27	33,01	1 041,68	76,32	802,46	162,90	386,29	881,65	289,00	70,64
1993 1. Hj.	1 321,86	7,73	489,60	36,78	371,59	81,23	190,14	462,34	138,01	34,04
	Anteil in vH									
1960	*100*	*5,8*	*53,2*	*5,2*	*40,3*	*7,7*	*18,5*	*13,6*	*7,2*	*1,7*
1961	*100*	*5,2*	*53,6*	*4,7*	*40,8*	*8,1*	*18,2*	*13,9*	*7,5*	*1,6*
1962	*100*	*5,2*	*53,3*	*4,5*	*40,3*	*8,5*	*18,5*	*14,0*	*7,5*	*1,5*
1963	*100*	*5,1*	*52,5*	*4,4*	*39,5*	*8,6*	*18,5*	*14,5*	*7,9*	*1,5*
1964	*100*	*4,6*	*53,2*	*4,2*	*39,9*	*9,1*	*18,2*	*14,7*	*7,8*	*1,5*
1965	*100*	*4,4*	*53,0*	*4,0*	*40,2*	*8,8*	*17,9*	*15,2*	*8,1*	*1,5*
1966	*100*	*4,3*	*51,9*	*3,9*	*39,3*	*8,7*	*17,9*	*16,0*	*8,5*	*1,5*
1967	*100*	*4,1*	*50,7*	*3,8*	*38,9*	*8,0*	*17,8*	*17,0*	*8,9*	*1,5*
1968	*100*	*4,4*	*50,7*	*3,8*	*39,4*	*7,5*	*16,5*	*17,6*	*9,2*	*1,6*
1969	*100*	*4,1*	*51,1*	*3,5*	*40,4*	*7,2*	*15,9*	*17,9*	*9,4*	*1,6*
1970	*100*	*3,4*	*51,7*	*3,5*	*40,2*	*8,0*	*16,0*	*17,7*	*9,7*	*1,5*
1971	*100*	*3,2*	*50,2*	*3,3*	*38,6*	*8,2*	*16,1*	*18,5*	*10,4*	*1,6*
1972	*100*	*3,1*	*49,0*	*3,3*	*37,5*	*8,2*	*16,3*	*19,2*	*10,6*	*1,7*
1973	*100*	*3,0*	*48,7*	*3,3*	*37,7*	*7,7*	*15,9*	*19,6*	*11,0*	*1,8*
1974	*100*	*2,7*	*47,6*	*3,5*	*37,1*	*7,0*	*15,4*	*20,5*	*11,8*	*1,9*
1975	*100*	*2,9*	*45,5*	*3,7*	*35,4*	*6,3*	*15,6*	*21,8*	*12,3*	*2,0*
1976	*100*	*2,9*	*45,8*	*3,8*	*35,7*	*6,3*	*15,7*	*21,7*	*12,0*	*2,0*
1977	*100*	*2,8*	*45,4*	*3,6*	*35,5*	*6,3*	*15,7*	*22,1*	*12,0*	*2,1*
1978	*100*	*2,6*	*45,0*	*3,5*	*35,1*	*6,4*	*15,7*	*22,6*	*12,0*	*2,1*
1979	*100*	*2,3*	*45,1*	*3,5*	*34,9*	*6,7*	*15,8*	*22,8*	*11,9*	*2,1*
1980	*100*	*2,2*	*44,1*	*3,4*	*33,6*	*7,1*	*15,4*	*23,9*	*12,2*	*2,2*
1981	*100*	*2,2*	*43,0*	*3,5*	*32,7*	*6,7*	*15,2*	*25,0*	*12,4*	*2,3*
1982	*100*	*2,4*	*42,1*	*3,8*	*32,1*	*6,2*	*14,9*	*26,0*	*12,3*	*2,3*
1983	*100*	*2,0*	*41,8*	*3,8*	*32,0*	*6,1*	*14,9*	*26,9*	*12,0*	*2,3*
1984	*100*	*2,0*	*41,5*	*3,8*	*31,9*	*5,9*	*15,0*	*27,4*	*11,7*	*2,3*
1985	*100*	*1,8*	*41,7*	*3,7*	*32,6*	*5,3*	*14,7*	*27,7*	*11,7*	*2,4*
1986	*100*	*1,8*	*42,0*	*3,5*	*33,1*	*5,3*	*14,4*	*27,8*	*11,6*	*2,5*
1987	*100*	*1,6*	*41,2*	*3,6*	*32,4*	*5,3*	*14,5*	*28,4*	*11,7*	*2,6*
1988	*100*	*1,7*	*40,7*	*3,3*	*32,1*	*5,2*	*14,5*	*29,2*	*11,4*	*2,5*
1989	*100*	*1,7*	*40,4*	*3,2*	*31,9*	*5,3*	*14,5*	*29,8*	*11,1*	*2,5*
1990	*100*	*1,6*	*40,1*	*3,0*	*31,6*	*5,4*	*14,8*	*30,2*	*10,8*	*2,5*
1991	*100*	*1,3*	*39,5*	*2,9*	*31,0*	*5,6*	*14,8*	*31,1*	*10,7*	*2,5*
1992	*100*	*1,2*	*38,5*	*2,8*	*29,7*	*6,0*	*14,3*	*32,6*	*10,7*	*2,6*
1993 1. Hj.	*100*	*0,6*	*37,0*	*2,8*	*28,1*	*6,1*	*14,4*	*35,0*	*10,4*	*2,6*

[1] Ab 1991 vorläufige Ergebnisse. — [2] Einschließlich Nachrichtenübermittlung. — [3] Kreditinstitute, Versicherungsunternehmen, Wohnungsvermietung (einschließlich Eigennutzung durch den Eigentümer), sonstige Dienstleistungsunternehmen.

Wirtschaftsbereichen Tabelle 26*

Bundesgebiet

Insgesamt	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	Produzierendes Gewerbe				Handel und Verkehr[2]	Dienstleistungsunternehmen[3]	Staat	Private Haushalte[4]	Zeitraum [1]
		zusammen	Energie- und Wasserversorgung, Bergbau	Verarbeitendes Gewerbe	Baugewerbe					
				Mrd DM in Preisen von 1991						
946,60	21,79	453,50	42,71	319,28	91,51	128,11	203,93	110,21	29,06	1960
990,61	19,86	476,66	42,44	338,48	95,74	134,44	213,97	117,36	28,32	1961
1 035,33	21,32	498,56	43,66	355,02	99,88	141,41	222,51	124,46	27,07	1962
1 065,32	22,14	508,93	44,61	362,11	102,21	145,49	230,90	130,28	27,58	1963
1 135,42	21,64	553,86	45,12	393,65	115,09	154,74	243,19	134,36	27,63	1964
1 195,74	20,58	586,71	44,27	423,04	119,40	163,38	256,66	140,83	27,58	1965
1 231,05	21,65	599,24	45,34	430,12	123,78	167,03	267,29	148,11	27,73	1966
1 230,33	23,58	581,41	42,62	420,30	118,49	166,37	277,93	152,39	28,65	1967
1 302,01	25,16	625,86	44,13	463,97	117,76	176,24	288,74	157,11	28,90	1968
1 399,26	24,49	685,95	47,09	518,49	120,37	193,09	304,46	161,90	29,37	1969
1 466,61	25,23	722,27	51,81	544,97	125,49	202,96	314,97	171,44	29,74	1970
1 508,99	26,53	734,56	50,90	550,41	133,25	208,70	329,28	178,98	30,94	1971
1 575,03	26,03	760,72	51,34	567,59	141,79	215,75	351,32	187,78	33,43	1972
1 654,28	28,45	801,45	55,14	603,57	142,74	225,58	366,73	196,78	35,29	1973
1 663,13	29,92	786,65	57,50	597,66	131,49	226,32	378,51	206,06	35,67	1974
1 638,66	28,70	747,28	53,53	570,00	123,75	222,62	390,96	212,34	36,76	1975
1 727,02	27,51	800,94	58,01	613,73	129,20	236,87	408,28	214,87	38,55	1976
1 779,32	29,07	815,62	58,50	625,12	132,00	248,27	428,74	217,52	40,10	1977
1 834,84	29,99	830,80	59,90	636,92	133,98	258,14	449,72	224,39	41,80	1978
1 916,80	28,67	871,32	63,63	669,77	137,92	270,52	471,32	231,51	43,46	1979
1 934,29	29,25	860,04	64,37	656,03	139,64	273,03	489,51	237,36	45,10	1980
1 940,53	29,41	845,24	62,95	648,78	133,51	272,28	504,30	242,78	46,52	1981
1 927,33	34,73	816,53	61,55	626,43	128,55	267,97	516,02	244,27	47,81	1982
1 960,71	32,05	828,93	61,74	636,07	131,12	272,86	532,36	245,76	48,75	1983
2 018,12	34,11	849,70	62,98	655,05	131,67	284,27	551,51	248,42	50,11	1984
2 067,13	31,85	868,14	64,41	679,17	124,56	289,50	573,68	252,02	51,94	1985
2 119,85	35,15	880,18	63,99	689,57	126,62	293,61	601,15	255,61	54,15	1986
2 146,54	32,09	868,55	66,99	677,00	124,56	301,19	629,96	258,96	55,79	1987
2 228,83	34,48	892,43	66,68	698,64	127,11	315,82	666,93	261,70	57,47	1988
2 310,37	34,97	924,57	69,51	722,60	132,46	330,00	699,09	262,62	59,12	1989
2 438,28	36,54	968,37	69,37	762,21	136,79	355,71	749,18	266,91	61,57	1990
2 543,29	33,80	1 005,84	73,73	789,28	142,83	376,78	791,22	271,25	64,40	1991
2 584,40	36,37	1 002,08	73,72	777,59	150,77	376,92	826,57	275,36	67,10	1992
1 245,54	7,49	462,92	35,89	354,83	72,20	182,75	419,81	138,40	34,17	1993 1. Hj.
				Anteil in vH						
100	*2,3*	*47,9*	*4,5*	*33,7*	*9,7*	*13,5*	*21,5*	*11,6*	*3,1*	1960
100	*2,0*	*48,1*	*4,3*	*34,2*	*9,7*	*13,6*	*21,6*	*11,8*	*2,9*	1961
100	*2,1*	*48,2*	*4,2*	*34,3*	*9,6*	*13,7*	*21,5*	*12,0*	*2,6*	1962
100	*2,1*	*47,8*	*4,2*	*34,0*	*9,6*	*13,7*	*21,7*	*12,2*	*2,6*	1963
100	*1,9*	*48,8*	*4,0*	*34,7*	*10,1*	*13,6*	*21,4*	*11,8*	*2,4*	1964
100	*1,7*	*49,1*	*3,7*	*35,4*	*10,0*	*13,7*	*21,5*	*11,8*	*2,3*	1965
100	*1,8*	*48,7*	*3,7*	*34,9*	*10,1*	*13,6*	*21,7*	*12,0*	*2,3*	1966
100	*1,9*	*47,3*	*3,5*	*34,2*	*9,6*	*13,5*	*22,6*	*12,4*	*2,3*	1967
100	*1,9*	*48,1*	*3,4*	*35,6*	*9,0*	*13,5*	*22,2*	*12,1*	*2,2*	1968
100	*1,8*	*49,0*	*3,4*	*37,1*	*8,6*	*13,8*	*21,8*	*11,6*	*2,1*	1969
100	*1,7*	*49,2*	*3,5*	*37,2*	*8,6*	*13,8*	*21,5*	*11,7*	*2,0*	1970
100	*1,8*	*48,7*	*3,4*	*36,5*	*8,8*	*13,8*	*21,8*	*11,9*	*2,1*	1971
100	*1,7*	*48,3*	*3,3*	*36,0*	*9,0*	*13,7*	*22,3*	*11,9*	*2,1*	1972
100	*1,7*	*48,4*	*3,3*	*36,5*	*8,6*	*13,6*	*22,2*	*11,9*	*2,1*	1973
100	*1,8*	*47,3*	*3,5*	*35,9*	*7,9*	*13,6*	*22,8*	*12,4*	*2,1*	1974
100	*1,8*	*45,6*	*3,3*	*34,8*	*7,6*	*13,6*	*23,9*	*13,0*	*2,2*	1975
100	*1,6*	*46,4*	*3,4*	*35,5*	*7,5*	*13,7*	*23,6*	*12,4*	*2,2*	1976
100	*1,6*	*45,8*	*3,3*	*35,1*	*7,4*	*14,0*	*24,1*	*12,2*	*2,3*	1977
100	*1,6*	*45,3*	*3,3*	*34,7*	*7,3*	*14,1*	*24,5*	*12,2*	*2,3*	1978
100	*1,5*	*45,5*	*3,3*	*34,9*	*7,2*	*14,1*	*24,6*	*12,1*	*2,3*	1979
100	*1,5*	*44,5*	*3,3*	*33,9*	*7,2*	*14,1*	*25,3*	*12,3*	*2,3*	1980
100	*1,5*	*43,6*	*3,2*	*33,4*	*6,9*	*14,0*	*26,0*	*12,5*	*2,4*	1981
100	*1,8*	*42,4*	*3,2*	*32,5*	*6,7*	*13,9*	*26,8*	*12,7*	*2,5*	1982
100	*1,6*	*42,3*	*3,1*	*32,4*	*6,7*	*13,9*	*27,2*	*12,5*	*2,5*	1983
100	*1,7*	*42,1*	*3,1*	*32,5*	*6,5*	*14,1*	*27,3*	*12,3*	*2,5*	1984
100	*1,5*	*42,0*	*3,1*	*32,9*	*6,0*	*14,0*	*27,8*	*12,2*	*2,5*	1985
100	*1,7*	*41,5*	*3,0*	*32,5*	*6,0*	*13,9*	*28,4*	*12,1*	*2,6*	1986
100	*1,5*	*40,5*	*3,1*	*31,5*	*5,8*	*14,0*	*29,3*	*12,1*	*2,6*	1987
100	*1,5*	*40,0*	*3,0*	*31,3*	*5,7*	*14,2*	*29,9*	*11,7*	*2,6*	1988
100	*1,5*	*40,0*	*3,0*	*31,3*	*5,7*	*14,3*	*30,3*	*11,4*	*2,6*	1989
100	*1,5*	*39,7*	*2,8*	*31,3*	*5,6*	*14,6*	*30,7*	*10,9*	*2,5*	1990
100	*1,3*	*39,5*	*2,9*	*31,0*	*5,6*	*14,8*	*31,1*	*10,7*	*2,5*	1991
100	*1,4*	*38,8*	*2,9*	*30,1*	*5,8*	*14,6*	*32,0*	*10,7*	*2,6*	1992
100	*0,6*	*37,2*	*2,9*	*28,5*	*5,8*	*14,7*	*33,7*	*11,1*	*2,7*	1993 1. Hj.

[4]) Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck. — [5]) Von 1960 bis 1967 Bruttowertschöpfung einschließlich (kumulativer) Umsatzsteuer, ab 1968 Bruttowertschöpfung frei von Umsatzsteuer.

Tabelle 27*

Bruttowertschöpfung, Brutto
Früheres
Mrd

Zeitraum[1]	Bruttowertschöpfung, bereinigt[2]	Nichtabziehbare Umsatzsteuer[3]	Einfuhrabgaben[4]	Bruttoinlandsprodukt	Saldo der Erwerbs- und Vermögenseinkommen zwischen Inländern und der übrigen Welt	Bruttosozialprodukt	Abschreibungen	Nettosozialprodukt zu Marktpreisen	Indirekte Steuern[5]	Subventionen	Nettosozialprodukt zu Faktorkosten (Volkseinkommen)
	In jeweiligen Preisen[7]										
1960	297,00	—	5,71	302,71	+ 0,29	303,00	23,63	279,37	41,78	2,52	240,11
1961	325,49	—	6,22	331,71	- 0,31	331,40	27,12	304,28	46,19	2,66	260,75
1962	353,45	—	7,33	360,78	- 0,28	360,50	31,23	329,27	50,06	2,90	282,11
1963	374,29	—	8,08	382,37	- 0,27	382,10	34,99	347,11	52,79	3,48	297,80
1964	412,01	—	8,17	420,18	- 0,58	419,60	38,96	380,64	57,48	4,09	327,25
1965	450,29	—	8,88	459,17	- 0,97	458,20	43,31	414,89	62,19	5,75	358,45
1966	479,53	—	8,70	488,23	- 0,83	487,40	47,77	439,63	65,50	5,65	379,78
1967	485,34	—	9,01	494,35	- 0,65	493,70	50,52	443,18	67,99	5,55	380,74
1968	496,22	30,99	6,07	533,28	+ 0,42	533,70	53,65	480,05	74,94	12,98	418,09
1969	552,48	37,62	6,85	596,95	+ 0,85	597,80	58,20	539,60	88,28	11,62	462,94
1970	627,97	39,91	7,42	675,30	+ 0,40	675,70	68,03	607,67	89,05	11,78	530,40
1971	696,73	45,04	7,98	749,75	+ 0,65	750,40	78,08	672,32	98,69	12,61	586,24
1972	764,87	49,38	8,87	823,12	+ 1,48	824,60	86,73	737,87	110,18	15,78	643,47
1973	855,61	52,26	9,38	917,25	+ 1,55	918,80	95,98	822,82	121,07	18,65	720,40
1974	920,61	54,43	8,89	983,93	- 0,23	983,70	107,78	875,92	125,04	18,86	769,74
1975	959,05	57,31	10,27	1 026,63	+ 1,07	1 027,70	117,24	910,46	130,28	20,39	800,57
1976	1 047,06	61,81	11,63	1 120,50	+ 3,30	1 123,80	125,77	998,03	141,92	22,13	878,24
1977	1 117,16	65,70	12,43	1 195,29	+ 0,31	1 195,60	134,01	1 061,59	152,52	24,63	933,70
1978	1 194,29	76,24	13,02	1 283,55	+ 5,85	1 289,40	144,39	1 145,01	167,56	29,70	1 007,15
1979	1 288,72	87,02	12,70	1 388,44	+ 5,36	1 393,80	157,80	1 236,00	183,16	31,16	1 084,00
1980	1 361,99	96,57	13,48	1 472,04	+ 5,36	1 477,40	175,00	1 302,40	193,47	30,65	1 139,58
1981	1 420,16	100,73	14,08	1 534,97	+ 4,63	1 539,60	190,62	1 348,98	198,29	29,12	1 179,81
1982	1 472,11	101,17	14,81	1 588,09	+ 2,21	1 590,30	203,69	1 386,61	201,68	29,25	1 214,18
1983	1 543,10	109,23	16,21	1 668,54	+ 7,16	1 675,70	214,93	1 460,77	214,39	31,72	1 278,10
1984	1 618,51	115,90	16,48	1 750,89	+12,41	1 763,30	226,37	1 536,93	226,13	36,33	1 347,13
1985	1 690,08	116,66	16,44	1 823,18	+11,32	1 834,50	235,36	1 599,14	230,31	37,94	1 406,77
1986	1 790,39	117,88	17,02	1 925,29	+10,81	1 936,10	243,69	1 692,41	236,17	41,31	1 497,55
1987	1 846,22	125,11	19,15	1 990,48	+12,52	2 003,00	252,30	1 750,70	245,50	44,80	1 550,00
1988	1 946,35	130,10	19,53	2 095,98	+12,02	2 108,00	263,09	1 844,91	257,11	47,74	1 635,54
1989	2 063,53	137,53	23,38	2 224,44	+24,66	2 249,10	279,45	1 969,65	278,33	46,78	1 738,10
1990	2 245,25	154,97	24,98	2 425,20	+23,00	2 448,20	303,01	2 145,19	302,22	48,83	1 891,80
1991	2 429,15	176,59	29,26	2 635,00	+18,70	2 653,70	332,84	2 320,86	338,43	47,20	2 029,63
1992	2 574,95	188,67	30,58	2 794,20	+ 4,60	2 798,80	359,05	2 439,75	364,01	46,58	2 122,32
1989 1. Hj.	992,45	67,87	11,21	1 071,53	+12,07	1 083,60	137,63	945,97	132,52	20,60	834,05
2. Hj.	1 071,08	69,66	12,17	1 152,91	+12,59	1 165,50	141,82	1 023,68	145,81	26,18	904,05
1990 1. Hj.	1 077,13	71,31	11,46	1 159,90	+10,60	1 170,50	148,47	1 022,03	138,88	21,71	904,86
2. Hj.	1 168,12	83,66	13,52	1 265,30	+12,40	1 277,70	154,54	1 123,16	163,34	27,12	986,94
1991 1. Hj.	1 171,75	86,86	13,59	1 272,20	+11,50	1 283,70	162,99	1 120,71	158,08	22,48	985,11
2. Hj.	1 257,40	89,73	15,67	1 362,80	+ 7,20	1 370,00	169,85	1 200,15	180,35	24,72	1 044,52
1992 1. Hj.	1 245,25	95,44	15,01	1 355,70	+ 4,40	1 360,10	176,57	1 183,53	178,05	21,06	1 026,54
2. Hj.	1 329,70	93,23	15,57	1 438,50	+ 0,20	1 438,70	182,48	1 256,22	185,96	25,52	1 095,78
1993 1. Hj.	1 253,80	99,99	14,71	1 368,50	+ 0,50	1 369,00	188,24	1 180,76	180,80	19,51	1 019,47

[1]) Ab 1991 vorläufige Ergebnisse.
[2]) Summe der Bruttowertschöpfung der Wirtschaftsbereiche abzüglich der unterstellten Entgelte für Bankdienstleistungen.
[3]) Kassenaufkommen an Steuern vom Umsatz sowie einbehaltene Umsatzsteuer aufgrund von gesetzlichen Sonderregelungen (u. a. nach dem Berlinförderungsgesetz, für Lieferungen aus der ehemaligen DDR [§ 26 Abs. 4 UStG, bis 30. Juni 1990], für die Landwirtschaft [§ 24 UStG von 1967], für die Besteuerung von Kleinunternehmern [§ 19 UStG von 1979] sowie 1968 einmalig für die Entlastung der Altvorräte [§ 28 UStG von 1967]).
[4]) Einfuhrzölle, Verbrauchsteuern auf Einfuhren, Abschöpfungsbeträge und Währungsausgleichsbeträge auf eingeführte landwirtschaftliche Erzeugnisse, jedoch ohne Einfuhrumsatzsteuer.

inlandsprodukt, Sozialprodukt
Bundesgebiet
DM

Bruttowertschöpfung, bereinigt[2]	Nichtabziehbare Umsatzsteuer[3]	Einfuhrabgaben[4]	Bruttoinlandsprodukt	Saldo der Erwerbs- und Vermögenseinkommen zwischen Inländern und der übrigen Welt	Bruttosozialprodukt	Abschreibungen	Nettosozialprodukt zu Marktpreisen	Nachrichtlich: Produktionspotential[6]	Zeitraum[1]
				In Preisen von 1991					
930,25	64,86	4,89	1 000,00	+ 0,00	1 000,00	78,11	921,89	1 006,75	1960
972,40	68,72	5,18	1 046,30	– 2,90	1 043,40	85,49	957,91	1 061,59	1961
1 015,84	73,04	6,22	1 095,10	– 3,00	1 092,10	93,50	998,60	1 123,00	1962
1 044,18	75,92	5,80	1 125,90	– 3,10	1 122,80	101,43	1 021,37	1 178,60	1963
1 112,33	81,40	7,17	1 200,90	– 4,50	1 196,40	109,58	1 086,82	1 235,44	1964
1 170,72	86,28	8,20	1 265,20	– 6,20	1 259,00	118,19	1 140,81	1 294,52	1965
1 204,08	88,72	7,70	1 300,50	– 6,00	1 294,50	126,68	1 167,82	1 352,08	1966
1 200,82	88,43	7,25	1 296,50	– 5,60	1 290,90	134,16	1 156,74	1 397,38	1967
1 268,14	91,72	7,34	1 367,20	– 2,60	1 364,60	140,94	1 223,66	1 440,50	1968
1 361,97	98,98	8,25	1 469,20	– 3,60	1 465,60	148,60	1 317,00	1 490,15	1969
1 427,49	106,16	9,55	1 543,20	+ 1,90	1 545,10	157,94	1 387,16	1 557,22	1970
1 467,95	111,83	10,62	1 590,40	+ 2,60	1 593,00	168,32	1 424,68	1 628,20	1971
1 529,14	116,95	11,91	1 658,00	+ 4,00	1 662,00	178,80	1 483,20	1 698,48	1972
1 606,34	118,42	12,24	1 737,00	+ 3,70	1 740,70	188,62	1 552,08	1 762,94	1973
1 614,00	116,34	10,06	1 740,40	+ 0,10	1 740,50	196,98	1 543,52	1 809,56	1974
1 588,01	118,48	12,11	1 718,60	+ 2,50	1 721,10	203,65	1 517,45	1 849,00	1975
1 672,87	123,10	14,13	1 810,10	+ 6,00	1 816,10	210,09	1 606,01	1 884,08	1976
1 719,94	127,01	14,65	1 861,60	+ 0,90	1 862,50	216,96	1 645,54	1 925,86	1977
1 770,47	131,70	15,23	1 917,40	+ 9,20	1 926,60	224,43	1 702,17	1 974,19	1978
1 847,92	136,25	14,23	1 998,40	+ 8,10	2 006,50	232,89	1 773,61	2 021,39	1979
1 864,01	138,33	15,66	2 018,00	+ 7,50	2 025,50	241,98	1 783,52	2 073,54	1980
1 868,34	136,03	15,63	2 020,00	+ 6,30	2 026,30	250,50	1 775,80	2 114,22	1981
1 852,99	132,40	15,61	2 001,00	+ 3,10	2 004,10	257,54	1 746,56	2 147,47	1982
1 883,98	135,11	17,11	2 036,20	+ 9,00	2 045,20	265,18	1 780,02	2 175,67	1983
1 939,71	136,32	17,47	2 093,50	+14,90	2 108,40	271,88	1 836,52	2 218,83	1984
1 985,09	132,72	18,19	2 136,00	+13,30	2 149,30	277,54	1 871,76	2 254,39	1985
2 032,93	134,16	19,01	2 186,10	+12,50	2 198,60	283,45	1 915,15	2 305,70	1986
2 054,97	141,53	21,90	2 218,40	+14,20	2 232,60	289,92	1 942,68	2 357,95	1987
2 133,35	145,57	22,08	2 301,00	+13,30	2 314,30	297,26	2 017,04	2 412,27	1988
2 211,50	148,93	23,97	2 384,40	+26,50	2 410,90	306,58	2 104,32	2 468,19	1989
2 332,88	161,62	25,90	2 520,40	+23,80	2 544,20	318,18	2 226,02	2 546,89	1990
2 429,15	176,59	29,26	2 635,00	+18,70	2 653,70	332,84	2 320,86	2 635,00	1991
2 464,69	182,44	28,87	2 676,00	+ 4,50	2 680,50	347,77	2 332,73	2 716,35	1992
1 080,16	73,96	11,68	1 165,80	+13,10	1 178,90	151,98	1 026,92	.	1989 1. Hj.
1 131,34	74,97	12,29	1 218,60	+13,40	1 232,00	154,60	1 077,40	.	2. Hj.
1 135,88	75,45	11,97	1 223,30	+11,20	1 234,50	157,45	1 077,05	.	1990 1. Hj.
1 197,00	86,17	13,93	1 297,10	+12,60	1 309,70	160,73	1 148,97	.	2. Hj.
1 192,75	87,99	14,76	1 295,50	+11,80	1 307,30	164,57	1 142,73	.	1991 1. Hj.
1 236,40	88,60	14,50	1 339,50	+ 6,90	1 346,40	168,27	1 178,13	.	2. Hj.
1 214,03	92,92	14,25	1 321,20	+ 4,30	1 325,50	172,16	1 153,34	.	1992 1. Hj.
1 250,66	89,52	14,62	1 354,80	+ 0,20	1 355,00	175,61	1 179,39	.	2. Hj.
1 183,36	89,46	13,98	1 286,80	+ 0,60	1 287,40	178,79	1 108,61	.	1993 1. Hj.

[5] Produktionssteuern, nichtabziehbare Umsatzsteuer, Einfuhrabgaben.
[6] In der Abgrenzung des Sachverständigenrates. Nähere Erläuterungen siehe Anhang IV, Abschnitt A. „Zur Bestimmung des gesamtwirtschaftlichen Produktionspotentials (Sachkapazitäten)", Seite 272ff.
[7] Von 1960 bis 1967 Bruttowertschöpfung und Einfuhrabgaben einschließlich (kumulativer) Umsatzsteuer, ab 1968 Bruttowertschöpfung und Einfuhrabgaben frei von Umsatzsteuer.

Tabelle 28*

Vierteljahresergebnisse der Sozialproduktsberechnung
Entstehung des Inlandsprodukts
Früheres Bundesgebiet
Mrd DM

Vierteljahr[1]	Brutto-inlands-produkt[2]	Bruttowert-schöpfung		Land- und Forstwirt-schaft, Fischerei	Produ-zierendes Gewerbe	Handel und Verkehr[4]	Dienst-leistungs-unter-nehmen[5]	Staat, private Haus-halte[6]	Nach-richtlich
		bereinigt[3]	unbereinigt						unterstellte Entgelte für Bankdienst-leistungen
	In jeweiligen Preisen								
1988 1. Vj.	494,78	457,38	478,39	2,80	197,82	70,21	142,95	64,61	21,01
2. Vj.	508,48	472,22	493,40	3,61	204,70	72,39	146,25	66,45	21,18
3. Vj.	525,12	488,93	510,30	16,59	203,09	72,91	149,73	67,98	21,37
4. Vj.	567,60	527,82	549,41	10,72	221,15	79,15	153,90	84,49	21,59
1989 1. Vj.	527,23	486,71	508,42	3,61	207,55	73,91	156,11	67,24	21,71
2. Vj.	544,30	505,74	527,48	4,71	219,23	78,19	157,41	67,94	21,74
3. Vj.	553,28	514,78	536,90	17,02	211,51	76,24	162,04	70,09	22,12
4. Vj.	599,63	556,30	579,14	11,87	231,68	82,91	165,39	87,29	22,84
1990 1. Vj.	572,40	530,62	553,98	3,56	227,41	81,74	170,20	71,07	23,36
2. Vj.	587,50	546,51	570,17	5,96	233,06	84,00	174,29	72,86	23,66
3. Vj.	611,20	565,96	590,42	16,76	232,14	87,12	179,83	74,57	24,46
4. Vj.	654,10	602,16	627,93	10,90	246,13	93,70	184,20	93,00	25,77
1991 1. Vj.	619,10	568,19	595,20	2,92	241,43	90,70	186,66	73,49	27,01
2. Vj.	653,10	603,56	631,74	4,07	257,27	95,14	194,33	80,93	28,18
3. Vj.	661,70	611,26	640,38	15,36	249,00	93,00	202,30	80,72	29,12
4. Vj.	701,10	646,14	675,97	11,45	258,14	97,94	207,93	100,51	29,83
1992 1. Vj.	669,70	612,57	643,19	3,77	256,90	94,09	208,81	79,62	30,62
2. Vj.	686,00	632,68	664,18	4,38	263,02	96,75	217,38	82,65	31,50
3. Vj.	702,30	650,74	683,01	14,16	258,31	95,52	225,05	89,97	32,27
4. Vj.	736,20	678,96	711,89	10,70	263,45	99,93	230,41	107,40	32,93
1993 1. Vj.	670,70	612,32	645,97	3,66	238,42	92,62	226,83	84,44	33,65
2. Vj.	697,80	641,48	675,89	4,07	251,18	97,52	235,51	87,61	34,41
	In Preisen von 1991								
1988 1. Vj.	550,40	507,65	531,48	2,49	212,47	74,80	162,11	79,61	23,83
2. Vj.	565,20	524,40	548,06	3,55	221,63	77,51	165,55	79,82	23,66
3. Vj.	581,00	540,35	564,46	16,72	220,71	78,51	168,70	79,82	24,11
4. Vj.	604,40	560,95	584,83	11,72	237,62	85,00	170,57	79,92	23,88
1989 1. Vj.	573,40	529,28	553,88	2,73	220,59	78,03	172,03	80,50	24,60
2. Vj.	592,40	550,88	575,62	3,60	234,17	82,78	174,52	80,55	24,74
3. Vj.	596,20	554,80	579,68	16,44	225,27	81,33	176,42	80,22	24,88
4. Vj.	622,40	576,54	601,19	12,20	244,54	87,86	176,12	80,47	24,65
1990 1. Vj.	604,60	560,43	586,65	2,72	236,52	83,32	182,52	81,57	26,22
2. Vj.	618,70	575,45	601,50	4,43	240,75	86,51	187,81	82,00	26,05
3. Vj.	635,80	588,76	615,30	17,09	237,51	89,52	188,99	82,19	26,54
4. Vj.	661,30	608,24	634,83	12,30	253,59	96,36	189,86	82,72	26,59
1991 1. Vj.	635,20	582,78	611,89	3,06	241,85	91,24	192,31	83,43	29,11
2. Vj.	660,30	609,97	638,45	3,91	257,91	95,18	197,77	83,68	28,48
3. Vj.	662,20	612,45	640,84	15,63	248,77	92,43	199,97	84,04	28,39
4. Vj.	677,30	623,95	652,11	11,20	257,31	97,93	201,17	84,50	28,16
1992 1. Vj.	655,90	600,09	630,51	3,02	249,50	91,87	200,90	85,22	30,42
2. Vj.	665,30	613,94	643,82	3,64	253,61	93,82	207,33	85,42	29,88
3. Vj.	671,70	622,11	651,87	16,53	247,35	93,45	208,73	85,81	29,76
4. Vj.	683,10	628,55	658,20	13,18	251,62	97,78	209,61	86,01	29,65
1993 1. Vj.	633,90	580,98	612,37	3,51	226,18	89,54	206,88	86,26	31,39
2. Vj.	652,90	602,38	633,17	3,98	236,74	93,21	212,93	86,31	30,79

[1] Ab 1991 vorläufige Ergebnisse.
[2] Bereinigte Bruttowertschöpfung zuzüglich der nichtabziehbaren Umsatzsteuer und der Einfuhrabgaben.
[3] Summe der Bruttowertschöpfung der Wirtschaftsbereiche nach Abzug der unterstellten Entgelte für Bankdienstleistungen.
[4] Einschließlich Nachrichtenübermittlung.
[5] Kreditinstitute, Versicherungsunternehmen, Wohnungsvermietung (einschließlich Eigennutzung durch den Eigentümer), sonstige Dienstleistungsunternehmen.
[6] Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck.

Verteilung des Volkseinkommens

Früheres Bundesgebiet
Mrd DM

Zeitraum [1]	Volks-einkommen	Einkommen aus unselbständiger Arbeit		Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen					Nachrichtlich
				insgesamt		der privaten Haushalte [5]	der Unternehmen mit eigener Rechtspersönlichkeit = unverteilte Gewinne [6]	des Staates [7]	Bruttoeinkommen der Produktionsunternehmen [8]
		brutto [2]	netto [3]	brutto	netto [4]				
1960	240,11	144,39	104,89	95,72	75,44	81,05	12,60	2,07	86,64
1961	260,75	162,81	117,36	97,94	75,12	82,26	13,18	2,50	88,43
1962	282,11	180,13	129,26	101,98	77,01	87,09	12,47	2,42	92,10
1963	297,80	193,15	138,06	104,65	78,52	88,85	13,19	2,61	93,62
1964	327,25	211,17	151,16	116,08	88,14	98,70	14,74	2,64	103,62
1965	358,45	234,13	168,32	124,32	96,73	105,72	16,01	2,59	109,91
1966	379,78	252,06	178,28	127,72	99,11	110,12	15,30	2,30	110,40
1967	380,74	251,84	177,45	128,90	99,81	112,98	14,33	1,59	110,67
1968	418,09	270,38	187,05	147,71	116,11	126,89	18,75	2,07	126,02
1969	462,94	304,07	206,54	158,87	123,36	133,89	22,88	2,10	132,75
1970	530,40	360,64	238,60	169,76	137,28	151,97	15,58	2,21	140,82
1971	586,24	408,74	265,20	177,50	143,09	159,15	16,42	1,93	145,54
1972	643,47	452,48	293,27	190,99	153,78	166,52	24,22	0,25	153,00
1973	720,40	514,50	320,67	205,90	158,92	178,31	26,96	0,63	159,44
1974	769,74	568,62	348,32	201,12	154,33	174,24	28,27	– 1,39	151,52
1975	800,57	593,59	362,10	206,98	161,98	180,70	30,61	– 4,33	148,38
1976	878,24	640,55	379,08	237,69	184,69	206,26	38,25	– 6,82	179,82
1977	933,70	688,05	404,24	245,65	181,05	215,44	39,65	– 9,44	188,83
1978	1 007,15	734,55	435,04	272,60	207,92	231,92	49,49	– 8,81	210,57
1979	1 084,00	794,58	472,44	289,42	224,60	246,10	52,30	– 8,98	225,79
1980	1 139,58	863,88	506,23	275,70	214,73	237,61	49,89	–11,80	205,19
1981	1 179,81	905,98	529,84	273,83	214,45	233,64	54,90	–14,71	191,20
1982	1 214,18	933,93	539,98	280,25	221,67	242,34	51,74	–13,83	186,30
1983	1 278,10	953,44	544,58	324,66	265,60	271,88	72,14	–19,36	232,89
1984	1 347,13	988,33	556,40	358,80	296,18	299,71	79,80	–20,71	258,94
1985	1 406,77	1 026,41	570,97	380,36	309,12	321,26	79,63	–20,53	275,54
1986	1 497,55	1 079,49	602,40	418,06	344,50	359,55	81,81	–23,30	318,10
1987	1 550,00	1 124,70	621,12	425,30	356,00	366,61	89,43	–30,74	326,26
1988	1 635,54	1 169,38	647,79	466,16	390,30	406,53	99,55	–39,92	364,54
1989	1 738,10	1 221,89	671,57	516,21	426,30	443,03	102,19	–29,01	388,61
1990	1 891,80	1 317,10	743,55	574,70	493,78	495,93	107,85	–29,08	438,48
1991	2 029,63	1 423,01	779,89	606,62	514,63	515,01	130,37	–38,76	453,57
1992	2 122,32	1 508,39	816,31	613,93	519,68	523,71	126,78	–36,56	446,50
1988 1. Hj.	776,96	545,23	303,37	231,73	196,53	254,58		–22,85	.
2. Hj.	858,58	624,15	344,42	234,43	193,77	251,50		–17,07	.
1989 1. Hj.	834,05	570,54	314,07	263,51	220,66	275,65		–12,14	.
2. Hj.	904,05	651,35	357,50	252,70	205,64	269,57		–16,87	.
1990 1. Hj.	904,86	613,94	347,80	290,92	251,92	302,84		–11,92	.
2. Hj.	986,94	703,16	395,75	283,78	241,86	300,94		–17,16	.
1991 1. Hj.	985,11	661,08	366,91	324,03	282,89	341,66		–17,63	.
2. Hj.	1 044,52	761,93	412,98	282,59	231,74	303,72		–21,13	.
1992 1. Hj.	1 026,54	699,79	376,34	326,75	278,79	341,27		–14,52	.
2. Hj.	1 095,78	808,60	439,97	287,18	240,89	309,22		–22,04	.
1993 1. Hj.	1 019,47	717,22	385,11	302,25	256,42	322,01		–19,76	.

[1]) Ab 1991 vorläufige Ergebnisse. — [2]) Bruttolohn- und -gehaltssumme zuzüglich tatsächlicher und unterstellter Sozialbeiträge der Arbeitgeber. — [3]) Bruttolohn- und -gehaltssumme abzüglich Lohnsteuer (ohne Lohnsteuer auf Pensionen) und Sozialbeiträge der Arbeitnehmer. — [4]) Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen abzüglich öffentlicher Abgaben auf Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen (direkte Steuern vor Abzug der Investitionszulage [ab 1969], Lastenausgleichsabgaben, Pflichtbeiträge der Selbständigen; rückzahlbarer Konjunkturzuschlag [1970/71]) zuzüglich „Sonstige Zu- und Absetzungen" (Saldo der Sozialbeiträge, der sozialen Leistungen der Unternehmen, der Schadenversicherungstransaktionen sowie der übrigen laufenden Übertragungen der Unternehmen mit eigener Rechtspersönlichkeit). — [5]) Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck. Nach Abzug der Zinsen auf Konsumentenschulden; einschließlich nichtentnommener Gewinne der Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit. — [6]) Vor der Umverteilung. — [7]) Nach Abzug der Zinsen auf öffentliche Schulden. — [8]) Im Inland entstandene Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen (ohne Kreditinstitute und Versicherungsunternehmen sowie ohne die Einkommen aus Wohnungsvermietung) zuzüglich der Ausschüttungen an die Unternehmen mit eigener Rechtspersönlichkeit von der übrigen Welt abzüglich der per saldo geleisteten Zinsen und Nettopachten.

Tabelle 30*

Verwendung des Volkseinkommens

Früheres Bundesgebiet

Mrd DM

Jahr[1]	Volkseinkommen[2]	Indirekte Steuern abzüglich Subventionen	Nettosozialprodukt zu Marktpreisen[3]	Davon								
				Privater Verbrauch	Staatsverbrauch	Nettoinvestitionen[4]			Außenbeitrag[5]			
						zusammen	davon		zusammen	davon Saldo der		
							Unternehmen[6]	Staat		Warenumsätze	Dienstleistungsumsätze	Erwerbs- und Vermögenseinkommen
1960	240,11	39,26	279,37	171,84	40,45	59,15	50,55	8,60	7,93	8,70	– 1,06	0,29
1961	260,75	43,53	304,28	188,33	45,78	63,04	52,84	10,20	7,13	9,72	– 2,28	– 0,31
1962	282,11	47,16	329,27	204,79	52,83	67,35	54,47	12,88	4,30	7,63	– 3,05	– 0,28
1963	297,80	49,31	347,11	216,79	59,39	65,32	49,78	15,54	5,61	9,15	– 3,27	– 0,27
1964	327,25	53,39	380,64	233,50	62,10	79,14	60,00	19,14	5,90	10,20	– 3,72	– 0,58
1965	358,45	56,44	414,89	257,62	69,65	87,29	68,37	18,92	0,33	5,47	– 4,17	– 0,97
1966	379,78	59,85	439,63	275,06	75,45	81,70	62,65	19,05	7,42	12,26	– 4,01	– 0,83
1967	380,74	62,44	443,18	282,63	80,05	63,16	46,56	16,60	17,34	21,49	– 3,50	– 0,65
1968	418,09	61,96	480,05	300,74	82,73	76,84	58,64	18,20	19,74	22,58	– 3,26	0,42
1969	462,94	76,66	539,60	330,90	93,12	98,00	77,01	20,99	17,58	20,99	– 4,26	0,85
1970	530,40	77,27	607,67	368,85	106,47	118,22	90,20	28,02	14,13	21,68	– 7,95	0,40
1971	586,24	86,08	672,32	408,98	126,76	122,50	92,38	30,12	14,08	22,41	– 8,98	0,65
1972	643,47	94,40	737,87	451,96	141,04	126,74	97,08	29,66	18,13	26,50	– 9,85	1,48
1973	720,40	102,42	822,82	495,59	163,09	135,66	105,23	30,43	28,48	39,67	–12,74	1,55
1974	769,74	106,18	875,92	533,64	190,11	108,64	73,81	34,83	43,53	55,80	–12,04	– 0,23
1975	800,57	109,89	910,46	583,45	210,08	85,81	51,30	34,51	31,12	42,85	–12,80	1,07
1976	878,24	119,79	998,03	631,87	221,86	115,56	82,42	33,14	28,74	39,55	–14,11	3,30
1977	933,70	127,89	1 061,59	682,13	235,13	115,41	83,02	32,39	28,92	44,00	–15,39	0,31
1978	1 007,15	137,86	1 145,01	725,94	253,09	127,74	92,85	34,89	38,24	47,92	–15,53	5,85
1979	1 084,00	152,00	1 236,00	781,31	273,54	166,49	127,10	39,39	14,66	30,35	–21,05	5,36
1980	1 139,58	162,82	1 302,40	837,02	298,02	168,85	125,31	43,54	– 1,49	15,04	–21,89	5,36
1981	1 179,81	169,17	1 348,98	883,52	318,39	130,12	90,89	39,23	16,95	35,49	–23,17	4,63
1982	1 214,18	172,43	1 386,61	916,10	326,44	103,72	69,79	33,93	40,35	59,54	–21,40	2,21
1983	1 278,10	182,67	1 460,77	959,28	336,44	124,38	94,32	30,06	40,67	54,17	–20,66	7,16
1984	1 347,13	189,80	1 536,93	1 001,20	350,44	129,62	100,14	29,48	55,67	62,00	–18,74	12,41
1985	1 406,77	192,37	1 599,14	1 036,53	365,72	121,70	91,91	29,79	75,19	80,89	–17,02	11,32
1986	1 497,55	194,86	1 692,41	1 066,43	382,55	132,71	98,99	33,72	110,72	118,27	–18,36	10,81
1987	1 550,00	200,70	1 750,70	1 108,02	397,28	132,92	99,00	33,92	112,48	122,96	–23,00	12,52
1988	1 635,54	209,37	1 844,91	1 153,69	412,38	157,11	122,89	34,22	121,73	136,25	–26,54	12,02
1989	1 738,10	231,55	1 969,65	1 220,95	418,82	185,08	148,26	36,82	144,80	141,04	–20,90	24,66
1990	1 891,80	253,39	2 145,19	1 318,66	444,07	216,58	177,71	38,87	165,88	145,19	– 2,31	23,00
1991	2 029,63	291,23	2 320,86	1 428,31	466,53	238,66	196,05	42,61	187,36	161,25	7,41	18,70
1992	2 122,32	317,43	2 439,75	1 510,03	500,61	229,92	183,69	46,23	199,19	203,40	– 8,81	4,60

[1]) Ab 1991 vorläufige Ergebnisse.
[2]) Nettosozialprodukt zu Faktorkosten.
[3]) Bruttosozialprodukt zu Marktpreisen abzüglich Abschreibungen.
[4]) Bruttoinvestitionen (Anlageinvestitionen und Vorratsveränderung) abzüglich Abschreibungen.
[5]) Ausfuhr minus Einfuhr in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen.
[6]) Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck.

Einkommen, Produktivität und Lohnstückkosten

Früheres Bundesgebiet

Zeitraum[1]	Volkseinkommen je Einwohner		Brutto- lohn- und -gehaltssumme je beschäftigten Arbeitnehmer[2]		Netto- lohn- und -gehaltssumme je beschäftigten Arbeitnehmer[2]		Produktivität[3]		Lohnstückkosten[4]
	DM	1991 = 100	DM	1991 = 100	DM	1991 = 100	DM	1991 = 100	
1960	4 332	13,7	6 148	13,8	5 178	17,2	38 369	42,6	30,6
1961	4 641	14,7	6 775	15,2	5 661	18,8	39 594	43,9	32,7
1962	4 963	15,7	7 395	16,6	6 146	20,4	41 296	45,8	34,2
1963	5 189	16,4	7 850	17,6	6 494	21,6	42 357	47,0	35,4
1964	5 645	17,8	8 556	19,2	7 036	23,4	45 140	50,1	35,9
1965	6 115	19,3	9 336	21,0	7 736	25,7	47 288	52,5	37,5
1966	6 421	20,3	10 014	22,5	8 191	27,3	48 757	54,1	39,2
1967	6 422	20,3	10 349	23,2	8 428	28,0	50 244	55,7	39,3
1968	7 027	22,2	10 988	24,7	8 830	29,4	52 939	58,7	39,8
1969	7 707	24,3	12 003	27,0	9 495	31,6	56 016	62,1	41,2
1970	8 745	27,6	13 841	31,1	10 726	35,7	58 102	64,4	46,0
1971	9 566	30,2	15 403	34,6	11 732	39,0	59 637	66,1	50,0
1972	10 434	32,9	16 783	37,7	12 840	42,7	61 926	68,7	52,7
1973	11 624	36,7	18 631	41,8	13 809	45,9	64 176	71,2	56,9
1974	12 404	39,2	20 649	46,4	15 121	50,3	65 091	72,2	62,5
1975	12 948	40,9	21 931	49,2	16 117	53,6	66 049	73,3	65,9
1976	14 273	45,1	23 440	52,6	16 839	56,0	69 937	77,6	67,1
1977	15 207	48,0	25 035	56,2	17 819	59,3	71 824	79,7	69,6
1978	16 423	51,8	26 355	59,2	18 947	63,0	73 379	81,4	71,9
1979	17 667	55,8	27 849	62,5	20 128	67,0	75 218	83,4	74,2
1980	18 510	58,4	29 691	66,7	21 184	70,5	74 796	83,0	79,6
1981	19 127	60,4	31 116	69,9	22 163	73,7	74 951	83,1	83,3
1982	19 699	62,2	32 338	72,6	22 843	76,0	75 141	83,3	86,6
1983	20 808	65,7	33 376	75,0	23 380	77,8	77 567	86,0	86,9
1984	22 021	69,5	34 385	77,2	23 828	79,3	79 622	88,3	87,6
1985	23 053	72,8	35 391	79,5	24 236	80,6	80 637	89,4	89,0
1986	24 523	77,4	36 664	82,3	25 194	83,8	81 401	90,3	91,4
1987	25 378	80,1	37 812	84,9	25 729	85,6	82 011	91,0	93,6
1988	26 616	84,0	38 944	87,5	26 587	88,5	84 406	93,6	93,7
1989	28 005	88,4	40 114	90,1	27 134	90,3	86 210	95,6	94,3
1990	29 908	94,4	42 013	94,3	29 205	97,2	88 500	98,2	96,3
1991	31 676	100	44 531	100	30 055	100	90 156	100	100
1992	32 719	103,3	46 981	105,5	31 293	104,1	90 752	100,7	104,7
1988 1. Hj.	12 671	80,0	18 276	82,1	12 550	83,5	41 230	91,5	90,1
2. Hj.	13 943	88,0	20 649	92,7	14 025	93,3	43 162	95,7	97,0
1989 1. Hj.	13 489	85,2	18 856	84,7	12 795	85,1	42 476	94,2	90,1
2. Hj.	14 513	91,6	21 238	95,4	14 327	95,3	43 724	97,0	98,4
1990 1. Hj.	14 367	90,7	19 717	88,6	13 786	91,7	43 421	96,3	92,3
2. Hj.	15 536	98,1	22 273	100,0	15 404	102,5	45 062	100,0	100,0
1991 1. Hj.	15 425	97,4	20 786	93,4	14 233	94,7	44 669	99,1	94,4
2. Hj.	16 248	102,6	23 725	106,6	15 811	105,2	45 481	100,9	105,4
1992 1. Hj.	15 881	100,3	21 798	97,9	14 455	96,2	44 902	99,6	98,3
2. Hj.	16 834	106,3	25 177	113,1	16 833	112,0	45 848	101,7	110,8
1993 1. Hj.	...	...	22 599	101,5	15 028	100,0	44 325	98,3	103,7

[1] Ab 1991 vorläufige Ergebnisse.
[2] Arbeitnehmer, die ihren ständigen Wohnsitz im früheren Bundesgebiet haben (Inländerkonzept).
[3] Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1991 je Erwerbstätigen (Inlandskonzept).
[4] Lohnkosten je Produkteinheit berechnet als: $\frac{\text{Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit je beschäftigten Arbeitnehmer (Inlandskonzept)}}{\text{Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1991 je Erwerbstätigen (Inlandskonzept)}}$

Tabelle 32 *

Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit nach Wirtschaftsbereichen [1])

Früheres Bundesgebiet

Jahr [2])	Insgesamt	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	Produzierendes Gewerbe				Handel und Verkehr [3])	Dienstleistungsunternehmen [4])	Staat	Private Haushalte [5])
			zusammen	Energie- und Wasserversorgung, Bergbau	Verarbeitendes Gewerbe	Baugewerbe				
	Mrd DM									
1960	143,16	2,69	81,67	6,99	62,04	12,64	23,41	10,20	20,44	4,75
1961	161,64	2,70	92,99	7,44	70,66	14,89	25,77	11,77	23,44	4,97
1962	178,84	2,85	103,47	7,85	78,58	17,04	28,40	13,53	25,59	5,00
1963	191,86	2,94	108,60	7,99	82,07	18,54	31,44	15,13	28,38	5,37
1964	209,93	3,05	119,19	8,02	89,28	21,89	34,45	16,59	30,99	5,66
1965	232,96	3,15	132,03	8,83	99,78	23,42	37,99	18,37	35,27	6,15
1966	250,83	3,30	139,87	9,00	105,78	25,09	41,52	20,15	39,39	6,60
1967	250,35	3,06	134,21	8,70	102,46	23,05	42,46	21,84	41,78	7,00
1968	268,84	2,95	145,78	8,66	112,76	24,36	44,83	23,41	44,51	7,36
1969	302,62	3,13	165,29	9,40	129,56	26,33	49,59	25,97	50,45	8,19
1970	359,29	3,53	199,40	11,27	155,61	32,52	57,65	30,47	59,20	9,04
1971	406,82	3,71	219,96	12,69	169,66	37,61	66,04	35,74	70,70	10,67
1972	450,56	3,82	239,48	13,40	182,45	43,63	74,74	40,64	79,41	12,47
1973	512,63	4,04	268,91	14,75	206,57	47,59	85,27	47,12	92,48	14,81
1974	566,60	4,41	289,27	16,79	225,00	47,48	93,69	55,13	107,48	16,62
1975	591,24	4,54	291,41	18,44	226,69	46,28	99,06	61,27	116,86	18,10
1976	637,94	4,82	314,36	19,54	245,77	49,05	106,79	68,73	123,26	19,98
1977	685,41	5,22	337,59	20,96	266,02	50,61	113,87	75,01	131,59	22,13
1978	731,74	5,53	357,79	21,99	281,95	53,85	121,99	82,02	140,34	24,07
1979	791,66	5,87	388,68	23,88	305,43	59,37	130,48	90,12	150,32	26,19
1980	860,88	6,22	422,33	26,15	330,49	65,69	142,03	99,13	162,45	28,72
1981	902,55	6,32	435,42	27,89	340,75	66,78	149,12	107,82	172,78	31,09
1982	929,75	6,61	444,53	28,92	348,31	67,30	153,36	114,35	177,84	33,06
1983	949,03	6,76	449,76	29,66	352,03	68,07	155,58	118,64	183,37	34,92
1984	983,69	7,01	467,37	30,30	367,20	69,87	160,82	124,83	187,01	36,65
1985	1 021,42	7,10	483,40	31,29	387,31	64,80	165,85	131,95	193,88	39,24
1986	1 074,44	7,12	507,18	32,21	407,39	67,58	173,26	140,71	203,30	42,87
1987	1 119,35	6,95	526,48	33,36	425,35	67,77	180,65	148,18	211,50	45,59
1988	1 163,78	7,07	545,29	33,96	440,00	71,33	188,61	158,05	216,92	47,84
1989	1 216,25	7,09	571,02	33,85	461,68	75,49	197,27	168,14	222,84	49,89
1990	1 315,52	7,43	619,14	35,36	499,73	84,05	213,23	185,45	236,29	53,98
1991	1 432,20	7,95	665,14	37,83	535,89	91,42	237,06	209,35	252,94	59,76
1992	1 523,32	8,23	695,09	39,67	556,98	98,44	254,80	230,26	269,28	65,66
	Anteil in vH									
1960	*100*	*1,9*	*57,0*	*4,9*	*43,3*	*8,8*	*16,4*	*7,1*	*14,3*	*3,3*
1965	*100*	*1,4*	*56,7*	*3,8*	*42,8*	*10,1*	*16,3*	*7,9*	*15,1*	*2,6*
1966	*100*	*1,3*	*55,8*	*3,6*	*42,2*	*10,0*	*16,6*	*8,0*	*15,7*	*2,6*
1967	*100*	*1,2*	*53,6*	*3,5*	*40,9*	*9,2*	*17,0*	*8,7*	*16,7*	*2,8*
1968	*100*	*1,1*	*54,2*	*3,2*	*41,9*	*9,1*	*16,7*	*8,7*	*16,6*	*2,7*
1969	*100*	*1,0*	*54,6*	*3,1*	*42,8*	*8,7*	*16,4*	*8,6*	*16,7*	*2,7*
1970	*100*	*1,0*	*55,5*	*3,1*	*43,3*	*9,1*	*16,0*	*8,5*	*16,5*	*2,5*
1971	*100*	*0,9*	*54,1*	*3,1*	*41,7*	*9,2*	*16,2*	*8,8*	*17,4*	*2,6*
1972	*100*	*0,8*	*53,2*	*3,0*	*40,5*	*9,7*	*16,6*	*9,0*	*17,6*	*2,8*
1973	*100*	*0,8*	*52,5*	*2,9*	*40,3*	*9,3*	*16,6*	*9,2*	*18,0*	*2,9*
1974	*100*	*0,8*	*51,1*	*3,0*	*39,7*	*8,4*	*16,5*	*9,7*	*19,0*	*2,9*
1975	*100*	*0,8*	*49,3*	*3,1*	*38,3*	*7,8*	*16,8*	*10,4*	*19,8*	*3,1*
1976	*100*	*0,8*	*49,3*	*3,1*	*38,5*	*7,7*	*16,7*	*10,8*	*19,3*	*3,1*
1977	*100*	*0,8*	*49,3*	*3,1*	*38,8*	*7,4*	*16,6*	*10,9*	*19,2*	*3,2*
1978	*100*	*0,8*	*48,9*	*3,0*	*38,5*	*7,4*	*16,7*	*11,2*	*19,2*	*3,3*
1979	*100*	*0,7*	*49,1*	*3,0*	*38,6*	*7,5*	*16,5*	*11,4*	*19,0*	*3,3*
1980	*100*	*0,7*	*49,1*	*3,0*	*38,4*	*7,6*	*16,5*	*11,5*	*18,9*	*3,3*
1981	*100*	*0,7*	*48,2*	*3,1*	*37,8*	*7,4*	*16,5*	*11,9*	*19,1*	*3,4*
1982	*100*	*0,7*	*47,8*	*3,1*	*37,5*	*7,2*	*16,5*	*12,3*	*19,1*	*3,6*
1983	*100*	*0,7*	*47,4*	*3,1*	*37,1*	*7,2*	*16,4*	*12,5*	*19,3*	*3,7*
1984	*100*	*0,7*	*47,5*	*3,1*	*37,3*	*7,1*	*16,3*	*12,7*	*19,0*	*3,7*
1985	*100*	*0,7*	*47,3*	*3,1*	*37,9*	*6,3*	*16,2*	*12,9*	*19,0*	*3,8*
1986	*100*	*0,7*	*47,2*	*3,0*	*37,9*	*6,3*	*16,1*	*13,1*	*18,9*	*4,0*
1987	*100*	*0,6*	*47,0*	*3,0*	*38,0*	*6,1*	*16,1*	*13,2*	*18,9*	*4,1*
1988	*100*	*0,6*	*46,9*	*2,9*	*37,8*	*6,1*	*16,2*	*13,6*	*18,6*	*4,1*
1989	*100*	*0,6*	*46,9*	*2,8*	*38,0*	*6,2*	*16,2*	*13,8*	*18,3*	*4,1*
1990	*100*	*0,6*	*47,1*	*2,7*	*38,0*	*6,4*	*16,2*	*14,1*	*18,0*	*4,1*
1991	*100*	*0,6*	*46,4*	*2,6*	*37,4*	*6,4*	*16,6*	*14,6*	*17,7*	*4,2*
1992	*100*	*0,5*	*45,6*	*2,6*	*36,6*	*6,5*	*16,7*	*15,1*	*17,7*	*4,3*

[1]) Inlandskonzept. — [2]) Ab 1991 vorläufige Ergebnisse. — [3]) Einschließlich Nachrichtenübermittlung. — [4]) Kreditinstitute, Versicherungsunternehmen, Wohnungsvermietung, sonstige Dienstleistungsunternehmen. — [5]) Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck.

Produktivität und Lohnstückkosten nach Wirtschaftsbereichen

Früheres Bundesgebiet

Jahr [1]	Insgesamt	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	Produzierendes Gewerbe				Handel und Verkehr [2]	Dienstleistungsunternehmen [3]	Staat	Private Haushalte [4]
			zusammen	Energie- und Wasserversorgung, Bergbau	Verarbeitendes Gewerbe	Baugewerbe				
	Produktivität [5] (DM)									
1960	36 320	6 085	36 289	57 175	33 175	43 043	26 920	86 265	52 531	38 037
1961	37 486	5 758	37 225	58 781	34 173	43 958	27 962	88 932	52 675	38 795
1962	39 043	6 447	38 594	62 550	35 688	43 961	29 387	90 488	53 007	40 163
1963	40 078	7 042	39 370	67 083	36 640	42 963	30 029	90 870	53 306	40 559
1964	42 679	7 209	42 651	68 991	39 823	47 033	32 124	93 896	52 898	41 300
1965	44 692	7 156	44 590	68 636	42 056	48 655	34 101	96 780	53 588	42 431
1966	46 153	7 760	46 035	72 197	43 215	50 813	34 798	98 305	54 734	43 261
1967	47 680	8 939	47 466	73 230	44 627	52 686	35 330	100 191	54 876	43 607
1968	50 415	9 972	50 800	80 676	48 901	51 536	37 562	101 777	56 051	44 393
1969	53 350	10 225	53 897	87 365	52 463	52 221	40 961	105 605	56 628	45 185
1970	55 219	11 154	55 615	94 029	53 867	54 114	42 683	107 388	57 569	46 109
1971	56 584	12 467	56 718	92 545	54 762	56 702	43 762	108 351	57 494	46 317
1972	58 827	12 797	59 650	96 685	57 553	60 081	44 284	112 171	57 531	46 495
1973	61 120	14 620	62 574	107 276	60 807	60 279	45 572	113 433	58 340	46 680
1974	62 201	16 217	63 445	113 189	61 678	59 741	46 019	113 292	59 162	47 434
1975	62 977	16 409	64 288	106 421	62 658	61 141	45 694	114 182	59 263	47 865
1976	66 727	17 013	70 227	116 720	69 020	64 087	48 469	115 726	58 965	48 127
1977	68 649	18 950	71 414	117 706	70 026	66 099	50 896	119 793	59 141	48 372
1978	70 220	20 087	72 820	122 245	71 516	66 557	52 553	121 809	59 615	48 605
1979	72 147	20 333	75 244	130 926	74 328	66 212	54 310	122 740	59 930	48 613
1980	71 693	20 848	73 376	130 568	72 139	65 436	54 259	123 302	60 412	48 757
1981	72 002	21 499	73 321	125 900	72 652	63 637	54 099	123 603	60 832	48 917
1982	72 374	26 271	73 054	122 610	72 261	64 083	53 831	124 312	60 688	48 936
1983	74 691	25 039	76 455	122 988	75 912	66 864	55 697	127 359	60 622	48 946
1984	76 755	27 530	78 742	126 976	78 534	67 385	57 932	129 341	61 097	48 840
1985	78 037	26 630	80 383	130 915	80 423	66 860	58 853	130 649	61 200	48 770
1986	78 934	29 864	80 662	130 061	80 369	68 815	59 243	133 057	61 121	48 740
1987	79 355	28 524	79 764	136 714	78 858	68 666	60 094	135 359	61 278	48 767
1988	81 759	31 985	82 161	138 054	81 531	70 227	62 182	138 425	61 620	48 828
1989	83 534	34 018	84 075	147 267	83 134	72 264	63 978	140 042	61 460	48 860
1990	85 617	36 724	85 628	148 863	85 335	71 580	66 938	141 515	62 000	48 788
1991	87 019	35 062	87 495	160 283	86 925	73 021	67 925	141 542	62 979	48 677
1992	87 645	39 361	88 258	163 459	87 057	76 494	66 759	141 463	63 447	48 623
	Lohnstückkosten [6] (1991 = 100)									
1960	31,2	93,3	28,2	31,9	29,9	21,8	33,1	22,8	19,9	17,6
1961	33,4	107,5	30,4	34,1	31,9	24,5	34,6	24,9	21,4	18,9
1962	34,9	108,8	32,2	35,0	33,7	26,7	35,8	27,1	22,0	19,9
1963	36,1	106,6	33,1	34,9	34,5	28,3	38,2	28,8	23,4	21,0
1964	36,7	112,4	33,2	34,6	34,4	29,5	39,0	29,6	24,7	22,1
1965	38,3	123,6	34,7	38,8	35,6	30,4	40,6	30,8	26,9	24,0
1966	40,0	123,1	36,0	38,7	37,1	31,5	43,2	32,3	28,5	25,6
1967	40,0	109,5	35,7	39,8	36,9	30,5	44,4	33,5	29,4	26,3
1968	40,3	101,5	35,9	38,2	36,7	32,4	44,2	34,5	30,4	27,4
1969	41,7	106,8	37,0	38,9	37,5	34,2	44,2	36,0	33,4	30,1
1970	46,8	111,2	42,3	42,4	42,7	40,6	48,4	40,5	37,0	32,8
1971	50,8	108,6	45,7	48,6	45,9	44,0	52,8	44,7	42,4	37,2
1972	53,6	112,5	48,0	50,9	47,9	47,9	57,2	47,0	45,4	40,2
1973	57,7	107,3	51,1	52,1	50,9	51,9	62,1	51,8	50,4	45,2
1974	63,2	108,8	56,0	56,9	55,9	56,5	67,7	58,0	55,9	50,2
1975	66,7	113,8	59,5	67,1	59,1	58,8	72,5	61,8	59,0	53,1
1976	67,8	120,8	59,8	65,6	59,4	59,9	73,1	65,4	61,5	55,9
1977	70,3	115,1	63,0	69,8	63,0	60,4	73,9	67,6	64,9	59,5
1978	72,5	113,2	65,4	71,5	65,5	63,2	75,9	70,1	67,1	62,1
1979	74,6	117,8	67,7	73,1	67,4	67,3	77,3	73,1	69,6	64,9
1980	80,2	121,7	74,4	79,2	74,3	73,3	83,1	76,9	73,4	68,6
1981	83,7	121,9	78,0	86,3	77,5	78,0	87,3	81,0	76,3	72,0
1982	86,8	104,3	82,5	91,6	82,0	82,1	91,4	84,0	78,1	74,5
1983	87,1	112,4	82,3	93,6	81,7	81,2	91,4	84,7	80,0	77,2
1984	87,7	105,1	83,4	93,8	82,8	83,0	90,9	86,3	80,7	78,8
1985	88,8	111,4	84,4	94,7	84,1	81,6	92,2	87,8	82,5	81,4
1986	91,0	101,7	87,2	98,1	87,1	83,8	94,9	89,6	85,3	85,3
1987	93,4	108,4	91,6	97,0	92,4	85,5	96,4	89,8	87,6	88,1
1988	93,3	99,6	92,4	99,3	92,6	88,4	95,8	90,4	88,9	89,7
1989	94,0	95,6	93,5	94,9	94,1	89,8	95,7	91,8	91,0	90,9
1990	96,0	90,8	96,7	99,3	96,5	96,3	95,7	94,0	94,9	94,5
1991	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1992	104,6	93,4	105,0	104,9	105,7	101,8	107,4	105,0	104,9	105,5

[1] Ab 1991 vorläufige Ergebnisse. — [2] Einschließlich Nachrichtenübermittlung. — [3] Kreditinstitute, Versicherungsunternehmen, Wohnungsvermietung (einschließlich Eigennutzung durch den Eigentümer), sonstige Dienstleistungsunternehmen. — [4] Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck. — [5] Bruttowertschöpfung in Preisen von 1991 je Erwerbstätigen (Inlandskonzept). — [6] Lohnkosten je Produkteinheit berechnet als: Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit je beschäftigten Arbeitnehmer (Inland) in Relation zur Bruttowertschöpfung in Preisen von 1991 je Erwerbstätigen (Inland).

Tabelle 34 *

Einkommen und Einkommens

Früheres

Mrd

Zeitraum [2]	Erwerbs- und Vermögenseinkommen					Zinsen auf Konsumentenschulden	Empfangene [4]	Geleistete [5]	Verfügbares Einkommen insgesamt [3]
	insgesamt [3]	Bruttoeinkommen aus			Vermögenseinkommen		laufende Übertragungen		
		unselbständiger Arbeit		Unternehmertätigkeit [3]					
		zusammen	darunter Bruttolohn- und -gehaltssumme						
1960	226,35	144,39	124,54	76,40	5,56	0,91	44,42	59,48	210,38
1961	246,16	162,81	140,44	77,30	6,05	1,09	48,64	68,91	224,80
1962	268,46	180,13	155,54	81,79	6,54	1,24	53,35	77,55	243,02
1963	283,35	193,15	166,90	82,72	7,48	1,35	57,39	84,42	254,97
1964	311,44	211,17	183,81	91,96	8,31	1,57	62,63	91,66	280,84
1965	341,56	234,13	203,13	97,63	9,80	1,71	70,38	100,20	310,03
1966	363,95	252,06	217,96	99,98	11,91	1,77	77,09	111,58	327,69
1967	366,71	251,84	217,89	102,03	12,84	1,89	85,55	114,47	335,90
1968	399,22	270,38	232,75	114,51	14,33	1,95	90,34	125,60	362,01
1969	440,38	304,07	261,10	118,89	17,42	2,42	98,12	144,11	391,97
1970	515,95	360,64	307,90	131,93	23,38	3,34	108,47	174,88	446,20
1971	571,82	408,74	348,19	137,56	25,52	3,93	122,36	204,16	486,09
1972	623,57	452,48	383,35	142,65	28,44	4,57	139,81	228,62	530,19
1973	698,75	514,50	432,64	148,25	36,00	5,94	156,46	274,66	574,61
1974	749,73	568,62	475,66	141,52	39,59	6,87	179,15	308,76	613,25
1975	780,70	593,59	492,72	146,02	41,09	6,41	219,28	325,62	667,95
1976	853,12	640,55	527,69	169,87	42,70	6,31	237,05	367,41	716,45
1977	910,21	688,05	567,94	175,86	46,30	6,72	252,29	395,06	760,72
1978	973,75	734,55	605,13	191,18	48,02	7,28	266,07	415,78	816,76
1979	1 049,85	794,58	653,68	198,61	56,66	9,17	284,59	444,24	881,03
1980	1 114,68	863,88	709,52	177,84	72,96	13,19	304,15	483,70	921,94
1981	1 156,25	905,98	743,89	162,05	88,22	16,63	330,05	507,78	961,89
1982	1 194,74	933,93	764,44	162,20	98,61	18,47	349,20	530,38	995,09
1983	1 243,18	953,44	777,42	196,46	93,28	17,86	355,99	545,21	1 036,10
1984	1 305,80	988,33	802,93	214,64	102,83	17,76	364,03	573,91	1 078,16
1985	1 365,34	1 026,41	833,78	229,52	109,41	17,67	375,56	603,30	1 119,93
1986	1 456,97	1 079,49	876,63	266,63	110,85	17,93	392,36	631,99	1 199,41
1987	1 508,79	1 124,70	912,81	274,12	109,97	17,48	412,89	663,64	1 240,56
1988	1 594,08	1 169,38	948,87	307,80	116,90	18,17	433,31	690,00	1 319,22
1989	1 684,38	1 221,89	992,81	328,87	133,62	19,46	453,31	733,74	1 384,49
1990	1 835,40	1 317,10	1 069,65	368,30	150,00	22,37	480,37	764,43	1 528,97
1991	1 964,72	1 423,01	1 155,53	377,07	164,64	26,70	506,15	848,01	1 596,16
1992	2 064,80	1 508,39	1 225,55	371,22	185,19	32,70	542,38	908,59	1 665,89
1989 1. Hj.	806,97	570,54	462,86	236,43		9,37	222,70	345,13	675,17
2. Hj.	887,19	651,35	529,95	235,84		10,09	230,61	388,61	719,10
1990 1. Hj.	873,63	613,94	497,43	259,69		10,70	235,17	359,34	738,76
2. Hj.	963,49	703,16	572,22	260,33		11,67	245,20	405,09	791,93
1991 1. Hj.	963,52	661,08	535,85	302,44		12,77	245,14	390,78	805,11
2. Hj.	1 055,51	761,93	619,68	293,58		13,93	261,01	457,23	845,36
1992 1. Hj.	1 020,37	699,79	567,50	320,58		15,74	263,32	429,67	838,28
2. Hj.	1 110,81	808,60	658,05	302,21		16,96	279,06	478,92	893,99
1993 1. Hj.	1 036,61	717,22	579,13	319,39		17,99	281,68	443,19	857,11

[1] Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck.
[2] Ab 1991 vorläufige Ergebnisse.
[3] Für Halbjahre: Ohne nichtentnommene Gewinne der Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit.
[4] Sozialbeiträge, soziale Leistungen, Schadenversicherungsleistungen, übrige laufende Übertragungen.

verwendung der privaten Haushalte [1])

Bundesgebiet

DM

Privater Verbrauch	Ersparnis insgesamt	Nichtentnommene Gewinne der Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit	Ersparnis ohne nichtentnommene Gewinne	Sparquote [6]) (vH)	Vermögensübertragungen: Empfangene	Vermögensübertragungen: Geleistete	Finanzierungssaldo	Zeitraum [2])
171,84	38,54	22,42	16,12	*8,6*	3,01	3,02	16,11	1960
188,33	36,47	17,71	18,76	*9,1*	4,05	3,72	19,09	1961
204,79	38,23	18,92	19,31	*8,6*	4,52	4,51	19,32	1962
216,79	38,18	14,39	23,79	*9,9*	4,11	4,90	23,00	1963
233,50	47,34	17,67	29,67	*11,3*	4,58	5,86	28,39	1964
257,62	52,41	16,59	35,82	*12,2*	5,23	6,61	34,44	1965
275,06	52,63	16,56	36,07	*11,6*	5,25	7,41	33,91	1966
282,63	53,27	17,77	35,50	*11,2*	5,38	8,95	31,93	1967
300,74	61,27	18,14	43,13	*12,5*	5,75	10,24	38,64	1968
330,90	61,07	10,43	50,64	*13,3*	5,86	11,04	45,46	1969
368,85	77,35	18,23	59,12	*13,8*	8,26	12,71	54,67	1970
408,98	77,11	13,19	63,92	*13,5*	11,00	15,05	59,87	1971
451,96	78,23	2,13	76,10	*14,4*	12,39	19,07	69,42	1972
495,59	79,02	– 0,82	79,84	*13,9*	12,43	20,22	72,05	1973
533,64	79,61	–11,39	91,00	*14,6*	15,56	23,67	82,89	1974
583,45	84,50	–19,54	104,04	*15,1*	17,27	25,36	95,95	1975
631,87	84,58	–12,35	96,93	*13,3*	18,72	28,93	86,72	1976
682,13	78,59	–16,10	94,69	*12,2*	19,11	30,56	83,24	1977
725,94	90,82	– 8,98	99,80	*12,1*	19,25	33,20	85,85	1978
781,31	99,72	–13,84	113,56	*12,7*	19,60	35,09	98,07	1979
837,02	84,92	–38,47	123,39	*12,8*	21,36	36,99	107,76	1980
883,52	78,37	–60,53	138,90	*13,6*	19,86	38,08	120,68	1981
916,10	78,99	–54,64	133,63	*12,7*	20,69	37,52	116,80	1982
959,28	76,82	–40,57	117,39	*10,9*	22,36	39,12	100,63	1983
1 001,20	76,96	–51,68	128,64	*11,4*	23,23	41,55	110,32	1984
1 036,53	83,40	–50,18	133,58	*11,4*	21,48	42,04	113,02	1985
1 066,43	132,98	–16,29	149,27	*12,3*	20,98	43,78	126,47	1986
1 108,02	132,54	–27,02	159,56	*12,6*	18,85	47,07	131,34	1987
1 153,69	165,53	– 3,93	169,46	*12,8*	19,93	47,44	141,95	1988
1 220,95	163,54	– 9,78	173,32	*12,4*	18,41	45,01	146,72	1989
1 318,66	210,31	– 1,72	212,03	*13,9*	16,58	46,86	181,75	1990
1 428,31	167,85	–54,31	222,16	*13,5*	22,50	49,02	195,64	1991
1 510,03	155,86	–66,38	222,24	*12,8*	22,35	49,67	194,92	1992
590,36	.	.	84,81	*12,6*	8,76	22,59	70,98	1989 1. Hj.
630,59	.	.	88,51	*12,3*	9,65	22,42	75,74	2. Hj.
634,69	.	.	104,07	*14,1*	7,89	23,02	88,94	1990 1. Hj.
683,97	.	.	107,96	*13,6*	8,69	23,84	92,81	2. Hj.
692,42	.	.	112,69	*14,0*	10,68	24,10	99,27	1991 1. Hj.
735,89	.	.	109,47	*12,9*	11,82	24,92	96,37	2. Hj.
729,93	.	.	108,35	*12,9*	10,70	24,77	94,28	1992 1. Hj.
780,10	.	.	113,89	*12,7*	11,65	24,90	100,64	2. Hj.
752,38	.	.	104,73	*12,2*	10,62	25,73	89,62	1993 1. Hj.

[5]) Direkte Steuern, Sozialbeiträge, soziale Leistungen, Nettoprämien für Schadenversicherungen, übrige laufende Übertragungen.
[6]) Ersparnis in vH des verfügbaren Einkommens (jeweils ohne nichtentnommene Gewinne).

Tabelle 35*

Verwendung des
Früheres

Zeitraum[1]	Bruttoinlandsprodukt	Privater Verbrauch	Staatsverbrauch	Anlageinvestitionen zusammen	Anlageinvestitionen Ausrüstungen	Anlageinvestitionen Bauten	Vorratsveränderung	Ausfuhr[2]	Einfuhr[2]	Außenbeitrag[3]
	Mrd DM in jeweiligen Preisen									
1960	302,71	171,84	40,45	73,58	27,14	46,44	+ 9,20	57,49	49,85	+ 7,64
1961	331,71	188,33	45,78	83,46	31,32	52,14	+ 6,70	59,84	52,40	+ 7,44
1962	360,78	204,79	52,83	92,88	34,98	57,90	+ 5,70	62,66	58,08	+ 4,58
1963	382,37	216,79	59,39	97,71	35,64	62,07	+ 2,60	68,25	62,37	+ 5,88
1964	420,18	233,50	62,10	111,70	39,21	72,49	+ 6,40	75,86	69,38	+ 6,48
1965	459,17	257,62	69,65	119,90	43,35	76,55	+ 10,70	82,88	81,58	+ 1,30
1966	488,23	275,06	75,45	124,17	43,98	80,19	+ 5,30	93,54	85,29	+ 8,25
1967	494,35	282,63	80,05	114,18	41,07	73,11	– 0,50	101,01	83,02	+ 17,99
1968	533,28	300,74	82,73	119,39	43,14	76,25	+ 11,10	113,89	94,57	+ 19,32
1969	596,95	330,90	93,12	138,90	53,59	85,31	+ 17,30	129,46	112,73	+ 16,73
1970	675,30	368,85	106,47	172,05	65,88	106,17	+ 14,20	143,00	129,27	+ 13,73
1971	749,75	408,98	126,76	196,11	72,66	123,45	+ 4,47	155,69	142,26	+ 13,43
1972	823,12	451,96	141,04	209,17	72,74	136,43	+ 4,30	169,78	153,13	+ 16,65
1973	917,25	495,59	163,09	219,26	75,27	143,99	+ 12,38	200,40	173,47	+ 26,93
1974	983,93	533,64	190,11	212,71	72,36	140,35	+ 3,71	259,96	216,20	+ 43,76
1975	1 026,63	583,45	210,08	209,41	78,05	131,36	– 6,36	253,50	223,45	+ 30,05
1976	1 120,50	631,87	221,86	225,65	86,08	139,57	+ 15,68	287,82	262,38	+ 25,44
1977	1 195,29	682,13	235,13	242,43	95,32	147,11	+ 6,99	304,55	275,94	+ 28,61
1978	1 283,55	725,94	253,09	264,90	105,75	159,15	+ 7,23	318,29	285,90	+ 32,39
1979	1 388,44	781,31	273,54	301,29	118,58	182,71	+ 23,00	348,19	338,89	+ 9,30
1980	1 472,04	837,02	298,02	332,08	126,84	205,24	+ 11,77	389,14	395,99	– 6,85
1981	1 534,97	883,52	318,39	331,29	126,96	204,33	– 10,55	441,12	428,80	+ 12,32
1982	1 588,09	916,10	326,44	323,45	123,61	199,84	– 16,04	474,39	436,25	+ 38,14
1983	1 668,54	959,28	336,44	340,81	134,95	205,86	– 1,50	479,63	446,12	+ 33,51
1984	1 750,89	1 001,20	350,44	350,67	137,13	213,54	+ 5,32	536,32	493,06	+ 43,26
1985	1 823,18	1 036,53	365,72	355,81	153,03	202,78	+ 1,25	592,74	528,87	+ 63,87
1986	1 925,29	1 066,43	382,55	373,48	160,87	212,61	+ 2,92	580,54	480,63	+ 99,91
1987	1 990,48	1 108,02	397,28	385,78	169,43	216,35	– 0,56	576,61	476,65	+ 99,96
1988	2 095,98	1 153,69	412,38	409,90	182,46	227,44	+ 10,30	619,83	510,12	+ 109,71
1989	2 224,44	1 220,95	418,82	448,52	203,47	245,05	+ 16,01	701,43	581,29	+ 120,14
1990	2 425,20	1 318,66	444,07	507,78	234,57	273,21	+ 11,81	775,20	632,32	+ 142,88
1991	2 635,00	1 428,31	466,53	564,90	262,84	302,06	+ 6,60	892,53	723,87	+ 168,66
1992	2 794,20	1 510,03	500,61	593,59	257,39	336,20	– 4,62	934,80	740,21	+ 194,59
1993 1. Hj.	1 368,50	752,38	235,48	273,09	105,97	167,12	+ 5,53	427,35	325,33	+ 102,02
	Anteil in vH									
1960	*100*	*56,8*	*13,4*	*24,3*	*9,0*	*15,3*	+ *3,0*	*19,0*	*16,5*	+ *2,5*
1965	*100*	*56,1*	*15,2*	*26,1*	*9,4*	*16,7*	+ *2,3*	*18,0*	*17,8*	+ *0,3*
1966	*100*	*56,3*	*15,5*	*25,4*	*9,0*	*16,4*	+ *1,1*	*19,2*	*17,5*	+ *1,7*
1967	*100*	*57,2*	*16,2*	*23,1*	*8,3*	*14,8*	– *0,1*	*20,4*	*16,8*	+ *3,6*
1968	*100*	*56,4*	*15,5*	*22,4*	*8,1*	*14,3*	+ *2,1*	*21,4*	*17,7*	+ *3,6*
1969	*100*	*55,4*	*15,6*	*23,3*	*9,0*	*14,3*	+ *2,9*	*21,7*	*18,9*	+ *2,8*
1970	*100*	*54,6*	*15,8*	*25,5*	*9,8*	*15,7*	+ *2,1*	*21,2*	*19,1*	+ *2,0*
1971	*100*	*54,5*	*16,9*	*26,2*	*9,7*	*16,5*	+ *0,6*	*20,8*	*19,0*	+ *1,8*
1972	*100*	*54,9*	*17,1*	*25,4*	*8,8*	*16,6*	+ *0,5*	*20,6*	*18,6*	+ *2,0*
1973	*100*	*54,0*	*17,8*	*23,9*	*8,2*	*15,7*	+ *1,3*	*21,8*	*18,9*	+ *2,9*
1974	*100*	*54,2*	*19,3*	*21,6*	*7,4*	*14,3*	+ *0,4*	*26,4*	*22,0*	+ *4,4*
1975	*100*	*56,8*	*20,5*	*20,4*	*7,6*	*12,8*	– *0,6*	*24,7*	*21,8*	+ *2,9*
1976	*100*	*56,4*	*19,8*	*20,1*	*7,7*	*12,5*	+ *1,4*	*25,7*	*23,4*	+ *2,3*
1977	*100*	*57,1*	*19,7*	*20,3*	*8,0*	*12,3*	+ *0,6*	*25,5*	*23,1*	+ *2,4*
1978	*100*	*56,6*	*19,7*	*20,6*	*8,2*	*12,4*	+ *0,6*	*24,8*	*22,3*	+ *2,5*
1979	*100*	*56,3*	*19,7*	*21,7*	*8,5*	*13,2*	+ *1,7*	*25,1*	*24,4*	+ *0,7*
1980	*100*	*56,9*	*20,2*	*22,6*	*8,6*	*13,9*	+ *0,8*	*26,4*	*26,9*	– *0,5*
1981	*100*	*57,6*	*20,7*	*21,6*	*8,3*	*13,3*	– *0,7*	*28,7*	*27,9*	+ *0,8*
1982	*100*	*57,7*	*20,6*	*20,4*	*7,8*	*12,6*	– *1,0*	*29,9*	*27,5*	+ *2,4*
1983	*100*	*57,5*	*20,2*	*20,4*	*8,1*	*12,3*	– *0,1*	*28,7*	*26,7*	+ *2,0*
1984	*100*	*57,2*	*20,0*	*20,0*	*7,8*	*12,2*	+ *0,3*	*30,6*	*28,2*	+ *2,5*
1985	*100*	*56,9*	*20,1*	*19,5*	*8,4*	*11,1*	+ *0,1*	*32,5*	*29,0*	+ *3,5*
1986	*100*	*55,4*	*19,9*	*19,4*	*8,4*	*11,0*	+ *0,2*	*30,2*	*25,0*	+ *5,2*
1987	*100*	*55,7*	*20,0*	*19,4*	*8,5*	*10,9*	– *0,0*	*29,0*	*23,9*	+ *5,0*
1988	*100*	*55,0*	*19,7*	*19,6*	*8,7*	*10,9*	+ *0,5*	*29,6*	*24,3*	+ *5,2*
1989	*100*	*54,9*	*18,8*	*20,2*	*9,1*	*11,0*	+ *0,7*	*31,5*	*26,1*	+ *5,4*
1990	*100*	*54,4*	*18,3*	*20,9*	*9,7*	*11,3*	+ *0,5*	*32,0*	*26,1*	+ *5,9*
1991	*100*	*54,2*	*17,7*	*21,4*	*10,0*	*11,5*	+ *0,3*	*33,9*	*27,5*	+ *6,4*
1992	*100*	*54,0*	*17,9*	*21,2*	*9,2*	*12,0*	– *0,2*	*33,5*	*26,5*	+ *7,0*
1993 1. Hj.	*100*	*55,0*	*17,2*	*20,0*	*7,7*	*12,2*	+ *0,4*	*31,2*	*23,8*	+ *7,5*

[1] Ab 1991 vorläufige Ergebnisse.
[2] Waren und Dienstleistungen ohne Erwerbs- und Vermögenseinkommen mit der übrigen Welt und mit den neuen Bundesländern und Berlin (Ost).

Inlandsprodukts
Bundesgebiet

Brutto-inlands-produkt	Privater Verbrauch	Staats-verbrauch	Anlageinvestitionen zusammen	Anlageinvestitionen Ausrüstungen	Anlageinvestitionen Bauten	Vorrats-veränderung	Ausfuhr[2]	Einfuhr[2]	Außen-beitrag[3]	Zeitraum[1]
				Mrd DM in Preisen von 1991						
1 000,00	487,93	189,49	267,35	75,97	191,38	+ 23,24	136,98	104,99	+ 31,99	1960
1 046,30	517,67	201,14	284,65	84,68	199,97	+ 12,02	143,87	113,05	+ 30,82	1961
1 095,10	547,02	220,19	295,49	91,03	204,46	+ 10,23	147,77	125,60	+ 22,17	1962
1 125,90	562,33	233,78	299,06	91,25	207,81	+ 3,05	159,43	131,75	+ 27,68	1963
1 200,90	592,40	238,03	332,68	98,21	234,47	+ 9,14	172,63	143,98	+ 28,65	1964
1 265,20	633,03	249,67	348,25	105,55	242,70	+ 15,06	183,65	164,46	+ 19,19	1965
1 300,50	652,78	257,71	352,30	103,49	248,81	+ 4,49	202,13	168,91	+ 33,22	1966
1 296,50	660,26	267,09	327,61	94,25	233,36	– 9,50	217,79	166,75	+ 51,04	1967
1 367,20	691,28	268,58	338,37	100,92	237,45	+ 12,23	245,44	188,70	+ 56,74	1968
1 469,20	746,40	280,26	370,74	121,77	248,97	+ 24,35	268,23	220,78	+ 47,45	1969
1 543,20	803,80	292,31	403,91	140,21	263,70	+ 27,38	286,71	270,91	+ 15,80	1970
1 590,40	847,97	307,16	427,71	145,84	281,87	+ 3,54	299,23	295,21	+ 4,02	1971
1 658,00	887,46	320,02	439,17	141,85	297,32	+ 3,99	319,68	312,32	+ 7,36	1972
1 737,00	913,63	335,96	437,95	141,19	296,76	+ 23,51	353,50	327,55	+ 25,95	1973
1 740,40	918,13	349,47	395,26	125,93	269,33	+ 10,26	395,98	328,70	+ 67,28	1974
1 718,60	947,05	362,95	374,05	125,49	248,56	– 3,46	370,90	332,89	+ 38,01	1975
1 810,10	984,26	368,36	387,44	133,38	254,06	+ 31,27	406,70	367,93	+ 38,77	1976
1 861,60	1 028,94	373,22	401,21	143,52	257,69	+ 15,95	422,69	380,41	+ 42,28	1977
1 917,40	1 066,88	387,59	417,59	154,08	263,51	+ 11,85	434,80	401,31	+ 33,49	1978
1 998,40	1 102,20	400,64	445,41	167,32	278,09	+ 34,97	453,38	438,20	+ 15,18	1979
2 018,00	1 115,90	411,07	455,19	171,11	284,08	+ 12,79	476,84	453,79	+ 23,05	1980
2 020,00	1 109,18	418,59	432,51	162,66	269,85	– 11,65	511,16	439,79	+ 71,37	1981
2 001,00	1 094,49	414,82	409,10	150,18	258,92	– 13,39	531,13	435,15	+ 95,98	1982
2 036,20	1 110,59	415,64	421,85	158,60	263,25	+ 2,32	526,85	441,05	+ 85,80	1983
2 093,50	1 130,55	426,01	422,44	156,32	266,12	+ 8,33	570,01	463,84	+ 106,17	1984
2 136,00	1 150,05	434,80	420,35	169,82	250,53	+ 2,39	613,09	484,68	+ 128,41	1985
2 186,10	1 189,95	445,84	434,29	176,11	258,18	+ 4,30	609,30	497,58	+ 111,72	1986
2 218,40	1 230,61	452,71	442,24	184,03	258,21	– 0,61	611,70	518,25	+ 93,45	1987
2 301,00	1 264,34	462,33	461,77	195,65	266,12	+ 12,13	645,25	544,82	+ 100,43	1988
2 384,40	1 300,15	454,88	490,66	212,81	277,85	+ 18,08	710,92	590,29	+ 120,63	1989
2 520,40	1 367,43	465,03	532,35	240,92	291,43	+ 16,71	784,90	646,02	+ 138,88	1990
2 635,00	1 428,31	466,53	564,90	262,84	302,06	+ 6,60	892,53	723,87	+ 168,66	1991
2 676,00	1 452,08	481,33	571,36	252,56	318,80	– 1,81	925,42	752,38	+ 173,04	1992
1 286,80	701,97	232,39	256,85	103,23	153,62	+ 8,97	420,52	333,90	+ 86,62	1993 1. Hj.
				Anteil in vH						
100	*48,8*	*18,9*	*26,7*	*7,6*	*19,1*	+ *2,3*	*13,7*	*10,5*	+ *3,2*	1960
100	*50,0*	*19,7*	*27,5*	*8,3*	*19,2*	+ *1,2*	*14,5*	*13,0*	+ *1,5*	1965
100	*50,2*	*19,8*	*27,1*	*8,0*	*19,1*	+ *0,3*	*15,5*	*13,0*	+ *2,6*	1966
100	*50,9*	*20,6*	*25,3*	*7,3*	*18,0*	– *0,7*	*16,8*	*12,9*	+ *3,9*	1967
100	*50,6*	*19,6*	*24,7*	*7,4*	*17,4*	+ *0,9*	*18,0*	*13,8*	+ *4,2*	1968
100	*50,8*	*19,1*	*25,2*	*8,3*	*16,9*	+ *1,7*	*18,3*	*15,0*	+ *3,2*	1969
100	*52,1*	*18,9*	*26,2*	*9,1*	*17,1*	+ *1,8*	*18,6*	*17,6*	+ *1,0*	1970
100	*53,3*	*19,3*	*26,9*	*9,2*	*17,7*	+ *0,2*	*18,8*	*18,6*	+ *0,3*	1971
100	*53,5*	*19,3*	*26,5*	*8,6*	*17,9*	+ *0,2*	*19,3*	*18,8*	+ *0,4*	1972
100	*52,6*	*19,3*	*25,2*	*8,1*	*17,1*	+ *1,4*	*20,4*	*18,9*	+ *1,5*	1973
100	*52,8*	*20,1*	*22,7*	*7,2*	*15,5*	+ *0,6*	*22,8*	*18,9*	+ *3,9*	1974
100	*55,1*	*21,1*	*21,8*	*7,3*	*14,5*	– *0,2*	*21,6*	*19,4*	+ *2,2*	1975
100	*54,4*	*20,4*	*21,4*	*7,4*	*14,0*	+ *1,7*	*22,5*	*20,3*	+ *2,1*	1976
100	*55,3*	*20,0*	*21,6*	*7,7*	*13,8*	+ *0,9*	*22,7*	*20,4*	+ *2,3*	1977
100	*55,6*	*20,2*	*21,8*	*8,0*	*13,7*	+ *0,6*	*22,7*	*20,9*	+ *1,7*	1978
100	*55,2*	*20,0*	*22,3*	*8,4*	*13,9*	+ *1,7*	*22,7*	*21,9*	+ *0,8*	1979
100	*55,3*	*20,4*	*22,6*	*8,5*	*14,1*	+ *0,6*	*23,6*	*22,5*	+ *1,1*	1980
100	*54,9*	*20,7*	*21,4*	*8,1*	*13,4*	– *0,6*	*25,3*	*21,8*	+ *3,5*	1981
100	*54,7*	*20,7*	*20,4*	*7,5*	*12,9*	– *0,7*	*26,5*	*21,7*	+ *4,8*	1982
100	*54,5*	*20,4*	*20,7*	*7,8*	*12,9*	+ *0,1*	*25,9*	*21,7*	+ *4,2*	1983
100	*54,0*	*20,3*	*20,2*	*7,5*	*12,7*	+ *0,4*	*27,2*	*22,2*	+ *5,1*	1984
100	*53,8*	*20,4*	*19,7*	*8,0*	*11,7*	+ *0,1*	*28,7*	*22,7*	+ *6,0*	1985
100	*54,4*	*20,4*	*19,9*	*8,1*	*11,8*	+ *0,2*	*27,9*	*22,8*	+ *5,1*	1986
100	*55,5*	*20,4*	*19,9*	*8,3*	*11,6*	– *0,0*	*27,6*	*23,4*	+ *4,2*	1987
100	*54,9*	*20,1*	*20,1*	*8,5*	*11,6*	+ *0,5*	*28,0*	*23,7*	+ *4,4*	1988
100	*54,5*	*19,1*	*20,6*	*8,9*	*11,7*	+ *0,8*	*29,8*	*24,8*	+ *5,1*	1989
100	*54,3*	*18,5*	*21,1*	*9,6*	*11,6*	+ *0,7*	*31,1*	*25,6*	+ *5,5*	1990
100	*54,2*	*17,7*	*21,4*	*10,0*	*11,5*	+ *0,3*	*33,9*	*27,5*	+ *6,4*	1991
100	*54,3*	*18,0*	*21,4*	*9,4*	*11,9*	– *0,1*	*34,6*	*28,1*	+ *6,5*	1992
100	*54,6*	*18,1*	*20,0*	*8,0*	*11,9*	+ *0,7*	*32,7*	*25,9*	+ *6,7*	1993 1. Hj.

[3]) Ausfuhr abzüglich Einfuhr.

Tabelle 36 *

Bruttoinvestitionen
Früheres Bundesgebiet
Mrd DM

Zeitraum [1]	Insgesamt	Ausrüstungen [2]			Bauten [3]				Vorratsveränderung
		zusammen	Unternehmen [4]	Staat	zusammen	Unternehmen [4] zusammen	Unternehmen [4] darunter Wohnbauten	Staat	
	In jeweiligen Preisen								
1960	82,78	27,14	26,23	0,91	46,44	37,63	21,62	8,81	+ 9,20
1961	90,16	31,32	30,29	1,03	52,14	41,73	23,93	10,41	+ 6,70
1962	98,58	34,98	33,76	1,22	57,90	44,84	26,12	13,06	+ 5,70
1963	100,31	35,64	34,24	1,40	62,07	46,36	27,44	15,71	+ 2,60
1964	118,10	39,21	37,74	1,47	72,49	53,08	31,92	19,41	+ 6,40
1965	130,60	43,35	41,70	1,65	76,55	57,34	34,51	19,21	+ 10,70
1966	129,47	43,98	42,35	1,63	80,19	60,62	36,90	19,57	+ 5,30
1967	113,68	41,07	39,50	1,57	73,11	55,81	36,25	17,30	- 0,50
1968	130,49	43,14	41,63	1,51	76,25	57,08	37,07	19,17	+ 11,10
1969	156,20	53,59	51,87	1,72	85,31	63,30	39,02	22,01	+ 17,30
1970	186,25	65,88	63,69	2,19	106,17	77,27	45,44	28,90	+ 14,20
1971	200,58	72,66	69,99	2,67	123,45	92,45	55,34	31,00	+ 4,47
1972	213,47	72,74	69,85	2,89	136,43	105,47	66,19	30,96	+ 4,30
1973	231,64	75,27	72,00	3,27	143,99	112,13	71,58	31,86	+ 12,38
1974	216,42	72,36	68,63	3,73	140,35	104,05	64,88	36,30	+ 3,71
1975	203,05	78,05	74,35	3,70	131,36	95,33	59,11	36,03	- 6,36
1976	241,33	86,08	82,51	3,57	139,57	103,85	64,78	35,72	+ 15,68
1977	249,42	95,32	91,35	3,97	147,11	112,04	70,29	35,07	+ 6,99
1978	272,13	105,75	101,33	4,42	159,15	121,22	76,36	37,93	+ 7,23
1979	324,29	118,58	113,62	4,96	182,71	139,76	88,55	42,95	+ 23,00
1980	343,85	126,84	121,38	5,46	205,24	157,96	99,53	47,28	+ 11,77
1981	320,74	126,96	121,86	5,10	204,33	159,73	99,81	44,60	- 10,55
1982	307,41	123,61	118,94	4,67	199,84	159,07	97,82	40,77	- 16,04
1983	339,31	134,95	130,29	4,66	205,86	168,34	105,77	37,52	- 1,50
1984	355,99	137,13	132,02	5,11	213,54	176,49	111,04	37,05	+ 5,32
1985	357,06	153,03	147,08	5,95	202,78	165,82	100,85	36,96	+ 1,25
1986	376,40	160,87	154,33	6,54	212,61	171,86	101,83	40,75	+ 2,92
1987	385,22	169,43	162,34	7,09	216,35	175,45	102,58	40,90	- 0,56
1988	420,20	182,46	175,28	7,18	227,44	185,71	108,61	41,73	+ 10,30
1989	464,53	203,47	195,39	8,08	245,05	200,76	117,93	44,29	+ 16,01
1990	519,59	234,57	225,80	8,77	273,21	226,45	135,86	46,76	+ 11,81
1991	571,50	262,84	253,18	9,66	302,06	251,05	151,45	51,01	+ 6,60
1992	588,97	257,39	247,44	9,95	336,20	280,45	171,57	55,75	- 4,62
1987 1. Hj.	184,59	77,87	75,33	2,54	96,17	79,20	46,47	16,97	+ 10,55
2. Hj.	200,63	91,56	87,01	4,55	120,18	96,25	56,11	23,93	- 11,11
1988 1. Hj.	203,02	82,66	80,05	2,61	106,19	87,41	51,30	18,78	+ 14,17
2. Hj.	217,18	99,80	95,23	4,57	121,25	98,30	57,31	22,95	- 3,87
1989 1. Hj.	224,03	92,10	89,37	2,73	116,87	96,24	56,78	20,63	+ 15,06
2. Hj.	240,50	111,37	106,02	5,35	128,18	104,52	61,15	23,66	+ 0,95
1990 1. Hj.	254,04	107,39	104,31	3,08	130,21	108,45	65,10	21,76	+ 16,44
2. Hj.	265,55	127,18	121,49	5,69	143,00	118,00	70,76	25,00	- 4,63
1991 1. Hj.	289,69	125,65	122,38	3,27	142,40	119,15	72,03	23,25	+ 21,64
2. Hj.	281,81	137,19	130,80	6,39	159,66	131,90	79,42	27,76	- 15,04
1992 1. Hj.	300,86	125,69	122,17	3,52	160,70	134,89	82,04	25,81	+ 14,47
2. Hj.	288,11	131,70	125,27	6,43	175,50	145,56	89,53	29,94	- 19,09
1993 1. Hj.	278,62	105,97	102,51	3,46	167,12	140,91	88,43	26,21	+ 5,53

[1] Ab 1991 vorläufige Ergebnisse.
[2] Käufe von neuen Ausrüstungen (einschließlich selbsterstellter Ausrüstungen) sowie von gebrauchten Ausrüstungen nach Abzug der Verkäufe von gebrauchten Ausrüstungen einschließlich Anlageschrott.

Bruttoinvestitionen
Früheres Bundesgebiet
Mrd DM

Insgesamt	Ausrüstungen[2] zusammen	Ausrüstungen[2] Unternehmen[4]	Ausrüstungen[2] Staat	Bauten[3] zusammen	Bauten[3] Unternehmen[4] zusammen	Bauten[3] Unternehmen[4] darunter Wohnbauten	Bauten[3] Staat	Vorratsveränderung	Zeitraum[1]
In Preisen von 1991									
290,59	75,97	73,71	2,26	191,38	160,83	102,63	30,55	+ 23,24	1960
296,67	84,68	82,13	2,55	199,97	166,19	105,55	33,78	+ 12,02	1961
305,72	91,03	88,02	3,01	204,46	165,53	106,22	38,93	+ 10,23	1962
302,11	91,25	87,83	3,42	207,81	162,90	105,78	44,91	+ 3,05	1963
341,82	98,21	94,65	3,56	234,47	179,38	117,70	55,09	+ 9,14	1964
363,31	105,55	101,61	3,94	242,70	187,21	122,49	55,49	+ 15,06	1965
356,79	103,49	99,68	3,81	248,81	192,82	127,01	55,99	+ 4,49	1966
318,11	94,25	90,66	3,59	233,36	182,24	127,04	51,12	– 9,50	1967
350,60	100,92	97,46	3,46	237,45	182,99	125,76	54,46	+ 12,23	1968
395,09	121,77	118,00	3,77	248,97	189,92	124,58	59,05	+ 24,35	1969
431,29	140,21	135,72	4,49	263,70	197,34	123,32	66,36	+ 27,38	1970
431,25	145,84	140,65	5,19	281,87	216,02	136,25	65,85	+ 3,54	1971
443,16	141,85	136,35	5,50	297,32	233,85	153,16	63,47	+ 3,99	1972
461,46	141,19	135,18	6,01	296,76	234,41	155,01	62,35	+ 23,51	1973
405,52	125,93	119,52	6,41	269,33	202,67	132,04	66,66	+ 10,26	1974
370,59	125,49	119,46	6,03	248,56	183,41	118,14	65,15	– 3,46	1975
418,71	133,38	127,73	5,65	254,06	191,00	122,84	63,06	+ 31,27	1976
417,16	143,52	137,45	6,07	257,69	198,01	127,27	59,68	+ 15,95	1977
429,44	154,08	147,56	6,52	263,51	202,77	130,74	60,74	+ 11,85	1978
480,38	167,32	160,29	7,03	278,09	215,51	139,74	62,58	+ 34,97	1979
467,98	171,11	163,82	7,29	284,08	221,84	142,90	62,24	+ 12,79	1980
420,86	162,66	156,15	6,51	269,85	213,07	135,81	56,78	– 11,65	1981
395,71	150,18	144,61	5,57	258,92	206,90	129,10	52,02	– 13,39	1982
424,17	158,60	153,25	5,35	263,25	215,62	136,41	47,63	+ 2,32	1983
430,77	156,32	150,62	5,70	266,12	220,00	139,14	46,12	+ 8,33	1984
422,74	169,82	163,38	6,44	250,53	204,95	125,31	45,58	+ 2,39	1985
438,59	176,11	169,06	7,05	258,18	208,96	124,58	49,22	+ 4,30	1986
441,63	184,03	176,44	7,59	258,21	209,57	123,05	48,64	– 0,61	1987
473,90	195,65	188,10	7,55	266,12	217,29	127,62	48,83	+ 12,13	1988
508,74	212,81	204,58	8,23	277,85	227,50	133,87	50,35	+ 18,08	1989
549,06	240,92	232,03	8,89	291,43	241,49	145,24	49,94	+ 16,71	1990
571,50	262,84	253,18	9,66	302,06	251,05	151,45	51,01	+ 6,60	1991
569,55	252,56	242,81	9,75	318,80	265,98	162,21	52,82	– 1,81	1992
213,54	84,74	82,01	2,73	115,39	95,09	56,02	20,30	+ 13,41	1987 1. Hj.
228,09	99,29	94,43	4,86	142,82	114,48	67,03	28,34	– 14,02	2. Hj.
231,22	89,09	86,32	2,77	125,14	103,03	60,68	22,11	+ 16,99	1988 1. Hj.
242,68	106,56	101,78	4,78	140,98	114,26	66,94	26,72	– 4,86	2. Hj.
247,20	96,62	93,82	2,80	133,73	110,08	65,04	23,65	+ 16,85	1989 1. Hj.
261,54	116,19	110,76	5,43	144,12	117,42	68,83	26,70	+ 1,23	2. Hj.
271,26	110,75	107,61	3,14	140,89	117,32	70,57	23,57	+ 19,62	1990 1. Hj.
277,80	130,17	124,42	5,75	150,54	124,17	74,67	26,37	– 2,91	2. Hj.
293,04	126,38	123,07	3,31	144,40	120,80	73,08	23,60	+ 22,26	1991 1. Hj.
278,46	136,46	130,11	6,35	157,66	130,25	78,37	27,41	– 15,66	2. Hj.
293,70	123,63	120,17	3,46	154,00	129,30	78,46	24,70	+ 16,07	1992 1. Hj.
275,85	128,93	122,64	6,29	164,80	136,68	83,75	28,12	– 17,88	2. Hj.
265,82	103,23	99,92	3,31	153,62	129,51	80,59	24,11	+ 8,97	1993 1. Hj.

[3]) Käufe von neuen Bauten (einschließlich selbsterstellter Bauten) sowie Käufe abzüglich Verkäufe von Land.
[4]) Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck.

Tabelle 37*

Anlageinvestitionen
Früheres
Mrd

In jeweiligen Preisen

Zeitraum[1]	Insgesamt[2]	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	Produzierendes Gewerbe				Handel und Verkehr[4]	Dienstleistungsunternehmen[5]	Wohnungsvermietung[6]	Staat[7]
			zusammen	Energie- und Wasserversorgung, Bergbau	Verarbeitendes Gewerbe[3]	Baugewerbe				
	Neue Ausrüstungen									
1960	28,01	3,10	15,91	2,64	11,43	1,84	6,22	1,59	—	1,19
1961	32,29	3,70	18,47	2,86	13,37	2,24	6,98	1,79	—	1,35
1962	35,99	3,71	20,68	3,40	14,89	2,39	8,19	1,81	—	1,60
1963	36,68	3,43	20,42	3,30	14,64	2,48	8,98	2,02	—	1,83
1964	40,40	4,06	23,09	3,73	16,72	2,64	8,96	2,35	—	1,94
1965	44,58	4,74	25,48	3,65	19,28	2,55	9,21	2,99	—	2,16
1966	45,23	4,46	25,37	3,34	19,97	2,06	9,60	3,67	—	2,13
1967	42,34	3,36	23,65	3,65	17,86	2,14	9,19	4,08	—	2,06
1968	44,48	3,10	24,79	3,21	19,20	2,38	10,03	4,53	—	2,03
1969	55,32	4,09	31,71	3,27	25,21	3,23	11,19	6,01	—	2,32
1970	67,92	4,44	39,51	4,34	31,36	3,81	13,62	7,39	—	2,96
1971	74,99	4,12	43,38	6,10	33,05	4,23	16,03	7,92	—	3,54
1972	75,39	4,37	42,42	7,12	30,96	4,34	16,47	8,32	—	3,81
1973	77,85	5,32	40,84	7,43	29,69	3,72	17,00	10,48	—	4,21
1974	75,53	4,88	40,46	8,64	29,38	2,44	16,36	9,17	—	4,66
1975	81,39	5,46	42,93	9,52	30,58	2,83	15,97	12,49	—	4,54
1976	89,22	6,21	45,81	8,57	34,04	3,20	17,33	15,41	—	4,46
1977	98,47	7,17	46,92	7,36	35,98	3,58	19,55	19,89	—	4,94
1978	109,07	7,70	49,88	7,74	37,70	4,44	21,50	24,53	—	5,46
1979	121,90	8,02	55,96	7,57	42,83	5,56	21,84	29,98	—	6,10
1980	130,51	7,42	61,78	8,44	47,97	5,37	22,89	31,75	—	6,67
1981	132,05	6,95	61,43	9,73	47,59	4,11	24,30	33,05	—	6,32
1982	128,42	7,15	62,11	13,17	45,45	3,49	23,45	29,85	—	5,86
1983	140,05	8,39	65,76	13,26	48,55	3,95	26,40	33,54	—	5,96
1984	142,79	7,82	65,87	13,82	48,36	3,69	25,93	36,74	—	6,43
1985	159,22	7,92	74,85	13,75	57,41	3,69	29,77	39,27	—	7,41
1986	167,91	7,88	79,83	13,83	61,81	4,19	30,86	41,29	—	8,05
1987	177,37	7,95	83,94	14,06	65,49	4,39	31,80	44,99	—	8,69
1988	191,48	8,44	86,44	13,39	68,39	4,66	34,87	52,85	—	8,88
1989	213,95	9,37	94,65	12,31	76,67	5,67	38,94	61,10	—	9,89
1990	245,48	10,09	107,14	11,20	89,05	6,89	43,97	73,54	—	10,74
1991	274,05	10,98	115,08	10,94	96,26	7,88	49,73	86,56	—	11,70
1992	269,02	10,25	109,08	11,64	88,87	8,57	...	...	—	12,02
	Neue Bauten									
1960	46,44	1,22	8,34	2,17	5,87	0,30	4,62	2,72	20,13	9,41
1961	52,14	1,26	9,39	2,35	6,68	0,36	4,96	3,20	22,33	11,00
1962	57,90	1,30	9,26	2,80	6,06	0,40	5,55	3,74	24,42	13,63
1963	62,07	1,31	9,28	2,80	6,01	0,47	5,58	3,92	25,58	16,40
1964	72,49	1,45	10,07	3,21	6,28	0,58	5,78	5,31	29,55	20,33
1965	76,55	1,51	10,75	3,45	6,76	0,54	6,14	5,88	32,20	20,07
1966	80,19	1,58	10,88	3,37	6,99	0,52	6,23	6,41	34,50	20,59
1967	73,11	1,48	9,22	3,61	5,09	0,52	6,30	4,33	34,00	17,78
1968	76,25	1,46	7,90	3,03	4,47	0,40	6,88	5,15	35,10	19,76
1969	85,31	1,36	10,17	3,18	6,53	0,46	8,63	5,44	37,07	22,64
1970	106,17	1,28	14,14	3,89	9,74	0,51	10,78	6,75	43,17	30,05
1971	123,45	1,16	16,18	5,02	10,42	0,74	12,83	8,59	52,62	32,07
1972	136,43	1,03	15,66	5,64	9,07	0,95	14,08	10,88	62,81	31,97
1973	143,99	1,11	15,17	5,54	8,60	1,03	14,45	12,84	67,79	32,63
1974	140,35	1,32	14,63	5,96	8,07	0,60	13,48	12,88	61,25	36,79
1975	131,36	1,42	14,23	7,27	6,46	0,50	12,24	11,13	55,74	36,60
1976	139,57	1,55	14,68	7,51	6,68	0,49	13,98	11,75	61,21	36,40
1977	147,11	1,73	16,04	7,36	8,01	0,67	14,16	13,03	66,23	35,92
1978	159,15	1,83	16,29	7,70	7,93	0,66	14,50	16,14	71,56	38,83
1979	182,71	1,84	19,01	8,72	9,51	0,78	16,34	19,07	82,56	43,89
1980	205,24	1,94	22,79	10,53	11,42	0,84	17,62	21,70	92,64	48,55
1981	204,33	1,85	21,74	10,27	10,63	0,84	16,75	23,95	93,51	46,53
1982	199,84	1,96	20,24	9,77	9,73	0,74	16,89	25,51	92,20	43,04
1983	205,86	2,10	19,21	9,45	8,92	0,84	17,50	28,27	98,85	39,93
1984	213,54	2,02	20,04	9,81	9,44	0,79	19,30	29,68	102,91	39,59
1985	202,78	1,98	19,95	9,52	9,82	0,61	20,06	28,48	93,21	39,10
1986	212,61	1,85	23,11	10,22	12,35	0,54	22,33	28,80	93,56	42,96
1987	216,35	1,80	23,50	9,35	13,56	0,59	23,83	29,73	94,26	43,23
1988	227,44	1,85	24,00	9,97	13,41	0,62	25,54	32,02	99,20	44,83
1989	245,05	1,95	26,37	10,45	15,17	0,75	26,53	34,75	107,81	47,64
1990	273,21	2,34	28,86	11,16	16,80	0,90	27,59	39,87	124,20	50,35
1991	302,06	2,21	30,46	11,67	17,79	1,00	28,76	47,74	137,90	54,99
1992	336,20	2,38	32,74	13,66	17,99	1,09	...	...	156,23	60,21

[1] Ab 1991 vorläufige Ergebnisse. — [2] Einschließlich selbsterstellter Anlagen. — [3] Einschließlich produzierendes Handwerk. — [4] Einschließlich Nachrichtenübermittlung. — [5] Kreditinstitute, Versicherungsunternehmen, sonstige Dienstleistungsunternehmen (ohne Wohnungsvermietung).

nach Wirtschaftsbereichen
Bundesgebiet
DM

Tabelle 37*

In Preisen von 1991

Insgesamt[2]	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	Produzierendes Gewerbe zusammen	Energie- und Wasserversorgung, Bergbau	Verarbeitendes Gewerbe[3]	Baugewerbe	Handel und Verkehr[4]	Dienstleistungsunternehmen[5]	Wohnungsvermietung[6]	Staat[7]	Zeitraum[1]
				Neue Ausrüstungen						
78,54	8,85	46,89	7,15	34,26	5,48	16,20	3,50	—	3,10	1960
87,50	10,22	52,10	7,40	38,22	6,48	17,81	3,88	—	3,49	1961
93,85	9,92	55,96	8,52	40,78	6,66	20,02	3,84	—	4,11	1962
94,12	9,12	54,52	8,16	39,57	6,79	21,63	4,20	—	4,65	1963
101,52	10,69	60,00	8,99	43,96	7,05	21,16	4,82	—	4,85	1964
108,89	12,19	64,06	8,59	48,86	6,61	21,32	5,98	—	5,34	1965
106,80	11,19	61,73	7,68	48,88	5,17	21,63	7,10	—	5,15	1966
97,70	8,30	56,49	8,16	43,01	5,32	20,36	7,67	—	4,88	1967
104,55	8,05	60,47	7,33	47,05	6,09	22,63	8,57	—	4,83	1968
126,41	10,44	74,85	7,18	59,56	8,11	24,75	11,05	—	5,32	1969
145,21	10,50	86,79	8,87	68,95	8,97	28,60	12,99	—	6,33	1970
151,08	9,14	89,64	11,66	68,56	9,42	31,68	13,48	—	7,14	1971
147,52	9,33	85,09	13,15	62,53	9,41	31,69	13,89	—	7,52	1972
146,33	10,85	78,70	13,27	57,74	7,69	31,61	17,17	—	8,00	1973
131,58	9,18	72,10	14,28	53,09	4,73	28,04	14,03	—	8,23	1974
131,20	9,36	70,67	14,70	51,00	4,97	25,59	18,02	—	7,56	1975
138,51	10,14	72,66	12,79	54,50	5,37	26,80	21,69	—	7,22	1976
148,51	7,70	72,65	10,72	56,10	5,83	29,50	27,46	—	7,70	1977
159,27	11,65	74,90	10,94	56,96	7,00	31,37	33,18	—	8,17	1978
172,25	11,78	81,47	10,40	62,61	8,46	30,59	39,65	—	8,76	1979
176,36	10,47	85,83	11,12	66,93	7,78	30,50	40,55	—	9,01	1980
169,58	9,23	80,96	12,27	63,02	5,67	30,95	40,30	—	8,14	1981
156,51	8,96	77,47	15,72	57,20	4,55	28,29	34,73	—	7,06	1982
165,09	10,13	79,34	15,30	59,07	4,97	30,86	37,85	—	6,91	1983
163,27	9,13	77,21	15,57	57,15	4,49	29,44	40,26	—	7,23	1984
177,21	9,00	85,18	15,19	65,66	4,33	32,96	41,98	—	8,09	1985
184,29	8,81	89,09	15,05	69,29	4,75	33,70	43,96	—	8,73	1986
192,99	8,84	92,41	15,16	72,39	4,86	34,36	48,02	—	9,36	1987
205,56	9,23	93,38	14,17	74,16	5,05	37,10	56,48	—	9,37	1988
224,06	10,03	99,45	12,68	80,78	5,99	40,61	63,84	—	10,13	1989
252,39	10,46	110,38	11,39	91,87	7,12	45,15	75,50	—	10,90	1990
274,05	10,98	115,08	10,94	96,26	7,88	49,73	86,56	—	11,70	1991
264,68	9,88	106,34	11,34	86,50	8,50	...	...	—	11,78	1992
				Neue Bauten						
191,38	4,84	29,81	6,66	21,92	1,23	15,36	11,77	96,29	33,31	1960
199,97	4,73	31,36	6,71	23,27	1,38	15,29	12,93	99,22	36,44	1961
204,46	4,54	28,74	7,50	19,83	1,41	15,87	13,87	100,02	41,42	1962
207,81	4,37	27,15	7,33	18,25	1,57	15,34	13,81	99,35	47,79	1963
234,47	4,63	27,95	7,78	18,31	1,86	15,48	17,90	109,87	58,64	1964
242,70	4,62	28,74	8,24	18,84	1,66	16,36	19,09	115,15	58,74	1965
248,81	4,75	28,38	7,90	18,92	1,56	16,28	20,24	119,61	59,55	1966
233,36	4,54	24,68	8,75	14,33	1,60	16,98	14,10	119,96	53,10	1967
237,45	4,76	21,28	7,65	12,43	1,20	18,76	16,72	119,21	56,72	1968
248,97	4,21	26,25	7,62	17,38	1,25	22,26	16,50	118,45	61,30	1969
263,70	3,28	32,34	8,14	23,01	1,19	23,77	17,48	117,26	69,57	1970
281,87	2,70	34,41	9,71	23,06	1,64	26,23	20,26	129,66	68,61	1971
297,32	2,26	31,58	10,43	19,12	2,03	27,83	24,28	145,46	65,91	1972
296,76	2,30	29,32	9,86	17,35	2,11	27,06	27,00	146,94	64,14	1973
269,33	2,59	25,83	9,74	14,94	1,15	22,85	25,37	124,76	67,93	1974
248,56	2,72	24,95	11,81	12,18	0,96	21,00	21,84	111,51	66,54	1975
254,06	2,87	24,89	11,88	12,11	0,90	23,35	22,19	116,21	64,55	1976
257,69	3,04	26,57	11,39	13,99	1,19	23,01	23,63	120,05	61,39	1977
263,51	3,05	25,57	11,31	13,15	1,11	22,36	27,50	122,62	62,41	1978
278,09	2,80	27,56	11,78	14,57	1,21	23,26	29,79	130,43	64,25	1979
284,08	2,69	30,21	13,11	15,92	1,18	22,91	30,96	133,12	64,19	1980
269,85	2,44	27,53	12,43	13,98	1,12	20,87	32,21	127,37	59,43	1981
258,92	2,51	25,32	11,93	12,43	0,96	20,97	33,36	121,76	55,00	1982
263,25	2,68	24,09	11,75	11,27	1,07	21,89	36,30	127,56	50,73	1983
266,12	2,51	24,62	11,98	11,66	0,98	23,62	37,10	128,98	49,29	1984
250,53	2,46	24,31	11,45	12,10	0,76	24,29	35,41	115,81	48,25	1985
258,18	2,28	27,68	12,05	14,98	0,65	26,51	35,27	114,47	51,97	1986
258,21	2,19	27,75	10,90	16,14	0,71	27,96	35,81	113,05	51,45	1987
266,12	2,19	27,79	11,37	15,70	0,72	29,41	37,70	116,55	52,48	1988
277,85	2,23	29,64	11,64	17,15	0,85	29,75	39,68	122,38	54,17	1989
291,43	2,48	30,59	11,76	17,87	0,96	29,25	42,55	132,77	53,79	1990
302,06	2,21	30,46	11,67	17,79	1,00	28,76	47,74	137,90	54,99	1991
318,80	2,25	31,40	12,83	17,51	1,06	...	...	147,71	57,07	1992

[6]) Einschließlich Eigennutzung durch den Eigentümer. — [7]) Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck.

Tabelle 38*

Einnahmen und Aus
Ins-

Zeitraum[2]	Einnahmen				Aus				
	ins-gesamt	Steuern	Sozial-beiträge	sonstige Ein-nahmen[3]	ins-gesamt	Staats-ver-brauch[4]	Einkommensübertragungen		
							zu-sammen	davon	
								private Haus-halte[5]	Unter-nehmen und übrige Welt
	Mrd								
	Früheres Bundesgebiet								
1960	108,87	69,77	31,21	7,89	99,66	40,45	42,60	37,21	5,39
1961	122,60	79,97	34,42	8,21	113,35	45,78	46,83	40,56	6,27
1962	134,76	87,89	38,12	8,75	129,58	52,83	51,02	44,30	6,72
1963	143,79	93,27	41,16	9,36	140,38	59,39	54,83	47,50	7,33
1964	156,18	101,95	43,83	10,40	153,17	62,10	59,87	51,85	8,02
1965	167,47	107,84	48,52	11,11	170,23	69,65	68,57	58,35	10,22
1966	180,72	114,89	53,82	12,01	181,59	75,45	73,41	63,67	9,74
1967	186,56	117,38	56,42	12,76	193,56	80,05	81,53	71,25	10,28
1968	206,77	129,80	62,20	14,77	211,08	82,73	94,25	74,79	19,46
1969	239,85	152,16	71,43	16,26	233,33	93,12	99,92	80,83	19,09
1970	265,48	161,89	84,94	18,65	264,13	106,47	107,31	88,12	19,19
1971	303,02	183,65	98,44	20,93	304,24	126,76	120,66	99,48	21,18
1972	336,52	201,25	112,48	22,79	340,90	141,04	140,09	113,83	26,26
1973	397,40	236,88	133,48	27,04	386,36	163,09	159,23	127,65	31,58
1974	432,04	253,42	149,56	29,06	444,76	190,11	180,75	148,21	32,54
1975	451,42	254,10	167,26	30,06	509,10	210,08	221,94	185,51	36,43
1976	507,94	285,75	187,97	34,22	546,20	221,86	239,66	199,83	39,83
1977	553,68	317,17	200,23	36,28	582,68	235,13	258,17	212,71	45,46
1978	589,17	335,05	212,66	41,46	620,47	253,09	275,96	223,53	52,43
1979	633,88	358,67	230,04	45,17	669,64	273,54	294,15	238,11	56,04
1980	679,20	381,22	248,49	49,49	721,88	298,02	309,65	253,32	56,33
1981	709,15	386,40	268,64	54,11	765,70	318,39	331,57	274,86	56,71
1982	743,01	394,86	284,25	63,90	795,71	326,44	349,28	291,34	57,94
1983	773,80	414,75	290,34	68,71	816,40	336,44	357,63	295,54	62,09
1984	814,84	439,15	304,58	71,11	848,82	350,44	371,00	299,75	71,25
1985	854,18	459,95	320,11	74,12	875,27	365,72	379,98	306,99	72,99
1986	886,78	473,21	337,40	76,17	912,18	382,55	395,16	318,96	76,20
1987	911,72	491,44	350,55	69,73	949,56	397,28	416,19	335,21	80,98
1988	945,82	512,52	366,52	66,78	991,06	412,38	440,27	350,61	89,66
1989	1 021,61	560,09	383,15	78,37	1 018,86	418,82	456,40	364,22	92,18
1990	1 068,38	573,22	410,46	84,70	1 118,12	444,07	521,73	384,15	137,58
1991	1 198,20	654,52	450,31	93,37	1 290,44	466,53	621,33	406,93	214,40
1992	1 296,73	706,15	480,07	110,51	1 360,51	500,61	657,07	435,56	221,51
1989 1. Hj.	487,00	263,66	181,20	42,14	484,83	194,56	222,03	179,93	42,10
2. Hj.	534,61	296,43	201,95	36,23	534,03	224,26	234,37	184,29	50,08
1990 1. Hj.	502,83	263,59	195,00	44,24	512,41	207,35	234,12	188,92	45,20
2. Hj.	565,55	309,63	215,46	40,46	605,71	236,72	287,61	195,23	92,38
1991 1. Hj.	556,52	297,00	211,60	47,92	624,67	214,50	309,25	197,61	111,64
2. Hj.	641,68	357,52	238,71	45,45	665,77	252,03	312,08	209,32	102,76
1992 1. Hj.	625,59	341,51	226,27	57,81	641,26	230,27	317,15	212,75	104,40
2. Hj.	671,14	364,64	253,80	52,70	719,25	270,34	339,92	222,81	117,11
1993 1. Hj.	639,40	339,62	241,55	58,23	667,55	235,48	335,56	227,87	107,69
	Deutschland								
1991	1 304,52	690,44	512,99	101,09	1 395,42	552,11	626,84	489,87	136,97
1992	1 438,31	755,36	560,90	122,05	1 516,78	606,40	667,65	544,07	123,58
1991 1. Hj.	603,14	311,82	239,56	51,76	650,97	247,34	303,74	235,46	68,28
2. Hj.	701,38	378,62	273,43	49,33	744,45	304,77	323,10	254,41	68,69
1992 1. Hj.	688,28	363,19	262,80	62,29	703,69	274,81	323,23	264,61	58,62
2. Hj.	750,03	392,17	298,10	59,76	813,09	331,59	344,42	279,46	64,96
1993 1. Hj.	711,05	365,17	282,64	63,24	742,71	286,10	344,98	287,90	57,08

[1] Gemeinsamer Haushalt der Gebietskörperschaften und der Sozialversicherung in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen.
[2] Ab 1991 vorläufige Ergebnisse.
[3] Empfangene Vermögenseinkommen, empfangene Vermögensübertragungen, Abschreibungen und sonstige laufende Übertragungen.
[4] Aufwendungen des Staates für Verwaltungsleistungen, die der Allgemeinheit ohne spezielles Entgelt zur Verfügung gestellt werden, unter anderem auch Sachleistungen der Sozialversicherung (insbesondere der Gesetzlichen Krankenkassen) und der Gebietskörperschaften im Rahmen der Sozialhilfe und Jugendhilfe.

gaben des Staates[1])
gesamt[1])

gaben			Finanzierungssaldo[7])	Nachrichtlich				Zeitraum[2])
Zinsen[6])	Bruttoinvestitionen	Vermögensübertragungen		Bruttoinlandsprodukt in jeweiligen Preisen	Produktionspotential in jeweiligen Preisen[8])	Staatsquote[9])	Abgabenquote[10])	
DM						vH		
				Früheres Bundesgebiet				
2,19	9,72	4,70	+ 9,21	302,71	305,5	*32,6*	*33,4*	1960
2,21	11,44	7,09	+ 9,25	331,71	336,5	*33,7*	*34,5*	1961
2,41	14,28	9,04	+ 5,18	360,78	369,5	*35,1*	*34,9*	1962
2,65	17,11	6,40	+ 3,41	382,37	400,7	*35,0*	35,2	1963
2,90	20,88	7,42	+ 3,01	420,18	432,4	*35,4*	*34,7*	1964
3,23	20,86	7,92	– 2,76	459,17	469,9	*36,2*	*34,1*	1965
4,12	21,20	7,41	– 0,87	488,23	507,0	*35,8*	*34,6*	1966
5,19	18,87	7,92	– 7,00	494,35	532,4	*36,4*	35,2	1967
5,38	20,68	8,04	– 4,31	533,28	561,8	*37,6*	*36,0*	1968
5,84	23,73	10,72	+ 6,52	596,95	605,0	*38,6*	*37,5*	1969
6,55	31,29	12,51	+ 1,35	675,30	682,1	*38,7*	*36,6*	1970
7,34	33,87	15,61	– 1,22	749,75	766,9	*39,7*	*37,6*	1971
8,43	33,85	17,49	– 4,38	823,12	842,4	*40,5*	*38,1*	1972
10,17	35,13	18,74	+11,04	917,25	930,8	*41,5*	*40,4*	1973
12,15	40,13	21,62	–12,72	983,93	1 022,4	*43,5*	*41,0*	1974
14,18	40,33	22,57	–57,68	1 026,63	1 103,9	*46,1*	*41,0*	1975
17,45	39,49	27,74	–38,26	1 120,50	1 166,2	*46,8*	42,3	1976
20,41	39,34	29,63	–29,00	1 195,29	1 236,4	*47,1*	*43,3*	1977
21,53	42,55	27,34	–31,30	1 283,55	1 320,7	*47,0*	42,7	1978
24,10	47,91	29,94	–35,76	1 388,44	1 404,9	*47,7*	*42,4*	1979
28,55	53,24	32,42	–42,68	1 472,04	1 511,6	*47,8*	*42,8*	1980
35,47	49,90	30,37	–56,55	1 534,97	1 606,8	*47,7*	*42,7*	1981
44,03	45,44	30,52	–52,70	1 588,09	1 705,1	*46,7*	*42,8*	1982
50,09	42,18	30,06	–42,60	1 668,54	1 781,9	*45,8*	42,3	1983
52,72	42,16	32,50	–33,98	1 750,89	1 854,9	*45,8*	*42,5*	1984
55,27	42,91	31,39	–21,09	1 823,18	1 925,2	*45,5*	*42,8*	1985
57,18	47,29	30,00	–25,40	1 925,29	2 031,3	*44,9*	*42,1*	1986
57,78	47,99	30,32	–37,84	1 990,48	2 115,1	*44,9*	*42,3*	1987
59,81	48,91	29,69	–45,24	2 095,98	2 197,6	*45,1*	*41,9*	1988
60,46	52,37	30,81	+ 2,75	2 224,44	2 302,8	*44,2*	*42,4*	1989
63,35	55,53	33,44	–49,74	2 425,20	2 450,1	*45,6*	*40,6*	1990
74,95	60,67	66,96	–92,24	2 635,00	2 635,0	*49,0*	*41,9*	1991
84,81	65,70	52,32	–63,78	2 794,20	2 835,9	*48,0*	*42,5*	1992
32,13	23,36	12,75	+ 2,17	1 071,53	—	—	X	1989 1. Hj.
28,33	29,01	18,06	+ 0,58	1 152,91	—	—	X	2. Hj.
32,78	24,84	13,32	– 9,58	1 159,90	—	—	X	1990 1. Hj.
30,57	30,69	20,12	–40,16	1 265,30	—	—	X	2. Hj.
37,84	26,52	36,56	–68,15	1 272,20	—	—	X	1991 1. Hj.
37,11	34,15	30,40	–24,09	1 362,80	—	—	X	2. Hj.
43,33	29,33	21,18	–15,67	1 355,70	—	—	X	1992 1. Hj.
41,48	36,37	31,14	–48,11	1 438,50	—	—	X	2. Hj.
46,34	29,67	20,50	–28,15	1 368,50	—	—	X	1993 1. Hj.
				Deutschland				
77,56	74,49	64,42	–90,90	2 815,87	—	—	*42,7*	1991
101,70	84,89	56,77	–78,47	3 027,62	—	—	*43,5*	1992
38,38	31,06	30,45	–47,83	1 349,56	—	—	X	1991 1. Hj.
39,18	43,43	33,97	–43,07	1 466,31	—	—	X	2. Hj.
46,60	37,76	21,29	–15,41	1 460,27	—	—	X	1992 1. Hj.
54,47	47,13	35,48	–63,06	1 567,35	—	—	X	2. Hj.
51,09	38,72	21,82	–31,66	1 492,71	—	—	X	1993 1. Hj.

[5]) Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck.
[6]) Zinsen auf öffentliche Schulden.
[7]) Überschuß: +; Defizit: –.
[8]) Produktionspotential in Preisen von 1991, inflationiert mit der Preisentwicklung des Bruttoinlandsprodukts.
[9]) Ausgaben des Staates in vH des Produktionspotentials in jeweiligen Preisen.
[10]) Steuern und Sozialbeiträge in vH des Bruttoinlandsprodukts in jeweiligen Preisen.

Einnahmen und Aus

Gebietskörperschaften

Mrd

Zeitraum[2]	Gebietskörper								
	Einnahmen			Ausga					
		davon			da				
	insgesamt	Steuern	sonstige Einnahmen[3]	insgesamt	Staatsverbrauch	Einkommensübertragungen			Zinsen[6]
						zusammen[4]	darunter		
							private Haushalte[5]	Unternehmen und übrige Welt	
	Früheres Bundesgebiet								
1960	78,29	69,77	8,52	71,68	31,71	23,61	12,34	5,26	2,19
1961	88,92	79,97	8,95	84,41	36,02	25,75	13,01	6,11	2,21
1962	97,47	87,89	9,58	95,41	41,92	28,04	14,25	6,54	2,41
1963	103,29	93,27	10,02	102,77	47,34	29,54	14,47	7,15	2,65
1964	113,05	101,95	11,10	113,65	48,91	33,81	17,29	7,81	2,90
1965	119,85	107,84	12,01	126,16	54,54	39,89	20,60	9,97	3,23
1966	127,72	114,89	12,83	131,80	57,77	41,64	21,88	9,40	4,12
1967	130,99	117,38	13,61	136,75	60,96	44,19	23,02	9,89	5,19
1968	145,86	129,80	16,06	149,67	62,01	53,88	23,50	18,94	5,38
1969	170,59	152,16	18,43	165,02	70,00	55,05	24,78	18,48	5,84
1970	183,29	161,89	21,40	188,26	79,88	58,34	27,83	18,47	6,55
1971	207,95	183,65	24,30	216,29	94,25	65,63	32,07	20,37	7,34
1972	226,64	201,25	25,39	239,42	102,97	77,15	36,03	25,38	8,43
1973	266,22	236,88	29,34	268,48	117,55	87,54	38,80	30,54	10,17
1974	286,39	253,42	32,97	303,14	134,65	95,56	43,62	31,11	12,15
1975	288,42	254,10	34,32	343,58	145,56	121,64	59,24	34,60	14,17
1976	324,54	285,75	38,79	363,38	152,51	127,32	61,20	37,37	17,44
1977	360,19	317,17	43,02	385,36	162,33	134,81	63,97	42,52	20,41
1978	385,13	335,05	50,08	414,57	175,28	148,90	67,91	48,95	21,52
1979	413,27	358,67	54,60	449,14	189,86	158,06	72,94	52,27	24,09
1980	440,22	381,22	59,00	486,65	206,09	167,33	77,74	52,34	28,53
1981	451,28	386,40	64,88	513,84	219,21	180,18	85,30	52,68	35,39
1982	470,76	394,86	75,90	530,98	225,66	186,76	86,66	54,18	44,01
1983	496,79	414,75	82,04	539,20	232,37	186,02	87,22	58,19	50,08
1984	524,34	439,15	85,19	557,93	238,83	193,13	87,79	65,03	52,70
1985	549,17	459,95	89,22	575,25	248,02	199,17	89,76	67,42	55,25
1986	566,01	473,21	92,80	600,54	258,52	208,80	95,60	71,17	57,16
1987	578,61	491,44	87,17	623,01	267,77	220,11	100,42	75,56	57,75
1988	597,32	512,52	84,80	643,94	272,49	234,13	102,56	83,95	59,78
1989	656,21	560,09	96,12	670,22	282,27	245,26	107,12	86,46	60,43
1990	674,70	573,22	101,48	744,48	295,99	297,31	112,68	131,44	63,32
1991	762,87	654,52	108,35	872,85	301,09	370,98	119,97	187,13	74,92
1992	831,92	706,15	125,77	898,20	319,90	377,33	129,98	182,81	84,78
	Deutschland								
1991	807,64	690,44	117,20	919,87	363,39	342,02	140,22	128,69	77,53
1992	896,19	755,36	140,83	979,04	392,35	345,85	157,72	112,87	101,04

[1] In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen.
[2] Ab 1991 vorläufige Ergebnisse.
[3] Empfangene Vermögenseinkommen, unterstellte Sozialbeiträge von privaten Haushalten, empfangene Vermögensübertragungen (einschließlich der Vermögensübertragungen von der Sozialversicherung), Abschreibungen und sonstige laufende Übertragungen.
[4] Einschließlich sonstige laufende Übertragungen an die Sozialversicherung.
[5] Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck.
[6] Zinsen auf öffentliche Schulden.
[7] Einschließlich Vermögensübertragungen an die Sozialversicherung.

gaben des Staates[1])

und Sozialversicherung

DM

schaften			Sozialversicherung						
ben			Einnahmen		Ausgaben				
von				darunter		darunter			
Brutto-investitionen	Vermögensübertragungen[7])	Finanzierungssaldo[8])	insgesamt[9])	Sozialbeiträge[10])	insgesamt[11])	soziale Leistungen	Staatsverbrauch	Finanzierungssaldo[8])	Zeitraum[2])
			Früheres Bundesgebiet						
9,48	4,69	+ 6,61	36,60	29,10	34,00	25,00	8,74	+ 2,60	1960
11,28	9,15	+ 4,51	42,41	32,01	37,67	27,71	9,76	+ 4,74	1961
14,04	9,00	+ 2,06	44,54	35,54	41,42	30,23	10,91	+ 3,12	1962
16,86	6,38	+ 0,52	48,42	38,32	45,53	33,21	12,05	+ 2,89	1963
20,65	7,38	– 0,60	51,84	40,76	48,23	34,77	13,19	+ 3,61	1964
20,63	7,87	– 6,31	56,94	45,03	53,39	38,00	15,11	+ 3,55	1965
20,92	7,35	– 4,08	63,36	49,96	60,15	42,11	17,68	+ 3,21	1966
18,56	7,85	– 5,76	66,85	52,30	68,09	48,58	19,09	– 1,24	1967
20,42	7,98	– 3,81	72,35	57,64	72,85	51,72	20,72	– 0,50	1968
23,46	10,67	+ 5,57	81,05	66,08	80,10	56,55	23,12	+ 0,95	1969
31,02	12,47	– 4,97	94,23	78,53	87,91	60,86	26,59	+ 6,32	1970
33,51	15,56	– 8,34	108,26	90,90	101,14	67,99	32,51	+ 7,12	1971
33,45	17,42	– 12,78	125,62	104,12	117,22	78,49	38,07	+ 8,40	1972
34,61	18,61	– 2,26	149,38	123,57	136,08	89,69	45,54	+13,30	1973
39,36	21,42	– 16,75	166,52	138,08	162,49	105,78	55,46	+ 4,03	1974
39,67	22,54	– 55,16	190,94	154,74	193,46	127,72	64,52	– 2,52	1975
38,81	27,30	– 38,84	212,39	174,72	211,81	140,48	69,35	+ 0,58	1976
38,63	29,18	– 25,17	222,09	186,03	225,92	150,51	72,80	– 3,83	1977
41,98	26,89	– 29,44	236,49	197,42	238,35	157,51	77,81	– 1,86	1978
47,25	29,88	– 35,87	253,99	213,74	253,88	167,08	83,68	+ 0,11	1979
52,42	32,28	– 46,43	276,78	230,88	273,03	177,76	91,93	+ 3,75	1980
48,77	30,29	– 62,56	300,73	249,50	294,72	192,07	99,18	+ 6,01	1981
44,23	30,32	– 60,22	318,80	264,70	311,28	207,46	100,78	+ 7,52	1982
40,89	29,84	– 42,41	318,35	270,15	318,54	210,96	104,07	– 0,19	1983
40,99	32,28	– 33,59	331,77	283,74	332,16	214,86	111,61	– 0,39	1984
41,56	31,25	– 26,08	348,14	298,23	343,15	219,71	117,70	+ 4,99	1985
46,19	29,87	– 34,53	364,18	314,45	355,05	225,78	124,03	+ 9,13	1986
47,03	30,35	– 44,40	378,79	327,05	372,23	237,19	129,51	+ 6,56	1987
47,82	29,72	– 46,62	397,64	342,27	396,26	250,40	139,89	+ 1,38	1988
51,42	30,84	– 14,01	418,62	358,23	401,86	260,10	136,55	+16,76	1989
54,43	33,43	– 69,78	448,12	384,11	428,08	275,22	148,08	+20,04	1990
59,15	66,71	–109,98	500,51	423,36	482,77	290,88	165,44	+17,74	1991
64,20	51,99	– 66,28	530,65	451,50	528,15	309,77	180,71	+ 2,50	1992
			Deutschland						
72,69	64,24	–112,23	572,56	485,78	551,23	353,17	188,72	+21,33	1991
83,17	56,63	– 82,85	626,99	531,49	622,61	394,49	214,05	+ 4,38	1992

[8]) Überschuß: +; Defizit: –.
[9]) Empfangene Vermögensübertragungen, Sozialbeiträge, Abschreibungen, empfangene Vermögensübertragungen und sonstige laufende Übertragungen (einschließlich der Übertragungen von den Gebietskörperschaften).
[10]) Tatsächliche und unterstellte Sozialbeiträge.
[11]) Subventionen, soziale Leistungen, Zinsen, Staatsverbrauch, geleistete Vermögensübertragungen (einschließlich der Vermögensübertragungen an die Gebietskörperschaften), Bruttoinvestitionen und sonstige laufende Übertragungen.

Tabelle 39*

Subventionen des Staates[1])

Früheres Bundesgebiet

Mrd DM

Nach Aufgabenbereichen

Jahr[2])	Insgesamt	Darunter									
		Land- und Forstwirtschaft, Fischerei		Energiegewinnung und -versorgung			Produzierendes Gewerbe[3])	Verkehr- und Nachrichtenübermittlung		Wohnungswesen, Stadt- und Landesplanung, Gemeinschaftsdienste	sonstige Wirtschaftsförderung, -ordnung und -aufsicht[4])
		zusammen	darunter: Zahlungen im Rahmen der Europäischen Agrarmarktordnung	zusammen	darunter: „Kohlepfennig"	darunter: Zuschuß zur Erleichterung der Produktion von Kokskohle und Hochofenkoks		zusammen	darunter: Zahlungen an die Bundesbahn		
1970	11,78	5,80	2,51	0,48	.	0,00	0,02	2,38	1,63	0,90	1,57
1971	12,61	5,16	1,63	0,40	.	0,00	0,03	3,53	2,61	0,84	1,77
1972	15,78	5,04	1,48	0,64	.	0,17	0,06	6,10	4,94	1,09	1,93
1973	18,65	5,99	2,63	0,98	.	0,20	0,08	7,54	6,11	0,93	2,05
1974	18,86	5,32	2,78	0,97	.	0,09	0,10	7,65	5,88	1,16	2,37
1975	20,39	6,21	2,81	1,00	0,33	0,12	0,19	7,38	5,56	1,16	3,05
1976	22,13	6,80	3,46	1,75	1,13	0,06	0,21	7,09	5,36	1,43	3,33
1977	24,63	7,75	4,98	2,41	1,39	0,27	0,14	7,43	6,93	1,69	3,51
1978	29,70	9,32	6,83	3,30	1,60	0,80	0,24	9,07	6,93	1,91	4,05
1979	31,16	9,08	6,78	4,71	2,68	1,27	0,27	8,48	6,29	2,01	4,52
1980	30,65	9,21	6,83	4,29	2,03	1,32	0,34	7,34	5,16	2,09	5,41
1981	29,12	7,32	5,94	3,39	1,40	1,35	0,37	7,87	5,68	2,25	5,67
1982	29,25	7,52	5,77	2,99	1,78	0,73	0,54	7,94	5,83	2,34	5,23
1983	31,72	9,40	8,04	2,79	1,45	0,98	0,66	7,81	5,84	2,52	5,74
1984	36,33	11,89	8,44	3,92	1,77	1,80	1,42	7,69	5,70	2,74	5,84
1985	37,94	13,01	8,36	3,40	1,59	1,53	1,17	7,53	5,65	3,01	6,77
1986	41,31	14,83	9,80	5,10	2,75	2,11	0,17	7,18	5,15	3,58	6,78
1987	44,80	15,36	10,34	8,29	4,68	3,38	0,16	7,11	5,02	3,21	6,93
1988	47,74	17,48	11,51	8,04	4,31	3,47	0,48	7,46	5,27	2,65	7,72
1989	46,78	14,32	8,29	9,68	5,08	4,24	1,02	7,58	5,22	2,77	7,67
1990	48,83	14,32	9,48	10,04	5,34	3,76	1,05	7,93	5,38	2,91	8,07
1991	47,20	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...
1992	46,58	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...

Nach Wirtschaftsbereichen[5])

Jahr[2])	Insgesamt	Davon						Einbehaltene Umsatzsteuer[6]) (in den Wirtschaftsbereichen enthalten)
		Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	Energie- und Wasserversorgung, Bergbau	Verarbeitendes Gewerbe, Baugewerbe	Handel	Verkehr, Nachrichtenübermittlung	Dienstleistungsunternehmen	
1970	11,78	2,71	0,64	2,00	2,68	2,56	1,19	1,79
1971	12,61	2,83	0,58	2,47	1,72	3,71	1,30	2,14
1972	15,78	2,89	0,85	2,33	1,91	6,20	1,60	2,40
1973	18,65	2,79	1,23	2,76	2,68	7,63	1,56	2,43
1974	18,86	2,26	1,27	3,08	2,55	7,73	1,97	2,52
1975	20,39	3,02	1,40	3,50	2,77	7,51	2,19	3,23
1976	22,13	3,18	1,98	3,99	3,28	7,24	2,46	3,35
1977	24,63	2,55	2,63	4,32	4,72	7,56	2,85	3,01
1978	29,70	2,52	3,48	5,13	6,31	9,20	3,06	2,97
1979	31,16	2,26	5,09	5,47	6,11	8,84	3,39	2,82
1980	30,65	1,91	4,75	5,99	6,43	7,73	3,84	3,12
1981	29,12	1,43	3,93	6,20	5,10	8,30	4,16	2,94
1982	29,25	1,56	3,49	6,54	4,85	8,61	4,20	3,45
1983	31,72	1,22	3,27	7,40	6,61	8,62	4,60	3,36
1984	36,33	3,10	4,18	8,52	7,20	8,46	4,87	5,42
1985	37,94	4,49	4,01	8,47	7,19	8,24	5,54	6,83
1986	41,31	5,16	5,67	8,13	8,37	8,15	5,83	6,74
1987	44,80	4,85	8,96	8,75	8,15	7,95	6,14	6,32
1988	47,74	5,90	9,17	8,81	9,94	8,39	5,53	6,81
1989	46,78	5,73	10,79	8,62	7,47	8,35	5,82	6,05
1990	48,83	5,87	10,74	8,92	7,87	8,90	6,53	6,05
1991	47,20	5,83	...	...	...	...	6,90	5,25
1992	46,58	...	...	...	...	...	...	2,60

[1]) In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen; das heißt, Zuschüsse, die der Staat im Rahmen der Wirtschafts- und Sozialpolitik an Unternehmen für laufende Produktionszwecke gewährt. Ausführliche Erläuterungen in: Statistisches Bundesamt, Fachserie 18 „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen", Reihe 1.3 „Konten und Standardtabellen". — [2]) Ab 1991 vorläufige Ergebnisse. — [3]) Ohne Wasser- und Energiegewinnung und -versorgung. — [4]) Im wesentlichen Direktzahlungen der EG und Montanunion, Zinsverbilligungszuschüsse, Zuschuß an die Bundesmonopolverwaltung und Monopolverwaltung Branntwein in Berlin, Zuschüsse für die berufliche Eingliederung Jugendlicher, Frachthilfen sowie Betriebszuschüsse an Wirtschaftsunternehmen. — [5]) Die Zuordnung der Subventionen auf Wirtschaftsbereiche richtet sich nach dem Tätigkeitsbereich des Empfängers, der oft nicht mit dem letztlich Begünstigten identisch ist; zum Beispiel werden Erstattungen bei der Ausfuhr pflanzlicher und tierischer Erzeugnisse, Zuschüsse zu den Kosten der Vorratshaltung landwirtschaftlicher Erzeugnisse oder zu den Kosten für Abbaumaßnahmen bei Marktordnungswaren dem Bereich Handel zugerechnet. — [6]) Umsatzsteuervergünstigungen für land- und forstwirtschaftliche Betriebe (§ 24 und 24 a Umsatzsteuergesetz), zur Förderung der Berliner Wirtschaft (§§ 1 bis 13 Berlinförderungsgesetz; Wegfall der Vergünstigung für westdeutsche Unternehmen [§ 2 Berlinförderungsgesetz] ab 1. Juli 1991); bis 30. Juni 1990 für Bezüge aus dem Währungsgebiet der Mark der ehemaligen DDR (allgemeine Verwaltungsvorschrift zu § 26 Absatz 4 Umsatzsteuergesetz vom 16. Mai 1973).

Privater Verbrauch nach Verwendungszwecken[1]

Tabelle 40*

Früheres Bundesgebiet
Mrd DM

Jahr[2]	Insgesamt	Nahrungsmittel, Getränke[3] und Tabakwaren	Bekleidung, Schuhe	Wohnungsmieten[4]	Energie (ohne Kraftstoffe)	Güter für				
						die Haushaltsführung	Gesundheits- und Körperpflege	Verkehr[5] und Nachrichtenübermittlung	Bildung, Unterhaltung und Freizeit[6]	die persönliche Ausstattung, Güter sonstiger Art[7]
					In jeweiligen Preisen					
1960	170,36	63,35	19,75	16,90	5,11	19,60	8,33	15,33	14,49	7,50
1961	186,00	67,66	21,00	19,08	5,58	21,38	9,11	17,84	15,99	8,36
1962	201,54	71,91	22,58	20,22	6,84	23,17	10,08	20,15	17,32	9,27
1963	213,71	75,57	23,51	22,33	8,54	23,50	10,04	22,21	18,18	9,83
1964	230,30	80,37	25,11	24,61	8,06	26,04	11,06	25,08	19,60	10,37
1965	253,42	86,66	27,91	27,09	8,61	28,13	12,17	29,11	22,07	11,67
1966	270,59	90,66	29,50	30,57	9,47	29,23	13,27	31,37	23,81	12,71
1967	278,51	91,38	29,83	33,87	9,74	29,79	13,40	32,02	25,10	13,38
1968	296,38	94,13	30,22	37,77	11,60	30,42	14,07	36,79	27,99	13,39
1969	325,23	100,03	33,44	41,20	12,56	32,95	15,36	43,19	31,93	14,57
1970	361,02	108,30	37,17	44,91	13,95	36,58	16,58	50,70	36,91	15,92
1971	398,79	114,50	39,83	49,86	14,64	41,74	17,71	56,83	44,94	18,74
1972	439,71	124,83	44,50	55,27	16,01	46,44	19,21	62,37	49,76	21,32
1973	479,74	135,09	47,23	61,93	20,50	50,16	20,61	65,86	54,36	24,00
1974	516,64	142,09	50,86	68,75	23,43	54,11	22,64	68,03	59,53	27,20
1975	564,49	150,91	55,00	76,80	25,51	57,69	24,92	79,61	63,88	30,17
1976	611,95	161,45	58,06	83,78	29,37	61,52	27,24	89,54	68,25	32,74
1977	658,43	171,28	62,93	89,57	29,73	67,09	29,28	99,69	73,12	35,74
1978	699,92	177,89	66,03	95,25	32,41	71,29	31,45	108,24	75,67	41,69
1979	751,59	186,27	69,70	102,09	42,26	75,49	34,08	115,41	80,73	45,56
1980	803,93	200,10	75,85	111,88	45,15	80,84	37,59	119,29	84,56	48,67
1981	849,65	211,44	77,92	121,22	50,25	82,65	40,49	126,48	88,34	50,86
1982	882,34	220,37	77,51	132,18	53,64	81,75	42,74	130,58	90,34	53,23
1983	925,25	225,27	80,02	143,32	53,85	84,84	46,52	141,33	93,50	56,60
1984	968,29	230,47	82,55	152,96	58,97	87,40	49,48	148,41	96,85	61,20
1985	1 002,71	233,19	85,32	161,80	63,96	87,45	51,60	154,35	99,99	65,05
1986	1 027,37	236,67	88,63	170,27	55,18	90,57	53,37	160,46	104,00	68,22
1987	1 064,14	241,06	91,72	178,28	50,44	96,12	56,19	170,61	108,20	71,52
1988	1 107,62	247,36	92,83	187,55	46,60	102,04	59,90	179,59	114,77	76,98
1989	1 177,54	262,31	95,58	198,77	47,79	109,30	62,88	197,37	119,78	83,76
1990	1 289,58	285,76	104,27	213,04	51,22	119,06	67,85	221,59	135,57	91,22
1991	1 400,53	297,20	112,54	229,89	58,29	130,35	73,54	251,68	145,99	101,05
1992	1 462,56	300,09	115,01	251,44	57,45	136,61	78,33	260,76	154,11	108,76
					In Preisen von 1991					
1960	479,90	150,15	53,24	71,48	18,81	45,21	31,06	46,62	37,90	25,43
1961	506,92	157,05	55,15	74,43	20,00	47,90	33,02	52,39	39,81	27,17
1962	533,28	161,23	57,28	77,27	24,15	50,29	35,54	58,21	40,93	28,38
1963	549,67	164,59	58,01	80,99	29,36	49,66	34,24	61,87	41,66	29,29
1964	579,82	172,06	61,42	84,57	26,98	54,73	36,64	68,78	43,93	30,71
1965	618,20	179,01	66,56	88,11	28,13	58,35	37,96	78,53	47,78	33,77
1966	637,78	181,20	68,57	92,06	30,73	59,81	38,44	81,26	50,02	35,69
1967	646,63	182,81	69,24	95,57	31,00	61,03	37,68	80,81	51,60	36,89
1968	677,50	187,71	69,09	99,36	34,35	62,92	36,19	94,44	56,34	37,10
1969	728,57	194,62	75,23	101,80	37,41	67,32	38,43	111,16	62,92	39,68
1970	778,75	204,87	79,92	105,99	40,20	71,49	39,09	125,94	68,47	42,78
1971	816,07	210,28	81,35	110,59	40,29	78,61	39,23	132,24	77,05	46,43
1972	852,07	217,55	85,72	115,59	42,44	84,33	40,09	134,88	82,40	49,07
1973	868,73	219,93	84,76	122,07	45,08	88,00	40,41	131,19	86,18	51,11
1974	876,52	222,69	85,87	128,97	44,50	88,36	41,72	122,30	88,98	53,13
1975	905,85	224,92	88,69	135,47	44,12	88,93	42,90	135,45	90,46	54,91
1976	942,07	231,03	90,46	140,72	47,25	92,48	44,94	145,65	92,76	56,78
1977	980,56	232,54	93,62	145,39	47,41	98,22	46,74	159,01	97,53	60,10
1978	1 016,71	239,13	93,49	149,98	50,54	102,04	48,05	165,05	101,12	67,31
1979	1 048,34	246,60	94,87	155,52	52,63	105,09	50,16	168,00	104,90	70,57
1980	1 062,40	254,04	97,87	162,37	51,91	106,37	52,41	162,42	106,09	68,92
1981	1 059,93	256,42	95,76	168,51	51,05	102,57	53,51	157,75	106,79	67,57
1982	1 047,38	250,57	91,17	175,03	50,40	96,77	53,22	157,01	104,76	68,45
1983	1 064,57	248,78	91,39	180,61	50,97	97,54	55,46	164,52	104,80	70,50
1984	1 088,40	250,85	92,16	185,93	53,88	98,32	57,92	168,55	105,89	74,90
1985	1 107,73	252,13	93,23	191,11	56,41	96,87	59,45	171,89	107,71	78,93
1986	1 142,15	254,35	95,31	197,39	57,15	99,16	60,44	186,90	110,82	80,63
1987	1 177,95	260,74	97,53	203,23	56,66	104,10	62,47	196,85	114,65	81,72
1988	1 211,57	266,44	97,33	208,77	53,53	109,05	65,35	204,18	120,35	86,57
1989	1 252,70	276,68	98,94	214,63	51,06	114,85	66,35	213,94	124,57	91,68
1990	1 336,81	293,00	106,58	222,43	53,20	122,47	70,35	233,96	137,66	97,16
1991	1 400,53	297,20	112,54	229,89	58,29	130,35	73,54	251,68	145,99	101,05
1992	1 406,17	290,72	111,76	238,26	57,32	132,30	75,68	250,33	148,44	101,36

[1] Inlandskonzept, nach der Systematik der Einnahmen und Ausgaben der privaten Haushalte, Ausgabe 1983. — [2] Ab 1991 vorläufige Ergebnisse. — [3] Einschließlich Verzehr in Gaststätten. — [4] Einschließlich Mietwert der Eigennutzung durch den Eigentümer. — [5] Einschließlich Kraftstoffe. — [6] Ohne Dienstleistungen des Gastgewerbes. — [7] Einschließlich Pauschalreisen sowie Dienstleistungen des Beherbergungsgewerbes, der Kreditinstitute und Versicherungsunternehmen.

Tabelle 41*

Vierteljahresergebnisse der Verwendung des

Früheres

Mrd

Vierteljahr[1]	Brutto-inlands-produkt	Privater Verbrauch	Staats-verbrauch	Anlageinvestitionen			Vorrats-veränderung	Ausfuhr[2]	Einfuhr[2]	Außen-beitrag[3]
				zusammen	Ausrüstungen	Bauten				
	In jeweiligen Preisen									
1982 1. Vj.	378,59	218,46	76,66	66,80	27,05	39,75	+ 8,20	117,42	108,95	+ 8,47
2. Vj.	388,88	223,75	76,36	85,14	30,62	54,52	- 5,65	118,65	109,37	+ 9,28
3. Vj.	396,47	224,33	78,00	83,92	29,52	54,40	+ 6,52	114,71	111,01	+ 3,70
4. Vj.	424,15	249,56	95,42	87,59	36,42	51,17	-25,11	123,61	106,92	+16,69
1983 1. Vj.	394,14	228,25	77,46	67,75	27,66	40,09	+ 8,08	116,57	103,97	+12,60
2. Vj.	405,06	235,15	77,84	88,57	33,35	55,22	- 4,48	117,36	109,38	+ 7,98
3. Vj.	416,33	235,51	80,97	89,24	32,19	57,05	+ 9,61	116,07	115,07	+ 1,00
4. Vj.	453,01	260,37	100,17	95,25	41,75	53,50	-14,71	129,63	117,70	+11,93
1984 1. Vj.	420,42	239,87	79,79	72,55	28,84	43,71	+18,18	129,93	119,90	+10,03
2. Vj.	419,26	246,35	81,94	88,26	30,95	57,31	- 3,62	127,47	121,14	+ 6,33
3. Vj.	436,96	245,78	83,19	92,00	34,24	57,76	+11,31	131,00	126,32	+ 4,68
4. Vj.	474,25	269,20	105,52	97,86	43,10	54,76	-20,55	147,92	125,70	+22,22
1985 1. Vj.	427,78	245,30	83,17	69,19	32,06	37,13	+16,88	145,97	132,73	+13,24
2. Vj.	440,06	254,30	85,20	91,96	37,13	54,83	- 5,59	146,14	131,95	+14,19
3. Vj.	460,60	256,93	87,77	94,40	36,52	57,88	+ 8,89	148,51	135,90	+12,61
4. Vj.	494,74	280,00	109,58	100,26	47,32	52,94	-18,93	152,12	128,29	+23,83
1986 1. Vj.	446,08	252,37	86,36	71,92	34,22	37,70	+13,03	143,62	121,22	+22,40
2. Vj.	471,63	264,48	90,34	98,11	40,46	57,65	- 3,98	146,50	123,82	+22,68
3. Vj.	485,15	263,79	92,74	98,09	37,86	60,23	+ 8,22	141,48	119,17	+22,31
4. Vj.	522,43	285,79	113,11	105,36	48,33	57,03	-14,35	148,94	116,42	+32,52
1987 1. Vj.	465,33	258,20	89,38	73,44	35,99	37,45	+17,81	138,72	112,22	+26,50
2. Vj.	486,03	274,31	94,21	100,60	41,88	58,72	- 7,26	141,24	117,07	+24,17
3. Vj.	498,55	274,58	95,91	102,59	40,48	62,11	+ 7,42	141,44	123,39	+18,05
4. Vj.	540,57	300,93	117,78	109,15	51,08	58,07	-18,53	155,21	123,97	+31,24
1988 1. Vj.	494,78	273,24	93,18	83,55	38,24	45,31	+16,00	148,35	119,54	+28,81
2. Vj.	508,48	283,16	96,70	105,30	44,42	60,88	- 1,83	150,76	125,61	+25,15
3. Vj.	525,12	286,23	99,41	106,45	43,80	62,65	+12,21	153,23	132,41	+20,82
4. Vj.	567,60	311,06	123,09	114,60	56,00	58,60	-16,08	167,49	132,56	+34,93
1989 1. Vj.	527,23	289,44	96,15	93,48	41,74	51,74	+15,47	168,10	135,41	+32,69
2. Vj.	544,30	300,92	98,41	115,49	50,36	65,13	- 0,41	178,61	148,72	+29,89
3. Vj.	553,28	300,35	101,22	113,94	48,48	65,46	+11,62	171,30	145,15	+26,15
4. Vj.	599,63	330,24	123,04	125,61	62,89	62,72	-10,67	183,42	152,01	+31,41
1990 1. Vj.	572,40	311,39	101,46	108,02	49,65	58,37	+15,19	183,98	147,64	+36,34
2. Vj.	587,50	323,30	105,89	129,58	57,74	71,84	+ 1,25	179,70	152,22	+27,48
3. Vj.	611,20	325,77	107,77	128,76	55,36	73,40	+13,42	195,06	159,58	+35,48
4. Vj.	654,10	358,20	128,95	141,42	71,82	69,60	-18,05	216,46	172,88	+43,58
1991 1. Vj.	619,10	338,97	102,70	118,43	57,41	61,02	+20,40	211,02	172,42	+38,60
2. Vj.	653,10	353,45	111,80	149,62	68,24	81,38	+ 1,24	218,58	181,59	+36,99
3. Vj.	661,70	351,97	113,32	145,48	62,29	83,19	+12,06	224,07	185,20	+38,87
4. Vj.	701,10	383,92	138,71	151,37	74,90	76,47	-27,10	238,86	184,66	+54,20
1992 1. Vj.	669,70	358,97	113,14	131,52	59,35	72,17	+18,49	233,31	185,73	+47,58
2. Vj.	686,00	370,96	117,13	154,87	66,34	88,53	- 4,02	231,23	184,17	+47,06
3. Vj.	702,30	371,26	122,80	150,09	59,99	90,10	+10,35	231,45	183,65	+47,80
4. Vj.	736,20	408,84	147,54	157,11	71,71	85,40	-29,44	238,81	186,66	+52,15
1993 1. Vj.	670,70	369,33	115,53	124,21	50,60	73,61	+11,30	213,62	163,29	+50,33
2. Vj.	697,80	383,05	119,95	148,88	55,37	93,51	- 5,77	213,73	162,04	+51,69

[1] Ab 1991 vorläufige Ergebnisse.
[2] Waren und Dienstleistungen ohne Erwerbs- und Vermögenseinkommen mit der übrigen Welt und mit den neuen Bundesländern und Berlin (Ost).

Sozialproduktsberechnung

Inlandsprodukts

Bundesgebiet

DM

Brutto-inlands-produkt	Privater Verbrauch	Staats-verbrauch	Anlageinvestitionen			Vorrats-veränderung	Ausfuhr [2]	Einfuhr [2]	Außen-beitrag [3]	Vierteljahr [1]
			zusammen	Ausrüstungen	Bauten					
In Preisen von 1991										
487,80	265,37	103,63	85,15	33,22	51,93	+ 9,02	132,62	107,99	+24,63	1982 1. Vj.
499,20	269,53	102,23	107,98	37,63	70,35	- 4,15	132,94	109,33	+23,61	2. Vj.
498,20	268,26	101,12	105,88	35,66	70,22	+. 8,33	127,97	113,36	+14,61	3. Vj.
515,80	291,33	107,84	110,09	43,67	66,42	-26,59	137,60	104,47	+33,13	4. Vj.
489,00	266,70	101,51	85,20	32,98	52,22	+ 8,86	129,61	102,88	+26,73	1983 1. Vj.
504,40	274,20	102,04	110,21	39,46	70,75	- 1,95	129,75	109,85	+19,90	2. Vj.
508,40	273,61	101,61	110,19	37,69	72,50	+11,10	127,29	115,40	+11,89	3. Vj.
534,40	296,08	110,48	116,25	48,47	67,78	-15,69	140,20	112,92	+27,28	4. Vj.
509,10	271,60	102,57	88,36	33,24	55,12	+19,67	139,71	112,81	+26,90	1984 1. Vj.
510,50	279,07	104,82	106,74	35,35	71,39	- 1,50	136,00	114,63	+21,37	2. Vj.
525,00	279,96	104,23	110,72	39,01	71,71	+11,84	139,27	121,02	+18,25	3. Vj.
548,90	299,92	114,39	116,62	48,72	67,90	-21,68	155,03	115,38	+39,65	4. Vj.
509,70	271,41	104,08	82,05	35,86	46,19	+19,56	151,75	119,15	+32,60	1985 1. Vj.
525,90	282,86	106,23	109,01	41,08	67,93	- 4,59	150,65	118,26	+32,39	2. Vj.
540,90	287,75	107,27	111,85	40,44	71,41	+ 8,09	153,35	127,41	+25,94	3. Vj.
559,50	308,03	117,22	117,44	52,44	65,00	-20,67	157,34	119,86	+37,48	4. Vj.
514,90	277,98	106,36	83,93	37,62	46,31	+14,36	149,47	117,20	+32,27	1986 1. Vj.
543,90	296,11	109,69	114,26	44,17	70,09	- 2,34	153,22	127,04	+26,18	2. Vj.
552,50	297,87	110,90	114,36	41,37	72,99	+ 8,62	149,26	128,51	+20,75	3. Vj.
574,80	317,99	118,89	121,74	52,95	68,79	-16,34	157,35	124,83	+32,52	4. Vj.
523,40	285,82	109,03	84,48	39,24	45,24	+19,87	147,63	123,43	+24,20	1987 1. Vj.
547,80	305,08	110,73	115,65	45,50	70,15	- 6,46	150,33	127,53	+22,80	2. Vj.
560,90	307,82	111,97	117,80	43,85	73,95	+ 7,22	150,05	133,96	+16,09	3. Vj.
586,30	331,89	120,98	124,31	55,44	68,87	-21,24	163,69	133,33	+30,36	4. Vj.
550,40	299,58	110,98	94,93	41,23	53,70	+18,00	156,60	129,69	+26,91	1988 1 Vj.
565,20	311,13	113,11	119,30	47,86	71,44	- 1,01	157,79	135,12	+22,67	2. Vj.
581,00	316,44	114,00	119,80	46,71	73,09	+12,70	158,89	140,83	+18,06	3. Vj.
604,40	337,19	124,24	127,74	59,85	67,89	-17,56	171,97	139,18	+32,79	4. Vj.
573,40	309,21	110,69	103,62	43,97	59,65	+16,99	172,08	139,19	+32,89	1989 1. Vj.
592,40	320,88	112,18	126,73	52,65	74,08	- 0,14	180,83	148,08	+32,75	2. Vj.
596,20	322,41	112,39	124,36	50,43	73,93	+12,01	172,88	147,85	+25,03	3. Vj.
622,40	347,65	119,62	135,95	65,76	70,19	-10,78	185,13	155,17	+29,96	4. Vj.
604,60	324,91	112,55	115,42	51,37	64,05	+16,50	187,02	151,80	+35,22	1990 1. Vj.
618,70	337,33	115,52	136,22	59,38	76,84	+ 3,12	181,65	155,14	+26,51	2. Vj.
635,80	339,48	115,66	134,32	56,67	77,65	+13,99	197,80	165,45	+32,35	3. Vj.
661,30	365,71	121,30	146,39	73,50	72,89	-16,90	218,43	173,63	+44,80	4. Vj.
635,20	343,83	111,55	121,17	58,26	62,91	+20,09	213,23	174,67	+38,56	1991 1. Vj.
660,30	356,51	114,59	149,61	68,12	81,49	+ 2,17	218,66	181,24	+37,42	2. Vj.
662,20	350,83	115,88	144,31	61,91	82,40	+11,37	222,93	183,12	+39,81	3. Vj.
677,30	377,14	124,51	149,81	74,55	75,26	-27,03	237,71	184,84	+52,87	4. Vj.
655,90	348,42	117,04	128,54	58,67	69,87	+18,59	231,88	188,57	+43,31	1992 1. Vj.
665,30	356,98	118,48	149,09	64,96	84,13	- 2,52	228,80	185,53	+43,27	2. Vj.
671,70	357,67	118,16	143,48	58,81	84,67	+ 9,85	228,80	186,26	+42,54	3. Vj.
683,10	389,01	127,65	150,25	70,12	80,13	-27,73	235,94	192,02	+43,92	4. Vj.
633,90	345,51	115,33	117,41	49,30	68,11	+12,24	210,77	167,36	+43,41	1993 1. Vj.
652,90	356,46	117,06	139,44	53,93	85,51	- 3,27	209,75	166,54	+43,21	2. Vj.

[3] Ausfuhr abzüglich Einfuhr.

Tabelle 42*

Ausgaben und Einnahmen

Mrd

Jahr	Ausgaben					Einnahmen			Finanzierungssaldo	Kredite (netto)
	insgesamt	darunter				insgesamt	darunter			
		Personalausgaben	laufende Zuschüsse	Zinsausgaben	Sachinvestitionen		Steuern	Zuweisungen		
	Öffentlicher Gesamthaushalt									
1962	106,48	27,38	23,25	2,96	16,55	104,83	86,66	.	– 1,79	2,16
1963	116,34	30,36	24,38	2,75	19,09	110,88	91,63	.	– 5,29	5,42
1964	127,15	33,13	27,90	3,05	22,44	121,45	100,05	.	– 5,56	5,40
1965	139,30	37,38	33,34	3,49	23,47	129,87	106,16	.	– 9,37	6,92
1966	145,02	41,58	35,36	4,37	23,36	137,44	112,71	.	– 7,66	5,82
1967	153,78	44,12	36,88	5,38	22,78	141,68	114,98	.	– 12,11	12,96
1968	158,83	46,87	40,97	5,65	23,04	151,29	122,01	.	– 7,38	10,71
1969	174,55	52,85	43,16	6,24	26,40	176,93	145,59	.	+ 2,46	2,46
1970	196,32	61,42	46,87	6,79	32,24	188,29	154,04	.	– 8,09	6,49
1971	226,48	73,36	53,03	7,66	37,56	211,18	172,26	.	– 15,61	13,93
1972	252,12	81,87	60,87	8,77	39,09	239,22	196,98	.	– 13,09	15,38
1973	280,49	93,90	67,15	10,51	41,33	271,48	224,83	.	– 8,82	11,40
1974	318,26	108,71	76,02	12,44	46,12	290,88	239,59	.	– 27,26	22,46
1975	360,51	118,11	99,05	14,51	46,01	296,65	242,08	.	– 63,84	53,63
1976	376,76	124,24	105,02	17,81	43,63	328,70	267,52	.	– 48,03	46,75
1977	395,17	132,07	109,67	20,65	43,21	364,00	299,05	.	– 31,18	31,69
1978	433,40	140,94	122,17	21,84	47,56	393,74	318,96	.	– 39,62	40,65
1979	469,85	150,46	128,39	24,88	53,32	423,50	342,71	.	– 46,57	43,44
1980	509,24	162,47	137,67	29,35	60,00	452,15	364,90	.	– 57,07	53,76
1981	541,77	172,51	151,47	36,41	56,99	466,09	370,20	.	– 75,65	69,56
1982	561,61	177,24	156,38	44,88	52,01	491,64	378,54	.	– 69,64	68,20
1983	570,08	182,14	153,53	51,14	48,50	514,77	396,22	.	– 55,29	56,16
1984	583,58	184,94	157,48	53,31	47,62	537,06	414,56	.	– 46,50	49,78
1985	604,40	191,81	163,15	55,76	50,18	565,07	436,91	.	– 39,30	40,49
1986	628,60	200,51	170,84	57,65	53,76	586,27	452,42	.	– 42,30	41,60
1987	651,33	209,03	180,31	58,43	55,20	600,24	468,14	.	– 51,07	48,69
1988	671,47	214,30	190,98	60,29	56,15	619,66	487,94	.	– 51,78	55,61
1989	701,48	220,47	203,19	61,04	60,02	674,38	534,93	.	– 27,07	33,61
1990	818,53	233,58	210,99	64,63	64,37	724,12	566,27	.	– 94,38	90,10
1991	971,22	291,28	294,32	77,10	87,77	848,14	661,84	.	–123,08	131,97
1992	1069,49	318,87	303,00	100,53	101,30	947,40	731,61	.	–115,07	110,83
	Bund[2]									
1962	49,87	6,55	14,45	0,91	2,95	49,41	45,54	1,00	– 0,61	0,30
1963	54,76	7,43	14,90	0,99	3,43	52,37	49,42	0,07	– 2,22	1,97
1964	58,15	8,18	18,02	1,12	3,68	57,75	54,55	0,15	– 0,26	0,58
1965	64,19	9,11	22,48	1,17	3,77	63,12	59,03	0,15	– 1,00	0,11
1966	66,88	10,24	23,95	1,52	3,88	65,76	62,25	0,16	– 1,19	0,22
1967	74,64	10,90	25,27	2,01	4,67	67,04	63,12	0,17	– 7,61	6,64
1968	75,77	11,42	28,12	1,92	4,15	70,69	66,18	0,16	– 4,92	5,76
1969	82,26	12,83	30,41	2,19	5,02	83,37	78,59	0,09	+ 1,18	0,00
1970	87,99	14,55	32,59	2,45	5,64	88,40	83,71	0,10	+ 0,35	1,11
1971	98,48	17,02	35,20	2,58	6,40	97,40	92,23	0,11	– 1,39	1,44
1972	111,10	18,96	39,69	2,80	6,60	106,34	101,71	0,13	– 4,79	3,98
1973	122,56	21,27	43,18	3,33	6,46	119,79	114,96	0,15	– 2,59	2,68
1974	134,04	24,03	47,32	4,23	7,09	123,57	118,66	0,16	–10,35	9,48
1975	158,80	25,45	62,16	5,21	7,79	123,79	119,21	0,19	–34,99	29,93
1976	165,20	26,25	65,78	6,88	7,01	136,63	130,90	0,21	–28,54	25,78
1977	172,39	27,47	66,60	8,54	7,21	149,76	144,01	0,24	–22,64	21,82
1978	189,66	28,77	75,27	9,56	7,66	163,15	154,09	0,26	–26,47	26,09
1979	203,41	30,17	78,58	11,26	7,98	177,52	166,14	0,27	–26,10	25,66
1980	215,72	32,14	83,29	13,97	8,21	188,09	176,18	0,61	–27,61	27,12
1981	233,00	34,08	92,68	18,00	7,28	195,03	180,45	0,38	–37,94	37,39
1982	244,65	34,40	95,47	22,11	6,96	206,97	183,11	0,35	–37,66	37,18
1983	246,75	35,14	90,51	26,62	7,12	214,81	190,28	0,39	–31,92	31,48
1984	251,78	35,46	92,74	27,76	7,12	223,14	197,21	0,40	–28,63	28,31
1985	257,11	36,67	94,77	29,16	7,39	234,35	206,30	0,38	–22,74	22,39
1986	261,53	37,94	96,32	30,27	7,52	238,25	208,91	0,44	–23,26	22,93
1987	269,05	39,28	100,13	31,04	7,68	241,13	217,02	0,41	–27,88	27,46
1988	275,37	40,12	104,57	32,28	7,68	239,39	220,27	0,44	–35,96	35,39
1989	289,78	41,34	112,14	32,10	8,03	269,71	247,13	0,49	–20,04	19,23
1990	380,18	43,20	118,72	34,24	8,54	332,10	276,20	22,46	–48,05	46,73
1991	401,77	48,73	166,74	39,62	10,98	348,57	317,87	0,53	–53,20	52,03
1992	427,17	51,49	164,24	43,83	13,78	387,80	352,86	1,30	–39,35	38,62

[1] Ab 1991 Angaben für Deutschland, Bund, Lastenausgleichfonds, ERP-Sondervermögen, EG-Anteile, Länder (West und Ost), Gemeinden (West und Ost), Fonds „Deutsche Einheit" (1992: 38 Mrd DM im öffentlichen Gesamthaushalt) sowie Kreditabwicklungsfonds. In der Abgrenzung der Finanzstatistik.

[2] Ohne Lastenausgleichsfonds, ERP-Sondervermögen, EG-Anteile, Fonds „Deutsche Einheit", Kreditabwicklungsfonds.

der öffentlichen Haushalte [1])

DM

Ausgaben					Einnahmen			Finanzierungssaldo	Kredite (netto)	Jahr
insgesamt	darunter				insgesamt	darunter				
	Personalausgaben	laufende Zuschüsse	Zinsausgaben	Sachinvestitionen		Steuern	Zuweisungen			
					Länder [3])					
43,51	14,03	5,06	0,66	3,09	43,67	28,89	6,54	+ 0,16	– 0,44	1962
45,96	15,43	5,27	0,64	3,57	45,13	29,77	6,93	– 0,83	– 0,05	1963
50,18	16,77	5,15	0,64	4,28	48,48	32,20	6,94	– 1,70	1,27	1964
54,55	19,02	5,45	0,77	4,68	50,48	33,66	7,02	– 4,07	2,67	1965
57,88	21,02	5,46	0,96	4,66	54,12	36,26	7,56	– 3,75	2,62	1966
60,15	22,32	5,62	1,25	4,52	56,70	37,60	7,59	– 3,44	3,89	1967
63,38	23,86	6,82	1,48	4,53	62,25	40,92	9,02	– 1,14	2,27	1968
67,78	26,88	6,41	1,61	4,94	69,45	48,35	8,37	+ 1,68	– 0,34	1969
77,65	31,65	7,28	1,68	6,40	74,59	52,16	8,28	– 3,06	2,16	1970
89,53	38,08	8,26	2,00	6,96	84,00	58,56	9,66	– 5,54	4,88	1971
100,38	42,38	9,31	2,32	6,73	98,95	69,23	11,53	– 1,44	3,55	1972
115,85	48,94	10,76	2,70	7,37	113,87	79,22	13,18	– 1,98	2,58	1973
134,05	56,82	12,91	3,15	8,66	124,95	87,35	13,89	– 9,10	7,74	1974
146,28	62,30	16,09	3,88	8,59	126,40	85,57	15,31	–19,88	17,00	1975
154,39	66,17	16,39	5,22	8,12	138,88	94,95	16,23	–15,51	15,87	1976
161,60	70,84	17,30	6,38	8,38	153,49	107,76	17,69	– 8,10	8,44	1977
176,52	75,39	19,22	6,88	8,75	164,12	115,55	18,58	–12,40	12,52	1978
191,83	80,80	20,10	7,93	9,35	177,24	125,10	20,40	–14,60	13,34	1979
208,61	87,44	22,26	8,95	10,56	186,17	130,75	21,72	–22,44	21,15	1980
216,63	92,80	23,26	10,89	10,02	190,59	131,55	23,24	–26,05	24,57	1981
224,21	95,83	23,42	13,85	9,94	199,64	135,94	23,88	–24,57	24,03	1982
228,29	98,78	23,77	16,09	9,87	206,90	142,85	23,87	–21,39	21,64	1983
234,29	100,22	23,33	17,51	9,96	216,06	150,18	23,47	–18,23	19,38	1984
243,33	103,77	24,70	18,57	10,58	226,19	159,12	23,87	–17,14	17,18	1985
254,13	108,12	25,87	19,61	11,24	236,43	166,84	25,05	–17,70	16,75	1986
263,90	112,34	27,73	19,82	11,77	244,41	173,16	26,26	–19,49	18,75	1987
270,06	115,39	28,22	20,48	11,92	253,74	180,53	26,99	–16,33	17,70	1988
282,66	118,44	31,27	21,27	12,75	275,08	197,07	29,55	– 7,58	11,27	1989
299,62	125,16	31,32	22,14	13,40	280,24	199,80	29,54	–19,38	18,22	1990
408,21	152,86	47,67	24,17	18,60	378,94	234,59	71,10	–29,27	...	1991
436,02	167,00	49,40	25,78	19,08	406,06	258,95	73,90	–29,97	...	1992
					Gemeinden und Gemeindeverbände [4])					
28,04	6,80	2,15	0,79	10,51	26,93	10,12	5,97	– 1,11	2,20	1962
31,48	7,50	2,65	0,90	12,09	29,33	10,61	6,54	– 2,16	2,75	1963
35,81	8,19	3,04	1,07	14,47	32,28	11,34	7,10	– 3,53	3,50	1964
39,02	9,25	3,60	1,30	15,02	34,70	11,81	7,73	– 4,33	4,34	1965
41,03	10,32	4,17	1,59	14,81	37,66	12,66	8,45	– 3,36	3,32	1966
41,02	10,91	4,33	1,81	13,59	39,49	12,70	8,66	– 1,53	2,50	1967
43,19	11,59	4,35	1,92	14,36	41,48	13,32	8,89	– 1,71	2,40	1968
48,42	13,13	4,73	2,08	16,44	48,17	17,16	9,55	– 0,25	2,71	1969
56,49	15,22	5,38	2,40	20,20	50,83	16,60	10,51	– 5,66	3,45	1970
67,42	18,26	6,50	2,81	24,20	58,47	19,18	11,80	– 8,95	7,73	1971
74,72	20,53	8,10	3,39	25,77	67,82	23,13	13,71	– 6,90	7,99	1972
84,08	23,69	8,98	4,21	27,50	79,13	27,28	15,96	– 4,94	6,96	1973
95,85	27,86	11,09	4,85	30,37	87,55	29,54	17,14	– 8,29	5,67	1974
101,23	30,36	12,86	5,25	29,64	92,03	30,22	18,00	– 9,20	6,76	1975
104,08	31,82	14,04	5,53	28,51	100,15	33,86	18,29	– 3,93	5,03	1976
107,65	33,77	15,08	5,58	27,62	106,30	38,06	20,47	– 1,35	2,57	1977
118,19	36,78	16,15	5,28	31,16	116,58	39,68	23,25	– 1,61	2,98	1978
130,35	39,49	16,95	5,66	35,99	125,06	41,10	25,57	– 5,29	3,93	1979
145,47	42,89	19,04	6,57	41,23	139,83	47,26	28,39	– 5,65	4,34	1980
152,13	45,63	21,07	7,58	39,69	142,02	45,99	29,64	–10,11	6,14	1981
153,06	47,01	22,51	8,83	35,12	145,79	46,87	29,88	– 7,26	6,44	1982
151,66	48,23	23,22	8,34	31,51	150,33	49,33	28,92	– 1,33	2,68	1983
154,70	49,27	24,36	8,06	30,54	155,82	52,52	30,74	+ 1,13	1,23	1984
162,93	51,37	26,34	7,98	32,22	163,62	56,26	32,41	+ 0,69	1,10	1985
172,48	54,45	28,71	7,72	35,00	170,76	58,70	34,02	– 1,72	1,79	1986
179,24	57,41	30,50	7,48	35,75	176,66	59,73	35,78	– 2,58	3,19	1987
184,40	58,80	32,57	7,39	36,54	185,05	63,59	36,72	+ 0,64	2,27	1988
194,32	60,70	35,11	7,56	39,25	195,98	68,02	38,83	+ 1,66	2,02	1989
209,92	65,22	38,11	8,09	42,43	205,76	69,03	41,11	– 4,16	2,90	1990
276,24	89,70	46,68	9,14	58,20	272,16	77,98	68,33	– 4,08	11,80	1991
313,85	100,38	53,38	10,26	68,44	296,73	85,44	70,09	–17,12	13,57	1992

[3]) Einschließlich staatlicher Krankenhäuser und Sonderrechnungen.
[4]) Einschließlich kommunaler Krankenhäuser.

Quelle: BMF

Tabelle 43*

Ausgaben und Einnahmen der staatlichen

Mio

Jahr	Insgesamt	Schleswig-Holstein	Niedersachsen	Nordrhein-Westfalen	Hessen	Rheinland-Pfalz	Baden-Württemberg	Bayern	Saarland	Hamburg	Bremen	Berlin [2]
						Gesamtausgaben [3]						
1970	116 794	4 599	12 498	30 330	11 302	7 004	17 857	19 316	1 860	5 038	1 719	6 800
1971	137 311	5 446	14 728	35 409	13 412	8 398	21 055	22 470	2 163	5 704	2 032	7 915
1972	153 692	6 022	16 581	39 907	14 976	9 311	23 515	25 085	2 457	6 253	2 284	8 851
1973	173 829	6 869	19 215	45 100	16 787	10 404	26 719	28 104	2 882	6 777	2 627	10 149
1974	203 353	8 069	22 544	53 386	19 440	11 761	31 219	32 826	3 275	7 841	3 139	11 902
1975	219 224	8 808	24 377	57 466	20 612	12 469	33 082	35 778	3 632	8 514	3 519	13 093
1976	229 625	9 208	25 587	59 887	22 370	12 883	34 096	37 449	3 842	8 834	3 669	13 941
1977	240 098	9 611	26 956	62 270	22 459	13 586	36 568	39 190	3 989	9 569	3 852	14 622
1978	260 590	10 179	28 910	68 927	24 129	14 483	40 285	42 700	4 234	9 985	4 130	15 386
1979	284 160	11 145	31 713	74 764	26 236	15 742	44 595	46 833	4 621	10 322	4 393	16 457
1980	311 730	12 243	34 862	82 440	28 179	17 088	49 879	50 723	5 037	10 925	4 969	18 070
1981	325 170	12 788	36 764	85 825	29 548	18 012	50 858	53 262	5 275	11 556	5 033	18 920
1982	333 094	12 996	37 442	87 057	30 225	18 280	51 945	55 082	5 782	12 778	5 108	19 603
1983	337 132	13 515	37 340	86 952	30 448	18 518	52 392	56 093	5 928	12 800	5 263	20 334
1984	344 751	13 577	37 906	88 573	31 623	18 880	53 852	57 022	5 995	13 087	5 337	21 386
1985	359 658	14 324	39 768	92 812	33 040	19 643	55 166	60 190	6 678	13 415	5 521	22 161
1986	378 218	15 138	42 750	97 176	35 380	20 569	58 070	63 586	6 423	13 891	5 609	22 772
1987	392 166	15 822	43 024	99 658	37 275	21 276	61 090	66 807	6 724	14 328	5 964	23 800
1988	402 386	16 305	43 853	102 071	38 614	21 389	63 247	68 574	6 895	14 170	6 223	24 714
1989	422 115	17 026	46 074	107 072	40 680	22 372	65 211	72 585	7 241	14 791	6 647	26 274
1990	449 998	18 140	49 048	115 367	43 624	23 876	70 489	76 792	7 595	14 897	6 992	27 357
1991	500 690	20 047	54 338	123 880	46 707	25 890	77 589	85 034	8 142	17 073	7 747	38 611
1992	542 248	21 287	58 735	133 883	50 654	27 663	82 422	92 917	8 654	18 343	8 451	42 778
						darunter: Investitionsausgaben						
1970	35 487	1 264	3 761	9 202	3 491	2 227	5 963	6 276	439	1 114	442	1 305
1971	41 186	1 536	4 373	10 231	4 432	2 715	7 082	7 342	499	1 204	503	1 268
1972	43 862	1 605	4 620	11 071	4 791	2 845	7 462	7 720	564	1 239	559	1 390
1973	47 990	1 807	5 168	12 439	4 835	2 857	8 196	8 565	662	1 228	670	1 564
1974	52 831	1 859	5 764	14 139	5 170	3 072	9 055	9 034	686	1 333	828	1 891
1975	51 798	1 922	5 688	14 144	4 671	2 828	8 334	9 302	709	1 282	872	2 044
1976	51 581	1 951	5 364	13 473	5 632	2 736	7 704	9 611	749	1 201	775	2 384
1977	49 506	1 898	5 366	12 603	4 364	2 694	8 054	9 319	660	1 331	709	2 508
1978	55 505	2 017	5 861	14 951	4 668	2 955	9 468	10 163	692	1 358	731	2 640
1979	62 384	2 259	6 778	16 103	5 256	3 393	10 861	11 942	830	1 372	732	2 859
1980	70 994	2 623	7 618	18 555	5 930	3 688	12 790	13 339	893	1 433	935	3 190
1981	68 813	2 541	7 725	17 848	5 830	3 722	11 597	13 324	904	1 530	743	3 050
1982	64 955	2 243	6 817	16 426	5 717	3 376	10 847	13 049	1 141	1 674	614	3 050
1983	60 393	2 416	6 030	14 284	5 197	3 183	10 144	12 589	870	1 741	603	3 338
1984	60 981	2 285	5 840	14 429	5 355	3 285	10 826	12 194	887	1 613	647	3 769
1985	62 289	2 323	6 217	14 322	5 254	3 341	10 279	13 482	861	1 642	658	3 906
1986	66 226	2 447	7 322	14 746	6 025	3 532	10 768	14 649	870	1 644	547	3 676
1987	67 380	2 575	6 319	13 882	6 267	3 596	12 169	15 578	920	1 577	702	3 795
1988	68 202	2 575	6 229	13 924	6 590	3 556	12 300	15 858	960	1 307	902	4 001
1989	72 395	2 593	6 731	15 716	6 673	3 739	12 477	16 808	1 104	1 426	971	4 154
1990	78 186	2 729	7 783	17 832	7 098	4 023	13 189	17 677	1 048	1 433	941	4 433
1991	87 687	2 995	8 786	18 606	7 744	4 454	14 419	19 242	997	2 071	1 082	7 293
1992	93 254	3 054	9 218	20 303	7 918	4 711	15 404	21 339	1 033	2 023	1 141	7 110
						darunter: Personalausgaben						
1970	46 870	1 963	5 039	11 760	4 394	2 592	6 750	7 599	887	2 179	738	2 969
1971	56 339	2 340	6 102	14 169	5 308	3 149	8 184	8 924	1 051	2 621	890	3 603
1972	62 914	2 611	6 846	15 804	5 932	3 501	9 206	9 926	1 168	2 891	992	4 036
1973	72 629	2 982	8 008	18 183	6 828	4 076	10 672	11 484	1 347	3 292	1 152	4 606
1974	84 682	3 526	9 432	20 998	7 990	4 688	12 516	13 587	1 546	3 777	1 349	5 274
1975	92 768	3 852	10 495	22 949	8 732	5 101	13 727	14 868	1 683	4 021	1 515	5 826
1976	98 125	4 018	11 118	24 398	9 179	5 358	14 540	15 824	1 790	4 140	1 620	6 141
1977	105 123	4 274	11 871	26 368	9 862	5 750	15 626	16 927	1 906	4 362	1 725	6 454
1978	112 172	4 439	12 736	28 389	10 465	6 103	16 721	18 010	2 028	4 619	1 846	6 813
1979	120 294	4 756	13 613	30 614	11 140	6 489	18 081	19 322	2 138	4 900	1 987	7 253
1980	130 327	5 184	14 775	33 347	12 001	7 017	19 617	20 881	2 289	5 260	2 145	7 808
1981	138 425	5 505	15 785	35 276	12 780	7 433	20 902	22 264	2 397	5 571	2 278	8 235
1982	142 846	5 727	16 336	36 323	13 109	7 671	21 511	23 158	2 463	5 790	2 334	8 424
1983	147 007	5 889	16 816	37 114	13 501	7 915	22 188	24 023	2 540	5 993	2 395	8 629
1984	149 489	5 975	17 102	37 597	13 776	8 048	22 572	24 609	2 591	6 070	2 394	8 753
1985	155 142	6 198	17 805	39 150	14 307	8 323	23 526	25 461	2 695	6 228	2 437	9 010
1986	162 575	6 511	18 756	40 988	15 047	8 693	24 619	26 778	2 816	6 451	2 514	9 402
1987	169 753	6 849	19 634	42 699	15 771	9 045	25 742	28 188	2 940	6 565	2 591	9 729
1988	174 188	7 039	20 086	43 593	16 218	9 202	26 679	28 995	3 005	6 749	2 641	9 980
1989	179 139	7 234	20 548	44 737	16 668	9 434	27 508	29 998	3 066	6 871	2 774	10 301
1990	190 062	7 663	21 839	47 495	17 661	9 977	29 246	32 180	3 214	6 972	2 948	10 867
1991	205 224	8 250	23 492	51 059	18 899	10 696	31 446	34 548	3 419	7 065	3 200	13 151
1992	221 735	8 784	25 230	54 483	20 349	11 552	33 941	37 453	3 608	7 528	3 273	15 534

[1] Einschließlich Krankenhäuser und Hochschulkliniken mit kaufmännischem Rechnungswesen. Bis 1990 Rechnungsergebnisse; ab 1991 Kassenergebnisse, teilweise geschätzt. — [2] Bis 1990 Berlin (West).

und kommunalen Haushalte nach Ländern [1]) Tabelle 43*

DM

Insgesamt	Schleswig-Holstein	Niedersachsen	Nordrhein-Westfalen	Hessen	Rheinland-Pfalz	Baden-Württemberg	Bayern	Saarland	Hamburg	Bremen	Berlin [2])	Jahr
					noch Ausgaben: darunter: Zinsausgaben							
4 079	169	526	917	457	322	565	605	105	160	54	199	1970
4 810	211	635	1 048	574	392	652	693	118	198	63	227	1971
5 712	247	746	1 286	674	477	764	803	135	230	80	271	1972
6 908	319	881	1 533	818	582	931	980	159	293	107	307	1973
8 024	373	1 048	1 766	957	694	1 052	1 113	197	344	129	350	1974
9 148	423	1 238	2 032	1 070	749	1 187	1 251	215	414	177	392	1975
10 775	496	1 471	2 597	1 180	794	1 365	1 422	249	515	228	459	1976
11 988	573	1 684	2 890	1 309	887	1 458	1 538	277	586	272	514	1977
12 173	589	1 720	2 938	1 348	887	1 452	1 545	293	583	305	514	1978
13 594	630	1 865	3 599	1 430	933	1 715	1 664	317	577	335	528	1979
15 526	699	2 089	4 296	1 587	1 044	1 993	1 910	378	600	399	532	1980
18 483	828	2 452	5 256	1 862	1 244	2 431	2 193	461	686	491	579	1981
22 696	993	2 892	6 820	2 325	1 518	3 027	2 518	548	772	616	666	1982
24 446	1 081	3 052	7 560	2 409	1 586	3 223	2 682	609	856	686	702	1983
25 603	1 109	3 195	8 025	2 376	1 689	3 216	2 870	669	959	740	754	1984
26 577	1 221	3 289	8 286	2 448	1 786	3 235	2 927	738	1 115	779	753	1985
27 332	1 244	3 341	8 802	2 504	1 807	3 237	2 957	773	1 146	801	719	1986
27 320	1 268	3 346	8 835	2 466	1 828	3 088	2 985	794	1 196	793	721	1987
27 884	1 317	3 529	9 059	2 498	1 820	3 095	2 969	829	1 217	843	705	1988
28 854	1 362	3 699	9 299	2 538	1 858	3 260	3 047	906	1 252	884	747	1989
30 229	1 455	3 789	9 770	2 686	1 939	3 431	3 165	994	1 252	923	822	1990
32 970	1 595	4 042	10 498	2 983	2 081	3 860	3 413	1 113	1 345	1 008	1 053	1991
35 139	1 735	4 326	10 971	3 219	2 220	3 996	3 626	1 150	1 447	1 121	1 328	1992
					Gesamteinnahmen [3])							
108 080	4 166	11 630	28 463	10 208	6 261	16 406	18 110	1 738	4 485	1 636	6 506	1970
122 827	4 820	13 025	32 388	11 523	7 071	18 901	20 379	1 949	5 074	1 822	7 297	1971
145 355	5 559	15 753	38 115	13 657	8 309	22 576	24 230	2 279	5 729	2 192	8 504	1972
166 909	6 479	18 220	43 663	15 755	9 649	25 613	27 913	2 679	6 449	2 401	9 890	1973
185 961	7 426	20 058	48 660	17 387	10 446	28 651	31 217	2 846	7 333	2 713	11 269	1974
190 147	7 555	20 844	48 787	17 573	10 842	29 158	32 211	2 994	7 534	2 688	12 087	1975
210 185	8 217	22 662	54 382	19 464	11 720	32 617	35 616	3 294	8 235	2 959	13 160	1976
230 645	8 981	25 463	59 655	21 321	13 027	35 950	38 579	3 625	9 203	3 253	14 161	1977
246 582	9 709	26 987	62 982	23 144	13 813	38 670	41 859	3 905	9 442	3 475	15 355	1978
264 288	10 344	28 920	67 292	24 769	14 729	41 383	45 084	4 025	10 242	3 704	16 459	1979
283 643	11 430	31 773	71 521	26 079	15 681	45 553	48 527	4 364	10 225	3 961	17 220	1980
289 022	11 174	32 494	72 287	26 292	15 827	46 403	49 934	4 560	10 571	3 986	18 226	1981
301 256	11 659	34 079	76 056	27 365	16 341	47 966	51 417	4 599	11 054	4 265	19 158	1982
314 410	12 209	35 192	78 815	28 877	16 960	50 485	53 967	4 802	11 409	4 298	19 848	1983
327 637	12 545	36 284	81 488	30 312	17 814	52 406	56 773	5 169	11 890	4 604	20 846	1984
343 214	13 383	38 279	84 439	32 282	18 624	54 492	59 997	5 425	12 722	4 716	21 917	1985
358 786	14 056	39 361	89 567	34 022	19 009	57 634	62 425	5 676	12 863	4 784	22 536	1986
370 077	14 493	39 509	92 914	35 422	19 600	58 736	65 376	5 967	12 988	5 325	23 348	1987
386 691	15 263	42 194	97 160	37 230	20 569	60 978	67 702	6 208	13 555	5 447	24 055	1988
416 190	16 160	45 015	105 562	40 132	22 230	65 097	73 093	6 536	14 930	6 048	25 247	1989
427 706	16 984	46 470	109 002	40 763	22 470	68 349	74 194	6 867	15 057	6 227	25 860	1990
475 642	18 872	52 167	117 732	44 130	24 345	74 261	83 265	7 272	15 845	6 770	35 440	1991
513 659	19 941	55 051	128 489	48 134	26 187	78 387	89 602	7 713	16 683	7 822	39 186	1992
					darunter: Steuereinnahmen							
68 975	2 258	6 885	20 339	6 707	3 655	10 662	11 310	1 052	3 129	1 026	1 952	1970
77 978	2 863	7 885	22 588	7 434	4 116	12 289	12 843	1 170	3 577	1 168	2 045	1971
92 604	3 287	9 400	26 701	9 029	4 818	14 714	15 465	1 372	4 100	1 377	2 341	1972
106 763	3 845	10 929	30 523	10 426	5 721	16 842	17 957	1 588	4 635	1 563	2 734	1973
116 402	4 274	11 764	33 595	11 357	6 166	18 147	19 193	1 725	5 338	1 715	3 128	1974
115 274	4 274	12 013	33 077	11 040	6 140	18 153	18 865	1 707	5 261	1 677	3 067	1975
128 281	4 667	12 952	37 136	12 270	6 727	20 386	21 331	1 885	5 702	1 888	3 337	1976
145 271	5 262	15 249	41 434	13 876	7 750	23 365	24 031	2 207	6 440	1 991	3 666	1977
154 603	5 602	15 976	43 718	15 199	8 201	24 716	26 279	2 335	6 677	2 128	3 772	1978
165 456	5 976	17 278	46 591	16 182	8 860	26 517	28 096	2 397	7 444	2 162	3 953	1979
177 251	6 605	18 945	49 596	16 935	9 640	29 204	30 374	2 590	7 004	2 382	3 976	1980
176 732	6 469	18 402	48 897	17 052	9 454	29 471	30 546	2 692	7 295	2 386	4 068	1981
182 130	6 630	18 610	50 511	17 358	9 835	30 448	31 915	2 653	7 486	2 409	4 275	1982
191 556	7 011	19 768	53 164	18 523	10 221	31 605	33 756	2 745	7 721	2 450	4 592	1983
202 146	7 307	20 612	55 837	19 765	10 992	33 125	36 201	2 948	8 031	2 454	4 874	1984
215 001	7 732	22 191	58 470	21 392	11 596	35 321	38 513	3 064	8 692	2 656	5 374	1985
225 208	8 147	22 635	62 123	22 673	11 681	37 705	40 119	3 226	8 649	2 608	5 642	1986
232 549	8 304	23 541	63 953	23 517	12 383	38 532	41 856	3 368	8 631	2 692	5 770	1987
243 237	8 825	24 718	67 423	24 464	13 323	40 032	43 574	3 504	8 874	2 774	5 726	1988
263 898	9 397	26 567	73 965	26 807	14 408	43 177	47 041	3 778	9 664	2 963	6 130	1989
267 283	9 634	26 565	75 024	26 896	14 156	44 747	47 401	3 822	9 664	3 035	6 339	1990
292 276	10 474	29 959	80 115	28 252	15 328	48 414	51 828	4 054	10 925	3 392	9 534	1991
316 623	11 410	32 193	87 314	31 401	16 409	50 581	55 314	4 431	11 335	3 772	12 463	1992

[3]) Um Zahlungen von gleicher Ebene bereinigt.

Tabelle 44 *

Kassenmäßige Steuereinnahmen

Mio DM

Zeitraum [1]	Insgesamt [2]	Darunter								
		Lohnsteuer	Veranlagte Einkommensteuer	Körperschaftsteuer	Steuern vom Umsatz [3]	Mineralölsteuer	Tabaksteuer	Vermögensteuer	Kraftfahrzeugsteuer	Gewerbesteuer [4]
	Früheres Bundesgebiet									
1950	21 089	1 807	2 087	1 449	4 987	73	2 160	130	349	1 247
1951	27 292	2 797	2 303	2 273	7 148	463	2 404	142	409	1 963
1952	33 234	3 658	3 925	2 780	8 736	590	2 334	178	470	2 623
1953	36 537	3 740	4 870	2 990	9 104	734	2 326	405	531	3 097
1954	38 292	3 875	4 588	3 071	9 766	781	2 304	620	599	3 342
1955	42 316	4 402	4 352	3 111	11 336	1 136	2 560	534	728	3 727
1956	46 988	5 402	4 728	3 637	12 437	1 415	2 781	758	837	4 222
1957	50 275	5 289	5 879	4 506	12 882	1 642	2 933	818	967	5 047
1958	52 400	5 932	5 473	5 190	13 507	1 665	3 093	888	1 082	5 261
1959	58 880	5 855	7 323	5 118	14 943	2 145	3 265	1 116	1 216	6 468
1960	68 448	8 102	8 963	6 510	16 851	2 664	3 537	1 100	1 475	7 433
1961	78 529	10 453	10 817	7 473	18 610	3 325	3 892	1 419	1 678	8 147
1962	86 381	12 315	12 218	7 790	19 978	3 699	4 205	1 798	1 888	8 770
1963	91 082	13 844	13 451	7 688	20 733	4 139	4 311	1 673	2 134	9 273
1964	99 388	16 092	14 101	8 018	22 581	6 071	4 416	1 931	2 372	9 952
1965	105 463	16 738	14 798	8 170	24 814	7 428	4 697	1 880	2 624	10 283
1966	112 451	19 055	16 075	7 687	25 877	8 016	4 982	1 994	2 853	11 091
1967	114 631	19 558	15 782	7 061	22 500	9 423	5 801	2 421	3 059	10 991
1968	121 809	22 080	16 273	8 553	25 669	9 875	5 992	2 261	3 243	11 584
1969	145 288	27 057	16 989	10 895	34 099	10 601	6 233	2 458	3 507	15 386
1970	154 137	35 086	16 001	8 717	38 564	11 512	6 537	2 877	3 830	12 117
1971	172 409	42 803	18 340	7 167	43 365	12 417	6 863	3 123	4 156	14 118
1972	197 003	49 770	23 140	8 495	47 027	14 227	7 826	2 994	4 722	17 023
1973	224 803	61 255	26 452	10 887	49 489	16 589	8 872	3 234	4 989	20 312
1974	239 581	71 960	26 793	10 403	51 171	16 052	8 952	3 410	5 159	21 568
1975	242 068	71 191	28 001	10 054	54 082	17 121	8 886	3 339	5 303	20 897
1976	268 076	80 609	30 860	11 840	58 459	18 121	9 379	3 917	5 630	23 334
1977	299 444	90 773	35 508	16 830	62 684	19 184	9 803	4 995	5 929	26 482
1978	319 101	92 013	37 426	19 824	73 266	20 463	10 459	4 525	6 282	27 329
1979	342 823	97 067	37 551	22 912	84 206	21 140	10 701	4 482	7 576	28 384
1980	364 991	111 559	36 796	21 323	93 448	21 351	11 288	4 664	6 585	27 960
1981	370 319	116 559	32 928	20 162	97 789	22 180	11 253	4 687	6 593	26 069
1982	378 702	123 407	30 602	21 458	97 717	22 835	12 208	4 982	6 689	26 103
1983	396 575	128 889	28 275	23 675	105 871	23 338	13 881	4 992	6 984	26 184
1984	414 697	136 350	26 368	26 312	110 483	24 033	14 429	4 492	7 284	28 320
1985	437 201	147 630	28 568	31 836	109 825	24 521	14 452	4 287	7 350	30 759
1986	452 437	152 233	29 881	32 301	111 139	25 644	14 480	4 396	9 356	31 987
1987	468 660	164 176	30 695	27 302	118 795	26 136	14 507	5 422	8 365	31 438
1988	488 097	167 504	33 189	30 003	123 286	27 032	14 555	5 554	8 169	34 465
1989	535 525	181 832	36 799	34 181	131 479	32 965	15 509	5 775	9 167	36 706
1990	549 667	177 590	36 519	30 090	147 585	34 621	17 402	6 333	8 314	38 796
	Deutschland									
1991	661 920	214 175	41 532	31 716	179 672	47 266	19 591	6 729	11 011	41 297
1992	731 738	247 322	41 531	31 184	197 711	55 166	19 253	6 750	13 317	44 848
1992 1. Vj.	175 376	54 310	11 286	8 377	51 275	9 119	2 835	1 621	3 696	10 932
2. Vj.	174 940	54 488	8 691	7 836	47 937	13 696	4 756	1 672	3 819	11 290
3. Vj.	181 114	63 883	9 224	8 148	46 537	13 811	5 015	1 663	3 026	11 507
4. Vj.	200 308	74 641	12 330	6 824	51 962	18 540	6 646	1 793	2 775	11 118
1993 1. Vj.	175 885	58 750	9 242	7 592	53 909	9 028	2 819	1 751	3 708	...
2. Vj.	...	59 098	6 516	6 909	52 327	14 021	4 754	1 704	3 802	...
3. Vj. 5)	...	63 222	7 634	6 017	53 060	13 889	5 134	1 658	3 409	...

[1] Von 1950 bis 1959 ohne Saarland.
[2] Von 1957 bis 1969 ohne buchmäßige Mehreinnahmen aus Regierungskäufen im Ausland; 1970 ohne, ab 1971 einschließlich Zölle auf Regierungskäufe im Ausland; von 1969 bis 1971 ohne Vergütungen an die Importeure aufgrund des Absicherungsgesetzes; 1973 und 1974 ohne Stabilitätszuschlag und Investitionsteuer.
[3] Bis 1967 Umsatzsteuer, Umsatzausgleichsteuer, Beförderungsteuer; ab 1968 Umsatzsteuer/Mehrwertsteuer einschließlich Einfuhrumsatzsteuer, 1969 bis 1972 einschließlich Straßengüterverkehrsteuer.
[4] Bis 1981 einschließlich Lohnsummensteuer.
[5] Vorläufige Ergebnisse.

Quelle: BMF

Verschuldung der öffentlichen Haushalte[1])

Mio DM

Ende des Zeitraums	Insgesamt[2])	Nach den Kreditnehmern			Ausgewählte Schuldarten			
		Bund[3])	Länder[4])	Gemeinden[5])	Anleihen[6])	Direktausleihungen der Kreditinstitute[7])[8])	Darlehen von Nichtbanken	
							Sozialversicherungen[7])[9])	sonstige[7])[10])
1950	20 634	7 290	12 844	500	.	465	150	140
1951	22 365	8 220	13 294	850	49	745	290	205
1952	24 044	8 897	13 717	1 430	419	1 280	435	335
1953	33 901	17 018	14 563	2 320	1 126	2 120	1 323	657
1954	38 699	20 081	15 018	3 600	1 678	2 880	1 787	1 059
1955	40 983	20 791	15 523	4 670	2 022	3 700	2 019	1 371
1956	41 984	20 633	15 741	5 610	1 726	4 432	2 239	1 623
1957	43 876	22 903	13 963	7 010	1 780	5 672	2 433	1 835
1958	46 509	23 431	14 708	8 370	2 303	7 962	2 483	1 883
1959	49 627	25 077	14 920	9 630	3 058	10 013	2 472	1 998
1960	52 759	26 895	14 695	11 169	3 528	11 205	2 667	2 604
1961	57 093	30 385	13 903	12 805	4 810	12 248	4 687	2 811
1962	60 365	31 895	13 402	15 068	5 700	13 634	4 880	3 235
1963	67 084	36 069	13 329	17 686	7 712	16 005	5 066	4 399
1964	73 796	38 241	14 291	21 264	8 974	20 371	5 659	5 121
1965	83 667	40 422	17 401	25 844	11 195	25 435	6 591	6 339
1966	93 048	43 255	20 328	29 465	12 092	30 275	7 245	7 868
1967	108 174	52 001	24 188	31 986	14 230	35 113	8 387	8 690
1968	117 117	56 592	26 339	34 186	16 074	43 782	6 957	9 221
1969	117 904	55 471	25 771	36 663	16 266	51 813	6 101	9 884
1970	125 890	57 808	27 786	40 295	17 491	59 556	5 725	11 104
1971	140 399	59 435	33 037	47 927	20 249	70 696	6 511	12 592
1972	156 063	63 115	36 963	55 984	24 972	81 903	7 374	14 667
1973[11])	167 754	68 393	39 462	59 900	27 378	92 104	14 392[a])	6 222
1974	192 383	78 685	47 323	66 375	30 940	107 795	16 954	6 969
1975	256 389	114 977	67 001	74 411	40 680	150 139	18 426	7 638
1976	296 650	135 015	81 805	79 830	52 101	180 932	12 953	9 581
1977	328 484	155 555	89 583	83 345	63 498	195 219	10 342	10 925
1978	370 811	181 972	102 139	86 700	69 913	227 075	10 144	11 118
1979	413 935	207 629	115 900	90 406	81 414	262 087	10 125	12 517
1980	468 612	235 600	137 804	95 208	87 428	305 724	10 570	20 801
1981	545 617	277 828	165 150	102 639	89 404	378 817	10 691	23 835
1982	614 820	314 340	190 622	109 858	114 128	417 144	10 690	26 798
1983	671 708	347 231	212 026	112 452	140 464	437 908	10 527	30 085
1984	717 522	373 855	230 551	113 116	173 006	456 268	9 809	27 581
1985	760 192	399 043	247 411	113 738	207 787	464 921	9 088	27 273
1986	800 967	421 805	264 351	114 811	251 595	456 259	8 223	25 434
1987	848 816	446 389	284 609	117 818	287 418	461 882	7 502	24 122
1988	903 015	481 139	302 560	119 316	325 356	477 457	7 171	21 125
1989	928 837	497 604	309 860	121 374	352 299	472 947	6 743	19 288
1990	1 053 490	599 101	328 787	125 602	430 157	494 059	6 364	20 260
1991	1 173 864	680 815	352 346	140 702	501 561	527 630	6 998	21 841
1992	1 345 224	801 500	389 130	154 594	551 470	539 235	7 021	18 132
1992 Mär	1 197 191	697 066	356 626	143 500	515 849	523 680	7 056	20 900
Jun	1 206 264	703 326	357 639	145 300	519 196	521 160	7 565	20 531
Sep	1 237 311	725 291	364 019	148 000	541 146	520 765	6 839	19 401
Dez	1 345 224	801 500	389 130	154 594	551 470	539 235	7 021	18 132
1993 Mär	1 376 006	827 597	391 059	157 350	580 366	540 169	6 474	17 834

[1]) Ab 1990 Angaben für Deutschland. Ohne Verschuldung der Haushalte untereinander.
[2]) Bund, west- und ostdeutsche Länder und Gemeinden (einschließlich Zweckverbände), Lastenausgleichsfonds, ERP-Sondervermögen, Auftragsfinanzierung Öffa, Fonds „Deutsche Einheit" und Kreditabwicklungsfonds.
[3]) Einschließlich Lastenausgleichsfonds, Auftragsfinanzierung Öffa, ERP-Sondervermögen. — Ab 1990 einschließlich Fonds „Deutsche Einheit" und Kreditabwicklungsfonds.
[4]) Ab 1978 einschließlich Nettokreditaufnahme für die Wohnungsbauförderungsanstalt des Landes Nordrhein-Westfalen.
[5]) Einschließlich Zweckverbände. — Angaben für andere Termine als Jahresende geschätzt.
[6]) Einschließlich Bundesschatzbriefe und Bundesobligationen; ohne die im Bestand der Emittenten befindlichen Stücke. Ab 1981 ohne Kassenobligationen der Länder mit einer Laufzeit von über 4 Jahren.
[7]) Im wesentlichen Schuldscheindarlehen.
[8]) Ab 1974 einschließlich der bei ausländischen Stellen aufgenommenen Darlehen.
[9]) Einschließlich Schuldbuchforderungen und Schatzbriefe.
[10]) Einschließlich der bei ausländischen Stellen aufgenommenen Darlehen.
[11]) Nach Ausschaltung der Verschuldung der kommunalen Eigenbetriebe, einschließlich Verschuldung der kommunalen Zweckverbände.
[a]) Ab 1973 werden die vorher bei den sonstigen Nichtbanken ausgewiesenen Darlehen von öffentlichen Zusatzversorgungseinrichtungen bei den Sozialversicherungen verbucht.

Quelle: Deutsche Bundesbank

Tabelle 46*

Vermögensbildung und ihre Finanzierung

Früheres Bundesgebiet

Mrd DM

Jahr[1]	Inländische nichtfinanzielle Sektoren							Ausland[5]	Finanzielle Sektoren zusammen[2][6]	Sektoren insgesamt[2]
	private Haushalte	Unternehmen zusammen[2]	Unternehmen Produktionsunternehmen	Unternehmen Wohnungswirtschaft	Gebietskörperschaften[3]	Sozialversicherung[4]	zusammen[2]			
	I. Ersparnis und Vermögensübertragungen									
1960	16,11	29,22	21,52	7,70	14,55	2,79	62,67	- 4,79	1,27	59,15
1965	34,44	29,25	19,72	9,53	12,46	3,71	79,86	5,39	2,04	87,29
1970	54,67	34,54	23,12	11,42	22,89	6,49	118,59	- 4,74	4,37	118,22
1971	59,99	31,49	14,98	16,51	21,54	7,36	120,38	- 2,25	4,37	122,50
1972	69,55	29,43	14,86	14,57	16,61	8,66	124,25	- 4,26	6,77	126,74
1973	72,19	26,24	15,39	10,85	27,79	13,66	139,88	- 12,79	8,57	135,66
1974	83,06	17,20	- 0,13	17,33	17,32	4,62	122,20	- 26,28	12,72	108,64
1975	96,14	12,57	- 0,43	13,00	-21,12	- 2,06	85,53	- 11,60	11,88	85,81
1976	86,97	31,03	18,23	12,80	- 6,20	1,05	112,85	- 7,91	10,62	115,56
1977	83,53	25,44	16,39	9,05	6,68	- 3,36	112,29	- 8,42	11,56	115,41
1978	86,09	40,49	39,49	1,00	5,13	- 1,55	130,16	- 17,03	14,61	127,74
1979	98,29	36,66	38,64	- 1,98	3,13	0,48	138,56	9,39	18,54	166,49
1980	108,07	10,33	7,74	2,59	- 3,38	4,24	119,26	28,45	21,14	168,85
1981	120,97	- 9,29	-12,79	3,50	-24,09	6,77	94,36	11,73	24,03	130,12
1982	117,36	- 5,58	-15,55	9,97	-27,09	8,33	93,02	- 10,48	21,18	103,72
1983	101,81	24,14	21,87	2,27	-13,21	0,67	113,41	- 11,77	22,74	124,38
1984	111,08	21,82	14,70	7,12	- 4,81	0,31	128,40	- 21,57	22,79	129,62
1985	113,91	21,02	12,13	8,89	2,88	5,83	143,64	- 41,13	19,19	121,70
1986	127,84	59,05	39,10	19,95	- 1,36	9,68	195,21	- 79,60	17,10	132,71
1987	132,22	61,87	39,07	22,80	-10,86	6,95	190,18	- 79,78	22,54	132,92
1988	142,90	80,78	51,89	28,89	-12,90	1,88	212,66	- 86,34	30,79	157,11
1989	146,97	76,26	52,80	23,46	22,51	17,10	262,84	-104,04	26,28	185,08
1990	181,75	85,40	58,13	27,27	-30,85	20,82	257,12	- 77,82	30,27	209,57
1991	194,91	52,40	31,16	21,24	-68,56	17,85	196,60	- 6,52	39,42	229,50
1992	194,39	33,66	18,68	14,98	10,33	- 7,53	208,05	- 6,89	37,30	238,46
	II. Nettoinvestitionen[7] (Sachvermögensbildung)									
1960	—	50,13	32,82	17,31	8,10	0,19	58,42	—	0,74	59,15
1965	—	68,02	41,35	26,67	17,71	0,20	85,93	—	1,36	87,29
1970	—	87,95	55,91	32,04	27,85	0,17	115,97	—	2,25	118,22
1971	—	89,71	49,81	39,90	29,88	0,24	119,83	—	2,67	122,50
1972	—	94,04	45,17	48,87	29,40	0,26	123,70	—	3,04	126,74
1973	—	101,91	49,83	52,08	30,07	0,36	132,34	—	3,32	135,66
1974	—	70,41	27,27	43,14	34,24	0,59	105,24	—	3,40	108,64
1975	—	47,63	11,54	36,09	34,05	0,46	82,14	—	3,67	85,81
1976	—	78,63	38,94	39,69	32,67	0,47	111,77	—	3,79	115,56
1977	—	79,77	36,74	43,03	31,92	0,47	112,16	—	3,25	115,41
1978	—	90,29	43,80	46,49	34,58	0,31	125,18	—	2,56	127,74
1979	—	125,04	70,02	55,02	39,02	0,37	164,43	—	2,06	166,49
1980	—	121,97	60,77	61,20	43,05	0,49	165,51	—	3,34	168,85
1981	—	87,47	29,54	57,93	38,47	0,76	126,70	—	3,44	130,12
1982	—	65,52	12,29	53,23	33,12	0,81	99,45	—	4,27	103,72
1983	—	88,79	30,08	58,71	29,20	0,86	118,85	—	5,53	124,38
1984	—	95,10	34,07	61,03	28,78	0,70	124,58	—	5,04	129,62
1985	—	87,44	38,53	48,91	28,95	0,84	117,23	—	4,49	121,70
1986	—	94,91	47,21	47,70	33,17	0,55	128,63	—	4,08	132,71
1987	—	96,24	50,26	45,98	33,53	0,39	130,16	—	2,76	132,92
1988	—	119,14	69,79	49,35	33,72	0,50	153,36	—	3,75	157,11
1989	—	144,38	89,35	55,03	36,48	0,34	181,20	—	3,88	185,08
1990	—	164,48	97,99	66,49	38,95	0,45	203,88	—	5,69	209,57
1991	—	179,88	104,56	75,32	42,58	0,28	222,74	—	6,76	229,50
1992	—	184,72	96,31	88,41	19,85	0,15	231,32	—	7,14	238,46
	III. Geldvermögensbildung									
1960	17,60	6,75	6,26	0,81	9,42	2,67	35,88	7,51	34,81	78,20
1965	36,28	11,56	12,06	- 0,04	4,38	3,53	54,26	9,09	47,88	111,23
1970	59,12	22,59	23,37	- 0,56	4,19	6,30	91,81	32,02	102,15	225,99
1971	67,31	29,17	29,40	0,11	7,15	7,19	108,79	20,01	112,63	241,43
1972	80,12	35,75	35,66	0,64	4,01	8,47	126,40	18,59	138,72	283,71
1973	77,64	25,30	25,06	0,75	17,73	13,17	129,91	24,46	133,06	287,43
1974	83,58	32,44	33,19	- 0,36	8,46	4,06	127,02	15,78	117,97	260,77
1975	103,92	30,22	30,55	- 0,14	14,40	0,00	141,34	25,72	168,75	335,80
1976	101,74	44,71	44,23	0,55	2,91	0,54	154,93	37,47	158,33	350,73
1977	98,84	39,12	37,96	1,00	9,74	- 3,80	145,94	29,70	167,64	343,27
1978	104,71	49,59	47,82	1,50	13,34	- 1,80	167,48	40,76	226,34	434,58
1979	118,99	43,67	41,51	1,80	6,06	0,06	169,41	37,98	188,11	395,50

[1]) Ab 1989 vorläufige Ergebnisse. — [2]) Bei der Summenbildung wurden innersektorale Ströme nicht mitaddiert. — [3]) Einschließlich Lastenausgleichsfonds und ERP-Sondervermögen. — [4]) Einschließlich Zusatzversorgungsanstalten öffentlicher Stellen. — [5]) Einschließlich ehemalige DDR.

Vermögensbildung und ihre Finanzierung

Früheres Bundesgebiet

Mrd DM

Jahr[1]	Inländische nichtfinanzielle Sektoren							Ausland[5]	Finanzielle Sektoren zusammen[2][6]	Sektoren insgesamt[2]
	private Haushalte	Unternehmen zusammen[2]	Unternehmen Produktionsunternehmen	Unternehmen Wohnungswirtschaft	Gebietskörperschaften[3]	Sozialversicherung[4]	zusammen[2]			
	noch: III. Geldvermögensbildung									
1980	120,73	44,38	42,09	2,00	8,26	3,84	177,77	64,01	190,92	432,70
1981	128,56	56,53	54,30	2,00	13,76	6,08	205,08	57,63	211,44	474,14
1982	126,83	49,19	46,69	2,20	8,73	7,37	192,38	29,23	201,56	423,17
1983	114,32	67,10	64,04	2,80	15,36	–0,14	196,41	25,88	204,03	426,31
1984	121,56	61,43	61,05	1,20	13,93	–0,54	196,80	57,19	204,23	458,22
1985	126,69	56,11	60,15	– 1,40	16,63	5,07	205,23	73,36	221,88	500,47
1986	137,82	58,58	53,90	0,84	7,26	9,17	213,70	89,21	239,55	542,46
1987	143,80	51,01	55,88	– 2,55	8,29	6,50	210,29	44,15	237,03	491,48
1988	155,86	76,48	78,43	– 0,50	10,72	1,34	244,73	38,93	210,06	493,73
1989	168,03	115,85	110,90	1,30	14,71	16,81	315,83	141,60	320,76	778,19
1990	205,47	185,15	181,45	2,00	24,31	20,32	435,63	195,45	462,37	1093,46
1991	223,26	153,44	153,10	– 0,05	3,39	17,69	392,76	125,22	349,68	867,66
1992	215,07	115,02	110,62	0,90	13,66	–7,12	348,95	209,31	434,30	992,56
	IV. Kreditaufnahme und Aktienemission									
1960	1,49	27,66	17,55	10,42	2,97	0,07	31,63	12,31	34,27	78,20
1965	1,84	50,33	33,69	17,10	9,63	0,02	60,32	3,72	47,19	111,23
1970	4,45	75,99	56,16	20,06	9,15	–0,02	89,19	36,76	100,04	225,99
1971	7,32	87,38	64,23	23,50	15,49	0,07	108,24	22,26	110,93	241,43
1972	10,57	100,38	65,99	34,94	16,80	0,07	125,86	22,85	135,01	283,71
1973	5,45	100,97	59,51	41,98	20,01	–0,14	122,36	37,25	127,81	287,43
1974	0,52	85,65	60,59	25,45	25,38	0,03	110,06	42,06	108,64	260,77
1975	7,78	65,28	42,51	22,95	69,57	2,52	137,96	37,32	160,53	335,80
1976	14,77	92,31	64,94	27,44	41,78	–0,04	153,86	45,38	151,49	350,73
1977	15,31	93,46	58,32	34,98	34,98	0,03	145,81	38,12	159,33	343,27
1978	18,62	99,39	52,13	46,99	42,79	0,06	162,50	57,79	214,29	434,58
1979	20,70	132,06	72,89	58,80	41,95	–0,05	195,27	28,59	171,64	395,50
1980	12,66	156,02	95,13	60,61	54,69	0,09	224,02	35,56	173,12	432,70
1981	7,59	153,27	96,61	56,43	76,32	0,07	237,41	45,90	190,84	474,14
1982	9,47	120,29	74,53	45,46	68,94	–0,16	198,82	39,71	184,66	423,17
1983	12,51	131,75	72,25	59,24	57,77	0,05	201,84	37,65	186,81	426,31
1984	10,48	134,72	80,42	55,11	47,52	–0,15	192,98	78,76	186,49	458,22
1985	12,78	122,52	86,54	38,62	42,70	0,08	178,80	114,49	207,17	500,47
1986	9,98	94,43	62,00	28,59	41,79	0,04	147,12	168,81	226,53	542,46
1987	11,58	85,38	67,08	20,63	52,68	–0,07	150,29	123,93	217,26	491,48
1988	12,96	114,84	96,33	19,96	57,34	–0,04	185,43	125,27	183,02	493,73
1989	21,06	183,97	147,45	32,87	28,68	0,05	234,19	245,64	298,36	778,19
1990	23,72	222,20	177,30	41,22	94,11	–0,05	340,38	315,29	437,79	1093,46
1991	28,35	243,53	189,11	54,03	110,04	0,12	381,50	169,13	317,02	867,66
1992	20,68	253,55	175,71	74,33	22,78	0,56	359,68	228,74	404,14	992,56
	V. Finanzierungssaldo[8] (= I. abzüglich II. oder III. abzüglich IV.)									
1960	16,11	– 20,91	–11,30	– 9,61	6,45	2,60	4,25	– 4,79	0,54	—
1965	34,44	– 38,77	–21,63	–17,14	– 5,25	3,51	– 6,07	5,39	0,68	—
1970	54,67	– 53,41	–32,79	–20,62	– 4,96	6,32	2,63	– 4,74	2,12	—
1971	59,99	– 58,22	–34,83	–23,39	– 8,34	7,12	0,55	– 2,25	1,70	—
1972	69,55	– 64,62	–30,32	–34,30	– 12,79	8,40	0,54	– 4,26	3,72	—
1973	72,19	– 75,67	–34,44	–41,23	– 2,28	13,30	7,54	– 12,79	5,25	—
1974	83,06	– 53,21	–27,40	–25,81	– 16,92	4,03	16,96	– 26,28	9,32	—
1975	96,14	– 35,06	–11,97	–23,09	– 55,17	–2,52	3,39	– 11,60	8,21	—
1976	86,97	– 47,60	–20,71	–26,89	– 38,87	0,58	1,08	– 7,91	6,83	—
1977	83,53	– 54,34	–20,36	–33,98	– 25,24	–3,83	0,12	– 8,42	8,30	—
1978	86,09	– 49,80	– 4,31	–45,49	– 29,45	–1,86	4,98	– 17,03	12,05	—
1979	98,29	– 88,38	–31,38	–57,00	– 35,89	0,11	–25,87	9,39	16,48	—
1980	108,07	–111,64	–53,03	–58,61	– 46,43	3,75	–46,25	28,45	17,80	—
1981	120,97	– 96,75	–42,32	–54,43	– 62,56	6,01	–32,33	11,73	20,60	—
1982	117,36	– 71,10	–27,84	–43,26	– 60,21	7,52	– 6,43	– 10,48	16,91	—
1983	101,81	– 64,65	– 8,21	–56,44	– 42,41	–0,19	– 5,44	– 11,77	17,21	—
1984	111,08	– 73,28	– 9,37	–53,91	– 33,59	–0,39	3,82	– 21,57	17,75	—
1985	113,91	– 66,41	–26,39	–40,02	– 26,07	4,99	26,42	– 41,13	14,71	—
1986	127,84	– 35,86	– 8,11	–27,75	– 34,53	9,13	66,58	– 79,60	13,02	—
1987	132,22	– 34,38	–11,20	–23,18	– 44,39	6,56	60,01	– 79,78	19,77	—
1988	142,90	– 38,36	–17,90	–20,46	– 46,62	1,38	59,30	– 86,34	27,04	—
1989	146,97	– 68,12	–36,55	–31,57	– 13,97	16,76	81,64	–104,04	22,40	—
1990	181,75	– 77,08	–39,86[a]	–39,22	– 69,80	20,37	53,24	– 77,82[a]	24,58	—
1991	194,91	–127,48	–73,40[a]	–54,08	–111,14	17,57	–26,14	– 6,52[a]	32,66	—
1992	194,39	–151,06	–77,63[a]	–73,43	– 9,52	–7,68	–23,27	– 6,89[a]	30,16	—

[6] Banken, Bausparkassen, Versicherungen (einschließlich Pensionskassen). — [7] Bruttoinvestitionen abzüglich Abschreibungen. — [8] Finanzierungsüberschuß/-defizit (–) oder Nettoveränderungen der Forderungen/Verpflichtungen. —
[a] Bei den „Produktionsunternehmen": Einschließlich statistischer Differenz; beim „Ausland": Ohne statistische Differenz. Zu der Methodik siehe Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, 44. Jg., Nr. 5, Mai 1992, S. 15 ff.

Quelle: Deutsche Bundesbank

Tabelle 47*

Entwicklung der Geldbe

Veränderung gegenüber dem

Zeitraum	I. Kredite an inländische Nichtbanken					II. Netto-Forderungen an das Ausland [3]			III. Geld- bei den aus inlän-
	insgesamt	Deutsche Bundesbank	Kreditinstitute			insgesamt	Deutsche Bundesbank	Kreditinstitute	insgesamt [5]
			zusammen [2]	Unternehmen und Privatpersonen	öffentliche Haushalte				
	Früheres Bundesgebiet								
1960	+ 16,82	− 0,12	+ 16,94	+ 15,79	+ 1,15	+ 6,01	+ 7,95	− 1,93	+ 9,27
1961	+ 26,29	+ 2,48	+ 23,82	+ 22,34	+ 1,48	+ 1,49	− 0,03	+ 1,52	+ 11,11
1962	+ 24,34	+ 0,40	+ 23,94	+ 21,76	+ 2,18	+ 0,74	− 0,90	+ 1,65	+ 13,95
1963	+ 26,81	+ 0,98	+ 25,83	+ 22,37	+ 3,45	+ 3,30	+ 2,71	+ 0,59	+ 15,43
1964	+ 30,19	− 1,03	+ 31,22	+ 25,14	+ 6,09	+ 1,67	+ 0,43	+ 1,24	+ 17,92
1965	+ 34,17	− 0,43	+ 34,61	+ 27,54	+ 7,06	+ 0,47	− 1,31	+ 1,79	+ 16,69
1966	+ 28,20	+ 0,29	+ 27,91	+ 21,56	+ 6,36	+ 3,62	+ 1,90	+ 1,72	+ 15,90
1967	+ 32,89	+ 0,67	+ 32,22	+ 18,33	+ 13,89	+ 6,28	− 0,17	+ 6,45	+ 14,63
1968	+ 40,02	− 2,05	+ 42,06	+ 30,90	+ 11,17	+ 10,93	+ 6,57	+ 4,36	+ 20,77
1969	+ 53,48	+ 0,67	+ 52,81	+ 51,22	+ 1,59	− 2,45	− 10,28	+ 7,83	+ 26,29
1970	+ 50,53	− 0,24	+ 50,77	+ 43,81	+ 6,97	+ 14,23	+ 21,60	− 7,36	+ 27,79
1971	+ 69,05	− 0,63	+ 69,68	+ 59,52	+ 10,16	+ 11,52	+ 15,91	− 4,40	+ 32,65
1972	+ 86,41	− 2,07	+ 88,48	+ 78,22	+ 10,26	+ 8,66	+ 15,49	− 6,83	+ 47,00
1973	+ 67,55	+ 2,37	+ 65,18	+ 54,59	+ 10,59	+ 23,48	+ 26,49	− 3,01	+ 45,64
1974	+ 59,77	− 1,48	+ 61,25	+ 41,18	+ 20,07	+ 13,19	− 1,90	+ 15,09	+ 34,46
1975	+ 85,51	+ 6,62	+ 78,89	+ 30,87	+ 48,02	+ 16,84	− 2,22	+ 19,06	+ 61,34
1976	+ 91,21	− 5,10	+ 96,31	+ 65,76	+ 30,55	+ 8,27	+ 8,74	− 0,48	+ 59,12
1977	+ 94,18	− 1,62	+ 95,80	+ 69,11	+ 26,69	+ 10,15	+ 10,49	− 0,34	+ 42,92
1978	+125,37	+ 2,78	+122,59	+ 87,86	+ 34,73	+ 7,09	+ 19,77	− 12,68	+ 54,80
1979	+138,95	− 1,95	+140,91	+112,38	+ 28,53	− 21,84	− 4,85	− 16,98	+ 75,77
1980	+126,32	+ 3,89	+122,43	+100,78	+ 21,65	− 10,58	− 27,93	+ 17,35	+ 61,68
1981	+132,04	+ 2,12	+129,92	+ 82,41	+ 47,51	+ 11,87	− 3,22	+ 15,09	+ 86,01
1982	+104,44	− 1,68	+106,12	+ 66,16	+ 39,96	+ 4,48	+ 3,07	+ 1,41	+ 46,49
1983	+113,19	+ 1,89	+111,29	+ 92,02	+ 19,28	+ 1,21	− 4,07	+ 5,28	+ 67,14
1984	+108,06	− 1,93	+109,99	+ 90,93	+ 19,06	+ 0,82	− 3,16	+ 3,97	+ 69,73
1985	+ 98,14	− 2,47	+100,61	+ 81,69	+ 18,92	+ 29,97	+ 1,26	+ 28,71	+ 74,99
1986	+ 81,66	+ 3,84	+ 77,82	+ 73,63	+ 4,19	+ 55,94	+ 5,97	+ 49,97	+ 69,83
1987	+ 86,95	− 2,85	+ 89,80	+ 61,16	+ 28,65	+ 53,21	+ 41,21	+ 12,00	+ 70,72
1988	+138,21	+ 0,60	+137,61	+ 96,13	+ 41,48	− 5,17	− 34,63	+ 29,46	+ 42,84
1989	+135,78	− 0,49	+136,27	+129,28	+ 6,99	+ 36,29	− 18,95	+ 55,24	+110,33
1990 1.Vj.	+ 38,56	+ 1,39	+ 37,18	+ 34,96	+ 2,22	− 2,50	+ 1,51	− 4,01	+ 51,12
2.Vj.	+ 31,00	− 0,82	+ 31,82	+ 33,67	− 1,85	+ 18,24	+ 3,56	+ 14,68	+ 32,56
	Deutschland								
1990 a)	+223,07	− 0,19	+223,27	+181,68	+ 41,59	+ 48,45	+ 11,02	+ 37,43	+161,29
1991	+286,13	+ 0,14	+285,99	+259,32	+ 26,67	− 7,40	+ 0,17	− 7,57	+154,42
1992	+299,91	+ 5,62	+294,28	+247,92	+ 46,37	− 40,74	+ 68,72	−109,46	+101,50
1990 3.Vj. a)	+ 64,84	− 0,36	+ 65,20	+ 45,40	+ 19,80	+ 8,09	+ 2,08	+ 6,01	+ 31,20
4.Vj.	+ 88,67	− 0,40	+ 89,07	+ 67,64	+ 21,43	+ 24,63	+ 3,87	+ 20,76	+ 46,41
1991 1.Vj.	+ 45,01	− 0,65	+ 45,65	+ 40,65	+ 5,00	− 29,16	− 7,22	− 21,94	+ 43,52
2.Vj.	+ 71,13	− 0,25	+ 71,38	+ 64,32	+ 7,06	− 11,15	+ 0,62	− 11,77	+ 41,39
3.Vj.	+ 57,55	+ 1,15	+ 56,40	+ 56,58	− 0,18	+ 2,36	+ 3,53	− 1,17	+ 27,82
4.Vj.	+112,45	− 0,11	+112,55	+ 97,77	+ 14,79	+ 30,56	+ 3,25	+ 27,30	+ 41,68
1992 1.Vj.	+ 50,62	+ 0,65	+ 49,97	+ 45,60	+ 4,37	− 29,31	+ 5,30	− 34,60	+ 45,11
2.Vj.	+ 84,74	+ 1,78	+ 82,96	+ 77,63	+ 5,33	− 17,05	+ 4,99	− 22,04	+ 28,32
3.Vj.	+ 45,98	− 0,11	+ 46,09	+ 42,58	+ 3,52	+ 47,68	+ 87,37	− 39,70	+ 20,94
4.Vj.	+118,57	+ 3,31	+115,26	+ 82,11	+ 33,15	− 42,06	− 28,94	− 13,11	+ 7,12
1993 1.Vj.	+ 51,56	− 4,60	+ 56,16	+ 36,79	+ 19,37	− 50,56	− 47,01	− 3,55	+ 22,75
2.Vj.	+ 63,78	− 0,27	+ 64,05	+ 47,79	+ 16,26	+ 6,17	− 4,02	+ 10,19	+ 17,66
3.Vj.	+ 77,28	− 0,39	+ 77,67	+ 60,52	+ 17,15	− 7,91	+ 23,61	− 31,53	+ 20,94

[1]) Kreditinstitute einschließlich Bundesbank. — Vergleiche Hinweis vor dem Inhaltsverzeichnis des Statistischen Teils des Monatsberichts der Deutschen Bundesbank 43. Jahrgang Nr. 3, März 1991. — [2]) Von November 1989 bis Mai 1990 ohne Forderungen und Verbindlichkeiten der westdeutschen Kreditinstitute gegenüber Geschäftspartnern in der ehemaligen DDR (mit Ausnahme der Spareinlagen). — [3]) Enthält kurz-, mittel- und langfristige Positionen einschließlich Wertpapiertransaktionen mit dem Ausland sowie einschließlich der Entwicklungshilfekredite der Kreditanstalt für Wiederaufbau. — [4]) Ohne Termingelder mit Befristung bis unter 4 Jahren und ohne Spareinlagen mit gesetzlicher Kündigungsfrist.

stände im Bilanzzusammenhang[1])

vorangegangenen Zeitraum in Mrd DM

kapitalbildung Kreditinstituten dischen Quellen[2])[4])		IV. Zentralbankeinlagen inländischer öffentlicher Haushalte	V. Sonstige Einflüsse[7])	VI. Geldmenge M 3 (Saldo I+II−III−IV−V)					Zeitraum
darunter				insgesamt	Geldmenge M 2			Spareinlagen mit gesetzlicher Kündigungsfrist	
Termingeider mit Befristung v. 4 Jahren und darüber	Spareinlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist[6])				zusammen	Geldmenge M 1 (Bargeldumlauf und Sichteinlagen)[2])[8])	Termingelder mit Befristung unter 4 Jahren (Quasigeld)[2]) zusammen	Termingelder mit Befristung unter 4 Jahren (Quasigeld)[2]) darunter unter 3 Monaten[9])		
				Früheres Bundesgebiet					
+ 2,31	+ 2,49	+ 1,46	+ 1,61	+ 10,50	+ 5,06	+ 3,42	+ 1,65	.	+ 5,44	1960
+ 5,36	+ 0,85	+ 1,31	− 0,62	+ 15,99	+ 9,63	+ 7,50	+ 2,14	.	+ 6,36	1961
+ 5,30	+ 2,97	− 0,35	− 1,08	+ 12,56	+ 6,34	+ 4,61	+ 1,73	.	+ 6,21	1962
+ 4,77	+ 4,13	− 0,61	+ 1,90	+ 13,38	+ 5,96	+ 4,41	+ 1,56	+ 0,47	+ 7,42	1963
+ 4,63	+ 4,82	− 0,85	+ 0,66	+ 14,13	+ 6,43	+ 5,40	+ 1,03	+ 0,66	+ 7,71	1964
+ 3,74	+ 5,13	− 1,11	+ 1,83	+ 17,23	+ 6,10	+ 5,57	+ 0,53	− 0,07	+ 11,13	1965
+ 3,22	+ 7,81	− 0,53	+ 1,49	+ 14,96	+ 6,50	+ 1,09	+ 5,40	− 0,58	+ 8,46	1966
+ 2,55	+ 8,49	+ 0,29	+ 0,91	+ 23,35	+ 14,19	+ 8,31	+ 5,88	+ 3,22	+ 9,16	1967
+ 1,49	+ 12,07	+ 1,19	+ 0,88	+ 28,11	+ 18,15	+ 5,53	+ 12,62	+ 1,69	+ 9,96	1968
+ 5,52	+ 13,26	+ 0,44	+ 1,42	+ 22,88	+ 14,55	+ 5,96	+ 8,59	+ 5,24	+ 8,33	1969
+ 4,26	+ 12,94	+ 4,09	+ 8,91	+ 23,98	+ 16,41	+ 8,69	+ 7,72	+ 13,61	+ 7,57	1970
+ 7,07	+ 14,73	+ 4,20	+ 5,00	+ 38,71	+ 24,97	+ 13,24	+ 11,72	+ 8,91	+ 13,75	1971
+ 8,68	+ 20,62	− 3,85	+ 4,78	+ 47,14	+ 33,51	+ 17,55	+ 15,96	+ 6,58	+ 13,64	1972
+ 10,22	+ 17,52	+ 4,22	+ 7,17	+ 34,00	+ 31,94	+ 2,57	+ 29,37	+ 22,78	+ 2,05	1973
+ 7,95	+ 13,35	+ 0,44	+ 2,88	+ 35,18	+ 13,68	+ 15,50	− 1,82	+ 7,30	+ 21,49	1974
+ 9,41	+ 34,81	+ 1,41	+ 1,17	+ 38,43	− 0,40	+ 21,40	− 21,79	− 17,24	+ 38,82	1975
+ 11,45	+ 22,65	− 10,22	+ 9,57	+ 41,01	+ 18,92	+ 6,88	+ 12,04	+ 2,71	+ 22,09	1976
+ 13,65	+ 14,24	− 0,82	+ 3,28	+ 58,95	+ 33,47	+ 21,09	+ 12,38	+ 9,69	+ 25,47	1977
+ 17,01	+ 17,98	+ 2,51	+ 10,36	+ 64,78	+ 43,50	+ 29,74	+ 13,75	+ 2,27	+ 21,29	1978
+ 18,68	+ 18,11	− 1,69	+ 3,80	+ 39,25	+ 30,95	+ 9,86	+ 21,09	+ 18,24	+ 8,29	1979
+ 14,57	+ 15,89	− 1,92	+ 13,20	+ 42,78	+ 33,96	+ 9,35	+ 24,62	+ 33,16	+ 8,81	1980
+ 13,77	+ 11,94	− 0,25	+ 22,03	+ 36,13	+ 37,39	− 2,16	+ 39,54	+ 23,51	− 1,25	1981
+ 7,22	+ 16,21	+ 0,49	+ 7,17	+ 54,77	+ 24,02	+ 17,74	+ 6,28	+ 12,08	+ 30,76	1982
+ 27,24	+ 11,03	+ 0,90	+ 1,00	+ 45,35	+ 13,14	+ 22,73	− 9,58	− 9,38	+ 32,20	1983
+ 26,27	+ 22,33	− 1,18	− 0,96	+ 41,27	+ 26,94	+ 18,42	+ 8,52	+ 2,14	+ 14,34	1984
+ 34,46	+ 21,59	+ 1,27	+ 6,46	+ 45,39	+ 23,82	+ 15,50	+ 8,32	+ 7,20	+ 21,57	1985
+ 37,63	+ 25,26	− 1,11	+ 3,15	+ 65,72	+ 34,31	+ 24,65	+ 9,66	+ 9,03	+ 31,41	1986
+ 43,13	+ 19,58	+ 3,52	+ 3,35	+ 62,57	+ 35,53	+ 27,02	+ 8,51	+ 8,27	+ 27,04	1987
+ 46,37	− 5,83	− 1,13	+ 15,25	+ 76,08	+ 49,54	+ 40,81	+ 8,73	+ 9,85	+ 26,54	1988
+ 38,67	+ 6,41	+ 3,34	− 7,89	+ 66,28	+ 80,76	+ 24,02	+ 56,74	+ 39,70	− 14,47	1989
+ 10,51	+ 3,55	− 6,05	+ 33,89	− 42,91	− 23,12	− 37,54	+ 14,42	+ 0,50	− 19,79	1990 1.Vj.
+ 7,21	+ 5,49	+ 10,84	− 5,54	+ 11,38	+ 25,59	+ 13,23	+ 12,36	+ 4,64	− 14,21	2.Vj.
				Deutschland						
+ 33,06	+ 37,36	+ 12,27	+ 31,10	+ 66,87	+117,60	+ 44,45	+ 73,15	+ 37,55	− 50,73	1990 a)
+ 32,13	+ 10,26	− 6,42	+ 35,08	+ 95,66	+ 94,82	+ 17,66	+ 77,16	+ 55,01	+ 0,84	1991
+ 26,29	+ 12,28	− 12,29	+ 52,86	+117,10	+109,73	+ 63,25	+ 46,48	+ 39,18	+ 7,37	1992
+ 6,14	+ 7,41	+ 5,17	+ 19,32	+ 17,23	+ 41,48	+ 20,10	+ 21,37	+ 17,63	− 24,25	1990 3.Vj. a)
+ 9,21	+ 20,91	+ 2,31	− 16,59	+ 81,17	+ 73,65	+ 48,66	+ 24,99	+ 14,78	+ 7,52	4.Vj.
+ 4,60	− 1,22	− 5,03	+ 18,44	− 41,09	− 32,68	− 55,21	+ 22,54	+ 5,12	− 8,42	1991 1.Vj.
+ 9,64	+ 1,28	+ 1,44	+ 6,51	+ 10,64	+ 20,10	+ 10,27	+ 9,83	+ 9,68	− 9,46	2.Vj.
+ 7,03	− 5,53	− 8,48	+ 26,55	+ 14,01	+ 18,74	+ 1,83	+ 16,92	+ 17,34	− 4,73	3.Vj.
+ 10,87	+ 15,73	+ 5,65	− 16,43	+112,10	+ 88,65	+ 60,78	+ 27,87	+ 22,87	+ 23,45	4.Vj.
+ 9,86	− 0,16	− 7,68	+ 15,68	− 31,81	− 26,82	− 49,82	+ 23,00	+ 10,69	− 4,99	1992 1.Vj.
+ 7,43	− 0,21	+ 5,03	+ 5,33	+ 29,01	+ 31,79	+ 20,33	+ 11,46	+ 11,74	− 2,77	2.Vj.
+ 6,36	− 0,31	+ 5,27	+ 22,72	+ 44,73	+ 48,81	+ 12,67	+ 36,14	+ 32,07	− 4,08	3.Vj.
+ 2,64	+ 12,95	− 14,91	+ 9,14	+ 75,17	+ 55,95	+ 80,08	− 24,13	− 15,33	+ 19,22	4.Vj.
+ 7,82	− 9,57	+ 0,28	− 1,82	− 20,21	− 34,36	− 59,51	+ 25,15	+ 20,21	+ 14,16	1993 1.Vj.
+ 7,76	− 0,30	+ 17,14	+ 2,47	+ 32,68	+ 30,42	+ 20,85	+ 9,57	+ 21,24	+ 2,26	2.Vj.
+ 8,59	+ 3,02	− 0,09	+ 29,83	+ 18,68	+ 13,75	+ 12,67	+ 1,09	+ 17,80	+ 4,93	3.Vj.

[5]) Einschließlich Inhaberschuldverschreibungen im Umlauf (netto) bereinigt um den Saldo der Transaktionen mit dem Ausland sowie einschließlich Kapital und Rücklagen. — [6]) Einschließlich Sparbriefe. — [7]) Saldo der übrigen Positionen der „Konsolidierten Bilanz des Bankensystems" (von 1972 bis 1976 einschließlich Guthaben auf Sonderkonten Bardepot). — [8]) Bargeldumlauf ohne Kassenbestände der Kreditinstitute, jedoch einschließlich der im Ausland befindlichen DM-Noten und -Münzen. — [9]) Ohne vorübergehend zu den Kreditinstituten verlagerte öffentliche Gelder (§ 17 BBankG). — [a]) Bis Juni 1990: Früheres Bundesgebiet; ab Juli 1990: Deutschland.

Quelle: Deutsche Bundesbank

Tabelle 48*

Geldbestände, Euromarkteinlagen und bereinigte Zentralbankgeldmenge

Mrd DM

Ende des Zeitraums	Geldbestände								Verbindlichkeiten der Auslandsniederlassungen[5] deutscher Kreditinstitute gegenüber inländischen Nichtbanken	Bereinigte Zentralbankgeldmenge[6]	
	Geldmenge M 1			Geldmenge M 2[2][3]			Geldmenge M 3[4]				
	insgesamt	davon		insgesamt	darunter		insgesamt	darunter		insgesamt	darunter
		Bargeldumlauf[1]	Sichteinlagen inländischer Nichtbanken[2][7]		Termineinlagen			Spareinlagen inländischer Nichtbanken mit gesetzlicher Kündigungsfrist			Bankreserven[8]
					zusammen	darunter mit Befristung bis unter 3 Monaten					
	Früheres Bundesgebiet										
1960	51,07	20,82	30,25	72,69	21,62	3,61	107,18	34,49	.	27,97	10,25
1961	58,71	23,19	35,52	82,17	23,47	3,94	123,02	40,85	.	30,93	10,20
1962	63,35	24,23	39,12	88,54	25,19	4,10	135,78	47,23	.	33,94	9,81
1963	67,76	25,50	42,26	94,51	26,75	4,57	149,15	54,65	.	36,64	10,80
1964	73,04	27,88	45,16	100,81	27,78	5,23	163,17	62,36	.	39,78	12,50
1965	78,52	29,65	48,87	106,92	28,40	5,16	180,40	73,49	.	43,81	14,48
1966	79,61	30,87	48,74	113,38	33,77	4,58	195,33	81,95	.	47,00	16,01
1967	87,92	31,51	56,41	127,57	39,65	7,80	218,68	91,11	.	49,50	15,15
1968	93,47	32,59	60,88	142,33	48,86	9,58	244,42	102,10	.	52,52	15,39
1969	99,43	34,69	64,74	156,88	57,45	14,82	267,31	110,43	.	56,69	19,23
1970	108,22	36,89	71,33	173,38	65,16	28,43	291,52	118,13	.	60,57	22,16
1971	121,52	40,29	81,23	198,60	77,07	37,34	330,74	132,14	.	66,33	29,04
1972	139,30	45,77	93,53	232,33	93,03	43,92	378,45	146,12	.	74,87	34,16
1973	142,86	47,43	95,43	265,86	123,00	67,08	416,75	150,89	0,17	83,34	44,11
1974	158,43	51,52	106,91	279,60	121,17	74,30	452,21	172,60	0,75	86,55	41,96
1975	179,90	56,48	123,42	279,32	99,42	58,60	490,89	211,57	0,63	93,42	39,55
1976	186,85	60,57	126,28	298,18	111,33	59,84	532,03	233,85	2,09	102,36	43,36
1977	208,08	67,51	140,57	331,81	123,74	69,54	591,47	259,66	1,65	111,34	45,59
1978	237,91	76,20	161,71	375,41	137,50	71,81	656,60	281,19	2,35	125,52	52,66
1979	247,87	79,88	167,99	406,49	158,62	90,05	696,21	289,72	2,97	138,32	62,32
1980	257,34	83,96	173,37	440,62	183,28	123,21	739,43	298,82	6,94	144,85	61,72
1981	255,28	84,19	171,08	478,13	222,86	146,72	776,03	297,90	8,12	150,34	59,53
1982	273,05	88,64	184,41	502,20	229,15	158,80	830,96	328,76	8,11	156,42	61,67
1983	295,80	96,43	199,37	515,36	219,57	149,46	874,84	359,48	8,40	168,38	62,61
1984	314,24	99,80	214,43	542,32	228,09	151,60	916,17	373,84	12,08	176,94	65,54
1985	334,10	103,87	230,23	577,10	243,01	161,72	985,46	408,35	16,21	184,57	69,16
1986	358,75	112,15	246,59	610,93	252,18	170,57	1 050,69	439,76	45,07	196,59	69,55
1987	385,17	124,09	261,08	645,65	260,48	178,85	1 112,44	466,80	52,90	213,01	76,60
1988	427,00	142,60	284,40	696,08	269,08	188,70	1 189,61	493,54	63,20	232,84	81,23
1989	450,75	146,92	303,83	776,56	325,82	228,39	1 255,63	479,07	97,57	251,07	84,90
	Deutschland										
1990	584,34	158,57	425,77	987,62	403,28	266,74	1 502,98	515,37	131,60	271,68	97,00
1991	604,04	171,77	432,27	1 084,53	480,48	321,79	1 597,66	513,13	150,70	302,95	111,69
1992	669,58	200,51	469,07	1 196,54	526,96	360,97	1 718,70	522,16	192,54	332,45	125,07
1990 3. Vj.	502,80	152,30	350,51	881,03	378,23	251,96	1 422,24	541,21	124,73	283,17	102,30
4. Vj.	584,18	158,57	425,62	987,30	403,11	266,68	1 502,95	515,65	131,60	289,39	106,22
1991 1. Vj.	530,40	160,07	370,33	956,20	425,80	271,75	1 462,09	505,89	151,81	298,20	112,15
2. Vj.	541,03	161,40	379,63	976,73	435,70	281,43	1 473,07	496,35	152,97	297,34	110,12
3. Vj.	546,72	161,90	381,83	999,29	452,57	308,80	1 486,46	487,17	150,13	303,63	110,96
4. Vj.	604,02	171,77	432,25	1 084,43	480,41	331,47	1 597,62	513,19	150,70	312,65	113,53
1992 1. Vj.	556,61	167,41	389,20	1 060,06	503,45	332,48	1 568,71	508,65	169,81	319,44	121,86
2. Vj.	576,38	172,56	403,82	1 091,32	514,94	344,22	1 597,20	505,88	176,50	324,43	122,92
3. Vj.	588,25	179,26	408,99	1 139,33	551,09	376,29	1 642,28	502,94	161,54	332,93	124,50
4. Vj.	669,58	200,51	469,07	1 196,54	526,96	360,97	1 718,70	522,16	192,54	353,01	130,99
1993 1. Vj.	610,10	191,81	418,29	1 162,20	552,11	381,18	1 698,77	536,57	218,84	360,62	124,05
2. Vj.	631,46	195,07	436,39	1 193,14	561,68	402,41	1 731,97	538,83	220,01	360,80	104,38
3. Vj.	643,68	199,38	444,29	1 206,43	562,76	420,21	1 750,19	543,76	. . .	368,95	106,86

[1] Ohne Kassenbestände der Kreditinstitute; einschließlich der im Ausland befindlichen DM-Noten und -Münzen.
[2] Von November 1989 bis Mai 1990 ohne Forderungen und Verbindlichkeiten der westdeutschen Kreditinstitute gegenüber Geschäftspartnern in der ehemaligen DDR (mit Ausnahme der Spareinlagen).
[3] Geldmenge M 1 plus Termingelder inländischer Nichtbanken mit Befristung bis unter 4 Jahren (Quasigeldbestände).
[4] Geldmenge M 2 plus Spareinlagen inländischer Nichtbanken mit gesetzlicher Kündigungsfrist.
[5] Auslandsfilialen inländischer Kreditinstitute und ausländische Kreditinstitute im Mehrheitsbesitz inländischer Kreditinstitute.
[6] In der Abgrenzung des Sachverständigenrates: Bargeldumlauf (ohne Kassenbestände der Kreditinstitute) und Bankreserven, (ab Juni 1978 einschließlich Deutsche Bundespost Postbank bereinigt um den Effekt von Mindestreservesatzänderungen (zur Methode siehe Anhang IV, Abschnitt C). Quelle für Grundzahlen: Deutsche Bundesbank. Jahres-/Vierteljahresdurchschnitt aus Monatsdurchschnitten.
[7] Ohne Zentralbankeinlagen öffentlicher Haushalte.
[8] Ist-Reserve und anrechenbare Kassenbestände der Kreditinstitute.

Quelle: Deutsche Bundesbank

Absatz und Erwerb von Wertpapieren

Mio DM

Zeitraum	Festverzinsliche Wertpapiere							Aktien	
	Absatz				Erwerb durch			Absatz	
	inländische Rentenwerte[1]			ausländische Rentenwerte[4]	Inländer		Ausländer[7]	inländische Aktien[8]	ausländische Dividendenwerte[9]
	zusammen	darunter			zusammen[5]	darunter			
		Banken[2]	öffentliche Hand[3]			Nichtbanken[6]			
	Früheres Bundesgebiet								
1960	4 105	3 336	1 156	– 24	2 708	.	1 373	2 793	739
1961	7 815	5 862	1 856	– 1	7 511	.	303	3 296	206
1962	9 392	6 473	2 333	94	8 764	.	722	2 196	639
1963	11 964	8 327	3 297	221	10 194	.	1 991	1 318	266
1964	12 880	9 663	2 893	489	13 364	.	5	2 243	346
1965	11 326	8 136	2 835	381	11 604	8 380	103	3 959	672
1966	5 007	4 381	622	550	5 685	4 236	– 128	2 713	892
1967	14 970	9 211	4 875	471	16 276	3 423	– 835	1 905	1 419
1968	17 668	13 922	3 818	4 103	21 922	7 692	– 151	3 144	2 831
1969	12 383	12 258	289	5 365	18 701	9 222	– 953	2 797	5 778
1970	14 312	11 934	2 157	1 042	14 537	12 211	817	3 592	2 668
1971	20 578	14 856	4 279	–1 184	17 778	11 970	1 616	4 734	2 201
1972	34 067	26 074	7 206	–4 314	22 024	15 322	7 729	4 129	1 769
1973	25 010	21 432	4 120	– 231	18 283	14 786	6 496	3 581	1 968
1974	25 082	19 616	5 837	675	27 706	12 713	– 1 949	3 525	2 693
1975	47 977	34 974	13 171	1 384	52 805	18 132	– 3 443	6 010	3 435
1976	47 859	31 731	16 676	1 354	46 085	32 127	3 129	6 081	1 818[a]
1977	49 777	28 937	21 256	4 551	53 640	22 088	687	4 368	3 542
1978	39 832	29 437	11 420	3 553	43 260	18 289	124	5 550	3 942
1979	41 246	36 350	6 011	3 726	40 936	39 301	4 036	5 513	3 541[a]
1980	45 218	41 546	4 934	7 338	52 261	33 166	294	6 948	3 569
1981	66 872	70 451	–2 608	6 204	74 528	57 149	– 1 453	5 516	4 647
1982	72 726	44 795	28 563	10 983	81 437	36 672	2 272	5 921	3 286
1983	85 527	51 726	34 393	5 743	80 469	42 873	10 801	7 271	8 318
1984	71 101	34 639	36 664	15 712	72 995	50 036	13 818	6 278	5 676
1985	76 050	33 013	42 738	27 461	72 051	39 526	31 460	11 009	7 460
1986	87 485	29 509	57 774	16 392	44 798	12 433	59 079	16 394	15 887
1987	88 190	28 448	59 768	24 761	77 958	34 350	34 993	11 889	4 348
1988	35 100	–11 029	46 228	54 681	87 826	53 970	1 954	7 528	26 919
1989	78 409	52 418	25 649	40 801	96 401	81 980	22 809	19 365	22 439
1990 1. Vj.	45 087	38 022	7 086	9 438	66 105	47 427	–11 580	8 410	6 185
2. Vj.	27 487	10 523	16 980	7 120	31 660	34 178	2 948	8 813	4 950
	Deutschland								
1990[10]	220 340	136 799	83 609	25 065	225 100	135 339	20 305	28 021	20 962
1991	219 346	131 670	87 011	12 386	171 469	128 440	60 263	13 317	31 585
1992	284 054	106 857	177 376	8 505	159 420	30 315	133 139	17 226	72 227
1990 3. Vj.[10]	53 522	31 818	21 724	6 116	58 868	32 161	770	6 264	2 151
4. Vj.	94 244	56 436	37 819	2 415	68 518	21 607	28 141	4 534	7 685
1991 1. Vj.	66 942	43 441	23 113	3 635	65 040	54 786	5 537	2 689	5 396
2. Vj.	42 058	30 028	11 734	7 364	41 330	34 913	8 091	3 375	8 954
3. Vj.	53 013	28 735	24 243	– 730	34 456	23 339	17 827	4 536	11 398
4. Vj.	57 333	29 466	27 921	2 408	30 846	15 591	28 895	2 717	5 420
1992 1. Vj.	65 157	34 591	30 584	9 064	65 506	43 351	8 715	3 988	9 741
2. Vj.	41 938	16 463	25 624	8 340	46 469	20 102	3 808	5 970	11 622
3. Vj.	79 242	32 425	46 817	–9 356	11 303	– 5 062	58 583	3 528	17 754
4. Vj.	97 717	23 378	74 351	932	37 291	–26 935	61 359	3 740	31 722
1993 1. Vj.	117 950	49 112	68 701	9 126	53 342	2 791	73 734	6 490	29 407
2. Vj.	79 453	27 327	51 974	6 243	22 150	– 2 187	63 547	5 955	14 443
3. Vj.	74 130	38 770	35 208	–3 447	31 777	7 006	38 907	2 852	9 552

[1]) Nettoabsatz zu Kurswerten unter Berücksichtigung von Eigenbestandsveränderungen der Emittenten. — [2]) Bankschuldverschreibungen ohne Bank-Namensschuldverschreibungen. — [3]) Einschließlich Bundesbahn und Bundespost, jedoch ohne von der Lastenausgleichsbank für den Lastenausgleichsfonds begebene Schuldverschreibungen. — [4]) Nettoerwerb bzw. Nettoveräußerung (–) ausländischer Rentenwerte zu Transaktionswerten durch Inländer. — [5]) In- und ausländische Rentenwerte. — [6]) Als Rest errechnet; enthält auch den Erwerb in- und ausländischer Wertpapiere durch inländische Investmentfonds. — [7]) Nettoerwerb bzw. Nettoveräußerung (–) inländischer Rentenwerte zu Transaktionswerten durch Ausländer. — [8]) Zu Emissionskursen. — [9]) Nettoerwerb bzw. Nettoveräußerung (–) ausländischer Dividendenwerte (einschließlich Direktinvestitionen und Investmentzertifikate) zu Transaktionswerten durch Inländer. — [10]) Ab Juli 1990 einschließlich Schuldverschreibungen ostdeutscher Emittenten.

[a]) Statistisch bereinigt.

Quelle: Deutsche Bundesbank

Tabelle 50*

Index der Aktienkurse nach Wirtschaftsbereichen

Durchschnitt des Zeitraums[1])

30. Dezember 1980 = 100

Zeitraum[2])	Insgesamt	Davon									
		Industrie							Sonstige Wirtschaftsbereiche[3])		
		zusammen	davon						zusammen	darunter	
			Energie- und Wasserversorgung, Bergbau	Verarbeitende Industrie				Bauindustrie		Kreditbanken	Versicherungsgewerbe
				zusammen	darunter						
					Grundstoff-	Investitionsgüter-	Verbrauchsgüter-				
					industrie						
1950	9,8	10,5	8,4	9,5	10,3	6,6	19,3	5,1	6,3	2,5	—
1951	14,3	15,5	12,7	15,2	17,9	8,9	26,6	4,6	8,0	4,3	—
1952	18,1	19,8	17,3	21,3	27,7	10,1	26,3	4,7	9,4	6,0	—
1953	16,3	17,7	15,9	19,2	25,0	9,1	22,9	4,1	9,0	6,2	—
1954	23,3	25,2	21,1	30,2	41,2	11,9	31,0	5,7	13,1	10,2	—
1955	36,3	39,4	32,5	47,7	64,7	19,9	46,3	9,2	19,8	16,8	—
1956	34,4	37,1	29,9	44,6	60,0	19,0	45,4	8,8	20,6	18,1	—
1957	34,1	36,6	29,6	44,1	59,5	18,4	43,3	9,3	21,2	18,7	—
1958	42,7	45,5	35,4	53,5	70,4	24,8	55,7	13,8	28,5	26,7	—
1959	71,6	75,9	55,2	90,0	116,4	45,3	95,3	23,4	50,3	48,2	—
1960	110,7	117,2	74,5	136,7	169,2	81,6	155,1	39,5	78,4	73,2	—
1961	113,5	119,0	77,5	132,2	158,8	88,5	153,5	46,8	87,4	83,3	—
1962	88,1	91,9	64,5	97,3	115,8	69,1	100,2	46,5	70,9	63,7	—
1963	85,0	88,7	61,9	90,9	107,0	67,1	90,6	55,4	68,8	61,0	—
1964	97,7	102,4	75,5	105,4	126,9	73,6	101,1	68,4	75,2	68,3	—
1965	87,0	90,8	61,6	98,0	120,6	64,4	89,5	53,4	69,4	58,9	—
1966	73,7	76,4	54,1	81,5	98,1	55,2	82,5	40,6	62,6	56,5	—
1967	75,2	77,8	58,9	81,8	97,6	58,2	75,0	47,0	64,9	63,1	—
1968	98,8	102,4	78,2	107,7	128,5	78,1	93,4	57,4	83,5	90,3	—
1969	107,5	111,2	88,5	115,9	134,3	88,6	109,2	55,9	93,2	107,1	—
1970	96,2	99,6	79,3	103,9	114,1	86,8	108,3	48,8	82,1	93,6	—
1971	93,4	95,3	84,2	97,0	102,2	88,9	92,3	53,7	88,0	101,7	—
1972	102,2	103,4	82,5	107,4	107,9	107,2	102,5	80,2	101,1	116,0	—
1973	96,2	98,3	76,4	102,4	99,6	105,3	107,4	90,6	89,6	99,5	—
1974	82,0	84,1	65,1	87,8	89,5	85,4	84,9	71,9	74,8	84,6	—
1975	94,4	95,0	69,4	100,4	101,7	101,0	93,7	79,9	95,7	110,8	—
1976	102,2	104,0	71,6	111,3	118,0	106,4	92,3	68,8	97,7	109,1	—
1977	102,1	104,2	79,5	109,6	115,6	105,3	91,5	77,5	96,8	108,7	61,7
1978	111,4	112,4	95,0	115,8	115,5	116,7	109,9	110,5	109,1	121,6	75,8
1979	106,8	107,5	95,7	110,1	112,8	108,6	104,3	94,4	104,9	110,1	87,7
1980	101,9	102,4	99,4	103,1	103,8	103,3	100,0	96,6	100,8	103,9	93,3
1981	101,8	103,5	100,4	103,6	106,8	101,4	98,9	119,9	98,1	96,7	99,7
1982	102,7	102,6	100,9	102,1	103,7	100,0	93,6	136,9	102,7	97,1	113,4
1983	135,2	134,9	116,2	137,7	127,3	147,2	123,8	163,8	135,9	117,0	170,1
1984	153,6	148,5	111,9	155,1	143,6	167,7	124,7	161,9	165,0	127,0	248,1
1985	209,2	193,1	121,9	206,2	186,1	234,7	133,6	198,7	245,4	178,7	421,3
1986	295,7	258,6	146,2	278,8	234,4	336,4	186,8	281,9	378,4	271,5	669,7
1987	257,5	239,6	149,9	256,8	226,0	295,7	193,3	212,9	297,5	217,9	488,1
1988	217,9	203,8	151,0	214,5	209,9	218,5	175,9	171,9	249,2	174,0	411,2
1989	278,5	263,5	194,5	274,3	265,0	279,6	238,3	357,3	312,0	216,6	530,0
1990	326,3	310,4	252,0	314,2	285,9	335,5	280,7	644,3	362,1	247,1	631,0
1991	295,6	278,7	231,2	280,0	259,2	292,0	253,4	626,3	333,5	225,6	580,1
1992	287,6	269,3	225,6	271,0	258,8	278,0	224,0	571,7	328,0	236,8	544,8
1992 1. Vj.	303,8	283,7	229,2	286,7	269,1	299,0	242,0	612,3	348,0	243,1	592,7
2. Vj.	310,1	293,5	233,6	297,0	278,2	311,2	248,1	637,7	347,6	242,9	588,7
3. Vj.	276,4	261,6	222,9	263,1	252,2	268,7	216,0	532,6	309,8	226,9	503,1
4. Vj.	260,0	238,3	216,5	237,1	235,5	233,0	189,9	504,1	306,7	234,5	494,7
1993 1. Vj.	281,8	255,6	224,5	255,2	252,0	253,6	204,3	551,9	337,6	247,9	572,2
2. Vj.	287,2	259,1	234,0	257,1	254,4	254,3	210,4	580,7	346,8	255,2	585,0
3. Vj.	315,5	284,0	258,0	282,6	278,6	283,8	217,8	592,8	382,5	276,5	656,6

[1]) 1950 bis 1953 aus Monatsdurchschnitten, 1954 bis 1981 aus Bankenstichtagen (in der Regel der 7., 15., 23. und letzter Börsentag des Monats), ab 1982 aus börsentäglichen Indizes berechnet.

[2]) Von 1950 bis 1959 ohne Saarland und bis 1964 ohne Berlin (West).

[3]) Einschließlich Hypothekenbanken, Warenhausunternehmen, Handel (ohne Warenhausunternehmen) und Verkehr.

Auftragseingang im Verarbeitenden Gewerbe[1])

Früheres Bundesgebiet

a) Insgesamt (1985 = 100)

Zeitraum	Insgesamt	Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	Investitionsgüter	Verbrauchsgüter	Insgesamt	Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	Investitionsgüter	Verbrauchsgüter
			produzierendes Gewerbe				produzierendes Gewerbe	
	Wertindex				Volumenindex			
1962	21,8	24,1	18,0	30,6	44,2	45,3	38,8	60,7
1963	23,0	24,9	19,3	31,7	46,4	47,2	41,5	61,8
1964	26,2	28,8	22,3	35,6	52,7	53,7	47,5	68,2
1965	28,0	29,5	24,1	38,5	54,7	53,7	49,8	72,4
1966	27,9	30,5	23,5	38,1	53,5	55,2	47,6	70,3
1967	27,8	30,7	23,5	37,7	54,0	57,0	47,8	69,9
1968	32,1	34,5	27,9	42,3	65,6	67,9	59,4	82,6
1969	39,6	40,5	36,8	47,2	78,5	77,1	75,5	90,2
1970	41,5	42,6	38,6	49,1	77,0	77,0	72,6	90,3
1971	42,2	42,7	38,3	54,4	74,6	76,0	67,4	96,4
1972	45,4	46,5	40,9	59,1	78,2	82,0	69,8	100,2
1973	53,1	54,9	49,6	61,8	87,7	92,1	81,9	99,6
1974	57,5	65,8	51,6	63,2	83,3	88,8	78,2	90,8
1975	56,5	57,9	53,6	62,9	79,2	80,1	75,5	88,5
1976	64,1	65,8	60,9	71,5	86,8	88,4	82,6	97,6
1977	64,8	63,8	62,6	73,7	86,0	86,8	81,6	98,4
1978	68,0	66,5	65,9	77,4	89,0	90,8	84,0	101,7
1979	75,4	75,8	72,7	83,5	94,7	97,2	90,1	104,7
1980	78,3	79,4	74,9	87,0	92,8	94,6	88,8	102,3
1981	81,8	83,1	79,4	87,3	92,4	93,2	90,2	97,8
1982	81,0	81,1	79,0	87,1	87,1	86,7	85,2	93,9
1983	84,5	86,7	81,1	91,3	89,5	92,8	85,3	96,9
1984	92,6	96,0	89,3	96,9	95,1	98,8	91,7	99,5
1985	100	100	100	100	100	100	100	100
1986	100,2	94,6	102,2	103,1	100,2	98,9	100,2	102,1
1987	100,4	93,8	102,4	105,4	100,5	101,1	99,1	103,6
1988	110,2	103,4	113,0	112,8	108,1	108,5	107,6	108,9
1989	122,4	110,3	128,7	122,5	116,4	111,0	119,6	115,3
1990	129,5	111,0	137,9	133,8	121,5	113,3	125,3	123,1
1991	132,4	110,6	141,3	140,9	122,1	114,0	125,1	126,1
1992	129,3	108,9	136,7	140,1	117,8	113,8	118,1	123,4
1989 1. Vj.	122,5	112,3	126,5	126,8	117,2	113,1	118,4	120,2
2. Vj.	123,8	115,0	129,4	120,4	117,5	115,1	120,0	113,5
3. Vj.	117,8	106,5	123,1	119,9	111,9	107,2	114,1	112,4
4. Vj.	125,4	107,4	135,8	122,9	119,2	108,7	126,0	115,0
1990 1. Vj.	130,7	114,2	137,3	137,6	123,7	116,7	126,1	127,8
2. Vj.	124,9	110,4	132,8	124,0	117,4	112,7	120,8	114,7
3. Vj.	128,8	108,6	137,8	133,8	120,4	111,0	124,7	122,2
4. Vj.	133,4	110,6	143,5	139,8	124,4	112,8	129,5	127,5
1991 1. Vj.	137,3	114,7	144,8	151,5	127,3	117,6	129,6	136,5
2. Vj.	131,1	112,9	139,2	135,9	120,8	115,8	123,0	122,0
3. Vj.	130,3	108,2	138,7	140,6	119,7	111,6	122,4	125,1
4. Vj.	131,1	106,6	142,5	135,7	120,4	110,9	125,3	120,8
1992 1. Vj.	142,5	117,0	151,6	156,2	130,3	122,4	131,9	138,2
2. Vj.	128,4	112,4	135,5	132,5	116,9	116,9	116,9	117,1
3. Vj.	125,5	105,7	131,6	139,5	114,0	110,1	113,5	122,4
4. Vj.	120,9	100,5	128,1	132,2	109,9	105,9	110,2	115,8
1993 1. Vj.	122,4	102,4	126,6	143,0	111,8	110,2	108,5	124,9
2. Vj.	117,1	103,0	122,0	125,4	106,7	110,7	103,5	110,0
3. Vj.	117,9	99,6	122,5	134,4	107,3	106,9	104,4	117,5

[1]) Ohne Nahrungs- und Genußmittelgewerbe; ab 1968 ohne Umsatzsteuer. — Zur Methode und den Rückrechnungen siehe Statistisches Bundesamt, Wirtschaft und Statistik: 7/1976, S. 405ff.; 9/1980, S. 585ff.; 8/1983, S. 609ff. und 8/1989, S. 475ff.

Auftragseingang im Verarbeitenden Gewerbe[1])

Früheres Bundesgebiet

b) Inland (1985 = 100)

Zeitraum	Insgesamt	Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	Investitionsgüter	Verbrauchsgüter	Insgesamt	Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	Investitionsgüter	Verbrauchsgüter
			produzierendes Gewerbe				produzierendes Gewerbe	
	Wertindex				Volumenindex			
1962	28,7	32,5	23,6	36,2	57,3	60,9	49,5	72,0
1963	29,5	32,8	24,6	37,1	58,6	61,5	51,4	72,5
1964	33,9	38,6	28,3	41,6	66,9	71,8	58,9	80,1
1965	36,1	38,8	31,0	45,1	69,3	70,3	62,4	85,0
1966	34,9	39,2	28,8	44,2	65,6	70,4	56,7	81,6
1967	33,7	38,0	27,6	43,2	64,3	70,3	54,6	80,5
1968	38,8	43,0	32,7	48,2	78,9	85,1	69,0	94,8
1969	48,0	51,1	44,1	53,2	95,3	98,7	90,1	102,6
1970	50,8	53,3	47,3	55,6	93,9	97,4	88,1	102,5
1971	51,4	52,9	46,4	61,5	90,4	94,2	80,6	109,2
1972	54,7	56,6	48,9	66,6	93,5	99,2	82,5	113,3
1973	60,8	65,4	55,2	68,5	100,0	110,1	90,2	110,4
1974	62,9	74,3	54,0	69,5	91,2	103,6	80,8	99,9
1975	65,0	67,9	61,1	69,6	91,0	95,0	85,4	98,2
1976	70,5	76,2	64,2	77,5	95,5	103,1	86,8	106,1
1977	72,6	72,4	69,4	80,1	96,0	97,5	90,3	107,3
1978	76,3	74,6	74,2	83,5	99,7	101,1	94,4	110,1
1979	83,5	84,3	80,3	89,7	104,6	107,9	99,3	112,6
1980	85,9	87,6	81,8	93,1	101,6	104,2	96,6	109,4
1981	84,9	87,7	80,4	91,4	95,7	98,5	91,2	102,2
1982	84,5	85,2	81,6	90,1	90,6	90,9	87,7	97,0
1983	88,5	90,6	84,7	94,4	93,5	96,6	88,8	100,1
1984	94,0	96,6	90,7	98,3	96,5	99,4	92,9	100,8
1985	100	100	100	100	100	100	100	100
1986	102,4	96,4	105,4	103,3	102,1	99,9	103,2	102,2
1987	102,1	94,3	105,1	105,6	101,5	100,2	101,4	103,5
1988	110,5	102,9	113,9	112,5	107,8	107,0	108,2	108,0
1989	122,4	110,0	130,1	120,8	115,9	110,0	120,5	113,0
1990	134,6	114,2	146,4	134,0	125,0	114,8	131,9	122,3
1991	142,8	116,9	157,1	143,9	130,0	118,3	137,5	127,8
1992	140,1	115,5	152,6	143,4	125,8	118,2	130,3	125,3
1989 1. Vj.	122,6	110,2	128,8	124,4	116,8	110,4	120,2	117,2
2. Vj.	123,4	113,7	131,2	118,5	116,8	113,1	121,3	110,9
3. Vj.	118,9	108,2	125,0	118,7	112,4	108,2	115,6	110,6
4. Vj.	124,6	107,9	135,3	121,7	117,7	108,2	125,0	113,1
1990 1. Vj.	130,6	114,5	138,1	134,6	122,6	115,6	125,9	124,2
2. Vj.	127,9	113,2	138,1	123,5	119,1	113,7	124,6	113,4
3. Vj.	137,0	113,0	151,2	135,5	126,8	113,8	135,7	123,3
4. Vj.	142,8	116,0	158,2	142,3	131,5	116,1	141,4	128,7
1991 1. Vj.	148,9	120,0	163,2	153,7	136,4	120,9	144,7	137,6
2. Vj.	141,6	119,4	155,3	139,0	128,9	120,5	135,8	123,7
3. Vj.	140,4	115,5	153,2	143,6	127,5	117,0	133,6	127,0
4. Vj.	140,4	112,5	156,6	139,3	127,1	114,8	135,9	123,0
1992 1. Vj.	153,8	121,6	170,2	158,1	138,7	125,0	146,4	138,9
2. Vj.	137,9	118,1	150,1	135,6	124,0	120,4	128,2	118,7
3. Vj.	137,3	114,7	147,8	142,4	123,1	116,7	126,2	124,2
4. Vj.	131,3	107,6	142,1	137,7	117,6	110,7	120,6	119,5
1993 1. Vj.	129,9	104,7	137,3	145,8	116,8	110,6	116,2	126,4
2. Vj.	123,1	106,3	129,9	129,3	110,5	111,6	109,0	112,4
3. Vj.	126,8	105,2	133,9	138,6	114,1	110,8	113,3	120,3

[1]) Ohne Nahrungs- und Genußmittelgewerbe; ab 1968 ohne Umsatzsteuer. — Zur Methode und den Rückrechnungen siehe Statistisches Bundesamt, Wirtschaft und Statistik: 7/1976, S. 405ff.; 9/1980, S. 585ff.; 8/1983, S. 609ff. und 8/1989, S. 475ff.

Auftragseingang im Verarbeitenden Gewerbe [1])
Früheres Bundesgebiet

c) Ausland (1985 = 100)

Zeitraum	Insgesamt	Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	Investitionsgüter	Verbrauchsgüter	Insgesamt	Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	Investitionsgüter	Verbrauchsgüter
			produzierendes Gewerbe				produzierendes Gewerbe	
	Wertindex				Volumenindex			
1962	10,3	10,6	10,4	9,3	22,4	20,0	24,3	17,5
1963	12,1	12,3	12,2	11,0	26,2	23,9	28,2	20,7
1964	13,6	13,2	14,1	12,3	29,0	24,5	32,0	22,8
1965	14,6	14,5	14,9	13,3	30,3	26,9	32,9	24,3
1966	16,3	16,8	16,4	14,8	33,4	30,9	35,5	26,8
1967	18,0	19,0	17,9	16,3	36,9	35,8	38,6	29,6
1968	21,1	21,0	21,4	19,4	43,7	40,2	46,5	36,1
1969	25,8	23,6	27,1	23,9	50,7	42,3	55,8	43,1
1970	26,2	25,5	26,8	24,5	48,8	44,2	51,9	43,5
1971	27,1	26,4	27,3	27,5	48,7	46,8	49,7	47,6
1972	30,1	30,3	30,0	30,3	53,0	54,4	52,7	50,7
1973	40,3	38,1	41,9	36,6	67,4	63,3	70,7	58,3
1974	48,5	52,1	48,3	39,0	70,3	65,2	74,8	55,8
1975	42,5	42,1	43,5	37,2	59,5	56,4	62,2	51,8
1976	53,6	49,3	56,4	48,5	72,4	65,1	76,9	65,9
1977	52,0	50,1	53,3	49,5	69,4	69,8	69,9	65,0
1978	54,3	53,6	54,7	53,8	71,3	74,5	70,0	69,8
1979	62,1	62,4	62,5	59,6	78,2	80,1	77,8	74,5
1980	65,7	66,5	65,7	63,5	78,3	79,4	78,3	75,3
1981	76,7	75,6	78,0	71,7	86,9	84,9	88,8	80,9
1982	75,2	74,5	75,4	75,9	81,4	80,2	81,9	82,4
1983	77,8	80,6	76,1	79,6	82,8	87,0	80,5	84,9
1984	90,2	95,1	87,5	91,7	92,9	98,0	90,1	94,6
1985	100	100	100	100	100	100	100	100
1986	96,5	91,7	98,0	102,6	97,1	97,3	96,3	101,8
1987	97,6	93,0	98,9	104,7	98,8	102,5	96,1	104,1
1988	109,8	104,2	111,8	114,2	108,5	110,8	106,9	112,3
1989	122,4	110,7	126,9	129,1	117,3	112,7	118,5	124,2
1990	121,1	105,8	126,5	133,1	115,7	110,9	116,4	125,8
1991	115,5	100,7	120,3	129,6	109,1	107,1	108,5	119,7
1992	111,7	98,4	115,6	127,4	104,7	106,9	101,9	115,9
1989 1. Vj.	122,3	115,6	123,3	136,3	117,8	117,4	115,9	131,6
2. Vj.	124,3	117,0	127,2	128,0	118,8	118,4	118,3	123,5
3. Vj.	116,1	103,8	120,6	124,7	111,0	105,5	112,3	119,2
4. Vj.	126,8	106,6	136,3	127,5	121,7	109,5	127,4	122,3
1990 1. Vj.	130,8	113,6	136,2	149,2	125,4	118,3	126,3	141,7
2. Vj.	120,0	106,0	125,7	125,7	114,7	110,9	115,7	119,6
3. Vj.	115,2	101,6	119,9	127,3	109,9	106,6	110,0	119,3
4. Vj.	118,2	102,1	124,0	130,2	112,8	107,7	113,7	122,5
1991 1. Vj.	118,4	106,3	120,4	143,0	112,5	112,4	109,5	132,6
2. Vj.	114,0	102,6	117,8	124,3	107,5	108,3	105,9	115,3
3. Vj.	113,6	96,6	119,4	129,1	107,0	103,0	107,3	118,0
4. Vj.	115,8	97,2	123,7	121,9	109,5	104,8	111,3	112,8
1992 1. Vj.	124,0	109,7	126,9	149,1	116,6	118,5	112,8	135,6
2. Vj.	112,8	103,3	116,0	120,9	105,4	111,3	101,9	110,8
3. Vj.	106,3	91,5	110,0	128,4	99,2	99,5	96,5	115,5
4. Vj.	103,8	89,3	109,5	111,3	97,5	98,2	96,5	101,8
1993 1. Vj.	110,3	98,6	112,4	132,3	103,5	109,6	98,3	119,0
2. Vj.	107,3	97,8	111,3	110,4	100,5	109,3	96,3	100,8
3. Vj.	103,3	90,1	107,3	118,7	96,2	100,7	92,4	106,7

[1]) Ohne Nahrungs- und Genußmittelgewerbe; ab 1968 ohne Umsatzsteuer. — Zur Methode und den Rückrechnungen siehe Statistisches Bundesamt, Wirtschaft und Statistik: 7/1976, S. 405ff.; 9/1980, S. 585ff.; 8/1983, S. 609ff. und 8/1989, S. 475ff.

Tabelle 52*

Umsatz im Bergbau und im Verarbeitenden Gewerbe [1])

Früheres Bundesgebiet

a) Insgesamt

Mio DM

Zeitraum [2])	Insgesamt	Bergbau	Verarbeitendes Gewerbe				
			zusammen	Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	Investitionsgüter	Verbrauchsgüter	Nahrungs- und Genußmittelgewerbe
					produzierendes Gewerbe		
1950	80 395	4 573	75 822	22 459	18 348	20 139	14 875
1951	109 908	5 776	104 133	33 372	26 531	26 520	17 708
1952	119 392	6 908	112 484	36 821	31 783	25 013	18 867
1953	126 162	7 321	118 841	36 928	34 147	27 108	20 658
1954	140 943	7 718	133 225	42 197	39 630	29 055	22 343
1955	166 511	8 464	158 048	51 313	49 496	32 713	24 526
1956	185 646	9 452	176 194	56 417	55 471	36 282	28 023
1957	199 551	10 186	189 365	59 639	60 634	39 032	30 060
1958	205 069	9 577	195 493	59 990	65 253	38 726	31 523
1959	223 656	9 400	214 256	67 414	72 168	41 492	33 182
1960	266 373	11 374	254 999	81 585	87 678	48 459	37 277
1961	287 018	11 011	276 007	85 200	98 294	52 347	40 166
1962	304 028	11 123	292 906	87 207	105 652	56 288	43 759
1963	315 309	11 702	303 608	89 446	110 405	57 908	45 848
1964	346 804	11 026	335 779	100 931	121 660	63 656	49 531
1965	374 612	10 606	364 006	108 161	132 714	69 718	53 413
1966	388 029	10 099	377 930	111 592	138 685	72 355	55 299
1967	380 659	9 473	371 186	111 178	133 020	69 012	57 976
1968	405 599	9 565	396 034	122 041	141 806	73 118	59 070
1969	470 537	10 080	460 457	141 145	173 772	82 724	62 815
1970	588 018	12 368	575 650	177 855	226 969	94 229	76 597
1971	626 379	12 830	613 549	181 810	246 627	102 528	82 584
1972	663 187	12 941	650 245	190 592	260 475	111 461	87 717
1973	743 228	14 190	729 038	223 327	288 866	119 604	97 241
1974	836 052	19 643	816 409	278 795	307 671	126 729	103 214
1975	819 311	18 732	800 578	249 427	319 415	123 462	108 275
1976	916 955	20 546	896 409	280 783	361 249	135 765	118 612
1977	963 207	22 058	941 148	281 250	389 358	144 992	125 549
1978	999 929	23 086	976 843	290 083	409 695	148 949	128 116
1979	1 105 354	26 893	1 078 460	345 179	438 254	161 951	133 076
1980	1 196 543	29 240	1 167 303	381 258	470 800	172 936	142 309
1981	1 255 937	32 546	1 223 390	401 681	492 851	172 500	156 358
1982	1 284 376	33 224	1 251 151	401 267	514 966	172 185	162 733
1983	1 312 663	32 274	1 280 388	405 509	531 471	176 770	166 639
1984	1 398 459	34 878	1 363 580	441 888	562 481	187 606	171 605
1985	1 494 753	35 749	1 459 004	461 216	627 430	194 733	175 624
1986	1 468 396	33 199	1 435 197	407 117	651 534	200 499	176 047
1987	1 476 865	31 740	1 445 126	394 482	673 636	205 017	171 991
1988	1 561 666	31 922	1 529 744	421 825	713 479	217 204	177 235
1989	1 704 251	28 508	1 675 743	466 065	784 297	236 101	189 280
1990	1 823 282	27 674	1 795 608	479 725	851 167	258 274	206 441
1991	1 949 555	28 745	1 920 810	498 467	919 445	277 905	224 994
1992	1 955 623	28 170	1 927 453	495 153	926 685	277 746	227 869
1992 1. Vj.	489 210	7 633	481 577	126 121	227 550	72 955	54 951
2. Vj.	490 920	6 415	484 505	127 046	234 155	66 180	57 124
3. Vj.	479 269	6 210	473 059	123 900	222 251	69 713	57 195
4. Vj.	496 224	7 912	488 312	118 087	242 728	68 897	58 599
1993 1. Vj.	443 577	7 224	436 353	113 939	200 762	67 976	53 677
2. Vj.	453 119	6 734	446 385	119 287	207 595	63 086	56 417

[1]) Umsatz aus eigener Erzeugung (Fakturenwerte); ab 1968 ohne Umsatzsteuer. Gliederung nach Betrieben (früheres Hauptbeteiligten-Konzept). — Ab 1977 neues Berichtssystem mit Rückrechnung bis 1970 (Neuordnung der Statistik des Produzierenden Gewerbes). Ausführliche Erläuterungen: Statistisches Bundesamt, Wirtschaft und Statistik 7/1976, S. 405ff.

[2]) Von 1950 bis 1959 ohne Saarland und Berlin (West).

Umsatz im Bergbau und im Verarbeitenden Gewerbe[1])

Früheres Bundesgebiet

b) Inland

Mio DM

Zeitraum[2])	Insgesamt	Bergbau	Verarbeitendes Gewerbe				
			zusammen	Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	Investitionsgüter	Verbrauchsgüter	Nahrungs- und Genußmittelgewerbe
					produzierendes Gewerbe		
1953	110 894	5 729	105 166	32 617	26 591	25 482	20 476
1954	122 424	6 014	116 410	36 985	30 353	26 958	22 113
1955	144 717	6 790	137 927	45 148	38 234	30 297	24 247
1956	159 570	7 639	151 931	48 594	42 030	33 668	27 638
1957	169 166	8 293	160 873	50 518	44 475	36 247	29 633
1958	174 201	7 757	166 445	51 186	48 143	36 064	31 052
1959	189 904	7 689	182 215	57 447	53 595	38 525	32 647
1960	225 616	9 142	216 474	69 191	65 721	44 887	36 676
1961	244 016	8 834	235 182	72 372	74 643	48 676	39 491
1962	259 081	8 947	250 134	74 150	80 477	52 461	43 045
1963	266 359	9 398	256 961	75 379	82 946	53 620	45 015
1964	292 167	8 833	283 334	85 370	90 743	58 643	48 578
1965	315 772	8 426	307 346	90 772	99 779	64 413	52 382
1966	321 720	8 026	313 694	91 897	101 177	66 390	54 229
1967	309 301	7 494	301 807	88 935	93 655	62 553	56 665
1968	325 238	7 458	317 780	98 342	96 190	65 664	57 584
1969	377 570	8 051	369 518	113 945	120 771	73 786	61 016
1970	480 996	9 872	471 123	146 212	165 393	84 543	74 975
1971	510 886	10 152	500 733	148 919	179 154	91 899	80 761
1972	537 516	10 318	527 197	154 971	186 667	99 958	85 601
1973	591 627	11 232	580 396	178 366	201 826	105 833	94 370
1974	643 198	15 077	628 121	211 526	207 151	110 508	98 936
1975	636 240	14 348	621 891	194 333	215 127	108 575	103 858
1976	704 804	16 350	688 453	218 816	238 864	117 283	113 491
1977	735 609	18 217	717 392	217 829	256 399	125 174	117 990
1978	759 588	18 350	741 238	222 513	270 177	128 519	120 030
1979	839 718	21 601	818 117	265 616	289 422	138 918	124 162
1980	906 046	24 275	881 772	294 417	307 572	147 778	132 005
1981	928 796	27 495	901 302	303 330	309 084	144 994	143 894
1982	936 372	28 796	907 576	300 677	314 947	142 469	149 483
1983	957 428	28 065	929 364	301 094	329 375	146 003	152 891
1984	995 935	29 773	966 162	321 882	335 573	152 575	156 133
1985	1 051 848	31 216	1 020 632	333 034	372 895	155 646	159 057
1986	1 031 992	29 413	1 002 579	291 161	390 984	160 227	160 206
1987	1 038 339	28 435	1 009 904	280 240	408 236	164 567	156 861
1988	1 086 916	28 653	1 058 263	293 115	430 693	173 205	161 251
1989	1 179 063	26 076	1 152 987	326 003	469 625	186 059	171 299
1990	1 291 460	25 657	1 265 803	345 761	525 717	205 791	188 534
1991	1 426 866	26 937	1 399 929	369 306	598 433	225 749	206 441
1992	1 432 232	26 747	1 405 485	369 426	601 588	226 302	208 169
1992 1. Vj.	356 187	7 240	348 947	92 165	147 759	58 897	50 126
2. Vj.	358 491	6 039	352 452	94 459	151 962	53 833	52 198
3. Vj.	353 188	5 902	347 286	93 781	144 779	56 463	52 264
4. Vj.	364 365	7 565	356 800	89 022	157 088	57 109	53 581
1993 1. Vj.	324 257	6 927	317 330	83 447	129 576	55 376	48 931
2. Vj.	331 110	6 423	324 688	88 470	132 879	51 846	51 493

[1]) Umsatz aus eigener Erzeugung (Fakturenwerte); ab 1968 ohne Umsatzsteuer. Gliederung nach Betrieben (früheres Hauptbeteiligten-Konzept). — Ab 1977 neues Berichtssystem mit Rückrechnung bis 1970 (Neuordnung der Statistik des Produzierenden Gewerbes). Ausführliche Erläuterungen: Statistisches Bundesamt, Wirtschaft und Statistik 7/1976, S. 405ff.

[2]) Von 1953 bis 1959 ohne Saarland und Berlin (West).

noch Tabelle 52*

Umsatz im Bergbau und im Verarbeitenden Gewerbe[1])

Früheres Bundesgebiet

c) Ausland

Mio DM

Zeitraum[2])	Insgesamt	Bergbau	Verarbeitendes Gewerbe				
			zusammen	Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	Investitionsgüter	Verbrauchsgüter	Nahrungs- und Genußmittelgewerbe
					produzierendes Gewerbe		
1953	15 268	1 593	13 675	4 312	7 556	1 626	182
1954	18 519	1 704	16 816	5 212	9 277	2 096	230
1955	21 795	1 674	20 121	6 165	11 262	2 416	279
1956	26 076	1 813	24 263	7 823	13 440	2 614	385
1957	30 385	1 893	28 492	9 122	16 159	2 784	427
1958	30 868	1 820	29 048	8 804	17 110	2 662	472
1959	33 752	1 711	32 041	9 967	18 573	2 966	535
1960	40 757	2 232	38 525	12 395	21 957	3 572	601
1961	43 003	2 177	40 826	12 828	23 651	3 672	675
1962	44 947	2 176	42 772	13 057	25 175	3 827	713
1963	48 950	2 303	46 647	14 068	27 458	4 288	833
1964	54 637	2 192	52 445	15 561	30 917	5 013	953
1965	58 840	2 180	56 660	17 389	32 935	5 305	1 031
1966	66 309	2 074	64 236	19 694	37 508	5 964	1 069
1967	71 358	1 979	69 379	22 243	39 366	6 459	1 311
1968	80 361	2 107	78 254	23 699	45 616	7 454	1 485
1969	92 967	2 028	90 939	27 201	53 001	8 938	1 799
1970	107 022	2 496	104 527	31 643	61 576	9 686	1 622
1971	115 493	2 678	112 816	32 891	67 473	10 629	1 823
1972	125 671	2 623	123 048	35 621	73 808	11 503	2 116
1973	151 601	2 958	148 642	44 961	87 040	13 771	2 871
1974	192 854	4 566	188 288	67 269	100 520	16 221	4 278
1975	183 071	4 384	178 687	55 094	104 288	14 887	4 417
1976	212 151	4 196	207 956	61 967	122 385	18 482	5 121
1977	227 597	3 841	223 756	63 421	132 959	19 817	7 559
1978	240 341	4 736	235 605	67 570	139 519	20 431	8 086
1979	265 636	5 293	260 343	79 563	148 833	23 034	8 914
1980	290 496	4 965	285 531	86 841	163 228	25 158	10 304
1981	327 141	5 052	322 089	98 351	183 767	27 506	12 465
1982	348 003	4 428	343 575	100 591	200 019	29 715	13 250
1983	355 234	4 210	351 024	104 415	202 096	30 766	13 748
1984	402 524	5 105	397 418	120 006	226 909	35 031	15 472
1985	442 905	4 533	438 371	128 181	254 535	39 087	16 567
1986	436 404	3 786	432 618	115 955	260 550	40 272	15 841
1987	438 526	3 305	435 221	114 242	265 400	40 450	15 130
1988	474 750	3 270	471 480	128 710	282 787	43 999	15 985
1989	525 188	2 432	522 756	140 062	314 671	50 042	17 980
1990	531 822	2 018	529 804	133 964	325 450	52 483	17 908
1991	522 690	1 809	520 881	129 161	321 011	52 156	18 553
1992	523 391	1 422	521 969	125 727	325 097	51 444	19 700
1992 1. Vj.	133 023	393	132 631	33 956	79 791	14 058	4 825
2. Vj.	132 429	376	132 053	32 586	82 193	12 347	4 926
3. Vj.	126 081	308	125 773	30 119	77 473	13 251	4 931
4. Vj.	131 858	346	131 512	29 066	85 640	11 788	5 018
1993 1. Vj.	119 319	296	119 023	30 492	71 186	12 599	4 746
2. Vj.	122 009	311	121 698	30 818	74 716	11 240	4 924

[1]) Umsatz aus eigener Erzeugung (Fakturenwerte); ohne Umsatzsteuer. Gliederung nach Betrieben (früheres Hauptbeteiligten-Konzept). — Ab 1977 neues Berichtssystem mit Rückrechnung bis 1970 (Neuordnung der Statistik des Produzierenden Gewerbes). Ausführliche Erläuterungen: Statistisches Bundesamt, Wirtschaft und Statistik 7/1976, S. 405ff.

[2]) Von 1953 bis 1959 ohne Saarland und Berlin (West).

Index der Produktion im Produzierenden Gewerbe[1])

Früheres Bundesgebiet

Zeitraum	Index der Nettoproduktion[2])								Index der Bruttoproduktion[4])	
		Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe								
				Verarbeitendes Gewerbe						
	insgesamt[3])	zusammen	Bergbau	zusammen	Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	Investitionsgüter	Verbrauchsgüter	Nahrungs- und Genußmittelgewerbe	Investitionsgüter[5])	Verbrauchsgüter[5])
						produzierendes Gewerbe				
	1970 = 100									
1962	66,2	66,6	106,7	65,0	58,9	64,2	72,8	72,2	68,6	66,5
1963	68,5	68,7	108,1	67,2	61,1	66,5	74,2	75,7	69,3	69,6
1964	73,9	74,1	108,9	72,7	68,7	71,1	78,9	79,9	73,0	74,8
1965	77,7	78,0	104,4	77,0	72,3	75,9	83,8	83,2	76,9	80,0
1966	78,7	78,8	99,5	78,0	74,3	76,0	84,4	85,9	78,0	79,9
1967	76,5	76,5	92,0	75,9	75,6	71,4	80,1	88,1	73,7	74,7
1968	83,6	83,7	90,7	83,4	85,3	77,9	87,7	92,1	78,2	83,3
1969	94,4	94,6	93,3	94,6	95,6	92,0	97,2	97,1	91,0	95,1
	1976 = 100									
1970	92,6	93,2	119,5	92,4	92,6	92,6	93,7	88,7	95,1	93,0
1971	93,7	93,7	117,4	93,0	92,5	91,9	96,7	92,8	95,4	95,0
1972	97,5	96,9	111,3	96,4	97,0	94,4	102,4	93,7	98,3	98,2
1973	103,0	102,7	108,7	102,5	105,9	101,1	104,4	96,7	102,3	101,4
1974	100,6	100,5	107,6	100,2	104,7	98,5	99,4	97,2	100,5	93,1
1975	93,8	93,8	103,4	93,5	91,0	93,9	94,0	97,1	98,1	91,5
1976	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1977	102,7	102,7	95,0	102,9	100,6	104,9	103,6	100,0	102,5	107,5
1978	104,9	104,2	94,2	104,5	104,1	105,3	104,0	102,9	102,6	108,4
1979	110,6	109,6	98,3	109,9	112,6	110,4	107,8	105,3	107,4	110,6
1980	110,2	109,6	98,2	109,9	108,5	112,9	106,5	107,4	111,6	105,3
1981	108,1	108,0	98,9	108,2	104,5	112,9	101,2	109,8	113,4	100,7
1982	104,4	104,8	97,0	105,1	98,7	111,6	97,1	106,9	110,6	99,2
	1980 = 100									
1976	91,3	91,1	104,3	90,6	93,4	88,4	91,5	91,4	89,0	95,0
1977	92,9	92,9	99,5	92,6	93,5	91,5	95,1	91,4	89,4	100,6
1978	95,2	95,3	97,6	95,2	96,9	93,2	98,4	94,7	91,2	102,6
1979	100,1	99,9	100,5	99,9	103,8	97,3	101,6	97,9	94,9	105,5
1980	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1981	98,0	98,4	100,6	98,3	95,8	100,4	94,9	101,7	102,3	94,7
1982	94,9	95,4	95,2	95,4	91,1	99,1	90,3	98,7	101,3	92,8
1983	95,4	96,1	90,6	96,3	94,0	98,7	91,5	99,3	100,4	94,2
1984	98,6	99,2	90,1	99,5	97,8	102,2	94,0	101,1	99,6	95,4
1985	103,0	104,6	91,1	105,1	99,1	112,7	95,1	104,0	111,4	98,9
1986	105,3	107,0	86,8	107,7	98,5	117,7	97,0	105,3	113,7	103,9
	1985 = 100									
1978	94,0	93,0	105,1	92,6	99,2	85,6	104,8	91,8	83,9	106,5
1979	98,7	97,6	109,0	97,2	106,2	89,5	108,2	95,0	87,6	109,0
1980	98,7	97,6	110,2	97,2	102,0	91,8	106,7	97,0	91,6	103,7
1981	96,3	95,7	110,5	95,2	97,9	91,5	100,3	98,5	93,5	98,0
1982	93,2	92,5	105,6	92,1	93,0	90,0	95,4	95,2	91,5	95,8
1983	93,8	93,0	99,5	92,7	95,7	89,3	97,0	96,0	90,2	96,9
1984	96,5	95,7	98,4	95,6	99,5	91,9	99,4	97,7	89,8	97,5
1985	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1986	102,4	102,3	95,9	102,6	99,6	104,5	102,2	101,9	102,1	105,1
1987	102,7	102,5	91,6	102,9	100,0	104,7	103,4	101,0	100,5	106,8
1988	106,5	106,3	87,4	106,9	106,3	108,1	106,5	103,3	104,6	107,8
1989	111,8	111,7	85,9	112,5	108,6	116,4	111,1	106,2	111,9	111,8
1990	117,7	117,6	85,1	118,7	110,9	123,0	118,1	119,7	119,5	117,5
1991	121,0	121,0	82,6	122,3	112,2	126,1	123,4	129,5	124,3	121,0
1992	119,4	118,5	79,3	119,8	113,3	121,9	119,8	127,4	119,3	117,6
1993 1. Vj.	109,6	108,3	78,8	109,3	107,3	106,4	115,7	119,8	98,3	111,2
2. Vj.	111,0	109,2	67,4	110,6	110,7	108,3	111,2	121,1	102,2	108,9
3. Vj.	108,2	106,2	65,9	107,6	110,2	101,9	109,2	126,3	97,7	102,0

[1]) Von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt, ab Index 1985 = 100 arbeitstäglich bereinigt.
[2]) Ab 1977 neues Berichtssystem mit Rückrechnung bis 1969, für den Index 1980 = 100 und 1985 = 100 fachliche Unternehmensteile (Neuordnung der Statistik des Produzierenden Gewerbes). Ausführliche Erläuterungen: Statistisches Bundesamt, Wirtschaft und Statistik 7/1976, S. 405 ff.; 5/1981, S. 315 ff.; 12/1983, S. 931 ff.; 3/1988, S. 182 ff.; 4/1991, S. 224.
[3]) Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe, Elektrizitäts- und Gasversorgung sowie Baugewerbe (ohne Ausbaugewerbe).
[4]) Die Zuordnung von Personenkraftwagen und Kombinationskraftwagen zum jeweiligen Güterbereich erfolgt annäherungsweise nach der Zulassungsstatistik für Kraftfahrzeuge.
[5]) Hauptsächlich Enderzeugnisse, nach ihrer vorwiegenden Verwendung gruppiert.

Tabelle 54*

Indizes des Auftragseingangs und des Umsatzes für das Verarbeitende Gewerbe in den neuen Bundesländern und Berlin-Ost[1])

2. Halbjahr 1990 = 100

Wirtschaftszweig	1991	1992	1991				1992				1993	
			1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.
	Auftragseingang											
Verarbeitendes Gewerbe, insgesamt	78,9	73,0	82,3	74,8	76,2	82,1	77,1	70,7	65,8	78,5	76,4	80,4
Inland	73,1	77,4	77,3	70,7	71,7	72,7	79,0	75,2	72,7	82,8	83,2	86,0
Ausland	95,7	60,2	96,8	87,0	89,5	109,5	71,5	57,7	45,6	66,1	56,4	64,1
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	66,6	56,1	73,3	62,8	60,8	68,9	63,5	52,4	55,2	53,2	58,0	60,6
darunter:												
Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden	60,9	97,6	38,9	64,5	73,2	67,2	78,0	93,5	109,2	109,6	93,2	139,7
Eisenschaffende Industrie	57,2	41,3	82,6	55,1	50,5	40,5	48,0	39,2	39,2	39,0	50,5	42,7
Chemische Industrie	72,5	51,2	77,5	64,7	61,5	86,4	62,8	45,0	48,3	48,8	54,1	54,1
Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	93,6	88,6	92,0	88,7	94,8	98,7	89,2	87,8	75,1	102,2	90,5	98,3
darunter:												
Stahl- und Leichtmetallbau, Schienenfahrzeugbau	159,8	187,4	161,7	118,3	177,9	181,5	144,7	204,8	169,9	230,2	121,3	227,8
Maschinenbau	119,9	92,6	109,6	123,2	126,2	120,8	102,7	90,7	76,9	100,2	83,9	78,8
Straßenfahrzeugbau, Reparatur von Kraftfahrzeugen	39,7	83,9	51,8	42,0	31,6	33,3	64,9	72,1	65,2	133,3	134,8	148,0
Elektrotechnik, Reparatur von Haushaltsgeräten	59,7	48,8	68,8	57,1	48,7	64,4	52,4	42,4	46,6	53,7	66,1	58,6
Feinmechanik, Optik, Herstellung von Uhren	70,4	83,9	104,1	55,7	67,7	54,0	76,3	78,0	73,8	107,4	75,8	87,9
Herstellung von Büromaschinen, ADV-Geräten und -Einrichtungen	30,5	28,6	42,7	27,1	25,4	26,8	30,3	23,6	26,6	34,0	36,0	26,5
Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	66,1	68,4	74,7	63,7	59,9	66,1	74,2	65,0	64,1	70,3	78,8	75,4
darunter:												
Druckerei, Vervielfältigung	113,7	144,4	104,8	113,9	112,9	123,4	127,5	141,4	145,1	163,5	158,0	153,1
Textilgewerbe	58,4	43,2	59,8	62,7	52,8	58,4	54,3	44,0	34,5	39,8	44,0	38,8
	Umsatz											
Verarbeitendes Gewerbe, insgesamt	55,1	52,0	51,8	52,6	54,1	61,8	49,4	49,8	51,0	57,9	49,0	54,7
Inland	66,5	64,0	68,1	65,1	64,3	68,3	59,2	60,9	62,0	73,8	63,0	69,8
Ausland	34,2	30,1	22,1	29,6	35,2	49,8	31,5	29,4	30,9	28,8	23,5	26,9
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	66,8	57,4	65,7	64,2	66,6	70,7	61,5	57,4	54,4	56,0	54,5	59,2
darunter:												
Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden	67,5	97,1	46,3	68,0	79,3	76,3	66,9	94,7	110,9	116,0	80,8	142,4
Eisenschaffende Industrie	59,9	44,7	57,4	67,4	62,0	52,6	48,5	43,2	42,3	44,7	44,7	38,9
Chemische Industrie	73,5	54,1	74,3	64,2	70,1	85,4	66,5	53,8	45,6	50,4	53,2	51,7
Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	49,3	47,7	44,2	47,0	48,1	57,8	41,2	43,9	48,1	57,5	43,2	49,7
darunter:												
Stahl- und Leichtmetallbau, Schienenfahrzeugbau	99,3	114,1	67,6	120,5	102,2	107,0	99,8	112,3	106,7	137,6	89,3	104,8
Maschinenbau	47,3	37,7	43,3	42,5	48,3	55,0	32,2	32,4	41,2	45,0	29,1	32,8
Straßenfahrzeugbau, Reparatur von Kraftfahrzeugen	19,9	42,3	25,1	24,0	14,4	16,1	31,7	35,9	35,1	66,6	63,5	68,9
Elektrotechnik, Reparatur von Haushaltsgeräten	42,9	35,6	46,3	38,8	41,4	45,2	33,4	33,4	35,4	40,4	38,1	40,8
Feinmechanik, Optik, Herstellung von Uhren	24,5	33,3	27,5	22,4	22,0	26,0	23,5	28,1	35,8	45,8	27,1	29,9
Herstellung von Büromaschinen, ADV-Geräten und -Einrichtungen	28,5	23,7	37,7	26,5	22,1	27,9	22,7	20,3	21,1	30,6	26,4	20,8
Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	56,5	59,7	56,7	53,6	54,8	61,1	60,1	59,2	56,3	63,2	62,5	66,4
darunter:												
Druckerei, Vervielfältigung	122,0	147,8	97,5	119,4	126,3	144,9	136,8	147,7	149,0	157,8	147,9	161,5
Textilgewerbe	35,0	28,8	38,6	34,0	33,2	34,3	32,5	30,6	24,5	27,5	26,9	26,9

[1]) Wertindizes; ohne Nahrungs- und Genußmittelgewerbe.

Index der Nettoproduktion für das Produzierende Gewerbe in den neuen Bundesländern und Berlin-Ost[1])

2. Halbjahr 1990 = 100

Wirtschaftszweig	Gewichtung[2])	1991	1992	1991				1992				1993	
				1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.
Produzierendes Gewerbe, insgesamt	100	77,3	78,9	79,1	73,6	76,3	80,0	74,8	76,3	80,4	84,1	75,4	82,8
Elektrizitäts- und Gasversorgung	12,42	103,2	96,7	122,0	93,6	93,2	104,1	101,6	87,7	93,0	104,7	106,0	93,6
Bergbau	9,56	70,3	50,4	95,1	62,6	60,0	63,4	58,9	44,9	49,5	48,3	43,8	39,1
Verarbeitendes Gewerbe	59,95	66,1	64,6	65,9	63,1	65,5	69,9	63,2	61,8	63,3	70,0	62,5	67,7
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	11,51	75,9	78,5	75,3	69,6	75,6	82,9	78,9	79,1	77,2	78,7	73,2	85,7
darunter:													
Mineralölverarbeitung	1,27	124,3	131,9	120,7	115,3	126,9	134,3	126,0	132,7	132,5	136,5	125,3	133,3
Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden	2,51	62,1	96,6	42,0	62,8	71,2	72,5	67,4	95,1	112,3	111,5	85,5	142,7
Eisenschaffende Industrie	0,79	66,2	60,2	71,9	74,8	66,0	52,0	53,4	66,7	60,6	60,0	58,9	50,5
Gießerei	1,07	55,5	42,6	64,0	57,6	50,5	49,8	51,5	46,4	37,2	35,5	38,0	36,0
Chemische Industrie	4,04	78,1	65,8	83,0	63,8	70,4	95,2	86,7	65,5	53,1	58,0	56,7	56,3
Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	32,90	56,2	50,7	55,9	54,0	56,2	58,5	48,6	46,4	49,6	58,3	48,7	51,0
darunter:													
Stahl- und Leichtmetallbau, Schienenfahrzeugbau	2,93	109,4	140,3	80,3	106,5	125,4	125,3	119,1	129,9	154,3	157,7	133,5	139,4
Maschinenbau	15,24	51,6	32,6	50,5	49,7	52,5	53,6	37,1	29,9	29,0	34,3	26,8	29,3
Straßenfahrzeugbau, Reparatur von Kraftfahrzeugen	2,71	49,1	54,9	61,7	49,6	41,9	43,1	43,5	49,5	50,2	76,5	74,0	82,0
Elektrotechnik, Reparatur von Haushaltsgeräten	8,51	47,7	47,8	51,5	43,5	45,5	50,4	44,2	42,5	47,0	57,4	46,7	46,4
Feinmechanik, Optik, Herstellung von Uhren	1,09	23,6	29,1	39,4	20,8	16,9	17,2	13,9	19,3	30,4	52,9	19,3	16,9
Herstellung von Büromaschinen, ADV-Geräten und -Einrichtungen	0,88	33,9	20,2	40,3	43,8	27,4	24,1	25,0	23,4	13,5	19,1	20,0	19,0
Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	7,22	69,7	73,9	69,2	66,5	66,9	76,3	74,5	72,4	70,1	78,7	78,0	82,3
darunter:													
Holzverarbeitung	1,53	75,6	79,0	85,7	69,5	65,3	82,0	88,1	71,5	67,4	89,1	93,1	88,0
Druckerei, Vervielfältigung	1,33	117,0	142,3	93,0	111,3	122,2	141,4	132,7	143,0	143,0	150,6	142,8	154,2
Textilgewerbe	1,69	43,0	32,1	50,2	41,5	40,0	40,3	36,7	33,5	28,0	30,4	30,0	29,6
Nahrungs- und Genußmittelgewerbe	8,32	90,7	94,3	91,7	89,2	88,6	93,5	91,6	91,9	94,7	99,2	90,9	98,4
davon:													
Ernährungsgewerbe	6,90	85,2	95,2	83,9	84,5	81,9	90,5	92,8	95,0	93,5	99,4	92,9	103,9
Tabakverarbeitung	1,42	115,4	90,8	126,1	110,2	118,3	106,8	86,3	78,2	100,2	98,4	82,5	74,1
Bauhauptgewerbe	18,07	99,7	128,7	84,5	100,2	108,7	105,4	102,6	132,7	144,4	135,0	113,2	148,2
Hochbauleistungen	8,79	104,2	123,3	98,5	107,0	110,0	101,3	104,0	128,1	137,4	123,8	113,7	133,1
Tiefbauleistungen	9,28	95,4	133,8	71,2	93,9	107,4	109,2	101,3	137,1	151,1	145,6	112,8	162,5

[1]) Fachliche Unternehmensteile; arbeitstäglich bereinigt.

[2]) Die Gewichtung der Wirtschaftszweige zu Wirtschaftsgruppen und Hauptgruppen nach der Systematik im Produzierenden Gewerbe erfolgt mit den Anteilen der Bruttowertschöpfung (ohne Umsatzsteuer) aus der Kostenstrukturerhebung, die für das 2. Halbjahr 1990 als eigenständige Statistik für die neuen Bundesländer und Berlin-Ost durchgeführt worden ist.

Tabelle 56*

Beschäftigte im Bergbau und
Früheres
in

Zeitraum[1])	Insgesamt		Bergbau		Ver zusammen	
	Beschäftigte	Arbeiter	Beschäftigte	Arbeiter	Beschäftigte	Arbeiter
1950	4 797	4 054	571	528	4 226	3 526
1951	5 332	4 509	593	548	4 739	3 961
1952	5 518	4 633	614	568	4 903	4 066
1953	5 751	4 814	643	591	5 108	4 222
1954	6 062	5 070	642	588	5 420	4 482
1955	6 576	5 498	644	587	5 932	4 910
1956	6 991	5 820	653	594	6 338	5 226
1957	7 221	5 984	668	606	6 553	5 378
1958	7 273	5 979	657	593	6 616	5 385
1959	7 301	5 949	613	549	6 688	5 400
1960	8 081	6 545	616	547	7 465	5 998
1961	8 316	6 674	586	517	7 730	6 157
1962	8 339	6 623	549	481	7 790	6 141
1963	8 264	6 500	517	452	7 747	6 049
1964	8 301	6 491	497	432	7 804	6 059
1965	8 460	6 578	474	410	7 986	6 168
1966	8 385	6 452	435	373	7 949	6 079
1967	7 843	5 927	378	321	7 465	5 606
1968	7 899	5 967	337	285	7 562	5 682
1969	8 308	6 284	318	266	7 991	6 018
1970	8 887	6 606	311	259	8 576	6 347
1971	8 826	6 479	307	254	8 519	6 225
1972	8 628	6 265	283	233	8 345	6 032
1973	8 664	6 258	262	214	8 402	6 044
1974	8 434	6 031	253	207	8 181	5 824
1975	7 888	5 559	255	208	7 633	5 351
1976	7 698	5 436	247	200	7 452	5 236
1977	7 632	5 435	240	195	7 392	5 240
1978	7 584	5 381	233	189	7 351	5 192
1979	7 607	5 392	229	185	7 378	5 207
1980	7 660	5 411	231	187	7 428	5 224
1981	7 489	5 232	235	190	7 254	5 042
1982	7 226	5 000	234	188	6 992	4 812
1983	6 927	4 758	227	183	6 700	4 575
1984	6 854	4 704	218	174	6 636	4 530
1985	6 943	4 769	213	170	6 730	4 599
1986	7 063	4 844	210	167	6 853	4 677
1987	7 055	4 802	203	162	6 851	4 640
1988	7 038	4 767	194	153	6 844	4 614
1989	7 213	4 885	183	144	7 030	4 740
1990	7 411	5 024	173	135	7 238	4 889
1991	7 515	5 071	165	128	7 350	4 943
1992	7 333	4 883	155	120	7 177	4 763
1991 1. Vj.	7 503	5 074	168	130	7 335	4 943
2. Vj.	7 504	5 071	166	129	7 338	4 942
3. Vj.	7 555	5 104	164	127	7 391	4 977
4. Vj.	7 497	5 036	162	125	7 335	4 911
1992 1. Vj.	7 422	4 966	160	123	7 263	4 843
2. Vj.	7 364	4 913	157	121	7 208	4 793
3. Vj.	7 347	4 895	154	119	7 193	4 777
4. Vj.	7 197	4 757	151	116	7 045	4 641
1993 1. Vj.	6 981	4 585	148	113	6 833	4 472
2. Vj.	6 851	4 481	146	112	6 705	4 369

[1]) Gliederung nach Betrieben (früheres Hauptbeteiligten-Konzept). — Ab 1977 neues Berichtssystem mit Rückrechnung bis 1970 (mit Neuordnung der Statistik des Produzierenden Gewerbes). Ausführliche Erläuterungen: Statistisches Bundesamt, Wirtschaft und Statistik 7/1976, S. 405ff.

im Verarbeitenden Gewerbe[1])
Bundesgebiet
1 000

arbeitendes Gewerbe								Zeitraum[2])
Grundstoff- und Produktionsgüter-gewerbe		Investitionsgüter		Verbrauchsgüter		Nahrungs- und Genußmittelgewerbe		
		produzierendes Gewerbe						
Be-schäftigte	Arbeiter	Be-schäftigte	Arbeiter	Be-schäftigte	Arbeiter	Be-schäftigte	Arbeiter	
1 095	915	1 457	1 186	1 336	1 160	338	266	1950
1 202	1 004	1 679	1 372	1 501	1 303	357	282	1951
1 243	1 030	1 776	1 440	1 508	1 302	376	294	1952
1 248	1 029	1 866	1 503	1 605	1 386	389	304	1953
1 313	1 080	2 020	1 631	1 684	1 457	403	314	1954
1 422	1 170	2 302	1 867	1 787	1 545	421	328	1955
1 496	1 225	2 522	2 035	1 879	1 622	442	344	1956
1 538	1 254	2 650	2 126	1 906	1 642	458	356	1957
1 539	1 243	2 722	2 168	1 888	1 614	467	360	1958
1 564	1 256	2 793	2 205	1 864	1 583	467	356	1959
1 722	1 379	3 232	2 536	2 005	1 699	506	384	1960
1 784	1 416	3 398	2 641	2 033	1 713	514	387	1961
1 771	1 390	3 462	2 659	2 033	1 702	524	391	1962
1 750	1 358	3 454	2 623	2 015	1 678	528	390	1963
1 770	1 366	3 508	2 648	2 006	1 663	522	382	1964
1 804	1 384	3 629	2 726	2 032	1 680	520	379	1965
1 771	1 339	3 617	2 683	2 040	1 679	521	379	1966
1 670	1 237	3 385	2 461	1 902	1 544	507	364	1967
1 682	1 243	3 466	2 530	1 908	1 549	505	359	1968
1 750	1 288	3 741	2 750	1 990	1 619	510	361	1969
1 845	1 331	4 137	3 011	2 008	1 609	587	395	1970
1 819	1 295	4 138	2 968	1 975	1 570	587	391	1971
1 776	1 250	4 038	2 855	1 953	1 543	578	383	1972
1 782	1 250	4 118	2 904	1 926	1 511	576	379	1973
1 749	1 216	4 078	2 850	1 795	1 393	559	365	1974
1 653	1 129	3 804	2 612	1 649	1 268	527	342	1975
1 607	1 098	3 725	2 561	1 608	1 243	512	333	1976
1 570	1 078	3 734	2 591	1 592	1 240	496	331	1977
1 542	1 052	3 732	2 580	1 585	1 233	491	327	1978
1 532	1 048	3 765	2 599	1 593	1 235	489	326	1979
1 544	1 053	3 810	2 621	1 583	1 225	491	325	1980
1 502	1 011	3 752	2 549	1 512	1 159	488	322	1981
1 448	962	3 655	2 463	1 418	1 076	472	310	1982
1 394	919	3 511	2 347	1 341	1 013	454	297	1983
1 372	899	3 488	2 331	1 327	1 005	450	295	1984
1 368	895	3 600	2 416	1 317	996	446	291	1985
1 365	888	3 732	2 505	1 314	994	442	290	1986
1 344	866	3 758	2 501	1 306	985	442	289	1987
1 337	855	3 758	2 487	1 308	983	441	289	1988
1 350	862	3 878	2 570	1 348	1 011	455	298	1989
1 365	870	4 007	2 661	1 388	1 041	478	317	1990
1 371	868	4 050	2 673	1 419	1 061	509	341	1991
1 343	839	3 947	2 568	1 381	1 020	506	336	1992
1 369	867	4 052	2 682	1 414	1 060	500	333	1991 1. Vj.
1 371	870	4 046	2 673	1 419	1 063	502	335	2. Vj.
1 379	874	4 067	2 685	1 426	1 067	520	351	3. Vj.
1 367	861	4 036	2 650	1 416	1 054	516	346	4. Vj.
1 350	846	4 002	2 618	1 405	1 044	505	336	1992 1. Vj.
1 348	844	3 967	2 586	1 390	1 029	502	333	2. Vj.
1 348	845	3 952	2 571	1 380	1 018	513	343	3. Vj.
1 325	823	3 866	2 496	1 350	988	504	334	4. Vj.
1 279	787	3 747	2 405	1 317	960	490	320	1993 1. Vj.
1 266	777	3 663	2 338	1 290	938	487	317	2. Vj.

[2]) Von 1950 bis 1959 ohne Saarland und Berlin (West).

Tabelle 57*

Geleistete Arbeiterstunden im Bergbau und im Verarbeitenden Gewerbe[1])

Früheres Bundesgebiet

Mio

Zeitraum[2])	Insgesamt	Bergbau	Verarbeitendes Gewerbe				
			zusammen	Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	Investitionsgüter	Verbrauchsgüter	Nahrungs- und Genußmittelgewerbe
					produzierendes Gewerbe		
1950	9 240	1 152	8 088	2 146	2 723	2 594	624
1951	10 218	1 204	9 014	2 348	3 156	2 851	659
1952	10 501	1 230	9 273	2 398	3 317	2 861	695
1953	10 885	1 258	9 627	2 388	3 433	3 085	721
1954	11 516	1 218	10 298	2 541	3 777	3 234	746
1955	12 484	1 213	11 271	2 738	4 319	3 436	778
1956	12 952	1 218	11 734	2 809	4 557	3 560	807
1957	12 624	1 188	11 436	2 714	4 478	3 430	813
1958	12 377	1 134	11 242	2 624	4 545	3 272	801
1959	12 231	1 014	11 217	2 654	4 558	3 221	783
1960	13 393	1 026	12 368	2 900	5 230	3 407	831
1961	13 403	962	12 441	2 923	5 352	3 345	821
1962	12 998	889	12 109	2 802	5 219	3 269	819
1963	12 579	833	11 746	2 713	5 070	3 154	810
1964	12 609	795	11 814	2 758	5 133	3 130	793
1965	12 654	738	11 916	2 764	5 250	3 123	779
1966	12 221	656	11 565	2 632	5 090	3 071	772
1967	10 986	545	10 441	2 391	4 521	2 787	742
1968	11 322	497	10 826	2 444	4 792	2 860	730
1969	11 946	465	11 481	2 546	5 247	2 960	728
1970	12 531	441	12 090	2 607	5 757	2 920	807
1971	12 006	423	11 583	2 465	5 499	2 824	795
1972	11 484	373	11 111	2 367	5 213	2 763	769
1973	11 426	347	11 079	2 362	5 294	2 666	757
1974	10 709	341	10 368	2 238	5 006	2 407	718
1975	9 573	335	9 238	1 953	4 458	2 156	671
1976	9 651	319	9 332	1 968	4 521	2 184	659
1977	9 493	300	9 194	1 900	4 511	2 149	633
1978	9 266	286	8 980	1 842	4 409	2 108	621
1979	9 254	283	8 970	1 835	4 437	2 087	612
1980	9 153	286	8 867	1 818	4 402	2 042	605
1981	8 707	291	8 416	1 717	4 212	1 892	596
1982	8 271	289	7 982	1 610	4 038	1 759	574
1983	7 918	271	7 648	1 547	3 861	1 689	550
1984	7 841	252	7 588	1 535	3 834	1 677	542
1985	7 910	251	7 659	1 505	3 980	1 642	532
1986	7 962	243	7 719	1 477	4 089	1 627	526
1987	7 779	229	7 550	1 431	3 995	1 600	525
1988	7 730	214	7 516	1 427	3 968	1 598	523
1989	7 860	199	7 661	1 423	4 085	1 622	531
1990	7 993	188	7 806	1 418	4 178	1 648	562
1991	7 952	176	7 776	1 395	4 130	1 655	596
1992	7 643	169	7 474	1 354	3 958	1 579	584
1991 1. Vj.	2 027	47	1 980	351	1 058	424	146
2. Vj.	2 013	44	1 969	355	1 050	418	146
3. Vj.	1 955	43	1 912	348	1 006	405	153
4. Vj.	1 957	42	1 915	341	1 015	408	151
1992 1. Vj.	2 005	47	1 959	348	1 045	419	147
2. Vj.	1 922	41	1 881	342	1 001	394	143
3. Vj.	1 862	42	1 820	335	956	381	149
4. Vj.	1 854	39	1 814	328	956	385	146
1993 1. Vj.	1 761	41	1 720	311	896	375	137
2. Vj.	1 712	37	1 675	307	872	360	136

[1]) Gliederung nach Betrieben (früheres Hauptbeteiligten-Konzept). — Ab 1977 neues Berichtssystem mit Rückrechnung bis 1970 (mit Neuordnung der Statistik des Produzierenden Gewerbes). Ausführliche Erläuterungen: Statistisches Bundesamt, Wirtschaft und Statistik 7/1976, S. 405ff.

[2]) Von 1950 bis 1959 ohne Saarland und Berlin (West).

Produktionsergebnis je Beschäftigtenstunde im Bergbau und im Verarbeitenden Gewerbe[1])

Früheres Bundesgebiet

Zeitraum	Insgesamt	Bergbau	Verarbeitendes Gewerbe				
			zusammen	Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	Investitionsgüter	Verbrauchsgüter	Nahrungs- und Genußmittelgewerbe
					produzierendes Gewerbe		
				1970 = 100			
1962	66,0	56,9	66,5	57,2	71,2	68,2	68,4
1963	69,7	61,4	69,9	60,7	74,8	71,4	71,6
1964	75,1	64,6	75,6	67,4	79,4	76,9	77,3
1965	78,5	66,3	79,1	70,2	82,7	82,0	81,8
1966	81,1	70,0	81,6	74,7	84,0	83,3	84,9
1967	85,8	76,5	86,1	82,2	86,7	85,4	89,1
1968	90,8	81,9	91,1	90,7	89,6	90,8	93,7
1969	97,0	89,3	97,2	96,7	96,9	97,3	98,2
				1976 = 100			
1970	75,0	88,7	74,5	74,1	75,8	71,4	78,7
1971	78,0	90,2	77,6	77,4	77,9	75,9	83,0
1972	83,2	96,1	82,8	83,8	82,7	81,4	85,5
1973	87,9	100,0	87,5	90,8	86,9	85,5	88,7
1974	90,6	100,4	90,3	93,4	88,6	88,9	93,3
1975	93,4	98,1	93,3	90,8	93,4	93,4	99,5
1976	100	100	100	100	100	100	100
1977	104,6	100,4	104,7	103,8	105,2	105,9	105,9
1978	108,0	103,8	108,2	110,1	107,3	107,6	110,5
1979	113,5	108,2	113,7	119,3	111,7	112,7	114,5
1980	114,8	107,4	115,0	116,6	114,8	114,1	118,1
1981	117,6	106,3	118,1	117,2	118,9	115,6	122,3
1982	119,8	105,5	120,3	117,4	122,2	118,8	123,5
				1980 = 100			
1976	86,4	94,8	86,0	86,8	86,2	84,7	82,6
1977	90,0	95,9	89,7	89,9	89,9	90,3	87,4
1978	94,9	98,7	94,7	96,1	93,8	95,1	94,4
1979	99,3	101,7	99,2	102,4	97,2	99,4	99,2
1980	100	100	100	100	100	100	100
1981	101,1	99,6	101,1	98,4	103,2	100,2	100,6
1982	101,9	93,7	102,2	97,9	105,1	101,6	101,4
1983	106,2	92,8	106,7	104,7	108,0	107,0	105,6
1984	110,7	96,2	111,2	110,8	111,5	110,6	112,2
1985	115,6	97,4	116,3	113,4	118,5	112,9	119,4
1986	117,9	96,1	118,7	114,8	120,5	116,0	125,3
				1985 = 100			
1978	83,2	97,7	82,7	86,4	80,9	84,8	78,4
1979	86,9	101,2	86,5	91,9	83,8	88,3	82,1
1980	87,4	101,2	86,9	89,1	86,2	88,8	81,9
1981	88,4	100,5	88,0	88,1	88,7	88,6	83,7
1982	89,0	96,0	88,7	87,4	90,0	90,1	84,2
1983	92,4	94,8	92,3	93,0	92,0	95,2	87,9
1984	96,0	98,2	95,9	98,3	94,7	98,1	92,6
1985	100	100	100	100	100	100	100
1986	101,4	98,8	101,5	101,2	101,1	102,4	103,2
1987	103,4	99,2	103,6	104,1	102,7	104,9	104,6
1988	107,8	101,3	108,0	111,4	106,3	107,5	108,0
1989	111,8	106,7	112,0	114,3	111,5	109,9	111,0
1990	115,9	111,7	116,1	116,6	115,2	114,2	121,5
1991	119,7	113,5	119,9	119,1	119,1	117,9	128,9
1992	120,7	112,9	121,0	122,3	119,4	118,3	129,5
1993 1. Vj.	117,4	114,7	117,5	121,8	113,0	119,5	125,9
2. Vj.	122,4	105,8	123,0	128,8	119,6	118,4	131,1

[1]) Ab 1977 neues Berichtssystem mit Rückrechnung bis 1970, für den Index 1980 = 100 und 1985 = 100 fachliche Unternehmensteile (Neuordnung der Statistik des Produzierenden Gewerbes). Ausführliche Erläuterungen: Statistisches Bundesamt, Wirtschaft und Statistik 7/1976, S. 405ff.; 5/1981, S. 315ff.; 12/1983, S. 931ff.; 3/1988, S. 182ff.; 4/1991 S. 224.

Tabelle 59*

Der Bergbau und das Verarbeitende

Zeitraum	Insgesamt	Bergbau	Verarbeitendes Gewerbe				
			zusammen	Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	Investitionsgüter	Verbrauchsgüter	Nahrungs- und Genußmittelgewerbe
					produzierendes Gewerbe		
	Betriebe (Anzahl)						
1991	7 112	43	7 069	1 140	2 738	2 072	1 120
1992	6 375	40	6 335	1 051	2 671	1 673	940
1991 1.Vj.	7 254	44	7 210	1 152	2 763	2 157	1 138
2.Vj.	7 317	44	7 273	1 179	2 794	2 149	1 150
3.Vj.	7 016	41	6 974	1 126	2 699	2 033	1 116
4.Vj.	6 861	41	6 820	1 101	2 697	1 947	1 076
1992 1.Vj.	6 435	40	6 395	1 033	2 630	1 725	1 007
2.Vj.	6 333	40	6 293	1 041	2 617	1 678	956
3.Vj.	6 347	40	6 307	1 058	2 683	1 658	909
4.Vj.	6 385	40	6 345	1 073	2 753	1 631	887
1993 1.Vj.	6 111	28	6 083	1 011	2 710	1 514	848
2.Vj.	6 287	31	6 256	1 062	2 788	1 552	854
	Beschäftigte[2]) (Tausend)						
1991	1 759	121	1 638	341	848	316	133
1992	943	80	863	183	446	148	85
1991 1.Vj.	2 071	137	1 934	410	989	383	152
2.Vj.	1 955	129	1 826	374	965	347	141
3.Vj.	1 609	115	1 494	313	767	289	126
4.Vj.	1 401	102	1 300	268	672	246	113
1992 1.Vj.	1 060	91	969	208	493	172	95
2.Vj.	973	84	889	190	459	155	86
3.Vj.	890	74	816	172	425	138	81
4.Vj.	847	69	778	164	407	129	78
1993 1.Vj.	768	60	708	145	373	118	72
2.Vj.	749	54	695	143	364	116	72
	darunter: Arbeiter (Tausend)						
1991	1 176	91	1 085	229	526	236	95
1992	634	58	575	120	286	109	60
1991 1.Vj.	1 389	103	1 286	278	612	286	109
2.Vj.	1 306	97	1 209	252	597	259	100
3.Vj.	1 074	85	989	209	476	215	89
4.Vj.	933	76	857	177	418	182	80
1992 1.Vj.	709	67	642	136	312	127	67
2.Vj.	653	61	591	125	292	114	61
3.Vj.	601	55	546	113	275	102	57
4.Vj.	572	50	522	108	265	95	54
1993 1.Vj.	522	44	478	96	245	87	50
2.Vj.	509	39	469	94	240	86	50
	Geleistete Arbeiterstunden (Mio)						
1991	1 417	128	1 288	289	590	267	142
1992	972	95	877	188	420	165	104
1991 1.Vj.	423	40	383	88	174	82	40
2.Vj.	371	33	338	77	154	71	37
3.Vj.	327	28	299	66	138	61	34
4.Vj.	295	27	268	58	125	54	32
1992 1.Vj.	276	28	248	54	116	49	29
2.Vj.	247	25	222	49	105	42	26
3.Vj.	227	22	205	43	100	37	25
4.Vj.	223	20	203	42	99	37	25
1993 1.Vj.	210	18	192	40	94	36	22
2.Vj.	201	16	186	38	91	35	22

[1]) Einschließlich Berlin-Ost. — Ergebnisse für Betriebe mit 20 Beschäftigten und mehr.
[2]) Arbeiter und Angestellte.

Gewerbe in den neuen Bundesländern [1])

Insgesamt	Bergbau	Verarbeitendes Gewerbe					Zeitraum
		zusammen	Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	Investitionsgüter	Verbrauchsgüter	Nahrungs- und Genußmittelgewerbe	
				produzierendes Gewerbe			
			Bruttolohn- und -gehaltssumme (Mio DM)				
29 596	2 923	26 673	5 957	13 835	4 525	2 357	1991
25 610	2 984	22 626	4 920	12 074	3 518	2 114	1992
7 134	684	6 449	1 442	3 283	1 163	562	1991 1.Vj.
7 798	798	7 000	1 616	3 659	1 137	589	2.Vj.
7 200	658	6 542	1 469	3 403	1 086	584	3.Vj.
7 465	783	6 682	1 431	3 490	1 140	622	4.Vj.
6 062	650	5 412	1 214	2 800	882	516	1992 1.Vj.
6 333	708	5 624	1 250	2 970	888	516	2.Vj.
6 343	738	5 605	1 170	3 087	835	512	3.Vj.
6 872	887	5 985	1 286	3 216	912	570	4.Vj.
5 484	617	4 868	1 050	2 568	766	486	1993 1.Vj.
5 952	667	5 284	1 145	2 798	824	518	2.Vj.
			Umsatz, insgesamt (Mio DM)				
96 616	9 953	86 663	23 377	34 967	9 642	18 677	1991
92 969	6 987	85 981	21 298	35 957	9 994	18 732	1992
24 073	3 278	20 794	5 963	7 805	2 391	4 635	1991 1.Vj.
23 516	2 279	21 237	5 790	8 260	2 315	4 872	2.Vj.
23 429	2 123	21 306	5 867	8 608	2 330	4 500	3.Vj.
25 598	2 272	23 326	5 756	10 294	2 605	4 670	4.Vj.
22 027	2 068	19 958	5 315	7 774	2 502	4 368	1992 1.Vj.
22 685	1 491	21 194	5 467	8 453	2 456	4 818	2.Vj.
22 956	1 627	21 329	5 206	9 121	2 370	4 633	3.Vj.
25 302	1 802	23 500	5 311	10 610	2 666	4 913	4.Vj.
21 830	1 703	20 127	4 938	8 036	2 563	4 590	1993 1.Vj.
24 205	1 445	22 761	5 550	9 251	2 761	5 199	2.Vj.
			davon: Inlandsumsatz (Mio DM)				
82 538	9 533	73 005	19 325	27 220	8 507	17 952	1991
80 090	6 640	73 451	18 024	28 796	8 962	17 668	1992
21 620	3 175	18 445	5 203	6 740	2 086	4 416	1991 1.Vj.
20 419	2 172	18 247	4 901	6 578	2 064	4 703	2.Vj.
19 854	2 018	17 836	4 846	6 530	2 091	4 369	3.Vj.
20 645	2 168	18 477	4 376	7 371	2 267	4 463	4.Vj.
18 755	1 981	16 775	4 236	6 177	2 208	4 153	1992 1.Vj.
19 475	1 387	18 088	4 603	6 852	2 162	4 471	2.Vj.
19 747	1 541	18 206	4 565	7 076	2 142	4 423	3.Vj.
22 113	1 731	20 382	4 620	8 691	2 449	4 622	4.Vj.
19 231	1 630	17 601	4 170	6 769	2 329	4 334	1993 1.Vj.
21 247	1 376	19 871	4 892	7 575	2 521	4 883	2.Vj.
			davon: Auslandsumsatz (Mio DM)				
14 079	420	13 658	4 052	7 746	1 134	725	1991
12 878	348	12 531	3 274	7 161	1 032	1 064	1992
2 453	104	2 349	760	1 064	305	219	1991 1.Vj.
3 097	107	2 990	889	1 681	251	169	2.Vj.
3 575	105	3 470	1 022	2 078	240	131	3.Vj.
4 954	105	4 849	1 381	2 923	338	207	4.Vj.
3 271	88	3 184	1 078	1 597	294	215	1992 1.Vj.
3 210	103	3 106	864	1 601	294	347	2.Vj.
3 209	86	3 123	641	2 044	227	210	3.Vj.
3 189	71	3 118	691	1 919	217	291	4.Vj.
2 598	73	2 526	768	1 267	234	257	1993 1.Vj.
2 959	69	2 890	657	1 676	240	316	2.Vj.

Tabelle 60*

Baugenehmigungen
Früheres Bundesgebiet

Zeitraum [1]	Genehmigungen für Hochbauten							
	Rauminhalt [2]				veranschlagte Kosten des Bauwerkes [3]			
	insgesamt	Wohngebäude	Nichtwohngebäude		insgesamt	Wohngebäude	Nichtwohngebäude	
			nichtöffentliche Bauherren [4]	öffentliche Bauherren [5]			nichtöffentliche Bauherren [4]	öffentliche Bauherren [5]
	1 000 cbm				Mio DM			
1950	.	140 665	.	.	.	5 243	.	.
1951	.	139 448	.	.	.	5 337	.	.
1952	230 108	135 652	94 456		9 694	6 216	3 478	
1953	245 968	163 649	82 319		11 370	7 860	3 510	
1954	282 134	185 592	96 542		13 375	9 062	4 313	
1955	309 971	195 519	114 452		15 488	10 063	5 425	
1956	304 197	180 297	123 900		16 130	10 061	6 069	
1957	286 391	174 078	112 313		16 404	10 459	5 945	
1958	311 254	193 297	117 957		19 208	12 386	6 821	
1959	343 689	210 904	132 785		22 136	14 321	7 815	
1960	392 427	234 427	158 000		27 491	17 253	10 238	
1961	422 657	248 582	174 075		31 685	19 851	11 834	
1962	425 658	252 434	135 881	37 343	34 675	22 176	7 744	4 756
1963	383 726	229 774	115 015	38 936	34 189	21 836	7 006	5 348
1964	429 635	246 181	139 465	43 988	40 738	25 397	9 032	6 309
1965	441 163	259 257	137 138	44 769	44 879	28 534	9 484	6 860
1966	421 309	245 143	136 995	39 171	44 680	28 555	9 840	6 285
1967	378 533	219 319	120 828	38 386	41 483	26 062	9 105	6 316
1968	400 265	226 408	132 687	41 170	43 187	27 031	9 594	6 562
1969	470 177	242 236	185 986	41 956	49 521	29 541	13 307	6 673
1970	497 264	266 573	184 841	45 850	59 058	35 529	15 299	8 230
1971	542 377	313 124	180 151	49 102	73 588	47 011	16 916	9 661
1972	567 238	343 057	178 182	45 999	87 234	57 221	19 769	10 244
1973	520 450	303 315	173 875	43 260	85 939	55 732	19 916	10 291
1974	388 207	209 250	123 953	55 004	72 217	41 964	15 472	14 781
1975	384 504	190 694	141 211	52 599	74 271	40 482	18 801	14 988
1976	374 089	210 227	128 309	35 553	72 857	46 338	16 559	9 961
1977	353 042	205 056	118 581	29 406	71 309	46 773	15 632	8 904
1978	421 216	247 614	137 520	36 083	88 531	59 182	18 395	10 954
1979	395 688	227 956	137 349	30 362	89 655	59 998	19 225	10 432
1980	389 154	215 351	141 121	32 681	96 642	61 722	22 216	12 703
1981	343 739	189 110	125 895	28 735	93 320	59 858	21 690	11 771
1982	305 900	165 352	117 185	23 363	88 984	56 029	22 538	10 416
1983	364 487	202 712	141 847	19 927	108 098	70 380	27 957	9 760
1984	279 231	159 632	102 491	17 108	86 215	57 318	20 223	8 674
1985	252 933	125 018	109 684	18 231	76 452	45 597	21 468	9 387
1986	257 005	116 709	120 717	19 578	78 618	42 961	25 022	10 635
1987	252 092	107 700	123 619	20 772	77 050	40 247	25 636	11 167
1988	275 771	120 721	133 898	21 154	88 251	45 995	29 405	12 851
1989	320 196	145 684	156 196	18 316	100 315	55 919	34 064	10 332
1990	370 394	181 361	169 424	19 609	123 731	72 552	38 850	12 329
1991	372 057	179 517	173 169	19 371	131 033	76 073	41 954	13 006
1992	389 597	204 853	165 687	19 057	149 293	90 683	45 337	13 273
1992 1.Vj.	85 223	45 258	35 355	4 610	32 034	19 581	9 437	3 016
2.Vj.	101 073	53 033	43 563	4 477	38 514	23 354	11 992	3 168
3.Vj.	105 743	55 891	44 790	5 062	40 833	25 008	12 250	3 575
4.Vj.	97 558	50 671	41 979	4 908	37 912	22 740	11 658	3 514
1993 1.Vj.	84 359	48 135	31 434	4 790	34 339	21 964	9 378	2 997
2.Vj.	102 640	61 576	36 424	4 640	42 053	28 450	10 401	3 202

[1] Von 1950 bis 1959 ohne Saarland und Berlin (West).
[2] Ab 1963 nur Neubau und Wiederaufbau (einschließlich Umbau ganzer Gebäude).
[3] Alle Baumaßnahmen.
[4] Unternehmen und private Haushalte.
[5] Gebietskörperschaften einschließlich Sozialversicherung und Organisationen ohne Erwerbszweck.

Auftragseingang im Bauhauptgewerbe

Früheres Bundesgebiet

a) Wertindex 1985 = 100

Zeitraum	Insgesamt	Hochbau				Tiefbau			
		zusammen	Wohnungsbau	sonstiger Hochbau		zusammen	Straßenbau	sonstiger Tiefbau	
				private [1]	öffentliche [2]			zusammen	darunter öffentlicher Tiefbau [2]
				Auftraggeber					
1971	76,8	84,2	103,8	68,4	82,2	66,7	70,9	64,5	71,6
1972	80,6	92,3	125,9	68,9	82,2	64,8	69,6	62,2	72,2
1973	77,4	85,6	102,6	68,5	90,5	66,1	72,7	62,7	71,9
1974	69,3	72,3	77,8	54,5	99,9	64,7	74,1	59,5	71,4
1975	74,0	76,6	81,5	63,8	94,0	70,2	76,4	66,7	80,1
1976	69,4	73,7	86,3	60,1	78,5	63,5	75,3	57,1	68,3
1977	80,3	82,0	103,8	64,4	79,6	77,9	93,9	69,2	80,8
1978	99,0	102,1	136,6	74,4	98,0	94,6	109,2	86,7	104,7
1979	111,4	115,9	148,5	89,8	112,4	105,1	118,3	98,0	114,3
1980	114,5	120,6	146,6	100,1	117,0	105,9	107,7	105,0	118,6
1981	97,7	109,2	131,3	92,0	105,2	81,7	84,6	80,1	84,3
1982	98,3	108,9	132,6	92,4	100,6	83,5	87,6	81,4	83,9
1983	108,1	122,7	160,3	102,6	95,9	87,8	89,7	86,8	84,6
1984	101,8	106,2	128,9	91,3	96,1	95,7	95,8	95,6	93,3
1985	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1986	109,1	107,5	95,0	117,5	109,1	111,2	104,2	115,1	110,5
1987	106,2	105,7	89,4	117,0	111,7	106,7	101,9	109,3	106,2
1988	116,0	118,2	100,0	138,5	107,3	113,1	107,4	116,1	112,9
1989	132,2	135,9	116,0	162,7	113,9	127,1	119,8	130,9	125,8
1990	152,1	160,6	145,6	192,0	119,3	140,2	133,4	143,9	137,6
1991	168,1	177,9	166,5	213,2	121,2	154,5	141,0	161,7	152,0
1992	179,1	190,7	189,3	220,1	128,0	162,9	145,0	172,5	154,5
1986 1. Vj.	85,7	86,2	84,5	90,4	80,1	85,1	64,3	96,2	88,5
2. Vj.	125,3	120,5	113,2	130,6	111,7	131,9	132,4	131,6	129,0
3. Vj.	129,4	127,9	99,1	144,3	146,0	131,5	135,0	129,6	127,6
4. Vj.	95,9	95,5	83,1	104,8	98,6	96,5	84,9	102,8	96,7
1987 1. Vj.	83,5	86,8	74,1	98,6	84,7	78,9	62,2	87,9	80,8
2. Vj.	117,9	115,2	99,2	127,0	119,5	121,7	123,5	120,7	115,9
3. Vj.	121,2	117,7	98,7	127,8	131,4	126,2	135,3	121,2	121,5
4. Vj.	102,0	103,3	85,7	114,8	111,3	100,1	86,8	107,2	106,7
1988 1. Vj.	98,8	106,2	89,9	130,3	83,3	88,6	72,4	97,2	87,5
2. Vj.	127,0	128,6	113,1	143,7	124,3	124,8	133,5	120,2	118,5
3. Vj.	131,4	128,5	108,4	149,6	119,7	135,5	134,0	136,3	139,0
4. Vj.	106,8	109,3	88,8	130,4	101,6	103,3	89,5	110,8	106,6
1989 1. Vj.	110,9	117,6	103,2	142,1	90,5	101,6	80,2	113,1	98,9
2. Vj.	144,9	144,7	120,8	175,7	120,9	145,2	151,6	141,7	137,2
3. Vj.	144,5	144,3	117,2	170,2	137,9	144,8	143,6	145,4	146,0
4. Vj.	128,4	136,9	122,7	162,9	106,3	116,6	103,7	123,5	121,0
1990 1. Vj.	139,2	152,3	136,6	186,1	106,9	121,0	104,3	130,0	124,7
2. Vj.	161,8	163,4	149,2	193,9	122,9	159,5	167,9	155,0	160,4
3. Vj.	158,5	164,9	147,4	194,9	131,1	149,5	151,9	148,3	140,1
4. Vj.	148,8	161,7	149,0	193,0	116,2	130,9	109,7	142,3	125,0
1991 1. Vj.	144,6	155,8	143,0	191,7	100,6	129,1	88,8	150,8	147,5
2. Vj.	179,3	188,2	172,5	225,8	134,2	166,8	159,8	170,7	159,2
3. Vj.	186,9	192,5	177,0	234,8	127,9	179,2	178,4	179,5	162,2
4. Vj.	161,5	175,0	173,2	200,3	122,1	142,8	137,0	145,9	139,3
1992 1. Vj.	166,0	179,9	175,1	212,5	116,4	146,7	109,3	166,8	137,0
2. Vj.	190,9	199,4	197,0	230,7	134,4	179,0	172,8	182,3	171,0
3. Vj.	186,0	192,0	188,0	221,2	134,5	177,6	171,0	181,1	162,6
4. Vj.	173,4	191,6	197,0	216,1	126,8	148,1	126,8	159,6	147,5
1993 1. Vj.	165,4	177,3	195,5	192,6	108,6	149,0	97,3	176,8	172,2
2. Vj.	190,9	207,4	232,4	219,4	133,2	168,0	149,1	178,2	171,0

[1] Gewerblicher und industrieller Bau für Unternehmen (einschließlich Bundesbahn und Bundespost), landwirtschaftlicher Bau.
[2] Gebietskörperschaften, Organisationen ohne Erwerbszweck, sonstige öffentliche Auftraggeber.

noch Tabelle 61 *

Auftragseingang im Bauhauptgewerbe

Früheres Bundesgebiet

b) Volumenindex 1985 = 100

Zeitraum	Insgesamt	Hochbau			Tiefbau		
		zusammen	Wohnungs-bau	sonstiger Hochbau	zusammen	Straßenbau	sonstiger Tiefbau
1971	133,1	151,3	191,7	127,1	108,5	114,7	105,3
1972	133,7	156,9	218,6	121,7	103,1	111,0	98,8
1973	122,2	137,8	168,4	119,1	101,1	112,2	95,4
1974	103,3	111,5	121,7	104,0	91,4	104,4	84,4
1975	108,8	116,7	125,6	109,9	97,1	105,3	93,0
1976	99,4	108,6	129,2	95,5	86,5	102,2	78,2
1977	110,2	115,0	147,6	95,5	103,1	124,6	91,7
1978	128,5	135,7	183,3	107,6	118,6	136,5	109,0
1979	132,5	141,6	183,2	117,1	119,8	134,2	112,1
1980	122,7	133,0	162,5	115,6	108,3	109,2	107,8
1981	100,4	114,3	137,8	100,4	81,1	83,6	79,8
1982	100,3	111,7	136,2	97,2	84,6	88,7	82,5
1983	110,0	124,4	162,8	101,7	90,1	92,3	88,9
1984	102,3	106,0	128,7	92,7	97,2	97,6	97,0
1985	100	100	100	100	100	100	100
1986	107,2	105,8	93,8	112,9	109,1	102,1	112,8
1987	102,8	102,3	86,9	111,4	103,4	98,8	105,9
1988	110,7	112,4	95,6	122,3	108,3	103,1	111,1
1989	122,5	125,0	107,0	135,5	119,0	112,6	122,4
1990	132,3	138,5	125,9	146,0	123,7	118,0	126,8
1991	137,2	144,0	134,7	149,5	127,6	116,4	133,7
1992	138,9	147,0	145,0	148,2	127,6	113,4	135,3
1986 1. Vj.	84,9	85,6	84,1	86,6	83,8	63,3	94,9
2. Vj.	123,1	118,7	111,8	122,8	129,3	129,7	129,1
3. Vj.	126,7	125,3	97,6	141,7	128,7	132,1	126,8
4. Vj.	93,9	93,5	81,6	100,4	94,4	83,0	100,5
1987 1. Vj.	81,5	84,7	72,6	91,9	77,0	60,7	85,8
2. Vj.	114,3	111,5	96,4	120,5	118,1	119,9	117,1
3. Vj.	117,0	113,5	95,6	124,0	121,9	130,9	117,1
4. Vj.	98,3	99,6	83,0	109,3	96,6	83,9	103,5
1988 1. Vj.	95,1	102,1	86,8	111,1	85,3	69,9	93,6
2. Vj.	121,5	122,8	108,4	131,3	119,7	128,2	115,1
3. Vj.	125,0	121,7	103,2	132,7	129,5	128,5	130,1
4. Vj.	101,2	103,1	84,0	114,3	98,6	85,7	105,6
1989 1. Vj.	104,3	110,0	96,9	117,8	96,4	76,4	107,3
2. Vj.	134,8	133,6	112,0	146,3	136,6	143,1	133,0
3. Vj.	133,4	132,1	107,7	146,4	135,1	134,5	135,4
4. Vj.	117,4	124,2	111,6	131,5	107,9	96,3	114,1
1990 1. Vj.	124,5	135,2	121,7	143,1	109,6	94,8	117,5
2. Vj.	141,3	141,4	129,3	148,6	141,2	148,9	137,0
3. Vj.	136,6	140,7	126,2	149,3	130,8	133,2	129,5
4. Vj.	127,0	136,8	126,5	142,9	113,3	95,2	123,1
1991 1. Vj.	121,4	129,8	119,3	136,1	109,7	75,6	128,1
2. Vj.	146,5	152,5	139,7	160,1	138,2	132,5	141,3
3. Vj.	151,0	154,2	141,8	161,5	146,5	146,1	146,8
4. Vj.	129,6	139,5	137,9	140,4	116,0	111,4	118,5
1992 1. Vj.	131,1	141,3	137,0	143,8	117,0	87,1	133,1
2. Vj.	148,4	154,1	151,3	155,7	140,5	135,4	143,1
3. Vj.	143,1	146,8	142,9	149,1	138,1	132,8	140,9
4. Vj.	133,0	145,9	148,9	144,1	114,9	98,3	123,9
1993 1. Vj.	126,3	134,3	146,7	127,0	115,1	75,0	136,7
2. Vj.	144,4	155,4	172,2	145,5	129,1	114,4	136,9

Auftragsbestand im Bauhauptgewerbe
Früheres Bundesgebiet
Wertindex 1985 = 100

Zeitraum	Insgesamt	Hochbau				Tiefbau			
		zusammen	Wohnungsbau	sonstiger Hochbau		zusammen	Straßenbau	sonstiger Tiefbau	
				private [1]	öffentliche [2]			zusammen	darunter öffentlicher Tiefbau [2]
				Auftraggeber					
1971	92,5	112,2	138,6	86,9	111,9	68,0	83,9	61,6	77,2
1972	97,0	124,3	175,0	87,8	105,0	63,9	82,8	56,0	68,1
1973	96,9	120,7	159,6	89,8	110,2	67,6	90,6	58,1	71,6
1974	83,2	94,1	97,3	74,5	119,9	69,3	99,9	56,7	74,7
1975	82,2	93,5	89,9	80,0	119,5	67,7	92,2	57,7	77,8
1976	82,7	94,5	105,1	80,0	100,1	67,8	84,7	60,8	81,7
1977	78,3	86,0	94,7	75,4	89,9	68,7	95,9	57,6	77,7
1978	99,5	106,6	129,0	84,0	108,2	90,6	120,3	78,4	107,1
1979	124,7	136,4	167,5	107,0	135,0	110,2	146,3	95,3	128,6
1980	129,4	143,2	167,7	117,4	146,4	112,3	132,4	104,1	135,1
1981	121,0	139,8	157,5	117,0	149,5	97,6	107,7	93,4	114,6
1982	107,2	126,2	142,0	112,2	123,7	83,6	93,2	79,6	94,5
1983	115,5	139,8	172,5	126,5	108,0	85,3	88,7	83,9	91,0
1984	107,0	116,9	138,5	105,7	100,0	94,6	96,6	93,7	95,1
1985	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1986	105,7	105,4	90,0	117,1	111,0	105,9	101,9	107,7	109,8
1987	106,5	110,6	84,0	132,6	117,2	101,3	101,9	101,1	107,7
1988	109,3	119,3	87,9	149,9	119,0	96,8	101,3	94,9	109,4
1989	119,3	131,9	99,7	172,4	116,0	103,7	105,8	102,8	120,4
1990	141,5	160,1	132,2	207,2	125,4	118,4	125,9	115,2	135,1
1991	165,2	189,1	161,0	251,4	128,6	135,5	132,6	136,7	155,8
1992	180,2	210,8	192,8	272,0	135,6	142,0	132,0	146,2	160,7
1986 Mär	103,7	101,3	96,3	103,7	105,3	106,6	103,2	108,1	109,9
Jun	111,9	108,4	100,9	114,0	111,2	116,2	115,5	116,6	119,7
Sep	111,1	112,3	88,7	131,5	118,6	109,7	108,0	110,4	112,5
Dez	95,9	99,7	73,9	119,3	109,0	91,2	80,7	95,5	96,9
1987 Mär	110,0	112,7	86,8	133,7	119,6	106,8	103,4	108,1	113,6
Jun	112,8	115,6	86,9	139,4	122,8	109,3	113,5	107,5	112,3
Sep	107,4	111,4	84,0	135,1	116,5	102,3	105,7	100,9	108,2
Dez	95,6	102,6	78,2	122,0	109,9	86,8	84,8	87,7	96,5
1988 Mär	108,4	115,6	85,2	146,1	113,9	99,4	101,5	98,5	109,7
Jun	114,1	124,0	93,3	154,4	123,1	101,7	112,5	97,2	110,3
Sep	111,7	121,9	90,8	151,4	123,1	99,1	105,5	96,5	112,5
Dez	102,8	115,6	82,4	147,7	115,8	86,9	85,7	87,4	105,2
1989 Mär	112,9	125,0	94,7	162,8	110,5	97,7	98,1	97,6	114,3
Jun	123,6	135,8	98,9	183,4	115,7	108,5	114,9	105,8	122,9
Sep	123,1	135,0	100,8	175,1	123,1	108,4	113,0	106,5	123,8
Dez	117,6	131,8	104,4	168,3	114,7	100,0	97,0	101,2	120,5
1990 Mär	133,5	149,0	121,8	193,5	117,8	114,3	116,7	113,3	134,5
Jun	144,5	161,3	130,8	210,5	127,7	123,6	138,5	117,4	140,3
Sep	145,2	165,1	136,4	212,1	132,2	120,4	132,0	115,6	136,4
Dez	142,6	164,8	139,8	212,8	123,8	115,1	116,4	114,5	129,0
1991 Mär	159,1	180,8	153,7	236,4	130,4	132,0	128,7	133,4	150,8
Jun	167,3	189,6	157,9	253,7	132,4	139,5	140,4	139,1	159,5
Sep	171,0	194,8	164,9	263,0	127,5	141,3	141,3	141,3	160,8
Dez	163,5	191,0	167,5	252,5	124,2	129,3	120,1	133,1	151,9
1992 Mär	182,1	210,4	186,2	276,1	137,5	146,9	131,3	153,3	164,0
Jun	188,2	216,7	197,2	280,5	139,5	152,7	147,5	154,9	168,8
Sep	179,4	208,9	193,8	266,9	134,2	142,6	135,6	145,5	162,2
Dez	170,9	207,2	193,9	264,3	131,0	125,8	113,4	131,0	147,9
1993 Mär	186,4	218,8	216,6	267,2	139,3	146,1	128,2	153,5	170,0
Jun	186,0	222,3	227,0	267,5	136,8	140,8	125,0	147,3	165,6

[1]) Gewerblicher und industrieller Bau für Unternehmen (einschließlich Bundesbahn und Bundespost), landwirtschaftlicher Bau.
[2]) Gebietskörperschaften, Organisationen ohne Erwerbszweck, sonstige öffentliche Auftraggeber.

Tabelle 63 *

Umsatz, Beschäftigte und Produktion im Bauhauptgewerbe [1])

Früheres Bundesgebiet

Zeitraum [2])	Umsatz [3])				Beschäftigte [4])	Geleistete Arbeitsstunden [5])	Nettoproduktionsindex [6])
	insgesamt	Wohnungsbau	landwirtschaftlicher und gewerblicher Bau	Verkehrsbau und öffentlicher Bau			
	Mio DM				1 000	Mio	Index [7])
1950	6 182	.	.	.	913	1 811	.
1951	7 783	.	.	.	922	1 862	.
1952	9 237	.	.	.	945	1 899	.
1953	10 690	.	.	.	1 051	2 179	.
1954	11 722	5 470	2 827	3 424	1 095	2 262	.
1955	14 172	6 236	3 582	4 354	1 209	2 498	.
1956	15 638	6 695	4 026	4 918	1 217	2 551	.
1957	15 978	6 811	4 078	5 089	1 201	2 379	.
1958	17 172	7 366	4 101	5 705	1 206	2 340	.
1959	21 057	8 479	4 969	7 609	1 287	2 494	.
1960	25 018	9 706	6 411	8 882	1 406	2 604	.
1961	28 650	10 860	7 212	10 564	1 447	2 668	.
1962	33 359	12 149	7 665	13 532	1 526	2 706	76,0
1963	36 420	13 016	7 738	15 654	1 604	2 660	76,7
1964	42 617	15 097	8 872	18 649	1 643	2 908	84,9
1965	44 375	15 906	9 717	18 753	1 643	2 800	86,4
1966	46 878	16 896	10 312	19 670	1 619	2 793	87,2
1967	46 358	18 088	9 164	19 105	1 503	2 561	92,9
1968	29 711	11 451	6 487	11 772	1 524	2 556	86,7
1969	44 648	16 606	10 078	17 964	1 543	2 520	94,8
1970	57 578	20 092	13 794	23 692	1 567	2 606	104,8
1971	70 004	25 562	17 880	26 562	1 583	2 627	108,3
1972	77 560	30 959	18 651	27 950	1 571	2 614	115,9
1973	81 078	32 963	19 914	28 201	1 546	2 435	116,8
1974	78 794	29 984	18 490	30 320	1 387	2 139	108,7
1975	75 370	26 697	17 570	31 103	1 242	1 890	96,6
1976	78 398	28 326	19 359	30 712	1 222	1 844	96,0
1977	86 128	32 767	20 467	32 894	1 168	1 722	95,2
1978	77 984	29 497	19 276	29 211	1 190	1 687	116,5
1979	92 080	34 703	22 770	34 606	1 240	1 724	122,2
1980	112 484	42 617	28 702	41 166	1 263	1 745	121,9
1981	110 929	41 713	28 937	40 279	1 226	1 614	111,2
1982	104 665	38 651	28 026	37 988	1 152	1 523	106,8
1983	106 390	40 871	29 139	36 379	1 122	1 480	107,4
1984	108 950	42 713	30 433	35 803	1 106	1 461	108,9
1985	99 976	34 081	29 443	36 452	1 026	1 269	100
1986	104 526	33 140	31 686	39 701	1 003	1 279	106,3
1987	106 094	32 354	33 750	39 990	985	1 237	105,8
1988	115 723	36 023	37 890	41 810	996	1 290	110,3
1989	124 531	38 827	42 453	43 252	999	1 313	117,6
1990	139 665	45 910	47 725	46 030	1 034	1 347	124,1
1991	154 931	50 217	55 232	49 482	1 061	1 331	127,8
1992	175 802	58 312	62 036	55 453	1 076	1 376	135,7
1992 1.Vj.	31 139	10 422	11 720	8 997	1 039	290	111,6
2.Vj.	42 584	14 104	15 187	13 293	1 081	369	146,2
3.Vj.	47 189	15 189	16 686	15 315	1 098	372	148,0
4.Vj.	54 890	18 598	18 443	17 848	1 087	345	137,1
1993 1.Vj.	30 613	10 704	11 394	8 516	1 035	273	107,8
2.Vj.	42 993	15 135	14 621	13 237	1 064	365	146,9
3.Vj.							149,7

[1]) Ab 1977 neues Berichtssystem mit Rückrechnung bis 1967 (Nettoproduktionsindex bis 1969). Ausführliche Erläuterungen: Statistisches Bundesamt, Wirtschaft und Statistik 7/1976, S. 405ff.

[2]) 1950 bis 1959 ohne Saarland und Berlin (West).

[3]) Nur baugewerblicher Umsatz. Ab 1968 ohne Umsatzsteuer; bis 1967 vorwiegend Zahlungseingang, ab 1968 vorwiegend vereinbarte Entgelte.

[4]) Bis 1976 ohne, ab 1977 einschließlich der unbezahlt mithelfenden Familienangehörigen.

[5]) Von Inhabern, Angestellten, Arbeitern und Auszubildenden auf Bauhöfen und Baustellen geleistete Arbeitsstunden.

[6]) Für Index 1980 = 100 und 1985 = 100 fachliche Unternehmensteile. Von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt, ab Index 1985 = 100 arbeitstäglich bereinigt.

[7]) Von 1962 bis 1969: Basis 1970 = 100. Von 1970 bis 1975: Basis 1976 = 100. Von 1976 bis 1977: Basis 1980 = 100. Ab 1978: Basis 1985 = 100.

Das Baugewerbe in den neuen Bundesländern und Berlin-Ost[1])

Merkmal	Einheit	1991				1992				1993	
		1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.
		Bauhauptgewerbe									
Betriebe	Anzahl	1 771	1 881	1 959	2 348	2 474	2 582	2 650	3 404	3 521	3 603
Beschäftigte	Tausend	288	283	273	282	270	271	267	291	288	290
Bruttolohn- und -gehaltssumme	Mio DM	1 414	1 804	1 888	2 194	1 952	2 295	2 390	2 710	2 301	2 747
Geleistete Arbeitsstunden											
Insgesamt	Mio Std	69,6	81,4	85,0	85,1	79,8	88,1	91,9	95,0	79,7	100,3
davon (Anteile):											
Hochbau	vH	*72,5*	*68,2*	*66,0*	*63,6*	*65,5*	*62,1*	*61,5*	*60,5*	*64,7*	*59,6*
dar.: Wohnungsbau	vH	*21,1*	*20,5*	*18,0*	*16,1*	*15,2*	*15,9*	*15,8*	*16,8*	*17,1*	*18,4*
Tiefbau	vH	*27,5*	*31,8*	*34,0*	*36,3*	*34,6*	*37,9*	*38,5*	*39,5*	*35,3*	*40,4*
dar.: Straßenbau	vH	*6,6*	*8,5*	*10,3*	*11,2*	*8,6*	*10,0*	*10,2*	*10,3*	*6,8*	*9,7*
Gesamtumsatz[2])											
Insgesamt	Mio DM	3 318	5 245	5 869	7 894	4 639	6 816	7 958	11 754	5 763	9 348
dar.: baugewerblicher Umsatz	Mio DM	3 122	4 913	5 517	7 516	4 397	6 484	7 660	11 426	5 556	9 068
davon (Anteile):											
Hochbau	vH	*74,9*	*65,0*	*61,2*	*56,0*	*63,0*	*58,1*	*56,8*	*55,4*	*61,1*	*57,7*
dar.: Wohnungsbau	vH	*26,9*	*23,0*	*20,6*	*16,4*	*15,2*	*14,4*	*13,5*	*15,2*	*14,5*	*15,2*
Tiefbau	vH	*25,1*	*35,0*	*38,8*	*44,0*	*37,0*	*41,9*	*43,2*	*44,6*	*38,9*	*42,3*
dar.: Straßenbau	vH	*6,2*	*11,4*	*14,6*	*17,2*	*10,0*	*13,0*	*13,9*	*14,6*	*10,7*	*11,6*
Auftragseingang											
Insgesamt	Mio DM	2 800	4 373	5 904	5 568	5 370	6 807	7 454	7 968	6 746	8 794
davon (Anteile):											
Hochbau	vH	*65,7*	*61,4*	*54,5*	*57,1*	*63,1*	*59,6*	*56,9*	*57,9*	*62,5*	*58,3*
dar.: Wohnungsbau	vH	*22,7*	*16,6*	*13,5*	*14,4*	*15,7*	*14,7*	*13,7*	*16,1*	*18,9*	*19,9*
Tiefbau	vH	*34,3*	*38,6*	*45,5*	*42,9*	*36,9*	*40,4*	*43,1*	*42,1*	*37,5*	*41,7*
dar.: Straßenbau	vH	*7,8*	*14,6*	*19,0*	*14,5*	*10,2*	*11,7*	*14,0*	*12,0*	*7,8*	*11,0*
		Ausbaugewerbe									
Betriebe	Anzahl	871	939	1 000	1 123	1 178	1 209	1 220	1 512	1 630	1 697
Beschäftigte	Tausend	59	60	62	67	68	69	69	79	81	83
Bruttolohn- und -gehaltssumme	Mio DM	317	358	403	496	470	509	542	669	621	688
Geleistete Arbeitsstunden	Mio Std	19,4	19,9	20,9	22,6	23,7	23,1	23,6	27,0	27,0	28,9
Gesamtumsatz[2])	Mio DM	779	1 011	1 231	1 853	1 272	1 534	1 755	2 765	1 570	2 177
dar.: baugewerblicher Umsatz	Mio DM	710	920	1 122	1 713	1 164	1 425	1 632	2 590	1 448	2 035

[1]) Unternehmen des Bauhauptgewerbes und Ausbaugewerbes mit 20 und mehr Beschäftigten.
[2]) Umsatz aus Bauleistungen (baugewerblicher Umsatz), Umsätze aus sonstigen eigenen Erzeugnissen sowie aus Nebengeschäften. — Ohne Umsatz-(Mehrwert-)steuer.

Tabelle 65*

Zahlungs

Mio

Zeitraum	Leistungsbilanz						
	insgesamt	Handelsbilanz[1]	Ergänzungen zum Warenverkehr[2] und Transithandel	Dienstleistungsbilanz[3]		Übertragungsbilanz[5]	
				zusammen	darunter Reiseverkehr[4]	zusammen	darunter Nettobeitrag zum EG-Haushalt[7]
	Früheres Bundesgebiet						
1950	– 323	– 3 012	– 50	+ 674	+ 50	+ 2 065	—
1951	+ 2 485	– 149	– 66	+ 1 171	+ 57	+ 1 529	—
1952	+ 2 726	+ 706	– 77	+ 1 937	+ 30	+ 160	—
1953	+ 4 148	+ 2 516	– 121	+ 2 204	+ 13	– 451	—
1954	+ 4 015	+ 2 698	– 169	+ 1 960	+ 180	– 474	—
1955	+ 2 676	+ 1 245	– 249	+ 2 514	+ 282	– 834	—
1956	+ 4 986	+ 2 897	– 306	+ 3 616	+ 486	– 1 221	—
1957	+ 6 538	+ 4 083	– 281	+ 4 618	+ 498	– 1 882	—
1958	+ 6 628	+ 4 954	– 417	+ 4 091	– 129	– 2 000	– 18
1959	+ 4 824	+ 5 361	– 580	+ 3 322	– 616	– 3 279	– 56
1960	+ 5 612	+ 5 223	– 187	+ 4 064	– 979	– 3 488	– 55
1961	+ 4 033	+ 6 615	– 451	+ 2 299	– 1 439	– 4 430	– 65
1962	– 686	+ 3 477	– 576	+ 1 623	– 2 316	– 5 210	– 103
1963	+ 1 956	+ 6 032	– 565	+ 1 584	– 2 138	– 5 095	– 127
1964	+ 1 586	+ 6 081	– 900	+ 1 716	– 2 154	– 5 311	– 144
1965	– 5 036	+ 1 203	– 442	+ 580	– 2 766	– 6 377	– 162
1966	+ 1 712	+ 7 958	– 701	+ 750	– 3 403	– 6 295	– 233
1967	+ 11 428	+ 16 862	– 452	+ 1 440	– 3 034	– 6 422	– 430
1968	+ 13 187	+ 18 372	– 702	+ 2 829	– 3 106	– 7 312	– 1 026
1969	+ 8 835	+ 15 584	– 422	+ 2 423	– 3 888	– 8 750	– 1 312
1970	+ 4 784	+ 15 670	– 1 601	+ 474	– 5 377	– 9 759	– 450
1971	+ 3 346	+ 15 892	+ 145	– 2 380	– 7 278	– 10 311	– 454
1972	+ 3 837	+ 20 278	– 240	– 4 146	– 8 693	– 12 057	– 1 173
1973	+ 13 403	+ 32 979	+ 559	– 6 416	– 11 308	– 13 720	– 1 929
1974	+ 27 286	+ 50 846	– 406	– 7 999	– 12 393	– 15 155	– 1 741
1975	+ 10 647	+ 37 276	– 1 004	– 8 325	– 14 248	– 17 300	– 3 491
1976	+ 9 324	+ 34 469	– 638	– 6 349	– 14 035	– 18 157	– 3 332
1977	+ 9 314	+ 38 436	– 435	– 11 045	– 15 923	– 17 642	– 3 695
1978	+ 17 883	+ 41 200	+ 774	– 5 898	– 17 761	– 18 193	– 2 283
1979	– 9 925	+ 22 429	– 544	– 11 305	– 20 138	– 20 506	– 4 103
1980	– 25 125	+ 8 947	– 489	– 10 118	– 22 539	– 23 466	– 4 099
1981	– 8 026	+ 27 720	– 183	– 10 745	– 23 417	– 24 817	– 6 412
1982	+ 12 408	+ 51 277	+ 780	– 13 720	– 24 427	– 25 928	– 7 510
1983	+ 13 541	+ 42 089	+ 3 270	– 6 613	– 23 168	– 25 205	– 6 017
1984	+ 27 940	+ 53 966	– 1 052	+ 4 748	– 23 118	– 29 723	– 7 272
1985	+ 48 327	+ 73 353	– 1 337	+ 5 402	– 23 732	– 29 091	– 8 343
1986	+ 85 793	+ 112 619	– 1 468	+ 1 698	– 25 365	– 27 056	– 8 236
1987	+ 82 462	+ 117 735	– 1 122	– 5 045	– 27 857	– 29 107	– 10 391
1988	+ 88 936	+ 128 045	+ 1 116	– 8 437	– 28 949	– 31 788	– 13 014
1989	+ 108 116	+ 134 576	– 1 253	+ 8 503	– 28 369	– 33 710	– 13 367
	Deutschland						
1990 a)	+ 76 364	+ 105 382	– 615	+ 8 249	– 30 520	– 36 652	– 11 635
1991	– 33 093	+ 21 899	+ 2 564	+ 1 613	– 34 038	– 59 169	– 19 055
1992	– 39 449	+ 33 656	+ 1 167	– 24 339	– 40 443	– 49 933	– 22 047
1992 1. Vj.	– 8 470	+ 7 572	+ 948	– 2 784	– 7 146	– 14 206	– 5 649
2. Vj.	– 10 297	+ 5 758	– 504	– 4 029	– 9 683	– 11 522	– 5 593
3. Vj.	– 12 659	+ 12 645	+ 1 138	– 14 866	– 15 540	– 11 576	– 5 039
4. Vj.	– 8 023	+ 7 681	– 415	– 2 659	– 8 074	– 12 630	– 5 766
1993 1. Vj.	– 7 825	+ 9 554	+ 731	– 6 601	– 8 457	– 11 509	– 4 842
2. Vj.	– 5 028	+ 12 465	– 250	– 5 542	– 10 299	– 11 701	– 5 197
3. Vj.	...	...	...	– 17 380	– 16 121	– 12 527	– 5 572

[1]) Spezialhandel nach der amtlichen Außenhandelsstatistik; Einfuhr cif, Ausfuhr fob. Ergebnisse für 1993 durch Änderung in der Erfassung des Außenhandels mit größerer Unsicherheit behaftet.
[2]) Hauptsächlich Lagerverkehr auf inländische Rechnung und Absetzung der Rückwaren und der Lohnveredelung.
[3]) Ohne die bereits im cif-Wert der Einfuhr enthaltenen Ausgaben für Fracht- und Versicherungskosten.
[4]) Einschließlich der der Bundesbank von den Zentralbanken wichtiger europäischer Reiseländer mitgeteilten An- und Verkäufe von DM-Noten.
[5]) Eigene Leistungen: —.
[6]) Kapitalexport: —.
[7]) Ohne den besonderen Währungsausgleich bei der Ausfuhr nach Großbritannien, Italien, Griechenland und der Republik Irland. Die Währungsausgleichsbeträge für Einfuhren dieser Staaten aus anderen EG-Ländern werden über den ausführenden und nicht wie sonst üblich über den einführenden Mitgliedsstaat ausbezahlt.

bilanz

DM

Kapitalbilanz [6]			Statistisch nicht aufgliederbare Transaktionen [8]	Ausgleichsposten zur Auslandsposition der Bundesbank [9]	Devisenbilanz [10]	Zeitraum
insgesamt	langfristiger Kapitalverkehr	kurzfristiger Kapitalverkehr				
			Früheres Bundesgebiet			
+ 637	+ 488	+ 149	− 878	—	− 564	1950
− 543	− 79	− 464	+ 96	—	+ 2 038	1951
+ 6	− 357	+ 363	+ 168	—	+ 2 900	1952
− 698	− 378	− 320	+ 196	—	+ 3 646	1953
− 706	− 438	− 268	− 338	—	+ 2 971	1954
− 640	− 271	− 369	− 185	—	+ 1 851	1955
− 162	− 365	+ 203	+ 186	—	+ 5 010	1956
− 1 655	− 390	− 1 265	+ 239	—	+ 5 122	1957
− 2 729	− 1 437	− 1 292	− 455	—	+ 3 444	1958
− 6 398	− 3 629	− 2 769	− 118	—	− 1 692	1959
+ 2 272	− 81	+ 2 353	+ 135	—	+ 8 019	1960
− 5 009	− 4 053	− 956	+ 154	− 1 475	− 2 297	1961
− 597	− 183	− 414	+ 406	—	− 877	1962
+ 620	+ 1 806	− 1 186	+ 164	—	+ 2 740	1963
− 1 325	− 894	− 431	+ 174	—	+ 435	1964
+ 3 542	+ 1 137	+ 2 405	+ 211	—	− 1 283	1965
+ 1	− 342	+ 343	+ 239	—	+ 1 952	1966
− 11 848	− 2 930	− 8 918	+ 280	—	− 140	1967
− 6 125	− 11 201	+ 5 076	− 53	—	+ 7 009	1968
− 18 679	− 23 040	+ 4 361	− 418	− 4 099	− 14 361	1969
+ 16 713	− 934	+ 17 647	+ 415	+ 738	+ 22 650	1970
+ 8 730	+ 6 293	+ 2 438	+ 4 280	− 5 370	+ 10 986	1971
+ 10 321	+ 15 551	− 5 231	+ 1 533	− 495	+ 15 195	1972
+ 10 725	+ 12 950	− 2 224	+ 2 300	− 10 279	+ 16 149	1973
− 28 772	− 6 282	− 22 490	− 419	− 7 231	− 9 136	1974
− 12 560	− 18 231	+ 5 671	− 307	+ 5 480	+ 3 260	1975
− 1 074	− 780	− 294	+ 539	− 7 489	+ 1 301	1976
+ 1 579	− 12 611	+ 14 190	− 442	− 7 880	+ 2 570	1977
+ 6 228	− 2 805	+ 9 033	− 4 339	− 7 586	+ 12 185	1978
+ 9 438	+ 12 200	− 2 762	− 4 466	− 2 334	− 7 288	1979
− 404	+ 5 807	− 6 211	− 2 365	+ 2 164	− 25 730	1980
+ 5 756	+ 8 386	− 2 630	− 14	+ 3 561	+ 1 278	1981
− 3 150	− 14 156	+ 11 005	− 6 180	− 411	+ 2 667	1982
− 18 435	− 6 979	− 11 456	+ 820	+ 2 430	− 1 644	1983
− 37 491	− 19 827	− 17 663	+ 6 451	+ 2 118	− 981	1984
− 54 564	− 12 865	− 41 699	+ 8 080	− 3 104	− 1 261	1985
− 82 551	+ 33 416	− 115 967	+ 2 722	− 3 150	+ 2 814	1986
− 38 997	− 21 973	− 17 024	− 2 245	− 9 303	+ 31 916	1987
− 127 523	− 86 751	− 40 772	+ 3 911	+ 2 158	− 32 519	1988
− 135 097	− 22 232	− 112 865	+ 7 985	− 2 564	− 21 560	1989
			Deutschland			
− 89 655	− 65 940	− 23 715	+ 24 267	− 5 105	+ 5 871	1990 a)
+ 18 001	− 25 369	+ 43 370	+ 15 410	+ 504	+ 823	1991
+ 106 814	− 46 630	+ 60 184	+ 1 380	− 6 302	+ 62 442	1992
+ 12 236	− 9 447	+ 21 683	+ 1 566	− 298	+ 5 034	1992 1. Vj.
+ 11 633	− 15 319	+ 26 953	+ 3 652	+ 14	+ 5 002	2. Vj.
+ 99 167	+ 48 365	+ 50 803	+ 887	− 41	+ 87 354	3. Vj.
− 16 223	+ 23 031	− 39 254	− 4 725	− 5 977	− 34 948	4. Vj.
− 10 736	+ 28 538	− 39 274	− 28 420	+ 2 550	− 44 431	1993 1. Vj.
+ 17 624	+ 48 138	− 30 514	− 16 633	+ 191	− 3 846	2. Vj.
+ 42 151	+ 41 638	+ 513	...	+ 943	+ 25 490	3. Vj.

[8] Saldo der nicht erfaßten Posten und statistischen Ermittlungsfehler im Leistungs- und Kapitalverkehr (= Restposten).

[9] Gegenposten zu Veränderungen der Auslandsposition der Bundesbank, die nicht auf den Leistungs- und Kapitalverkehr mit dem Ausland zurückgehen: Änderungen des DM-Wertes der auf Fremdwährung lautenden Aktiva und Passiva der Bundesbank durch Neubewertung zum Jahresende und Zuteilung von IWF-Sonderziehungsrechten; ab 1982 auch Differenzen zwischen den Transaktionswerten und den im Wochenausweis der Bundesbank zu Bilanzkursen ausgewiesenen Veränderungen der Auslandsposition.

[10] Veränderung der Netto-Auslandsaktiva der Bundesbank (Zunahme: +). Ab 1982 bewertet zu Bilanzkursen.

[a] Ab Juli 1990 einschließlich Transaktionen des Gebietes der ehemaligen DDR mit dem Ausland.

Quelle: Deutsche Bundesbank

Tabelle 66*

Kapitalverkehr
(Kapital
Mio

Zeitraum	Langfristiger Kapitalverkehr[2]							
	insgesamt	deutsche Nettokapitalanlagen im Ausland (Zunahme: –)				ausländische Nettokapitalanlagen im Inland (Zunahme: +)		
		zusammen	Direktinvestitionen[3] und privater Grunderwerb	Kreditgewährung[4] und Wertpapieranlagen[5]	sonstige Anlagen[6]	zusammen[7]	Direktinvestitionen[3] und privater Grunderwerb	Kreditgewährung[4] und Wertpapieranlagen[5]
	Früheres Bundesgebiet							
1960	– 81	– 2 491	– 733	– 1 578	– 180	+ 2 410	+ 807	+ 2 033
1961	– 4 053	– 3 139	– 1 002	– 1 247	– 890	– 914	+ 1 178	+ 1 253
1962	– 183	– 2 841	– 1 335	– 1 506	– 0	+ 2 658	+ 1 338	+ 1 541
1963	+ 1 806	– 2 849	– 1 033	– 1 788	– 28	+ 4 655	+ 1 931	+ 3 009
1964	– 894	– 3 613	– 1 372	– 2 197	– 44	+ 2 719	+ 2 444	+ 367
1965	+ 1 137	– 3 418	– 1 448	– 1 864	– 106	+ 4 555	+ 3 557	+ 1 087
1966	– 342	– 4 273	– 1 616	– 2 463	– 194	+ 3 931	+ 3 953	+ 1 064
1967	– 2 930	– 5 105	– 1 502	– 3 499	– 104	+ 2 175	+ 3 285	– 1 010
1968	–11 201	– 13 503	– 2 185	–11 305	– 13	+ 2 302	+ 2 087	+ 323
1969	–23 040	– 24 444	– 3 142	–21 292	– 10	+ 1 404	+ 1 989	– 465
1970	– 934	– 10 931	– 3 580	– 6 930	– 421	+ 9 997	+ 2 073	+ 8 064
1971	+ 6 293	– 6 136	– 4 230	– 1 555	– 350	+ 12 428	+ 3 827	+ 8 667
1972	+15 551	– 959	– 5 760	+ 4 948	– 147	+ 16 510	+ 6 054	+10 706
1973	+12 950	– 2 902	– 5 186	+ 2 678	– 394	+ 15 852	+ 5 465	+10 414
1974	– 6 282	– 11 564	– 5 482	– 5 555	– 527	+ 5 282	+ 5 609	– 289
1975	–18 231	– 24 116	– 5 353	–18 155	– 608	+ 5 886	+ 1 651	+ 4 290
1976	– 780	– 19 397	– 6 576	–12 576	– 244	+ 18 618	+ 3 324	+15 377
1977	–12 611	– 22 338	– 5 551	–16 525	– 262	+ 9 727	+ 2 188	+ 7 583
1978	– 2 805	– 23 521	– 7 835	–15 321	– 365	+ 20 716	+ 3 202	+17 546
1979	+12 200	– 20 316	– 9 108	–10 788	– 419	+ 32 516	+ 3 180	+29 344
1980	+ 5 807	– 28 101	– 8 542	–18 772	– 787	+ 33 908	+ 622	+33 366
1981	+ 8 386	– 26 874	–10 129	–15 672	–1 073	+ 35 260	+ 743	+34 497
1982	–14 156	– 28 328	– 7 329	–20 048	– 951	+ 14 172	+ 1 831	+12 291
1983	– 6 979	– 36 492	– 9 397	–25 074	–2 022	+ 29 513	+ 4 369	+25 148
1984	–19 827	– 45 044	–13 482	–29 988	–1 573	+ 25 216	+ 1 521	+23 664
1985	–12 865	– 61 704	–15 131	–44 601	–1 972	+ 48 839	+ 1 626	+47 223
1986	+33 416	– 55 438	–21 885	–31 600	–1 953	+ 88 854	+ 2 473	+86 386
1987	–21 973	– 62 173	–17 399	–43 068	–1 706	+ 40 200	+ 3 270	+36 841
1988	–86 751	– 98 000	–21 227	–75 101	–1 672	+ 11 249	+ 1 958	+ 9 308
1989	–22 232	– 95 006	–28 539	–64 348	–2 118	+ 72 774	+13 288	+59 505
	Deutschland							
1990 a)	–65 940	–107 154	–38 633	–66 512	–2 009	+ 41 213	+ 3 708	+ 37 793
1991	–25 369	– 94 327	–38 539	–52 731	–3 056	+ 68 958	+ 5 989	+ 62 897
1992	+46 630	–113 672	–30 045	–81 263	–2 364	+160 302	+ 5 799	+154 611
1992 1. Vj.	– 9 447	– 25 478	– 6 480	–18 461	– 537	+ 16 032	+ 3 112	+ 13 032
2. Vj.	–15 319	– 25 835	– 6 176	–18 983	– 676	+ 10 516	+ 514	+ 9 954
3. Vj.	+48 365	– 17 841	– 8 351	– 9 069	– 422	+ 66 206	+ 1 698	+ 64 525
4. Vj.	+23 031	– 44 518	– 9 038	–34 751	– 728	+ 67 548	+ 475	+ 67 100
1993 1. Vj.	+28 538	– 47 814	– 7 543	–39 817	– 454	+ 76 353	+ 1 365	+ 74 987
2. Vj.	+48 138	– 31 510	– 3 718	–27 128	– 664	+ 79 648	+ 668	+ 78 920
3. Vj.	+41 638	– 15 568	– 5 564	– 9 323	– 681	+ 57 206	– 541	+ 57 787

[1]) Der Kreditinstitute, Unternehmen, Privatpersonen und öffentlichen Stellen.
[2]) Anlagen mit ursprünglicher Laufzeit von mehr als 12 Monaten.
[3]) Soweit erkennbar. Im wesentlichen Aktien und sonstige Kapitalanteile. Einschließlich langfristiger Kredite und reinvestierter Gewinne.
[4]) Buchkredite, Schuldscheindarlehen, Bankguthaben, im Wege der Abtretung erworbene Forderungen u. ä. mit einer ursprünglichen Laufzeit oder Kündigungsfrist von mehr als 12 Monaten, ohne Kredite zwischen verbundenen Unternehmen (Direktinvestitionen) und ohne in Wertpapieren verbriefte Forderungen.
[5]) Ohne diejenigen Anteilspapiere, die bei den Direktinvestitionen erfaßt sind.
[6]) Im wesentlichen Beteiligungen des Bundes an internationalen Organisationen. — Ohne privaten Grunderwerb.
[7]) Einschließlich „Sonstige Anlagen".

mit dem Ausland [1])
export: –)
DM

Kurzfristiger Kapitalverkehr [8])					
insgesamt	Kreditinstitute, Unternehmen und Privatpersonen			öffentliche Stellen	Zeitraum
	zusammen	Kreditinstitute [9])	Unternehmen und Privatpersonen [10])		
			Früheres Bundesgebiet		
+ 2 353	+ 3 359	+ 2 369	+ 990	–1 006	1960
– 956	– 735	– 380	– 355	– 221	1961
– 414	– 254	– 259	+ 5	– 160	1962
– 1 186	– 1 177	+ 684	– 1 861	– 9	1963
– 431	+ 610	+ 85	+ 525	–1 041	1964
+ 2 405	+ 1 353	– 478	+ 1 831	+1 052	1965
+ 343	+ 6	– 574	+ 580	+ 337	1966
– 8 918	– 8 557	– 4 823	– 3 734	– 361	1967
+ 5 076	+ 3 891	+ 2 455	+ 1 436	+1 185	1968
+ 4 361	+ 4 390	+ 4 325	+ 65	– 29	1969
+ 17 647	+ 17 944	+ 7 927	+10 017	– 297	1970
+ 2 438	+ 979	+ 1 172	– 193	+1 458	1971
– 5 231	– 5 924	– 420	– 5 504	+ 694	1972
– 2 224	– 1 851	– 5 149	+ 3 298	– 373	1973
– 22 490	– 22 158	– 9 733	–12 425	– 332	1974
+ 5 671	+ 4 435	– 2 261	+ 6 696	+1 235	1975
– 294	– 741	+ 6 731	– 7 472	+ 447	1976
+ 14 190	+ 12 730	+ 8 120	+ 4 610	+1 461	1977
+ 9 033	+ 5 681	+10 089	– 4 408	+3 352	1978
– 2 762	– 3 653	+ 4 093	– 7 746	+ 890	1979
– 6 211	– 6 653	– 8 863	+ 2 210	+ 442	1980
– 2 630	– 4 474	–10 269	+ 5 795	+1 844	1981
+ 11 005	+ 11 318	+ 8 089	+ 3 229	– 313	1982
– 11 456	– 7 143	+ 1 777	– 8 920	–4 313	1983
– 17 663	– 16 034	+ 53	–16 087	–1 630	1984
– 41 699	– 41 831	–27 697	–14 134	+ 131	1985
–115 967	–115 703	–59 026	–56 677	– 264	1986
– 17 024	– 18 054	– 6 554	–11 500	+1 030	1987
– 40 772	– 41 616	–20 202	–21 414	+ 843	1988
–112 865	–108 290	–56 674	–51 616	–4 576	1989
			Deutschland		
– 23 715	– 18 742	+ 582	–19 324	–4 973	1990 a)
+ 43 370	+ 47 208	+39 755	+ 7 453	–3 839	1991
+ 60 184	+ 67 435	+64 179	+ 3 256	–7 251	1992
+ 21 683	+ 26 893	+34 191	– 7 298	–4 210	1992 1. Vj.
+ 26 953	+ 27 471	+23 794	+ 3 677	– 519	2. Vj.
+ 50 803	+ 50 506	+27 587	+22 919	+ 296	3. Vj.
– 39 254	– 36 435	–20 392	–16 043	–2 819	4. Vj.
– 39 274	– 38 131	– 9 831	–28 300	–1 143	1993 1. Vj.
– 30 514	– 27 420	–28 151	+ 731	–3 094	2. Vj.
+ 513	+ 362	+13 311	–12 949	+ 151	3. Vj.

[8]) Anlagen mit ursprünglicher Laufzeit bis zu 12 Monaten. Handelskredite einschließlich der nicht ausgliederbaren langfristigen Forderungen und Verbindlichkeiten.
[9]) Einschließlich Geldmarktanlagen, Wechseldiskontkredite und Ankauf von Auslandswechseln „à forfait"; Veränderungen des Bestandes an Gold, ausländischen Noten und Münzen sowie einschließlich Indossamentsverbindlichkeiten.
[10]) Einschließlich der Transaktionen inländischer Bausparkassen. Mutter-, Tochter- und Schwesterunternehmen im Ausland. Forderungen und Verbindlichkeiten aus Zahlungszielen und Auszahlungen im Waren- und Dienstleistungsverkehr.
[a]) Ab Juli 1990 einschließlich Transaktionen des Gebietes der ehemaligen DDR mit dem Ausland.

Quelle: Deutsche Bundesbank

Tabelle 67 *

Außenhandel (Spezialhandel) [1]

Früheres Bundesgebiet

Tatsächliche Werte, Volumen und Durchschnittswerte

Zeitraum [2]	Tatsächliche Werte		Volumen [3]		Durchschnittswerte		Terms of Trade [4]
	Ausfuhr	Einfuhr	Ausfuhr	Einfuhr	Ausfuhr	Einfuhr	
	Mio DM				1980 = 100		
1950	8 362	11 374	.	.	.	.	.
1951	14 577	14 726	.	.	.	.	.
1952	16 909	16 203	33 714	21 478	50,2	75,4	66,6
1953	18 526	16 010	37 071	23 615	50,0	67,8	73,7
1954	22 035	19 337	43 643	29 065	50,5	66,5	75,9
1955	25 717	24 472	50 051	36 461	51,4	67,1	76,6
1956	30 861	27 964	57 425	41 342	53,7	67,6	79,4
1957	35 968	31 697	64 815	45 763	55,5	69,3	80,1
1958	36 998	31 133	67 923	50 868	54,5	61,2	89,1
1959	41 184	35 823	74 665	60 769	55,2	59,0	93,6
1960	47 946	42 723	85 537	71 566	56,1	59,7	94,0
1961	50 978	44 363	90 916	78 033	56,1	56,9	98,6
1962	52 975	49 498	93 626	91 588	56,6	54,0	104,8
1963	58 310	52 277	98 252	99 766	59,3	52,4	113,2
1964	64 920	58 839	112 142	111 660	57,9	52,7	109,9
1965	71 651	70 448	120 482	129 128	59,5	54,6	109,0
1966	80 628	72 670	132 535	133 319	60,8	54,5	111,6
1967	87 045	70 183	141 812	132 321	61,4	53,0	115,8
1968	99 551	81 179	163 682	153 669	60,8	52,8	115,2
1969	113 557	97 972	181 095	178 733	62,7	54,8	114,4
1970	125 276	109 606	207 228	211 835	60,5	51,7	117,0
1971	136 011	120 119	216 319	229 362	62,9	52,4	120,0
1972	149 023	128 744	229 974	244 156	64,8	52,7	123,0
1973	178 396	145 417	262 212	257 577	68,0	56,5	120,4
1974	230 578	179 733	290 828	247 507	79,3	72,6	109,2
1975	221 589	184 313	258 228	246 683	85,8	74,7	114,9
1976	256 642	222 173	306 336	290 637	83,8	76,4	109,7
1977	273 614	235 178	318 536	297 178	85,9	79,1	108,6
1978	284 907	243 707	328 705	317 408	86,7	76,8	112,9
1979	314 469	292 040	344 493	341 479	91,3	85,5	106,8
1980	350 328	341 380	350 328	341 380	100	100	100
1981	396 898	369 179	373 420	324 425	106,3	113,8	93,4
1982	427 741	376 464	385 635	328 677	110,9	114,5	96,9
1983	432 281	390 192	384 538	341 827	112,4	114,1	98,5
1984	488 223	434 257	419 769	359 473	116,3	120,8	96,3
1985	537 164	463 811	444 575	374 428	120,8	123,9	97,5
1986	526 363	413 744	450 479	397 506	116,8	104,1	112,2
1987	527 377	409 641	463 435	418 801	113,8	97,8	116,4
1988	567 654	439 609	494 265	445 382	114,8	98,7	116,0
1989	641 041	506 465	534 413	477 813	120,0	106,0	113,0
1990	642 785	550 628	542 022	532 864	118,6	103,3	114,8
1991	648 363	633 054	550 061	602 551	117,9	105,1	112,2
1992	657 410	627 950	561 237	616 418	117,1	101,9	114,9
1992 1. Vj.	168 861	162 999	144 574	158 268	116,8	103,0	113,4
2. Vj.	160 901	156 126	137 142	151 109	117,3	103,4	113,5
3. Vj.	161 094	149 178	136 778	147 421	117,8	101,0	116,6
4. Vj.	166 554	159 648	142 743	159 619	116,7	100,0	116,7
1993 1. Vj.	...	...	...	...	...	...	...
2. Vj.	...	...	...	...	...	...	...

[1] Ausfuhr fob, Einfuhr cif.
[2] Von 1950 bis 5. Juli 1959 ohne Saarland.
[3] Mengen bewertet mit den Durchschnittswerten des Jahres 1980.
[4] Durchschnittswerte der Ausfuhr in vH der Durchschnittswerte der Einfuhr.

Ausfuhr und Einfuhr nach Gütergruppen der Produktionsstatistik [1]

Früheres Bundesgebiet

Mio DM

Zeitraum	Insgesamt [2]	Erzeugnisse der Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	Erzeugnisse des Ernährungsgewerbes, Tabakwaren	Elektrizität, Gas, Fernwärme, Wasser [3]	Bergbauliche Erzeugnisse	Erzeugnisse des Grundstoff- und Produktionsgütergewerbes	Erzeugnisse des produzierenden Gewerbes: Investitionsgüter	Erzeugnisse des produzierenden Gewerbes: Verbrauchsgüter	Investitionsgüter [4]	Verbrauchsgüter [4]
	Ausfuhr									
1970	125 276	1 712	3 065	8	2 839	33 985	67 691	14 000	31 684	17 177
1971	136 011	1 564	3 963	5	3 008	35 420	74 103	15 583	34 821	19 315
1972	149 023	2 002	4 446	3	2 964	37 502	82 565	17 284	40 098	20 808
1973	178 396	2 571	6 124	2	3 308	47 563	95 878	20 733	45 457	24 368
1974	230 578	2 448	8 390	2	5 243	74 077	113 206	24 409	53 633	26 141
1975	221 589	2 632	8 535	3	4 903	60 961	117 926	22 883	58 544	25 215
1976	256 642	3 052	9 359	339	4 660	67 252	139 338	28 637	61 245	33 826
1977	273 614	3 044	11 676	256	4 588	68 143	150 134	30 551	64 468	37 706
1978	284 907	2 870	11 878	332	6 527	72 608	153 307	32 243	64 083	38 863
1979	314 469	3 111	13 707	618	6 886	85 505	162 957	36 186	66 071	42 050
1980	350 328	3 629	16 002	605	8 128	95 227	180 070	40 580	73 566	46 598
1981	396 898	4 727	19 610	681	9 437	105 718	205 013	43 659	87 333	50 555
1982	427 741	5 178	19 953	770	8 852	109 510	229 052	46 457	99 360	56 070
1983	432 281	5 347	19 621	730	8 004	112 938	226 433	48 612	96 297	57 500
1984	488 223	6 108	22 260	805	9 349	131 334	252 066	55 137	106 288	62 889
1985	537 164	6 360	23 626	958	8 379	141 633	284 554	61 861	121 418	71 713
1986	526 363	6 540	22 560	900	4 646	128 507	289 915	63 379	124 259	72 111
1987	527 377	6 098	21 976	891	3 652	125 874	293 904	63 950	125 960	72 259
1988	567 654	5 578	25 214	912	3 677	140 192	315 143	69 200	117 626	94 108
1989	641 041	7 056	27 106	869	3 934	157 210	358 011	78 139	133 949	108 495
1990	642 785	6 624	26 567	1 063	3 384	149 897	364 954	80 943	136 402	110 300
1991	648 363	7 403	28 983	964	3 161	148 318	365 903	82 644	137 832	105 331
1992	657 410	8 010	29 833	963	2 779	145 919	376 483	83 714	136 871	112 548
1993 1. Vj.	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...
2. Vj.	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...
	Einfuhr									
1970	109 606	15 134	9 015	1	10 166	32 791	24 516	14 778	9 834	14 540
1971	120 119	15 770	10 150	1	11 502	32 242	28 038	17 888	11 259	18 638
1972	128 744	16 760	11 464	1	11 396	33 805	29 986	21 608	11 603	21 455
1973	145 417	18 674	12 922	1	13 894	40 971	31 801	23 771	11 185	25 219
1974	179 733	19 799	13 309	0	29 942	53 052	33 051	26 465	11 352	28 544
1975	184 313	20 202	14 084	0	27 227	49 266	39 545	28 980	13 727	33 507
1976	222 173	23 885	16 413	556	32 410	60 668	48 658	33 597	14 349	39 918
1977	235 178	26 185	17 309	653	32 424	61 763	54 766	36 923	16 267	42 951
1978	243 707	24 648	17 933	639	29 920	64 466	60 766	40 065	18 511	47 013
1979	292 040	25 309	18 965	693	41 856	83 670	68 579	46 656	21 536	55 155
1980	341 380	27 486	20 613	921	60 640	93 586	78 284	52 492	24 226	60 411
1981	369 179	29 087	23 345	1 141	70 794	97 780	87 781	51 553	28 423	60 853
1982	376 464	29 649	24 432	1 268	67 338	102 193	91 544	50 924	30 741	60 413
1983	390 192	29 252	26 025	1 376	59 190	109 372	100 908	54 906	33 202	66 829
1984	434 257	32 453	27 854	1 249	64 938	123 713	112 870	61 194	35 855	72 817
1985	463 811	35 221	28 543	1 367	65 232	133 464	125 681	63 828	40 672	75 489
1986	413 744	32 114	26 952	1 323	34 181	112 332	129 805	66 179	40 750	76 660
1987	409 641	30 142	25 823	1 230	27 283	106 352	136 042	71 614	42 484	82 436
1988	439 609	30 136	27 608	1 144	24 399	118 804	151 583	74 847	45 847	86 742
1989	506 465	30 734	30 227	1 084	27 921	138 804	181 892	83 114	58 436	96 254
1990	550 628	30 542	32 813	1 363	32 035	139 727	208 736	94 212	67 228	115 195
1991	633 054	33 829	37 587	1 620	33 611	144 849	261 096	111 229	87 498	146 773
1992	627 950	32 651	40 220	1 267	32 794	140 425	258 193	110 454	84 323	140 552
1993 1. Vj.	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...
2. Vj.	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...

[1] Bis 1975 in der Gliederung nach dem Warenverzeichnis für die Industriestatistik (Stand 1975), ab 1976 in der Gliederung nach dem Güterverzeichnis für Produktionsstatistiken 1982 (GP 82).

[2] Einschließlich Waren, die nicht zugeordnet werden konnten.

[3] Bis 1975 ohne elektrischen Strom.

[4] Hauptsächlich Enderzeugnisse, nach ihrer vorwiegenden Verwendung gruppiert.

Tabelle 69*

Ausfuhr nach Warengruppen der Außenhandelsstatistik
Früheres Bundesgebiet
Mio DM

Zeitraum[1]	Insgesamt[2]	Güter der Ernährungswirtschaft	Güter der gewerblichen Wirtschaft					
			zusammen	Rohstoffe	Halbwaren	Fertigwaren		
						zusammen	Vor-	End-
							erzeugnisse	
1950	8 362	196	8 166	1 168	1 576	5 422	1 862	3 560
1951	14 577	489	14 088	1 318	2 110	10 660	3 678	6 982
1952	16 909	379	16 529	1 281	2 544	12 704	3 488	9 216
1953	18 526	476	18 050	1 488	2 724	13 839	3 384	10 455
1954	22 035	515	21 521	1 694	2 883	16 943	4 109	12 834
1955	25 717	683	25 034	1 568	3 268	20 198	4 769	15 429
1956	30 861	834	29 945	1 715	3 819	24 412	5 945	18 467
1957	35 968	829	35 044	1 939	4 153	28 951	7 135	21 816
1958	36 998	882	35 998	1 710	3 890	30 398	6 769	23 630
1959	41 184	1 005	40 057	1 968	4 309	33 780	7 970	25 810
1960	47 946	1 091	46 696	2 182	5 007	39 506	9 672	29 834
1961	50 978	1 075	49 705	2 175	5 282	42 248	9 731	32 517
1962	52 975	1 143	51 616	2 362	4 982	44 273	9 876	34 397
1963	58 310	1 317	56 742	2 489	5 446	48 807	10 450	38 357
1964	64 920	1 614	63 039	2 518	5 733	54 788	11 847	42 941
1965	71 651	1 981	69 361	2 555	6 254	60 552	13 312	47 240
1966	80 628	1 968	78 301	2 835	7 152	68 314	14 727	53 587
1967	87 045	2 476	84 166	2 880	7 573	73 713	16 570	57 143
1968	99 551	2 985	96 098	3 163	8 563	84 373	18 264	66 109
1969	113 557	3 657	109 308	3 080	8 900	97 328	21 141	76 187
1970	125 276	4 380	120 194	3 188	9 577	107 430	23 034	84 395
1971	136 011	5 097	130 145	3 258	10 480	116 407	23 874	92 533
1972	149 023	5 946	142 184	3 388	10 445	128 351	25 861	102 490
1973	178 396	8 016	169 392	4 071	13 244	152 078	33 334	118 744
1974	230 578	9 953	219 387	5 516	20 596	193 275	51 133	142 142
1975	221 589	10 397	209 784	5 304	16 129	188 350	40 334	148 016
1976	256 642	11 412	243 775	5 692	18 688	219 396	45 638	173 758
1977	273 614	13 723	258 243	5 657	18 281	234 305	46 579	187 726
1978	284 907	13 790	269 301	6 098	20 415	242 787	49 905	192 882
1979	314 469	15 698	296 637	6 555	24 796	265 286	58 688	206 598
1980	350 328	18 471	329 357	6 792	30 520	292 045	62 630	229 415
1981	396 898	23 100	371 069	7 547	33 416	330 106	69 002	261 104
1982	427 741	23 871	400 995	7 220	34 242	359 533	70 651	288 882
1983	432 281	23 624	405 729	7 203	34 328	364 198	72 455	291 743
1984	488 223	26 673	458 342	8 299	40 172	409 872	85 156	324 716
1985	537 164	28 025	505 812	8 565	41 038	456 209	92 667	363 542
1986	526 363	27 320	495 532	7 279	30 635	457 617	87 544	370 072
1987	527 377	26 397	497 381	6 625	28 610	462 145	86 966	375 180
1988	567 654	28 955	536 751	6 734	32 215	497 802	96 837	400 965
1989	641 041	32 040	606 990	7 476	36 284	563 230	108 314	454 916
1990	642 785	31 143	609 461	7 204	33 834	568 424	104 455	463 969
1991	648 363	34 126	611 893	7 258	33 274	571 361	101 057	470 304
1992	657 410	35 772	619 034	6 938	32 490	579 606	97 942	481 663
1992 1. Vj.	168 861	9 025	159 231	1 749	8 613	148 869	25 563	123 306
2. Vj.	160 901	8 646	151 613	1 747	8 220	141 647	24 632	117 014
3. Vj.	161 094	9 061	151 397	1 664	7 894	141 839	23 962	117 877
4. Vj.	166 554	9 039	156 793	1 778	7 764	147 251	23 785	123 466
1993 1. Vj.	...	...	...	...	...	...	...	...
2. Vj.	...	...	...	...	...	...	...	...

[1] Bis 5. Juli 1959 ohne Saarland.
[2] Ab 1956 einschließlich Rückwaren und Ersatzlieferungen.

Einfuhr nach Warengruppen der Außenhandelsstatistik
Früheres Bundesgebiet
Mio DM

Zeitraum[1]	Insgesamt[2]	Güter der Ernährungswirtschaft	Güter der gewerblichen Wirtschaft					
			zusammen	Rohstoffe	Halbwaren	Fertigwaren		
						zusammen	Vorerzeugnisse	Enderzeugnisse
1950	11 374	5 013	6 360	3 368	1 564	1 429	714	714
1951	14 726	5 876	8 850	5 249	2 012	1 588	848	740
1952	16 203	6 065	10 138	5 635	2 357	2 146	1 175	970
1953	16 010	5 852	10 158	5 224	2 438	2 497	1 450	1 046
1954	19 337	7 151	12 186	5 502	3 476	3 208	1 894	1 314
1955	24 472	7 635	16 837	7 281	4 916	4 640	2 764	1 876
1956	27 964	9 162	18 657	8 225	5 236	5 196	2 910	2 286
1957	31 697	9 975	21 569	9 376	5 741	6 452	3 338	3 114
1958	31 133	9 408	21 438	7 685	5 252	8 500	3 845	4 655
1959	35 823	10 731	24 755	7 749	5 977	11 030	4 719	6 311
1960	42 723	11 246	31 076	9 269	8 061	13 746	5 773	7 973
1961	44 363	11 677	32 186	9 095	7 542	15 550	6 028	9 522
1962	49 498	13 684	35 371	8 821	7 863	18 688	6 689	11 999
1963	52 277	12 779	38 987	9 362	8 049	21 575	7 142	14 433
1964	58 839	14 035	44 214	10 916	9 779	23 519	8 548	14 971
1965	70 448	16 852	52 917	11 431	10 807	30 679	10 424	20 256
1966	72 670	17 451	54 425	11 819	10 814	31 792	10 556	21 236
1967	70 183	16 599	52 648	11 828	10 961	29 859	9 454	20 406
1968	81 179	17 083	63 035	13 645	13 630	35 761	12 649	23 111
1969	97 972	19 331	77 404	14 487	16 720	46 196	15 767	30 429
1970	109 606	20 924	87 233	14 809	17 660	54 763	16 999	37 764
1971	120 119	22 829	95 636	15 868	16 327	63 442	18 686	44 755
1972	128 744	24 959	102 162	15 857	16 439	69 865	20 726	49 139
1973	145 417	28 029	115 702	18 754	21 578	75 370	22 873	52 498
1974	179 733	29 348	148 300	34 653	30 406	83 241	25 703	57 538
1975	184 313	31 127	150 746	30 144	27 648	92 953	25 202	67 752
1976	222 173	36 037	183 274	36 097	34 689	112 488	31 423	81 064
1977	235 178	39 306	192 775	35 154	35 454	122 168	33 256	88 912
1978	243 707	38 605	201 783	30 786	37 526	133 471	35 342	98 129
1979	292 040	39 947	248 446	42 703	50 124	155 619	42 245	113 374
1980	341 380	43 363	293 706	58 929	59 918	174 859	45 187	129 672
1981	369 179	47 779	316 709	64 048	66 448	186 212	46 170	140 042
1982	376 464	49 662	321 549	59 298	69 821	192 430	47 463	144 967
1983	390 192	50 475	333 780	52 203	73 144	208 433	50 756	157 677
1984	434 257	54 605	372 970	58 237	81 403	233 330	57 093	176 237
1985	463 811	57 953	398 283	57 456	86 794	254 034	61 568	192 465
1986	413 744	54 750	350 857	30 873	60 180	259 805	60 979	198 826
1987	409 641	51 827	349 459	27 956	50 994	270 509	59 508	211 000
1988	439 609	53 256	378 721	27 818	52 826	298 077	66 534	231 542
1989	506 465	56 140	442 009	32 110	63 125	346 774	75 963	270 811
1990	550 628	59 255	483 665	33 544	62 107	388 014	80 288	307 726
1991	633 054	67 418	558 871	32 892	63 645	462 334	83 026	379 308
1992	627 950	68 866	550 402	33 422	57 262	459 718	81 967	377 751
1992 1. Vj.	162 999	17 269	143 697	8 511	15 052	120 135	21 057	99 077
2. Vj.	156 126	17 769	136 702	8 857	14 421	113 424	20 967	92 457
3. Vj.	149 178	15 668	130 684	7 919	13 753	109 012	19 577	89 435
4. Vj.	159 648	18 160	139 318	8 134	14 036	117 148	20 366	96 782
1993 1. Vj.	...	...	...	...	...	...	...	...
2. Vj.	...	...	...	...	...	...	...	...

[1] Bis 5. Juli 1959 ohne Saarland.
[2] Ab 1956 einschließlich Rückwaren und Ersatzlieferungen.

Tabelle 71*

Ausfuhr und Einfuhr der neuen Bundesländer und Berlin-Ost nach Warengruppen [1])

Mio DM

Zeitraum	Insgesamt	Nahrungsmittel, Getränke, Tabak	Rohstoffe	Mineralische Brennstoffe, etc.	Chemische Erzeugnisse [2])	Bearbeitete Waren [3])	Maschinenbauerzeugnisse und Fahrzeuge	Verschiedene Fertigwaren	Andere Waren und Verkehrsvorgänge [4])
SITC	0 bis 9	0 und 1	2	3	4 und 5	6	7	8	9
					Ausfuhr				
1990	38 072	1 341	599	831	3 983	5 010	20 241	5 558	511
1991	17 450	1 652	421	281	2 535	2 389	8 466	1 549	158
1992	13 793	1 157	400	129	2 346	2 312	6 450	938	62
1991 1. Vj.	4 937	693	113	117	520	575	2 093	755	71
2. Vj.	3 235	412	102	77	421	470	1 511	214	29
3. Vj.	4 072	229	91	56	600	621	2 228	223	26
4. Vj.	5 206	319	115	32	996	724	2 634	356	31
1992 1. Vj.	3 760	282	136	34	770	559	1 736	232	10
2. Vj.	3 306	318	97	28	686	585	1 344	231	18
3. Vj.	3 200	274	86	33	479	560	1 518	236	16
4. Vj.	3 527	283	82	34	411	609	1 852	239	18
1992 Jan	1 181	133	53	15	289	200	409	80	2
Feb	1 261	74	36	12	220	164	680	73	2
Mär	1 318	76	47	7	262	195	648	79	5
Apr	1 221	106	34	11	285	221	473	83	9
Mai	1 075	110	37	10	236	179	423	74	6
Jun	1 010	102	25	7	165	185	448	75	3
Jul	1 158	101	38	5	188	218	518	85	6
Aug	858	87	18	15	118	158	389	67	5
Sep	1 184	86	30	12	173	184	610	84	5
Okt	1 084	100	27	11	118	227	518	77	5
Nov	1 090	106	25	10	131	207	534	71	5
Dez	1 353	77	29	13	162	174	799	91	7
					Einfuhr				
1990	22 852	1 631	1 426	5 552	1 379	3 906	6 647	1 492	818
1991	10 860	494	519	4 204	614	1 561	2 656	700	113
1992	9 596	676	556	2 674	584	1 827	2 540	738	2
1991 1. Vj.	3 110	98	119	1 378	157	392	752	188	25
2. Vj.	2 476	106	118	993	125	328	619	150	37
3. Vj.	2 913	137	138	1 218	150	427	630	175	37
4. Vj.	2 361	153	143	615	182	413	655	187	14
1992 1. Vj.	2 050	156	123	536	144	392	533	165	0
2. Vj.	2 323	190	157	660	146	413	582	175	0
3. Vj.	2 471	166	124	695	124	461	730	171	0
4. Vj.	2 751	164	152	782	170	560	695	227	1
1992 Jan	715	47	39	211	57	148	159	55	0
Feb	606	45	34	159	42	122	160	44	0
Mär	729	64	50	166	45	123	215	66	0
Apr	713	68	58	121	69	136	199	62	0
Mai	681	61	44	170	32	127	197	50	0
Jun	929	60	55	370	45	151	185	63	0
Jul	929	63	43	250	53	174	285	60	0
Aug	713	51	34	209	31	121	218	48	0
Sep	829	52	46	236	39	166	227	63	0
Okt	931	51	44	292	54	168	245	76	0
Nov	798	51	47	220	51	152	207	68	0
Dez	1 022	61	61	270	65	239	243	83	0

[1]) Spezialhandel nach dem internationalen Warenverzeichnis für den Außenhandel (SITC-Rev. 3).
[2]) Einschließlich pflanzlicher Öle, Fette und Wachse.
[3]) Vorwiegend nach Beschaffenheit.
[4]) Unter anderem Gold, Gold- und Silbermünzen, vollständige Fabrikationsanlagen.

Warenausfuhr nach Ländergruppen

Früheres Bundesgebiet

Bestimmungsländer

Mio DM

Zeitraum[1]	Insgesamt	EG-Länder[2]	Übrige westeuropäische Länder[3]	Mittel- und osteuropäische Länder[4]	Außereuropäische Länder				
					zusammen[5]	darunter			
						Industrieländer		Entwicklungsländer	
						zusammen[6]	darunter Vereinigte Staaten	zusammen	darunter OPEC-Länder[7]
1950	8 362	4 092	1 929	313	2 028	714	433	1 242	198
1951	14 577	6 092	3 538	267	4 680	1 611	992	3 023	474
1952	16 909	6 970	4 665	211	5 063	1 609	1 048	3 416	527
1953	18 526	7 772	4 402	225	6 127	2 028	1 249	3 919	639
1954	22 035	9 044	5 223	339	7 429	2 167	1 237	5 034	901
1955	25 717	10 292	6 384	513	8 528	2 723	1 625	5 494	1 037
1956	30 861	12 547	7 277	925	10 112	3 446	2 089	6 370	1 291
1957	35 968	14 205	8 067	992	12 704	4 332	2 521	7 859	1 694
1958	36 998	14 009	8 419	1 165	13 405	4 603	2 699	7 878	1 782
1959	41 184	15 795	9 298	1 320	14 771	5 914	3 835	8 027	1 822
1960	47 946	19 322	11 176	1 851	15 597	6 111	3 767	8 891	1 827
1961	50 978	21 666	12 159	1 922	15 231	5 875	3 497	9 050	1 818
1962	52 975	23 749	12 404	2 015	14 807	6 334	3 858	8 145	1 558
1963	58 310	27 970	13 168	1 750	15 422	6 862	4 195	8 286	1 621
1964	64 920	31 076	14 317	2 206	17 321	7 873	4 785	9 082	1 835
1965	71 651	33 538	15 897	2 353	19 863	9 070	5 741	10 173	2 302
1966	80 628	38 382	16 824	2 786	22 636	10 744	7 178	11 045	2 696
1967	87 045	41 411	17 272	3 535	24 827	12 191	7 859	11 496	2 802
1968	99 551	47 605	18 616	3 783	29 547	15 759	10 835	12 743	3 234
1969	113 557	56 891	21 232	4 354	31 080	16 201	10 633	13 973	3 493
1970	125 276	62 381	24 703	4 760	33 432	17 747	11 437	14 857	3 584
1971	136 011	67 984	26 132	5 330	36 565	19 578	13 140	16 308	4 067
1972	149 023	75 362	28 616	7 102	37 943	20 222	13 798	16 977	4 710
1973	178 396	90 555	33 138	9 893	44 810	23 174	15 089	20 336	6 007
1974	230 578	111 742	41 791	14 573	62 472	28 454	17 343	31 963	10 456
1975	221 589	104 002	40 654	15 916	61 017	22 515	13 146	36 301	16 703
1976	256 642	125 678	46 651	15 717	68 596	24 435	14 413	41 670	20 731
1977	273 614	131 364	49 716	15 421	77 113	28 385	18 199	46 619	24 926
1978	284 907	138 729	49 024	15 478	81 676	31 452	20 180	47 307	24 525
1979	314 469	161 607	55 506	15 942	81 414	32 655	20 759	44 895	19 180
1980	350 328	179 152	64 180	17 223	89 773	34 591	21 478	51 523	22 814
1981	396 898	194 911	67 521	17 144	117 322	42 698	25 976	70 345	34 883
1982	427 741	216 018	71 495	18 352	121 876	45 608	28 120	72 452	38 043
1983	432 281	217 677	73 823	19 780	121 001	49 807	32 847	66 976	31 577
1984	488 223	243 639	83 214	20 259	141 111	69 046	46 834	67 484	27 947
1985	537 164	267 265	94 804	21 352	153 743	79 210	55 533	66 366	25 199
1986	526 363	267 454	98 029	19 564	141 316	78 012	55 206	55 913	17 913
1987	527 377	277 916	99 771	17 738	131 952	73 761	49 879	52 094	14 295
1988	567 654	308 195	106 306	19 685	133 468	73 661	45 678	53 945	15 463
1989	641 041	352 668	117 872	24 515	145 986	78 421	46 624	61 761	16 402
1990	642 785	350 442	120 568	23 458	148 317	78 217	46 870	65 040	18 200
1991	648 363	357 024	117 382	26 013	147 944	71 457	41 592	71 330	21 249
1992	657 410	361 526	113 307	30 127	152 452	70 025	42 527	75 707	22 818
1992 1. Vj.	168 861	95 648	28 730	6 797	37 686	17 721	10 479	18 504	5 493
2. Vj.	160 901	90 264	27 508	6 665	36 464	16 546	9 870	18 346	5 692
3. Vj.	161 094	87 174	28 301	7 521	38 098	17 382	10 749	19 097	5 630
4. Vj.	166 554	88 439	28 768	9 143	40 204	18 376	11 429	19 760	6 004
1993 1. Vj.	...	...	...	...	...	...	...	...	...
2. Vj.	...	...	...	...	...	...	...	...	...

[1] Bis 5. Juli 1959 ohne Saarland. — [2] Gebietsstand 1. Januar 1989: Belgien, Dänemark, Frankreich, Griechenland, Irland, Italien, Luxemburg, Niederlande, Portugal, Spanien, Vereinigtes Königreich. — [3] Einschließlich ehemaliges Jugoslawien. — [4] Albanien, Bulgarien, Polen, Rumänien, ehemalige Sowjetunion, Tschechoslowakei, Ungarn. — [5] Einschließlich asiatische Staatshandelsländer (China, Mongolei, Nordkorea, Vietnam); Schiffs- und Luftfahrzeugbedarf; Waren in die Polargebiete und die „Nicht ermittelten Länder". — [6] Australien, Japan, Kanada, Neuseeland, Republik Südafrika und Namibia, Vereinigte Staaten. — [7] Gebietsstand 1. Januar 1989: Algerien, Ecuador, Gabun, Indonesien, Irak, Iran, Katar, Kuwait, Libyen, Nigeria, Saudi-Arabien, Venezuela, Vereinigte Arabische Emirate.

Tabelle 73*

Wareneinfuhr nach Ländergruppen

Ursprungsländer

Mio DM

Zeitraum[1]	Insgesamt	EG-Länder[2]	Übrige westeuropäische Länder[3]	Mittel- und osteuropäische Länder[4]	Außereuropäische Länder				
					zusammen[5]	darunter			
						Industrieländer		Entwicklungsländer	
						zusammen[6]	darunter Vereinigte Staaten	zusammen	darunter OPEC-Länder[7]
1950	11 374	4 160	1 806	291	5 117	2 372	1 811	2 669	482
1951	14 726	4 201	2 461	224	7 840	3 636	2 722	4 006	660
1952	16 203	5 131	3 033	239	7 800	3 667	2 507	4 060	870
1953	16 010	5 648	2 746	279	7 337	2 931	1 658	4 247	1 003
1954	19 337	6 618	3 235	359	9 125	3 444	2 237	5 513	1 253
1955	24 472	8 612	3 824	536	11 500	4 683	3 209	6 606	1 488
1956	27 964	9 360	4 313	894	13 397	5 798	3 997	7 347	1 632
1957	31 697	10 303	4 724	1 054	15 616	7 789	5 671	7 614	1 896
1958	31 133	11 233	4 836	1 200	13 864	6 191	4 219	7 393	2 138
1959	35 823	14 016	5 526	1 367	14 914	6 421	4 595	8 147	2 463
1960	42 723	16 879	6 227	1 697	17 920	8 034	5 977	9 452	2 810
1961	44 363	18 058	6 582	1 879	17 844	8 241	6 100	9 313	2 856
1962	49 498	20 634	7 034	2 000	19 830	9 379	7 033	10 174	3 368
1963	52 277	22 110	7 191	1 989	20 987	10 206	7 941	10 506	3 683
1964	58 839	25 819	7 896	2 202	22 922	10 609	8 066	11 988	4 369
1965	70 448	32 863	8 849	2 615	26 121	12 296	9 196	13 399	4 709
1966	72 670	33 827	8 929	2 773	27 141	12 576	9 177	14 077	5 023
1967	70 183	33 148	8 209	2 705	26 121	12 055	8 556	13 660	5 157
1968	81 179	39 732	9 611	3 057	28 779	12 790	8 850	15 541	6 638
1969	97 972	49 856	11 971	3 603	32 542	15 115	10 253	16 957	6 725
1970	109 606	56 497	13 031	4 036	36 042	17 934	12 066	17 646	6 897
1971	120 119	64 404	13 353	4 400	37 962	18 363	12 420	19 103	8 676
1972	128 744	71 971	14 186	4 949	37 638	17 569	10 765	19 581	8 378
1973	145 417	79 165	15 827	6 178	44 247	19 801	12 223	23 888	10 425
1974	179 733	90 140	18 307	7 845	63 441	22 590	13 972	40 175	23 784
1975	184 313	95 654	19 137	7 975	61 547	23 864	14 226	36 761	20 223
1976	222 173	112 338	23 931	10 173	75 731	29 289	17 556	45 378	24 408
1977	235 178	118 864	26 722	10 642	78 950	30 010	17 020	47 973	23 477
1978	243 707	126 058	30 829	11 715	75 105	30 448	17 434	43 604	19 390
1979	292 040	148 415	36 620	14 901	92 104	36 483	20 274	54 247	26 966
1980	341 380	165 763	43 852	15 672	116 093	44 566	25 690	69 476	37 417
1981	369 179	180 685	47 924	17 415	123 155	49 480	28 388	71 522	37 449
1982	376 464	187 635	49 684	19 274	119 871	49 081	28 213	68 399	32 824
1983	390 192	198 943	55 489	19 809	115 951	50 279	27 712	63 069	27 283
1984	434 257	217 269	61 621	23 597	131 770	58 886	31 097	69 816	27 290
1985	463 811	235 664	67 187	23 552	137 408	62 670	32 341	71 698	27 100
1986	413 744	216 020	64 221	18 277	115 226	59 297	26 864	52 796	13 229
1987	409 641	215 612	65 414	15 811	112 804	58 706	25 613	50 177	11 100
1988	439 609	227 362	70 049	16 014	126 184	66 706	29 095	54 751	10 826
1989	506 465	258 660	79 357	19 243	149 205	80 694	38 265	62 285	12 360
1990	550 628	286 608	87 864	21 788	154 368	80 071	36 994	66 193	14 105
1991	633 216	332 597	95 594	26 442	178 583	92 325	42 111	74 120	15 029
1992	627 950	329 189	95 307	30 391	173 063	90 005	41 988	70 689	15 208
1992 1. Vj.	162 999	85 113	24 743	7 189	45 954	24 140	11 807	18 406	3 919
2. Vj.	156 126	82 913	23 177	7 354	42 682	22 832	10 431	17 199	3 709
3. Vj.	149 178	76 737	23 134	7 732	41 575	20 889	9 498	17 478	3 792
4. Vj.	159 648	84 426	24 254	8 117	42 851	22 144	10 252	17 606	3 788
1993 1. Vj.	...	...	...	...	...	...	...	...	...
2. Vj.	...	...	...	...	...	...	...	...	...

[1] Bis 5. Juli 1959 ohne Saarland. — [2] Gebietsstand 1. Januar 1989: Belgien, Dänemark, Frankreich, Griechenland, Irland, Italien, Luxemburg, Niederlande, Portugal, Spanien, Vereinigtes Königreich. — [3] Einschließlich ehemaliges Jugoslawien. — [4] Albanien, Bulgarien, Polen, Rumänien, ehemalige Sowjetunion, Tschechoslowakei, Ungarn. — [5] Einschließlich asiatische Staatshandelsländer (China, Mongolei, Nordkorea, Vietnam); Schiffs- und Luftfahrzeugbedarf; Waren in die Polargebiete und die „Nicht ermittelten Länder". — [6] Australien, Japan, Kanada, Neuseeland, Republik Südafrika und Namibia, Vereinigte Staaten. — [7] Gebietsstand 1. Januar 1989: Algerien, Ecuador, Gabun, Indonesien, Irak, Iran, Katar, Kuwait, Libyen, Nigeria, Saudi-Arabien, Venezuela, Vereinigte Arabische Emirate.

Ausfuhr und Einfuhr der neuen Bundesländer und Berlin-Ost nach Ländergruppen und ausgewählten Ländern[1]

Mio DM

Zeitraum	Insgesamt	Industrialisierte westliche Länder[2]				Mittel- und osteuropäische Länder[3]		Entwicklungsländer		Staatshandelsländer[5]
		zusammen	darunter			zusammen	dar.: ehem. Sowjetunion	zusammen	darunter	
			EG-Länder	andere europ. Länder	USA und Kanada				OPEC Länder[4]	
	Ausfuhr									
1990	38 072	5 105	2 931	1 904	166	29 811	17 761	2 115	369	675
1991	17 450	4 454	2 978	1 269	153	11 423	9 049	1 396	281	176
1992	13 793	4 650	3 167	1 220	196	7 185	5 542	1 789	305	168
1991 1. Vj.	4 937	1 159	755	352	38	3 281	2 275	402	85	95
2. Vj.	3 235	1 000	668	297	26	1 938	1 447	269	47	28
3. Vj.	4 072	1 045	690	295	46	2 627	2 191	373	57	27
4. Vj.	5 206	1 249	866	325	42	3 578	3 136	352	92	26
1992 1. Vj.	3 760	1 113	752	306	40	2 207	1 850	408	87	32
2. Vj.	3 306	1 124	773	288	48	1 788	1 389	377	63	18
3. Vj.	3 200	1 098	726	311	46	1 570	1 174	493	65	38
4. Vj.	3 527	1 315	917	315	61	1 620	1 129	511	90	81
1992 Jan	1 181	372	253	99	14	723	604	73	30	14
Feb	1 261	343	229	99	11	761	653	150	29	7
Mär	1 318	399	270	108	15	723	594	185	28	10
Apr	1 221	426	300	107	15	668	544	116	27	11
Mai	1 075	359	242	98	13	602	451	112	18	2
Jun	1 011	339	231	83	20	518	394	149	18	4
Jul	1 158	390	270	104	11	642	488	123	29	4
Aug	858	288	178	90	15	430	329	116	20	24
Sep	1 184	420	278	118	19	499	357	255	17	10
Okt	1 084	416	280	105	23	510	345	141	17	16
Nov	1 090	431	306	106	14	440	302	181	25	37
Dez	1 353	467	331	103	24	669	482	189	47	27
	Einfuhr									
1990	22 852	5 660	2 678	2 527	281	14 854	9 107	1 273	85	550
1991	10 860	3 935	2 339	1 297	126	6 122	4 254	691	233	112
1992	9 596	4 501	2 476	1 480	392	4 616	2 881	427	103	52
1991 1. Vj.	3 110	827	509	265	17	1 976	1 422	258	74	50
2. Vj.	2 476	902	549	287	28	1 446	1 059	97	21	31
3. Vj.	2 913	1 163	702	380	37	1 566	1 137	165	62	19
4. Vj.	2 361	1 043	580	365	44	1 134	637	171	75	12
1992 1. Vj.	2 050	969	557	315	46	956	581	113	41	13
2. Vj.	2 323	1 090	664	344	42	1 118	697	102	7	13
3. Vj.	2 471	1 199	584	423	161	1 167	742	94	18	12
4. Vj.	2 751	1 244	672	397	143	1 375	861	118	36	15
1992 Jan	715	307	178	94	17	367	245	35	10	6
Feb	606	282	159	95	16	268	151	53	30	3
Mär	729	380	221	127	12	321	185	24	1	4
Apr	713	384	233	117	15	292	126	35	3	2
Mai	681	353	208	121	14	294	176	30	2	5
Jun	929	354	223	105	13	533	395	37	2	5
Jul	929	464	235	191	25	425	250	37	2	3
Aug	713	360	172	111	69	329	231	21	1	4
Sep	829	375	176	121	67	413	261	36	15	5
Okt	931	436	222	124	81	441	286	46	21	8
Nov	798	366	203	126	25	396	232	33	4	3
Dez	1 022	442	247	147	37	537	344	39	11	4

[1] Spezialhandel nach Bestimmungsländern.
[2] Westeuropäische Länder, Australien, Japan, ehemaliges Jugoslawien, Kanada, Neuseeland, Republik Südafrika und Namibia, Vereinigte Staaten.
[3] Albanien, Bulgarien, Polen, Rumänien, Tschechoslowakei, ehemalige Sowjetunion, Ungarn.
[4] Algerien, Ecuador, Gabun, Indonesien, Irak, Iran, Katar, Kuwait, Libyen, Nigeria, Saudi-Arabien, Venezuela, Vereinigte Arabische Emirate.
[5] China, Mongolei, Nordkorea, Vietnam.

Tabelle 75*

Einzelhandelsumsatz

Früheres Bundesgebiet

1986 = 100

Zeitraum[1]	Insgesamt	Darunter Einzelhandel mit							
		Nahrungsmitteln, Getränken, Tabakwaren	Textilien, Bekleidung, Schuhen, Lederwaren	Einrichtungsgegenständen[2]	elektrotechnischen Erzeugnissen, Musikinstrumenten	Papierwaren, Druckerzeugnissen, Büromaschinen	pharmazeutischen, kosmetischen und med. Erzeugnissen	Kraft- und Schmierstoffen[3]	Fahrzeugen[4]
	In jeweiligen Preisen								
1970	42,2	40,7	47,2	44,4	46,2	41,5	39,9	38,7	39,2
1971	46,5	44,7	52,4	50,9	51,3	45,8	43,9	44,3	41,6
1972	51,0	48,9	57,8	57,6	58,2	49,1	47,6	47,2	43,4
1973	54,7	53,0	59,7	61,8	62,1	52,4	51,8	54,7	42,6
1974	57,7	55,8	63,0	64,2	67,8	55,4	56,6	56,1	39,6
1975	62,9	59,9	67,9	66,9	69,2	59,2	61,3	58,8	50,5
1976	67,3	64,8	69,9	70,6	71,5	62,3	64,8	66,9	58,6
1977	72,2	69,3	74,5	78,8	77,6	67,4	67,2	67,9	66,9
1978	76,0	72,5	79,2	82,2	79,4	71,7	70,4	75,0	72,6
1979	80,7	76,3	81,8	85,9	79,9	77,6	73,2	91,6	75,4
1980	85,3	82,6	88,7	92,9	86,4	84,0	77,4	96,0	72,2
1981	88,5	88,5	90,1	94,4	90,4	87,0	81,6	115,5	72,7
1982	89,4	92,8	88,3	91,5	91,5	88,6	82,9	115,2	73,7
1983	92,5	94,7	90,3	95,7	92,9	91,2	87,6	112,2	82,7
1984	94,9	96,8	92,8	98,3	94,8	93,6	92,2	119,3	84,9
1985	97,2	98,3	96,3	96,2	96,6	96,9	96,4	117,7	87,7
1986	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1987	104,2	102,0	102,9	108,7	104,8	104,8	105,5	98,1	109,0
1988	108,3	106,1	103,1	118,3	109,3	112,5	112,2	109,6	114,8
1989	113,5	111,5	104,7	127,0	113,1	118,7	114,0	125,5	125,1
1990	125,5	120,6	114,8	138,3	129,2	130,0	122,6	135,9	146,8
1991	136,5	125,1	123,7	152,7	131,7	146,2	134,6	149,4	172,2
1992	137,9	124,8	125,2	163,1	128,9	152,8	144,7	147,3	171,2
1992 1. Vj.	129,8	118,2	111,7	150,3	119,2	141,6	137,3	141,0	171,9
2. Vj.	135,2	126,0	116,9	152,6	107,2	130,8	141,2	151,4	188,2
3. Vj.	130,7	121,6	116,3	150,7	115,5	146,1	140,7	150,3	156,9
4. Vj.	155,8	133,3	155,9	198,7	173,8	192,8	159,6	146,7	167,7
1993 1. Vj.	125,4	116,5	112,8	158,2	114,2	145,2	127,2	135,5	147,3
2. Vj.	133,2	125,3	118,8	162,8	106,5	134,3	132,5	151,8	169,9
	In Preisen von 1985								
1970	78,0	70,7	95,9	86,8	67,9	77,8	68,4	.	80,2
1971	82,4	75,2	100,3	95,0	73,4	80,5	72,2	.	79,6
1972	86,0	78,2	104,5	103,7	80,7	83,7	75,2	.	79,8
1973	86,7	79,5	100,7	105,3	81,3	85,0	78,4	.	75,5
1974	85,2	79,9	98,7	101,9	81,3	83,4	81,1	.	65,7
1975	88,1	81,1	101,3	101,1	79,9	83,0	83,6	.	78,2
1976	91,2	84,1	101,2	103,2	81,8	84,3	86,1	.	88,0
1977	94,1	85,8	102,9	110,8	88,1	88,6	86,7	.	97,5
1978	97,0	88,9	106,3	111,7	89,1	92,3	89,9	.	103,0
1979	99,5	92,6	102,7	112,8	87,7	98,2	90,7	.	103,4
1980	99,7	96,2	106,3	113,5	86,5	102,4	91,7	98,6	94,6
1981	98,0	98,1	102,7	107,4	88,4	101,0	93,6	104,4	90,4
1982	94,5	97,3	96,4	99,6	88,0	97,6	91,5	103,2	86,9
1983	95,4	96,9	96,0	101,2	90,1	97,1	93,3	99,4	91,8
1984	95,8	97,6	96,4	101,6	92,5	98,4	96,0	103,9	90,0
1985	96,8	98,7	97,9	97,3	95,3	100,0	97,8	101,6	90,0
1986	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1987	104,1	102,8	101,7	107,2	106,3	102,5	104,7	100,3	106,2
1988	107,6	106,9	100,7	115,4	112,5	107,1	109,9	112,8	109,0
1989	110,5	110,2	101,0	121,8	117,0	109,5	110,3	118,2	116,1
1990	119,7	116,1	109,2	129,5	133,5	116,9	118,1	123,4	132,9
1991	126,5	118,3	115,3	138,6	136,7	131,5	132,1	125,9	150,3
1992	124,2	114,7	113,2	143,4	132,9	135,5	138,4	118,6	142,9
1992 1. Vj.	117,8	109,2	102,1	133,4	123,0	125,9	132,4	114,4	145,6
2. Vj.	121,2	115,0	106,0	134,7	110,2	116,4	135,2	120,5	156,9
3. Vj.	117,8	111,7	105,0	132,4	119,1	129,1	134,2	121,4	130,0
4. Vj.	139,8	123,0	139,7	173,1	179,3	170,5	151,8	118,0	138,9
1993 1. Vj.	111,2	106,0	100,2	136,2	117,1	127,5	122,5	107,6	118,4
2. Vj.	117,2	113,0	104,8	139,5	108,8	118,1	127,4	119,8	135,6

[1] Ab 1992 vorläufige Ergebnisse. — [2] Ohne elektrotechnische Einrichtungsgegenstände und Haushaltsgroßgeräte. — [3] In Unternehmen mit dem Absatzschwerpunkt Kraft- und Schmierstoffe. — [4] Einschließlich Fahrzeugteilen und Fahrzeugreifen.

Preisindex für den Wareneingang des Produzierenden Gewerbes[1]

Früheres Bundesgebiet

1985 = 100

Zeitraum	Insgesamt	Herkunft: Inländischer	Herkunft: Ausländischer	Nach inländischer und ausländischer Herkunft: aus der Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	aus dem Produzierenden Gewerbe: zusammen	darunter: Erdöl, roh (importiert) und Mineralölerzeugnisse[2]	darunter: Eisen und Stahl	darunter: Maschinenbauerzeugnisse	darunter: Chemische Erzeugnisse[3]	Nach dem vorwiegenden Verwendungszweck: für die Energie- und Wasserversorgung, den Bergbau und das Verarbeitende Gewerbe[4]	für das Baugewerbe[4]	Energie, Brenn- und Treibstoffe, Betriebsstoffe
Gewicht[5]	*100*	*66,0*	*34,0*	*9,3*	*90,7*	*11,3*	*6,3*	*4,8*	*10,9*	*73,8*	*10,0*	*16,2*
1985	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1986	89,3	95,4	77,6	92,8	89,0	48,4	91,6	102,5	89,4	88,5	99,6	87,0
1987	86,4	93,6	72,3	86,1	86,4	45,7	83,2	104,1	85,9	85,6	99,1	81,9
1988	88,6	96,0	74,3	88,1	88,7	39,2	92,2	105,9	88,7	88,8	100,5	80,4
1989	92,8	99,9	79,0	92,1	92,9	47,5	99,4	109,4	91,8	93,4	103,6	83,7
1990	91,4	99,4	75,7	86,9	91,8	51,3	92,0	113,6	88,9	90,5	107,0	85,5
1991	91,0	99,4	74,7	84,1	91,7	51,9	84,4	118,4	87,3	89,1	109,7	88,0
1992	89,9	99,6	71,0	83,8	90,5	47,4	80,1	122,7	83,2	87,5	112,4	86,9
1987 1. Vj.	85,6	93,1	71,3	86,3	85,6	45,0	83,1	103,3	84,6	84,7	98,8	81,9
2. Vj.	86,0	93,1	72,0	85,3	86,0	45,9	81,8	104,0	85,8	85,1	99,2	81,5
3. Vj.	86,9	93,8	73,4	85,7	87,0	47,6	83,0	104,5	86,7	86,2	99,4	82,5
4. Vj.	87,0	94,4	72,5	87,1	86,9	44,2	84,9	104,5	86,4	86,5	99,1	81,8
1988 1. Vj.	86,7	94,2	72,0	86,7	86,7	39,4	85,2	105,0	86,6	86,3	99,4	80,5
2. Vj.	87,9	95,2	73,7	86,5	88,1	40,1	90,0	105,7	87,5	87,9	100,1	80,6
3. Vj.	89,5	96,6	75,8	88,7	89,6	39,9	95,9	106,3	89,4	90,0	101,0	80,2
4. Vj.	90,4	97,9	75,8	90,4	90,4	37,6	97,7	106,7	91,3	91,1	101,5	80,2
1989 1. Vj.	92,4	99,2	79,0	91,3	92,5	44,2	99,1	107,9	93,2	93,2	102,2	82,2
2. Vj.	93,4	99,9	80,7	91,6	93,6	49,6	100,4	109,4	93,5	94,2	103,4	83,4
3. Vj.	93,1	100,3	78,9	92,9	93,1	47,4	100,6	110,0	91,0	93,6	104,1	83,8
4. Vj.	92,5	100,3	77,4	92,6	92,5	48,8	97,5	110,3	89,6	92,4	104,7	85,3
1990 1. Vj.	91,1	99,1	75,5	88,5	91,4	47,8	93,5	111,8	88,3	90,4	105,7	85,1
2. Vj.	90,7	99,4	73,8	88,1	91,0	41,9	94,1	113,6	87,7	90,0	106,9	84,4
3. Vj.	91,3	99,6	75,2	86,4	91,8	50,6	92,1	114,4	87,7	90,4	107,7	85,2
4. Vj.	92,4	99,6	78,2	84,5	93,1	65,1	88,1	114,7	92,0	91,4	107,6	87,4
1991 1. Vj.	91,0	99,4	74,7	83,9	91,8	53,3	85,5	116,4	91,0	89,3	108,5	87,8
2. Vj.	91,1	99,3	75,3	84,2	91,9	49,6	86,1	118,4	87,3	89,5	109,5	87,3
3. Vj.	91,1	99,4	75,0	83,4	91,9	52,3	83,8	119,1	86,1	89,1	110,1	88,6
4. Vj.	90,7	99,5	73,5	85,0	91,2	52,5	82,3	119,6	84,9	88,5	110,4	88,3
1992 1. Vj.	90,1	99,5	71,8	85,3	90,6	46,9	81,8	121,4	84,1	87,9	111,6	87,1
2. Vj.	90,5	100,0	72,2	84,9	91,2	48,7	81,7	122,7	83,6	88,3	112,5	87,3
3. Vj.	89,7	99,8	70,2	82,5	90,5	46,6	80,4	123,2	83,2	87,3	112,9	86,6
4. Vj.	89,0	99,0	69,7	82,4	89,7	47,3	76,5	123,3	81,7	86,4	112,7	86,6
1993 1. Vj.	88,6	98,6	69,2	79,7	89,5	46,9	76,2	123,9	80,6	85,7	113,5	86,3
2. Vj.	88,2	98,5	68,3	77,9	89,3	46,5	78,6	125,0	80,5	85,2	114,2	86,0
3. Vj.	88,0	98,1	68,2	76,2	89,2	44,9	80,5	125,4	80,1	84,9	114,1	85,8

[1] Nachfolger des „Index der Grundstoffpreise". Nähere Erläuterungen zur „Neuberechnung des Preisindex für den Wareneingang des Produzierenden Gewerbes" siehe WiSta 12/90, S. 866ff. — Ohne Mehrwertsteuer und Einfuhrumsatzsteuer.

[2] Im wesentlichen Rohbenzin, Kraftstoffe und Heizöle.

[3] Anorganische und organische Grundstoffe und Chemikalien; Kunststoffe und synthetischer Kautschuk; Chemiefasern; Farbstoffe, Farben und verwandte Erzeugnisse; pharmazeutische Grundstoffe sowie sonstige chemische Erzeugnisse.

[4] Ohne Energie, Brenn-, Treib- und Betriebsstoffe.

[5] Anteil am „Wareneingang insgesamt" im Jahre 1985 in vH.

Tabelle 77*

Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte

Früheres Bundesgebiet

Inlandsabsatz[1])

1985 = 100

Zeitraum	Insgesamt	Bergbauliche Erzeugnisse[2])	Elektrizität[3]), Erdgas, Fernwärme, Wasser	Erzeugnisse des Verarbeitenden Gewerbes					Fertigerzeugnisse	
				zusammen	Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	Investitionsgüter (produzierendes Gewerbe)	Verbrauchsgüter (produzierendes Gewerbe)	Nahrungs- und Genußmittelgewerbe	Investitionsgüter[4])	Verbrauchsgüter[4])[5])
1962	44,7	22,2	34,6	47,3	45,6	45,6	46,6	55,8	40,3	43,3
1963	45,0	22,6	34,5	47,5	45,2	45,8	47,4	56,5	40,7	43,7
1964	45,5	22,5	34,8	48,1	45,6	46,4	48,4	56,9	41,4	44,2
1965	46,6	23,5	35,7	49,2	46,5	47,8	49,5	57,7	42,7	45,2
1966	47,4	23,4	36,1	50,1	47,0	48,7	50,8	59,0	43,7	46,3
1967	46,9	23,4	36,5	49,6	45,9	48,2	50,4	59,5	43,6	46,5
1968	46,6	23,4	36,6	49,1	45,3	48,1	50,2	58,7	43,7	46,1
1969	47,5	24,1	36,1	50,1	46,0	49,7	51,2	59,3	45,4	46,0
1970	49,8	27,3	36,3	52,7	48,0	53,6	53,1	60,6	49,6	48,0
1971	51,9	30,2	37,4	54,9	49,2	56,9	55,2	62,8	53,5	50,3
1972	53,3	32,0	40,0	56,2	49,2	58,5	57,1	65,3	55,4	52,1
1973	56,8	33,7	41,8	60,0	53,5	61,0	61,4	70,8	58,0	56,0
1974	64,4	43,1	45,0	68,0	66,0	66,7	68,6	74,8	63,2	62,6
1975	67,4	53,9	53,8	70,2	65,4	71,5	70,4	77,6	68,6	66,1
1976	69,9	57,5	57,4	72,5	67,4	74,0	72,5	80,6	71,6	68,5
1977	71,9	57,7	58,7	74,6	67,3	76,7	74,6	86,1	74,6	69,8
1978	72,7	61,5	60,8	75,1	66,7	78,5	75,8	85,4	77,0	71,3
1979	76,2	63,5	62,0	79,0	73,8	80,7	79,6	85,7	79,6	77,1
1980	81,9	74,5	68,5	84,5	82,4	84,5	85,2	87,8	83,4	84,1
1981	88,3	86,2	81,8	89,6	90,4	88,0	89,4	91,8	87,0	91,0
1982	93,5	92,9	92,2	93,9	93,8	93,0	92,9	97,2	92,1	94,0
1983	94,9	94,8	93,4	95,3	93,4	95,5	94,5	99,3	94,9	94,8
1984	97,6	98,1	96,5	97,9	97,2	97,6	97,5	100,8	97,3	97,1
1985	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1986	97,5	97,4	96,4	97,6	89,1	102,1	101,0	99,1	102,6	94,8
1987	95,1	96,9	83,3	97,2	86,3	103,8	101,9	96,8	104,9	95,1
1988	96,3	97,0	82,8	98,8	87,9	105,5	103,8	98,0	107,0	95,5
1989	99,3	98,6	84,4	102,2	93,4	107,8	106,5	100,4	109,7	100,1
1990	101,0	100,3	87,3	103,7	93,1	110,7	109,1	100,7	112,9	102,9
1991	103,4	100,8	91,3	105,8	93,6	114,0	112,1	102,2	116,6	107,2
1992	104,8	105,2	90,6	107,5	92,4	117,2	114,1	105,5	120,0	110,5
1989 1. Vj.	98,4	97,3	83,5	101,3	92,8	107,0	105,5	99,3	108,8	98,7
2. Vj.	99,2	97,5	83,3	102,4	94,3	107,8	106,4	100,1	109,6	100,9
3. Vj.	99,4	99,4	84,2	102,4	93,2	108,1	106,9	100,9	110,0	100,2
4. Vj.	100,0	100,1	86,7	102,6	93,3	108,4	107,3	101,1	110,5	100,8
1990 1. Vj.	100,1	100,2	86,8	102,7	92,2	109,4	108,0	100,5	111,5	101,2
2. Vj.	100,8	99,8	88,8	103,1	91,6	110,5	108,7	100,7	112,7	101,3
3. Vj.	101,2	100,1	87,6	103,9	93,2	111,1	109,4	100,7	113,4	103,7
4. Vj.	101,8	101,1	86,1	104,9	95,4	111,6	110,1	100,7	114,0	105,5
1991 1. Vj.	102,2	100,3	87,4	105,1	94,2	112,5	111,1	101,2	115,0	105,3
2. Vj.	103,0	99,8	92,1	105,2	92,1	113,9	111,8	101,8	116,5	105,5
3. Vj.	104,1	100,7	93,2	106,3	94,2	114,6	112,5	102,4	117,2	108,2
4. Vj.	104,3	102,0	92,4	106,6	93,8	115,0	112,8	103,6	117,6	109,8
1992 1. Vj.	104,3	104,3	90,9	106,9	92,5	115,9	113,4	104,8	118,5	109,4
2. Vj.	105,1	105,3	91,3	107,7	92,9	117,2	113,9	105,8	120,0	110,8
3. Vj.	105,1	105,5	90,8	107,8	92,4	117,7	114,3	105,8	120,6	110,7
4. Vj.	104,8	105,6	89,5	107,7	91,6	117,9	114,6	105,6	120,9	111,1
1993 1. Vj.	104,8	105,6	89,8	107,7	90,6	118,6	114,7	105,9	121,6	111,8
2. Vj.	104,9	105,3	90,0	107,7	90,1	118,9	114,8	105,7	122,1	112,3
3. Vj.	104,8	105,9	90,4	107,5	89,6	119,0	114,8	105,6	122,2	112,2

[1]) Ohne Umsatz-(Mehrwert-)steuer.
[2]) Ohne Erdgas.
[3]) Im Preisindex für elektrischen Strom ist die Ausgleichsabgabe nach dem dritten Verstromungsgesetz berücksichtigt.
[4]) Fertigerzeugnisse nach ihrer vorwiegenden Verwendung gruppiert.
[5]) Ohne Nahrungs- und Genußmittel.

Index der Ausfuhrpreise[1])

Früheres Bundesbebiet

1985 = 100

Zeitraum	Insgesamt	Güter der Ernährungswirtschaft[2])	Güter der gewerblichen Wirtschaft					
			zusammen[2])	Rohstoffe[2])	Halbwaren[2])	Fertigwaren[2])	Investitionsgüter[3])	Verbrauchsgüter[3])
1962	45,4	50,4	45,0	42,7	34,8	46,3	40,5	46,4
1963	45,4	55,2	45,0	43,1	34,4	46,3	41,0	46,7
1964	46,5	55,6	46,1	44,8	35,7	47,2	41,8	47,5
1965	47,5	56,0	47,1	44,7	36,7	48,4	43,2	48,7
1966	48,5	57,4	48,1	44,8	37,7	49,4	44,4	50,3
1967	48,5	56,4	48,1	43,2	37,7	49,5	44,9	51,1
1968	48,0	55,3	47,6	42,5	37,4	48,9	44,7	50,9
1969	49,9	56,4	49,6	42,9	38,4	51,1	47,0	51,8
1970	51,4	57,1	51,1	43,5	39,5	52,7	49,5	52,7
1971	53,2	58,5	52,9	46,6	39,4	54,6	52,8	55,2
1972	54,3	61,3	53,9	49,0	38,1	55,9	55,1	56,9
1973	57,8	68,2	57,3	51,4	44,7	58,9	57,8	60,0
1974	67,6	75,4	67,1	60,2	66,2	67,3	62,9	67,6
1975	70,2	75,4	69,8	68,7	62,0	70,7	68,3	71,6
1976	72,9	77,9	72,6	73,3	64,1	73,5	72,2	74,8
1977	74,2	81,5	73,8	72,6	62,5	75,0	75,3	76,9
1978	75,3	81,1	75,0	71,9	61,4	76,5	77,4	78,8
1979	78,9	83,6	78,6	75,6	70,9	79,5	79,7	81,1
1980	83,8	88,7	83,6	79,4	80,7	84,0	83,4	86,5
1981	88,7	94,4	88,4	87,1	90,9	88,2	87,1	91,1
1982	92,5	95,6	92,4	91,4	93,0	92,4	91,7	94,5
1983	94,1	97,6	94,0	90,3	92,9	94,2	94,4	96,0
1984	97,4	101,3	97,2	97,2	97,7	97,2	97,0	98,0
1985	100	100	100	100	100	100	100	100
1986	98,2	93,1	98,5	90,4	82,6	100,0	102,4	100,0
1987	97,3	88,7	97,7	83,6	75,9	99,9	104,0	101,0
1988	99,3	91,5	99,8	83,3	79,3	101,9	106,0	101,9
1989	102,1	94,3	102,6	86,9	83,4	104,6	108,7	103,1
1990	102,2	90,3	102,8	84,0	80,0	105,2	110,8	103,1
1991	103,5	90,9	104,3	80,7	76,9	107,1	111,7	105,5
1992	104,5	91,1	105,2	79,8	74,1	108,4	116,3	106,9
1989 1. Vj.	101,7	94,1	102,1	86,2	83,9	104,0	107,7	103,0
2. Vj.	102,5	95,0	102,9	86,4	84,2	104,9	108,9	103,7
3. Vj.	102,4	94,9	102,8	87,2	83,2	104,9	109,2	103,2
4. Vj.	102,0	93,3	102,5	87,6	82,3	104,5	109,1	102,3
1990 1. Vj.	101,8	91,2	102,4	87,1	80,4	104,6	109,6	102,3
2. Vj.	102,1	90,4	102,8	85,3	80,0	105,1	110,7	102,8
3. Vj.	102,4	89,8	103,1	82,8	79,8	105,5	111,3	103,6
4. Vj.	102,4	89,9	103,1	80,9	79,6	105,6	111,6	103,6
1991 1. Vj.	102,9	89,9	103,6	80,3	77,9	106,3	112,5	104,3
2. Vj.	103,8	91,5	104,5	80,8	77,4	107,3	113,5	105,7
3. Vj.	103,8	91,1	104,6	80,9	76,7	107,5	114,0	106,1
4. Vj.	103,6	91,2	104,4	80,7	75,8	107,3	114,2	105,9
1992 1. Vj.	104,2	92,0	104,9	80,7	74,9	108,0	115,3	106,2
2. Vj.	104,8	92,1	105,6	80,2	75,2	108,7	116,5	107,2
3. Vj.	104,6	90,8	105,4	79,1	73,8	108,6	116,9	107,0
4. Vj.	104,2	89,4	105,1	79,1	72,3	108,4	116,7	107,2
1993 1. Vj.	104,5	88,5	105,5	78,7	71,7	108,9	117,3	108,2
2. Vj.	104,8	88,3	105,8	78,0	71,4	109,3	118,0	109,1
3. Vj.	104,9	88,5	105,8	78,1	71,7	109,4	118,2	109,2

[1]) Preise bei Vertragsabschluß (Effektivpreise); fob. Ohne Umsatz-(Mehrwert-)steuer, Verbrauchsteuern und Exporthilfen.
[2]) Nach Warengruppen der Außenhandelsstatistik gruppiert.
[3]) Hauptsächlich Enderzeugnisse, nach ihrer vorwiegenden Verwendung gruppiert.

Tabelle 79*

Index der Einfuhrpreise [1])

Früheres Bundesgebiet

1985 = 100

Zeitraum	Insgesamt	Güter der Ernährungswirtschaft [2])	Güter der gewerblichen Wirtschaft					
			zusammen [2])	Rohstoffe [2])	Halbwaren [2])	Fertigwaren [2])	Investitionsgüter [3])	Verbrauchsgüter [3])
1962	40,1	57,4	37,4	20,0	26,1	56,2	57,0	42,9
1963	40,9	60,0	37,7	20,1	26,3	56,8	58,4	43,8
1964	41,6	60,8	38,4	20,3	27,2	57,7	59,3	42,3
1965	42,6	63,6	39,0	20,1	28,4	58,3	60,4	41,6
1966	43,4	63,6	40,0	20,5	29,7	59,5	62,1	42,5
1967	42,4	61,5	39,4	20,0	29,2	59,0	61,4	43,7
1968	42,1	59,2	39,5	20,0	29,8	58,4	61,8	44,5
1969	42,8	61,2	40,0	19,6	30,9	59,2	62,0	44,0
1970	42,4	60,8	39,5	19,1	30,9	58,6	60,6	43,9
1971	42,6	59,8	39,9	20,9	29,0	59,1	61,9	45,5
1972	42,3	61,5	39,3	20,3	27,6	59,1	61,8	45,8
1973	47,7	74,0	43,6	23,8	35,3	61,4	62,0	52,5
1974	61,3	80,6	58,4	44,8	49,7	69,1	65,4	60,2
1975	60,3	75,9	57,9	43,4	45,5	72,1	71,8	62,5
1976	64,0	82,1	61,3	47,2	48,5	74,7	75,9	65,7
1977	65,0	89,4	61,3	46,8	47,5	75,4	75,9	66,9
1978	62,6	80,9	59,8	41,5	45,9	76,0	77,3	67,2
1979	69,8	81,9	68,0	50,5	63,3	79,3	78,2	79,4
1980	80,3	84,6	79,7	74,5	75,7	84,2	81,7	85,6
1981	91,3	91,0	91,3	97,4	89,9	90,3	89,3	93,0
1982	93,4	92,2	93,5	97,0	93,2	93,2	91,7	96,0
1983	93,1	95,8	92,7	92,3	91,0	94,4	93,4	95,4
1984	98,6	102,5	98,1	99,8	99,6	97,7	97,2	97,9
1985	100	100	100	100	100	100	100	100
1986	84,3	90,7	83,4	54,0	66,1	96,6	97,1	89,0
1987	79,8	82,6	79,4	50,4	57,4	94,2	95,3	87,7
1988	80,8	84,6	80,2	47,2	58,9	95,7	96,0	87,2
1989	84,4	85,2	84,2	54,9	65,4	98,0	98,1	90,1
1990	82,5	82,0	82,5	54,7	62,8	96,3	96,8	90,8
1991	82,8	84,3	82,5	53,5	61,0	97,2	99,4	92,4
1992	80,1	81,9	79,9	48,5	54,6	96,5	98,7	91,7
1989 1. Vj.	84,2	87,7	83,7	52,6	64,6	98,0	98,0	89,0
2. Vj.	85,5	87,1	85,2	57,2	66,8	98,5	98,3	90,4
3. Vj.	84,2	82,7	84,4	55,4	65,2	98,2	98,4	90,3
4. Vj.	83,5	83,1	83,5	54,4	65,0	97,2	97,7	90,7
1990 1. Vj.	82,4	84,6	82,0	52,8	61,8	96,3	96,8	89,7
2. Vj.	81,2	82,4	81,0	48,3	59,9	96,4	97,0	88,9
3. Vj.	82,1	80,0	82,4	52,6	63,7	96,3	96,8	91,4
4. Vj.	84,2	81,2	84,6	64,9	65,6	96,2	96,7	93,4
1991 1. Vj.	82,6	84,2	82,3	53,3	62,2	96,6	97,6	91,9
2. Vj.	83,3	84,6	83,2	53,5	62,3	97,7	100,0	92,1
3. Vj.	83,0	83,0	82,9	54,2	61,0	97,7	100,4	93,0
4. Vj.	82,1	85,4	81,6	52,9	58,5	96,8	99,5	92,7
1992 1. Vj.	81,1	86,5	80,3	48,5	55,4	96,8	99,8	91,4
2. Vj.	81,1	82,9	80,8	50,3	56,3	97,0	100,1	92,4
3. Vj.	79,2	78,4	79,4	47,5	53,9	96,2	99,0	91,4
4. Vj.	79,0	79,7	79,0	47,6	52,9	95,8	96,1	91,7
1993 1. Vj.	79,0	80,5	78,8	47,4	52,7	95,7	99,3	92,0
2. Vj.	78,4	77,6	78,6	46,7	52,5	95,6	99,4	92,4
3. Vj.	78,4	78,2	78,4	45,8	52,2	95,6	100,1	92,1

[1]) Preise bei Vertragsabschluß (Effektivpreise); cif. Ohne Zölle, Abschöpfungen, Währungsausgleichsbeträge und Einfuhrumsatzsteuer.
[2]) Nach Warengruppen der Außenhandelsstatistik gruppiert.
[3]) Hauptsächlich Enderzeugnisse, nach ihrer vorwiegenden Verwendung gruppiert.

Preisindizes für Neubau und Instandhaltung, Baulandpreise [1])

Früheres Bundesgebiet

1985 = 100

Zeitraum [2])	Neubau						Instandhaltung von Mehrfamiliengebäuden [3])	Baureifes Land
	Bauleistungen am Bauwerk für					Straßenbauleistungen insgesamt		
	Wohngebäude		Bürogebäude	gewerbliche	landwirtschaftliche			
	insgesamt	gemischtgenutzte Gebäude		Betriebsgebäude				
1960	26,2	26,9	26,9	27,6	26,7	43,3	25,9	.
1961	28,1	28,8	28,7	29,3	28,4	45,4	28,1	.
1962	30,5	31,1	31,0	31,5	30,6	48,4	30,1	12,8
1963	32,1	32,7	32,6	32,9	32,3	50,3	31,4	14,6
1964	33,6	34,2	33,9	34,2	33,7	49,9	32,8	15,9
1965	35,0	35,6	35,2	35,5	34,9	47,3	34,5	18,9
1966	36,1	36,8	36,4	36,5	35,9	46,7	35,8	20,3
1967	35,3	35,9	35,5	34,7	35,2	44,5	35,4	22,1
1968	36,9	37,4	36,9	36,6	36,6	46,6	36,9	24,4
1969	39,0	39,6	39,2	39,8	38,7	48,6	38,6	25,7
1970	45,4	46,1	45,8	47,0	45,4	55,7	43,3	26,5
1971	50,1	50,8	50,5	52,1	50,1	60,1	47,9	28,9
1972	53,5	54,0	53,8	54,7	53,5	60,9	50,9	34,7
1973	57,4	57,8	57,6	58,0	57,3	62,7	54,5	35,1
1974	61,6	61,8	61,5	61,4	61,2	68,8	59,9	34,7
1975	63,1	63,2	62,8	63,1	62,5	70,4	62,6	38,0
1976	65,2	65,4	64,9	65,6	64,8	71,5	64,9	42,0
1977	68,4	68,5	67,9	68,4	68,1	73,5	68,1	46,5
1978	72,6	72,6	71,8	72,1	72,4	78,3	71,6	51,6
1979	79,0	78,8	77,5	77,8	78,9	86,5	76,1	59,6
1980	87,4	87,1	85,6	85,8	87,5	97,4	82,8	70,6
1981	92,5	92,2	90,7	91,1	92,6	100,0	88,2	82,8
1982	95,2	95,1	94,1	94,8	95,2	97,7	92,3	96,1
1983	97,2	97,1	96,3	96,9	97,1	96,9	95,2	103,3
1984	99,6	99,5	99,1	99,3	99,5	98,2	98,2	105,0
1985	100	100	100	100	100	100	100	100
1986	101,4	101,4	101,8	102,1	101,4	102,1	102,1	104,3
1987	103,3	103,4	104,1	104,4	103,4	103,2	104,7	108,6
1988	105,5	105,5	106,7	106,6	105,5	104,3	107,6	110,0
1989	109,4	109,4	110,6	110,3	109,3	106,6	111,3	108,9
1990	116,4	116,3	117,0	117,1	116,8	113,2	117,1	107,0
1991	124,3	124,0	124,4	124,4	124,7	121,0	124,6	108,0
1992	131,3	130,8	131,2	130,5	132,0	127,7	132,9	109,0
1989 Feb	107,5	107,6	108,9	108,4	107,4	105,2	109,6	109,8
Mai	109,1	109,1	110,3	109,8	109,0	106,3	110,9	109,6
Aug	110,0	110,1	111,2	111,0	110,0	107,0	112,1	111,4
Nov	110,8	110,8	111,9	111,9	110,8	107,8	112,7	113,8
1990 Feb	113,2	113,2	114,1	114,0	113,5	110,0	114,6	99,7
Mai	116,2	116,1	116,6	116,6	116,5	113,1	116,6	109,5
Aug	117,6	117,5	118,1	118,4	118,0	114,2	118,3	109,4
Nov	118,6	118,5	119,1	119,5	119,0	115,5	119,0	117,5
1991 Feb	120,5	120,3	121,1	121,1	120,8	117,3	121,0	108,5
Mai	124,3	124,0	124,2	124,1	124,6	121,0	124,2	121,3
Aug	125,8	125,5	125,7	125,8	126,3	122,4	126,3	112,5
Nov	126,5	126,2	126,6	126,5	127,0	123,3	127,0	114,4
1992 Feb	128,5	128,1	128,6	128,1	129,2	125,3	129,2	101,2
Mai	131,0	130,6	131,0	130,1	131,6	127,7	132,1	109,9
Aug	132,7	132,1	132,4	131,8	133,3	128,9	134,8	110,7
Nov	133,1	132,5	132,8	131,9	133,7	128,9	135,4	107,5
1993 Feb	135,4	134,7	135,3	134,0	136,0	130,5	138,2	108,2
Mai	137,4	136,7	137,0	135,6	137,9	131,6	140,0	...
Aug	138,0	137,2	137,6	136,2	138,5	131,2	141,5	...

[1]) Einschließlich Umsatz-(Mehrwert-)steuer.
[2]) Bis 1965 ohne Berlin (West).
[3]) Einschließlich Schönheitsreparaturen.

Tabelle 81*

Preisindex für die Lebenshaltung[1])
Früheres Bundesgebiet
4-Personen-Haushalte[2])
1970 = 100

Zeitraum[3])	Gesamtlebenshaltung	Ernährung	Getränke und Tabakwaren	Wohnung	Heizung und Beleuchtung	Hausrat	Bekleidung	Reinigung und Körperpflege	Bildung, Unterhaltung und Erholung	Verkehr
1950	64,5	64,6	103,5	41,4	56,0	84,2	76,4	65,2	55,2	61,2
1951	69,6	70,6	101,5	42,1	60,6	93,1	84,7	70,1	59,8	68,6
1952	71,0	73,7	103,1	42,8	65,1	92,3	78,9	69,6	61,4	71,6
1953	69,8	72,5	96,6	44,3	67,2	87,6	74,8	67,7	60,6	72,2
1954	69,9	73,4	89,6	44,3	70,9	86,1	73,8	67,3	59,6	72,7
1955	71,0	74,9	88,8	45,6	72,6	86,7	73,8	69,1	60,9	73,1
1956	72,8	77,1	88,6	48,6	74,0	88,5	74,5	70,4	62,5	72,4
1957	74,4	78,4	88,5	49,2	75,9	91,8	77,3	71,6	64,5	73,0
1958	75,9	80,0	88,3	50,0	79,1	92,3	79,6	73,2	66,2	78,5
1959	76,7	81,4	87,4	51,3	79,8	91,1	79,3	74,0	67,3	79,7
1960	77,8	81,9	87,3	54,4	80,7	91,0	80,8	75,1	69,1	80,9
1961	79,6	82,8	87,3	59,1	82,1	92,9	82,6	77,1	71,6	83,2
1962	81,9	86,1	88,1	61,1	83,6	94,4	84,8	79,9	74,8	84,2
1963	84,4	88,9	88,9	64,6	85,8	94,8	86,8	81,8	77,6	87,8
1964	86,4	91,0	89,5	68,6	87,0	95,5	88,5	83,3	80,2	88,7
1965	89,3	95,2	89,7	72,6	88,6	97,2	90,9	85,9	83,3	89,6
1966	92,4	97,5	93,3	79,2	89,7	98,4	93,8	89,7	86,6	93,1
1967	93,8	96,9	95,9	84,1	90,6	97,8	95,1	91,1	89,6	96,0
1968	95,0	95,0	97,5	89,5	96,9	96,6	95,1	95,7	93,9	97,9
1969	96,9	97,7	97,4	96,1	97,1	96,7	96,0	96,9	95,5	97,5
1970	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1971	105,1	104,3	102,5	105,9	103,4	104,1	106,0	105,0	104,4	109,2
1972	110,7	110,3	108,0	112,1	107,3	107,8	112,5	109,7	108,9	115,9
1973	118,2	118,5	115,4	119,4	120,1	111,7	121,1	115,0	115,6	123,2
1974	126,3	125,4	118,2	126,3	137,0	119,5	130,0	122,7	126,3	134,0
1975	134,0	132,9	121,8	135,8	154,0	125,7	136,6	130,2	135,5	140,9
1976	139,9	140,2	126,0	143,0	163,6	128,4	141,4	134,3	141,0	147,0
1977	144,8	143,7	140,3	147,7	165,1	132,6	148,4	138,0	145,3	150,2
1978	148,4	146,2	141,0	151,9	169,1	136,3	155,1	142,0	149,9	154,1
1979	154,0	149,0	142,6	156,9	196,4	139,7	162,1	146,3	155,8	161,7
1980	162,1	155,3	147,0	165,1	215,5	146,5	171,9	152,1	163,0	173,3
1981	172,3	163,6	151,5	172,6	252,1	153,7	180,8	160,2	173,3	188,1
1982	181,5	171,6	166,8	181,4	272,6	159,4	189,1	171,9	183,5	193,8
1983	187,4	174,9	174,3	191,2	270,9	162,8	194,9	181,3	192,3	200,5
1984	191,9	178,1	174,9	198,5	279,7	165,6	199,9	183,8	198,2	204,9
1985	195,7	178,9	178,0	204,8	290,2	167,6	204,7	188,2	202,4	210,2
1986	195,3	178,6	182,5	208,6	263,9	167,7	209,0	191,4	206,7	203,4
1987	195,5	178,2	179,6	211,9	237,3	170,5	211,7	194,6	210,5	204,4
1988	197,6	178,4	179,7	216,9	231,1	171,7	214,4	198,7	216,1	207,0
1989	203,3	182,0	185,0	223,9	240,1	174,0	217,3	206,3	221,2	217,5
1990	208,8	188,1	188,9	231,3	250,2	177,0	220,5	210,1	227,5	222,2
1991	216,2	193,8	192,0	241,0	262,3	181,8	226,2	214,9	234,6	233,9
1992	224,9	199,4	201,1	254,5	265,0	187,6	232,6	223,6	246,1	244,7
1992 1. Vj.	222,1	198,8	197,7	248,7	264,3	186,5	230,4	220,1	242,5	241,3
2. Vj.	224,7	201,1	201,0	252,4	265,2	187,3	232,0	222,2	244,9	245,0
3. Vj.	225,5	199,2	202,3	256,0	265,0	187,4	233,1	224,0	247,2	245,6
4. Vj.	227,2	198,4	203,2	260,7	265,3	188,9	235,0	228,3	249,7	246,9
1993 1. Vj.	231,0	201,0	208,3	265,3	268,2	192,2	236,8	236,2	252,6	251,9
2. Vj.	233,2	203,0	209,4	268,8	268,3	193,6	238,6	239,6	255,0	254,3
3. Vj.	234,1	201,5	209,9	271,9	268,3	194,3	239,5	240,5	257,8	255,5

[1]) Gliederung nach Bedarfsgruppen.
[2]) Von Arbeitern und Angestellten mit mittlerem Einkommen.
[3]) Bis 1959 ohne Saarland; bis 1961 ohne Berlin (West).

Preisindex für die Lebenshaltung [1])
Früheres Bundesgebiet
4-Personen-Haushalte [2])
1985 = 100

Zeitraum	Gesamtlebenshaltung		Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren [3])	Bekleidung, Schuhe [4])	Wohnungsmieten	Energie [5]) (ohne Kraftstoffe)	Möbel, Haushaltsgeräte [6])	Güter für			
	einschl. Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren [3])	ohne Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren [3])						die Gesundheits- und Körperpflege	Verkehr und Nachrichtenübermittlung	Bildung, Unterhaltung, Freizeit	die persönliche Ausstattung, Dienstleistungen des Beherbergungsgewerbes sowie Güter sonstiger Art
1962	41,8	38,6	48,4	41,6	29,7	28,2	49,8	38,2	39,0	47,2	38,8
1963	43,1	39,8	49,8	42,6	31,3	29,0	50,7	39,3	40,8	47,8	40,1
1964	44,1	40,8	50,9	43,4	33,2	29,4	51,5	40,3	41,2	48,8	41,4
1965	45,6	42,0	52,7	44,6	35,1	29,9	52,8	41,7	41,6	50,1	42,6
1966	47,2	43,8	54,2	46,0	38,5	30,4	53,9	44,0	43,3	51,5	44,0
1967	47,9	44,9	54,2	46,7	41,0	30,7	53,9	44,9	44,6	52,6	45,8
1968	48,5	46,3	53,6	46,6	43,8	32,8	53,7	47,8	45,4	54,3	47,7
1969	49,5	47,2	54,7	47,0	47,0	32,9	53,8	48,5	45,1	54,8	48,5
1970	51,1	48,9	56,0	49,0	48,9	33,9	55,6	50,4	46,4	57,5	49,6
1971	53,7	51,8	58,1	52,0	51,8	35,0	58,3	53,3	49,3	60,3	54,7
1972	56,6	54,5	61,4	55,1	54,7	36,4	60,5	56,0	52,3	62,5	57,4
1973	60,4	58,0	65,9	59,2	58,4	40,8	62,7	59,2	55,9	65,8	60,6
1974	64,5	62,5	69,1	63,6	61,7	46,7	67,2	63,6	61,5	71,6	63,9
1975	68,4	66,7	72,8	66,8	66,3	52,4	71,2	67,6	65,4	76,1	66,1
1976	71,5	69,4	76,4	69,1	69,8	55,8	73,0	70,1	68,7	78,3	68,0
1977	73,9	71,4	79,9	72,5	72,1	56,3	75,2	72,4	70,0	79,6	71,6
1978	75,8	73,6	81,0	75,8	74,2	57,7	77,8	74,9	72,1	81,0	74,0
1979	78,7	77,1	82,5	79,3	76,6	67,3	80,2	77,6	75,6	83,1	77,4
1980	82,8	81,6	85,8	84,0	80,6	73,9	85,1	81,2	81,8	85,1	80,7
1981	88,1	87,4	89,9	88,3	84,2	86,8	90,0	84,9	89,4	88,8	86,1
1982	92,7	91,6	95,4	92,4	88,5	93,9	94,1	91,4	92,2	92,9	90,8
1983	95,8	95,0	97,8	95,2	93,4	93,2	96,7	96,9	95,5	96,1	94,7
1984	98,0	97,5	99,2	97,7	96,9	96,3	98,6	98,8	97,7	98,5	96,7
1985	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1986	99,8	99,6	100,5	102,1	101,8	90,6	101,1	101,2	94,9	100,9	104,4
1987	99,9	99,9	99,9	103,4	103,4	81,2	102,2	102,4	95,5	101,6	107,0
1988	101,0	101,3	100,0	104,7	105,9	79,0	103,2	103,2	96,7	102,8	110,6
1989	103,9	104,5	102,3	106,1	109,3	82,2	104,7	108,9	101,9	104,0	114,1
1990	106,7	107,2	105,4	107,7	112,9	85,7	106,9	110,7	104,7	106,1	116,3
1991	110,5	108,9	108,2	110,5	117,7	90,0	110,0	113,6	111,0	108,3	119,8
1992	114,9	113,9	111,8	113,6	124,2	90,8	113,6	117,5	116,2	112,7	125,8
1990 1. Vj.	105,7	106,1	104,8	106,9	111,5	84,6	106,0	110,0	102,8	106,2	115,6
2. Vj.	106,4	106,5	105,8	107,3	112,5	84,0	106,7	110,4	103,1	106,0	116,4
3. Vj.	106,9	107,5	105,4	107,7	113,5	85,5	107,2	110,9	105,4	105,9	116,3
4. Vj.	107,9	108,6	105,5	108,7	114,3	88,8	107,7	111,4	107,5	106,6	116,7
1991 1. Vj.	108,7	109,3	106,8	109,3	115,5	89,8	108,4	112,2	106,2	107,7	118,4
2. Vj.	109,8	110,3	108,2	110,1	117,1	88,7	109,6	113,0	108,3	108,1	118,6
3. Vj.	111,4	112,4	108,6	110,7	118,4	90,0	110,4	114,1	114,7	108,2	120,9
4. Vj.	112,2	113,2	109,2	111,8	119,6	91,3	111,4	115,0	114,6	109,1	121,4
1992 1. Vj.	113,5	114,3	111,1	112,6	121,4	90,6	112,3	116,2	114,5	111,9	123,8
2. Vj.	114,8	115,6	112,5	113,3	123,2	90,9	113,3	117,1	116,4	112,3	125,1
3. Vj.	115,2	116,4	111,9	113,9	125,0	90,8	114,0	117,9	116,8	112,6	126,0
4. Vj.	116,1	117,6	111,7	114,8	127,3	90,9	114,7	118,6	117,0	114,0	128,2
1993 1. Vj.	118,0	119,6	113,5	115,7	129,5	91,9	115,9	122,6	119,4	115,3	131,7
2. Vj.	119,2	120,8	114,5	116,6	131,2	91,9	116,9	124,9	120,6	115,9	132,8
3. Vj.	119,6	121,6	114,0	117,0	132,7	91,9	117,4	125,4	121,1	116,6	134,5

[1]) Gliederung in Haupt-/Untergruppen nach der Systematik der Einnahmen und Ausgaben der privaten Haushalte (Ausgabe 1983).
[2]) Von Arbeitern und Angestellten mit mittlerem Einkommen.
[3]) Einschließlich Verzehr von Speisen und Getränken in Kantinen und Gaststätten.
[4]) Einschließlich Änderungen und Reparaturen.
[5]) Elektrizität, Gas, flüssige und feste Brennstoffe sowie Umlagen für Zentralheizung und Fernwärme.
[6]) Einschließlich anderer Güter für die Haushaltsführung.

Tabelle 83*

Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte[1])

Früheres Bundesgebiet

1985 = 100

Zeitraum	Gesamtlebenshaltung		Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren[2])	Bekleidung, Schuhe[3])	Wohnungsmieten	Energie[4]) (ohne Kraftstoffe)	Möbel, Haushaltsgeräte[5])	Güter für			
	einschl. Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren[2])	ohne Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren[2])						die Gesundheits- und Körperpflege	Verkehr und Nachrichtenübermittlung	Bildung, Unterhaltung, Freizeit	die persönliche Ausstattung, Dienstleistungen des Beherbergungsgewerbes sowie Güter sonstiger Art
1962	41,1	38,3	48,0	43,0	31,0	25,2	48,0	33,8	38,6	46,1	41,6
1963	42,4	39,5	49,4	43,8	32,7	26,0	48,9	34,9	39,9	47,4	42,4
1964	43,3	40,4	50,5	44,4	34,6	26,5	49,4	36,2	40,3	49,2	43,0
1965	44,7	41,7	52,3	45,4	36,5	27,0	50,3	37,9	40,7	50,8	44,1
1966	46,3	43,3	53,9	46,7	39,4	27,4	51,3	40,5	42,3	52,6	45,2
1967	47,1	44,5	53,8	47,2	42,1	27,8	51,4	41,8	43,7	54,3	46,2
1968	47,8	45,8	53,4	47,2	45,2	29,3	51,5	44,1	44,9	55,8	47,6
1969	48,8	46,6	54,6	47,7	48,0	29,3	51,8	45,2	44,6	56,3	48,4
1970	50,4	48,5	55,9	49,7	50,1	30,6	53,9	47,7	45,9	59,1	49,3
1971	53,1	51,4	58,0	52,5	53,2	32,3	56,8	50,9	49,0	61,8	52,9
1972	56,0	54,1	61,3	55,8	56,4	33,8	59,2	54,2	52,4	63,9	55,2
1973	59,9	57,8	65,9	59,9	59,7	39,3	61,7	58,0	56,3	67,2	58,1
1974	64,1	62,5	69,0	64,5	62,7	45,9	66,4	62,8	62,0	72,9	61,4
1975	67,9	66,4	72,6	67,7	66,8	50,7	70,6	67,3	65,9	77,3	63,8
1976	70,8	69,2	76,0	69,9	70,1	54,2	72,8	70,4	68,7	79,7	65,9
1977	73,4	71,4	79,7	73,3	72,4	54,6	75,0	73,2	70,2	81,0	69,4
1978	75,4	73,7	80,8	76,6	74,6	56,0	77,7	76,1	72,2	82,4	72,1
1979	78,5	77,3	82,2	79,9	77,0	67,7	80,2	79,4	75,5	84,5	75,4
1980	82,8	81,9	85,5	84,5	80,8	74,9	85,1	83,8	81,2	86,2	80,1
1981	88,0	87,4	89,7	88,8	84,4	87,0	90,0	88,1	88,2	89,4	85,8
1982	92,6	91,8	95,2	92,7	88,7	94,0	94,1	93,0	91,4	93,1	91,0
1983	95,7	95,0	97,7	95,5	93,4	93,2	96,8	96,9	95,1	96,1	94,9
1984	98,0	97,6	99,2	97,7	97,0	96,4	98,6	98,8	97,5	98,5	96,7
1985	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1986	99,9	99,7	100,6	101,9	101,8	88,5	101,1	101,4	96,4	100,9	103,6
1987	100,1	100,1	100,1	103,2	103,4	80,3	102,2	103,2	97,4	101,6	106,0
1988	101,4	101,7	100,3	104,5	105,6	78,1	103,3	104,7	98,9	102,7	110,0
1989	104,2	104,7	102,6	106,0	108,8	82,0	104,9	108,6	103,3	103,8	113,1
1990	107,0	107,4	105,6	107,5	112,5	85,5	107,3	110,3	106,1	106,1	115,3
1991	110,7	111,3	108,6	110,1	117,3	89,4	110,5	113,8	112,1	108,1	118,0
1992	115,1	116,0	112,1	113,3	123,8	89,8	114,4	117,9	117,1	112,7	124,2
1990 1. Vj.	106,1	106,4	105,0	106,7	111,0	84,2	106,3	109,7	104,5	106,4	115,2
2. Vj.	106,7	106,8	106,1	107,1	112,0	83,1	107,0	110,1	104,7	106,0	115,9
3. Vj.	107,1	107,5	105,6	107,5	113,1	85,2	107,6	110,4	106,5	105,7	115,2
4. Vj.	108,1	108,8	105,7	108,5	113,9	89,5	108,2	111,0	108,8	106,5	115,0
1991 1. Vj.	109,0	109,5	107,2	109,0	115,1	89,9	108,9	112,1	107,9	107,7	116,4
2. Vj.	110,0	110,4	108,7	109,7	116,8	87,8	110,1	113,0	110,0	107,9	116,8
3. Vj.	111,6	112,3	109,1	110,3	118,1	89,2	111,0	114,5	115,1	108,0	119,3
4. Vj.	112,4	113,2	109,5	111,4	119,3	90,6	112,0	115,6	115,4	108,9	119,6
1992 1. Vj.	113,7	114,4	111,5	112,2	121,1	89,6	113,0	116,7	115,4	112,2	121,6
2. Vj.	114,9	115,5	112,9	112,9	122,9	90,0	114,1	117,6	117,2	112,4	122,5
3. Vj.	115,4	116,4	112,2	113,5	124,5	89,7	114,8	118,3	117,7	112,4	124,2
4. Vj.	116,5	117,9	111,9	114,4	126,6	90,0	115,6	119,0	117,9	113,8	128,7
1993 1. Vj.	118,6	120,0	113,9	115,5	128,8	91,1	116,8	120,9	120,5	115,0	132,6
2. Vj.	119,7	121,2	115,0	116,3	130,4	91,0	117,9	122,2	121,7	115,5	134,4
3. Vj.	120,2	122,0	114,4	116,7	131,9	90,8	118,4	122,8	122,2	116,0	136,1

[1]) Gliederung in Haupt-/Untergruppen nach der Systematik der Einnahmen und Ausgaben der privaten Haushalte (Ausgabe 1983).
[2]) Einschließlich Verzehr von Speisen und Getränken in Kantinen und Gaststätten.
[3]) Einschließlich Änderungen und Reparaturen.
[4]) Elektrizität, Gas, flüssige und feste Brennstoffe sowie Umlagen für Zentralheizung und Fernwärme.
[5]) Einschließlich anderer Güter für die Haushaltsführung.

Preisindex für die Lebenshaltung [1])

Früheres Bundesgebiet

1985 = 100

Zeitraum	Aller privaten Haushalte					4-Personen-Haushalte [2])				
	Gesamtlebenshaltung	Nahrungsmittel [3])	Wohnungsnutzung [4])	Dienstleistungen [5])	Sonstige Waren [6])	Gesamtlebenshaltung	Nahrungsmittel [3])	Wohnungsnutzung [4])	Dienstleistungen [5])	Sonstige Waren [6])
1962	41,1	49,5	31,2	33,1	45,4	41,8	49,6	30,0	34,4	45,1
1963	42,4	51,1	32,9	34,7	46,0	43,1	51,2	31,6	36,1	45,7
1964	43,3	52,3	34,7	36,1	46,4	44,1	52,4	33,5	37,4	46,3
1965	44,7	54,5	36,7	37,6	47,0	45,6	54,7	35,4	38,7	47,1
1966	46,3	55,9	39,6	39,9	47,8	47,2	56,0	38,8	40,7	48,2
1967	47,1	55,4	42,2	41,4	48,4	47,9	55,5	41,2	41,9	48,8
1968	47,8	54,2	45,2	43,6	48,8	48,5	54,2	44,1	44,1	49,3
1969	48,8	55,9	48,0	44,5	48,8	49,5	55,8	47,2	45,0	49,3
1970	50,4	57,0	50,1	46,5	50,4	51,1	56,9	49,1	47,0	50,9
1971	53,1	59,3	53,1	50,1	52,7	53,7	59,4	51,8	50,8	53,1
1972	56,0	62,8	56,3	53,5	55,1	56,6	62,8	54,9	54,2	55,6
1973	59,9	67,9	59,6	57,3	58,9	60,4	67,4	58,4	58,0	59,1
1974	64,1	71,5	62,6	61,6	63,6	64,5	71,3	61,6	62,4	63,5
1975	67,9	75,9	66,5	65,6	67,1	68,4	75,6	66,2	66,1	67,1
1976	70,8	79,6	69,8	68,7	69,6	71,5	79,7	69,8	69,0	69,5
1977	73,4	81,4	72,1	72,1	72,1	73,9	81,5	72,0	72,2	72,2
1978	75,4	82,4	74,2	74,8	74,1	75,8	82,4	74,1	74,8	74,1
1979	78,5	83,8	76,5	78,3	77,8	78,7	83,8	76,4	78,3	77,5
1980	82,8	87,4	80,3	82,0	82,6	82,8	87,3	80,4	81,9	82,2
1981	88,0	92,0	83,9	87,1	88,6	88,1	91,8	83,9	86,9	88,4
1982	92,6	96,5	88,5	91,9	93,3	92,7	96,4	88,5	91,6	93,2
1983	95,7	98,0	93,5	95,6	95,7	95,8	97,9	93,5	95,5	95,7
1984	98,0	99,8	97,0	97,9	97,8	98,0	99,7	96,9	97,8	97,7
1985	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1986	99,9	99,6	101,8	102,3	97,7	99,8	99,7	101,8	102,5	97,8
1987	100,1	99,1	103,4	104,3	96,6	99,9	99,2	103,5	104,4	96,6
1988	101,4	99,1	105,6	107,2	96,9	101,0	99,2	105,8	107,1	96,8
1989	104,2	101,3	108,7	109,9	99,9	103,9	101,2	109,2	109,8	100,0
1990	107,0	104,9	112,5	112,6	102,1	106,7	104,7	112,9	112,5	102,2
1991	110,7	108,2	117,3	116,5	105,4	110,5	107,7	117,7	116,6	105,7
1992	115,1	110,8	123,7	122,9	108,4	114,9	110,7	124,1	123,1	108,8
1990 1. Vj.	106,1	104,5	110,9	112,1	101,2	105,7	104,1	111,4	111,7	101,2
2. Vj.	106,7	105,9	112,0	112,7	101,1	106,4	105,3	112,5	112,4	101,3
3. Vj.	107,1	104,8	113,1	112,7	102,1	106,9	104,6	113,5	112,7	102,4
4. Vj.	108,1	104,6	113,9	113,0	103,9	107,9	104,6	114,3	113,2	103,9
1991 1. Vj.	109,0	106,6	115,1	114,2	104,0	108,7	106,2	115,5	114,5	104,0
2. Vj.	110,0	108,8	116,7	115,6	104,3	109,8	108,0	117,1	115,7	104,5
3. Vj.	111,6	108,7	118,1	117,7	106,2	111,4	108,2	118,5	117,8	106,7
4. Vj.	112,4	108,7	119,3	118,3	107,0	112,2	108,5	119,6	118,4	107,4
1992 1. Vj.	113,7	110,9	121,0	120,7	107,4	113,5	110,5	121,3	121,1	107,8
2. Vj.	114,9	112,4	122,8	121,8	108,4	114,8	111,8	123,2	122,5	108,8
3. Vj.	115,4	110,6	124,4	123,2	108,6	115,2	110,5	124,9	123,6	109,1
4. Vj.	116,5	109,5	126,4	125,8	109,1	116,1	109,9	127,1	125,3	109,5
1993 1. Vj.	118,6	111,2	128,6	128,6	110,8	118,0	111,2	129,4	127,9	111,3
2. Vj.	119,7	112,6	130,2	130,1	111,5	119,2	112,4	131,0	129,3	112,0
3. Vj.	120,2	111,2	131,7	131,6	111,6	119,6	111,4	132,5	130,9	112,1

[1]) Gliederung nach Waren, Leistungen und Wohnungsnutzung.
[2]) Von Arbeitern und Angestellten mit mittlerem Einkommen.
[3]) Ohne Verzehr von Speisen in Kantinen und Gaststätten sowie Beherbergungsleistungen.
[4]) Wohnungsmieten (auch Mietwerte der Eigentümerwohnungen) und Garagenmieten.
[5]) Einschließlich Reparaturen, Verzehr von Speisen in Kantinen und Gaststätten.
[6]) Andere Verbrauchs- und Gebrauchsgüter. Im wesentlichen zählen dazu: Genußmittel, Bekleidung, Schuhe, Elektrizität, Gas, Waren für die Haushaltsführung, Waren für die Gesundheits- und Körperpflege.

Tabelle 85*

Preisindex für die Lebenshaltung für die neuen Bundesländer und Berlin-Ost[1])

2. Halbjahr 1990/1. Halbjahr 1991 = 100

Zeitraum	Insgesamt	Nahrungsmittel	Wohnungsnutzung[2])	Dienstleistungen[3])	Sonstige Waren[4])	Insgesamt	Nahrungsmittel	Wohnungsnutzung[2])	Dienstleistungen[3])	Sonstige Waren[4])
	Alle Arbeitnehmerhaushalte					4-Personen-Arbeitnehmerhaushalte[5])				
Gewicht	1 000	206,14	30,50	179,57	583,79	1 000	208,63	27,43	173,53	590,41
1991	108,3	102,2	169,0	113,1	105,9	108,2	102,1	168,3	114,8	105,7
1992	120,4	103,7	370,9	124,8	111,9	119,6	103,5	368,1	127,3	111,4
1990 3. Vj.	94,3	99,1	97,4	86,9	94,8	94,3	99,2	97,4	85,8	94,9
4. Vj.	96,9	97,4	97,4	91,8	98,3	97,0	97,6	97,4	91,2	98,5
1991 1. Vj.	103,2	100,8	101,9	108,0	102,6	103,1	100,8	101,9	108,3	102,5
2. Vj.	105,5	102,6	103,3	113,2	104,3	105,6	102,5	103,3	114,7	104,1
3. Vj.	106,9	102,8	103,5	114,8	106,1	107,2	102,5	103,5	117,1	106,1
4. Vj.	117,8	102,7	367,4	116,4	110,5	117,0	102,5	364,5	119,1	110,0
1992 1. Vj.	119,3	104,0	369,2	120,6	111,2	118,4	103,8	366,4	123,1	110,7
2. Vj.	120,5	104,8	371,0	124,2	111,8	119,7	104,5	368,3	126,7	111,4
3. Vj.	120,7	103,4	371,1	126,2	112,0	119,9	103,3	368,4	128,7	111,6
4. Vj.	121,1	102,4	372,2	128,0	112,4	120,3	102,4	369,4	130,7	112,0
1993 1. Vj.	129,9	103,2	583,1	135,2	114,1	128,5	103,1	578,2	138,4	113,7
2. Vj.	131,0	104,1	584,5	138,5	114,5	129,7	103,9	579,6	142,3	114,2
3. Vj.	131,4	103,4	584,0	141,2	114,6	130,0	103,2	579,2	145,1	114,2
1992 Jan	118,8	103,7	368,7	119,6	110,8	117,9	103,5	365,9	121,7	110,4
Feb	119,2	104,2	368,6	120,6	111,1	118,4	104,0	365,8	123,2	110,6
Mär	119,8	104,1	370,2	121,7	111,7	119,0	103,9	367,5	124,4	111,2
Apr	120,0	104,5	371,0	122,7	111,6	119,2	104,2	368,3	125,3	111,2
Mai	120,6	104,8	371,0	124,7	111,9	119,8	104,5	368,3	127,2	111,5
Jun	120,8	105,1	370,9	125,2	111,9	120,0	104,8	368,2	127,7	111,6
Jul	120,7	104,1	371,0	125,8	111,9	119,9	103,9	368,3	128,3	111,6
Aug	120,6	103,3	371,2	126,2	112,0	119,8	103,1	368,5	128,7	111,5
Sep	120,7	102,8	371,2	126,6	112,1	119,9	102,8	368,5	129,2	111,7
Okt	120,8	102,7	372,0	127,1	112,2	120,0	102,6	369,2	129,8	111,7
Nov	121,1	102,3	372,1	128,1	112,5	120,4	102,3	369,4	130,8	112,1
Dez	121,3	102,2	372,4	128,7	112,6	120,5	102,2	369,7	131,5	112,1
1993 Jan	129,4	102,8	579,5	134,4	113,8	128,0	102,7	574,5	137,6	113,4
Feb	130,1	103,5	584,5	135,3	114,1	128,6	103,4	579,8	138,5	113,7
Mär	130,3	103,2	585,3	135,8	114,3	128,8	103,1	580,4	139,1	113,9
Apr	130,8	103,8	583,5	137,6	114,5	129,4	103,7	578,7	141,4	114,2
Mai	130,9	103,9	584,8	138,2	114,4	129,6	103,7	580,0	142,1	114,1
Jun	131,4	104,6	585,1	139,7	114,6	130,0	104,3	580,2	143,4	114,2
Jul	131,4	103,8	584,3	140,7	114,5	130,0	103,6	579,6	144,6	114,2
Aug	131,3	103,3	583,9	140,9	114,5	129,9	103,2	579,1	144,8	114,2
Sep	131,4	103,0	583,7	141,9	114,7	130,1	102,9	578,9	146,0	114,3

[1]) Gliederung nach Waren, Leistungen und Wohnungsnutzung.
[2]) Wohnungsmiete einschließlich Nebenkosten (ohne Energie) sowie Garagennutzung.
[3]) Einschließlich Reparaturen.
[4]) Andere Verbrauchs- und Gebrauchsgüter. Im wesentlichen zählen dazu: Genußmittel, Bekleidung, Schuhe, Elektrizität, Gas, Waren für die Haushaltsführung, Waren für die Gesundheits- und Körperpflege.
[5]) Mit mittlerem Einkommen.

Tabelle 86*

Preisentwicklung nach den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen[1])

Früheres Bundesgebiet

1991 = 100

Zeitraum[2])	Bruttoinlandsprodukt	Einfuhr[3])	Letzte Verwendung von Gütern[4])	Ausfuhr[3])	Letzte inländische Verwendung von Gütern					
					insgesamt[5])	Privater Verbrauch	Staatsverbrauch	Anlageinvestitionen		
								zusammen	Ausrüstungen	Bauten
1960	30,3	47,5	31,9	42,0	30,5	35,2	21,3	27,5	35,7	24,3
1961	31,7	46,4	33,1	41,6	31,9	36,4	22,8	29,3	37,0	26,1
1962	32,9	46,2	34,3	42,4	33,2	37,4	24,0	31,4	38,4	28,3
1963	34,0	47,3	35,4	42,8	34,3	38,6	25,4	32,7	39,1	29,9
1964	35,0	48,2	36,4	43,9	35,3	39,4	26,1	33,6	39,9	30,9
1965	36,3	49,6	37,8	45,1	36,7	40,7	27,9	34,4	41,1	31,5
1966	37,5	50,5	39,0	46,3	37,9	42,1	29,3	35,2	42,5	32,2
1967	38,1	49,8	39,5	46,4	38,2	42,8	30,0	34,9	43,6	31,3
1968	39,0	50,1	40,4	46,4	39,2	43,5	30,8	35,3	42,7	32,1
1969	40,6	51,1	42,0	48,3	40,8	44,3	33,2	37,5	44,0	34,3
1970	43,8	47,7	44,4	49,9	43,3	45,9	36,4	42,6	47,0	40,3
1971	47,1	48,2	47,3	52,0	46,4	48,2	41,3	45,9	49,8	43,8
1972	49,6	49,0	49,5	53,1	48,9	50,9	44,1	47,6	51,3	45,9
1973	52,8	53,0	52,8	56,7	52,0	54,2	48,5	50,1	53,3	48,5
1974	56,5	65,8	58,0	65,6	56,2	58,1	54,4	53,8	57,5	52,1
1975	59,7	67,1	60,9	68,3	59,3	61,6	57,9	56,0	62,2	52,8
1976	61,9	71,3	63,5	70,8	61,8	64,2	60,2	58,2	64,5	54,9
1977	64,2	72,5	65,6	72,1	64,1	66,3	63,0	60,4	66,4	57,1
1978	66,9	71,2	67,7	73,2	66,4	68,0	65,3	63,4	68,6	60,4
1979	69,5	77,3	70,9	76,8	69,5	70,9	68,3	67,6	70,9	65,7
1980	72,9	87,3	75,6	81,6	74,1	75,0	72,5	73,0	74,1	72,2
1981	76,0	97,5	79,8	86,3	78,1	79,7	76,1	76,6	78,1	75,7
1982	79,4	100,3	83,1	89,3	81,4	83,7	78,7	79,1	82,3	77,2
1983	81,9	101,1	85,4	91,0	83,8	86,4	80,9	80,8	85,1	78,2
1984	83,6	106,3	87,7	94,1	85,9	88,6	82,3	83,0	87,7	80,2
1985	85,4	109,1	89,7	96,7	87,6	90,1	84,1	84,6	90,1	80,9
1986	88,1	96,6	89,7	95,3	88,0	89,6	85,8	86,0	91,3	82,3
1987	89,7	92,0	90,2	94,3	89,0	90,0	87,8	87,2	92,1	83,8
1988	91,1	93,6	91,6	96,1	90,3	91,2	89,2	88,8	93,3	85,5
1989	93,3	98,5	94,3	98,7	93,0	93,9	92,1	91,4	95,6	88,2
1990	96,2	97,9	96,6	98,8	95,8	96,4	95,5	95,4	97,4	93,7
1991	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1992	104,4	98,4	103,1	101,0	103,9	104,0	104,0	103,9	101,9	105,5
1989 1. Vj.	91,9	97,3	93,0	97,7	91,5	93,6	86,9	90,2	94,9	86,7
2. Vj.	91,9	100,4	93,6	98,8	91,9	93,8	87,7	91,1	95,7	87,9
3. Vj.	92,8	98,2	93,9	99,1	92,3	93,2	90,1	91,6	96,1	88,5
4. Vj.	96,3	98,0	96,7	99,1	95,9	95,0	102,9	92,4	95,6	89,4
1990 1. Vj.	94,7	97,3	95,2	98,4	94,1	95,8	90,1	93,6	96,7	91,1
2. Vj.	95,0	98,1	95,6	98,9	94,6	95,8	91,7	95,1	97,2	93,5
3. Vj.	96,1	96,5	96,2	98,6	95,4	96,0	93,2	95,9	97,7	94,5
4. Vj.	98,9	99,6	99,0	99,1	99,0	97,9	106,3	96,6	97,7	95,5
1991 1.Vj.	97,5	98,7	97,7	99,0	97,3	98,6	92,1	97,7	98,5	97,0
2. Vj.	98,9	100,2	99,2	100,0	98,9	99,1	97,6	100,0	100,2	99,9
3. Vj.	99,9	101,1	100,2	100,5	100,1	100,3	97,8	100,8	100,6	101,0
4. Vj.	103,5	99,9	102,7	100,5	103,6	101,8	111,4	101,0	100,5	101,6
1992 1. Vj.	102,1	98,5	101,3	100,6	101,6	103,0	96,7	102,3	101,2	103,3
2. Vj.	103,1	99,3	102,3	101,1	102,7	103,9	98,9	103,9	102,1	105,2
3. Vj.	104,6	98,6	103,3	101,2	104,0	103,8	103,9	104,6	102,0	106,4
4. Vj.	107,8	97,2	105,5	101,2	107,0	105,1	115,6	104,6	102,3	106,6
1993 1. Vj.	105,8	97,6	104,1	101,4	105,1	106,9	100,2	105,8	102,6	108,1
2. Vj.	106,9	97,3	104,9	101,9	106,0	107,5	102,5	106,8	102,7	109,4

[1]) Paasche-Preisindex mit wechselnder Gewichtung (Warenkorb des jeweiligen Berichtszeitraums).
[2]) Ab 1991 vorläufige Ergebnisse.
[3]) Waren und Dienstleistungen ohne Erwerbs- und Vermögenseinkommen. Einfuhr und Ausfuhr enthalten Güterverkehr mit Ostdeutschland.
[4]) Privater Verbrauch, Staatsverbrauch, Bruttoinvestitionen (Ausrüstungen, Bauten und Vorratsveränderung) und Ausfuhr.
[5]) Einschließlich Vorratsveränderung.

Tabelle 87*

Löhne und Gehälter

1985 = 100

Zeitraum[1]	Bruttolohn- und -gehaltssumme je beschäftigten Arbeitnehmer[2]	Brutto-			Tarifliche					
		stunden-	wochen-	monats-	Stunden-		Wochen-		Monatsgehälter[4]	
		verdienste[3]			löhne[4]					
		Industrie[5]		Industrie[5] und Handel[6]	Produzierendes Gewerbe[7]	gewerbliche Wirtschaft und Gebietskörperschaften	Produzierendes Gewerbe[7]	gewerbliche Wirtschaft und Gebietskörperschaften	Produzierendes Gewerbe[7]	gewerbliche Wirtschaft und Gebietskörperschaften
1960	17,4	17,0	19,0	18,6	18,1	17,9	20,2	20,0	21,0	22,1
1961	19,1	18,8	20,9	20,2	19,5	19,3	21,6	21,6	22,7	23,8
1962	20,9	20,9	23,1	21,9	21,5	21,2	23,5	23,3	24,5	25,6
1963	22,2	22,5	24,6	23,4	22,9	22,7	24,8	24,7	25,8	27,1
1964	24,2	24,4	26,6	24,9	24,5	24,2	26,1	25,9	27,1	28,4
1965	26,4	26,7	29,3	26,9	26,4	26,1	27,9	27,7	28,9	30,2
1966	28,3	28,5	30,9	28,9	28,3	27,9	29,7	29,6	30,6	32,0
1967	29,2	29,4	30,7	30,0	29,6	29,2	30,6	30,5	31,6	33,0
1968	31,0	30,7	32,8	31,4	30,8	30,4	31,8	31,7	32,7	34,1
1969	33,9	33,5	36,4	33,9	32,8	32,5	33,8	33,7	34,7	36,2
1970	39,1	38,4	41,9	38,1	37,1	36,7	37,9	37,8	38,6	39,9
1971	43,5	42,6	45,6	42,0	42,0	41,8	42,8	42,9	42,8	44,4
1972	47,4	46,4	49,2	45,7	45,6	45,7	46,5	46,8	46,7	48,2
1973	52,6	51,2	54,3	50,3	49,9	50,3	50,8	51,3	51,3	52,9
1974	58,3	56,5	58,7	55,5	55,8	56,3	56,8	57,3	57,2	59,0
1975	62,0	61,0	61,3	60,0	60,9	61,5	61,9	62,4	62,4	63,9
1976	66,2	64,8	66,5	63,9	64,3	64,8	65,3	65,7	66,0	67,3
1977	70,7	69,4	71,3	68,3	68,9	69,4	70,0	70,3	70,6	71,7
1978	74,5	73,1	75,1	72,2	72,5	73,1	73,7	74,1	74,2	75,2
1979	78,7	77,4	80,2	76,6	76,7	77,2	77,8	78,2	78,0	79,0
1980	83,9	82,5	84,4	82,0	81,6	82,2	82,9	83,3	82,8	83,7
1981	87,9	87,0	88,1	86,1	86,2	86,7	87,6	87,8	87,3	87,8
1982	91,4	91,1	91,2	90,3	90,0	90,5	91,5	91,6	91,1	91,6
1983	94,3	94,1	93,7	93,3	93,1	93,7	94,6	94,7	94,3	94,7
1984	97,2	96,3	96,8	96,3	95,7	96,1	97,2	97,2	97,0	96,9
1985	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1986	103,6	103,5	103,1	103,4	103,7	103,8	103,1	103,2	103,1	103,2
1987	106,8	107,6	106,4	107,1	108,0	108,0	107,3	107,1	107,2	107,1
1988	110,0	112,0	110,7	110,9	111,9	111,6	110,2	110,0	110,4	109,9
1989	113,3	116,5	114,8	114,7	116,1	115,8	112,9	112,7	113,2	112,6
1990	118,7	122,5	119,6	119,5	121,6	121,4	117,0	117,0	117,3	116,7
1991	125,8	130,0	125,7	126,3	129,5	129,3	124,2	124,2	124,5	123,8
1992	132,7	137,6	131,9	133,3	138,4	137,5	132,6	131,7	132,0	130,1
1990 Jan	108,3	118,9	115,2	116,9	118,6	118,5	114,2	114,5	115,0	115,0
Apr	114,5	121,1	118,3	118,2	120,2	120,4	115,8	116,1	116,0	115,8
Jul	116,9	124,7	121,8	120,9	123,5	123,0	118,7	118,4	118,7	117,7
Okt	134,8	125,4	123,0	121,9	124,2	123,6	119,2	118,9	119,6	118,3
1991 Jan	112,6	125,9	120,7	123,1	125,3	125,5	120,3	120,5	121,0	121,2
Apr	122,3	128,0	124,6	124,6	127,5	127,9	122,3	122,8	122,7	122,5
Jul	124,8	132,4	128,2	128,2	132,2	131,7	126,8	126,4	126,8	125,4
Okt	143,3	133,5	129,2	129,3	132,8	132,2	127,4	126,9	127,5	126,0
1992 Jan	119,7	134,0	127,7	130,0	133,9	133,1	128,4	127,6	127,8	126,2
Apr	126,6	135,6	130,4	131,7	138,8	137,3	133,1	131,5	132,1	129,3
Jul	133,4	139,9	134,7	135,4	140,1	139,5	134,2	133,6	133,9	132,3
Okt	151,1	140,9	134,9	136,1	140,6	140,0	134,7	134,1	134,3	132,6
1993 Jan	124,4	...	...	...	141,2	141,0	135,1	134,9	134,9	134,1
Apr	131,0	...	...	...	146,4	145,0	137,9	137,3	137,6	136,0
Jul	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...

[1] Für Bruttolohn- und -gehaltssumme je beschäftigten Arbeitnehmer: Vierteljahre.
[2] Für die Gesamtwirtschaft, in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen nach dem Inländerkonzept.
[3] Jahresergebnis errechnet als Durchschnitt aus den 4 Erhebungsmonaten. — Ergebnisse für 1992 ohne Bremen.
[4] Jahreswerte = Durchschnitt aus den 4 Monatswerten.
[5] Einschließlich Hoch- und Tiefbau mit Bauhandwerk.
[6] Einschließlich Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe.
[7] Ohne Spezialbau, Stukkateurgewerbe, Gipserei, Verputzerei, Zimmerei, Dachdeckerei, Ausbaugewerbe.
Bei den Monatsgehältern einschließlich Handel (ohne Handelsvermittlung), Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe.

Primärenergieverbrauch im Inland nach Energieträgern

Petajoule [1])

Jahr	Insgesamt	Mineralöle	Steinkohlen	Braunkohlen	Naturgase [2])	Kernenergie	Wasserkraft	Strom [3])	Sonstige Energieträger [4])
				Früheres Bundesgebiet [5])					
1950	3 971	185	2 893	607	3	—	166	15	103
1951	4 390	208	3 262	645	3	—	158	18	97
1952	4 637	226	3 470	668	6	—	163	18	85
1953	4 557	273	3 341	698	6	—	138	22	82
1954	4 900	352	3 523	759	9	—	153	23	82
1955	5 375	454	3 854	800	18	—	161	18	70
1956	5 721	583	4 042	826	23	—	169	14	64
1957	5 747	633	4 015	847	23	—	156	8	64
1958	5 589	824	3 655	844	23	—	158	28	56
1959	5 686	1 038	3 570	826	26	—	127	33	64
1960	6 199	1 301	3 760	856	32	—	145	50	56
1961	6 322	1 574	3 617	859	35	0	140	51	47
1962	6 779	1 955	3 669	897	44	0	132	35	47
1963	7 295	2 365	3 719	950	56	0	127	28	50
1964	7 535	2 737	3 570	964	79	0	122	10	53
1965	7 755	3 165	3 356	879	106	0	153	45	50
1966	7 816	3 573	2 995	826	129	3	165	78	47
1967	7 819	3 728	2 834	800	167	12	157	74	47
1968	8 455	4 173	2 872	841	275	18	158	71	47
1969	9 232	4 701	2 981	876	387	50	132	62	44
1970	9 870	5 242	2 839	896	543	61	166	79	44
1971	9 948	5 443	2 647	859	707	58	122	65	46
1972	10 383	5 756	2 445	907	898	92	120	118	47
1973	11 092	6 122	2 467	969	1 130	116	138	101	49
1974	10 723	5 519	2 423	1 031	1 362	119	160	58	51
1975	10 191	5 304	1 950	1 009	1 443	207	152	76	50
1976	10 853	5 741	2 072	1 101	1 522	233	121	10	53
1977	10 912	5 682	1 962	1 029	1 627	346	156	58	52
1978	11 401	5 959	2 029	1 052	1 771	345	164	29	52
1979	11 964	6 062	2 223	1 116	1 935	407	163	6	52
1980	11 436	5 443	2 259	1 149	1 887	420	167	55	56
1981	10 964	4 909	2 293	1 167	1 760	518	175	76	66
1982	10 596	4 682	2 247	1 125	1 616	613	173	65	75
1983	10 689	4 645	2 277	1 122	1 663	633	163	100	86
1984	11 022	4 631	2 324	1 124	1 749	892	161	39	102
1985	11 284	4 671	2 327	1 057	1 747	1 206	149	24	103
1986	11 338	4 911	2 278	970	1 736	1 134	158	50	101
1987	11 373	4 785	2 215	914	1 913	1 233	174	36	103
1988	11 425	4 793	2 189	925	1 855	1 375	172	4	112
1989	11 219	4 489	2 150	952	1 945	1 412	156	2	113
1990	11 495	4 708	2 169	940	2 034	1 383	149	– 9	121
1991	11 990	4 939	2 238	963	2 187	1 387	137	15	124
1992 [6])	11 954	4 955	2 124	978	2 152	1 496	162	–36	123
				Neue Bundesländer [7])					
1990	3 300	530	137	2 261	282	63	2	20	5
1991	2 471	607	92	1 539	246	—	1	–24	10
1992 [6])	2 195	673	83	1 187	255	—	2	–17	12

[1]) 1 Petajoule = 34 120,4 t Steinkohleneinheiten; 1 Steinkohleneinheit = 8,14 kWh.
[2]) Erdgas, Erdölgas, Grubengas und Klärgas.
[3]) Außenhandelssaldo Strom.
[4]) Brennholz, Brenntorf, Außenhandelssaldo Kokereigas sowie Klärschlamm, Müll und Abhitze zur Stromerzeugung.
[5]) Einschließlich Berlin-West.
[6]) Vorläufige Ergebnisse.
[7]) Einschließlich Berlin-Ost.

Quelle: Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen

Tabelle 89*

Endenergieverbrauch im Inland nach Energieträgern

Petajoule[1])

Jahr	Insgesamt	Mineralölprodukte				Kohlen und sonstige feste Brennstoffe[2])	Gase[3])	Strom	Fernwärme
		zusammen	darunter						
			leichtes Heizöl	schweres Heizöl	Kraftstoffe				
	Früheres Bundesgebiet[4])								
1950	2 541	132	3	15	111	2 040	234	123	12
1951	2 940	158	3	20	132	2 336	290	144	12
1952	3 180	191	3	23	161	2 477	340	158	15
1953	3 095	223	6	23	191	2 365	322	173	12
1954	3 329	278	15	38	223	2 497	340	196	18
1955	3 696	363	29	65	267	2 688	407	220	18
1956	3 942	469	59	102	305	2 775	431	246	21
1957	3 948	519	79	123	314	2 702	440	264	23
1958	3 839	674	138	167	366	2 435	428	278	23
1959	3 907	824	185	214	422	2 327	431	299	26
1960	4 270	1 026	281	267	475	2 397	472	340	35
1961	4 390	1 263	381	337	542	2 268	460	360	38
1962	4 771	1 588	572	401	613	2 318	428	387	50
1963	5 170	1 876	744	455	674	2 392	425	419	59
1964	5 281	2 125	838	522	759	2 166	472	457	62
1965	5 399	2 418	1 011	577	824	1 934	478	492	76
1966	5 410	2 655	1 134	610	906	1 682	469	522	82
1967	5 422	2 740	1 196	604	935	1 556	492	542	91
1968	5 818	3 013	1 366	633	1 008	1 518	583	598	106
1969	6 372	3 414	1 641	677	1 087	1 518	654	659	126
1970	6 751	3 791	1 853	733	1 197	1 356	759	718	127
1971	6 761	3 997	1 962	742	1 285	1 057	825	762	120
1972	7 034	4 219	2 064	792	1 355	929	935	824	127
1973	7 442	4 425	2 217	799	1 402	924	1 062	895	136
1974	7 139	3 972	1 926	687	1 352	989	1 118	932	128
1975	6 859	3 967	1 907	622	1 431	781	1 067	912	132
1976	7 293	4 218	2 087	630	1 494	753	1 192	985	145
1977	7 305	4 185	2 007	592	1 580	697	1 268	1 013	142
1978	7 605	4 394	2 131	595	1 662	672	1 320	1 062	157
1979	7 892	4 428	2 121	586	1 715	763	1 424	1 111	166
1980	7 529	4 023	1 748	535	1 736	796	1 432	1 115	163
1981	7 221	3 685	1 546	440	1 694	808	1 437	1 126	165
1982	6 888	3 509	1 403	378	1 723	770	1 334	1 113	162
1983	6 916	3 495	1 398	334	1 758	748	1 361	1 144	168
1984	7 194	3 543	1 425	311	1 800	816	1 463	1 195	177
1985	7 389	3 613	1 536	261	1 806	822	1 533	1 230	191
1986	7 535	3 875	1 678	281	1 904	721	1 509	1 242	188
1987	7 524	3 746	1 544	227	1 966	672	1 634	1 271	201
1988	7 438	3 712	1 442	216	2 047	664	1 588	1 290	184
1989	7 223	3 431	1 145	184	2 094	660	1 630	1 320	182
1990	7 429	3 624	1 253	169	2 194	623	1 656	1 340	186
1991	7 828	3 823	1 432	163	2 219	616	1 802	1 378	204
1992[5])	7 743	3 807	1 364	167	2 267	574	1 788	1 372	202
	Neue Bundesländer[6])								
1990	2 012	356	4	21	329	977	215	267	197
1991	1 448	415	68	28	319	512	170	187	164
1992[5])	1 301	464	97	25	342	357	161	174	145

[1]) 1 Petajoule = 34 120,4 t Steinkohleneinheiten; 1 Steinkohleneinheit = 8,14 kWh. — [2]) Steinkohle, Steinkohlenkoks, Steinkohlenbriketts, Rohbraunkohle, Braunkohlenbriketts und übrige feste Brennstoffe (Braunkohlenschwelkoks, Braunkohlenkoks, Staub- und Trockenkohle, Hartbraunkohle, Brennholz und Brenntorf). — [3]) Flüssiggas, Raffineriegas, Kokereigas, Gichtgas und Naturgase. — [4]) Einschließlich Berlin-West. — [5]) Vorläufige Ergebnisse. — [6]) Einschließlich Berlin-Ost.

Quelle: Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen

Energieverbrauch nach Bereichen

Petajoule[1])

Jahr	Primärenergieverbrauch	Verbrauch und Verluste im Energiesektor[2])	Nichtenergetischer Verbrauch	Endenergieverbrauch						
				insgesamt	darunter Verarbeitendes Gewerbe und übriger Bergbau				Verkehr	Haushalte, Kleinverbraucher, militärische Dienststellen
					zusammen	Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe, übriger Bergbau	Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	Verbrauchsgüter produzierendes- und Nahrungs- und Genußmittelgewerbe		
	Früheres Bundesgebiet[3])									
1950	3 971	1 354	76	2 541	1 164	844	91	229	437	941
1951	4 390	1 375	76	2 940	1 345	991	103	252	472	1 123
1952	4 637	1 386	70	3 180	1 471	1 114	108	249	492	1 216
1953	4 557	1 386	76	3 095	1 424	1 064	103	258	501	1 170
1954	4 900	1 477	94	3 329	1 542	1 158	117	267	519	1 269
1955	5 375	1 571	108	3 696	1 750	1 325	138	287	563	1 384
1956	5 721	1 656	123	3 942	1 858	1 410	147	302	598	1 486
1957	5 747	1 676	123	3 948	1 864	1 430	138	296	598	1 486
1958	5 589	1 609	141	3 839	1 808	1 375	147	287	607	1 425
1959	5 686	1 612	167	3 907	1 858	1 421	149	287	651	1 398
1960	6 199	1 726	202	4 270	2 072	1 591	167	314	662	1 536
1961	6 322	1 709	223	4 390	2 081	1 603	170	308	712	1 597
1962	6 779	1 761	246	4 771	2 098	1 574	199	325	759	1 914
1963	7 295	1 832	293	5 170	2 119	1 562	214	343	803	2 248
1964	7 535	1 905	349	5 281	2 268	1 700	220	349	859	2 154
1965	7 755	1 967	390	5 399	2 307	1 715	234	358	885	2 207
1966	7 816	1 937	469	5 410	2 227	1 641	229	358	935	2 248
1967	7 819	1 887	510	5 422	2 210	1 635	217	358	941	2 271
1968	8 455	2 040	598	5 818	2 383	1 761	240	381	991	2 444
1969	9 232	2 210	651	6 372	2 547	1 882	267	399	1 058	2 767
1970	9 870	2 397	722	6 751	2 661	1 948	293	420	1 157	2 933
1971	9 948	2 485	702	6 761	2 584	1 865	289	430	1 246	2 931
1972	10 383	2 584	765	7 034	2 627	1 889	301	437	1 303	3 104
1973	11 092	2 776	874	7 442	2 801	2 045	314	442	1 341	3 300
1974	10 723	2 716	868	7 139	2 804	2 084	286	434	1 283	3 052
1975	10 191	2 644	688	6 859	2 462	1 761	282	419	1 355	3 042
1976	10 853	2 816	744	7 293	2 588	1 851	303	434	1 422	3 283
1977	10 912	2 721	886	7 305	2 580	1 812	317	451	1 501	3 224
1978	11 401	2 860	936	7 605	2 597	1 818	330	449	1 588	3 420
1979	11 964	3 115	957	7 892	2 700	1 913	335	452	1 643	3 549
1980	11 436	3 105	802	7 529	2 581	1 817	325	439	1 666	3 282
1981	10 964	3 018	725	7 221	2 482	1 751	313	418	1 609	3 130
1982	10 596	3 024	684	6 888	2 253	1 560	299	394	1 618	3 017
1983	10 689	3 016	757	6 916	2 221	1 553	290	378	1 650	3 045
1984	11 022	3 067	761	7 194	2 285	1 611	297	377	1 702	3 207
1985	11 284	3 170	725	7 389	2 287	1 607	308	372	1 712	3 390
1986	11 338	3 116	687	7 535	2 201	1 520	309	372	1 805	3 529
1987	11 373	3 159	690	7 524	2 199	1 507	310	382	1 869	3 456
1988	11 425	3 237	750	7 438	2 244	1 573	298	373	1 949	3 245
1989	11 219	3 218	778	7 223	2 284	1 593	304	387	1 989	2 950
1990	11 495	3 276	790	7 429	2 252	1 541	310	401	2 091	3 086
1991	11 990	3 399	763	7 828	2 264	1 521	329	414	2 135	3 429
1992[4])	11 954	3 418	777	7 743	2 233	...	...	...	2 192	3 318
	Neue Bundesländer[5])									
1990	3 300	1 121	167	2 012	725	435	134	156	288	999
1991	2 471	871	152	1 448	419	...	...	...	293	736
1992[4])	2 195	747	147	1 301	363	...	...	...	313	625

[1]) 1 Petajoule = 34 120,4 t Steinkohleneinheiten; 1 Steinkohleneinheit = 8,14 kWh.
[2]) Einschließlich statistischer Differenzen.
[3]) Einschließlich Berlin-West.
[4]) Vorläufige Ergebnisse.
[5]) Einschließlich Berlin-Ost.

Quelle: Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen

Tabelle 91*

Entwicklung im Mineralölbereich

Früheres Bundesgebiet

Jahr	Mineralölverbrauch		Mineralöleinfuhr[1]		Leichtes Heizöl		Schweres Heizöl		Verbrauch an Motorenbenzin und Dieselkraftstoff im Verkehr	Preise für Kraftstoffe[3]
	je Einheit Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1991	je Einwohner[2]	insgesamt	je Einheit Bruttosozialprodukt[2] in jew. Preisen	Verbrauch	Verbraucherpreis[3]	Verbrauch	Erzeugerpreis		
	Petajoule[4] pro 1 Mrd DM	Gigajoule[5]	Mio DM	Verhältnis in vH	Petajoule[4]	1985 = 100	Petajoule[4]	1985 = 100	Petajoule[4]	1985 = 100
1950	0,44	3 944	.	.	3	.	15	.	100	.
1951	0,45	4 387	.	.	3	.	20	.	117	.
1952	0,44	4 735	.	.	3	.	23	.	138	.
1953	0,49	5 667	.	.	6	.	23	.	167	.
1954	0,59	7 226	.	.	15	.	38	.	185	.
1955	0,67	9 227	.	.	29	.	65	.	223	.
1956	0,80	11 708	1 449	0,73	59	.	102	.	252	.
1957	0,82	12 551	1 826	0,84	79	.	123	.	270	.
1958	1,03	16 139	1 909	0,82	138	18,2	167	.	311	.
1959	1,20	20 103	2 230	0,87	185	16,4	214	.	352	.
1960	1,30	23 470	2 794	0,92	281	15,9	267	.	402	.
1961	1,50	28 015	3 035	0,92	381	15,9	337	.	460	.
1962	1,79	34 397	3 768	1,05	572	16,3	401	16,2	516	41,0
1963	2,10	41 210	4 357	1,14	744	17,1	455	16,5	563	49,7
1964	2,28	47 213	4 914	1,17	838	16,3	522	14,8	636	40,9
1965	2,50	53 993	4 994	1,09	1 011	15,5	577	14,2	692	40,8
1966	2,75	60 408	5 584	1,15	1 134	14,9	610	15,1	762	39,2
1967	2,88	62 882	6 566	1,33	1 196	16,1	604	15,5	783	42,0
1968	3,05	70 134	7 855	1,47	1 366	17,2	633	14,7	838	44,9
1969	3,20	78 263	7 914	1,32	1 641	16,1	677	14,8	903	41,5
1970	3,40	86 429	8 583	1,27	1 853	17,1	733	16,3	993	40,7
1971	3,42	88 816	11 168	1,49	1 962	18,8	742	21,4	1 080	42,9
1972	3,47	93 332	10 621	1,29	2 064	17,4	792	17,6	1 136	45,0
1973	3,52	98 780	15 009	1,63	2 217	28,8	799	18,8	1 181	50,6
1974	3,17	88 939	32 226	3,28	1 926	37,5	687	37,5	1 129	60,8
1975	3,09	85 785	28 988	2,82	1 907	36,1	622	37,3	1 216	60,4
1976	3,17	93 303	35 264	3,14	2 087	39,7	630	40,5	1 281	64,6
1977	3,05	92 541	34 442	2,88	2 007	39,7	592	41,7	1 361	62,8
1978	3,11	97 169	31 800	2,47	2 131	38,8	595	38,4	1 436	64,2
1979	3,03	98 796	47 791	3,43	2 121	69,2	586	49,3	1 485	70,9
1980	2,70	88 409	62 879	4,26	1 748	79,3	535	66,3	1 506	83,7
1981	2,43	79 586	70 808	4,60	1 546	92,9	440	91,9	1 448	100,0
1982	2,34	75 960	68 094	4,28	1 403	98,2	378	86,9	1 475	98,0
1983	2,28	75 623	63 373	3,78	1 398	90,2	334	87,8	1 506	97,2
1984	2,21	75 701	68 543	3,89	1 425	95,5	311	104,7	1 550	97,5
1985	2,19	76 544	70 084	3,82	1 536	100,0	261	100,0	1 546	100,0
1986	2,25	80 421	33 623	1,74	1 678	54,6	281	45,7	1 630	75,9
1987	2,16	78 344	29 910	1,49	1 544	46,8	227	43,6	1 689	72,0
1988	2,08	78 000	25 382	1,20	1 442	40,3	216	34,0	1 752	70,1
1989	1,88	72 330	29 927	1,33	1 145	54,1	184	44,0	1 777	82,3
1990	1,87	74 431	34 923	1,43	1 253	60,5	169	44,1	1 863	86,4
1991	1,87	77 083	36 384	1,37	1 432	64,1	163	42,8	1 902	95,8
1992	1,85	76 389	33 857	1,21	1 364	57,0	167	38,9	1 940	100,4

[1] Erdöl, roh und Mineralölerzeugnisse (Spezialhandel).
[2] Bruttosozialprodukt, Bruttoinlandsprodukt und Einwohner bis 1959 ohne Saarland und Berlin.
[3] Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte.
[4] Petajoule = 10^{15} (Billiarde) Joule.
[5] Gigajoule = 10^{9} (Milliarde) Joule.

Quelle für Verbrauchsangaben: Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen

Tabelle 92*

Ausgewählte Umweltindikatoren für die Bundesrepublik Deutschland

	Einheit	1980	1982	1986	1987	1988	1989	1990	1991
Für Umweltschutzaktivitäten [1]									
Investitionen [2], insgesamt									
In jeweiligen Preisen	Mio DM	10 720	10 060	14 840	15 650	16 230	16 720	17 610	...
davon:									
nach Umweltbereichen (Anteil)									
— Abfallbeseitigung	vH	*6,3*	*9,6*	*7,4*	*9,5*	*9,5*	*11,7*	*13,1*	...
— Gewässerschutz	vH	*77,7*	*68,3*	*52,3*	*51,4*	*52,2*	*56,5*	*59,4*	...
— Lärmbekämpfung	vH	*3,7*	*4,0*	*3,2*	*3,5*	*3,3*	*3,3*	*3,9*	...
— Luftreinhaltung	vH	*12,1*	*18,1*	*37,1*	*35,5*	*35,0*	*28,4*	*23,6*	...
Nachrichtlich:									
Anteil an den Investitionen der Gesamtwirtschaft	vH	*3,1*	*3,3*	*3,9*	*4,1*	*3,9*	*3,6*	*3,4*	...
Gesamtaufwendungen [3], insgesamt									
In jeweiligen Preisen	Mio DM	15 440	18 330	23 020	24 750	26 450	28 760	31 510	...
davon:									
nach Umweltbereichen (Anteil)									
— Abfallbeseitigung	vH	*25,7*	*25,0*	*24,5*	*24,4*	*24,2*	*24,5*	*25,2*	...
— Gewässerschutz	vH	*53,2*	*53,2*	*51,7*	*50,4*	*49,1*	*47,9*	*47,4*	...
— Lärmbekämpfung	vH	*1,7*	*1,6*	*1,6*	*1,6*	*1,5*	*1,5*	*1,4*	...
— Luftreinhaltung	vH	*19,4*	*20,1*	*22,2*	*23,6*	*25,2*	*26,1*	*26,1*	...
Bruttoanlagevermögen zu Wiederbeschaffungspreisen [4]									
Insgesamt	Mio DM	160 700	190 810	231 040	246 800	262 480	280 100	304 140	334 470
davon:									
nach Umweltbereichen (Anteil)									
— Abfallbeseitigung	vH	*4,9*	*5,1*	*5,5*	*5,5*	*5,7*	*5,9*	*6,1*	*6,4*
— Gewässerschutz	vH	*83,0*	*82,5*	*79,9*	*78,7*	*77,4*	*76,4*	*75,9*	*75,8*
— Lärmbekämpfung	vH	*2,0*	*2,1*	*2,4*	*2,4*	*2,5*	*2,5*	*2,5*	*2,5*
— Luftreinhaltung	vH	*10,1*	*10,3*	*12,2*	*13,4*	*14,4*	*15,2*	*15,5*	*15,3*
Bodennutzung									
Gesamtfläche	1000 ha	24 869[a]	.	24 869[b]	.	.	24 862	.	.
darunter (Anteil):									
Siedlungs- und Verkehrsfläche	vH	*11,0[a]*	.	*11,6[b]*	.	.	*12,2*	.	.
Energieintensität [5]	80=100	100,0	93,3	91,0	89,9	87,1	82,1	79,7	79,8
Emission ausgewählter Schadstoffe nach Verursachergruppen [6]									
Schwefeldioxid (SO_2)	Mio t	3,2	2,9	2,3	2,0	1,3	1,0	0,9	...
darunter (Anteile):									
— Kraft- und Fernheizwerke [7]	vH	58,8	61,7	61,8	59,7	42,8	34,8	34,3	...
— Bergbau und Industrie [8]	vH	*23,5*	*21,8*	*19,0*	*20,6*	*29,9*	*33,7*	*33,5*	...
— Haushalte	vH	*6,1*	*5,3*	*6,0*	*6,2*	*8,2*	*8,3*	*8,8*	...
— Verkehr	vH	*3,4*	*3,6*	*4,4*	*4,7*	*5,9*	*7,7*	*8,3*	...
Stickoxid (NO_x berechnet als NO_2)	Mio t	3,0	2,9	3,0	3,0	2,9	2,7	2,6	...
darunter (Anteile):									
— Kraft- und Fernheizwerke [7]	vH	*27,2*	*27,8*	*24,5*	*22,8*	*20,8*	*18,0*	*12,9*	...
— Bergbau und Industrie [8]	vH	*12,0*	*10,6*	*8,8*	*8,8*	*8,9*	*9,0*	*9,1*	...
— Haushalte	vH	*3,0*	*2,7*	*3,1*	*3,1*	*2,8*	*2,6*	*2,8*	...
— Verkehr	vH	*54,5*	*56,2*	*61,0*	*63,1*	*65,3*	*68,3*	*73,2*	...
Kohlenmonoxid (CO) [9]	Mio t	12,0	10,0	9,0	8,8	8,7	8,3	8,2	...
darunter (Anteile):									
— Kraft- und Fernheizwerke [7]	vH	*0,4*	*0,5*	*0,5*	*0,5*	*0,5*	*0,5*	*0,6*	...
— Bergbau und Industrie [8]	vH	*10,5*	*9,4*	*9,0*	*7,9*	*8,5*	*9,5*	*8,9*	...
— Haushalte	vH	*8,0*	*8,5*	*9,0*	*8,8*	*7,5*	*7,1*	*7,1*	...
— Verkehr	vH	*73,4*	*73,7*	*73,2*	*74,5*	*74,7*	*73,8*	*74,8*	...
Kohlendioxid (CO_2)	Mio t	805	734	747	731	721	705	725	...
darunter (Anteile):									
— Kraft- und Fernheizwerke [7]	vH	*34,0*	*35,8*	*33,3*	*33,7*	*33,7*	*35,0*	*35,2*	...
— Bergbau und Industrie [8]	vH	*24,0*	*22,6*	*20,1*	*20,1*	*20,5*	*21,0*	*19,9*	...
— Haushalte	vH	*14,5*	*13,9*	*16,1*	*15,7*	*14,6*	*12,5*	*13,0*	...
— Verkehr	vH	*17,0*	*18,4*	*20,5*	*21,1*	*21,8*	*22,7*	*23,2*	...

[1] In den Bereichen Produzierendes Gewerbe und Staat nach den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. — [2] Bruttoanlageinvestitionen. — [3] Ausgaben und Abschreibungen. — Quelle: Statistisches Bundesamt/Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung. — [4] Bestand am Jahresanfang. — [5] Primärenergieverbrauch je Einheit Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1985 (Quelle für Energieverbrauch: Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen). — [6] Quelle: Umweltbundesamt. — [7] Einschließlich Stromproduktion der Industriekraftwerke. — [8] Einschließlich der Umwandlungsbereiche (im wesentlichen Raffinerien, Kokereien, Brikettfabriken). — [9] Ohne natürliche Quellen.
[a] 1981. — [b] 1985.

Sachregister

(Die Zahlenangaben beziehen sich auf die Textziffern)

Abgabenbelastung 304

Abgabenstruktur 304ff.

Absatzförderung 282

Abwasserabgabe 425f.

Aktienmarkt 140

Angebotsbedingungen 265ff.

Angebotspolitik 257, 265

Arbeitseinkommensquote 126, Anhang IV.B.

Arbeitsförderungsgesetz 111
— Alleinvermittlungsrecht 377
— Arbeits- und Strukturförderungsgesetz 118, 385

Arbeitslosenversicherung 180, 386
— Mißbrauchsbekämpfung 117

Arbeitslosigkeit 105ff., 362ff.
— Arbeitslosenquoten 106 (Kasten)
— Dauer der Arbeitslosigkeit 109
— Industrieländer 21ff., 220
— Langzeitarbeitslosigkeit 109
— regionale Entwicklung 106
— Sockel 362ff.
— Sperrzeiten 117
— Struktur der Arbeitslosigkeit 23, 108
— verdeckte Arbeitslosigkeit 111ff., 116f.
— voraussichtliche Entwicklung 239f.
— Zugänge 107

Arbeitsmarkt 100ff.
— Arbeitsangebot 376f.
— Arbeitsnachfrage 365ff.
— Bewegungen am Arbeitsmarkt 107
— Institutionelle Bedingungen 375
— offene Stellen 102
— regionale Entwicklung 106
— Zuwanderung 103
— zweiter Arbeitsmarkt 271, 384

Arbeitsmarktpolitik 111ff., 383ff.
— Altersübergang 115
— Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen 112, 271, 384
— Finanzierung 118, 386
— Problemgruppen am Arbeitsmarkt 383ff.
— „Produktive Arbeitsförderung Ost" 113, 384
— Qualifizierung von Arbeitskräften 114
— vorzeitiger Ruhestand 115, 382

Arbeitszeit 379ff.
— Arbeitszeitverkürzung 270, 379
— Arbeitszeitverlängerung 380

Asylbewerber 103

Ausbildungsstellen 110

Ausfuhr 58ff., 183ff.
— Ausfuhrpreise 66
— Regionalstruktur 190ff.
— s. a. Ostdeutschland
— voraussichtliche Entwicklung 248
— Warenstruktur 194ff.
— Westdeutschlands 58ff., 183ff.

Auslandsaufträge 54, 58

Auslastungsgrad des Produktionspotentials 54, 90, 97, 99, Anhang IV. A.

Außenhandel, Marktanteile im 185ff.

Außenwert der D-Mark 58, 60, 142, 186ff., 264, 355

Außenwirtschaftliches Gleichgewicht 260

Bauwirtschaft 49, 55, 73, 95, 101, 104, 225, 229, 239, 353
— s. a. Ostdeutschland

Beschäftigung 21f., 101ff., 365ff.
— sektorale Entwicklung 101
— voraussichtliche Entwicklung 239ff.

Binnenmarkt, europäischer 15, 408

Bruttoinlandsprodukt
— Ostdeutschlands 67f., 97, 261
— voraussichtliche Entwicklung 249
— Westdeutschlands 53f., 291

Bruttolohn- und -gehaltssumme
— Ostdeutschlands 86
— Westdeutschlands 61

Bundesanstalt für Arbeit
— Haushalt 111

Constant-Market-Share-Analyse (CMS) 201ff., Anhang IV. F.

Defizit
— der Gebietskörperschaften 174, 233
— des amerikanischen Budgets 26
— des öffentlichen Gesamthaushalts 149, 174, 233
— konjunkturelles 175ff., 288
— strukturelles 175ff., 288

Devisenmarkt s. Wechselkurse

Dienstleistungsbilanz 60

Direktinvestitionen 392
— in Mittel- und Osteuropa 38

Duale System Deutschland 424

Einfuhr
— Einfuhrpreise 66
— voraussichtliche Entwicklung 251
— Westdeutschlands 60

Einkaufsoffensive, neue Bundesländer 282

Einkommen, verfügbares
— Ostdeutschlands 86
— voraussichtliche Entwicklung 241f.
— Westdeutschlands 61

Einkommensteuer 169, 305, 309ff., 314ff.
— s. a. öffentliche Finanzen
— Verknüpfung mit dem Transfersystem 314ff.

Entwicklungsländer 4

Erwerbsbeteiligung 103

Erwerbstätigkeit 101ff.

Euroeinlagen 130

Euromärkte 130

Europäische Gemeinschaft 15, 408

Europäischer Binnenmarkt
— s. Binnenmarkt, europäischer

Europäisches Währungsinstitut 146

Europäisches Währungssystem 2, 11, 145ff., 337ff.

Existenzminimum 316ff.

Exporterwartungen 54

Export und Exportstruktur s. Ausfuhr

Finanzausgleich 164ff., 294ff.

Finanzpolitik 288ff., 292f.
— international 2, 12, 26, 28ff., 211

Forschungs- und Technologiepolitik 418ff.

Frankreich 29f.

GATT 31ff., 54, 213

Geldangebotsmultiplikator 326

Geldmarktsteuerung 135ff.

Geldmenge 128ff., 218, 322ff.

Geldmengenziel 129, 132, 325ff.

Geldpolitik 127ff., 322ff.
— Beurteilung 134, 323ff.
— international 1, 11, 28ff., 211

Geldumlaufsgeschwindigkeit 133

Geldwertstabilität 262, 323, 332

Gewerbesteuer 306

Gewinnmarge im Verarbeitenden Gewerbe 95

Großbritannien 5, 28

Handelsbeschränkungen, Handelspolitik 33, 273, 416

Handelsverflechtung 7ff., 190ff.

Industrie 55, 69ff., 95, 355, 359

Industriepolitik 414ff.
— s. a. Ostdeutschland

Inflation
— Industrieländer 5
— Inflationserwartungen 257, 267, 323, 332f., 335f.
— Inflationspotential 325, 327
— s. a. Preisentwicklung

Investitionen 88ff.
— Bauinvestitionen 56f.
— Infrastruktur 92f.
— Investitionsförderung 93, 280f.
— Investitionshemmnisse 93
— öffentliche 154, 159, 162

— voraussichtliche Entwicklung 230
— westdeutscher Unternehmen in Ostdeutschland 91

Japan 17

Kalkulatorischer Unternehmerlohn Anhang IV. B.

Kapazitätsauslastung s. Auslastungsgrad des Produktionspotentials

Kapitalbewegungen 345, 349

Kapitalmarkt 138ff.

Kapitalproduktivität 98, Anhang IV. B.

Kapitalrendite Anhang IV. B.

Konjunkturelle Entwicklung
— in der Welt 1ff.
— in Ost- und Südostasien 18
— in Westdeutschland 53ff.
— in Westeuropa 5ff.
— voraussichtliche 208ff.

Konjunkturneutraler Haushalt 175ff., 288, Anhang IV. D.

Konjunkturphasen 54

Konjunkturzusammenhang, internationaler 6ff.

Konsolidierung s. öffentliche Finanzen

Konvergenz 147, 343f.

Krankenversicherung 182

Kreditgewährung 131

Kurzarbeit 104

Länderfinanzausgleich 294ff.

Leistungsbilanz 60, 264

Löhne und Gehälter 119ff.
— Effektivlöhne 100
— — in Ostdeutschland 125
— — in Westdeutschland 121
— Lohndrift 61
— Lohnstückkosten 53f., 64, 238, 243, 353f., 389
— — im Verarbeitenden Gewerbe 187
— — in Ostdeutschland 125, 352
— — in Westdeutschland 122, 355
— Tariflöhne 63, 100
— — in Ostdeutschland 123ff.
— — in Westdeutschland 120ff.

Lohnpolitik 350ff., 368ff., 387
— s. a. Tarifpolitik

Maastricht-Vertrag 146, 343

Marktöffnung 396ff.
— in der Stromwirtschaft 399ff.

Minderheitsvoten
— Geldpolitik 327
— Lohnstruktur 387
— Währungspolitik 346ff.

Mittel- und Osteuropa 35ff.

NAFTA 32

Nettolohn- und -gehaltssumme 61, 241

Öffentliche Finanzen
— Ausgaben 152ff.
— Ausgabeneinsparungen, -umschichtungen 150f., 301ff.
— Haushaltsdefizit 149, 233f., 288
— Haushaltsrisiken 289
— konjunktureller Impuls 178, 288
— Konsolidierung 150f., 266, 288f., 292f.
— Leistungen für die neuen Bundesländer 163
— Staatsverbrauch 63
— Steuereinnahmen 168ff.
— Steuererhöhungen 150, 309ff.
— Steuervergünstigungen 309ff.
— Subventionen 154, 302, 415ff.
— voraussichtliche Entwicklung 232ff.

Ölpreis 65, 186, 214

Ostdeutschland 67ff., 274ff.
— Agrarsektor 76
— Arbeitsmarktpolitik 286
— Ausfuhr 71f.
— Baugewerbe 73
— Dienstleistungssektor 74
— Handel 75
— Industriepolitik 280ff.
— Investitionen 88ff.
— Lohnpolitik 351ff.
— Privatisierung 78ff., 277ff.
— Privater Verbrauch 86
— Regionalpolitik 87, 283f.
— Treuhandanstalt 78 ff., 278ff.
— Unternehmensgründungen 77
— Verarbeitendes Gewerbe 69ff.
— Verbraucherpreise 85

Poststrukturreform 408ff.

Preisentwicklung 262
— administrierte Preise 65, Anhang IV. E.
— Erzeugerpreise 66
— Industrieländer 219
— in Westdeutschland 64ff.
— s. a. Ausfuhr, Einfuhr, Ostdeutschland
— voraussichtliche Entwicklung 219, 242ff.

Privatisierung 404ff.
— des Fernmeldewesens 408ff.

Produktion
— in Ostdeutschland 69ff.
— in Westdeutschland 55
— s. a. Bruttoinlandsprodukt

Produktionspotential 97ff., Anhang IV. A.

Produktivität 224, 352, 354f., 368f.
— s. a. Kapitalproduktivität

Prognose 208ff.
— Annahmen 211ff.
— Ausland 215ff.
— Deutschland 221 ff.

Protektionismus s. Handelsbeschränkungen

Realwert des Sozialprodukts Anhang IV. B.

Regionalpolitik s. Ostdeutschland

Regulierungen 396ff.

Rentenversicherung 181
— Rentenbesteuerung 312

Revealed-Comparative-Advantages (RCA) 196ff., Anhang IV. F.

Rezessionsursachen 43ff., 53ff.

Rohstoffpreise 65, 214

Rußland 39

Schwellenländer 18f.

Solidarpakt 53

Sozialhilfe 378

Sozialversicherung 179ff.

Standort 183ff., 389ff.

Steueraufkommen 168ff.
— konjunkturbedingte Steuermindereinnahmen 175f., 288

Steuerquote 168

Stromwirtschaft 399ff.

Strukturpolitik 414ff.

Strukturprobleme der Wirtschaft 52, 253ff., 414ff.

Strukturwandel 254, 256

Subventionen s. öffentliche Finanzen

Tarifpolitik 119ff., 350ff.
— Beschäftigungsorientierung 351
— Betriebsvereinbarungen 353, 360, 373
— Härtefallregelung 124
— Lohnangleichung 353
— Lohndifferenzierung 352ff., 373ff.
— Lohnnebenkosten 269, 369
— Lohnstreckung 119, 123, 351
— Lohnstruktur 370ff., 387
— Lohnzurückhaltung 357, 360
— Produktivitätsorientierung 354ff., 369

Terms of Trade 10, 16

Transferausgaben 303
— Transfersystem 314ff.

Treuhandanstalt s. Ostdeutschland

Umlaufsgeschwindigkeit des Geldes 133

Umsatzsteuer 171

Umwelt 258

Umweltpolitik 422ff.

Unternehmenssteuerreform
— Standortsicherungsgesetz 305f., 394

Uruguay-Runde s. GATT

Verbrauch, Privater
— s. a. Ostdeutschland
— Westdeutschlands 61f.

Vereinigte Staaten 16, 25ff.

Verteilung
— s. a. Arbeitseinkommensquote
— Verteilungskonflikte 45, 258

Volksrepublik China 20

Wachstum
— angemessenes 260f.
— des Produktionspotentials 88, 90, 97ff.
— Wachstumsbedingungen s. Angebotsbedingungen
— Wachstumskräfte 45, 211, 287, 303, 365, 406

Wachstumspolitik 388ff.

Währungspolitik 337ff.

Währungsunion, europäische 145ff.

Wechselkonjunktur s. konjunkturelle Entwicklung

Wechselkurse 4, 213
— Entwicklung 142ff., 211, 251
— US-Dollar 211

Welthandel 4, 213

Wendepunkte
— konjunkturell 54

Wertschöpfungspräferenz 281

Wettbewerbsfähigkeit
— der deutschen Exportwirtschaft 183ff.
— internationale 15

Wohnungsbau
— voraussichtliche Entwicklung 229
— Westdeutschlands 56

Zentralbankgeldmenge, bereinigte 132f., 326, Anhang IV. C.

Zinsausgaben des Staates 155, 289

Zinsentwicklung 11, 136, 138

Zinspolitik 323ff., 329ff.

Zinsstruktur 11, 138
— kurzfristige Zinsen und Investitionstätigkeit 96 (Kasten)

Bundesrat **Drucksache 832/93 (Beschluß)**
(Grunddrs. 832/93, 80/94)

18.03.94

Beschluß
des Bundesrates

a) Jahresgutachten 1993/94 des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

b) Jahreswirtschaftsbericht 1994 der Bundesregierung

Der Bundesrat hat in seiner 667. Sitzung am 18. März 1994 beschlossen, von dem Jahresgutachten 1993/94 des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung und von dem Jahreswirtschaftsbericht 1994 der Bundesregierung Kenntnis zu nehmen.

Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 1320, 53003 Bonn
Telefon: 0228/3820840, Telefax: 0228/3820844
ISSN 0720-2946